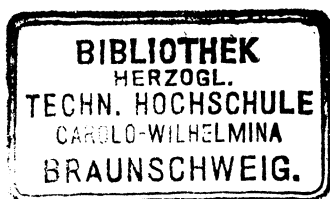


UB Braunschweig 84



10270-345.4

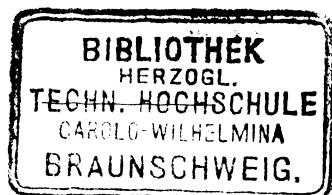
Das particulare
Braunschweigische Privatrecht



Das particulare
Braunschweigische Privatrecht

von

A. G a m p e



Zweite

auf Grund der neuen Reichsgesetzgebung völlig
umgearbeitete Auflage

Geschenk .

Braunschweig

Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn

1901

Alle Rechte, namentlich dasjenige der Uebersetzung in fremde Sprachen,
vorbehalten

Vorwort zur ersten Auflage.

Das vorliegende Buch verdankt seine Entstehung dem Plane, eine Neuauflage des „Particularen Privatrechts des Herzogthums Braunschweig“ von Adolf Steinacker herauszugeben. Dieser Plan ist wiederum aus dem Wunsche entsprungen, jenes verdienstvolle, von meinem genannten Großonkel und von meinem Großvater, dem Advocaten Karl Steinacker, gemeinsam verfaßte, indessen nur auf den Namen des Ersteren herausgegebene Werk, dessen hoher juristischer Werth für unser Herzogthum noch heute allgemeine Anerkennung findet, dessen praktische Brauchbarkeit aber durch eine fünfzigjährige verändernde Gesetzgebung immer mehr vermindert worden ist, im Sinne seiner geistigen Schöpfer fortzuführen und dem heutigen Standpunkte der Wissenschaft und der particularen Gesetzgebung anzupassen. Jedoch die Pietät allein hätte mich nicht bestimmen können, an die Lösung dieser Aufgabe, deren Schwierigkeit gewiß Niemand verkennen wird, heranzutreten, wenn es möglich gewesen wäre, eine bewährte Kraft für die Ausführung dieses Gedankens zu gewinnen. Waren aber über fünfzig Jahre ins Land gegangen, ohne daß von berufener Seite der Versuch gemacht worden wäre, unser braunschweigisches Privatrecht abermals in einer ausführlichen Weise zu bearbeiten, so mußte die Hoffnung, daß dieses in der Folge geschehen könnte, eine immer geringere werden. Abgesehen nämlich von den finanziellen Schwierigkeiten, die sich bei dem kleinen Interessententreise und Absatzgebiete einem derartigen Vorhaben von vornherein entgegenstellen müssen, rückt die Zeit, in welcher das Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich dem particularen Privatrechte größtentheils ein Ende bereiten wird, zwar langsam, aber sicher heran und läßt den Augenblick, mit einem solchen Unternehmen hervorzutreten, beinahe schon als verpaßt erscheinen.

Trotz dieser Bedenken oder vielmehr gerade wegen derselben habe ich für meine Person das Wagniß der Arbeit unternommen. Allein die Aussicht auf das Bürgerliche Gesetzbuch konnte bei der Bearbeitung doch nicht

gänzlich außer Acht gelassen werden. Einerseits hat sie zu der Idee Anlaß gegeben, nicht bloß das jetzt geltende braunschweigische Privatrecht darzustellen, sondern auch von jedem wichtigeren Rechtsfalle an der Hand der ergangenen Gesetze und Verordnungen dessen geschichtliche Entwicklung anzudeuten, um zu einer Zeit, wo die das bürgerliche Recht behandelnde Landesgesetzgebung im Wesentlichen ihrem Abschluß und Ende nahe gekommen ist, nochmals ein einheitliches Bild ihrer Entwicklung zu geben und dadurch dem Werke auch noch für später wenigstens einen gewissen rechtshistorischen Werth zu sichern. Andererseits empfahl es sich aus dem hervorgehobenen Gesichtspunkte, das von der Reichsgesetzgebung auch in Zukunft nur wenig berührte Bauernrecht gänzlich von dem anderen Privatrechte zu trennen und in einem besonderen Theile zu behandeln.

Mit dem Entschlusse zu einer solchen Art der Anordnung konnte freilich von einer bloßen Neuredaction des Steinacker'schen Werkes nicht mehr die Rede sein. Aus der ursprünglichen Absicht, eine neue Auflage desselben zu schaffen, mußte der viel weitergehende Plan entstehen, eine vollständige systematische Neubearbeitung des particularen Privatrechts zu versuchen und auch im Einzelnen bei der Anordnung des Stoffes nach selbständigen, der neueren Wissenschaft mehr entsprechenden Principien zu verfahren. Hierbei konnten grundsätzlich nur die particularen Rechtsfälle in den Kreis der Erörterungen gezogen werden, während daneben das gemeine oder Reichsrecht nur so weit andeutungsweise Berücksichtigung gefunden hat, als dies entweder des Systems halber zweckmäßig erschien oder durch dasselbe ältere Landesgesetze von einiger Bedeutung abgeändert bzw. aufgehoben sind. Auch das öffentliche Recht mußte von der Darstellung ausgeschlossen bleiben. Wo sich dennoch vereinzelt publicistische Normen des Landesrechts behandelt finden, wird sich deren Aufnahme wegen ihrer nahen Beziehung zu dem Privatrecht ohne Weiteres rechtfertigen. Die historischen Excurse habe ich, soweit sie nicht für das Verständniß des heutigen Rechts unmittelbare Bedeutung haben, regelmäßig in die Anmerkungen verwiesen, um nicht den Zusammenhang unnöthig zu unterbrechen. Die dort gegebenen Winke werden dem sich für die geschichtliche Entwicklung unseres Privatrechts interessirenden Forscher bei seinem Studium die mühselige Arbeit des Sammelns der Quellen einigermaßen erleichtern. Durch die Nachweisungen aus der Rechtsprechung unserer Obergerichte, wobei ich mich nicht auf die durch den Druck veröffentlichten Entscheidungen beschränkt habe, hoffe ich, das Buch auch für den Praktiker brauchbar gemacht zu haben.

Daß bei der Mannigfaltigkeit dieser Zwecke und Ziele meine Kräfte nicht ausreichten, der mir vorgesteckten Aufgabe überall zu genügen, verkenne ich selbst am wenigsten, und ich bin mir der dem vorliegenden

Werke anhaftenden Mängel um so mehr bewußt, als ich während des letzten Jahres durch meine Dienstgeschäfte so vollständig in Anspruch genommen wurde, daß mir die wenigen freien Stunden nicht diejenige Muße gewähren konnten, welche ich einer gründlichen Förderung der Arbeit hätte wünschen müssen. Da aber ein längeres Hinausschieben der Herausgabe aus den oben entwickelten Gründen einem völligen Aufgeben derselben gleichgekommen wäre, habe ich mich entschlossen, mit dem Buche nunmehr an die Oeffentlichkeit zu treten. Möchte dasselbe einem nachsichtigen Interessentenkreise nicht gänzlich unwerth erscheinen!

Braunschweig, im December 1895.

A. Hampe.

Vormort zur zweiten Auflage.

Die wohlthollende Aufnahme, welche dem Buche bei seinem ersten Erscheinen zu Theil geworden ist, hat mich ermuthigt, die durch das Bürgerliche Gesetzbuch mit seinen zahlreichen Neben- und Ausführungsgesetzen nothwendig gewordene Umgestaltung des Werkes vorzunehmen und das Ergebnis dieser Arbeit in der zweiten Auflage der Oeffentlichkeit zu übergeben. Die Einwirkung, die unser particulares Privatrecht durch die neue Reichsgesetzgebung erfahren hat, ist so groß, daß kein Paragraph unverändert bleiben konnte. Viele Abschnitte mußten von Grund aus neu bearbeitet, viele, die in Folge des Reichsrechts nicht einmal in der Uebergangszeit mehr Bedeutung haben, gänzlich beseitigt werden. Auf der anderen Seite sind aber auch manche wichtige Rechtsverhältnisse, die nach wie vor dem Landesrechte unterstehen, ausführlicher behandelt, so namentlich diejenigen des Cammerguts, das Deichrecht und dergl. mehr. Andere particulare Materien, die ebenfalls von großer Bedeutung sind, aber bislang überhaupt noch nicht im Zusammenhange bearbeitet waren, sind vollständig neu aufgenommen worden. Hierher gehört z. B. die Darstellung der Rechtsverhältnisse des Herzoglichen Museums und der Herzoglichen Bibliothek, ferner der Realgenossenschaften in der Stadt Braunschweig, über die Schadenersatzpflicht des Staates und schließlich über den Staatsdienstvertrag. Ueberall ist außerdem Veranlassung genommen, dasjenige, was bestehen bleiben konnte, sorgfältig nachzuprüfen, thunlichst zu

verbessern und von vorgekommenen Fehlern zu befreien. Daß dabei die neueste einheimische Literatur und Praxis wieder nach Möglichkeit benutzt ist, bedarf keiner Hervorhebung. Vielsach aber glaubte ich, trotz vorhandener Vorarbeiten, eigene Wege einschlagen zu müssen, so besonders bei der Behandlung des particularen Bauernrechts, dessen thunlichste Erhaltung im offensichtlichen Interesse einer gedeihlichen Entwicklung der gesamten bürgerlichen Verhältnisse liegt.

Daß ich in diesem Bestreben bei den Verfechtern einer gegentheiligen Ansicht in mehreren Punkten auf Widerspruch stoßen werde, bezweifle ich nicht und schadet auch nicht. Im Gegentheil wird dies dazu beitragen, die entstandenen, theilweise äußerst schwierigen Streitfragen zu klären und im Interesse einer einheitlichen Rechtspflege ihrer endgültigen Beantwortung näher zu rücken. Auch sonst habe ich die vielen Zweifel, die sich aus der Durchdringung des Landesrechts mit dem neuen Reichsrecht im Einzelnen ergeben, nach Möglichkeit zu lösen gesucht. Wenn darin keine Vollständigkeit erreicht ist, so wird dies jeder nachsichtige Beurtheiler der Neuheit, dem Umfange und der Schwierigkeit dieses Stoffes zu Gute rechnen.

Braunschweig, im Mai 1901.

A. H a m p e.

Inhaltsübersicht.

Einleitung.

	Seite
§. 1. Die geschichtliche Entwicklung des braunschweigischen Privatrechts . .	1
§. 2. Verhältniß des Landes- zum Reichsrecht	4
§. 3. Die particularen Quellen	6
§. 4. Die Literatur	14

Allgemeine Lehren.

Erstes Capitel. Herrschaftsgebiet des Rechts.

§. 5. Räumliche und zeitliche Grenzen der particularen Rechtsnormen . . .	18
§. 6. Privilegien	20
§. 7. Privatsfürstenrecht	21
§. 8. Das Cammergut und die Hofstatt	29

Zweites Capitel. Personen.

Erster Abschnitt. Von den natürlichen Personen.

§. 9. Allgemeines	32
§. 10. Einfluß von Krankheit, Alter und Ehre	35
§. 11. Stand	37
§. 12. Religion	42

Zweiter Abschnitt. Von den juristischen Personen.

§. 13. Verhältniß des Landes- zum Reichsrecht	49
§. 14. Allgemeine Vorschriften des Landesrechts	52
§. 15. Die Gemeinden- und die Kreiscommunalverbände	54
§. 16. Realgenossenschaften	62
§. 17. Die übrigen Genossenschaften	75
§. 18. Die Vereine	87
§. 19. Kirchen, Pfarren und Schulen	94
§. 20. Anstalten zu anderen gemeinnützigen Zwecken	112
§. 21. Die Stiftungen	119
§. 22. Der Staat	122

Drittes Capitel. Sachen.

§. 23. Allgemeines	128
§. 24. Dem Verkehr entzogene Sachen	130

Viertes Capitel. **Änderung der Rechte.**

	Seite
§. 25. Verjährung	134
§. 26. Selbsthilfe	140

Recht der Schuldverhältnisse.Erstes Capitel. **Allgemeine Grundsätze.**

§. 27. Verhältniß des Landes- zum Reichsrecht	112
---	-----

Erster Abschnitt. Form der Verträge.

§. 28. Allgemeine Formvorschriften	143
§. 29. Notariatsinstrumente	145

Zweiter Abschnitt. Nebenleistungen.

§. 30. Zinsen	147
§. 31. Veränderungssteuer, Abgaben an Armen- und Wegebeförderungscasse	150
§. 32. Stempelsteuer	152

Dritter Abschnitt. Änderung und Beendigung von Schuldverhältnissen.

§. 33. Abtretung	155
§. 34. Erfüllung	157
§. 35. Hinterlegung	158

Zweites Capitel. **Schuldverhältnisse aus Verträgen.**

Erster Abschnitt. Darlehnsvertrag.

§. 36. Allgemeines	162
§. 37. Leihhausdarlehen	163
§. 38. Darlehen an Sparcassen	167
§. 39. Darlehen der Pfandleiher	169
§. 40. Darlehen des Ritterschäftlichen Creditvereins	171

Zweiter Abschnitt. Versicherungsvertrag.

§. 41. Allgemeines	173
§. 42. Beamten-, Wittwen- und Waisenversorgung	174
§. 43. Vertrag mit der Landesbrandversicherungsanstalt	179
§. 44. Vertrag mit auswärtigen Brandversicherungsanstalten	185

Dritter Abschnitt. Dienstvertrag.

§. 45. Gefindemiethe	187
§. 46. Bergarbeitervertrag	199
§. 47. Staatsdienstvertrag	202

Vierter Abschnitt. Die anderen Verträge.

§. 48. Kauf	208
§. 49. Schenkung	210
§. 50. Miethe und Pacht	211

	Seite
§. 51. Werkvertrag	213
§. 52. Maklervertrag	216
§. 53. Auftrag	219
§. 54. Verwahrung	220
§. 55. Spiel und Wette	221
§. 56. Schuldverschreibungen auf den Inhaber	222

Drittes Capitel. Außervertragliche Ersatzansprüche.

§. 57. Ersatzansprüche aus unerlaubten Handlungen	224
§. 58. Ersatzansprüche aus anderen Gründen	227

Sachenrecht.

Erstes Capitel. Eigenthum.

Erster Abschnitt. Allgemeines.

§. 59. Begriff des Eigenthums	230
§. 60. Schutz des Eigenthums	231

Zweiter Abschnitt. Beschränkungen des Eigenthums.

§. 61. Beschränkungen im öffentlichen Interesse	233
§. 62. Beschränkungen aus baupolizeilichen, insbesondere nachbarrechtlichen Gründen	240

Dritter Abschnitt. Erwerb und Verlust des Eigenthums.

§. 63. Finden und Besitzergreifung herrenloser Sachen, insbesondere Jagd- und Fischeigenthum	249
§. 64. Fruchtterwerb	260
§. 65. Eigenthumserwerb nach Wasserrecht	263
§. 66. Verlust des Eigenthums durch Urtheil	265
§. 67. Expropriation	267
§. 68. Gemeintheilung	286
§. 69. Fortsetzung. Theilnehmungsrechte	290
§. 70. Fortsetzung. Theilungsgrundsätze	293
§. 71. Wirkung der Gemeintheilung	296
§. 72. Das Verfahren bei den Gemeintheilungen	302
§. 73. Freiwillige Veräußerung buchspflichtiger und nichtbuchpflichtiger Grundstücke	304

Zweites Capitel. Dienstbarkeiten.

Erster Abschnitt. Allgemeines.

§. 74. Verhältniß des Landes- zum Reichsrecht	308
§. 75. Entstehung, Rang und Untergang der Dienstbarkeiten	310

Zweiter Abschnitt. Maß und Inhalt einzelner Dienstbarkeiten.

§. 76. Hude- und Weiderecht	314
§. 77. Schäfereigenthum	328
§. 78. Waldnutzungsrechte	331

Drittes Capitel. **Reallasten.**

	Seite
§. 79. Allgemeines	337
§. 80. Entstehung, Rangordnung und Untergang	341
§. 81. Ablösbarkeit und das Recht zur Ablösung	344
§. 82. Entschädigung des Berechtigten bei der Ablösung	347
§. 83. Ausmittlung des Umfangs der abzulösenden Lasten und der Normalpreise	353
§. 84. Ablösungsgeschäft und Wirkungen	354
§. 85. Verfahren bei der Ablösung	359

Viertes Capitel. **Selbständige Berechtigkeiten.**

§. 86. Allgemeines	360
§. 87. Die einzelnen Berechtigkeiten	361

Fünftes Capitel. **Pfandrecht.**

§. 88. Hypothekenrecht	367
§. 89. Pfandrecht an beweglichen Sachen	369
§. 90. Gesetzliches und Pfändungspfandrecht	373

Sechstes Capitel. **Besondere Sachenrechtsverhältnisse.**Erster Abschnitt. **Besondere Güterarten.**

§. 91. Lehngüter	377
§. 92. Familienfideicommiß und Familienstammgüter	384
§. 93. Ritter-, Schrift-, Freisassen- und sonstige Landgüter	390
§. 94. Bauerngüter	395

Zweiter Abschnitt. **Bergrecht.**

§. 95. Einleitung	399
§. 96. Erwerb und Verlust der Bergbauberechtigung	404
§. 97. Der Inhalt der Bergbauberechtigung	413

Dritter Abschnitt. **Waldrecht.**

§. 98. Einleitung	417
§. 99. Die Rechtsverhältnisse des Waldeigenthümers	421

Vierter Abschnitt. **Wasserrecht.**

§. 100. Allgemeines	426
§. 101. Öffentliche Gewässer	429
§. 102. Privatgewässer	438

Fünfter Abschnitt. **Wegerecht.**

§. 103.	440
-----------------	-----

Familienrecht.Erstes Capitel. **Eherecht.**

§. 104. Entstehung und Beendigung der Ehe	447
§. 105. Wirkungen der Ehe	450

Zweites Capitel. Eltern- und Kindesrecht.

	Seite
§. 106. Allgemeines	452
§. 107. Inhalt der elterlichen Gewalt	454

Drittes Capitel. Vormundschaft.

§. 108. Vormund und Obervormundschaft	458
§. 109. Gemeindewaisenrath	460
§. 110. Führung der Vormundschaft	461
§. 111. Pflegschaften	463

Erbrecht.**Erstes Capitel. Die allgemeinen Grundsätze.**

§. 112. Nachlaßregulirung	465
§. 113. Außerordentliches Erbrecht	468
§. 114. Erbschaftsteuer	469

Zweites Capitel. Die besonderen Lehren.

§. 115. Das Verhältniß des Landes- zum Reichsrecht	472
§. 116. Intestaterbfolge bei besonderen Güterarten	473
§. 117. Legtwillige Verfügungen	481

Bauernrecht.**Einleitung.**

§. 118. Die Quellen	485
§. 119. Die Literatur	486
§. 120. Rechtsgeschichte	488
§. 121. Verhältniß des Landes- zum Reichsrecht	493
§. 122. Die Grenzen der Anwendbarkeit des particularen Bauernrechts	497

Erstes Capitel. Die allgemeinen Grundsätze.**Erster Abschnitt. Begriff und Arten der Bauerngüter.**

§. 123. Das Bauerngut und seine Zubehörungen	499
§. 124. Die Meiergüter	503
§. 125. Die Erbzinsgüter	509

Zweiter Abschnitt. Die bauerlichen Lasten.

§. 126. Allgemeines	512
§. 127. Dienste	513
§. 128. Zehnten	516

Zweites Capitel. Die besonderen Lehren.**Erster Abschnitt. Das bauerliche Ehegüterrecht.**

§. 129. Allgemeines	521
§. 130. Brautshatz	523
§. 131. Das Recht des Aufkömmlings	526

Zweiter Abschnitt. Das bauerliche Erbrecht.

	Seite
§. 132. Anerbenrecht	534
§. 133. Abfindungen	540
§. 134. Leibzucht (Altentheil)	546
§. 135. Letztwillige Verfügungen	554
§. 136. Gemeinsame Were	556
§. 137. Die erfrühte Erbfolge (Hofübergabecontract)	559

Dritter Abschnitt. Die Interimswirthschaft.

§. 138. Begriff, Entstehung und Beendigung	563
§. 139. Die Pflichten des Interimswirthes	567
§. 140. Die Rechte des Interimswirthes	570

Einleitung.

§. 1.

Die geschichtliche Entwicklung des braunschweigischen Privatrechts.

In dem Entwicklungsgange des in den Landen des heutigen Herzogthums Braunschweig geltenden Rechts¹⁾ lassen sich deutlich vier Perioden unterscheiden, von denen die erste bis zum Ende des zwölften Jahrhunderts reicht, die zweite die Herrschaft des Sachsenrechts umfaßt und bis zur Mitte des sechzehnten Jahrhunderts währt, die dritte mit der Reception des römischen Rechts beginnt und die vierte und letzte durch den immer mehr überwiegenden, für das Landesrecht schließlich todbringenden Einfluß der Gesetzgebung des Deutschen Reiches charakterisirt wird.

I. In der ersten Periode bietet der Rechtszustand in unserem Lande Abweichungen von den Rechtsverhältnissen anderer deutscher Länder nicht dar²⁾. Neben den Volksrechten, Capitularien, Hof- und Lehnrechten u. bildete das vor Allem wichtige Gewohnheitsrecht die Normen für privatrechtliche Streitigkeiten.

II. Mit dem Ende des zwölften Jahrhunderts, also mit Beginn der zweiten Periode, wurde dagegen die Nothwendigkeit fühlbar, die vorhandenen Materialien, welche geschriebene Gesetze und Gewohnheiten enthielten, durch Sammlungen zu allgemeiner Kenntniß zu bringen. Die Verbreitung römischer Rechtsgrundsätze unter den Gelehrten trug wesentlich dazu bei, das Bedürfniß solcher Sammlungen zu erkennen. Unter den hiernach verfaßten Rechtswerken erfreute sich im nördlichen Deutschland der Sachsenspiegel³⁾ des größten Beifalls und fand auch im jetzigen Herzogthum Braunschweig

¹⁾ Vergl. Steinacker, Br. Privatrecht, S. 1 ff.

²⁾ Nur das Bauernrecht entwickelte sich selbständig und vielfach abweichend von dem der anderen Rechtsgebiete. Vergl. hierüber unten §. 120.

³⁾ Der Sachsenspiegel soll in seiner ersten Form um 1226 von Eike von Repkow, einem anhaltinischen Vasallen, zusammengestellt sein. Vergl. Gerber, Deutsches Privatr., §. 15.

Eingang ⁴⁾, wo sich bereits, und zwar zunächst in den Städten, ein warmes Interesse für Rechtsausbildung entwickelt hatte.

III. Mit der Reception des römischen Rechts in Deutschland erfolgte auch dessen Aufnahme in unserem Herzogthume ⁵⁾. Sowie aber dort die Gültigkeit des römischen Rechts nicht auf einem gesetzgeberischen Acte beruhte, sondern auf eine auf verschiedene Gründe sich stützende und in das dreizehnte Jahrhundert zurückreichende Gewohnheit gegründet ist, so war ohne Zweifel auch hier seine Geltung schon lange anerkannt, bevor es dem Verfasser der im Jahre 1556 publicirten Hofgerichtsordnung Heinrich's d. 3., dem Canzler Joachim Münzinger, einfiel, mit der Abschaffung des bis dahin gültig gewesenen Sachsenrechts der Anwendung des römischen Rechts noch besondere Sanction zu verleihen ⁶⁾. Indessen hatten viele der lebenden Rechtsansichten und Institute zu sehr in Nationalität und staatsbürgerlichen Verhältnissen ihre Wurzel, als daß ein baldiges und vollständiges Losreißen und Entfremden von diesen möglich gewesen wäre. Um diesem auch nach der Hofgerichtsordnung noch fortdauernden, dem Rechtszustande höchst nachtheiligen Schwanke ein Ende zu machen, wurden die gesetzgeberischen Verbote der Anwendbarkeit des alten Sachsenrechts auch in der Folge nothwendig. Solche Verbote finden sich in der Hofgerichtsordnung von 1559, Tit. 31, dem Landtagsabschiede von Salzdhalm 1597, Art. 32, in der Canzleyordnung von 1651, in der Hofgerichtsordnung von 1663 und selbst noch in späteren Codificationen ⁷⁾. Dennoch mußte aus den oben angedeuteten Gründen das Sachsenrecht fortwährend einen bedeutenden Einfluß auf die fernere Ausbildung des Rechts behalten. Es wurden daher nicht nur einzelne Bestimmungen des Sachsenrechts ausdrücklich in die Gesetzgebung aufgenommen, sondern auch

⁴⁾ Engelbrecht, De genuinis decision. jur. font. in terr. brunsv. luneb., T. XVI. — v. Selchow, Anfangsgründe des br.-lüneb. Privatrechts, §. 11 u. 12. — du Roi, Anleitung zur Kenntniß der Quellen, §. 19.

⁵⁾ du Roi, a. a. O., §§. 4 ff., 20. — Derselbe im Braunschw. Magazin v. 1790, S. 22 u. 23.

⁶⁾ Hofgerichtsordnung von 1556, Vorrede u. Tit. V. Zwar findet sich sowohl in der Hofgerichtsord. v. 1556, als in der von 1571 nicht mit ausdrücklichen Worten die Aufhebung des Sachsenr. verzeichnet, doch ist in beiden bestimmt, daß nach „gemeinen Rechten“ zu richten sei. — Einen Beweis für die frühere Anwendung des römischen Rechts liefert auch z. B. das Stadtrecht von Braunschweig vom Jahre 1532, welches in getreuer Uebersetzung die justinianischen Enterbungsgründe enthält. Vergl. auch du Roi, a. a. O., §. 6, N. 2.

⁷⁾ Ueber die näheren Gründe der Abschaffung des Sachsenr. vergl. du Roi, a. a. O., §. 20. — Scheid, quam ob causam jus saxon. in terris brunsv. sit abrogatum? — v. Selchow, Anfangsgründe d. br. Privatr., §. 13. — Gese-nius, Meierrecht, Thl. I, S. 437.

Zu der Stadt Braunschweig, wo das Sachsenr. am längsten gegolten hat, wurde es erst nach Unterwerfung dieser Stadt unter Herzog Rudolf August durch die sogen. sanctio pragmatica vom 24. September 1675 (Schneider, Repert. II, 467 ff.; Steinacker, Promt. II, 301 f.) nebst den darauf gegründeten Statuten und Gewohnheiten — indessen mit einigen nicht mehr interessirenden Ausnahmen — abgeschafft.

in der Praxis der Gerichte wurde das aufgedrungene römische Recht nach den volksthümlichen Rechtsansichten vielfach modificirt.

Auch das kanonische Recht ist in unserem Herzogthume fast gleichzeitig mit dem römischen Rechte recipirt. Und zwar gilt das kanonische Recht seit jener Zeit vermöge einer anerkannten Gewohnheit, ohne daß eine besondere gesetzliche Bestätigung nachzuweisen wäre ⁸⁾).

Das longobardische Lehnrecht ist dagegen unmittelbar mit dem römischen Rechte bei uns aufgenommen, weil man es als Anhang desselben, als sogenannte *decima collatio novellarum* betrachtete ⁹⁾).

Die Gesetzgebung war inzwischen auf dem Gebiete des Privatrechts noch wenig thätig. Der Territorialgesetzgebung fehlte es bis zur Festigung des Grundsatzes von der Souveränität der Landesherren an genügender Ausbildung, der Reichsgesetzgebung dagegen bei der Eifersucht der Reichsstände an der nöthigen Macht. Ueberdies hielt man vorerst das zum gemeinen Recht erhobene römische Recht für vollkommen hinreichend. Erst die Machtentfaltung der landesherrlichen Gewalt seit dem westphälischen Friedensschlusse konnte durch eine reiche legislative Thätigkeit der vollständigen Umgestaltung der Verhältnisse gerecht werden. Freilich war die Legislation nicht sowohl eine planvolle, als eine zufällige, durch den Einzelfall veranlaßte. Die Folge war, daß bald erläuternde, bald abändernde, bald wieder aufhebende Gesetze erlassen wurden, von denen nur wenige den Wechsel der Zeiten überdauert haben ¹⁰⁾).

Die Gesetze des alten Deutschen Reiches, welche allerdings in das Gebiet des Privatrechts nur wenig eingreifen, haben daneben Geltung gefunden, soweit nicht das Princip der Priorität der Stadt- und Landrechte entgegenstand.

Eine wichtige, aber nur kurz dauernde Umwälzung des bestehenden Rechtszustandes brachte zu Anfang dieses Jahrhunderts die westphälische Regierungsperiode mit der Reception der französischen Gesetzbücher. Nach Wiederherstellung der rechtmäßigen Regierung wurden zwar diese Gesetze wieder aufgehoben, indeß bestimmt, daß die zu jener Zeit eingegangenen Rechtsverhältnisse nach den damals geltenden Rechten, die Verpflichtungsfähigkeit jedoch nach früheren Rechten beurtheilt werden solle ¹¹⁾. Aber noch eine weitere Bedeutung kommt dieser Epoche zu, indem man, von der Unzweckmäßigkeit vieler früherer Rechtsinstitute überzeugt, nicht zu diesen zurückkehrte, sondern wichtige Aenderungen eintreten ließ und überdies noch mehr, als schon am Schluß des

⁸⁾ du Roi, a. a. O., §§. 10 ff.

⁹⁾ Ders., a. a. O., §. 17, Nr. 1.

¹⁰⁾ Auch an Versuchen, das ganze Landesrecht zu codificiren, hat es nicht gefehlt. Vergl. Landtagsabschied v. 9. April 1770, Art. 8 (Steinacker, Organ. S. 562). Keiner dieser Versuche ist aber von Erfolg gewesen.

¹¹⁾ Verordn. v. 15. Jan. 1814, insbes. §. 9, u. Verordn. v. 2. Januar 1818, Nr. 1. — Vergl. auch Decr. des D.-A.-G. Wolf. v. 10. Sept. 1839 i. S. Haarmann c. Cammer u. v. 13. Nov. 1846 i. S. Krüll c. Finanzcollegium u. Zeitschr. f. R. XLII, 80. Ueber den Einfluß der westphälischen Periode auf das Bauenrecht s. unten §. 120, II, a. G.

vorigen Jahrhunderts, für eine systematische und wissenschaftliche Bearbeitung des Rechtes Sorge trug.

Der Gesetzgebung des hierauf begründeten deutschen Bundes kam ein unmittelbarer Einfluß auf das im Lande geltende Privatrecht nicht zu. Es bedurfte vielmehr zu der Geltung solcher Gesetze jedesmal der besonderen Einführung derselben durch den Landesherrn. Diese ist aber auch in den meisten Fällen erfolgt ¹²⁾.

IV. Erst die Begründung des Norddeutschen Bundes und darauf des neuen Deutschen Reiches schuf eine neue, auch in das Privatrecht tief eingreifende Gesetzesquelle, welche allen Landesgesetzen unbedingt vorgeht ¹³⁾. Die letzteren haben daher auch seit dieser Zeit mancherlei Abänderungen erfahren; viele sind ganz aufgehoben worden.

Das bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich, welches nahezu das ganze Gebiet des Privatrechts behandelt, hat das Landesrecht in noch weiterem Umfange beseitigt. Hierüber ist im folgenden Paragraphen gehandelt.

§. 2.

Verhältniß des Landes- zum Reichsrecht.

Die Reichsgesetze gehen grundsätzlich den Landesgesetzen dergestalt vor, daß diese, auch ohne ausdrückliche Aufhebung, wirkungslos sind, wenn ihr Inhalt den Reichsgesetzen widerstreitet ¹⁾. Das Bürgerl. Gesetzbuch ist von noch einschneidenderer Bedeutung, indem es auf dem Codificationsprincip beruht. Es hat dementsprechend das Landes-Privatrecht in seiner Gesamtheit aufgehoben, mag dieses nun mit dem B. G.-B. inhaltlich übereinstimmen, ihm widerstreiten oder etwaige Lücken ergänzen ²⁾. Das Codificationsprincip erstreckt sich auch auf diejenigen privatrechtlichen Normen, die einer im übrigen

¹²⁾ Nach Einrichtung der provisorischen Reichsgewalt i. J. 1848 wurde auf Grund des Reichsges. v. 27. Dec. 1848 durch Br. Ges. vom 4. Mai 1849, Nr. 17 bestimmt, daß alle nach Maßgabe jenes Reichsgesetzes publicirten oder noch zu publicirenden Gesetze und Verordnungen ohne Weiteres, also ohne die bislang nach §. 12 des Landesgrundges. nöthige Einführung, in Wirksamkeit treten sollten. Nachdem jedoch die Voraussetzungen, unter denen diese Gesetze erlassen, durch Vereitelung der Gründung des Reiches in Wegfall gekommen waren, wurde durch Landesges. vom 4. Juli 1851 das Reichsges. vom 27. Dec. 1848 für unverbindlich erklärt, aber die wegen Abschaffung der Standesvorrechte, der widerrechtlich verfügten Gefangenenshaft und der freien Meinungsäußerung und sonst in Uebereinstimmung mit dem Reichsgesetz erlassenen Bestimmungen für Landesgesetze mit fortdauernder Gültigkeit erklärt. ¹³⁾ Art. 2 der Reichsverf.

¹⁾ §. 1 bei R. 13. Wenn ausnahmsweise ein Reichsgesetz nur subsidiäre Geltung haben soll, so muß dies im Gesetze ausdrücklich gesagt sein.

²⁾ Art. 55. E. B. G.-B. Mot. S. 146 f. Derselbe Grundsatz gilt nicht von allen Nebengesetzen zum B. G.-B. Das R. F. G. giebt vielmehr in §. 200 der Landesgesetzgebung die Befugniß, ausführende und ergänzende Bestimmungen zu treffen. Die R. G. B. O. steht zwar auch auf dem Codificationsprincip, macht aber für die Landesgesetzgebung weitgehende Vorbehalte.

und wesentlich öffentlich-rechtlichen Materie angehören³⁾. Dagegen bleibt nach wie vor das Landesrecht in Geltung

1. auf dem eigentlichen Gebiete des öffentlichen Rechts⁴⁾,

2. auf dem Gebiete der Vorbehalte⁵⁾.

Die Vorbehalte sind theils specieller, theils genereller Natur⁶⁾. Sie beziehen sich auf das particulare Gewohnheitsrecht in gleicher Weise, wie auf das particulare Gesetzesrecht⁷⁾. Die vor dem 1. Januar 1900 entstandenen Rechtsverhältnisse unterstehen grundsätzlich noch dem früheren Rechte, doch haben

³⁾ Mot. G. B. G.-B., S. 147 f. Hierher gehört vor allem der Fall, wenn eine jurist. Person des öffentl. Rechts in den Privatrechtsverkehr eingreift. Vergl. auch z. B. Mot. br. Ausf. B. G.-B., S. 80, Abf. 4. — Entscheidend für die Frage, ob eine Materie dem öffentlichen Rechte angehört, ist das Landesrecht. Vergl. Planck, Comment., VI, S. 133, Note 2.

⁴⁾ Vergl. Note 3. „Der Jurisprudenz ist die Aufgabe zugewiesen, da, wo es streitig sein mag, ob eine Vorschrift dem bürgerlichen oder dem öffentlichen Rechte angehört, die der Sachlage entsprechende Entscheidung mit der Verfassung und den öffentlichen Einrichtungen in den einzelnen Bundesstaaten zu treffen.“ Mot. G. B. G.-B., S. 147 f. Bezüglich verschiedener auf den Grenzgebieten liegenden Materie hat das G. B. G.-B. die Zweifel selbst beseitigt.

⁵⁾ Soll ausnahmsweise eine privatrechtliche Bestimmung oder Materie des Landesrechts in Geltung bleiben, so muß dies ausdrücklich gesagt sein. Dies geschieht gemäß Art. 3 G. B. G.-B. in der Weise, daß die betr. Regelung der Landesgesetzgebung „vorbehalten“ oder die Landesgesetzgebung hinsichtlich dieser Materie „unberührt“ gelassen ist. In dem einen wie dem anderen Falle bleiben nicht nur die etwa schon bestehenden Landesgesetze in Kraft, sondern es können in soweit auch neue erlassen werden.

⁶⁾ Ist dem Landesrecht generell eine Materie, z. B. das Auerbenrecht, zugewiesen, so kann die Landesgesetzgebung, wie *argum. e contrario* durch Art. 95 G. B. G.-B. über das Gesinderecht vom B. G.-B. noch ausdrücklich bestätigt wird, in soweit auch Sonderbestimmungen über allgemeine Normen, also über Verjährung, Formerfordernisse treffen, überhaupt ein vollständiges Rechtssystem der betr. Materie bilden und innerhalb dieser sogar Rechtsinstitute einführen, die dem B. G.-B. fremd sind, z. B. die Wiedereinsetzung in D. v. St. (vergl. Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., S. 14, S. 128), die unwordenliche Verjährung (Habicht, S. 42 a. G. S. 426 u. n. 3) oder neue dingliche Rechte (Mot. S. 147 f.; Planck, Commentar, Vorb. z. Sachnrr. II, 2a, S. 6; Endemann, Lehrb. I, S. 16, IV, 1; Habicht, a. a. O., S. 42 a. G.), und in letzter Consequenz sogar Rechte als Reallasten bezeichnen, die es nach dem B. G.-B. nicht sein würden. Die von den Mot. br. Ausf. S. 4, IV vertretene Ansicht ist deshalb nicht ganz genau. Nur soviel ist richtig, daß diese dem B. G.-B. unbekannten Rechtsinstitute nicht von einem Vorhalte gedeckt werden, wenn sie bislang nur in Folge subsidiärer Anwendung des gemeinen Rechts bei der betr. Materie in Geltung waren. Vergl. Planck, Com. VI, S. 130, Note 2.

⁷⁾ Art. 2, G. B. G.-B. Auch das gemeine römische Recht ist deshalb als Landesgesetz aufzufassen. Mot. br. Ausf. B. G.-B. 3 f.; Endemann, Lehrbuch I, S. 16, I; Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., S. 92; Buchka in Medl. Zeitschr. f. R. XV, S. 26 f.; Planck, Comment., VI, S. 133, Note 3. Unrichtig die Mot. G. B. G.-B. S. 147 und Prot. S. 8837 ff., wonach sich die Vorbehalte „nur auf Normen des wirklichen Landesrechts, nicht auf die recipirten Normen des gem. Privatrechts beziehen“ sollen. Wenn allerdings bisher bei einer landesgesetzlich geregelten Materie das gemeine Recht hinsichtlich der allgemeinen Grundsätze nur subsidiäre Anwendung fand, so sind für diese künftig das B. G.-B. maßgebend.

Ueber die Kraft des particularen Gewohnheitsrechts vergl. unten S. 3, III.

sowohl das B. G.-B., als die Braunschweigischen Ausführungsgesetze zu diesem durch ihre Uebergangsbestimmungen mancherlei Abweichungen getroffen ¹⁾).

§. 3.

Die particularen Quellen.

Die particularen Quellen unseres Privatrechts sind entweder allgemeine Landesgesetze oder nur für einzelne Landestheile geltende Gesetze. Zu letzteren gehören insbesondere die sogenannten städtischen Statuten. Daneben gebührt überall, namentlich aber auf dem Gebiete des Bauernrechts, dem Gewohnheitsrechte eine hervorragende Bedeutung.

I. Die ersten Landesgesetze finden sich im fünfzehnten Jahrhundert; sie sind, wie schon oben angedeutet, wenig zahlreich und im Einverständniß mit den Landständen erlassen ¹⁾. Ihrem Inhalte nach sind sie, soweit das Privatrecht in Frage kommt, noch nicht von allgemeiner Gültigkeit oder Bedeutung, sondern gleichsam gesetzlich autorisirte Vereinbarungen über die Rechtsverhältnisse gewisser Stände und Corporationen.

Auch in den folgenden beiden Jahrhunderten bildet den Hauptgegenstand der Gesetzgebung nicht das Privatrecht, sondern das öffentliche Recht. Jenes findet sich meist nur gelegentlich in den über das letztere handelnden Gesetzes-Codifikationen berücksichtigt, woneben Gesetze mit specifisch privatrechtlichem Inhalte nur ganz vereinzelt und auch dann nur über ganze Institute des Privatrechts vorkommen. Die noch in den Landtagsabschieden von 1597 und 1619 anerkannte Mitwirkung der Landstände bei der Legislation beginnt seitdem immer mehr zur bloßen Form herabzusinken. Man kann in dieser Periode der Landesgesetzgebung

1. die größeren Landesordnungen,
2. die kleineren landesherrlichen Verordnungen oder Edicte, auch Decrete oder Rescripte genannt, und schließlich
3. die ebenfalls mit Gesetzeskraft umkleideten Landtagsabschiede unterscheiden.

Zu den größeren Landesordnungen gehören namentlich die Landesordnungen im engeren Sinne ²⁾, welche die öffentlichen Landesverhältnisse

¹⁾ Art. 153 bis 218 E. B. G.-B. Vergl. im Allgemeinen Habicht a. a. O., §. 2, IV und 6.

²⁾ Aus dem 15. Jahrh. haben wir nur vier Verordnungen Heinrich's d. Aelt. Vergl. Woltereck, Kurzer Begriff, S. 2.

Am bekanntesten und namentlich für das Meierwesen grundlegend ist der hierher gehörige Recß Heinrich's d. Aelt. mit den Ständen von 1433 und die Landesordnung desselben Herzogs von 1498 über Gewichte, Bölle, Münzen etc. S. Ribben-trop, Sammlung d. Landtagsabschiede, Thl. I, Nr. 3 u. 9.

³⁾ Die bedeutendste ist die allgemeine Landesordn. vom 7. u. 19. März 1647. Sie besteht aus 104 Art. und galt nur auf dem Lande. Abgedruckt ist sie als Anhang der 1663 ausgegebenen Hofgerichtsordnung, S. 319 bis 350. Der neueste Abdruck findet sich in R. Steinacker, Größere Organisationsgesetze, S. 53 ff. Vergl. auch du Roi, a. a. O., §. 72.

reguliren und dabei auch in das bürgerliche Recht eingreifen. Ferner sind hierher zu rechnen die Polizeiverordnungen³⁾, welche mit jenen fast gleichbedeutend waren und nicht bloß Gegenstände der Polizei im heutigen Sinne zu regeln berufen waren. Die sog. Hofgerichtsordnungen⁴⁾ verdanken ihre Entstehung dem in jener Zeit nach dem Vorbilde des Reichskammergerichts in Braunschweig gegründeten Hofgericht, während die ebenfalls an dieser Stelle zu erwähnenden Canzleyordnungen⁵⁾ im Wesentlichen das Verfahren bei der mit dem Hofgericht vielfach concurrirenden Justizcanzley zu fixiren bestimmt waren. Schließlich sind noch die Amts- oder Amtscammer-Ordnungen⁶⁾ hier zu erwähnen.

Die kleineren Verordnungen (Edicte, Decrete, Rescripte) des Landesherrn aus dieser Zeit sind durchaus mannigfachen Inhalts. Entweder sind sie für das Privatrecht überhaupt bedeutungslos, wie die Hofordnung⁷⁾ u. A., oder sie berühren dasselbe wenigstens, wie die Bergordnungen, Gartengeschworenenordnung, Hochzeits-, Kindtaufs- und Begräbnißordnung, die Forstordnung und viele kleine Gesetze⁸⁾, oder aber sie haben bürgerliche Rechtsverhältnisse zum ausschließlichen Gegenstande, wie das Edict Anton Ulrich's über

³⁾ Publicirte Polizeiordnungen giebt es freilich nicht; doch sind zwei verfaßt und auch auf den Rechtszustand von Einfluß gewesen. Die erste ist von Herzog Heinrich d. J. aus dem Jahre 1563 und enthält auch Bestimmungen über das Steuerwesen. Die zweite ist von 1589 und enthält außer polizeilichen Vorschriften auch solche über Verlöbniß, Zins, Vormundschaft u. dgl. Vergl. du Roi, a. a. O., §§. 113 ff.; Woltereck, a. a. O., S. 25.

⁴⁾ Die Hofgerichte wurden in älterer Zeit im Mosthause zu Braunschweig, später in Gandersheim, seit Herzog Julius wieder theilweise in Braunschweig und dann ausschließlich in Wolfenbüttel abgehalten. Die älteste Hofgerichtsordn. ist 1556 von Heinrich d. J. publicirt, 1559 neu redigirt und von Julius im Jahre 1571 verbessert herausgegeben. Eine letzte Redaction ist 1662 unter Herzog August erfolgt. du Roi, a. a. O., S. 134 ff. Der neueste Abdruck findet sich: Steinacker, Organif., S. 153 ff.

⁵⁾ Bekannt ist nur die Canzleyordn. des Herzogs Julius vom 18. April 1575 und die erste gedruckte von 1629 nebst der letzten Redaction von 1651 (Steinacker, Organif., S. 85 ff.), während schon in der Declaration Heinrich's d. J. vom 18. Sept. 1596 (Steinacker, a. a. O., S. 89; Friedersdorff, Promt. I, 167) zwei ältere Canzleyordn. erwähnt werden, die aber nicht auf uns überkommen sind.

⁶⁾ Die Amtsordn. von 1541 erneuerte die Erbhufregister, die Amtscammerordn. von 1688 ordnete die Erbgregister und griff auch ins Privatrecht ein. Siehe R. Steinacker, Organif., S. 321 ff.

⁷⁾ Hofordn. v. J. 1589 f. Schneider, Report. III, 200 ff.

⁸⁾ Hierher gehören die Bergordnungen Herzogs Heinrich d. J. von 1524, 1532, 1550, 1552, 1556, Herzogs Julius von 1579 (du Roi, a. a. O., S. 131), die Bergordn. vom 18. Sept. 1593 (Schneider, Report. III, 64), die Gartengeschworenenordn. vom 2. Juni 1559 (Schneider, a. a. O. III, 154 ff.), die Hochzeits-, Verlöbniß- u. dgl. Ordn. unter Herzog Heinrich Julius vom 28. December 1594, 28. Dec. 1604, 29. Sept. 1614, unter Friedrich Ulrich vom 23. Jan. 1623 und 5. Febr. 1629 (du Roi, a. a. O., S. 94), vom 23. Jan. 1623 (Schneider, a. a. O. III, 154 ff.), die Forstordn. von Herzog Heinrich d. J. vom 4. Juli 1547, von Herzog Julius vom 20. Oct. 1590, 1. Dec. 1603 (vergl. du Roi, a. a. O., S. 129), und von 1686 unter Anton Ulrich (Steinacker, Größere Organif., S. 303 ff.).

die Erbfolge der Ehegatten, die ältere Verlöbnißordnung desselben Herzogs und dergleichen ⁹⁾).

Die Landtagsabschiede ¹⁰⁾ endlich im 16. und 17. Jahrhundert sind vollständig den eigentlichen Gesetzen gleich. Sie faßten das auf den Landtagen Beschlossene zusammen und verliehen ihm durch die Publication die Kraft von Gesetzen ¹¹⁾. Die wichtigsten aus dieser Zeit sind die von Salzdahlum vom Jahre 1597, der auch auf das Meierrecht bedeutsam einwirkte, von Gandersheim vom Jahre 1601 und von Wolfenbüttel vom Jahre 1619 mit ebenfalls privatrechtlichen Bestimmungen ¹²⁾.

Mit dem 18. Jahrhundert wandte sich unsere Gesetzgebung wieder unter wachsendem Einfluß der Stände in erhöhtem Maße der Pflege des Privatrechts zu. Und zwar sind hier nicht sowohl größere Landesordnungen, wie früher, sondern kleinere Gesetze zu verzeichnen, welche nach wie vor unter dem Titel von fürstlichen Verordnungen, Edicten, Decreten oder Rescripten und Declarationen erlassen sind und theilweise noch heute Gültigkeit beanspruchen. Daneben findet man auch häufig Mandate, Decrete und Rescripte des Geheimrathscollegiums, des Consistoriums und der Obergerichte, oder Verfügungen der fürstlichen Regierungskommission und sog. Atteste der Justizkanzley, denen zwar keine eigentliche Gesetzeskraft zukommt, die indessen in Ausführung und Anwendung der bestehenden Gesetze selbst dann, wenn sie nicht vom Landesherrn unterzeichnet sind, schon nach einer Verordnung vom 6. Januar 1593 den Behörden zur genauen Befolgung bezeichnet werden ¹³⁾. Rückfichtlich der Bedeutung der Landtagsabschiede, welche allerdings in dieser Epoche immer seltener wurden und durch einfache Schlußprotokolle ersetzt zu werden pflegten, gilt dasselbe wie früher ¹⁴⁾.

⁹⁾ Erbfolgeordn. unter Anton Ulrich von 1689 (Frederdsdorff, Promt. I, 231; Steinacker, Promt. I, 282).

¹⁰⁾ Vergl. du Roi, a. a. O., §§. 52 ff.; v. Liebhaver, Einleitung in d. br. lüneb. Landesk. I, 271 ff.

¹¹⁾ In der Verordn. vom 25. Febr. 1605 (Steinacker, Promt. II, 420) wird daher die Befolgung der Landtagsabschiede ausdrücklich neben anderen Landesgesetzen zur Pflicht gemacht.

¹²⁾ Die Landtagsabschiede von 1597 und 1619 sind zuletzt abgedruckt in Steinacker, Organij., S. 1 ff., 33 ff., vorher in der im J. 1663 gedruckten Ausgabe der Hofgerichtsordn., S. 645 ff. und S. 781 ff. Ebendort findet sich (S. 725 ff.) der Landtagsabsch. von 1601. Letzterer ist auch in der im Jahre 1664 veröffentlichten Hannov. Kanzleyordn. II. Thl., S. 8 ff. zum Abdruck gekommen. Von den übrigen bemerkenswerthen Landtagsabsch. schließlich findet sich derjenige vom 10. Oct. 1682 und derjenige vom 28. Juni 1702 in v. Liebhaver, Einleitung in das br. lüneb. Landesk., S. 288 ff. und S. 335 ff. Ein historisch-chronol. Verzeichniß liefert du Roi, a. a. O., §. 55. Die verbindliche Kraft des Landtagsabsch. von 1601 für unser Land ist verworfen durch Mejer. v. 15. Aug. 1788. Vergl. Gesenius, Meierrecht I, 473; a. M. Frederdsdorff, Promt. I, 424.

¹³⁾ Frederdsdorff, Promt. I, 71; v. Selchow, Anfangsgründe etc., §§. 16 bis 19.

¹⁴⁾ Der wichtigste Landtagsabsch. dieser Zeit ist von 1770, welcher hauptsächlich von den Privilegien und Befugnissen der Landschaft handelt. Abgedruckt ist er in v. Liebhaver, Einleitung etc. I, 365 ff. und Steinacker, Organij., S. 557 ff.

Das erste Drittel unseres Jahrhunderts brachte, abgesehen von den Umwälzungen der französischen Fremdherrschaft, schon bemerkenswerthe Veränderungen in der Gesetzgebung hervor, indem seit 1814 eine officiële, indeß nicht vollständige Sammlung der Verordnungen, Declarationen, Circularrescripte und Privilegien des Landesherrn, der Verfügungen und Bekanntmachungen der obersten Landesbehörde erschien¹⁵⁾ und ferner, indem durch die Landschaftsordnung vom 25. April 1820 den neu gebildeten Landständen eine zwar nicht so umfassende Mitwirkung wie in älteren Zeiten, aber eine um so fester abgegrenzte und geregelte eingeräumt wurde. Erst die neue Landschaftsordnung vom 12. October 1832 brachte eine völlige Umgestaltung in der Gesetzgebung. Man unterscheidet seitdem, wie in allen constitutionellen Staaten, unter „Gesetzen“ und „Verordnungen“. Jene bedürfen der Zustimmung oder doch des vorgängigen Gutachtens der Landesversammlung bezw. des ständischen Ausschusses¹⁶⁾ und werden von dem Landesherrn publicirt; diese werden von der Staatsregierung auf Grund ihres Oberaufsichtsrechts in Ausführung bestehender Gesetze, oder als Verhaltensmaßregeln einseitig erlassen. Die letzteren haben daher auch nur Geltung, soweit sie nicht mit den Gesetzen in Widerspruch stehen oder Materien betreffen, welche der verfassungsmäßigen Mitwirkung der Landesvertretung nicht bedürfen. Lediglich zur Ausführung bestehender Gesetze und Verordnungen dienen die bloßen Bekanntmachungen, Instructionen, Rescripte u. dergl., welche nicht von der Landesregierung als solcher, sondern von dem Herzogl. Staatsministerium und den oberen Landesbehörden ausgehen und daher keinen Anspruch auf Gesetzeskraft machen können¹⁷⁾. Was schließlich die jetzigen Landtagsabschiede betrifft, so sind dieselben ziemlich bedeutungslos geworden, da sie lediglich eine Schlußübersicht über das Ergebniß der Landtagsverhandlungen enthalten¹⁸⁾ und namentlich alle auf das Privatrecht sich beziehenden Beschlüsse in Gesetze gefaßt sein müssen.

Dagegen sind noch die Staatsverträge zu erwähnen, welche häufig in das Privatrecht eingreifen, aber nur dann Gesetzeskraft beanspruchen können, wenn sie durch Gesetz ordnungsmäßig publicirt sind¹⁹⁾.

¹⁵⁾ Die Sammlung ist ergänzt durch ein Repertorium von Wege. — Schon vor der Verordn.-Sam. sollten nach der landesh. Verordn. vom 14. Jan. 1749 (Fredericksdorf, Promt. II, 640) alle fürstlichen oder im Namen des Fürsten ergangenen Decrete u. bei allen Gerichten fortlaufend in ein besonderes Buch eingetragen werden. Das Nähere s. unten §. 5, Note 9. — Ueber die von Privatpersonen veranstalteten früheren Gesetzesammlungen vergl. unten §. 4.

¹⁶⁾ Hinsichtlich der Kirchengesetze vergl. noch Ges. vom 27. März 1882, Nr. 16.

¹⁷⁾ Seit der Bekanntmachung vom 22. Jan. 1842 (Ges. u. V.-Z. Nr. 37) werden auch diese Verfügungen meist in der Verordnungsammlung veröffentlicht.

¹⁸⁾ Vergl. die Geschäftsordn. f. d. Landschaft vom 12. Oct. 1832, §. 86, abgeändert durch Verordn. vom 6. Juni 1892, Nr. 22, Art. I, 27.

¹⁹⁾ Zeitschrift f. Rechtspf. XXXII, 163: XI, 2. 40 u. Rhamm, Verfassungsgesetze S. 87, Note 4, sowie Art. 56 G. V. G.-V. Ueber die Frage: Ob Staatsvertr. Rechte der Privaten in einer für dieselben wirksamen Weise begründen können? vergl. Zeitschr. f. R. XIV, 178; Euss. Arch. III, 34; VII, 23. — Staatsverträge schließt der Landesherr mit auswärtigen Regierungen. Der Landtag ist an dem Abschluß nicht theilhaft, sondern nur davon, sobald es die Umstände gestatten, in

II. Obwohl von eigentlichen Provinzialgesetzen im Herzogthum Braunschweig wegen seiner geringen geographischen Ausdehnung nicht wohl die Rede sein kann, so haben sich doch in verschiedenen Landestheilen hin und wieder aus dem Grunde specielle gesetzliche Bestimmungen nothwendig gemacht, weil diese Landestheile zur Zeit ihrer Vereinigung mit dem Herzogthume schon einen besonderen, der Beseitigung nicht fähigen Rechtszustand hatten oder gewisse locale Bedürfnisse diese Ausnahmegesetze erheischten²⁰⁾. Diese fast ausschließlich das Forst-, Jagd- und Weiderecht²¹⁾, sowie das Steuerwesen regelnden Gesetze zc. sind indessen im Laufe der Zeit immer mehr und mehr mit der allgemeinen vaterländischen Gesetzgebung verschmolzen und jetzt in dieser fast völlig untergegangen, so daß insbesondere in privatrechtlicher Beziehung nur noch wenige derartige Bestimmungen Gültigkeit haben. Es findet sich dieser Rechtszustand hauptsächlich²²⁾ noch im früheren Fürstenthum Blankenburg²³⁾ und in dem Amtsgerichtsbezirke Thedinghausen²⁴⁾.

Kenntniß zu setzen. Nur die zur Ausführung der St. nöthigen Mittel bedürfen der ständischen Bewilligung. R. L.-O. vom 12. Oct. 1832, §§. 7, 8. Die Staatsverträge dürfen nichts enthalten, was nach Art. 4 der Reichsverf. der Reichsgesetzgebung vorbehalten ist. Ebenso Prot. G. B. G.-B. S. 148 und Reag, Mat. S. 35. Vergl. Reichsverf. Art. 11.

²⁰⁾ du Roi, a. a. O., §§. 69, 149 ff.

²¹⁾ Es gehören hierher insbesondere die Verordn., welche das Jagd- und Forstwesen, z. B. für den Wolfenb. und Schöning. District (12. Oct. 1753), für den Harz (18. März 1757), den Weserdistrict (11. Nov. 1767), ferner für Weide, z. B. im Weserdistrict (29. April 1767), im Amt Harzburg (20. Jan. 1772) betreffen, schließlich die zum Theil noch jetzt verschiedenen Flußvorschriften, z. B. für den Weserstrom.

²²⁾ Auch in dem Amte Campen und den Dörfern Bevenrode und Waggum, welche seit 1348 mit Lüneburg vereinigt waren und erst durch Recesß vom 25. Januar 1766 vom Kurfürsten Hannover an das Herzogthum abgetreten sind, galten beispielsweise die älteren Gesetze nicht. Vergl. auch Magazin f. Hannov. R., VI, 217 ff.

²³⁾ Die Grafschaft Blankenburg, welche 1599 zum ersten Male an das Herzogthum fiel, dann längere Zeit wieder von demselben getrennt, darauf zum Fürstenthum erhoben und 1731 abermals mit dem Lande vereinigt wurde, hatte bis zur westph. Zeit ihre eigene Verfassung. Für die bis dahin erlassenen Gesetze zc. des Herzogthums ist daher die Norm aufzustellen, daß sie in Blankenburg nur gelten, wenn die Ausdehnung auf dieses nachweisbar ist. Letzteres ist insbesondere nicht der Fall 1. bei allen vor dem 4. Juni 1599 erlassenen Verordnungen; 2. bei den während der gemeinschaftlichen Regierung der wolfenb. Erbprincedenten erlassenen Gesetzen nach dem 1634 erfolgten Tode Fr. Ulrich's; 3. bei den Gesetzen aus der Regierung August Wilhelm's. Dagegen galten in Bl. ausschließlich z. B. die Jagdordnung vom 3. Dec. 1718, die Feuerordn. vom 20. April 1723, das Forstreglement vom 8. April 1726, das Polizeireglement vom 17. Nov. 1727, alles Gesetze, die heute keine Bedeutung mehr haben. Vergl. auch du Roi, a. a. O., S. 153. Zur Zeit ist dagegen noch bemerkenswerth die Abweichung bezügl. der Anwendbarkeit des Bauernrechts und bezüglich der Holzrenten. Vergl. unten §. 122.

²⁴⁾ Thedinghausen, welches früher zum Herzogthum Bremen gehörte, 1679 mit dem Friedensschluß zu Celle ans Gesamtthaus Braunschweig-Lüneburg fiel und erst im Jahre 1703 an unser Herzogthum abgetreten wurde, hat namentlich im Bauernrecht manche abweichende Bestimmungen. Andererseits können die vor 1703 im Herzogthume erlassenen Gesetze dort nicht ohne Weiteres zur Anwendung kommen. — Als Besonderheit kommt hier vor allem das Deichrecht in Betracht.

Wichtiger aber sind die ebenfalls zu den Specialgesetzen zu rechnenden städtischen Statuten, von denen einzelne ältere Vorschriften auch heute noch Gültigkeit besitzen²⁵⁾. Die ältesten Stadtrechte, deren Entstehung bis in das zehnte Jahrhundert zurückreicht, enthalten lediglich Privilegien der Landesherrschaft über die Einrichtung der Städte und sind nachher durch sogenannte Rühren vermehrt worden. Ihnen aber, sowie den neueren Stadtrechten aus dem 14., 15. und 16. Jahrhundert, welche theils unter Benützung des Sachsenspiegels entstanden sind, theils auch schon Spuren des römischen Rechts enthalten, kommt nur noch historische Bedeutung zu²⁶⁾. Was die Stadtrechte seit dem 17. Jahrhundert anlangt, so lassen sich unter ihnen zwei Classen unterscheiden, nämlich 1. solche Gesetze, welche von den Stadtgemeinden selbst verfaßt und gemäß der Vorschrift von Titel 5 der Hofgerichtsordnung Herzog August's die erforderliche landesherrliche Confirmation erhalten hatten, und 2. landesherrliche, aber nur für einzelne Städte geltende Verordnungen. Von diesen Stadtgesetzen sind die wichtigsten und theilweise sogar heute noch gültigen die Stadtrechte von Braunschweig²⁷⁾, von Wolfenbüttel²⁸⁾ und von Helm-

²⁵⁾ Vergl. Schreiben des Staatsminist. an die Landschaft v. 20. Febr. 1834 (Verhandl. d. Ständeverf. v. 1833 f., Nr. I, II, Anl. 1).

²⁶⁾ Vergl. im Allg.: v. Liebhafner, a. a. O. II, 159 ff.; du Roi, a. a. O., S. 161 f. und Hänselmann, Urkundenbuch der Stadt Braunschweig, I, 1873. Anfangs hatte jedes der nachmaligen fünf Weichbilder (Altstadt, Neustadt, Alte Wief, Hagen, Sack), welche innerlich selbständige Gemeinden waren, sein eigenes Stadtrecht. Die älteste bekannte Codification des Häger Stadtrechts sind die von Otto dem Kinde erlassenen Jura Indaginis (neuerdings abgedr. im Br. Urkundenbuch, S. 1 ff.). In demselben Jahre (vergl. Hänselmann i. d. Hanseat. Geschichtsbibl. 1892, S. 1 ff.) wurde von Otto d. K. das aufgezeichnete Recht der Altstadt legalisirt (abgedr. Urk. B. I, S. 3 f.), sog. Ottonisches Stadtrecht. Das ursprüngl. Stadtrecht der Neustadt u. Alte Wief ist nicht auf uns gekommen (Hänselmann, Hanj. Gesch. S. 36), das des Sackes war jünger. Durch Priv. v. 1245 (abgedr. Urk. B. I, S. 10) ist das Recht der Altstadt auf die Alte Wief, später auch wohl auf die anderen Weichbilder übertragen. Unterm 10. Oct. 1265 wurde das Ottonische Stadtrecht mit geringen Erweiterungen durch die Herzöge Albrecht und Johann bestätigt (abgedr. Urk. B. S. 10). Eine dritte Redaction fand es im Anfang des 14. Jahrh. (Br. Urk. B. S. 21; Hagemann, prakt. Gr. IX, 126). In der Folgezeit finden sich verschiedene Sammlungen der Stadtgesetze, auch als „Stadtrecht“ oder als „Geheding“ (Urk. B. I, 44, 101, 126). Bemerkenswerther ist der Ordinarius des Rathes zu Brunsvick v. 16. April 1408 (Ribbentrop, Quellen I, S. 104, Br. Urk. I, S. 145) und die Codification des Stadtrechts v. 22. Aug. 1532 (Br. Urk. I, 298), sowie „der Stadt Br. Ordnung“ v. 20. Febr. 1573 (das. S. 404). Alle diese Stadtrechte sind durch pragmatica sanctio v. 1675 (Schneider, Repert. II, 467 ff.) ausdrücklich aufgehoben. — Von Wolfenbüttel sind hier zu nennen: „Die bürgerliche Ordnung und Artikelbriefe“ v. 1540 und die privilegia Herzogs Julius v. 21. Aug. 1584 (Rethemeyer, Chronik II, 1051). — Das älteste Statut der Stadt Helmstedt schließlich ist ein Weichbildsrecht, das schon 1247 erneuert ist (Grefß, vindiciae justitiae jud. recup. duc. Guel. 1735), ferner „Statuta oder Stadtr.“ vom Jahre 1589 (v. Liebhafner, a. a. O. II, 251).

²⁷⁾ Hierher gehören außer mehreren Ordnungen über Polizei-, Feuer-, Mühlen- und Armenwesen (vergl. du Roi, a. a. O., §§. 177 ff. Br. Urk. I, 277, 349, 521, 529, 608) der Stadt Br. Kleider-, Verlöbniß-, Hochzeitsordn. v. 1608, 1624, 1650, 1693 u. 1704 (du Roi, S. 175, Br. Urk. I, 435, 480, 588, 654), ferner des Her-

steht²⁹⁾. Seit der neuen Verfassung von 1832 ist das Recht der Autonomie der Städte ausdrücklich auf die Regelung der eigenen Verwaltung und Gegenstände der Ortspolizei beschränkt³⁰⁾. Die hiernach erlassenen städtischen Ordnungen, welche der Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums unterliegen und selbstverständlich nicht im Widerspruch mit Reichs- und Landesgesetzen stehen dürfen, haben daher für das Privatrecht keine Bedeutung mehr³¹⁾.

III. Das Gewohnheitsrecht ist, wie schon hervorgehoben wurde, auch im Herzogthum Braunschweig eine besonders wichtige Quelle des Rechts³²⁾. Seine gelegliche Kraft, welche in älteren Zeiten, wo das Recht fast ausschließlich auf der Uebung der Volksüberzeugung beruhte, eine ganz selbstverständliche war, hat sich auch später trotz Einführung der geschriebenen Gesetze erhalten und findet sogar in mehreren particularen Gesetzen ausdrückliche Anerkennung³³⁾. Allein dieselben Gesetze³⁴⁾ bestimmen gleichzeitig in beschränkender Weise, daß der Richter das Gewohnheitsrecht nicht von amtswegen, sondern nur auf Anführen der Parteien zu berücksichtigen habe und daß ferner jedes behauptete Gewohnheitsrecht nur dann zur Entscheidung zu benutzen sei, wenn es von den

30) Rud. August privilegia der Stadt Br. v. 1671 (v. Liebhaber, a. a. O. II, 235 ff.), ferner Ordnungen für das geistl., das Unter-, das Markt-, das Polizei-, Fabrik- und Accisegericht der Stadt (vergl. Frederksdorff, Promt. II, 349; v. Liebhaber, a. a. O. II, 41, 173; Br. Urk. I, 318, 347, 363, 519). Wichtiger sind die Vormundschaftsordn. v. 2. Aug. 1689, die Meßordnung v. 31. Juli 1737, die Marktordn. v. 29. Sept. 1768 u. die Gesindeordn. v. 2. Oct. 1758 (Ribben-
trop, a. a. O. II, 94).

²⁸⁾ Herzog Heinrich's Julii Privilegia, Statuta u. Ordnungen der Heinrichs-
stadt v. 25. Febr. 1602 (abgedr. mit der Hofgerichtsordn. v. 1663, S. 565 ff.), durch
höchstes Rescr. v. 26. Oct. 1747 auf Freiheit und Vorstädte ausgedehnt. — Außer-
dem giebt es noch eine größere Zahl von Specialgesetzen der Stadt (du Roi, §. 184),
unter denen die Gesindeordn. v. 29. Oct. 1748 am bemerkenswertheften.

²⁹⁾ Vormundschaftsordn. d. St. H. v. 9. April 1745 u. Gesindeordn. v. 16. Juli
1764. Vergl. auch Rescr. v. 6. Juni 1826 (Bege, Repert. I, 177) über die Gültig-
keit der sonstigen Statuten H's.

³⁰⁾ Vergl. allg. Städteordn. v. 4. Juni 1834, Nr. 5, §. 2; revid. Städteordn.
v. 19. März 1850, Nr. 23, §. 2; Ges., betr. die Städteordn. v. 18. Juni 1892,
Nr. 32, §. 2.

³¹⁾ Darüber, daß städt. Statuten nicht in Privatrechte eingreifen können, vergl.
Zeitschr. f. St. XVIII, 59; XXI, 187; XXII, 97, 149, 159; XXIII, 129; XXIV,
122; XXVI, 1; XXVII, 26; XXVIII, 41; XLV, 55.

³²⁾ du Roi, a. a. O., §§. 189 ff. Vergl. auch Frederksdorff, Promt. I, 172.

³³⁾ Hofgerichtsordn. v. 1571, Tit. 3 u. Hofgerichtsordn. des Herzogs August,
Tit. 6 (Frederksdorff, Promt. I, 172; Steinacker, Promt. I, 98), Canzleyordn.,
Art. 54.

³⁴⁾ Hofgerichtsordn. d. Herzogs Julius in Tit. 3: „es sollen auch unsere Hof-
richter in allen und jeden rechtshängigen Sachen... auf redliche, beständige Gewohn-
heiten, die für sie gebracht und kundlich gemacht werden, erkennen.“ Vergl. auch
Hofgerichtsordn. des Herzogs August, Tit. 5: „So viel aber die jedes mal allgirte,
hergebrachte gute Gewohnheit betrifft, sollen die Hofrichter soweit danach zu richten
schuldig sein, wann und so viel deren die litigirenden Partien allegiren und be-
haupten werden.“

Parteien bewiesen³⁵⁾ werde. Ueber die Voraussetzungen des Gewohnheitsrechts gelten im Uebrigen die Vorschriften des gemeinen Rechts³⁶⁾. Dabei ist die bekannte gemeinrechtliche Controverse, ob Gewohnheiten die Kraft haben, ältere Gesetze zu beseitigen, in unserer Particulargesetzgebung im verneinenden Sinne entschieden³⁷⁾ und später dahin declarirt, daß durch Gewohnheit nur solchen Gesetzen nicht derogirt werden könne, welche absolut gebietend oder verbindend, also durch Privatwillkür nicht abänderlich seien³⁸⁾.

Eine besondere Art des Gewohnheitsrechts ist die Observanz, das Herkommen. Man versteht darunter gemeinlich³⁹⁾ die in kleineren Personentreifen, auch Corporationen, als Recht beobachtete Regel. Im Allgemeinen sind auch hierauf die Grundsätze des Gewohnheitsrechts anzuwenden⁴⁰⁾. Auch der Gerichtsgebrauch ist vielfach als eine besondere Art des Gewohnheitsrechts angesehen. Seine Berechtigung ist bestritten. Allein so wenig einzelne Präjudicien selbst des höchsten Gerichtshofes einen solchen für den späteren Richter bindenden Gerichtsgebrauch abgeben können⁴¹⁾, so wenig wird man verkennen dürfen, daß der allgemeinen, gleichförmigen und langjährigen Uebung eines Rechtsatzes namentlich in kleineren Gebieten, wie unserem Herzogthume, die gleiche Kraft, wie dem Gewohnheitsrechte zukommt⁴²⁾. Nicht

³⁵⁾ Ueber den Beweis des Gewohnheitsrechts vergl. Zeitschr. f. Rechtspfl. XI, 188; III, 154.

Bestimmte Beweisregeln giebt es seit der R. G. P. O. (vergl. auch S. 293 daf., nicht mehr.

³⁶⁾ Pland, Com. B. G.-B. Bd. I, S. 33 f.; Windscheid, Pandecten I) S. 15 ff.; Dernburg, Pand. I, S. 26 ff.; Stobbe, Deutsches Privatr. I, S. 23.

³⁷⁾ Landesb. Ausschreiben v. 20. Aug. 1742 u. landesh. Rescr. v. 22. Aug. 1742 (Fredericksdorff, Promt. II, 639; Steinacker, Promt. II, 420; Schneider, Repert. II, 250).

³⁸⁾ Landesf. Rescr. v. 5. November 1765 (Steinacker, Promt. I, 69). Ob aber diesem particularen Rechtsatz bei der dem Gewohnheitsrechte innewohnenden Kraft überhaupt Geltung beizumessen ist, eine Frage, die beispielsweise von Stobbe, D. Privatr., a. a. O., Nr. 7, bejaht wird, dürfte zu bezweifeln sein. Vergl. Entsch. d. Reichsg. V, 134. S. aber auch Scuff., Arch. XXXIII, 94 (Wolf) u. Matthias, Controv.-Legif. I, 2, S. 108 ff., Pr. 4 bis 9 (Wolf); Pland, Com. B. G.-B. I, S. 35.

³⁹⁾ Im Zusammenhange mit der Autonomie bezeichnet man damit auch wohl das Gewohnheitsrecht in Kreisen, die das Recht der Autonomie haben.

⁴⁰⁾ Stobbe, Deutsches Privatr. I, S. 23 bei Nr. 7. — Ueber Herkommen s. Reichsg. i. Zeitschr. f. R. XXXIII, 177 u. die Bemerkung der Redaction dazu; Entsch. R. G. XXXIII, Nr. 41 u. Zeitschr. f. R. XLIII, 90. Aus der Praxis vergl. noch: Zeitschr. f. R. III, 154; XI, 188; XIX, 200; XXXIII, 177 (über den Beweis der Observanz); XX, 197; XXV, 152 (über O. in speciellen Handelszweigen); IV, 153 und XXV, 34.

⁴¹⁾ Durch Gesetz vom 5. Juli 1853, Nr. 38 war bestimmt, daß, wenn der Cassationshof dieselbe Rechtsfrage in verschiedenen Sachen und zu verschiedenen Zeiten mindestens zweimal gleichmäßig, ohne daß eine abweichende Entscheidung dazwischen liege, entschieden habe, hinsichtlich jener Rechtsfrage ein feststehender Gerichtsgebrauch anzunehmen sei, welcher von sämmtlichen Gerichten wie ein Gesetz zu respectiren sei.

⁴²⁾ Stobbe, a. a. O., S. 24. Matthias, Lehrbuch des bürgerl. R. S. 6, IV leugnet zwar, daß Wissenschaft u. Gerichtsgebrauch eine Entstehungsquelle des Rechts seien, giebt aber zu, daß sie den Anstoß zur Entwicklung eines Gewohnheitsrechts

hierher gehörig, sondern dem Handelsrechte zuzurechnen und daher dessen Principien zu unterstellen ist die sog. *Usance* und der Geschäftsgebrauch⁴³⁾.

§. 4.

Die Literatur.

Die Literatur, welche ausschließlich das ganze im Herzogthume Braunschweig geltende Privatrecht behandelt, ist nur wenig umfangreich. Es gehört dahin:

1. Zachariä, Grundriß des braunsch. Privatrechts, mit beigelegter Literatur, 1832.

2. Schneider, Fragmente über das Privatrecht des Herzogthums Braunschweig, 1836 und

3. Adolf Steinacker, Particulares Privatrecht des Herzogthums Braunschweig, 1843¹⁾.

Kürzere Darstellungen desselben Stoffes finden sich von:

4. Strümpel in Schletter's Jahrbüchern II, 1857, S. 64 ff. und

5. A. Dedekind in von Holzendorff's Encyclopädie, 3. Aufl., Bd. I, S. 1044 ff.

Häufiger sind die Lehrbücher, welche unser particulares Privatrecht neben dem gemeinen oder dem im stammverwandten ehemaligen Kurfürstenthume Braunschweig-Lüneburg, späteren Königreiche Hannover geltenden Rechte behandeln. Es sind dies folgende, meist von juristischen Professoren der früheren Universität Helmstedt verfaßten Werke:

1. Georg Engelbrecht, Compendium juris Bruttensia, Helmst. 1677, 4^o.

2. Derselbe, Collatio juris communis et Brunsv. Lüneburgici, Helmst. 1703, 4^o.

3. Andreas Homburg, Praelectiones accademicæ ad institutiones Justianeas, ex genuinis juris naturae, gentium, civilis et canonici principiis, nec non ex jure provinciali Brunsv. Lüneb. concinnatae, Helmst. 1703, 4^o.

4. Henricus Sahn, Observationes, Helmst. 1706, 4^o.

bilden können. Bezugnahme auf solchen Gerichtsgebrauch findet sich beispielsweise in den in Zeitschr. f. Rechtspfl. XV, 125 f. und XXVIII, 62 angeführten Urtheilen des Obergerichtes.

Vergl. aber auch den durch constante Entscheidung des Reichsgerichts aufgestellten Satz, daß ein Gerichtsgebrauch, der sich lediglich auf mißverständene Gesetzesquellen stützt, kein particulares Gewohnheitsrecht bilden kann: Entsch. d. Reichsg. I, 313, 326; III, 210; XIII, 198 u. a.

⁴³⁾ Ueber den Unterschied zwischen Handelsgebrauch u. Gewohnheitsrecht vergl. Zeitschr. f. R. XXV, 33 u. 152. Im Uebrigen f. Zeitschr. f. R. XLII, 227; XLIV, Beil. S. 56. — Ein sog. Geschäftsgebrauch hat überall keine Gesetzeskraft, sondern kann nur als *lex contractus* Bedeutung haben.

¹⁾ Im vorliegenden Werke citirt mit: Steinacker, Br. Privatrecht.

5. Georg Engelbrecht, *Exercitationes ad institutiones justinianae*, Helmst. 1709, 4^o.

6. Johann Paul Greß, *Differentiae praecipuae juris communis et Brunsvicensis*, Helmst. 1704, 4^o.

7. von Selchow, *Anfangsgründe des Braunschw.-Lüneb. Privatrechts*, Göttingen 1760 ²⁾).

Schriften, welche das bei uns geltende particulare Privatrecht mit Staatsrecht und anderen particularrechtlichen Materien zusammen behandeln, sind:

1. Beiträge zum braunschw. und hildesheimischen Staats- und Privatrecht, auch Historie dieser Länder, 1. Thl., Hannover 1772, 2. u. 3. Thl. Braunschweig u. Wolfenbüttel 1778, 8^o.

2. Erich Daniel von Liebhaber, *Einleitung in das herzogl. braunschw.-Lüneb. Landesrecht*, 2 Thl., Braunschweig 1791, 8^o ³⁾).

3. du Roi, *System. Anleitung zur Kenntniß der Quellen und Literatur des Braunschw.-Wolfenb. Staats- und Privatrechts*, Braunschweig 1792, 8^o, Schulbuchhandlung ⁴⁾).

Einzelne Abhandlungen über Gegenstände des braunschweigischen Privatrechts bringen außer Pufendorf, *Observationes und Struben*, *Nebenstunden* ⁵⁾):

1. Georg Wilhelm de Goebel, *Programma ad praelectiones publicas juxta pandectarum ordinem in constitutiones Brunsv. Lüneb.*, Helmst. 1736, 4^o.

2. Carl Fr. Paelise, *Observationes quaedam electae de differentiis juris communis et Brunsv. Guelph.*, Helmst. 1770, 4^o.

3. Waldeck, *Controversenentscheidungen des gemeinschaftlichen Oberappellationsgerichtes zu Wolfenbüttel*, Braunschweig 1827, 1. Thl. ⁶⁾).

4. Eschenburg, *Ueber die Intestaterbfolge der Ehegatten in den Herzogl. Braunschw.-Lüneb. Landen* — auch als Anhang zu Scholz III, *Intestaterbrecht* etc., Braunschweig 1837 ⁷⁾).

5. R. Steinacker, *Ueber die Motive der Braunschw. Ablösungsordnung in Bezug auf Dienste*, 1837.

6. Gotthard, *Das Braunschw. Gesetz, die Verjährung persönlicher Klagen betr.*, Wolfenbüttel 1853.

7. Dedekind, *Präjudicien*, 1. Theil: *Das protest. Ehescheidungsrecht u. Verwandtes*, Wolfenbüttel 1872 ⁸⁾).

²⁾ Im vorliegenden Werke citirt mit: v. Selchow, *Anfangsgründe*.

³⁾ Im vorliegenden Werke citirt mit: v. Liebhaber, *Einleitung*.

⁴⁾ Im vorliegenden Werke citirt mit: du Roi, *Quellen*.

⁵⁾ Die unwichtigeren, gänzlich veralteten Monographien konnten hier keine Stelle finden. Vergl. darüber du Roi, *Quellen*, S. 215 ff. u. S. 220 ff.

⁶⁾ Im vorliegenden Werke citirt mit: Waldeck, *Controversen*.

⁷⁾ Im vorliegenden Werke citirt mit: Eschenburg, *Intestaterbfolge*.

⁸⁾ Eine Fortsetzung dieser Zusammenstellung von Entscheidungen der Braunschw. Obergerichte ist nicht erfolgt.

8. Mansfeld, Die Grundbuchgesetze des Herzogthums Braunschweig, 2. Aufl., Braunschweig 1889 ⁹⁾).

9. v. Frankenberg, Das Braunschw. Gesinderecht, 1900, 8^o.

Im Uebrigen finden sich einschlägige Artikel in:

1. Juristisches Magazin, herausgegeben von Scholz III seit 1814, neue Folge seit 1836, 2 Bde., Braunschweig ¹⁰⁾).

2. Zeitschrift für Landwirthschaftsrecht, herausgegeben von Demselben, Braunschweig 1838 ff. ¹¹⁾).

3. Zeitschrift für Rechtspflege im Herzogthume Braunschweig, begründet von Gotthard, fortgeführt von Koch und Dedekind, jetzt von Letzterem allein, seit 1854 bis jetzt 47 Jahrgänge ¹²⁾).

Zum Schluß sind noch folgende Repertorien und Gesetzesammlungen zu bemerken:

1. Stisser, Chronologisches Verzeichniß braunschw.=lüneb.=wolfenb. Theils Constitutionen und Verordnungen, Landtagsabschiede, Edicte, Mandate und Ausschreiben, Braunschweig 1749, 4^o ¹³⁾).

2. Woltered, Kurzer Begriff braunschw.=wolfenb. Landesordnungen und Gesetze, welche seit der ältesten Zeit bis hierher von Jahr zu Jahr ergangen z., Braunschweig 1750, 4^o, 2. Aufl. von Joachim Friedrich Lichtenstein, Braunschweig 1771.

3. Leop. Friedr. Frederdsdorff, Promptuarium der fürstl. Braunschw.=Wolfenb. Landesordnungen in einem wesentlichen Auszuge derselben, Blankenburg 1775, 3. bis 5. Theil Braunschweig 1785, 6. Theil daselbst 1793; fortgesetzt von Aug. Georg Rüchendorf, daselbst 1816, 7. Theil und „Ergänzungen“ von Karl Bege, Helmstedt 1828 ¹⁴⁾).

4. J. C. Leiste, Repertorium der Verordnungen und Rescripte, welche im Herzogthume Braunschweig in den Jahren 1750 bis 1804 erlassen sind, Braunschweig 1805, 4^o bei Friedr. Vieweg.

5. Gesetz- und Verordnungsammlung für das Herzogthum Braunschweig (amtliche Ausgabe), seit 1814, mit einem chronologischen und

⁹⁾ Im vorliegenden Werke citirt mit: Mansfeld, Grundbuchgef.

¹⁰⁾ Im vorliegenden Werke citirt mit: Jurist. Magazin, event. Jurist. Magazin, N. F.

¹¹⁾ Im vorliegenden Werke citirt mit: Zeitschr. f. Landw.

¹²⁾ Im vorliegenden Werke citirt mit: Zeitschr. f. R. Ein ausführliches, alphabetisches Inhaltsverzeichniß über die ersten 40 Bände ist neuerdings zusammengestellt von Frd. v. Braun.

¹³⁾ Vergl. du Roi, Quellen, S. 204. Dieses ziemlich unvollständige Verzeichniß ist anonym herausgegeben. Nach du Roi, Quellen, S. 204 ist es jedoch unzweifelhaft Stisser zuzuschreiben.

¹⁴⁾ Im vorliegenden Werke citirt mit: Frederdsdorff, Promt. Uebrigens sind nur die wichtigeren oder älteren Gesetze nach diesem Buche, die meisten allein nach der neueren Bearbeitung des Promptuariums von Steinacker (vergl. unten Nr. 9) angeführt. — Ein vollständiges Sachregister zu Frederdsdorff, Promt. u. seinen Ergänzungsbänden hat Carl August Schneider 1832 herausgegeben.

alphabetischen Sachregister für die Jahrgänge 1870 bis 1883 von Dr. Winter ¹⁵⁾.

6. Carl Bege, Repertorium der Verordnungssammlung für die Herzogl. Braunschweigischen Lande mit erläuternden und ergänzenden Rescripten, Instructionen, Bekanntmachungen zc. nebst chronol. Verzeichniß seit 1814, Braunschweig 1838 bis 1848, 6 Bde., fortgesetzt von Görz, Bd. 7 bis 9, 1849 bis 1870 ¹⁶⁾.

7. Karl August Schneider, Repertorium der erläuternden und ergänzenden Rescripte, Instructionen, Bekanntmachungen zc., 3 Bde., Braunschweig 1832 bis 1834 ¹⁷⁾.

8. Karl Steinacker, Sammlung der größeren Organisations- und Verwaltungsgefetze des Herzogthums Braunschweig, Holzminden 1837 ¹⁸⁾.

9. Adolf Steinacker, Neue Bearbeitung des Promptuariums von Fredericksdorff, 2 Bde., Gandersheim 1838 f. ¹⁹⁾.

10. Hermann Wolff, Sammlung der Reichs- und Landesgefetze für das Herzogthum Braunschweig, 2. Aufl., 1900.

11. Die Braunschw. Ausführungsgefetze zum B. G.-B. und dessen Nebengesetze. Mit den amtlichen Begründungen. Amtl. Ausgabe 1900 ²⁰⁾.

¹⁵⁾ Im vorliegenden Werke ist diese Sammlung citirt mit: Ges. u. B. Ein vollständiges alphabetisches Register von 1814 bis 1895 ist amtlich herausgegeben worden.

¹⁶⁾ Im vorliegenden Werke citirt mit: Bege, Repert.

¹⁷⁾ Im vorliegenden Werke citirt mit: Schneider, Repert.

¹⁸⁾ Im vorliegenden Werke citirt mit: Steinacker, Organisationsgef.

¹⁹⁾ Im vorliegenden Werke citirt mit: Steinacker, Prompt.

²⁰⁾ Im vorliegenden Werke citirt mit: Mot. Br. Ausf. B. G.-B. — Ein kurzer, sich eng an die Gesetze anschließender „Leitfaden zur Einführung in das neue Recht“ ist unter Berücksichtigung der Br. Ausführungsgefetze 1899 vom Amtsrichter E. Ude herausgegeben.

Allgemeine Lehren.

Erstes Capitel.

Herrschaftsgebiet des Rechts.

§. 5.

Räumliche und zeitliche Grenzen der particularen Rechtsnormen.

Die Landesgesetze gelten, sofern in ihnen nicht ein Anderes ausdrücklich bestimmt ist, für den ganzen Umfang des Herzogthums Braunschweig ¹⁾ und für alle Personen, die sich in ihm aufhalten, ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit ²⁾. In dem Gebiete des Communion-Unterharzes, der bis zu seiner durch Vertrag zwischen der Krone Braunschweig und Preußen vom 9. März 1874 erfolgten Theilung ³⁾ einen Staat für sich bildete, galt bis dahin ausschließlich das gemeine Recht, soweit nicht von der Communion-Staatsgewalt, deren Hoheitsrechte zu $\frac{3}{7}$ von Braunschweig und zu $\frac{4}{7}$ von Hannover, später Preußen, durch gemeinsame Behörden ausgeübt wurden, besondere Vorschriften mit Gesetzeskraft erlassen sind ⁴⁾. Mit der durch Patent vom 1. Jan.

¹⁾ Vergl. jedoch oben §. 3, II.

²⁾ Ueber ihre Anwendbarkeit auf den Landesherrn und seine Familie s. unten §. 7 f.

³⁾ Ges. u. B., Nr. 33. Der Vertrag hat geringe Abänderungen (insbesondere bezügl. der Communion-Chausseen) erhalten durch Verordn. v. 6. Juli, Nr. 61, und v. 7. Aug. 1875, Nr. 66. S. auch Hamm, Verfassungsgef. S. 80, Note 2. Die Rechtsverhältnisse mit Hannover waren regulirt durch den in der Ges. u. B., Nr. 67 v. 27. Dec. 1853 publicirten Vertrag v. 20. Dec. 1853, womit die Verordnung vom 2. Aug. 1865, Nr. 53 zu vergleichen ist.

Der sog. Communion-Oberharz ist schon fast 100 Jahre früher durch das Theilungspatent vom 20. Juni 1789 (Steinacker, Promt. I, 198; Schneider, Repert. I, 501 f.) getheilt.

⁴⁾ Vergl. die in Note 3 cit. Bestimmungen u. Zeitschr. f. R. XXV, 72. Die erlassenen Specialgesetze beziehen sich übrigens nicht auf das Privatrecht. — Für Rechtsstreitigkeiten zwischen der Communionverwaltung und Privaten war die Justizcancley gemäß dem Burgdorfer Conferenzprotokoll v. 3./9. Dec. 1736, seit dem Rescr. des Staatsminist. v. 18. Juli 1857 aber das Kreisgericht Wolfenbüttel zuständig.

1875⁵⁾ erfolgten Einverleibung der für das Herzogthum erworbenen Gebiets-
theile gelten aber in diesen alle Landesgesetze, denen allgemeine Gültigkeit zu-
kommt⁶⁾.

Ob im Uebrigen ein im Herzogthum oder außerhalb begründetes Rechts-
verhältniß nach einheimischen oder fremden Rechten zu beurtheilen ist, richtet
sich ganz nach den gemeinen Grundsätzen über die Collision der Statuten⁷⁾.
Denn für die der Landesgesetzgebung vorbehaltenen Gebiete verbleibt es bezüglich
des internationalen Privatrechts bei dem bisherigen oder neu sich bildenden
Landesrechte⁸⁾.

Was den Anfangstermin in der Gültigkeit von Landesgesetzen anlangt,
so ist festgesetzt, daß alle Gesetze und Verordnungen, in denen nicht ein beson-
derer Anfangstermin bezeichnet ist, mit dem achten Tage in Kraft treten sollen,
seitdem die Ausgabe des betreffenden Blattes der Gesetz- und Verordnungs-
sammlung durch die Braunschweigischen Anzeigen bekannt gemacht ist⁹⁾.

Hinsichtlich der Wirksamkeit der Gesetze steht dem Richter nur die Be-
fugniß zu, zu prüfen, ob ein Gesetz auch in der verfassungsmäßig vorgeschrie-
benen Form erlassen, nicht auch, ob es ordnungsmäßig zu Stande gekommen
und seinem Inhalte nach zulässig sei¹⁰⁾. Doch wird ihm nach allgemeinen

⁵⁾ Gef. u. B. de 1875, Nr. 1.

⁶⁾ Gef. u. B. 1875, Nr. 2, §. 1. — Ueber die Nichtanwendbarkeit des Bauern-
rechts in diesem Gebiete s. unten §. 122.

⁷⁾ Windscheid, Pand. I, §§. 31 bis 35; Dernburg, Pand. I, §. 42;
Stobbe, Deutsches Privatrecht I, §§. 27 ff. Aus der Br. Praxis vergl. noch: Zeit-
schrift f. R. III, 148; VIII, 166; XV, 168 (über den Ort der Obligation); XXV,
153 (über Statutencollision bei der Verjährung); VI, 65, 79; XXXV, 192 (über
forum rei sitae); XLIV, Beil. 50 ff.

⁸⁾ Auch Art. 7 bis 31 E. B. G.-B. sind hier ausgeschlossen. Vergl. Ende-
mann, Lehrb. I, §. 19, III. Dies gilt dem Auslande, wie anderen Bundesstaaten
gegenüber. Habicht, Einwirkung, §. 6, 2. Zwischen Braunschweig und Preußen
war das internat. Privatr. früher theilweise durch Uebereinkunft vom 4./9. Dec.
1841 (Gef. u. B. 1841, Nr. 20) vergl. mit Ver. v. 27. Juni 1868 geordnet.

⁹⁾ Ver. v. 5. Januar 1814, Nr. 1. Vergl. Zeitschr. f. R. I, 172; III, 7;
VI, 14; XX, 1. Die Publication ist hiernach Voraussetzung der Gesetzeskraft (vergl.
R. L.-O. v. 12. Oct. 1832, §. 5, 2). Vorher bestand jedoch dieser Grundsatz noch
nicht, war auch nicht gemeinrechtlich (Dernburg, Pand. I, §. 24), vielmehr muß
für die frühere Zeit das Princip aufgestellt werden, daß der auf Schaffung eines
Rechtszuges gerichtete Wille des Fürsten Gesetzeskraft hat, wenn eine auf künftl. Befehl
beruhende Kundgebung dieses Willens vorliegt. Jurist. Wochenschrift 1895, S. 111.
Eine gewissermaßen nur instructionelle Bedeutung hatte es deshalb, wenn die landesf.
Ver. v. 14. Januar 1749 (Frederksdorff, Prom. II, 640; Steinacker, Promt.
II, 421) bestimmte, daß die Publication wenigstens vier Tage nach Erlaß der Ver-
ordnung geschehen sollte, und die landesf. Ver. v. 20. März 1749 (Steinacker,
Promt. II, 422) declarirte, daß die Publication durch Anschläge an den gewöhn-
lichen Orten geschehen sollte, ferner durch Verlesen von der Kanzel und Einrückung
in die Br. Anzeigen.

¹⁰⁾ Canzleyordn. von 1651, Art. 2 (Steinacker, Organisationsgef. 92), Hof-
gerichtsordn. v. 1663, Titel §. 75, R. Landf.-Ordn. v. 12. Oct. 1832, §. 100.
Vergl. die Cit. in Note 9. Das B. G.-B. nimmt zu dieser Frage, da sie eine öffent-
lich-rechtliche ist, keine Stellung. Auch dann, wenn ein ordnungsmäßig erlassenes
Gesetz mit dem Landesgrundgesetz im Widerspruch stände, muß es vom Richter respec-

Rechtsgrundsätzen die Pflicht nicht abzusprechen sein, zu untersuchen, ob nicht eine bloß subsidiäre Rechtsquelle durch eine primäre aufgehoben sei¹¹⁾. Für die Beurtheilung dieser Frage kommt die bekannte Parämie: „Willfür bricht Stadtrecht, Stadtrecht bricht Landrecht und Landrecht gemeines Recht“, mit der Maßgabe in Betracht, daß Willfür nur den Normen des dispositiven Rechts und Stadtrecht nur in dem oben in §. 3 vorgezeichneten Umfange den Landesgesetzen, das Landrecht aber dem gemeinen Rechte, zu welchem auch die Gesetze des älteren Deutschen Reiches gehören, überall vorgeht und nur den Gesetzen des neuen Deutschen Reiches gemäß Art. 2 der Reichsverfassung unbedingt nachsteht.

§. 6.

Privilegien.

Im Gegensatz zu den allgemein für das ganze Herzogthum oder doch für alle Personen eines örtlich begrenzten Theiles desselben geltenden Rechtsnormen stehen die Privilegien. Ihr Begriff und ihre Einteilung in Sonderrechte (Privilegien im engeren Sinne) und Anomalien (Privilegien im weiteren Sinne), sowie die weitere Gliederung in *privilegia personae, rei und causae* ist durchaus gemeinrechtlich¹⁾. Ihre Bedeutung — namentlich auf dem Gebiete des Privatrechts — ist heute, wo die Gleichheit vor dem Gesetz als Fundamentalgrundsatz des ganzen Rechtssystems gilt, nur noch eine untergeordnete²⁾. Die Landesgesetzgebung beschränkt sich darauf, die Voraussetzungen für die Entstehung der Privilegien zu regeln. Sie bestimmt, daß der Landesfürst allein³⁾ das Recht hat, gesetzlich zulässige Privilegien zu verleihen, und daß Privilegien,

tirt werden: Zeitschr. f. R. VI, 14; LIII, 74; Entsch. des R.-G. IX, 235 f. Ueber die Frage, wann ein Gesetz durch Gewohnheitsrecht als aufgehoben gilt, s. oben §. 3 bei Note 37 u. 38. — Die Voraussetzungen, unter denen ein Gesetz als vorschriftsmäßig erlassen gelten muß, lehrt das Staatsrecht, s. oben Note 9. Die Verordnungen sind von dem Richter auch nach ihrem materiellen Inhalte zu prüfen, dasselbe gilt von den städtischen Statuten, Rescripten u. s. w. Vergl. Zeitschr. f. R. XVIII, 59; XXI, 184 f.; XXII, 97, 149, 162, 171; XXVII, 28; XXVIII, 41; R h a m m, Braunschw. Verfassungsges. S. 154 f.; Entsch. d. R.-G. XXIV, 2.

¹¹⁾ Otto, Braunschw. Staatsr., S. 104, Note 2. Mot. br. Ausf. B. G.-B. S. 131.

¹⁾ Vergl. Windscheid, Pand. I, §§. 29, 135, 136; Dernburg, Pand. I, §. 85. Auf dem von der Codification ergriffenen Rechtsgebiete ist für Privilegien kein Raum, es müßte denn eine ausdrückliche Ermächtigung hierzu ertheilt sein. Mot. B. G.-B. I, S. 19.

²⁾ Die Ertheilung des Adels im Falle der Ehelicheitserklärung oder Kindesannahme erfolgt durch den Landesherrn unmittelbar (§§. 2 und 3 des br. Ausf. B. v. 1899, Nr. 64); die Befreiung von Ehehindernissen, dem Aufgebot und dem Alterserforderniß bei Kindesannahmen (B. G.-B. §. 1322 u. 1745, br. Ausf. v. 1. August 1899, Nr. 64, §. 1), Verleihung der Rechtsfähigkeit an religiöse Vereine (§. 84 br. Ausf. B. G.-B. und Landesges. v. 25. März 1873, §. 20) und Stiftungen (§. 10 br. Ausf. B. G.-B.), Volljährigkeitserklärung (§. 3 B. G.-B.) u. Ehelicheitserklärung (§. 1723 das.) erfolgt kraft Delegation durch Herzogl. Staatsministerium, Abth. f. Justiz.

³⁾ Vergl. Zeitschr. f. R. XI, 49; XIX, 63.

welche Landeseinwohnern von auswärtigen Regierungen verliehen werden, nur mit Zustimmung des Landesherrn angenommen werden dürfen ⁴⁾. Soweit durch die Privilegien Rechte dritter Personen betroffen werden, bedarf es auch der Zustimmung dieser ⁵⁾, indem alle Rechte der Landeseinwohner und jeder rechtlich bestehenden Corporation verfassungsmäßig für unverlegbar erklärt und nur denjenigen Beschränkungen unterworfen sind, welche auf Recht und Gesetz beruhen ⁶⁾.

§. 7.

Privatfürstenrecht.

Für unsere landesherrliche Familie gilt das Recht der Autonomie ¹⁾. Das B. G.-B. hat daneben nur in bedingter Weise subsidiäre Kraft. Denn es gelten für unsere landesherrliche Familie nicht nur in erster Linie die Haus- und die Landesgesetze, sondern auch da, wo diese beiden etwa auf das gemeine bürgerliche Recht verweisen, kann damit sehr wohl das damals zur Zeit des Erlasses solcher Vorschriften geltende Civilrecht zum Inhalte des Sonderrechts gemacht und damit auch noch dem B. G.-B. gegenüber in Wirksamkeit geblieben sein ²⁾.

1. Für die Ehen der Prinzen und Prinzessinnen ist das Hausgesetz vom 19./24. October 1831 maßgebend ³⁾. Hiernach bedürfen die Ehen der Einwilligung des Landesherrn ⁴⁾.

⁴⁾ R. Landschaftsordn. v. 12. Oct. 1832, Nr. 22, Art. 6 und 10. Welche Privilegien als gesetzlich zulässig zu betrachten sind, muß im Einzelfalle beurtheilt werden. Unzulässig sind sie jedenfalls dann, wenn sie der Verfassung oder den Reichsgesetzen widersprechen oder in Rechte dritter ohne deren Zustimmung eingreifen. Vergl. auch Rhamm, Braunschw. Verfassungsges. S. 83, §. 6, Note 1.

⁵⁾ R. Landschaftsord., Art. 6. Die Ansprüche gegen den Landesfiscus wegen Aufhebung von Privilegien gehören ausschließlich zur Zuständigkeit des Landgerichts. Br. Ges. v. 1. April 1879, Nr. 11, §. 30, Z. 2. Dabei bleiben die Vorschriften über die Zulässigkeit des Rechtswegs unberührt. §. 30, Abs. 2 das.

⁶⁾ Art. 32, vergl. m. Art. 33 das. Vergl. Rhamm, a. a. O., S. 105 f.

¹⁾ Dieser Satz eines alten, deutschen Gewohnheitsrechts ist auch durch Art. 57, E. B. G.-B., §. 83, R. G.-B.-D., §. 189, R. F.-G., §. 2, E. Zw. G. bestätigt. Ausgeübt wird das Gesetzgebungsrecht durch den Landesherrn (R. Land.-D., §. 20), woneben eine wichtige Quelle auch die Observanz ist. Daß der Landesherr durch die Hausgesetzgebung nicht in erworbene Privatrechte der Mitglieder seines Hauses eingreifen darf, entspricht allgemeinen Grundsätzen. Vergl. Ernesti in Zeitschr. f. R. XXXIII, S. 11. S. auch Seuf. Arch. I, 76.

²⁾ Auch das gemeine deutsche Privatfürstenrecht, soweit dessen Normen anerkannt sind, gehört hierher. Entsch. R.-G. XXVI, S. 149. Das B. G.-B. greift also nur ein, wenn das fürstliche Sonderrecht gar nichts bestimmt hat oder wenn es auf das gemeine bürgerliche Recht schlechthin so verweist, daß man dem jeweilig geltenden Civilrecht sich unterwerfen will. E. B. G.-B., Art. 55, Prot. S. 8782 u. Prot. der 455. Sitzung. Endemann, Lehrb. I, §. 22; II, 2. Vergl. auch Ernesti, Zeitschr. f. R. XXXIII, S. 11.

³⁾ Ges. u. B.-E. 1832, Nr. 45. Das Gesetz gilt auch für die sogenannte hannoversche Linie. S. hannov. Ges., Sammlg. Nr. 1 von 1833. Daß auf die Ehen übrigens die Vorschriften des B. G.-B. über Ehehindernisse und dergl. An-

2. Die Volljährigkeit des Landesfürsten beginnt mit dem vollendeten 18. Lebensjahre⁵⁾. Dasselbe gilt von der Volljährigkeit des Thronfolgers⁶⁾ und der anderen Prinzen und Prinzessinnen des landesherrlichen

wendung finden, entspricht ihrem Wesen. Vergl. Heffter, Die Sonderrechte der souveränen Häuser, S. 50 ff.

⁴⁾ Art. 1 das., wo zugesichert ist, daß die Einwilligung bei „ebenbürtigen“ Ehen nicht ohne besondere Gründe versagt werden soll. An und für sich ist zur hausgezeglichen Ehe die Ebenbürtigkeit nicht erforderlich. Die ohne Einwilligung eingegangenen Ehen sind, wenn sie nur den Bestimmungen des bürgerl. Rechts entsprechen, nicht ungültig, übertragen aber nach Art. 4 auf die Kinder weder Successionsrecht (vergl. auch S. 14 der N. Land.-Ord.), noch Rang, Titel und Wappen, damit auch nicht die vermögensrechtlichen Ansprüche der Prinzen und Prinzessinnen. Soweit die hiernach beschränkten Rechte der Kinder vertraglich festgelegt sind, heißen die Ehen morganatisch. Heffter, Sonderrechte, S. 67; G. Meyer, Staatsrecht, S. 89. Ueber den Begriff der Ebenbürtigkeit fehlt es bei uns an einem Regulativ. Herkömmlich gelten in der landesherrlichen Familie nur die Ehen mit Mitgliedern der souveränen Häuser oder der reichsfürstlichen Genossenschaft als ebenbürtig. Rhamm, Braunschw. Verfassungsgef., S. 92, Note 2. Ueber vorgekommene Ausnahmen vergl. Heffter, Sonderrechte, S. 318 f.; Moser, Braunschw. Staatsr., II. Cap., 1. Abschn., S. 14 u. 3. Abschn., S. 8.

⁵⁾ S. 15 N. Land.-Ord. v. 12. Oct. 1832. Damit ist eine alte Streitfrage, die besonders bei dem Regierungsantritt des Herzogs Carl II. brennend wurde (vergl. Patent vom 6. Juni 1823 in der Gef.- u. Ver.-S., Nr. 7; f. auch die von der hist. Com. v. kgl. bayerischen Akademie der W. herausgegebene „Allgemeine Biographie“, XXIII Bd., S. 175, wo die Frage als zweifelhaft hingestellt und berichtet wird, daß von den derzeit eingeforderten Gutachten das von Hettling das 21. und das von Martens das 18. Lebensjahr festgehalten habe), endgültig entschieden. Vergl. Moser, Braunschw. Staatsrecht II, Abschn. 1, S. 12; Rhamm, Braunschw. Verfassungsgefe, S. 92 f.

⁶⁾ Die N. L.-O. regelt nur den Beginn der Volljährigkeit des Landesfürsten, nicht des Thronfolgers. Auch die neueren braunschw. Hausgefe jagen darüber nichts. Das hannoversche Hausgefe vom 19. Nov. 1836 (Schulze, Hausgefe I, S. 490 ff.) bezeichnet zwar in Cap. V, S. 1 als Großjährigkeitsbeginn des Thronfolgers das vollendete 18. Lebensjahr. Allein diese Bestimmung bezieht sich nur auf die Thronfolge in Hannover und ist daher für uns nicht anwendbar. Wenn deshalb auch die fortbauernde Geltung des hannov. Hausgefe, das von Herzog Wilhelm mit unterzeichnet ist, an und für sich außer Zweifel steht und insofern auch für das herzogl. Gesamtthum gilt, als darin die Verhältnisse dieses geregelt werden (vergl. auch Heffter, Sonderrechte, S. 314; Rhamm, Br. Verf., S. 98), so kann doch in diesem Falle aus dem hannov. Hausgefe nichts für die Lösung der Frage entnommen werden. Allein ein älteres braunschw. Hausgefe, das pactum Henrico-Wilhelminum v. J. 1535 (Schulze, Hausgef. I, 433 f.; Ribbentrop, Landtagsabsch., S. 25 ff.), hat bereits bestimmt, daß alle Prinzen und Prinzessinnen mit vollendetem 18. Lebensjahre volljährig werden. Die viel umtrittene Stelle lautet: „Gefügte sich also, daß in Zeit, wenn uns Herzog Wilhelm und unseren Erben die Erneuerung dieses Vertrages gebührte, unsere Erben unmündig wären, alsdann sollen deren Vormünder und Rätthe sich verschreiben und verbürgen, daß sie diesen erblichen Vertrag in Zeit unserer Erben Minderjährigkeit verfolgen, auch davor seyn und sollen, wenn unsere unmündigen Erben ihre vollkommenen Jahre und Alter, als achtzehn Jahr, erlangen, daß alsdann dieselben diesen Vertrag vollziehen, erneuern etc.“ „Aber herwieder sollen des Unmündigen Vormünder und Rätthe sich verschreiben und verbinden, daß der Unmündige, wenn er achtzehn Jahr erreicht etc.“ Daß dies pactum nicht nur für die nächsten Erben der Herzöge Gein-

Hauses⁷⁾. Ueber minderjährige Mitglieder des landesherrlichen Hauses müssen unter denselben Voraussetzungen, wie nach dem B. G.-B., Vormundschaften geführt werden⁸⁾. Man unterscheidet Regierungs-Vormundschaft, welche die staatliche Vertretung des minderjährigen Landesfürsten, und die Privat-Vormundschaft, welche die Sorge für Person und Privatvermögen der minderjährigen Prinzen und Prinzessinnen umfaßt, die nicht der elterlichen Gewalt unterworfen sind⁹⁾. Die Regierungs-Vormundschaft regelt sich nach den §§. 16 bis 21 der Neuen Landschaftsordnung und ist auch dann erforderlich, wenn der Landesfürst unter der elterlichen Gewalt seiner Mutter steht¹⁰⁾. Dasselbe gilt von der Privatvormundschaft¹¹⁾. Jedoch sind die Mutter, sowie

rich d. J. und Wilhelm, sondern für alle künftigen Generationen ein bindendes Hausgesetz bilden sollte, befaßt sein Inhalt und ist auch ernstlich nie bestritten. Vergl. Hurlebusch, Ueber den Zeitpunkt der Volljährigkeit der Prinzen aus dem Hause Braunschweig, 1820, S. 14 ff.; Woltereck, Kurzer Begriff, S. 5. Die Rechtsbeständigkeit als vollgültiges Hausgesetz ergibt sich auch daraus, daß das pactum zum Ueberfluß mit der Landschaft des Herzogthums abgeschlossen (Ribbentrop, a. a. O., S. 40, 42) und vom Kaiser Karl V. ausdrücklich confirmirt ist (Rehmer, Chronik, Theil II, S. 889). Das pactum ist auch durch die privilegia des Herzogs Carl I. von 1770 ausdrücklich bestätigt (Steinacker, Gr. Organisationsgef., S. 585 ff.). Auch sonst giebt es kein Hausgesetz, welches später das pactum aufgehoben oder abgeändert hätte. Das Testament des Herzogs Julius v. 1582, auf das man sich vielfach berufen, setzt zwar die Volljährigkeit seines ältesten Sohnes auf das vollendete 25. Jahr fest, ist aber ein Ausnahmefall, der die allgemeine Regel des pactum nicht hat aufheben können und wollen. Vergl. Hurlebusch, a. a. O., S. 19 ff. Auch ist, von diesem Falle abgesehen, die Volljährigkeit in neuerer Zeit stets mit Beginn des 19. Lebensjahres angenommen, so daß man auch von einer entsprechenden Observanz reden könnte. Hurlebusch, S. 23 f.; Moser, Br. Staatsr., S. 98, §. 7; Ribbentrop, Beiträge, S. 118; Heffter, Sonderr., S. 317 f. Hiernach haben das nur subsidiäre römische Recht, das bekanntlich das vollendete 25. Lebensjahr verlangte, und auch die späteren Landes- und Reichsgesetze (Verord. v. 15. Febr. 1814, Nr. 31, Gef. v. 9. Jan. 1869, Reichsgef. v. 27. Febr. 1875), die die Volljährigkeit mit beendetem 21. Lebensjahre beginnen ließen, keine Geltung erlangt. So auch die vom Consist.-Präs. Hurlebusch in einer späteren Broschüre v. 1827 bei Friedr. Vieweg u. Sohn veröffentl. Gutachten des Geh.-Raths v. Braun, von Martens und des Helmstedter Prof. Schmelzer.

⁷⁾ Da das pact. Heinr. Willh. (s. Note 6) nicht nur den Thronfolger, sondern alle Erben schlechtthin bezeichnet, so bezieht sich dieses Hausgesetz auf alle Prinzen und Prinzessinnen. Vergl. Hurlebusch, Ueber den Zeitpunkt der Volljährigkeit der Prinzen aus dem Hause Braunschweig, S. 20 u. 24 f. Fraglich könnte es nur sein, ob dies Hausgesetz nicht insoweit durch das hannov. Hausgesetz v. 19. Nov. 1836, welches in Cap. V, §. 2 die Großjährigkeit der Prinzen und Prinzessinnen erst mit dem vollendeten 21. Jahre beginnen läßt, aufgehoben ist. Allein bei seinem Erlaß hat es, da für Hannover gegeben, die im Herzogthum Braunschweig bestehenden Bestimmungen nicht berühren wollen. Das braunschw. Hausgesetz wird deshalb in Braunschweig auch jetzt dem hannoverschen vorgehen.

⁸⁾ §§. 1773, 1836, 1909 ff. B. G.-B. Ueber eine wichtige Ausnahme siehe unten Note 10.

⁹⁾ Heffter, Sonderrechte, §. 83 und 96.

¹⁰⁾ Die Regierungs-Vormundschaft ist ein Institut des öffentl. Rechts, auf das das B. G.-B. überhaupt keine Anwendung findet.

¹¹⁾ Dies setzt sowohl §. 22, Abf. 2, R. L.-O. als §. 1, VI. Cap. des hannov. Hausgef. v. 19. Nov. 1836, dem damaligen gemeinen Rechte entsprechend, dergestalt

die väterliche Großmutter bei der Erziehung des minderjährigen Landesfürsten mit ihrem Gutachten zu hören¹²⁾. Im Uebrigen steht die Privat-Vormundschaft über den minderjährigen Landesfürsten dem Regierungs-Vormunde zu, falls nicht der vorhergehende Landesfürst eine andere Bestimmung getroffen hat. Diesem Vormunde gebührt die Leitung der Erziehung unter Beirath des Staatsministeriums¹³⁾. Ohne des letzteren Zustimmung darf auch keine Veränderung in der Substanz des Privatvermögens vorgenommen werden¹⁴⁾. Hinsichtlich der Privat-Vormundschaften über die anderen Prinzen und Prinzessinnen fehlt es an besonderen Vorschriften¹⁵⁾.

3. Bezüglich des Vermögens der landesherrlichen Familie und ihrer Mitglieder¹⁶⁾ sind folgende Unterscheidungen zu machen.

a) Das Hausvermögen, das sich regelmäßig nach den Grundsätzen der Primogenitur unter Vorzug des Mannesstammes vererbt, weist rechtlich wichtige Verschiedenheiten auf.

aa) Das Familiengut vererbt sich zwar nach den Regeln der Fideicommiss¹⁷⁾, gründet aber seine Entstehung auf einen hausgesetzlichen Act¹⁸⁾ und kann mit Zustimmung aller Agnaten

voraus, daß mit den durch das V. G.-V. eingeführten Aenderungen nicht dieses, sondern jenes maßgebend bleiben muß. S. oben bei Note 2. Vergl. auch Moser, Braunschw. Staatsr. II, Abschn. 1, §. 11 und Derselbe, Deutsch. Staatsr. XVII, 358 ff.

¹²⁾ §. 22, Abs. 2, N. L.-D. Dies gilt nicht von den übrigen Prinzen und Prinzessinnen.

¹³⁾ §. 22, Abs. 1, N. L.-D.

¹⁴⁾ Das Hausvermögen bedarf, da es anderweit gesichert ist, einer derartigen Cautel nicht. Für das Privatvermögen trifft diese Vorschrift das hannov. Hausges. v. 19. Nov. 1836, §. 1, Abs. 2 in Cap. VI. Zweifelhaft muß es erscheinen, ob diese Bestimmung, welche auf das hannoversche Staatsgrundgesetz Bezug nimmt, für unsere landesherrliche Familie noch von Geltung sein kann. Allein der vermögensrechtliche Vertrag mit der Krone Preußens vom 5. December 1867 (abgedr. in Regidi und Klauhold, St.-Arch. XIV, Nr. 3286) hat hieran nichts geändert und braunschweigische Hausgesetze über diesen Punkt fehlen gänzlich.

¹⁵⁾ Auch das hannov. Hausges. v. 19. Nov. 1836 enthält nur wenige Bestimmungen. Hiernach können volljährige Prinzen selbst die Vormundschaft über ihre Kinder regeln, während dem Landesherrn nur in Ermangelung solcher Bestimmungen die Ernennung, stets aber die Bestätigung verbleibt (§. 2, Cap. VII). Endlich verpflichtet werden die Vormünder vom Landesherrn, dem auch die jährlichen Erziehungsberichte zu erstatten sind (§. 1, 3, Abs. 1 l. c.). Die jährliche Rechnungsabnahme erfolgt durch das Staatsministerium oder die von ihm beauftragte Stelle (§. 3, Abs. 2, das.).

¹⁶⁾ Vergl. auch den Vertrag der hannov. Linie mit der Krone Preußen vom 5. Dec. 1867 (abgedr. in Regidi und Klauhold, St.-Arch. XIV, Nr. 3286), wodurch in den Familiengutverhältnissen der hannoverschen Linie wesentliche Aenderungen eingetreten sind.

¹⁷⁾ Ernesti in Zeitschr. f. R. XXXIII, S. 13.

¹⁸⁾ Ernesti, a. a. O. Stobbe, Deutsches Privatr. II, §. 139, IV u. Note 2 a u. 18. Auch Oservanz kann solche Hausgesetznorm sein. Mittermaier, Deutsch. Privatr., §. 158, I; Gerber, Deutsch. Privatr., §. 84, Note 9.

verändert, aufgehoben und selbst veräußert werden ¹⁹⁾. Dagegen bedarf es der Eintragung in die Gerichtsbücher ²⁰⁾ nicht ²¹⁾.

bb) Das Cammergut mit dem Vermögen der Hofstatt gehört zu dem großen welfischen Familiengut. Seine Vererbung erfolgt ebenfalls nach den Grundsätzen der Vererbung im Gesamthause. Es unterscheidet sich aber von dem Familienfideicommiß, abgesehen von seiner Entstehung, hauptsächlich durch seine publicistischen Lasten zu Gunsten des Staates und der Agnaten, sowie durch die Regelung der Veräußerung mit Zustimmung der Stände ²²⁾.

cc) Das eigentliche Familienfideicommiß schließlich entsteht nur durch einen Stiftungsact ²³⁾, dessen Inhalt für das Rechtsverhältniß entscheidend ist ²⁴⁾. Jedoch hat das Fideicommiß gegen Dritte nur dann Wirksamkeit, wenn es in die Gerichtsbücher eingetragen ist ²⁵⁾. Nach dem Stiftungsacte ist es auch in jedem Einzelfalle zu beurtheilen, ob das Familienfideicommiß für das Gesamthaus Braunschweig-Lüneburg gestiftet worden ist, sich also in den einzelnen Linien bis zum Aussterben der letzten weiblichen Linie und Erbin forterbt, oder aber ob es sich um ein sogenanntes Specialfideicommiß für eine bestimmte Linie handelt, das mit dem Ableben des letzten Inhabers aus dieser Linie sich in freies Eigenthum verwandelt. Viel umstritten ist auch die Frage, ob auch das Herzogliche Museum in Braunschweig und die Herzogliche Bibliothek in Wolfenbüttel zu

¹⁹⁾ Maurenbrecher, Staatsr., S. 475, Zeitschr. f. R. XXXIII, S. 14.

²⁰⁾ Solche Eintragung hatte die landesf. Verord. v. 1. Dec. 1758 (Steinacker, Promt. I, 324) vorgeschrieben mit der Maßgabe, daß auch alle schon früher begründeten Fideicommiße innerhalb von drei Jahren einzutragen seien. Wiederholt ist die Vorschrift durch Ver. v. 12. Nov. 1827.

²¹⁾ Ernesti in Zeitschr. f. R. XXXIII, S. 13.

²²⁾ Das Nähere s. unten §. 8.

²³⁾ Stobbe, D. Privatr. II, §. 139, IV; Mittermaier, D. Privatr., §. 158, II, 1; Ernesti, Zeitschr. f. R. XXXIII, S. 10. Die Stiftungsacte können letztwillige sein oder Verfügungen unter Lebenden. Im ersteren Falle bedürfen sie der sonst verbindlichen Form (s. unten §. 115 u. 117), im letzteren Falle sind sie formlos. Ernesti, a. a. O.

²⁴⁾ Wesentlich ist nur die Bestimmung der Unveräußerlichkeit, regelmäßig wird aber auch eine besondere Successionsordnung festgesetzt. Stobbe, D. Privatr. II, §. 139, Note 2 u. 2a. Aufhebung und Veränderung kann auch mit Zustimmung sämtlicher Agnaten nicht erfolgen (Ernesti, a. a. O., S. 14 mit Nachweisungen, und Stobbe, D. Privatr. II, §. 140, VII) und auch durch den letzten Inhaber nur, soweit nicht Rechte eines Nachgeborenen im Wege stehen (Mittermaier, D. Privatr., §. 158, IX u. X).

²⁵⁾ S. oben Note 19. Der Mangel der Eintragung hat übrigens nur relative Nichtigkeit zur Folge, insofern der Erwerb seitens eines gutgläubigen Erwerbers unanfechtbar ist. Ernesti in Zeitschr. f. R. XXXIII, S. 13; Zeitschr. f. R. IX, S. 167 ff. u. Mansfeld, Grundbuchges., 2. Aufl., S. 34.

dem welfischen Familienfideicommiß zu rechnen sind ²⁶⁾. Ihrer Entstehung nach gehört indessen die Bibliothek unzweifelhaft zu dem braunschweigischen Gesamt-Fideicommiß ²⁷⁾ und hat diese Eigenschaft auch behalten ²⁸⁾. Das Herzogliche Museum ist da-

²⁶⁾ Der Streit dreht sich vor Allem darum, ob die Kunstschätze dieser Institute staatlich oder herzoglich seien, und im letzteren Falle, ob sie zum Privatvermögen, zum Fideicommiß oder zum Cammergut gehören. Auch die Ansicht, daß es sich um selbstständige staatliche Anstalten mit jurist. Persönlichkeit handle; ist aufgestellt worden. Gutachten über diese Fragen sind auf Veranlassung des Staatsministeriums vor längerer Zeit bearbeitet von Geh. Archivrath Schmidt, Archivar Hettling und Obergerichts-Präs. Breymann. Die Gutachten, die alle zu verschiedenen Ergebnissen kommen, sind nicht veröffentlicht. Zur öffentlichen Verhandlung sind die Eigenthumsverhältnisse im XVII. Landtage, 15. Sitz. v. 21. März 1882, aus Anlaß des Neubaus des Museums gekommen. Hierbei ist vom Regierungsvertreter (S. 359 der Prot.) ausgeführt: es sei kaum zweifelhaft, daß sowohl Museum als Bibliothek dem Herzogl. Fideicommiß angehörten und zwar die Bibliothek dem des Gesamtthauses, das Museum dem Specialfideicommiß der Bevern'schen Linie. Ueber letzteres habe also Herzog Wilhelm als deren letzter Sproß frei verfügen können und dies auch durch §. 222, R. L.-O. gethan, wodurch das Museum zu einer dem Staate gewidmeten, unentäußerlichen Anstalt geworden sei. Der Regierungsvertreter hat die übrigens selbstverständliche Beschränkung hinzugefügt, daß diese Ansicht des derzeitigen Ministeriums nicht normgebend für dritte Personen sein könne. Im Uebrigen hat sich in derselben Verhandlung der Abg. v. Gramm wiederholt gegen jeden Anspruch des Staats auf die Sammlungen ausgesprochen. Der Abg. Bode hat auf die Möglichkeit hingewiesen, daß man es mit einem Theile des Cammerguts zu thun habe. Eine endgültige Lösung hat jedenfalls die Frage damals nicht gefunden. Auch Rhamm, Braunschw. Verfassungsgelehrte, S. 272, Note 1 zu §. 222 streift diese Frage nur, ohne sie zu entscheiden.

²⁷⁾ Herzog August hat ein Testament v. Jahre 1661 hinterlassen, von dem allerdings bei seinem Tode nur eine Abschrift aufgefunden ist, während das Original entwendet war (Hagemann, Geschichte der Lande Braunschw.-Lüneb. III, S. 178 ff.; v. Heinemann, Gesch. der Lande Braunschw.-Lüneb. III, S. 114). Gleichwohl wurde sein Inhalt hinsichtlich des beweglichen Vermögens anerkannt. Es bestimmte über die Bibliothek: „Das Eigenthumb derselben soll allemahl seyn unseres eldesten Sohnes R. A. und dessen Successoren und Nachkommen an unserer künftl. Wölff. Succession, jedoch dergestalt, daß auch alsdann von gemelbeter Bibliothek von ihnen, seinen Successoren und Nachkommen an der Regierung, oder auch sonst jemand anders nichts distrahirrt, veräußert, verschenkt oder sonst quocumque modo alienirt, viel weniger solche bibliotheca geteilt oder einigerlei Weise zerrennt, sondern, wie vorberührt, unverrückt bei einander behalten werde“ (v. Heinemann, Die Herzogl. Bibliothek zu Wolfenbüttel, 1894, S. 78 ff.). Wollte man aber die Gültigkeit der nur abschriftlich hinterlassenen Verfügung trotz ihrer Anerkennung bezweifeln oder letzterer nur obligatorische Wirksamkeit beimessen (vergl. Ernesti, Zeitschr. f. R. XXXIII, S. 10), so ergiebt sich aus dem (nicht im Druck veröffentlichten) Testamente des Herzogs Anton Ulrich v. 2. März 1714, daß dieser hinsichtlich der Bibliothek die Unveräußerlichkeit und eingesetzte Erbfolge bestätigt, event. also neu begründet hat. Hiernach ist die Fideicommißqualität nicht zu bezweifeln, auch im Landtage seitens eines Regierungsvertreters im Jahre 1882 im Wesentlichen anerkannt (s. Note 26).

²⁸⁾ Zunächst bedarf es keiner Ausführung, daß auch alle späteren Erwerbungen unter der Herrschaft des gem. R. nach der Lehre von den Sachgesamtheiten das rechtl. Schicksal der Hauptsache ohne Rücksicht auf die Herkunft der Mittel (vergl. §. 222, R. L.-O.) getheilt haben. Aber auch sonst ist keine Aufhebung oder Abänderung erfolgt, am wenigsten durch §. 222, R. L.-O., denn hierdurch hätten die

gegen nur als Special-Fideicommiß der Bevern'schen Linie begründet²⁹⁾, mit deren Erlöschen aber auf Grund hausgesetzlicher Bestimmung der N. L.-D. als Herzogliches Familiengut vererbt³⁰⁾.

Rechte des Herzoglichen Gesamthauses gar nicht geschmälert werden können (vergl. oben Note 24). Ist doch auch sonst die Möglichkeit der Aufhebung von Familien-Fid. auf die Herzogl. Fideicommiße nicht ausgedehnt (s. unten §. 92). Im Uebrigen s. über die Tragweite des §. 222, N. L.-D. unter Note 30. Auch vom Regierungstische aus ist im Landtage 1882 erklärt, daß die Fortdauer der Fideicommiß-Eigensch. der Bibliothek kaum zweifelhaft sei (s. oben Note 26).

²⁹⁾ Der am 27. März 1714 verstorbene Herzog Anton Ulrich hat nämlich in seinem (nicht durch Druck veröffentlicht.) Testamente vom 2. März 1714 bestimmt, daß die Gemälde und sonstigen Kostbarkeiten des Schlosses Salzdahlum, sowie die Pretiosen und Mobilien des Schlosses Wolfenbüttel „unveräußerlich in der Bevern'schen Descendenz forterben“ sollten. In einem Codicill (nach v. Strombeck, Br. Magazin 1831, S. 335 v. 22. März 1714 herrührend), welches abgedruckt ist durch Zimmermann im Br. Magazin 1901, sagt er überdies: „Unter allen diesen monitis ist die fürnehmste, daß zu Wolfenbüttel die pretiosa und mobilia nimmer veralienirt mögen werden, sondern vielmehr Gelegenheit der Zeit vermehrt mögen werden, wie im gleichen zu Salzdahlum. . . Was ich mündlich mit ihm (dem Sohne) verabredet, das wolle er sich stets erinnern und den raren Bilder Schatz sich bestens lassen anbefohlen seyn.“ Diese Kunstschatze bildeten den Stamm des späteren Museums, mit dem Herzog Carl I. nach Abfindung seiner Brüder das von Herzog Ferdinand Albrecht I. angelegte Bevern'sche Kunstcabinet, sowie die Raritäten im Braunschweiger Schlosse (namentlich die Münzsammlung und Eisenbeinsachen) und im Blankenburger Schlosse (Kupferstiche etc.) im Jahre 1754 bis 1755 vereinigt hat (Mahn, Beiträge zur Geschichte des Herzogl. Museums im Br. Magazin 1828, S. 302). Eine Urkunde im Rechtssinn, wie der Regierungsvertreter in der Landtagsvers. v. 9. Dec. 1882 (S. 355) zu meinen scheint, giebt es über diese Vereinigung nicht. Doch haben die gültigerweise zu dem Stamm der Sammlung hinzugefügten Sachen ebenso, wie die späteren Neu-Erwerbungen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft (vergl. Sitzungsber. d. Landtg. 1882, S. 355 f.; und §. 222, N. L.-D.) unter der Herrschaft des gem. R. nach der Lehre von der Sachgesamtheit deren rechtliche Schicksale getheilt. Auch das Gebäude ist auf einem mit der nach §. 169, N. L.-D., erforderlichen Zustimmung vom Herzogl. Hofpark (Hofstatt) abgetretenen Grundstücke nicht aus eigentlichen Staatsmitteln, sondern vom Cammercalfonds erbaut (Anl. 49, XVII. Landtag und Prot. 40, S. 223 ff.).

³⁰⁾ Man hat behauptet (Staatsm. Schulz im Landtage XVII, a. a. O.), daß durch §. 222, N. L.-D. das Museum Staatseigenthum oder doch eine „dem Staate gewidmete Anstalt“ geworden sei. Allein ihre Bestimmung, daß das Museum „der Beförderung von Wissenschaft und Kunst gewidmet bleiben solle“, enthält, wie so manche Vorschrift unserer Verfassung, überhaupt keine Rechtsvorschrift. Aber selbst wenn sie den Eigenthümer rechtlich binden würde, so ist auch nicht mit einem Schein von Recht aus ihr herauszulesen, daß das Museum Staatseigenthum geworden oder eine „dem Staate gewidmete Anstalt“ sei. Die Zweckbestimmung des Museums läßt vielmehr die Eigenthumsfrage gänzlich unberührt. Auch den Zwischenatz: „welche (d. h. Bibliothek und Museum) unveräußerlich sind“, läßt keineswegs ein Veräußerungsverbot zu Gunsten des Staates erkennen. Es erscheint überhaupt zweifelhaft, ob ein neues Veräußerungsverbot durch diese Worte hat ausgesprochen und nicht vielmehr das bereits bestehende lediglich hat bestätigt werden sollen. Hierfür spricht schon die grammatische Stellung des Satzes. Thatsächlich bestand ja noch ein Veräußerungsverbot, da die Fideicommißeigenschaft bis zum Tode des Herzogs Wilhelm fortbauerte. Die Ansicht des Staatsm. Schulz (XVII. Landtag, S. 355 f.),

- b) Zum Privatvermögen (Schatullgut) ist alles bewegliche oder unbewegliche Vermögen zu rechnen, was nicht zu irgend einer Art des Hausvermögens gehört, mag es dem Eigenthümer aus Ersparnissen irgend welcher Revenuen oder aus anderen Privat-Titeln zugeflossen sein ³¹⁾. Jedes Mitglied der landesherrlichen Familie kann von der Volljährigkeit an über sein Privatvermögen frei verfügen ³²⁾. Zum Bedarf für sich und sein Haus erhält der Landesfürst aus dem Cammergut jährliche Zuschüsse ³³⁾, die Wittve des Landesfürsten ein standesgemäßes Witthum ³⁴⁾ und die Söhne und Töchter des

der Herzog habe durch §. 222, R. L.-O. von seiner „freien Dispositionsbefugniß“ Gebrauch gemacht, ist in einer doppelten Weise ansehnlich. Einmal ist nicht berücksichtigt, daß bei Erlaß der R. L.-O. Herzog Carl II. noch lebte und mit der Regierungsgewalt keineswegs die privatrechtlichen Ansprüche auf das Vermögen verloren hatte, ferner aber, daß wegen der möglichen und derzeit noch stark erhofften Nachkommenschaft Herzog Wilhelm stets nur zu einer Verfügung von Todeswegen über das Fideicommiß nicht berechtigt gewesen wäre (s. oben Note 24). Dementsprechend war in einem Gesekentwurf über die Sonderung des fürstlichen vom Staatshaushalt im Jahre 1832 ausdrücklich gesagt, daß die Stammgutsqualität der Bibliothek und des Museums nicht verändert werden sollte (Rhamm, Br. Verfassungsgef. S. 272). Auch wird in §. 222, R. L.-O. das Museum der Bibliothek rechtlich gleichgestellt, die als Gesamt-Fideicommiß doch ganz unzweifelhaft vom Herzog Wilhelm nicht in eine rechtlich andere Lage gebracht werden konnte (s. oben Note 24). Es würde denn auch der §. 222 unwirksam sein, wenn er die Eigenthumsverhältnisse hätte ändern oder beschränken wollen. Da er dies nicht that, war er von Anfang an gültig und hat auch seine Kraft über den Tod des Herzogs W. hinaus behalten, da ihm eine begrenzte Dauer nicht beigelegt ist. Daher ergibt sich, daß durch den §. 222 vom Tode des Herzogs W. an das Museum auch in Zukunft „unveräußerlich“ und „der Wissenschaft und Kunst gewidmet“ bleiben sollte. Das würde unmöglich sein, wenn sich das Museum als freies Eigenthum vererbt und damit der Veräußerung und der Theilung durch Erbgang ausgelegt sein würde. Aus diesem Grunde muß als nothwendige Folge des §. 222, R. L.-O. die Ablicht des Stiffters dahin ausgelegt werden, daß sich das Museum auch nach seinem Tode nach Art der Fideicommiße vererben sollte. Damit konnte freilich kein neues Fideicommiß, sondern nur ein Familiengut begründet sein, da der Begründungsact durch Hausgesetz, als welches der §. 222, R. L.-O. unbedenklich angesehen werden kann, nur das letztere zuließ (s. oben bei Note 18).

³¹⁾ Vergl. XI. Cap., §. 3 des hannov. Hausgef. v. 19. Nov. 1836. Ob die Bestimmung dieses Gesetzes (§. 1, l. c.), wonach alles Privatvermögen des Landesherrn, worüber er nicht disponirt hat, nach seinem Tode dem Familienfideicommiß zufallen soll, auch nach den veränderten staatlichen und vermögensr. Verhältnissen von 1866/67 auf unsere landesherrliche Familie Anwendung finden kann, steht nicht außer Zweifel.

³²⁾ Vergl. §. 1, Cap. VII; und §. 5, Cap. XI, l. c. Diese Bestimmung findet auch jetzt um so unbedenklicher Anwendung, als sie den Vorschriften des gemeinen Rechts durchaus entspricht.

³³⁾ §§. 169, 170, R. L.-O. u. Finanznebenvertrag v. 12. Oct. 1832, Art. 1, u. Uebereinkunft v. 12. Juni 1874. Vergl. Rhamm, Br. Verf. S. 210 ff. Der hier nach dem Landesherrn zustehende Anspruch hat mit dem (höheren) des Regenten, wie solcher durch Uebereinkunft vom 14. Sept. 1889, Art. 6 festgesetzt ist, nichts zu thun. Ebenso: Rhamm, a. a. O., S. 285, Note 2.

³⁴⁾ §. 171, R. L.-O. Die Höhe soll durch „Observanz“ feststehen, wovon jedoch jetzt schon aus dem Grunde nicht mehr die Rede sein kann, weil die weit zurück-

Landesfürsten bei selbstständiger Einrichtung, sowie bei ihrer Vermählung Apanagen ³⁵⁾). Die Grundstücke des Landesherrn, des Regenten und des Haus- oder Familiengutes der landesherrlichen Familie bedürfen der Eintragung im Grundbuche nicht ³⁶⁾). Von der Wegebaulast sind die herzoglichen Residenzschlösser, Lustschlösser und Gärten befreit ³⁷⁾). In vermögensrechtlichen Streitigkeiten hat der Landesherr ebenso wie die übrigen Mitglieder des landesherrlichen Hauses vor den ordentlichen Gerichten Recht zu nehmen ³⁸⁾).

4. Das Erbrecht bietet Besonderheiten nicht dar ³⁹⁾). Jedoch hat kraft bestehender Observanz das eigenhändige Testament des Landesfürsten und im Uebrigen das testamentum principi oblatum stets Anerkennung gefunden ⁴⁰⁾).

§. 8.

Das Cammergut und die Hofstatt.

I. Das Cammergut, welches aus sämtlichen herzoglichen Domänen, Forsten, Jagden und Fischereien, den damit verbundenen Gefällen und Gerechtsamen, sowie den Berg- und Hüttenwerken, Salinen, Glas- und Ziegelhütten, Steinbrüchen, Kalk- und Gypsbrennereien, Braunkohlengruben und Torfstichen, der Porcellanfabrik und ehemaligen Münze, sowie schließlich aus den Gütern

liegenden Zeiten, in denen Witthümer gezahlt wurden, ganz andere Verhältnisse aufwiesen, als heute. Vergl. auch Rhamm, Br. Verf., S. 212.

³⁵⁾ §. 171, N. L.-D. Dazu Rhamm, a. a. O. Vergl. auch Note 34 über die Höhe. Anspruch haben die Kinder nur, wenn sie „Prinzen“ und „Prinzessinnen“ sind, d. h. aus hausgesetzlicher Ehe stammen, da sie sonst diesen Titel nicht führen dürften. S. oben Note 4.

³⁶⁾ §. 1, Br. Verord. v. 12. Juni 1899, Nr. 50. Ueber ihre Veräußerung s. unten §. 73, über ihre Belastung §. 75. Grundstücke von anderen Mitgliedern des herzoglichen Hauses gehören hier nicht her.

³⁷⁾ §. 26, N. Wege-Ord. v. 29. Juni 1899, Nr. 56. Ebenso früher Wege-Ord. v. 1871. Die Schlösser der übrigen Mitglieder der landesherrlichen Familie sind nicht befreit.

³⁸⁾ Vergl. Rhamm, a. a. O., S. 82, Note 3. Ueber die Vertretung der Hofstatt s. unten §. 8. Besondere Bestimmungen über die sonstige Vertretung betraf der jetzt hinfällige §. 1, IV. Cap. des hannov. Hausgef.

³⁹⁾ Die durch §. 14, N. L.-D. geregelte „Regierungserbfolge“ kommt hier nicht in Betracht. Die Erbfolge in das Hausvermögen bestimmt sich nach besonderen, oben erläuterten Regeln, die Erbfolge in das Privatvermögen nach B. G.-B. (vergl. auch §. 5, Cap. XI des hannov. Hausgef.). Intestaterbberechtigt in das Privatvermögen sind auch alle aus nicht „hausgesetzlichen Ehen“ hervorgegangenen Kinder, da diese durch Art. 4 des Hausgef. v. 19./20. Oct. 1831, Nr. 45 in 1832, nur von der Regierungsnachfolge, Rang, Titel und Wappen ausgeschlossen sind. Zum Nachlaß gehören die Revenuen nach Verhältnis bis zum Todestage berechnet. Vergl. §. 3, XI. Cap. des hannov. Hausgef.

⁴⁰⁾ Moser, Br. Staatsr. VIII, 2. Abth., §. 1 f. Gelegentlich des Todes von Herzog Wilhelm hat man die Unterschrift für genügend und die Datirung für unwesentlich gehalten.

und Gerechtsamen des Stiftes St. Blasii und St. Cyriaci, der Abtei Gandersheim und des Klosters St. Ludgeri gebildet wird ¹⁾, steht als Familiensidecommiß des Gesamthauses Braunschweig im Eigenthum des Landesherrn ²⁾. Das Eigenthum ist aber beschwert mit publicistischen Lasten zu Gunsten der Agnaten ³⁾, der Hofhaltung ⁴⁾ und des Staates ⁵⁾. Deshalb bedürfen Veräußerungen und Verpfändungen, soweit sie nicht Lehns-Modifikationen, Ablösungen und Separationen oder Vergleiche über streitige Gegenstände betreffen, der Zustimmung des Ausschusses der Landesversammlung und bei einem Werthe von 30 000 Mk. und darüber der Zustimmung der letzteren,

¹⁾ §§. 162, 163, N. L.-D. v. 17. Oct. 1832. Vergl. Rhamm, Br. Verfassungsgelese, S. 196 ff.

²⁾ Die Frage ist außerordentlich streitig. Noch das Herzogl. D.-L.-G. Braunschweig hat sich in seinem Plenarbericht vom 31. März 1889 (Zeitschr. f. R. XXXVI, 100 ff.) dahin ausgesprochen, daß das Cammergut vom eigentlichen Staatsvermögen getrennt sei und im Eigenthum der Herzogl. Cammer, einer mit Rechtssubjectivität begabten staatlichen Anstalt, stehe. Das auf diesen Bericht ergangene Rescript des Herzogl. Staatsminist., Depart. d. Justiz, vom 31. Mai 1889 hat sich jedoch dieser Ansicht nicht angeschlossen, ohne die Frage selbst zur Entscheidung zu bringen. Die hier vertretene Ansicht ergibt sich nun aus der historischen Entwicklung des Cammerguts. Der Landesfürst war ursprünglich, wenn auch nicht ausschließlicher, so doch größter Grundbesitzer des Landes. Diesem Grundbesitze verdankt die landesherrliche Familie einerseits die Landeshoheit, andererseits aber auch die Pflicht, aus dem Grundbesitz alle Hof- und Staatsverwaltungskosten zu bestreiten. Diese Wirkung blieb bestehen, obgleich das Cammergut in seinem Bestande später vielfachen Veränderungen unterworfen war. Auf der einen Seite wurde es vergrößert durch Ankäufe, Heirath, kaiserliche Belehnung, Heimfall, Säkularisation, auf der anderen Seite aber auch noch mehr vermindert durch häufige Veräußerungen und Theilungen. Diese führten schließlich zu einer zweifachen Beschränkung in der Dispositionsbefugniß des Landesherrn. Einmal ließen sich die durch solche Zerstückelungen in ihrem Interesse geschädigten Agnaten das Zustimmungrecht zu Veräußerungen einräumen (Ribbentrop, Beiträge zc., S. 145 ff.; Ribbentrop, Zwei Abhandlungen 1891, S. 20, mit Nachweisungen), sodann erwirkten die Landstände, als die vergrößerten Staatslasten durch die Aufkünfte des Cammerguts nicht mehr gänzlich bestritten werden konnten, mit Einführung der Steuern ebenfalls ein Genehmigungsrecht bei Veräußerungen oder Belastungen (Ribbentrop, a. a. D., S. 21 f.). Weder hierdurch, noch durch die spätere Gesetzgebung ist an den Eigenthumsverhältnissen etwas geändert. In der N. L.-D., §. 164 ist dies ausdrücklich anerkannt. Wie in anderen Staaten mit der gleichen Entwicklung muß deshalb auch (mit Heffter, Sonderrechte d. souveränen Staaten, §. 97) für uns jetzt noch das Eigenthum des Landesherrn, welches sich nach den Grundätzen des Fideicommiß im Gesamthause vererbt, anerkannt werden. Die gleiche Ansicht ist auch von O. Meyer, Staatsr., §. 94, 4, im wesentlichen ferner von Ribbentrop, Die Frage des Eigenthums an den Domänen zc., 1891, neuerdings auch mit eingehender Begründung von Rhamm, Br. Verfassungsgelese, S. 200 f. vertreten. Doch macht dieser mit Recht darauf aufmerksam, daß die aus einem öffentl. Rechtsgrunde dem Landesherrn angefallenen Theile des Cammergutes, z. B. die Regalien, einer anderen Beurtheilung unterliegen.

³⁾ §. 171, N. L.-D., f. oben §. 7, Note 34 u. 35.

⁴⁾ §. 167, 169, 170, 1. c., f. oben §. 7, Note 33 und unten II.

⁵⁾ §. 17, 2, N. L.-D. Die publicistischen Lasten unterscheiden das Cammergut, abgesehen von seiner Entstehung, im wesentlichen von dem eigentlichen Fideicommißvermögen der landesherrlichen Familie, f. oben §. 7, 3.

widrigenfalls die Veräußerungen nichtig sind ⁶⁾). Auch über Capitalentschädigungen und Kaufgelder des Cammerguts darf nur unter denselben Bedingungen verfügt werden, soweit es sich nicht um gewisse Verwendungen zu Gunsten des Grundvermögens des Cammerguts handelt ⁷⁾). Die Grundstücke des Cammerguts bedürfen der Eintragung im Grundbuche nicht ⁸⁾). Werden sie aber eingetragen, so geschieht es ohne Erwähnung des Eigenthumsverhältnisses auf den Namen „Cammergut“ ⁹⁾). Die Cammerschulden sind durch besondere gesetzliche Bestimmungen geregelt ¹⁰⁾).

Verwaltet und vertreten wird das Cammergut durch Herzogliche Cammer in ihren drei abgesonderten Directionen für die Domänen, für die Forsten und für die Bergwerke ¹¹⁾).

II. Die Hofstatt wird durch dasjenige Vermögen gebildet, welches verfassungsmäßig der landesfürstlichen Hofverwaltung vorbehalten ist ¹²⁾). Sie bildet einen nur äußerlich vom Cammergute getrennten Theil und unterliegt daher dessen Rechtsverhältnissen ¹³⁾ mit folgenden Abweichungen. Die Grundstücke, die ebenfalls nicht buchungspflichtig sind ¹⁴⁾), sollen ohne Bezeichnung des Eigenthumsverhältnisses auf den Namen „Hofstatt“ im Grundbuche ein-

⁶⁾ Edict v. 1. Mai 1794, §. 14 (Steinacker, Größere Organisationsg., S. 619), §. 164; R. L.-D., §. 1 des Gef. v. 20. Dec. 1834, Nr. 3 in 1835. Vergl. auch Rhamm, Br. Verfassungsgef., S. 204, Note 3. Die Androhung der Nichtigkeit ist im öffentlichen Interesse erfolgt, nicht zum Schutz bestimmter Personen, weshalb §. 134, nicht §. 135, B. G.-B. Anwendung findet. Die Bestimmung in §. 164, Abs. 3, R. L.-D., daß der Ersteher das gezahlte Geld weder condiciren noch vindiciren könne, sondern nur einen Ersatzanspruch gegen die Personen habe, mit denen er contrahirt, ist durch das B. G.-B. beseitigt, da die Privilegien des Staates, die herkömmlich auch aufs Cammergut Anwendung fanden (Erl. D.-M.-G. Wolf. 1824, f. Gebhardshagen u. Gen. c. Cammer), als beseitigt anzusehen sind (i. unten §. 22) und die Haftpflicht des §. 31 B. G.-B. nach §. 89 auf den Staat ausdrücklich ausgedehnt ist.

⁷⁾ §§. 2 und 3 des Gef. v. 20. Dec. 1834, Nr. 3 in 1835; Gef. v. 26. Mai 1896, Nr. 31.

⁸⁾ §. 1, Br. Ver. z. G. B. D. Ueber die etwaige Veräußerung f. unten §. 73, über die Belastung, §. 75.

⁹⁾ Refcr. v. 31. Mai 1889 in Zeitschr. f. R. XXXVI, 107.

¹⁰⁾ Gef. v. 19. Dec. 1834, Nr. 17, dessen §§. 14 bis 16 durch §. 118 Z. 66 des Br. Ausf. B. G.-B. aufgehoben sind. Vergl. auch Gef. v. 23. Febr. 1855, Nr. 14 und §. 118 Z. 71 Br. Ausf. B. G.-B., Edict v. 1. Mai 1794, §. 9 u. Gef. v. 20. Febr. 1837, Nr. 5, §. 11.

¹¹⁾ §. 166, R. L.-D. Vergl. Gef. v. 12. Oct. 1832 u. v. 19. März 1850, Nr. 10, §§. 3 bis 6, Ueber die Organisation. Zeitschr. f. R. XXVIII, 133; XXXVI, S. 100 ff.; Wege, Repert. IV, 123. S. auch unten §. 22, Note 29.

¹²⁾ §. 169, R. L.-D. Das erste Verzeichniß ergibt der Finanz-Nebenantrag vom 12. Oct. 1832, Art. 3. Dieser ist nachher umgeändert und als Anlage D des Landtagsabschieds vom 14. Nov. 1864, Nr. 59 veröffentlicht. Später sind noch mehrere Änderungen im Bestande eingetreten. Auch die nach Art. 169, Abs. 1, R. L.-D. dem Landesfürsten alljährlich zufließende Summe wird hierher zu zählen sein.

¹³⁾ Otto, Br. Staatsrecht, S. 129; Rhamm, Verfassungsgef., S. 210, Note 3, aber auch Zeitschr. f. R. XXXIX, 43 f.

¹⁴⁾ §. 1, Br. Ver. v. 12. Juni 1899 z. R.-G.-B.-D., f. im Uebrigen unten §§. 73 u. 75.

getragen werden ¹⁵⁾. Die Grundstücke der Hofhaltung sind ausdrücklich von der Begebauhaft befreit ¹⁶⁾. Die Gebäude bedürfen nicht der baupolizeilichen Genehmigung, unterliegen aber sonst den Vorschriften der Bauordnung ¹⁷⁾. Verwaltet und vertreten wird die Hofstatt von der Herzoglichen General-Hof-Intendantur ¹⁸⁾.

Zweites Capitel.

P e r s o n e n .

Erster Abschnitt.

Von den natürlichen Personen.

§. 9.

Allgemeines.

I. Daß die vollendete Geburt des Menschen seine Rechtsfähigkeit begründet, lehrt in Uebereinstimmung mit dem bisherigen Recht das B. G.-B. ¹⁾, nachdem schon durch Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 die Beurkundung der Geburten geregelt worden war ²⁾. Auch die Voraussetzungen ³⁾ und die

¹⁵⁾ Zeitschr. f. R. XXXVIII, S. 66 und XXXIX, S. 43 ff.

¹⁶⁾ R. W.-O. v. 29. Juni 1899, Nr. 56, §. 26.

¹⁷⁾ B. O. §. 98.

¹⁸⁾ Zeitschr. f. R. XXXIX, 43 ff. Diese ist deshalb auch bei Abschluß von Verträgen oder bei Rechtsstreitigkeiten mit Hofbeamten die Vertreterin der Hofstatt, für die diese angestellt sind.

¹⁾ §. 3. Früher galt bei uns das gemeine R. Vergl. Steinacker, Br. Privatr., S. 21 ff.

²⁾ Im Herzogthum geschah anfangs die Beurkundung in besonderen „Civilstandsregistern“ durch die Ortsgeistlichen gemäß den Consist.-Aussschr. v. 25. Jan. 1749, 4. Juni 1750, 15. Juni 1774, 8. April 1775, 29. Oct. 1785 (Steinacker, Promt. II, 21). Durch Verordnung v. 15. Febr. 1814, Nr. 32 sind dann neue, durch Kirchenbuchführer zu besorgende Kirchenbücher eingeführt, deren Einrichtung durch Consist.-Rescr. v. 10. Dec. 1814 (Wege, Repert. I, 208) und später durch Verordn. Nr. 1 v. 20. Jan. 1815, Aussschr. Nr. 19 v. 11. Juni 1836, Aussschr. Nr. 55 v. 2. Dec. 1837, Aussschr. Nr. 31 v. 16. Oct. 1841, Gef. Nr. 28 v. 23. Mai 1848, §. 5, Gef. Nr. 32 u. Verordn. Nr. 33 v. 10. Mai 1867, Gef. Nr. 62 v. 25. März und Verordn., Nr. 64, v. 13. Nov. 1873 geregelt wurde.

Die Kirchenbücher erbrachten denselben vollen Beweis, wie jetzt die Standesamtsregister. Ueber die Glaubwürdigkeit der zur französischen Zeit geführten Kirchenbücher s. Gef. v. 19. Oct. 1838, Nr. 29.

³⁾ Früher galt das gem. Recht bei uns (Zeitschr. f. R. VI, 119; VIII, 49; XI, 6), woran durch das Consist.-Rescr. v. 16. Dec. 1812 u. 2. Dec. 1837 (Wege, Repert. I, 213, Gef. u. Ver. Nr. 55) nichts geändert worden war. Vergl. Steinacker, Br. Privatr., §. 1, Note 1.

Wirkungen der Ehelichkeit und der Unehelichkeit⁴⁾ wird durch das B. G.-B. bestimmt. Die Landesgesetzgebung hat sich darauf beschränkt, zu der Vorschrift des B. G.-B., wonach der Ehemann dem außerehelichen Kinde seiner Frau seinen Namen beilegen kann⁵⁾, die Bestimmung zu treffen, daß zur Entgegennahme einer solchen Erklärung der Standesbeamte zuständig ist, wenn die Geburt in einem braunschweigischen Standesregister eingetragen ist, anderenfalls aber der braunschweigische Standesbeamte der Eheschließung, sonst das Amtsgericht des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts des Ehemanns⁶⁾. Auch die rechtliche Stellung der vor 1900 geborenen unehelichen Kinder bestimmt sich jetzt nach dem B. G.-B.⁷⁾, doch bleibt es bei solchen Kindern hinsichtlich der Unterhaltungspflicht beim bisherigen Recht⁸⁾.

II. Auch Tod und Todeserklärung unterliegen lediglich der Beurtheilung nach dem B. G.-B.⁹⁾. Für die bereits vor dem 1. Januar 1900 erfolgten Todeserklärungen¹⁰⁾ gelten aber auch hinsichtlich der Wirkungen die früheren landesgesetzlichen Bestimmungen¹¹⁾ mit Ausnahme der familienrechtlichen Verhältnisse, die sich nach dem B. G.-B. bestimmen¹²⁾.

III. Der Grundsatz von der Gleichheit aller natürlichen Personen vor dem Gesetz hat auch jetzt noch keine unbedingte Anwendung auf die Fremden,

⁴⁾ Von den älteren Rechtsbeschränkungen des particularen Rechts (v. Selchow, Anfangsgründe, §. 254) ist die Unfähigkeit zur Aufnahme in die Gilde (Gildeord. v. 4. März 1765, §. 32) schon durch die Gildeord. v. 29. Oct. 1821 aufgehoben, die Ausschließung vom Intestaterbrecht des außerehelichen Vaters aber (Ver. v. 9. April 1770; Steinacker, Promt. II, 80) durch B. G.-B. §§. 1705 ff. ersetzt. Die Vorschrift der Successionsunfähigkeit in Lehen ist zwar nicht durch das B. G.-B. aufgehoben (Art. 59 E. B. G.-B.), aber fast ganz bedeutungslos geworden. Vergl. unten §. 92.

⁵⁾ §. 1706, B. G.-B.

⁶⁾ §. 78, Br. Ausf., B. G.-B. Vergl. Mot. A. A., S. 103.

⁷⁾ Art. 208, E. B. G.-B.

⁸⁾ Das Landesrecht soll nach Art. 208, E. B. G.-B. auch für die Befugniß jener unehelichen Kinder, den Namen des Vaters zu tragen, maßgebend sein. Doch war schon nach früherem Recht bei uns eine derartige Befugniß nicht anerkannt. Das Rescr. des Staatsm. v. 24. Juni 1844 (Wege, Repert. I, 118, V, 91) verbot vielmehr ausdrücklich, daß uneheliche Kinder den Mutternamen mit angehängtem Vatersnamen tragen sollten. Ueber Aenderung des Familiennamens s. Zeitschr. f. R. XXXVI, 23.

⁹⁾ §§. 13 ff. B. G.-B. Das Landesgef. v. 24. März 1882, Nr. 14, das die Verordn. v. 5. Jan. 1824 u. das landesf. Rescr. v. 5. April 1830 (Wege II, 174) ersetzt hatte, ist durch §. 118, Z. 94 Br. Ausf. B. G.-B. ausdrücklich aufgehoben.

¹⁰⁾ Ein bereits vor 1900 anhängig gewesenes Verfahren ist gemäß Art. 161 E. B. G.-B. nach bisherigem Recht, also nach den Landesgesetzen v. 24. März 1882, Nr. 14, §. 4 u. v. 1. April 1879, Nr. 12, §§. 8 bis 11, Abf. 2, fortzusetzen.

¹¹⁾ Diese beschränkten sich darauf, den Verschollenen für todt und sein Vermögen als Erbschaft zu erklären. Vergl. §. 4, Gef. v. 24. März 1882 u. §. 8 des Gef. v. 1. April 1879, Nr. 2. Die eherechtl. Wirkungen waren nicht geregelt, sondern bestimmten sich nach gem. R. dahin, daß für Protestanten die erste Ehe mit Abschluß der zweiten als aufgelöst galt, für Katholiken umgekehrt die zweite ungültig war, wenn der erste Ehegatte noch lebte.

¹²⁾ Art. 158, 159 E. B. G.-B. Vergl. Habicht, Einwirkung, S. 73.

d. h. die Nichtdeutschen gefunden ¹³⁾. Jedoch handelt es sich hier nicht um die durch das internationale Privatrecht zu beantwortende Frage, ob die Fremden nach einheimischem oder nach fremdem Rechte zu beurtheilen sind ¹⁴⁾, sondern um gewisse Beschränkungen, denen die Fremden bei uns im Gegensatz zu den Deutschen rechtlich unterworfen sind. Dahin gehören zunächst die Bestimmungen betreffs des Nachlasses, worüber weiter unten gehandelt ist ¹⁵⁾, sodann aber die Vorschrift über die Nachsteuer (gabella emigrationis), d. h. die Abgabe, welche der Auswanderer von seinem Vermögen zu zahlen hat. Gegenüber mehreren außerdeutschen Staaten ¹⁶⁾ ist jedoch die Abschaffung der Nachsteuer durch besondere Staatsverträge ¹⁷⁾ herbeigeführt ¹⁸⁾.

¹³⁾ Vor Begründung des Norddeutschen Bundes galten als Fremde nach R. L.-D. §§. 24 bis 28 Alle, die nicht Landeseinwohner waren, d. h. das Wohnrecht nicht auf gesetzliche Weise (Ges. v. 4. Mai 1830, Nr. 10, später Ges. v. 23. Jan. 1852, Nr. 8 und v. 3. Aug. 1864, Nr. 42) erlangt hatten.

¹⁴⁾ S. oben §. 5.

¹⁵⁾ S. unten §. 112.

¹⁶⁾ Deutschen Bundesstaaten gegenüber ist die Nachsteuer bereits durch Bundesgesetz vom 23. Juni 1817 verboten.

¹⁷⁾ Deren fortdauernde Gültigkeit ergibt sich aus Art. 56, E. V. G.-B.

¹⁸⁾ Mit Dänemark durch landesfürstl. Verordn. v. 16. Juli 1781 (Fredericks dorf, Promt. III, 7; Steinacker, Promt. I, 3). Hiernach soll „von sämtlichen königl. dänischen Unterthanen, welche in die hiesigen Lande, und von sämtlichen hiesigen Unterthanen, welche nach Dänemark ziehen, kein „Abstoß“ weiter gefordert, auch beiderseitigen Unterthanen zufallende Erbschaften ohne allen „Abzug“ verabsolgt werden“. — Mit den Niederlanden durch Verordn. v. 28. Oct. 1833, Nr. 26. Unterthanen des einen Landes, welche sich im anderen niederlassen, sollen weder von ihrem beweglichen noch von ihrem unbeweglichen Vermögen „Abzugssteuer“ zu entrichten haben (§. 1). Von Erbschaften und Legaten, die dem Unterthan des einen Landes aus dem anderen zufallen, sollen keine „Nachsteuern“ mehr erhoben werden (§. 2). Abgaben, denen die eigenen Unterthanen unterliegen, verbleiben aber auch für die Fremden, z. B. Erbschaftsteuer (§. 3). — Mit der Schweiz durch Verordn. v. 9. Nov. 1833, Nr. 27. Durch dieselbe sind alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem aus einem Staate in den anderen gehenden Vermögen erhoben worden, beseitigt, ganz gleich, ob das Vermögen durch erlaubte Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft u. ausgezogen worden (§. 1). Die Abgaben aber, denen die eigenen Unterthanen unterliegen, z. B. Erbschafts-, Veränderungssteuer, bleiben unberührt (§. 2). Es macht hierbei keinen Unterschied, ob diese Abzüge dem Staate, anderen Corporationen oder Privaten zustanden (§. 4). — Mit Belgien durch Verordn., die Publication des mit dem Königreich Belgien über Aufhebung des Heimfalls- und Abzugsrechts abgeschlossenen Vertrages betr., v. 6. Sept. 1841, Nr. 17. Nach dem Vertrage sollen Unterthanen des einen Staates ab intestato oder ex testamento Erbschaften oder Schenkungen auf den Todesfall aus dem anderen Staate ohne andere Abgaben erwerben, als wie die eigenen Unterthanen dieses Staates zahlen müssen (Art. 1). Dasselbe gilt rücksichtlich der Ausfuhr von Gütern, ganz gleich, unter welchem Titel sie geschieht (Art. 2). Die Aufhebung erstreckt sich auch auf Abgaben, die an Corporationen oder Private geleistet werden mußten (Art. 3). — Mit Amerika durch Verordn. v. 1. Sept. 1855, Nr. 46. Die Angehörigen des einen Staates sollen in dem anderen nach den Gesetzen ihres Domicils durch Testament, Schenkung, ab intestato oder auf irgend eine andere Weise verfügen dürfen, ohne andere Steuern, als die eigenen Landeseinwohner zahlen zu müssen. Auch sollen für Güter abwesender Angehöriger des anderen Staates Cura-

§. 10.

Einfluß von Alter, Krankheit und Ehre.

I. Die verschiedenen Altersstufen mit ihren privatrechtlichen Wirkungen ¹⁾ gehören jetzt ²⁾ ausschließlich der Reichsgesetzgebung an ³⁾. Das Landesrecht bestimmt kraft des ihm gemachten Vorbehalts nur, daß der annus discretionis mit vollendetem 14. Lebensjahre eintrete ⁴⁾. Auch die Volljährigkeitserklärung erfolgt nach dem B. G.-B. ⁵⁾. Das Landesrecht

telen angeordnet werden, wie für Inländer. Streitigkeiten wegen Erbschaften sollen nach den Gesetzen des Landes entschieden werden, wo sich der Nachlaß befindet (Art. 1). Wenn durch Tod die in einem Staate belegenen Immobilien auf einen Angehörigen des anderen Staates übergehen, der dieselben als Fremder nicht in Besitz nehmen kann, so soll ihm ohne weitere Steuern ein Termin zur Veräußerung der Grundstücke gesetzt werden (Art. 3). Der Vertrag ist 12 Jahre gültig und läuft von da ab mit einjähriger Kündigungsfrist fort. — Mit Rußland durch Verordn. v. 30. Juni 1860, Nr. 17. Bezüglich der abgeschlossenen Declaration: Daß das bei der Ausführung und Uebertragung von Ausländern zugehörigen Verlassenschaften und anderen Gütern bisher ausgeübte Abzugsrecht aufgehoben werden solle. Uebri- gens soll auch sonst die Nachsteuer nur jure retorsionis gefordert werden. Ver. v. 31. Aug. 1831 (Steinacker, Promt. I, 4) und in dubio der 3. Pfennig.

¹⁾ Es gehören u. A. folgende Altersstufen dem particularen öffentlichen Rechte an: Beginn der Schulpflichtigkeit mit vollendetem 5. Jahre (§. 2 des Gef. d. Schulpflicht betr. v. 23. April 1840, Nr. 11); Ende der Schulpflicht für Kinder aller Confectionen ist das vollendete 14. Lebensjahr (§. 14 des Dissid.-Gef. v. 28. März 1873, Nr. 62 u. Rescr. des Staatsminist. v. 9. Jan. 1884 in Zeitschr. f. R. XXXI, 44; früher f. Zeitschr. f. R. XI, 14 u. XVI, 86); activ und passiv wahlfähig in Stadt- und Landgemeinden mit vollendetem 25. Lebensjahre (§§. 15, 2, 29 der St.-Ordn. u. §§. 15, 2, 18 der L.-G.-Ordn. v. 18. Juni 1892); passiv für den Landtag mit vollendetem 30. Lebensjahre (§. 14 des Gef. v. 22. Nov. 1851, Nr. 22), activ wahlfähig bei der Wahl zu Kirchenvorständen vom vollendeten 25., passiv vom vollendeten 30. Lebensjahre an (§§. 2, 3 des Gef. v. 10. Oct. 1873, Nr. 51); be- rechtigt zur Ablehnung unbefolgender Gemeindeämter mit dem vollendeten 65. Lebens- jahre (§. 23 St.-Ordn. und §. 36 L.-G.-Ordn.); berechtigt zur Veretzung in den Ruhestand mit vollendetem 70. Lebensjahre (§§. 114, 126 des Civ.-St.-D.-Gef. v. 4. April 1889).

²⁾ Schon vor dem Reichsges. v. 27. Febr. 1875 war in unserem Herzogthume die mit dem vollendeten 21. Lebensjahre beginnende Großjährigkeit durch Gef. vom 9. Jan. 1869 eingeführt. Bis dahin war seit der das gemeine Recht modificirenden Verordn. v. 15. Febr. 1814, Nr. 31 (vergl. mit §. 50 der Verordn. v. 3. Febr. 1814, Nr. 27; Decl. v. 12. Apr. 1828, Nr. 11) zu unterscheiden zwischen voll- kommener Volljährigkeit, welche mit vollendetem 25. Lebensjahre anfang, und der unvollkommenen, die mit beendigtem 21. Lebensjahre begann, die vierjährige Frist auf in integrum restitutio eröffnete, auch die Beendigung der Vormundschaft zur Folge hatte, aber bei Verfügungen über Grundstücke oder das Capitalvermögen nach wie vor die Autorisation des Obervormundschaftsgerichtes nothwendig machte.

³⁾ S. aber auch oben §. 7, 3. 2.

⁴⁾ S. unten §. 107, I, 1.

⁵⁾ §§. 3 ff. Das Landesgesetz vom 19. Mai 1876 über die Volljährigkeitserklärung ist durch §. 118, 3. 86 des Br. Ausf. B. G.-B. ausdrücklich für auf- gehoben erklärt.

beschränkt sich auf die ausführende Bestimmung, daß die Volljährigkeitserklärung, zu deren Erlaß das Herzogliche Staatsministerium, Abtheilung der Justiz, zuständig sein soll, dem Minderjährigen durch ein ihm vom Vormundschaftsgerichte zu behändigendes Schriftstück zuzustellen ist und mit der Zustimmung in Wirksamkeit tritt ⁶⁾. Ein Minderjähriger, der schon vor 1900 für volljährig erklärt wurde, steht von da ab den Volljährigen ohne die früheren landesgesetzlichen Beschränkungen gleich ⁷⁾.

II. Die Bestimmung über den privatrechtlichen Einfluß von geistiger oder körperlicher Krankheit auf die Geschäftsfähigkeit des Menschen ist der Landesgesetzgebung entzogen ⁸⁾. Sie trifft jedoch durch das Medicinalgesetz vom 25. Oct. 1865 Vorschriften über die Zulässigkeit von vorläufigen Maßregeln gegen Geistesranke ⁹⁾ und regelt durch eine ministerielle Verfügung das nähere Verfahren bei der Entmündigung wegen Geisteschwäche und Geisteskrankheit ¹⁰⁾. Auch hat sie Anordnungen über die Ausbildung nicht vollsinniger, schwach- oder blödsinniger Kinder getroffen ¹¹⁾. Diese, wie alle übrigen Bestimmungen der particularen Gesetzgebung gehören aber, wenn nicht ausschließlich, so doch überwiegend dem öffentlichen Rechte an ¹²⁾.

III. Was den Einfluß der Ehre anlangt, so hat nach dem B. G.-B. privatrechtliche Folgen nur noch

⁶⁾ §. 3, Br. Ausf. B. G.-B., Art. 147 E. B. G.-B.

⁷⁾ Art. 153 E. B. G.-B. Nach §. 2, Abs. 2 des Landesgef. vom 19. Mai 1876 (s. oben Note 5) blieb die väterliche Gewalt, wenn der Vater nicht ausdrücklich zugestimmt hatte, bis zur wirklichen Volljährigkeit bestehen. Die älteren Beschränkungen der landesherrl. Verordn. v. 24. Jan. 1771 (Fredericksdorff, Promt. II, 636; Steinacker, Promt. II, 416; Schneider, Repert. I, 433 f.; v. Liebhaber, Einl. I, 178) waren schon seit dem Gef. v. 1876 ungültig.

⁸⁾ Dies gilt selbstverständlich nicht auf dem Gebiete der Vorbehalte, soweit nicht auch für diese Ausnahmen (z. B. Art. 95, E. B. G.-B.) gemacht sind. Jedoch hat die Landesgesetzgebung hier bislang keine Sondernormen aufgestellt. — Der mannigfache Einfluß, den sonst Krankheiten auf die Rechtsverhältnisse ausüben, steht hier nicht in Frage, wie z. B. §§. 11, 3. 2; 22; 31, 3. 11; 32, 3. 7 br. Gesinde-Ordn., §. 84, 3. 8 des br. Vergesf. u. dergl.

⁹⁾ Gef. u. B. 1865, Nr. 67, §. 96. Vergl. auch Reglement der Heil- und Pflegeanstalt zu Königs-Lutter v. 15. December 1884, Nr. 45 und über das frühere Recht die in Bege, Repert. III, 304 ff. und IV, 181 f. abgedruckten Rescripte.

¹⁰⁾ Verf. v. 31. Dec. 1899, Nr. 110 in Ausführung von B. G.-B. §. 6, Nr. 1 und E.-P.-D. §§. 645 bis 679.

¹¹⁾ Gef. v. 30. März 1894, Nr. 13.

¹²⁾ 3. Verpflichtung der Gemeindevorstände und Aerzte zur Anzeige ansteckender Krankheiten nach §. 95 Med.-Gef. vergl. in §. 8, Ziff. 1, 8 des Pol.-Str.-G.-B. Verpflichtung der Physici zur Behandlung der armen Kranken nach §. 10 Med.-Gef. v. 1865. — Krankheit befreite nach §. 82 der N. Landschaftsordn. v. 12. Oct. 1832 von Uebernahme eines Landtagsmandats, seit §. 17 des Gef. v. 22. Nov. 1851, Nr. 19 ist die Uebernahme gänzlich freiwillig. Krankheit oder Körperschwäche kann Ablehnung der Uebernahme eines unbeholdeten Gemeindeamtes begründen (Städteordn. v. 18. Juli 1892, §. 23 und Landgemeindeordn. v. 18. Juli 1892, §. 36) und giebt ferner Recht auf Versetzung und den Ruhestand (§§. 114, 3; 116, 127 d. Civilst.-Gef. v. April 1889) u. dergl.

1. die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte durch Strafurtheil¹³⁾,
2. ehrloses Verhalten in gewissen Fällen¹⁴⁾.

Landesgesetzlich sind lediglich öffentlich = rechtliche Folgen eines ehrlosen Verhaltens gesetzlich geregelt¹⁵⁾. Personen, die bis zum 1. Januar 1900 nach früherem Recht für ehrlos galten, gelten nicht mehr dafür¹⁶⁾.

§. 11.

Stand.

I. Die Verschiedenheit des Geburtsstandes begründet heute keine Verschiedenheit der staatsbürgerlichen und privatrechtlichen Stellung mehr. Die Anschauung der neueren Zeit hat mit diesen Unterscheidungen zwischen Adel-, Bürger- und Bauernstand völlig aufgeräumt und ihnen kaum mehr als

¹³⁾ Die Folgen sind in §. 34 des St.-G.-Bs. geregelt. Vergl. §§. 1781, 1694, 1792, 1866, 1917 u. 1886 B. G.-B. Früher galt §. 17 des braunschw. Criminalgesetzbuchs vom 10. Juli 1840, Nr. 28.

¹⁴⁾ Die wichtigsten Fälle sind a) beim Ehegatten als Ehescheidungsgrund nach §§. 1568, 1635 B. G.-B., b) beim Vater für das Einschreiten des Vormundschaftsgerichts (§. 1666 das.), c) beim Erben zur Entziehung des Pflichttheils (§. 2333, Nr. 5 u. 2336 B. G.-B.).

¹⁵⁾ Disciplinarverfahren mit event. Dienstentlassung bei unwürdigem Verhalten in oder außer dem Amte seitens der Staatsbeamten gemäß §. 18, 34 ff. des Civilstaatsdienstgef. v. 4. April 1889, Nr. 17 (früher §. 60 des Staatsdienstgef. v. 12. Oct. 1832), seitens der Geistlichen gemäß §§. 2 ff. des Gef. v. 15. Juni 1890, Nr. 70; vergl. mit §. 27, 3 des Gef. v. 31. Mai 1871 (früher §§. 18 ff. des Gef. v. 22. Dec. 1870, Nr. 113, und Landtagsabsch. v. 22. Nov. 1820, 1823, Nr. 18, Art. 47), seitens der städt. Beamten nach §§. 128 ff. d. Städteordn. v. 18. Juni 1892, Nr. 32 (früher Gef. v. 20. März 1890, Nr. 7, Art. 1; vorher Städteordn. v. 19. März 1850, §. 90; vorher Städteordn. v. 4. Juni 1834, §. 97), seitens der Landgemeinbebeamten nach §§. 80 ff. der L.-G.-O. v. 18. Juni 1892, Nr. 33, seitens der Volksschullehrer nach §§. 3 ff. des Gef. v. 16. Juni 1890, Nr. 28 (früher Gef. v. 22. Dec. 1870, Nr. 113; vorher Gef. v. 8. Dec. 1851, Nr. 53; vorher Landtagsabsch. v. 22. Nov. 1820 i. Gef. u. Verordn. v. 11. Juli 1823, Art. 47), seitens der Notare nach Gef. v. 1. April 1890, Nr. 9 (früher §§. 24, 25, 26 der Not.-Ordn. v. 19. März 1850, Nr. 18; vorher Staatsdienstf. v. 12. Oct. 1832 nach Refcr. v. 18. Oct. 1843; Bege, Repert. V, 81), seitens des Land syndicus §. 9 des Gef. v. 18. Dec. 1890, Nr. 73 (früher §. 44, 2 des Gef. v. 26. Oct. 1833, Nr. 25), seitens der Aerzte und Apotheker nach §. 15, 3 des Medic.-Gef. v. 25. Oct. 1865, Nr. 67, seitens der Gensdarmen Gef. v. 3. Juni 1871, Nr. 25, §. 3 (früher Gef. v. 19. März 1850, Nr. 15, §. 19 ff.).

Die Handelskammer kann nach §. 17 des Gef. v. 19. März 1890, Nr. 6 ein Mitglied, das nach ihrem Urtheile durch seine Handlungsweise die öffentliche Achtung verloren hat, entfernen. Die älteren gesetzlichen Bestimmungen, wonach der Mangel eines unbescholtenen Rufes unfähig zur Landstandschaft (N. L.-O. v. 12. Oct. 1832, §. 71), zum Amte eines Stadtverordneten (Städteordn. v. 4. Juni 1834, §. 56) oder Stadtmagistrats und zum Erwerb des Bürgerrechts (das. §§. 81 u. 17) machte, sind seit dem Wahlgef. v. 22. Nov. 1851, §. 149 bezw. der rev. Städteordn. v. 19. März 1850, §. 30 aufgehoben.

¹⁶⁾ Vergl. Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., S. 61 f. S. aber auch Dernburg, Pand. III, §. 149, Note 5.

eine sociale Bedeutung übrig gelassen. Immerhin ist ein kurzer Ueberblick über die Entwicklung dieser Verhältnisse für das Verständniß des heutigen Rechtszustandes im Herzogthume auch auf dem Gebiete des Privatrechts nicht ohne Bedeutung und daher hier am Platze.

1. Der Adel bestand im Braunschweigischen, wie überall in Deutschland, nach seiner ersten charakteristischen Ausbildung aus freien Grundeigenthümern, Vasallen und Ministerialen. Indessen wurde durch Auftragung der Güter zu Lehen die Zahl der freien Grundeigenthümer bald sehr verringert und auch die Ministerialen traten nach und nach in das Verhältniß der Vasallen, so daß ihre Spur nur noch in den obersten Hofchargen, die von ihnen bekleidet wurden, verblieb¹⁾. Die Adelligen in den Städten nannte man später Patrizier²⁾. Die in der Stadt Braunschweig wohnhaften Adelligen theilten sich in sogenannte Gold- und Silberringe³⁾.

Der Adel untersteht als Institut des öffentlichen Rechts dem B. G.-B. nicht⁴⁾. Zum Erwerb des Adels bedarf es bei der Ehelichkeitserklärung und Kindesannahme der landesherrlichen Genehmigung⁵⁾. Geschützt wird das Recht auf Führung des Adels ebenso, wie das Recht auf einen Namen⁶⁾. Im Uebrigen ist über Eintheilung⁷⁾ und Verlust⁸⁾ des Adels Besonderes nicht zu sagen.

Mit dem Adel waren bis zum Beginne dieses Jahrhunderts bedeutsame Privilegien verknüpft, die theils persönlicher Natur, theils mit dem Besitze eines

¹⁾ Senkenberg, *Disquisitio de feudis brunsv. et luneb.*, Cap. II. — Wismann, *De feudis brunsv. et luneb.*, Cap. II, Sect. 1. — Greß, *De different. praec.*, Cap. II. — v. Selchow, *Anfangsgründe des braunschw.-lüneburg. Privatrechts*, 3. Cap.

²⁾ Runde, *Deutsches Privatr.*, §. 439 ff.; Mittermaier, *Deutsches Privatr.*, §. 61; Gerber, *System des Deutschen Privatr.*, §. 53, Note 6; Eichhorn, *Rechtsgeschichte*, §§. 311, 446.

³⁾ Ribbentrop, *Geschichte und Beschreibung der Stadt Braunschweig*, Thl. I, Einl. S. 78. — Schröder und Ahmann, *Die Stadt Braunschweig*, 1. Abthl., S. 29, Anm.

⁴⁾ Mot. Br. Ausf. N. N. S. 506.

⁵⁾ Br. Verordn. v. 1. Aug. 1899, Nr. 64, §. 2, Abs. 2 u. §. 3. Auch sonst kann nach §. 10 der N. Landsh.-Ordn. v. 12. Oct. 1832 der Adel durch Verleihung erworben werden. Im Uebrigen wird er nur erworben durch Geburt und Legitimation durch nachfolgende Ehe. Uneheliche Kinder adeliger Mütter sind aber nicht von Adel und Legitimation kann keinen hohen und alten Adel begründen.

⁶⁾ §. 4 Br. Ausf. B. G.-B. vergl. mit §. 12 B. G.-B.

⁷⁾ Man theilt den Adel in hohen und niederen; letzteren wieder, je nach der Zahl der Ahnen, in alten und neuen. Hohen Adel giebt es, außer der landesherrlichen Familie, in Braunschweig nicht.

⁸⁾ Verlustgrund ist heute namentlich der Verzicht. Ob stillschweigender Verzicht z. B. durch langjährigen Nichtgebrauch möglich ist, ist zweifelhafter. Mit Adoption seitens eines bürgerlichen Vaters ist ein Verzicht nur verknüpft, wenn der Adoptirte ausschließlich den bürgerlichen Namen annimmt. Nur suspendirt wird der Adel durch Verheirathung einer Adelligen mit einem Bürgerlichen. Die frühere Möglichkeit des Verlustes des Adels wegen Verurtheilung zu Ketten- und Zuchthausstrafe (Br. Crimin.-Ges. §§. 17, 68, 74) besteht seit dem Reichs-Str.-G.-B. nicht mehr.

Rittergutes verbunden waren⁹⁾. Von jenen sind die letzten Vorrechte, nämlich privilegirter Gerichtsstand und Steuerfreiheit, sowie Bevorzugung bei der Befestigung von Civil- und Militärgraden endgültig durch die Neue Landschaftsordnung vom 12. October 1832 aufgehoben¹⁰⁾ und die Freiheit von Abschoß bei Erbschaften und die Befugniß zu Hausstaufen und Trauungen¹¹⁾ z. längst antiquirt¹²⁾. Die aus dem Besitze eines Rittergutes resultirenden Vorrechte sind sämmtlich, insbesondere die Patrimonialgerichtsbarkeit¹³⁾, der privilegirte Gerichtsstand¹⁴⁾, die Befreiung von Staats- und Gemeindelaften¹⁵⁾, sowie schließlich die Landstandtschaft¹⁶⁾ aufgehoben.

Die noch bestehenden Rechte des Adels, nämlich das Recht auf Titulatur, auf Wappen und auf Siegelmäßigkeit sind keine Privatrechte und stehen überdies dem Adel ebenso wenig ausschließlich zu¹⁷⁾, als die besonderen Erbrechte hinsichtlich der Rittergüter¹⁸⁾ bei diesen gelten¹⁹⁾.

⁹⁾ Die Privilegien zählt auf Creß, *De diff. praec.*, 35 ff. Die *priv. spec.* der Ritterschaft enthält Art. 54 bis 74 des Landtagsabschiedes v. 1770 unter Bezugnahme auf ältere Landtagsabschiede; s. Steinacker, *Organis.*, S. 579 ff.; vergl. auch v. Liebhauer I, 447 ff.

¹⁰⁾ §§. 34, 39 u. 200, l. c. Der priv. Gerichtsstand ist schon durch §. 6 der Verordn. v. 15. Jan. 1814, Nr. 14 (vergl. Verordn. v. 26. März 1823, §. 9) und die Steuerfreiheit durch §. 1 der Verordn. v. 29. Oct. 1821 aufgehoben. — Vergl. auch v. Selchow, a. a. O. §. 127 ff.; v. Liebhauer, *Einl. I*, 243 f.

¹¹⁾ Art. 58 u. 69 des Landtagsabschiedes v. 1770. Vergl. auch Steinacker, *Privatr.*, §. 270, Note 6. Die Haustrauungen sind allgemein erst freigegeben durch Kirchenges. v. 4. Jan. 1881, Nr. 2.

¹²⁾ Dagegen besteht noch das Privilegium, wonach zu der Probstei des Stiftes zu Steterburg Jemand von den adeligen Mitgliedern der Ritterschaft gewählt werden muß und das Präsentationsrecht zu der nach dem Turnus zu besetzenden zweiten Vacanz in diesem Stifte von einem adeligen Ausschusse ausgeübt wird. Steinacker, *Privatr.*, Note 9 zu §. 29.

¹³⁾ Verordn. v. 14. Jan. 1814, Nr. 14, §. 6. — Verordn. v. 26. März 1823, Nr. 7, §. 9. — *N. Land.-Ordn.* v. 12. Oct. 1832, §. 191.

¹⁴⁾ Verordn. v. 14. Jan. 1814, Nr. 14, §. 6. — Verordn. v. 26. März 1823, Nr. 7, §. 9. — *N. Land.-Ordn.* v. 12. Oct. 1832, §. 200.

¹⁵⁾ Verordn. v. 29. Oct. 1821, Nr. 14, §. 1. Landtagsabschied v. 11. Juli 1823, Nr. 23, Art. 8 u. 20. Neue *Land.-Ordn.* v. 12. Oct. 1832, §§. 39, 49, 51.

¹⁶⁾ Bis zum Wahlgesetz v. 22. Nov. 1852, Nr. 1 waren die in die Rittermatrikel eingetragenen Güter, sofern sich deren Reinertrag nicht durch Veräußerung unter den Betrag von 1500 Thlr. jährlich verminderte, dergestalt landtagsfähig, daß ein jedes Rittergut einen Wahlbezirk bei der Wahl der ritterschaftlichen Landtagsabgeordneten bildete und daß nur Eigenthümer und lebenslängliche Nutznießer solcher Güter wählbar waren. Seit dem obengenannten Wahlgesetz ist mit dem Besitze eines Rittergutes als solchen kein actives oder passives Wahlrecht mehr verbunden. Das Nähere über die Landstandtschaft der Rittergüter s. Steinacker, *Privatr.*, §. 270 bei Anm. 12 u. 13.

¹⁷⁾ Stobbe, *Handbuch des deutschen Privatr.*, 2. Aufl., I, §. 44, bei Note 35 ff.; v. Gerber, *System des deutschen Privatr.*, §. 36. Vergl. noch *R.-Str.-G.-B.*, §. 360, 8.

¹⁸⁾ Gesetz über die Verordn. der Ritter-, Schrift-, Freisassen- und sonstigen Landgüter v. 20. Mai 1858, Nr. 29 regelt die Erbfolge bezüglich aller Pertinenzgüter gleichmäßig. Auch die Familienstammgüter sind nicht bloß adelige und daher

2. Unter Bürgerstand in diesem Zusammenhange versteht man nicht die Mitglieder einer städtischen Gemeinde, noch auch die Staatsbürger, wozu alle Landeseinwohner zählen, sondern die Mittelstufe zwischen Adel- und Bauernstand²⁰⁾. Die Bürger bildeten also gleichsam die normale Stufe der Landeseinwohner, auf sie fand grundsätzlich das allgemein gültige Recht Anwendung, während der — wenigstens in früheren Zeiten — durch viele Privilegien ausgezeichnete und daher von dem allgemein gültigen Rechte vielfach eximirte Adel eine höhere, der Bauernstand dagegen mit seinen zahlreichen Beschränkungen eine tiefere Classe der Bevölkerung ausmachte.

3. Der Bauernstand, dessen Entstehung und Entwicklung im Herzogthume im sechsten Theile dieses Werkes näher erörtert werden wird, ist heutzutage, wo Jedermann seinen Beruf frei wählen und auch diejenigen Grundstücke erwerben darf, welche früher einzelnen Ständen vorbehalten waren, kein Geburtsstand mehr²¹⁾. Dennoch kommt ihm noch die größte Bedeutung zu, da die zahlreichen für den Grundbesitz entwickelten Rechtsinstitute noch heute fortbestehen²²⁾, freilich nicht als Institute eines Geburtsstandes, sondern als vermögensrechtliche Institute. Von einem bauerlichen Geburtsstande kann nicht mehr die Rede sein, seitdem durch Gesetz vom 28. März 1874, den bauerlichen Grundbesitz betr., die ehemalige Geschlossenheit der Bauerngüter durch Aufhebung des Theilungs- und Vereinigungsverbotes beseitigt worden ist²³⁾. Schon vorher waren durch §. 6 der Ablösungsordnung²⁴⁾ die bauerlichen Dienste und Zehnten für ablösbar und deren Neubegründung für unzulässig erklärt und in §. 107 l. c. bestimmt, daß mit geschעהner Ablösung alle Meiergüter frei vom gutherrlichen Verhinde oder Obereigenthum werden und damit alle darauf gegründeten Dispositionsbeschränkungen²⁵⁾ wegfallen und die Bauerngüter frei veräußerlich sein sollten. Das Gesetz vom 19. März 1850²⁶⁾

die erbrechtlichen Bestimmungen des Ges. v. 20. Mai 1858, Nr. 30, §§. 2, 6 kein Sonderrecht des Adels. Das Nähere s. unten §§. 92, 93, 116.

¹⁹⁾ Auch manche anderen regelmäßig mit dem Besitze eines Rittergutes verknüpften Rechte, z. B. das durch Ges. v. 8. Sept. 1848, Nr. 39 aufgehobene Jagdrecht auf fremden Grundstücken und die durch Ges. v. 20. Dec. 1834 für ablösbar erklärten Ansprüche auf Zehnten und Dienste, waren keineswegs ausschließliche Privilegien ritterschaftlicher Grundstücke.

²⁰⁾ Besondere Bestimmungen über den Bürgerstand finden sich in der partikularen Gesetzgebung nicht.

²¹⁾ S. unten §§. 120, 122. Früher hatten die Bauern sogar eine eigene, indeß jetzt längst antiquirte Kleiderordnung (s. Fredersdorff, Promt. IV, 166).

²²⁾ Hierher gehören namentlich Unerbenrecht, Abfindungen, Leibzucht, Interimswirtschaft und das Rechtsverhältniß des Aufkömmlings. Das Nähere findet sich §§. 118 ff. erörtert.

²³⁾ Ges. u. Verordnungs. Nr. 11, §. 1. Vergl. im Uebrigen unten §§. 120 ff.

²⁴⁾ Ges. u. Verordnungs. v. 1834, Nr. 20.

²⁵⁾ Diese bestanden hauptsächlich in dem Rechte der Guts herrschaft auf Consens-ertheilung bei Verfügungen über das Gut oder Theile desselben, auf Abmeierung der Colonen und in einem Vorkaufsrechte derselben.

²⁶⁾ Nr. 22, §. 11. Die Nothwendigkeit solcher gerichtlichen Bestätigung nach vorgängiger *causae cognitio* wird zuerst durch Landtagsabschied v. 1619, zuletzt durch Verordn. v. 8. Dec. 1825 declarirt.

beseitigte dann noch die Nothwendigkeit der gerichtlichen Bestätigung von bürgerlichen Contracten dinglicher Natur²⁷⁾, während das Landesgrundgesetz die Bauern schon früher den übrigen Ständen in persönlicher Beziehung gleichgestellt hatte²⁸⁾.

II. In privatrechtlicher Beziehung beachtenswerther als die Geburtsstände und von diesen wohl zu unterscheiden sind die sogenannten Berufsstände. Abgesehen von dem Kaufmannsstande, für welchen im Wesentlichen das Handelsgesetzbuch für das Deutsche Reich gilt, sind es namentlich der Beamten-, der Militärstand und die Geistlichkeit, für welche privatrechtliche Besonderheiten bestehen. So dürfen Staatsbeamte ohne Genehmigung des Staatsministeriums kein Nebenamt oder eine mit Vergütung verbundene Nebenbeschäftigung übernehmen, oder ein Gewerbe oder einen sonstigen Nebenverdienst oder Geschäftsführungen für Privatpersonen betreiben, oder Gründer bezw. Mitglieder des Vorstandes, Aufsichts- oder Verwaltungsraths einer auf Erwerb gerichteten Gesellschaft sein²⁹⁾. Dessenfalls Beamten ist verboten³⁰⁾, von den Eingeseffenen ihres Amtsbezirkes Darlehen aufzunehmen, und das Gleiche gilt von den Steuerbeamten hinsichtlich der ihrer Controle unterworfenen Personen³¹⁾. Den obrigkeitlichen Personen auf dem Lande ist ferner untersagt, ohne landesherrliche Genehmigung Höfe von einiger Bedeutung, Rechte, Klagen oder Forderungen anzukaufen oder Korn aufzukaufen³²⁾. Den Geistlichen ist jeder Handelsbetrieb untersagt³³⁾. Die Mitglieder des Gensdarmiericorps bedürfen bei Strafe der Dienstentlassung zur Eingehung der Ehe der Genehmigung ihrer vorgesetzten Behörde³⁴⁾. Die Pflicht der Militärpersonen, vor Eingehung der Ehe oder Uebnahme einer Vormundschaft die Genehmigung ihrer vorgesetzten

²⁷⁾ Verpachtungen waren nicht mit einbegriffen.

²⁸⁾ §§. 34, 39, 200; N. Landsh.-Ordn. v. 12. Oct. 1832.

²⁹⁾ Civilstaatsdienstgef. v. 4. April 1889, Nr. 17, §. 22; vergl. §. 25 des früheren Civilstaatsdienstgef. v. 12. Oct. 1832, Nr. 25. Diese Bestimmungen sind durch das B. G.-B. nicht berührt. Mot. zu Art. 80 f. B. G.-B. S. 80 ff., Endemann, Lehrbuch I, §. 179, Nr. 4.

³⁰⁾ Landesherrl. Verordn. v. 17. Nov. 1721 (Steinacker, Promt. I, 18).

³¹⁾ Gef. v. 23. April 1835, Nr. 16, §. 22, Z. 3 und Gef. v. dems. Tage, Nr. 18, §. 62, Z. 3.

³²⁾ Landtagsabschied v. 27. Jan. 1619, Art. 27 (Steinacker, größ. Organif., 48); landesherrl. Verordn. vom 3. Sept. 1659; Amtscammerordn. §. 56 und landesherrl. Verordn. v. 20. Jan. 1789 (Steinacker, Promt. I, 83 ff.).

³³⁾ Wechselordn. v. 1. Aug. 1715, Art. 6.

³⁴⁾ §. 65 Br. Ausf. B. G.-B., früher: Gef. v. 28. Juni 1872, Nr. 38, §. 5. Hiernach bedarf ein Officier des Gensdarmiericorps der landesherrlichen Genehmigung, die übrigen Mitglieder nur der Zustimmung des Gensdarmiericommandos. Mangelnder Consens zieht nicht Ungültigkeit der Ehe nach sich, sondern berechtigt nur zur Einleitung einer Disciplinaruntersuchung und Entlassung ohne Gehalt oder Pension.

Die Vorschrift, daß Beamte, Geistliche und Lehrer gemäß §. 1, II, 3 des Gef. v. 21. Febr. 1870, Nr. 22 vor Eingehung der Ehe ebenfalls den Nachweis der Einwilligung ihrer Vorgesetzten zu erbringen hatten, ist aufgehoben durch §. 118, Z. 79 Br. Ausf. B. G.-B.

Behörde einzuholen, ist heute durch die Reichsgesetzgebung geregelt³⁵⁾. Staatsbeamte und Kirchendiener bedürfen zur Uebernahme einer Vormundschaft nach Landesrecht der Erlaubniß ihrer vorgesetzten Behörde³⁶⁾.

III. Nicht zu verwechseln mit der Verschiedenheit nach dem Stande ist die nach dem Range. Der letzteren kommt privatrechtliche Bedeutung überhaupt nicht mehr zu³⁷⁾.

§. 12.

Religion.

Das religiöse Bekenntniß hat heutzutage im Herzogthume Braunschweig keinen Einfluß mehr auf die privat- und öffentlichrechtliche Stellung eines Menschen¹⁾. Die Rechtsentwicklung, auf welche bald nach Einführung der Reformation im Herzogthume die Landesgesetzgebung rücksichtlich der drei großen christlichen Confessionen, besonders aber — und unter theilweiser Ausdehnung auf die Juden — der Art. 16 der Bundesacte vom 8. Juni 1815 hienzielte²⁾, hat durch spätere Landesgesetze und theilweise auch noch durch die Reichsgesetzgebung ihren Abschluß gefunden. Die Rechtsverhältnisse der Katholiken, Reformirten und Juden haben demnach im Einzelnen folgenden Entwicklungsgang durchzumachen gehabt:

1. Den Katholiken wurde nach der durch Herzog Julius 1568 erfolgten Einführung der Reformation im Herzogthume anfänglich der Aufenthalt im Lande ganz untersagt³⁾. Nach und nach traten in dieser Hinsicht mildere

³⁵⁾ Vor dem Reichsmilitärgef. v. 2. Mai 1874, §§. 40, 60, 4, 61 bedurften Militärpersonen nach Verordn. v. 26. Mai 1837, Nr. 24, Art. 131 zur Eingehung der Ehe der landesherrlichen Genehmigung bei Strafe der Nichtigkeit (vergl. auch Landesgef. vom 21. Februar 1870, Nr. 22, §. 1). Die Braunschw. Gehülfsjäger bedurften bis zum Reichsgef. v. 4. Mai 1868, die Aufhebung der polizeilichen Ehebeschränkungen betr., der Erlaubniß der Herzogl. Cammer (Cammerreiser v. 18. Juni 1825, Bege III, 128) und die Berg- und Hüttenbeamten der Erlaubniß ihrer Vorgesetzten (Verordn. v. 16. März 1751, Promt. I, 442) zur Eingehung der Ehe.

³⁶⁾ §. 99 Br. Ausf. B. G.-B. S. unten §. 103.

³⁷⁾ Durch ein Rangreglement v. 2. Dec. 1689 wurden sämtliche fürstlichen Bedienten bis auf weitere Verordnung in zehn Classen getheilt. Diesem folgte eine Rangordnung v. 1. Juli 1691, wodurch zwölf Classen gebildet wurden, dann ein Reglement v. 1. März 1693 und wieder ein anderes v. 28. Mai 1714. Eine Resolution v. 20. Febr. 1716 bestimmte den Rang der Canzley- u. Hofgerichtssecretäre. — Wolterstedt, Kurzer Begriff, S. 225.

Spätere Rescripte regeln nur Specialfälle. Vergl. Bege, Repert. I, 192; III, 25.

¹⁾ Auch das B. G.-B. steht auf diesem Standpunkt. (Vergl. Endemann, Lehrbuch I, §. 22, I.) Ueber Vorbehalte s. Art. 132 ff. E. B. G.-B. — S. aber auch §. 1779, Abs. 2 B. G.-B., durch den unsere landesf. Ver. v. 9. April 1768 (Steinacker, Promt. II, 297) ersetzt ist.

²⁾ „Die Verschiedenheit der christlichen Religionsparteien kann keinen Unterschied in dem Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte begründen.“ Ebendort wird hinsichtlich der Befenner des jüdischen Glaubens angeordnet, daß ihnen die „von den einzelnen Bundesstaaten bereits eingeräumten Rechte erhalten“ bleiben sollen.

³⁾ Verordn. v. 1. Febr. 1585 (Schneider, Repert. II, 515).

Grundsätze ein, namentlich unter der Regierung des Herzogs Anton Ulrich, der den Katholiken manche Vergünstigungen gewährte. Ein Rückschlag machte sich dann wieder unter August Wilhelm geltend, der manche Beschränkungen, insbesondere hinsichtlich des Erwerbs von Grundeigenthum für die Katholiken einführte⁴⁾. Eine umfassendere Ordnung der Rechtsverhältnisse der Katholiken fand unter Herzog Karl durch das Reglement vom 9. April 1768 statt⁵⁾. In Ausführung der deutschen Bundesacte vom 8. Juni 1815 bestimmte sodann das Landesgrundgesetz, daß allen Angehörigen der im Herzogthume anerkannten christlichen Kirchen, zu denen auch die katholische Kirche gehörte, gleiche bürgerliche Rechte zugesichert seien⁶⁾. Eine letzte umfassende⁷⁾ Regelung haben die Rechtsverhältnisse der Katholiken durch die Landesgesetzgebung in dem Gesetz vom 10. Mai 1867⁸⁾ gefunden. Dieses ordnet indessen nur die rein kirchlichen Verhältnisse der Katholiken, ohne ihre privatrechtliche Stellung zu berühren⁹⁾. In letzterer Beziehung stehen deshalb seit dem Landesgrundgesetz die Katholiken den Anhängern der lutherischen Kirche bei uns durchaus gleich. Was für die Anhänger der katholischen Confession zutrifft, gilt jedoch

⁴⁾ Landesfürstl. Rescr. v. 12. Oct. 1714 und 22. Mai 1729 (Schneider, Repert. III, 230 f.; Steinacker, Promt. II, 299); vergl. Woltered, Kurzer Begriff S. 219.

⁵⁾ (Fredericksdorff, Promt. II, 543 ff.; Steinacker, Promt. II, 294 ff.; Schneider, Repert. I, 84 bis 93); vergl. Wege, Repert. I, 207. Das Reglement enthält Vorschriften über Proclamation und Copulation (§. 14, Nr. 3), gemischte Ehen (§. 7), Religion der Kinder aus solchen (§. 17, Nr. 3), Bevormundung solcher Kinder nach dem Tode des Vaters (§. 21), Verlöbniße und Ehestreitigkeiten (§§. 7 u. 16), und über Dispensation wegen Ehehindernisse (§§. 12 u. 14) u. dergl.

⁶⁾ §. 211 d. N. L.-O. v. 12. October 1832, Nr. 22.

Das Landesgef. v. 23. Mai 1848, Nr. 27 bestimmte dann nochmals ausdrücklich: Alle Rechtungleichheiten, sowohl im öffentlichen als Privatrechte, welche Folgen des Glaubensbekenntnisses sind, werden — vorbehaltlich der noch bestehenden Parochialgerechtigkeit und der übrigen kirchlichen Verhältnisse — damit aufgehoben!

⁷⁾ Vereinzelte frühere und spätere Vorschriften enthalten z. B. das Consist.-Aus schreiben v. 20. Sept. 1826 über die Mißhehen (Wege, Repert. II, 197); das Consistorialrescr. v. 30. Oct. 1845, die Rechtsverhältnisse der Deutschkatholiken betr. (Wege, Repert. VI, 124); Ges., die von den Katholiken, Reformirten u. Juden an die evangel.-luth. Kirche zu entrichtenden Stölgeb. betr., Nr. 26 v. 18. Mai 1864; Polizeistrafgesetzb. v. 22. Dec. 1870, §. 11, 2; Kirchenges., die kirchl. Trauung und das kirchliche Aufgebot betr., v. 8. Dec. 1875, §. 3.

⁸⁾ Gesetz, die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse der Katholiken im hiesigen Lande betr.; Gesetz- und Verordnungsbl. v. 1867, Nr. 32, nebst Instruction vom gleichen Tage.

⁹⁾ §§. 1 bis 4 handeln von der Proclamation und Copulation, sind aber durch Reichsgesetz v. 6. Febr. 1875 antiquirt (vergl. Consistorialrescr. v. 8. Febr. 1888), §§. 5 bis 14 handeln von der religiösen Erziehung, Taufe, Schulpflicht und dem Confessionswechsel, insbesondere der aus Mißhehen hervorgegangenen Kinder; §§. 15 bis 18 von der Seelsorge der katholischen Geistlichen, die ebenfalls durch das Reichsgesetz berührten §§. 19 bis 21 handeln von der Führung der Kirchenbücher, die jetzt nur noch als Tauf-, Trauungs- und Begräbnißregister gelten, §§. 22 bis 24 handeln von den Amtshandlungen der katholischen Geistlichen.

Die Instruction vom gleichen Tage (f. vor. Anm.) ist ebenfalls durch das Reichsgesetz antiquirt. Das Nähere gehört in die Darstellung des Kirchenrechts.

nicht in gleichem Maße von der katholischen Kirche selbst. Hier tritt vielmehr noch fortdauernd eine bedeutende Verschiedenheit von der Rechtsstellung der evangelisch-lutherischen Landeskirche hervor, deren nähere Erörterung indessen in das Kirchenrecht gehört¹⁰⁾.

2. Die Reformirten wurden in unserem Herzogthume zwar anfangs mit dem gleichen Haffe verfolgt, wie die Katholiken¹¹⁾, gar bald aber wurde die Behandlungsweise jener eine nahezu entgegengesetzte. Unter Herzog Anton Ulrich erhielten die Reformirten deutscher und französischer Nation ihre ersten Privilegien¹²⁾, denen unter Herzog Carl die *privilèges renouvelles et amplifiés pour les François Protestants reformés* du 6. Avril 1747 et *Declaration des privilèges* du 26. Mars 1708 und unterm 29. April desselben Jahres mit deutschem Text für die deutschen Protestanten des Landes folgten¹³⁾. Hatten diese Privilegien die Reformirten den lutherischen Landeseinwohnern nicht nur gleichgestellt, sondern ihnen diesen gegenüber sogar zeitweise manche Vorrechte und Vergünstigungen verliehen, so fielen diese letzteren zwar in der Folge wieder fort; immer aber war es nur die Bestätigung eines längst vorhandenen Zustandes rücksichtlich der Reformirten, wenn §. 211 des Landesgrundgesetzes allen anerkannten christlichen Religionsparteien Freiheit der öffentlichen Religionsübung und ihren Anhängern Gleichheit im bürgerlichen Rechte zusicherte. Ein Unterschied in der Rechtsfähigkeit eines reformirten und lutherischen Landeseinwohners findet daher überhaupt nicht mehr statt, und

¹⁰⁾ Corporationsrechte sind bislang nur den katholischen Gemeinden in Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt verliehen. Wo sich sonst in Ortschaften des Herzogthums Katholiken befinden, kann man daher selbst dann nicht von einer katholischen Kirchengemeinde sprechen, wenn ihre Zahl auch noch so groß ist und sie ihren eigenen Pastor (vergl. auch Ude, Comment. z. B.-St.-G.-B., 2. Aufl., S. 162, Note 6) und ihr eigenes Gotteshaus haben. Rechtlich gelten sie als Theil der lutherischen Kirche ihres Ortes; ihr Gotteshaus steht entweder im Eigenthum der einzelnen katholischen Bewohner des Ortes oder, was die Regel ist, in dem des Bischofs von Hildesheim, zu dessen Diocese unser Herzogthum gehört. — Corporationsrechte erlangen solche religiösen Vereinigungen nur durch besondere Verleihung seitens der Herzogl. Landesregierung (§. 20 des Gesetzes v. 25. März 1873). Freie öffentliche Religionsübung steht dagegen, wie schon im Text hervorgehoben, allen Katholiken des Herzogthums zu nach §. 211 des Landesgr.-Ges. Dazu gehört aber nicht die Bildung religiöser Vereine und Versammlungen, welche vielmehr dem Vereinsgesetz v. 4. Juli 1863 unterfällt, und die Ausübung eines religiösen Cultus, welcher die staatliche Genehmigung erheischt (vergl. Ges. v. 25. März 1873, §§. 18 f.).

¹¹⁾ Dies beweist die Verordn. v. 1. Febr. 1585 (Schneider, Repert. II, 515).

¹²⁾ Dieselben sind vom 28. März 1708.

¹³⁾ (Frederksdorff, Promt. II, 532 ff., IV, 357 f. und Steinacker, Promt. II, 277; v. Liebhauer II, 87.) Durch diese Verordn. wurden die Privilegien vom 28. März 1708 bestätigt und erweitert, insbesondere allen im Lande wohnenden oder künftig zuziehenden Reformirten völlige Gewissensfreiheit, uneingeschränkte Ausübung ihres Gottesdienstes im ganzen Lande und völlige Gleichstellung mit den lutherischen Landeseinwohnern in geistlichen und weltlichen Sachen zugesichert. Insbesondere wurden den einwandernden Reformirten noch besondere Vergünstigungen, z. B. zwölfjährige Befreiung von allen öffentlichen Lasten, zugesagt. Eine fast gleichlautende Verordnung ist dann am 5. Juni 1747 für die einwandernden Lutheraner erlassen (Frederksdorff, Promt. I, 239 ff.).

auch die späteren Landesgesetze¹⁴⁾ haben nur noch die kirchlichen Verhältnisse der ersteren zum Gegenstande.

3. Ueber die Rechtsstellung der Juden in unserem Lande vor der Reformation ist nichts Näheres bekannt. Die Verhältnisse haben denen der übrigen deutschen Staaten im Wesentlichen entsprochen¹⁵⁾. Hierauf läßt auch die noch später in Geltung gebliebene Unterscheidung zwischen sogen. vergeleiteten Schutzjuden und den unvergeleiteten Juden schließen. Nur den ersteren kam eine gewisse Rechtsfähigkeit zu; die letzteren waren rechtlos. Der Schutz wurde anfangs nur von dem deutschen Kaiser ertheilt, dem die Juden dagegen bestimmte Steuern bezahlen mußten und zu dem sie als sogen. kaiserliche Cammerknechte in ein besonderes Abhängigkeitsverhältniß kamen¹⁶⁾. Seit dem 14. Jahrhundert werden solche Schutzprivilegien daneben auch von den deutschen Fürsten verliehen, ein Recht, das in der Folgezeit immer mehr und ausschließlich auf diese überging¹⁷⁾. In der immerhin toleranten Behandlungsweise der Juden beider Art trat seit der Reformation ein erheblicher Umschwung ein.

Herzog Heinrich d. J. ordnete in dem Edict vom 8. Januar 1553 die gänzliche Vertreibung der „Juden und Judengenossen“ an¹⁸⁾, eine Anordnung, die durch Edict vom 30. April 1557 wiederholt bezw. bestätigt wurde¹⁹⁾. Zwar verwilligte hierauf Herzog Julius in der Verordnung vom 12. August 1578 den Juden wieder Schutz, Schirm und Geleit; indessen schon durch Ausschreiben vom 23. November wurde ihnen dieser Schutz durch Heinrich Julius wieder aufgekündigt, welcher auch durch Patent vom 6. Januar 1590 und Edict vom 28. Juni 1591 die gänzliche Vertreibung der Juden, selbst auch der bisherigen Schutzjuden gebot²⁰⁾. Durch Declaration vom 17. December 1594 wurde dieses Gebot zwar insofern gemildert, als den Juden wenigstens freier Durchzug durchs Land gestattet wurde. Allein nachdem auf dem Landtags-

¹⁴⁾ Beispielsweise: Reformirte Kinder sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, die evangel. Gemeindefchule zu besuchen, Gef. v. 8. Dec. 1851, Nr. 53, §. 3; doch können dem Schulvorstande solcher Schulen Reformirte nicht angehören, §§. 8 bis 10 das. Siehe auch Gef., betr. die von Katholiken, Reformirten und Juden zu entrichtenden Stollgebühren, v. 18. Mai 1864, Nr. 26, und §. 14, Abs. 3 des Dissid.-Gef. vom 25. März 1873, Nr. 62 über das Ende der Schulpflichtigkeit der reformirten Kinder.

¹⁵⁾ Die älteste bekannte Nachricht über Juden in Braunschweig bringt das erste Gegebingsbuch der Altstadt von 1296, während die ältesten bekannten Urkunden über den Judenschutz vom Herzog Magnus unterm 15. Mai 1345 und 6. December 1346 erlassen sind. Derselbe Herzog erließ unterm 23. März 1349 eine kurze Verordnung über die Rechte der Juden (Hänselmann, Br. Urkundenbuch I, S. 41 ff.).

¹⁶⁾ Stobbe, Handbuch des Deutschen Privatrechts I, S. 46, I.

¹⁷⁾ Stobbe, a. a. O.; Steinacker, Privatrecht, §. 41, Note 3 f.; v. Selchow, Br.-Lüneb. Privatr., §. 97 u. 99; v. Liebhaber, Br.-Lüneb. Landr. II, 175.

¹⁸⁾ Steinacker, Promt. I, 490, Anm.; Fredersdorff, Promt. I, 358 f. — Die Ausweisung geschah mit der Begründung, daß sich die Juden durch Münzfälschung, Wucher und Lästerung der christlichen Lehre aller Gnade, Freiheit, Rechte und Gewohnheit verlustig gemacht hätten.

¹⁹⁾ Steinacker, Promt. a. a. O.; Fredersdorff, Promt. a. a. O.

²⁰⁾ Steinacker, Promt. a. a. O.; Fredersdorff, Promt. a. a. O.

abschiede zu Salzhausen vom Jahre 1597²¹⁾ die Zusicherung seitens der Landesregierung erteilt war, daß eine Wiederaufnahme der Juden nicht erfolgen werde und eine strenge Vertreibung der etwa noch im Lande versteckten Juden auf den Landtagsabschieden von Sandersheim und Alfeld²²⁾ versprochen war, fand durch Edict vom 12. Januar 1615 eine abermalige Verbannung der Juden statt. Es war dies indessen die letzte. In der Folge wurde den Juden der Aufenthalt im Lande wieder gestattet, zunächst freilich nur unter großen Beschränkungen und auch nur in einigen Städten²³⁾. Es bedurfte zur Aufnahme in jedem Falle der landesherrlichen Genehmigung²⁴⁾ unter Ertheilung eines Schutzbriefes gegen Entrichtung eines bestimmten Schutzgeldes und Zolles²⁵⁾. Den unvergeleiteten Juden dagegen wurde nichts weiter als der ungefährdete Durchzug durchs Land gegen einen Paß, sowie gewisse Geschäfte auf den Messen und Märkten gegen einen Leibzoll gestattet²⁶⁾. Nur die sogen. Betteljuden blieben von dem Eintritt in das Land vollkommen ausgeschlossen²⁷⁾.

²¹⁾ Steinacker, Promt. a. a. O.; Frederksdorff, Promt. a. a. O. Die im Texte erwähnte Zusicherung findet sich im Art. 24 des Landtagsabsch. Siehe R. Steinacker, Organisationsges., S. 20.

²²⁾ 10. Oct. 1601, Art. 48 und 12. Oct. 1614, Art. 25.

²³⁾ Beispielsweise geschah die Aufnahme der Juden nicht in der Stadt Holzminden, da in Art. 29 des Landtagsabsch. v. 28. Juni 1702 bestimmt ist, daß die Juden, welche sich dort etablirt hätten, wieder ausgeschafft werden sollten. Steinacker, Promt. a. a. O.

²⁴⁾ Verordn. v. 24. Aug. 1743 (Steinacker, Promt. a. a. O.; Woltered, Kurzer Begriff, S. 347).

²⁵⁾ v. Selchow, Anfangsgründe, §. 100. Schon in der Amtscammerord. vom 1. Juli 1688, Art. 10 wurde ein solcher Zoll und Schutzgeld erwähnt (Steinacker, Organisationsges., S. 332).

Der Schutzbrief gab den Kindern einer wiederverheiratheten Wittwe nach dem landesherrl. Reglement vom 30. Juli 1762 keine Schutzfreiheit (Frederksdorff, Promt. IV, 130; Schneider, Repert. III, 341 bis 345).

²⁶⁾ Nach der Marktgerichtsordn. v. 1. Decbr. 1686 durfte kein Jude auf der Messe zugelassen werden, der nicht wenigstens für 400 Thlr. verhandelte (Art. 34); überdies war den Juden verboten, offene Gewölbe oder Buden bei Christen zu haben, sie durften nur an bestimmten Plätzen aufstellen (Art. 35). Letztere Plätze sind durch Rescr. v. 26. Febr. 1751 genau bestimmt, während durch Rescr. v. 26. Jan. 1784 verordnet ist, daß davon Dispensation erteilt werden könne (Steinacker, Promt. I, 491). — Andere Beschränkungen der Meshjuden waren, daß sie sich höchstens von Donnerstag vor Beginn bis Montag nach Schluß der Messe in Braunschweig aufhalten durften (Regl. v. 30. Juli 1762, Nr. 19; Schneider, Repert. III, 341 ff.); daß sie sich bei ihrer Ankunft beim Thorschreiber melden und gegen Paß und Atteste einen „Entreeschein“ gegen Entreegeld kaufen mußten (Resol. v. 23. Aug. 1762), welches auf 4 Thlr. festgesetzt (Landesherrl. Decl. v. 21. Aug. 1781) und später auf 1 Thlr. ermäßigt wurde (Promt. v. 20. März 1783). Die Zahl der Dienerschaft und sonstigen Begleitung war genau bestimmt (Uvertiff. d. h. Cammer v. 10. Jan. 1757); über die Controle der mitgebrachten Waaren gab es genaue Vorschriften (Landesherrl. Verordn. v. 3. Aug. 1737, Decl. v. 18. Jan. 1744 und Decl. v. 21. Aug. 1751). Verlassen durften die Meshjuden die Stadt erst nach Beendigung aller ihrer Geschäfte und Zahlung auf dem Packhofe (Verordn. v. 27. Juli 1737). Steinacker, Promt. I, 492.

²⁷⁾ Landesherrl. Verordn. v. 31. Aug. 1712 u. v. 20. Oct. 1719. Näheres s. Steinacker, Promt. I, 101 ff.

wohingegen den sogen. Hofsjuden sogar manche Privilegien eingeräumt wurden²⁸⁾. Als die Landschaft trotz dieser Beschränkungen noch die Besorgniß äußerte, daß mit der Zeit die Judenthümlichkeit zu einer dem Gemeinwesen schädlichen Anzahl sich vermehren möchte, gab der Landesfürst die Versicherung, darauf halten zu wollen, daß solches nicht geschehe²⁹⁾.

Dies war der Rechtszustand der Juden beim Eintritt der westfälischen Regierung. Durch diese aber wurden sie in jeder Beziehung als Landeseinwohner mit vollem Staatsbürgerrecht angesehen und den christlichen Unterthanen durchaus gleichgestellt³⁰⁾, nachdem schon vorher der Leibzoll aufgehoben war³¹⁾. Nach Wiederherstellung der rechtmäßigen Regierung blieb dies Verhältniß zwar nicht bestehen, doch wurden auch die älteren strengen Gesetze nicht alle wieder zur Anwendung gebracht³²⁾. Man ließ ihnen viele Staatsbürgerrechte und bestimmte in dem Landtagsabschiede vom 11. Juli 1823, Art. 56, daß über die Rechtslage der Juden thunlichst Verfügung getroffen werden solle, worauf der Landtagsabschied vom 12. October 1832, Art. 19 festsetzte, daß den jüdischen Glaubensgenossen diejenigen bürgerlichen Rechte, in deren Besitz sie sich gegenwärtig befänden, gesichert bleiben sollten. Nachdem hierauf die Juden dem speciellen Schutze des Landesherrn entzogen und dem allgemeinen Schutze des Staates gleich den anderen Landeseinwohnern unterstellt³³⁾, ferner unter Abschaffung der alten Abgaben den gleichen Steuern wie diese unterworfen³⁴⁾, für gildfähig³⁵⁾, militärpflichtig³⁶⁾ und activ und passiv wahlberechtigt bei den Landtags- und Gemeindewahlen³⁷⁾ erklärt waren, wurden auch die letzten beschränkenden Vorschriften über die Kraft des Zeugnisses eines Juden³⁸⁾ durch das Landesgesetz vom 14. Januar 1845³⁹⁾, das gemeinrechtliche Verbot der Ehe zwischen Juden und Christen durch das Landesgesetz vom

²⁸⁾ Wolterstedt, Kurzer Begriff, S. 190. Siehe das. z. B. die Privilegien f. d. Hofsjuden Alexander David vom 19. März 1708 und Gumpel Moses vom 8. Jan. 1722.

²⁹⁾ Landtagsabschied vom 9. April 1770, Art. 26 (Steinacker, Organist., S. 569).

³⁰⁾ Steinacker, Privatr., S. 115. — Die westfälische Regierung ordnete auch an, daß hinkünftig alle Juden Familiennamen tragen sollten, was bis dahin nicht der Fall war. Diese Bestimmung blieb auch später in Kraft.

³¹⁾ Bekanntmachung des General-Zoll- und Accise-Directoriums v. 23. Aug. 1803 (Br. Anzeigen 1803, Nr. 25) u. für Fürstenth. Blankenburg: Landesf. Rescr. v. 9. Aug. 1803 (Steinacker, Promt. I, 490; Frederksdorff VII, 128).

³²⁾ Steinacker, Promt. I, 490 ff.

³³⁾ N. Landsch.-Ordn. v. 12. Oct. 1832, Nr. 22, §§. 44 ff.

³⁴⁾ Ebenda. §. 39.

³⁵⁾ Gilbeordn. v. 29. Oct. 1821, Nr. 8, §. 65.

³⁶⁾ Ges. v. 23. Febr. 1837, Nr. 10, §. 1.

³⁷⁾ Das Wahlgef. v. 12. Oct. 1832, Nr. 23, §§. 1 ff. und die Städteordn. v. 4. Juni 1834, §§. 48 ff. enthalten dieses Princip, welches durch Ministerialrescr. v. 16. Mai 1845 (Vege, Repert. V, 79) ausdrücklich anerkannt ist.

³⁸⁾ Das landesf. Rescr. v. 19. Febr. 1788, §§. 36 ff. (Steinacker, Promt. I, 495) bestimmte, daß das eidliche Zeugniß der Juden nur bei geringen Delicten zulässig und glaubwürdig sei.

³⁹⁾ §. 10 l. o.

23. Mai 1848⁴⁰⁾ und schließlich durch das Gesetz Nr. 27 von demselben Tage überhaupt alle Rechtsungleichheiten im öffentlichen und privaten Rechte beseitigt, welche als Folgen des Glaubensbekenntnisses bestanden⁴¹⁾, vorbehaltlich jedoch der noch bestehenden Parochialgerechtsame und der übrigen kirchlichen Verhältnisse⁴²⁾. Die Vorschriften über den sogen. Judeueid⁴³⁾ sind dagegen erst durch die braunschw. Strafproceßordnung vom 22. August 1849 und die Civilproceßordnung vom 19. März 1850 aufgehoben⁴⁴⁾. An Stelle der besonderen

⁴⁰⁾ Ges.- u. Verordnungsgef. Nr. 28, §. 1. — Das Gesetz enthält weitere Vorschriften über die Eheschließung (§. 3), das Glaubensbekenntniß der Kinder (§. 4) und die dieselhalb bei den Amts- und Stadtgerichten zu führenden Register (§. 5). Früher konnte ein Jude erst nach Uebertritt zur christlichen Kirche eine Christin heirathen. Vergl. Rescr. des k. sächs. Cons. v. 14. Mai 1825 (Bege, Repert. I, 206).

⁴¹⁾ Ges.- u. Verordnungsgef. Nr. 27. Hierher gehörte vor Allem das anfangs nur für die Stadt Braunschweig erlassene Verbot des Erwerbes von Grundbesitz, das später auf das ganze Land Anwendung fand. Landesf. Regl. v. 30. Juli 1762, §. 12 (Steinacker, Promt. I, 497, Note 5), Cammerrechr. v. 2. Oct. 1832 (Bege, Repert. III, 206). Vergl. v. Selchow, Anfangsgr., §. 101. Dagegen konnte der Landesherr in jedem einzelnen Falle Dispens ertheilen. Auch hinsichtlich des Ehescheidungsrechts galten für die Juden nunmehr dieselben Gesetze wie für die Christen. Decr. d. L.-G. v. 22. Nov. 1835 in S. Hilzheimer c. Seligmann; Erf. d. D.-L.-G. Wolf. v. 4. April 1837 in S. Nathan Graupe'sche Ehefrau c. Ehemann.

⁴²⁾ Religiöse Versammlungen und Vereine der Juden unterfallen dem Vereinsgesetze v. 4. Juli 1853; die Ausübung eines religiösen Cultus ist nach §§. 18 f. des Dissidentenges. v. 25. März 1873 von der staatlichen Genehmigung abhängig, während Corporationsrechte für religiöse Vereine der Juden nur durch Verleihung seitens des Landesherrn erlangt werden (§. 20 das.). Solche sind den „jüdischen Gemeinden“ in den meisten Städten des Landes ertheilt auf Grund genehmigter Statuten. Die in solchen festgesetzten Abgaben unterliegen regelmäßig der Administrativexecution nach dem Ges. v. 4. April 1888. Streitigkeiten über die Existenz und Höhe der durch solche Abgaben begründeten Beitragspflicht der jüdischen Glaubensgenossen haben nicht die Gerichte, sondern die Verwaltungsbehörden zu entscheiden. Vergl. Seuffert, Streiffragen aus den Erf. des obersten Gerichtshofes f. Bayern in Competenzstr. I, Nr. 51.

Ob Vorsteher einer Judengemeinde diese im Proceße ohne Weiteres zu vertreten berechtigt sind, ist Thatsache nach Umfang ihres Amtes und Inhalt der Statuten. S. §. 26 B. G.-B., vergl. auch Erf. L.-G. v. 25. März 1825 in S. Heinemann c. Hilzheimer. Vergl. auch noch über diese Frage: Strippelmann, Entsch. d. D.-L.-G. Cassel I, 192 f.

⁴³⁾ Die in dem Formularanhang zu Art. 23 der Canzleyordn. v. 1651 (Steinacker, Organisationsgef. 146 ff.) und der Hofgerichtsordn. v. 1663, Tit. XLV (Steinacker, a. a. D., S. 232 ff.) vorgeschriebenen Formen des „Juden-Aydes“ sind durch Rescr. v. 1730 u. v. 24. Mai 1753, darauf durch landesf. Rescr. v. 19. Febr. 1788 u. 10. Febr. 1759 (Steinacker, a. a. D., S. 146 ff.; Steinacker, Promt. I, 493 ff., 499; Schneider, Repert. I, 240 ff.; III, 540 ff.) abgeändert. Schließlich ist der Judeueid geregelt durch Ges. v. 14. Jan. 1845, Nr. 6, und zwar der vor Gericht, vor Notaren und bei anderen Gelegenheiten zu leistende Eid.

⁴⁴⁾ Vergl. Rescr. d. Obergerichts v. 23. Juni 1857 (Bege, Repert. VIII, 106 ff.). Nur sollten die Juden bei der Eidesleistung die ganze Hand hochheben, anstatt der drei Schwurfinger. Letzteren Unterschied hat erst die R.-G.-B.-D. beseitigt. — Der nicht vor den Gerichten, sondern z. B. vor den Notaren zu leistende Eid ist nicht weiter geregelt. Insofern sind vielmehr streng genommen die Vorschriften des Ges. v. 14. Jan. 1845, Nr. 6 noch in Kraft, jedoch sind nach §. 25,

Bestimmungen über die Eheschließung der Juden ist das Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes vom 6. Februar 1875 getreten.

4. Die Dissidenten, zu denen nicht bloß die Conversionslosen, sondern alle Personen gerechnet werden, welche weder der evangelisch-lutherischen Landeskirche, noch der reformirten oder der katholischen Kirche, noch endlich der jüdischen Religionsgenossenschaft angehören⁴⁵⁾, sind ebenfalls seit dem Landesgesetze vom 23. Mai 1848, Nr. 27 sowohl im öffentlichen als im Privatrecht den übrigen Landesbewohnern gleichgestellt⁴⁶⁾. Nur in kirchlicher Beziehung sind ihre Verhältnisse durch Gesetz vom 25. März 1873 abweichend geregelt⁴⁷⁾.

Zweiter Abschnitt.

Von den juristischen Personen.

§. 13.

Verhältniß des Landes- zum Reichsrecht.

Bezüglich der juristischen Personen kommt der Landesgesetzgebung neben dem B. G.-B. noch eine weitgehende Bedeutung zu¹⁾.

1. Die juristischen Personen des öffentlichen Rechts²⁾ unterstehen

Abj. 2, Br. Ausf. F.-G. Notare zur Abnahme von Eiden nur noch in den Fällen befugt, in denen die Ableistung zur Wahrnehmung von Rechten im Auslande nöthig ist. Vergl. Note 42 a. E.

⁴⁵⁾ Gef. v. 25. März 1873, §. 1. Für die Rechtsverhältnisse der Secte der Baptisten im Lande waren früher die Bestimmungen verschiedener Consist.-Rescr. maßgebend. Vergl. Bege, Repert. VII, 88; VIII, 143, 177.

⁴⁶⁾ S. oben bei Note 41.

⁴⁷⁾ Gef.- und B.-G., Nr. 62. — §§. 1 bis 12 dieses Gesetzes sind ersetzt durch das Reichsges. v. 6. Febr. 1875. — Durch dieses Gesetz ist auch das frühere Verbot des Uebertritts eines Christen zum Judenthum aufgehoben. Vergl. Rescr. d. Staatsminist. v. 6. Sept. 1852 (Bege, Repert. VII, 87). Ueber Anmeldung der Dissidentenfürsorge zum Standsregister s. Minist.-Rescr. v. 20. Juli 1897, Nr. 6497 (Zeitschr. f. R. XLV, S. 2). Ueber Kirchenbaupfl. s. unter §. 19.

¹⁾ Das B. G.-B. regelt die Materie der jurist. Pers. in §§. 21 bis 89.

²⁾ Ob eine juristische Person dem öffentlichen Rechte angehört, bestimmt nicht das B. G.-B., sondern das öffentliche Landesrecht. Endemann, Lehrbuch I, §. 48, I, 1; Pland, Commentar zum B. G.-B., §. 89, Note 1. Die durch Staatsact ins Leben gerufenen Stiftungen sind stets publizistische. S. Rhamm, Br. Verfassungsgesetze S. 262, Note 1 zu §. 216. Aber auch die privatrechtl. gegründeten Stiftungen und Anstalten können es sein, was nach Lage der Sache zu entscheiden ist (Pland, Comm. I, S. 126). Das B. G.-B. versteht unter Stiftungen, deren Materie es in §§. 80 bis 88 regelt, ausschließlich privatr. Stiftungen. Endemann, Lehrbuch I, §. 48, Note 4. Im Uebrigen gehören zu den öffentl. juristischen Personen vor Allem Staat, Gemeinden und religiöse Anstalten.

dem Landesrechte³⁾ mit der Ausnahme, daß sich die Haftpflicht für ihre Vertreter und die Concurranzeigepflicht nach Reichsrecht regelt⁴⁾.

2. Das Aufsichtsrecht sämmtlicher, also auch der privatrechtlichen juristischen Personen unterliegt ebenfalls der landesgesetzlichen Regelung⁵⁾. Hiernach untersteht in der Regel die Verwaltung privatrechtlicher juristischer Personen, die in Stadtgemeinden ihren Sitz haben, der Aufsicht des Magistrats, derjenigen jedoch, die in einer Landgemeinde ihren Sitz haben, der Aufsicht des Gemeinderaths⁶⁾. Die Veräußerung von Gütern dieser juristischen Personen bedarf, sofern sie ihre Rechtsfähigkeit weder durch die Reichsgesetzgebung noch durch Eintragung erlangt haben⁷⁾, der Genehmigung der Aufsichtsbehörden ebenso, wie Gemeindegut⁸⁾. Durch Statuten, Observanzen oder durch Stiftungs-urkunden kann das Aufsichtsrecht anders geregelt sein⁹⁾. Gesetzlich ist bei den Realgenossenschaften das Aufsichtsrecht auf die Kreisdirectionen übertragen¹⁰⁾. Durch Specialgesetze ist das Aufsichtsrecht über die juristischen Personen des öffentlichen Rechts verschieden geregelt¹¹⁾.

3. Grundsätzlich ist auch die Verfassung der Stiftungen und derjenigen Vereine, die auf staatlicher Verleihung beruhen¹²⁾, der Landesgesetzgebung unterworfen¹³⁾.

³⁾ Dies ergibt sich aus dem Grundsatz, daß das B. G.-B. das öffentliche Recht unberührt läßt. Darüber, daß die privatrechtl. Normen einer publ. jurist. Person dem B. G.-B. unterstehen, namentlich also, insofern sie in den Privatverkehrsverkehr eingreift, s. oben §. 2 bei Note 3. Vergl. aber auch Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., §. 13, 1.

⁴⁾ §. 89 vergl. mit §§. 31 u. 42, Abs. 2 B. G.-B. Selbstverständlich handelt es sich hier nur um die Haftung für Handlungen der Vertreter im Privatverkehr, so daß z. B. die Haftung des Staates für seine Beamten in Ausübung der Hoheitsrechte durch diese Bestimmung nicht getroffen wird. Planck, Comm. B. G.-B. I, Note 2 zu §. 89. S. unten §. 22.

⁵⁾ Planck, Comm. B. G.-B. I, S. 79.

⁶⁾ §. 209 bezw. §. 151 der St.-O. bezw. L.-G.-O. v. 18. Juni 1892 (früher §. 181 St.-O. und 125 L.-G.-O. v. 19. März 1850). Diese Bestimmung ist in Geltung geblieben. Vergl. Mot. Br. Ausf. B. G.-B., II, A., S. 9 f.

⁷⁾ Mot. Br. Ausf. B. G.-B., II, A., S. 19 zu §. 4 und §. 118, 3. 100 vergl. mit §. 21 B. G.-B.

⁸⁾ S. unten §. 15. Ueber ältere, aber nach 1. Januar 1900 eingetragene Vereine vergl. Mot. Br. Ausf. S. 10.

⁹⁾ S. die oben Note 6 angezogenen Gesetze.

¹⁰⁾ Gef. v. 26. Mai 1896, §. 12. Das Nähere s. unten §. 16; insbes. 3. 5.

¹¹⁾ Das Nähere wird bei der Darstellung der Rechtsverhältnisse dieser jurist. Personen in den einzelnen Paragraphen erörtert werden.

¹²⁾ Es sind dies a) die wirthschaftlichen Vereine nach §. 22 B. G.-B., soweit nicht besondere Reichsgesetze Anderes bestimmen (s. unten §. 14, Note 2), b) die religiösen Vereine nach §. 20 des Landesgef. v. 25. März 1873, vergl. mit Art. 84 E. B. G.-B.

¹³⁾ Art. 82 E. B. G.-B. Uebrigens hat von dieser Befugniß die Landesgesetzgebung bisher keinen Gebrauch gemacht, so daß auf diese Vereine einstweilen ebenfalls die §§. 25 bis 53 B. G.-B. Anwendung finden. Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 9 und S. 12 zu §. 11.

4. Die einem Vorbehaltsgebiete angehörnden juristischen Personen des Privatrechts können bezüglich ihrer gesammten Rechtsverhältnisse landesgesetzlich geregelt werden¹⁴⁾. Hierher gehören die bereits bestehenden oder noch etwa entstehenden juristischen Personen:

- a) des Wasserrechts¹⁵⁾,
- b) des Deich- und Siederechts¹⁶⁾,
- c) des Bergrechts¹⁷⁾,
- d) des Jagd- und Fischereirechts¹⁸⁾,
- e) des Versicherungsrechts¹⁹⁾.

5. Waldgenossenschaften, wie sie von dem B. G. = B. ebenfalls der Regelung durch die Landesgesetze vorbehalten sind, giebt es bei uns nicht²⁰⁾.

6. Alle Realgenossenschaften, die am 1. Januar 1900 bereits bestanden haben, unterliegen dem Landesrechte²¹⁾, während sie bei späterer Entstehung der Landesgesetzgebung nur unterfallen, wenn sie zu einem Vorbehaltsgebiete gehören²²⁾.

7. Auch die landesgesetzlichen Vorschriften über den Ritterschaftlichen Creditverein sind in Geltung geblieben²³⁾.

¹⁴⁾ Vergl. Mot. Br. Ausf. B. G. = B. S. 8.

¹⁵⁾ Art. 65 E. B. G. = B. In Frage kommen hier die Be- und Entwässerungsgenossenschaften des Wassergesetzes v. 1876. S. unten S. 17, II.

¹⁶⁾ Art. 66 E. B. G. = B. S. das Nähere unten S. 17, IV.

¹⁷⁾ Art. 67 E. B. G. = B. Von Bedeutung sind in dieser Beziehung die Knappschaftsvereine und die Gewerkschaften des Berggesetzes von 1867. S. unten S. 17, I u. S. 18, I.

¹⁸⁾ Art. 69 E. B. G. = B. Unsere Jagdinteressenschaften gehören indessen nicht zu den jurist. Personen. Zeitschr. f. R. XXXII, S. 28, Mot. Br. Ausf. B. G. = B. S. 9. Dagegen kommen in Frage die Fischereigenossenschaften des Fischereigesetzes v. 1. Juli 1879. S. unten S. 17, III.

¹⁹⁾ Art. 70 E. B. G. = B. Abgesehen von dem Landesgef. v. 20. Juni 1883, Nr. 26 über die Zulassung auswärtiger Versicherungsanstalten, kommen hier nur die Bestimmungen über die Versicherungsanstalt des öffentl. Rechts in Frage. S. unten §§. 41 ff. u. 20, IV. Uebrigens ist die reichsgesetzliche Regelung des gesammten Versicherungsrechtes demnächst zu erwarten.

²⁰⁾ Art. 83 E. B. G. = B. Unsere Forstgenossenschaften haben mit diesen Waldgenossenschaften nichts zu thun. Mot. z. Einf. B. G. = B., S. 115. Die Landesgesetzgebung hat deshalb von dem Vorbehalte keinen Gebrauch gemacht. Mot. Br. Ausf. B. G. = B. S. 9.

²¹⁾ Art. 164 E. B. G. = B. Es sind dies alle Realgemeinden, Weide-, Wege-, Forstinteressenschaften und sonstigen Gemeinheiten, für welche außer den Gesetzen über die Realgenossenschaften vom 26. Mai 1896, Nr. 32 und über die Genossenschaftsforsten vom 19. Mai 1890, Nr. 16 u. 25. Febr. 1895, Nr. 15 Herkommen und die Gemeinheits- Theilungs- Ordnung von Bedeutung sind. Ueber das Nähere j. unten S. 16.

²²⁾ Vergl. hier insbesondere die im Text unter Z. 4 aufgezählten Gebiete.

²³⁾ Dies ergibt sich aus dem Vorbehalt in Art. 164 E. B. G. = B., wonach alle landesgesetzlichen Bestimmungen über die Ritterschaftlichen Creditanstalten, die am 1. Januar 1900 bereits bestanden haben, unberührt bleiben sollen. Für uns werden durch diesen Vorbehalt die Statuten vom 20. März 1862 (Ges. u. B. = O. Nr. 12) und die Bestimmungen v. 1886, Nr. 23 u. 1893, Nr. 46, aufrecht erhalten. Siehe unten S. 40.

§. 14.

Allgemeine Vorschriften des Landesrechts.

Landesgesetzliche Vorschriften, die für die juristischen Personen jeder Art gleichmäßige Anwendung finden, giebt es nicht mehr¹⁾. Man muß vielmehr zwischen juristischen Personen des Privatrechts und den juristischen Personen des öffentlichen Rechts unterscheiden und bei jenen wieder nach Maßgabe des B. G.-B. eine Eintheilung in Vereine und in Stiftungen treffen.

1. Ein Verein, dessen Zweck auf einen wirthschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, erlangt Rechtsfähigkeit durch Verleihung seitens Herzoglicher Landesregierung²⁾. Auch zur Aenderung des Zweckes eines solchen Vereins bedarf es der Genehmigung der Herzoglichen Landesregierung, während zur sonstigen Aenderung der Satzungen nur die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums erforderlich ist³⁾. Die Entziehung der Rechtsfähigkeit dieser Vereine, die durch staatliche Verleihung entstehen, sowie derjenigen, die ihre Rechtssubjectivität durch Eintragung ins Vereinsregister erlangen, erfolgt durch die Herzoglichen Kreisdirectionen und in der Stadt Braunschweig durch die Herzogliche Polizeidirection. Dieselben Behörden sind zuständig für den Einspruch gegen die Eintragung der Vereine, die ihre Rechtsfähigkeit durch die Eintragung erlangen. Gegen die Entziehung wie gegen den Einspruch ist die Klage beim Verwaltungsgerichtshofe zugelassen⁴⁾. Sowohl die Verleihung der Rechtsfähigkeit, wie auch deren rechtskräftige Entziehung ist zu veröffentlichen⁵⁾.

¹⁾ Höchstens kommen hier folgende Bestimmungen in Betracht, deren fortdauernde Gültigkeit Zweifel nicht unterliegen wird: 1. nach dem Erbschaftssteuerges. v. 18. April 1876, §. 32, daß den gesetzlichen Vertretern die Anmeldung, Inventarisierung und Declaration der angefallenen Erbschaften der Steuerbehörde gegenüber obliegt; 2. nach Ges. v. 9. April 1888, §. 13, daß bei der Administrativexecution die Zustellung an einen von mehreren Vertretern der juristischen Person genügend sein soll.

²⁾ §. 5 Br. Ausf. B. G.-B. Ausgenommen sind durch §. 22 B. G.-B. diejenigen Vereine mit wirthschaftlichem Zwecke, die auf Grund besonderer Reichsgesetze die Rechtsfähigkeit erlangen, z. B. auf Grund des H.-G.-B., des Ges. über Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, des Ges. über Kranken- und über Unfallversicherung u. Dagegen erlangen Innungsverbände wiederum gemäß §. 104 h. G.-D. Rechtsfähigkeit nur durch staatliche Verleihung. Von den Vereinen mit nicht wirthschaftlichen (sogen. idealen) Zwecken bedürfen nur die religiösen Vereine zur Erlangung der Rechtsfähigkeit der staatlichen Verleihung (Art. 84 E. B. G.-B. und §. 20 der Landesges. v. 25. März 1873), während sie sonst gemäß §§. 55 ff. B. G.-B. und braunschw. Bekanntmachung v. 9. October 1899, Nr. 91, durch die Eintragung ins Vereinsregister Rechtssubjectivität erhalten.

³⁾ §. 6 Br. Ausf. B. G.-B. Aenderungen ohne Genehmigung sind unwirksam und berechtigen, wenn es sich um Aenderungen des Zweckes handelt, nach §. 43 B. G.-B. zur Entziehung der Rechtsfähigkeit.

⁴⁾ §. 7 Br. Ausf. B. G.-B. Die Voraussetzungen der Entziehung regelt §. 43, vergl. mit §. 74, Abs. 3 B. G.-B., die des Einspruchs §. 61 verf. mit §. 62 das. Für die Klage beim Verwaltungsgerichtshof ist das Landesgesetz vom 5. März 1895, Nr. 26, maßgebend.

⁵⁾ §§. 5, Abs. 2 u. 8 Br. Ausf. B. G.-B. Die Veröffentlichung geschieht in der Ges.- u. Verordn.-S., obgleich dies nicht ausdrücklich vorgeschrieben und deshalb auch jede andere Veröffentlichung für genügend anzusehen ist. Vergl. auch unten bei Note 8.

Wenn bei Auflösung eines Vereins oder bei Entziehung seiner Rechtsfähigkeit dessen Vermögen an den Fiskus fällt, so hat das Staatsministerium über die Verwendung dieses Vermögens Bestimmung zu treffen⁶⁾. Das Vereinsregister wird von den Amtsgerichten nach Maßgabe besonderer Vorschriften geführt⁷⁾. Jede Veröffentlichung der Eintragungen erfolgt durch die Braunschweigischen Anzeigen⁸⁾. Für jeden eingetragenen Verein werden besondere Acten geführt⁹⁾.

2. Bei einer privatrechtlichen Stiftung erfolgt die Genehmigung, sowie die Abänderung ihres Zwecks oder ihre Aufhebung durch die Landesregierung. Genehmigung und Aufhebung sind zu veröffentlichen¹⁰⁾. Bei der Genehmigung einer Stiftung kann die Landesregierung deren Verfassung regeln, sofern dies nicht in der Stiftungsurkunde geschehen ist. Auch kann sie später die von ihr für die Verfassung getroffenen Bestimmungen wieder abändern, aber unbeschadet der inzwischen erworbenen Rechte Dritter¹¹⁾. Ist in der Verfassung einer Stiftung nichts über die Bestellung des Vorstandes geregelt, so steht diese der Aufsichtsbehörde zu¹²⁾. Jedoch ist diese Bestellung jederzeit widerruflich, unbeschadet des Anspruchs auf vertragmäßige Vergütung¹³⁾. Beim Erlöschen einer Stiftung fällt das Vermögen, falls nicht die Verfassung etwas Anderes vorschreibt, mit der Maßgabe an den Fiskus, daß über die Verwendung das Herzogl. Staatsministerium Bestimmung zu treffen hat¹⁴⁾.

Die Gelder der milden Stiftungen müssen verzinslich angelegt werden, und zwar darf die Anlegung, sofern die Stiftungsurkunden nichts Abweichendes bestimmen, nur in gleichen Papieren erfolgen, wie das Mündelvermögen¹⁵⁾, aber mit der Maßgabe, daß bei den Leihhausparcassen nur Beträge bis zu 200 Mark angelegt werden dürfen und eine Anlegung in Prämien-Anleihen

⁶⁾ §. 9 Br. Ausf. B. G.-B. Wann das Vereinsvermögen an den Fiskus fällt, lehrt §. 45, Abf. 3, B. G.-B. vergl. mit §. 46 daf.

⁷⁾ Bekanntm. v. 9. Oct. 1899, Nr. 91, §§. 1 bis 16.

⁸⁾ §§. 6 u. 7 daf. Wann zu veröffentlichen ist, sagt das B. G.-B.

⁹⁾ §. 15 daf.

¹⁰⁾ §. 10 Br. Ausf. B. G.-B. vergl. mit §. 80 daf. Die Veröffentlichung erfolgt regelmäßig in der Ges.- u. Verordn.-S. S. oben Note 5.

¹¹⁾ §. 11 Br. Ausf. B. G.-B.

¹²⁾ §. 12 Br. Ausf. B. G.-B. Ueber die Frage, wer die Aufsichtsbehörde ist, s. oben §. 13, 3. 2.

¹³⁾ §. 13 Br. Ausf. B. G.-B. vergl. mit §. 27 Abf. 2, B. G.-B.

¹⁴⁾ §. 14 Br. Ausf. B. G.-B.

¹⁵⁾ §§. 103 und 110 Br. Ausf. B. G.-B. Als mündelsicher gelten a) nach §§. 1807 f. B. G.-B. sichere inländische Hypotheken, Werthpapiere des Reichs oder eines Bundesstaats oder Werthpapiere, die von solchen gewährleistet sind, b) nach §. 101 Br. Ausf. B. G.-B. (Art. 212 E. B. G.-B.) Schuldverschreibungen des Landes, des Leihhauses, der Cammer, der Kreisscommunalverbände, des Ritterchaftlichen Creditvereins, sowie Leihhausparcassen, c) nach §. 102 l. c. die anderen, vom Staatsm. für geeignet erklärten öffentlichen Sparcassen oder Banken des Herzogthums. — Ähnliche Bestimmungen traf bereits früher das Landesgef. v. 13. Juni 1890, Nr. 3, das mit Ausnahme des §. 1, 3. 4 durch §. 118, 3. 99 Br. Ausf. B. G.-B. ausdrücklich für aufgehoben erklärt ist.

überhaupt nicht gestattet ist¹⁶⁾. Zu allen diesen Anlegungen bedarf es keiner Genehmigung seitens einer Aufsichtsbehörde, nur bei der Anlegung in Hypothek-, Grund- oder Rentenschulden ist eine solche Genehmigung oder die Genehmigung der sonst zuständigen Behörde erforderlich¹⁷⁾. Im Uebrigen ist das Vermögen zu hinterlegen¹⁸⁾.

3. Die juristischen Personen des öffentlichen Rechts¹⁹⁾ entstehen in unserem Herzogthume nicht ohne die Genehmigung des Staats²⁰⁾. Ueber ihre Aufhebung durch den Staat fehlt es an gesetzlichen Bestimmungen. Doch ist den publizistischen Corporationen die Sicherheit des Eigenthums und ihrer übrigen Rechte ausdrücklich gewährleistet und weiter bestimmt, daß den Stiftungen der volle Besitz und Genuß ihres Vermögens zugesichert werde und dieses nicht zum Staatsvermögen gezogen werden dürfe²¹⁾. Ueber die Verfassung der juristischen Personen des öffentlichen Rechts sind stets durch besondere Gesetze Bestimmungen getroffen, worüber in den folgenden Paragraphen gesprochen werden wird. Hier ist nur noch hervorzuheben, daß die Anlegung und Hinterlegung von Geldern der Kirchen, staatlichen Unterrichtsanstalten, Gemeindeschulen, Stiftungen und Gemeinden nach denselben Bestimmungen zu erfolgen hat, wie bei den privatrechtlichen Stiftungen²²⁾.

§. 15.

Die Gemeinden und die Kreiscommunalverbände.

I. Die Gemeinden, welche in Stadt- und Landgemeinden eingetheilt werden¹⁾, sind politische Corporationen in bestimmt abgegrenzten

¹⁶⁾ §. 103 Br. Ausf. B. G.-B. So im Wesentlichen auch schon das frühere Landesgef. v. 13. Juni 1890 (s. Note 15). Vergl. Mot. Br. Ausf. S. 115.

¹⁷⁾ §. 103, Abf. 3 Br. Ausf. B. G.-B. Ueber die Aufsichtsbehörden s. oben §. 13, Z. 2, über die an deren Stelle sonst in Frage kommenden Behörden vergl. St.-D. §. 215, Abf. 2, Z. 4, L.-D.-G. §. 157, Z. 3, 165, Abf. 2, Z. 3 u. Gef. v. 30. Nov. 1851, Nr. 52, §. 26, Z. 4.

¹⁸⁾ §. 107 Br. Ausf. Das Nähere über Hinterlegung s. unten §. 35. Vergl. aber auch §§. 105 u. 106 Br. Ausf. B. G.-B.

¹⁹⁾ Was zu den jurist. Pers. des öffentlichen Rechts zu zählen ist, ist oben §. 13, Note 2 gesagt.

²⁰⁾ Vergl. §§. 10 u. 44 der R. L.-D. u. Otto, Braunschw. Staatsr. in Marquardsen's Handbuch des öffentl. R., §. 3, III. Die Verleihung wird meist auf einem gesetzgeberischen Acte beruhen, bedarf aber auch in anderen Fällen der Veröffentlichung, damit die juristische Persönlichkeit die erforderliche allgemeine Anerkennung finden kann. Vergl. Stobbe, D. Privatr. I, §. 408. Die Gemeinden, der Staat und ähnliche Verbände gelten seit altersher als jurist. Personen.

²¹⁾ §§. 32 u. 216 R. L.-D.

²²⁾ S. oben Note 15.

¹⁾ Vergl. auch Rhamm, Verfassungsgef., S. 115 ff. Die Bedeutung der sogen. Flecken (Marktflecken) ist lediglich eine historische. Rechtlich stehen sie bei uns entweder den Städten gleich, wenn ihnen städtische Verfassung zugestanden ist (R. Landesordnung v. 12. Oct. 1832, §. 53), oder den Landgemeinden (Landg.-Ordn. v. 18. Juni 1892, Nr. 35, §. 1; früher: Landg.-Ordn. v. 19. März 1850, Nr. 24, §. 1). Vergl. auch Hagemann, Landwirthschaftsr., §. 12.

geographischen Bezirken²⁾ und gehören zu den juristischen Personen des öffentlichen Rechts³⁾. Jedes Grundstück muß einem solchen Gemeindebezirke angehören⁴⁾.

1. Die Neubildung einer Gemeinde setzt die Genehmigung der Landesregierung voraus, ebenso die Veränderung des Gemeindeverbandes durch Aufnahme anderer oder Bildung neuer und besonderer Gemeinden⁵⁾. Die neu begründeten wie die alten Gemeinden unterstehen gleichmäßig der Oberaufsicht des Staates, welcher die Gemeindeordnungen, die Gemeindestatuten und die Umänderung der rechtlich bestehenden Gemeindeverfassungen zu genehmigen⁶⁾ und die gegen die Gemeindebehörden zulässigen Beschwerden zu entscheiden hat⁷⁾. Hinsichtlich der den Gemeinden selbständig zustehenden Verwaltung ihres Vermögens und Einkommens steht jedoch dem Staate nur die Befugniß zu, darauf zu achten, daß sie überhaupt und den Gesetzen gemäß geschehe⁸⁾.

²⁾ Die heutigen Gemeindebezirke haben ihre Wurzel in der umfassenden Neuordnung während der westfälischen Regierung, welche durch k. Decret v. 24. Dec. 1807 unter Aufhebung der selbständigen Stellung der verschiedenen adeligen Grundbesitzungen u. die einzelnen Gemeindebezirke bestimmte, welche durch die Ortschaften und Wohnplätze gebildet werden sollten. Diese Bestimmungen mit den hin und wieder vorgenommenen Aenderungen wurden auch nach Wiederherstellung der br. Regierung laut Bekanntmachung v. 22. Jan. 1814, Nr. 20 einstweilen beibehalten. In der Folge waren indessen hauptsächlich in Bezug auf das Wohnortsrecht über den Umfang einzelner Gemeindebezirke Zweifel erhoben, zu deren Beseitigung die Verordn. v. 5. April 1830 erlassen und dieser eine anderweite Feststellung jener Bezirke beigegeben ist. An sie lehnt sich das Landesgrundgef. an, so daß da, wo nicht in Gemäßheit des in §. 41, l. c. gemachten Vorbehaltes abändernde Bestimmungen getroffen sind, nach jenem Verzeichniß der Umfang eines Gemeindebezirktes, nach dem Landesgrundgef. u. den späteren Gesetzen aber die Rechtsverhältnisse der Gemeindegemeinden zu beurtheilen sind. Erf. D.-M.-G. Wolf. v. 28. Juni 1850 i. S. Steinberg c. Bau-direction Hannover; Rhamm, Verf. S. 118, Note 3. Eine vollständige Zusammenstellung der gef. Bestimmungen, durch die die einzelnen Gemeinde- und Gemarkungsbezirke verändert sind, bietet das Alphab. Sachregister von 1896 zu der Gef.- und Verordn.-Samml.

³⁾ Endemann, Lehrbuch I, §. 48, I, 3b.; G. Meyer, D. Staatsr. §§. 115 f.; Gierke, D. Privatr. I, §. 71 ff.

⁴⁾ R. Land.-Ord. v. 12. Oct. 1832, §. 41. Noch zweifelhafte Bezirke bestimmt gemäß §. 41, Abs. 2 die Landesr. durch Verordn. Vergl. auch oben Note 2. — Größere Forstbezirke und mit diesen im Zusammenhange liegende sonstige Grundstücke, sowie an den Landesgrenzen belegene größere Grundflächen, welche einem inländischen Gemeindebezirke bisher nicht angehört haben, können abgeforderte Gemarkungen bilden, §. 7 d. L.-G.-D. v. 18. Juni 1892.

⁵⁾ R. L.-D., §. 44. Vergl. dazu Rhamm, Br. Verfassungsgef., S. 119.

⁶⁾ R. L.-D., §. 44; St.-D. v. 18. Juni 1892, §. 2; L.-G.-D. v. 18. Juni 1892, §. 4.

⁷⁾ R. L.-D., §. 46.

⁸⁾ R. L.-D., §. 46. Die staatliche Aufsichtsbehörde ist in erster Linie die Herzogl. Kreisdirection (§§. 162 ff. der L.-G.-D., §§. 211 ff. der St.-D., §. 45 des Gef. v. 5. März 1895, Nr. 26 u. §. 1, Abs. 2 des Gef. v. 1. Juni 1900, Nr. 25). Auch der Kreisausschuß, das Staatsm., Dep. des Inneren, und das Staatsministerium haben theils unmittelbar, theils im Instanzenzuge Aufsichtsrechte.

2. Nach Maßgabe dieser im Landesgrundgesetze ausgesprochenen Principien⁹⁾ wird die Verfassung der Stadtgemeinden durch die Städteordnung¹⁰⁾, die der Landgemeinden durch die Landgemeindeordnung¹¹⁾, sowie durch die verschiedenen, von jeder Gemeinde für sich besonders aufgestellten, seitens des Staatsministeriums genehmigten Statuten¹²⁾ näher geregelt. Eine Darstellung dieser Vorschriften ist hier indessen nur soweit am Platze, als sie für das Privatrecht von Bedeutung sind.

Vertreten werden¹³⁾ die Stadtgemeinden durch den Magistrat¹⁴⁾, die Landgemeinden durch den Gemeindevorsteher¹⁵⁾. Durch diese Ver-

⁹⁾ Seitdem sind die Gemeinden sämmtlich universitates ordinatae, was bis dahin, besonders bei den Landgemeinden, zweifelhaft war. Steinacker, Privatr., §. 49, Note 2.

¹⁰⁾ St.-O. v. 18. Juni 1892, Nr. 32, deren §§. 211 ff. durch §. 45 des G. v. 5. März 1895, Nr. 26 und deren §. 209, 215 durch Br. Ausf. B. G.-B. §. 118, 3. 100 abgeändert sind; vorher galt die rev. St.-O. v. 19. März 1850; vor dieser war die St.-O. v. 4. Juni 1834 in Kraft, während vordem die städt. Verf. durch Verordn. v. 28. März 1823, die Polizei- u. Gemeinbeverw. betr., geregelt wurde. Ueber die Entwicklung der städtischen Verf. siehe noch v. Selchow, §. 157; v. Liebhäber, Einl. I, S. 254. Ueber die städtischen Statuten vergl. oben §. 3, II.

¹¹⁾ L.-G.-O. v. 18. Juni 1892, Nr. 35, deren §§. 151, 157, 165 durch §. 118, 3. 101 Br. Ausf. B. G.-B. abgeändert sind; vorher galt L.-G.-O. v. 19. März 1850, Nr. 24. — Die älteste Regelung der Verhältnisse in den Dorfgemeinden findet sich in der allg. Landesordn. v. 1647, Art. 101 (Steinacker, Organisationsgesetz, S. 53 ff.); Amtscammerordn. v. 1. Juli 1688 (Steinacker, a. a. O., 321 ff.; Fredersdorff, Promt. I, 63; III, 104; VI, 36), deren Beobachtung nochmals eingeschärft wurde durch landesf. Circ.-Rescr. v. 30. Nov. 1804 (Fredersdorff, Promt. VI, 36).

¹²⁾ Vergl. oben §. 3, II.

¹³⁾ Nur vertreten werden die Gemeinden durch Magistrat und Gemeindevorsteher. Diese dürfen daher nie an Stelle der Gemeinden im Grundbuche eingetragen werden; ebenso dürfen sie auch nur „im Namen“ der betr. Gemeinde klagen oder verklagt werden.

¹⁴⁾ §§. 21, 95 ff. St.-O. Der Stadtmagistrat ist ein Collegium, das seine Beschlüsse regelmäßig collegialisch mit einfacher Majorität faßt und in der Stadt Br. aus sieben, in den übrigen Städten aus drei Mitgliedern besteht. Statutarisch kann die Zahl vermehrt werden. Den Vorsitz führt der Bürgermeister, in Wolfenbüttel statt dessen auch ein (staatlich) auf Lebenszeit angestellter Stadtdirector. Wolfenbüttel hat gesetzlich zwar ebenso, wie die übrigen Städte des Herzogthums das Recht, einen Bürgermeister zu wählen, doch hat die Stadt mit der Landesregierung eine Uebereinkunft getroffen (vergl. Rescr. vom 19. Juli 1836), wonach sie im Einzelfalle auf das Wahlrecht zu Gunsten des Staats verzichten kann, der dann einen Stadtdirector bestellt und besoldet. — Den Ursprung der städtischen Magistrate bildeten die Schöffen mit einem herrschaftlichen Voigt oder Schultheißen als Vorsitzendem. Vergl. v. Selchow, Anfangsgr., §. 157. Später nahmen die Schöffen die Natur eines Rathes an, und einige Städte entlebigten sich der herrschaftlichen Voigte, z. B. Braunschweig im Jahre 1845. An Stelle der Voigte traten dann die Bürgermeister, die mit den Rathsmännern, Senatoren u. s. w. den Stadtrath oder Magistrat ausmachten. Vergl. auch v. Liebhäber, Einl. I, 168.

¹⁵⁾ §§. 19, 69 d. L.-G.-O. — Vertreten wird der Vorsteher durch einen vom Gemeindevorsteher aus seiner Mitte zu wählenden und in demselben verbleibenden „Gehülfen“ (§. 57, 1. c.). — Die Vorsteher führten zuerst den Namen Bauernmeister

treter handeln die Gemeinden, durch sie werden sie berechtigt und verpflichtet¹⁶⁾, schließen sie Verträge und werden sie gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Zur rechtswirksamen Vertretung bedarf es aber in vielen Fällen der Zustimmung der communalen Organe, bei wichtigen Angelegenheiten auch der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörden.

1. In den Städten bedarf es hiernach der Zustimmung der Stadtverordneten¹⁷⁾:

- a) zur Feststellung der Dienstverträge, Gehälter und Cautionen der Unterbeamten, sowie zu deren Anstellung, Versetzung in den Ruhestand oder Entlassung¹⁸⁾;
- b) zur Abschließung von Pacht- oder Verdingungsverträgen, zu veränderter Benutzung von Gemeindegrundstücken, sowie zur Veräußerung von Gemeindenumzungen, wenn solche im Voranschlage nicht berücksichtigt waren¹⁹⁾;
- c) zur Aufnahme von Anleihen und Ausleihung von Capitalien²⁰⁾;
- d) zum Erwerb von Immobilien für die Stadt und zur freiwilligen Veräußerung oder Verpfändung städtischer Immobilien, sowie zur vertragsmäßigen Uebnahme dauernder Verpflichtungen²¹⁾;

oder Dorfgeschworene. Ihre Befugnisse waren gering und der strengsten Controle der Aemter unterworfen; sie finden sich zuerst in der allgem. Landesordn. und in der Amtscammerordn. (vergl. oben Note 11) geordnet. Seit der Verordn. v. 19. Febr. 1814 führen sie den Namen Ortsvorsteher mit ihren hergebrachten Rechten.

¹⁶⁾ Die Zulässigkeit von Schadenersatzklagen gegen Gemeindebehörden, die durch ihre Verfügungen rechtswidrig in Privatrechte eingegriffen haben, steht bei uns außer Zweifel. Zeitschr. f. R. X, 89; XXXVII, 93; XLIII, 2. Für Schaden im Privatrechtsverkehr haften die Gemeinden nach §. 89 B. G.-B. S. oben §. 13, Note 4 und unten §. 22, 4. Daß eine Stadtgemeinde durch den Magistrat den Besitz von Rechten und mittelst fortgesetzten Besitzes die Rechte selbst erwerben kann, ist ebenso unzweifelhaft, als daß wiederum der Magistrat gleich jedem Anderen durch Mittelspersonen zu dem Erwerbe gelangen kann. Dabei wird jedoch erfordert, 1. daß die Mittelsperson die Handlung, durch die sie erwirbt, nicht für sich, sondern die Gemeinde und vermöge eines derselben vermeintlich zustehenden Rechtes unternommen hat; 2. der Magistrat mit solchem Rechtserwerb einverstanden sei, also auch die Besitzhandlungen gekannt hat. Nur bei der unvordenklichen Verjährung kommt es, soweit davon jetzt noch die Rede sein kann, lediglich auf das Vorhandensein der ersten Voraussetzung an. D.-A.-G. Wolf. 1848 i. S. Wolfenbüttel c. v. Kalm.

¹⁷⁾ Die Zahl der Abgeordneten besteht in Städten unter 5000 Einw. aus 9, in anderen Städten aus 18, in der Stadt Br. aus 36. Die Versammlung ist beschlußfähig bei ordnungsmäßiger Ladung und Erscheinen von zwei Drittel. Zu jedem Beschluß ist volle Stimmenmehrheit erforderlich. Ueber die Verhandlung wird ein Protokoll aufgenommen, das vom Vorsitzenden und Protokollführer unterschrieben wird und vollen Beweis erbringt.

¹⁸⁾ §. 45, Z. 15 u. 2 St.-D.

¹⁹⁾ §. 45, Z. 9, l. c.

²⁰⁾ §. 45, Z. 7, l. c. Die Anlegung und Hinterlegung von Capitalien darf nur nach Maßgabe der in §. 14 a. E. erörterten Grundsätze mit der Modification geschehen, daß der Stadtmagistrat nach §. 108 Br. Ausf. B. G.-B. mit den Stadtverordneten eine andere Sicherheit vereinbaren kann (§. 4, l. c.).

²¹⁾ §. 45, Z. 8 St.-D.

- e) zu allen nicht im Voranschlag berücksichtigten Ausgaben, welche bei Städten mit über 5000 Einwohnern 100 Mk., sonst 50 Mk. übersteigen ²²⁾;
- f) zur Anstellung, Ablehnung und Vergleichung von Processen, soweit der Rechnungsführer der Stadtcasse dazu nicht befugt ist oder es sich nicht um Einziehung von Forderungen der wirthschaftlichen Gemeindeanstalten handelt ²³⁾;
- g) zur Beantragung oder vergleichsweisen Abschließung von Gemeintheilungen und Ablösungen, bei denen die Gemeinde als solche theilhaftig ist ²⁴⁾.

Hinzukommen muß die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums, Departement des Innern:

- a) zur freiwilligen Veräußerung von Immobilien, wenn der Capitalwerth 100 Mk. übersteigt ²⁵⁾;
- b) zur Veräußerung von Sammlungen oder wesentlichen Veränderungen in den Archiven;
- c) zur Uebernahme dauernder Verpflichtungen, falls solche nicht aus Dienstverträgen hervorgehen oder Proceßvergleichen;
- d) zur Aufnahme von Anleihen, durch welche die Stadt mit einem Schuldenbestande belastet wird, sowie zur Einziehung und Ausleihung von Capitalien als Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden oder in einer anderen als durch §. 103 ff. des Br. Ausf. B. G.-B. vorgeschriebenen Weise ²⁶⁾.

2. In den Landgemeinden ist die Zustimmung des Gemeinderathes ²⁷⁾ erforderlich:

- a) zur Feststellung der Gehälter u. der Gemeindebeamten und Gemeinbediener und ihrer Dienstverträge ²⁸⁾;

²²⁾ §. 45, Z. 11, l. c. Sind dennoch solche Ausgaben vom Stadtmagistrat gemacht ohne Zustimmung der Stadtverordneten, so können dieselben jedenfalls nur dann condicirt werden, wenn sie auf Grund von Verträgen geleistet sind, welche ebenfalls dieser Zustimmung bedurft hätten. Anderenfalls ist nur ein Ersatzanspruch der Stadt gegen den Magistrat begründet.

²³⁾ §. 45, Z. 12. Der Rechnungsführer ist nach §. 142 St.-O. ohne Vollmacht legitimirt, rückständige Pachtgelder, Capitalzinsen, sonstige Gefälle und Rückstände aus öffentlichen Versteigerungen einzuklagen.

²⁴⁾ §. 45, Z. 13, l. c. Die politische Gemeinde muß Eigenthümerin sein, nicht etwa die Realgemeinde; vergl. unten Note 45 und §. 16.

²⁵⁾ §. 215 St.-O. Nach St.-O. v. 4. Juni 1834, §. 119 war die Veräußerung ohne Rücksicht auf den Werth von der Genehmigung der Landesregierung und nach der rev. St.-O. v. 19. März 1850, Nr. 20 hiervon dann abhängig, wenn der Werth 200 Thlr. überstieg.

²⁶⁾ Vergl. oben Note 20.

²⁷⁾ Derselbe besteht nach §. 20 d. L.-G.-O. v. 1892 aus neun Mitgliedern, bei Gemeinden von weniger als 250 Einw. aus sechs Mitgliedern. Auch der Vorsteher hat Stimmrecht. Beschlußfassung mit absoluter Majorität, wenn mindestens zwei Drittel anwesend. Das Protocoll, welches vollen Beweis erbringt, ist vom Vorsitzenden und Protocollführer zu unterschreiben.

²⁸⁾ §. 52, Z. 8 d. L.-G.-O.

- b) zur Abschließung von Pacht- oder Verdingungsverträgen, sowie zur Veräußerung von Gemeindenußungen, wenn sie in dem Voranschlage nicht berücksichtigt sind ²⁹⁾;
- c) zur Aufnahme und Rückzahlung von Anleihen, sowie zur Ausleihung und Einziehung von Capitalien ³⁰⁾;
- d) zur Erwerbung, freiwilligen Veräußerung oder Verpfändung von Immobilien, sowie zur vertragsmäßigen Uebernahme dauernder Verpflichtungen ³¹⁾;
- e) zur Beschlußfassung über die Benutzungsart der Gemeindegüter ³²⁾;
- f) zu Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten, sowie bei Wegebaulichkeiten nach den einschlägigen Gesetzen ³³⁾;
- g) zu Ausgaben, welche im Voranschlage nicht vorgesehen sind und mehr als 20 Mk. betragen ³⁴⁾;
- h) zu Processen und Vergleichen, soweit der Gemeindecinnehmer dazu nicht ermächtigt ist ³⁵⁾;
- i) zu Gemeinheitstheilungen oder Ablösungen, soweit die Gemeinde als solche theilhaft ist ³⁶⁾.

Hinzukommen muß die Bestätigung des Kreisausschusses, wenn es sich um:

- a) Veränderung der Besoldung des Vorstehers oder Gemeindecinnehmers;
- b) die freiwillige Veräußerung oder Erwerbung von Immobilien, sowie die Einziehung einer Forderung oder eines Capitals, die Aufnahme einer Anleihe oder die Ausleihung eines Capitals als Hypothek, Grund oder Rentenschuld oder in einer anderen als der in §. 104 Br. Ausf. B. (V.B. vorgeschriebenen Weise handelt ³⁷⁾.

²⁹⁾ §. 52, Z. 18, l. c.

³⁰⁾ §. 52, Z. 16, l. c. Die Ausleihung und Hinterlegung von Geldern darf nur nach Maßgabe der oben §. 14 a. E. erörterten Grundsätze geschehen.

³¹⁾ §. 52, Z. 17, l. c.

³²⁾ §. 52, Z. 19, l. c.

³³⁾ §. 52, Z. 20, l. c.; vergl. unten §. 19 u. §. 103.

³⁴⁾ §. 52, Z. 22, l. c.

³⁵⁾ §. 52, Z. 23, l. c. Der Cinnehmer kann ohne Vollmacht nach §. 78, l. c. die rückständigen Pachtgelder, Capitalzinsen, Gefälle und Versteigerungserlöse eintragen. — Uebrigens kann die Obliegenheit des Vorstehers zur Proceßführung vom Gemeinderathe auch auf eine andere Persönlichkeit übertragen werden. Zeitschr. f. R. IV, 11. Da Niemand zugleich Kläger und Beklagter sein kann, darf das Mitglied, gegen welches die Gemeinde als Klägerin oder Beklagte auftritt, nicht mitstimmen, widrigenfalls der Beschluß ungültig ist. D.-M.-G. Wolf. Decr. v. 2. Juli 1847 i. E. Probst Gen. c. Lobmachtersen. — Ueber die Frage, ob ein Gemeinderathsmitglied, welches über einen Beschluß zum Prozesse mitgewirkt hat, nach seinem Ausscheiden als Zeuge vernommen werden kann, s. Seuff. Arch. IX, 133 (Wolf.); heute ist die Frage zu bejahen; vergl. Seuff. Arch. XLVIII, 221. — Bis zur L.-G.-O. v. 1850 bedurften alle Gemeindeproceße der causae cognitio durch Amt und Kreisdirection. Vergl. Steinacker, Promt. I, 370 u. Minist.-Rescr. v. 22. Mai 1838, Gef.-u. B., Nr. 26.

³⁶⁾ §. 52, Z. 24, l. c.; vergl. oben Note 24.

³⁷⁾ §. 157 L.-G.-O. Der Kreisausschuß ist organisiert nach d. Gef. v. 5. Juni

Ueberdies ist die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums, Departement des Innern, erforderlich:

- a) zur freiwilligen Veräußerung von Immobilien oder zum Ankaufe von solchen im Werthe von über 1000 Mk.;
- b) zur vertragsmäßigen Uebernahme einer dauernden Verpflichtung, mit Ausnahme derer aus Dienstverträgen und der Proceßvergleiche;
- c) zur Aufnahme von Anleihen, durch welche die Gemeinde mit einem Schuldenbestande belastet wird, sowie zur Einziehung und Ausleihung von Capitalien über 1000 Mk. in einer vom Gesetz abweichenden Weise ³⁸⁾.

3. Unter dem Gemeindevermögen ist hier nur dasjenige zu verstehen, welches der politischen Gemeinde gehört, dagegen beispielsweise nicht die Grundstücke oder Berechtigungen, welche nur gewissen Kreisen der Gemeindemitglieder, insbesondere der Realgemeinde, gehören bzw. zustehen ³⁹⁾. Das Gemeindevermögen ist lediglich zur Erreichung von Gemeindezwecken bestimmt und muß möglichst erhalten bleiben ⁴⁰⁾. Dasselbe darf niemals mit dem Staatsvermögen vereinigt werden ⁴¹⁾ und ist auf möglichst vortheilhafte Art zu benutzen ⁴²⁾. Das Vermögen dient den Zwecken der Gemeinde entweder unmittelbar, wie die Stadthäuser, Armen-, Kranken-, Spritzenhäuser u. mit ihrem Inventar ⁴³⁾, theils mittelbar. In letzterer Beziehung ist zu unter-

1871, Nr. 35. — Nach L.-G.-D. v. 1850 war die Genehmigung schon bei einem Capitalwerthe von über 25 Thlr. erforderlich. Vergl. auch Note 30.

³⁸⁾ §. 165 L.-G.-D. Nach der L.-G.-D. v. 1850, §. 164 war die Genehmigung bereits bei einem Capitalwerthe von über 200 Thlr. erforderlich. Vergl. auch Note 30.

³⁹⁾ Für das Eigenthum der Gemeinde an einem Grundstücke streitet insofern eine wohl auch jetzt noch zu berücksichtigende (vergl. Staub, Com. H.-G.-B., Einl., Note 58 ff.) thatsächliche Präsumtion, als in einem Rechtsstreite, in welchem ein extraneus das Eigenthum der Gemeinde bestreitet, diese nur zu beweisen braucht, daß es innerhalb ihrer Feldmark, d. h. des abgegrenzten Bezirkes liegt, welcher die zur Gemeinde gehörigen Felder, Gärten, Wiesen, Weiden, Wege, Holzungen, Moore u. in sich schließt, nicht auch einen besonderen Erwerbstitel. Seuff. Arch. XX, 199 (Wolf.); XXI, 203 (Wolf.). Dagegen Stobbe, D. Privatr. I, 443, Note 2.

Ueber den Unterschied zwischen Gemeinheits- und Gemeindegut s. unten Note 45 und §. 16. und Zeitschr. f. Nr. IX, 33.

⁴⁰⁾ L.-G.-D. §. 96, St.-D. §. 152. In den Städten wird dasselbe auch wohl Gämmerievermögen genannt.

Nach gemeinem Recht und in Ermangelung von abweichenden Localobservanzen galt hinsichtlich städtischer u. Anlagen der noch jetzt bestehende Grundsatz, daß sie auf Kosten der Gemeinde unterhalten werden müssen und hierzu zwar die Gesamtheit der Einwohner, nicht aber einzelne Einwohner ausschließlich ohne besonderen obligatorischen Titel herangezogen werden können. Erf. L.-G. Wolf. v. 11. Sept. 1821 i. S. Jordan c. Gämmercasse zu Wolfenbüttel.

⁴¹⁾ R. L.-D. v. 12. Oct. 1832, §. 45.

⁴²⁾ L.-G.-D. §§. 97, 98; St.-D. §§. 153 f.

⁴³⁾ Vergl. Scholz III, Landwirthsch. Zeitung I, S. 101 f. — Die Acten des Magistrates sind, weil im Interesse aller Gemeindegossen errichtet, insofern als gemeinschaftlich zu betrachten, als deren Edition, welche sich auf Einsicht der vorzulegenden Acten und nöthigenfalls Abschrift der zu bezeichnenden Stellen erstreckt, von den Gossen beansprucht werden kann. Decr. D.-A.-G. Wolf. v. 27. April 1847 i. S.

scheiden zwischen solchen Vermögenswerthen, welche durch Vermietzung oder Verpachtung nutzbar gemacht werden oder durch Ausleihung, und solchen, an denen die Nutzungen den einzelnen Gemeindemitgliedern zustehen. Diese Nutzungen stehen entweder den sämmtlichen Einwohnern als solchen zu, dann werden sie bei den Städten öffentliche Bürgernutzungen oder bürgerliche Nutzungen genannt ⁴⁴⁾, oder gewissen Personenclassen, insbesondere den Inhabern der Reihenhäuser, also der sog. Realgemeinde ⁴⁵⁾. Eine Theilung solcher Grundstücke oder Berechtigungen können die berechtigten Gemeindemitglieder nicht verlangen ⁴⁶⁾.

Schöppenstedt c. Deichmann. Auf Acten, welche von der Ortspolizeibehörde als solcher geführt werden, kann dieser Grundsatz nicht ausgedehnt werden.

⁴⁴⁾ Derartige Nutzungen sind, abgesehen von Wegen, Plätzen, Brücken u. dergl., beispielsweise der Aufenthalt im Stadtpark, Benutzung von Bleich- und Trodenplätzen, wenn diese nicht statutarisch oder herkömmlich verpachtet werden; auch Weiderecht auf Gemeindeweiden, Streulaub-, Lese- und Fallholzrechte u. an Gemeindeforsten u. dergl. Auch giebt es Nutzungsrechte der Gemeinde, welche nicht an eigenen, sondern an Grundstücken Dritter den Einwohnern als solchen zustehen. Hier ist die politische Gemeinde Trägerin der Gerechtsame, z. B. eines Kirch- oder Schulweges, eines Holzrechts in fremden Forsten. Vergl. Zeitschr. f. R. XLIII, S. 13, Erf. d. O.-G. Wolf. 1. Sen. v. 31. März 1868 i. S. Haupt u. Gen. c. v. Schwarz, wonach das Recht selbst nur von der Gemeindebehörde, die zur Nutzung berechtigende Eigenschaft eines Einwohners nur von diesem im Proceß geltend zu machen ist. Vergl. auch Zeitschr. f. R. XLIV, Beilage, S. 57, Nr. 122. Uebrigens gehört die Geltendmachung eines Gemeinderechts nur dann zur Zuständigkeit der Gerichte, wenn das Recht auf einen privatrechtlichen Titel gestützt wird. Dies ist jedenfalls dann nicht der Fall, wenn es lediglich auf die Eigenschaft als Gemeindegеноffe gegründet ist. Hier hat der Verwaltungsgerichtshof zu entscheiden. Landesgef. v. 5. März 1895, Nr. 26, S. 46h; vergl. auch Seuffert, Streitfragen II, Nachtr., Nr. 90, 101; Seuff. Arch. XXXII, 6; XXXVII, 284; Zeitschr. f. R. XXXVI, 40. Wegen der öffentlich-rechtlichen Natur der bürgerlichen Nutzungen sind dieselben auch der Eintragung im Grundbuche nicht fähig; Zeitschr. f. R. XXXVI, 44.

⁴⁵⁾ Dieser Fall ist streng zu unterscheiden von den sog. Gemeinheiten (§. 16). Bei letzteren ist die Interessentschaft Eigenthümerin, Inhaberin, hier aber die politische Gemeinde. Anderenfalls beruht aber hier die Nutzungsberechtigung regelmäßig nicht auf öffentlichem Recht, wie bei den bürgerlichen Nutzungen, sondern auf privatrechtlichem Titel. Haftet die Nutzungsberechtigung an den Reihenhäusern, an der Realgemeinde, so steht diese als Gemeinheit der politischen Gemeinde, der Eigenthümerin, gegenüber. Ueber Proceß zwischen diesen vergl. unten §. 16, Note 9 u. 20. Sind dagegen gewisse Personenclassen, z. B. die Häuslinge, die Nutzungsberechtigten, so bilden diese nicht ohne Weiteres eine juristische Person, weshalb der Proceß zur Geltendmachung der Rechte von den einzelnen Genossen zu erheben ist. Erf. Cass.-hof. Wolf. v. 31. Mai 1859 i. S. Ridel u. Gen. c. Blankenburg; vergl. Wolde, Entsch. O.-A.-G. Celle VII, Nr. 1; Wöltje, Entsch. O.-A.-G. Celle VI, 2; Schletter, Jahrb. XIV, 104. Wenn schließlich einer gewissen Einwohnerklasse die Nutzungsrechte nicht an Gemeindegundstücken, sondern an Immobilien Dritter, aber auf Grund eines Rechts der politischen Gemeinde, zustehen, so hat auch nur letztere zu klagen, wenn das Recht der Gesamtheit bestritten ist. Erf. O.-G. Wolf, 1. Sen. v. 31. März 1868 i. S. Haupt u. Gen. c. v. Schwarz, s. oben Note 44. Der Einzelne kann immer nur gegen die Gemeinde bei der Aufsichtsbehörde Beschwerde führen, wenn die Gemeinde das Recht nicht schützt.

⁴⁶⁾ Gemeinheits-Theilungs-Ordn. v. 20. Dec. 1834, §. 6 (Ges. u. B., Nr. 1, de 1835).

Grundstücke der Gemeinden bedürfen der Eintragung im Grundbuche nicht⁴⁷⁾.

II. Jeder Kreis bildet einen Kreiscommunalverband mit den Rechten einer Corporation⁴⁸⁾. Der Kreis Braunschweig bildet deren drei, nämlich bestehend 1. aus Stadt Braunschweig und deren Bezirk, 2. aus den Amtsbezirken Bechelde und Riddagshausen, 3. aus dem Amtsbezirke Thedinghausen⁴⁹⁾. Die Rechtsverhältnisse regeln sich nach der Kreisordnung vom 5. Juni 1871⁵⁰⁾.

Hiernach wird der Kreiscommunalverband vertreten durch den Kreis=auschuß⁵¹⁾ bezw. die Kreisdirection⁵²⁾. Diese Organe bedürfen jedoch der Zustimmung der Kreisversammlung:

- a) zur Verfügung über Grund= oder Capitalvermögen des Kreises, zur Aufnahme von Anleihen;
- b) über die Anstellung von Kreisbeamten und die Höhe ihrer Besoldung, sowie bei einer Reihe das Gebiet des Privatrechts nicht berührender Beschlüsse⁵³⁾.

Uebrigens ist die Genehmigung des Herzoglichen Staats=ministeriums erforderlich:

- a) bei Veräußerungen von Grund= und Capitalvermögen des Kreises, wozu indessen Verfügungen über Ersparnisse aus den letzten fünf Jahren nicht gerechnet werden;
- b) zur Aufnahme von Anleihen und Uebernahme von Bürgschaften⁵⁴⁾.

§. 16.

Realgenossenschaften.

I. 1. Unter Realgenossenschaften versteht man die Gesamtheit derjenigen Personen, die vermöge eines dieser Gesamtheit zustehenden Grund=

⁴⁷⁾ §. 1 Br. Verordn. z. R.=G.=B. Ueber deren Veräußerung s. unten §. 73 und über ihre Ersetzung unten §. 25, I, 1.

⁴⁸⁾ Endemann, Lehrb. I, §. 48, I, 3b. Im Herzogthume giebt es die Kreise Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt, Blankenburg, Gandersheim und Holzminden. Vergl. Gef. v. 19. März 1850, Nr. 26, §. 1.

⁴⁹⁾ §. 2 des Gef. v. 5. Juni 1871, Nr. 35.

⁵⁰⁾ Gef. u. R. O., Nr. 35. Im Uebrigen ist noch hervorzuheben, daß die Grundstücke der Eintragung nicht bedürfen (s. unten §. 73) und daß Klagen wegen Mitbenutzung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten des Kreises zur Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtshofs gehören (Gef. v. 5. März 1895, Nr. 26, §. 48, 3. e). Ueber Kreisvermögen vergl. auch noch Otto, Braunschw. Staatsr. §. 7, S. 119. Ueber die Kreiscommunalwege s. unten, §. 103.

⁵¹⁾ §. 58, I. c. Der Kreisauschuß führte vor der Kreisordnung die Bezeichnung Amtsrath. Der Kreisauschuß kann nur beschließen, wenn die Hälfte der Mitglieder und der Vertreter der Staatsbehörde zugegen ist. Er beschließt mit einfacher Majorität, wobei der Vertreter der Staatsbehörde nur bei Stimmengleichheit mitgerechnet wird (§§. 60, 61 daf.).

⁵²⁾ §. 62, I. c.

⁵³⁾ §. 39, I. c.

⁵⁴⁾ §. 50, I. c.

eigenthums oder Rechtes an einer Sache die Nutzungen hieran nach bestimmtem Verhältniß zu ziehen berechtigt sind¹⁾. Hierher gehören, abgesehen von den auf dem Forst-, Berg-, Fischerei- und Weidrecht beruhenden Genossenschaften, welche in dem nächsten Paragraphen behandelt werden²⁾,

- a) die bestehenden Realgemeinden, Markgenossenschaften, Gemeinheiten, Weide-, Holz-, Wegeinteressenschaften u. s. w., deren Mitglieder kraft ihrer Zugehörigkeit zu diesen zur Nutzung von Grundstücken oder von Berechtigung befugt sind,
- b) die bei Gemeinheitstheilungen ungetheilt gebliebenen Grundstücke, Berechtigungen und Anlagen (Feldmarkinteressenten)³⁾.

Soweit diese Realgenossenschaften schon vor 1900 entstanden sind, unterliegen ihre Rechtsverhältnisse dem Landesrechte⁴⁾.

2. Die wichtigsten Realgenossenschaften bilden die *Gemeinheiten*. Ihre Entstehung⁵⁾ fällt mit der der Gemeinden eng zusammen. Als nämlich zur Zeit der ersten Niederlassungen die Ansiedler bestimmte begrenzte Bodenflächen in Besitz nahmen, wurde nicht alles Land unter die einzelnen Mitglieder der auf diese Weise begründeten Gemeinden vertheilt, sondern größere Complexe, namentlich von Wald und Weide, dem Eigenthum der Gemeinde vorbehalten, um theils im Interesse dieser selbst, theils in dem der einzelnen Gemeindegossen genutzt zu werden. Dieses gemeinschaftliche Gut hieß die *Allmende*⁶⁾. Die Theilnahme an ihren Nutzungen stand aber nicht den Einwohnern als solchen zu, sondern war regelmäßig an den Besitz eines innerhalb der Gemeinde belegenen Hofes geknüpft. Die Vermehrung dieser Höfe durch Theilung bestehender oder Cultivirung unbebauter Stellen führte anfänglich dazu, auch diesen Stellen die Theilnahme an den Nutzungen einzuräumen. Mit der Zeit aber wurde vielfach der entgegengesetzte Grundsatz aufgestellt, wonach die neu entstehenden Hofstellen und Anbauerwesen von den gemeinschaftlichen Nutzungen ausgeschlossen sein sollten⁷⁾, wie die Häuslinge

¹⁾ Zeitschr. f. R. XXVII, 2; XXXIII, Anh. 3, Nr. 6, enthaltend Gutachten des Herzogl. Oberlandesgerichts. Vergl. auch Gem.-Theil.-Ordn. v. 20. Dec. 1834, §§. 1 u. 2 in Gef. u. Ver. d. a. 1835, Nr. 1.

²⁾ Die Jagdinteressenschaften, die durch Gef. v. 16. April 1852 geschaffen wurden, sind keine jurist. Personen, sondern lediglich Gemeinschaften zur Ausübung des Jagdrechts und deshalb nicht hierher gehörig. Zeitschr. f. R. XXXII, 28; Not. Br. Ausf. B. G.-B., S. 9.

³⁾ §. 1 des Gef. v. 26. Mai 1896, vergl. mit §. 40, Abf. 5 Br. Ausf. B. G.-B.

⁴⁾ Art. 164 E. B. G.-B. Not. Br. Ausf., B. G.-B., S. 9. Der Vorbehalt erstreckt sich nicht nur aufs Vereinsrecht, sondern auf alle Rechtsverhältnisse dieser Realgenossenschaften. Vergl. Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., S. 105.

⁵⁾ Stobbe, Handb. d. deutsch. Privatr. I, §. 55, II; v. Gerber, System d. deutsch. Privatr., §. 51; Mittermaier, Grundr. d. deutsch. Privatr., 7. Aufl., §. 120.

⁶⁾ Auch der Name „gemeine Mark“ findet sich häufig. Ueber andere Bezeichnungen s. Stobbe, a. a. O., Note 4 und die dort Citirten.

⁷⁾ Abweichend von dieser Regel war Neuanbauern durch landesh. Verordn. v. 9. März 1780 und Declaration v. 3. Aug. dess. Jahres (Steinacker, Promt. II,

und Miethlinge schon von vornherein davon ausgeschlossen waren⁹⁾. Die Höfe, an denen hiernach herkömmlich die Theilnahmeberechtigung haftete, nannte man „Reihehäuser“, die Gesamtheit ihrer Inhaber aber die „Realgemeinde“. Die letztere trat so allmählig geradezu in einen gewissen Gegensatz zu der politischen Gemeinde und dies um so mehr, als häufig nicht nur die Mitglieder einer Gemeinde, sondern auch außerhalb derselben stehende Güter und Corporationen, ja die Mitglieder verschiedener Gemeinden an dem gemeinsamen Gute nützungsberechtigt waren. Aber auch dieses Rechtsverhältniß blieb nicht rein bestehen. Der durch die Entwicklung desselben hervorgerufene Zweifel, ob die politische oder die Realgemeinde als die Eigenthümerin bezw. Dienstbarkeitsberechtigte der Allmende anzusehen sei, wurde zwar regelmäßig zu Gunsten der letzteren entschieden; in einigen concreten Fällen aber ging die Allmende geradezu in das Eigenthum der ersteren über⁹⁾, oder wurde unter die Interessenten reell getheilt¹⁰⁾.

491; Schneider, Repert. I, 294) das Recht der Theilnahme an der gemeinschaftlichen Weide zugesichert. Wegen der Stückzahl sollten sie sich vorher mit der Gemeinde und den Interessenten einigen. In Ermangelung solcher Einigung und bestehender Observanz sollte ihnen die Hütung mit einer Kuh und einem Schweine gestattet sein. In jedem Falle hatten — nach Cammerrescr. v. 18. April 1828 (Bege, Repert. II, 241) — die Anbauer vor Fremden den Vorzug. Bei Gemeinheitstheilungen sollte ihnen nach §. 76 des Ges. v. 20. Dec. 1834, Nr. 22 in dubio die Theilnahme mit anderthalb Kühen berechnet werden.

Durch Ges. v. 19. Sept. 1876, Nr. 85 ist v. 1. Oct. 1876 an für Neubauer der Erwerb solcher Theilnahme und Abfindungsrechte wieder aufgehoben. Vergl. unten §. 76.

⁹⁾ Indessen ist den Kirchendienern gesetzlich durch die Kirchenordn. v. 1569 ein solches Mithüte- und Weiderecht gegeben und später auf Schuldiener und Opferleute ausgedehnt. Näheres s. unten §. 76. Da denselben die Theilnahme aber als pars salarii und nicht als reiheberechtigten Genossen zusteht, gehören sie zur Genossenschaft nicht mit und entbehren auch des Stimmrechts. Erf. d. O.-G. Wolf. 1860 in Zeitschr. f. R. IX, 223.

Wenn sonst nach Gesetz, Herkommen oder Statuten den Einwohnern als solchen oder gewissen Personenclassen, denen eine juristische Persönlichkeit nicht zukommt, das Nützungsrecht zusteht, so werden die in §. 15, Note 44 und 45 erörterten Fälle vorliegen.

⁹⁾ Es haben zu diesem Zwecke verschiedentlich auch noch in neuerer Zeit Auseinandersetzungen zwischen dem Gemeinde- und Gemeinheitsvermögen stattgefunden. Vergl. Rescr. Herzogl. Staatsmin. v. 26. Nov. 1852 (Bege, Repert. VII, 52). — §. 124 d. L.-G.-D. u. §. 180 d. St.-D. bestimmen: „Nimmt eine in der Gemeinde befindliche Gemeinheit ein bisher für die Gemeindecasse benutztes Grundstück oder andere bisher für dieselbe benutzte Gegenstände in Anspruch und wird von der Gemeinheit Klage erhoben, aber von der Gemeinde beschloffen, sich nicht auf die Klage einzulassen, so ist der Kreisausschuß bezw. (bei Städten) die Kreisdirection befugt, der letzteren zur Proceßführung einen Vertreter zu bestellen.“ — Ist hiernach die politische Gemeinde Eigenthümerin bezw. Dienstbarkeitsberechtigte, so ist zu untersuchen, ob Fall §. 15, Note 44 oder 45 vorliegt; s. dort.

¹⁰⁾ Im Einzelfalle ist es Thatfrage, ob die Theilung nur eine Zuweisung zur Bestimmung des Umfangs der Nützungen oder eine wirkliche Theilung ist. Im ersteren Falle ist die Gemeinheit nicht tangirt. Dies ist in dubio bei den Interessenten-Försten nach §. 8 des Ges. v. 19. Mai 1890, Nr. 16 zu vermuthen.

3. Die beiden letzteren Fälle kommen hier nicht weiter in Betracht, vielmehr ist nur der Fall zu behandeln, in welchem die Genossenschaft (Interessenschaft) Eigenthümerin bezw. Dienstbarkeitsberechtigte ist¹¹⁾. Ist sie bloß die Dienstbarkeitsberechtigte, so kommt nichts weiter darauf an, wer andererseits Eigenthümer des belasteten Grundstückes ist, ob es eine dritte natürliche oder juristische Person, insbesondere die politische Gemeinde ist, oder ob die belasteten Grundstücke im Eigenthum der einzelnen Genossen oder in dem der Einwohner stehen¹²⁾. Immer aber gilt die Genossenschaft (meist Interessenschaft genannt), d. h. die Gesamtheit der nutzungsberechtigten Personen als juristische Person¹³⁾.

4. Die Rechtsverhältnisse der Realgenossenschaften werden geregelt durch das Gesetz vom 26. Mai 1896¹⁴⁾. Hiernach sind für die Verfassung folgende Grundsätze maßgebend.

a) Durch Statut, welches der Genehmigung des Kreisauschusses bedarf, soll in erster Linie die Verfassung geregelt sein¹⁵⁾. Das Statut soll

¹¹⁾ Daß auch Real servituten schon vor dem B. G.-B. territorialen Personenzustehen konnten und nicht stets ein praedium dominans voraussetzten, war in Theorie und Praxis auch bei uns herrschende Ansicht und galt als anerkannte deutschrechtliche Modification der gemeinrechtlichen Grundsätze. Dernburg, Pand. I, §. 568, Note 10, 3. Aufl.; Stobbe II, 216; Entsch. d. Reichsg. IV, 132; VII, 167; XIV, 214; Euff. Arch. XXXVI, 96; XLII, 18, 101; Zeitschr. f. R. X, 90 u. 100; XIV, 181; XXXVI, 35 bis 45; Mansfeld, Grundbuchges., 2. Aufl., §. 90.

¹²⁾ Vergl. oben §. 15, Note 45.

¹³⁾ Dies ist bestritten. Manche erklären das Verhältniß als Gesamteigenthum, andere wieder für Miteigenthum unter gewissen Modificationen. Ueber diese verschiedenen Ansichten s. Stobbe, Handbuch d. deutsch. Privatr. I, §. 55, Note 23. Vergl. auch oben §. 13, Note 21. — Die Praxis der braunschw. Obergerichte hat sich indessen für die juristische Persönlichkeit der Gemeinheiten entschieden. Erf. d. Oberger. Wolf. v. 31. Mai 1855 in Zeitschr. f. R. X, 175; Urtheil d. Kreisger. Braunschw. v. 15. Jan. 1861, bestätigt durch Erf. d. Oberger. Wolf. v. 17. Juni 1861 u. Erf. d. Cassat.-Hof. Wolf. v. 4. Oct. 1861 in Zeitschr. f. R. IX, 140; Erf. d. Oberger. Wolf. i. S. Ahrens c. Weideinteressenten Agum, bestätigt v. Cassat.-Hof. Wolf. in Zeitschr. f. R. IX, 223. Bericht des Herzogl. Oberlandesger. v. 12. Nov. 1880 in Zeitschr. f. R. XXVIII, 2; Beschluß d. I. Civilf. dess. Gerichts v. 22. Nov. 1880 in Zeitschr. f. R. XXVIII, 8. Ver. d. Herzogl. Oberlandesgerichts v. 15. Jan. 1886 im Anh. d. Zeitschr. f. R. XXXIII. Auch die Landesgesetzgebung steht auf diesem Standpunkte. Vergl. §. 13 des Gef. v. 30. April 1861, Nr. 26. „In allen einer juristischen Person zugehörigen, mithin in Gemeinde-, Interessenten-, Corporations- und Stiftungsforsten.“; §. 2 des Gef. v. 19. Mai 1890, Nr. 116, wo die Genossenschaft (bei Interessenschaftsforsten) als juristische Person und Eigenthümerin bezeichnet ist.

¹⁴⁾ Nr. 32 der Ges.- u. Ver.-S. Früher trafen die §§. 119 bis 124 L.-G.-D. und §. 174 bis 180 St.-D. v. 15. März 1850, die durch die L.-G. und St.-D. v. 1892 einstweilen in Kraft gelassen waren, Bestimmungen über die Verwaltung und Verfassung.

¹⁵⁾ §§. 4 u. 9, Abs. 1, l. c. Die Beschlußfassung über ein solches Statut erfolgt durch die Mitglieder unter Leitung der Kreisdirection nach Maßgabe der §§. 5 bis 7, l. c. Kommt ein Statut nicht zu Stande, oder wird es nicht genehmigt, so kann der Kreisaußschuß selbst ein Statut feststellen, falls die Angelegenheit im

namentlich Bestimmungen über die Bestellung des zur Vertretung berechtigten Vorstandes und seine Verwaltungsbefugnisse, über die Berufung und Beschlußfassung der Genossenschaftsversammlung und über die Theilnahme und Stimmrechte der Mitglieder, sowie deren Beitragspflichten enthalten ¹⁶⁾). Abänderungen des Statuts bedürfen ebenfalls der Genehmigung des Kreisausschusses ¹⁷⁾).

b) Das *Herkommen* regelt die Verfassung der Realgenossenschaften, sofern es an einem Statut fehlt ¹⁸⁾).

c) Fehlt es sowohl an einem Statut, als am *Herkommen*, so treten folgende Bestimmungen des Gesetzes ein ¹⁹⁾). Die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung erfolgt in diesem Falle durch die Gemeindebehörde ²⁰⁾ und, wenn das Interesse der Realgenossenschaft dem Interesse der politischen Gemeinde entgegensteht, oder wenn es sonst zweckmäßig erscheint, durch einen von der Herzoglichen Kreisdirection zu bestellenden besonderen Vertreter ²¹⁾ und zwar in jedem Falle nach Maßgabe der Beschlüsse der Genossenschaftsversammlung. Zur Fassung rechtsverbindlicher Beschlüsse gehört, daß die Mitglieder unter Angabe des Zweckes mindestens drei Tage vorher auf ortsübliche Weise geladen, wenigstens zwei Drittel von ihnen erschienen sind und die Mehrheit der Erschienenen zugestimmt hat ²²⁾).

5. Die staatliche Aufsicht wird durch die Kreisdirectionen und die Oberaufsicht durch die Abtheilung des Inneren des Herzogl. Staatsministeriums geführt ²³⁾). Der Bestätigung seitens des Kreisausschusses bedarf es, wenn es sich um freiwillige Veräußerung oder Erwerbung von Grundstücken oder Berechtigungen oder um Anlegung von Capitalien über 100 Mark in einer

öffentlichen Interesse solcher Regelung bedarf. Gegen diese Feststellung findet, wenn Privatrechte verletzt sind, der ordentliche Rechtsweg, sonst Beschwerde beim Staatsministerium bzw. Klage beim Verwaltungsgerichtshofe statt, §. 9, Abf. 2 bis 5 daf.

¹⁶⁾ §. 8, l. c.

¹⁷⁾ §. 10, l. c.

¹⁸⁾ §. 11, Satz 1, l. c. Das Gesetz verweist auf das *Herkommen* zwar nur bezüglich der überhaupt nicht durch Statut geordneten Realgenossenschaften. Das *Herkommen* muß aber auch bei den durch Statut geordneten Realgenossenschaften so weit subsidiäre Anwendung finden, als diese Bestimmungen nicht enthält. Ueber *Herkommen* s. oben §. 3, Note 40. Daß das *Herkommen* nöthigenfalls bewiesen werden muß, ist selbstverständlich.

¹⁹⁾ §. 11, Abf. 1, l. c.

²⁰⁾ Nach §. 17, l. c. ist hierunter in den Städten der Stadtmagistrat, in den Landgemeinden der Gemeindevorsteher und in den Gemarkungen der Localpolizeibeamte zu verstehen. Vergl. aber auch unten Note 21.

²¹⁾ Siehe z. B. die oben §. 15, Note 45 angeführten Fälle. Früher traf im Wesentlichen gleiche Bestimmungen §. 180 der St.-O. und §. 124 der L.-G. v. 1850. Diese Vorschriften blieben auch nach der neuen St.-O. u. L.-G. von 1892 einstweilen in Kraft und sind erst durch das Gef. v. 26. Mai 1897 aufgehoben.

²²⁾ §. 11, l. c. Bezüglich auswärtiger Mitglieder und wiederholter Beschlüßfassungen sind besondere Bestimmungen getroffen.

²³⁾ §. 12, l. c.

von §. 103, Br. Ausf. B. G.=B. abweichenden Weise handelt²⁴⁾, ferner bei Uebernahme dauernder Verpflichtungen, ausgenommen aus Dienstverträgen²⁵⁾. Der Bestätigung des Staatsministeriums, Departements des Innern, bedarf es, wenn es sich um einen Capitalwerth von mehr als 1000 Mark handelt²⁶⁾.

Zu Beschlüssen über die Austorfung eines Gemeinheitsgrundstückes bedarf es im Uebrigen der Beachtung der in §§. 24 bis 28 der Gemeinheits-theilungs-Ordnung aufgestellten Grundsätze²⁷⁾. Bei Veräußerung von Torfstichen kommen auf die erforderlichen Gemeinheitsbeschlüsse ebenfalls die Grundsätze der §§. 24 bis 28 der Gem.=T.=D. zur Anwendung²⁸⁾. Die Theilung der Gemeinheiten ist durch die Vorschriften der Gemeinheits-theilungsordnung²⁹⁾ geregelt. Demnach kann eine Gemeinheit nur getheilt werden, wenn es sich einmal um ein Acker-, Wiesen-, Forst- oder Weidgrundstück handelt, und wenn ferner die Nutzungen in dem Rechte auf Wiesen-, Acker-, Forstcultur, zum Weidgang mit Vieh überhaupt oder zur Schäfereihaltung, zur Mast, zum Pflaggen oder Heidhieb, zum Laub- oder Streuharken oder zu irgend einer Holzberechtigung gehören³⁰⁾. Wenn dagegen Grundstücke neben diesen Nutzungen oder ausschließlich zu anderen Zwecken, z. B. zum Thon-, Sand-, Mergelgraben, zu bergmännischen Zwecken, zu Triften oder Wegen zc. dienen, so sind die zu diesen Nutzungen Berechtigten weder verbunden, sich auf Auseinandersezung einzulassen noch eine Separation unter Dritten zu dulden, wenn ihr Nutzungsrecht hierunter leidet³¹⁾. Die Auseinandersezung der Miteigenthümer eines der Theilung fähigen Grundstückes kann nur dann nach den Bestimmungen der Gemeinheits-theilungsordnung erfolgen, wenn entweder die Theilnahmerechte der Einzelnen auf einem Gemein-

²⁴⁾ §. 13, Abs. 1 und 2, l. c. Ueber die Anlegung von Geldern nach Maßgabe des §. 103, l. c., s. oben §. 14, 3. 2 u. 3.

²⁵⁾ §. 13, Abs. 1, 3. 1, l. c.

²⁶⁾ §. 13, Abs. 3, l. c.

²⁷⁾ Gef. v. 11. Mai 1870, Nr. 19, §. 4, vergl. mit §. 18 d. Gef. v. 26. Mai 1896, Nr. 32.

²⁸⁾ Gef. v. 11. Mai 1840, Nr. 19, §. 4 vergl. mit §. 18 des Gef. v. 26. Mai 1896, Nr. 32. Bei den Beschlüssen wird nicht die Zahl der Stimmen, sondern das Theilnahmeverhältniß gerechnet, so daß bei gleichem Theilnahmeverhältniß der Zustimmungen die Austorfung als beschloffen gilt. — Der Ertrag des Torfstichs ist in Ermangelung anderer Vereinbarung nach denselben Grundsätzen zu vertheilen, nach denen bei Specialseparationen das Grundstück selbst zu vertheilen wäre, §. 5 des Gef. v. 1840.

²⁹⁾ Gesetz, die Gemeinheits-theilungsordnung betr., v. 20. Dec. 1834 in Gef. u. B.=S. 1835, Nr. 1. Vergl. mit §. 18 des Gef. v. 26. Mai 1896, Nr. 32. Vorher war diese Materie, wenn auch weniger umfassend, durch Verordnung, die Theilung der Gemeinheiten betr., v. 26. März 1823, Nr. 9 geregelt. Die landesfürstl. Verordnung v. 20. Dec. 1745 (Steinacker, Promt. I, 405) hatte zwar schon die Theilung der gemeinsamen Wiesen und die Verordn. vom 20. Febr. 1786 (Steinacker, Promt. I, 369) diejenige der Gemeindeanger anempfohlen, aber ohne Regelung des dabei zu beobachtenden Verfahrens Alles dem billigen Ermessen und der Aufsicht der Behörden überlassen; vergl. unten §. 40 ff.

³⁰⁾ §§. 1 u. 2, l. c.

³¹⁾ §. 3, l. c.

heits- oder Corporationsverbände beruhen, oder wenn die Interessenten selbst Gemeinheiten, Corporationen oder selbständige Güter sind, deren wirthschaftliche Bestandtheile die zu theilenden Grundstücke bilden³²⁾. Das Verfahren, wonach sich die Theilung von Gemeinheiten im Einzelnen regelt, wird an anderer Stelle erörtert werden³³⁾.

6. Das eigentliche Vermögen der Realgenossenschaften besteht regelmäßig aus Grundstücken und Berechtigungen³⁴⁾. Die Grundstücke bedürfen der Eintragung im Grundbuche nicht³⁵⁾. Sie können aber ohne Aufgebotsverfahren eingetragen werden, wenn nur das Eigenthum durch Urkunden, eidesstattliche Versicherung von Zeugen oder Bescheinigung öffentlicher Behörden glaubhaft gemacht wird³⁶⁾. Die *jura singulorum* sind der historischen Entwicklung des ganzen hier fraglichen Rechtsinstituts gemäß in unserem Herzogthume nach Gesetz und Herkommen in Stadt und Land regelmäßig an den Besitz der sogenannten Reihestellen geknüpft³⁷⁾. Sie sind von dieser — soweit nicht durch Gesetz für specielle Fälle ein Anderes bestimmt ist — untrennbar, also kein selbständiges dingliches Recht an dem Gemeinheitsgute, sondern ein Ausfluß des Gemeinheitsverbandes. Folgeweise ist die Theilnahmebefugniß nicht ohne die Reihestelle, an der sie haftet, veräußerlich oder verpfändbar³⁸⁾, auch kann sie nicht getheilt³⁹⁾ oder ins Grundbuch eingetragen werden⁴⁰⁾. Der

³²⁾ §. 5, 1. c. Die Gemeinheitstheilungsordn. drückt sich hier insofern incorrect aus, als sie den einzelnen Genossen oder Interessenten Miteigenthum zuschreibt. Nach der bei uns geltenden und auch hier vertretenen Rechtsansicht kann man nur von einem Eigenthum der Gesamtheit, d. i. der juristischen Person sprechen. Ueber die Natur der Nutzungsrechte der Interessenten s. unten §. 6.

³³⁾ Siehe unten im Sachenrecht §§. 68 ff.

³⁴⁾ Selbstverständlich können auch Capitalien hierher gehören.

³⁵⁾ §. 1, Br. Verordn. z. R.-G.-B.-D.

³⁶⁾ §. 14 des Ges. v. 26. Mai 1896, der durch §. 27 Br. Ausf. B. G.-B. aufrecht erhalten ist. Falls Gemeindebehörde gesetzliche oder statut. Vertreterin der Realgenossenschaft ist, wird ihre Bescheinigung nicht für genügend erachtet werden können.

³⁷⁾ Zeitschr. f. R. VII, 48; XI, 40; XXVIII, 5 u. 9; XXXVIII Anhang u. XXXIII, 88; speciell für die Städte: XXV, 243 ff. Uebrigens sind nicht immer alle Reihenhäuser berechtigt; es ist dies zu beweisende Thatfrage. Andererseits können auch Andere als Reihenhäuser nutzungsberechtigt sein. Gesetzlich sind solche Rechte zugelegt in gewissen Fällen den Anbauern (s. oben, Note 7) und den Kirchen- und Schuldienern (s. oben, Note 8). Die Anbauer haben zu beweisen, daß sie sich vor dem 1. October 1876 angebaut und daß ihr Grundbesitz ein Anbauerwesen sei. Vergl. Zeitschr. f. R. I, 152 ff.; Wege, Repert. VII, 94. — Zur Aufnahme neuer Nutzungsberechtigter bedarf es der Zustimmung aller Interessenten; unbestritten ist dies, soweit es sich um Ausmäcker handelt. Zeitschr. f. R. XXVIII, 5; XXXIII, 88; VII, 45.

³⁸⁾ Zeitschr. f. R. XXV, 242; XXVIII, 2 ff., 8 ff.; XXXIII, 88. Dieser Grundsatz gehört jedoch nicht dem absolut zwingenden Rechte an, so daß nicht nur die Bildung von abweichenden Observanzen, sondern auch im Einzelnen Abweichungen nicht ausgeschlossen sind. I. Civ. L.-G. v. 25. Mai 1899 i. S. c. Voigt z. Hohegeiß.

³⁹⁾ Wird die Reihestelle getheilt, was seit Ges. v. 28. März 1874 möglich ist, so folgt das Nutzungsrecht dem Hauptgut bezw. geht mit der Reihestelle in der Gesamtheit unter. Ob es zulässig ist, eine anderweite Vertheilung von Anthells-

einzelne Genosse übt nur das der Gesamtheit zustehende Recht aus; er übt nur für diese, nie für sich Besitz- und Erziehungshandlungen an dem Gemeinheitsgute aus ⁴¹⁾, eine Störung seiner Theilnahmebefugnisse ist eine Störung des Rechtes der Gesamtheit und daher von dieser durch Klage geltend zu machen ⁴²⁾. Ueberhaupt steht und fällt die Theilnahmebefugniß der Genossen mit dem Rechte der Gesamtheit. Im Uebrigen bestimmt sich das Verhältniß nach der Verfassung, namentlich das Theilnahmeverhältniß der einzelnen Interessenten an den Nutzungen ⁴³⁾. Einzelnen Genossen oder gewissen Classen derselben können auch Sonderrechte an dem Gemeinheitsgut zustehen, welche aber niemals nach außen hin, sondern stets im Schooße der Genossenschaft geltend zu machen sind ⁴⁴⁾.

Bei Beschlüssen der Realgenossenschaften, die sich auf die Theilnahme an den Nutzungen, das Stimmrecht, die Beiträge und Lasten, sowie die Verpflichtung zur Annahme eines Amtes als Vorstandsmitglied beziehen, findet Beschwerde an den Kreisauschuß und gegen dessen Entscheidung Klage beim Verwaltungsgerichtshofe statt ⁴⁵⁾. Eine gleiche Klage ist gegeben, wenn durch das Statut öffentlich-rechtliche Ansprüche verletzt sind, während bei Verletzung

rechten auf verschiedenen schon berechtigten Grundstücken vorzunehmen, richtet sich nach der jeweiligen Obervanz; ohne solche ist sie ausgeschlossen. I. Civ. L.-G. v. 25. Mai 1899. — Ist eine Reihestelle im Miteigenthum, so kann das Nutzungsrecht nur von allen Miteigenthümern gemeinschaftlich ausgeübt werden. Zeitschr. f. R. XI, 40.

⁴⁰⁾ Die Eintragung ist auch jetzt weder als dingliches Recht noch als selbständige Berechtigung möglich. Vergl. Mansfeld, Grundbuchgesetze, 2. Aufl., S. 138, Anm. u. dort Cit. Beschl. I. Civ. L.-G. v. 25. Mai 1899 i. S. Voigt zu Hohegeiß.

⁴¹⁾ Zeitschr. f. Rechtspflege VI, 166 f.; XXVIII, 3. Vergl. auch Entsch. des Reichsg. IX, 233.

⁴²⁾ Einzelne Gemeinheitsmitglieder sind nicht befugt, den Rechtsanmaßungen Dritter bezügl. des Genossenschaftsgutes mit der Negatorienklage entgegenzutreten. Erf. des Cass.-G. Wolf. v. 18./24. Oct. 1860 i. Zeitschr. f. R. IX, S. 184; XLIII, S. 45 f. Vergl. Zeitschr. f. R. X, 175. Sie können auch beispielsweise nicht gegen einen Rechnungsführer der Genossenschaft auf Rechnungsablage direct, sondern nur gegen die Genossenschaft klagen, daß sie denselben auf Rechnungsablage belange. Zeitschr. f. R. IX, 139. — Dagegen hat D.-G. Wolf. I. Sen. v. 28. Nov. bis 12. Dec. 1865 i. S. Wangelnstedt c. Cammer entschieden, daß die einzelnen Genossen ihre Befugnisse Dritten gegenüber klagend geltend machen können, wenn letztere das Recht der Gemeinheit selbst nicht bestreiten.

⁴³⁾ Ein bei uns anerkanntes Princip giebt es nicht, namentlich auch nicht nach der Richtung, daß alle Theilnahmerechte gleich seien. Das Theilnahmeverhältniß ist daher durch Gesetz, Statuten oder Herkommen zu beweisen. Wo ein Nachweis nicht geführt wird, ist das nach §§. 53 ff. der Gemeintheilungsordn. eingeführte Durchwintierungsprincip, soweit möglich, zu Grunde zu legen. Decr. d. L.-G. v. 13. Nov. 1838 u. D.-L.-G. Wolf. v. 20. Dec. 1839 i. S. Rothjassen c. Ackerleute in Schep-pau. — Für die Theilnahmerechte der Anbauer und Kirchen- und Schuldiener an den gemeinsamen Weiden sind gesetzlich besondere Bestimmungen getroffen; s. oben Note 7 und 8.

⁴⁴⁾ Erf. d. D.-G. Wolf. v. 31. Mai 1855 i. S. Schaper c. Rothe. Zeitschr. f. R. X, 75.

⁴⁵⁾ §. 15 des Gef. v. 26. Mai 1896, Nr. 32. Die Klage ist in einer Frist von vier Wochen zu erheben, die von Zustellung der Entscheidung an gerechnet wird.

von Privatrechten der ordentliche Rechtsweg offen steht ⁴⁶⁾. Im Uebrigen ist der Vorstand befugt, Handlungen, zu denen einzelne Mitglieder der Genossenschaft dieser gegenüber verpflichtet sind, bei Weigerung auf deren Kosten ausführen zu lassen, wobei die Beitreibung der Administrativexecution unterliegt ⁴⁷⁾.

7. Die Realgenossenschaften der Stadt Braunschweig werden nicht durch das Gesetz, sondern durch besondere Statuten oder das Herkommen geregelt ⁴⁸⁾. Von den innerhalb der Umfluthgräben bestehenden Interessenschaften hat die Brüderschaft der alten Wasserleitung kaum mehr als ein geschichtliches Interesse ⁴⁹⁾. Dagegen sind die Brunneninteressenschaften noch jetzt von praktischer Bedeutung ⁵⁰⁾. Wichtiger sind die Realgenossenschaften der städtischen Feldmark. Ursprünglich unterschied man sechs Weichbildsgemeinden (Weichbilds-, Weidegenossenschaften, Weideinteressenschaften), welche den alten Realgemeinden entsprachen und durch die Eigenthümer derjenigen Reihenhäuser innerhalb der Stadt gebildet wurden, denen ein Antheil an den Nutzungen des Gemeindevermögens zustand ⁵¹⁾. Neben diesen wurde die Feldmark der Stadt Braunschweig, welche alle zwischen den Umfluthgräben der Stadt und den Feldmarken der benachbarten Ortsschaften belegenen Grundstücke umfaßte, in sechs besondere Feldmarksinteressenschaften eingetheilt, die nach den alten Stadtgemeinden Hagen, Altmief, Wilhelmithor, Hohethor, Altpetrithor und Neupetrithor genannt wurden ⁵²⁾. Später wurden die Weichbildsgemeinden mit den Feldmarksinteressenschaften allmählich verschmolzen ⁵³⁾. Die dadurch entstandenen Genossenschaften sind

⁴⁶⁾ §. 9, Abs. 3 u. 4, l. c.

⁴⁷⁾ §. 16, l. c.

⁴⁸⁾ Dieser Grundsatz wird durch §. 19, l. c. ausgesprochen. Der Wortlaut der gesetzlichen Vorschrift spricht aber nicht dafür, daß man dem Gesetze auch jede subsidiäre Bedeutung hat versagen wollen.

⁴⁹⁾ Die Rechtsverhältnisse der Brüderschaft waren lediglich durch Herkommen geregelt. Sie sind mit Aufhebung der alten Wasserleitung gegenstandslos geworden. Da aber ihren früheren Mitgliedern bei Anlage der neuen Wasserleitung gewisse Vorrechte eingeräumt sind, so kann der Nachweis der früheren Mitgliedschaft auch jetzt noch von praktischer Bedeutung sein.

⁵⁰⁾ Sie sind juristische Personen und zwar universitates inordinatae, aber verwaltet und vertreten durch gewählte Brunnenherrn. Sie haben das Eigenthum an den betr. Brunnen, deren Benutzung den einzelnen Mitgliedern zusteht. Die Mitgliedschaft ist mit dem Grundbesitz verbunden und verpflichtet auch zu den Kosten der Unterhaltung. Das ganze Rechtsverhältniß ist durch Herkommen geregelt.

⁵¹⁾ Zeitschr. f. R. XXV, 238 ff., 242 ff. Die ursprünglich auf Herkommen gegründeten Rechtsverhältnisse sind später wiederholt durch städtisches Statut, zuletzt vom 20. November 1851, Nr. 3, §§. 1 bis 25, 44 bis 47 geregelt.

⁵²⁾ Ihre Rechtsverhältnisse sind geregelt durch städtisches Statut vom 20. Nov. 1851, Nr. 3, §§. 26 bis 43.

⁵³⁾ Angebahnt wurde diese Verschmelzung durch Statut vom 21. Juni 1869, welches die Rechtsverhältnisse der so vereinigten Genossenschaften, die fortan nur den Namen Feldmarksinteressenschaften führen sollten, näher regelte. Auf diese Weise sind die früheren Weichbildsgemeinden nach und nach verschwunden. Die bei der Liquidation als Abfindung festgesetzten Werthe für die nicht ermittelten Theilnehmer sind hinterlegt.

unter den Namen Feldmarksgemeinden (Hagen, Altemiek, Wilhelmithor, Hohethor, Alt- und Neupetritthor) durch städtisches Statut vom 25. September 1899 neu geregelt⁵⁴⁾. Sie werden gebildet durch die Gesamtheit derjenigen Personen, die innerhalb der betreffenden Feldmark Grundeigenthum besitzen⁵⁵⁾. Verwaltet wird jede Feldmarksgemeinde durch einen von der Gemeindeversammlung auf sechs Jahre zu wählenden, aus sieben Genossen bestehenden Vorstand⁵⁶⁾. Vertreten wird sie dagegen gerichtlich und außergerichtlich durch den Vorsitzenden oder bei dessen Behinderung von seinem Stellvertreter in Gemeinschaft mit dem Rechnungsführer⁵⁷⁾. Die Kosten der Verwaltung, sowie die sonstigen Ausgaben sind, soweit keine statutarischen Befreiungen bestehen, nach Absatz der Einnahmen von den einzelnen Grundbesitzern im Verhältniß der Größe ihres Grundbesitzes zu tragen⁵⁸⁾. Abweichend werden die Kosten der Interessentenwege nebst Zubehörungen⁵⁹⁾ nach dem Statut vom 20. November 1851, Nr. 2, und dem abändernden Statut vom 30. Juni 1875 aufgebracht⁶⁰⁾. Die Gemeindeversammlung wird durch zweimalige Bekanntmachung in den Braunschweigischen Anzeigen unter Angabe von Zweck, Ort und Stunde geladen und ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig. Sie entscheidet bei Wahlen nach einfacher, sonst nach absoluter Mehrheit, wobei das Stimmrecht nach der Größe des Grundbesitzes verschieden bemessen ist⁶¹⁾. Capitalien sollen wie Gemeindegelder angelegt werden⁶²⁾. Sonst und zu allen Verfügungen über Capitalien und Grundstücke, die einen Werth von 1000 Mark nicht überschreiten, bedarf es der Genehmigung des Stadtmagistrats und, falls der Werth die Summe von 1000 Mark übersteigt, der

⁵⁴⁾ Durch dies Statut, welches am 1. Januar 1900 Gesetzeskraft erlangt hat, sind die Statuten vom 20. November 1851, Nr. 3 und 21. Juni 1869 ausdrücklich aufgehoben.

⁵⁵⁾ §. 1 des Statuts v. 25. Sept. 1899. Hierher gehören nicht nur die landwirthschaftlichen Grundstücke außerhalb der eigentlichen Ortslage, sondern auch die Gebäudegrundstücke außerhalb der Umfluthgräben.

⁵⁶⁾ §. 3 des Statuts.

⁵⁷⁾ §. 10, l. c. Rückständige Pachtgelder, Capitalzinsen und sonstige Gefälle kann der Rechnungsführer allein einklagen. Zu anderen Prozessen haben die Vertreter der Gemeinde die Genehmigung des Vorstandes einzuholen (§. 22 des Statuts).

⁵⁸⁾ §. 17 des Statuts. Verjährung tritt in vier Jahren ein (§. 17, Abs. 6 daf.). Die Befreiungen sind in §. 18 aufgezählt. Das Statut besagt nichts über die Vertheilung der etwaigen Einnahmen, falls sie die Ausgaben überschreiten. Sofern solche Gelder nicht für die Genossenschaft angelegt werden, wird der gleiche Vertheilungsmaßstab anzuwenden sein wie bei der Kostendeckung.

⁵⁹⁾ Zu den Interessentenwegen gehören alle in den städtischen Feldmarken gelegenen Feld- und Wanne- und Fußwege, sofern sie nicht Communal- oder Privatwege sind (§. 4 des Statuts v. 20. Nov. 1851, Nr. 2). Als Zubehörungen sind nach §. 5 daf. namentlich die Seitengräben, sowie die Brücken und Durchlässe, sofern diese durch die Wege gehen, zu rechnen. Die Vorrichtung von Durchlässen und Ueberfahrtsdurchlässen in den Seitengräben ist Sache der Anlieger.

⁶⁰⁾ Diese Statuten werden durch §. 15 des Statuts v. 25. Sept. 1899 ausdrücklich aufrecht erhalten.

⁶¹⁾ §§. 27, 28 des Statuts v. 1899.

⁶²⁾ §. 16, l. c. S. oben §. 15, Note 20.

Zustimmung der Gemeindeversammlung und der Genehmigung des Herzogl. Staatsministeriums, Abtheilung des Innern⁶³⁾.

II. Von den auf einem Gemeinheitsverbande beruhenden Interessenschaften haben die Forstinteressenschaften durch Gesetz vom 19. Mai 1890⁶⁴⁾ eine specielle, von den vorstehend aufgeführten allgemeinen Grundsätzen vielfach abweichende Regelung erfahren.

1. Hiernach ist hinsichtlich der bisher weder ideell noch reell zu Eigenthum getheilten Genossenschaftsforsten (Interessenschaftsforsten) an dem Bestehen der Forstgenossenschaften (Forstinteressenschaften), an ihrer durch Gesetz, Herkommen oder Statut geordneten Verfassung, an den Rechten und Pflichten der Genossenschaften gegenüber ihren Mitgliedern (Forstinteressenten) und umgekehrt, an der Bewirthschaftung und Verwaltung der Forsten, der Forsthohheit und Staatsaufsicht über die Forsten im Allgemeinen nichts geändert⁶⁵⁾. Dagegen sind die Forstgenossenschaften hinsichtlich verpflichtet, die Art der Bewirthschaftung, Verwaltung und Benutzung der Forst und die Voraussetzungen günstiger Genossenschaftsbeschlüsse durch Statuten zu ordnen, welche nichts den Gesetzen Widersprechendes enthalten dürfen, von der Kreisdirection genehmigt werden und in beglaubigter Abschrift dem Grundbuchamte zugestellt werden müssen, wo sie jedem Betheiligten auf Antrag zur Ansicht vorzulegen sind⁶⁶⁾. Jedes Grundbuchamt führt über die in seinem Bezirke belegenen Genossenschaftsforsten ein besonderes Grundbuch, in welchem jeder Forst ein besonderer Abschnitt und jeder Nutzungsgerechtigkeit ein besonderes Blatt zugewiesen ist. Die Forst wird auf den Namen der Genossenschaft, die Nutzungsrechte werden auf den Namen der einzelnen Interessenten eingetragen. Stehen einem Interessenten mehrere Nutzungsantheile zu, so können dieselben, solange dieses Verhältniß währt und auf ihnen nicht verschiedene Pfandrechte oder sonstige dingliche Lasten ruhen oder eingetragen werden sollen, auf einem Blatte Platz finden⁶⁷⁾.

2. Die Nutzungsrechte (Antheile) der einzelnen Forstgenossen sind als selbständige dingliche Rechte zu beurtheilen, indessen in ihrem Dasein

⁶³⁾ Vergl. §§. 16 u. 17, l. c.

⁶⁴⁾ Gesetz- und Verordnungsammlung Nr. 16. Ueber die Vorgeschichte des Gesetzes s. Linderßen in der Zeitschr. f. Rechtspflege XXXIII, 97 ff. — Da das Gesetz nur die Rechtsverhältnisse bereits bestehender Forstgenossenschaften neu regelt, wird durch die Erfüllung seiner Vorschriften (insbesondere Genehmigung der Statuten, Eintragung ins Grundbuch) selbstverständlich die juristische Persönlichkeit nicht erst begründet und davon auch ihre Fortexistenz als solche nicht abhängig gemacht.

⁶⁵⁾ §. 1, Abs. 1, l. c. Vergl. Gesetz v. 24. Mai 1861, d. Ausübung d. Forsthohheit und Forstaufsicht über Privatforsten betr., 2. Abschnitt, §§. 13 ff.

⁶⁶⁾ §. 1, Abs. 2, l. c.

⁶⁷⁾ §. 13, l. c. Im Uebrigen finden auf die Führung der Forstgrundbücher und die Voraussetzungen und Rechtswirkungen der Eintragungen die Vorschriften der Grundbuchgesetze entsprechende Anwendung; §. 13, Abs. 5, l. c. Durch Ges. vom 25. Febr. 1895, Nr. 15 ist ein sechster Absatz eingeschoben, wonach Forstnutzungsrechte, welche Bestandtheile eines Gutes bilden (§. 44, Abs. 4, Br. Ausf. B. G. B.), solange jene nicht abweichend vom Hauptgute belastet sind, in dem gewöhnlichen Grundbuche beim Hauptgute eingetragen werden sollen und auf diese Eintragung im Forstgrundbuche nur verwiesen werden soll.

von der Fortdauer des der Genossenschaft als juristischer Person zustehenden Eigenthums an der Forst bedingt⁶⁸). Die Nutzungsrechte sind frei veräußerlich; die Interessenten, denen dieselben als Inhaber von Reihestellen zustehen, können über jene, wie als selbständige Immobilien unter Lebenden und von Todes wegen verfügen⁶⁹). Dasselbe gilt auch von Anthteilen, die bisher mit einem Bauerngut bewirthschaftet wurden, nach Maßgabe der Bestimmungen des Gesetzes vom 28. März 1874, Nr. 11⁷⁰). Sind in letzterem Falle Forstnutzungsrechte durch Veräußerung zc. von dem Bauerngut abgetrennt, so unterliegen sie nicht ferner mehr dem Bauernrecht und gelten als selbständige Immobilien, es sei denn, daß der neue Erwerber es einem anderen Bauerngute als Bestandtheil im Grundbuche zuschreiben läßt⁷¹). Durch Statut kann bestimmt werden, daß Veräußerungen nur dann gültig sind, wenn sie an Gemeindegensassen oder an in derselben Gemeinde angeessene Personen oder an Angeessene einer an die Forst angrenzenden Gemeinde geschehen⁷²). Haben indessen schon vorher andere Personen solche Anthteile erworben, oder erwerben derartige Personen — wo ein statutarisches Verbot nicht besteht — hinkünftig solche Anthteile, so müssen sie eine in dem Gemeindebezirke der Genossenschaft wohnende männliche, dispositionsfähige Person zu ihrem Vertreter ernennen und dem Vorstände der Genossenschaft und der Kreisdirection anzeigen⁷³). Bei jeder zulässigen Veräußerung von Forstnutzungsrechten an einen anderen Erwerber als die Forstgenossenschaft selbst oder ein Mitglied derselben hat die

⁶⁸) §. 2, l. c. Vergl. Zeitschr. f. R. XLIII, S. 45 f.

⁶⁹) Die Bestimmungen über Familienstammgüter (Ges. v. 20. Mai 1858, Nr. 30), sowie über die Untheilbarkeit der Ritter-, Schrift- u. Freisassen- u. sonstigen Landgüter (Gesetze, Nr. 28 u. 29 von demselben Tage) bleiben unberührt. — Die vor Geltung des Forstinteressentengesetzes vorgekommenen Veräußerungen (auch Vererbungen, Vermächtnisse) von Nutzungsrechten, welche nach dem damaligen Rechte ungültig waren, weil die Nutzungsrechte nicht von den Immobilien hätten getrennt und ohne sie veräußert werden dürfen oder weil die Veräußerung, Vererbung zc. die nicht eingeholte Genehmigung der Genossenschaft oder einer Staatsbehörde erfordert hätte, sollen deshalb nicht angefochten werden können. §. 11, Abs. 2, l. c.

⁷⁰) §. 4, l. c. Das Bauerngut kann hiernach zwar von seinem Eigenthümer frei veräußert und getheilt werden. Wenn derselbe aber weder inter vivos noch mortis causa darüber Bestimmungen getroffen und eheliche Nachkommen hinterlassen hat, so tritt das Auerbenrecht ein, wonach die Substanz des Hofes mit allen Pertinenzen und Inventar ungetheilt auf den Auerben übergeht und die übrigen Erben nur Abfindungen bezw. Leibzucht erhalten. Vergl. unten §. 132.

⁷¹) §. 4, Abs. 3, l. c. Vergl. §. 44, Abs. 3, Br. Ausf. B. G.-B.

⁷²) Der Werth dieser Bestimmung ist ein sehr problematischer, denn ihr handgreiflicher Zweck wird sofort illusorisch, wenn der Erwerber später die Gemeinde oder Nachbargemeinde verläßt, da damit nicht — wie es consequent gewesen wäre — der Verlust des Anththeils an die Interessentenschaft verknüpft ist.

⁷³) §. 8, l. c. Der Berechtigte kann niemals selbst, sondern nur durch einen ordnungsmäßig bestellten Vertreter seine Rechte, namentlich die Theilnahme an der Beschlußfassung ausüben; eine Beschränkung der Vollmacht des Vertreters ist der Genossenschaft gegenüber wirkungslos. Ist kein Vertreter oder ein unzulässiger bestellt, so darf der Interessent das Nutzungsrecht nicht ausüben. Die Verwaltung und Verwerthung inzwischener verfallender Nutzungen geschieht durch den Vorstand auf Rechnung des Erwerbers.

Genossenschaft ein Vorkaufsrecht. Die Auflassung darf erst erfolgen, wenn ein Vorstandsmitglied in einem öffentlich beglaubigten Schriftstücke oder zu Protokoll dem zuständigen Amtsgerichte den beschlossenen Verzicht angezeigt hat, oder eine auf Antrag des Erwerbers oder Veräußerers vom Amtsgerichte der Genossenschaft durch zuzustellenden Beschluß zur Erklärung gesetzte Präklusivfrist ungenutzt verstrichen ist⁷⁴⁾. Für den Erwerb und die Veräußerung der Nutzungsrechte gelten die für Veräußerung und Erwerb von Grundstücken bestehenden Vorschriften⁷⁵⁾. Der Veräußerer bleibt der Genossenschaft für seine Leistungen an diese verhaftet. In gleicher Weise haftet der neue Erwerber für die rückständigen Leistungen des Veräußerers. Die Einziehung der Leistungen erfolgt im Verwaltungszwangsverfahren. Wegen der Leistungen hat die Genossenschaft an den Naturalbezügen des Genossen aus seinem Nutzungsrechte ein Pfandrecht, auf welches die für das Pfandrecht des Verpächters nach dem B. G.-B. geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung finden⁷⁶⁾.

Die Verpfändung oder sonstige dingliche Belastung eines Forstnutzungsrechtes ist fortan ausgeschlossen, falls sie nicht gleichzeitig mit der Verpfändung oder Belastung eines Gutes geschieht, dessen Zubehörang dasselbe bildet⁷⁷⁾. Die Vorschriften über die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen finden jedoch auf die Nutzungsrechte unbedingte Anwendung⁷⁸⁾.

Die Theilung von Forstnutzungsrechten durch Rechtsgeschäft unter Lebenden ist nur mit Genehmigung der Kreisdirection nach vorgängiger Anhörung der Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, sowie der Forstgenossenschaft und wenn keine forstwirthschaftlichen Bedenken entgegen stehen, zulässig. Wird ein Nutzungsrecht durch Rechtsgeschäft von Todes wegen oder durch Intestaterbrecht auf mehr als eine Person vertheilt, so haben diese dasselbe an einen Inhaber zu übertragen, falls nicht die Kreisdirection hierzu die Ge-

⁷⁴⁾ §. 9, l. c. Dies ges. Vorkaufsrecht bedarf der Eintragung im Grundbuche nicht. §. 52, Br. Ausf. B. G.-B.

⁷⁵⁾ Es sind dies gemäß §. 44 Br. Ausf. B. G.-B. die Vorschriften des B. G.-B. und der R.-G.-B.-D., früher: Grunderwerbsges., Nr. 10, v. 8. März 1878, Grundbuchordnung, Nr. 11, v. dems. Tage u. Ges., d. Eigenthumserw. bei Separation v. dems. Tage betr., Nr. 15. — Hiernach bedürfen Verträge über Forstnutzungsrechte der gerichtlichen oder notariellen Verlautbarung (§. 313 B. G.-B., früher §. 74, G.-Erm.-G.). Der Uebergang derselben auf den neueren Erwerber erfolgt nicht vor dessen auf die Auflassung folgender Eintragung im Grundbuche.

⁷⁶⁾ §. 10, l. c. u. §. 44, Abs. 1, Br. Ausf. B. G.-B.; §. 581 B. G.-B. u. 585 das.

⁷⁷⁾ §. 5, Abs. 2, l. c. Diejenigen Pfandrechte u. sonstigen dingl. Belastungen, die in einer nach der bisherigen Gesetzgebung gültigen Weise an Nutzungsrechten einzelner Genossen oder einer Theilgenossenschaft entstanden sind, bleiben gültig: §. 11, Abs. 1, l. c. Aber auch dann können Verpfändungen und Belastungen nicht angefochten werden, wenn sie vor dem Gesetze entstanden und nach dem bisherigen Recht nur dann ungültig waren, weil die Nutzungsrechte nicht von anderen Immobilien getrennt und ohne diese veräußert werden durften oder weil die Verpfändung die nicht eingeholte Genehmigung der Genossenschaft oder einer Staatsbehörde erforderte. §. 11, Abs. 2, l. c.

⁷⁸⁾ S. unten §. 90.

nehmigung erteilt. Die Genehmigung darf nur unter den gleichen Bedingungen erteilt werden. Bis dahin darf das Nutzungsrecht nicht ausgeübt werden; insbesondere ruht das Stimmrecht. Die Pflichten sind dagegen von allen Erben zu erfüllen. Die Verwaltung bzw. Verwerthung der inzwischen verfallenden Nutzungen geschieht durch den Vorstand nach Maßgabe der Statuten für den demnächstigen Erwerber⁷⁹⁾).

3. Wo den einzelnen Forstgenossen abgegrenzte Flächen der Forst zu ausschließlicher Nutzung zugewiesen sind, ist bis zur Föhrung des Beweises, daß dadurch das Eigenthum hat getheilt werden sollen, anzunehmen, daß der Zweck der Theilung nur darin bestanden hat, den Umfang oder die Ausübung des genossenschaftlichen Nutzungsrechts zu regeln⁸⁰⁾. Wenn aber Flächen einer Forst sich ideell oder reell im Eigenthume Einzelner befinden, während andere Flächen derselben Forst im Eigenthume einer Genossenschaft stehen, so gelten die Vorschriften des Forstinteressentenschaftsgesetzes nur für die letzteren Flächen. Stehen andererseits die Nutzungsrechte der weder reell noch ideell zu Eigenthum getheilten Forst zwei oder mehreren Genossenschaften als solchen zu, so gelten auch hinsichtlich solcher Nutzungsrechte die vorstehenden Bestimmungen; als Eigenthümerin gilt dann die Gesamtheit der Genossenschaften als juristische Person⁸¹⁾.

Die ideelle oder reelle Theilung einer Genossenschaftsforst oder Gesamtgenossenschaftsforst ist nur mit Genehmigung des Staatsministeriums und beim Vorhandensein der nach der unverändert bestehenden Gemeintheilungs- und Ablösungsordnung erforderlichen Voraussetzungen statthaft⁸²⁾.

§. 17.

Die übrigen Genossenschaften.

Es sind hier nur diejenigen nicht auf einem Gemeinheitsverbande beruhenden Genossenschaften zu behandeln, deren Regelung auch in Zukunft der Landesgesetzgebung vorbehalten ist¹⁾.

I. Die Genossenschaften beim Bergbau²⁾ sind durch das Berg-

⁷⁹⁾ §. 5, Abs. 2 u. 3, l. c.

⁸⁰⁾ §. 3, l. c. — Haben im Falle solcher Zuweisung die einzelnen Forstgenossen ihre Antheile veräußert, verpfändet oder mit dinglichen Lasten beschwert, so ist demgemäß anzunehmen, daß der Gegenstand der Veräußerung, Verpfändung zc. nicht die zugewiesene Fläche ist. §. 3, Abs. 1 a. E., l. c.

⁸¹⁾ §. 6, l. c.

⁸²⁾ §. 7 vergl. mit §. 16, Abs. 2, l. c.

¹⁾ Siehe auch Gierke, Deutsches Genossenschaftsr. 1868 bis 1881; Gierke, Die Genossenschaftstheorie und die Deutsche Rechtsprechung 1887.

²⁾ Die Lehre von den bergrechtlichen Genossenschaften muß dem Systeme nach hier ihre Stelle finden, während die Lehre von dem Occupationsrechte der Mineralien, von den Beziehungen der Bergwerke zum Staat und zum Grundeigenthume in dem Sachenrechte behandelt ist. — Die fortbauernde Geltung der landesgeschl. Bestimmungen ergibt sich aus Art. 67 E. B. G.-B. Vergl. Mot. E. B. G.-B. S. 161.

gesetz vom 15. April 1867, Nr. 23, §§. 97 bis 137, geregelt³⁾, jedoch finden die Bestimmungen der §§. 97 bis 101, 106, 108, 109, 111 bis 113 auf die bereits vor Geltung des Gesetzes begründeten Gewerkschaften bezw. Bergwerke keine Anwendung⁴⁾.

1. Eine Gewerkschaft entsteht regelmäßig, wenn zwei oder mehrere Personen Eigenthümer eines Bergwerkes werden⁵⁾. Die Gewerkschaft führt den Namen des Bergwerkes, sofern ihr durch Statut kein anderer Name beigelegt ist, und kann unter ihrem Namen Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, Eigenthum und andere dingliche Rechte an Bergwerken und Grundstücken erwerben, vor Gericht klagen und verklagt werden, ist also eine juristische Person⁶⁾. Auf den Namen der Gewerkschaft wird das Bergwerk

³⁾ Das Braunschw. Berggesetz, welches durch Ges. v. 12. Juni 1899, Nr. 44, abgeändert ist, ist dem Preuß. allg. Berggesetz vom 24. Juni 1865 mit geringen Abweichungen nachgebildet. Die Commentare des letzteren, z. B. von Oppenhoff, Koch und namentlich von Klostermann, sind daher auch für die Auslegung jenes von Wichtigkeit. — Eine umfassende Regelung der Rechtsverhältnisse der Gewerkschaften gab es vordem bei uns nicht. Es galten die allgemeinen deutschrechtlichen Grundsätze, namentlich hinsichtlich der Eintragung der Gewerke in das Gegenbuch mit Namen und Kuzen, deren Veräußerung und Verpfändung, hinsichtlich der Aufbringung der Zubußen und des Recordats der Kuzen wegen rückständiger Leistungen u., wie solche in der „Ordnung d. fürstl. Bergwerke in Grund, Zellerfeld, Wildemann, Lautenthal sammt allen anderen umliegenden Silber-, Blei- und anderen Kupferbergwerken in den Gebirgen der Braunschw. Lande belegen“, vom 1. Juli 1550, in d. Ordn. d. Bergwerke i. Rammelsberge, Vitsperg, Grund, Wildemann u. Lautenthal v. 21. März 1555 (Woltered, Kurzer Begriff, S. 7 f.), namentlich aber in der allgemeinen Bergordnung d. Herzöge Wolfgang u. Philipp v. 18. Sept. 1593, rev. 1698 (Schneider, Repert. III, 64 ff.), ferner in dem Patent, was die Gewerke auf dem Harze künftig für Vortheile und Freiheiten genießen, v. 15. März 1623 (Woltered I, 61), in der landesf. Vernordn. v. 10. Juni 1716 u. 13. Sept. 1718, die den fürstl. Blantenb. Bergwerken gnädigst ertheilte Vergfreiheit betr. (Schneider, Repert. II, 519 f.), und schließlich in der Ordnung f. d. Einsteigewerke u. Arbeiter i. d. Stiftsamt Walkenried v. 20. Mai 1751 (Schneider, a. a. O. III, 423 ff.) theils als bestehend vorausgesetzt, theils in abgeänderter Form vorgeschrieben werden.

⁴⁾ §. 216, Bergges. Hinsichtlich dieser „alten Gewerkschaften“ gelten die früheren gesetzlichen Bestimmungen. Vergl. Note 3 u. unten §. 95. Nach den Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 294 zu §. 7 giebt es „alte Gewerkschaften“ jedoch nicht mehr.

⁵⁾ Eine Gewerkschaft entsteht aber nicht ohne Weiteres, wenn die Mitbetheiligung durch Theilnahme an einer ungetheilten Erbschaft oder sonstigen Gemeinheit, also als *communio incidens* begründet wird. §. 136, Abs. 2. Ebenso können Mitbetheiligte durch gerichtl. oder notariellen, der Bergbehörde zu überreichenden Vertrag ein anderes Rechtsverhältniß, z. B. eine Gesellschaft oder eine Actiengesellschaft u. dergl. errichten. §. 136, Abs. 1. Liegen diese Ausnahmefälle aber nicht vor, so gehört zur Existenz der Gewerkschaft mit Rechtspersönlichkeit nichts, als daß zwei oder mehrere Personen ein Bergwerk erwerben, um es gemeinsam zu betreiben. Der Aufstellung von Statuten bedarf es dazu nicht, ebensowenig der Wahl eines Repräsentanten oder Grubenvorstandes. Letzteres ist nicht Voraussetzung, sondern gesetzlich nothwendige Folge der Entstehung. Dasselbe gilt von der Eintragung des Bergwerkseigenthums auf den Namen der Gewerkschaft. Vor dieser Eintragung kann freilich eine Veräußerung oder Belastung des Bergwerkes seitens der Gewerkschaft aus formellen, in der Natur des Grundbuchswezens liegenden Gründen nicht eintreten.

⁶⁾ §§. 98, 99, 1. c. Auf die Gewerkschaften findet §. 2 des H.-G.-B. (neue

in dem Grundbuche auf einem besonderen Blatte eingetragen⁷⁾. Für die Verbindlichkeiten der Gewerkschaft haftet nur das Vermögen derselben. Ausscheiden einzelner Mitglieder der Gewerkschaft — Gewerken — hat auf das Bestehen der Gewerkschaft keinen Einfluß; eine Theilungsklage einzelner Gewerken ist unzulässig⁸⁾.

2. Die Gewerkschaft wird von einem Repräsentanten oder einem aus mehreren Personen bestehenden Grubenvorstande gerichtlich und außergerichtlich vertreten; durch ihn werden auch die Eide in Processen geleistet. Beschränkungen der Befugnisse müssen in die Legitimation aufgenommen werden. Immer aber ist eine Specialvollmacht seitens der Gewerkenversammlung für ihn erforderlich: 1. wenn es sich um Gegenstände handelt, welche nur von einer Mehrheit von wenigstens drei Viertel aller Ruxe beschloffen werden können; 2. wenn Beiträge von Gewerken erhoben werden sollen⁹⁾. Im Uebrigen wird die Gewerkschaft durch von dem Repräsentanten oder Grubenvorstande geschlossene Rechtsgeschäfte berechtigt und verpflichtet, ganz gleich, ob letztere ausdrücklich im Namen der Gewerkschaft abgeschlossen wurden oder die Umstände einen darauf abzielenden Willen des Contrahenten ergeben. Der Repräsentant oder die Mitglieder des Grubenvorstandes haften aus solchen Rechtsgeschäften Dritten gegenüber persönlich nicht, doch stehen sie solidarisch für den Schaden, wenn sie außerhalb der Grenzen ihres Auftrages, der Statuten oder der Gesetze handelten¹⁰⁾. Ferner hat der Repräsentant oder Grubenvorstand das Gewerkenbuch zu führen und die Ruxscheine auszufertigen, auch für die Führung der übrigen erforderlichen Bücher Sorge zu tragen und diese jedem Gewerken auf Verlangen vorzulegen. Derselbe beruft auch die Gewerkenversammlung. Die Verufung muß mindestens alljährlich zur Vorlegung der vollständig belegten Verwaltungsrechnung und außerdem auf Verlangen der Eigenthümer von mindestens ein Viertel aller Ruxe geschehen¹¹⁾. Schließlich ist der Repräsentant oder Grubenvorstand berechtigt und verpflichtet, alle Vorladungen und andere Zustellungen an die

Fassung) Anwendung, da die in Art. 5 E. G.-B. gemachte Ausnahme nicht zutrifft.

⁷⁾ §. 20 Br. Ausf. R.-G.-B.-D. Die früheren Bestimmungen des §. 55 Berggef. sind durch Gef. v. 12. Juni 1899, Nr. 44, Art. V aufgehoben.

⁸⁾ §§. 102 u. 103, l. c.

⁹⁾ §§. 122, 123, l. c. Diese Bestimmungen dürfen nur durch ein förmliches (gerichtl. oder notarielles) Statut abgeändert sein. Die Vertretung der Gewerkschaft bei den Verhandlungen mit der Bergbehörde, mit dem Knappschaftsvereine und mit anderen auf den Bergbau bezüglichen Instituten, sowie in den gegen sie angestellten Processen und die Eidesleistung darf dem Repräsentanten oder Grubenvorstande dagegen nie entzogen werden. §. 127, l. c. Ueber die Vertretung der Gewerkschaft vergl. noch Zeitschr. f. R. XXIV, 189.

¹⁰⁾ §§. 128, 129, l. c.

¹¹⁾ §§. 124, 125, l. c. Unterläßt er in diesen Fällen die Verufung, so erfolgt dieselbe auf Antrag durch die Bergbehörde. Letztere kann auch dann eine Gewerkenversammlung berufen, wenn die Wahl eines Repräsentanten oder Grubenvorstandes oder die Widerrufung einer Wahl beantragt ist. §. 125, Abf. 3, l. c. — Die Bestimmungen der §§. 124, 125 können durch gerichtlich oder notariell verlautbartes, der Bergbehörde überreichtes Statut abgeändert werden. §. 127, Abf. 1.

Gewerkschaft mit voller rechtlicher Wirkung in Empfang zu nehmen; und zwar gilt dies von jedem einzelnen Mitgliede des Grubenvorstandes, wenn nicht ein bestimmtes dazu ausschließlich bestimmt ist¹²⁾. Zur Bestellung eines Repräsentanten oder eines Grubenvorstandes ist jede Gewerkschaft verpflichtet. Auch Nichtgewerken können bestellt werden, im Auslande wohnende Personen aber nur mit Zustimmung der Bergbehörde. Die Wahl erfolgt in einer beschlußfähigen Versammlung der Gewerken durch absolute Stimmenmehrheit, eventuell durch eine Stichwahl. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos. Das Protokoll über die Wahlhandlung ist gerichtlich oder notariell aufzunehmen; eine Ausfertigung bekommt der Repräsentant oder der Grubenvorstand zu seiner Legitimation¹³⁾. Die Bergbehörde ist befugt, eine Gewerkschaft aufzufordern, innerhalb drei Monaten einen Repräsentanten oder einen Grubenvorstand zu bestellen. Wird dieser Aufforderung nicht entsprochen, so kann die Bergbehörde einstweilen einen Repräsentanten bestimmen und demselben eine angemessene, von der Gewerkschaft aufzubringende und eventuell durch die Kreisdirection administrativ-executivisch einzuziehende Belohnung zusichern. Rechte und Pflichten dieses Repräsentanten sind gleich denen eines ordentlichen, wenn die Bergbehörde keine Beschränkung eintreten läßt¹⁴⁾. — Das Verhältniß zwischen den Gewerken und dem Repräsentanten oder dem Grubenvorstande richtet sich in jedem Falle nach den allgemeinen Vorschriften über den Vollmachtsvertrag¹⁵⁾.

3. Die Mitglieder der Gewerkschaft, die Gewerken, nehmen nach dem Verhältniß ihrer gewerkschaftlichen Antheile (Kuxe) an dem Gewinn und Verlust und an der Verwaltung Theil¹⁶⁾. Die Zahl der Kuxe beträgt hundert, kann jedoch statutarisch auf 1000 festgesetzt werden. Die Kuxe sind untheilbar und gelten als bewegliche Sachen¹⁷⁾. Ueber alle Gewerken und deren Kuxe wird von der Gewerkschaft ein Gewerkenbuch geführt und auf Grund desselben den Gewerken ein Antheilschein (Kuxschein) ausgestellt. Die Kuxscheine dürfen nur auf den Namen lauten und werden nach Wahl des Gewerken über die einzelnen Kuxe oder eine Mehrheit derselben ausgestellt. Erneuerung

¹²⁾ §. 126, 1. c. Diese Bestimmungen können durch Statut nicht abgeändert werden. §. 127, Abs. 1.

¹³⁾ §§. 121, 122, 1. c. Wann eine Gewerkenversammlung beschlußfähig ist, siehe unten Nr. 4.

In die Stichwahl kommen natürlich nur diejenigen beiden Personen, die gültigerweise die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben; ist bei Ausmittlung dieser Personen Stimmengleichheit vorhanden, so entscheidet das Loos darüber, wer in die engere Wahl zu bringen ist: §. 121.

¹⁴⁾ §. 130, 1. c.

¹⁵⁾ §. 131, 1. c. Daß das Verhältniß auch dann nach dem Vollmachtsverhältniß beurtheilt werden muß, wenn die Bergbehörde einen interimistischen Repräsentanten bestellt, folgt daraus, daß §. 131 keinen Vorbehalt macht und hinter den Bestimmungen über beide Arten von Repräsentanten seinen Platz im Gesetze gefunden hat. — Vergl. §§. 166 ff. B. G.-B.

¹⁶⁾ §. 195, Abs. 1, 1. c. Die Gewerken sind deshalb auch verpflichtet, die zur Erfüllung der Verbindlichkeiten der Gewerkschaft oder zum Betriebe erforderlichen Beiträge nach diesem Verhältniß zu zahlen.

¹⁷⁾ §. 104, 1. c.

der Kuxscheine ist nur gegen Rückgabe oder Mortification der alten zulässig¹⁸⁾. Die Kuxe können nur in schriftlicher Form, aber ohne Einwilligung der Mitgewerken übertragen werden. Den letzteren steht auch ein Vorkaufsrecht nicht zu. Bis zur Umschreibung auf den Namen des Erwerbers im Gewerkenbuche, welche nur gegen Vorlegung der Uebertragungsurkunde und des Kuxscheines oder einer Mortificationserklärung stattfinden darf, wird der eingetragene Veräußerer der Gewerkschaft gegenüber als Gewerke angesehen. Der freiwillige Veräußerer bleibt der Gewerkschaft für diejenigen Beiträge verhaftet, welche vor Beantragung der Umschreibung schon beschlossen waren¹⁹⁾. Die Verpfändung der Kuxe geschieht durch Uebergabe des Kuxscheines auf Grund eines schriftlichen Vertrages²⁰⁾. Ist ein Kuxschein abhanden gekommen oder vernichtet, so kann die Urkunde, wenn nicht das Gegentheil darin bestimmt ist, im Wege des gerichtlichen Aufgebotes für kraftlos erklärt werden²¹⁾. Ist ein Kuxschein in Folge einer Beschädigung oder einer Verunstaltung zum Umlauf nicht mehr geeignet, so kann der Berechtigte von der Gewerkschaft Ertheilung einer neuen Urkunde verlangen²²⁾.

4. Die Beschlußfassung seitens der Gewerken geschieht in Versammlung, und zwar nach Kuxen, nicht nach Personen. Beschlußfähig ist die Gewerkenversammlung, wenn alle Gewerken unter Angabe des Zweckes geladen sind und die Mehrheit der Kuxe erschienen ist. Ist diese Mehrheit nicht zugegen, so wird zu einer zweiten Versammlung geladen, welche ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Kuxe beschlußfähig ist, wenn diese Folge in der zweiten Ladung angedroht war. Die Ladung auswärtiger Gewerken geschieht durch eingeschriebenen Brief gegen Rückschein²³⁾. Gewerken, welche außerhalb des Reiches wohnen, haben einen Bevollmächtigten im Herzogthume zu bestellen, ebenso Gewerken mit unbekanntem Wohnort, widrigenfalls die Ladung durch einfache Bekanntmachung in den „Braunschweigischen Anzeigen“ genügt²⁴⁾. Die Beschlüsse werden mit einfacher Majorität gefaßt. Drei Viertel aller Kuxe sind erforderlich: 1. zur Aufstellung und Aenderung von Statuten²⁵⁾, 2. zu Beschlüssen, durch welche über die Substanz des Bergwerkes ganz oder theilweise

¹⁸⁾ §. 106, l. c. Die Führung des Gewerkenbuches und Ausfertigung der Kuxscheine liegt dem Repräsentanten oder Grubenvorstände ob; siehe oben bei Note 11.

¹⁹⁾ §§. 107 bis 110, l. c.

²⁰⁾ §. 111. Der Uebergabe des schriftlichen Vertrages an den Pfandgläubiger bedarf es hiernach nicht, und wurde auch nach d. Mob.-Pfandgef. v. 8. März 1878, Nr. 13 nicht erfordert. Vergl. Mansfeld, Grundb., 2. Aufl., S. 256, Anm. 2.

²¹⁾ §. 113 in der Fassung des Gef. v. 12. Juni 1899.

²²⁾ §. 113a Berggef., zugefügt durch Gef. v. 12. Juni 1899, Nr. 44.

²³⁾ §§. 114, 115, 116, l. c. Diese Bestimmungen können durch Statut geändert werden; vergl. §. 97, Abs. 3, l. c.

²⁴⁾ §. 115, Abs. 3 u. 4. Der Gesetzestext sagt, daß der Bevollmächtigte im „Inlande“ zu bestellen sei. Daß hierunter nur das Herzogthum verstanden werden kann, geht daraus hervor, daß das „Inland“ in Gegensatz zu den „deutschen Bundesstaaten“ gestellt wird.

²⁵⁾ Durch das Statut dürfen die Vorschriften der §§. 98 bis 113, 117, Abs. 2 und 126 bis 131 nicht abgeändert werden; vergl. §. 97, Abs. 3, l. c.

Das Statut bedarf der Bestätigung der Bergbehörde, §. 97, Abs. 2.

verfügt werden soll, insbesondere durch Verkauf, Consolidation, Theilung, Tausch, Verpfändung und Verpachtung. Einstimmigkeit ist erforderlich zu Verfügungen über das verliehene Bergwerkseigenthum durch Schenkung oder Verzicht²⁶⁾. Gegen einen Beschluß steht jedem Gewerke innerhalb vier Wochen von seiner Fassung an das Recht der Klage beim *forum rei sitae* darüber zu, daß der Beschluß nicht zum Besten der Gewerkschaft gereiche und aufgehoben werde. Die Klage hat keinen Suspensiveffect. Bei Aufhebung des Beschlusses verliert derselbe erst von Rechtskräftigkeit des Urtheils an seine Wirkung²⁷⁾. Vor Ablauf jener Präklusivfrist kann gegen einen Gewerke keine Klage auf Zahlung eines beschlossenen Beitrages erhoben werden²⁸⁾. Der Gewerke kann seine Verurtheilung und Execution durch Auslieferung seines Ruzscheines zur Befriedigung der Gewerkschaft verhindern²⁹⁾. Der Verkauf des Antheiles erfolgt in diesem Falle nach den Grundsätzen der Mobiliarauction³⁰⁾. Aus dem Erlöse werden zunächst die Verkaufskosten und sodann die Beiträge bezahlt. Ist der Antheil nicht zu veräußern, so wird er den anderen Gewerken nach Verhältniß ihrer Ruz, soweit dies aber nicht möglich ist, der Gewerkschaft als solchen im Gewerkenbuche kostenfrei zugeschrieben³¹⁾. Jeder Gewerke ist befugt, auf seinen Antheil zu verzichten, wenn auf demselben keine Verbindlichkeiten mehr haften, oder alle Gläubiger zustimmen, und außerdem die Rückgabe des Ruzscheines an die Gewerkschaft erfolgt. Die Verwerthung erfolgt in diesem Falle durch Verkauf zu Gunsten der Gewerkschaft, oder, wenn dies nicht möglich, durch Zuschreibung des Antheiles zu denen der Gewerken bezw. der Gewerkschaft selbst nach den für die Execution oben dargelegten Grundsätzen³²⁾.

II. Bewässerungsgenossenschaften³³⁾ haben sich gemäß §§. 69 bis 76 des Wassergesetzes vom 20. Juni 1876 zu bilden, wenn bei einem Bewässerungsunternehmen³⁴⁾ zu Landesculturzwecken die Zahl der theilhaftigen

²⁶⁾ §. 117, 1. c. Auch eine Gewerkschaft besteht, obwohl das Gesetz darüber nichts sagt, nach ihrer Auflösung zum Zwecke der Liquidation fort. *Zeitschr. f. R.* XLVI, Beil. S. 46.

²⁷⁾ §§. 118, 119, 1. c. Durch Statut können solche Entscheidungen einem Schiedsgerichte überwiesen sein.

²⁸⁾ §. 132, 1. c.; abgeändert durch Ges. v. 28. Juni 1893, Nr. 35.

²⁹⁾ §. 133, 1. c. Erfolgt die Auslieferung des Ruzes nach Klageerhebung, so kann sie natürlich die Verurtheilung des Beklagten zu den Kosten des Rechtsstreites nicht verhindern.

³⁰⁾ §. 134, Abs. 1, 1. c.

³¹⁾ §. 134, Abs. 2 u. 3, 1. c.

³²⁾ §. 135, 1. c.

³³⁾ Daß die Bewässerungs- oder sogen. Meliorationsgenossenschaften juristische Personen sind, ist bei der Verathung des Gesetzes in der 15. Sitzung d. 15. ordentl. Landtages v. 17. März 1876 (*Land.-Verh.* S. 114) ohne Widerspruch des Regierungsvertreters ausdrücklich hervorgehoben. — Die fortdauernde Geltung der landesgef. Best. ergibt sich aus Art. 65 G. B. G. = B.

³⁴⁾ Ein solches Unternehmen besteht, gleichviel ob eine Zuleitung oder Ableitung oder eine sonstige andauernde Einrichtung bezweckt wird, in der Benutzung des fließenden Wassers eines öffentlichen Flusses an einem bestimmten Orte, zu einem bestimmten Zwecke, in einer bestimmten Art und in einem bestimmten Maße (§. 57

Grundbesitzer³⁵⁾, mögen sie einer oder mehreren Gemeinden angehören, mehr als sechs beträgt³⁶⁾. Zu diesem Zwecke haben dieselben zu ihrer Vertretung und zur Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheit drei Syndiken und einen Rechnungsführer zu wählen und zugleich aus den Syndiken einen Vorsteher der Genossenschaft zu bestellen, welcher zur Empfangnahme aller Verfügungen der Behörden an die Genossenschaft ermächtigt ist. Bei weniger als sechs Theilnehmern können sie eine Genossenschaft constituiren und haben dann nur einen Vorsteher zu bestellen. Die Syndiken beschließen unter sich nach Stimmenmehrheit und sind nicht nur zum Abschlusse von Vergleichen, sondern auch zur Vollziehung des Ausführungsprotokolls, überhaupt zur vollständigen Vertretung der Genossenschaft ermächtigt, wenn sich letztere nicht ausdrücklich zu einzelnen Punkten die Zustimmung vorbehalten hat³⁷⁾. Im Uebrigen werden die Rechtsverhältnisse der Genossenschaft, insbesondere die Rechte und Pflichten der Mitglieder, durch die Genossenschaftsordnung geregelt, welche spätestens innerhalb vier Wochen nach Zulassung des genossenschaftlichen Bewässerungsunternehmens der Herzogl. Kreisdirection zur Genehmigung einzureichen, anderenfalls aber von letzterer selbst nach Anhörung des Kreis-ausschusses und von Sachverständigen festzusetzen ist, wogegen jedem Mitgliede der Genossenschaft innerhalb weiterer vier Wochen Recurs an das Staatsministerium zusteht³⁸⁾.

In den Genossenschaftsordnungen, deren Vollzug von den Kreisdirectionen überwacht wird, und deren Aenderungen ihrer Genehmigung unterliegen, können Geldstrafen bis zu 150 Mark neben der Verpflichtung zu Schadenersatz für Uebertretungen der Ordnung festgesetzt werden³⁹⁾. Im Einzelnen ist noch

des Wassergesetzes). Diese Unternehmen bedürfen der Verleihung durch die Staatsbehörde auf Antrag (§. 56, Abf. 3 das.). Die wichtigsten Bewässerungsunternehmen dienen den Landeskulturzwecken, §§. 62, 1. c. ff. Das Nähere gehört ins Sachenrecht (vergl. unten §. 101).

³⁵⁾ Betheiligte sind diejenigen Grundbesitzer, welche Eigenthümer derjenigen Grundstücke sind, für welche die Bewässerungsanlage dient. Vergl. §§. 66 ff. des Wassergesetzes.

³⁶⁾ In diesem Falle müssen sich also die Betheiligten zu einer Genossenschaft zusammenthun und daher zunächst ihre Syndiken wählen. Die Kreisdirection hat anderenfalls zweifellos die Befugniß, die Theilnehmer zu dieser Verpflichtung, nöthigenfalls unter Strafandrohung, anzuhalten (§. 17 d. Ges. v. 19. März 1850, Nr. 26), wie sie nach §. 73 d. Wasserges. auch die demnächstige Aufstellung einer Genossenschaftsordnung veranlassen muß. Siehe unten bei Note 38. Der Widerspruch einzelner betheiligter Grundbesitzer kann hierbei nicht berücksichtigt werden.

³⁷⁾ §. 69, 1. c. Gleiche Befugniß hat der von einer Genossenschaft von sechs oder weniger Mitgliedern gewählte Vorsteher.

³⁸⁾ §. 73, 1. c. Die Kreisdirection kann in dringlichen Fällen dem Recurs den Suspensiveffect absprechen. §. 4, 1. c. — Es entsteht die Frage, ob die Genossenschaft mit juristischer Persönlichkeit erst mit Genehmigung der Genossenschaftsordnung, oder schon mit Wahl der Syndiken existent geworden ist. Es ist das Letztere anzunehmen, da §. 73 bereits von einer „Genossenschaft“ spricht, welche eine Genossenschaftsordnung festzusetzen habe.

³⁹⁾ §. 73, Abf. 2, 1. c. Die Geldstrafen fließen in die Genossenschaftscasse. Die Vertheilung von Strafen oder Beiträgen wird, wenn sich die Genossen nicht

durch das Gesetz bestimmt, daß die zur Unterhaltung nöthigen Beiträge von den Mitgliedern nach Verhältniß des theiligten, ihnen gehörigen Grundbesitzes berechnet werden. Gegen diesen Maßstab findet Recurs an ein Schiedsgericht statt, welches aus drei nicht zur Genossenschaft gehörigen Personen durch diese nach Stimmenmehrheit gewählt wird ⁴⁰⁾).

Nichtbetheiligte können gegen Uebernahme des entsprechenden Kosten-antheiles, eventuell der veranlaßten besonderen Kosten, die Aufnahme in die Genossenschaft verlangen, wenn ihr Grundstück im Anschlusse an die zu verbessernde Fläche liegt und seine Bewässerung hierdurch auf die zweckmäßigste Weise ohne Ueberlastung der Anlage und Benachtheiligung der Genossen geschehen kann ⁴¹⁾).

Die Ausscheidung einzelner zur Genossenschaft gehöriger Grundstücke kann gefordert werden

1. vom Eigenthümer in dessen Interesse ohne wesentliche Gefährdung der Genossenschaft,
2. von der Genossenschaft in deren nothwendigem Interesse, wenn das auszuscheidende Grundstück (auf Kosten der Genossenschaft) füglich einer benachbarten Genossenschaft einverleibt oder mit einer eigenen Anlage zweckmäßig versehen werden kann ⁴²⁾).

III. Fischereigenossenschaften können sich nach dem Fischereigesetz vom 1. Juli 1879, §§. 9 bis 11 ⁴³⁾ bilden aus den Berechtigten ⁴⁴⁾ eines größeren zusammenhängenden Fischereigebietes

1. behufs geregelter Aufsichtsführung und gemeinschaftlicher Maßregeln zum Schutze des Fischbestandes, oder
2. behufs gemeinschaftlicher Bewirthschaftung und Benutzung der Fischwasser.

Zur Begründung bedarf es in beiden Fällen der landesherrlichen Genehmigung eines von den Fischereiberechtigten einzureichenden Statuts, bezw., wenn sich das Fischereigebiet über mehrere Staatsgebiete erstreckt, eines solche Statuten genehmigenden Staatsvertrages. Erfolgt gegen die Genossenschaftsbildung oder gegen das Statut im ersteren Falle seitens eines in dem Gebiete belegenen Fischereiberechtigten Widerspruch, so sind vor der Genehmi-

der sofortigen Zwangsvollstreckung unterworfen haben, nur durch Klage geschehen können.

⁴⁰⁾ §§. 74, 72, Abf. 2, 1. c.

⁴¹⁾ §. 70, 1. c.

⁴²⁾ §. 71, 1. c.

Es ist schließlich noch darauf hinzuweisen, daß durch §. 75, 1. c. den Meliorationsgenossenschaften ausdrücklich die Verwilligung von Darlehen aus Staatsmitteln gegen Verzinsung und genügende Sicherheit zugesichert ist, wodurch die Vermögensfähigkeit der Genossenschaft außer Zweifel gestellt wird.

⁴³⁾ Ges.- u. Verordnungsbl., Nr. 38. Die fortbauende Geltung der landesgesetzl. Bestimmungen ergibt sich aus dem Vorbehalt in Art. 69. Vergl. auch Mot. C. B. C. S. 164 u. Mot. Dr. Ausf. S. 5.

⁴⁴⁾ Ueber die Frage, wer als berechtigt anzusehen ist, vergl. unten §. 63, III.

gung des Statuts die betreffenden Kreisausschüsse zu hören⁴⁵⁾. Im zweiten Falle kann die Genossenschaftsbildung nur erfolgen, wenn a) entweder sämtliche Berechtigten zustimmen, oder b) in Beschränkung auf die der Genossenschaft angehörigen nicht geschlossenen Gewässer, sofern die Fischerei in denselben ausschließlich den Besitzern der anliegenden Grundstücke zusteht und dieser selbständige Fischereibetrieb der einzelnen Anlieger mit einer wirthschaftlichen Fischereinutzung der Gewässer im Ganzen unvereinbar ist. In diesem Falle ist bei dem Widerspruch auch nur eines Berechtigten die Zustimmung des Kreisausschusses erforderlich⁴⁶⁾.

Die Vertretung der Genossenschaft erfolgt durch einen von sämtlichen Berechtigten nach näherer statutarischer Vorschrift zu wählenden Vorstand⁴⁷⁾. Wird über den Maßstab für die Vertheilung der Einkünfte aus der gemeinschaftlichen Fischereinutzung eine Vereinbarung unter den Betheiligten nicht erzielt, so ist derselbe durch Schätzung der einzelnen Antheile am Fischwasser zu ermitteln⁴⁸⁾. Für die Klage gegen Entscheidungen über die Verpflichtung zur Theilnahme an den Genossenschaftslasten und -rechten ist der Verwaltungsgerichtshof zuständig⁴⁹⁾.

Änderungen des Statuts unterliegen denselben Voraussetzungen, wie seine Entstehung⁵⁰⁾.

IV. Auch Deichverbände, welche übrigens bei uns nur im Amtsgerichtsbezirk Thedinghausen vorkommen, müssen zu den Genossenschaften gezählt werden⁵¹⁾. Ihre Rechtsverhältnisse werden in Ermangelung landesgesetzlicher Vorschriften oder Deichordnungen⁵²⁾ nach den Grundsätzen des

⁴⁵⁾ Die Kreisausschüsse sind nur zu hören; ihrer Zustimmung bedarf es also nicht. Vergl. dagegen unten bei Note 46.

⁴⁶⁾ §. 10, Abf. 1 a. G., l. c. Vergl. Note 45.

⁴⁷⁾ §. 9, Abf. 1 a. G. Vergl. oben bei Note 45.

⁴⁸⁾ §. 10, Abf. 2. Diese Bestimmung gilt nur für die Fischereigenossenschaften der zweiten Art. — Derselbe Maßstab wird, obwohl dies im Gesetz nicht ausdrücklich bestimmt ist, anzunehmen sein, wenn es sich um Ermittlung der Beitragspflicht der einzelnen Genossen handelt, und zwar rücksichtlich beider Arten von Genossenschaften.

⁴⁹⁾ §. 53 des Landesgef. v. 5. März 1895, Nr. 26.

⁵⁰⁾ §. 11, l. c.

⁵¹⁾ Debedind in Zeitschr. f. R. XXIX, S. 21; Verwaltungsgerichtshof in Zeitschr. f. R. XLV, Weil. S. 16. Vergl. Stobbe u. Lehmann, D. Privatr. I, §. 54, Note 22; Mittermaier, D. Privatr. §. 225, Note 7 und Br. Ablösungsordn. v. 20. Dec. 1834, Nr. 20, §. 2.

⁵²⁾ Wie Debedind in Zeitschr. f. R. XXIX, S. 21, unter Bezugnahme auf den Com.=Ver. in Anl. 172 der Verhandl. des XII. Landtags und den Com.=Ver. v. 25. Febr. 1876, S. 2 des XIV. Landtags bezeugt, so ist bis dahin ein Bedürfnis nach Regelung durch Deichordnungen bei uns nicht hervorgetreten. Wenn dies aber in dem letzteren Com.=Ver. dahin begründet wird, daß „das Deichwesen nur im Amtsbezirk Thedinghausen von Wichtigkeit ist und in dem bestehenden Gewohnheitsrechte durch langjährige Ausübung festbegründete Unterlage gefunden hat“, so ist diese Ansicht irrtümlich. Nach Auskunft des Herzogl. Amtsgerichts Thedinghausen besteht vielmehr in Bezug auf das Deichrecht eine große Rechtsunsicherheit und über den Inhalt der Observanzen vielfach erhebliche Zweifel. Thatsächlich ist denn auch die

gemeinen Rechts⁵³⁾ modificirt durch particulares Gewohnheitsrecht und Observanz⁵⁴⁾.

Man unterscheidet in Thedinghausen Sommerdeiche, welche ihrer Entstehung nach die älteren zu sein scheinen⁵⁵⁾ und bestimmt sind, die Ländereien gegen die gewöhnlichen Fluthen der Weser zur Sommer- und Erntezeit zu sichern⁵⁶⁾, und andererseits Winterdeiche, welche sechs Fuß höher als jene sein und auch gegen die Winter- und Frühjahrstürme Widerstand leisten sollen⁵⁷⁾. Die Deiche⁵⁸⁾ einer jeden Feldmark oder Gemeinde gehören zu einem selbständigen Deichverbande, wonach man Sommer- und Winterdeichsinteressenschaften unterscheidet⁵⁹⁾. Vertreten werden die Deichverbände von den Deich-

Herzogl. Kreisdirection Braunschweig, wie deren Acten erkennen lassen, seit einer Reihe von Jahren bemüht gewesen, eine Deichordnung ins Leben zu rufen, jedoch ohne Erfolg, während ihr Versuch, auf Grund ihres Aufsichtsrechts wenigstens einen Theil des Deichrechts durch polizeiliche Anordnungen festzulegen, in Folge des Urtheils des Verwaltungsgerichtshofes v. 28. Sept. 1897 (Zeitschr. f. R. XLV, Beil. S. 12 ff.) als gescheitert anzusehen ist.

⁵³⁾ Daß die Materie auch jetzt noch ausschließlich dem Landesrechte (in dem oben §. 2, Note 6 u. 7 bezeichneten Umfange) unterliegt, ergibt sich aus Art. 66 E. B. G.-B. Inbessen hat es ein gemeines Deichrecht etwa in dem Sinne, wie man von einem recipirten gemeinen römischen Rechte spricht, niemals gegeben, sondern nur einige allgemein gültige Hauptgrundsätze und eine Reihe von Rechtsätzen, die sich in den verschiedenen Gebieten nach dem Herkommen oder den Deichordnungen übereinstimmend ausgebildet haben. Hierüber vergl. Mittermaier, a. a. O., §§. 224 bis 229; v. Bülow u. Hagemann, Prakt. Er. II, 1 ff., III, 1 ff.; v. Ende, Jurist. Abhandlg. I, 22 ff., sowie von einheimischen Schriftstellern Scholz III, Baurecht, S. 244 ff.; Derfelbe in Zeitschr. f. Landwirthschaftsr., S. 106 ff.

⁵⁴⁾ Dedekind in Zeitschr. f. R. XXIX, S. 21, Verwaltungsgerichtsh. v. 28. Sept. 1897 u. Zeitschr. f. R. XLV, Beil. S. 14 u. 1. Civ. L.-G. in Zeitschr. f. R. XXXVII, S. 95. Der allgemeine Grundsatz, daß ein bestrittener Satz des Gewohnheitsrechts den, der sich darauf beruft, zum Beweise verpflichtet, ist hier um so wichtiger, als in Thedinghausen vielfach Zweifel über das Vorhandensein und den Inhalt dieser Normen bestehen und von einer allgemeinen Anerkennung keine Rede sein kann. Vergl. oben Note 52.

⁵⁵⁾ Vergl. v. Bülow u. Hagemann, Prakt. Er. II, S. 40 f.

⁵⁶⁾ Sie sollen nach Mittheilung des Amtsgerichts Thedinghausen eine regelmäßige Höhe von 12 Fuß über einen früher angenommenen, jetzt in Folge der fortgesetzten Alluvionen nicht mehr zutreffenden Wasser-Messpunkt haben.

⁵⁷⁾ Gegen die Fluthen der Eyter, eines Nebenflusses der Weser, giebt es nur Winterdeiche, gegen das Wasser der Weser dagegen sowohl Winter- als Sommerdeiche. Dedekind, a. a. O. Außerhalb der Deiche liegen die vor den Ueberschwemmungen nicht geschützten Wiesen, in deren Nutzen vielmehr gerade diese regelmäßige Bewässerung liegt. Diese Wiesengrundstücke gelten nicht als Zubehör der Deiche. Mittermaier, a. a. O., §. 229; Scholz III, Baurecht, S. 257; Hagemann, Landwirthschaftsr., S. 312.

⁵⁸⁾ Der Deich besteht aus dem Deichfuße, der in dem Grundbette ruht, der Binnensfläche, dem Mesfelde, der Kappe, dem Deichkamm und der Dossirung. Vergl. v. Bülow u. Hagemann, Prakt. Er. II, S. 18.

⁵⁹⁾ Dedekind, a. a. O., S. 21. Die Ansicht des Landgerichts (Zeitschr. f. R. XXXVII, 96), daß es Sommer-Deichverbände in Thedinghausen nicht gebe, ist vom Verwaltungsger. (Zeitschr. f. R. XLV, Beil. S. 13, 15 u. 16) zutreffend als irrig nachgewiesen. Nur so viel ist richtig, daß die Sommerdeichverbände der näheren

hauptleuten, als welche bei den Sommerdeichen herkömmlich die Gemeindevorsteher gelten⁶⁰). Zum Zwecke der Verwaltung und Aufsicht stehen ihnen je zwei Deichgeschworene zur Seite, während die staatliche Oberaufsicht von dem Herzoglichen Localbaubeamten ausgeübt wird⁶¹).

Den Deichgenossen liegt die Deichlast ob, welche als publicistische Reallast⁶²) unablässig auf den von den Deichen geschützten Grundstücken ruht⁶³) und der Eintragung im Grundbuche nicht bedarf⁶⁴). Doch wird über die deichpflichtigen Grundstücke in jedem Deichverbande ein Deichregister geführt, gegen dessen Inhalt übrigens der Gegenbeweis zulässig ist⁶⁵). Man unterscheidet nach ihrem Inhalte eine ordentliche und eine außerordentliche Deichlast⁶⁶). Die ordentliche Deichlast besteht in der Verpflichtung, an den Kosten der gewöhnlichen Deichunterhaltung theilzunehmen bezw. den Deich im Stande zu erhalten, die nöthigen Arbeiten zu leisten und Materialien anzuschaffen⁶⁷). Zu diesem Zwecke sind die Winterdeiche in bestimmte, durch Marksteine abgegrenzte Strecken (Kabeln, Deichenden, Deichpfand) eingetheilt,

Organisirung entbehren, mithin ihre Beschlüsse nach den subsidiären Bestimmungen des Realgenossenschaftsgesetzes fassen müssen. S. oben §. 16.

⁶⁰) Zeitschr. f. R. XLV, Beil. S. 13 ff.

⁶¹) Dedekind, a. a. O., Nr. IV u. Zeitschr. f. R. XLV, S. 13 ff. Vergl. auch Scholz III, Baurecht, §. 94, S. 245. Entstehender Streit wird von der Herzogl. Kreisdirection entschieden (Zeitschr. f. R. XLV, Beilage S. 17, vergl. mit Seuff. Arch. XXXI, 179 Wolf.), während die Civilgerichte über die Frage, wer die Kosten zu tragen habe, entscheiden müssen (Zeitschr. f. R. XXXVII, 96).

⁶²) Die Deichlast gilt als „gemeine Last“ im Sinne des Landesrechts. Vergl. §. 38 Br. Ausf. B. G.-B., früher G.-E.-G. v. 8. März 1878, Nr. 10, §. 19. Siehe unten §. 79, I. Ueber ihre Rechtsnatur s. im Uebrigen noch Scholz III, Baurecht, §. 96, 3; v. Bülow u. Hagemann, Prakt. Gr. II, S. 2 u. Zeitschr. f. R. XXXVII, S. 95.

⁶³) Ueber ihre Unablässigkeit vergl. §. 2 der Br. Ablös.-Ordn. v. 20. Dec. 1834, Nr. 20. Es gilt aber die Parömie: „Wer nicht deichen kann, muß weichen.“ Scholz III, a. a. O., §. 94, 13 u. 96, 6. Befreiungen sind nicht zu vermuthen. Andererseits sind auch Verpflichtungen ohne deichpflichtiges Land möglich. Scholz III, Baurecht, §. 97, 8; v. Bülow u. Hagemann, Prakt. Gr. II, S. 21. Auch herrenlose Strecken giebt es, deren Unterhaltung dann der Gesamtheit obliegt. v. Bülow, a. a. O.

⁶⁴) §. 38 Br. Ausf. B. G.-B., früher §. 19 G.-E.-G. v. 8. März 1878.

⁶⁵) Die Deichregister in Thedinghausen sind vielfach dadurch in Unordnung gerathen, daß ein früherer Deichvoigt nicht die einzelnen Höfe, sondern deren Parzellen für belastet angesehen und danach bei Veräußerungen unrichtige Verschiebungen vorgenommen, die Deichlast auch für ablösbar gehalten und dem entsprechend manche Grundstücke als lastenfrei eingetragen hat. Es liegt auf der Hand, daß alle diese Eintragungen der Wirksamkeit entbehren und in jedem Falle genaue Nachprüfung, event. auch Beweiserhebung nöthig ist.

⁶⁶) Mittermaier, a. a. O.; v. Ende, Jurist. Abhandl. I, 22 ff.; v. Bülow u. Hagemann II, 1 ff.; Scholz III, a. a. O.

⁶⁷) Zeitschr. f. R. XXXVII, S. 95. Die Deiche sind schaufrei zu erhalten, d. h. gemäß den Anordnungen der Deichbeamten, die von Zeit zu Zeit eine Deichschau zur Prüfung ihrer Ordnungsmäßigkeit vorzunehmen haben. Die Deichschau wird vorher angesagt, worauf jeder Deichgenosse die etwaigen Grenz- und Viehgatter oder sonstige Hindernisse beseitigen muß.

von denen jede mit einem gewissen Grundstücke verbunden ist, dem ihre Unterhaltung obliegt (Pfanddeichung⁶⁸). Bei den Sommerdeichen ist die Deichlast in den einzelnen Interessentenschaften verschieden geregelt, indem theilweise die Pfanddeichung⁶⁹, theilweise die Communionsdeichung Platz greift⁷⁰). Der Bau von Sieilen und Schleusen, wodurch dem binnenbeichts sich ansammelnden Wasser Abfluß verschafft wird, gilt in der Regel als Theil der Deichlast⁷¹). Die außerordentliche Deichlast besteht in der Verpflichtung zu Neuanlagen, sowie zur Wiederherstellung, Befestigung und Erhöhung bei Deichbrüchen und bei anderen Nothfällen⁷²). Bei Sommerdeichen ist eine Pflicht zur Erhöhung schon dann vorliegend, wenn nach dem 25. März das Wasser noch steigt⁷³). Die außerordentliche Deichlast liegt, abgesehen von der Beihülfe der benachbarten Verbände⁷⁴) und der Nothhülfe aller Amtseingesessenen⁷⁵), in der sogen. Marsch, d. h. dem niedrigeren, nach der Weser zu gelegenen Theile, observanzmäßig dem ganzen Deichverbande dergestalt ob, daß dieser die zerstörten Deiche bis zur Höhe einer Tonne über dem gewöhnlichen Wasserstande auf gemeinschaftliche Kosten herzurichten hat, während die fernere Herstellung, sowie die spätere Unterhaltung wieder Sache des deichpflichtigen Grundbesitzers ist⁷⁶). Bei den Deichen in der sogen. Geest, d. h. dem höher gelegenen Theile des Amtes, muß dagegen der Besitzer bei Deichbrüchen seine Strecke ganz auf eigene Kosten wieder herstellen⁷⁷). Das erforderliche Erdreich wird bei Deichbrüchen für die Winterdeiche aus den in der Nähe liegen gelassenen Sodensflächen, die als gemeinschaftliche Grundstücke gelten, bei den Sommerdeichen aber aus den benachbarten Privatgrundstücken entnommen, ohne daß den Eigenthümern der letzteren eine

⁶⁸) Dedekind in Zeitschr. f. R. XXIX, S. 21. Ueber die Unterhaltung herrenloser Strecken s. oben Note 63. Besteht über die Unterhaltungslast zwischen Grenznachbarn Streit, so haben sie die Unterhaltung so lange gemeinschaftlich vorzunehmen, bis die Entscheidung getroffen ist. Vergl. oben Note 61.

⁶⁹) So in den Gemeinden der Markgenossenschaft. Zeitschr. f. R. XLV, Beil. S. 16.

⁷⁰) Diese besteht darin, daß die Unterhaltungslasten auf gemeine Kosten event. aus einer gemeinsamen Casse bestritten und die Kosten danach auf die Genossen vertheilt werden; Mittermaier, D. Privatr., S. 226 bei Note 12. Diese Art ist üblich in den Feldmarksinteressentenschaften Holtorf-Lunsen. S. Zeitschr. f. R. XLV, Beil. S. 16.

⁷¹) Dedekind, a. a. O., S. 21.

⁷²) Mittermaier, D. Privatr., S. 227; Scholz III, Baurecht, S. 97.

⁷³) Dedekind, a. a. O., S. 21 f.; Zeitschr. f. R. XXXVII, 92 f. u. XLV, Beil. S. 13. Die Anordnung erfolgt durch die Gemeindevorsteher nach unbestrittenem Gewohnheitsr. Der §. 7, 3 P. Str.-G.-B. kommt hierbei nicht in Frage, da dieser nur die dauernde Erhöhung ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde verbietet. Zeitschr. f. R. XLV, Beil. S. 13.

⁷⁴) Mittermaier, D. Privatr., S. 227, Note 4.

⁷⁵) Diese ist von dem Grundbesitz völlig unabhängig. Vergl. Scholz III, Baurecht, S. 96. Die Verweigerung der Verpflichtung ist nach §. 7, 3. 1, P. St.-G.-B., strafbar.

⁷⁶) Dedekind in Zeitschr. f. R. XXIX, S. 21. Wenn überhaupt keine Beschädigung vorliegt, sondern die Befestigung, Erhöhung oder Neuanlage aus anderen Gründen nothwendig geworden ist, so ist die Genossenschaft als solche baupflichtig.

⁷⁷) Dedekind, a. a. O.

Entschädigung zustände⁷⁸⁾. Soweit aber ohne Noth Erdreich oder sonstige Materialien entnommen sind oder bei nothwendiger Verlegung oder Neuanlage eines Deiches oder zugehörigen Bauwerkes ein Grundstück abgetreten werden muß, ist eine angemessene Entschädigung seitens der Interessentschaft zu gewähren⁷⁹⁾.

Als Eigenthümer der Deiche sind regelmäßig die betreffenden Deichverbände oder Interessentschaften anzusehen⁸⁰⁾, denen deshalb auch die Gras- und Weidenutzung an den Dämmen zusteht, soweit nicht die Nutzung der Deichflächen regelmäßig auf die einzelnen Eigenthümer der deichpflichtigen Grundstücke übertragen ist⁸¹⁾. Außerdem sind namentlich die älteren Deiche häufig mit Wegedienstbarkeiten zu Gunsten der benachbarten Gemeinden oder ihrer Bewohner beschwert⁸²⁾.

§. 18.

Die Vereine.

Die allgemeinen landesgesetzlichen Vorschriften über die Vereine sind schon oben erörtert worden¹⁾, ebenso inwieweit im Uebrigen die Rechtsverhältnisse der Vereine nicht der Reichsgesetzgebung, sondern dem Particularrechte unterliegen²⁾.

⁷⁸⁾ Dieser Satz beruht auf einer nicht unbefrittenen Observanz. Vergl. Dedekind, a. a. O.; Zeitschr. f. R. XXXVII, S. 92 f. u. XLV, S. 13.

⁷⁹⁾ Scholz III, Baurecht, §. 97, 2 u. 10; v. Bülow u. Hagemann, Praff. Gr. II, S. 27, V, S. 267; Hagemann, Landwirthschafts., S. 312.

⁸⁰⁾ Dies gilt namentlich von den älteren Deichen, die nach dem Reccesse von 1844/48 als „gemeinschaftliche Anlagen“ bezeichnet worden sind. Bei den neueren Deichanlagen kommen auch andere Rechtsverhältnisse vor. So ist bei einer Deichverlegung im Jahre 1889 bis 1891 vor dem fiskalischen Grundstücke des Amtsgerichts von der Erwerbung des Grundeigenthums abgesehen und dem Grundeigenthum lediglich die positive Grunddienstbarkeit auferlegt, den Deich zu dulden. — Auch Privatdeiche kommen vor, die, obwohl sie im öffentlichen Interesse „unter Schau gestellt“ sind, im Eigenthum einer Privatperson stehen.

⁸¹⁾ Auch soweit dies nicht der Fall ist, wird die Nutzung von der Interessentschaft meist einzeln verpachtet. Vergl. auch Mittermaier, D. Privatr., §. 225, Note 10.

⁸²⁾ An den neueren Deichstrecken wird man ein solches Wegerecht nicht anerkennen können. Bei den älteren gründen sich die Wegerechte meist auf Unvordenklichkeit. Vergl. auch oben §. 15, Note 44.

¹⁾ S. §. 14, 3. 1.

²⁾ Vergl. §. 13. Von den wichtigsten früheren jurist. Personen des partic. Rechts sind die Zünfte, Gilden, Innungen, Aemter (Ausdrücke, die ursprünglich nicht alle gleichbedeutend waren) zu nennen. Man versteht unter ihnen Corporationen von Handwerkern, welche als juristische Personen anerkannt sind und regelmäßig das Recht haben, ein Gewerbe ausschließlich zu betreiben, auch ihre Mitglieder zur Beobachtung der Zunftgesetze anzuhalten.

Das älteste einschlägige Landesgesetz ist die Verordn. v. 24. April 1656, die Mißbräuche der Handwerker, insbesondere deren angemessene Jurisdiction betr., der am 26. Sept. 1692 Reglement u. Verordn., wie es bei den Aemtern und Gilden der Künstler und Handwerker zu halten, als erste ordentliche Gildordnung folgte (Steinacker, Promt. I, 394, Note; Frederksdorff, Promt. I, 299 bis 302). Nachdem dann noch mehrere Verordn. gegen Mißbräuche in den Gilden erlassen

Danach kommen hier nur diejenigen Vereine in Betracht, die einem Vorbehaltsgebiete angehören³⁾ oder dem öffentlichen Rechte⁴⁾ oder besonders ausgenommen sind⁵⁾. Abgesehen von den an anderer Stelle erörterten Vereinen sind dies die folgenden.

waren, so vom 5. Aug. 1723 und v. 19. Oct. 1731, wurde am 4. März 1765 eine (neue) Ordnung für die Gilden im Herzogthum Braunschweig und Fürstenthum Blankenburg erlassen (Steinacker, Promt. a. a. O.; Fredericksdorf, a. a. O.), welche die einzige Richtschnur für die Gilden sein sollte. Daneben hatte jede Gilde ihre besondere, vom Magistrate confirmirte Gildeordnung. In der westfälischen Zeit wurden die Gilden aufgehoben, ihr Vermögen confiscirt und allgemeine Gewerbefreiheit eingeführt. Nach Wiederherstellung der rechtmäßigen Regierung wurde aber durch Verordn. v. 29. Oct. 1821, die modif. Gewerbe- und Gildeordnung betr., im Allgemeinen der Zustand des Jahres 1807 wieder hergestellt, gleichzeitig aber die Gildeordn. v. 1765 und alle anderen widersprechenden Gesetze, Gildebriebe und Privilegien, mit Ausnahme der titulo oneroso erlangten, aufgehoben. Das confiscirte Vermögen wurde den Gilden, soweit noch vorhanden, zurückerstattet; im Uebrigen wurden sie auf den Rechtsweg verwiesen (§. 4, l. c.). Ueber den näheren Inhalt der Gildeordn. s. Steinacker, Privatr., §§. 78 ff. An Stelle der Gildeordn. trat dann das Gesetz über den gildemäßigen Gewerbebetrieb v. 24. Jan. 1852. In diesem Gesetz hielt man an dem Gilden- und Zunftsysteme fest, indem man von dem Fundamentalgesetz ausging, daß jeder Handwerker, der ein gildemäßiges Gewerbe betreiben und Lehrlinge halten wolle, sich einer Gilde seines Gewerbes anschließen müsse, und der Regierung das Recht gab, auch solche Handwerke, für welche bisher noch kein Gilderverband bestanden, für gildemäßige Gewerbe zu erklären. Nur insofern enthielt das Gesetz einen Fortschritt, indem es der Regierung das Recht benahm, Personen, welche allen gesetzlichen Erfordernissen genügten, von der selbständigen Betreibung ihres Gewerbes lediglich wegen Ueberfüllung desselben auszuschließen. — Eine völlige Umgestaltung bildete das Gewerbegesetz v. 3. Aug. 1864, welches für alle Landeseinwohner Gewerbefreiheit einführte, aber die Znungen mit veränderten Zwecken, ähnlich der Reichsgewerbeordnung, beibehielt. §§. 86 bis 97, l. c. Vergl. C. Koch, D. Gewerbegesetzgebung d. Herzogth. Braunschw. 1865.

³⁾ Vergl. Denkschrift zum B. G.-B., S. 14.

⁴⁾ Com.-Prot., S. 8840.

⁵⁾ Von diesen sind die wichtigsten die nicht evangelisch-lutherischen Religionsvereine, denen juristische Persönlichkeit beigelegt ist. Es sind dies die katholischen Gemeinden in Braunschweig, in Wolfenbüttel und in Helmstedt, die reformirte Gemeinde in der Stadt Braunschweig und eine große Zahl der jüdischen Gemeinden. Die Rechtsverhältnisse dieser Vereine gründen sich auf Statuten. Die Kirchen, Bethäuser, Schulen u. stehen bei diesen Gemeinden regelmäßig im Eigenthum der Corporation und werden von deren statut. Vorstehern vertreten. Wenn dagegen in Orten derartige Gebäude u. zu Zwecken nicht-lutherischer Confessionen errichtet sind, ohne daß die betr. Religionsmitglieder juristische Persönlichkeit erhalten haben, so stehen die Grundstücke im Eigenthum der einzelnen Religionsgenossen als Erbauer oder sonstiger Privatpersonen; bei den Katholiken auch wohl in dem des bischöflichen Stuhles von Hildesheim, zu deren Diocese die Katholiken unseres Landes gehören.

Bemerkenswerth ist hier noch gemäß Art. 164 E. V. G.-B. der Ritterschaftl. Creditverein, dem durch landesh. Bestätigungsurf. v. 20. März 1862, Ges.-u. B.-S. Nr. 12 das Recht juristischer Persönlichkeit beigelegt ist. Die revidirten Statuten (Ges.-u. B.-S. Nr. 23 in 1886; Nr. 46 in 1893) enthalten die Verfassung der Corporation, wonach dieselbe bezweckt, das Schuldenwesen der einzelnen Theilnehmer dahin zu reguliren, daß sie die auf deren receptionsfähigen Gütern und sonstigen Grundbesitzungen haftenden Privatschulden bis zu einem gewissen Werthe

I. Die Knappschaftsvereine mit den Rechten einer juristischen Person haben durch das Berggesetz vom 15. April 1867, §§. 168 bis 189 zuerst eine allgemeine Regelung gefunden⁶⁾.

1. Knappschaftsvereine sollen hiernach für alle Arbeiter der dem Berggesetz unterworfenen Bergwerke und Aufbereitungsanstalten bestehen; desgleichen für die Arbeiter der Salinen, und zwar stets für einen gewissen Bezirk, der von den Betheiligten und im Falle der Nichteinigung durch die Bergbehörde nach Anhörung der Werkbesitzer und eines Ausschusses der Arbeiter bestimmt wird. Die Vereine haben den Zweck, ihren Theilnehmern und deren Angehörigen nach den Bestimmungen dieses Gesetzes Unterstützungen zu gewähren⁷⁾. Die Knappschaftsvereine erlangen durch Bestätigung ihrer Statuten die Eigenschaft einer juristischen Person⁸⁾. Das Statut ist von den Werkbesitzern und einem Arbeiterausschuß aufzustellen und von der Bergbehörde zu bestätigen. Wird ein Statut nach vorgängiger Aufforderung nicht innerhalb Jahresfrist eingereicht, so hat die Bergbehörde dasselbe aufzustellen. Zu allen Abänderungen der Statuten ist erforderlich, daß hierüber von den Betheiligten nach dem im Statut geordneten Verfahren beschloffen und die Abänderung von der Bergbehörde bestätigt werde⁹⁾.

2. Durch die Statuten ist die Verfassung der Vereine bestimmt, soweit diese nicht das Gesetz selbst regelt. Nach letzterem wird der Knappschaftsverein durch einen Knappschaftsvorstand verwaltet und nach außen vertreten, der insbesondere auch die nöthigen Wahlen leitet, die Beamten und Aerzte des Vereins erwählt, die Verträge mit denselben und den Apotheken abschließt, die erforderlichen Instructionen ertheilt, das Vermögen des Vereins verwaltet und alle übrigen durch das Statut übertragenen Geschäfte besorgt¹⁰⁾. Der Knappschaftsvorstand wird zur einen Hälfte von den Werkbesitzern bezw. von den Repräsentanten, und zur anderen Hälfte von den Knappschaftsältesten je aus

der Güter auf erste Hypothek übernimmt, auch denselben neue Anleihen auf solche Besizungen bis zu einem bestimmten Theile des Werthes verschafft und eine im Laufe der Zeit vorzunehmende gänzliche Tilgung der übernommenen Schulden sichert (§. 1). Die Corporation steht unter Oberaufsicht der Ritterschaft, die durch einen Ausschuß von 5 Mitgliedern vertreten wird (§. 3). Die specielle Leitung und Vertretung liegt einer Commission von 3 Mitgliedern ob, die auf 9 Jahre durch alle Theilnehmer gewählt werden (§. 4). Die Commission, deren Mitglieder beeidigt werden, hat ihren Sitz in Braunschweig und untersteht der Controle des Ausschusses und des Ministeriums (§§. 5, 6, 9). Vergl. oben §. 13, 3. 7 und unten §. 40.

⁶⁾ Art. 67 E. B. G.-B. Schon früher bestanden Knappschaftsvereine, denen aber ohne besondere Verleihung die juristische Persönlichkeit und die gemeinsame gesetzliche Verfassung fehlte. Diese alten Knappschaftsvereine sind nach §. 169 des Bergges. in Wirksamkeit gelassen, indessen den neuen Vorschriften unterworfen und zu entsprechender Aenderung ihrer Statuten veranlaßt.

Die Knappschaftsvereine sind durch das Reichsges., betr. die Krankenversicherung der Arbeiter, v. 15. Juni 1883, §. 74 als Krankencassen beibehalten.

⁷⁾ §§. 163, Abs. 1, 170, 1. c.

⁸⁾ §. 168, Abs. 2, 1. c.

⁹⁾ §§. 172, 173, 1. c.

¹⁰⁾ §§. 181, 184, 1. c.

ihrer Mitte oder aus der Zahl der Herzoglichen oder Privatbergbeamten gewählt ¹¹⁾. Die Knappschaftsältesten vertreten die Knappschaftsmitglieder bei der Wahl des Vorstandes und haben im Allgemeinen das Recht und die Pflicht, einerseits die Befolgung des Statuts durch die Knappschaftsmitglieder zu überwachen und andererseits die Rechte der letzteren gegenüber dem Vorstande wahrzunehmen ¹²⁾. Die Knappschaftsältesten werden von den zum Vereine gehörigen Arbeitern und Beamten in der statutenmäßigen Zahl aus ihrer Mitte gewählt ¹³⁾.

3. Zur Mitgliedschaft eines bereits bestehenden oder neu gegründeten Knappschaftsvereins sind alle in seinem Bezirke belegenen Bergwerke, Aufbereitungsanstalten und Salinen und die auf ihnen beschäftigten Arbeiter berechtigt und verpflichtet ¹⁴⁾. Berechtigt zum Beitritt sind auch die Werkbeamten, sowie die Verwaltungsbeamten des Knappschaftsvereins ¹⁵⁾. Sind mit den vorbezeichneten Werken zugleich Gewerbsanlagen verbunden, welche nicht unter der Aufsicht der Bergbehörde stehen, so können die bei diesen Gewerbsanlagen beschäftigten Arbeiter auf den gemeinschaftlichen Antrag der letzteren und der Werkbesitzer durch den Knappschaftsvorstand in den Verein aufgenommen werden ¹⁶⁾.

Die Leistungen, welche jeder Knappschaftsverein nach näherer Bestimmung des Statuts seinen vollberechtigten Mitgliedern mindestens zu gewähren hat ¹⁷⁾, sind: 1. in Krankheitsfällen eines Knappschaftsgenossen freie Cur und Arznei für seine Person; 2. ein entsprechender Krankenlohn bei einer ohne eigenes grobes Verschulden entstandenen Krankheit; 3. ein Beitrag zu den

¹¹⁾ §. 183, 1. c.

¹²⁾ §. 182, Abs. 3. Ihre Dienstobliegenheiten regelt im Uebrigen das Statut oder eine besondere Instruction (Abs. 4 daf.).

¹³⁾ §. 182, Abs. 1. Auch den invaliden Arbeitern kann durch Statut Wahlbarkeit beigelegt werden.

¹⁴⁾ §. 171, Abs. 1. Der Beitritt erfolgt nach näheren Bestimmungen des Statuts.

¹⁵⁾ §. 171, Abs. 2, 1. c.

¹⁶⁾ §. 168, Abs. 3, 1. c.

¹⁷⁾ Sollen die Knappschaftsvereine bezw. deren Cassen als Krankencassen im Sinne des Reichsges. v. 15. Juni 1883, die Krankenversicherung der Arbeiter betr., gelten, so haben sie die Mindestleistungen nach dem letzteren Gesetze zu gewähren (§. 74), also gemäß §§. 6, 20, 64, 1. c. 1. vom Beginn der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung, Arznei, sowie Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel; 2. im Falle der Erwerbsunfähigkeit, vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung Arbeitstag ein Krankengeld in Höhe der Hälfte des ortsüblichen Tagelohns; 3. eine Niederkunft und 4. für den Todesfall eines Mitgliedes ein Sterbegeld im 20fachen Betrage des ortsüblichen Tagelohns.

Auch das Unfallversicherungsges. v. 6. Juli 1884 hat im Wesentlichen die Fortexistenz der Krankencassen in dem von jenem Gesetze betroffenen Umfange ermöglicht (§. 94 daf.), indem die Knappschaftscassen insoweit als Sectionen gelten und zu einer Knappschaftsberufsgenossenschaft vereinigt werden. Die zu gewährenden Leistungen bestimmen sich hiernach gemäß §§. 5, 6, 7 des Unfallvers.-Ges.

Begräbniskosten der Mitglieder und Invaliden; 4. eine lebenslängliche Invalidenunterstützung bei einer ohne grobes Verschulden eingetretenen Arbeitsunfähigkeit; 5. eine Unterstützung der Wittwen auf Lebenszeit bezw. bis zur etwaigen Wiederverheirathung; 6. eine Unterstützung zur Erziehung der Kinder verstorbener Mitglieder und Invaliden bis nach zurückgelegtem 14. Lebensjahre. Für die Mitglieder der am wenigsten begünstigten Classe sind mindestens die unter 1. und 2. genannten Leistungen und, wenn sie bei der Arbeit verunglücken, auch die bei 3. und 4. genannten zu gewähren¹⁸⁾. Für die Leistungen unter 1., 2. und 3. können auf gemeinsamen Beschluß der Werkbesitzer, Knappschaftsältesten und des Knappschaftsvorstandes besondere Krankencassen eingerichtet werden, deren Statuten ebenfalls der Bestätigung der Bergbehörde bedürfen¹⁹⁾. Die Ansprüche der Berechtigten auf die Leistungen der Knappschafts- und Krankencassen können weder an Dritte cedirt, noch auch gepfändet werden²⁰⁾.

Beiträge zu den Knappschafts- und Krankencassen sind sowohl von den Arbeitern als von den Werkbesitzern zu zahlen. Die Beiträge jener sollen in einem gewissen Procentsatz ihres Arbeitslohnes oder in einem Fixum bestehen, die Beiträge dieser sollen mindestens die Hälfte der Beiträge der Arbeiter ausmachen²¹⁾. Für Einziehung der Beiträge haften die Werkbesitzer bei Vermeidung der Execution in ihr eigenes Vermögen. Ebenso haben die Werkbesitzer ihre Arbeiter regelmäßig in der statutenmäßigen Frist beim Vorstande anzumelden, widrigenfalls der letztere die Zahl zur Einziehung der Beiträge nach Ermessen bestimmen oder bei der Kreisdirection Erlaß eines Strafbefehls erwirken kann²²⁾. Alle Beiträge unterliegen dem Verwaltungszwangsvollstreckungsverfahren unter Vermittelung der Kreisdirection²³⁾.

II. Durch Gesetz vom 19. März 1890, Nr. 6 ist für den Umfang des Herzogthums eine Handelskammer gebildet, welcher als öffentlich-rechtlicher Corporation Rechtspersönlichkeit beigelegt ist und welche ihren Sitz in der Stadt Braunschweig hat²⁴⁾.

1. Dieselbe hat den Zweck, die Interessen der Handel- und Großgewerbetreibenden des Landes wahrzunehmen, insbesondere auch die Staatsbehörde in der Förderung des Handels und der Industrie durch thatsfächliche Mittheilungen,

¹⁸⁾ §. 174, I. c. Vergl. bei Anm. 20.

¹⁹⁾ §. 175, I. c. Vergl. bei Anm. 20.

²⁰⁾ §. 176, I. c.

²¹⁾ §. 178, I. c.

²²⁾ §. 179, I. c. Der Erlaß eines solchen Strafbefehls ist nach §. 6, 3 des Einf.-Ges. z. Reichs-Straf-Pr.-Ordn. u. §§. 453 ff. d. Reichs-Straf-Pr.-Ordn. noch jezt zulässig.

²³⁾ §. 180, I. c. Vergl. Ges. v. 9. April 1888, Nr. 16, das Verwaltungszwangsvollstreckungsverfahren wegen Vertheilung v. Geldbeträgen betr. Nach §. 9 des Br. Ausf.-Ges. haben die Knappschafts- und Krankencassen wegen dieser Beiträge ein Recht an dem Bergwerksseigenthum mit dem Range der 3. Classe des §. 10 R.-Zw.-Ges. Vergl. auch §. 61, Z. 3 R.-Conc.-Ordn. S. auch unten §. 90.

²⁴⁾ §. 1, I. c. Die Handelskammer untersteht als jurist. Person des öffentl. Rechts dem Landesrecht. S. 8840 der Com.-Prot. Vergl. Endemann, Lehrbuch I, §. 48, I, 3 a.

Anträge und Erstattung von Gutachten zu unterstützen²⁵⁾. Sie besteht aus 24 Mitgliedern, von denen 10 im Kreise Braunschweig, je 4 in den Kreisen Wolfenbüttel und Helmstedt und je zwei in den Kreisen Gandersheim, Holzminden und Blankenburg zu wählen sind²⁶⁾. Wahlberechtigt sind 1. diejenigen Kaufleute und Kaufmännischen Gesellschaften, welche zu einer Gewerbesteuer von mindestens 36 Mark veranlagt sind; 2. die im Herzogthume den Bergbau treibenden Alleineigenthümer oder Pächter eines Bergwerkes, Gewerkschaften und in anderer Form organisirte Gesellschaften, insoweit der Werth der jährlich abgesetzten Producte mindestens 36 000 Mark beträgt²⁷⁾.

Die Wahl erfolgt nach Maßgabe der näheren Vorschriften des Gesetzes²⁸⁾. Wählbar sind alle wahlberechtigten Personen, wenn sie 1. 25 Jahre alt sind, 2. im Herzogthume ihren Wohnsitz haben, 3. im Handels- oder Genossenschaftsregister als Inhaber einer Firma bzw. als persönlich haftender, zur Vertretung einer Handelsgesellschaft befugter Gesellschafter oder als Mitglied des Vorstandes einer Actiengesellschaft oder Genossenschaft eingetragen stehen oder Alleineigenthümer, Repräsentant oder Grubenvorstandsmitglied eines Bergwerkes oder berechtigter Vertreter eines nicht im Handelsregister eingetragenen gewerblichen Unternehmens sind²⁹⁾. Die Handelskammer hat das Ergebnis der Wahl durch die Braunschweigischen Anzeigen bekannt zu machen. Einsprüche sind innerhalb 14 Tagen nach der Veröffentlichung bei der Handelskammer anzubringen, gegen deren Entscheidung innerhalb weiterer zwei Wochen von der Zustellung ab Beschwerde an das Staatsministerium zulässig ist³⁰⁾. Die Mitglieder der Handelskammern werden auf sechs Jahre gewählt; alle drei Jahre scheidet die Hälfte aus. Das Aufhören von Voraussetzungen der Wählbarkeit hat das Erlöschen der Mitgliedschaft zur Folge. Ein Mitglied kann durch Beschluß von zwei Drittel Majorität aus der Handelskammer entfernt werden, wenn es durch seine Handlungsweise die öffentliche Achtung verloren hat. In derselben Art kann die Handelskammer ein Mitglied für die Dauer eines gegen dasselbe eingeleiteten Strafverfahrens suspendiren³¹⁾.

2. Die Beschlüsse der Handelskammer werden, abgesehen von den vorbezeichneten Fällen, durch absolute Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmen-

²⁵⁾ §. 2, l. c.

²⁶⁾ §. 3, l. c.

²⁷⁾ §. 4, Abs. 1, l. c. Die Wahlberechtigten sind nicht Mitglieder der Corporation, sondern nur die Gewählten, obgleich die ersteren neben ihrem Wahlrecht auch die Verpflichtung zu Beiträgen (s. unten Anm. 43) haben. Diese Eigenthümlichkeit ist eine Folge des öffentlich-rechtlichen Charakters der Handelskammer.

²⁸⁾ Insbesondere §§. 10 bis 13, vergl. noch §. 4, Abs. 2, 5, 6, worauf hier der gebotenen Kürze halber lediglich zu verweisen ist.

²⁹⁾ §. 7, l. c. Vergl. auch §. 8 für den Fall, daß mehrere Gesellschafter vorhanden sind; §. 9 für den Fall, daß eine wählbare Person in Concurs gerathen ist oder die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hat.

³⁰⁾ §. 14, l. c.

³¹⁾ §§. 15 bis 18, l. c. Außergewöhnliche Wahlen zum Ersatz innerhalb der Wahlperiode Ausgeschiedener bestimmt die Handelskammer; der Ersatzmann wird nur auf den Rest der Periode gewählt.

gleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, der immer mitstimmt³²⁾. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter, welche in der Stadt Braunschweig ihren Wohnitz haben müssen, werden auf drei Jahre gewählt. Beim früheren Ausscheiden erfolgt eine Neuwahl nur für den Rest dieser Zeit³³⁾. Die Wahlen erfolgen ebenfalls mit absoluter Majorität durch geheime Abstimmung mit Stimmzetteln, eventuell mittelst Stichwahl. Bei letzterer entscheidet bei Stimmengleichheit das Loos³⁴⁾. Zur Abfassung eines gültigen Beschlusses gehört, daß alle Mitglieder unter Angabe des Grundes geladen sind und — falls es sich nicht um Ausschließung oder Suspension von Mitgliedern handelt — mindestens die Hälfte derselben erschienen ist. Der Ort, der Tag und die Stunde der Sitzung, sowie die Gegenstände der Berathung sind außerdem durch die Braunschweigischen Anzeigen bekannt zu machen³⁵⁾. Die Mitglieder sind verpflichtet, sich zu diesen Sitzungen einzufinden und können durch eine Ordnungsstrafe hierzu angehalten werden³⁶⁾. Den Sitzungen dürfen die Wahlberechtigten beizohnen³⁷⁾. Ueber jede Berathung ist ein Protokoll aufzunehmen. Ihre Ausfertigungen werden vom Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter vollzogen³⁸⁾. Die Handelskammer ist verpflichtet, den Handel- und Industrietreibenden ihres Bezirkes durch fortlaufende Mittheilungen von Auszügen aus den Berathungsprotokollen, ferner am Schlusse des Jahres in einer besonderen Uebersicht von ihrer Wirksamkeit und dem Gange des Handels *z.* Mittheilungen zu machen³⁹⁾. Einen gleichen Bericht hat sie alljährlich bis Ende Juni dem Staatsministerium zu erstatten⁴⁰⁾. Die Handelskammer hat bei der Ernennung der Handelsrichter und der Handelsmakler gutachtliche Vorschläge zu machen und kann zur Aufsicht über die Börsen *z.* bestellt werden⁴¹⁾. Alljährlich hat die Handelskammer einen Etat aufzustellen, welcher in den Braunschweigischen Anzeigen zu veröffentlichen und dem Ministerium mitzutheilen ist⁴²⁾.

Die Handelskammer beschließt über den zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben erforderlichen Kosten aufwand und ordnet ihr Cassen- und Rech-

³²⁾ §. 26, Abs. 1, l. c.

³³⁾ §. 24, l. c.

³⁴⁾ §. 26, Abs. 2, l. c. Ueber die weiteren Einzelheiten bei der Wahl ist durch die Geschäftsordnung Bestimmung zu treffen.

³⁵⁾ §. 26, Abs. 3, l. c. Die Bekanntmachung in den Anzeigen gehört mit zu den Voraussetzungen der Gültigkeit des Beschlusses, wie aus dem von dem Gesetze gebrauchten Worte „außerdem“ zu folgern ist.

³⁶⁾ §. 19, l. c. Ordnungsstrafe darf 30 Mk. betragen. Sie unterliegt der Einziehung durch Administrativeexecution.

³⁷⁾ §. 25, l. c.

³⁸⁾ §. 26, Abs. 3 a. E. u. §. 28, Abs. 2, l. c. Die Ausfertigungen sind mit dem Siegel der Handelskammer zu versehen (cf. §. 28, l. c.).

³⁹⁾ §. 25, l. c. Ausgeschlossen von der öffentlichen Berathung und Mittheilung bleiben diejenigen Gegenstände, welche von der Handelskammer oder den Behörden als ungeeignet bezeichnet werden.

⁴⁰⁾ §. 29, l. c.

⁴¹⁾ §§. 30 u. 31, l. c.

⁴²⁾ §. 21, l. c.

nungswesen selbständig. Die etatsmäßigen Kosten werden, soweit sie nicht aus anderweiten Einnahmen zu decken sind, auf sämtliche Wahlberechtigten als procentuale Zuschläge der Gewerbesteuer umgelegt ⁴³⁾. Rückständige Beiträge unterliegen dem Verwaltungszwangsverfahren unter Vermittelung des Steuercollegiums ⁴⁴⁾.

III. Auf Grund der Reichs-Gewerbe-Ordnung ⁴⁵⁾ ist eine Handwerkskammer für das Herzogthum Braunschweig gegründet worden, deren Rechtsverhältnisse durch Statut geregelt sind ⁴⁶⁾. Ihr Zweck ist Regelung des Lehrlingswesens, Abhaltung der Gesellenprüfungen und Abgabe von Gutachten ⁴⁷⁾. Die Handwerkskammer kann unter ihrem Namen Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, vor Gericht klagen und verklagt werden. Für ihre Verbindlichkeiten haftet nur ihr Vermögen ⁴⁸⁾. Vertreten wird sie durch den Vorstand, dessen schriftliche Willenserklärungen zum Zwecke ihrer Gültigkeit vom Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter und einem zweiten Vorstandsmitgliede, sowie vom Secretär unterzeichnet sein müssen ⁴⁹⁾. Die Handwerkskammer ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Kammermitglieder anwesend ist. Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit wird Ablehnung angenommen. Für Statutenänderungen bedarf es einer Dreiviertel-Mehrheit ⁵⁰⁾. Die Zahl der Mitglieder beträgt regelmäßig 40, die nach einer besonderen Wahlordnung gewählt werden. Alle drei Jahre scheidet die Hälfte aus ⁵¹⁾. Die Aufsicht über die Handwerkskammer, welche ihren Sitz in der Stadt Braunschweig hat und das ganze Herzogthum umfaßt, wird vom Herzoglichen Staatsministerium, Abtheilung des Innern, geführt ⁵²⁾.

§. 19.

Kirchen, Pfarren und Schulen.

I. Die Kirchen der evangelisch-lutherischen Landeskirche, d. h. die einzelnen kirchlichen Institute derselben, sind als Anstalten durchweg juristische

⁴³⁾ §. 22, l. c. Die Handelskammer erhält zu diesem Zweck alljährlich eine Liste vom Steuercollegium. Die nicht zur Gewerbesteuer veranlagten Wahlberechtigten werden von der Handelskammer alljährlich zu einem fingirten Sage herangezogen.

⁴⁴⁾ §. 22, Abs. 6 u. 7; vergl. Gef. v. 19. April 1888, Nr. 16.

⁴⁵⁾ §. 103 m, Abs. 1 der R.-G.-O. in der Fassung vom 26. Juli 1897.

⁴⁶⁾ Die genehmigten Statuten vom 13. Januar 1900 sind in den Braunschw. Anzeigen vom 16. Januar 1900 veröffentlicht.

⁴⁷⁾ §. 3 der Statuten.

⁴⁸⁾ §. 8 das. Sie ist also eine juristische Person, und zwar eine solche des öffentlichen Rechts, deren Rechtsverhältnisse mithin lediglich der Landesgesetzgebung unterstehen.

⁴⁹⁾ §. 18 das. Eine in derartiger Form ausgestellte Willenserklärung verpflichtet zwar die Handwerkskammer Dritten gegenüber, macht aber die Vorstandsmitglieder der Handwerkskammer gegenüber erkaufpflichtig, sofern die Erklärung nicht auf Grund eines vorschriftsmäßig gefaßten Beschlusses ausgestellt worden ist.

⁵⁰⁾ §. 25, l. c.

⁵¹⁾ §. 2, l. c.

⁵²⁾ §. 1, l. c.

Personen ¹⁾. — Die sog. Kirchengüter stehen daher nicht in dem Eigenthume der Kirchen= oder gar der politischen Gemeinde, sondern in dem der betreffenden Kirchen (kirchlichen Institute) selbst ²⁾.

1. Die Vertretung der Kirchen und damit die Beaufsichtigung und Verwaltung des Kirchenvermögens steht dem Kirchengvorstande ³⁾ unter der Oberaufsicht des Herzoglichen Consistoriums ⁴⁾ zu, soweit nicht dem Patron der Kirche diese Rechte eingeräumt sind ⁵⁾.

¹⁾ Vergl. v. Schmidt-Phildeck, Das evang. Kirchenrecht des Herzogthums Braunschweig, S. 112. Vergl. Com.-Prot. S. 8840, Denkschrift B. G.-B. S. 14.

²⁾ Dieser Satz gehört ursprünglich dem katholischen Kirchenrechte an, hat aber nach der geschichtlichen Entwicklung unserer kirchlichen Verhältnisse zweifellos für die Kirchen der Landeskirche Geltung gefunden bezw. nach Einführung der Reformation behalten, eine Entwicklung, die auch in anderen protestantischen Ländern zu beobachten ist. Vergl. Stobbe, Deutsch. Privatr. I, §. 50; v. Bülow u. Hagemann, Prakt. Erört. I, S. 293; Urth. d. Reichsger. in Seuff. Arch. XXXVII, 131, wonach die Anwendbarkeit dieses Satzes in evangelischen Ländern sogar als Regel aufgestellt ist; Poschinger, Eigenthum an Kirchengütern, S. 328, Note 25; Hübler, Die Eigenthümer des Kirchengutes, 1868. — Wenn daher die kirchlichen Grundstücke bei uns im Grundbuche von jeher auf den Namen der betreffenden Kirche eingetragen zu werden pflegen, so entspricht diese Thatsache dem geltenden Rechte (Erk. d. L.-G. Wolf. v. 21. Juni 1836 i. S. Opferei u. Schule c. Gemeinde Parsau; vergl. auch v. Schmidt-Phildeck, a. a. O., und neuerdings Rhamm, Vr. Verfassungsgeß., S. 263), das auch unsere Landesgesetze ohne Weiteres als bestehend anerkennen, indem sie stets vom „Kirchenvermögen“, von den „Grundstücken der Kirche“ sprechen (Ges. v. 30. Nov. 1851, §. 26, Ges. v. 24. Aug. 1849), niemals aber vom Vermögen der Kirchengemeinden. Vergl. auch v. Liebhaber, Einl. II, S. 103 ff. Die Ansicht von Steinacker, Braunschw. Privatr., §. 67 bei Note 1 ist daher entschieden unrichtig.

Bei den Instituten der Katholiken und Reformirten des hiesigen Landes ist jedoch der Entwicklungsgang seit der Reformation geradezu ein entgegengesetzter gewesen. Den kirchlichen Instituten derselben steht Rechtspersönlichkeit überall nicht zu. Die Institute selbst und das sonst vorhandene Vermögen stehen daher im Eigenthume der betreffenden Kirchengemeinden oder, wenn diese Rechtspersönlichkeit nicht besitzen, im Eigenthume von Privatpersonen oder des bischöflichen Stuhls von Hildesheim. Vergl. Stobbe, Deutsch. Privatr., §. 49 bei Note 22; s. auch oben §. 18, Note 5.

³⁾ Ges. v. 30. Nov. 1851, Nr. 52. — Nach demselben Gesetze muß für jede Kirchengemeinde, deren Bezirk entweder mit dem der politischen Gemeinde zusammenfällt, oder nur einen Theil derselben ausmacht, oder aber mehrere kleinere Gemeinden in sich umfaßt, ein besonderer Kirchengvorstand bestehen. Derselbe setzt sich zusammen aus den ordentlichen Geistlichen der betreffenden Kirchengemeinde und aus — je nach der Größe der letzteren — 4 bis 16 gewählten Kirchenverordneten. Bei nicht landesfürstlichen Patronatkirchen kann der Patron eintreten. Früher wurde die Verwaltung der Kirchengüter durch Verordn. v. 28. Mai 1746 und Consist.-Ausfchr. v. 17. Aug. 1777 (Schneider, Repert. I, 238 f.), sowie durch Consist.-Ausfchr. v. 21. Nov. 1750 (Schneider, Repert. II, 158) geregelt.

⁴⁾ Ges. v. 30. Nov. 1851. — Nur in der Stadt Braunschweig ist es hinsichtlich der Verwaltung des kirchlichen Vermögens und der Aufsicht über kirchliche Gebäude im Allgemeinen bei den bestehenden Einrichtungen verblieben (Verordn. v. 14. April 1814, §§. 14 bis 16; Ges. v. 9. April 1864, Nr. 16, die Trennung des Cassenverbandes zwischen den Stadtkirchen zu Braunschweig und den milden Stiftungen betr.), wonach die Oberaufsicht nicht dem Consistorium, sondern einem besonderen

Der Kirchenvorstand, in welchem der erste Pfarrer der betreffenden Kirchengemeinde den Vorsitz führt, faßt seine Beschlüsse nach absoluter Stimmenmehrheit, wenn alle Mitglieder ordnungsmäßig geladen und mindestens zwei Drittel derselben an der Abstimmung theilhaftig sind. Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden, welcher immer mitstimmt, den Ausschlag⁶⁾. Ueber die Verhandlungen ist ein Protokoll zu führen. Urkunden, welche für die Kirchengemeinde verbindlich sein sollen, müssen von dem Vorsitzenden des betreffenden Kirchenvorstandes oder dessen Stellvertreter unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den betreffenden Beschluß des Kirchenvorstandes vollzogen werden. Ist die Genehmigung des Consistoriums erforderlich, so ist derselben

„Kirchencassencollegium“ zusteht. Vergl. auch v. Schmidt-Phiselded, Kirchenrecht, §. 43. — Im Uebrigen ist betr. der geschichtlichen Entwicklung Folgendes zu bemerken: Als nach der Reformation die Rechte der Bischöfe an der Verwaltung auf den protestantischen Landesherrn übergingen, wurde fast überall die Ausübung eines Theiles dieser Rechte einer unter dem Namen „Consistorium“ gebildeten Behörde übertragen. Anfangs wurde bei uns freilich das Consistorium von der „Rathsstube“, welche die unmittelbare Behörde des Landesfürsten war, nicht getrennt. Es wurden vielmehr, wenn geistliche Sachen zu berathen standen, nur höhere Geistliche zugezogen. Allein bald bildete es sich als selbständige Behörde aus (Herzogs Heinrich Julius Auschr. v. 6. Jan. 1593, f. auch v. Liebhaber, Einl. I, 126 ff.) und erhielt durch die Kirchenordnung des Herzogs August von 1657 und durch das Reglement v. 27. Mai 1674 seine nähere Bestimmung. Durch die erneuerte Kirchenordnung Herzog Anton Ulrich's von 1709 neu geregelt und die landesfürstliche Verordnung v. 28. Mai 1746 (Steinacker, Promt. II, 25) bestätigt und modificirt, wurden die Befugnisse des Consistoriums durch die nach der westfälischen Zwischenherrschaft wieder hergestellte Verfassung, insbesondere gemäß d. Verordn. v. 19. Februar und 14. April 1814, Ges.- u. Verordnungsbl., Nr. 35 u. 55 — abgesehen von der Jurisdiction — nicht geändert. Vergl. auch v. Waldeck, Controversen, S. 122 ff. Erst das Ges. v. 30. Nov. 1851 ordnete diesen Gegenstand aufs Neue.

⁶⁾ Ges. v. 30. Nov. 1851, Nr. 52, §. 26 vergl. mit Ges. v. 8. Mai 1882, Nr. 21; vergl. auch Consist.-Auschr. v. 21. Aug. 1851 u. 30. Juni 1852 (Bege, Repert. VII, 73, 83). Ueber das Patronatrecht im Herzogthum vergl. v. Schmidt-Phiselded, Kirchenrecht, §§. 68 bis 70; Stübner, Braunsch.-Lüneb. Kirchenverf., S. 225 ff.; Ludewig, Die Kirchenverf. d. Herzogth. Braunschweig, §. 26; v. Liebhaber, Br.-Lüneb. Landesrecht II, S. 48; Steinacker, Br. Privatrecht, §. 69; Richter-Dove, Kirchenrecht, 7. Aufl., S. 563 ff.; Dove in Zeitschr. f. Kirch. XVIII, S. 210 ff.; XVII, S. 129 ff. — Früher lag die Verwaltung zunächst allein den Geistlichen ob; später konnten dazu vom Consistorium auch andere Personen bestimmt werden. Die Aufsicht führten gemäß d. Verordn. v. 2. Jan. 1833, Nr. 1 die Kirchenvisitatoren. Die von den Administratoren aufzustellenden Rechnungen wurden zunächst von dem geistlichen Visitator, dann von dem weltlichen geprüft, von letzterem abgenommen und an das Consistorium gesandt. Verordn. v. 12. Aug. 1782, §§. 6, 7 (Steinacker, Promt. II, 78). Der Patron concurrirte dabei nur insoweit, als ihm dies speciell gestattet war. Verordn. v. 28. Mai 1746 (Steinacker, Promt. II, 27), landsh. Priv. v. 9. April 1770, Art. 2 (Steinacker, Organisationsges., S. 356 ff.). Die Administratoren der Kirchengüter durften Immobilien nur öffentlich und gerichtlich verpachten lassen (Consist.-Auschr. v. 16. Juni 1804; Steinacker, Promt. II, 30) und nur mit landesherrlicher Genehmigung veräußern, erbzinslich austhun oder Geld aufleihen (Ern. Kirchenordn. v. 1. Mai 1709, XX, 5 bis 7).

⁶⁾ §. 45, 1. c.

Erwähnung zu thun⁷⁾. In Pfarisprengeln, die mehrere Kirchenvorstände umfassen, werden die gemeinschaftlichen Gegenstände gemeinsam berathen⁸⁾. Die Beschlüsse, welche den Gesetzen widersprechen oder das Wohl der Kirche gefährden, können vom Consistorium aufgehoben werden, wogegen Recurs an den Landesherrn zulässig ist⁹⁾.

Zu den Beschlüssen des Kirchenvorstandes ist die Genehmigung des Consistoriums erforderlich¹⁰⁾, soweit es sich handelt um:

1. Neubauten¹¹⁾;
2. Reparaturen von mehr als 50 Mf. jährlich¹²⁾;
3. Erwerb und Veräußerung von Grundstücken¹³⁾;
4. Anleihe von Capitalien¹⁴⁾;
5. Ausleihung von Geldern in einer anderen als durch §. 103 Br. Ausf. B. G.-B. vorgeschriebenen Weise¹⁵⁾;
6. Führung von Processen und Vergleichsabschlüsse, soweit nicht Beilegungen von Rückständen durch den Rechnungsführer in Frage stehen¹⁶⁾;
7. Abschluß von Pacht-, Mieth- oder Verdingungsverträgen, falls nicht eine öffentliche Licitation stattgefunden¹⁷⁾;
8. bedeutendere Verwaltungsmaßregeln¹⁸⁾;
9. Ausgaben, welche nicht im Voranschlage eingestellt sind, oder nicht zu den ständigen Ausgaben gehören, oder welche den Betrag von 150 Mf. im Rechnungsjahre übersteigen¹⁹⁾;
10. die jährlichen Voranschläge²⁰⁾;
11. die Superrevision der Kirchenrechnungen;
12. die Annahme des Rechnungsführers und Bestimmung seiner Caution;
13. die Feststellung von Güterverzeichnissen²¹⁾.

Daneben kann das Consistorium selbständig in die Verwaltung des Kirchenvorstandes eingreifen, insofern es:

⁷⁾ §. 46, I. c.

⁸⁾ §. 48, I. c.; vergl. oben Note 3.

⁹⁾ §. 51, I. c.

¹⁰⁾ §. 26, I. c.

¹¹⁾ Ueber Kirchenbau last s. unten 2 a.

¹²⁾ Vergl. unten 2 a. Der Betrag darf im ganzen Jahre 50 Mf. nicht übersteigen; v. Schmidt-Philfeld, a. a. O., §. 42, Note 9.

¹³⁾ Vergl. auch unten bei Note 23.

¹⁴⁾ Auch die Wiedereinhebung ausgeliehener Capitalien gehört hierher; vergl. v. Schmidt-Philfeld, a. a. O., §. 42, B 4.

¹⁵⁾ S. unten 2 e.

¹⁶⁾ Vergl. unten Note 22.

¹⁷⁾ Ueber die Unanwendbarkeit des Consist.-Ausf. v. 26. Nov. 1856 (Bege, Repert. VIII, 168) vergl. v. Schmidt-Philfeld, a. a. O., Note 14.

¹⁸⁾ Vergl. v. Schmidt-Philfeld, a. a. O., Note 15.

¹⁹⁾ §. 26, I. c. vergl. mit Gef. v. 8. Mai 1882, Nr. 21.

²⁰⁾ Die Voranschläge sind nur auf Verlangen dem Consistorium einzureichen. Vergl. Consist.-Ausf. v. 11. Juli 1860 (Bege, Repert. IX, 260).

²¹⁾ Vergl. unten 2, bei Note 24 und 26.

1. Verfügungen erlassen darf, um die Gemeinden zur Erfüllung ihrer Verpflichtung anzuhalten, insbesondere wenn Gefahr im Verzuge ist;
2. bei Processen und anderen Rechtsgeschäften den Kirchen zur Wahrnehmung ihrer Rechte Vertreter bestellen kann ²²⁾.

Die landesherrliche Genehmigung wird überdies erfordert zur Veräußerung des Kirchengebäudes selbst, falls kein sog. Verkauf auf Abbruch vorliegt ²³⁾.

2. Ueber das Kirchenvermögen einer jeden Kirche soll ein Güterverzeichnis (corpus honorum) ²⁴⁾ geführt werden, welches eine genaue Nachweisung aller Grundstücke, Gerechtsame und Einkünfte der Kirche enthalten ²⁵⁾ und von dem Kirchenvorstande errichtet und dem Consistorium eingereicht werden soll ²⁶⁾. Zu dem Kirchenvermögen gehören insbesondere das Kirchengebäude mit dem Inventar, den Kirchenstühlen, in vielen Fällen der Begräbnißplatz, ferner fruchttragende Grundstücke und Gerechtigkeiten, schließlich Capitalien und regelmäßige Einkünfte. Die Grundstücke der Kirche bedürfen der Eintragung im Grundbuche nicht ²⁷⁾. Von der Wegebaulast sind sie befreit, soweit

²²⁾ §. 26, vorletzter Abs., l. c. Vergl. auch Gem.-Theil.-Ordn. v. 20. Dec. 1834, §§. 41 ff., Ablös.-Ordn. v. 20. Dec. 1834, §§. 21 f. — Auch früher mußte in Uebereinstimmung mit dem canonischen Recht (c. q. X de judiciis 2, 1) nach d. Verordn. v. 23. Mai 1746, die Kirchenvisitatoren betr., Abschn. III, §. 2, zu Rechtsstreitigkeiten die Genehmigung des Herzogl. Consistoriums eingeholt werden, und es sind durch die späteren Verordn. v. 12. Juni 1782, §. 10; Verordn. v. 19. Febr. 1814, §. 16 bezw. 14. April 1814, §§. 1, 2, 16 diese Vorschriften bestätigt und stets in der Weise zur Ausführung gebracht, daß die Bestellung eines Anwalts für die Kirche unmittelbar durch das Consistorium geschah. Vergl. Stübner, Kirchenverfassung für das Herzogthum Braunschweig, S. 407; Refcr. v. 2. Mai 1823 (Bege, Repert. II, 158).

²³⁾ v. Schmidt-Philstedt, Kirchenr., S. 297, Note 17.

²⁴⁾ Vergl. v. Schmidt-Philstedt, a. a. O., S. 291, Note 11; Ludewig, Kirch. i. Herzogth. Braunschweig, §. 7; Stübner, Kirch. i. Herzogl. Br. Landen II, Abth. 1, §. 2.

²⁵⁾ Ern. Kirchenordn. v. 1. Mai 1709, Cap. XX, §. 2, vergl. mit XV, §. 2; Verordn. v. 26. Juli 1749, 28. Mai 1746 (Steinacker, Promt. II, 26) und 14. März 1750; vergl. auch v. Liebhaber, Einl. II, 107 f.

„Durch dieses Hauptbuch der Kirche wird zwar eine Verbindlichkeit der darin benannten Pflichtigen nicht erst begründet, jedoch bei ordnungsmäßiger Errichtung oder Verichtigung dergestalt außer Zweifel gesetzt, daß gemäß Cap. XX, §. 2 der Kirchenordn. v. 1709 lediglich danach zu judiciren ist, ohne daß es nöthig wäre, auf die ursprüngliche Entstehung der Verbindlichkeit zurückzugreifen.“ Decr. D.-A.-G. Wolf. v. 23. Juli 1847 i. S. Gemeinde Ober- u. Niederbahlum c. Pfarre zu Salzdahlum wegen Leistungen; vergl. Decr. D.-A.-G. Wolf. v. 2. Oct. 1849 i. S. Gemeinde c. Pfarre Salzdahlum. Bezüglich der Beweiskraft ist heute die R.-G.-P.-D. maßgebend.

²⁶⁾ §. 26, 3. 12, l. c. Früher wurde das corpus honorum von den Kirchenvisitatoren unter Zuziehung des Pfarrers, des Kirchenvorstehers und der dabei interessirten Personen errichtet. Steinacker, Braunschw. Privatr., S. 173; v. Liebhaber, Einl. II, 107; Ludewig, a. a. O.; Stübner, a. a. O.

²⁷⁾ §. 1, Br. Ver. 3. R.-G.-B.-D. S. unten §. 73.

sie nicht herkömmlich zur Baulast verpflichtet waren oder soweit es sich nicht um Feld- oder Wannewege, Holzabfuhr- und Privatwege handelt²⁸⁾.

a) Bei den Kirchengebäuden, d. h. den zum Gottesdienste bestimmten Gebäuden, werden kleinere Reparaturen, wenn sie im Voranschlage vorgesehen sind oder aber insgesamt 50 Mk. jährlich nicht übersteigen, ohne Weiteres vom Kirchenvorstande beschlossen und ausgeführt²⁹⁾. Neubauten und größere Reparaturen müssen auf Beschluß des Consistoriums genehmigt werden, woneben jedoch letztbezeichnete Behörde im Falle der Nothwendigkeit selbständige Verfügung treffen kann³⁰⁾.

Die Baupflicht (Kirchenbaulast)³¹⁾, welche nicht nur die Reparaturen und Neubauten³²⁾, sondern auch regelmäßig die erforderlich werdenden Erweiterungsbauten³³⁾, und andererseits nicht nur die Gebäude selbst, sondern auch deren Zubehörungen umfaßt³⁴⁾, liegt in erster Linie dem Kirchen-

²⁸⁾ §. 26, Wege-Ordn.

²⁹⁾ §. 26, Z. 1 des Gef. v. 30. Nov. 1851; vergl. oben Note 12.

³⁰⁾ §. 26, Z. 2, l. c.; vergl. oben bei Note 11 u. 12.

³¹⁾ Vergl. v. Schmidt-Philstedt, a. a. O., §. 115.

³²⁾ Art. 132 G. B. G.-B.; Gef. v. 18. Juni 1864, Nr. 30, §. 2; vergl. Zeitschr. f. R. XXIII, 121; auch III, 37; X, 140; v. Bülow u. Hagemann, Prakt. Erört. I, S. 295; Pfeiffer, Ausführungen II, 345; Scholz III, Landw. Zeitung I, 3. Heft, S. 100; Hagemann, Landwirthschaftskr., S. 148; vergl. Note 35.

³³⁾ v. Schmidt-Philstedt, Kirchenr., §. 115, Note 1; Zeitschr. f. R. XXIII, 121. Die Erweiterungsbauten gehören nur in dem Falle nicht ohne Weiteres zur Baupflicht, wenn letztere auf einem speciellen Rechtstitel, insbesondere auf Vertrag, letztwilliger Verfügung, Stiftungsurkunde, Verjährung oder Herkommen beruht, indem sich hier das Maß der Verpflichtung aus richtiger Interpretation der betreffenden Willensbestimmung bezw. aus dem, was wirklich während der Verjährungszeit oder herkömmlich übernommen ist, im Einzelfalle ergeben muß; Seuff. Arch. XXXI, 254 (Wolf.); ebenso Seuff. Arch. V, 92 (Stuttgart); Arch. f. civilist. Praxis XXVI, 311 ff.; Meyer in Zeitschr. f. deutsch. R. X, 192 ff. u. A.; and. W.: Permanender, Kirchl. Baulast, §. 12; Reinhardt, Ueber kirchl. Baulast, die sich aber im Wesentlichen auf particulare Rechtsätze stützen, und Seuff. Arch. IX, 54 (Gelle).

³⁴⁾ Was die Zubehörungen anlangt, die nicht unbedingt zum Wesen der Kirche gehören, insbesondere Thürme, Glocken, Uhren und Orgeln, so erstreckt sich nach der fast allein herrschenden Ansicht gemeinrechtlich die Baupflicht auch auf diese. Frey, Commentar über Kirchenr. IV, Abth. I, §. 14; Brendel, Handb. d. Kirchenr. II, §. 426; Wiese, Handb. d. Kirchenr. II, §. 444; Grolmann, Kirchenr., §§. 174, 208; Permanender, Kirchl. Baulast, S. 175 ff.; v. Bülow u. Hagemann, Prakt. Erört. I, 293; Arch. f. prakt. Rechtsw., N. F. V, 182; Dove, Zeitschr. f. Kirchenr. IV, Heft 4; Seuff. Arch. XII, 301 (Darmstadt); XIV, 48; XX, 54; XXVIII, 148 (München) u. A. Die entgegengesetzte Ansicht von Gründler, Kosten der Erhaltung der Cultusgebäude, §. 41; Reinhardt, Kirchl. Baulast, §. 89 ff., stützt sich auf particulare Vorschriften. Bei uns bestehen solche nicht, weshalb der gemeinrechtliche Grundsatz Anwendung finden muß, soweit nicht ein abweichendes Gewohnheitsrecht oder Herkommen etwas Anderes bestimmt. Daß dies häufig nachzuweisen sein wird, soll nicht bestritten werden, doch scheint es nicht zulässig, wenn v. Schmidt-Philstedt, Kirchenr., die Baulast an diesen Gegenständen ohne weiteren Rechtsgrund denen aufbürden will, die an ihnen ein „besonderes Interesse“ haben, so hinsichtlich der Uhr der Gemeinde (S. 305, B 2) und

vermögen (fabrica ecclesiae) ob³⁵⁾, woneben die Gemeinden verbunden waren, die bei den Bauten erforderlichen Spann- und Handdienste zu leisten³⁶⁾, an deren Stelle indeß seit dem Gesetz vom 18. Juni 1864, Nr. 30 und dem Gesetz vom 26. Juni 1892, Nr. 30 eine durch Abschätzung bestimmte Steuer getreten ist³⁷⁾. Erst wenn die vorhandenen Mittel nicht ausreichen³⁸⁾, tritt auch im Uebrigen die Ortsgemeinde nach näherer Vorschrift der beiden letzten Gesetze ein³⁹⁾. Die Parochial- oder Kirchensteuer ist hiernach von allen Gemeindegemeinschaften nach dem Communalsteuerfuße aufzubringen, in den Land-

hinsichtlich des Betragloeschlagwertes der Schule (S. 306, Note 13). Dies Interesse mag in vielen Fällen das Motiv zu einem entsprechenden Herkommen gegeben haben, kann aber den Nachweis für dieses nicht ersehen oder auch nur eine die Beweislast ändernde Präsumtion rechtfertigen. Die Orgel wird bei uns zur Baulast gerechnet in Zeitschr. f. R. III, S. 39, wozu aber v. Schmidt-Philfeld, a. a. O., S. 305, Note 12 zu vergleichen ist. Eine Glocke erklärt v. Schmidt-Philfeld, S. 304, 1 als nothwendig für ein Kirchengebäude; sie bildet daher unzweifelhaft einen Theil der Baulast.

³⁵⁾ Kirchenordn. v. 1. Jan. 1569, S. 236 u. v. 1. Mai 1709, Cap. XVI, Paragr. a. E.; Gef. v. 14. April 1814, §. 15; Gef. v. 18. Juni 1864, §. 1; vergl. Steinacker, Promt. I, 67 ff. Stehen im Kirchenvermögen Gebäude, welche nicht mehr als kirchliche benutzt werden, so liegt deren Erhaltung jedenfalls der Gemeinde auch nicht einmal subsidiär ob; andererseits gehört ein derartiges Gebäude zum Kirchenvermögen, so daß es durch Veräußerung zur Beschaffung von Mitteln in erster Linie zu verwenden ist; Decr. D.-M.-G. Wolf. v. 10. Sept. i. S. Halle c. Halle.

³⁶⁾ Allg. Landesordn. v. 19. März 1647, Art. 103 (Steinacker, Organik., S. 53 ff.); Kirchenordn. v. 1569, S. 390; vergl. auch v. Selchow, Anfangsgründe, §. 390 u. Decr. D.-M.-G. Wolf. v. 25. Juni 1839 i. S. Rastorf c. Vorsfelde.

³⁷⁾ Die citirten Gesetze betreffen die Aufbringung der Parochiallasten in den Landgemeinden bezw. den Städten. Die Umwandlung und Aufbringung geschieht nach §. 3 bezw. 1 der Gesetze nach dem Communalsteuerfuße.

³⁸⁾ Vergl. Com.-Bericht, Anl. 172 zu den Landtagsverh. 1892. Indessen muß der Kirche stets ein zu den laufenden Ausgaben vollkommen und nachhaltig genügender, nach deren gewöhnlichem Betrage zu ermessender Fonds verbleiben. Die Kirche hat eintretendenfalls zu beweisen, daß eine solche Schmälerung des nothwendigen Fonds durch Selbsttragung der Baukosten eintreten werde, um die Verpflichtung der Gemeinde zu begründen. Decr. D.-M.-G. Wolf. v. 20. Febr. 1846 i. S. Kirche c. Gemeinde Engelnstedt; vergl. auch Arch. f. prakt. Rechtsw., N. F. V, 81 (Darmstadt); vergl. auch oben Note 35 bezüglich Verwendung älterer, nicht mehr zu Kirchenzwecken dienlicher Gebäude.

³⁹⁾ §. 1 d. Gef. v. 18. Juni 1864, 26. Juli 1852 vergl. mit Gef. v. 30. Nov. 1851, §. 30 und den oben in Note 35 angeführten gesetzlichen Bestimmungen. Zeitschrift f. R. XLIII, 90; vergl. aber auch 37. Bericht der Landtagsverh. v. 1892, S. 434.

Früher war die subsidiäre Baupflicht der Kirchengemeinde ausdrücklich nur hinsichtlich der Pfarr-, Pfarrwittwen- und Opfereigebäude anerkannt (Ern. Kirchenordn. v. 1709, Cap. XVI, §. 10). Doch stand in Uebereinstimmung mit gemeinrechtlichen Grundsätzen die analoge Anwendung dieser Bestimmung auf Kirchenbauten in der Praxis fest. D.-M.-G. Wolf. v. 31. Jan. 1832 i. S. Kirche Schlewecke c. v. Saldern; D.-L.-G. Wolf. v. 29. Juli 1844, best. v. D.-M.-G. Wolf. v. 3. Juni 1845 i. S. Wärum c. Wärum; D.-L.-G. Wolf. v. 14. Nov. 1843, best. v. D.-M.-G. Wolf. v. 17. Mai 1844 i. S. Weierstedt c. Weierstedt; Erf. D.-G. Wolf., 3. Sen. v. 1852 i. S. Bährdorf c. Bährdorf; vergl. auch Steinacker, Br. Privatr., S. 173, Note 10.

gemeinden indessen nur, soweit nicht herkömmlich oder statutarisch ein anderer Maßstab besteht⁴⁰⁾. Befreit sind in den Städten die Reformirten, Katholiken, Juden und Dissidenten; ferner die Kirchendiener der betreffenden Kirchengemeinde rücksichtlich ihres Dienst Einkommens und deren Wittwen rücksichtlich ihres Witthums⁴¹⁾. In den Landgemeinden sind die Kirchen- und Schuldienere im herkömmlichen Umfange hinsichtlich ihrer Dienstgrundstücke und ihres Dienst Einkommens und die Wittwen derselben hinsichtlich ihres Witthums⁴²⁾, ferner die Dissidenten⁴³⁾, die Reformirten, Katholiken und Juden rücksichtlich ihres Einkommens befreit, während sie betreffs ihres Grundvermögens gleich den übrigen Parochianen beitragspflichtig sind⁴⁴⁾.

Der Patron der Kirche ist nur dann baupflichtig, und zwar vor der Ortsgemeinde, wenn diese Verpflichtung durch Vertrag oder Herkommen begründet ist, insbesondere auch dann, wenn er die redditus der Kirche bezieht⁴⁵⁾. Im Uebrigen kann abweichend von den aufgestellten Regeln die Baupflicht bezw. die Befreiung von dieser, wie jedes andere Rechtsverhältniß begründet werden⁴⁶⁾, namentlich also durch Herkommen⁴⁷⁾, durch Vertrag⁴⁸⁾ und durch Verjährung⁴⁹⁾.

⁴⁰⁾ Gef. v. 1864, §. 1; Gef. v. 1892, §. 2.

⁴¹⁾ Gef. v. 1892, §. 2. Die Gründe der gesetzlichen Befreiung von der Communalsteuer gelten auch für die Kirchensteuer. — Statutarisch können Geistliche für steuerpflichtig erklärt und andererseits Befreiungen von der Kirchensteuer aus besonderen Gründen eingeführt werden.

⁴²⁾ Gef. v. 1864, §. 4. Dieser Grundsatz war auch schon vor der gesetzlichen Regelung anerkannt; Zeitschr. f. R. XIII, 185.

⁴³⁾ Gef. v. 29. März 1873, §. 13; vergl. dazu v. Schmidt-Phiselled, a. a. O., §. 31, Note 15. Vergl. aber Mot. zum Gef.-Entw. 1892, S. 9 der Anl. 178 a (Prot. 31) der Landtagsverh. v. 1892: „Dissidenten werden abweichend, wie bei Landgemeinden, als befreit genannt.“

⁴⁴⁾ Gef. v. 1864, §. 4. — An den auf besondere Privatrechtstitel begründeten weiteren Befreiungen von der Kirchensteuer ist durch das Gesetz nichts geändert (§. 1, Abs. 2 daf.).

⁴⁵⁾ Steinacker, Br. Privatr., S. 172, Note 10; Zeitschr. f. R. III, 40; VI, 83; XXIII, 121; XXXIV, 97; v. Bülow u. Hagemann, Prakt. Erört. III, 257; Entsch. d. Reichsger. XXVII, 148. — Vergl. auch Verordn. v. 14. April 1814, Nr. 55: „Die Kosten sind aus den dazu erforderlichen Mitteln zu bestreiten und, wenn solche nicht ausreichen sollten, darüber zur weiteren Verfügung an uns Bericht zu erstatten.“ Diese Vorschrift sagt keineswegs, daß dem Landesherrn bezüglich seiner Patronatskirchen die Baupflicht principaliter obliege, auch ist daraus keine Verpflichtung zur Gewährung von Beihilfe zu entnehmen. Erf. O.-L.-G. Wolf, v. 26. Sept. 1844, best. v. D.-A.-G. v. 20. Febr. 1846 i. S. Kirche c. Gemeinde Engelnstedt; vergl. auch Landtagsabschied v. 12. Oct. 1832, Art. 5. S. auch v. Schmidt-Phiselled, Kirchenrecht, §. 115, Note 9.

⁴⁶⁾ Ueber solche Abweichungen vergl. v. Schmidt-Phiselled, Kirchenrecht, §. 115, Note 10. Wer die Baupflicht oder die Befreiung von solcher — abweichend von der Regel — behauptet, hat dies zu beweisen. Es muß daher die Kirche beweisen, wenn sie die Gemeinde für principaliter baupflichtig, und die Gemeinde, wenn sie Dritte an ihrer Stelle für baupflichtig erklärt. — Gegenbeweislich kann dargethan werden, daß die frühere Tragung der Baulast ohne besondere Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung erfolgt sei. D.-A.-G. Wolf, v. 20. Febr. 1846 i. S. Kirche c. Gemeinde Engelnstedt; vergl. auch Rejcr. v. 5. Nov. 1765.

Wenn vom Kirchenvorstande oder Consistorium Kirchenbauten beschlossen werden, rücksichtlich deren die Gemeinde in erster Linie oder doch subsidiär kostenpflichtig erscheint, so hat der Gemeinderath bezw. der Stadtmagistrat mit den Stadtverordneten hierüber ebenfalls Beschluß zu fassen. Kommt es hierbei über die Nothwendigkeit, den Umfang oder die Art der Bauten zu Streit, so hat das Consistorium die Sache an die Kreisdirection abzugeben, welche, wenn sie die Beschwerde für begründet hält, unter Bericht an das Staatsministerium die landesherrliche Entscheidung anzurufen hat. Weist dagegen die Kreisdirection die Beschwerde zurück, so steht den Betheiligten gleichfalls Recurs an den Landesherrn zu ⁴⁷⁾. Glaubt die Gemeinde, daß die Aufbringung der erforderlichen Leistungen nicht ihr bezw. den Gemeindegossen, sondern Dritten obliege, so kann sie die vorläufige Aufbringung trotzdem nicht hinausschieben, sondern kann nur im Rechtswege gegen den Dritten Regreß nehmen ⁴⁸⁾. Die Aufbringung der Leistungen für eine mehreren Ortsgemeinden gemeinsame Kirche erfolgt nach dem herkömmlichen Vertheilungsmaßstabe und in dessen Ermangelung nach billiger Festsetzung durch den Kreisausschuß unter Vorbehalt des Rechtsweges. Auch ist gegen die Entscheidung des Kreisausschusses Recurs an das Staatsministerium zulässig ⁴⁹⁾. Befinden sich andererseits in einer Ortschaft mehrere Kirchen, so sind die Leistungen für jede derselben von der ganzen Ortsgemeinde aufzubringen, als ob nur eine Kirche in dieser bestände ⁵⁰⁾.

b) Die Kirchenstühle oder Kirchenstände ⁵¹⁾ werden als Bestandtheile oder als Zubehör der kirchlichen Gebäude, in jedem Falle aber als

⁴⁷⁾ S. oben §. 3, Note 39 u. 40; Zeitschr. f. R. XLIII, 90.

⁴⁸⁾ Der Vertrag kann auch durch concludente Handlung geschlossen sein. Vergl. Seuff. Arch. XL, Nr. 127 (München).

⁴⁹⁾ S. hierüber unten §. 25. Vergl. auch noch Zeitschr. f. R. VI, 65; XXXIII, 177.

⁵⁰⁾ Gef. v. 30. Nov. 1851, Nr. 52, §§. 27, 28. Der Rechtsweg ist also in diesen Fällen ausgeschlossen.

⁵¹⁾ §. 28, l. c.

⁵²⁾ Ern. Kirchenordn. v. 1709, XVIII, §. 3; Gef. v. 30. Nov. 1851, §. 29, Abj. 1 u. 2; vergl. Zeitschr. f. R. XII, 134. Insbesondere über Kirchen von Filialgemeinden s. Pfeiffer, Prakt. Ausf. II, 344. Durch Erbauung einer eigenen Kirche in der Filialgemeinde wird an der Abgabepflicht letzterer gegenüber der Mutterkirche nichts geändert; Zeitschr. f. R. VI, 59. Die Befreiung der Filialgemeinde von der Beitragspflicht kann der Muttergemeinde gegenüber nicht durch einfache, sondern nur durch qualificirte Verjährung erworben werden. O.-A.-G. Wolf, l. Sen. v. 4. Febr. 1851 i. S. Sachum c. Hgum. Vergl. aber auch Zeitschr. f. R. XLIII, 92 f.

⁵³⁾ Gef. v. 26. Juni 1892, Nr. 30, §. 1, Abj. 2 u. §. 29 d. Gef. v. 30. Nov. 1851. Sollten sich auch in Landgemeinden mehrere Kirchen befinden, so verbleibt es rücksichtlich dieser bei den bestehenden Rechtsverhältnissen.

⁵⁴⁾ Art. 133 C. B. G.-B. Vergl. v. Schmidt-Pfeilsch, Br. Kirchenr., §. 114; Ludewig, Kirchenverf. d. Herzogth. Braunschweig, §. 2; Stübner, Histor. Besch. d. Kirchenverf. i. Braunschweig, §. 3 d. II. Abth.; Hagemann, Landwirthschaftsr., §. 91; Pufendorf, Observationes I, obs. 39; Mevii Decisiones V, cer. 403; Böhmer, Jus parochian. decl. V, Cap. 11, §. 5, Note 1.

Eigenthum der Kirche betrachtet ⁵⁵). Der Verwalter des Kirchenvermögens, also der Kirchenvorstand oder der Patron, hat deshalb ausschließlich über diese zu verfügen ⁵⁶).

Man unterscheidet Amts- und Privatkirchenstühle und theilt letztere wieder in erbliche und persönliche ein. In jedem Falle ist der Besitzstand an einem Kirchenstuhl nicht auf Eigenthum an demselben oder ein dingliches Recht an der einzelnen Kirchenstuhlvorrichtung oder dem ganzen Gebäude gegründet, sondern nur ein Recht, von der Kirche die Ueberlassung des fraglichen Kirchensitzes zum ausschließlichen Gebrauch bei der Theilnahme am Gottesdienste zu fordern ⁵⁷). Der Besitzstand wird gegen Störung dritter unberechtigter Personen im Rechtswege mittelst der Besitzklagen geschützt ⁵⁸), während der Anspruch gegen die Kirche nur dann im Rechtswege geltend zu machen ist, wenn er auf einem Privatrechtstitel beruht ⁵⁹). Bei Kirchenstühlen, deren Benutzung mit der Innehabung eines Amtes verbunden, ist dies regelmäßig nicht der Fall, während andererseits die persönlichen stets auf einem Privatrecht begründet sind, mögen sie nun auf Lebenszeit oder auf eine bestimmte Dauer an den Erwerber vergeben sein. Die Vergebung der persönlichen Kirchenstühle, welche bei uns stets nur entgeltlich geschehen soll ⁶⁰), ist nach den allgemeinen Grundsätzen über Miethe zu beurtheilen, welche durch die Landgesetzgebung nur insoweit modificirt sind, als den Erben des Besitzers eines auf Lebenszeit erworbenen Kirchenstuhles innerhalb eines halben Jahres ein Vorlösungsrecht zustehen soll ⁶¹). Durch dasselbe Gesetz ist die Vermietung von Kirchenstühlen über die Lebenszeit des Erwerbers hinaus verboten, so daß bei uns erbliche Kirchenstühle nur dann vorkommen können, wenn sie mit dem Besitz eines Grundstückes als Realrecht dauernd verbunden sind ⁶²). Das Recht auf den Kirchenstuhl ruht, wenn und solange der Berechtigte aus der Kirchengemeinde ausgeschieden ist ⁶³), es erlischt, wenn die Kirche untergeht, sofern es sich nicht um ein Realrecht handelt ⁶⁴).

⁵⁵) Erf. L.-G. Wolf. v. 17. Oct. 1822 i. S. Calbecht c. Eggers u. Gen.; Decr. D.-A.-G. Wolf. v. 7. Sept. 1849 i. S. Madensen c. Kirche von Langelsheim; Ger.-Hof f. Competenzstr. v. 19. März 1886 in Zeitschr. f. R. XXXIII, 67.

⁵⁶) Ges. v. 30. Nov. 1851, §. 26; vergl. die in Note 55 citirten Erf. und Albrecht, Entsch. merkwürdiger Rechtsf. I, 288 ff.; f. auch Ern. Kirchenordn. v. 1709, Cap. XX, §. 14 u. v. Bülow u. Hagemann, Prakt. Erört. III, 257.

⁵⁷) Urth. d. Reichsger. in Seuff. Arch. XLV, 199; Entsch. d. Reichsger. XVI, 160.

⁵⁸) Seuff. Arch. XXXII, 332.

⁵⁹) Vergl. die in Noten 57, 58 cit. Urth. u. Zeitschr. f. R. XXXIII, 67 ff.; vergl. auch unten Note 64.

⁶⁰) Vergl. Note 56.

⁶¹) Landesf. Verordn. v. 1617 (Steinacker, Promt. II, 34).

⁶²) Namentlich in den Landgemeinden pflegen die Kirchenplätze mit den Reihestellen verbunden zu sein und von einem Besitzer auf den anderen überzugehen. Cass.-Hof Wolf. v. 6. Dec. 1859 i. S. Schrader c. Rösch.

⁶³) Vergl. Seuff. Arch. XXXVII, 132.

⁶⁴) Im letzteren Falle bleibt das Recht gegenstandslos bis zur Neubauung der Kirche, während es mit Neubauung wieder auslebt. Das Recht kann aber im Rechtswege nur als Entschädigungsanspruch geltend gemacht werden. Urth. d. R.-G. in Seuff. Arch. XLV, 199; Entsch. d. R.-G. XVI, 160.

c) Ob die Kirchhöfe (Friedhöfe, Begräbnißplätze ⁶⁵⁾ im Eigenthum der Kirche stehen, ist im Einzelfalle zu entscheiden; eine allgemein gültige Regel läßt sich hierfür nicht aufstellen ⁶⁶⁾. Ist ein Kirchhof im Grundbuche eingetragen, so erledigt sich die Eigenthumsfrage nach dieser Eintragung. Anderenfalls ist für die Entscheidung die historische Entwicklung von Bedeutung. Liegt demnach ein Kirchhof, was das Ursprüngliche war, um oder neben der Kirche, so wird regelmäßig letztere als Eigenthümerin anzusehen sein ⁶⁷⁾, liegt er aber, was schon seit längerer Zeit die Regel geworden ist ⁶⁸⁾, von dieser entfernt, so wird man in der Regel die politische Gemeinde als Eigenthümerin anzusehen haben ⁶⁹⁾. Im ersteren Falle richtet sich die Unterhaltung des Kirchhofes und seiner zu den allgemeinen Zwecken desselben dienenden Einrichtungen nach den Grundsätzen über die Kirchenbaulast, während im letzteren Falle die Pflicht der Unterhaltung und andererseits das Recht auf die seiner eigentlichen Bestimmung nicht widersprechenden Nutzungen der Ortsgemeinde zusteht ⁷⁰⁾.

⁶⁵⁾ Vergl. v. Schmidt-Philadelph, Br. Kirchenr., §. 137; Stübner, Histor. Besch. d. Kirchenverf. i. Braunschweig II, S. 380; Ude, Com. z. P. St.-G.-B., 2. Aufl., S. 83, Noten 4 u. 7; Hagemann, Landwirthschaftsr., §. 92; Thudichum, Kirchenr. I, S. 97 ff. u. die dort cit. Literatur.

⁶⁶⁾ Die römischrechtliche Regel, daß die Begräbnißplätze als res religiosae dem Eigenthum entzogen sind, gilt heute nicht mehr. Jedoch sind die Kirchhöfe insoweit extra commercium, als dies ihr Zweck erheischt. Vergl. Entsch. d. R.-G. XV, 152. S. auch unten §. 24.

⁶⁷⁾ Die gleiche Präsumtion stellt auch das Allgem. Landr. II, 11 auf. Vergl. auch v. Schmidt-Philadelph, a. a. O., Note 1.

⁶⁸⁾ Landest. Rescr. v. 13. Oct. 1766 (Steinacker, Promt. II, 41).

⁶⁹⁾ Das Consist.-Rescr. v. 12. Juni 1822 (Bege, Repert. II, 261) scheint anderer Ansicht zu sein, wenn es ausführt, daß die Gemeinde durch Anweisung eines Gemeindegrundstücks auf ihr Eigenthum verzichte. Dies würde heute schon mit unserem Grundbuchprincip unvereinbar sein. Nur so viel ist richtig, daß das Eigenthumsrecht mit der Ueberweisung denjenigen Beschränkungen unterliegt, welche der Zweck des Begräbnißplatzes bedingt. — Vergl. unten Note 70 u. v. Schmidt-Philadelph, a. a. O., Note 15.

⁷⁰⁾ Diese aus dem Eigenthum entspringenden Befugnisse sind durch den Zweck der Sache beschränkt. Die Nutzungen werden sich hauptsächlich auf die Erhebung der üblichen oder statutarischen Gebühren für Grabstätten und etwaige Verwerthung der Gräberei (Rescr. des Consist. v. 12. Juni 1822; Bege, Repert. III, 261) beschränken. Die Anpflanzung von Obstbäumen oder Früchten, sowie die theilweise Verpachtung des Kirchhofes widerstreitet seiner Bestimmung (Consist.-Auschr. v. 28. Dec. 1862 in Gef.-u. Verordnungsbl. 1863, Nr. 4). Vergl. auch v. Schmidt-Philadelph, a. a. O., Note 5, der aber ohne Angabe von Gründen die Grasnutzung im Zweifel dem Opferrmann zuspricht. — Die Eigenthumsbeschränkungen hören naturgemäß auf mit der Schließung des Kirchhofes, indessen vollständig erst dann, wenn die herkömmlich oder statutarisch für Erhaltung der Grabstätten gesetzte Frist verstrichen ist. Diese Beschränkungen haben auch bei etwaigen Veräußerungen die Erwerber zu respectiren. Vergl. auch unten Note 72.

Die Umfriedigungen der Kirchhöfe durch Planten und die Pforte hatten ohne Rücksicht auf das Eigenthum von jeher die Gemeinden zu unterhalten. Kirchenordn. v. 1543, 1569, Agende v. 1657, S. 183 u. Ern. Kirchenordn. v. 1709, Tit. I, §. 4 (Steinacker, Promt. II, 41). Auch die nothwendigen Neuanlagen fielen nur diesen zur Last. Rescr. v. 18. Juli 1765. Ueber die Baupflicht bezügl. der Kirchhöfe im

Immer aber ist dem Kirchenvorstande die ausschließliche Befugniß gegeben, darüber zu wachen, daß die Begräbnißplätze ihrem Zwecke entsprechen ⁷¹⁾).

Das Recht an den einzelnen Grabstätten, Erbbegräbnissen und Grabdenkmälern bietet im Herzogthume Besonderheiten nicht dar ⁷²⁾).

d) Hinsichtlich der übrigen Grundstücke und Gerechtsame des Kirchenvermögens, welche vorzüglich durch ihren Ertrag den kirchlichen Zwecken dienen, gelten, soweit nicht das Reichsrecht Anwendung finden muß, die allgemeinen Vorschriften über die Kirchengüter ⁷³⁾. Nur wegen der Kirchenforsten ist zu beachten, daß deren Verwaltung und Nutzung nach den besonderen Vorschriften des Gesetzes vom 24. Mai 1861 zu geschehen hat ⁷⁴⁾).

Allgemeinen nach dem auch bei uns nicht abgeänderten prot. Kirchenr.; vergl. Seuff. Arch. I, 226; IV, 244; V, 54 u. XV, 198.

⁷¹⁾ Gef. v. 30. Nov. 1851, §. 24. Vergl. früher Rescr. des Geh.-Rathscoll. v. 25. Sept. 1823 (Bege, Repert. I, 202; II, 194).

⁷²⁾ Da das B. G. = B. diese Materie überhaupt nicht regelt, vielmehr durch Art. 133 E. B. G. = B. der Landesgesetzgebung überweist, so kommt, weil es an einer landesgef. Regelung fehlt (vergl. Ude, Com. P. St. = G. = B., 2. Aufl., S. 104), neben den Friedhofs- u. Begräbnißordnungen und dem Herkommen (v. Schmidt-Philfeld, Kirchenr., S. 347) das gem. Recht zur Anwendung (s. oben §. 2, Note 7). Die Erwerbung einer Grabstätte zc. gegen die herkömmliche oder statutarische Gebühr giebt kein Eigenthum oder dingliches Recht an dem Plage, sondern ein besonderes beschränktes Dispositionsrecht des Erwerbers und seiner Erben, den Platz zur ausschließlichen Bestattung einer Menschenleiche zu benutzen und die Grabstätte entsprechend auszumähen. Dieses Recht, welches je nach der Höhe der Gebühr und der Art der Anlage (Erbbegräbniß, ausgemauertes, ummauertes, umgittertes und einfaches Grab) nach einer statutarisch oder herkömmlich bestimmten kürzeren oder längeren Frist erlischt, wird im Rechtswege nicht nur mit der actio sepulcri violati gegen Beschädiger, sondern auch vor erfolgter Bestattung mit einer actio in factum geschützt. Seuff. Arch. XXXI, 180; XXXII, 7. Das erworbene Recht auf Bestattung erlischt auch — ohne Ersatzanspruch — mit Schließung des Kirchhofes, da dies selbstverständliche Voraussetzung der Vergebung ist. Die Denkmäler und Umfriedigungen bleiben aber im Eigenthum der Errichter bzw. ihrer Erben und sind nach dem Confist.-Rescr. v. 30. Juni 1830 (Bege, Repert. III, 277) so lange zu erhalten, als sie dem Zweck der Sicherung des Grabes und der Fortdauer des Andenkens an den Verstorbenen entsprechen, nachher aber dem Eigenthümer auf Legitimation auszuantworten (Bege, Repert. III, 265, 271).

⁷³⁾ v. Schmidt-Philfeld, a. a. O., §. 113. Vergl. Hagemann, Landwirthschaftsr. Ueber die Nothwendigkeit der Genehmigung seitens des Confist. bei Veräußerungen, denen dingl. Belastungen gleich zu achten sind, s. oben bei Note 13. Allgemeine Vorschriften über die Art der Verwaltung und Nutzung giebt noch die landesf. Verordn. v. 28. Mai 1746 (Steinacker, Promt. II, 27 ff.) und bereits vorher Ern. Kirchenordn. v. 1709, Cap. XX. Nach letzterer (Cap. XX, §. 5) sollen Grundstücke auf drei oder längstens sechs Jahre verpachtet werden (was aber nach v. Schmidt-Philfeld, a. a. O., Note 5, antiquirt ist), und zwar gemäß Confist.-Rescr. v. 16. Juni 1804 (Steinacker, Promt. II, 30; Schneider, Repert. I, 175 f.) regelmäßig in loco, nach öffentl. Bekanntmachung u. in Parzellen.

⁷⁴⁾ Gef. Nr. 26, die Ausübung d. Forsthoheit zc. betr. — Hiernach sind die Wirtschaftspläne von der Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, auszuarbeiten und die Hauungen und Nebennutzungen, sowie die nöthigen Culturen von dieser und den unterstellten Forstbeamten anzuordnen und zu überwachen. Forstrodungen und solchen gleichkommende Holzungen sind verboten. — Ueber die früheren Rechts-

e) Was schließlich die Capitalien der Kirche anlangt, so darf deren Ausleihung und Hinterlegung regelmäßig nur in derselben Weise erfolgen, wie bei milden Stiftungen, worüber bereits an anderer Stelle gehandelt ist ⁷⁵⁾.

II. 1. Die Institute der Pfarren haben bei uns ebenfalls juristische Persönlichkeit ⁷⁶⁾. Die Pfarre als solche ist daher Eigenthümerin des Pfarrvermögens, welches diesem seinem Zwecke nicht entzogen werden darf ⁷⁷⁾. Vertreten wird die Pfarre durch das Herzogl. Consistorium, welches für die Proceffe und bei anderen Rechtsgeschäften behufs Wahrnehmung ihrer Rechte einen besonderen Vertreter bestellt ⁷⁸⁾. Verwaltet wird die Pfarre von ihrem jedesmaligen Inhaber, dessen Rechte und Pflichten am Pfarrvermögen sich im Wesentlichen nach den Grundsätzen des Nießbrauches regeln ⁷⁹⁾.

Ueber das Pfarrvermögen, welches hauptsächlich aus dem Pfarrhause, der Länderei nebst den zugehörigen Wirthschaftsgebäuden und in dem Inventar,

verhältnisse vergl. Cammer-Mesr. v. 16. April 1826 (Bege, Repert. III, 131). Vergl. auch unten §. 79.

⁷⁵⁾ S. oben §. 14, 3. 3. Früher galten ähnliche Vorschriften nach dem Landesgef. v. 13. Juni 1890, Nr. 33. Vergl. auch v. Schmidt-Phiseldack, Kirchenr., §. 119.

⁷⁶⁾ Der Grundsatz wird von einer constanten Praxis der Br. Gerichte anerkannt; s. auch v. Schmidt-Phiseldack, Br. Kirchenrecht, §. 123. Vergl. Seuff. Arch. XL, 33 (München).

⁷⁷⁾ R. Land.-Ordn. v. 12. Oct. 1832, §§. 216, 217.

⁷⁸⁾ Gef. v. 30. Nov. 1851, §. 26, vorletzter Absatz.

⁷⁹⁾ Vergl. v. Schmidt-Phiseldack, a. a. O., §. 123 ff. — Eine landesgesetzliche Regelung des gesammten Pfündenrechts, das nach Art. 80, Abs. 2 E. B. G.-B. dem Particularrechte vorbehalten ist, ist in Vorbereitung. Bislang ist für dieses Rechtsverhältniß im Wesentlichen das Herkommen und das gemeine Recht maßgebend gewesen, insbesondere haben die Grundsätze des Nießbrauchs nicht nur in den einschlägigen Gesetzen (z. B. Gef. v. 18. Juni 1864, §. 3; Gef. v. 23. April 1867, §. 5, Ziffer 2), sondern hat auch in der Praxis stets analoge Anwendung gefunden. Vergl. auch v. Schmidt-Phiseldack, Kirchenr., §. 123, E. 317. Hier nach darf der Pfarrer die Pfarrgüter als Nutznießer nur nach den Regeln einer haushalterischen Verwaltung mit Vermeidung jeder eigenmächtigen Veränderung der Substanz, vielmehr lediglich unter Aufrechterhaltung der diesen Objecten vom Proprietar ursprünglich gegebenen oder kraft ihrer Natur innewohnenden Bestimmung nützen (Zeitschr. f. R. XII, 228), während alle weitergehenden Dispositionen untersagt sind und ohne Zustimmung des Consistoriums ungültig sind (Erf. L.-G. Wolf. v. 21. Jan. 1836 i. S. Opferei u. Schule c. Gemeinde Parfau). Daher entbehren Pachtverträge ohne solche Genehmigung über die Nießbrauchszeit hinaus der Rechtsgültigkeit (Zeitschr. f. R. VII, 167). Nach den gleichen Grundsätzen über Nießbrauch hat der Pfarrer für außerordentliche Meliorationen bei Versetzung, Remotion, Emeritierung bezw. seine Erben bei seinem Tode Ersatzanspruch gegen den Amtsnachfolger (v. Schmidt-Phiseldack, Kirchenr., E. 320, Note 7 u. E. 319, Note 6). Das Consist.-Ausfchr. v. 3. Juli 1732 bestimmt in dieser Beziehung lediglich, daß die von den Predigern angepflanzten Weiden der Ortsgewohnheit gemäß tagirt und das Taxationsprotokoll zur weiteren Verfügung an das Consistorium eingereicht werden solle. Uebrigens wird es wegen Tagirung der Obstbäume und der anderen Meliorationen nach der Ern. Kirchenordn., Cap. XVII, §. 7, bei der landesüblichen Obervanz gelassen.

Ueber die Ersatzpflicht des Pfarrers bei Deteriorationen vergleiche unten Note 84.

sowie in Gerechtsamen⁸⁰⁾ und Capitalien zu bestehen pflegt, ist vom Pfarrer unter Zuziehung der etwaigen Interessenten ein Güterverzeichnis (corpus bonorum) zu führen, welches von den Kirchensvisitatoren zu prüfen und dem Consistorium einzureichen ist⁸¹⁾. Das corpus bonorum bildet die Grundlage bei jeder unter Leitung der Visitatoren beim Wechsel der Pfarrinhaber nothwendig werdenden Auseinandersetzung zwischen dem scheidenden Pfarrer bzw. seinen Erben und dem Nachfolger im Amte⁸²⁾. Werden die Nutzungen eines Pfarrers am Pfarrvermögen durch Ablösungen, Separationen oder Expropriationen aufgehoben, so sollen die Capitalentschädigungen in den Klostercapital-Fonds eingezahlt werden und die Natur des Kloster- und Studienfonds erhalten, dem jeweiligen Inhaber der früher berechtigten Stelle aber mit 4 Proc. verzinst werden, sofern nicht auf solchen Immobiliarktheilen Reallasten ruht haben, durch deren Ablösung dem Anstaltscapital Entschädigungscapitale aufgebürdet sind, welche dann zunächst abziehen sein würden. Auch können die Pfarren durch Grundstücke entschädigt werden⁸³⁾.

Dem Pfarrinhaber liegt als Nutznießer die gewöhnliche Reparatur ob⁸⁴⁾. Im Uebrigen ist die Pfarrbaulast in erster Linie Pflicht des Kirchenvermögens

⁸⁰⁾ Ueber das gesetzliche Theilnahmerecht des Pfarrers an der gemeinen Weide vergl. unten §. 76, Z. 3 c; f. auch Steinacker, Br. Privatrecht, §. 69, Note 16. Combinirte Pfarren sind zur Theilnahme an der Gemeindefeude und Weide, auch bei Separationen, in jeder Gemeinde gleich selbstständigen Pfarren berechtigt. D. = G. Wolf. u. Cass.-Hof Wolf. 1856/57 (Zeitschr. f. R. V, 89); vergl. auch Erf. D. = G. Wolf. v. 1852 i. S. Pfarre c. Gemeinde Blesenstedt. — Das nach der Kirchenordn. v. 1569 für die Pfarren begründete Theilnahmerecht an der gemeinen Fud und Weide und die Freiheit von dem Hirtenlohn ist durch Usualinterpretation auf die Freiheit von den Kosten der Anschaffung und Unterhaltung der Zuchtthiere ausgedehnt. Cass.-Hof v. 31. Mai 1854 i. S. Gemeindefeideinteressentchaft Bettingerode c. Pfarre.

Die Theilnahme der Pfarren an den Interessentenforsten kann aus den Gesetzen nicht hergeleitet werden, sondern ist nach der Ortsobseranz zu beurtheilen. Stübner, Braunsch. Kirchenverfassung, S. 206, §. 2; Erf. d. L. = G. Wolf. v. 15. Sept. 1826 i. S. Pfarre u. Schule c. Gemeinde Bornum. Die Rechte an den Pfarrforsten unterliegen denselben Beschränkungen als die Kirchenforsten. Vergl. oben Note 74.

⁸¹⁾ Die Ern. Kirchenordn. v. 1709, Cap. XX, §. 2, ordnet das corpus bonorum für die eigentlichen Kirchengüter an, während d. Verordn. v. 28. Mai 1746, II, 1 (Steinacker, Promt. II, 26) bestimmt: „— und zwar sollen in dieses Hauptbuch zugleich und auf gleiche Weise die Pfarrgüter, Pfarrmittwen- und Pfreigüter, auf welche die Verordnung hiermit extendirt wird, beschrieben werden.“ Vergl. auch oben Note 24 u. 25. Die Grundstücke der Pfarren sind nach §. 1 Br. Verordn. zur R. = G. = B. = D. nicht buchungspflichtig. S. unten §. 73. Sie sind auch grundbäglich von der Wegebaulast befreit. §. 26 der R. Wege-Ordn., vergl. oben bei Note 28.

⁸²⁾ Consist.-Aussschr. v. 10. März 1838 (Nr. 18 d. Ges. u. Verordn.). Vergl. auch Zeitschr. f. R. XLIII, 114 ff.

⁸³⁾ Ges. v. 3. Juli 1837, Nr. 27.

⁸⁴⁾ Die landesf. Verordn. v. 2. Juli 1772 bezeichnet das Maximum der Reparaturkosten in jedem Falle als 3 Mk.; vergl. v. Schmidt-Bisfeldt, a. a. O., S. 320.

Im Uebrigen ist zu verweisen auf die Ern. Kirchenordn. v. 1709, Cap. XX, §. 10, Ges. v. 18. Juni 1864, Nr. 30; §. 2, Abs. 2 u. d. Consist.-Aussschr. v.

und erst subsidiär der Ortsgemeinde⁸⁵⁾. Indessen kann eine Abweichung von diesem Verhältniß in gleicher Weise, wie bei der Kirchenbaulast, begründet sein⁸⁶⁾. Ebenso greifen die für letztere geltenden Grundsätze bei Streitigkeiten und bei einer mehreren Gemeinden gemeinschaftlichen Pfarre hier Platz⁸⁷⁾.

19. Juni 1801 u. 16. Febr. 1831 (Bege, Repert. IV, 147). Hiernach haben der Pfarrer bezw. seine Erben die Verpflichtung, die Pfarrwohnung zu erhalten u. dem Amtsnachfolger im wohnbaren Zustande zu übergeben, insbesondere die Zimmer des Pfarrhauses geweißt, die Fenster unbeschädigt, den Kesselherd in gutem Zustande u. den Brunnen gereinigt. Vergl. auch Rescr. d. Consist. v. 18. April 1832 (Bege, Repert.): „Die Prediger haben der Vorschrift gemäß die alljährlich wiederkehrenden Ausbesserungen in ihren Wohnungen aus eigenen Mitteln zu bestreiten.“

⁸⁵⁾ v. Schmidt-Whiseldeck, Braunschw. Kirchenr., S. 321 bei Note 11 will die Pfarrbaulast in erster Linie den Pfarrgemeinden aufbürden und beruft sich zum Beweise lebiglich auf die Ern. R.-D., Tbl. I, Cap. XVI, §. 10. Allein er übersieht, daß nach dem cit. Paragraph die Gemeinden „ohne Nothwendigkeit zu Bau und Besserung nicht angestrengt werden sollen“. Solche Nothwendigkeit liegt nicht vor, solange andere ausreichende Mittel vorhanden sind. Als solche kommt, wie zahlreiche landesgef. Bestimmungen erkennen lassen, zunächst das Kirchenvermögen in Betracht. So: Allg. Landesordn. v. 1647, Art. 103; Consist.-Verordn. v. 8. März 1707; landesf. Rescr. v. 21. Jan. 1765 und 23. Jan. 1798 (Steinacker, Promt. I, S. 68 f.) und Verordn. v. 14. April 1814, §. 15; vergl. Waldeck, Controversen, S. 129 ff. Ueberzeugend ist deshalb auch in Zeitschr. f. R. III, S. 37 ff. dargethan, daß §. 10 cit. Ern. R.-D. nicht außer Zusammenhang mit diesen Bestimmungen ausgelegt werden dürfe. Uebereinstimmend mit dieser Ansicht hat denn auch das D.-A.-G. Wolf, am 24. Mai 1821 i. S. Vinden c. Cammer entschieden (vergl. Zeitschrift f. R. III, S. 38) und am 26. April 1827 i. S. Deensen c. v. Campe ausgeführt: „daß das vorgedachte Cap. XVI, §. 10 der Ern. R.-D. kein correctorisches Gesetz ist, sondern nur wiederholt, was das gem. Recht schon besagt, leidet nach einer feststehenden Praxis keinen Zweifel“. In gleicher Weise hat das D.-A.-G. am 3. Juni 1845 i. S. Gemeinde Wazum c. Kirche Wazum dahin entschieden: „Die zunächst auf dem Kirchenvermögen ruhende Pflicht zu Neubauten und Reparaturen der Pfarrgebäude kann durch alleinigen Ablauf von 30 Jahren im Wege der Verjährung auf die Gemeinde nicht übertragen werden.“ Unterm 31. Jan. 1846 hat deshalb das Herzogl. Consist. folgendes Rescript (Bege, Repert. VI, S. 125) erlassen: „Dem Consist. ist mittelst Rescr. des St.-M. v. 19. Jan. 1846 eröffnet, daß, da durch die von den Obergerichten des hiesigen Landes ergangenen Entscheidungen der Grundsatz festgestellt worden sei, daß die gemeinr. Bestimmung, wonach die Erbauung und Erhaltung der Pfarrgebäude principaliter der Kirchengasse und in subsidium der Kirchengemeinde obliegt, durch die Particulargesetze nicht geändert sei“ u. An diesem Grundsatz ist durch das R.-A.-G. vom 30. Nov. 1851, §. 30 nur so viel geändert, daß statt der Kirchengemeinden die Ortsgemeinden subsidiär baupflichtig erscheinen (vergl. 37. Bericht d. Landtagsverh. v. 1892, S. 434), während durch das Gef. v. 18. Juni 1864, §. 1, 2, Abs. 2 überhaupt keine Aenderung in der Person des Baupflichtigen eingetreten ist; Zeitschr. f. R. XLIII, S. 90 f. Dem entspricht auch die neuere Praxis, so i. S. Halle c. Halle u. Gen. 1865 (Zeitschr. f. R. XIII, 185 ff.), wo in allen drei Instanzen die Kirche als in erster und die Ortsgemeinde als in zweiter Linie baupflichtig erklärt ist.

⁸⁶⁾ S. oben Note 47 bis 49.

⁸⁷⁾ S. oben Note 52 ff. Vergl. über die Baulast gemeinschaftlicher Pfarren: Erf. d. R.-A.-G. Wolf, v. 20. Febr. 1817 i. S. Volkmarisdorf c. Nordsteimke; ferner Zeitschr. f. Rechtspf. XII, 134; XLIII, 87 ff.; f. auch Waldeck, Controversen, S. 133 ff.

2. Das Pfarrwittwenthum ist ein Vermögensbegriff, dem gleichfalls selbständige Rechtspersönlichkeit innewohnt⁸⁸⁾. Es finden darauf die Grundsätze über die Pfarre Anwendung, soweit nicht nachstehend Abweichungen bemerkt sind. Vertreten wird demnach das Pfarrwittwenthum durch das Consistorium, verwaltet dagegen von dem jedesmaligen Pfarrinhaber⁸⁹⁾. Den Nießbrauch hat aber bestimmungsmäßig die Predigerwitwe⁹⁰⁾. Stirbt dagegen ein Adjunctus mit Hinterlassung einer Wittwe vor dem Pfarrsenior, so soll jene bis zum Tode des letzteren das Pfarrwittwenthum nutzen dürfen, dann aber gehalten sein, dasselbe an die etwa vorhandene Wittwe des Seniors herauszugeben⁹¹⁾. Im Falle einer Vacanz, d. h. wenn eine Wittwe fehlt, sollte früher der Nießbrauch an allen Gütern, die von der Pfarre stammen, dem Pfarrer zustehen⁹²⁾, während die Einkünfte aus den übrigen Gütern⁹³⁾,

⁸⁸⁾ v. Schmidt-Biseldick, a. a. O., §. 112 bei Note 1 und §. 122; vergl. auch Zeitschr. f. R. I, 161. Das Pfarrwittwenthum fällt unter den Vorbehalt des Art. 80, Abf. 2 E. B. G.-B. über das Pfründenrecht, wie die Com.-Prot. S. 8903 ff. ausdrücklich hervorgehoben. Vergl. auch oben Note 79.

⁸⁹⁾ Gef. v. 30. Nov. 1851, §. 26; Zeitschr. f. R. I, 161.

⁹⁰⁾ Die erst nach der Emeritirung geheirathete Ehefrau des Pfarrers hat nach dessen Tode ohne besondere vertragliche Bestimmung keinen Anspruch auf das Pfarrwittwenthum. Zeitschr. f. R. I, 161 ff. — Bei Concurrenz von mehreren Pfarrwittwen soll nur die erste bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung den Nießbrauch haben, während „die letzte zwar zur Gebuld verwiesen, gleichwohl aber dahin gesorget werden soll, ob und durch was für Mittel dieselbe mit einiger Beihilfe getröstet werden möge“: Cap. XVI, §. 5 d. Ern. Kirchenordn. v. 1709.

⁹¹⁾ Ern. Kirchenordn. v. 1709, Cap. XVI, §. 9. Der Adjunct muß mit der bestimmten Zusage der Amtsnachfolge in dem ihm übertragenen Pfarramt angesetzt, vocirt und unter Mitwirkung der weltlichen Behörde in den Besitz der Pfründe förmlich eingesetzt sein, während die Wittwe eines nur interimistisch mit Verwaltung des Predigeramts Beauftragten einen gleichen Anspruch nicht hat. Decr. d. D.-L.-G. Wolf. v. 10. März 1833, best. v. D.-A.-G. i. S. Bergmann c. Pauli.

⁹²⁾ Consist.-Verordn. v. 3. März 1717 (Steinacker, Promt. II, 232). Durch dieselbe Verordnung ist bestimmt, daß, wo noch keine gewisse Wittwenländerei vorhanden, ein Zehntel der Pfarracker hierzu abgetreten werden solle. Es ist daher im Einzelfalle zu untersuchen, ob und welche Länderei vom Pfarrgute „herstammt“. Durch Consist.-Ausfchr. v. 25. Oct. 1731 (Steinacker, a. a. O.) ist jene Verordn. dahin declarirt, daß ein Zehntel von der gesamten Pfarrländerrei zum Wittwenthum genommen werden solle, während d. Consist.-Ausfchr. v. 7. März 1750 (Steinacker, a. a. O., S. 233) weiter declarirt, daß zwar die Predigerwitwen ein Zehntel von Pfarräckern, Wiesenwachs, nicht aber vom Holzdeputat und Meiergefällen der Pfarre haben sollten.

⁹³⁾ Hierher gehören vor Allem die Pfarrwittwenhäuser, welche nach d. Ern. Kirchenordn. v. 1709, Cap. XVI, §. 1, „überall auf Kosten der Gemeinde gebaut oder sonst erhandelt, und im baulichen Stande erhalten werden sollen“, an deren Stelle aber nach §. 6 das „einstweilen eine gewisse Hausmiethe von der Gemeinde gereicht werden“ kann, wozu nach §. 10 das zu merken ist, „wie eines jeden Ortes Gemeinde gehalten ist, für ihre Prediger, für dessen Wittwe, wie auch behufs der Schule die nöthigen Häuser zu verschaffen, so sollen sie auch dieselben im guten Stande erhalten und zu ihrem eigenen Schaden selbige nicht baufällig werden lassen; ohne Nothwendigkeit aber zu Bau und Besserung nicht angestrengt werden“. Hieraus, sowie aus dem landesf. Refcr. v. 26. Febr. 1765 (Steinacker,

nachdem die letzteren soweit als möglich vermietet oder verpachtet sind, dem Institute nach Abzug der für die Reparaturen nöthigen Auslagen reservirt bleiben sollten⁹⁴). Nach Errichtung der sogenannten Landespfarrversorgungsanstalt⁹⁵) ist hierin insofern eine Aenderung eingetreten, als die reinen Einkünfte der überhaupt noch bestehenden geblienen Pfarrwittwenhäuser an jene Anstalt abzuführen sind⁹⁶).

3. Auch die Opfereien sind Vermögensinbegriffe mit juristischer Persönlichkeit⁹⁷). Sie werden vertreten durch das Consistorium und verwaltet und genutzt durch den jedesmaligen Inhaber der Opferei. Die Grundsätze über die Pfarre finden überall entsprechende Anwendung⁹⁸). Ist jedoch die Opferei, wie dies der Regel entspricht, mit einem Schulamte verbunden, so

Promt. I, 69) und vor Allem d. Consist.-Rescr. v. 31. Jan. 1846 (Bege, Repert. VI, 125), vergl. mit Gef. v. 14. April 1814, §. 15 u. Gef. v. 18. Juni 1864, §§. 1, 2, Abf. 2, ergibt sich, daß die Gemeinde keineswegs principaliter baupflichtig ist, sondern abgesehen von den gewöhnlichen, dem Nutznießer zur Last fallenden Reparaturen (Bege, Repert. III, 246) nur so lange, als ein anderes baupflichtiges Vermögen nicht vorhanden ist; solches ist aber in erster Linie das Kirchenvermögen, nicht das Pfarrgut. Auf dieser Ansicht steht auch die constante Praxis. Vergl. oben Note 85 u. die dort cit. Erf.

Von dem sonstigen Vermögen ist besonders zu beachten, daß nach Ern. Kirchenordn. v. 1709, Cap. XVI, §. 2, corrigirt durch Consist.-Auschr. v. 1. Aug. 1710 (Steinacker, Promt. II, 234) die Predigerwitwe an der Gemeinde-Hude und Weide, der Holztheilung, Mastung und anderen Gerechtigkeiten einem halben Ackermann gleich theilhaben soll. — Gehören zu einer Pfarre mehrere Gemeinden, so stehen der Pfarrwitwe diese Rechte in jeder der eingepfarrten Gemeinden zu. Erf. d. O.-G. Wolf. v. 9. Nov. 1846 i. S. Gem. Gr. u. Al.-Gleibingen c. Pfarrwittwenenthum Destedt; a. M.: Erf. d. O.-G. Wolf. 1. Sen. v. 11. Febr. 1851 i. S. Pfarrwittwenenthum Halchter c. Gem. Halchter, wonach der Witwe das Recht nur in der Gemeinde ihres Wohnsitzes zustehen soll.

⁹⁴) Ern. Kirchenordn. v. 1709, Cap. XVI, §. 3. Diese Einkünfte flossen dann in eine sog. Wittwenhaus- oder Vacanzcasse, welche aber kein selbständiges Institut, sondern nur ein Theil des Pfarrwittwenenthums war und gleich diesem vom Pfarrinhaber verwaltet wurde. Herkömmlich konnte eine andere Verwendung während der Vacanz bestimmt sein. Zeitschr. f. R. XXVII, 148, Nr. 4. Ueber die Benützung der Pfarrwittwenhäuser durch den Prediger vergl. Consist.-Rescr. v. 29. April 1766 (Schneider, Repert. II, 164).

⁹⁵) Gef. v. 15. April 1889. Vergl. unten §. 20, III.

⁹⁶) §§. 4, 6, 28, l. c. Vergl. v. Schmidt-Phiseldack, a. a. O., §. 122.

⁹⁷) v. Schmidt-Phiseldack, a. a. O., §. 112 bei Note 1 u. §. 135. Der Vorbehalt des Art. 80, Abf. 2 G. B. G.-B. ergreift, wie auch die Prot. S. 8903 ff. erkennen lassen, das Opfereirecht ebenfalls.

⁹⁸) Vergl. noch Ern. Kirchenordn. v. 1709, Cap. XVIII; Stübner, Kirchenverfassung i. d. br.-lüneb. Landen II, 214; Ludewig, Kirchenverfassung im Herzogthum Braunschw., S. 85; v. Schmidt-Phiseldack, a. a. O.

Opfereien gelten auch dann als sog. kirchliche Gebäude, die namentlich in Ansehung der Baulast nach den Grundsätzen über die Pfarren zu beurtheilen sind, wenn in ihnen herkömmlich Schulunterricht erteilt wird. Sussf. Arch. XXXI, Nr. 254 (Wolf.). Unrichtig daher v. Schmidt-Phiseldack, a. a. O., §. 135, 4, der die Baulast in erster Linie den Gemeinden auferlegen will. Vergleiche oben Note 85.

wird die Verwaltung und Aufsicht von einem gemeinschaftlichen Collegium des Kirchen- und Schulvorstandes geführt ⁹⁹⁾).

III. Die Gemeindefchulen ¹⁰⁰⁾ sind juristische Personen ¹⁰¹⁾. Ihre Rechtsverhältnisse werden durch das abgeänderte Gesetz vom 8. December 1851 geregelt ¹⁰²⁾. Hier kommen nur die das Privatrecht berührenden Bestimmungen in Betracht.

Vertreten wird die Schule bei Processen und anderen Rechtsgeschäften durch einen vom Consistorium zu bestellenden Vertreter ¹⁰³⁾, im Uebrigen durch einen Schulvorstand ¹⁰⁴⁾. Die Baupflicht ¹⁰⁵⁾ liegt regelmäßig ¹⁰⁶⁾ prin-

⁹⁹⁾ §. 12, Abs. 3 und §. 14, Abs. 3. des Schulges. v. 27. Oct. 1898, Nr. 54. Gef. Bestimmungen über die Baupflicht giebt es für diese Opfereien nicht. Sofern nicht das Herkommen im Einzelfalle entscheidet, muß deshalb, da ein gemeinschaftliches Eigenthum anzunehmen ist (v. Schmidt-Whifelded, §. 136, S. 342), auch eine gemeinsame Unterhaltungs- und Baupflicht der Kirche und Gemeinde für begründet angesehen werden.

¹⁰⁰⁾ Es gehören hierher die Stadt- und Landgemeindefchulen, nicht dagegen die Gymnasien (zustimm. Rhamm, Verfass., S. 263) und ähnliche Unterrichtsanstalten, die zwar aus den Stadtschulen durch Verschmelzung mit den Klosterschulen hervorgegangen, regelmäßig mit gewissen, aus früherem Klostergut stammenden und für fest bestimmte Zwecke zu verwendenden Einkünften (Stipendienstiftungen) dotirt und durch staatlich eingesetzte Behörden behufs ihrer inneren Organisation verwaltet und vertreten sind, aber lediglich im Eigenthum des Staates stehen und eine selbständige juristische Persönlichkeit nicht besitzen. Ebenso entbehrt die aus dem Collegium Carolinum hervorgegangene polytechnische Hochschule der Rechtssubjectivität (zustimmend: Not. z. Br. Ausf. B. G.-B. N. N. S. 171); noch weniger steht solche den Privatschulen — abgesehen von dem Falle besonderer Verleihung — zu.

¹⁰¹⁾ Dieser Grundsatz ist bei uns nicht zu bezweifeln. Erf. d. Cass.-Hofes Wolf. v. 7. Oct. 1856 i. S. Cammer c. Schlewecke und Zeitschr. f. R. X, 176. Gemeinrechtlich ist er aber nicht und daher auch in manchen Staaten nicht in Geltung. Vergl. Seuff. Arch. XL, 273; XLII, 93 (Darmstadt).

¹⁰²⁾ Gef. u. Verordnungsß., Nr. 53; mehrfach abgeändert durch Gef. v. 17. April 1873, v. 22. Mai 1888, v. 13. Juni 1890 und zuletzt neu redigirt durch Gef. v. 27. Oct. 1898, Nr. 54, welches alle früheren Gesetze aufgehoben hat. Schon die im Jahre 1543 ergangene Kirchenordnung bestimmte die Errichtung von Schulen. Die erste eigentliche Schulordnung erließ Herzog Julius und fügte sie seiner Kirchenordnung v. 1569 bei, welcher am 24. Febr. 1651 die Schulordnung Herzog August's und am 22. Sept. 1753 die Schulordnung Herzog Karl's folgte. Seitdem waren die Verhältnisse der Schulen nur durch vereinzelte Verordnungen und Rescripte geregelt.

¹⁰³⁾ Gef. v. 8. Dec. 1851, Nr. 53; 27. Oct. 1898, Nr. 54, §. 25, 12. Den Organen der Gemeinde steht dagegen die Vertretung der Schulen in Processen über ihre Vermögensrechte nicht zu. Erf. d. Cass.-Hofes Wolf. v. 8. Sept. 1856 i. S. Tilly c. Cammer u. v. 7. Oct. 1856 i. Sachen Cammer c. Schlewecke und Zeitschr. f. R. X, 176.

¹⁰⁴⁾ §§. 12, 14 des Schulges. v. 27. Oct. 1898. Der Schulvorstand, welcher übrigens nur die äußere Schulverwaltung hat, während die innere in den Stadtschulen dem Dirigenten, in den Dorfschulen dem Ortsgeistlichen zusteht (§. 19, Abs. 3, l. c.), wird in den Landgemeinden aus dem Vorsitzenden des Kirchenvorstandes und Gemeinderaths oder — wenn mehrere Gemeinden zu der Schule gehören — aus dem Vorsitzenden der eigentlichen Schulortsgemeinde und den verschiedenen Gemeindevorstehern gebildet. In den Städten besteht der Schulvorstand

cialiter der Gemeinde ob, insoweit die von letzterer zu tragenden Bau- und Besserungskosten der Schulgebäude und ihrer Zubehörungen nicht aus der zur Bestreitung sämmtlicher Bedürfnisse der evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen zu bildenden Schulcasse gedeckt werden können¹⁰⁷⁾ oder kleinere Reparaturen in Frage stehen, welche von den einwohnenden Nutznießern oder Miethern der Schulgebäude getragen werden müssen¹⁰⁸⁾.

§. 20.

Anstalten zu anderen gemeinnützigen Zwecken.

I. Armenanstalten. Die Armenpflege ist die Sache der Ortsgemeinden¹⁾. Die Verpflichtung derselben zur Unterhaltung Hilfsbedürftiger ist durch das Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 nebst dem Braunschweigischen Ausführungsgesetz vom 5. Juni 1871 geregelt.

aus dem Magistratsvorsitzenden, dem ersten Geistlichen und je einem Mitgliede der Stadtverordneten und des Kirchenvorstandes. Vergl. auch Ablös.-Ord. §. 21 f. und Gem.-L.-D. §. 41 f.

¹⁰⁵⁾ Ueber den Umfang der Baupflicht s. das über die Kirchenbaulast Gesagte. Vergl. auch Seuff. Arch. XXXI, 254 (Wolf.); Zeitschr. f. R. XXIII, 121.

¹⁰⁶⁾ Eine abweichende Verpflichtung kann durch speciellen Titel (Rescr. v. 28. Juni 1764; Steinacker, Promt. I, 69), insbesondere Herkommen, Verjährung oder Vertrag entstehen. Seuff. Arch. XXXI, 254 (Wolf.). Auch die Pflicht des Schulpatrons, der nicht mit dem Kirchenpatron identisch zu sein braucht, ist nur so zu begründen. Reichsg. i. Seuff. Arch. XL, 128. Vergl. aber auch oben Note 99 a. E.

¹⁰⁷⁾ Die principale Baupflicht der Gemeinde stellt schon die Kirchenordn. v. 1709, Cap. XVI, §. 10 fest; vergl. damit Verordn. v. 6. Aug. 1802. Uebereinstimmend die Praxis: Erf. d. L.-G. Wolf. v. 21. Mai 1838 i. S. Laurentiigem. Wobdenburg o. Laurentiikirche das. und Erf. d. O.-A.-G. Wolf. v. 13. Juli 1827 i. S. Wieda o. Cammer u. Seuff. Arch. XVII, 87 (Wolf.). Das Ges. v. 8. Dec. 1851, Nr. 53 in der Fassung vom 27. Oct. 1898, §§. 2, 4, 13 hat diesen Grundsatz bestätigt unter Begründung der Schulcasse und deren Verpflichtung. Im Uebrigen s. über Baupflicht, insbesondere bei gemeinschaftl. Schulen: §. 4, l. c.

¹⁰⁸⁾ Vergl. Rescr. d. Confist. v. 16. Febr. 1850 (Bege, Repert. VII, 71), wonach die Nutznießer und Miether von Schulgebäuden das Reinigen der Schornsteine und des Straßenpflasters, die sämmtlichen Weißbinderarbeiten, das Reinigen, Anschwärzen, Vermalen der Ofen, Feuer- und Kesselherde nebst Beschaffung der dazu erforderlichen Materialien, ferner diejenigen Reparaturen an Thüren, Fenstern und an allen Arten von Schlosser- und Schmiedearbeiten, welche in jedem einzelnen Falle 3 Mk. nicht übersteigen oder welche durch erweisliche Schuld der Bewohner nöthig geworden sind, aus eigenen Mitteln zu zahlen haben. Vergl. auch §. 14, Abf. 2 des Schulges. v. 27. Oct. 1898, Nr. 54.

¹⁾ Vergl. Steinacker, Braunschw. Privatr., S. 189 ff. — Ursprünglich war die Armenpflege Sache der Kirche, indem anfangs ein Drittel, später ein Viertel der *fabrica ecclesiae* für die Armen bestimmt war. Die landesf. Verordn. v. 11. Juni 1595 bestimmte zuerst, daß jeder Ort seine Armen selbst unterhalten müsse. Im Verfolg dessen entstanden in den meisten Städten und allmählich auch in den Landgemeinden besondere Armenanstalten, deren Administration dem Ortsgeistlichen oblag und deren Aufsicht für bestimmte Districte eingesetzte Behörden (Directionen) führten. Das landesf. Reglement v. 14. Dec. 1743 regelte das Armenwesen näher für die Landgemeinden und das landesf. Ausschr. v. 14. Aug. 1745 dehnte diese Vorschriften

Hiernach besteht für jede Gemeinde und für jede Gemarkung²⁾ des Herzogthums oder für mehrere von solchen zusammen ein Ortsarmenverband³⁾, dem die Verpflichtung obliegt, in dem reichsgesetzlich geregelten Umfange für die hilfsbedürftigen Unterstützungswohnsitzberechtigten zu sorgen. Die Function des Landesarmenverbandes hat im Herzogthum der Staat übernommen, welcher in den verschiedenen Kreisen durch die Kreisdirectionen vertreten wird⁴⁾.

Im Uebrigen geschieht die Verwaltung oder Vertretung der öffentlichen Armenpflege nach den darüber in den Gemeindeverfassungen, Statuten und Reglements enthaltenen Vorschriften⁵⁾. Demgemäß bestehen in jeder Gemeinde besondere Armendeputationen⁶⁾, welche namentlich die Armencaſſe zu verwalten und dafür zu sorgen haben, daß die Einkünfte und sonstigen Einnahmen derselben ordnungsmäßig zur Berechnung kommen⁷⁾. In die Armencaſſe, welche nach ihrer bezeichneten Einrichtung nicht mehr als *pium corpus*, juristische Person, anzusehen ist, sondern lediglich einen Zweig der communalen Verwaltung bildet⁸⁾, fließen alle ständigen und zufälligen Einnahmen, welche dieselbe herkömmlich bezogen hat oder ihr ausdrück-

auf die Städte aus. Nach verschiedenen kleineren ergänzenden und modificirenden Verordnungen (v. 21. Oct. 1744; 19. Mai und 14. Aug. 1745; 5. Nov. 1748; 7. April 1758; 6. März 1771; 15. Mai und 16. Juni 1804; Steinacker, Promt. I, 24 bis 33) bestimmte die Verordn. v. 24. März 1814 (Ges.- u. Verordnungsbl. 49) erneut, daß die Armen durch die Ortsarmenanstalten den unentbehrlichsten Unterhalt bekommen sollten und die Anstalten, soweit ihr Fonds und ihre sonstigen Einnahmen nicht ausreichten, zu ihrer Verpflichtung durch die Beitragspflicht der Einwohner in den Stand gesetzt werden sollten; daß ferner die Armenrechnung gleich der Gemeinderechnung stets geprüft und abgenommen werden sollte. Die rev. Städteordnung v. 19. März 1850 (§§. 158 bis 165) und die Landgemeindeordnung v. 19. März 1850 (§§. 103 bis 110) haben sodann die Verpflichtung der Gemeinden begründet, ihren armen und obdachlosen Gemeindegemeinschaften ein Unterkommen zu verschaffen. An Stelle der Armenanstalten traten seitdem Armencaſſen der Gemeinden. Neuerdings ist die Armenpflege durch das Reichsgesetz v. 6. Juni 1870 und die neue St.-D. u. L.-G.-D. v. 18. Juni 1892 geregelt.

²⁾ S. oben §. 15, Note 4.

³⁾ §§. 2 u. 4 des Br. Ausf.-Ges. v. 5. Juni 1871. Für Klagen gegen einen Armenverband auf Erstattung von Alimentenkosten oder Uebernahme eines Hilfsbedürftigen ist der Verwaltungsgerichtshof zuständig. Ges. v. 5. März 1895, Nr. 26, §. 50. Vergl. im Uebrigen unter §. 58. — S. auch §§. 31 ff. des Br. Ausf.-Ges. v. 5. Juni 1871, wonach auf Antrag des Armenverbandes die Alimentationspflichtigen (Eltern, Kinder) zur Erfüllung ihrer Pflicht angehalten werden können.

⁴⁾ §. 5 daf. Die Landesarmenverbände sind jurist. Personen des öffentl. R. (vergl. Endemann, Lehrb. I, §. 48, I, 3a). Vergl. auch oben Note 3. — Die Grundstücke sind gemäß §. 1 Br. Verordn. G.-B.-D. nicht buchpflichtig.

⁵⁾ §. 3 daf. Es kommen hierfür insbesondere die §§. 193 bis 200 der St.-D. v. 18. Juni 1892 und die §§. 135 bis 142 der L.-G.-D. v. 18. Juni 1892 in Betracht. Vergl. oben Note 1 a. C.

⁶⁾ §. 194 der St.-D. u. §. 136 der L.-G.-D.

⁷⁾ §. 196 bezw. §. 138 daf. Die Vertretung der Armencaſſe ist der Armendeputation nicht gegeben.

⁸⁾ Vergl. Erf. d. D.-G. Wolf, 2. Sen. v. 19. Oct. 1867 i. S. Finanzcollegium c. Stadt Plattenburg.

lich überwiesen werden⁹⁾. Reichen diese Mittel nicht aus, so ist die Gemeinde beitragspflichtig¹⁰⁾.

Die geleisteten Unterstützungen sind übrigens insofern nur als Vorschüsse zu betrachten, als sie von den unterstützten Armen selbst, sowie von den alimentationspflichtigen Anverwandten oder von den Erben derselben im Wege der Klage zurückverlangt werden können¹¹⁾.

Den Religionsgesellschaften, den Stiftungen und sonstigen juristischen Personen ist in allen Fällen die Verwaltung des ihnen zugehörigen Armenvermögens belassen¹²⁾.

II. Die Beamten=Wittwen= und Waisen=Versorgungs=Anstalt¹³⁾, welche den Ehefrauen und Kindern der Theilnehmer eine dem Ein-

⁹⁾ §. 197 bezw. §. 139, l. c. — Zu den zufälligen Einnahmen gehören insbesondere die milden Steuern bei frommen Begebenheiten (landesh. Auschr. vom 14. Aug. 1745 u. Verordn. v. 28. Dec. 1746; Steinacker, Promt. I, 29 u. 32), früher auch gesundene Sachen, wenn der Verlierer sich nicht fand und der Finder verzichtete oder sein Anrecht verwirkte, wie nach §. 19 des Forststrafges. eingezogenen Sachen. Die Polizeistrafgelder fließen dagegen nicht mehr in die Ortsarmencassen (vergl. aber B. St.-G. v. 23. März 1899, §. 10, Z. 5), ebensowenig die sogen. Abgaben f. Armen- u. Wegeverbesserungscasse (vergl. unten §. 31). Die städt. Armenkasse in Braunschweig erhält nach dem VIII. Landtagsabsch. v. 9. Sept. 1858, Anl. D, Art. 10 vom Staate jährlich 7800 Rthlr. in quartaligen Quoten aus dem Reinertrage des Kloster- und Studienfonds und ferner anstatt gewissen früheren Spenden von den Klöstern Riddagshausen und St. Crucis jährlich 250 Thlr., statt Holz 320 Thlr. und außerdem noch 500 Thlr. — Ob die in die Kirchenbecken, welche seit dem Consist.-Auschr. vom 23. Oct. 1844 (Ges.- u. Verordnungs-J. Nr. 48) an Stelle der Klingelbeutel getreten sind, gezahlten Gelder ausschließlich der Kirche zu Gute kommen oder ganz oder theilweise in die Kirchenarmencasse fließen, richtet sich nach dem Herkommen. Vergl. Kirchenordn. v. 1569, Cap. I; Verordn. v. 14. Dec. 1743, §. 1 (Steinacker, Promt. II, 42 f.); Refcr. d. Consist. v. 19. Dec. 1829 (Bege, Repert. III, 275). Vergl. v. Schmidt-Philadelph., Br. Kirchenr., S. 313, Note 1 und Consist.-Auschr. v. 12. Jan. 1853, Nr. 3.

¹⁰⁾ §. 197 bezw. §. 139, a. a. O. Art. 103 G. B. G.-B. S. unten §. 58.

¹¹⁾ §. 200 bezw. §. 142, a. a. O. Vergl. Zeitschr. f. R. VIII, 100; XLV, 131; auch I, 142 u. XII, 68.

¹²⁾ §. 10 des Br. Ausführungsgef. v. 5. Juni 1871. Den in einzelnen Städten oder für gewisse Einwohnerclassen bestehenden Privatarmenanstalten sind in der Regel die Rechte milder Stiftungen beigelegt. Vergl. auch Steinacker, Br. Privatr., S. 190, Note 9.

¹³⁾ Dieselbe wurde durch Verordn. v. 27. Juni 1743 (Schneider, Repert. I, 237 f.) in der Weise begründet, daß von den aus Cammer-, Kriegs-, Kloster-, landschaftlichen, städtischen und landesherrlichen Cassen zu zahlenden Besoldungen 2 Proc. abgezogen werden sollten, um daraus den Wittwen und Waisen der besoldeten Beamten Unterstützungen zu gewähren. Durch Verordn. v. 30. März 1775 erhielt das Institut, unter Ausschließung der Militär-, städtischen, Schul- und Kirchendiener, eine neue Organisation. Durch Verordn. v. 20. Nov. 1777 wurden die Kirchen- und Schuldiener, sowie die städtischen Bedienten wieder aufgenommen und durch Landtagsabschied v. 11. Juli 1823, Art. 23 die separat gebildete landschaftliche Wittwencasse mit der Wittwen- und Waisencasse für herrschaftliche Beamte wieder vereinigt. Verwaltet wurde die Casse durch zwei fürstliche und einen landständischen Deputirten, seit 1832 aber durch das Finanzcollegium. Eine völlige Neuorganisation unter Aufhebung aller älteren Vorschriften erfolgte durch Gef. v. 18. Juli 1837,

kommen der letzteren und den davon geleisteten Beiträgen entsprechende Pension auf den Todesfall des Ehemannes und Vaters sichern soll, hat alle Rechte und Freiheiten einer öffentlichen Anstalt. Die Rechtsverhältnisse derselben werden durch Gesetz vom 22. März 1876 und 20. Februar 1899 geregelt ¹⁴⁾.

Verwaltet und vertreten wird die Anstalt von dem Herzogl. Finanzcollegium. Das bisher bei der Anstalt angesammelte und das anzusammelnde Capitalvermögen soll vorläufig in seinem Bestande erhalten werden. Reichen die regelmäßigen Einkünfte ¹⁵⁾ nicht aus, so ist das Fehlende aus Staatsmitteln zu ersetzen ¹⁶⁾.

Ueber den Zweck dieser Anstalt und die neuerdings sehr eingeschränkte Pflicht zur Theilnahme wird unten in §. 42 gehandelt werden.

III. Die Landespfarrwittwenversorgungsanstalt ¹⁷⁾ ist eine mit juristischer Persönlichkeit begabte Anstalt, welche durch Gesetz vom 15. April 1889 begründet ist ¹⁸⁾ und den Zweck hat, den Wittwen und Waisen der Geistlichen angemessene Pensionen zu gewähren ¹⁹⁾. Sie wird verwaltet vom Herzogl. Consistorium ²⁰⁾. Der Grundfonds ist durch Vereinigung des angesammelten Capitalvermögens der Pfarrwittwenhäuser gebildet ²¹⁾. Die regelmäßigen Einnahmen bestehen aus den Zinsen dieses Grundvermögens, aus den Reinüberschüssen der Pfarrwittwenhäuser und den laufenden Beiträgen der Mitglieder der Anstalt ²²⁾. Die Anlage oder Hinterlegung der Capitalien geschieht wie bei den Kirchencapitalien ²³⁾. Zur Theilnahme verpflichtet sind regelmäßig alle Geistlichen ²⁴⁾. Das Eintrittsgeld besteht aus $\frac{1}{12}$, der jährliche Beitrag aus $3\frac{1}{2}$ Procent des Einkommens ²⁵⁾.

Nr. 31, woneben die späteren Bestimmungen der Ges. v. 9. Sept. 1848, Nr. 42, v. 13. April 1849, Nr. 15, v. 6. Juli 1853, v. 31. Dec. 1858, Nr. 19, v. 8. April 1864, Nr. 17, v. 20. Dec. 1869, Nr. 92, v. 18. April 1873, Nr. 22, und v. 18. Sept. 1874, Nr. 48 zu vergleichen sind; siehe auch Steinacker, Br. Privatr., a. a. D. Die letzte umfassende Organisation erfolgte durch Ges. v. 22. März 1876, Nr. 30, welches im Wesentlichen bis zu dem abändernden Ges. v. 20. Febr. 1899, Nr. 9 gegolten hat. Für die Predigerwittwen und Waisen ist demnächst eine eigene Anstalt begründet (s. unten III.).

¹⁴⁾ Ges.- u. Verordnungsbl., Nr. 30, f. §. 1 daf. u. Ges. u. B. Nr. 9.

¹⁵⁾ Diese bestehen in den Capitalzinsen, den Beiträgen und den regelmäßigen Zuschüssen der Hauptfinancasse.

¹⁶⁾ §§. 1, 2, 3, l. c.

¹⁷⁾ Vergl. v. Schmidt-Biseldorf, Br. Kirchenr., §. 109. S. auch Not. Br. Ausf. B. G.-B. S. 6 und Rhamm, Br. Verfassungsge., S. 265 b.

¹⁸⁾ Ges.- u. Verordnungsbl., Nr. 22. Eröffnet ist die Anstalt nach der Verordn. v. 26. Juni 1889, Nr. 32 am 1. Aug. 1889.

¹⁹⁾ §§. 1 u. 5, l. c.

²⁰⁾ §. 1, l. c.

²¹⁾ Die Pfarrwittwenhäuser sind meistens aufgelöst, aber nicht grundsätzlich aufgehoben. Vergl. oben §. 19, II, 2.

²²⁾ §. 6, l. c. Vergl. auch oben §. 19, II, 2.

²³⁾ §. 4, Absf. 6, l. c. S. oben §. 19, I, 2 e.

²⁴⁾ §§. 9, 10, 11, l. c.

²⁵⁾ §. 22, l. c.

IV. Die Landesbrandversicherungsanstalt²⁶⁾, welche nach dem Gesetze vom 5. April 1886 organisiert ist, hat die Rechte einer juristischen Person²⁷⁾. Vertreten und verwaltet wird dieselbe unter Aufsicht des Staatsministeriums durch das Finanzcollegium²⁸⁾. Daneben ist in manchen Angelegenheiten die Zustimmung des Ausschusses der Landesversammlung erforderlich, insbesondere wenn Anleihen zur Deckung außerordentlicher Brandschäden aufgenommen oder wenn wegen Inanspruchnahme des Reservefonds um mehr als 20 Proc. erhöhte Beiträge oder wegen erfolgter Aufnahme von Anleihen um mehr als 50 Proc. erhöhte Beiträge und Zuschläge erhoben werden sollen²⁹⁾. Zur Sicherstellung ihrer Verpflichtung besteht für die Anstalt ein bei der Leihhausanstalt verzinslich zu belegender Reservefonds, in den alle Jahresüberschüsse, verfallene Brandentschädigungen, die Eintrittsgelder mit 40 Pfg. von je 100 Mk. Neuversicherung oder Versicherungserhöhung und die sonstigen Einnahmen fließen³⁰⁾. Aufnahmeberechtigt sind alle im Herzogthume belegenen Gebäude, soweit dieselben nicht wegen besonderer Feuergefährlichkeit oder im Verordnungswege ausgeschlossen sind³¹⁾. Die Versicherung aufnahmefähiger Gebäude in anderen Anstalten ist unter Ungültigkeit des abgeschlossenen Versicherungsvertrages mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. bedroht³²⁾. Der für ein Gebäude zu zahlende Beitrag bemisst sich nach der Angehörigkeit des Gebäudes zu einer der fünf mit Rücksicht auf die verschiedene Feuergefährlichkeit begründeten Classen³³⁾. Die Beiträge, welche das Vorrecht der öffentlichen Lasten genießen, werden im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens

²⁶⁾ Die Anstalt, über deren Rechtspersönlichkeit Not. z. Br. Ausf., S. 6 zu vergleichen sind, ist durch Bestätigung ihrer ersten Statuten mittelst Verordn. vom 18. Juli 1753 (Schneider, Repert. I, 118 bis 126) begründet. Im Verlaufe der Zeit sah man sich genöthigt, diese Verordn. vielfach gesetzlich zu modificiren und zu declariren. Außer dem, daß die Besitzer der Bauernhöfe gezwungen waren, ihre Gebäude in dieser Gesellschaft zu versichern, bestand kein Zwang zum Beitritt, wie es denn auch den übrigen Landeseinwohnern gestattet war, einer ausländischen Assecuranz beizutreten. Das Ges. Nr. 35 v. 24. Juli 1837 organisirte die Anstalt neu. Danach wurde die Anstalt unter Aufsicht des Staatsministeriums vom Finanzcollegium verwaltet. Versicherungszwang bestand auch zunächst nur für die Bauernhöfe, doch war es auch den übrigen Besitzern aufnahmefähiger Gebäude bei Strafe bis 50 Thlr. untersagt, in einer fremden Versicherungsgesellschaft zu versichern. Nachdem sodann die Zwangspflicht der Bauernhöfe durch §. 1 des Ges. v. 9. Aug. 1849, Nr. 28 aufgehoben und durch dieses Ges. und diejenigen v. 21. Dec. 1857, Nr. 53 und v. 24. April 1867, Nr. 22 einige andere Abänderungen getroffen worden waren, hat die Anstalt durch Ges. v. 5. April 1886, Nr. 20 eine zeitgemäße völlige Umgestaltung erfahren. — Vergl. auch v. Liebhaber, Einleitung II, 201; Steinacker, Br. Privatr., S. 300.

²⁷⁾ §. 2, Abf. 1, l. c.

²⁸⁾ §. 2, Abf. 2, l. c.

²⁹⁾ §. 2, Abf. 4, l. c. Vergl. mit §. 41 daj.

³⁰⁾ §. 39, l. c.

³¹⁾ §. 4, l. c. Das Nähere über den Versicherungsvertrag siehe unten im Obligationenrecht, §. 43.

³²⁾ §. 3, l. c.

³³⁾ §. 31, l. c.

eingezogen³⁴⁾. Die bei Schadenfeuer gezahlten Entschädigungsgelder sind regelmäßig zur Wiederherstellung bezw. zum Wiederaufbau des Gebäudes zu verwenden³⁵⁾.

V. Die Herzogl. Leihhausanstalt³⁶⁾ ist eine staatlich garantirte Landescreditanstalt zur verzinslichen Geldan- und ausleihe und zur Annahme von Depositen³⁷⁾. Sie besitzt eigenes vom eigentlichen Staatsvermögen innerlich und äußerlich getrenntes Vermögen und ist daher eine juristische Person³⁸⁾. Die Rechtsverhältnisse werden durch das Gesetz vom 20. August 1867 geregelt³⁹⁾.

³⁴⁾ §§. 37, Abs. 1, 38, l. c. Vergl. unten §. 90. Die Vorrechte bestehen hauptsächlich darin, daß die Beitragslasten auch ohne Eintragung im Grundbuche ein dingliches Recht am versicherten Grundstücke geben (§. 38 Br. Ausf. B. G.-B.; früher §. 18 G.-E.-G.), daß zweijährige Rückstände derselben ein Vorrecht bei der Subhaftation haben (§. 38, Abs. 5 u. §. 42 l. c.; früher §. 79 Sub.-O.), daß rückständige Beiträge aus dem letzten Jahre zu den privilegierten Concursforderungen gehören (Reichs-Conc.-Ordn. §. 54, 3).

³⁵⁾ §. 25, l. c. Vergl. §. 56, II Br. Ausf. B. G.-B.

³⁶⁾ Die Leihhausanstalt ist zunächst nur in der Stadt Braunschweig und mit einem beschränkteren Zweck, nämlich dem des Darlehens auf Handpfänder, durch die Leihhausordn. v. 9. März 1765 (Schneider, Repert. II, 41 ff.; Frederksdorff, Promt. IV, 200; Steinacker, Promt. II, 90) begründet. Daneben sind besondere Leihhäuser in Mantenburg durch Verordn. v. 4. Dec. 1787 (Frederksdorff, Promt. IV, 266; Steinacker, Promt. II, 96; Schneider, Repert. II, 467 ff.), in Holzminden durch Verordn. v. 22. Jan. 1784 (Steinacker, Promt. II, 99; Schneider, Repert. I, 398 f.) errichtet und mit der Braunschw. Anstalt in Verbindung gesetzt, nachdem in Holzminden schon seit 27. April 1754 eine selbständige Leihhausanstalt bestanden hatte. Nachdem dann noch durch Verordn. Nr. 6 v. 5. März 1828 ein Leihhaus in Helmstedt und durch Verordn. v. 5. Dec. 1839, Nr. 31 ein solches in Gandersheim eingerichtet war und die Leihhausanstalten nebst deren Forderungen und Schulden durch §. 186 d. Land.-Gr.-Ges. v. 12. Oct. 1832 auf den Staat übernommen und dem Finanzcollegium unterstellt waren, wurde eine Neuorganisation durch Ges. v. 7. März 1842, Nr. 63 eingeführt. Die letzte Umgestaltung hat das Institut, zu welchem hiernach noch die Leihhausadministration zu Wolfenbüttel getreten ist, durch Gesetz, die Reform der Herzogl. Leihhausanstalt in ihrer Eigenschaft eines unter Gewähr des Staates stehenden Landescreditinstitutes betr., v. 20. Aug. 1867 erfahren. Dieses Gesetz ist mit wenigen, durch Ges. v. 10. Juli 1881, Nr. 27 und bezüglich der §§. 13 u. 14 durch Br. Ausf. B. G.-B. §. 118, 3. 78 geschaffenen Veränderungen noch heute in Geltung.

Vergl. v. Liebhafner, Einl. II, 210; Steinacker, Br. Privatr., S. 216 ff.

³⁷⁾ §. 1 des Ges. v. 20. Aug. 1867, Nr. 72.

³⁸⁾ Plenarbericht d. Herzogl. Oberlandesger. in Zeitschr. f. Rechtspf. XXXVI, 100. Die Anstalt besitzt von jeher namentlich eigene Forderungen, eigene Schulden und sonstiges eigenes Gut. (Vergl. Verordn. v. 18. Dec. 1815, Nr. 22, v. 19. Dec. 1816, Nr. 16; Ges. v. 12. Oct. 1832, Nr. 29, §. 10; Ges. v. 7. März 1842, Nr. 63, §§. 1, 2; Ges. v. 20. Aug. 1867, Nr. 72, §§. 1, 2, 16; Ges. v. 10. Juli 1881, Nr. 27, §. 1.) Die Gesetze erklären ausdrücklich nicht nur, daß auch Grundstücke der „Herzogl. Leihhausanstalt“ verpfändet und käuflich von ihr erworben werden können, sondern auch, daß die „für die Anstalt erworbenen“ Grundstücke baldigst wieder veräußert werden sollen (Ges. v. 20. Aug. 1867, §§. 19, 1, 25, 27). An der juristischen Persönlichkeit der Anstalt besteht daher kein Zweifel. Ebenso Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 6 u. 170.

³⁹⁾ Vergl. vorige Anm. am Ende.

Das Grundvermögen der Anstalt soll in seinem Bestande erhalten und daher ein an demselben etwa sich ergebender Verlust aus den Mitteln der Herzogl. Hauptfinanzcasse ersetzt werden ⁴⁰⁾. Die Anstalt wird vom Herzogl. Finanzcollegium, Abtheilung für Leihhausachen, verwaltet und in ihren rechtlichen und administrativen Beziehungen vertreten. Insbesondere hat diese Behörde die Anträge auf Darlehen zu entscheiden, die Zahlung verwilligter Darlehenssummen zu verfügen, die über Gegenstände ihrer Verwaltung zu führenden Prozesse zu leiten und, soweit es zur Deckung einer Leihhausforderung oder zur Abwehr von Verlusten erforderlich ist, den Ankauf eines verpfändeten Grundstückes für die Anstalt anzuordnen ⁴¹⁾. Gegen diese Verfügungen findet Recurs an das Staatsministerium statt ⁴²⁾. Den Gerichten gegenüber wird das Herzogl. Leihhaus zu Braunschweig durch Herzogl. Finanzcollegium, Abtheilung für Leihhausachen, unmittelbar, in den übrigen Kreisstädten aber durch die betreffenden Leihhausadministrationen vertreten ⁴³⁾.

VI. Die übrigen Anstalten, welche im Herzogthume bestehen, sind, soweit ihnen nicht ausdrücklich durch Gesetz das Recht einer milden Stiftung beigelegt ist ⁴⁴⁾, keine juristischen Personen. Dieses gilt sowohl von den privaten als von den communalen und staatlichen Anstalten. Insbesondere haben die staatlichen Lehranstalten, wie schon hervorgehoben ⁴⁵⁾, Rechtssubjectivität nicht. Auch die aus der ehemaligen Besserungsanstalt hervorgegangene Erziehungsanstalt „Wilhelmsstift zu Bevern“ ⁴⁶⁾, sowie die Landesirrenanstalt zu Königsutter ⁴⁷⁾ sind keine Anstalten mit juristischer Persönlichkeit ⁴⁸⁾. In

⁴⁰⁾ §. 1 d. Gef. v. 10. Juli 1881, Nr. 27. Die Grundstücke sind nach §. 1 Br. Verordn. zur R.-G.-B.-O. nicht buchungspflichtig. Vergl. unten §. 73.

⁴¹⁾ §§. 26, 27 vergl. mit §. 25 des Gef. v. 1867. Veräußerungen der für die Anstalt erworbenen Grundstücke und Cessionen von Activforderungen soll Herzogl. Finanzcollegium, Abtheilung für Leihhausachen, nur dann ohne höhere Ermächtigung vornehmen dürfen, wenn solches ohne Verlust an dem angelegten Capitale und den rückständigen Zinsen geschehen kann. §. 27, Abs. 3. Indessen kann die fehlende Ermächtigung nicht die Ungültigkeit des fragl. Vertrages, sondern nur Ersatzpflicht der Behörde begründen, da diese unter eigener Verantwortlichkeit handelt. Ueber Leihhausdarlehen vergl. unten §. 37.

⁴²⁾ §. 27, Abs. 4, l. c.

⁴³⁾ §. 18, l. c. Die Leihhausadministrationen haben in den Fällen, die der ausschließlichen Verfügung oder Beschlussfassung des Finanzcollegiums, Abtheilung f. Leihhausachen, bedürfen, also für Darlehensauszahlungen, Ankauf und Veräußerung von Grundstücken und Proceßführung, die erforderliche Genehmigung den Gerichten beizubringen.

⁴⁴⁾ In diesem Falle sind aber die Anstalten nicht Anstalten im juristischen Sinne, sondern Stiftungen (Zweckvermögen). Hierher ist beispielsweise die braunschw. Lebensversicherungsanstalt zu rechnen: Zeitschr. f. Rechtspf. XXXVI, 139.

⁴⁵⁾ Siehe oben §. 19, III, Note 100.

⁴⁶⁾ Die „Besserungs- und Arbeitsanstalt“ zu Bevern ist durch Gef. v. 29. Juli 1833, Nr. 29 begründet und durch Gef. v. 22. Dec. 1870, Nr. 118 in eine Erziehungsanstalt unter dem Namen „Wilhelmsstift“ umgewandelt worden. Die Anstalt hat hauptsächlich den Zweck der Zwangserziehung verwahrloster Kinder. Ueber die Verwaltung der Anstalt s. Verordn. v. 9. Juni 1894, Nr. 27.

⁴⁷⁾ Begründet gemäß Reglement v. 7. April 1866. Dieses Reglement ist durch dasjenige v. 15. Dec. 1884 aufgehoben und ersetzt (Gef. u. Verordnungsgef. Nr. 45).

manchen Fällen wieder wird es zweifelhaft sein, ob eine Anstalt oder ein Stiftung anzunehmen ist ⁴⁹⁾).

§. 21.

Die Stiftungen.

Alle die zahlreichen, durch Specialacte landesherrlicher Verleihung mit den Rechten einer milden Stiftung ¹⁾ begabten Zweckvermögen nach ihren Statuten darzustellen oder sie auch nur aufzuzählen ²⁾, würde dem Zwecke dieser Darstellung nicht entsprechen. Selbst rücksichtlich derjenigen milden Stiftungen, deren Statuten ihrer größeren allgemeinen Bedeutung wegen in der Gesetz- und Verordnungsammlung Aufnahme gefunden haben ³⁾, muß ein Hinweis auf diese genügen. Einer eingehenderen Erörterung an diesem Orte bedürfen nur die folgenden durch Gesetz geregelten Stiftungen.

I. Der Emeritirungsfonds, welcher die Zahlung von Ruheeinkommen an die Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche bezweckt ⁴⁾, hat alle Rechte und Pflichten einer milden Stiftung ⁵⁾. Derselbe wird von dem Consistorium activ und passiv vertreten und nach näherer Maßgabe der im Verordnungs- oder Verwaltungswege getroffenen Vorschriften von diesem

⁴⁹⁾ Beide Anstalten haben zwar durch Gesetz (Note 46 f.) bzw. Reglement eine gewisse Verfassung erhalten, wonach beide Anstalten durch einen besonderen Director, und zwar die erstere unter Oberaufsicht der Herzogl. Kreisdirection Holzminden, die letztere unter der des Herzogl. Oberjanitätscollegiums verwaltet werden. Indessen ist ihnen das Recht einer juristischen Persönlichkeit weder unmittelbar noch mittelbar durch Anerkennung von Vermögensrechten derselben beigelegt. Die zu Zwecken der Anstalt bestimmten Grundstücke und sonstigen Vermögensgegenstände stehen daher direct im Eigenthum des Fiskus, der auch in allen Processen allein activ und passiv legitimirt erscheint.

⁴⁰⁾ Dies gilt z. B. rücksichtlich des Emeritirungsfonds für Geistliche. Siehe unten §. 21, I. Wenn auch das B. G.-B. den Unterschied zwischen Anstalten und Stiftungen beseitigt hat, so gilt dies doch nicht für das Gebiet der Vorbehalte (vergl. oben §. 2, Note 6), auch nicht für das öffentliche Recht. Das B. G.-B. unterscheidet vielmehr in §. 89 ausdrücklich bei den juristischen Personen des öffentl. Rechts zwischen „Stiftungen“ und „Anstalten“.

¹⁾ Die allgemeinen Grundsätze über die milden Stiftungen siehe oben in §. 14. Vergl. auch v. Liebhäber, Einl. II, 116; Steinacker, Br. Privatr., S. 182 ff.

²⁾ Zusammenstellungen der älteren milden Stiftungen finden sich in Bege's Repert. IV, 185 f.; V, 110; VI, 134; VII, 45; IX, 401; die in den Jahren 1870 bis 1883 begründeten milden Stiftungen finden sich in Winter, Sachregister z. Ges. u. Verordnungsfl. S. 80 f. zusammengestellt; die neueste Zusammenstellung bringt das amtl. Sachregister zur Ges. u. Ver. 1896, S. 112 ff.

³⁾ Beispielsweise f. „Herzog Wilhelm-Asyl“ für erwachsene Blinde des Herzogthums i. Ges. u. Verordnungsfl. Nr. 27 v. 1882.

⁴⁾ Kirchengel. v. 1. Dec. 1882, Nr. 46, die Emeritirung und das Ruheeinkommen der Geistlichen betr., §. 1. Vergl. auch allgemein: v. Schmidt-Whiseldack, Br. Kirchenr., §. 108.

⁵⁾ Ges. v. 1. Dec. 1882, Nr. 45, das Ruheeinkommen der emerit. Geistlichen betr.

unter Mitwirkung des Finanzcollegiums verwaltet⁶⁾. In den Emeritirungsfonds fließen

1. die dauernden, je nach der Höhe des vom Consistorium zu schätzenden bzw. festzustellenden Diensteinkommens auf $\frac{1}{2}$ bis 2 Proc. bestimmten Beiträge⁷⁾,
2. die Eintrittsgelder im Betrage von 2 bis 5 Proc. des Einkommens⁸⁾,
3. die acht Jahre lang nach der Emeritirung eines Pfarrinhabers von der Pfarre zu leistenden Abgaben im Betrage von der Hälfte des den Minimalgehalt übersteigenden Einkommens⁹⁾,
4. die nach Deckung aller Verwaltungskosten und observanzmäßigen Lasten verbleibenden Ueberschüsse aus der Pfarrvacanzcasse¹⁰⁾,
5. die Zinsen und Einkünfte der ihm gehörigen Capitalien und sonstigen Vermögensobjecte,
6. die ihm durch Schenkung gemachten Zuwendungen¹¹⁾,
7. die ihm staatsseitig bis zum Maximalbetrage von 33 000 Mk. jährlich bewilligten, aus der Klosterreinertragscasse zu zahlenden Zuschüsse¹²⁾.

Der Anspruch auf ein Ruheeinkommen aus diesem Fonds wird begründet durch Einführung in das Amt und beginnt mit der Emeritirung¹³⁾, er erlischt, abgesehen vom Tode des Berechtigten, aus mehreren Gründen der Unwürdigkeit¹⁴⁾. Der Rechtsweg ist überall zulässig, soweit es sich nicht um Entscheidungen über die Versetzung in den Ruhestand, über den Betrag des anschlagsmäßigen Pfarreinkommens, sowie über den Betrag der dauernden Pfarrbeiträge und der zeitweiligen Pfründenabgaben handelt¹⁵⁾.

II. Der aus dem Vermögen der ehemaligen Klöster¹⁶⁾ und der früheren

⁶⁾ §. 1 des Gef. v. 1. Dec. 1882, Nr. 45. Die Grundstücke des C. sind nicht buchungspflichtig (§. 1 Br. Ver. z. R.-G.-B.-D.). Vergl. unten §. 73.

⁷⁾ §§. 9, 1, 10, 11 des Kirchenges. v. 1. Dec. 1882, Nr. 46.

⁸⁾ §§. 9, 2, 13, 1. c.

⁹⁾ §§. 9, 3, 14, 1. c.

Die unter 1., 2. und 3. genannten Beiträge unterliegen der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren, §. 4 des Gef. v. 1. Dec. 1882, Nr. 45.

¹⁰⁾ §§. 9, 4, 15 des Gef. v. 1. Dec. 1882, Nr. 46; vergl. oben §. 19, II, 2, Note 94.

¹¹⁾ §§. 9, 5 u. 6, 1. c.

¹²⁾ §. 9, 7, 1. c. §. 2 des Gef. v. 1. Dec. 1882, Nr. 45.

¹³⁾ §. 1 des Kirchenges. v. 1. Dec. 1882, Nr. 46.

¹⁴⁾ §. 17, 1. c. Die Gründe sind: Verurtheilung zu Zuchthaus, Ehrverlust oder Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter, Annahme von Aufträgen auswärtiger Staaten oder Kirchenregierungen ohne Genehmigung des Consistoriums, Fortzug aus dem Deutschen Reiche ohne gleiche Erlaubniß, unbegründete Weigerung des Emeritirten, ein seinen Kräften angemessenes, nicht schlechter als seine letzte Stelle dotirtes Amt wieder anzunehmen.

¹⁵⁾ §. 6 des Gef. v. 1. Dec. 1882, Nr. 45.

¹⁶⁾ Mit Einführung der Reformation im Herzogthume traten auf Verlangen der Landesregierung nach und nach auch die Prälaten der bestehenden Stifter und Klöster mit wenigen Ausnahmen zum Protestantismus über. Die Klosterpersonen erhielten theils Anstellung als Prediger, theils blieben sie im Kloster. In einigen Klöstern wurden Schulen eröffnet. Die Klostergüter blieben größtentheils unter der Verwaltung der Prälaten mit deren Verpflichtung zur Rechnungsablage und Ueber-

Universität Helmstedt¹⁷⁾ gebildete, sogen. „Vereinigte Kloster- und Studienfonds“¹⁸⁾, ist ein personificirter, aus Rechten und Verbindlichkeiten zusammengesetzter Vermögensbegriff, mit anderen Worten eine Stiftung mit Rechtspersönlichkeit¹⁹⁾. Die Grundstücke bedürfen der Eintragung im Grundbuche nicht²⁰⁾. Der Reinertrag hat den Zweck, für Kirchen, Bildungsanstalten und wohlthätige Zwecke verwendet zu werden. Das fest umgrenzte Stiftungsvermögen ist weder Staatsgut noch Cammergut und wird deshalb getrennt von beiden unter besonderer Mitwirkung der Stände verwaltet und kann ohne deren besondere Zustimmung weder im Ganzen noch in einzelnen Theilen veräußert werden²¹⁾. Verwaltet und vertreten wird der Kloster- und Studienfonds durch die Herzogl. Cammer, indessen unter dem ausdrücklichen Vorbehalte des jederzeitigen Widerrufs und der Uebertragung auf eine andere

weisung der Ueberschüsse zu kirchlichen oder wissenschaftlichen Zwecken. Durch den 30jährigen Krieg trat eine Verarmung der Klöster ein, welche die Klosterordn. des Herzogs August v. 12. März 1655 nebst Declaration v. 12. Juli 1704 zu heben suchte. Die Administration der Klostergüter wurde nun den Prälaten entzogen und einer „Klosterathsstube“ übertragen. Sämmtlichen Klosterpersonen wurde ein festes Einkommen zugesichert, während die Klosterschulen allmählich eingingen und den Klöstern nur theilweise die Verpflichtung verblieb, die Stadtschulen (Gymnasien) zu unterstützen. Auf Grund des Reichsdeputationshauptschlusses v. 25. Febr. 1803 wurden die Stifter St. Blasii und St. Cyriaci zu Braunschweig, sowie die Abtei Gandersheim und das Kloster St. Ludgeri vor Helmstedt aufgehoben. Während der westphälischen Regierungsperiode wurden durch Königl. Decr. v. 1. Dec. 1810 alle übrigen Klöster und Stifte zu den Domänen gezogen. Nach Wiederherstellung der rechtmäßigen Regierung blieb die Aufhebung bestehen, die Verwaltung wurde der Herzogl. Cammer, die an Stelle der Klosterathsstube getreten, übertragen und die den Prälaten ausgehenden Einkommen, sowie die den Kirchen, Pfarr- und Schulstellen früher verwilligten Zuschüsse wieder auf die Klostergüter übernommen, gemäß dem Landtagsabsch. v. 11. Juli 1823, §§. 25, 27 u. 29. Vergl. auch v. Lieber, Einl. II, 131 ff.

¹⁷⁾ Die Universität Helmstedt (Juleum) ist i. J. 1574 durch Herzog Julius begründet und durch die westphälische Regierung i. J. 1809 wieder aufgehoben. — Die Güter und sonstigen Einkünfte der Universität wurden gemäß Art. 33 d. Landtagsabsch. v. 11. Juli 1823 von der fürstl. Cammer, Section f. Klostersachen, verwaltet und zum Besten der Schul- und Unterrichtsanstalten, zur Beförderung der Studien überhaupt und zur Bestreitung der Kosten der für hiesige Landeskinder zu Göttingen gestifteten Freitische verwendet.

¹⁸⁾ Die Vereinigung der beiden Fonds ist erfolgt gemäß §§. 219 ff. der Neuen Landtagsabsch. — Die Stifter St. Blasii und St. Cyriaci sind aber nach §. 163 das. gleich der Abtei Gandersheim und dem Kloster St. Ludgeri mit allen Gütern und Gerechtsamen vorbehaltlich der den Präbendaren ausgesetzten Pensionen zum Cammergute geschlagen (vergl. oben Note 16 a. E.). Neuerdings ist der Kloster- u. Studienfonds erweitert durch Ueberweisungen aus dem Erlös der Br. Staatsseisenbahnen, wofür aber dem Fonds besondere neue Verpflichtungen auferlegt sind. Das Nähere gehört ins Staatsrecht.

¹⁹⁾ Zustimmung Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 170. Plenarber. des Herzogl. Oberlandesger. i. Btsh. f. Rechtspf. XXXVI, 99 f. Otto, Br. Staatsr., S. 128; v. Schmidt-Philfeld, Br. Kirchenr., S. 277; Rhamm, Br. Verfassungsgef., S. 268 f.

²⁰⁾ §. 1 der Br. Verordn. z. R.-G.-B.-D. f. unten §. 73.

²¹⁾ R. L.-Ordn. §. 224.

Behörde²²⁾. Veräußerungen unterliegen denselben Beschränkungen wie das Cammergut²³⁾.

§. 22.

Der Staat.

1. Von dem Staate im weiteren Sinne, der die Grundlage der Hoheitsrechte und der Staatsgewalt bildet, ist der *Fiscus* zu unterscheiden¹⁾. Dieser, d. h. der Braunschweigische Landesfiscus, ist der Träger aller des Vermögen und die Einkünfte des Staats²⁾ betreffenden Rechte und Verbindlichkeiten und als solcher eine juristische Person³⁾. Das Staatsvermögen ist ein einheitliches, mag es in beweglichen oder unbeweglichen Gütern bestehen und

²²⁾ R. L.-Ordn. §§. 219, 220; Gef. v. 12. Oct. 1832, Nr. 28, §§. 7, 9, 12, 13, 15, 16; Gef. v. 12. Oct. 1832, Nr. 29, §§. 13, 18, 3. 3, 27; 3. 3, 32. Ist aber der Anspruch des Kloster- und Studienfonds gegen die Herzogl. Cammer selbst, als verpflichtetes Subject gerichtet, so muß, da §. 29 B. G.-B. nur auf privatr. jur. Pers. Anwendung findet, das Staats-M. für berechtigt angesehen werden (vergl. §. 22, Note 30), falls nicht nach §. 57 C.-Pr.-O. Abhülfe geschafft werden kann, eine andere Behörde mit der Vertretung zu beauftragen. Für Curatel oder Pflegschaft, womit man sich früher half, ist jetzt kein Platz mehr.

²³⁾ Siehe oben §. 8.

¹⁾ Dieser sogenannte Dualismus im Fiscus-Problem (vergl. v. Rönne, Staatsr. III, 583 f.; auch Windscheid, Pand. I, S. 151; Dernburg, Pand. I, S. 143) ist zwar neuerdings vielfach bestritten (Laband, D. Staatsr. II, S. 802 ff.; Becker, Pand. I, 239 f.; Meyer, D. Verwaltungsr. II, 177; D. Mayer, D. Verwaltungsr. I, S. 142), ist aber von dem B. G.-B. durch den Gegensatz von §. 89 und Art. 77 des Einf.-Gef. ausdrücklich anerkannt und daher fortdauernd von Geltung (Hatzfeld, Die rechtliche Stellung des Fiscus im B. G.-B. 1899, S. 12).

Allein auch jetzt werden sich aus dem Dualismus noch immer Schwierigkeiten deshalb ergeben, weil häufig die Rechtshandlungen des Staates auf der Grenze beider Gebiete liegen, indem er Verwaltungsacte vornimmt, die sowohl als Ausfluß des staatlichen dominium, als auch des staatlichen imperium sich darstellen, so bei Entgegennahme von Depositen, Hinterlegung von Mündelgeldern u. s. auch den in R.-G.-Entsch. Civilf. XXXVII, S. 317 mitgetheilten Fall.

²⁾ Zu dem Grundvermögen des Staats gehören insbesondere die staatlichen Gebäude und die Staatsstraßen (s. unten §. 103), aber nicht das Cammergut (s. oben §. 8). Von der Stadt Braunschweig sind an den Staat durch Landtagsabsch. VIII, vom 9. Sept. 1858, Anl. II, Art. 1 folgende Grundstücke u. abgetreten: 1. Gut Wendhausen, 2. Wendhäuser Forst, 3. die Besitzungen und Gefälle aus dem vormaligen Amte Eich, 4. desgl. aus Schandelah, 5. Gut Weschelde nebst Zubehör, 6. die Mühlen zu Braunschweig, Delper u. Eisenbüttel mit Einschluß der Schlammnutzung, 7. die Gewölbe, sowie die Boutiquengelder und das Einkommen von den Meßständen, 8. die mit dem vormaligen Rathhause in der Altemwief verbundene Gerechtigkeit zum Weinshank, 9. noch folgende Gebäude: die Gewandhäuser, Neuenhof, Bachhof, Alte Waage, Högner Rathhaus, Zeughaus, Rathsapotheken, 10. die Landwehrthürme. — Von dem beweglichen Vermögen kommt außer den verpachteten Weserfähren hauptsächlich das Inventar der staatlichen Gebäude und Anstalten in Betracht. Zu den Einkünften gehören besonders: a) die Annuitäten aus dem Verkauf der Staats-Eisenbahnen (Otto, Braunsch. Staatsr., S. 128 c); b) der Ueberschuß des Reinertrags des Cammerguts (§§. 169, 172 R. L.-D.); c) die Steuern, Sporteln, Ge-

³⁾ §. 198 R. L.-D. Vergl. den Plenar-Bericht d. Herzogl. D.-L.-G. in der Zeitschr. f. R. XXXVI, 104 ff.

mögen die einzelnen Vermögensstücke den verschiedensten Staatsverwaltungszweigen zum Gebrauch überlassen sein⁴⁾. Der Kloster- und Studienfonds bildet jedoch, wie schon hervorgehoben⁵⁾, ebenso wie das Cammergut, ein vom Staatsvermögen gesondertes Gut, welches im Eigenthum eines selbständigen Rechtssubjects steht⁶⁾.

2. Das B. G.-B. hat den Fiskus, als Subject von Rechten und Pflichten, den Privatpersonen im Allgemeinen völlig gleichgestellt, insbesondere keine Privilegien⁷⁾ beseitigt⁸⁾. Der Landesgesetzgebung⁹⁾ vorbehalten sind nur noch die folgenden Vorrechte des Fiskus:

- a) Die Grundstücke des Staats bedürfen der Eintragung im Grundbuche nicht¹⁰⁾.
- b) Mit dem Erlöschen einer Stiftung fällt das Vermögen an den Fiskus, falls nicht die Verfassung der Stiftung etwas Anderes bestimmt hat¹¹⁾.
- c) Durch Strafurtheil können beschlagnahmte Sachen für den Staat verfallen erklärt werden und gehen mit der Rechtskraft des Urtheils in das Eigenthum des Staats über¹²⁾. Dasselbe gilt auch ohne Strafurtheil von Geschenken, die von Steuerbeamten pflichtwidrig angenommen worden sind¹³⁾.

⁴⁾ Einen vom Staatsfiskus verschiedenen Justiz-, Bau-, Militär-, Finanzfiskus u. giebt es in dieser Beziehung nicht. Wenn z. B. §. 110, Abf. 4 der R. L.-O. v. 12. Oct. 1832 von einem kostenpflichtigen „Gerichtsfiskus“ spricht, so ist damit keine von dem Landesfiskus selbständige jurist. Person gemeint. Die den einzelnen staatlichen Behörden oder Anstalten (denen keine juristische Persönlichkeit innewohnt) zur Benutzung angewiesenen Mobilien und Immobilien gehören nur dem Landesfiskus. Ueber dessen gerichtliche und außergerichtliche Vertretung f. unten §. 5.

⁵⁾ S. oben §. 21, 1, vergl. auch Note 2.

⁶⁾ S. oben §. 8, vergl. auch Note 2.

⁷⁾ Hierher gehörten namentlich die Bestimmungen a) daß der Fiskus von der Fälligkeit einer Forderung an ohne Mahnung Verzugszinsen verlangen konnte (L. 17, §. 5 Dig. de usuris 22, 1), b) daß der Fiskus keine Verzugszinsen bezahlen sollte (Verordn. v. 29. Oct. 1821, Nr. 12, §. 13), c) daß gegen ihn nur eine 40jährige Verjährung stattfand (Zeitschr. f. R. XIV; 205, XXIV, 125).

⁸⁾ Loening, Deutsche Jurist. Zeit. V, S. 9. Die processualen Privilegien waren schon durch §. 199, R. L.-O. beseitigt. Zeitschr. f. R. XIV, 205 f.; XXIV, 125 f.; Rhamm, Br. Verfassungsgef. S. 248, Note 1.

⁹⁾ Durch Reichsgesetz sind nach §§. 9, 14, 45, Abf. 3, 928, 1936 B. G.-B. Fiskusprivilegien aufgestellt.

¹⁰⁾ §. 1 Br. Verordn. z. R.-G.-B.-O. Das Nähere f. unten in §. 73.

¹¹⁾ §. 14 Br. Ausf. B. G.-B. Das B. G.-B. enthält keine Bestimmung darüber, an wen beim Schweigen der Stiftungsurkunde mit dem Erlöschen der Stiftung das Vermögen fällt (§. 88 B. G.-B.). Vergl. Mot. Br. Ausf., S. 13. Die Bestimmung über die Verwendung des Vermögens steht dem Herzogl. Staatsm. zu (§. 14, Abf. 2, l. c.).

¹²⁾ Von Landesgef. Bestimmungen, die hier allein in Frage kommen, sind hervorzuhellen: a) §. 10, §. 3, 5, P. Str.-G.-B. über verbotene oder nicht erlaubte Haus- und Tellerammlungen; b) §§. 7 u. 42, Forst- u. St.-G. über die beschlagnahmten Werkzeuge bezw. Bündholzmateriellen; c) §. 13, Jagd-P.-G. u. §. 50, Fischereiges. über beschlagnahmtes Wild bezw. Fische. S. auch unten §. 66.

¹³⁾ Ges. v. 23. April 1835, §. 26. S. unten §. 49.

- d) Bei erblosem Nachlaß ist der Fiscus alleiniger Erbe¹⁴⁾.
 e) Dem Staat ist das ausschließliche Recht vorbehalten, die Salz- und Soolquellen des Herzogthums zur bergwerksmäßigen Ausbeutung aufzusuchen¹⁵⁾.

Bei allen Schürfarbeiten oder bei der sonstigen Benutzung fremden Bodens mittelst des Bergbaus ist er von Stellung einer Sicherheitsleistung befreit¹⁶⁾.

- f) Die Grundsteuern und sonstigen staatlichen Abgaben, die auf dem Grundbesitz lasten, bedürfen der Eintragung im Grundbuche nicht und gehen mit einem zweijährigen Rückstande den übrigen öffentlichen Lasten vor¹⁷⁾.
 g) Für Kostenforderungen in Civil- und Strafsachen hat der Staat einen Anspruch auf Eintragung einer Sicherungshypothek auf dem Grundeigenthum des Zahlungspflichtigen¹⁸⁾.

3. Die Veräußerung und Verpfändung von unbeweglichem Staatsvermögen bedürfen, soweit sie nicht Lehnsallodificationen, Ablösungen und Separationen oder Vergleiche über streitige Gegenstände betreffen, der Zustimmung des Ausschusses der Landesversammlung und bei einem Werthe von 30 000 Mark und darüber der Zustimmung der letzteren selbst. Anderenfalls sind die Veräußerungen nichtig, ohne daß der Erstehende das gezahlte Geld vindiciren oder condiciren oder sich wegen Ersatz an andere Personen, als diejenigen, mit denen er contrahirt hat, wenden könnte¹⁹⁾.

4. Hinsichtlich der Schadenersatzpflicht des Staates sind folgende Unterscheidungen zu machen:

- a) Tritt der Staat als Fiscus in den Privatrechtsverkehr, so haftet er für den durch seine Vertreter verursachten Schaden nach den Grundsätzen des B. G.-B.²⁰⁾.

¹⁴⁾ §. 112 Br. Ausf. B. G.-B. Vergl. mit Art. 138 Einf. B. G.-B. Siehe unten §. 113.

¹⁵⁾ Gef. v. 19. Mai 1894, Nr. 19, Art. 2.

¹⁶⁾ §§. 10, 140, Abs. 3 des Bergges. v. 15. April 1867. Vergl. mit Gef. v. 12. Juni 1899, Nr. 44, XIII. S. auch Art. 67 E. B. G.-B.

¹⁷⁾ §. 38 Br. Ausf. B. G.-B. Die gleiche Vorschrift traf früher §. 17 f. des G.-E.-G. v. 8. März 1878.

¹⁸⁾ Die Eintragung erfolgt wegen Kostenforderungen in Civilsachen nach §. 6, Abs. 2 des Br. Ausf.-Gerichtskostenges. v. 1899 auf Ersuchen der Herzogl. Zoll- u. Steuerdirection und wegen Kostenforderungen in Strafsachen auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft nach §. 6, Abs. 4 das. Dieselben Bestimmungen traf schon das Br. Ausf.-Gerichtskostenges. v. 11. Juli 1879, Nr. 40, §. 6 mit dem Unterschiede, daß nicht nur die Eintragung einer Cautions-, sondern einer wirklichen Hypothek erfolgte.

¹⁹⁾ §§. 162 bis 165, 189 der R. L.-Ordn. v. 12. Oct. 1832, Nr. 22, vergl. mit §. 1 des Ges. v. 20. Dec. 1834 in Gef. u. B. v. 1835, Nr. 3 u. Gef. v. 26. Mai 1896, Nr. 31. Obwohl die §§. 162 bis 165 R. L.-O. nur von der erforderlichen Zustimmung beim Cammergut handeln, ist von jeher das Erforderniß der Genehmigung auch auf das eigentliche Staatsgut ausgedehnt, wie auch §. 189 l. c. erkennen läßt. Vergl. darüber Rhamm, Br. Verfassungsgef. S. 238 f.

²⁰⁾ §. 89 vergl. mit §. 31 B. G.-B. Dieser Grundsatz galt bei uns auch schon vor 1900, mochte es sich um Rechtshandlungen rein privater Natur, wie beim An-

- b) Tritt aber der Staat durch seine Organe kraft seiner Staatsgewalt schädigend auf, so richtet sich seine Ersatzpflicht lediglich nach Landesrecht²¹⁾.

Hierbei kommen wieder die nachstehenden verschiedenen Fälle in Betracht.

- aa) Gesetzgeberische Acte (Gesetze und Verordnungen) verpflichten den Staat nur insoweit zu Schadenersatz, als die schädigenden Gesetze selbst dies bestimmen²²⁾.
- bb) Gesetzmäßige Verwaltungsacte begründen, abgesehen von dem Gebiete der Expropriation²³⁾, ebenfalls keinen Schadenersatzanspruch gegen den Staat²⁴⁾.
- cc) Dagegen verpflichten unrechtmäßige Verwaltungshandlungen den Staat zum Schadenersatz²⁵⁾ und zwar an erster

kauf von Grundstücken, Inventar, Bureauaterialien, Verpachtungen, Dienstmiethe- und Wohnungsmiethverträge oder ähnliche Rechtsgeschäfte handeln (vergl. Mansfeld, der publicistische Reaktionsanspruch, S. 30), oder aber um solche von theilweiser publicistischer Natur, soweit hier nicht besondere Vorschriften existirten, z. B. bei Staatsdienstverträgen, gerichtlichen Depositen (Seuff. Arch. XXI, 237, Wolf.), Staatsanleihen, staatl. Gewerks- u. Verfahrnsanstalten (Seuff. a. a. O.). Vergl. auch oben Note 1, Abj. 2 u. Stobbe, D. Privatr. III, S. 398 f.; G. Meyer, D. Staatsr., §. 149, 2.

²¹⁾ Art. 77 E. V. G.-B., Mot. V. G.-B. II, S. 286; Endemann, Lehrbuch I, §. 179, 3 b; Mot. Dr. Ausf. V. G.-B., S. 27 f. Die §§. 839 bis 841, V. G.-B., bestimmen nur, inwieweit der Beamte selbst den Geschädigten ersatzpflichtig ist, und die §§. 831 ff. die event. Ersatzpflicht der Vorgesetzten. Für die hier vorliegende Frage kommt daher ausschließlich das Landesrecht mit den subsidiären Normen des gem. Rechts (vergl. oben §. 2, Note 7) in Betracht, wobei zu beachten ist, daß im gemeinen Rechte der Satz, daß der Staat für schädliche Folgen von „Regierungshandlungen“ Privatpersonen überhaupt nicht hafte, nicht existirt. Entscheid. R.-G. XXXV, 150; XXXII, 146.

²²⁾ Vergl. §. 197, Abj. 2, R. L.-O.; Seuff. Arch. XIX, 213 (Wolf.); XXI, 237 (Wolf.); Rhamm, Verfassungsgef. S. 247, Note 5. Hiermit überein stimmte auch schon nach herrschender Lehre das gemeine Recht. v. Gerber, Staatsr., S. 40; v. Savigny, System VIII, S. 532 ff.; Regelsberger, Pand. I, 125; D. Mayer, Verwaltungsrecht II, 357, Reichsger. in Seuff. Arch., N. F., XVI, 164.

²³⁾ Wenn auch der Staat stets das Expropriationsrecht erteilt, so ist doch nicht in jedem Falle dieser ersatzpflichtig, sondern diejenige Person, für welche expropriirt wird. S. unten §. 67. Vergl. aber auch Gef. v. 2. Juli 1889, Nr. 33, §. 2, wonach bei der Landesvermessung für Beschädigungen eine Ersatzpflicht des Staats entsteht, den die Kreisdirection endgültig festsetzt. Vergl. unten §. 25, Note 32.

²⁴⁾ Dies ist in verschiedenen Landesgesetzen besonders zum Ausdruck gebracht, so durch Gef. v. 5. April 1886, §. 2, Abj. 7, über den Abbruch von Gebäuden, Bauordn. §. 21, früher §§. 9, 17, der V.-D. v. 1876; vergl. auch St.-D. §§. 203 bis 206 u. L.-G.-D. §§. 145 bis 150. Der Satz ist auch gemeinrechtl. (Ubbelohde in Glück's Pandekten-Comm. 43 bis 44, Bd. IV, S. 186; G. Meyer, Staatsr. §. 149, 2; Löning, Verwaltungsrecht, S. 18; v. Sarwey, Deffentl. R., S. 385 ff.; R.-G. in Seuff. Arch., N. F., XX, 75; D.-L.-G. Braunschweig in Seuff. Arch. XXIX, 244; a. M. Dernburg, Pand. I, §. 72 a. E.; Regelsberger, Pand. I, §. 113, VII; D. Mayer, Verwaltungsr. II, §. 53; Gierke, D. Privatr. I, 195, früher auch R.-G. Entsch. XII, S. 1.)

²⁵⁾ Will man diesen Satz nicht aus §§. 32, 33, 197, R. L.-O., folgern, so

Stelle²⁶⁾. Zuständig für solche Ansprüche sind die ordentlichen Gerichte²⁷⁾.

dd) Bei richterlichen Acten haftet der Staat in Grundbuchsachen nach Reichsrecht²⁸⁾, während im Uebrigen die Ersazpflicht äußerst bestritten ist²⁹⁾.

5. Vertreten wird der Staat proceßrechtlich ausschließlich von den verschiedenen *stationes fisci*, gegen die auch die Vollziehung der gerichtlichen

entspricht er jedenfalls einem particularen Gewohnheitsrecht. Zeitschr. f. R. XLIII, 1 ff., Seuff. Arch. XXI, 237 (Wolf.), XXV, 244 (Wolf.); vergl. auch Rhamm, Br. Verfassungsgef., S. 244 f. Er ist auch gemeinrechtlich (Löning, Haftung für Staatsbeamte, S. 93 ff., mit Literaturnachweisungen). Auf das Verschulden des Beamten oder der Behörde kommt es dabei nach unserem Rechte nicht an (Mansfeld, Publizist. Reaktionsanspruch, S. 26). Sehr bestritten ist aber die Frage, ob der Ersazanspruch ein privatrechtlicher oder publizistischer sei. Mansfeld, a. a. O., mit reicher Literatur, welcher mit Entschiedenheit für die öffentlich-rechtliche Natur eintritt, ohne Unterschied, ob ein Privatrecht oder ein „subjectiv-öffentliches Recht“ verletzt ist. Consequenterweise sieht er den Grund des „publizistischen Reaktionsanspruches“ nicht in der Verletzung des betr. Privatrechts, sondern in dem schützenden Subjectionsverhältniß. A. M.: D.-R.-G. 1. Sen. v. 12. März 1897 in Zeitschr. f. R. XLIV, S. 187.

²⁶⁾ Die primäre Haftpflicht des Beamten bestimmt ausnahmsweise das Gef. v. 4. Juli 1851, §. 2, Nr. 2, bei widerrechtl. Gefangenhaltung.

²⁷⁾ Vergl. §. 197 R. L.-D., §. 30, Z. 2 des Gef. v. 1. April 1879, Nr. 11; §. 32, Abs. 2 des Gef. v. 5. März 1895; Zeitschr. f. R. XLI, 53 f.; XLVII, S. 113 ff. u. Beil. II, S. 71; v. Frankenberg in Zeitschr. f. R. XLIII, S. 50 ff.; Mansfeld, das. XLIII, S. 72 ff. Das den Gerichten früher kraft Gewohnheitsrechts noch zustehende Recht der Reformation solcher Verfügungen (Mansfeld, Publizist. Reaktionsanspruch, S. 74, 82) ist aber durch Gef. v. 5. März 1895 aufgehoben, soweit die Sachen zur Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts gehören. Vergl. Verhandl. des 22. Landtags, Anl. 30, S. 29 f.; Mansfeld, Publizist. Reaktionsanspr. 101 ff.; Derselbe, Zeitschr. f. R. XLIII, S. 72 ff.; Zeitschr. f. R. XLV, 139 u. Rhamm, Br. Verfassungsgeetze, S. 247.

²⁸⁾ §. 12, R.-G.-B.-D. Dem Staate steht nach §. 6 Br. Ausf. G.-B.-D. gegen den Beamten ein Regreßanspruch zu, der aber Verschulden voraussetzt. — Früher war gemäß §. 3, Abs. 2, 4 Br. G.-B.-D. der Beamte in erster Linie haftbar.

²⁹⁾ Nur darüber herrscht Einigkeit, daß ein Ersazanspruch ausgeschlossen sei, wenn dem Geschädigten die Einlegung eines Rechtsmittels möglich ist oder wenn er die Einlegung schuldhaft versäumt hat. Löning, a. a. O.; vergl. Windscheid, Pand. II, §. 470; Dernburg, Pand. II, §. 135. Roth, D. Privatr. I, §. 35, Note 40 u. 41, will den Staat in allen Fällen haftbar machen, wo der Beamte selbst für ein Versehen in Anspruch genommen werden kann. Dieselbe Ansicht wird im Wesentlichen von Stobbe, D. Privatr., Bd. III, §. 201, III, 6, vertreten. Abweichend hält Seuff. Arch. XXI, 237 (Wolf.) eine Haftpflicht des Staates für nicht begründet. Die Mot. S. 19 f. der Br. Ausf. halten die Frage für noch nicht genügend geklärt und reiß zur gesetzlichen Regelung. Man wird einen Unterschied zwischen dem Proceßrichter und dem Richter der freiwilligen Gerichtsbarkeit machen müssen. Der Proceßrichter steht ganz unabhängig vom Staate da, weshalb auch letzterem die Haftpflicht für seine Handlungen nicht aufgebürdet werden kann. Bei den Acten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, bei denen es überdies Rechtsmittel nur in beschränktem Maße giebt, untersteht dagegen der Richter der Aufsicht des Staates, weshalb dieser auch für Schädigungen haftet.

Urtheile verfügt wird³⁰⁾. Soweit es sich indessen darum handelt, den Staat zu berechnen oder zu verpflichten, kann er von allen dazu berufenen staatlichen Behörden und Beamten vertreten werden³¹⁾.

³⁰⁾ §. 20 C.-Pr.-D., Entsch. R.-G. XX, 148; Zeitschr. f. R. XXVIII, 133. Die Vertretung erfolgt nach den bezüglichlichen landesgesetzlichen Vorschriften, wobei auch Dienstinstructionen maßgebend sind. So: Hatzsckel, Die rechtl. Stellung des Fiskus im B. G.-B., 1899, S. 49. Jedenfalls muß dem Staatsministerium, dem gemäß §. 158, R. L.-D. die oberste Verwaltung des Staates zusteht, die Befugniß zur Ertheilung specieller und genereller Vertretungsmacht zuerkannt werden. Ebenso Zeitschrift f. R. XLV, 181. Von Bedeutung ist deshalb auch das Refcr. des Herzogl. Staatsm. v. 16. April 1833 (Wege, Repert. IV, 123): „Bei der künftigen Führung der Prozesse ist von dem Grundsatz auszugehen, daß das Herzogl. Finanzcollegium den Fiskus im Allgemeinen, die Herzogl. Cammer aber das Cammer- und Klostergut insbesondere zu vertreten hat, daß die Herzogl. Steuer- und die Baudirection nur solche Ansprüche verfolgen und vertreten können, welche in die, diesen Behörden zugewiesene Verwaltung speciell einschlagen, und daß endlich die Herzogl. Kreisdirectionen niemals in die Lage kommen dürfen, namens des Staates in Rechts Sachen zu handeln.“ Dies Refcr. erhält überdies seine ges. Stütze bezügl. des Finanzcoll. durch §. 183, R. L.-D. u. bezügl. der Zoll- u. Steuerdirection durch Gef. v. 12. Oct. 1832, Nr. 30, §. 11 (vergl. Zeitschr. f. R. XXXVIII, 52). Ueber die Cammer vergl. §. 8. Beispiele dafür, daß auch ohne speciellen oder generellen Auftrag in der Praxis anderer Verwaltungsbehörden als processuale Vertreter des Fiskus zugelassen sind, bieten die Urtheile in Zeitschr. f. R. XI, S. 145; XVII, 69; Seuff. Arch. XV, 244 (Wolf.). Vergl. auch Rhamm, Verfassungsgeetze, S. 248, der aber die irrige Ansicht äußert, daß das Staatsministerium generelle Verfügungen über die Vertretung des Fiskus nicht erlassen dürfe. Nur so viel ist richtig, daß es sich mit den Verfügungen nicht in Widerspruch mit bestehenden Gesetzen setzen darf. Die Leihhäuser, soweit sie nicht als Vertreter der Leihhausanstalt fungiren (s. oben §. 20, Note 43), sind durch §. 186 der R. L.-D. v. 12. Oct. 1832 ebenfalls stationes fisci geworden. D.-M.-G. Wolf. 1848 i. S. Leihhaus Holzminden c. Graberg. Hinsichtlich des sogen. Justizfiskus bestimmt §. 85 des Gef. Nr. 11 v. 1. April 1879, daß wegen seiner Vertretung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, insoweit nicht gesetzliche Bestimmungen vorhanden sind, das Erforderliche durch die Landesjustizverwaltung bestimmt werden solle. Die Motive (Mansfeld, Ausführungsgef., S. 87) bemerken hierzu, daß vermögensrechtliche Ansprüche der Richter aus ihrem Dienstverhältnisse gegen Herzogl. Finanzcollegium zu richten seien; in anderen Fällen sei die Vertretung zweifelhaft und müsse deshalb vom Kläger eintretenden Falles bei der Landesjustizverwaltung der Antrag gestellt werden, eine Behörde zu bestimmen, gegen welche der Rechtsstreit zu erheben sei.

Ueber die Vertretung der Cammer und der Hoffstatt s. oben §. 8.

³¹⁾ Auch Nicht-Beamte, Diener, Handlanger sind unter Umständen als Vertreter des Fiskus, niemals aber des Staates im eigentlichen Sinne, anzusehen, sofern sie zu selbständigem Handeln für die jurist. Person des Fiskus nach allgemeinen Grundsätzen berechtigt erscheinen (Hatzsckel, a. a. O., S. 48, mit Nachweisungen).

Drittes Capitel.

S a c h e n.

§. 23.

Allgemeines.

1. Das B. G.=B. kennt nur körperliche Sachen und theilt diese in bewegliche Sachen und Grundstücke. Einen erweiterten Begriff, der auch unkörperliche Sachen des gemeinen Rechts umfaßt, bietet es durch die Unterscheidung von beweglichem und unbeweglichem Vermögen¹⁾. Zum unbeweglichen Vermögen wird reichsgesetzlich auch das Erbbaurecht gezählt²⁾. Nach Landesrecht richtet es sich, ob noch andere ihm vorbehaltene Rechte zu dem beweglichen oder unbeweglichen Vermögen gehören³⁾. Hiernach gelten für selbständige Berechtigungen, sowie die zur Zeit des Inkrafttretens des B. G.=B. an fremden Grundstücken bestehenden vererblichen und veräußerlichen Nutzungsrechte, die auf Grundstücke sich beziehenden Vorschriften des B. G.=B., wenn die Berechtigung oder das Nutzungsrecht ein Grundbuchblatt erhalten hat⁴⁾. Ebenso finden auf Bergwerke, die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften der Reichsgesetze entsprechend Anwendung⁵⁾. Schließlich werden auch die Nutzungsantheile an den Genossenschaftsforsten zu dem unbeweglichen Ver-

¹⁾ S. z. B. §. 1551, Abs. 2 B. G.=B. Auch sonst zeigen sich im B. G.=B. verschiedentlich Analogien, z. B. die Einreihung des Pfandrechts an Rechten unter das Sachenrecht u. dergl. mehr.

²⁾ §§. 1012 bis 1077 B. G.=B. Das Erbbaurecht entspricht der gemeinrechtlichen Superficies. Ueber die Anwendung des früheren Rechts auf die Erbbaurechte, die 1900 schon bestanden, s. unten §§. 86, 87. Schiffe zählt auch das B. G.=B. zu den Mobilien, indem es in §§. 1259 ff. das Pfandrecht an Schiffen zu dem Pfandrecht an beweglichen Sachen rechnet.

³⁾ Pland, Commentar z. B. G.=B. I, S. 128, Note 5; Endemann, Lehrbuch I, §. 51, Note 3. Der Satz ist eine Folge des oben in §. 2, Note 6 aufgestellten Princips.

⁴⁾ §. 43 Br. Ausf. B. G.=B. u. §. 20 Br. Ausf. G.=B.=D. Das Nähere s. unten §§. 86, 87.

⁵⁾ §. 56 des Bergges. v. 15. April in der durch Ges. v. 12. Juni 1899, Nr. 44 abgeänderten Fassung. — Die Vorschriften finden nur „entsprechende“ Anwendung, indem diejenigen Bestimmungen ihrer Natur nach ausgeschlossen sind, welche sich auf Sachen im Sinne des B. G.=B. beziehen. Vergl. Mot. Br. Ausf. B. G.=B., S. 368.

Vergl. auch §§. 20, 21 Br. Ausf. G.=B.=D. u. unten §§. 86, 87.

mögen gerechnet⁶⁾. Andererseits zählen die Kuxe beim Bergwerk zu dem beweglichen Vermögen⁷⁾.

2. Was unter Bestandtheilen und was unter Zubehör zu verstehen ist, lehrt des B. G.-B.⁸⁾. Auf dem Gebiete der landesgesetzlichen Vorbehalte ist der Hülsbau, der im Felde eines fremden Bergwerks angelegt ist, ein Bestandtheil des berechtigten Bergwerks⁹⁾ und das Ufer¹⁰⁾, sowie das Bett eines öffentlichen Gewässers ein Bestandtheil dieses¹¹⁾. Ein Gleiches gilt hinsichtlich der im Flusse entstandenen Insel¹²⁾. Nach Anerbenrecht schließlich gelten die Grundstücke und Berechtigungen, welche bei einem Bauernhofe bewirthschaftet bzw. benutzt werden und mit Einschluß des bebauten Gehöftes einen wirthschaftlichen Stand bilden, als dessen Bestandtheile¹³⁾. Im Zweifel sollen hier-

⁶⁾ §. 4, Abf. 2 des Gef. v. 19. Mai 1890. S. oben §. 16, II.

⁷⁾ §. 104 des Berggef. v. 15. April 1867. Vergl. Art. 67 E. B. G.-B.

⁸⁾ §§. 90 ff. Der Begriff der Zubehörungen des früheren Rechts war abweichend, indem insbesondere darunter auch unbewegliche Sachen verstanden wurden. Durch die Br. Ausführungsgefetze ist die Terminologie des B. G.-B. auch im Particularrechte meistens eingeführt. Soll ein Grundstück dem anderen als Bestandtheil hinzugefügt werden, so hat die Zuschreibung im Grundbuche in der Weise zu geschehen, daß der Zusatz „als Bestandtheil zugeschrrieben“ auf dem Titel vermerkt wird. Andernfalls ist der Zusatz: „als selbständiges Grundstück übertragen“ zu machen, sofern man es nicht vorzieht, diesem ein besonderes Grundbuchblatt einzuräumen. §. 31 Br. Ausf. G.-B.-D. Ueber grundbuchmäßige Abschreibung von Bestandtheilen vergl. §. 30 daf.

⁹⁾ §. 62, Abf. 3 des Berggef. v. 15. April 1867, in der durch Gef. v. 12. Juni 1899, Nr. 44, VI, §. 44 veränderten Fassung.

¹⁰⁾ Unter Ufer versteht man, wie im gemeinen Recht, so auch im particularen Wasserrecht den Raum zwischen dem höchsten normalen Wasserstande und der Linie, wo das ebene Gelände sich zum Wasserspiegel zu neigen beginnt, während der unterhalb dieses höchsten Wasserstandes liegende Raum zum Flußbett gerechnet wird. Zeitschr. f. R. XLIV, S. 81 ff.; XLVII, Beil. II, S. 72. Vergl. auch daf. XXXVI, 78. — Bis zum Wassergef. v. 1876 gehörte das Ufer den Anliegern, wenn es auch durch communis usus beschränkt war: Zeitschr. f. R. XXVIII, 36. — Für Privatgewässer stellt das Wassergef. v. 1876 in dieser Beziehung keine Vorschriften auf; auch das B. G.-B. enthält keine bezüglichlichen Bestimmungen. Die sich demgemäß ergebenden Fragen sind nach allgemeinen Grundsätzen zu beantworten. Vergl. unten §. 65.

¹¹⁾ §. 51 Wassergef. v. 20. Juni 1876. Vergl. Art. 65 E. B. G.-B. Vergl. Note 10 a. E. Zeitschr. f. R. XLVII, Beil. II, S. 70.

¹²⁾ §. 51, l. c. Vergl. Note 10 a. E.

¹³⁾ Nach Art. 64 E. B. G.-B. bleiben in Kraft die landesgef. Bestimmungen über das Anerbenrecht in Ansehung landwirthschaftl. Grundstücke nebst deren Zubehör. Das Landesrecht kann deshalb bestimmen, was als Bestandtheile und Zubehör im Sinne des Anerbenrechts zu gelten hat. Daher ist auch §. 2 des Gef. v. 28. März 1874, Nr. 11, unberührt geblieben, nur daß man zweckmäßig die Terminologie der des B. G.-B. anpaßt, um Verwirrung zu vermeiden (vergl. auch oben Note 8 und §. 2, Note 6). Vergl. Fischer u. Henle, B. G.-B., Art. 64, Note 2 des Einf.-Gef.

Die praktische Bedeutung dieser Bestimmung liegt, abgesehen von Veräußerungen, Verpfändungen und sonstigen Verfügungen über den Hof, namentlich darin, daß Hof nebst Bestandtheilen, Zubehörungen und dem nothwendigen Inventar Gegenstand des Anerbenrechts bildet (§. 9, l. c.). — Daß namentlich die Nutzungsberechtigungen an

bei Grundstücke oder Berechtigungen als Zubehörungen derjenigen Hofstelle angesehen werden, von welcher aus sie regelmäßig bewirthschaftet bzw. benutzt sind. Diese Präsumtion soll auch durch eine vorübergehende Verpachtung oder ähnliche Benutzung, z. B. als Leibzuchtsland, nicht ausgeschlossen werden¹⁴⁾.

Pertinenzien mit der erweiterten Bedeutung, daß dieselben nicht von der Hauptsache getrennt werden dürfen oder daß doch wenigstens eine Veräußerung jener ohne diese besonders erschwert ist, kennt unser Landesrecht nur noch¹⁵⁾ bei den nach dem Gesetz vom 20. Mai 1858, Nr. 30 begründeten Familienstammgütern¹⁶⁾.

§. 24.

Dem Verkehr entzogene Sachen.

Die fortbauernde Geltung der landesgesetzlichen Bestimmungen über die Verkehrsunfähigkeit gewisser Sachen ergibt sich aus einer Reihe von Vorbehalten des B. G.-B.¹⁾

I. Hiernach sind allein die der Natur der Sache nach dem Verkehr entzogenen Gegenstände, also die Luft, das Meer und das fließende Wasser,

dem Gemeintheitseigenthum Zubehörungen der betr. Reihestellen bildeten, ist von jeher unbestritten. Hinsichtlich der städtischen Grundstücke ist aber die Abtrennbarkeit dieser Zubehörungen von der Reihestelle, welche früher überhaupt ausgeschlossen und seit §. 21 d. Verordn. v. 26. März 1823 nur nach landesherrlicher Genehmigung möglich war, durch Gef. v. 23. April 1867, für die Stadt Braunschweig sogar schon durch Gesetz v. 21. Juni 1862, Nr. 31 ausgesprochen. Für das Princip der Trennbarkeit der Nutzungsrechte an Interessentenschaftsforsten von den Reihestellen — ganz gleich ob bäuerliche oder städtische in Frage kommen — hat sich auch das Gesetz vom 19. Mai 1890, §. 4 ausgesprochen. — Da indessen in diesem Princip der Trennbarkeit eine Abweichung der althergebrachten Regel zu erblicken ist, verbleibt es hinsichtlich aller sonstigen Gemeintheitsnutzungsrechte der ländlichen Reihestellen bei dem Grundsatz der Untrennbarkeit. Hieran ist durch das Gesetz v. 28. März 1874, Nr. 11 nichts geändert. Vergl. auch Zeitschr. f. R. XLVI, 1, Beil. S. 12.

¹⁴⁾ §. 2, Abs. 3 u. 4, I. c.

¹⁵⁾ Die durch Theilungs-Rec. v. 12. Mai 1649, §. 8 (Steinacker, Promt. II, 209) getroffene Bestimmung, wonach die den Vergleuten in den Communionsforsten zugewiesenen Garten- und Wiesenplätze bei den Häusern erhalten bleiben sollten, ist nach Theilung des Communionsgebietes (s. oben §. 5, Note 2 ff.) unpraktisch geworden.

Die Pertinenzqualität bei Grundstücken in den Städten ist durch Gesetz vom 23. April 1867, Nr. 21, die Pertinenzpflicht der bäuerlichen Grundstücke (s. Steinacker, Promt. II, 203 ff., unten §. 94 u. §. 123) aber durch §. 1 des Gesetzes v. 28. März 1874 aufgehoben. Dasselbe Gesetz hat auch die durch Gef. v. 20. März 1858, Nr. 28 eingeführte Pertinenzqualität der Ritter-, Schrift-, Freisassen- und sonstigen Landgüter wieder beseitigt (s. unten §. 93, II).

¹⁶⁾ Vergl. hierüber unten §. 92, II u. Br. Ausf. B. G.-B., §. 41. Auch Capitalien können Pertinenzqualität haben.

¹⁾ Vergl. im Allgem. Endemann, Lehrbuch I, §. 50, III, 2. Die in Frage kommenden landesgesetzlichen Vorschriften über Extracommercialität, zu denen gemäß des oben §. 2, Note 7 aufgestellten Grundsatzes auch das gemeine Recht zu zählen ist, werden dem Vorbehalte über das Enteignungsrecht (Art. 109 E. B. G.-B.) oder dem Vorbehalte unterfallen, die das Eigenthum im öffentlichen Interesse in thatsächlichen Verfügungen beschränken (Art. 111). Vergl. Mot. S. 162 ff. zum E. B. G.-B.

letzteres aber nur in seiner Gestalt als öffentliches Gewässer, noch jetzt im Allgemeinen *res extra commercium* im römischen Sinne ²⁾. Hinsichtlich der durch Rechtsatz dem Verkehr entzogenen Sachen ist dagegen zu bemerken, daß von diesen die *res publicae*, d. h. die *res quae publico usui destinatae*, die *res sanctae*, *sacrae* und *religiosae* überhaupt ausgeschlossen sind, indem sie im Eigenthum des Staates, einer Gemeinde, eines Kreiscommunalverbandes, eines kirchlichen Institutes, einer religiösen Corporation oder auch einer Privatperson stehen ³⁾ und daß Verfügungen über dieselben nur denjenigen Beschränkungen unterliegen, welche für Güter des Staates, der Gemeinden, Kirchen u. überhaupt gesetzlich eingeführt sind ⁴⁾, oder ihrer Zweckbestimmung entsprechen ⁵⁾.

II. Im beschränkteren Sinne sind noch jetzt dem Verkehr entzogen gewisse Sachen aus polizeilichen Gründen, indem der Besitz, Erwerb oder die Ver-

²⁾ Indessen gelten diese Sachen nur in ihrer Totalität als *extracommerciell*. Einzelne Theile derselben aber können occupirt und veräußert werden, z. B. Wasser in Gefäßen, Eis, Gas, Anlagen im Meere. Vergl. Stobbe, Handb. d. Privatrechts I, 530.

Mit der Luft ist nicht zu verwechseln der Luftraum. Letzterer ist Theil des Grundstücks und ebenso im Eigenthum des Grundbesizers, wie der Raum unter dem Erdboden. Vergl. §. 905 B. G. B. Darüber, was ein öffentliches Gewässer sei, s. unten §. 100 bei Note 13. Ein solches ist nach §. 2, Abs. 4 des Wasserges. v. 20. Juni 1876, Nr. 64 „ein der allgemeinen Benutzung unterliegendes Gemeingut und als solches den durch die Staatshoheit begründeten Rechten unterworfen“. Eine Benutzung der öffentlichen Gewässer und ihrer Ufer ist aber nach §. 50, l. c. nur insofern zulässig, als dieselbe mit der öffentlichen Wohlfahrt übereinstimmt. Wohlerworbene Wassernutzungsrechte, die diesem Grundsatz widersprechen, unterliegen gegen Entschädigung der Beschränkung oder Aufhebung durch den Staat, neue Nutzungsrechte können nur durch Verleihung erworben werden. Das Nähere s. unten §. 101. — Vergl. auch Zeitschr. f. R. XXV, 175.

³⁾ Ueber die Güter des Staates s. oben §. 22, der Gemeinden §. 15. Ueber das Eigenthum an den kirchlichen Instituten vergl. §. 19. Ebendort sind die Eigenthums- und sonstigen Rechtsverhältnisse der Kirchhöfe behandelt (§. 19, I, 2, c). Die Wege stehen theils im Eigenthum des Staates, theils der Kreiscommunalverbände, Gemeinden, Interessentenschaften oder Privaten. Vergl. unten §. 103.

Die Brücken theilen die Rechtsverhältnisse der Wege; s. ebendort.

⁴⁾ Ueber solche Beschränkungen, namentlich hinsichtlich der Veräußerung und Verpfändung vergl. oben §. 15, I u. II; §. 16, I; §. 19, I, II u. III; §. 22.

⁵⁾ Verfügungen, welche dem öffentlichen Nutzen, dem die Sachen übergeben sind, widerstreiten, dürfen nicht eher getroffen werden, bis die Sachen durch autoritative Bestimmung diesem gemeinen Gebrauche entzogen sind. Stobbe, a. a. O., S. 532. Insbesondere bestimmt z. B. §. 4 d. R. Wege-Ordn. v. 29. Juni 1899, früher v. 5. Juni 1871: „Ueber das Aufhören von Ortsstraßen, Feld-, Wannen- und Fußwegen, welche nicht unter die Classe von Privatwegen fallen, entscheiden die betreffenden Gemeindebehörden bezw. Vertreter der Gemarkungen mit Vorbehalt des Recurses an den Kreisauschuß, gegen dessen Entscheidung binnen vier Wochen ein Recurs an das Ministerium verfolgt werden kann. Im Uebrigen steht die Entscheidung, ob ein öffentlicher Weg aufgehoben werden soll, dem Ministerium zu.“ Der Rechtsweg ist also hier überall ausgeschlossen. Hinsichtlich der kirchlichen Institute, einschließlich des Begräbnisplatzes, hat der Kirchenvorstand darüber zu wachen, daß dieselben nur ihrem Zwecke entsprechend genutzt werden. Vergl. hierüber oben §. 19, I.

äußerung Privatpersonen insgesammt oder mit gewissen Ausnahmen untersagt ist ⁶⁾. Die Landesgesetzgebung hat in dieser Beziehung folgende Bestimmungen getroffen:

1. Durch Verordnung vom 14. September 1816, Nr. 11 sind die von der Braunschweigischen Bibelgesellschaft ausgegebenen und mit deren Stempel versehenen Bibeln und sonstigen zur religiösen Belehrung und Erbauung bestimmten Bücher als ein unverlegbares Depositum der öffentlichen Wohlthätigkeit dem bürgerlichen Verkehr gänzlich entzogen und daher deren ohne ausdrückliche Zustimmung der Bibelgesellschaft geschehener Verkauf, Versatz und sonstige Veräußerung dergestalt verboten, daß die Verkäufer und Käufer solcher Bücher den Umständen nach mit angemessener Geld- oder Gefängnißstrafe belegt werden ⁷⁾.

2. Die den Armen zu Braunschweig gespendete Wolle und Flachs, besonders aber die ihnen unentgeltlich anvertrauten, mit A. W. bezeichneten Spinn- und Wollräder oder Haspel zu kaufen, in Versatz oder sonst an Zahlungsstatt zu nehmen, ist bei Strafe des dreifachen Ersatzes verboten ⁸⁾. Ebenso ist der Ankauf und die Pfandannahme von den durch die Militär-Unterstützungscommission den Militärarmen gegebenen, mit F. M. U. C. gestempelten Betten und sonstigen Effecten verboten ⁹⁾. Schließlich ist bestimmt ¹⁰⁾, daß

- a) alle den eingezeichneten Armen eingegebenen Kleidungsstücke, Betten, Matratzen, Decken, Wäsche und Hausgeräth, auch Flachs, Wolle und selbst das ihnen ausgetheilte Brot völlig dem bürgerlichen Verkehr entzogen und die Armenanstalten ¹¹⁾ befugt sein sollen, solche Sachen und Effecten als ihr Eigenthum von jedem dritten Besitzer ohne Erstattung des Kaufgeldes, Pfandschillings oder sonstigen Werthes zurückzufordern;

⁶⁾ Es können hier nur gesetzliche Veräußerungsverbote in Betracht kommen; vertragsmäßige machen eine Sache nicht zu einer *res extra commercium* in dem hier fraglichen Sinne, sondern wirken nur obligatorisch und begründen nur eine persönliche Klage auf Entschädigung. Zeitschr. f. R. XV, 157.

⁷⁾ Vergl. §§. 134, 135 B. G.-B. Die Strafe ist heute nach dem Polizeistrafgesetzbuch v. 23. März 1899, §. 10, Nr. 9 Geldstrafe bis zu 150 Mk. bezw. Haft bis zu sechs Wochen.

⁸⁾ Avertissement d. fürstl. Geh. Canzley v. 2. Dec. 1773, in Erinnerung gebracht durch mehrere spätere Verordnungen, insbesondere durch Avert. d. fürstl. Armendirection Braunschw. v. 7. April 1786 u. d. landesf. Verordn. v. 16. Nov. 1805 (Steinacker, Promt. I, 33 f.; Schneider, Repert. I, 266 bis 268). Vergl. §§. 134 f. B. G.-B.

⁹⁾ Bekanntmachung der Militär-Unterstützungscommission zu Braunschw. vom 14. Nov. 1805. Daneben ist durch Avertissement v. 24. Jan. 1780 (Steinacker, Promt. I, 381) bei Strafe der Erwerb der den Armen unentgeltlich ertheilten, mit Stempeln versehenen Gesangbücher verboten. Die Verpflichtung zur unentgeltlichen Rückgabe ist hierbei jedoch nicht ausgesprochen. Eine derartige Verpflichtung folgt aber aus den Bestimmungen des B. G.-B.

¹⁰⁾ Landesf. Verordn. v. 16. Nov. 1805. Steinacker, Promt. I, 34. Vergl. §§. 134, 135 B. G.-B.

¹¹⁾ Vergl. oben §. 20, I.

b) diejenigen, welche mit dem Stempel der Armenanstalten, nämlich: A. N. versehene oder offenbar versehen gewesene Sachen angekauft, als Pfand genommen oder sonst, ohne sofortige Anzeige an die Armen-direction oder an einen der Armenpfleger, in ihre Verwahrung genommen haben, abgesehen von ihrer Verpflichtung der unentgeltlichen Rückgabe, nachdrücklichst bestraft werden sollen ¹²⁾;

c) Jedermann, der von der ärmeren Volksclasse Kleidungsstücke, Hausgeräth, Linnen oder Betten und dergleichen ankauft, die Vermuthung, daß die Sachen Eigenthum der Armenanstalt sind, gegen sich haben soll ¹³⁾.

3. Montirungsstücke, als Kleider, Hemden und andere Sachen, von Unterofficieren und gemeinen Soldaten zu kaufen oder in Pfand zu nehmen, ist gleichfalls verboten ¹⁴⁾.

4. Kleidungsstücke und andere Geräthe, die ein an einer gefährlichen, ansteckenden Krankheit Leidender benutzte, dürfen bei Strafe nicht vor gehöriger Desinfection in Verkehr gebracht werden ¹⁵⁾.

5. Die von der berechtigten Leihhausbehörde über Pfandgegenstände ausgestellten Scheine darf Niemand ankaufen oder in Verfaß nehmen, widrigenfalls er zu einer Geldstrafe bis zu 150 Mk. eventuell sechs Wochen Haft verurtheilt werden soll ¹⁶⁾.

6. Auch Giftwaaren sind in gewisser Beziehung dem Verkehr entzogen.

¹²⁾ Die Strafe ist heute nach dem Polizeistrafgesetzbuch v. 23. März 1899, §. 10, Nr. 9 Geldstrafe bis zu 150 Mk. bezw. Haft bis zu sechs Wochen. Vergl. auch oben §. 20, I.

¹³⁾ Hierdurch ist eine durch Gegenbeweis entkräftbare praesumptio juris aufgestellt, deren fortdauernde Geltung aber nach dem B. G.-B. zu bezweifeln ist.

¹⁴⁾ Landesf. Verordn. v. 4. Juni 1762 (Steinacker, Promt. II, 174). Vergl. §§. 134, 135 B. G.-B. Durch besonderes Avertissement v. 22. März 1780 (Steinacker, Promt. I, 881) ist auch der Erwerb von den an die Soldaten vertheilten, gestempelten Gesangbüchern bei Strafe verboten. Eine Verpflichtung zur unentgeltlichen Rückgabe ist dagegen nicht aufgestellt und auch aus der Landesf. Verordn. v. 4. Juni 1762 nicht zu folgern, da die Gesangbücher nicht zu den Montirungsstücken zu rechnen sind. — Die Vorschriften gelten nicht nur gegenüber dem eigentlichen Militär, sondern auch gegenüber dem Polizei-Militär, d. i. den jetzigen Gendarmen.

Daß diese Vorschrift weder durch das Reichsmilitärgesetz v. 2. Mai 1874, noch durch die zwischen Braunschweig und Preußen abgeschlossene Militärconvention (Ges. u. Verordnungsbl. Nr. 21 v. 1. April 1886) außer Kraft getreten ist, geht schon aus der Erwägung hervor, daß dieselbe nicht sowohl Rechtsverhältnisse des Militärs, als vielmehr Verpflichtungen anderer Personen gegen dieses regelt.

¹⁵⁾ §. 8, 3. 4 B.-St.-G.-B. v. 23. März 1899. Vergl. §§. 134, 135 B. G.-B.

¹⁶⁾ Diese Bestimmung ist aus der Verordn. v. 9. März 1765 in das Polizeistrafgesetzbuch §. 10, 3. 10 übergegangen. Die Verurtheilung zur unentgeltlichen Rückgabe kann nach der Reichs-Str.-P.-O. vom Strafrichter nicht mehr ausgesprochen werden; denn es handelt sich hier nicht um eine Nebenstrafe, die überdies nach §. 5 d. Einf.-Ges. zum Strafgesetzbuch als solche ungültig sein würde, sondern um Realisation eines civilrechtlichen Anspruchs, für den nur der Civilrichter competent ist. Vergl. auch Ude, Commentar zum Polizeistrafgesetz, §. 20 f. Vergl. §§. 134 f. B. G.-B.

Das Gesetz vom 9. Juni 1895¹⁷⁾ bestimmt in dieser Beziehung, daß, abgesehen von den concessionirten Apothekern, Niemand ohne polizeiliche Erlaubniß Gifte verkaufen darf. Abgegeben darf Gift nur an zuverlässige Personen werden, sofern Gewißheit besteht, daß sie dasselbe zu erlaubten gewerblichen, wirthschaftlichen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Zwecken benutzen wollen. Anderenfalls bedarf es eines polizeilichen Erlaubnißscheines. Bei gewissen Giften bedarf es eines solchen immer. An Kinder unter 14 Jahren darf Gift in keinem Falle abgegeben werden. Kammerjägern ist die Abgabe von Gift besonders untersagt¹⁸⁾.

Viertes Capitel.

Änderung der Rechte.

§. 25.

Verjährung.

Wie in dem früher bei uns in Geltung gewesenem gemeinen Rechte, so unterscheidet auch das B. G.-B. eine erwerbende Verjährung bei Sachen, die es als Erßigung, und eine erlöschende der Ansprüche, die es schlechtthin als Verjährung bezeichnet. Auch sonst untersteht die Lehre von der Verjährung grundsätzlich den Vorschriften des B. G.-B.¹⁾ Daneben hat aber das Landesrecht nicht nur vermöge der ihm gemachten Vorbehalte in einzelnen Beziehungen eine dauernde, sondern auch in Folge der vom B. G.-B. getroffenen Uebergangsbestimmungen in seinem ganzen früheren Umfange noch eine vorübergehende Bedeutung. Dies gilt, abgesehen von der auch künftig noch für lange praktischen Frage, ob eine Sache oder ein Recht schon vor 1900 erßessen oder ein Anspruch vor dieser Zeit bereits verjährt gewesen sei²⁾, sowohl von

¹⁷⁾ Gef. u. Verordnungs. Nr. 35. Ältere Bestimmungen, die den Gifthandel beschränkten, waren Verordn. v. 29. Juli 1802 (Steinacker, Promt. I, 393 f.); Gef. v. 31. März 1843, Nr. 5 ff.; Gef. v. 8. Febr. 1857, Nr. 11 u. v. 24. Dec. 1867.

¹⁸⁾ §§. 12 u. 20, 1. c. Die Verordn. v. 18. Februar 1897, Nr. 7 regelt in Ausf. von §. 19 die Ertheilung der Genehmigung zum Handel mit Giften. Vergl. noch Ude, Comm. z. B.-St.-G.-B., 2. Aufl., S. 109 u. §§. 134 f. B. G.-B.

¹⁾ §§. 194 bis 225, 937 bis 941 B. G.-B. Vergl. auch §§. 900 u. 927 das. Auf dem Gebiete der Vorbehalte würde die Landesgesetzgebung ein vollständiges Verjährungssystem aufstellen können (vergl. oben §. 2, Note 6), doch hat sie hiervon keinen Gebrauch gemacht. — Wenn gegen gewisse jurist. Personen des öffentl. Rechts nur eine qualificirte Verjährung stattfand, so haben diese Sonderbestimmungen keine Gültigkeit mehr, da die Verjährungsvorschriften keinen Theil des dem B. G.-B. entzogenen öffentlichen Rechts ausmachen. Vergl. oben §. 2, Note 3.

²⁾ Darüber, daß das B. G.-B. grundsätzlich keine rückwirkende Kraft hat, vergl. Habicht, Rückwirkung, 2. Aufl., §. 16, II, S. 139 u. Mummie in Seuf. Bl. f. R., 1900, S. 248.

der am 1. Januar 1900 noch nicht vollendet gewesenen Ersetzung des Eigenthums und Nießbrauchs an beweglichen Sachen, wie auch von der damals noch nicht beendet gewesenen Anspruchs-Verjährung hinsichtlich des Beginns, der Hemmung und der Unterbrechung, sowie hinsichtlich der Frist, falls diese kürzer war als die jetzige, oder zwar länger, jedoch früher ablaufen würde, als wenn man vom 1. Januar 1900 ab nach der sonst geltenden Regel die kürzere des B. G.-B. laufen lassen würde³⁾. Hiernach bedarf, neben dem jetzigen Landesrechte, auch das frühere über die Lehre der Ersetzung und Verjährung hier einer kurzen Erörterung.

I. Das frühere Landesrecht.

1. Die Ersetzung von eingetragenen Immobilien war schon seit dem 1. October 1878 nicht mehr möglich, und zwar weder die ordentliche, noch die außerordentliche⁴⁾. Seit dem gleichen Zeitpunkt ist auch an nicht eingetragenen Immobilien die ordentliche Ersetzung ausgeschlossen gewesen, während die außerordentliche noch zulässig war⁵⁾. Eine solche außerordentliche Ersetzung, die am 1. Januar 1900 noch im Lauf war, kann aber nicht mehr vollendet werden⁶⁾. Für bewegliche Sachen galt bis zum 1. Januar 1900 die gemeinrechtliche Ersetzung, die als ordentliche in drei, als außerordentliche in dreißig Jahren vollendet wurde⁷⁾. War die außerordentliche Ersetzung zu diesem Zeitpunkt noch nicht vollendet, so kann sie auch nicht mehr zum Eigenthumserwerb führen⁸⁾. Die begonnene ordentliche Ersetzung wird jedoch in der Weise fortgesetzt, daß nicht nur für Beginn, Hemmung und Unterbrechung der Ersetzung,

³⁾ Art. 169 u. 185 E. B. G.-B. Ueber die Frage nach der begonnenen Verjährung von Ansprüchen, die dem B. G.-B. fremd sind, s. B. von querela inoff. test., vergl. Habicht, a. a. O., §. 16, IV, S. 148 ff.

⁴⁾ §. 7 d. Gr.-Erw.-Ges. v. 8. März 1878, Nr. 10. Dieser Schutz stand nicht nur dem eingetragenen, sondern auch dem nicht eingetragenen Eigentümer zur Seite. Voraussetzung war lediglich, daß das Grundstück im Grundbuche eingetragen war. Vor dem 1. October 1878, dem Beginn der Gültigkeit des cit. Gesetzes, war sowohl die ordentliche als außerordentliche Ersetzung an allen gemeinrechtlich überhaupt ersetzungsfähigen Immobilien möglich. Der Nachweis einer vor dem 1. October 1878 vollendeten Ersetzung ist deshalb ein rechtsgültiger Erwerbstitel. — Uebergangsbestimmungen hat das Einf.-Ges. §. 5 getroffen, indem es vom 1. October 1878 an auf ein Jahr die Eintragung nach den Grundsätzen der ordentlichen Ersetzung bei gehörigem Nachweis offen ließ.

⁵⁾ §. 5, 1. c. Darüber, daß außerordentliche Ersetzung bei nicht eingetragenen Immobilien noch möglich, s. Motive bei Mansfeld, Grundbuchgef., S. 22 a. E. Ueber das vor dem 1. Oct. 1878 geltende Recht s. oben Note 4.

⁶⁾ Das B. G.-B. kennt, abgesehen von der Tabularersetzung des §. 900 und der Bestimmung in §. 927, keine Ersetzung an Grundstücken. Auch die für der Eintragung nicht bedürftige Grundstücke in Art. 127 E. B. G.-B. getroffenen Uebergangsbestimmungen betreffen nur die Uebertragung dieser, nicht den einseitigen Eigenthumserwerb durch Ersetzung. Vergl. auch Habicht, a. a. O., §. 42, Note 1, S. 424. Uebrigens kann der Ersetzer Eintragung gemäß §. 927 B. G.-B. erlangen, wobei die frühere Besitzzeit einzurechnen ist.

⁷⁾ Dernburg, Pand. I, §. 219 ff.

⁸⁾ Dies ergibt sich aus Art. 185, 169, Satz 1 E. B. G.-B. in Verbindung mit §. 937, Abs. 2 B. G.-B.

sondern auch für deren Frist die gemeinrechtlichen Grundsätze in Geltung bleiben⁹⁾.

Von dinglichen Rechten an Grundstücken waren vor dem B. G. = B. nur die positiven Grunddienstbarkeiten der Ersetzung fähig¹⁰⁾. Maßgebend hierfür waren lediglich die gemeinrechtlichen Grundsätze, wonach insbesondere die Frist auf 10 bzw. 20 Jahre festgesetzt war¹¹⁾. Ist eine solche Ersetzung am 1. Januar 1900 noch nicht beendet gewesen, so kann sie auch nur vollendet werden, sofern es sich um Grundstücke handelt, die nicht im Grundbuche eingetragen sind und auch der Eintragung nicht bedürfen¹²⁾. Im letzteren Falle sind für die Ersetzung die bisherigen Vorschriften maßgebend¹³⁾. Die Ersetzung dinglicher Rechte an beweglichen Sachen regelte sich früher ebenfalls nach gemeinem Recht¹⁴⁾. Sofern die Ersetzung eines Nießbrauchs an beweglichen Sachen am 1. Januar 1900 noch nicht vollendet war, gelten hierfür ebenfalls die Ubergangsvorschriften des Reichsrechts¹⁵⁾.

Soweit hiernach die Ersetzung an beweglichen oder unbeweglichen Sachen und Rechten landesgesetzlich überhaupt möglich war, mußte sie überdies stets eine außerordentliche dreißigjährige sein gegenüber den Stadt-, Land-Gemeinden und Gemeinden¹⁶⁾, während gegenüber dem Fiskus, sowie gegenüber den Kirchen, kirchlichen Anstalten und Stiftungen sogar nur eine vierzigjährige

⁹⁾ Art. 185, 169 E. B. G. = B. vergl. mit §. 937, Abs. 1 B. G. = B., wonach die Frist 10 Jahre beträgt, also immer länger sein würde, als die gemeinrechtliche, die deshalb allein bei der Berechnung zur Anwendung gebracht werden muß.

¹⁰⁾ §. 15, Abs. 2, G. = B. Schon seit §. 6 d. Ablösungsordn. v. 30. Dec. 1834 konnten Zehnten und Dienste überhaupt nicht mehr erworben werden, während die Gemeinheitsteilungsordnung die Aufhebung der wichtigsten Prädialservituten anbahnte. Im Uebrigen konnten aber bis zum 1. Oct. 1878 alle dinglichen Rechte an Immobilien durch Ersetzung erworben werden. Der Nachweis einer vor diesem Zeitpunkte erfolgten Ersetzung ist daher als Erwerbstitel genügend. Uebrigens war die Ersetzung an Sachen des öffentlichen Gebrauchs möglich, sofern diese nur des Eigenthums fähig waren. Vergl. Zeitschr. f. R. XXV, 175; XXVII, 27 ff.; XXVIII, 11; XXXII, 123. — Eine Ausnahme statuirte das Wasserges. v. 20. Juni 1876, Nr. 64 in §. 37, Abs. 4, indem es die Ersetzung eines Stauwerks über die amtl. Grenzen hinaus als unstatthaft erklärte.

¹¹⁾ Dernburg, Pand. I, §. 252.

¹²⁾ Art. 128 E. B. G. = B. Ebenso: Mot. Br. Ausf. B. G. = B., S. 70. Ueber die hier in Frage kommenden Grundstücke s. §. 1 der Br. Verordn. z. G. = B. = D. und unten §. 73. Für andere Grundstücke kennt das B. G. = B. nur die Tabularersetzung von Rechten nach §. 900, Abs. 2, während Art. 185 vergl. mit Art. 169 E. B. G. = B. nur Ubergangsvorschriften bezügl. der Ersetzung des Nießbrauchs an beweglichen Sachen trifft.

¹³⁾ Vergl. bei Note 11.

¹⁴⁾ Dernburg, a. a. O.

¹⁵⁾ Art. 185, 169 E. B. G. = B.

¹⁶⁾ Wegen Stadtgemeinden vergl. Verordn. v. 19. Febr. 1814, Nr. 35, §. 7 und Zeitschr. f. R. XXX, 191; wegen Landgemeinden Matthia, Controv. = Ver. I, 316 f., Präj. 4; Zeitschr. f. R. VI, 170; XIV, 180; XV, 127; XXX, 191; wegen Gemeinden Zeitschr. f. R. VIII, 28; IX, 14; XX, 94; XXXI, 191; XLVI, Beil., 46.

Verjährung, und zwar auch diese bezüglich der letzteren lediglich mit Wissen des Herzogl. Consistoriums Platz greifen konnte¹⁷⁾.

2. Die Verjährung persönlicher Ansprüche setzte nach den Grundsätzen des gemeinen Rechts regelmäßig die Entstehung des Klagerrechts (*actio nata*), Nichtunterbrechung und guten Glauben voraus¹⁸⁾. Im Uebrigen erfolgte sie nach dem Landesgesetz vom 3. Juli 1853¹⁹⁾. Hiernach sollten alle rein persönlichen Klagen in zehn Jahren verjähren, soweit nicht für gewisse Forderungen kürzere Fristen festgesetzt waren²⁰⁾. Diese Fristen waren zweijährig²¹⁾ oder vierjährig²²⁾ und begannen mit Ablauf des Jahres, in dem die betreffende Forderung fällig geworden war²³⁾. Nach anderen Landesgesetzen war eine dreijährige Verjährungsfrist gegeben²⁴⁾. Daneben waren die kürzeren gemeinrechtlichen Verjährungsfristen in Geltung gelassen²⁵⁾. In allen Fällen lief nach Unterbrechung der Verjährung eine neue mit derselben Frist, nach Unterbrechung durch Klageerhebung aber eine neue mit zehnjähriger Frist²⁶⁾. Die am 1. Januar 1900 noch nicht vollendet gewesene Verjährung ist hinsichtlich des Beginns, der Hemmung und der Unterbrechung gleichwohl nach dem früheren Rechte zu beurtheilen. Auch gilt für sie fernerhin die bisherige Verjährungsfrist, wenn sie kürzer war als die des B. G.-B., oder zwar länger als diese, aber eher ablaufen würde, als wenn der Regel gemäß vom 1. Januar 1900 an die kürzere des B. G.-B. laufen würde²⁷⁾.

¹⁷⁾ Wegen des Fiskus, dem das Cammergut in dieser Beziehung gleichgestellt ist, vergl. Zeitschr. f. R. XIV, 205; XXIV, 125; XLVI, Weil., S. 48 und XLII, 25 ff.; wegen der Kirchen u. s. f. D.-M.-G. Wolf. v. 16. März 1824 i. S. Gemeinde Westerlinde c. Pfarrmittenthum das. u. Zeitschr. f. R. VII, 175.

¹⁸⁾ Dernburg, Pand. I, §. 145 bis 148.

¹⁹⁾ Gef.- und Verordnungsbl. Nr. 35. Das Gef. stimmte wörtlich mit dem Hannov. Gef. v. 22. Sept. 1850 überein. Vergl. auch Gotthard, Das Br. Gesetz, die Verjährung persönlicher Klagen u. betr., v. 1853. — Vordem galt ausschließlich das gem. Recht. Das Gef. ist durch §. 118, Z. 70 des Br. Ausf. B. G.-B. ausdrücklich für aufgehoben erklärt.

²⁰⁾ §. 1, 1. c. Vergl. Zeitschr. f. R. XXXIV, 133 f. u. XLIV, Weil., S. 58, Nr. 128.

²¹⁾ Nach §. 2, 1. c. waren dies insbesondere die Ansprüche der Handel- und Gewerbetreibenden, einschließlich der Künstler und Apotheker, der Schulen, Pflegeanstalten und Lehrer, der Gesellen und Arbeiter, der Fuhrleute und Schiffer, sowie schließlich der Gastwirthe.

²²⁾ Nach §. 3, 1. c. waren dies insbesondere die Ansprüche der Kirchen, Kirchenbeamten und anderen öffentlichen Beamten, der Aerzte und der Zeugen, der Dienstboten, Hauslehrer u. dergl., des Lehrherrn und die Ansprüche auf Rückstände an gewissen wiederkehrenden Leistungen oder zu viel gezahlter Kosten und Gefälle.

²³⁾ §. 5, 1. c.

²⁴⁾ Für den Ersatzanspruch gegen Grundbuchbeamte nach §§. 3 u. 4 der Br. G.-B.-D. v. 8. März 1878 und für den Ersatzanspruch gegen Schädigungen durch Bergbau nach §. 155 des Bergges. v. 15. April 1867, Nr. 23. Vergl. Zeitschr. f. R. XL, 77 ff.

²⁵⁾ §. 4, 1. c. Hierher gehörten besonders die *actio quanti minoris* und *redhibitoria*.

²⁶⁾ §. 8, 1. c. Vergl. Zeitschr. f. R. XII, 235; XV, 70; XIX, 196; XXV, 161; XXXIV, 153; XL, 91.

²⁷⁾ Art. 169 E. B. G.-B. Vergl. §. 195 ff. B. G.-B.

3. Die unvordenkliche Verjährung ist dem B. G.-B. fremd und daher ein absterbendes Rechtsinstitut, das künftig höchstens auf dem Gebiete der landesgesetzlichen Vorbehalte noch Geltung haben kann ²⁸⁾).

II. Das jetzige Landesrecht.

1. Hinsichtlich der Ersetzung von positiven Grunddienstbarkeiten an den nicht eingetragenen und auch der Eintragung nicht bedürftigen Grundstücken ²⁹⁾ gilt auch jetzt noch unverändert das gemeine Recht ³⁰⁾. Sie setzt demgemäß voraus, daß die Dienstbarkeit 10 bzw. 20 Jahre als Recht, und zwar dem Eigenthümer gegenüber nicht gewaltsam oder heimlich oder bittweise ausgeübt wurde ³¹⁾.

2. Ueber die Verjährung von Ansprüchen hat das Landesrecht folgende Einzelbestimmungen getroffen ³²⁾.

a) In zwei Jahren verjähren:

aa) der Anspruch auf Schadenersatz gegen den Unternehmer eines Eisenbahnbetriebes für den Schaden, der bei dem Betriebe einer Sache zugefügt wird ³³⁾;

bb) der Anspruch auf Ersatz für Schaden, der in Folge gefährlicher Beschaffenheit der Anlage oder des Betriebes bei dem öffentlichen Gebrauch eines Grundstückes entsteht ³⁴⁾. Die Verjährung beginnt bei den Schadenersatzansprüchen des B. G.-B. wegen Tödtung eines Menschen mit dem Tode des Verunglückten ³⁵⁾.

b) In drei Jahren verjähren die Ansprüche auf Ersatz eines durch den Bergbau verursachten Schadens, wobei die Frist beginnt, sobald der

²⁸⁾ Die Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 2, IV scheinen zwar auch auf dem Gebiete der Vorbehalte die unvordenkliche Verjährung nicht mehr für möglich zu halten. Dem steht aber der oben in §. 2, Note 6 bezeichnete Grundsatz entgegen. Ebenso bezügl. der unvordenklichen Verjährung: Endemann, Lehrb. I, §. 16, IV, 3. 1; Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., §. 42, S. 426. Vergl. aber auch oben §. 2, Note 7.

²⁹⁾ §. 1 Br. Verordn. z. G.-B.-D. Vergl. unten §. 73.

³⁰⁾ Art. 128 E. B. G.-B. u. Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 70. S. auch oben §. 2, Note 7.

³¹⁾ Dernburg, Pand. I, §. 252.

³²⁾ Der Schadenersatzanspruch des Ges. v. 2. Juli 1889, Nr. 33, §. 2, Abs. 2 „erlischt“ binnen Jahresfrist. Dies ist aber keine Verjährungs-, sondern eine Ausschlussfrist. Vergl. Entsch. R.-G. IX, S. 30. Es bleibt also keine Natural-Obligation bestehen. Geleistetes kann condicirt werden.

³³⁾ §. 28 Br. Ausf. B. G.-B. vergl. mit Art. 105 E. B. G.-B. Im Uebrigen gelten für diese Verjährung, insbesondere für Beginn, Voraussetzung und Unterbrechung, die Vorschriften des B. G.-B. Mot. Br. Ausf. S. 30.

³⁴⁾ §§. 29 u. 31 Br. Ausf. B. G.-B. Art. 106 E. B. G.-B. Vergl. oben Note 33.

³⁵⁾ §. 31 Br. Ausf. B. G.-B. vergl. mit §. 844 B. G.-B. Im Uebrigen gelten auch für diese Verjährung die Bestimmungen des B. G.-B. Vergl. Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 32.

Beschädigte von dem Schaden und der Person des Ersatzpflichtigen Kenntniß erhalten hat, spätestens aber in dreißig Jahren³⁶⁾.

c) In vier Jahren verjähren folgende Ansprüche:

aa) Die aus Rechtsverhältnissen des öffentlichen Rechts entstandenen Ansprüche auf Zahlung von Abgaben (Steuern, Gebühren, Beiträge) oder von Kosten des Verfahrens³⁷⁾, sofern nicht für einzelne Steuern besondere landesgesetzliche Vorschriften getroffen sind³⁸⁾. Wird der Anspruch auf Gebühren oder Kosten eines Verfahrens erst nach der Entstehung fällig, so beginnt die Verjährung mit dem Ablauf des Jahres, in dem die Fälligkeit eingetreten ist³⁹⁾. Setzt die Erhebung einer Abgabe ein vorgängiges Ermittlungsverfahren voraus, so wird die Verjährung durch jede auf die Ermittlung der Abgabe gerichtete Thätigkeit des Berechtigten unterbrochen. Die Unterbrechung dauert fort, so lange ein Rechtsmittelverfahren im Gange ist. Die Unterbrechung endigt mit dem Ablauf des Jahres, in dem die letzte auf die Ermittlung der Abgabe gerichtete Thätigkeit des Berechtigten vorgenommen oder in dem dasselbe beendet wird⁴⁰⁾. Die Unter-

³⁶⁾ §. 155 des Verggef. vom 15. April 1867, Nr. 23 in der durch Gef. vom 12. Juni 1899, Nr. 44, Z. XVII veränderten Fassung. Vergl. Zeitschr. f. R. XL, 77 ff. S. auch Art. 67 E. V. G.-B. u. Mot. S. 147 f. dazu.

³⁷⁾ Diese Vorschrift des §. 16, Z. 1 Br. Ausf. B. G.-B. unterliegt als publicist. nicht dem B. G.-B. Sie soll in Gemeinschaft mit §. 16, Z. 2 die §§. 3, Z. 1 u. 8 des Gef. v. 1853 (s. oben Note 19) ersetzen, ist aber aus Zweckmäßigkeitsgründen auf verwandte Ansprüche ausgedehnt. Deshalb gehören hierher nicht nur die Gebühren der „Kirchen, Geistlichen und anderen Kirchenbeamten für kirchliche Handlungen“ (§. 3, 1), sondern alle Abgaben und Kosten aus einem publicistischen Verhältnisse, mag der Berechtigte auch ein anderer Beamter oder Communalverband oder der Staat sein (Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 10). Bezüglich der Beamten ist entscheidend, ob die Gebühren zur Staatskasse fließen, in welchem Falle §. 16, 1 Br. Ausf. gilt, oder nicht, in welchem Falle §. 196, Z. 15 B. G.-B. Anwendung findet. — Zu den Kosten gehören auch die des Verwaltungsgerichtshofs (Mot. S. 9).

³⁸⁾ §. 19 Br. Ausf. B. G.-B. Nur bezüglich der Steuern behält es bei den bisherigen Landesgesetzen sein Bestehen. Andere öffentliche Ansprüche unterliegen §. 16 (s. im Text 2 c, aa). Vergl. unten 2 d über Grundsteuern. Auch die Erbschaftsteuer, soweit sie bereits zur Erhebung gestellt war, erlischt in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in welches der letzte Tag der Zahlungs- oder Stundungsfrist fällt bezw. die letzte amtliche Handlung vorgenommen ist. §. 44 Gef. v. 18. April 1876, Nr. 38 spricht aber hier von „Erlösch“, was dem Wortlaut nach nicht mit „Verjähren“ identisch ist. Vergl. Entsch. R.-G. IX, S. 30 und oben Note 32. Dagegen spricht das Einkommensteuerges. v. 16. April 1896, Nr. 21, §. 63 und das Ergänzungsteuerges. v. 2. Juni 1898, Nr. 28, §. 43, sowie das Gemeindeabgabenges. v. 11. März 1899, Nr. 12, §. 77 von Verjährung in vier Jahren nach Ablauf des Jahres, in welchem veranlagt war oder veranlagt werden mußte.

³⁹⁾ §. 18, Z. 1 Br. Ausf. B. G.-B. Bei den Gebühren und Auslagen in Sachen der streitigen Gerichtsbarkeit treffen z. B. Entstehung und Fälligkeit nicht immer zusammen (Gerichtskostengef. §. 93 ff.).

⁴⁰⁾ §. 18, Z. 2 Br. Ausf. B. G.-B. Bei den Steuern muß der Anforderung meist ein Ermittlungsverfahren vorhergehen. Auch hier hat die Verjährung sofort

brechung der Verjährung durch Vornahme einer Vollstreckungshandlung im Verwaltungszwangsverfahren endigt mit dem Ablauf des Jahres, in dem die letzte Vollstreckungshandlung vorgenommen wurde ⁴¹⁾).

- bb) Die Ansprüche auf Rückzahlung mit Unrecht erhobener Abgaben und Kosten der oben bezeichneten Art. Zu den Abgaben gehören auch die Beträge, die von den bei einem inländischen Gerichte niedergelegten letztwilligen Verfügungen an die Kreiscommunal-casse entrichtet werden müssen ⁴²⁾. Auf die Verjährung dieser Ansprüche finden im Uebrigen außer den Uebergangsvorschriften des B. G.-B. auch dessen sonstige Bestimmungen mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß die Verjährung mit dem Ablaufe des Jahres beginnt, in dem der Anspruch entstanden ist ⁴³⁾.
- d) In fünf Jahren erlischt die Pflicht zur Zahlung der Grundsteuern übersehener Grundstücke ⁴⁴⁾.
- e) In zehn Jahren erlischt die Erbschaftssteuer ⁴⁵⁾.

§. 26.

Selbsthülfe.

Neben den Vorschriften des B. G.-B. über Selbsthülfe ¹⁾ kommen auf Grund der Vorbehalte noch folgende landesgesetzliche Bestimmungen in Betracht.

1. Ein ausgebrochenes, gefährliches, wildes oder ein verwildertes Thier darf Jedermann tödten. Die Polizeibehörde darf dies im Interesse der öffentlichen Sicherheit auch dann, wenn das Thier wieder eingefangen ist ²⁾.

anzufangen, da sie sonst bei Unthätigkeit des Berechtigten überhaupt nicht in Lauf gesetzt würde.

⁴¹⁾ §. 18, Z. 3 Br. Ausf. B. G.-B. Vergl. dazu Mot. S. 11.

⁴²⁾ §. 16, Z. 2 Br. Ausf. B. G.-B.; Art. 104 E. B. G.-B. Vergl. auch das in Note 37 Gesagte. S. unten §. 114.

⁴³⁾ §. 17 Br. Ausf. B. G.-B. Muß aber eine Abgabe für einen bestimmten Zeitabschnitt entrichtet werden, der nicht mit dem Kalenderjahre zusammenfällt, z. B. vom 1. April bis 1. April, so ist das Ende dieses Abschnittes maßgebend. Dieser Fall ist namentlich bei den Steuern häufig. Vergl. §. 17, Abs. 2 das.

⁴⁴⁾ §. 85 des Gef. v. 24. August 1849, Nr. 33 vergl. mit §. 19 Br. Ausf. B. G.-B. Streng genommen handelt es sich nicht um eine Verjährung, sondern um ein wirkliches Erlöschen des Anspruches auf Nachforderungen für einen ganz bestimmten Fall. Vergl. Entsch. R.-G. IX, S. 30 u. oben Note 32. Für eine Verjährung der Grundsteuer gelten deshalb die allgemeinen Bestimmungen des §. 16, 1 Br. Ausf. B. G.-B.

⁴⁵⁾ §. 44 Gef. v. 18. April 1876, Nr. 38. Auch hier handelt es sich um keine eigentliche Verjährung, sondern um eine Präclusion. Entsch. R.-G. IX, S. 30 u. oben Note 32, 38. Falls die Erbschaftssteuer bereits zur Hebung gestellt war, gilt das oben Note 38 Gesagte.

¹⁾ §§. 227 ff. vergl. mit §. 904 B. G.-B.

²⁾ §. 9, Z. 1 P.-St.-G.-B. v. 23. März 1899, Nr. 27. Die Rechtsgültigkeit dieser Bestimmung, soweit ihre privatrechtliche Tragweite in Betracht kommt, ergiebt

2. Ein Privat-Pfändungsrecht ist dem Besitzer eines Grundstückes gegeben³⁾. Diesem ist nämlich bei Beschädigung oder Besitzstörung des Grundstückes durch fremde Thiere oder Menschen die Befugniß beigelegt, auf frischer That diese Thiere oder den Menschen gehörige Sachen, die sie gerade bei sich haben, nöthigenfalls durch Gewalt in Besitz zu nehmen, um sich hierdurch nicht nur des Beweises, des Besitzes am Grundstück und der Unterbrechung der Verjährung, sondern auch des Ersatzes für den etwaigen Schaden zu sichern⁴⁾. Das Nähere hierüber wird unten in §. 90 erörtert werden.

sich aus Art. 109 E. B. G.=B. Vergl. auch §§. 833 ff. B. G.=B. Im Uebrigen siehe über den Sinn der Vorschrift Ude, Comm. z. P.=St.-G.=B., 2. Aufl., S. 147.

³⁾ Die fortdauernde Geltung dieser particularrechtl. Vorschriften ergibt sich aus Art. 89 E. B. G.=B. Vergl. auch Planck, Com., VI, S. 175 f.

⁴⁾ Die Grundzüge sind die des gemeinen Rechts. Vergl. Mittermaier, D. Privatr., 7. Aufl., §. 152 vergl. mit Landtagsabschied v. 3. Juni 1597, Art. 14 u. 21 (Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 13 u. 19); Landtagsabschied v. 27. Januar 1619, Art. 28 (Steinacker, a. a. O., S. 48); Allg. Landesordn. v. 1647, Art. 65, 66 (Steinacker, a. a. O., S. 74). Vergl. auch noch Steinacker, Promt. II, 211. Planck, a. a. O., Note 2.

Recht der Schuldverhältnisse.

Erstes Capitel.

Allgemeine Grundsätze.

§. 27.

Verhältniß des Landes- zum Reichsrecht.

Das Recht der Schuldverhältnisse oder, wie man früher zu sagen pflegte, das Obligationenrecht, hat im Vergleich zum Sachenrecht auch schon vor dem B. G.=B. der particularen Gesetzgebung nur wenig Anlaß zur Thätigkeit gegeben. In Folge der unbestreitbaren Ueberlegenheit des römischen Rechts über das deutsche gerade auf diesem Gebiete ist vielmehr jenes seit seiner Reception im Wesentlichen unverändert bei uns in Geltung gewesen ¹⁾. Das B. G.=B. hat selbstverständlich noch weiter unter dem particularen Obligationenrecht aufgeräumt ²⁾, vermöge zahlreicher Vorbehalte aber auch der Landesgesetzgebung noch ein weites Feld der Wirksamkeit gelassen ³⁾.

¹⁾ Von größeren particularen Gesetzen auf dem Gebiete des Obligationenrechts kam vor Allem die Wechselordnung in Betracht (unter Herzog August Wilhelm v. 1. August 1715), welche, im Wesentlichen der Marktgerichts- und Wechselordnung für die Stadt Braunschweig v. 1. Dec. 1686 entnommen, zunächst ebenfalls nur für die Hauptstadt, nachher fürs ganze Land Geltung hatte und durch Verordn. v. 27. Oct. 1753 ausdrücklich für das Fürstenthum Blankenburg und das Stiftsamt Walkenried eingeführt wurde. In der Folgezeit ist diese Wechselordnung durch eine große Anzahl von Verordnungen und Rescripten ergänzt und verändert. Die nach dem Landtagsabsch. v. 25. Mai 1835 ausgesprochene Absicht der Emanation einer neuen Braunschweigischen Wechselordnung ist nicht mehr verwirklicht worden. Ersetzt ist die W.-O. durch die Reichs-W.-O.

²⁾ Von früheren, jetzt aufgehobenen Landesgesetzen sind besonders zu erwähnen die gemeinrechtlichen Vorschriften über Kauf, Miethverträge, Schenkung, Darlehn etc.

³⁾ Hierher gehören besonders die Vorbehalte der Art. 75 bis 81 und 92 bis 108 E. B. G.=B. Das Versicherungsrecht, welches vorläufig noch der Landesgesetzgebung überlassen ist (Art. 75 E. B. G.=B.), soll demnächst einheitlich durch Reichsgesetz geregelt werden. Ein entsprechender Entwurf ist bereits ausgearbeitet. Dasselbe ist von dem Verlagsrecht (Art. 76) zu erwarten, für das es an eigent-

Für ein Schuldverhältniß, das vor dem Inkrafttreten des B. G.-B. entstanden ist, bleiben überhaupt die bisherigen Gesetze maßgebend ¹⁾. Dieser Grundsatz ist jedoch für einige Schuldverhältnisse durch Sonderbestimmungen eingeschränkt worden ⁵⁾.

Erster Abschnitt.

Form der Verträge.

§. 28.

Allgemeine Formvorschriften.

I. In Folge der Uebergangsbestimmungen ist für die Form aller vor dem 1. Januar 1900 abgeschlossenen Verträge das bisherige Landesrecht ausschließlich maßgebend ¹⁾. Dieses ist deshalb hier noch für längere Zeit von praktischer Bedeutung. Hiernach bedurften, abgesehen von den jetzt noch gültigen Bestimmungen ²⁾, die Abtretung, sowie die Verpfändung einer Hypothek ³⁾ und einer anderen Forderung zu ihrer Gültigkeit der schriftlichen Form ⁴⁾. Verträge in Beziehung auf das Eigenthum oder auf dingliche Rechte an Grundstücken oder selbständigen Gerechtigkeiten mußten sogar, um rechtswirksam zu sein, gerichtlich oder notariell verlaubar werden ⁵⁾. Die gleiche Form war

lichen Landesgesetzlichen Normen überhaupt fehlt, so daß bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes über diese Materie die subsidiären Bestimmungen des gemeinen Rechts über den Werkvertrag bei uns Anwendung finden müssen.

Das Nähere über die sonstigen Vorbehalte ist bei den einzelnen Paragraphen erörtert. Hier ist nur noch auf §. 13 Br. Ausf. G.-G.-G. hinzuweisen, wonach bei Acten der freiwilligen Gerichtsbarkeit die mehreren Betheiligten für Gebühren und Auslagen als Gesamtschuldner gelten sollen.

⁴⁾ Art. 170 E. B. G.-B. Ueber die Tragweite dieses Vorbehaltes vergl. auch Habicht, Einwirkung, §. 17. Ueber die Frage, wann ein Schuldverhältniß als entstanden anzusehen ist, f. Habicht, a. a. O., §. 18. — Nach Art. 170 behält z. B. auch eine vor 1900 begründete Heirathsprovisionsforderung (Zeitschr. f. R. XXXV, S. 85) ihre Klagbarkeit. Blätter f. Rechtspf. i. B. des Kammerger. 1900, S. 19.

⁵⁾ Dies gilt von Mieth- und Pachtverhältnissen (Art. 171, 172) u. von Schuldverhältnissen auf den Inhaber (Art. 174), worüber unten Näheres. Die sonstigen einschränkenden Bestimmungen des E. B. G.-B. sind für uns ohne Bedeutung.

¹⁾ S. oben §. 27 bei Note 4.

²⁾ Diese sind unten bei II erörtert.

³⁾ G.-G.-G. v. 8. März 1878, Nr. 10, §§. 55, 58.

⁴⁾ Mob.-Pf.-G. v. 10. März 1878, §. 11 ff.

⁵⁾ §. 74 G.-G.-G. v. 8. März 1878, Nr. 10, übernommen aus §. 1 des Ges. v. 19. März 1850, Nr. 22. Aus der Br. Praxis vergl. Zeitschr. f. R. III, 170; V, 23 u. 85; VI, 33; VIII, 117; X, 53; XI, 169; XV, 157; XX, 140; XXV, 196, 214, 220 ff., 232; XXVIII, 57; XXX, 168 ff.; XXXVII, 109; XXXVIII, 22, 30; XXXIX, 120; XL, 130; XLII, 67 ff.

vorgeschrieben für die Abtretung und Verpfändung von dinglichen Rechten mit Ausnahme der Hypothek⁶⁾.

II. Das jetzt geltende Landesrecht hat folgende Bestimmungen über die Form von Verträgen getroffen.

1. Die Schriftlichkeit wird zur Geltung erfordert für die Abtretung und die Verpfändung eines Kuxes nach Bergrecht⁷⁾. Auch die Versicherungsverträge mit der Landesversicherungsanstalt gelten als abgeschlossen erst mit der Ausfertigung eines Versicherungsscheines⁸⁾. Die Pfandscheine dagegen, welche die Leihhausanstalten und die Pfandleiher den Verpfändern von beweglichen Sachen ausstellen müssen, bedingen nicht den Abschluß des Pfandvertrages, sondern dienen lediglich als Beweismittel⁹⁾.

2. Der gerichtlichen oder notariellen Beglaubigung bedarf zu seiner Gültigkeit der Consolidationsact bei Bergwerken¹⁰⁾.

3. Der gerichtlichen oder notariellen Verlautbarung bedarf jedoch die sonstige freiwillige Veräußerung von Bergwerkeigenthum¹¹⁾.

4. Die Ablösungsgeschäfte und die Auseinandersetzungsverträge bei Gemeinheiten bedürfen der gerichtlichen oder notariellen Verlautbarung zwar nicht, unterliegen aber besonderen Formvorschriften¹²⁾.

III. Die äußere Form der gerichtlichen und notariellen Urkunden regelt das Reichsgesetz über die F.-G.¹³⁾. Die particulare Gesetzgebung greift in folgender Weise ein.

1. Die gerichtliche Beglaubigung von Unterschriften soll nur erfolgen, wenn der Richter den die Unterschrift Vollziehenden oder Anerkennenden persönlich kennt oder, sofern dies nicht der Fall ist, sich über die Persönlichkeit desselben Gewißheit verschafft. Diese Vorschrift findet auf die gerichtliche Beglaubigung eines Handzeichens entsprechende Anwendung¹⁴⁾.

⁶⁾ §. 74, Abs. 2 des G.-G.-G. v. 1878. Aus der Praxis vergl. Zeitschr. f. R. IX, 183; XI, 126; XVIII, 12; XXXVIII, 21; XL, 154.

⁷⁾ §§. 108 und 111 des Bergges. v. 15. April 1867, Nr. 23. Die Vorschrift wird gedeckt durch Art. 67 E. B. G.-B.

⁸⁾ Ges. v. 5. April 1886, Nr. 20, §. 12. Die Bestimmung hat nach dem Vorbehalt des Art. 75 E. B. G.-B. fortdauernde Geltung. — Andere Versicherungsverträge bedürfen der schriftlichen Form zu ihrer Gültigkeit nur, wenn dies besonders, meist statutenmäßig vorgeschrieben (vergl. §. 127 B. G.-B.) ist.

⁹⁾ E. unten §§. 37 und 39.

¹⁰⁾ §. 44 Bergges. v. 15. April 1867. Dabei ist es gleich, ob es sich um einen Vertrag, einen Beschluß der Mitbetheiligten oder um eine Erklärung des Alleineigenthümers handelt.

¹¹⁾ §. 54 Bergges. v. 15. April 1867 in der Fassung des Ges. v. 12. Juni 1899, Nr. 44. Vergl. Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 369.

¹²⁾ E. unten §§. 81 ff. und §§. 68 ff.

¹³⁾ §§. 167 bis 184 des Ges. Ueber Notariatsinstrumente f. unten §. 29.

¹⁴⁾ §. 22 Br. Ausf. F.-G. vergl. mit §. 176, Abs. 3 des Reichsges. F.-G. Der Richter hat sich über die Identität der Betheiligten Gewißheit verschafft, wenn er daran zu zweifeln vernünftiger Weise keinen Grund hat. Welche Erkenntnißquellen ihm dabei als genügend erscheinen, ist seinem pflichtmäßigen Ermessen überlassen.

2. Bei der Aufnahme von Protokollen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit ist der Richter befugt, aber abgesehen von den gesetzlich besonders vorgeschriebenen Fällen nicht verpflichtet, sich der Hülfe eines Gerichtsschreibers zu bedienen¹⁵⁾. Dabei sind noch folgende specielle Bestimmungen zu beachten:

- a) Bei der Verlautbarung von Rechtsgeschäften soll der Richter nur schreibenskundige Personen als Zeugen zuziehen¹⁶⁾, die erforderlichen Vollmachten in Urschrift oder beglaubigter Abschrift zu den Acten nehmen¹⁷⁾, etwaige Zweifel an der Geschäftsfähigkeit eines Theiligten im Protokoll feststellen¹⁸⁾ und bei Taubheit eines Theiligten diesem das Protokoll zur Durchsicht vorlegen oder, wenn dieser nicht lesen kann, für ihn eine Vertrauensperson zuziehen und dies im Protokoll vermerken¹⁹⁾.
- b) Bei Beurkundung von Versammlungen der Genossenschaften oder Vereine hat der Richter Ort und Tag der Verhandlung, Namen des Richters und des etwa zugezogenen Gerichtsschreibers, sowie das Ergebniß der Beschlußfassung im Protokolle anzugeben und dieses zum Schluß mit dem etwa zugezogenen Gerichtsschreiber durch Unterschrift zu vollziehen²⁰⁾. Zugleich ist ein ordnungsmäßiges Theilnehmerverzeichnis dem Protokoll beizufügen²¹⁾, sowie die Beläge über die ordnungsmäßige Berufung der Versammlung²²⁾.

Ueber die besonderen Vorschriften bezüglich der Notariatsinstrumente wird im nächsten Paragraphen gehandelt werden.

§. 29.

Notariatsinstrumente.

Die Form der Notariatsinstrumente wird durch das Braunschweigische Ausführungsgezet zum Reichsgezet über die freiwillige Gerichtsbarkeit¹⁾ geregelt.

¹⁵⁾ §. 4 Br. Ausf. F.-G. Die wichtigste Ausnahme betrifft die letztwilligen Verfügungen. Vergl. unten §. 117.

¹⁶⁾ §. 15, l. c. vergl. mit §. 176 Reichsgef. F.-G.

¹⁷⁾ §. 16, l. c.

¹⁸⁾ §. 17, l. c.

¹⁹⁾ §. 18, l. c.

²⁰⁾ §. 24 Br. Ausf. F.-G. Die §§. 168 bis 182 Reichsgef. F.-G. gelten hierfür nicht. Vergl. Hahn, Materialien VII, S. 81; Not. Br. Ausf. S. 273.

²¹⁾ Das Verzeichniß ist ordnungsmäßig, wenn es in der Versammlung aufgestellt ist, alle erschienenen Mitglieder nach Namen und Ort bezeichnet, vor der ersten Abstimmung ausgelegt und vom Vorsitzenden unterschrieben ist.

²²⁾ Statt dieser Beläge genügt auch die Aufnahme ihres Inhaltes in das Protokoll.

¹⁾ Gef. v. 12. Juni 1899, Nr. 38, V. Abschnitt, §§. 25 bis 46. Dadurch (§. 46) ist die Notariatsordnung vom 19. März 1850, Nr. 18 aufgehoben worden. — Zuerst waren die Rechtsverhältnisse der Notare, ihre Befugniß und die bei der Aufnahme von Urkunden zu beachtenden Formen durch die R.-Not.-Ordn. von 1512

1. Hiernach darf ein Notar, welcher seine Amtsthätigkeit im ganzen Lande auszuüben berechtigt, aber nur im Kreise seines Wohnsitzes auszuüben verpflichtet ist ²⁾, keine Verhandlungen aufnehmen, wobei er selbst oder einer seiner Angehörigen interessirt ist ³⁾. Im Uebrigen dürfen Notare, welche von einer geschäftsfähigen Person zu einer den Gesetzen nicht widerstreitenden Amtshandlung aufgefordert werden, dieselbe nicht verweigern, widrigenfalls sie dem Ersuchenden für den Schaden haften ⁴⁾.

2. Für die Aufnahme einer Notariatsurkunde finden die Bestimmungen über die gerichtlichen Urkunden entsprechende Anwendung ⁵⁾. Vor einer Beurkundung hat der Notar durch Befragen der außer ihm mitwirkenden Personen zu ermitteln, ob ein Verhältniß besteht, welches nach den Vorschriften des Reichsrechts irgend eine der mitwirkenden Personen von der Theilnahme an dem Acte der Beurkundung ausschließt, und im Protokolle festzustellen, daß dieser Vorschrift genügt ist ⁶⁾.

3. Was die äußere Form anlangt, so soll der Notar das Protokoll deutlich, ohne Abkürzungen, Zwischenräume, Lücken und leer gelassene Stellen auf ganzen Bogen schreiben. Absätze zu machen, ist erlaubt. Der Notar kann sich der Hülfe einer anderen Person zur Niederschrift bedienen. Die Benutzung von Formularen zu den Protokollen ist statthast ⁷⁾. Zusätze und Veränderungen sind am Rande des Protokolls vorzunehmen und zu numeriren. Dieselben sind

geregelt. Bis 1806 war nach der Landesf. Verordn. v. 15. Juli 1752 im Herzogthume nur den Notaren Ausübung ihres Amtes gestattet, welche Immatriculation bei einem der höchsten Reichsgerichte nachwiesen oder sich mit Erfolg einem examen rigorosum unterworfen hatten, woneben der Universität Helmstedt das Recht zustand, Notariet zu creiren. Nach der Verordn. v. 27. April 1814 konnte die Ernennung nur durch den Landesherrn geschehen. Durch dieselbe Verordnung war hinsichtlich der Form der Notariatsurkunden bestimmt, daß es hinreichend sei, wenn der Eingang des Instruments den Namen des Notars mit der Bezeichnung dieser seiner Eigenschaft, die Bemerkung des an ihn ergangenen Ersuchens, den Namen des Ersuchenden und der Zeugen und die Angabe der Zeit und des Ortes enthalte. Vergl. auch Steinacker, Braunsch. Privatr., §. 34.

²⁾ §. 27, Abs. 2 Br. Ausf. F.-G. Früher entsprechend: §. 3, Abs. 2 Not.-Ordnung.

³⁾ §. 34, Abs. 2 Br. Ausf. F.-G. vergl. mit §§. 170 bis 173 Reichsges. F.-G. Früher traf im Wesentlichen gleiche Best. Not.-Ordn. §. 8 u. 9.

⁴⁾ §. 27, Abs. 1 Br. Ausf. F.-G. vergl. mit §. 839 B. G.-B. Früher: §. 3 der Not.-Ordn.

⁵⁾ §. 34, Abs. 1, l. c. S. oben §. 28, III. Früher vergl. §. 10 Not.-Ordn. Vergl. auch über die Folgen fehlender Formerfordernisse aus der früheren Praxis Zeitschr. f. R. XXV, 218; XLIV, 57. S. noch Reichsges. F.-G. §§. 167 bis 183.

⁶⁾ §. 34, Abs. 2 Br. Ausf. F.-G. Als Notar oder Zeuge kann nicht mitwirken a) nach §. 170 Reichsges. F.-G., wer selbst betheiligt oder Vertreter, Ehegatte, in gerader Linie Verwandter oder im zweiten Grade der Seitenlinie Verwandter oder Verschwägerter der Betheiligten ist; b) nach §. 171, wer selbst oder dessen Verwandter in der Urkunde bedacht ist; ein Zeuge soll nach §. 173 nicht mitwirken, wenn er minderjährig, im Verlust der bürgerl. Ehrenrechte, unfähig zur eidlichen Vernehmung oder Gesinde oder Gehülfe des Notars ist.

⁷⁾ §. 35, l. c., früher §. 13 Not.-Ordn. Vergl. dazu Not. Br. Ausf. S. 280 f.

am Schlusse und vor der Unterzeichnung des Protokolls nochmals in der Reihenfolge nach ihrem ganzen Inhalte aufzuführen⁹⁾.

4. Die Urschriften der vom Notar aufgenommenen Protokolle, mit Ausnahme derjenigen, die in gerichtliche Verwahrung zu nehmen sind, bleiben in der Verwahrung des Notars. Die Berechtigten können nur Ausfertigungen verlangen⁹⁾. Solche Ausfertigungen sind vom Notar unter Angabe des Tages und des Ortes der Ertheilung zu unterschreiben und mit seinem Dienststempel zu versehen¹⁰⁾. Sie soll das die Urschrift enthaltende Notariatsregister nach Band und Seite, die Ordnungsnummer der Ausfertigung, sowie die Person bezeichnen, welcher die Ausfertigung ertheilt ist¹¹⁾. In Fällen der Behinderung des Notars kann das Amtsgericht Ausfertigungen veranlassen¹²⁾. Ueber die notariellen Verfügungen von Todeswegen wird unten in §. 117 gehandelt werden.

Zweiter Abschnitt.

Nebenleistungen.

§. 30.

Zinsen.

I. Schon vor dem 1. Januar 1900 unterfielen die Rechtsverhältnisse der Zinsen insofern der Reichsgesetzgebung, als diese¹⁾ die Höhe der vertrags-

⁹⁾ §. 36, 1. c., früher §. 15 Not.-Ordn. Auch kleine Verbesserungen offensichtlicher Schreibfehler müssen hierher gerechnet werden, zumal der Notar nicht beurtheilen kann, ob die Schreibfehler als solche so offensichtlich sind, daß die Correctur auch später niemals Anlaß zu Zweifeln geben kann.

⁹⁾ §. 37 Br. Ausf. F.-G. Als „berechtigt“ bei Notariatsverträgen gelten nach §. 21, 1. c. die Betheiligten, die Vertretenen und die Rechtsnachfolger beider, sowie die Personen, in deren Interesse die Urkunde errichtet wurde. — Durch den Inhalt der Urkunde kann aber gültig bestimmt sein, daß einzelnen dieser Personen keine Ausfertigung zustehen, und umgekehrt, daß sie auch noch anderen Personen zustehen soll. Vergl. Not. Br. Ausf. S. 270. Sonst darf der Notar selbst mit nachträglicher Zustimmung aller Betheiligten an dritte Personen keine Ausfertigungen abgeben. — Unter „Ausfertigungen“ sind wörtliche Abschriften zu verstehen, die die Urschrift im Verkehr ersetzen sollen. Vergl. §. 182 R.-F.-G., Not. Br. Ausf. S. 282.

¹⁰⁾ §. 38, 1. c., früher vergl. §. 17 Not.-Ordn. Die Vorschrift ist derartig zwingend, daß ihre Nichtbeachtung der Ausfertigung die Wirkung einer öffentlichen Urkunde entzieht.

¹¹⁾ §. 38, Abs. 2, 1. c. Die Vorschrift ist nur instructionell und ihre Nichtbeachtung auf die Wirksamkeit der Ausfertigung ohne Einfluß.

¹²⁾ §. 39, 1. c. Hier kommen besonders Krankheit, Abwesenheit und Tod in Betracht. Vergl. Not. Br. Ausf. S. 282.

¹⁾ Reichsges. v. 14. Nov. 1867, betr. die vertragsmäßigen Zinsen, vergl. mit Br. Ges. vom 18. April 1867.

mäßigen Zinsen unter Aufhebung aller entgegenstehenden Bestimmungen²⁾, jedoch unbeschadet des Verbotes von Zinseszinsen und particularer Vorschriften über gewerbliche Pfandleihanstalten, der freien Vereinbarung überlassen³⁾ und daneben besondere Bestimmungen gegen den Wucher getroffen hatte⁴⁾. Auch vor dem B. G. B. hatte sich die Landesgesetzgebung deshalb darauf beschränken müssen, von speciellen Bestimmungen abgesehen, über Vertragszinsen die allgemeine Vorschrift zu geben, daß das Verbot von Zinseszinsen in Kraft bleibe, das gemeinrechtliche Verbot der Zinsen über den Betrag der Hauptschuld hinaus aber aufgehoben sei⁵⁾. Hinsichtlich der gesetzlichen Zinsen, einschließlich der Verzugszinsen, galt im Wesentlichen unverändert das gemeine Recht⁶⁾. Ist ein Zinsanspruch vor 1900 entstanden, so ist er nach früherem Recht zu beurtheilen⁷⁾. Die Höhe des gesetzlichen Zinsfußes gilt aber vom 1. Januar 1900 ab überall als vier vom Hundert, mag die Verzinsung auch früher mit einem höheren Zinsfuße begonnen haben und mag es sich um ein Reichs- oder um ein Landesgesetz handeln⁸⁾.

²⁾ §. 1, Abs. 2, l. c. — Durch die Landesf. Verordn. vom 3. Nov. 1617 (Steinacker, Promt. I, 147) waren 6 Proc. als erlaubte Zinsen bezeichnet, während die Tag-Ordn. v. 29. Nov. 1645, Tit. 77, §. 5 (Steinacker, a. a. O. II, 529) landesübliche und gebräuchliche Zinsen zu nehmen gestattete. In Uebereinstimmung mit den Reichsgesetzen ist danach das Zinsmaximum auf 5 Proc. herabgemindert (vergl. Steinacker, Privatr., §. 102, Note 2; Erf. d. L.-G. Wolf. v. 9. Mai 1815 i. S. Stimerling c. Sander und v. 7. Oct. 1816 i. S. Wöhler c. Röber), woneben nur den Juden, sowie den Kaufleuten für Darlehen an andere Kaufleute und dem Leihhause 6 Proc. zu nehmen erlaubt war (Verordn. v. 8. Nov. 1698; Landesf. Refcr. v. 11. Jan. 1773; Frederksdorff, Promt. II, 712; Steinacker, Promt. II, 529; v. Liebhauer, Einl. II, 209).

³⁾ §. 1 d. Reichsges. vergl. mit §. 4 daf.

⁴⁾ Reichsges. v. 24. Mai 1880, betr. den Wucher nebst Novelle von 1894. Vergl. über das frühere Landesrecht das Br. Crimin.-Ges., §. 232, die Verordn. v. 19. Juli 1823 u. das Landesf. Refcr. an den Magistr. z. Wolfenbüttel v. 23. April 1744 (Steinacker, Promt. II, 532). Vergl. auch Steinacker, Br. Privatr., S. 257.

⁵⁾ Gef. Nr. 16 v. 18. April 1867. — Nach der Verordn. v. 31. Jan. 1701 (Frederksdorff, Promt. II, 714; Steinacker, Promt. II, 531) war es nur den milden Stiftungen und auch diesen nur rückfichtlich ihrer Fundationscapitalien gestattet, Zinsen ultra alterum tantum zu nehmen.

⁶⁾ Dernburg, Pand. II, §. 29; Windscheid, Pand. II, §. 259. Vergl. aus der früheren Br. Praxis: Zeitschr. f. R. XIX, 51; XXXII, 150; XXXVIII, 179; XLV, Beil., S. 41; Seuff. Arch. XIX, 191. Besondere Bestimmungen gab es a) bezüglich der Abfindlinge (s. unten II, 3. 6); b) über die Verzinsung der Waarenschuld beim Kauf nach dem Attestat der Justizkanzley v. 23. Juli 1709 (Steinacker, Promt. II, 529); c) hinsichtlich des Fiscus, der Vorschüsse von mehr als 300 Mk. der Rechnungsführer und Pächter von Staatsgut mit 5 Proc., sonstige Schulden aber aus besonderen Gründen nicht zu verzinsen haben sollte. Amtscammerordn. v. 1. Juli 1688, Art. 67 (Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 357) u. Verordn. v. 29. Oct. 1821, Nr. 12, §. 13, wozu Waldeck, Controv., S. 146 ff. u. Zeitschr. f. R. II, 51; XXIV, 125; Seuff. Arch. XXXVIII, 99, 100 zu vergleichen ist.

⁷⁾ Art. 170 E. B. G. B.

⁸⁾ §. 20 Br. Ausf. B. G. B. Vergl. auch Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., S. 202 ff.

II. Das B. G.=B. hat auch die gesetzlichen Zinsen geregelt⁹⁾, weshalb die Landesgesetzgebung nur auf dem Gebiete der Vorbehalte folgende Bestimmungen getroffen hat.

1. Bei Expropriationen läuft ein gesetzlicher Zins von vier Procent der Entschädigungssumme, auch schon bevor diese festgestellt ist, von der Besitzergreifung des expropriirten Grundstücks an, wenn dies ausnahmsweise schon früher überwiesen ist¹⁰⁾.

2. Neben der Rückforderung des Capitals hat Anspruch auf gesetzliche Zinsen vom Tage der Einzahlung an, wer Beiträge zu einer staatlich noch nicht genehmigten Schulsparcasse geleistet hat¹¹⁾.

3. Bei den staatlichen Sparcassen und den Leihhausanstalten wird die Höhe der von diesen für aufgenommene Darlehen zu zahlenden Zinsen nicht von vornherein vertragsmäßig bestimmt, sondern von Zeit zu Zeit durch das Staatsministerium festgesetzt und dann durch das Finanzcollegium bekannt gemacht¹²⁾.

4. Die Zinsen der Cammer- und Landesschuldverschreibungen von 150 Mk. sind jährlich, sonst halbjährlich fällig¹³⁾. Bei den Sparcassen sind die Zinsen jährlich fällig, und zwar ein Jahr nach dem Datum der Einlage, während bei früherer Rückforderung des Capitals entsprechende Rückzinsen nach vollen Monaten gezahlt werden¹⁴⁾. Die Zinscoupons der Landesschuldverschreibungen erlöschen vier Jahre nach Fälligkeit¹⁵⁾. Cammerschuldverschreibungen fallen nach der vorgeschriebenen Bekanntmachung ihrer erfolgten Amortisation aus der Verzinsung¹⁶⁾.

5. Die staatlich concessionierten Pfandleiher dürfen an Zinsen für Darlehen nicht mehr als

- a) zwei Pfennig für jeden Monat und jede Mark bei Beträgen bis zu 30 Mark,
- b) einen Pfennig für jeden Monat und jede den Betrag von 30 Mark übersteigende Mark nehmen¹⁷⁾,

⁹⁾ Vergl. §§. 246 ff., 288 ff.

¹⁰⁾ §. 13 des Gef. v. 13. Sept. 1867, Nr. 78 vergl. mit Art. 109 E. B. G.=B. Das Nähere über diesen Fall der vorläufigen Besitzentziehung s. unten §. 67, II.

¹¹⁾ Gef. v. 19. Februar 1895, Nr. 13, §. 5 vergl. mit Art. 99 E. B. G.=B.

¹²⁾ Gef. v. 10. Juni 1892, Nr. 27, §. 7 vergl. mit Art. 99 E. B. G.=B. — Gef. v. 20. August 1867, Nr. 72, §. 3.

¹³⁾ Gef. v. 19. Dec. 1834, Nr. 17, §§. 10 u. 12.

¹⁴⁾ Gef. v. 10. Juni 1892, Nr. 27, §. 8. Vergl. Art. 99 E. B. G.=B.

¹⁵⁾ Gef. v. 20. August 1867, Nr. 72, §. 12, Abs. 2. Dies ist keine Verjährung.

¹⁶⁾ Gef. v. 20. Februar 1837, Nr. 5.

¹⁷⁾ Bekanntmachung d. Staatsminist. Nr. 2 v. 21. Dec. 1881, §. 5, Abs. 1. Bei der Berechnung sollen nach §. 6 das folgende Vorschriften beobachtet werden: a) der Tag der Hingabe des Darlehens wird nicht eingerechnet; b) die Monate werden vom folgenden Tage ab bis zum ziffernmäßig entsprechenden Tage des folgenden Monats, event. dem letzten Tage desselben gerechnet; c) jeder angefangene Monat gilt für voll; d) Bruchtheile von Pfennigen werden nach oben abgerundet. — Die Gesetzeskraft dieser minister. Vorschrift stützt sich auf §. 38 der Reichs-G.=O., ihre fortbauende Geltung auf Art. 94, Abs. 1 E. B. G.=B.

woneben die Verabredung, daß die Zinsen mindestens zwei Monate gezahlt werden müssen, gestattet ist ¹⁸⁾).

6. Abfindlinge können vor Verlassen des Hofes keine Verzinsung der ihnen vom Bauerngute zustehenden Abfindungen verlangen ¹⁹⁾.

§. 31.

Veränderungssteuer, Abgaben an Armen- und Wegebetterungscasse.

1. Die Veränderungssteuer, welche durch Gesetz vom 25. Juni 1879 ¹⁾ eingeführt ist, hat einen öffentlich-rechtlichen Charakter und ist daher hier nur kurz zu berühren. Sie wird erhoben bei den im Falle der freiwilligen Veräußerung von inländischen Immobilien erfolgenden Eintragungen des Eigenthumes, sowie bei der Eintragung von dinglichen Rechten an Immobilien mit Ausschluß der Hypothek ²⁾. Ausgenommen sind Immobilienveränderungen

- a) zwischen Ehegatten,
- b) zwischen Ascendenten und Descendenten,
- c) zwischen Miterben im Falle der Erbtheilung,
- d) wenn die Herzogl. Cammer oder eine andere Staatsbehörde, oder gewisse Anstalten und milde Stiftungen pflichtig sein würden ³⁾.

Zahlungspflichtig ist im Uebrigen der Erwerber der Immobilie bezw. der Eigenthümer des mit dem dinglichen Rechte belasteten Grundstückes ⁴⁾. Die Veränderungssteuer besteht in einem Procentsatze des zu ermittelnden Werthes der Immobilie bezw. des dinglichen Rechts und ruht nebst den Kosten der Werthermittelung als gemeine Last auf dem pflichtigen Grundstück ⁵⁾. Die Erhebung

¹⁸⁾ §. 5, Abf. 3 daf. Vergl. Note 17.

¹⁹⁾ Gef. v. 28. März 1874, Nr. 11, §. 16. Ueber die fortdauernde Geltung dieser Bestimmung f. unten §. 121.

¹⁾ Gef.- u. Verordnungs-., Nr. 32. Vergl. Verordn. vom 29. October 1821, Nr. 10. Nach §. 7 des Gef. v. 1879 ist für die Entscheidung der Frage, ob und wie viel Veränderungssteuer erhoben werden kann, unter Zuständigkeit des Verwaltungsgewerichtshofes (§. 67 e des Gef. v. 27. März 1895, Nr. 26), der Rechtsweg ausgeschlossen (Zeitschr. f. R. XLIII, 182 ff.) u. gemäß des in §. 12 des Gef. v. 12. Oct. 1832, Nr. 30 aufgestellten Principis nur so weit zulässig, als diese Entscheidung von der vorherigen Feststellung eines selbstständigen Privatrechtsverhältnisses abhängig ist (Zeitschr. f. R. XIX, 129 ff., XXXVIII, 52 ff., XLIII, 184). Doch können die Steuern regelmäßig concidirt werden vom Fiscus, wenn die Herzogl. Zoll- u. Steuerdirection außerhalb ihrer Zuständigkeit handelte (vergl. Zeitschr. f. R. XXXI, 110; XXXII, 30; XXXVI, 52; XXXVIII, 55).

²⁾ §. 1, l. c. Vergl. Zeitschr. f. R. XXXIII, 145.

³⁾ §. 3, l. c. Auch die Reichsverwaltungen sind befreit (Zeitschr. f. R. XXVIII, 21).

⁴⁾ §. 2, l. c. Vergl. auch Zeitschr. f. R. XIII, 87.

⁵⁾ §. 1, Abf. 1 u. 2, l. c. Vergl. §. 38 Br. Ausf. B. G.-B. Für Eigenthumsübergang ist $\frac{1}{2}$ Proc., für Veränderung bezügl. dingl. Rechte $\frac{1}{4}$ Proc. festgesetzt. — Ueber das Werthermittelungsverfahren vergleiche §. 5, l. c.; vergl. auch Zeitschr. f. R. IX, 192; XXXIII, 145.

der Steuer geschieht durch die Herzogl. Zoll- und Steuerdirection auf Grund der ihr allmonatlich von den Grundbuchämtern über die eingetragenen Veränderungen einzureichenden Listen⁶⁾.

2. Bei jedem vertragsmäßigen Erwerb des Eigenthumes an inländischen Immobilien ist von dem Erwerber eine Abgabe zu zahlen⁷⁾, welche früher in die sogenannte Armen- und Wegebesserungscasse, seit deren Vereinigung mit den Kreisfonds aber in die Kreiscommunalcasse fließt⁸⁾. Diese Abgabe ist keine eigentliche Steuer, wenn auch der früher anerkannte privatrechtliche Charakter derselben⁹⁾ heute der Auffassung von der öffentlich-rechtlichen Natur der Abgabe Platz gemacht hat¹⁰⁾.

Die Kreisdirection, in deren Bezirk das erworbene Grundstück liegt, soll die Abgabe in jedem einzelnen Falle feststellen und beitreiben¹¹⁾. Eine Feststellung hat jedoch nur dann zu erfolgen, wenn der betreffende Kreisaußschuß bezw. in der Stadt Braunschweig die städtischen Behörden den im Vertrage ausgefetzten Betrag für zu niedrig halten¹²⁾. Im Allgemeinen soll nämlich die Höhe der Abgabe der Willkür des neuen Erwerbers überlassen sein, doch die Abgabe nicht unter 50 Pfennige auf 300 Mark betragen¹³⁾. Erfolgt hiernach eine Feststellung, so sind vorher der Kreisaußschuß, bezw. in der Stadt

⁶⁾ §. 4, l. c. Vergl. auch Zeitschr. f. R. XXXVIII, 133.

⁷⁾ Gef. v. 28. Juni 1879, Nr. 39, §. 1. — Diese Abgabe gründete sich zunächst auf eine in der Stadt Braunschweig herrschende Gewohnheit, welche durch Edict des Rathes v. 7. Jan. 1681 bestätigt und durch Landesf. Verordn. v. 20. Febr. 1756 u. 11. April 1758 (Fredericksdorff, Promt. II, 390, 615; Steinacker, Promt. II, 390; Schneider, Repert. II, 202), vergl. mit Verordn. v. 7. Juni 1770 (Schneider, Repert. I, 180), auf das ganze Land ausgedehnt ist. Declarirt und modificirt sind diese Bestimmungen durch Landesf. Rescr. v. 15. Mai 1826 (Wege, Repert. III, 4), Verordn. v. 4. Juni 1830 (Schneider, Repert. I, 81 ff.) u. Gef. v. 4. Juli 1851, Nr. 28, §. 3. Nach letzterem Gesetz war die Abgabe an die sog. Armen- und Wegebesserungscasse zu entrichten, während sie vorher ganz allgemein zur Wegebesserung und an eine milde Stiftung zu zahlen war, deren Auswahl und Benennung dem Erwerber des Grundstückes frei stand. Nachdem dann die Armen- und Wegebesserungscassen durch die Kreisordn. v. 5. Juni 1871, §. 71 mit den sog. Amtsfeuercaffen verbunden und unter Erweiterung ihres Zweckes zu „Kreiscommunalcassen“ umgewandelt waren, bestimmte das Gef. v. 17. Dec. 1873, Nr. 80 die Zahlung der fraglichen Abgaben an diese Casse.

⁸⁾ Gef. v. 17. Dec. 1873, Nr. 80, §. 1. Vergl. vorige Note.

⁹⁾ Vergl. d. Rescr. in Wege, Repert. II, 35; VI, 9; IX, 146 ff., 165, das Circ.-Rescr. v. 27. Mai 1846 in Gef.- u. Verordnungsbl., Nr. 20; Zeitschr. f. R. X, 19; XXV, 186; XXXVI, 139.

¹⁰⁾ Dies ist durch §. 16, Abs. 2, Br. Ausführungen B. G.-B., endgültig entschieden. Vergl. §§. 8 u. 9 d. Gef. Nr. 39 v. 28. Juni 1879 und die Motive zu diesem in den Landtagsverhandl., Bd. LXIII, S. 1 ff., Anl. 91; Zeitschr. f. R. XXXI, 29. Das obergerichtl. Urtheil, welches in Zeitschr. f. R. XLII, 92 abgedruckt ist, ließ diese Frage unentschieden. S. auch Mansfeld, Der publicist. Reactionsanspruch, S. 89.

¹¹⁾ §. 2 d. Gef. v. 28. Juni 1879, Nr. 39.

¹²⁾ §. 5 das.

¹³⁾ Verordn. v. 20. Febr. 1756 u. 11. April 1758 (Fredericksdorff, a. a. O.).

Braunschweig die städtischen Behörden zu hören¹⁴⁾. Zur Ermöglichung dieser Feststellung und zur Controle überhaupt haben die betreffenden Amtsgerichte monatlich ein Verzeichniß über die vorgekommenen Auflassungen der betreffenden Kreisdirection einzureichen¹⁵⁾. Mit der Feststellung der Abgabe hat die Kreisdirection die Auflage an den Zahlungspflichtigen zu verbinden, die festgestellten Beträge an die betreffenden Cassen binnen einer bestimmten Frist einzuzahlen¹⁶⁾. Gegen diesen Preis steht der für zahlungspflichtig erkannten Person nach vorgängiger Reclamation bei der Kreisdirection die Klage beim Verwaltungsgerichtshofe zu¹⁷⁾. Nur wenn die Frage, ob und wie viel an Abgabe zu entrichten ist, von einer Vorentscheidung über Privatrechtsverhältnisse abhängt, bleibt es dem Zahlungspflichtigen überlassen, diesen Präjudicialpunkt im Rechtswege zum Austrag zu bringen¹⁸⁾. Innerhalb 14 Tagen nach Empfang der Nachricht über die Feststellung hat der Pflichtige Klage zu erheben und in weiteren 14 Tagen die Klageerhebung nachzuweisen, widrigenfalls die nachgelassenen Einwendungen nicht mehr geltend zu machen sind¹⁹⁾. Nach Erledigung des Rechtsstreites findet nöthigenfalls eine abermalige Festsetzung der Abgabe durch die Kreisdirection statt, wogegen wiederum Klageerhebung zulässig ist²⁰⁾. Die Einziehung geschieht auf dem Wege der Administrativeexecution²¹⁾.

§. 32.

Stempelsteuer.

Die Verpflichtung, für gewisse Rechtsgeschäfte Stempelsteuer zu entrichten, ist durch die Verordnung vom 29. October 1821 näher geregelt¹⁾. Die Zahlung dieser Stempelsteuer, welche sofort bei Abschluß des stempelpflichtigen Rechts-

¹⁴⁾ §. 7 d. G. Nr. 39 v. 28. Juni 1879.

¹⁵⁾ §§. 3 u. 4, l. c.

¹⁶⁾ §. 8 das. Ueber die frühere Art der Einziehung s. Circ.-Rescr. v. 27. Mai 1846, Nr. 20 u. Bege, Repert. IX, 146 ff., 165.

¹⁷⁾ Gef. v. 13. Nov. 1896, Nr. 58, Art. 3 u. Gef. v. 5. März 1895, Nr. 26, §. 67 f. — Ueber die etwaige Condictirbarkeit s. oben Note 1.

¹⁸⁾ §. 8, Abs. 2, l. c. Vergl. oben Note 1 u. besonders Zeitschr. f. R. XLIII, 183 f.

¹⁹⁾ §. 8, Abs. 3 das. u. §. 37 d. Gef. Nr. 38 v. 18. April 1876.

²⁰⁾ §. 8, Abs. 4, l. c.

²¹⁾ §. 9 das. Ueber Administrativeexecution s. Gesetz v. 9. April 1888 und unten §. 90.

¹⁾ Gef. u. Verordnungss., Nr. 10. — Diese Verordnung ist durch spätere landesgesetzliche Bestimmungen in einzelnen Punkten abgeändert, so §. 3 durch Declaration vom 10. Mai 1840, Nr. 10; §§. 5 und 22 durch §§. 9 ff. des Veränderungssteuer-gesetzes v. 25. Juni 1876; vergl. auch Verordn. v. 25. Nov. 1874, Nr. 78; Verordn. v. 27. Dec. 1875, Nr. 93; Verordn. v. 11. Juli 1879, Nr. 40. Auch die Reichs-gesetzgebung hat mehrfach eingegriffen, so durch Wechselstempelsteuergesetz v. 10. Juni 1869, insbes. §. 25; ferner Spielkartenstempelgef. v. 3. Juli 1878; schließlich Reichs-stempelgef. v. 14. Juni 1900 (welches die Gesetze vom 1. Juli 1881, 26. Sept. 1885 u. in neuer Redaction enthält). Das Reichsstempelgef. bestimmt in §. 18, daß Geschäfte, die nach Nr. 4 des Tarifs abgabepflichtig sind, sowie Schriftstücke über

geschäfts fällig wird²⁾, findet entweder durch Verwendung von sog. Stempelpapier oder durch Verwendung von Stempelmarken statt³⁾. Die Nicht-Verwendung eines Stempels zu Verhandlungen, welche demselben unterworfen sind, soll aber nicht die Nichtigkeit derselben nach sich ziehen, doch soll vom Pflichtigen

solche Geschäfte regelmäßig keinen landesgesetzl. Stempelabgaben unterworfen sind. Werden diese Schriftstücke aber gerichtl. oder not. aufgenommen oder beglaubigt, so unterliegen sie außerdem dem in dem Landesges. f. gerichtl. oder not. Aufnahmen⁴⁾ u. Beglaubigungen vorgesehenen Stempel. Tarif 4 lautet nun: „a) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte über Werthpapiere. Dem Kauf sind dabei gleichgestellt die bei Errichtung einer Actiengesellschaft erfolgte Zutheilung der Actien auf Grund vorhergehender Zeichnung, die Uebnahme der Actien durch die Gründer und die Ausreihung von Werthpapieren an den ersten Erwerber. b) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte, welche unter Zugrundelegung von Usancen einer Börse geschlossen werden, über Mengen von Waaren, die börsemäßig gehandelt werden.“ Die Streitfrage, ob hiernach bei Simultangründungen von Actiengesellschaften das Rechtsgeschäft, durch welches die Gründer gegen Einlage von Mobilien und Immobilien die Actien übernehmen, auch noch landesges. Stempelabgaben unterliege, hat das Reichsgericht i. S. des p. — Fiscus c. Hendel v. Donnerstmarkt am 5. Jan. 1900 bejaht (Entsch. R.-G. XLV, 29). Vergl. auch Zeitschr. f. R. XLVII, Beilageheft II, S. 73. Nach unserer Stempelordn. ist es aber weiter zweifelhaft, ob hier der allgemeine Vertragsstempel neben der etwaigen Veränderungssteuer oder nur der Drei-Mark-Stempel für den Societätsvertrag der Großhändler nach Nr. 110 des Tarifs neben dieser erhoben werden kann. Die letztere Ansicht verdient den Vorzug. Denn wenn es auch bei Erlass der Stempelordnung im Jahre 1821 in Braunschweig noch keine Actiengesellschaften gab, so waren sie doch in anderen Theilen Deutschlands schon bekannt und deshalb auch für den hiesigen Gesetzgeber nicht außerhalb des Bereichs der Berücksichtigung. Die analoge Anwendbarkeit der Nr. 110 des Tarifs ist mithin geboten. Auch das preuß. Stempelsteuerges. v. 31. Juli 1895 hat deshalb keine Bedenken getragen, zu den „Gesellschaftsverträgen“ auch die über Simultan-Gründungen von Actiengesellschaften zu zählen.

Immerhin erweist sich die Stempelordn. v. 1821 in vieler Beziehung als veraltet und ungeeignet, auch nur in entsprechender Weise noch jetzt überall Anwendung zu finden. Jedoch hat die häufig gegebene Anregung (vergl. z. B. Landtagsverh. v. 1892, Nr. 11, S. 123) zu einer neuen gesetzlichen Regelung bislang keinen Erfolg gehabt. Allerdings sind die Vorarbeiten dazu seit Jahren im Gange, auch ist bereits ein Gesetzentwurf in engster Anlehnung an die preuß. Stempelgesetzgebung ausgearbeitet gewesen, doch hat inzwischen die neuere Reichsgesetzgebung wieder so viele Aenderungen herbeigeführt, daß auch dieser Entwurf nur nach völliger Umarbeitung Gesetz werden könnte.

Was die Vorgeschichte der jetzigen Stempelordnung anlangt, so wurde schon durch die Stempelordn. v. 18. Mai 1714 vorgeschrieben, daß auch alle außerhalb des Gerichts in Schriften verhandelten Geschäfte, welche publicam fidem haben sollten, auf Stempelpapier geschrieben werden sollten (Frederdsborff, Promt. II, 590 ff.); vergl. auch Verordn. v. 20. Mai 1718, v. 18. März 1719, v. 27. Juni 1747 u. v. 23. Februar 1767 (Frederdsborff, Promt. II, 594). Nähere Bestimmungen hierüber traf das weiff. Decr. v. 28. Juni 1812, dem sich inhaltlich die Verordn. v. 29. Oct. 1821 im Wesentlichen angeschlossen.

¹⁾ §. 2, l. c. Dies gilt auch von bedingten Verträgen (Zeitschr. f. R. X, 29; a. M. XIV, 175) oder bei Verträgen, die nicht ausgefertigt werden (Zeitschr. f. R. X, 30; XIV, 175). Bei Testamenten kann dagegen die Stempelsteuer erst nach der Publication erhoben werden (Zeitschr. f. R. V, 28).

²⁾ Die Verwerthung von Stempelmarken an Stelle des Stempelpapiers ist erst durch Gesetz Nr. 126 v. 23. Dec. 1870, §. 1 eingeführt.

der hinterzogene Betrag nachträglich und überdies eine Strafe im Betrage des vierfachen Werthes des hinterzogenen Stempels eingezogen werden⁴⁾. Der Rechtsweg ist in Stempelsteuersachen regelmäßig ausgeschlossen⁵⁾.

Der geringste und gewöhnlichste Stempel beträgt 25 Pfennig. Derselbe trifft jedoch, wie alle übrigen Stempel, nur die erste Seite der pflichtigen Schriftstücke, sowie jede Anlage derselben, während alle Einlagebogen, gleichviel wie groß deren Zahl sind, frei bleiben⁶⁾. Diesem Stempel sind im Allgemeinen unterworfen alle schriftlichen Verträge und Vereinbarungen unter Privatpersonen, welche als Urkunde gelten, und wodurch Rechte und Verbindlichkeiten begründet werden sollen, Auktionsprotokolle über Mobilien, Verhandlungen und Ausfertigungen der Gerichte und Notarien, sofern keine höhere Stempelsteuer fällig ist, in Acten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und schließlich Eingaben an Behörden in reinem Privatinteresse⁷⁾. Alle schriftlichen Verträge dagegen, durch welche einer der Contrahenten ein vollständiges Klagerecht erhält, sind im Allgemeinen einer Stempelsteuer von $\frac{1}{8}$ Proc. des Werthes ihres Gegenstandes, jedoch nicht unter 25 Pfennig, unterworfen. Kann der Werth nicht in Geld abgeschätzt werden, so ist die Höhe des Stempels nach der Wichtigkeit des Rechtsgeschäftes zu bemessen, aber nicht unter 6 Gr. zu berechnen⁸⁾. Verträge in Bezug auf das Eigenthum oder andere dingliche Rechte an inländischen Grundstücken unterliegen indessen neben der Veränderungssteuer nur der gewöhnlichen Stempelsteuer von 25 Pfennigen, während die Hypothekenbriefe, Vermerke auf diesen, sowie die Eintragungen im Grundbuche stempelfrei sind⁹⁾.

⁴⁾ §. 18 der Verordn. v. 21. Oct. 1821. Nicht nur die Vertragsurkunde selbst, sondern auch jede Anlage oder Abschrift der Anlage ist stempelpflichtig (Zeitschr. f. R. II, 94; X, 32).

⁵⁾ Abweichend von den anderen Steuern ist bei der Stempelsteuer die Klage an den Verwaltungsgerichtshof nicht zugelassen. Dagegen ist auf die Stempelsteuer §. 12 des Ges. v. 15. Oct. 1832, Nr. 30 anwendbar (Zeitschr. f. R. XXXI, 111), wonach in allen Steuerreclamationen die Herzogl. Zoll- und Steuerdirection in erster Instanz entscheiden und der Rechtsweg nur in dem einen Falle zugelassen sein soll, daß die Frage, ob und wie viel Steuern zu bezahlen sind, von einer Vorentscheidung über Privatrechtsverhältnisse abhängig ist. Vergl. Zeitschr. f. R. XXXIII, 52 ff., auch XLIII, 182. Dies liegt nicht schon dann vor, wenn für die Frage der Besteuerung Normen des Privatrechts mit maßgebend sind, sondern nur, wenn für jene Frage die vorherige Feststellung eines selbstständigen, nicht aus den Bestimmungen der Steuergesetze heraus zu beurtheilenden Privatrechtsverhältnisses nöthig wird (Zeitschrift f. R. XLVII, Theil II, S. 73 ff.). Die Frage aber, welche Stempel zu gerichtlichen Verhandlungen zu verwenden sind, ist (event. im Beschwerdewege) von den Gerichten zu entscheiden. Auch können Stempelabgaben im Proceßwege condicirt werden, wenn die Herzogl. Zoll- u. Steuerdirection außerhalb ihrer Zuständigkeit handelte (vergl. Zeitschr. f. R. XXXI, 110; XXXII, 30; XXXVI, 52; XXXVIII, 55).

⁶⁾ §. 2, l. c.

⁷⁾ §. 2, Abs. 2 daf. Vergl. Verordn. Nr. 26 v. 1. Juni 1874. Proceßvollmachten sind nicht stempelpflichtig (Zeitschr. f. R. XXXII, 33; vergl. X, 32); Quittungen bedürfen aber des Stempels (Zeitschr. f. R. X, 32); Bürgschaften (daf. X, 29); Stiftungen (XI, 174).

⁸⁾ §. 5, l. c.

⁹⁾ §§. 9 bis 11 des Ges. v. 25. Juni 1879, Nr. 32. Bei Zwangsversteigerungen

Im Uebrigen sind für Kaufverträge bei einem Kaufpreis bis zu 300 Mk. an Stempel 37 Pfennig, bei einem Kaufpreis von 300 bis 1500 Mk. an Stempel 75 Pfennig, bei einem noch höheren Betrage 1 Mk. 50 Pfg. zu entrichten. Bei Leibrenten und sonstigen Rentencontracten tritt dieselbe Steuer ein, nachdem die ausgefeste Leibrente mit 8 Proc., bei den Renten aber der jährliche Ertrag mit 4 Proc. zu Capital berechnet ist. Die Tauschverträge werden den Kaufverträgen gleich geachtet, während bei schriftlichen Pacht- und Miethverträgen, deren Gesamtbetrag des für die ganze festgesetzte Zeit vereinbarten Pacht- oder Miethzinses nicht über 450 Mk. beträgt, 25 Pfg., und bei höherer Gesamtsumme $\frac{1}{4}$ Proc. an Stempelsteuer zu zahlen ist¹⁰⁾.

Ueber die für Testamente und andere Verfügungen auf den Todesfall zu bezahlende Stempelsteuer sind besondere Bestimmungen getroffen. Die Stempelsteuer für Wechsel wird durch die Reichsgesetzgebung geregelt¹¹⁾. Hinsichtlich gewisser Personen und Angelegenheiten, welche von der Stempelsteuer befreit sind, ist auf das Gesetz selber zu verweisen¹²⁾.

Dritter Abschnitt.

Änderung und Beendigung von Schuldverhältnissen.

§. 33.

Abtretung.

I. Daß die Abtretung eines Schuldverhältnisses, welche vor dem 1. Januar 1900 erfolgt ist, nach altem Recht beurtheilt werden muß, bedarf keiner Erörterung¹⁾. Hat aber die Abtretung eines vor 1900 entstandenen Schuldverhältnisses erst nach dem Inkrafttreten des B. G.-B. stattgefunden, so ist

ist nur ein Satz von 25 Pf. zu erheben (Zeitschr. f. R. XXVII, 10, 104). Die im Herzogthum über außerhalb desselben liegende Immobilien abgeschlossenen Verträge sind zu $\frac{1}{8}$ Proc. steuerpflichtig (Zeitschr. f. R. XXXI, 77; XXXII, 18).

¹⁰⁾ §. 5, Abs. 3, Z. 1 bis 4. Vergl. hierzu auch Zeitschr. f. R. X, 29; XIV, 128; XIX, 60; XXXIII 145; XXVII, 10; XXIII, 6; XXXVIII, 45.

¹¹⁾ R.-Ges. v. 10. Juni 1869 u. 4. Juni 1879. Vergl. Note 1.

¹²⁾ §. 6 d. Verordn. v. 1821. Vergl. auch Zeitschr. f. R. V, 30; XXVIII, 21.

¹⁾ Vergl. auch Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., §. 26, I, 3. Für die Abtretung oder Cession galten bei uns neben dem gem. Recht und den noch jetzt gültigen particularrechtl. Vorschriften (s. unter II) die folgenden landesgesetzlichen Bestimmungen:

a) Die Abtretung einer Hypothek konnte nur mit der persönlichen Forderung geschehen (§. 53 G.-G. v. 8. März 1878, Nr. 10) und setzte außer Uebergabe eines Hypothekenbriefes auch eine schriftliche Cessionsurkunde voraus, die auf Verlangen des Gläubigers und zwecks Eintragung ins Grundbuch stets gerichtl. oder notariell beglaubigt werden mußte (§. 55, 1. c.); b) die Cession anderer dinglicher Rechte bedurfte nach §. 74 G.-G. der gerichtl. oder not. Verlautbarung; c) die Cession von Inhaber-Hypotheken war gänzlich ausgeschlossen (§. 8 des Ges. v. 30. März 1881,

zwar die Frage der Uebertragbarkeit nach altem Recht, die Form und Wirkung der Abtretung nach neuem Recht zu beurtheilen²⁾).

II. Im Uebrigen gilt seit dem 1. Januar 1900 ausschließlich das B. G. B.³⁾. Die Landesgesetzgebung hat daneben auf Grund der ihr gemachten Vorbehalte nur durch folgende Bestimmungen eingegriffen.

1. Zur Abtretung von Kuxen ist die schriftliche Form erforderlich. Der Cedent ist zur Aushändigung des Kuxscheines und, wenn dieser verloren ist, zur Beschaffung der Mortificationserklärung auf seine Kosten verpflichtet. Zur Gültigkeit der Cession bedarf es an und für sich der Umschreibung der Kuxe im Gewerkenbuche nicht; jedoch wird der Gewerkschaft gegenüber bei Ausübung seiner Rechte nur derjenige als Eigenthümer der Kuxe angesehen, welcher im Gewerkenbuche als solcher eingetragen ist. Die Umschreibung kann nur auf Grund der Cessionsurkunde und gegen Vorlegung des Kuxscheines oder der Mortificationserklärung geschehen. Bis zur Beantragung dieser Umschreibung bleibt der bisherige Eigenthümer der Gewerkschaft für die Beiträge verpflichtet⁴⁾.

2. Beschränkt ist die Abtretung particularrechtlich in nachstehenden Beziehungen.

a) Gänzlich unstatthaft ist die Abtretung der Ansprüche der Berechtigten auf die Leistungen der Knappschaftscaffen⁵⁾ und das Recht auf Erhebung der Pension von Beamten-Wittwen und -Waisen⁶⁾.

b) Nur insoweit abtretbar, als der Pfändung unterliegend⁷⁾, ist der Anspruch der Staatsbeamten auf Gehalt und Pension, sowie ihrer Hinterbliebenen auf Pension und die Gnadenmonate⁸⁾. Dasselbe gilt für die landschaftlichen Beamten⁹⁾, für die städtischen Beamten¹⁰⁾ und für die Geistlichen der Landeskirche¹¹⁾.

Nr. 22), die von Pacht- u. Miethzinsen auf mehr als ein Vierteljahr so weit, als sie zum Nachtheil der eingetragenen Gläubiger gereichte (§. 36 G. G. v. 8. März 1878, Nr. 10).

²⁾ Habicht, a. a. O. §. 26, I, 3. 1 u. 2.

³⁾ §§. 398 ff. u. 1153 ff. B. G. B.

⁴⁾ §§. 108 bis 110 des Berggef. v. 15. April 1867, Nr. 23. Vergl. Art. 67 G. B. G. u. über die Tragweite dieses zu Gunsten der Landesgesetzgebung gemachten Vorbehalts. Mot. G. B. G., S. 161 u. 146 f.

⁵⁾ §. 176 Berggef. v. 15. April 1867, Nr. 23. Ueber die fortdauernde Gültigkeit dieser landesgef. Bestimmung vergl. Note 4.

⁶⁾ §. 10 des Gef. v. 22. März 1876, Nr. 30.

⁷⁾ Maßgebend hierfür sind §§. 850 und 928 Reichs-Civ.-Pr.-D.

⁸⁾ §§. 11, 13 und 140 des Civ.-Staatsdienst-Gef. v. 4. April 1889, Nr. 17. Ueber den Begriff eines Staatsbeamten s. unten §. 47.

⁹⁾ Bekanntmachung v. 18. Dec. 1890, Nr. 73, §§. 7, 17 u. 21.

¹⁰⁾ §§. 77, 76 u. 92 d. St.-D. v. 1892.

¹¹⁾ Gef. v. 1. Dec. 1882, Nr. 45, §. 5 u. v. 18. Dec. 1890, Nr. 73, §§. 7, 17, 21.

- c) Die Abtretung der Ansprüche auf Versicherungsgelder gegen die Braunschweigische Landesbrandversicherungsanstalt ist, soweit die Gelder zum Wiederaufbau verwendet werden müssen, ohne Wirksamkeit¹²⁾.

§. 34.

Erfüllung.

Wenn ein Schuldverhältniß unter dem alten Recht entstanden, die Erfüllung aber unter der Herrschaft des neuen Rechts erfolgt ist, so richtet sich zwar der Inhalt der Erfüllung nach dem alten, die Form und Wirkung der Erfüllung aber nach dem neuen Rechte¹⁾. In das neue Recht des B. G.-B. greift die Landesgesetzgebung nur durch wenige Bestimmungen hinsichtlich der Zahlung und Aufrechnung, daneben aber auch durch eingehende Regelung des Hinterlegungswesens ein. Ueber dieses ist im folgenden Paragraphen die Rede, während über Zahlung und Aufrechnung die nachstehenden particularrechtlichen Bestimmungen in Betracht kommen.

1. Zahlungen aus öffentlichen Cassen sind an der Cassa in Empfang zu nehmen, soweit nicht ein Anderes bestimmt ist²⁾.

2. Mit den Ansprüchen der öffentlichen Beamten auf Dienst Einkommen oder Pension können Ansprüche aus dem Dienstverhältniß auch insoweit aufgerechnet werden, als jene Ansprüche nicht der Pfändung unterliegen³⁾.

¹²⁾ §. 56, Abs. 1, Br. Ausf. B. G.-B. Die Beschränkung findet nicht statt, a) wenn der Anspruch auf die Versicherungsgelder zusammen mit dem Gebäudegrundstück und mit der Bedingung des Wiederaufbaues veräußert wird; b) wenn nach §. 27 des Gef. v. 5. April 1886, Nr. 20 ausnahmsweise das Geld nicht zum Wiederaufbau verwendet zu werden braucht.

¹⁾ **H a b i c h t**, Einwirkung auf zuvor entstandene Rechtsverhältnisse, 2. Aufl., §. 20, S. 181.

²⁾ §. 21 Br. Ausf. B. G.-B. vergl. mit Art. 92 E. B. G.-B. Die Schuld ist also in der Regel eine Holschuld. — Dagegen ist die frühere Bestimmung in §. 1 des Gef. v. 2. April 1849, Nr. 13, wonach Zahlungen an öffentliche Cassen rechtsgültig und mit dem Erfolge vollständiger Befreiung nur gegen Quittung geleistet werden können, welche mit der Unterschrift des betreffenden Rentanten und des Controleurs versehen sind, seit dem Inkrafttreten des B. G.-B. mangels eines besonderen Vorbehalts nicht mehr gültig (vergl. auch oben §. 2). Dasselbe muß von §. 6 des Gef. v. 20. Dec. 1834, Nr. 3 in 1835 gelten, wonach über Zahlungen für die Cammer oder den Kloster- und Studienfonds nur die Herzogl. Hauptfinancasse mit dem Effect der Liberation Quittung ertheilen kann. Hierfür gilt jetzt ausschließlich das B. G.-B.

³⁾ §. 22 Br. Ausf. B. G.-B. Die Vorschrift ist erlassen auf Grund des Art. 81 E. B. G.-B. und schafft eine Rückausnahme von §. 394 B. G.-B. Inwiefern die betr. Ansprüche unpfändbar sind, sagt §. 850 Reichs-Civ.-Pr.-O. Zu den öffentlichen Beamten gehören nicht nur die Staats-, sondern auch die Communal- und landjagstlichen Beamten zc. S. unten §. 47. — Bei den Ansprüchen auf Wittwen- und Waisengeld bleibt es bei der Regel des §. 394 B. G.-B., sie können also auch nicht beschränkt aufgerechnet werden. Vergl. Mot. Br. Ausf. B. G.-B., S. 21 f.

Hinterlegung.

I. Die materiellen Voraussetzungen der Hinterlegung¹⁾ werden theils durch das Reichsrecht²⁾, theils durch das Landesrecht auf Grund der ihm gemachten Vorbehalte geregelt³⁾. Hierher gehören folgende Bestimmungen.

1. Bei Gemeinheitstheilungen kann im Falle einer Capitalentschädigung derjenige, der zu leisten hat, anstatt der Zahlung auch die Hinterlegung mit der Wirkung vornehmen, daß diese rücksichtlich etwaiger Ansprüche Dritter als Zahlung gilt⁴⁾.
2. Bei Abtretung von Grundeigenthum zu Bergwerkszwecken wird durch Verschreitung des Rechtsweges seitens des Grundeigenthümers, wenn dieselbe nur wegen der Feststellung der Entschädigung oder Sicherheit erfolgt, die Besignahme des Grundstückes nicht aufgehalten, vorausgesetzt, daß die festgesetzte Entschädigung an den Berechtigten gezahlt oder bei verweigerter Annahme hinterlegt, desgleichen die Hinterlegung der festgesetzten Caution geschehen ist⁵⁾.
3. Wenn bei Expropriationen ausnahmsweise die Besitzüberweisung vor Feststellung der Entschädigungssumme erfolgt, so ist auf Verlangen die zu stellende Sicherheit zu hinterlegen⁶⁾.
4. Wenn bei Expropriationen ein abzufindender Realberechtigter widerspricht, so muß das Entschädigungscapital bis zur gütlichen oder gerichtlichen Erledigung des Widerspruchs hinterlegt werden⁷⁾.
5. Wenn zu Zwecken der Landesvermessung Grundstücke im Wege der Expropriation für den Fiskus abgetreten werden, so ist die Entschädigungssumme zu hinterlegen,
 - a) wenn die Legitimation des Empfangsberechtigten aus dem Grundbuche nicht ersichtlich ist,
 - b) wenn die Summe vom Berechtigten als unzulänglich beanstandet wird,
 - c) wenn die Summe den Betrag von 60 Mk. übersteigt, oder

¹⁾ Nur um die öffentliche oder gerichtliche Hinterlegung handelt es sich hier, während die private nach der Terminologie des B. G. B. als Verwahrungssvertrag bezeichnet und in §§. 688 bis 700 B. G. B. geregelt wird. S. auch unten §. 54. — Früher umfaßte bei uns der Begriff depositum beide Arten.

²⁾ Die Hauptfälle sind Sicherheitsleistung nach §. 232 ff. B. G. B., Annahmeverzug des Gläubigers und entschuldbare Unkenntniß des Schuldners über den Gläubiger (§§. 372 bis 386); die Sicherung des Mündelvermögens (§§. 1814, 1818); f. auch §§. 75, 108, 713, 720, 815, 817, 819, 839, 868, 928, 930, 934, 987 C. P. O.; §§. 129, 132, 137, 169, 171 R. O.; §§. 301 G. G. B.; §. 25 W. O.; §§. 69, 85, 108, 115, 117 u. Z. G.

³⁾ Vergl. §. 1 Br. Gesetz v. 12. Juni 1899, Nr. 40.

⁴⁾ §. 207 der G. L. O. v. 20. Dec. 1834 vergl. mit Art. 113 E. B. G. B.

⁵⁾ §. 149 Bergges. v. 15. April 1867 vergl. mit Art. 67 E. B. G. B. Entsprechende Vorschriften trifft §. 9 Bergges. f. Vornahme von Schürfarbeiten.

⁶⁾ §. 13 Expr.-Ges. v. 13. Sept. 1867 Nr. 78 vergl. mit Art. 109 E. B. G. B.

⁷⁾ §. 1 des Ges. v. 20. Juni 1843 vergl. mit Art. 109 E. B. G. B.

d) wenn gegen die Auszahlung an den Berechtigten seitens eines abzufindenden Realberechtigten Widerspruch erhoben wird⁸⁾).

6. Im Verwaltungs-Zwangsverfahren findet bei mehrfacher Pfändung einer Sache, deren Erlös zur Deckung aller Gläubiger nicht ausreicht, oder einer Forderung die Hinterlegung statt⁹⁾.

7. Die Inhaberpapiere der Kirchen, staatlichen Unterrichtsanstalten und Gemeindeschulen sind wie Mündelvermögen zu hinterlegen¹⁰⁾. Dasselbe gilt von Gemeinden und von milden Stiftungen, mit der Maßgabe, daß für Stadtgemeinden der Magistrat mit Zustimmung der Stadtverordneten eine andere Sicherung vornehmen kann und daß bei Stiftungen die abweichenden Bestimmungen der Stiftungsurkunden in erster Linie zur Anwendung kommen sollen¹¹⁾.

8. Gleichfalls wie Mündelvermögen sind die als Pertinenzien zum Familienstammgut gehörigen Werthpapiere zu hinterlegen¹²⁾.

II. Die formellen Vorschriften über die Hinterlegung¹³⁾ regelt das Landesgesetz vom 12. Juni 1899¹⁴⁾ in folgender Weise.

⁸⁾ Gef. v. 2. Juli 1889 Nr. 33, §. 5. S. unten §. 67, I.

⁹⁾ §. 32 vergl. mit §. 39 des Landesgef. v. 9. April 1888, Nr. 16. Die Bestimmung ist nachgebildet den jetzigen §§. 827, 853 f. Reichs-G.-P.-O. Vergl. auch Mot. Br. Ausf. S. 302.

¹⁰⁾ §§. 103 und 107 Br. Ausf. B. G.-B. vergl. mit §§. 1814 bis 1818 B. G.-B. Eine gleiche Hinterlegung war bereits vorgeschrieben durch das jetzt aufgehobene Landesgef. v. 13. Juni 1890.

¹¹⁾ §§. 108 u. 110, l. c. Vergl. vorige Anmerkung.

¹²⁾ §. 41, Abj. 2 Br. Ausf. B. G.-B. u. Gef. Nr. 30 v. 20. Mai 1858. Letzteres Gesetz erwähnt zwar Werthpapiere als Pertinenzien an keiner Stelle; es ist in der Praxis aber nicht bezweifelt worden, daß auch Werthpapiere einem Familienstammgut als Pertinenzien beigelegt werden können. Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 58. Vergl. §§. 1814 ff. B. G.-B.

¹³⁾ Die bisherige Regelung des Hinterlegungswesens war lückenhaft und theilweise unpraktisch. Vor Allem gab es keinerlei Bestimmungen über die Hinterlegungsfähigkeit der Sachen und über die Voraussetzungen der Hinterlegung. Nur die materiellen Voraussetzungen waren zerstreut, wie bisher, in Specialgesetzen geordnet. Als zuständig waren grundsätzlich die Gerichte bezeichnet (Gef. v. 1. April 1879, Nr. 13), jedoch hatte die Verwahrung der bei ihnen deponirten Gelder und Werthpapiere weiter durch die Leihhausanstalten, an die diese Gegenstände unverzüglich abzuführen waren, zu erfolgen (Gef. v. 20. Aug. 1867, Nr. 72, §. 7). Dazu traf das Gef. v. 13. Juni 1890 Bestimmungen über die Hinterlegung des Vermögens der Mündel, Kirchen u. S. oben I, 3. 8. Außer diesen organisat. Gesetzen sind, von besonderen Control-Maßregeln (Zeitschr. f. R. XL, S. 113) abgesehen, im Wesentlichen nur Bestimmungen über die Verwalter der gerichtlichen Depositen (§. 13 des Gef. v. 1879, Nr. 11), Einrichtung des Depositenbuchs u. Depositen Scheins (Circular-Rescr. v. 1824, Nr. 9 u. v. 9. Juni 1839, Nr. 16), die Aufbewahrung im Depositenkasten u. getroffen. — Uebergangsbestimmungen giebt §. 67 des Hinterlegungsgef.

¹⁴⁾ Gef. u. B. Nr. 40. Vergl. auch Bekanntmachung v. 7. Juli 1899, Nr. 59 über die vorläufige Verwahrung und über die Hinterlegung bei den Amtsgerichten. — Die in besonderen Gesetzen gemachten Ausnahmen bleiben bestehen (J. B. H.-G.-B. §. 373; Gef. über Binnenschiffahrt §. 52; Br. Fischereiges. v. 1. Juli 1879, Nr. 38,

1. Hinterlegungsfähig sind nur Geld, Werthpapiere, sonstige Urkunden, sowie Kostbarkeiten¹⁵⁾.
2. Zuständig als Hinterlegungsstellen sind
 - a) die Leihhausanstalten, soweit es sich um Geld, Inhaberpapiere und hinfende Inhaberpapiere, sowie um Kostbarkeiten handelt,
 - b) die Amtsgerichte, soweit es sich um Rectapapiere, andere Urkunden oder um vorläufige Verwahrung aller überhaupt hinterlegungsfähigen Sachen handelt¹⁶⁾.
3. Voraussetzungen der Annahme sind
 - a) schriftlicher formgerechter Antrag in zwei Exemplaren¹⁷⁾,
 - b) schriftliche Weisung der Hinterlegungsstelle¹⁸⁾,
 - c) Eingang des zu hinterlegenden Objects¹⁹⁾.

Mit Erfüllung aller dieser Erfordernisse ist die Hinterlegung perfect²⁰⁾.

4. Bezüglich der Wirkungen der Annahme ist vorgeschrieben,
 - a) daß hinterlegtes Geld in das Eigenthum der Hinterlegungsstelle

§. 47). Dagegen werden von dem Ges. ergriffen diejenigen Hinterlegungen, die, obwohl sie ihrer Natur nach anderen Rechtsgebieten angehören, nach den bestehenden Vorschriften bei den Gerichten zu erfolgen haben. Vergl. Ges. über d. Verwaltungszwangsverf. v. 9. April 1888, Nr. 16, §§. 32 u. 39. Soweit es aber an solchen Vorschriften fehlt, sind die dem öffentl. Recht unterliegenden Hinterlegungen, z. B. die Amtsscautionen, vom Gesetze ausgeschlossen. Ferner werden nicht betroffen die Verwahrungen nach §§. 2246, 2248, 2277 B. G.-B. Vergl. Mot. Br. Ausf. S. 302.

¹⁵⁾ §. 2, 1. c. Der Begriff Kostbarkeiten ist hier in demselben Sinne gebraucht, wie in §§. 808, 814 C.-P.-D. Bei entstehendem Zweifel entscheidet die Hinterlegungsstelle. Vergl. auch §. 20, 1. c.

¹⁶⁾ §§. 3, 4, 47, 1. c. Ueber vorläufige Verwahrung s. noch Bekanntmachung v. 7. Juli 1899, Nr. 59. Auch die vorläufige Verwahrung gilt im Verhältniß zu den Betheiligten als Hinterlegung (§. 51, 1. c.), sie erfolgt aber nur in dringenden Fällen. Wann solche Dringlichkeit stets anzunehmen ist, lehrt §. 46, 1. c.

¹⁷⁾ §. 11, 1. c., wo die näheren Formvorschriften enthalten sind. Nach §. 48 gelten diese auch für die vorläufige Verwahrung, doch kann bei dieser der Antrag auch zu Protokoll des Gerichtsschreibers erklärt werden.

¹⁸⁾ §. 5, 1. c. Die Weisung darf aber nicht versagt werden, wenn der Antrag zulässig ist und ordnungsmäßig gestellt ist (§. 16, Abs. 1). Aber auch wegen Unzulässigkeit darf die Annahme nicht abgelehnt werden, wenn die Hinterlegung auf Anordnung oder auf Ersuchen e. zuständigen Behörde erfolgt (§. 16, Abs. 2). Einer Weisung bedarf es überhaupt nicht, a) wenn es sich um Hinterlegung des Vermögens von Mündeln, Kirchen, Gemeinden zc. handelt (§. 51, 1. c.), oder b) wenn Sachen einstweilig entgegengenommen werden, wobei aber die Haftung aufhört, wenn der in drei Tagen abzugebende Bescheid des Finanzcollegiums die Annahme ablehnt (§. 14, 1. c.). Bei Hinterlegungen beim Amtsgericht ist die Weisung von diesem, sonst vom Finanzcollegium zu erteilen.

¹⁹⁾ §. 17, 1. c. Die Hinterlegung kann unmittelbar oder mittelst portofreier Einsendung durch die Post geschehen.

²⁰⁾ Mit dem Eingang gilt die Hinterlegung als bewirkt. Die Ausstellung eines Hinterlegungsscheins ist nicht Voraussetzung, sondern nur Zeugniß der Perfection. Vergl. §. 21, 1. c.

mit der Verpflichtung übergeht, einen gleichen Betrag an den Empfangsberechtigten zu zahlen²¹⁾;

- b) daß für andere Gegenstände und bei vorläufiger Verwahrung überhaupt die Hinterlegungsstelle, abgesehen von höherer Gewalt und eigenem Verschulden des Hinterlegers, unbedingt haftet²²⁾.

5. Die Herausgabe hat nur an den Empfangsberechtigten zu erfolgen²³⁾. Die Hinterlegungsstelle haftet dafür, daß diese nur unter Beobachtung folgender Vorschriften stattfindet.

- a) Der Berechtigte hat ein schriftliches Gesuch unter Nachweis der etwa eingetretenen Vererbung oder sonst zur Legitimation erforderlichen Umstände einzureichen²⁴⁾.
b) Innerhalb zehn Tagen hat das Finanzcollegium den Gesuchsteller zu bescheiden²⁵⁾.
c) Vor Herausgabe soll die Rückgabe des Hinterlegungsscheins oder die Ausstellung eines öffentlichen Anerkennnisses erfolgen²⁶⁾.
d) Schließlich ist das Depositum, erforderlichenfalls durch die Post, zurückzuerstatten, wobei die Gefahr und Kosten der Empfänger trägt²⁷⁾.

6. Bei der Hinterlegung von Werthpapieren der Mündel, Pflegebefohlenen, Kirchen, staatlichen Unterrichtsanstalten, Gemeindschulden, milden Stiftungen, Gemeinden und Familienstammgütern bedarf es für die Annahme der Weisung des Finanzcollegiums nicht, und auch zur Herausgabe ist die Weisung nur erforderlich, wenn von Dritten Rechte an den hinterlegten Sachen geltend gemacht werden²⁸⁾. Dagegen bedarf es zur Herausgabe an den Ver-

²¹⁾ §. 6, 1. c. Vergl. auch §. 19 das., für den Fall der Hinterlegung nicht cassemäßigen Geldes. Die in vorläufige Verwahrung gegebenen Gelder gehen nicht ins Eigenthum der Hinterlegungsstelle über, sind deshalb auch gesondert aufzubewahren (§. 52 1. c. u. §. 5 Bekanntm. v. 7. Juli 1899, Nr. 59).

²²⁾ §. 7, 1. c. Vergl. Mot. Br. Ausf. B. G.-B., S. 305.

²³⁾ §. 23 ff., 1. c. vergl. mit Mot. Br. Ausf., S. 306. Die Haftung tritt jedoch nicht ein, wenn die Herausgabe unter Beobachtung der gesetzlichen Formen erfolgt ist (§. 32). Wer berechtigt ist, ergiebt sich aus dem Hinterlegungsantrag. Der Hinterleger ist anstatt des Gläubigers berechtigt, wenn er sich die Rückforderung vorbehalten hat. Ist die Herausgabe an den Gläubiger von anderen Bedingungen abhängig gemacht, so sind diese vom Empfänger nachzuweisen.

²⁴⁾ §. 23, 1. c. Vergl. vorige Anmerkung.

²⁵⁾ §. 28, 1. c. Das Gesuch darf nicht zurückgewiesen werden, wenn es von sämmtlichen Betheiligten bewilligt ist oder sich auf das Gesuch oder die Anordnung einer Behörde stützt (§. 25 1. c.).

²⁶⁾ §. 31, 1. c. Vergl. §. 371, Satz 2, B. G.-B. Neben dem Anerkennnisse kann keine besondere Quittung mehr verlangt werden. Mot. Br. Ausf. B. G.-B., S. 317.

²⁷⁾ §. 30, 1. c.

²⁸⁾ §. 41, 1. c. Als Dritter gilt auch der der Pflegschaft Enthobene, an den vor Weisung des Finanzcollegiums nicht ausbezahlt ist.

walter dieser Vermögen, bezw. an den Stammgutsinhaber der Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes bezw. der Aufsichtsbehörde und hinsichtlich des Stammguts der Genehmigung des Staatsministeriums²⁹⁾.

Zweites Capitel.

Schuldverhältnisse aus Verträgen.

Erster Abschnitt.

Darlehensvertrag.

§. 36.

Allgemeines.

Der Darlehensvertrag stand im Herzogthum Braunschweig vor dem Inkrafttreten des B. G.-B. im Allgemeinen unter der Herrschaft des unveränderten gemeinen Rechts¹⁾. Nach diesem ist deshalb auch noch jetzt jedes Darlehen zu beurtheilen, das vor dem 1. Januar 1900 gegeben ist²⁾. Im Uebrigen gilt ausschließlich das Reichsrecht³⁾. Jedoch hat die Landesgesetzgebung eine Reihe von Bestimmungen getroffen, durch welche die Aufnahme von Darlehen für gewisse Personen verboten oder erschwert ist⁴⁾. Soweit diese Bestimmungen nicht als antiquirt zu betrachten sind, ist ihre Geltung durch das B. G.-B. nicht

²⁹⁾ §. 43, I. c. Eine bezügliche Bestimmung ist deshalb gemäß §. 42, I. c. von vornherein in die Hinterlegungserklärung aufzunehmen.

¹⁾ Aufgehoben war Landesges. die Beschränkung des Senatus-Consultum Macedonianum, welches dem auf Rückzahlung eines Darlehens belangten Hauskinde eine Einrede gewährte, durch Ges. v. 5. April 1876, §. 2. Im Uebrigen ist auf Dernburg, Pand. II, §§. 85 bis 89 u. Windscheid, Pand. II, §§. 370 bis 373 zu verweisen. Aus der früheren Praxis vergl. noch Zeitschr. f. R. VI, 37; VII, 43; XI, 121; XIII, 18; XXIII, 155; XXVI, 19; XXXIV, 97; XLII, 172; XLV, Beil., S. 51.

²⁾ Art. 170, E. B. G.-B.

³⁾ §§. 607 bis 610 B. G.-B. vergl. mit §§. 700, 1139 das.

⁴⁾ Hierher gehören folgende landesgesetzliche Bestimmungen: a) Oeffentliche Beamte dürfen von den Eingekessenen ihres Gerichts- oder Verwaltungsbezirks keine Gelder anleihen nach der Verordn. v. 17. Nov. 1721 (Steinacker, Promt. I, 18; Frederksdorff, Promt. I, 38); b) Steuerbeamte dürfen nach dem Ges. v. 23. April 1835, Nr. 16, §. 22, Z. 3 vergl. mit Ges. von demselben Tage, Nr. 18, §. 62, Z. 3, von den ihrer Controle unterworfenen Personen kein Darlehen annehmen; c) Prediger und sonstige Administratoren des Kirchenvermögens sollten aus diesen kein Darlehen nehmen nach der Verordn. v. 28. Mai 1746 (Steinacker, Promt. II, 28; Frederksdorff, Promt. I, 382).

aufgehoben⁵⁾. Außerdem hat die Landesgesetzgebung die Rechtsverhältnisse gewisser inländischer Creditanstalten und Personen, welche gewerbsmäßig Darlehen geben und nehmen, geregelt⁶⁾. Diese Rechtsverhältnisse sollen in den nächsten Paragraphen eine nähere Erörterung finden.

§. 37.

Leihhausdarlehen.

Die Herzogl. Leihhausanstalt, welche in jeder der sechs Kreishauptstädte des Landes besteht¹⁾ und eine juristische Person bildet, über deren Rechtsverhältnisse bereits oben gesprochen ist²⁾, hat neben der später zu erörternden Aufgabe, gewerbsmäßig Gelder in Verwahrung zu nehmen³⁾, als Landescreditanstalt vor Allem den Zweck, Darlehen zu geben und Darlehen anzunehmen⁴⁾.

I. Was die Herleihung von Darlehen seitens der Herzoglichen Leihhausanstalt betrifft, so ist zwischen Darlehen unter Verpfändung von Immobilien und solchen unter Verpfändung von beweglichen Sachen zu unterscheiden⁵⁾.

1. Darlehen auf Immobilien werden nur verzinslich und in baarem Gelde gewährt⁶⁾. Die Zinssätze werden zeitweilig von dem Herzogl. Staatsministerium festgesetzt⁷⁾. Nach Anordnung des letzteren können die Darlehen auch in Landeschuldverschreibungen gewährt werden⁸⁾. Alle Darlehen auf Immobilien sind jederzeit rückzahlbar. Die Bedingungen über die Rückzahlung

⁵⁾ Dies erklären die Mot., S. 80 ff. zum E. B. G.-B., Art. 80 ausdrücklich. Endemann, Lehrbuch II, §. 179 u. 1 stellt dagegen die fortdauernde Geltung solcher Vorschriften nach dem B. G.-B. in Abrede. Bei uns sind im §. 118 Br. Ausf. B. G.-B. die betr. Landesgesetze nicht für ausdrücklich aufgehoben erklärt. Gleichwohl wird man ihre fortdauernde Geltung bezweifeln müssen, zumal ihnen eine privatrechtliche Bedeutung wohl nie inne gewohnt hat, vielmehr die entgegen den Bestimmungen gegebenen Darlehen mit der *condictio mutui* zurückgefordert werden konnten.

⁶⁾ Die Regelung wird aufrecht erhalten durch Art. 94, E. B. G.-B. Vergl. dazu Comm. Prot., S. 8807.

¹⁾ Ueber die geschichtliche Entwicklung der Anstalt, welche zuerst in der Stadt Braunschweig und in Holzminden bestand, s. oben §. 20, V, Note 36.

²⁾ Vergl. oben §. 20, V.

³⁾ S. unten §. 54.

⁴⁾ Die ursprüngliche Aufgabe der Anstalt war lediglich, Darlehen auf Handpfänder herzugeben. Vergl. hierüber oben §. 20, a. a. O.

⁵⁾ Darlehen ohne Pfandsicherheit werden grundsätzlich nicht ausgegeben. Ueber die Ausnahme bei Gemeinden s. unten bei Note 13.

⁶⁾ Ges. Nr. 72 v. 20. August 1867, §. 17. Dieses Gesetz mit den Abänderungen, welche es durch die Ges. v. 8. Mai 1876, Nr. 41 u. v. 10. Juli 1881, Nr. 27 erfahren, regelt die für die Leihhausdarlehen in Betracht kommenden Verhältnisse. Früher galten dafür die Ges. v. 7. März 1842, Nr. 63 u. v. 20. Dec. 1834, Nr. 21 nebst den oben in §. 20, V bezeichneten älteren landesf. Verordnungen. Vergl. auch Steinacker, Br. Privatrecht, §§. 107 ff.

⁷⁾ §. 18, l. c. Der Zinssatz bestimmt sich nach dem jeweiligen Curswerth und beträgt augenblicklich 4 bis $4\frac{1}{2}$ Proc.

⁸⁾ Ges. Nr. 27 v. 10. Juli 1881, §. 2.

und allmähliche Tilgung der Anlehen bleiben zur Bestimmung der Leihhausverwaltung bei Verwilligung derselben verstellt⁹⁾. Wenn solche Darlehen in Landesschuldverschreibungen gegeben sind, so kann die Rückzahlung des Nominalbetrages des Darlehens nach Wahl des Schuldners entweder in Landesschuldverschreibungen derselben Art oder in baarem Gelde geschehen¹⁰⁾.

Die Immobilien, welche für die Darlehen verpfändet werden, müssen im Herzogthume belegen sein. Der Betrag des zu bewilligenden Darlehens darf zwei Drittel des auszumittelnden und nach Absatz der darauf haftenden Lasten zu berechnenden gemeinen Werthes des Grundstücks nicht übersteigen¹¹⁾. Solche Grundstücke, welche der Leihhausanstalt für Darlehen durch Hypothekbestellung verpfändet worden sind, können zwar, insofern es zur Deckung der Leihhausforderung oder zur Abwendung eines Verlustes erforderlich ist, von der Anstalt käuflich erworben werden, sollen aber wieder veräußert und zur längeren Verwaltung nicht beibehalten werden¹²⁾.

Darlehen der Leihhausanstalten an die Gemeinden bedürfen einer Pfandsicherheit nicht, vielmehr sollen solche Darlehen auf den Credit der Gemeinden ohne Bestellung von Hypotheken bewilligt werden können, insofern nach Ansicht des Staatsministeriums eine vollständige Sicherheit im Allgemeinen vorhanden ist¹³⁾.

Was die Form der Darlehensverträge der Leihhausanstalt anlangt, so bedürfen dieselben, soweit damit, wie dies Regel ist, eine Hypothekbestellung verbunden ist, zu ihrer Wirksamkeit der gerichtlichen oder notariellen Verlautbarung¹⁴⁾. Die Prüfung der Anträge auf Verwilligung von Leihhausdarlehen und die Verfügung auf Auszahlung derselben ist Sache des Herzogl. Finanzcollegiums, Abtheilung für Leihhausfachen¹⁵⁾.

2. Darlehen auf bewegliche Sachen werden von der Leihhausanstalt ebenfalls nur verzinslich gewährt, wobei das Staatsministerium zeitweilig den Zinssatz festsetzt¹⁶⁾. Als bewegliche Sachen, welche dem Leihhause

⁹⁾ §. 2, Abf. 2, l. c. u. §. 21 d. Gef. v. 20. August 1867, Nr. 72.

¹⁰⁾ §. 2, Abf. 3, l. c.

¹¹⁾ §. 19 d. Gef. v. 1867 vergl. mit Gef. Nr. 31 v. 8. Mai 1876, Z. 1. Der bezeichnete Werth versteht sich nach Abzug der vorgehenden dinglichen Lasten und Rechte. — Das Leihhaus pflegt nur auf erste Hypothek herzuliehen und verlangt demgemäß regelmäßig Vorrangseinräumung seitens bereits eingetragener Hypothekarier und der sonstigen dinglich Berechtigten.

¹²⁾ §. 25 d. Gef. v. 1867. — Diese Vorschrift hat insbesondere den Fall der Zwangsversteigerung des Grundstücks im Auge.

¹³⁾ §. 20, l. c. in Verbindung mit Art. 7 des Landtagsabsch. Nr. 47 v. 5. Sept. 1855.

¹⁴⁾ §. 313 B. G.-B.; ebenso früher §. 74, Gr.-G.-G. v. 8. März 1878. In die Verlautbarung der Obligation, für welche übrigens zur Zeit vorgedruckte Formulare bestehen, werden die gesetzlichen und sonst üblichen Bedingungen aufgenommen.

¹⁵⁾ §. 27, Abf. 2 d. G. v. 1867. — Der instrumentirende Notar oder das Gericht hat die Genehmigung des Finanzcollegiums vor Aufnahme der Obligation pflichtmäßig zu prüfen.

¹⁶⁾ §§. 17, 18, l. c.

zur Sicherung des Darlehens zum Faustpfand gegeben werden müssen¹⁷⁾, sind die folgenden zugelassen:

- a) hiesige Cammer- und Landesschuldverschreibungen und Leihhausobligationen, zinstragende oder spätestens nach einem Jahre fällige und auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches oder eines deutschen Bundesstaates, zinstragende auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen, deren Zinsen vom Reiche oder einem Bundesstaate garantirt sind, Reichsbankantheilscheine;
- b) zinstragende oder spätestens nach einem Jahre fällige, auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen deutscher kommunaler Corporationen, voll eingezahlte Stamm- und Stammprioritätsactien und Prioritätsobligationen deutscher Eisenbahngesellschaften, deren Bahnen im Betriebe befindlich sind; Pfandbriefe landschaftlicher, ritterschaftlicher, kommunaler und anderer unter staatlicher Aufsicht stehender Bodencreditinstitute Deutschlands und Pfandbriefe deutscher Hypothekenbanken auf Actien;
- c) zinstragende, auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen nicht deutscher Staaten, sowie staatlich garantirte ausländische Eisenbahnprioritätsobligationen, Actien deutscher Banken, Stamm- und Stammprioritätsactien und Prioritätsobligationen deutscher industrieller Etablissements, insoweit Herzogl. Staatsministerium auf den gutachtlichen Bericht des Finanzcollegiums, Abtheilung für Leihhausachen, die unter b) und c) aufgeführten Werthpapiere zur Beleihung geeignet findet, wobei im Uebrigen die unter a) bezeichneten Werthpapiere nur bis neun Zehntel, die unter b) bezeichneten bis vier Fünftel und die unter c) bezeichneten bis zu drei Viertel des Tagescurses zu beleihen sind;
- d) geprägte oder ungeprägte Edelmetalle, welche jedoch höchstens bis zu neun Zehnteln ihres inneren Werthes gegen faustpfandweise Uebergabe beliehen werden dürfen;
- e) andere bewegliche Sachen, welche das Leihhaus in seinen Localen in Verwahrung nehmen kann, in Gemäßheit der über das Verfaßwesen des Leihhauses bestehenden gesetzlichen Bestimmungen¹⁸⁾. Gemeinden können ohne Verpfändung solcher beweglichen Sachen Darlehen gewährt erhalten¹⁹⁾.

¹⁷⁾ Ueber die Form dieses Faustpfandes, je nachdem es sich um ein Inhaber- oder indosolables Werthpapier, eine sonst durch Urkunde verbrieftte Forderung oder eine andere bewegliche Sache handelt, s. B. G. B., §§. 1204 ff.

¹⁸⁾ §. 19, Z. 2 bis 6 d. Gef. v. 1867 vergl. mit Gef. v. 28. Januar 1870, Nr. 15, §§. 3 bis 5. Aehnliche Vorschriften traf bereits d. Gef. v. 7. März 1842, Nr. 63 (s. oben Note 6) in §§. 15, 17 u. 18. Ueber die Vorschriften hinsichtlich des Verfaßwesens s. unten §. 89.

¹⁹⁾ §. 20 d. Gef. v. 1867. Vergl. oben Note 13.

Die Form der Darlehensverträge unter Verpfändung von beweglichen Sachen ist, soweit nicht für das Verpfändwesen besondere Bestimmungen getroffen sind, die des B. G.-B. ²⁰⁾.

II. Die Annahme von Darlehen seitens der Leihhausanstalt geschieht in Beträgen von mindestens 100 Mark und stets unter Verzinsung. Den Zinsfuß setzt das Staatsministerium auf den gutachtlichen Bericht des Finanzcollegiums, Abtheilung für Leihhausachen, fest, bestimmt auch die Erhöhung und Herabsetzung desselben nach Maßgabe der in dem Geldverkehr eintretenden Conjunctionen ²¹⁾. Für diese bei der Leihhausanstalt zu verzinssbarer Belegung eingehenden Capitalien werden den Darleihern nach Wahl entweder Schuldverschreibungen oder als Leihhausschuld zu bezeichnende Landesschuldverschreibungen ausgestellt. Hierfür sind folgende Bestimmungen maßgebend:

1. In den Schuldverschreibungen sind sowohl der Leihhausanstalt, als den Gläubigern bestimmte Kündigungsfristen vorbehalten ²²⁾. Diese Schuldverschreibungen werden sofort bei Einzahlung von dem Rendanten und einem Beamten, dessen Name zu Anfang jedes Jahres und außerdem bei jeder eintretenden Veränderung bekannt zu machen ist, ausgestellt und sind ohne die Unterschrift beider Beamten ungültig ²³⁾. Die Schuldverschreibungen werden nach Wahl des Gläubigers entweder auf den Inhaber oder auf den Namen der Gläubiger ausgestellt ²⁴⁾. Den auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen werden Zinscoupons beigegeben, welche zur Verfallzeit bei den Herzogl. Leihhauscassen zu Gelde gemacht, auch daselbst statt baaren Geldes in Zahlung genommen werden können ²⁵⁾. Zinscoupons, welche binnen vier Jahren vom Tage ihrer Fälligkeit an gerechnet zur Empfangnahme der Zinsen bei den Herzogl. Leihhauscassen nicht präsentirt werden, verlieren ihre Gültigkeit, so daß der Anspruch auf Zahlung der darin erwähnten Zinsen damit erloschen ist ²⁶⁾. Ein Aufgebotsverfahren zwecks Kraftloserklärung verloren gegangener Zinsleisten ist unzulässig ²⁷⁾. Die Rückzahlung der Capitale kann, vorbehaltlich der Vorbringung der sonst erforderlichen Legitimation und Ermächtigungsurkunden, nur gegen Rückgabe der Schulddocumente und in deren Ermangelung auf Grund des nach §. 371 Satz 2 B. G.-B. sie ersetzenden Auerkennnisses geschehen ²⁸⁾. Die Zeit der Rückzahlung ist durch die in der Schuldverschreibung festgesetzte Kündigungsfrist bestimmt. Für eine frühere

²⁰⁾ Vergl. oben §. 36 u. unten §. 89.

²¹⁾ §. 3 d. Ges. v. 20. August 1867.

²²⁾ §. 4, l. c.

²³⁾ §. 9, l. c.

²⁴⁾ §. 10, l. c. Vergl. unten §. 56 u. Art. 100, E. B. G.-B.

²⁵⁾ §. 12, Abs. 1 das.

²⁶⁾ §. 12, Abs. 2 das.

frist. Trotzdem Gezahltes kann condicirt werden.

²⁷⁾ §. 12, Abs. 3, l. c. Vergl. Art. 102, E. B. G.-B. Dagegen ist ein Mortificationsverfahren hinsichtlich verloren gegangener Talons nicht ausgeschlossen: Zeitschr. f. R. XXIX, 143; XXX, 54 ff.

²⁸⁾ §. 14, Abs. 1, l. c., abgeändert durch §. 118, Z. 78, Br. Ausf. B. G.-B.

Rückzahlung, zu welcher die Leihhausanstalt übrigens niemals verpflichtet ist, kann eine Provision erhoben werden ²⁹⁾).

2. Die Landesschuldverschreibungen der Leihhausanstalt sind unkündbar ³⁰⁾. Die allmähliche Tilgung derselben geschieht durch Rückkauf oder jährliche Ausloosung, wobei die zur Tilgung bestimmten Documente jedesmal zu cassiren sind. Der jährliche Tilgungsbetrag soll sich mindestens auf $\frac{1}{2}$ Proc. vom Gesamtbetrage jeder Serie der ausgegebenen Landesschuldverschreibungen belaufen. Ein größerer Tilgungsbetrag des einen Jahres kann aber auf das folgende angerechnet werden ³¹⁾. Die Landesschuldverschreibungen werden in Serien und in Markwährung, die einzelnen Stücke zu Beträgen, welche durch hundert theilbar sind, ausgestellt ³²⁾. Die Ausstellung geschieht nur auf den Inhaber und zwar durch zwei stimmführende Mitglieder des Finanzcollegiums, Abtheilung für Leihhausachen ³³⁾.

Für die Landesschuldverschreibungen sollen alle hypothekarischen Forderungen des Leihhauses gleichmäßig haften ³⁴⁾. Ueber den Gesamtbetrag ihrer hypothekarischen Capitalausstände darf die Leihhausanstalt keine Landesschuldverschreibungen ausgeben ³⁵⁾.

Den Landesschuldverschreibungen werden Zinscoupons beigegeben, welche zur Verfallzeit, spätestens aber innerhalb vier Jahren nach Fälligkeit bei der Leihhauscasse eingelöst werden müssen. Ein Aufgebotsverfahren zwecks Kraftloserklärung findet rücksichtlich dieser Zinscoupons nicht statt ³⁶⁾. Im Uebrigen ist auf §. 56 zu verweisen.

§. 38.

Darlehen an Sparcassen.

I. Da die Leihhausanstalt nach den im vorigen Paragraphen erörterten Bestimmungen nur Darlehen von mindestens 100 Mark annimmt, so ist, um auch dem minderbegüterten Theile der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, kleinere Geldsummen auf sichere Weise zu belegen und durch Verzinsung nutzbar zu machen, im Herzogthume im Anschluß an die Leihhausanstalt und als eine Abtheilung derselben und unter Gewähr des Staates eine Herzogl. Sparcasse mit dem Sitze in Braunschweig errichtet, welche in den dazu geeigneten Gemeinden des Herzogthums mit einem Rechnungsführer besetzte Sparcassenstellen hat ¹⁾).

²⁹⁾ §. 14, Abs. 2, l. c.

³⁰⁾ §. 4 das.

³¹⁾ §. 6, l. c.

³²⁾ §. 4, Abs. 2, l. c.

³³⁾ §. 11, l. c.

³⁴⁾ §. 4, Abs. 2, l. c. Vergl. oben bei §. 1. Die Haftung, welche nur als eine pfandmäßige Sicherung gedacht werden kann, ist nach dem heutigen Pfandrecht nicht mehr möglich.

³⁵⁾ §. 5, l. c. Vergl. damit Gef. Nr. 27 v. 10. Juli 1881, §. 4.

³⁶⁾ §. 12, l. c. Vergl. oben Note 27.

¹⁾ Gef. v. 10. Juni 1892, Nr. 27, welches nach d. Verordn. v. 16. April 1893, Nr. 17 seit dem 1. Mai 1893 Gesetzeskraft hat und durch Gef. v. 4. April 1898,

Bei diesen Sparcassenstellen sollen Einlagen, die sich durch 2 Mark theilen lassen und mindestens 2 Mark, höchstens 200 Mark betragen, angenommen werden²⁾. Die Einzahler der Darlehen empfangen kostenfrei Sparcassenbücher, welche die belegten Summen nachweisen und die Stelle einer förmlichen Schuldschreibung vertreten. Dieselben, welche auf den Inhaber ausgestellt und mit einer Nummer versehen werden, tragen die Namen des Rendanten und eines Beamten der Herzogl. Sparcasse in Braunschweig in Umschrift oder Nachbildung und sind vor Verabfolgung an den Spareinleger von dem Rechnungsführer derjenigen Sparcasse, welche das Buch abgibt, mit dem Datum der Einlage und der Unterschrift zu versehen. Erst mit Aushändigung des ausgestellten Sparcassenbuches erwächst aus demselben ein Anspruch gegen die Herzogl. Sparcasse³⁾. Zur Erleichterung sind daneben Sparmarken im Betrage von 10 Pfennig und Spartarten eingeführt. Sobald die Karte mit 2 Mark in Marken besetzt ist, kann deren Umtausch gegen ein Sparcassenbuch erfolgen⁴⁾.

Der Zinsfuß wird durch Herzogl. Staatsministerium festgesetzt und durch das Finanzcollegium öffentlich bekannt gemacht⁵⁾. Die Zinsen sind alljährlich und zwar zuerst ein Jahr nach Datum der Einlage fällig. Wird innerhalb eines Zinsjahres auf Anfordern Rückzahlung gemacht, so werden Rückzinsen gezahlt, welche jedoch nur nach vollen Monaten berechnet werden, während überschießende Tage und Bruchpfennige außer Anschlag bleiben⁶⁾.

Die Rückzahlung der durch Sparcassenbuch verbrieften Einlage erfolgt

Nr. 17 einige Abänderungen erlitten hat. — Vorher bestanden anstatt der einen Herzogl. Sparcasse mit den verschiedenen Sparcassenstellen einzelne Sparcassen in den Städten und anderen größeren Ortschaften, deren Rechtsverhältnisse durch Ges. vom 20. Dec. 1834, Nr. 18 begründet und durch Ges. v. 24. Dec. 1874, Nr. 89 (vergl. auch Ges. v. 27. Oct. 1874, Nr. 64 u. §. 3 d. Ges. v. 20. August 1867, Nr. 72) modificirt war. Auch diese Sparcassen standen bereits in einer (wenn auch lockeren) Verbindung mit der Leihhausanstalt unter der gleichen staatlichen Gewähr, wie diese.

²⁾ §. 4, l. c. Im Verordnungswege kann der Höchstbetrag bis 500 Mk. festgesetzt werden. — Nach dem Ges. v. 1834 betrug die Grenze 8 Ggr. bis 20 Thlr., seit dem Ges. v. 1874 aber 1 Mk. bis 100 Mk.

³⁾ §§. 5, 6, l. c. vergl. mit Ges. v. 4. April 1898, Nr. 17, Art. II. — Die alten Contrabücher, welche nach Maßgabe der früheren gesetzlichen Bestimmungen (vergl. Note 1) einstweilen in Geltung belassen sind, können gegen neue Sparcassenbücher umgetauscht werden. Bei Theilrückzahlungen sollen dieselben gegen Empfang eines neuen über den Rest lautenden Cassenbuches abgeliefert werden. Nach vier Jahren fallen die alten Contrabücher aus der Verzinsung, während sie binnen weiteren fünf Jahren von einem demnächst vom Finanzcollegium, Abth. f. Leihhausachen, zu erlassenden Auftruf an überhaupt ihre Geltung verlieren.

⁴⁾ §. 9, l. c.

⁵⁾ §. 7, l. c.

⁶⁾ §. 8, l. c. Hieraus ergibt sich, daß der Vertrag, obwohl zunächst im Interesse des Einzahlenden geschlossen, nicht nach den Grundsätzen des depositum irregulare, sondern nach denen des Darlehens zu beurtheilen ist. Vergl. Windscheid, Pand. II, §. 379, Note 4; Riemeyer, dep. irr. 1889, Mot. z. bürgerl. Ges. II, S. 577.

nur gegen dessen Rückgabe⁷⁾. Sparcassenbücher, auf welche 10 Jahre hindurch keine Zinsen erhoben sind, können durch Aufruf des Finanzcollegiums, Abtheilung für Leihhausfachen, gekündigt werden und verlieren nach weiteren fünf Jahren ihre Wirksamkeit. Ebenso können die ausgegebenen Sparmarken durch öffentlichen Aufruf zwecks Rückzahlung oder Umtausches innerhalb drei Monaten für ungültig erklärt werden⁸⁾.

II. Außer der besprochenen staatlichen Sparcasse giebt es noch eine größere Zahl von Sparcassen privater Natur, welche zum Nutzen gewisser Personenzreise begründet und meist mit den Rechten milder Stiftungen begabt sind⁹⁾. Ihre Rechtsverhältnisse richten sich nach dem Inhalt ihrer Statuten. Nur in Ansehung der Schulsparcassen, Confirmandensparvereine und anderen derartigen Jugendsparcassen und Vereine sind einige landesgesetzliche Bestimmungen getroffen¹⁰⁾. Nach diesen bedarf es zur Errichtung solcher Institute der Genehmigung der Kreisdirection und, wenn sie ihre Wirksamkeit über einen Kreis hinaus erstrecken, des Staatsministeriums¹¹⁾. Die gleiche Genehmigung ist auch zu jeder Verfassungsänderung erforderlich¹²⁾. Wenn derartige Institute vor erfolgter Genehmigung ihre Thätigkeit beginnen, so können sie geschlossen werden, während den Theilnehmern das Recht zusteht, die gemachten Einlagen nebst den gesetzlichen Zinsen zurückzufordern und die Zahlung von weiteren Beiträgen zu verweigern¹³⁾.

§. 39.

Darlehen der Pfandleiher.

Auch die sogenannten Pfandleiher geben Darlehen und zwar gegen Faustpfandbestellung. Die Erlaubniß zum Betriebe des Geschäftes eines Pfandleihers in Ortschaften, für welche dies durch Ortsstatut festgesetzt wird, ist von dem Nachweise eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig¹⁾.

Die Rechtsverhältnisse der Pfandleiher, namentlich in Ansehung der Darlehen und Pfandannahme, ist durch Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums geregelt²⁾. Die Verletzung der darin gegebenen Vorschriften ist deshalb zwar keiner Gesetzesverletzung gleichzuachten, welche die Un-

⁷⁾ §. 5, Abs. 2, 1. c.

⁸⁾ §. 10, 1. c.

⁹⁾ Hierher gehören: die Spar-, Leih-, Wittwen- u. Waisencasse der Hofcapelle in Braunschweig (Befanntm. Nr. 5 v. 20. Jan. 1843); Spar- und Vorschußverein von Angehörigen der Postbeamten des Oberpostdirectionsbezirktes Braunschweig (Befanntm. v. 9. Oct. 1879, Nr. 69); Sparverein f. Confirmanden in d. Stadt Braunschweig (Befanntm. Nr. 43 v. 24. Nov. 1886); in der Stadt Wolfenbüttel (Bef. v. 8. October 1895, Nr. 54) u. A.

¹⁰⁾ Gef. v. 19. Febr. 1895, Nr. 13.

¹¹⁾ §. 1, 1. c.

¹²⁾ §. 2, 1. c.

¹³⁾ §. 3, 1. c.

¹⁾ Verordn. Nr. 6 v. 8. Dec. 1879 vergl. mit §. 142 d. Reichs-Gew.-Ordn.

²⁾ Befanntm. Nr. 2 v. 21. Dec. 1881.

wirksamkeit des abgeschlossenen Vertrages zur Folge haben könnte, ist aber geeignet, dem Pfandleiher die erteilte Erlaubniß wieder zu entziehen³⁾.

Hiernach darf der Pfandleiher als Vergütung für Darlehen sich nicht mehr auszahlen lassen, als

- a) zwei Pfennig für jeden Monat und jede Mark von Darlehensbeträgen bis zu 30 Mk.;
- b) ein Pfennig für jeden Monat und jede den Betrag von 30 Mk. übersteigende Mark.

Hierbei wird der Tag der Hingabe des Darlehens nicht mitgezählt; die Monate werden von dem auf den Darlehenstag folgenden Tage bis zu dem ziffernmäßig dem Darlehenstage entsprechenden Tage des Darlehensmonats, bei dem Fehlen dieses Tages aber bis zum letzten Tage des letzten Monats berechnet. Jeder angehende Monat wird als ein voller berechnet. Läuft der Gesamtbetrag in einen Bruchpfennig aus, so wird dieser auf einen vollen Pfennig abgerundet⁴⁾. Das Ausbedingen oder die Annahme jeder weiteren Vergütung für das Darlehen oder für die Aufbewahrung oder Erhaltung des zur Sicherung des Darlehens empfangenen Faustpfandes, sowie das Vorausnehmen der Vergütung ist verboten⁵⁾. Gestattet ist jedoch die Verabredung, daß die Vergütung mindestens für zwei Monate gezahlt werden müsse⁶⁾.

Die Pfandleiher müssen Geschäftsbücher führen, welche sämtliche von ihnen abgeschlossene Geschäfte deutlich, vollständig und wahrheitsgetreu nachzuweisen haben. Dieselben müssen von der Ortspolizeibehörde gestempelt sein und hinsichtlich des Geschäftsabschlusses in den verschiedenen Rubriken die laufende Nummer, den Tag, den Namen, Stand und Wohnort des Darlehensempfängers und Verpfänders, dessen Legitimation, Bezeichnung des Pfandobjectes mit Werthtaxe, Betrag des darauf baar gezahlten Darlehens, Betrag der bedungenen Zinsen, die für die Wiedereinlösung bedungene Frist, sowie eine etwaige Prolongation derselben, die Zeit und Art der Erledigung des Geschäfts durch Wiedereinlösung oder Verfall enthalten⁷⁾. Alle diese Eintragungen sollen nur mit Tinte gemacht, Rasuren und dergleichen aber ohne polizeiliche Genehmigung nicht vorgenommen werden⁸⁾. Abgesehen von diesen Eintragungen in das Geschäftsbuch haben die Pfandleiher noch über jedes der von ihnen abgeschlossenen Geschäfte einen Pfandschein auszustellen, der mit dem

³⁾ Die Bekanntmachung ist erlassen auf Grund des §. 38 Reichs-Gew.-Ordn. und hat fortdauernde Geltung nach Art. 94 E. V. G.-B.

⁴⁾ §§. 5 u. 6 d. Bekanntm. v. 21. Dec. 1881. Vergl. hierüber noch oben §. 88, Note 6.

⁵⁾ §. 5, Abs. 2 das. Eine Rückforderung ist aber nach dem oben bei Note 3 hervorgehobenen Grundsatz nur möglich, wenn die größere Vergütung dem Reichswuchergesetz widerspricht.

⁶⁾ §. 5, Abs. 3, l. c. In dieser Verabredung kann jedoch im Zweifel nicht die Bestimmung gefunden werden, daß das Darlehen vor dieser Frist nicht zurückgezahlt werden dürfe.

⁷⁾ §. 1, l. c.

⁸⁾ §. 2, l. c.

Inhalt des Geschäftsbuches hinsichtlich der getroffenen Verabredungen übereinstimmen und die Unterschrift des Pfandleihers nebst Ort und Datum der Ausstellung enthalten muß⁹⁾.

Ueber die neben dem Darlehensvertrag regelmäßig herlaufende Verpfändung wird an anderer Stelle gehandelt werden¹⁰⁾.

§. 40.

Darlehen des Ritterschaftlichen Creditvereins.

Die Aufgabe des ritterschaftlichen Creditvereins¹⁾, die auf den Grundbesitzungen seiner Mitglieder haftenden Privatschulden zu übernehmen, auch denselben neue Anleihen zu gewähren und alle diese Schulden allmählich zu tilgen, führt zu drei besonderen Darlehensverträgen.

1. Der Verein übernimmt die auf den Grundbesitzungen lastenden Privatschulden im Wege der Delegation als Selbstschuldner und tritt dafür gegenüber dem also entlasteten Mitgliede als Darleiher rücksichtlich des übernommenen Betrages auf. Für dieses Darlehen wird zu Gunsten des Vereins auf die entlasteten Grundstücke erste Hypothek eingetragen, nachdem über das ganze Rechtsgeschäft eine executorische Schuldburkunde aufgenommen ist. Auf die hypothetarisch versicherte Darlehensforderung hat der Schuldner bis zur vollständigen Abtragung derselben regelmäßig 4 Proc. zu zahlen, wovon für gewöhnlich $\frac{3}{4}$ Proc. zur allmählichen Amortisation, der Rest aber als Zinsen und zur Deckung der Verwaltungsunkosten bestimmt ist. Zur schnelleren Tilgung ist auch ein höherer Zinssatz zulässig. Bei Zahlungsverzug sind je nach dessen Länge zunehmende Strafprocente zu entrichten, welche nebst den rückständigen Beiträgen nöthigenfalls executorisch beigetrieben werden, indem sich der Schuldner von vornherein in der Schuldburkunde der sofortigen Zwangsvollstreckung zu unterwerfen hat. Die Zwangsvollstreckung soll zunächst in das bewegliche Vermögen und erst bei Fruchtlosigkeit einer solchen Pfändung durch Zwangsverwaltung erfolgen, während erst nach dreijähriger Verwaltung ohne Zustimmung des Eigenthümers zur Zwangsversteigerung geschritten werden darf²⁾.

⁹⁾ §. 3, l. c. Dieser Pfandschein sowohl wie die Eintragung in die Geschäftsbücher bedingen nicht den Abschluß des Geschäftes, sondern sollen ein Beweismittel für diesen Abschluß, sowie eine Legitimation für den Pfandschuldner zwecks Einlösung des Pfandes bilden.

¹⁰⁾ S. hierüber unten §. 89.

¹⁾ Ueber dessen Eigenschaft als „juristische Person“, welche ihm durch landesh. Verordn. v. 20. März 1862 (Ges.- u. Verordnungsbl., Nr. 12) beigelegt ist, sowie über seine Verwaltung s. oben §. 18, Note 5. Die Rechtsverhältnisse des Creditvereins, insbesondere auch hinsichtlich der hier fraglichen Darlehensverträge sind durch die in der Verordnung v. 25. Mai 1886 bestätigten revidirten Statuten (Ges.- u. Verordnungsbl., S. 161 bis 167) enthalten. Die fortbauende Geltung dieser Bestimmungen ergibt sich aus Art. 167 E. B. G.-B., wozu S. 9, Mot. Br. Ausf. B. G.-B. zu vergleichen ist.

²⁾ §§. 26 bis 31 der Statuten. Das für die Ausführung der Zwangsverwaltung

Neben der Zahlungspflicht ist der Schuldner weiter zur ordnungsmäßigen Bewirthschaftung der verpfändeten Güter verbunden. Mißwirthschaft berechtigt den Verein nach vorgängiger, unanfechtbarer Entscheidung der Creditcommission zum Antrag auf Zwangsverwaltung³⁾.

Der Schuldner, welcher das ihm vom Creditverein bewilligte Darlehen abzutragen wünscht, bevor der zur Amortisation seiner Schulden erforderliche Zeitraum verstrichen sein würde, ist verpflichtet, den noch nicht getilgten Rest seiner Schuld entweder in rechtzeitig gekündigten Schuldbriefen des Vereins, oder nach vorgängiger halbjähriger Kündigung baar einzuzahlen. Unter den gleichen Bedingungen können in den acht Tagen vor dem 1. Juli und vor dem 1. December auch baare Abträge geleistet werden. Alljährlich soll dem Schuldner über seine Abtragungen, seine verbleibende Restschuld und den Vermögensstand des Vereins eine Abrechnung unentgeltlich zugefertigt werden. Ist das Darlehen des Schuldners abgetragen und hat er alle Verpflichtungen gegen den Verein erfüllt, so scheidet er aus diesem aus und hat auch keine weiteren Ansprüche an ihn; auch wird dies öffentlich bekannt gemacht und dem Schuldner unter Rückgabe der Schuldburkunde eine Generalabrechnung ausgestellt⁴⁾.

2. Abgesehen von dem vorstehend besprochenen Darlehen durch Schuldübernahme kann der Creditverein seinen Mitgliedern neue Anlehen bewilligen und zwar bis zum 16 fachen Betrage des Steuercapitals der dafür hypothekarisch zu belastenden Grundstücke⁵⁾. Im Uebrigen kommen für diese Darlehen die gleichen Bestimmungen zur Geltung, wie die oben besprochenen.

3. Zur Durchführung des Vereinszweckes, die Schulden der Mitglieder zu tilgen und ihnen neue, gleichfalls der allmählichen Amortisation unterliegende Darlehen zu gewähren, bedarf der Verein Geldmittel, welche er sich seinerseits durch Aufnahme von Darlehen verschafft. Ueber das Anlehen stellt die Creditcommission des Vereins dem Darleiher eine Schuldverschreibung aus, und zwar nach dessen Wahl entweder auf den Namen des Gläubigers oder auf den Inhaber lautend. Die Größe der Summe, über welche die einzelnen Obligationen auszustellen sind, kann nur von den Vereinbarungen abhängen, darf jedoch nicht weniger als 300 Mk. betragen und muß durch 100 Mk. theilbar sein. Die Darlehen werden mit 4 Proc. verzinst, zu welchem Zweck der Schuldverschreibung Zinscoupons beigegeben werden müssen, die alljährlich am 30. December fällig werden und bei Vermeidung des Verfalles in vier Jahren erhoben werden müssen. Der Besitzer der Schuldverschreibung, welcher bei solchen, die auf den Namen lauten, legitimirt sein muß, kann unter Einhaltung einer halbjährigen Kündigungsfrist zum 30. Juni oder 31. December kündigen. Dasselbe Recht

maßgebende gerichtliche Verfahren richtet sich nach den Gesetzen des Landes, in dem die Grundstücke belegen sind, also, soweit unser Herzogthum in Frage kommt, nach dem Reichsgesetz d. Zw. vergl. mit §. 6 Br. Ausf. z. Zw. u. Art. 59 E. B. G.-B., wonach Familienstammgüter zur Zwangsversteigerung nur in gewissen Fällen gebracht werden dürfen.

³⁾ §. 32, 1. c. Vergl. hierüber auch vorige Anm.

⁴⁾ §§. 36 bis 41, 1. c.

⁵⁾ §. 14, 1. c.

steht dem Verein gegenüber den Gläubigern zu, was gegenüber den auf Inhaber lautenden Schuldverschreibungen durch mindestens zweiamlige Insertion in den Braunschweigischen Anzeigen geschieht, worauf nach Ablauf der halbjährigen Kündigungsfrist die Verzinsung aufhört⁶⁾.

Zweiter Abschnitt.

Versicherungsvertrag.

§. 41.

Allgemeines.

Der Versicherungsvertrag ist eine Vereinbarung, durch welche der eine Contrahent verspricht, einen den Versicherten möglicherweise treffenden Schaden, wenn er wirklich eintritt, zu ersetzen, wogegen der Versicherte sich verpflichtet, für dieses Versprechen des Schadenersatzes eine Vergütung, welche gewöhnlich Prämie genannt wird, zu zahlen. Der Versicherungsvertrag, welcher dem römischen Rechte fremd war, verdankt seine Entstehung der deutschen Rechtsanschauung und hat seine Ausbildung in der neuesten Zeit gefunden. Im B. G. B. ist seine Regelung noch nicht erfolgt, sondern einstweilen der Landesgesetzgebung überlassen¹⁾. Diese hat aber nur die Versicherung bei gewissen staatlichen Anstalten geregelt²⁾, während im Uebrigen die allgemeinen Grundsätze subsidiäre Anwendung finden³⁾.

Von dem gewöhnlichen Versicherungsvertrage ist zu unterscheiden der Lebensversicherungsvertrag⁴⁾, welcher gemeinhin einen Vertrag zu Gunsten Dritter bildet⁵⁾ und streng genommen überhaupt nicht zu den Versicherungsverträgen gehört. Abgesehen hiervon unterscheidet man zwischen Land- und Seeversicherung, während wiederum bei der Landversicherung die Arten der gefährdrohenden Ereignisse Verschiedenheiten begründen. Danach ist die Versicherung gegen Feuergefahr, Hagelschaden und Ueberschwemmung am häufigsten.

Im Herzogthum Braunschweig liegen gewisse Versicherungen in den Händen des Staates durch staatliche Anstalten unter Begründung einer Versicherungspflicht, so die Lebensversicherung der Beamten durch die Beamten-Wittwen-

⁶⁾ §§. 42 bis 51, l. c.

¹⁾ Art. 75 E. B. G. B. Die reichsgesetzliche Regelung des gesammten Versicherungsrechts wird vorbereitet. Ein Gesetzentwurf ist bereits ausgearbeitet.

²⁾ E. unten §§. 42 bis 44.

³⁾ Stobbe, Handbuch d. deutsh. Privatr. III, §. 197; Thöl, Handelsrecht I, §. 297. Schon jetzt finden daneben §§. 1045 f., 1127 bis 1130 und 1335, B. G. B. unbedingte Anwendung. — Vergl. auch Zeitschr. f. R. XXXIV, 33.

⁴⁾ Stobbe, a. a. O., §. 198.

⁵⁾ Vergl. Dernburg, Pand. II, §. 18 bei Note 9.

und =Waisenspensionsanstalt⁶⁾ und der Geistlichen durch den Emeritirungsfonds und die Landespfarrwitwenversorgungsanstalt⁷⁾, sowie die Feuerversicherung durch die Landesbrandversicherungsanstalt⁸⁾, die anderen Versicherungen sind private und werden von Gesellschaften ausgeübt, welche hierzu der staatlichen Genehmigung bedürfen. Diese Genehmigung wird, wenn es sich um Gesellschaften handelt, deren Wirksamkeit sich über den Bezirk einer Kreisdirection nicht hinaus erstreckt, von dieser, in allen übrigen Fällen aber, und wenn es sich um Begründung einer Zweiganstalt seitens einer ausländischen Gesellschaft im hiesigen Lande handelt, durch Herzogl. Staatsministerium ertheilt⁹⁾. Einer gleichen Genehmigung bedarf es, wenn Veränderungen in den Einrichtungen, Statuten und Zulassungsbedingungen solcher Gesellschaften getroffen werden sollen¹⁰⁾.

Die hierher gehörigen Gesellschaften sind entweder mit juristischer Persönlichkeit begabte Anstalten¹¹⁾, oder auf Gegenseitigkeit gegründete genossenschaftliche Vereinigungen¹²⁾, oder eigentliche Handelsgesellschaften¹³⁾.

§. 42.

Beamten=Wittwen= und =Waisenversorgung.

1. Die staatliche Beamten=Wittwen= und =Waisenversorgungsanstalt des Herzogthums¹⁾ verpflichtet nach dem Gesetze vom 22. März 1876²⁾ gewisse

⁶⁾ S. unten §. 42.

⁷⁾ S. oben §. 20, III u. §. 21, I.

⁸⁾ S. unten §. 43.

⁹⁾ §§. 1, 2 d. Gef. Nr. 26 v. 20. Juni 1883. Vergl. früher Gef. Nr. 2 de 1873 v. 27. Nov. 1872.

¹⁰⁾ §. 3, l. c.

¹¹⁾ Hierher ist beispielsweise die „Braunschweigische Lebensversicherungsanstalt“ zu rechnen (Zeitschr. f. R. XXXVI, 139); auch vielen Wittwen= und Waisencassen sind die Rechte milder Stiftungen verliehen.

¹²⁾ Die meisten Hagel= und viele auswärtige Feuer= und Lebensversicherungsgesellschaften gehören hierher.

¹³⁾ Hierher sind viele Hagel=, Feuer= und Lebensversicherungsgesellschaften zu nehmen.

¹⁾ Die Anstalt, welche mit Rechtspersönlichkeit begabt ist, wird vom Herzogl. Finanzcollegium verwaltet. Sie ist ins Leben gerufen durch d. Verordn. v. 27. Juni 1743 und durch eine Verordn. v. 30. März 1775, welche übrigens gleichzeitig die „Militärbedienten, Landrentnerei, die Kirchen-, Schul- und städtischen Diener“ wieder ausschloß, weiter ausgeführt. Die Ausschließung der Kirchen-, Schul- und städtischen Diener wurde durch Verordn. vom 20. Novbr. 1777 wieder aufgehoben. Nachdem sodann noch durch die Verordn. v. 20. Juli 1790 und das Rescr. des fürstlichen Schatzcollegiums v. 15. April 1797, sowie die landesf. Rescr. v. 31. Octbr. 1805 (Steinacker, Promt. I, 184 f.), v. 10. Jan. u. 23. Febr. 1816 (Vege, Repert. III, 367) einige weniger wesentliche Abänderungen getroffen, auch die durch Art. 23 und 34 des Landtagsabsch. v. 11. Juli 1823 mit der landschaftlichen Wittwencasse vereinigt und durch §. 14 d. Gef. v. 12. Oct. 1832, die Organisation des Herzogl. Finanzcollegiums betr., die Verwaltung letzterem übertragen war, wurde die Anstalt unter Aufhebung aller früheren Bestimmungen umfassend durch Gef. Nr. 31 vom

Beamten zur Lebensversicherung zu Gunsten ihrer Ehefrauen und Kinder³⁾. Die Versicherung geschieht in der Weise, daß die Theilnehmer jährlich einen procentualen Theil ihres Einkommens bis zu ihrem Tode zu zahlen haben, und daß daraus für die Wittve und geeignetenfalls auch die hinterbliebenen Kinder ein Anspruch auf lebenslängliche Pension erwächst.

2. Die Berechtigung zur Theilnahme ist durch das Gesetz vom 20. Febr. 1899, Nr. 9, erheblich beschränkt⁴⁾. Hiernach sind noch zugelassen diejenigen Beamten⁵⁾, welche

- a) vermöge ihres Dienstverhältnisses zum Reiche oder einem anderen deutschen Bundesstaate, besonders zu Preußen, einen Anspruch auf Versorgung ihrer Wittwen und Waisen nach Maßgabe der Reichs- oder Landesgesetze haben⁶⁾,
- b) bereits vor dem 1. April 1899 nicht auf Lebenszeit im städtischen Dienste angestellt sind⁷⁾,
- c) vor dem Inkrafttreten des Gesetzes von 1899 aus dem Staatsdienste entlassen sind⁸⁾,
- d) gekündigt sind und ihre Versicherung fortgesetzt haben⁹⁾,

18. Juli 1837 geregelt. Diese Organisation entsprach im Wesentlichen der heutigen und ist bis zum Ges. vom 22. März 1876 bestehen geblieben, das durch Ges. vom 20. Febr. 1899, Nr. 9 erheblich abgeändert ist.

²⁾ Ges.- u. Verordnungsbl., Nr. 30.

³⁾ §. 1 daf.

⁴⁾ Nach dem Ges. v. 1876 waren verpflichtet zur Theilnahme die sogen. Staatsbeamten erster und zweiter Classe, die Hofbeamten und wirklichen Hofdiener, die Mitglieder der Hofcapelle, die ständischen und die auf Lebenszeit angestellten städtischen Beamten, die Bürger- und Landschullehrer, schließlich das Polizeimilitär, sofern nur alle diese Beamten ein jährliches Mindesteinkommen von 300 Mk. hatten (§. 4, l. c.). Berechtigt, aber nicht verpflichtet sind die Interessenten der früheren Militärwittwencasse u. der ehemaligen Unterofficier-Wittwen- und Waisenversorgungsanstalt, sowie die nur auf bestimmte Zeit mit Gehalt angestellten Beamten der Städte und schließlich die ehemaligen Herzogl. Eisenbahnbeamten (§. 5). Vor Einrichtung der Versorgungsanstalt waren auch die Pfarrer bedingt verpflichtet (§. 20, III).

⁵⁾ Ueber die fortdauernde Befugniß der Theilnahme noch anderer, kraft besonderer Vereinbarung zugelassenen Beamten, z. B. des Syndicus der Handelskammer und der Beamten der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt, vergl. Mot. Anl. 142 (Prot. 32) der Landtagsverhandl. v. 1898, S. 14. — Dagegen sind die Lehrer der katholischen Gemeindeschulen und der Blinden-Erziehungs-Anstalt, die früher unter Anwendung der für andere Schullehrer maßgebenden Bestimmungen zugelassen waren, jetzt gleichfalls als befreit anzusehen. Mot. S. 14.

⁶⁾ Hierher gehören hauptsächlich die Militär- und Eisenbahnbeamten, die früher im Herzogl. braunschw. Dienste gestanden haben. Vergl. Mot. Anl. 142 (Prot. 32) der Landtagsverhandl. v. 1898, S. 9.

⁷⁾ Diese Beamten waren nach §. 30 des Ges. v. 22. März 1876 zugelassen. Dieser Paragraph ist durch das Gesetz von 1899 aufgehoben. Auch bestimmt §. 2 des Ges. v. 1899, daß die nach dem 1. April 1899 angestellten städt. Beamten nicht mehr theilnahmeberechtigt sind.

⁸⁾ Die Theilnahmepflicht gründet sich auf §. 6, Abs. 3 des Ges. v. 22. März 1876. Nach §. 3 des Ges. v. 1899 hört aber das Theilnahmerecht künftig mit der Entlassung aus dem Staatsdienste auf.

⁹⁾ Das Recht dieser Beamten gründet sich auf §. 6, Abs. 5 des Ges. v. 1876.

e) remuneratorisch angestellt sind und im besonderen Falle zur Theilnahme zugelassen waren¹⁰⁾.

Die Theilnahmepflicht bzw. Berechtigung ist davon, ob der Theilnehmer verheirathet ist, unabhängig und dauert bis zur Auflösung des Dienstverbandes, während sie durch bloße Pensionirung oder durch Verabschiedung mit Gehalt nicht beendet wird¹¹⁾. Die einmal gezahlten Beiträge können nur von denjenigen Beamten zurückgefordert werden, welche auf Kündigung oder Probe angestellt sind, wenn von dem Kündigungsrechte Gebrauch gemacht wird. Tritt jedoch die Kündigung erst nach fünf Jahren nach Anstellung ein, so kann der Beamte unter Verzicht auf den Rückzahlungsantrag die Theilnahme fortsetzen¹²⁾.

Die regelmäßigen Beiträge bestehen in einer einmaligen Zahlung eines Zwölftheils des jährlichen Einkommens und in einer jährlichen Leistung von $3\frac{1}{2}$ Proc. desselben¹³⁾. Zu dem Einkommen gehören alle mit dem Amte regelmäßig verbundenen Emolumente, namentlich auch der Wohnungsgeldzuschuß, nicht aber Dienstaufwandsgeelder, Entschädigung für Pferdehaltung, Diäten und dergl.¹⁴⁾. Die pensionirten und die verabschiedeten Mitglieder zahlen nach ihrem Ruheeinkommen, die entlassenen aber und solche, welche in eine geringer dotirte Stelle versetzt sind, nach ihrem früheren höchsten Gehalt. Für die Schullehrer wird der Beitrag vom Herzogl. Consistorium festgesetzt, wogegen Recurs an Herzogl. Staatsministerium zulässig ist¹⁵⁾.

3. Die Pension für die Wittve bzw. die Kinder wird durch die bis zum Tode des Mitgliedes fortgesetzte Theilnahme begründet und besteht in 24 Proc. des letzten Einkommens vor etwa eingetretener Pensionirung, Verabschiedung oder Entlassung¹⁶⁾. Der Anspruch auf die Pension beginnt mit dem Zeitpunkte, an welchem der Bezug des Dienst Einkommens aufhört, und zwar wird die Pension vierteljährlich in dem dritten Monate des Quartals zahl-

¹⁰⁾ Die Zulassung solcher Beamten ist aber nach §. 4 des Ges. von 1899 nicht mehr gestattet.

¹¹⁾ §. 6, Abs. 1 bis 3 des Ges. v. 1876. Nach §. 3 des Ges. v. 20. Febr. 1899 hören Beamte, gegen die auf Dienstentlassung erkannt ist, mit dem Tage der Rechtskraft des Urtheils auf, Theilnehmer zu sein. Vergl. oben Note 8 u. unten Note 16.

¹²⁾ §. 6, Abs. 4, Nr. 5, l. c.

¹³⁾ §. 16 das.

¹⁴⁾ §. 17 das. Wegen Anrechnung der Emolumente, besonders einer Dienstwohnung, entscheidet endgültig das Staatsm. Vergl. §. 5 des Ges. v. 1899. Andere Emolumente, wie Remunerationen, sind früher mit Rücksicht auf §. 7 des Ges. von 1876 theilweise als versicherungspflichtig angesehen und bleiben es, wo dies geschehen, auch künftig in den Fällen, wo überhaupt noch versichert wird. In neuen Fällen aber sind sie stets gemäß §. 4, Ges. v. 1899 ausgeschlossen. Vergl. Mot. Anl. 142 (Prot. 32) der Landtagsv. 1898, S. 14 f.

¹⁵⁾ §. 16, Abs. 6 des Ges. v. 1876.

¹⁶⁾ §. 7, l. c. Die Pensionirung oder Versetzung in den Ruhestand wird in §§. 113 bis 141, die Verabschiedung in §§. 109 bis 112, die Dienstentlassung in §. 142 u. §§. 39 ff. d. Civilstaatsdienstges. v. 4. April 1889 geregelt. Der Entlassung ist die in §. 143 das. bezeichnete „Absetzung“ hinsichtlich des Pensionsanspruches aus der Versorgungsanstalt gleichzuachten.

bar¹⁷⁾. Die Pensionen müssen nach allen Orten des Deutschen Reiches, außerhalb aber nur mit Genehmigung des Staatsministeriums gezahlt werden¹⁸⁾. Der Pensionsanspruch ist unveräußerlich und unverpfändbar¹⁹⁾.

Der Anspruch auf die volle Pension steht regelmäßig nur der Wittwe zu. Der Anspruch der Wittwe fällt fort, wenn die Ehe innerhalb von drei Monaten vor dem Tode des Mannes nur im Hinblick auf die Pension eingegangen war²⁰⁾. Der Anspruch vermindert sich, wenn sie 15 Jahre jünger war als ihr Mann und zwar um je ein Zwanzigstel für jedes angefangene Jahr von 15 bis 25 Jahre Altersunterschied, so jedoch, daß sich der Anspruch wieder um ein Zwanzigstel bis zur vollen Höhe erweitert, wenn die Ehe länger als fünf Jahre dauert für jedes weitere Jahr²¹⁾. Ist die Ehe erst nach der Pensionirung geschlossen, so findet überhaupt kein Anspruch statt²²⁾. Der sonstige Anspruch der Wittwe erlischt vollständig mit deren Tode oder Wiederverheirathung. In diesen Fällen geht aber der Anspruch auf die von der Wittwe mit dem Versicherten ehelich erzeugten oder legitimirten Kinder über; jedoch ganz nur dann, wenn es drei oder mehrere Kinder sind, während ein Kind nur ein Drittel, zwei Kinder nur zwei Drittel desselben erhalten. Dieser Pensionsanspruch der Kinder erlischt mit deren vollendetem 20. Lebensjahre und bei Töchtern mit deren Verheirathung, wenn diese früher fällt²³⁾. Die Wittwe hat nur Anspruch auf einen Theil der Pension, und zwar von Anfang an, wenn pensionsfähige Kinder²⁴⁾ aus früheren Ehen des verstorbenen Theilnehmers vorhanden sind. Und zwar erhält sie die Hälfte, wenn sie selbst kinderlos ist und mehrere Kinder aus früheren Ehen vorhanden sind, welche letzteren dann die andere Hälfte während ihrer Pensionsfähigkeit, d. h. bis zum vollendeten 20. Lebensjahre bezw. bei Töchtern bis zu ihrer früheren Verheirathung, beziehen. Die Wittwe erhält zwei Drittel der Pension, wenn sie kinderlos, dagegen nur ein Kind aus früheren Ehen des verstorbenen Theilnehmers vorhanden ist, oder sobald alle Kinder bis auf eines die Pensionsfähigkeit verloren haben²⁵⁾. Hat die Wittwe eigene Kinder neben Stiefkindern

¹⁷⁾ §. 8, l. c. Der Anspruch beginnt also z. B. auch erst nach Ablauf des sogen. Sterbequartals und der Gnadenmonate.

¹⁸⁾ §. 9, l. c.

¹⁹⁾ §. 10, l. c.

²⁰⁾ §. 7 des Ges. v. 20. Febr. 1899. Uebergangsvorschriften trifft §. 9, l. c.

²¹⁾ Sind ein oder mehrere Kinder vorhanden, so findet die Kürzung von vornherein nur auf die Hälfte statt, bei selbständigen Waisenspensionen finden Kürzungen überhaupt nicht statt (§. 6, l. c.).

²²⁾ §. 8, l. c.

²³⁾ §. 12 des Ges. v. 22. März 1876.

²⁴⁾ Pensionsfähig sind Kinder nur, so lange sie das 21. Lebensjahr nicht erreicht bezw. — falls es sich um Töchter handelt — so lange diese vor vollendetem 21. Jahre nicht geheirathet haben. Vergl. §. 12, l. c.

²⁵⁾ §. 13, Abs. 1 bis 3, l. c. Unter einer „kinderlosen“ Wittwe ist hier, wie aus §. 12, l. c. hervorgeht, nur eine solche zu verstehen, welche keine Kinder aus der Ehe mit dem verstorbenen Theilnehmer hat; ihre Kinder aus anderen Ehen kommen nicht in Betracht.

aus früheren Ehen des verstorbenen Theilnehmers, so erhält sie zunächst die eine Hälfte der Pension, während die andere Hälfte unter sämtliche Kinder nach Köpfen getheilt und die der Wittve zufallende Hälfte dann noch um den auf ihre eigenen Kinder fallenden Antheil vermehrt wird²⁶⁾. Wird im letzteren Falle eine Pensionsrate durch Tod, Antritt des 21. Lebensjahres oder Verheirathung eines Kindes der früheren Ehen vacant, so geht dieselbe auf die Wittve über dergestalt, daß diese zuletzt in den vollen Genuß der Pension kommt²⁷⁾. Umgekehrt rücken die Kinder nach dem etwaigen Erlöschen des Anspruches der Wittve durch deren Tod oder Wiederverheirathung in den Pensionsbetrag ein²⁸⁾. Wird schließlich eine Ehe durch rechtskräftiges Urtheil geschieden und der Ehemann für den allein schuldigen Theil erklärt, so behalten die geschiedene Ehefrau und die mit derselben erzeugten Kinder ihre bisherigen Ansprüche auf Pension, und, wenn dem Ehemann gestattet werden sollte, zur zweiten Ehe zu schreiten, so bleiben die zweite Ehefrau und die mit derselben erzeugten Kinder so lange und soweit von dem Genuße der Pension ausgeschlossen, als die erste Ehefrau und die mit derselben erzeugten Kinder solche beziehen²⁹⁾. Wird andererseits die Ehefrau allein oder werden beide Ehegatten für schuldig an der Scheidung erklärt, so verliert die geschiedene Ehefrau alle Ansprüche auf Wittwenpension, während die Pension der in dieser Ehe erzeugten Kinder so bestimmt wird, als ob ihre Mutter mit dem Tode abgegangen wäre³⁰⁾.

²⁶⁾ §. 13, Abs. 4, 1. c. Eigene Kinder scil. aus der Ehe mit dem Theilnehmer. Vergl. vorige Anm.

²⁷⁾ §. 14, Abs. 1, 1. c. Daß diese Accrescenz nur für den Fall des §. 13, Abs. 4 eintritt, geht daraus hervor, daß für den in §. 13, Abs. 3, 1. c. angeführten Fall ein anderes Vertheilungsverhältniß festgesetzt ist.

²⁸⁾ §. 14, Abs. 2, 1. c. Daß auch hier nur die pensionsfähigen Kinder (vergl. oben Note 24) in den Anspruch eintreten, ist selbstverständlich; auch erhalten sie nach §. 12, 1. c. nur dann die ganze Pension, wenn ihrer drei sind; sind ihrer zwei, so erhalten sie zwei Drittel; während eines ein Drittel bekommt. Ob die Kinder nur aus der Ehe des verstorbenen Mitgliedes mit der Wittve oder gleichzeitig aus früheren Ehen stammen, ist, da das Gesetz keinen Unterschied macht, gleichgültig. Die denselben im letzteren Falle gebührende Hälfte des Pensionsanspruches vertheilt sich auf alle gleichmäßig, bezw., wenn es nur zwei sind, zu zwei Drittel, wenn nur eines, zu ein Drittel.

²⁹⁾ §. 15, Abs. 1, 1. c., in der durch §. 118, Z. 83 Br. Ausf. v. G.-B. abgeänderten Fassung. Das Gesetz erwähnt nicht, wie es in diesem Falle mit den Kindern des geschiedenen Ehegatten aus früheren Ehen werden solle; doch kann aus diesem Schweigen nicht geschlossen werden, daß diesen der ihnen sonst nach §. 13, 1. c. (s. oben bei Noten 25 u. 26) zustehende Anspruch genommen sein soll, da die Schuld des Vaters unmöglich seinen Kindern zum Nachtheil reichen kann. — Vergl. unten §§. 104 f.

³⁰⁾ §. 15, Abs. 2, 1. c. in der durch §. 118, Z. 83 Br. Ausf. v. G.-B. abgeänderten Fassung. Auch hier bleiben neben den Pensionsansprüchen der eigenen Kinder diejenigen der Kinder aus früheren Ehen des verstorbenen Theilnehmers bestehen (vergl. das in Note 29 Gesagte). Die Pensionsfähigkeit ergibt sich aus §. 12, der Theilungsmodus aus §. 13, 1. c.

§. 43.

Vertrag mit der Landesbrandversicherungsanstalt.

Die Rechtsverhältnisse der Landesbrandversicherungsanstalt, insbesondere ihre juristische Persönlichkeit und ihre Verwaltung durch das Herzogl. Finanzcollegium sind bereits an anderer Stelle erörtert worden¹⁾. Hier soll im Wesentlichen nur über den Versicherungsvertrag und die aus demselben entspringenden Rechtsverhältnisse gesprochen werden, wie solche durch Gesetz vom 5. April 1886 geregelt sind^{2a)}.

1. Eine Pflicht zur Versicherung von Gebäuden bei der Landesbrandversicherungsanstalt besteht nicht mehr²⁾. Jedoch ist die ganze oder theilweise Versicherung von Gebäuden, soweit nicht gesetzlich Ausnahmen zugelassen sind, in ausländischen Versicherungsanstalten ungültig und mit Strafe bedroht, so daß der Hauseigentümer — abgesehen von den angedeuteten, unten näher zu erörternden Ausnahmen — nur die Wahl hat, das Gebäude bei der Landesbrandversicherungsanstalt zu versichern oder unversichert zu lassen³⁾. Versichert werden können nur Gebäude, welche im Herzogthume belegen sind⁴⁾. Als Gebäude sind dabei alle zu Wohn- und Aufenthalts-, sowie alle zu Wirthschafts- oder Gewerbebezwecken dienenden Hochbauten sammt dem damit baulich verbundenen nothwendigen oder regelmäßig vorhandenen Gebäudezubehör anzusehen⁵⁾.

Ausgeschlossen sind:

- a) Gebäude mit ausnahmsweise großer Feuergefahr und die mit solchen im unmittelbaren baulichen Zusammenhange stehenden Gebäude⁶⁾,
- b) alle Gebäude, deren Abschätzungswerth weniger als 50 Mark beträgt,
- c) der besondere Kunstwerth von Gebäudetheilen bei an sich zulässigen Versicherungsobjecten, z. B. von Wand- und Deckengemälden, Täfeln u. dergl.⁷⁾.

Nur beschränkt versicherungsfähig sind:

- a) Windmühlen von Holz, einschließlich des umgehenden Zeugs, indem solche, wenn sie nicht überhaupt zurückgewiesen werden, nur zu zwei Drittel ihres Werthes versichert werden können, und in diesem Falle

¹⁾ S. oben §. 20, IV. Vergl. auch Steinacker, Br. Privatr., §§. 132 ff.

^{2a)} Das Ges. ist in einigen Punkten abgeändert durch §. 56 Br. Ausf. V. G.-V.

²⁾ Für Gebäude, die zu Bauernhöfen in den Dorfgemeinden gehörten, bestand zunächst und auch noch nach §. 7 d. Ges. v. 24. Juli 1837, Nr. 35 der Versicherungszwang. Vergl. auch Steinacker, Privatr., S. 301, Note 3. Dieser Zwang ist aufgehoben durch §. 1 d. Ges. v. 9. August 1849.

³⁾ §. 2 des Ges. v. 5. April 1886.

⁴⁾ §. 3, l. c.

⁵⁾ §. 4, Abs. 3 das. Das bewegliche Zubehör gehört dagegen nicht hierher.

⁶⁾ Dahin gehören: Pulvermühlen, Pulverfabriken, Pulvermagazine, Theater, Holzkohlenschuppen u.

⁷⁾ §. 4, Abs. 4, l. c.

auch hinsichtlich des letzten Werthdrittels nicht bei einer Privatgesellschaft versichert werden dürfen;

- b) Kirchenorgeln, Glocken, Uhren und ähnliche Gegenstände, insofern ihre Aufnahme vom freien Ermessen des Finanzcollegiums abhängt⁸⁾.

Abgelehnt kann schließlich die Versicherung seitens des Herzogl. Finanzcollegiums werden hinsichtlich solcher Gebäude, bei denen wegen ihrer Feuergefahr gesetzlich eine Zusatzprämie von mehr als 10 Pfg. für je 100 Mk. der Versicherungssumme gefordert werden könnte⁹⁾. Gegen die Ablehnung, welche übrigens nach einmal stattgehabter Aufnahme nicht mehr erfolgen darf, findet Klage an den Verwaltungsgerichtshof statt¹⁰⁾. Einzelne Theile von Gebäuden können nicht versichert werden; jedoch können Grundmauern und solche Baumaterialien, welche dem Eigenthümer auf Grund einer dinglichen Berechtigung geliefert werden müssen, auf Antrag von der Versicherung ausgenommen werden¹¹⁾.

Zur Versicherung berechtigt ist der Eigenthümer oder der erbliche Nutznießer der aufnahmefähigen Gebäude. Ausnahmsweise ist hierzu auch der Hypothekgläubiger befugt, wenn der Eigenthümer oder erbliche Nutznießer sich weigert, den Versicherungsvertrag abzuschließen oder fortzusetzen. Die Versicherung kann auch von dem nicht erblichen Nutznießer zu Gunsten des Eigenthümers und für ein Gebäude, das im Eigenthum Mehrerer steht, von einem der Miteigenthümer zu Gunsten sämtlicher Eigenthümer genommen werden¹²⁾. In jedem Falle kann vor Abschluß des Vertrages das Herzogl. Finanzcollegium Legitimation durch Grundbuchauszug verlangen¹³⁾.

2. Die Versicherung erfolgt gegen den durch Feuer, Blitzstrahl, mag derselbe gezündet haben oder nicht, oder Brenngasexplosion und — falls dagegen ausdrücklich versichert ist — auch gegen den durch Dampfkessel-explosion verursachten Schaden¹⁴⁾. Die Versicherung geschieht auf eine bestimmte Versicherungssumme, deren Höhe durch Abschätzung festgestellt wird, und die Grundlage für die etwaige Entschädigung bildet.

Die Abschätzung geschieht, sobald ein Versicherungsantrag bei Herzogl. Finanzcollegium eingegangen und für zulässig befunden ist, wenn es sich um staatliche Gebäude handelt, auf Anordnung der Herzogl. Baudirection und bei anderen Gebäuden auf Anordnung der betreffenden Stadt- oder Landgemeindebehörde durch beeidigte Sachverständige¹⁵⁾. Die Abschätzung soll für jedes Haus den Werth der etwa vorhandenen Kellerräume, der einzelnen Stockwerke

⁸⁾ §. 4, Abs. 5, l. c.

⁹⁾ §§. 5, 34 daf.

¹⁰⁾ Gef. v. 5. März 1895, Nr. 26, §. 69; früher war nach §. 5, Abs. 3 des Gef. v. 5. April 1886 nur Recurs an das Herzogl. Staatsministerium gegeben.

¹¹⁾ §. 10, Abs. 3 daf.

¹²⁾ §. 4, Abs. 1, 29 daf. und §. 56, I Br. Ausf. B. G.-B., vergl. mit §. 1045 B. G.-B.

¹³⁾ §. 4, Abs. 2, l. c.

¹⁴⁾ §. 17, l. c.

¹⁵⁾ §. 10 daf. Vergl. Zeitschr. f. R. XXXVIII, 149.

und des Daches getrennt zum Ausdruck bringen, auch die zur Zeit der Schätzung örtlich maßgebenden Einheitspreise angeben¹⁶⁾. Nach der Abschätzung wird die Versicherungssumme — und zwar bei staatlichen Gebäuden auf Antrag der betreffenden Verwaltungsbehörde — durch Herzogl. Finanzcollegium in der Weise festgestellt, daß sie bis zum Betrage von 1000 Mark durch 50, über diese Zahl hinaus aber durch 100 theilbar ist¹⁷⁾. Die Kosten der Abschätzung trägt bei Privatgebäuden der zu Versichernde¹⁸⁾.

Eine allgemeine Revision der Gebäudeschätzungen muß das Finanzcollegium mindestens alle 15 Jahre stattfinden lassen¹⁹⁾. Auch kann der Versicherte seinerseits auf eigene Kosten eine Neuabschätzung veranlassen,

- a) wenn seit der letzten Abschätzung mindestens drei Jahre verstrichen sind, oder
- b) in Folge baulicher Veränderungen ein Werthzugang oder = abgang eingetreten ist²⁰⁾.

Ist der Versicherte mit dem Ergebniß der Abschätzung oder Neuabschätzung, welches ihm durch Zufertigung eines vom Finanzcollegium ausgestellten Versicherungsscheines eröffnet wird, nicht einverstanden, so kann er innerhalb einer präclusivischen Frist von 14 Tagen beim Finanzcollegium einen motivirten Antrag auf eine anderweitige Abschätzung stellen²¹⁾.

3. Der Versicherungsvertrag gilt als abgeschlossen mit der Ausfertigung des Versicherungsscheines, mithin sogleich vom Tage der Ausstellung desselben durch Herzogl. Finanzcollegium an, ohne daß es der Aushändigung des Scheines an den Versicherten hierzu bedarf²²⁾. Der Versicherungsvertrag verpflichtet einerseits die Landesbrandversicherungsanstalt zum Ersatz der an den versicherten Objecten eintretenden, den Gegenstand der Versicherung bildenden Schäden in dem gesetzlich vorgeschriebenen Maße, den Versicherten andererseits zur Leistung der Beiträge. Tritt jedoch schon in der Zeit zwischen Eingang des Versicherungsantrages bei dem Herzogl. Finanzcollegium und dem Abschlusse des Vertrages ein solches Schaden stiftendes Ereigniß ein, so wird dieser Schaden dennoch nach billigem Ermessen des Finanzcollegiums ersetzt²³⁾.

4. Aufgehoben wird der Versicherungsvertrag durch eine beiden Theilen zustehende Kündigung. Der Versicherte kann für das folgende Kalenderjahr nur bis zum 1. December des laufenden Jahres kündigen. Stehen auf dem versicherten Grundstücke Hypotheken eingetragen, so darf jedoch diese Kündigung überhaupt nur erfolgen, wenn die Hypothekgläubiger eine gericht-

¹⁶⁾ §. 9 das.

¹⁷⁾ §. 10, Abs. 5, 1. c.

¹⁸⁾ §. 10, Abs. 7, 1. c.

¹⁹⁾ §. 15 das.

²⁰⁾ §. 16 das.

²¹⁾ §. 11 das.

²²⁾ §. 12, Abs. 1, 1. c. Dieser Satz gilt auch für den Fall, daß der zu Versichernde nach §. 11 (s. oben bei Note 21) eine anderweitige Abschätzung beantragt.

²³⁾ §. 12, Abs. 2 u. 3, 1. c. Vergl. Sitzungsbericht Nr. 30, S. 367 der Landtagsberh. v. 1892.

lich oder notariell beglaubigte Zustimmungserklärung abgegeben haben. Dem Finanzcollegium steht andererseits das Kündigungsrecht hinsichtlich des Vertrages nur insoweit zu, als gesetzliche Gründe vorliegen, welche die Ablehnung der Versicherung von vornherein oder wegen eingetretener baulicher Veränderung rechtfertigen würden²⁴⁾. Solche Veränderungen hat daher der Versicherte dem Finanzcollegium bei Strafe anzumelden. Wird auf Grund solcher Anmeldung oder, wenn solche strafbarer Weise unterlassen ist, ohne solche verfügt, so gilt die Versicherung für aufgehoben nach Ablauf von acht Wochen, nachdem die Verfügung in den Braunschweigischen Anzeigen veröffentlicht ist²⁵⁾. Tritt jedoch nach Abschluß des Vertrages ein Grund ein, nach welchem das Gebäude gesetzlich von der Versicherung ausgeschlossen ist, so gilt die Versicherung unmittelbar mit der ausschließenden Verfügung für erloschen, ohne daß der Versicherte Anspruch auf Entschädigung oder Rückzahlung der Beiträge hätte²⁶⁾.

Nicht aufgehoben wird dagegen der Versicherungsvertrag dadurch, daß das versicherte Gebäude ganz oder theilweise abgebrochen oder durch Feuer oder auf andere Weise zerstört oder beschädigt ist, selbst wenn für solche Beschädigung oder Zerstörung die gesetzliche Vergütung aus der Landesbrandversicherungsanstalt gezahlt ist. Vielmehr gilt der Vertrag, und zwar, mit der Versicherungssumme des ursprünglich versicherten Gebäudes für das an derselben oder mit Genehmigung an anderer Stelle zu erbauende oder wiederherzustellende Gebäude, so lange als fortbestehend, bis ein neuer Versicherungsvertrag auf Grund vorschriftsmäßiger Schätzung abgeschlossen oder der alte nach ordnungsmäßiger Kündigung erloschen ist. Jedoch kann das Finanzcollegium, wenn der Wiederaufbau länger als sechs Monate verzögert wird, auf Antrag des Versicherten die Erhebung der Beiträge so lange ganz oder theilweise einstellen lassen, als Brandentschädigungsgelder zum Wiederaufbau noch nicht gezahlt sind, oder im Falle des Neubaus dieser über die Grundmauern hinaus nicht geführt ist, oder endlich Reparaturbauten nicht begonnen sind. Wird in solchen Fällen die Erhebung der Beiträge eingestellt, so hat der Versicherte vom Beginn der Bauarbeiten dem Finanzcollegium bei Vermeidung der Bestrafung und Nachzahlung des hinterzogenen Beitrages Anzeige zu erstatten²⁷⁾. Wenn andererseits im Falle des Abbruches eines Gebäudes ein Neubau gar nicht beabsichtigt wird und das Gebäude auf Antrag im Kataster gelöscht ist, so hört die Versicherung mit dem Schlusse desjenigen Halbjahres auf, in welchem die Löschung bewirkt ist²⁸⁾.

Unberührt bleiben die Versicherungsverträge durch Eigenthumswechsel der versicherten Gebäude. Vielmehr gehen alle daraus erwachsenden Rechte und Verbindlichkeiten ohne Weiteres auf den neuen Eigenthümer oder erblichen Nutznießer über. Beim Uebergange eines den Gegenstand des Ver-

²⁴⁾ §. 12, Abf. 4, 1. c. vergl. mit §. 29 das. Vergl. auch das bei Note 9 Gesagte.

²⁵⁾ §. 8, 1. c.

²⁶⁾ §. 7 das.

²⁷⁾ §. 13, Abf. 1 bis 4, 1. c.

²⁸⁾ §. 13, Abf. 5 u. 6, 1. c.

sicherungsvertrages bildenden Gebäudes oder Gebäudecomplexes auf verschiedene Eigenthümer bleibt jeder neue Eigenthümer für den ganzen Betrag des Versicherungsbeitrages verhaftet, bis auf Anzeige vom Finanzcollegium neue Versicherungsscheine ausgestellt sind²⁹⁾.

5. Der Versicherungsvertrag verpflichtet die Anstalt zu einer verhältnißmäßigen Vergütung des an dem versicherten Gebäude durch Feuer, Blitzstrahl, Brenngasexplosionen, und, wenn die Versicherung darauf ausgedehnt ist, durch Dampfkeßlerexplosionen entstandenen Schadens, ganz gleich, ob dieser Schaden unmittelbar durch diese Ursache oder mittelbar, z. B. durch Löscharbeiten, veranlaßt ist³⁰⁾. Ebenso hat die Anstalt die in ihrem Interesse verwandten Kosten der Bewachung einer Brandstätte zu ersetzen, wenn die Liquidation im Abschätzungstermine erfolgt. Die Zubilligung erfolgt durch das Finanzcollegium und in der Recursinstanz unter Ausschluß des Rechtsweges durch Herzogl. Staatsministerium³¹⁾.

Die Abschätzung der Schäden erfolgt unter Leitung eines Vertreters des Finanzcollegiums durch zwei vereidigte Wertverständige. Ist hiernach das ganze versicherte Gebäude zerstört, so wird die ganze Versicherungssumme, anderenfalls nur ein Theil derselben gewährt³²⁾. Schäden an einem Gebäude, welches an die Stelle eines versicherten getreten ist, werden, wenn dasselbe noch nicht neu abgeschätzt und unversichert ist, in jedem Falle bis höchstens zum Betrage der bisherigen Versicherungssumme vergütet³³⁾. Die Kosten der Abschätzung bestreitet die Anstalt, wenn die Anzeige innerhalb 24 Stunden nach Ablöschung bei der Gemeindebehörde gemacht ist, anderenfalls der Versicherte³⁴⁾. Revisionsabschätzungen des Brandschadens sind auf Antrag zulässig und sind vom Versicherten in dem Falle zu bestreiten, wenn dieser sie beantragt hat, ohne daß für ihn ein günstigeres Ergebniß erzielt worden wäre³⁵⁾.

Die von der Anstalt gezahlten Entschädigungsgelder sind regelmäßig vollständig zum Wiederaufbau des Gebäudes zu verwenden. Die Verwendung der Gelder zu anderen Bauten bedarf der Genehmigung der Herzogl. Kreisdirection. Die Genehmigung derselben Behörde und die Zustimmung der Hypothekengläubiger und sonstigen dinglich Berechtigten ist erforderlich zur Verwendung der Gelder zum Aufbau an einer anderen Stelle desselben Gemeindebezirkes. Die Genehmigung des Staatsministeriums ist überdies nothwendig zum Aufbau in einem anderen Gemeindebezirke³⁶⁾. Die Abtretung der Ansprüche auf Versicherungsgelder gegen die Anstalt ist, soweit sie zum Wiederaufbau der zerstörten oder beschädigten oder anderen Gebäude gesetzlich

²⁹⁾ §. 14, 1. c.

³⁰⁾ §. 17, 1. c. Vergl. über die weitere Entschädigungspflicht der Anstalt gegenüber nicht versicherten Geschädigten unten §. 58.

³¹⁾ §. 18, 1. c.

³²⁾ §. 20, 1. c.

³³⁾ §. 22 vergl. mit §. 19 daselbst

³⁴⁾ §. 23, 1. c.

³⁵⁾ §. 24, 1. c.

³⁶⁾ §. 25, Abs. 1 bis 4, 1. c.

zu verwenden sind, ohne Wirksamkeit. Jedoch kann der Anspruch zusammen mit der Baustelle unter der Bedingung des Wiederaufbaues veräußert werden³⁷⁾.

Ist der Schaden durch einen Dritten verursacht, so geht die Forderung des Entschädigungsberechtigten an den Dritten bis zum Betrage der von der Anstalt zu zahlenden Entschädigung auf letztere über³⁸⁾. Ist der Schaden von dem Versicherten oder mit seinem Wissen und Willen von Dritten verursacht und diese Thatsache durch Strafurtheil festgesetzt, so verliert der Versicherte den Anspruch auf Entschädigung³⁹⁾. In diesem Falle, oder wenn sonst der Versicherte den Entschädigungsanspruch verwirkt⁴⁰⁾, haben die eingetragenen Realberechtigten, soweit ihre Forderungen nicht aus dem Erlöse des von ihnen zur Zwangsversteigerung zu bringenden verpfändeten Grundstückes befriedigt werden, einen eigenen Anspruch auf die Entschädigungsgelder⁴¹⁾.

Die Auszahlung der Entschädigungsgelder erfolgt durch die Herzogl. Hauptfinancasse, durch die betreffende Herzogl. Kreiscasse und durch die Herzogl. Amtscasse Thebinghausen gegen Quittungen der Versicherten, auf welchen von den Gemeindebehörden zu bescheinigen ist, daß der Neu- bezw. Reparaturbau der zu erhebenden Rate der Entschädigungsgelder entsprechend vorgeschritten ist. Abgesehen von dieser Bescheinigung kann vor Zahlung Legitimation des Empfängers durch Grundbuchauszug gefordert werden⁴²⁾. Nach Ablauf von zehn Jahren verfällt der Anspruch auf Entschädigungsgelder, soweit diese nicht eingefordert sind⁴³⁾.

6. Die Versicherten sind nach dem Versicherungsantrage zu regelmäßigen jährlichen Beiträgen verpflichtet. Diese Beiträge sind halbjährlich im Voraus zu bezahlen⁴⁴⁾. Bei Neueinschätzungen und Erhöhungen der Versicherungssumme sind die Beiträge für das laufende Halbjahr voll zu entrichten. Vermindert sich bei anderweiter Abschätzung die Versicherungssumme, so tritt die entsprechende Herabsetzung der Beiträge mit dem nächsten halbjährlichen Zahlungstermine ein⁴⁵⁾. Zur Bestimmung der Höhe der Beiträge sind die zu versichernden Gebäude nach Bauart und Lage und nach der dadurch begründeten größeren oder geringeren Feuergefährlichkeit in fünf Classen eingetheilt. Je nachdem das Versicherungsobject der einen oder anderen Classe

³⁷⁾ §. 56, II Br. Ausf. B. G.-B.

³⁸⁾ §. 25, Abs. 5. Diese *cessio necessaria* erfolgt jedoch naturgemäß erst mit Zahlung der Entschädigungsgelder. Einer strafrechtlichen Verurtheilung des Dritten bedarf es jedoch hier nicht, wie in dem Falle des §. 26.

³⁹⁾ §. 26 das. Analog muß diese Bestimmung auch für den Fall angewendet werden, daß eine Verurtheilung aus einem anderen Grunde als wegen Mangels an Beweisen, z. B. wegen Tod oder Abwesenheit des Brandstifters, nicht stattfinden konnte. — Die schon gezahlten Gelder sind *condicirbar*.

⁴⁰⁾ Vergl. oben bei Note 26.

⁴¹⁾ §. 27, I. c., abgeändert durch §. 56, IV Br. Ausf. B. G.-B.

⁴²⁾ §. 28, Abs. 1 u. 2.

⁴³⁾ §. 28, Abs. 3, I. c. Vergl. oben §. 27, Note 28.

⁴⁴⁾ §§. 30, 35 das. Ueber die Versicherung bei Miteigenthum vergl. §. 56, IV Br. Ausf. B. G.-B.

⁴⁵⁾ §. 36, I. c.

oder bei gemischter Bauart mehreren Classen angehört, sowie nach der Höhe der Versicherungssumme wird der Beitrag festgesetzt. Bei Gebäuden mit besonders feuergefährlichen Betrieben und bei Versicherung gegen Dampfkesselerplosion tritt eine Erhöhung des Beitrages ein ⁴⁶⁾.

§. 44.

Vertrag mit auswärtigen Brandversicherungsanstalten.

Auswärtige Brandversicherungsanstalten dürfen im Herzogthume nur Versicherungen abschließen, wenn sie hierzu Erlaubniß erlangt haben ¹⁾. Die Erlaubniß wird vom Herzogl. Staatsministerium im Wesentlichen nach freiem Ermessen erteilt, ist aber stets davon abhängig, daß sich die Gesellschaft für die zwischen ihr und den hiesigen Versicherten entstehenden Streitigkeiten entweder dem Gerichte des Wohnortes des Versicherten oder dem Gerichte des Braunschweigischen Wohnortes ihres Hauptagenten unterwirft ²⁾. Die Erlaubniß kann jederzeit vom Staatsministerium entzogen werden, was namentlich dann eintreten soll, wenn die Gesellschaft die ihr obliegende Verpflichtung der Anzeige von Statutenänderung und der jährlichen Rechnungsabschlüsse an das Staatsministerium nicht erfüllt ³⁾.

Bei den zugelassenen Brandversicherungsanstalten können *Mobilien* schlechthin, *Immobilien* aber nur soweit versichert werden, als sie von der Versicherung in der Landesbrandversicherungsanstalt gesetzlich ausgeschlossen, oder vom Finanzcollegium abgelehnt sind oder für ihre Versicherung eine Zuschlagsprämie von mehr als zehn Pfennig für je 100 Mark wegen großer Gefährlichkeit gefordert, aber vom Versicherungsnehmer noch nicht zugestanden ist. Mit den vorstehenden Gebäuden können auch solche an sich für die Versicherung in der Landesbrandversicherungsanstalt geeignete Gebäude bei der Privatgesellschaft versichert werden, welche mit jenen ein wirthschaftliches oder industrielles Ganzes bilden ⁴⁾.

⁴⁶⁾ §§. 31 ff., 1. c.

¹⁾ §. 1 d. Ges. Nr. 40 v. 15. Mai 1835. — Diese Beschränkung ist durch die Reichs-Gew.-Ordn. nicht aufgehoben, da letztere nach §. 6 sich nicht auf den Gewerbebetrieb der Versicherungsunternehmer bezieht. — Der Abschluß von Versicherungsverträgen mit nicht zugelassenen Gesellschaften ist für letztere nicht nur nach §. 16, 1. c. strafbar, sondern auch unwirksam; Zeitschr. f. R. XXXV, 150. Vergl. Dernburg, Pand. I, §. 31, Note 10.

Ein vollständiges Verzeichniß der im Herzogthum bis zum Jahre 1895 zugelassenen, noch bestehenden 42 Feuerversicherungsanstalten giebt das amtliche alphabetische Register der Ges. = u. V. = S. v. 1896, S. 161 ff.

²⁾ §§. 1, 2, 3, 5, 1. c. vergl. mit Ges. Nr. 40 v. 15. Juni 1858.

³⁾ §§. 1, Abs. 2 u. 4 d. Ges. v. 15. Mai 1835. — Die weitere Bestimmung des §. 7, 1. c., wonach die Erlaubniß auch entzogen werden soll, wenn die Gesellschaft durch nicht concessionierte Agenten die Geschäfte betreiben läßt, ist hinfällig geworden, seitdem durch §. 14 der Reichs-Gew.-Ordn. der Gewerbebetrieb von solchen Agenten nur einer Anzeige und keiner Concession mehr bedarf.

⁴⁾ §. 12, 1. c. vergl. mit §. 6 d. Ges. v. 5. April 1886. Vergl. oben §. 43 bei Noten 7 u. 9.

Bei allen Mobilien- und Immobilienversicherungsverträgen bedarf es vor deren Abschluß und vor Aushändigung der Police einer Anzeige des Agenten an die zuständige Behörde mit Nachweisung der zu versichernden Gegenstände und deren Schätzung⁵⁾. Die Behörden, bei denen diese Anzeige zu erfolgen hat, sind für Immobilienversicherungen in den Städten die Magistrate, in den Landgemeinden die Kreisdirectionen und für Mobilienversicherungen in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel Polizeidirection bzw. Polizeiamt, in den übrigen Städten und in den Landgemeinden aber die Kreisdirectionen⁶⁾. Finden diese Behörden gegen die Höhe der angezeigten Schätzung kein Bedenken, so haben sie innerhalb acht Tagen die Anzeige mit einer bezüglichen Bescheinigung versehen zurückzugeben; anderenfalls aber amtliche Abschätzung auf Kosten des zu Versicherenden anzuordnen und danach die Versicherungssumme nöthigenfalls zu ermäßigen⁷⁾.

Sofort und schon vor erstatteter Anzeige an die Behörde können Versicherungsverträge über lagernde Kaufmannswaaren und frei im Felde liegende Fruchtweiden abgeschlossen werden. Auf die nachher erfolgende Anzeige des Agenten hat dann aber die Behörde entweder innerhalb acht Tagen die Bescheinigung zu ertheilen, daß Bedenken nicht vorliegen, oder es ist in derselben der Vertrag für aufgehoben zu erklären und anderweit Schätzung anzuordnen⁸⁾. Bei Neuversicherung desselben Gegenstandes bedarf es der Anzeige an die Behörde und der Bescheinigung der letzteren nur für den Fall, daß sich dessen Werth oder Bestand verringert hat⁹⁾.

Eritt ein Brandschaden ein, so hat der Betroffene hiervon innerhalb dreier Tage der Behörde Anzeige zu erstatten. Die Abschätzung des Schadens ist Privatsache der Gesellschaft und des Versicherten, jedoch hat die erstere bezw. deren Agent der Behörde von dem Ergebnisse der Abschätzung zum Zwecke der amtlichen Bescheinigung derselben Anzeige zu erstatten¹⁰⁾. Die Entschädigungssumme für Gebäude, welche mit Hypotheken belastet sind, muß zu deren Wiederherstellung verwendet werden, falls nicht sämmtliche Hypothekengläubiger in eine andere Verwerthung willigen¹¹⁾.

Im Uebrigen werden die Verträge mit den auswärtigen Brandversicherungsanstalten, sowie die aus solchen Verträgen entspringenden gegenseitigen

⁵⁾ §. 12, 1. c. Die Nichtbeachtung der Vorschrift zieht an sich nur Strafe gemäß §. 17, 1. c. nach sich, aber keine Ungültigkeit des Vertrages; doch kann die Behörde analog der Vorschrift von §. 13, Abs. 4, 1. c. den Vertrag jedenfalls aufheben, wenn die nachträgliche Prüfung falsche Schätzung ergibt.

⁶⁾ §. 13, Abs. 1, 1. c.

⁷⁾ §. 13, Abs. 2 u. 3, 1. c.

⁸⁾ §. 13, Abs. 4, 1. c.

⁹⁾ §. 14, 1. c.

¹⁰⁾ §. 15, Abs. 1 u. 2, 1. c. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift hinsichtlich der Anzeige alterirt die Entschädigungspflicht der Gesellschaft nicht, sondern zieht nur Strafe gemäß §. 17, 1. c. nach sich.

¹¹⁾ §. 15, Abs. 3, 1. c.

Rechte und Pflichten nach Inhalt der getroffenen Vereinbarung und den Bestimmungen des gemeinen Rechts beurtheilt¹²⁾.

Dritter Abschnitt.

Dienstvertrag.

§. 45.

Gesindemiethe.

Das Rechtsverhältniß zwischen dem Gesinde¹⁾ und seiner Herrschaft wird durch die abgeänderte Gesindeordnung vom 16. August 1899 geregelt²⁾.

¹²⁾ Die getroffenen Vereinbarungen können auch auf Statuten Bezug nehmen, welche damit integrierende Bestandtheile des Vertrages werden.

¹⁾ Was man unter Gesinde versteht, lehrt der Gebrauch des gemeinen Lebens unter Berücksichtigung der in §. 1 der Braunschw. Ges.-O. gegebenen Definition (siehe unten II, bei Note 11). In der preuß. Ges.-O. v. 8. November 1810, §. 1, ist die Definition des Gesindes die gleiche, indem es „zur Leistung gewisser häuslicher oder wirthschaftlicher Dienste auf bestimmte Zeit“ verpflichtet ist. Ein regelmäßiges Kriterium ist die Hausgemeinschaft, so daß jenen. Ausgeherinnen nicht zum Gesinde gehören. Zustimmung: Ude, Pol. St.-G., 2. Aufl., S. 175; v. Frankenberg, Braunschw. Gesinderecht, S. 7, Note 1 u. Note 2; Zeitschr. f. R. XLVI, S. 47. Dasselbe gilt von Wäscherinnen, Köchinnen, Plätterinnen, Näherinnen (v. Frankenberg, a. a. O.), die also lediglich nach dem B. G.-B. §§. 611 ff. zu beurtheilen sind. Dagegen braucht der Vermietete, um Gesinde zu sein, nicht zu allen gemeinen häuslichen Diensten gemiethet zu sein; es können ihm auch nur gewisse Dienste obliegen. Deshalb sind Kindermädchen, Köchinnen, herrschaftl. Kutscher, Bediente u. dergl. regelmäßig zum Gesinde zu rechnen (vergl. v. Frankenberg, S. 8 und Rehbein, Entsch. des preuß. O.-Tr. IV, Nr. 338, I, Abf. 2). Dagegen kann die Amme, die durch besondere Vorschrift in §. 7 der preuß. Ges.-O. zum Gesinde gezählt wird, bei uns als solches regelmäßig nicht gelten. Allerdings obliegt ihr die Wartung des Kindes gleich einem Kindermädchen und meist auch leichtere Arbeit in der Wirthschaft, da Unthätigkeit ungünstig auf ihre Nahrung einwirkt. Dies ist aber nur Nebensache. Auch ihre sonstigen Rechtsverhältnisse, wie Entlassung, Zahlungsfrist, Dienstzeit, sind wesentlich anders gestaltet. Vergl. auch v. Frankenberg, a. a. O. S. 8 bei Note 4. Im Uebrigen kann es oft zweifelhaft sein, ob jemand als Gesinde anzusehen oder sein Dienstverhältniß nach dem B. G.-B. oder der Reichs-Gew.-Ord. oder dem H.-G.-B. zu beurtheilen ist. Dies gilt namentlich dann, wenn der Dienstpflichtige nicht ausschließlich zu den häuslichen Diensten angenommen ist. In solchen Fällen ist die Hauptthätigkeit entscheidend (vergl. Rehbein, Entsch. d. preuß. O.-Tr. IV, Nr. 338, I, Abf. 2). Im landwirthschaftlichen Betriebe können deshalb Knechte, Mägde, Hirten und Gärtner entweder zum Gesinde oder zu den landwirthschaftlichen Arbeitern zu zählen sein (Zeitschr. f. R. IX, 175; XXIV, 140; XLI, 47; v. Frankenberg, a. a. O., S. 8 f.; Ude, Comm. z. P. St.-G.-B., 2. Aufl., S. 174 f.; Rehbein, a. a. O.). Der Hausmann oder Portier eines Miethhauses gehört regelmäßig nicht, der eines Familienhauses regelmäßig zum Gesinde (Polze, Entsch. d. Reichsp. II, Nr. 974). Das Dienstpersonal eines Gasthauses, welches die persönlichen Dienste eines gewöhnlichen Gesindes verrichtet, muß zu diesem gerechnet werden, da es sich nicht um technisch-gewerbliche Arbeiter handelt (Rehbein, a. a. O.). Kellner und Kellnerinnen (R.-D.-H.-G. XXIV, 270), Köche

I. Die Begründung des Gesinde dienstverhältnisses erfolgt durch Vertrag³⁾.

1. Der Dienstvertrag setzt voraus einmal die Fähigkeit, Gesinde zu miethen, und auf der anderen Seite die Fähigkeit, sich als Gesinde zu vermieten. Für die Fähigkeit, Gesinde zu miethen und sich als Gesinde zu vermieten, sind die Vorschriften des B. G.-B. über Geschäftsfähigkeit maßgebend⁴⁾. Ehefrauen sind berechtigt, in Vertretung ihres Mannes weibliche Diensthöten für den gemeinschaftlichen Hausstand zu miethen. Jedoch kann der Ehemann dies Recht einschränken oder ausschließen, was aber gegen Dritte nur gilt, wenn es ihnen bekannt oder wenn es ins Güterregister eingetragen war⁵⁾. Ehefrauen sind andererseits auch berechtigt, sich als Gesinde zu vermieten. Jedoch hat der Mann das Recht, diesen Vertrag zu kündigen, wenn

und Köchinnen in einem Gasthause (Entsch. R.-G. I, S. 268; R.-D.-G. X, 299; XVII, 307; v. Frankenberg, a. a. O., S. 9) unterfallen dagegen der Gew.-D. Dasselbe gilt von dem Fuhrknecht des Spediteurs (Staub, Comm. z. B.-G.-B., 7. Aufl., S. 59, Anm. 13), meist wohl auch von dem Hausknecht in Gasthäusern (so: v. Frankenberg, a. a. O., Note 7; vergl. aber auch Zeitschr. f. R. XLI, 82).

²⁾ Art. 95 E. B. G.-B. weist das Gesinderecht grundsätzlich der Landesgesetzgebung zu, schließt aber in Abs. 3 ein Züchtigungsrecht gegenüber dem Gesinde, wie es bei uns durch die Ges.-D. v. 15. Oct. 1832 in beschränkter Weise anerkannt war, unbedingt aus und läßt auch die §§. 104 bis 115, 131, 278, 617 bis 619, 624, 831, 840, Abs. 2 u. 1358 B. G.-B. Anwendung finden, den §. 617 aber nur insoweit, als die Landesgesetze dem Gesinde keine weitergehenden Ansprüche gewähren. In Folge dessen ist die Pr. Gesinde-Ordn. v. 15. Oct. 1832, welche bereits durch die Ges. v. 21. März 1871, Nr. 8, §. 14, v. 5. Aug. 1867, Nr. 60 u. v. 12. Febr. 1859, Nr. 8, vergl. mit dem Ges. v. 1. April 1879, Nr. 12, §. 18, I, 2, mehrfach geändert war, durch Ges. vom 16. Aug. 1899 wesentlich modificirt und in neuer Redaction herausgegeben. — Bereits die Polizeiordnung des Herzogs Julius v. 1589 handelte in Cap. XXX vom Gesinde auf dem Lande. Einige Bestimmungen über das Gesinde trafen auch die Tagordnungen v. 1622, 1644 und vor Allem vom 29. Nov. 1645 in Tit. 69 u. 70. Daneben verboten die Verordn. v. 23. Oct. 1621 u. 31. Juli 1654 den „geringeren Personen das Sitzen auf eigener Hand“, wenn sie zu dienen fähig waren. Ueber den wesentlichsten Inhalt der Tagordn. v. 1645 hinsichtlich des Gesindes s. v. Liebhaber, Einleitung II, 194 ff. — Eigene Gesindeordnungen hatten die Städte Braunschweig v. 2. Oct. 1758 nebst der „Ordnung für Miethsblauquaien“ v. 5. Nov. 1787 (Steinacker, Promt. II, 168), Wolfenbüttel v. 29. Oct. 1748 und Helmstedt v. 16. Juli 1764. Alle diese Gesetze sind durch die Gesindeordn. v. 1832 aufgehoben.

³⁾ §. 1 der Gesinde-Ordn. v. 16. August 1899. — Ueber den Vertragsabschluß s. unten Ziffer 2, über den Vertragsinhalt unten II. Dem B. G.-B. kommt überall, wo es nicht nach Art. 95 ausschließliche Geltung hat (s. oben Note 2), subsidiäre Bedeutung zu.

⁴⁾ §. 2, l. c. Die Vorschrift ist erfolgt auf Grund des Art. 95, Abs. 2 E. B. G.-B., wonach die §§. 104 bis 115, 131 B. G.-B. über Geschäftsfähigkeit unbedingte Anwendung haben sollen. Nach dem Ges. v. 15. Oct. 1832, §. 2, hatte die Ehefrau, sofern sie dem Hauswesen vorstand, das Recht, die nöthigen weiblichen Diensthöten zu miethen. Hauskinder, Mündel und Ehefrauen bedurften, wenn sie zum ersten Male in Dienst treten wollten, aber auch nur dann, nach §. 3 der Zustimmung, die ins Dienstbuch einzutragen war und durch die Ortspolizeibehörde unter Umständen ergänzt werden konnte.

⁵⁾ §. 3, l. c. Vergl. mit §. 1357, Abs. 2 B. G.-B. S. auch Note 4.

er nicht zugestimmt oder das Vormundschaftsgericht seine Zustimmung ertheilt hat⁶⁾. Ermächtigt der gesetzliche Vertreter einen Minderjährigen, einen Entmündigten oder unter vorläufige Vormundschaft Gestellten, sich als Gesinde zu vermieten, so ist die Ermächtigung in das Dienstbuch einzutragen⁷⁾.

2. Der Dienstvertrag ist perfect, wenn über die Art der Dienstleistung wenigstens im Allgemeinen eine Bestimmung getroffen und ein sogenannter Miethspennig gezahlt und angenommen ist⁸⁾. Einer schriftlichen Ausfertigung oder sonstigen Formlichkeit bedarf es nicht, doch können getroffene Verabredungen von der Herrschaft in das Dienstbuch eingetragen werden⁹⁾. Hat sich ein Diensthote bei mehreren Herrschaften auf ein und denselben Zeitraum vermietet, so gebührt derjenigen Herrschaft, mit welcher der Dienstvertrag zuerst zu Stande gekommen ist, der Vorzug, während die andere Herrschaft nur einen Schadenersatzanspruch hat¹⁰⁾.

II. Seinem Inhalte nach besteht das Dienstverhältniß in einer allgemeinen Unterordnung des Gesindes unter die Herrschaft in Ansehung der gemeinen häuslichen und wirthschaftlichen Dienste, welche gegen entsprechenden Lohn für die vertraglich oder gesetzlich bestimmte Zeit zu leisten sind¹¹⁾. Das Rechtsverhältniß setzt sich daher im einzelnen aus Pflichten des Gesindes gegen die Herrschaft und aus Pflichten der letzteren gegen jene zusammen.

1. Die Pflichten des Gesindes sind durch folgende Bestimmungen näher geregelt.

⁶⁾ §§. 3, 1. c. vergl. mit §. 1358 B. G.-B. über das dem Ehemann zustehende Kündigungsrecht.

⁷⁾ §. 2, 1. c. vergl. mit Art. 95 E. B. G.-B. Ueber das Dienstbuch s. unten Note 9.

⁸⁾ §. 5, 1. c. Der Miethspennig hat heute jedenfalls nur noch die Bedeutung des Nachweises der Perfection; eine Voraussetzung der letzteren bildet er nicht. Ebenso: v. Frankenberg, Br. Gesinderecht, S. 13. Vergl. aber auch Zeitschr. f. R. XLVI, 46. — Der Miethspennig wird nach dem Gesetz, wenn nicht ein Anderes ortsüblich oder verabredet ist, auf den Lohn nur dann abgerechnet, wenn der Diensthote aus eigener Schuld die verabredete Dienstzeit nicht aushält, insbesondere der Mann das von der Frau eingegangene Dienstverhältniß gemäß §. 1358 B. G.-B. kündigt, was §. 5 der Ges.-Ord. in der Fassung von 1899 ausdrücklich hervorhebt. — Der Miethspennig wird nur einmal und nicht bei jeder Erneuerung des Vertrages gegeben (§. 5, Abs. 4, 1. c.).

⁹⁾ §. 5, Abs. 2, 1. c. — Jedes Gesinde soll bei Vermeidung gesetzlicher Strafe ein Dienstbuch haben. Doch ist hiervon die Wirksamkeit eines abgeschlossenen Miethvertrages nicht abhängig. Zeitschr. f. R. XLVI, 46. Vergl. auch Zeitschr. f. R. XXXI, 152. Nach der Fassung v. 1832 boten diese Eintragungen bei Streitigkeiten den Beweis. Ueber den Abschluß eines Gesindemiethevertrages durch Gesindemakler trifft §. 10 der Ges.-Ord. und die Bekanntmachung vom 21. Decbr. 1881 Bestimmungen. S. unten §. 52.

¹⁰⁾ §. 6, 1. c. — Die Bestimmung des §. 6, Abs. 2 des Ges. v. 1832, wonach das den Schadenersatz festsetzende Gericht gleichzeitig die Dienstherrschaft zu Lohnabzügen zwecks Tilgung des Schadens anweisen sollte, war mit den Grundsätzen der Reichs-Civ.-Pr.-Ord. nicht mehr vereinbar und ist deshalb gestrichen. — Ueber die Strafe des Gesindes vergl. Pol.-Str.-G.-B. §. 14, Ziffer 3.

¹¹⁾ §. 1, 1. c.

a) Das Gesinde ist verpflichtet, den übernommenen Dienst zur rechten Zeit anzutreten. Die Zeit des Dienstantritts hängt von der Verabredung ab, wobei unter Ostern, Johannis, Michaelis und Weihnachten in Ermangelung anderer Vereinbarung der 1. April, 1. Juli, 1. October oder 1. Januar, und, wenn dieser Tag ein Sonn- oder Festtag ist, der nächstfolgende Werktag verstanden werden soll. Für Landgesinde, d. h. das zu landwirthschaftlichen Arbeiten angenommene Gesinde, ist der gesetzliche Antrittstag, wie bisher, auf Martini, für Schäferknechte jedoch auf den 1. Mai bestimmt. Die Antrittstage sind zugleich die Abzugstage für das zu entlassende Gesinde¹²⁾. Weigert sich das Gesinde ohne genügenden Grund, den Dienst ordnungsmäßig anzutreten, und besteht die Herrschaft auf Erfüllung, so kann sie bei der Polizeibehörde zwangsweise Zuführung beantragen oder auf Dienstantritt im Proceßwege klagen. Ist jedoch Zwang nicht anwendbar oder das Gesinde schuldhafterweise am Dienstantritt behindert, so kann die Herrschaft auf allen Schaden klagen¹³⁾. Andererseits kann das Gesinde, wenn die Herrschaft grundlos seine Annahme verweigert, auf Schadloshaltung klagen¹⁴⁾.

Das Gesinde braucht jedoch den übernommenen Dienst nicht anzutreten, kann vielmehr vor Dienstantritt von dem Vertrage abgehen

1. wenn es durch unverschuldeten Zufall verhindert wird, wobei, falls es sich um Miethverträge auf wenigstens ein Vierteljahr handelt, die Herrschaft bei einer Verhinderung von nicht über vier Wochen das Gesinde gegen Vergütung des inzwischen an einen anderen Dienstboten verausgabten Lohnes noch annehmen muß;
2. wenn die Herrschaft ihren Wohnsitz verändert, ohne daß dies dem Gesinde beim Vertragsabschlusse bekannt geworden wäre;
3. wenn das Gesinde Gelegenheit findet, sich zu verheirathen, oder genöthigt wird, eine eigene Wirthschaft zu errichten oder zu übernehmen, in welchem Falle es jedoch verpflichtet ist, den Dienst in den Städten auf ein Viertel, den Dienst auf dem Lande auf ein halbes Jahr anzutreten oder einen tauglichen Stellvertreter zu halten;
4. bei Vermögensverfall der Herrschaft¹⁵⁾.

b) Die Dauer der Dienstzeit wird in Ermangelung anderer Verein-

¹²⁾ §. 7, l. c. Das Ges. v. 21. März 1871, Nr. 8, welches früher die gleiche Bestimmung traf, ist durch §. 118, 3. 80 Br. Ausf. B. G.-B. ausdrücklich aufgehoben. — Vergl. auch §. 193 B. G.-B.

¹³⁾ §. 14, l. c. Nach §. 40, l. c. können Streitigkeiten, welche während der Dienstzeit (also auch das Gesinde nicht zur Zeit antritt) aus dem Dienstverhältniß entstehen, sowie Anträge und Beschwerden bei der Ortspolizeibehörde angebracht und von dieser durch und ohne Weiteres zu vollziehende vorläufige Verfügung, vorbehaltlich der Entscheidung im Rechtswege, erledigt werden. Zwangsmaßregeln dürfen aber nur die Landespolizeibehörden anordnen.

¹⁴⁾ §. 13, l. c. Die Entschädigung besteht in Zahlung von Lohn und Kost nach §. 35, l. c. Aber auch etwaige Reisekosten und sonstige Aufwendungen, die der Diensthote gemacht hat, muß die Herrschaft ersetzen. S. auch Mot. Br. Ausf. B. G.-B., S. 387.

¹⁵⁾ §. 12, l. c.

barung bei dem Landgesinde und den Livreebedienten auf ein Jahr, bei dem übrigen Gesinde aber auf ein halbes Jahr angenommen. Die stillschweigende Fortsetzung des Miethvertrages tritt überall ein, wenn beim Eingang desselben nicht ausdrücklich darauf verzichtet ist und eine Dienstaufkündigung nicht stattgefunden hat. Die Dauer der stillschweigenden Fortsetzung ist, falls nicht für die Vorzeit eine vertragliche Dauer feststand, bei Landgesinde und Livreebedienten jedesmal wieder auf ein Jahr, bei anderen Diensthöten auf ein halbes Jahr¹⁶⁾. Die Antrittstage sind auch die Abzugstage¹⁷⁾.

c) Das Gesinde, welches nicht ausschließlich zu gewissen Geschäften gedungen ist, muß alle diejenigen erlaubten Dienste verrichten, welche ihm von der Herrschaft anbefohlen werden und welche das Familienhaupt zur Erhaltung der häuslichen Ordnung einzuführen für gut findet. Diese Dienste müssen jedem Familienmitgliede oder den in die Familie aufgenommenen Personen geleistet werden. Auch ist das gemeinschaftliche Gesinde einer Herrschaft auf deren Anordnung zu gegenseitiger Verpflegung in Krankheitsfällen verpflichtet und gehalten, die durch Krankheit behinderten Diensthöten in ihren Diensten nach Kräften zu vertreten. Im Uebrigen darf aber ein Diensthöte sich in seinen Dienstverrichtungen ohne Erlaubniß der Herrschaft nicht vertreten lassen¹⁸⁾.

d) Das Gesinde ist der Hauszucht unterworfen, muß sich daher Zurechtweisungen, auch wenn sie in Scheltworten bestehen, gefallen lassen¹⁹⁾. Das Gesinde soll ferner stets das Beste seiner Herrschaft im Auge haben und Schaden möglichst abwenden; auch darf sich dasselbe nicht ohne Erlaubniß vom Hause entfernen, darf auch keinen unnützen Aufwand machen und muß sich hierin den Vorschriften der Herrschaft fügen²⁰⁾. Schließlich liegt dem Gesinde die Verpflichtung ob, der Herrschaft den durch Untreue, Vorsatz oder geringe Fahrlässigkeit verursachten Schaden zu ersetzen, den aus bloßem Versehen aber nur dann, wenn das Gesinde gegen Befehle der Herrschaft gehandelt, oder sich zu solchen Geschäften vermietet hat, welche einen vorzüglichen Grad von Aufmerksamkeit oder Geschicklichkeit erfordern. Dieser Schadenersatz geschieht durch Kürzung am Lohn und ergebenden Falls aus des Diensthöten übrigem Vermögen²¹⁾.

¹⁶⁾ §§. 8 u. 9, 1. c. Nach einer früheren Verordnung (vom 15. Febr. 1764) sollte die Dauer der Dienstzeit bei allem Gesinde ohne Ausnahme auf ein halbes Jahr angenommen werden.

¹⁷⁾ Vergl. oben bei Note 12.

¹⁸⁾ §. 15, 1. c. Vergl. dazu v. Frankenberg, a. a. O., S. 17.

¹⁹⁾ §. 16, 1. c. Aus der Hauszucht entspringt aber ein Züchtigungsrecht der Herrschaft gemäß Art. 95, Abs. 3 C. B. G.-B. nicht mehr, doch kann nach §. 1631, B. G.-B., das elterliche Zuchtrecht auf sie übertragen werden. Ude, Comm. P. St.-G.-B., 2. Aufl., S. 174, Note 1; v. Frankenberg, Br. Gesindeord., S. 18.

²⁰⁾ §. 18, 1. c. Vergl. dazu die kritischen Bemerkungen v. Frankenberg, S. 19.

²¹⁾ §. 19, 1. c. Das Recht der Aufrechnung ist also im Gegensatz zu den allgemeinen Bestimmungen des §. 394 B. G.-B. hier zulässig. Auch das Zurückbehaltungsrecht hinsichtlich der Sachen des Diensthöten ist gegeben. Vergl. v. Frankenberg, S. 20. Ueber den Ausdruck „bloßes Versehen“ s. das. Note 17.

2. Die Pflichten der Herrschaft sind folgendermaßen festgestellt:

a) Die Herrschaft muß das gemiethete Gesinde zur vereinbarten Zeit annehmen. Weigert sie sich dessen ohne genügenden Grund, so kann das Gesinde auf Schadenersatz klagen²²⁾. Die Dienstherrschaft hat genügenden Grund, die Annahme zu verweigern und von dem Vertrage abzugehen, wenn das Gesinde

1. die Dienstzeugnisse verfälscht hat;
2. sich erweisliche, im Dienstbuche nicht vermerkte Veruntreuungen hat zu Schulden kommen lassen;
3. mit ekelhaften und ansteckenden Krankheiten behaftet ist;
4. schwanger ist und dieser Umstand der Herrschaft beim Vertragsabschluß nicht bekannt war;
5. sich fälschlich für unverheirathet ausgegeben hatte oder nach Vermiethung verheirathete;
6. den Dienst anzutreten sich weigert²³⁾.

b) Ferner muß die Herrschaft dem Gesinde Kost und Lohn zur bestimmten Zeit entrichten²⁴⁾. Der Lohn wird, wenn eine besondere Bestimmung nicht getroffen ist, beim Landgesinde, welches sich auf ein Jahr von Michaelis bis Michaelis, oder von Martini bis Martini vermietet hat, soweit er in baarem Gelde besteht, nach Ablauf des ersten und zweiten Vierteljahres nur zu je einem Sechstel, nach Ablauf des dritten oder vierten Vierteljahres zu je einem Drittel ausbezahlt. Dasselbe gilt, wenn die Dienstzeit länger als ein Jahr dauert, für jedes folgende Jahr. Bei Beendigung des Dienstverhältnisses wird der ganze Lohn, welchen das Landgesinde noch zu fordern hat, fällig und zahlbar, jedoch vorbehaltlich der Befugniß der Dienstherrschaft, den Lohn bis zur gerichtlichen Entscheidung inne zu behalten, wenn das Gesinde den Dienst widerrechtlich verlassen hat²⁵⁾. Bei allen übrigen Gesindeverträgen wird der Lohn in Ermangelung abweichender Verabredungen vierteljährlich in gleichen Raten, sofern sie aber auf kürzere Zeit geschlossen sein sollten, sogleich nach deren Ablauf zum vollen Betrage fällig²⁶⁾.

Der Betrag des Lohnes hängt von der getroffenen Uebereinkunft ab, in deren Ermangelung die Ortsgewohnheit maßgebend ist. Kleidung kann nur auf Grund einer Verabredung gefordert werden. Die Livree ist kein Theil des Lohnes und wird erst mit Ablauf der zu ihrer Erneuerung bestimmten Zeit

²²⁾ §. 13, l. c.

²³⁾ §. 11, l. c.

²⁴⁾ §. 21, Abf. 1, l. c. Vergl. v. Frankenberg, S. 27.

²⁵⁾ §. 21, l. c. — Verläßt der Dienstbote den Dienst ohne gesetzlichen Grund, so bleibt ihm zwar an sich der Anspruch auf Lohn nach Verhältnis der Zeit, die er gebient hat; jedoch vermindert sich dieser Anspruch durch den Gegenanspruch der Herrschaft auf Schadenersatz. Da aber die Herrschaft auch ohne Rücksicht hierauf den rückständigen Lohn bei widerrechtlichem Fortgang des Gesindes bis zur gerichtlichen Entscheidung zurückbehalten kann, so wird in einem Rechtsstreit, in welchem der Dienstbote auf Lohnzahlung klagt, dieser dennoch alle Kosten auch dann zu tragen haben, wenn der Lohnanspruch größer ist, als der Gegenanspruch der Herrschaft.

²⁶⁾ §. 21, l. c. Vergl. hierüber v. Frankenberg, a. a. O., S. 29 f.

vom Dienstboten zu Eigenthum erworben. Ist ein solcher Zeitraum nicht ausgemacht, so gilt hierfür ein Jahr. Geschenke zu Weihnachten, Messen, Märkten u. s. w. können nicht verlangt werden, wenn solche nicht besonders ausbedungen sind, nehmen aber, wenn letzteres der Fall, Lohnqualität an ²⁷⁾).

c) Bei Erkrankung von Dienstboten, die diese nicht selbst verschuldet haben ^{27 a)}, sind folgende Unterscheidungen zu machen:

aa) Ist der Dienstbote versicherungspflichtig ²⁸⁾, so tritt für ihn ausschließlich die gesetzliche Fürsorge der Krankenversicherung ein ²⁹⁾).

bb) Ist der Dienstbote zwar versicherungspflichtig, aber im Einzelfalle durch Erklärung der Dienstherrschaft von der Versicherung befreit ³⁰⁾, so muß die Herrschaft eine der gesetzlichen mindestens gleichwerthige Fürsorge eintreten lassen ³¹⁾).

cc) Ist der Dienstbote nicht versicherungspflichtig ³²⁾, so hat die Herrschaft dem Dienstboten im Falle der Erkrankung die erforderliche Verpflegung und ärztliche Behandlung bis zur Dauer von sechs Wochen, jedoch nicht über die Beendigung des Dienstverhältnisses hinaus, zu gewähren ³³⁾).

²⁷⁾ §. 21, Abs. 3 ff. d. Ges.-Ordn. v. 1892. — Die Wohnung gehört im Zweifel nicht zu den Lohnemolumenten; ihre Gewährung bildet vielmehr regelmäßig eine selbstverständliche Leistung der Herrschaft, welche mit dem Aufhören des Dienstverhältnisses ebenfalls ihr Ende findet.

^{27 a)} Vergl. §. 617 B. G.-B. und Art. 95 E. B. G.-B. Falls der Dienstbote seine Erkrankung grob fahrlässig oder gar vorsätzlich herbeigeführt hat, so kann er von Niemand Fürsorge beanspruchen. Vergl. §. 22 Br. Ausf. B. G.-B.

²⁸⁾ Dies sind gemäß §. 1 des Braunsch. Ges. v. 26. Mai 1896, Nr. 28 alle Dienstboten, deren Beschäftigung nicht von vornherein auf weniger als eine Woche festgesetzt ist. Die zugleich mit der Landwirthschaft auf dem Lande beschäftigten Dienstboten (vergl. oben Note 1) unterliegen schon nach dem Ges. v. 29. Mai 1890, Nr. 20 der Versicherungspflicht, fallen also nicht unter jenes Gesetz. Vergl. Comm.-Bericht S. 2, Anl. 32 der Landtagsverh. v. 1896.

²⁹⁾ Diese Fürsorge entspricht der des Reichsges. über die Krankenversicherung v. 15. Juni 1883 u. 10. April 1892. — Das Plombiren cariöser Zähne ist als ärztliche Behandlung anzusehen und die Kosten der Plombirung sind, wenn deren Nothwendigkeit ärztlich bescheinigt ist, von der Krankencasse zu tragen. Landger. Berlin v. 9. Mai 1895, abgedruckt in „Arbeiter-Versorgung“ XII (1895), S. 420 ff. Ebenso: Landger. Braunsch., 3. Civ., i. S. Taschenberger c. Krankencasse Einigkeit v. 5. Januar 1898. Ueber die Frage, ob sich der Dienstbote nothwendigen Operationen unterziehen muß, vergl. die gründliche Monographie von Endemann, Rechtswirkungen der Ablehnung von Operationen. Im Uebrigen siehe noch über den Inhalt und die Voraussetzungen der Fürsorge v. Frankenberg, Br. Gesinderecht, S. 35 ff.

³⁰⁾ Sie kann dies durch schriftliche Erklärung gegenüber der Landespolizeibehörde nach dem Ges. v. 20. Mai 1896, Nr. 28.

³¹⁾ §. 2 des Ges. v. 26. Mai 1896, Nr. 28. Dies ist also für 13 Wochen ärztliche Behandlung, Arzneien u., Krankengeld oder entsprechende Pflege und Kost. Vergl. auch v. Frankenberg, a. a. O., S. 89.

³²⁾ Vergl. oben Note 28.

³³⁾ §. 22 Br. Ausf. B. G.-B. Die Pflege und ärztl. Behandlung kann auch durch Aufnahme in eine Krankenanstalt gewährt werden, wobei die Kosten auf den geschuldeten Lohn abgerechnet werden können. Stets erstreckt sich die Pflicht nicht

d) Das Gesinde darf weder zu mehreren noch schwereren Diensten angehalten werden, als solches dessen Leibeskräfte erlauben. Die Herrschaft hat Räume, Vorrichtungen und Geräthschaften, die sie zur Verrichtung der Dienste zu beschaffen hat, so einzurichten und zu unterhalten, und Dienstleistungen, die unter ihrer Anordnung oder ihrer Leitung vorzunehmen sind, so zu regeln, daß das Gesinde gegen Gefahr für Leben und Gesundheit soweit geschützt ist, als die Natur der Dienstleistung es gestattet. Sie hat in Ansehung des Wohn- und Schlafrumes, der Verpflegung, sowie der Arbeits- und Erholungszeit diejenigen Anordnungen zu treffen, die mit Rücksicht auf die Gesundheit, Sittlichkeit und Religion des Gesindes erforderlich sind. Insbesondere hat sie dem Gesinde Gelegenheit zum Besuch des Gottesdienstes zu geben, dasselbe nöthigenfalls dazu anzuhalten und ihm zur Besorgung der eigenen nothwendigen Geschäfte, sowie dann und wann zu erlaubten Vergnügungen einige Zeit zu gewähren ³⁴⁾.

e) Die Herrschaft haftet nicht für die Bezahlung der auf ihren Namen von dem Gesinde aufgenommenen Waaren und Gelder, es sei denn, daß dieselbe dem Dienstboten schriftlich oder mündlich einen Credit bei dem Verkäufer oder Verleiher eröffnet oder dem Dienstboten das Buch anvertraut hätte, welches dieselbe mit dem Verkäufer über die abzugebenden Waaren hält, und in welches die Waaren und deren Preis eingetragen werden. Die Haftung der Herrschaft für den von dem Gesinde einem Dritten widerrechtlich zugefügten Schaden richtet sich nach den Vorschriften des B. G.-B., woneben jedoch die landesgesetzlichen Bestimmungen über eine weitergehende Haftung unberührt bleiben ³⁵⁾.

f) Schließlich muß die Herrschaft dem Gesinde nach beendigter Dienstzeit und auf Verlangen auch während derselben ein Zeugniß über die Dienstzeit und das Betragen ausstellen ³⁶⁾.

III. Ueber die Beendigung des Dienstverhältnisses ist Folgendes zu bemerken :

1. Beim Tode des Dienstboten haben dessen Erben Anspruch auf Lohn und Kost nur bis zum Beginne des Krankenlagers ³⁷⁾.

auf 13 Wochen, wie im Falle bb), sondern nur auf sechs Wochen. Ueber diese Zeit und selbst über die Dauer der Dienstzeit hinaus haftet die Herrschaft nur, wenn sie dem Dienstboten außergewöhnliche, gefährliche Leistungen auferlegt hatte, durch die er Schaden erlitten hat. In diesem Falle hat die Herrschaft auch die Begräbniskosten zu tragen. Vergl. Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 393.

³⁴⁾ §. 20 Ges.-D. vergl. mit §§. 618, 619 B. G.-B. u. Art. 95 E. B. G.-B. Vergl. dazu noch v. Frankenberg, a. a. O., S. 25 ff. und Zeitschr. f. Rechtspf. XLII, 218 f.

³⁵⁾ §. 37 Ges.-Ord. vergl. mit §§. 278, 831, 840 Abs. 2 B. G.-B. S. auch Br. Forststrafges. v. 1. April 1879, Nr. 18, §. 10; E. B. G.-B. Art. 107.

³⁶⁾ §. 4, 1. c. — Die Dienstherrschaft hat die Wahrheit des Zeugnisses zu beweisen (Zeitschr. f. R. II, 195), jedoch genügt als Nachweis die Motivirung durch Thatfachen (Zeitschr. f. R. XII, 89).

³⁷⁾ §. 23, 1. c. Das Gesetz hat nur das letzte Krankenlager im Auge, d. h. diejenige Zeit, von welcher an der Diensthote dauernd oder doch nur in verhältnißmäßig kurzen Unterbrechungen seine Dienste nicht mehr verrichten konnte.

2. Beim Tode des Familienhauptes brauchen die Erben das zu häuslichen Verrichtungen gemietete Gesinde nur noch vier Wochen zu behalten. Indessen gebührt in diesem Falle dem Diensthoten noch der Lohn, nicht auch das Kostgeld, von dem ganzen laufenden Quartale und, wenn die Dienstzeit damit nicht ohnehin zu Ende gegangen wäre, auch noch der Lohn des nächsten Quartals. Bei dem Ackergesinde dagegen muß der Vertrag seiner ganzen Dauer nach oder wenigstens so lange ausgehalten werden, als die Erben die Ackerwirthschaft fortsetzen. In diesem Falle gebührt aber dem Gesinde der Lohn auch für die übrige Zeit, bis zu welcher der Vertrag noch dauert ³⁸⁾).

3. Der Conkurs der Dienstherrschaft berechtigt beide Theile, unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist, zu kündigen, falls keine kürzere Frist vereinbart war. Kündigt der Konkursverwalter, so hat der Diensthote Schadenersatzansprüche ³⁹⁾).

4. Bei Aufgabe des Landhaushaltes gilt das Dienstverhältniß des Acker- und Hofgesindes mit Martini, das der Schäfereiknechte mit dem 1. Mai desselben Jahres für beendet, falls die Aufgabe spätestens drei Monate vor diesen Zeitpunkten stattfindet. Anderenfalls ist das Dienstverhältniß bis zu Martini bzw. bis zum 1. Mai des folgenden Jahres auszuhalten ⁴⁰⁾).

5. Das Dienstverhältniß endigt ferner durch Ablauf der bedungenen oder gesetzlichen Zeit, wenn auf eine stillschweigende Fortsetzung verzichtet ist ⁴¹⁾; ferner durch Aufkündigung zur ordentlichen Zeit, welche, wenn keine andere Frist bestimmt ist, vierzehn Tage, vier Wochen oder drei Monate vor dem Ablauf der Dienstzeit stattzufinden hat, je nachdem diese auf einen Monat, ein Vierteljahr oder ein halbes Jahr bestimmt gewesen ist ⁴²⁾).

6. Vor Ablauf der vertraglichen oder gesetzlichen Dienstzeit kann überdies in gewissen Fällen das Dienstverhältniß durch einseitigen Rücktritt sowohl der Herrschaft, als des Gesindes aufgehoben werden. Die Aufhebung geschieht entweder durch Kündigung unter Einhaltung einer kürzeren gesetzlich bestimmten Kündigungsfrist oder ohne solche.

³⁸⁾ §. 24, I. c. Der Unterschied in der Behandlungsweise des Ackergesindes hat keinen begreiflichen Grund darin, daß dieses nicht sowohl für den Haushalt, als vielmehr aus Rücksicht für den Betrieb der Ackerwirthschaft bedungen ist und letzterer durch den Tod des Familienhauptes nicht in dem Maße einer Veränderung ausgesetzt ist, als der Haushalt.

³⁹⁾ §. 25 Gef.-Ord. Der Schaden richtet sich nach §. 34, I. c. Die Forderungen der Diensthoten sind gemäß §. 36 Gef.-Ord. vergl. mit §. 61, Nr. 1 Reichs-Conc.-Ord. bevorzugt.

⁴⁰⁾ §. 26, I. c.

⁴¹⁾ §. 27, I. c. Der Verzicht kann, wie überhaupt, ausdrücklich und stillschweigend erklärt sein. Tritt *relocatio tacita* ein, so gilt die Fortsetzung bis zum nächsten vertraglichen, gesetzlichen oder ortsüblichen Kündigungsstermine.

⁴²⁾ §. 28, I. c. Diese Bestimmung gilt auch für *relocatio tacita*. Soweit das Gesetz der Ehefrau das Recht giebt, Diensthoten zu mietzen, muß ihr auch die Befugniß beigelegt werden, sie selbständig zu kündigen. Vergl. oben bei Note 5. Ude, Com. P.-Str.-G.-B., 2. Aufl., S. 179 will dies Recht nicht anerkennen; v. Frankenberg, a. a. O., S. 11 will im Zweifel eine stillschweigende Bevollmächtigung der Ehefrau annehmen.

Die Herrschaft kann hiernach das Dienstverhältniß aufheben

a) nach vorausgegangener Kündigung:

1. wenn dem Gesinde die nöthige Geschicklichkeit mangelt,
2. wenn es sich mit der ihm gereichten Kost ohne Grund und wiederholt auf verächtliche Weise unzufrieden bezeigt,
3. wenn es einen unangemessenen Aufwand macht.

Doch muß in diesen Fällen die Dienstzeit des bei der Kündigung laufenden Monats oder Vierteljahres, je nachdem monatsweise oder auf ein Vierteljahr oder länger gemiethet ist, ausgehalten werden ⁴³⁾.

b) Ohne vorausgehende Kündigung kann das Gesinde entlassen werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, insbesondere ⁴⁴⁾:

1. wenn es die Herrschaft oder deren Familie wörtlich oder thätlich beleidigt ⁴⁵⁾,
2. wenn es Zwistigkeiten in der Familie anzurichten sucht,
3. sich beharrlich ungehorsam oder widerspenstig bezeigt, insbesondere denjenigen, welche ihm zur Aufsicht bestellt sind, thätlich oder durch Schimpf- und Schmähsreden widersezt ⁴⁶⁾,
4. wenn das Gesinde die Kinder der Herrschaft zum Bösen verleitet oder verdächtigen Umgang mit ihnen pflegt,
5. sich des Diebstahles oder der Veruntreuung schuldig macht oder das Untergefinde zu dergleichen Lastern verleitet ⁴⁷⁾,
6. auf der Herrschaft Namen ohne deren Vorwissen borgt,
7. wiederholt ohne Wissen der Herrschaft über Nacht aus dem Hause bleibt ⁴⁸⁾,
8. mit Feuer und Licht unvorsichtig umgeht und entweder eine Warnung vorangegangen oder schon Feuer entstanden ist,

⁴³⁾ §. 29, 1. c. Beweispflichtig ist in jedem Falle die Herrschaft. — Vergl. §. 624 u. §. 1358 B. G.-B. vergl. mit Art. 95, Abs. 2 C. B. G.-B.

⁴⁴⁾ §. 31, 1. c. — Die Berechtigung zur sofortigen Entlassung des Gesindes begreift die Berechtigung, den Dienst außerhalb der Zeit aufzukündigen (§. 29, 1. c.), nicht in sich (Zeitschr. f. R. X, 69). — Der §. 31, Abs. 2, 1. c. bestimmt, daß die Herrschaft, ehe sie den Diensthofen entläßt, der Polizeibehörde Anzeige machen muß. Diese Bestimmung ist rein polizeilicher Natur und berührt die privatrechtlichen Beziehungen zwischen Herrschaft und Gesinde nicht, kann also auch nicht Voraussetzung für einen Klagenanspruch aus der Entlassung bilden. Vergl. Erl. d. O.-G. Wolf. 1. Sen. v. 14. Mai 1869 i. S. Henninger c. Bahlbied.

⁴⁵⁾ Vergl. hierüber, besonders über den Begriff „Familie“, v. Frankenberg, S. 54.

⁴⁶⁾ Vergl. Ude, Com. B.-Str.-G.-B., 2. Aufl., S. 180 u. v. Frankenberg, a. a. O., S. 55.

⁴⁷⁾ Aufhebung des Nebengesindes zum Ungehorsam giebt dagegen noch keinen selbständigen Entlassungsgrund. Zeitschr. f. R. XXII, 186.

⁴⁸⁾ Analog angewendet ist diese Vorschrift auf den Fall, daß ein Schäferknecht des Nachts die Heerden im Felde verläßt. Zeitschr. f. R. IX, 175; vergl. auch v. Frankenberg, S. 60.

9. wenn das Gesinde durch lieberliche Aufführung sich ansteckende und ekelhafte Krankheiten zugezogen hat,
10. wenn es ohne Erlaubniß sich seines Vergnügens wegen aus dem Hause entfernt oder ohne Noth über die erlaubte oder zu den Geschäften erforderliche Zeit ausbleibt, oder auf andere Weise den Dienst vernachlässigt und deshalb vergeblich gewarnt ist,
11. wenn das Gesinde dem Trunke oder dem Spiele ergeben ist oder durch Zänkereien und Schlägereien den Hausfrieden stört und von solchem Betragen auf Ermahnung nicht abgeht,
12. wenn ihm die beim Miethen ausdrücklich angegebenen Fertigkeiten gänzlich fehlen ⁴⁹⁾,
13. wenn es länger als acht Tage gefänglich eingezogen wird,
14. wenn es die Herrschaft durch verfälschte Zeugnisse hintergangen hat,
15. wenn es durch eine die Dauer von vier Wochen übersteigende Krankheit an der Fortsetzung des Dienstes gehindert oder wenn weibliches Gesinde schwanger wird ⁵⁰⁾.

Andererseits kann das Gesinde das Dienstverhältniß aufheben

a) nach vorausgegangener Kündigung:

1. wenn der Lohn nicht regelmäßig oder vollständig ausbezahlt wird,
2. wenn der Diensthote durch Heirath oder sonst zur Anstellung einer eigenen Wirthschaft Gelegenheit findet und diese nicht ohne Schaden verschoben werden kann,
3. wenn das Dienstverhältniß für die Lebenszeit des Diensthoten oder für längere Zeit als fünf Jahre eingegangen ist, in welchem Falle der Diensthote nach fünf Jahren unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten kündigen kann ⁵¹⁾.

In beiden ersten Fällen muß aber die Dienstzeit des laufenden Monats oder Vierteljahres ausgehalten werden, je nachdem die Dienstzeit monatsweise oder auf ein Vierteljahr oder länger vereinbart war ⁵²⁾.

b) Ohne Kündigung kann das Gesinde den Dienst verlassen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, insbesondere ⁵³⁾:

⁴⁹⁾ Die Fertigkeiten müssen also a) ausdrücklich als vorhanden angegeben worden sein und b) gänzlich fehlen. Es genügt daher nicht die stillschweigende Voraussetzung gewisser Fertigkeiten oder der theilweise Mangel zugesicherter. Fehlen jedoch einem Gesinde diejenigen Fähigkeiten völlig, welche man ohne Weiteres von jedem Diensthoten verlangen kann, so ist dieser Mangel jedenfalls analog zu beurtheilen.

⁵⁰⁾ Der Dienstherr, welcher seine Magd selbst geschwängert, hat hieraus keinen Entlassungsgrund. Zeitschr. f. R. XIX, 231.

⁵¹⁾ Vergl. Art. 95, Abs. 2 C. B. G.-B. u. §. 624 B. G.-B.

⁵²⁾ §. 30, 1. c. Beweispflichtig ist der Diensthote.

⁵³⁾ §. 32, 1. c. Dem Fortgange soll polizeiliche Anzeige vorhergehen. Vergl. aber hierüber oben Note 44.

1. wenn es durch Mißhandlungen von der Herrschaft in Gefahr des Lebens oder der Gesundheit gesetzt, oder auch, ohne solche Gefahr, mit ungewöhnlicher Härte behandelt wird,
 2. wenn die Herrschaft das Gesinde zu Handlungen wider die Gesetze verleiten will oder vor dergleichen Zumuthungen gegen Personen, die zur Familie gehören oder sonst im Hause aus- und eingehen, nicht hat schützen wollen,
 3. wenn die Herrschaft den Lohn oder die Kost gänzlich verweigert oder ihren Wohnort dauernd verändert,
 4. wenn der Diensthote durch Krankheit zu der Fortsetzung des Dienstes unvermögend wird.
7. Wird das Dienstverhältniß hiernach durch Verschulden des einen Theiles beendet, so erwächst dem anderen ein Schadenersatzanspruch nach folgenden Grundsätzen:

a) Die Dienstherrschaft kann, wenn das Gesinde ohne gesetzmäßige Ursache den Dienst vor Ablauf der Dienstzeit verläßt⁵⁴⁾, an dessen Stelle einen anderen Diensthoten nehmen und von dem ausgetretenen die dadurch entstandenen Mehrkosten verlangen⁵⁵⁾.

b) Der Diensthote hat in den Fällen, wo er mit oder ohne Aufkündigung entlassen werden kann und wo er nach Kündigung seinerseits den Dienst verlassen darf, Anspruch auf Kost und Logis nur nach Verhältniß der Zeit, während welcher er wirklich gedient hat; in den Fällen dagegen, wo der Diensthote den Dienst ohne Aufkündigung sofort verlassen darf, auch auf Kost und Lohn für die noch übrige Zeit und, wenn diese länger ist als ein Vierteljahr, wenigstens für ein Vierteljahr. Dabei wird überall, wenn sich die Parteien nicht einigen können, der höchste Betrag des Kostgeldes auf drei Mark, der geringste auf eine Mark fünfzig Pfennig wöchentlich berechnet⁵⁶⁾. Der Anspruch des Diensthoten schließlich für den Fall, daß er ohne gesetzmäßigen Grund

⁵⁴⁾ Die hierher gehörigen Fälle sind:

a) der Diensthote verläßt den Dienst sofort, ohne daß ein Grund des §. 32, l. c. vorliegt, mag auch ein solcher aus §. 30, l. c. gegeben sein;

b) der Diensthote verläßt den Dienst vor Ablauf der Dienstzeit nach Kündigung, ohne daß ein Grund aus §. 30 oder §. 32, l. c. vorliegend wäre.

⁵⁵⁾ §. 33, l. c. Nur die Mehrkosten hat das Gesinde zu tragen, wobei deren Nothwendigkeit Voraussetzung ist. Ueber die Frage, ob der Herrschaft auch hier ein Retentionsrecht an den Sachen des Diensthoten zusteht, vergl. Ude, Com. P.-Str.-G.-B., 2. Aufl., S. 179, Note 14. — An Stelle dieses privatrechtlichen Anspruchs hat die Herrschaft auch das Recht, von der Landespolizeibehörde zwangsweise Zuführung zu verlangen. Daneben ist das Gesinde nach §. 14, Ziffer 9 d. P.-Str.-G.-B. strafbar; vergl. §. 40 Ges.-Ord.

⁵⁶⁾ §. 34, l. c. Vergl. v. Frankenberg, S. 23, Note 21. In dem Lohne sind alle Lohnemolumente nach ihrem Schätzwerte, ebenso die etwa vereinbarten oder üblichen Weihnachtsgeschenke einzurechnen. Die freie Wohnung bildet jedoch keinen eigentlichen Theil des Lohnes und kann daher nicht in Anrechnung gebracht werden.

vor Ablauf der Dienstzeit entlassen ist, geht auf Wiederannahme oder auf Kost für die laufende Dienstzeit, jedoch auf höchstens noch ein Vierteljahr ⁵⁷⁾).

§. 46.

Bergarbeitervertrag.

I. Das Vertragsverhältniß zwischen Bergwerksbesitzern und den Bergleuten wird in erster Linie durch die Bestimmungen des Braunschweigischen Berggesetzes vom 15. April 1867 ¹⁾), subsidiär aber durch die allgemeinen Vorschriften und daneben durch die getroffenen Vereinbarungen geregelt. Durch letztere dürfen indessen die Vorschriften des Berggesetzes nur insoweit abgeändert werden, als dieses es ausdrücklich gestattet, während eine Bestimmung des Inhaltes, daß bei rechtswidriger Auflösung des Vertrages der letzte Wochenlohn verwirkt sein solle, überhaupt nicht getroffen werden darf ²⁾).

1. Begründet wird das Arbeitsverhältniß durch formlosen Vertrag. Jedoch soll für jedes Bergwerk eine Arbeitsordnung aufgestellt sein, deren Inhalt durch das Gesetz näher geregelt ist und welcher sich die Bergleute beim Vertragsabschlusse unterwerfen ³⁾). Ein Bergwerksbesitzer, welcher einen Bergmann annimmt, von dem er weiß, daß derselbe noch einem anderen Arbeitgeber zur Arbeit verpflichtet ist, haftet letzterem gegenüber für entstandenen Schaden ⁴⁾).

Minderjährige dürfen nur angenommen und beschäftigt werden, wenn sie mit Arbeitsbuch versehen sind ⁵⁾). Die Ausstellung des Arbeitsbuches erfolgt auf Antrag oder mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters durch die Polizei-

⁵⁷⁾ §. 35, l. c. Der Diensthote braucht nicht alternativ zu klagen, sondern hat von vornherein die Wahl; braucht auch nicht nachzuweisen, daß er seinerseits den Verpflichtungen völlig nachgekommen sei. Erk. d. G. L.-G. Wolf. v. 25. Febr. 1841 i. S. Ring c. Bardenwerper. Der Anspruch erfordert jedoch, daß die Herrschaft sich geweigert hat, das Gefinde wieder anzunehmen und diese Weigerung der Polizeibehörde gegenüber erfolgt ist. Erk. d. Cass.-Hofes Wolf. v. 10. Dec. 1855 i. S. Meibohm c. v. Kalm.

¹⁾ Ges.-u. Verordnungs-J. Nr. 23. — Die Bestimmungen dieses Gesetzes (§§. 82 bis 96) sind wesentlich modificirt durch Ges. v. 28. Juni 1893, Nr. 33. Ihre fortbauernde Geltung ergibt sich aus Art. 67 E. B. G.-B. Vergl. Planck, Com. B. G.-B. II, Vorbem. z. 6. Titel, S. 347, Abs. 2. — Vor dem Berggesetze v. 15. April 1867 war das Bergarbeiterverhältniß umfassend überhaupt nicht geregelt. Es galten vielmehr — von den vereinzelten Bestimmungen der erlassenen Bergordnungen und sonstigen auf das Bergrecht bezüglichen Gesetzen abgesehen (vergl. §. 95 und §. 17, Note 3) — im Wesentlichen die Grundsätze des gemeinen Rechts.

²⁾ §. 82, l. c., in der durch das Gesetz vom 28. Juni 1893 abgeänderten Fassung.

³⁾ §. 82a, l. c. — Der §. 82 des Bergges. v. 1867 hatte die Einführung von Arbeiterordnungen nur facultativ vorgeschrieben. Bezüglich des Inhalts der Arbeiterordnungen ist auf das Gesetz selbst (§§. 82a ff.) zu verweisen.

⁴⁾ §. 89 d. Ges. v. 28. Juni 1893, Nr. 33.

⁵⁾ §. 88, l. c. Die Bestimmung ist durch Ges. v. 28. Juni 1893 hinzugefügt.

behörde des Ortes, an welchem der Arbeiter seinen letzten dauernden Aufenthalt hatte ⁶⁾).

2. Was die Aufhebung des Dienstverhältnisses anlangt, so steht regelmäßig jedem Theile eine vierzehntägige Kündigung zu. Bei abweichenden Vereinbarungen müssen die Kündigungsbedingungen wenigstens auf jeder Seite die gleichen sein ⁷⁾. Jedoch steht in gewissen Fällen einem jeden Theile auch ohne Kündigung und vor Ablauf der Zeit das Recht des einseitigen Rücktrittes zu nach folgenden Bestimmungen ⁸⁾:

a) Der Bergwerksbesitzer kann den Bergmann sofort entlassen, wenn letzterer

1. beim Abschlusse des Vertrages falsche Arbeitsbücher vorgezeigt hat,
2. sich des Diebstahles, der Entwendung, Unterschlagung oder eines lieberlichen Lebenswandels schuldig gemacht hat,
3. den Dienst unbefugt verläßt oder beharrlich ungehorsam ist,
4. die sicherheitspolizeilichen Vorschriften überschreitet,
5. den Bergwerksbesitzer, dessen Vertreter oder Beamte oder die Angehörigen dieser Personen thätlich oder mit Worten gröblich beleidigt,
6. sich der vorsätzlichen und rechtswidrigen Sachbeschädigung dieser Personen gegenüber schuldig macht,
7. Vertreter der Besitzer, Beamten, Mitarbeiter oder die Angehörigen dieser Personen zu Handlungen verleitet, welche gegen Gesetz oder gute Sitten verstoßen,
8. unfähig oder mit abschreckender Krankheit behaftet ist.

Die unter 1. bis 7. bezeichneten Gründe können nur innerhalb einer Woche geltend gemacht werden, während es rücksichtlich etwaiger Entschädigungsansprüche des Arbeiters im Falle seiner Entlassung aus dem unter Nr. 8 bezeichneten Grunde bei den besonderen vertraglichen bezw. bei den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen verbleibt.

b) Die Bergarbeiter können sofort die Arbeit verlassen

1. wenn sie unfähig werden,
2. wenn sie oder ihre Angehörigen vom Bergwerksbesitzer oder dessen Vertreter thätlich oder mit Worten gröblich beleidigt werden,
3. wenn Besitzer, Stellvertreter, Beamte oder die Angehörigen dieser Personen sie und ihre Angehörigen zu Handlungen zu verleiten suchen, welche gegen Gesetze oder die guten Sitten verstoßen,
4. wenn sie den schuldigen Lohn nicht erhalten.

⁶⁾ §. 87 a, 1. c. vergl. mit Gef. v. 28. Juni 1893, Nr. 33 und v. 12. Juni 1899, Nr. 44, VII. — Den letzten dauernden Aufenthaltsort hat das Gesetz gewählt, da ein Minderjähriger noch keinen selbständigen Wohnsitz begründen kann, sondern den seiner Eltern theilt, die Berücksichtigung dieses Wohnsitzes aber leicht zu großen Weiterungen führen könnte.

⁷⁾ §. 83, 1. c. vergl. mit Gef. v. 28. Juni 1893.

⁸⁾ §. 84, 1. c.

Dabei kann jedoch der unter 2. genannte Grund nur innerhalb einer Woche geltend gemacht werden⁹⁾. Außerdem steht beiden Theilen aus gewichtigen Gründen ein Rücktrittsrecht für den Fall zu, daß das Arbeitsverhältniß auf mindestens vier Wochen eingegangen oder daß eine längere als vierzehntägige Kündigungsfrist vereinbart ist¹⁰⁾.

Bergwerksbesitzer, welche einen Bergmann verleiten, vor rechtmäßiger Beendigung seines Arbeitsverhältnisses die Arbeit zu verlassen, sind dem früheren Arbeitgeber zum Schadenersatz verpflichtet¹¹⁾.

3. Die Ansprüche der Bergleute auf den laufenden oder seit einem Jahre fälligen Lohn haben bei der Zwangsversteigerung des Bergwerkes ein Vorzugsrecht mit dem Rang der 2. Classe des §. 10 R.-Zw.-G.¹²⁾. Im Uebrigen ist der Bergwerksbesitzer oder dessen Stellvertreter verpflichtet, dem abtretenden großjährigen Bergmanne ein Zeugniß über die Art und Dauer seiner Beschäftigung und auf Verlangen auch über seine Führung auszustellen, dessen Unterschrift auf Verlangen die Ortspolizeibehörde kosten- und stempelfrei zu beglaubigen hat. Wird die Ausstellung des Zeugnisses verweigert, so fertigt die Ortspolizeibehörde dasselbe auf Kosten des Verpflichteten aus. Werden dem Bergmanne in dem Zeugnisse Beschuldigungen vorgeworfen, welche seiner ferneren Beschäftigung hinderlich sein würden, so kann er auf Untersuchung bei der Ortspolizeibehörde antragen, welche, wenn die Beschuldigung unbegründet befunden wird, unter dem Zeugnisse den Befund ihrer Untersuchung zu bemerken hat¹³⁾. Bergwerksbesitzer oder deren Stellvertreter dürfen großjährige Arbeiter, von denen ihnen bekannt ist, daß sie schon früher beim Bergbau beschäftigt waren, nicht eher zur Bergarbeit annehmen, bis ihnen von denselben das Zeugniß des Bergwerksbesitzers, bei dem sie zuletzt in Arbeit standen, vorgelegt ist¹⁴⁾. Minderjährige Arbeiter können beim Abgange ebenfalls ein Zeugniß über Art und Dauer der Beschäftigung fordern, deren Unterschrift ortspolizeilich kosten- und stempelfrei zu beglaubigen ist. Dieses Zeugniß ist auf Verlangen auch auf Führung und Leistung auszudehnen. Der gesetzliche Vertreter kann verlangen, daß das Zeugniß nicht an den Minderjährigen, sondern an ihn ausgehändigt werde, falls nicht ortspolizeilich ein Anderes beschlossen ist¹⁵⁾.

Die Bergwerksbesitzer sind ferner verpflichtet, ihren minderjährigen Arbeitern Zeit zum Besuch der Fortbildungsschule zu gewähren¹⁶⁾.

⁹⁾ §. 85, 1. c.

¹⁰⁾ §. 85 a, 1. c. Ob „gewichtige Gründe“ vorliegen, entscheidet im Rechtswege der Richter nach billigem Ermessen.

¹¹⁾ §. 89, 1. c. Aus dem vom Gesetz gebrauchten Ausdruck „verleitet“ ergibt sich, daß der Bergwerksbesitzer um das Fortbestehen des früheren Arbeitsverhältnisses gewußt haben muß.

¹²⁾ §. 8 Br. Ausf.-Zw.-G. vergl. mit §. 95 des Berggef. alter Fassung u. §. 61, 3. 1 Reichs-Conc.-Ord.

¹³⁾ §. 86, 1. c.

¹⁴⁾ §. 87, 1. c. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift hat übrigens keine privatrechtlichen, sondern nur strafrechtliche Nachtheile im Gefolge, insofern sie durch §. 208, 1. c. mit Geldstrafe bis zu 150 Mt. bedroht ist.

¹⁵⁾ §. 87 a, 1. c.

¹⁶⁾ §. 90, 1. c.

II. Ueber das Rechtsverhältniß zwischen den Bergwerksbesitzern und den Bergwerksbeamten, d. h. denjenigen Personen, welche gegen feste Bezüge zur Leitung und zur Beaufsichtigung des Betriebes angenommen oder dauernd mit höheren technischen Dienstleistungen betraut sind, hat das Gesetz vom 28. Juni 1893, Nr. 33 die Bestimmung getroffen ¹⁷⁾, daß dasselbe in Ermangelung anderer Vereinbarung regelmäßig mit sechswöchiger Kündigungsfrist, bei wichtigen Gründen aber auch ohne Einhaltung einer solchen Frist von beiden Theilen aufgehoben werden kann.

Insbesondere können die Beamten entlassen werden, wenn sie

1. gefälschte Zeugnisse beigebracht,
2. Veruntreuungen begangen,
3. den Dienst unbefugt verlassen oder den Gehorsam verweigert,
4. die sicherheitspolizeilichen Vorschriften übertreten haben,
5. durch verschuldete Krankheit, Freiheitsstrafen oder Abwesenheit länger verhindert sind,
6. sich der thätlichen oder wörtlichen Beleidigung gegen den Besitzer oder seinen Vertreter,
7. eines unsittlichen Lebenswandels schuldig machen ¹⁸⁾.

Umgekehrt können die Beamten ohne Kündigung gehen,

1. wenn sie vom Bergwerksbesitzer oder seinem Vertreter thätlich oder wörtlich beleidigt werden,
2. wenn sie die ihnen vertraglich zugesicherten Leistungen nicht erhalten,
3. wenn der Besitzer Anordnungen, die den behördlichen Vorschriften widersprechen, ergehen läßt ¹⁹⁾.

§. 47.

Staatsdienstvertrag.

1. Unter Staatsbeamten versteht man diejenigen Personen, die kraft eines besonderen Dienstverhältnisses zur Ausübung staatlicher Hoheitsrechte angestellt sind ¹⁾. Staatsbeamte im engeren Sinne sind diejenigen, welche dem

¹⁷⁾ Das Berges. v. 15. April 1867 hatte die Rechtsverhältnisse dieser Beamten noch nicht geregelt. — Die Dienstbezüge haben bei Zwangsversteigerungen dasselbe Vorzugsrecht, wie der Lohnanspruch der Bergleute. S. oben bei Note 12.

¹⁸⁾ §. 92, I. c.

¹⁹⁾ §. 93, I. c.

¹⁾ Diese Definition entspricht der herrschenden Meinung (vergl. Laband, D. Staatsr. I, §§. 44 f.; G. Meyer, D. Staatsr., §. 142 f. mit Nachweisungen) und dem §. 1 des Civilstaatsdienstesges. v. 4. April 1889, Nr. 11. Nicht nothwendige Voraussetzungen eines Staatsbeamtenverhältnisses sind: Dauernde Anstellung, Gehaltsbezug, Leistung eines Dienstes (Endemann, Lehrbuch d. bürgerl. R. I, §. 179, Note 1). Auch die Referendare, die nicht nur den Dienst leisten (§. 6 des Ges. v. 1. April 1879, Nr. 14), sondern auch die Geschäfte der Gerichtsschreiber versehen können (Instruct. v. 18. August 1879, §. 1), gehören zu den Staatsbeamten. Die Beamten sind nicht in allen Fällen Vertreter des Staates, so wenig wie alle Ver-

Braunschweigischen Civil=Staatsdienst=Gesetze vom 4. April 1889, Nr. 17 unterworfen sind ²⁾).

2. Das Dienstverhältniß regelt sich nach Landesrecht ³⁾, soweit nicht das B. G.-B. Bestimmungen getroffen hat ⁴⁾. Es wird begründet durch Anstellung ⁵⁾ nach Maßgabe des Civilstaatsdienstgesetzes ⁶⁾. Hiernach erfolgt die Anstellung entweder durch landesherrliches Patent oder durch Anstellungsurkunde des Staatsministeriums ⁷⁾, und zwar wird der Dienstverband begründet durch Aushändigung dieser Urkunden an den Beamten, falls dieser nicht binnen acht Tagen die Ablehnung erklärt ⁸⁾. Die Anstellung gilt regelmäßig auf

treter des Staates immer Beamte sind. (Vergl. oben §. 22, Note 31.) — Der Begriff des Communalbeamten und seine Rechtsverhältnisse sind entsprechend. Auch die Notare gehören zu den „öffentlichen Beamten“, die sich in vieler Beziehung von den eigentlichen Staatsbeamten unterscheiden. Vergl. §. 25 Br. Ausf. F.-G.

²⁾ Hierzu gehören auch die Lehrer an den Gymnasien und höheren Lehranstalten, sowie die Physici und die vom Staate besoldeten Wundärzte, außerdem die Mitglieder des Herzogl. Consistoriums. Vergl. Rhamm, Br. Verfassungsgef., S. 190 u. Comm. z. Civilst., Note 2. Ausgenommen sind dagegen nach §. 1: a) die Hofbeamten, b) die Mitglieder des Gensdarmecorps, c) die landschaftlichen Beamten, d) die Kirchen- und Schuldiener, e) die Gemeindebeamten, f) die Notare. Ueber Gerichts- assessoren vergl. §. 88 des Civ.-Staatsd.-Ges. Die Referendare unterfallen diesem Gesetze nicht.

³⁾ Hinsichtlich der vermögensrechtl. Verhältnisse ergibt sich dies aus dem Vorbehalt in Art. 80 E. B. G.-B., im Uebrigen aus der öffentlich-rechtlichen Natur des Verhältnisses. (Planck, Com. z. B. G.-B. II, S. 347; Voening, Deutsche Jur.-Z. V, S. 10. Vergl. aber auch Cosack, Lehrbuch I, §. 143, II, 4.)

Für ein Staatsbeamtenverhältniß sind die Gesetze desjenigen Staates maßgebend, in dem er angestellt ist, nicht desjenigen, in dem er seinen dienstlichen Wohnsitz hat. Entsch. R.-G. XXVIII, 156 f.

⁴⁾ Hierhin gehören §§. 197, 394, 400, 411, 570, 839, 841, 1315, 1784, 1888 B. G.-B.

⁵⁾ Ueber deren Theorie herrscht Streit. Nach einer Ansicht erfolgt die Anstellung durch einseitigen Act der Staatsgewalt, nach anderer durch einen öffentlich-rechtlichen Dienstvertrag. Für uns folgt aus §. 5, Abs. 4 Civ.-Staatsd.-Ges. (siehe unten Note 8), daß es sich um einen Vertrag handelt. Nur durch den Inhalt der dem Beamten obliegenden Functionen unterscheidet er sich von dem privatrechtlichen Dienstvertrag. Mehrere rein civilrechtliche Folgen (z. B. über Zulässigkeit des Rechtsweges für Ansprüche der Beamten gegen den Staat: Endemann, Lehrbuch I, §. 179, 1; Br. Gef. v. 1. April 1879, Nr. 11, §. 30, Z. 1 und Civ.-Staatsd.-Ges. §. 144; Entsch. Reichsger. XVIII, 174) rechtfertigen die Darstellung im Privatrecht.

⁶⁾ Früher wurden diese Rechtsverhältnisse geregelt durch Gef. v. 12. Oct. 1832, Nr. 25. Die Verhältnisse der nicht unter das Civilstaatsdienstgef. fallenden öffentl. Beamten werden geregelt durch die Gef. v. 20. März 1890, 1. April 1890, 13. Juni 1890, 15. Juni 1890, 1. Dec. 1890. Vergl. auch §. 29 des Br. Ausf. F.-G.

⁷⁾ §. 5, l. c. Die Dienstzeit wird von diesem Tage des ersten Patents bzw. der ersten Anstellungsurkunde an berechnet. §. 6, l. c. Die Verordn. v. 15. April 1889, Nr. 21 bestimmt, welche Beamten durch landesherrliches Patent anzustellen sind.

⁸⁾ Aus dieser Vorschrift des §. 5, Abs. 4, l. c. folgt, daß es sich um eine vertragliche Willenseinigung handelt, nicht bloß um einen einseitigen Regierungsact. Auf das Recht der Ablehnung kann aber, wie auf jedes Recht, rechtswirksam verzichtet werden. Ein solcher Verzicht ist anzunehmen, wenn der Beamte um seine Anstellung nachgefragt hat.

Lebenszeit⁹⁾. Vor dem Dienstantritt¹⁰⁾ soll der Staatsbeamte einen Dienst-
eid leisten¹¹⁾. Cassenbeamte und Erheber öffentlicher Gelder haben Caution
zu stellen¹²⁾.

3. Ueber vermögensrechtliche Ansprüche der Staatsbeamten aus
ihrem Dienstverhältniß, insbesondere über Ansprüche auf Dienst Einkommen oder
Pension, sowie über die den Hinterbliebenen der Staatsbeamten gesetzlich ge-
währten Rechtsansprüche auf Bewilligungen findet der Rechtsweg Anwendung¹³⁾.
Dabei kommen folgende Bestimmungen in Betracht:

- a) Das gesetzliche oder vertragsmäßige Dienst Einkommen muß regel-
mäßig vom Tage des Dienstantritts an gezahlt werden¹⁴⁾. Jedoch
können Ansprüche des Staats aus dem Dienstverhältniß gegen den
Beamten mit seinen Ansprüchen auf Dienst Einkommen aufgerechnet
werden, und zwar auch insoweit, als dieses der Pfändung nicht unter-
liegt¹⁵⁾. Im Uebrigen erfolgt die Zahlung monatlich im Voraus und
gilt der Anspruch als erworben, sobald der Beamte den Anfang des

⁹⁾ Unbedingt gilt dies für Richter. Andere Beamte können jedoch nach §. 111,
l. c. in den ersten drei Jahren ohne Grund und ohne Ersatzansprüche verabschiedet
werden. Ueber diese Zeit hinaus ist dies ohne Grund nur dann möglich, wenn
Widerruf oder Kündigung ausdrücklich vorbehalten ist (§. 7, l. c.). Im Communal-
dienst ist die Anstellung auf bestimmte Zeit besonders häufig.

¹⁰⁾ Dieser ist identisch mit der Uebernahme der Dienstgeschäfte, nicht mit der
Begründung des Dienstverbandes, der nach Behandigung des Patents (§. 5, l. c.),
auch nicht mit Beginn der Dienstzeit, die nach dem Datum des Patents be-
rechnet wird.

¹¹⁾ §. 8, l. c. und §. 154 R. L.-O. Der Diensteid der Civilstaatsdiener ist
durch Verordn. v. 20. Oct. 1832, Nr. 44, §. 1 normirt. — Die Begründung des
Dienstverbandes ist von der Beeidigung auch da nicht abhängig, wo die Eidesleistung
ausdrücklich vorgeschrieben ist. Vergl. oben Note 1 und 10.

¹²⁾ §. 8, Abs. 2, l. c. vergl. mit Gef. v. 12. Oct. 1832, Nr. 25, §. 25 und
Art. 90 E. B. G.-B. Da die Caution dem öffentlichen Rechte angehört, sind für sie
die Bestimmungen über Sicherheitsleistung in §§. 232 ff. B. G.-B. nicht anwendbar.
Insbesondere braucht die Caution nicht hinterlegt zu werden (Mot. Br. Ausf. B. G.-B.
S. 302). Der Staat erwirbt jedoch, wie im Privatrecht, an der gestellten Caution
ein Pfandrecht, und zwar, wenn die Caution in Geld geleistet sein sollte, ein pignus
irregulare, wie es auch nach dem B. G.-B. noch möglich ist.

¹³⁾ §. 144 Civ.-Staatsd.-Gef. Jedoch muß die Entscheidung des Staatsminist.
der Klage vorhergehen, diese auch innerhalb sechs Monaten nach Erlaß der Ent-
scheidung angebracht werden, wobei die Entscheidung der Disciplinar- u. Verwaltungs-
behörden über Verabschiedung, Pensionirung u. maßgebend sein soll. — Zuständig
für die Klage ist nach §. 30, Z. 1 des Landesgef. v. 1. April 1879, Nr. 11 das
Landgericht.

¹⁴⁾ §. 9, l. c. Die Gehaltsverhältnisse der Staatsbeamten sind neuerdings
unter Zugrundelegung des Systems der Alterszulagen durch Gehaltsordnung vom
14. Januar 1901, Nr. 3, geregelt. Früher fand das Classensystem Anwendung gemäß
Landtagsabsch. v. 12. Juni 1874; 4. bezw. 10. September 1876; 5., 10. Juni 1880;
20., 27. December 1883; 22. November 1886.

¹⁵⁾ §. 22 Br. Ausf. B. G.-B. Maßgebend für die Frage, wann ein Gehalts-
anspruch der Pfändung unterliegt, sind §§. 850 u. 928 Reichs-Civ.-Pr.-O. Gegen-
über den Ansprüchen auf Wittwen- und Waisengeld ist Aufrechnung gemäß §. 394
B. G.-B. überhaupt ausgeschlossen. Vergl. Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 21 f.

betreffenden Monats im Staatsdienste erlebt hat ¹⁶⁾). Abgetreten oder verpfändet kann der Anspruch auf Gehalt nur werden, soweit er der reichsgesetzlichen Pfändung nicht unterliegt ¹⁷⁾).

- b) Die Gewährung einer Dienstwohnung steht unter den Regeln des Nießbrauchs ¹⁸⁾, sofern nichts Anderes festgesetzt ist ¹⁹⁾. Beim Tode des Inhabers kann die hinterlassene Familie die Wohnung nach Ablauf des Sterbemonats noch zwei fernere Monate benutzen, falls sie nicht wegen Pensionirung oder Versetzung des Beamten schon eher zu räumen war. Ist aber keine Familie vorhanden oder ist im Interesse des Dienstes die sofortige Wiederbenutzung der Wohnung erforderlich, so muß sie am 30. Tage nach dem Tode des Inhabers geräumt werden, und zwar in letzterem Falle gegen billige Entschädigung der Familie ²⁰⁾. Statt der Dienstwohnung kann auch ein Wohnungsgeldzuschuß oder eine Miethsentschädigung gewährt werden ²¹⁾. Die Zahlung erfolgt vierteljährlich am ersten Tage des letzten Monats, während der Anspruch darauf bereits als erworben gilt, wenn der Beamte den Anfang des betreffenden Vierteljahrs im Staatsdienste erlebt hat ²²⁾.
- c) Zu den sonstigen Dienstemolumenten gehören Dienstaufwandsgeelder, Entschädigung für Pferdehaltung und Fourage, außerordentliche Remunerationen, Diäten und dergl. ²³⁾.
- d) Anspruch auf lebenslängliche Pension hat der in den Ruhestand versetzte Beamte, falls er Gehalt aus der Staatscasse bezogen oder

¹⁶⁾ §. 10, I. c. Ueber die Fälligkeit der Alterszulagen s. Ausf.-Vorj. IV 3. Gehaltsordn.

¹⁷⁾ §. 11 Civ.-Staatsd.-Ges. Der Pfändung unterliegen diese Ansprüche gemäß §§. 850 u. 928 Reichs-Civ.-Pr.-O. S. auch oben §. 33, II, 2 b und unten §. 89.

¹⁸⁾ Dabei bestehen manche herkömmliche Regeln, die theilweise durch verschiedene Rescripte festgelegt sind. So muß der Nutznießer kleinere Reparaturen (bis zu 3 Mt.) selbst tragen, ebenso für den Fußbodenanstrich sorgen. Beim Abzug hat er die Wände und Decken ordnungsmäßig geweißt zu übergeben. Vergl. Regulativ über die Benutzung herrschaftl. Wohnungen v. 13. Febr. 1835; s. auch Rescr. v. 16. Febr. 1850 (Wege, Repert. VII, 71).

¹⁹⁾ Wird Mieth- oder Pachtzins gezahlt, so haben die für die Miethe und Pacht maßgebenden Bestimmungen Geltung. Jedoch folgt daraus, daß der Beamte außer dem Verzicht auf den ihm etwa zustehenden Wohnungsgeldzuschuß noch eine jährliche Geldentschädigung zu zahlen hat, noch nicht, daß es sich um ein Miethsverhältniß handelt.

²⁰⁾ §. 14, I. c. Da der Nießbrauch mit dem Tode des Berechtigten endigt (§. 1061 B. G.-B.), so gehört das Recht der weiteren Benutzung nicht zum Nachlaß. Es steht auch nicht den Erben als solchen, sondern der „Familie“ des Beamten zu. Hierunter wird man nicht nur Frau und Kinder, sondern alle Angehörigen verstehen müssen, die an der Haushaltung des Beamten theilgenommen haben. Ist solche Familie nicht hinterlassen, so haben das Recht des Dreißigsten allerdings die Erben des Beamten.

²¹⁾ §. 135, I. c. Die Höhe regelt sich nach Art. 14 des Landtagsabschieds vom 12. Juni 1874 bezw. nach Anl. D das.

²²⁾ §. 10, I. c. Soweit der Anspruch erworben ist, gehört er zum Nachlaß.

²³⁾ Vergl. §. 135 Civ.-Staatsd.-Ges. Vergl. Ausf.-Vorj. III 3. Gehaltsordn.

gewährleistet erhalten hat²⁴⁾. Die Höhe richtet sich nach der Zahl der Dienstjahre²⁵⁾ und der Höhe des Diensteinkommens²⁶⁾. Der Anspruch auf Pension fängt von dem Zeitpunkt an, zu welchem die Versetzung in den Ruhestand verfügt ist. Die Zahlung erfolgt monatlich im Voraus²⁶⁾. Hinsichtlich der Aufrechnung, Abtretung und Verpfändung gelten dieselben Grundsätze, wie bei dem Gehalt²⁷⁾. Das Recht auf Bezug von Ruhegehalt ruht, wenn und so lange ein Pensionirter im Staatsdienste oder im Dienste des Reiches oder eines anderen Bundesstaates ein Dienst Einkommen bezieht, insoweit, als der Betrag dieses neuen Dienst Einkommens unter Hinzurechnung der Pension den Betrag des von dem Beamten vor der Pensionirung bezogenen Dienst Einkommens übersteigt. Die Pension geht verloren bei Verurtheilung zu Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter, Verlust der Staatsangehörigkeit und in ähnlichen Fällen²⁸⁾.

- e) Der Wittve bzw. den ehelichen Nachkommen des Beamten steht sowohl dessen volle Besoldung, wie auch dessen Ruhegehalt noch für die auf den Sterbemonat folgenden beiden Monate (Gnadenmonate) zu²⁹⁾.
- f) Die Haftpflicht des Beamten Dritten gegenüber wegen Verletzung seiner Amtspflicht regelt sich nach dem B. G. = B.³⁰⁾. Die Regresspflicht des Staates gegen seine Beamten in Grundbuchsachen ist landesgesetzlich festgesetzt³¹⁾. Im Uebrigen ist sie nach allgemeinen Grundsätzen zu beurtheilen³²⁾.

²⁴⁾ §. 133, 1. c. Remunerationen oder Diäten begründen einen Pensionsanspruch nicht.

²⁵⁾ Die Ruhegehälter sind neuerdings in der Weise gesetzlich geregelt, daß die Pension im Höchstbetrage 80 Proc. des Gehalts nicht übersteigt. Früher betrug die Pension bis zum fünften Dienstjahre ein Drittel des Dienst Einkommens und von da ab mit jedem Jahre $1\frac{1}{2}$ Proc. mehr. Nach Vollendung des 50. Dienstjahres wurde das volle Dienst Einkommen als Pension gezahlt (§. 134, 1. c.). Besondere Bestimmungen sind für die Uebergangszeit getroffen.

²⁶⁾ Dazu werden außer dem eigentlichen Gehalt auch Wohnungsgeldzuschuß oder Miethsentschädigung gerechnet, nicht aber die sonstigen Emolumente. Vergl. §. 135, 1. c.

²⁷⁾ Vergl. oben bei Note 17.

²⁸⁾ §. 141, 1. c.

²⁹⁾ §§. 12 u. 139, 1. c. Da Einkommen sowohl wie Ruhegehalt von dem Beamten erst mit Beginn des Monats für den vollen Monat erworben wird, so gehören die Gnadenmonate nicht zu seinem Vermögen und Nachlaß. Er kann darüber nicht wirksam letztwillig verfügen. Den Berechtigten steht vielmehr ein selbständiger Anspruch kraft Gesetzes auf die Gnadenmonate zu. Für die Nachlaßschulden haften sie deshalb regelmäßig nicht.

³⁰⁾ §§. 839, 1848 B. G. = B.

³¹⁾ §. 6 Br. Ausf. G. = B. = D. Zuständig für die Klage ist nach §. 30, B. 4 des Landesges. v. 1. April 1879, Nr. 11 ausschließlich das Landgericht. — Mit dem Regressanspruch des Staates ist nicht zu verwechseln der Anspruch, den geschädigte Dritte direct gegen den Staat erheben können. S. hierüber oben §. 22, B. 4.

4. An landesgesetzlichen Beschränkungen der Beamten kommen folgende in Betracht:

- a) Kein Staatsbeamter darf ein Nebenamt, eine Nebenbeschäftigung gegen Vergütung oder ein Gewerbe und dergl. ohne Genehmigung des Staatsministeriums betreiben, oder Mitglied des Vorstandes oder Aufsichtsraths von Handelsgesellschaften und dergl. sein ³³⁾.
- b) Kein Staatsbeamter darf Aufträge, Geschenke oder Remunerationen von anderen Regierungen ohne Genehmigung des Landesfürsten und anderweite Belohnungen in Bezug auf sein Amt ohne Genehmigung des Staatsministeriums annehmen ³⁴⁾.
- c) Bergbeamte, sowie deren Frauen und unter elterlicher Gewalt stehenden Kinder dürfen Bergwerkseigenthum durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden nur mit Genehmigung des Staatsministeriums erwerben ³⁵⁾.
- d) Zur Eingehung der Ehe bedürfen Officiere des Gensdarmiercorps der Genehmigung des Landesherrn, die Mannschaften aber der Genehmigung des Staatsministeriums, widrigenfalls sie ohne Gehalts- oder Pensionsansprüche entlassen werden können, während die Gültigkeit der Ehe von der fehlenden Genehmigung nicht abhängt ³⁶⁾.
- e) Staatsbeamte bedürfen zur Uebernahme einer Vormundschaft, Gegenvormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft der Erlaubniß ihrer vorgesetzten Behörde, sofern sie nicht kraft Gesetzes berufen sind ³⁷⁾.
- f) Nach dem Tode eines Beamten kann, unbeschadet der Zuständigkeit der Gerichte, die Behörde, welcher der Verstorbene angehörte, oder die vorgesetzte Dienstbehörde für die Sicherung der amtlichen Acten

³²⁾ Vergl. §. 19 Civ.-Staatsd.-Ges. u. §. 153 R. L.-D., sowie Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 144.

³³⁾ §. 22 Civ.-Staatsd.-Ges. Medicinalpersonen sind ausgenommen. Im Uebrigen kann das Verbot nur disciplinäre Wirkungen, nicht aber die Ungültigkeit zur Folge haben. Mot. B. G.-B. II, S. 80 ff.; Endemann, Lehrbuch I, §. 179, Note 4.

³⁴⁾ §. 21, l. c. Die Definition, welche §. 516 B. G.-B. von einer Schenkung giebt, gilt für die Landesbeamten nicht. Vergl. Endemann, Lehrbuch I, §. 164, Note 1, Abf. 2. — Ueber das specielle Verbot der Geschenkfannahme für Steuerbeamte s. Ges. v. 23. April 1835, Nr. 16, §. 26 u. unten §. 49. — Ueber Zuwiderhandlungen s. oben das in Note 33 Gesagte.

³⁵⁾ §. 197 Bergges. v. 15. April 1867. Ueber Zuwiderhandlungen vergl. das oben in Note 33 Gesagte.

³⁶⁾ §. 65 Br. Ausf. B. G.-B. vergl. mit §. 1315 B. G.-B. Entsprechende Bestimmungen gab früher schon das Landesges. v. 28. Juni 1872, Nr. 38, §. 5.

³⁷⁾ §. 99 Br. Ausf. B. G.-B. Ob auch Referendare zu den Beamten zu rechnen sind, ist streitig. Dernburg, Vorm., S. 157, Abf. 4 bejaht, Schultetus, Handb. des Vorm., S. 32 verneint die Frage. Nach unserem Landesrecht (s. oben Note 1) muß sie bejaht werden. — Früher bedurften Staatsbeamte keiner Erlaubniß (vergl. Zeitschr. f. Rechtspf. XII, 10), mit Ausnahme der Mitglieder des ehemaligen D.-App.-G., die nicht gegen ihren Willen und nur mit Zustimmung des Collegiums Vormünder werden konnten. D.-A.-G.-Ord. v. 16. Sept. 1835, Nr. 53, §. 41.

oder sonstigen Sachen, deren Herausgabe auf Grund des Dienstverhältnisses verlangt werden kann, geeignete Maßregeln treffen ³⁹⁾).

5. Die Auflösung des Dienstverbandes kann, abgesehen von dem Tode des Beamten, auf folgende Weise erfolgen:

- a) durch Widerruf oder Kündigung, wo diese gesetzlich möglich oder im Einzelfalle vorbehalten ist ³⁹⁾;
- b) durch freiwillige oder unfreiwillige Versetzung in den Ruhestand ⁴⁰⁾;
- c) durch Verabschiedung auf Antrag ohne Pension ⁴¹⁾;
- d) durch Dienstentlassung mit Gnadengehalt im Disciplinarverfahren ⁴²⁾;
- e) durch Absetzung in Folge Strafurtheils ⁴³⁾.

Vierter Abschnitt.

Die anderen Verträge.

§. 48.

A u f.

I. Der allgemeinen Regel gemäß sind die vor dem 1. Januar 1900 abgeschlossenen Kaufverträge nach früherem Rechte zu beurtheilen ¹⁾).

II. Seit dem Inkrafttreten des B. G.-B. regelt dieses den Kaufvertrag ²⁾. Die Landesgesetzgebung hat nur in folgender Beziehung eingegriffen:

1. Hinsichtlich der öffentlichen Versteigerungen ist bestimmt,

- a) daß die im Verwaltungszwangsverfahren gepfändeten Früchte zwar vor ihrer Trennung, aber erst nach der Reife versteigert werden dürfen ³⁾;

³⁸⁾ §. 12 Br. Ausf. F.-G.

³⁹⁾ Vergl. oben Note 9.

⁴⁰⁾ §. 113 Civ.-Staatsd.-Gesf.

⁴¹⁾ §§. 109 ff., l. c.

⁴²⁾ §§. 39 ff., l. c.

⁴³⁾ §. 143 dasf.

¹⁾ Art. 170 E. B. G.-B. Der Kaufvertrag unterstand bei uns dem im Wesentlichen unveränderten gem. R. Windscheid, Pand. II, §§. 385 bis 397; Dernburg, Pand. II, §§. 94 bis 102; Steinacker, Br. Privatr., §§. 112 ff. Von Abweichungen sind besonders hervorzuheben, a) daß der Kaufvertrag über Immobilien nach §. 74 des G.-E.-G. v. 8. März 1878 der gerichtl. oder not. Verlautbarung bedurfte, sonst aber convalescirte, wenn die Eintragung im Grundbuche stattfand; b) daß ein Eigenthumsvorbehalt an Mobilien nach §. 18 Mob.-Pfandgesf. v. 8. März 1878, Nr. 13 ungültig war.

²⁾ §§. 433 bis 515, 318 B. G.-B.

³⁾ §. 29 a Br. Ausf.-Zw.-G. v. 12. Juni 1899. Diese Bestimmung ist übereinstimmend mit §. 824 Reichs-Civ.-P.-O., deren Grundsätze hier deshalb ebenfalls zur Anwendung kommen.

b) daß das Abhalten vom Bieten bei Strafe verboten ist ⁴⁾).

2. Verboten und nichtig ist der Verkauf eines Lotterieloses durch einen Lotteriellecteur gegen einen anderen Kaufpreis als Geld. Alles in Folge des nichtigen Vertrages Gegebene oder dessen Werth können zurückgefordert werden ⁵⁾).

3. Tröbder ⁶⁾ sind verpflichtet, ein Geschäftsbuch zu führen, aus dem ihre Geschäfte nach bestimmten Vorschriften zu ersehen sind. Gegenstände, von denen der Tröbder erfahren hat oder wissen mußte, daß sie mit Menschen oder Thieren in Berührung gekommen sind, die an ansteckenden Krankheiten litten, dürfen nur angekauft werden, nachdem sich der Tröbder überzeugt hat, daß dieselben ordentlich desinficirt sind ⁷⁾).

4. Die gesetzlichen Vorkaufsrechte ⁸⁾ des Particularrechts bedürfen zu ihrer Begründung und Wirksamkeit der Eintragung im Grundbuche nicht ⁹⁾. Dieses sind:

a) Das Vorkaufsrecht des Erbzinsheeren ¹⁰⁾, über dessen Ausübung er

⁴⁾ §. 10, 3. 12 P.-Str.-G.-B. v. 23. März 1899. Zuwiderhandeln zieht nicht nur Strafe, sondern event. auch Schadenersatzpflicht nach Maßgabe des B. G.-B. nach sich.

⁵⁾ P.-Str.-G.-B. §. 15, 3. 3 u. Schlusssatz. Vergl. §. 309 B. G.-B.

⁶⁾ Tröbder sind gemäß §. 35, Abs. 2 der Reichs-Gew.-O. diejenigen, welche Handel mit gebrauchten Kleidern, gebrauchten Betten oder gebrauchter Wäsche, altem Metallgeräth, Metallbruch oder dergl., Garnabfällen oder Dräumen, Seide, Wolle, Baumwolle oder Leinen treiben.

⁷⁾ Bekanntmachung v. 21. Dec. 1881 de 1882, Nr. 2.

⁸⁾ Das früher noch gegen den Bergwerkseigentümer durch §. 144 des Berggef. v. 15. April 1867, Nr. 23 gegebene Vor- und Widerkaufsrecht ist durch Gef. v. 12. Juni 1899, Nr. 44, 3. XV aufgehoben. Schon früher sind antiquirt die älteren particularen Vorkaufsrechte, welche

a) die Landesregierung bei Veräußerung des abstämmigen Holzes in den Forsten des Adels und der Klöster gemäß Landtagsabsch. v. 27. Januar 1619, Art. 16 (Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 45);

b) die Landeseinwohner vor Ausländern beim Ankauf von Bergmaterialien nach Art. 14 u. 15 das;

c) die Kaufleute der Stadt Braunschweig bezüglich der den Matlern der Stadt von fremden Kaufleuten zum Verkauf gegebenen Waaren nach der Matler-Ord. v. 18. Januar 1781, §§. 14, 15 (Steinacker, Promt. II, 451) hatten.

Das Vorkaufsrecht, welches dem Communionbergamte nach dem Landtagsabsch. v. 1597, §. 16 und dem Receß v. 4. Oct. 1788, §. 5 an dem Holze zustand, ist mit der Theilung des Communiongebietes gegenstandslos geworden. Vergl. oben §. 5.

⁹⁾ §. 52 Br. Ausf. B. G.-B. Diese gesetzliche Bestimmung, welche unter den Vorbehalt in Art. 164, 119 E. B. G.-B. vergl. mit §. 83 R.-G.-B.-D. fällt, hält die frühere Vorschrift des §. 17, 2 Br. G.-E.-G. v. 8. März 1878 aufrecht. Die dingliche Wirksamkeit dieser Vorkaufsrechte äußert sich in entsprechender Weise, wie bei den gesetzlichen des B. G.-B. (vergl. §. 2034 ff. das.) oder denjenigen, welche ihre dingliche Wirksamkeit durch Eintragung erlangt haben (vergl. §§. 1094 ff.). Die vor 1900 begründeten Vor- und Widerkaufsrechte bestimmen sich nach bisherigem Recht. Vergl. Habicht, Einwirkung, S. 201 ff.

¹⁰⁾ Landesf. Refcr. v. 11. Oct. 1783 (Steinacker, Promt. I, 280).

sich bei Vermeidung des Verlustes innerhalb zwei Monaten nach Anzeige erklären muß¹¹⁾).

- b) Das gemeinrechtliche Vorkaufsrecht des Emphyteuta, soweit eine Emphyteuse nach dem Inkrafttreten des B. G.-B. noch besteht¹²⁾.
- c) Ein Vorkaufsrecht hat ferner die Forstgenossenschaft bei jeder zulässigen Veräußerung eines Forstnutzungsrechtes an eine dritte Person. Die Auflassung eines solchen Forstnutzungsrechtes an einen dritten Erwerber darf nur erfolgen, wenn die Forstgenossenschaft entweder auf ihr Recht verzichtet, oder sich in der ihr auf Antrag von Amtsgerichts wegen gesetzten Präklusivfrist nicht erklärt¹³⁾.

§. 49.

Schenkung.

Die vor dem 1. Januar 1900 erfolgten Schenkungen unterliegen dem früheren Recht¹⁾. Für die späteren Schenkungen gilt das B. G.-B.²⁾. Das Landesrecht greift lediglich in folgenden Beziehungen ein:

1. Nach dem Tode des Schenkers kann die Erfüllung einer Auflage, die im öffentlichen Interesse liegt, nach Maßgabe des B. G.-B. von derjenigen Landesbehörde verlangt werden, in deren Geschäftsbereich das öffentliche Interesse fällt oder die, wenn Zweifel bestehen, vom Herzoglichen Staatsministerium bestimmt wird³⁾.

2. Verboten ist der Schenkungsvertrag über besondere Douceurgelder an Lotteriellecteure für den Fall des Gewinns. Alles in Folge eines solchen Vertrages Gegebene bezw. dessen Werth kann zurückgefordert werden⁴⁾.

¹¹⁾ Landesf. Circ.-Rescr. v. 17. Dec. 1827; Gef.-u. Verordnungsff. v. 1828, Nr. 1.

¹²⁾ Vergl. unten §. 87 und Dernburg, Pand. I, §. 260, Z. 3.

¹³⁾ Gef. v. 19. Mai 1890, Nr. 16, §. 9.

¹⁾ Art. 170 E. B. G.-B. Schenkungen unter Ehegatten bleiben daher ungültig (Zeitschr. f. R. XII, 181; XVII, 181; XLII, 206), falls nicht nachträgliche Bestätigung anzunehmen ist. Eine solche würde aber zu ihrer Wirksamkeit, wenn es sich um eine Bürgschaft handelt, der schriftlichen Form (§. 766 B. G.-B.), um ein Schenkungsversprechen, der notariellen oder gerichtl. Beurkundung (§. 518, 1. c.), um eine schenkweise Leistung, keiner besonderen Form bedürfen. In keinem Falle aber kann die Bestätigung Rückwirkung auf den Zeitpunkt ihres Abschlusses, sondern erst auf den 1. Januar 1900 haben. Vergl. Habicht, Einwirkung, §. 47, 5, S. 511 f. Große Schenkungen, d. h. über 1555% Thlr. (Zeitschr. f. R. XLII, 204), bleiben als Versprechen ungültig und als Leistung anfechtbar, wenn sie nicht gerichtlich oder notariell verlaubar waren (Zeitschr. f. R. XVIII, 132; XXXV, 128; XLVII, 205). Im Uebrigen sind aber die vor 1900 abgegebenen Schenkungsversprechen gültig, auch wenn sie formlos abgegeben sind.

²⁾ §§. 516 bis 534 B. G.-B.

³⁾ §. 23 Br. Ausf. B. G.-B. vergl. mit §. 525 B. G.-B.

⁴⁾ §. 15, Z. 3 e und Schlußsatz P.-Str.-G.-B. Vergl. §. 309 B. G.-B. und Ude, Commentar z. P.-Str.-G.-B., 2. Aufl., S. 187, Note 15. S. auch noch Zeitschrift f. R. V, 101; VI, 56.

3. Civilstaatsdienstbeamte⁵⁾ dürfen als solche überhaupt keine Geschenke ohne Genehmigung des Staatsministeriums annehmen⁶⁾. Dasselbe gilt für Steuerbeamte mit der Maßgabe, daß trotzdem angenommene Geschenke der staatlichen Confiscation unterliegen⁷⁾.

§. 50.

Miethe und Pacht.

I. Für ein Mieth- oder Pachtverhältniß, das bereits vor dem 1. Januar 1900 bestanden, aber diesen Zeitpunkt überdauert hat, gilt das bisherige Recht¹⁾ unter Umständen noch für lange Zeit. Das neue Recht gilt nämlich für diese Rechtsverhältnisse erst von dem Zeitpunkte an, für den die Kündigung nach dem 1. Januar 1900 nach den bisherigen Gesetzen zuerst zulässig war²⁾. Bis zu diesem Zeitpunkte findet daher auch noch der sonst vom B. G.-B. bezeugte Grundsatz „Kauf bricht Miethe“, soweit dieser bisher Geltung hatte, Anwendung³⁾.

⁵⁾ Ueber den Begriff der C. s. oben §. 47.

⁶⁾ Civ.-Staatsd.-Ges. v. 4. April 1889, Nr. 17, §. 21, Abs. 2. Diese Vorschrift bleibt, wie die Mot. zu Art. 80 E. B. G.-B. S. 80 ff., Nr. I, 5 ausdrücklich hervorheben, bestehen; sie hat aber nur disciplinäre Bedeutung. Endemann, Lehrbuch I, §. 179, Note 4 vergl. §. 164, Note 1, Abs. 2. S. auch oben §. 47, Note 34.

⁷⁾ Ges. v. 23. April 1835, Nr. 16, §. 26.

¹⁾ In Geltung war im Herzogthum Braunschweig wesentlich unverändert das gem. R. (Windscheid, Pand. II, §. 400; Dernburg, Pand. II, §. 111; vergl. auch Steinacker, Br. Privatr., §. 119 ff.). Abweichend war hauptsächlich bestimmt a) durch Verordn. v. 25. Oct. 1760 (Steinacker, Promt. I, 306), daß der Satz „Kauf bricht Miethe“ nur unter Beschränkungen Wirksamkeit haben sollte; b) durch Ges. v. 21. März 1871, §. 1 die Ziehzeiten; c) durch Conclumum der Stadtgerichte v. 6. Sept. 1826 die Kündigungsfristen und Ziehzeiten in der Stadt Braunschweig.

²⁾ Art. 171 E. B. G.-B. Ueber die Tragweite dieses Artikels giebt es zwei Ansichten. Nach der einen hat die Kündigung, ohne Rücksicht auf vertragliche Bestimmungen, unter Einhaltung der landesgesetzlichen oder ortsüblichen Kündigungsfrist zu erfolgen, anderenfalls mit Ablauf dieser Frist das neue Recht anwendbar ist (Fränkel, Deutsch. Jurist.-Z. 1898, S. 96; Derselbe, Mieth- u. Pacht., S. 105). Nach der anderen Ansicht ist die Frist in erster Linie nach dem Vertrage zu bestimmen, auch wenn er auf Jahrzehnte abgeschlossen ist, und erst beim Fehlen vertraglicher Festsetzungen nach den ergänzenden Vorschriften des Landesrechts (Habicht, Einwirkung, §. 31, S. 263; Stadthagen, Deutsch. Jurist.-Z. 1898, S. 185 ff.; Schuld, Miethr. nach dem B. G.-B. 1898, S. 10 ff.; Brückner, Die Miethe nach dem B. G.-B. 1900, S. 140; Zimmermann in Seuff. Bl. f. Rechtsanw. 1900, S. 57). Die letztere Ansicht kann als herrschende bezeichnet werden, sie hat auch schon in der Praxis Eingang gefunden (R.-G. Hamburg v. 16. Mai 1900 in der Hanseat. Gerichtszeitung v. 1900, S. 140). Ist die vertragliche Frist für Miether und Vermiether verschieden bestimmt, so wird die längere Frist für maßgebend anzusehen sein.

³⁾ Art. 172 E. B. G.-B. und §. 571 B. G.-B. Nach der Landesf. Verordn. v. 25. Oct. 1760 (Steinacker, Promt. I, 406; Schneider, Repert. II, 12 ff.) sollte Kauf nicht Miethe brechen, wenn ein schriftlicher Miethvertrag über ein Grundstück auf bestimmte Jahre abgeschlossen war. Aber auch dann, wenn ein solcher Vertrag nicht vorlag, sollte der Kauf nur zur Kündigung mit einjähriger Frist berechtigen.

II. Im Uebrigen gilt für die Miethverträge grundsätzlich das B. G.-B. Doch kann der Ortsgebrauch auch künftig noch für die Zinszahlungen, die Ziehzeiten und die Kündigungsfristen insofern von Bedeutung sein, als er dem muthmaßlichen Willen der Parteien entspricht⁴⁾. Miethverträge über Loose während der Ziehung sind verboten und muß alles in Folge solcher nichtigen Verträge Gegebene bezw. dessen Werth zurückerstattet werden⁵⁾. Ein Vormiethrecht haben die Abkömmlinge desjenigen, der auf Lebenszeit einen Kirchenstuhl gemiethet hat, sofern das Recht innerhalb eines Jahres nach dem Ableben des Inhabers geltend gemacht wird⁶⁾.

III. Ueber die Pachtverträge bei Jagdbezirken zur Ausübung der Jagd⁷⁾, sowie über den Einfluß von Gemeinheitstheilungen und Ablösungen auf bestehende Pachtverhältnisse ist an anderer Stelle gehandelt⁸⁾. Im Uebrigen hat die Landesgesetzgebung neben dem B. G.-B. nur folgende Vorschriften getroffen:

1. Dem Pächter steht neben dem Eigenthümer und Nutznießer die Unterhaltungspflicht hinsichtlich der zu den Pachtgrundstücken gehörigen Privatgewässer zu, aber vorbehaltlich seiner Regressansprüche gegen jene⁹⁾.

2. Ein Vorpachtsrecht kann particularrechtlich noch in nachstehenden Fällen vorkommen:

a) Den Gemeinden steht ein Vorpachtsrecht bezüglich des in ihrer Feldmark belegenen Zehnten zu¹⁰⁾.

⁴⁾ Dies wird von Planck, Comm. B. G.-B., Abs. 1 der Anm. zu §. 551 u. §. 565, Note 1, sowie von Reichsgerichtsrath Brückner, Die Mieth nach dem B. G.-B. 1900, S. 43, 62, 99, ausdrücklich anerkannt. Das durch Concl. für die Stadt Braunschweig anerkannte Wohnrechtsrecht ist allerdings durch §. 118, Z. 63 Br. Ausf. B. G.-B. ausdrücklich aufgehoben. Wenn aber z. B. in den Harzorten und auch sonst auf dem Lande häufig nur der 1. Mai und 1. November als Ziehzeiten gelten, so wird dieser Ortsgebrauch auch jetzt vielfach dem Parteiwillen entsprechen und deshalb der Beurtheilung des Rechtsverhältnisses zu Grunde zu legen sein. Vergl. auch §§. 133, 157 B. G.-B.

⁵⁾ §. 15, Z. 3 u. Schlußsatz P.-Str.-G.-B. Vergl. dazu §. 309 B. G.-B. und Ude, Comment., 2. Aufl., S. 187.

⁶⁾ Verordn. v. 1617 (Steinacker, Promt. II, 34). — Diese gesetzliche Bestimmung, welche ungenau von einem Vorkaufs- anstatt von einem Vormiethsrecht spricht, kann übrigens durch statutarische Vorschrift, wie Kirchenstuhlordnungen u., umgeändert sein. Vergl. auch v. Schmidt-Philstedt, Br. Kirchenr., §. 114. S. auch den Vorbehalt in Art. 133 E. B. G.-B., wonach die Geltung des Landesrechts sich bestimmt.

⁷⁾ S. unten §. 63.

⁸⁾ S. unten §§. 71 u. 84.

⁹⁾ Wasserges. v. 20. Juni 1876, §. 4. Ueber die Verpflichtung der Pächter der zum Cammergut gehörigen Domänen bei Ausführung von Be- und Entwässerungsanlagen s. noch Ges.- u. Verordnungsbl. Nr. 10 v. 5./10. Juni 1880, Art. 8.

¹⁰⁾ Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597, Art. 17; Verordn. v. 10. Oct. 1651, §§. 2 u. 3; Landsh. Privileg. v. 9. April 1770, Art. 40; Verordn. v. 1. Sept. 1777 (Steinacker, Promt. II, 508 ff.). Vergl. auch Steinacker, Br. Privatr., §. 237. — Diese Bestimmung ist jedoch, nachdem mit Einführung der Ablösbarkeit der Zehnten durch die Ablösungsordnung diese wohl alle thatsächlich aufgehoben sind, unpractisch geworden.

- b) Der Hofbesitzer oder die Kinder des Leibzüchters haben ein Vorpachtsrecht an den Leibzuchtsländereien für den Fall, daß der Leibzüchter den Hof verläßt und aus dem Herzogthume verzieht. Die Ueberlassung muß gegen das übliche und angemessene Pachtgeld erfolgen¹¹⁾. Ein Vorpachtsrecht steht aber auch dann dem Hofbesitzer zu, wenn der Leibzüchter, ohne den Hof zu verlassen, die Länderei nicht selbst cultiviren will. In diesem Falle muß aber der Hofbesitzer ein ebenso hohes Pachtgeld zahlen, wie ein dritter Pächter geboten hat¹²⁾.

§. 51.

Werkvertrag.

Der Werkvertrag unterstand bis zum Inkrafttreten des B. G.-B. dem im Wesentlichen unveränderten gemeinen Rechte¹⁾. Nur für das Rechtsverhältniß zwischen dem Müller und dem Mahlgaste hat die Landesgesetzgebung besondere dispositive Bestimmungen getroffen, die auf Grund eines dem Particularrechte durch das B. G.-B. gemachten Vorbehalts fortdauernde Gültigkeit haben²⁾.

¹¹⁾ Landesf. Verordn. v. 23. Sept. 1737 (Steinacker, Promt. II, 82). Vergl. auch unten im Bauernrecht, §. 121.

¹²⁾ Landesf. Verordn. v. 23. Sept. 1737 (Steinacker, a. a. O.). — Ehe daher ein solches Pachtgebot nicht erfolgt, kann der Hofbesitzer das ihm zustehende Vorpachtsrecht nicht geltend machen. Doch hat er als Eigenthümer, wenn etwa der Leibzüchter das Land brach liegen lassen und dadurch verschlechtern sollte, die actio negatoria gegen denselben, da der Leibzüchter als deutsch-rechtlicher Nutznießer zu angemessener Cultivirung verpflichtet ist.

¹⁾ Vergl. Windscheid, Pand. II, §. 399, 7; Dernburg, Pand. II, §. 113. Aus der braunschw. Praxis vergl.: Unterschied zwischen loc. cond. operis und anderen Verträgen (Zeitschr. f. R. XVIII, 168; XIX, 81 ff.; XX, 193; XXIII, 14; XXVI, 98 f.); Veränderung des Bauplans (Zeitschr. f. R. XXXI, 76; XLII, 201 f.); Kostenanschläge (Zeitschr. f. R. XXVI, 128; XXXI, 77 ff.; XLII, 203); Haftung des Unternehmers f. f. Leute (Zeitschr. f. R. XXXI, 88; XLII, 203); Rücktritt des Bestellers (Zeitschr. f. R. X, 154; XVIII, 116; XIX, 89; XX, 193 ff.; XXIV, 43; XXVI, 103; XXXI, 65, 70; XLII, 203); stillschweigende Billigung des Bestellers (Zeitschr. f. R. VIII, 58; XIX, 98; XXIV, 166; XXVI, 116, 122); exceptio non rite adimpleti contractus (Zeitschr. f. R. II, 50; VII, 58; XIX, 100, 105 ff., 109 f., 220; XXIV, 119; XXVI, 115 ff., 122); Garantieübernahme (Zeitschr. f. R. XIX, 118; XXIII, 125; XXVI, 101, 139; XXXI, 87; XLII, 203).

Nach der Regel des Art. 170 E. B. G.-B. werden die Rechtsverhältnisse aus den vor 1900 abgeschlossenen Werkverträgen nach früherem Recht beurtheilt, auch wenn das opus erst nachher geliefert oder das rechtsändernde Ereigniß (Schaden u.) erst später eingetreten ist.

Der Verlagsvertrag untersteht nach Art. 76 E. B. G.-B. der Landesgesetzgebung, die aber keine besonderen Bestimmungen erlassen. Es sind deshalb neben dem Reichsges. v. 11. Juni 1870 über das Urheberrecht die Grundsätze des gemeinen Rechts anwendbar. Uebrigens ist die reichsgesetzl. Regelung dieser Materie demnächst zu erwarten. — Vergl. noch §. 118, Z. 4 Br. Ausf. B. G.-B.

²⁾ Das Mühlenrecht ist der Landesgesetzgebung vorbehalten durch Art. 65 E. B. G.-B. Das B. G.-B. hat hier deshalb nur subsidäre Bedeutung,

Diese Vorschriften, welche in der durch Gesetz vom 20. November 1871 ³⁾ abgeänderten allgemeinen Mühlenordnung vom 21. December 1841 enthalten sind ⁴⁾, haben folgenden Inhalt:

1. Der Preis für das Mahlen, imgleichen für Vertauschung, An- und Verkauf von Getreide und anderem Mahlgute bleibt der freien Vereinbarung überlassen, doch darf hierbei das Mahlgut nur nach Gewicht bemessen werden, wohingegen andere Verabredungen ungültig sein sollen ⁵⁾. Fehlt es an einer Vereinbarung über den Preis, so soll dieser für Schrotten von Malz höchstens einen Groschen acht Pfennig für jeden Scheffel (50 Liter) betragen ⁶⁾, während der Müller sonst an Stelle des Preises ein Sechzehntel des eingelieferten Mahlgutes beanspruchen kann ⁷⁾. Der höchste Betrag der Gebühr für die Reinigung des Getreides auf besonderen Vorrichtungen ist

- a) falls die angewandte Vorrichtung in einer vervollkommeneten Reinigungsmaschine besteht, auf sechs Pfennig,
- b) anderen Falles auf zwei Pfennig für den Scheffel (50 Liter) Getreide festgesetzt ⁸⁾.

2. Was das Mahlgut anlangt, so braucht der Müller zwar nicht dasselbe, welches ihm zum Mahlen überliefert ist, wohl aber solches von gleich guter Qualität zurückzuliefern, widrigenfalls er schadenersatzpflichtig ist ⁹⁾. Die Quantität des vom Müller zurückzuliefernden Mahlwerkes bestimmt sich

³⁾ Gef.- u. Verordnungsbl. Nr. 70.

⁴⁾ Der Mühlenzwang war schon durch die Landtagsabschiede v. 3. Juni 1597, Art. 22 u. vom 27. Januar 1619, Art. 20 (Steinacker, Promt. II, 175) verboten und dieses Verbot, sowie auch dessen Umgehung durch die Unsitte des Abholens des Getreides durch die Müller mittelst Circ.-Rescr. vom 30. September 1744 bezw. 22. September 1744 und den Landtagsabschied v. 9. April 1770, Art. 24 (Steinacker, Promt. II, 179, 176) nochmals eingeschärft. Vergl. auch Rescr. des Staatsm. v. 28. Jan. 1829 (Wege, Repert. II, 245) und Cammer-Rescr. v. 26. März 1830 (Wege, Repert. II, 252). Im Uebrigen war aber früher das Müllergewerbe concessionspflichtig (s. unten §. 101, Note 40) und der strengsten Aufsicht des Staates unterstellt. In dieser Beziehung schrieb die Verordn. v. 23. November 1744 vor, daß die Landcommissarien ein wachsames Auge auf die Mühlen haben und diese häufig visitiren sollten. Nach dem Landesf. Ausschreiben v. 11. März 1752 (Steinacker, Promt. II, 178) sollten die Müller und Müllerknechte zur Verhütung der vielfach vorgekommenen Unterschleife am Mahlgut einen ihren Pflichten gegenüber dem Mahlgaste genau bezeichnenden Eid ableisten. — Der Mühlenchatz, welcher als besondere Steuer auf den Mühlen ruhte und durch den Landtagsabschied von Wolfenbüttel vom Jahre 1615, Art. 13 eingeführt war, später durch die Schatzordnung v. 23. Juni 1619 und die spätere Schatzordnung v. 10. Juli 1719 verändert wurde, ist durch Gesetz v. 4. April 1837, §. 1 bereits ganz aufgehoben.

Für die Neustadtmühle in der Stadt Braunschweig sind besondere Bestimmungen durch Gef. v. 6. Juli 1850, Nr. 36 getroffen, woneben §§. 5 ff. des Gesetzes vom 20. Nov. 1871 zu vergleichen sind.

⁵⁾ §§. 3 u. 4 der Mühlenordn. v. 1841.

⁶⁾ Art. 4 des Gef. v. 1871.

⁷⁾ §. 4 der Mühlenordn. v. 1841.

⁸⁾ Art. 2 des Gef. v. 1871.

⁹⁾ §. 5 der Mühlenordn. v. 1841.

nach der Annahme, daß von jedem Scheffel (50 Liter) Getreide beim Vermahlen zu Mehl, Graupen, Gries oder Grütze drei Pfund und von jedem Scheffel Getreide oder Malz beim Schroten $\frac{3}{4}$ Pfund zu Staub (Schlamm) gehen, deren Nutzung dem Müller zusteht. Dieser hat daher zurückzuliefern:

- a) falls eine Vereinbarung über den Lohn nicht getroffen ist, fünfzehn Sechzehntel von dem Vollgewichte des Getreides weniger drei Pfund bezw. $\frac{3}{4}$ Pfund;
- b) falls er einen vereinbarten Mahllohn zu empfangen hat, das volle Gewicht des Getreides weniger drei Pfund bezw. $\frac{3}{4}$ Pfund.

Enthält das zurückgelieferte Mahlwerk das berechnete Gewicht nicht vollständig, so ist der Müller verbunden, dem Mahlgaste das Fehlende zu ersetzen¹⁰⁾. Bei gereinigtem Getreide wird der obigen Quantitätsbestimmung das Gewicht des Mahlgutes im gereinigten Zustande zu Grunde gelegt, falls nicht der Müller ohne ausdrücklichen Auftrag die Reinigung vornahm¹¹⁾.

3. Der Müller braucht, auch wenn er sich einem Mahlgaste gegenüber zum Mahlen von Mahlgut verpflichtet hat, letzteres nicht anzunehmen:

- a) wenn dasselbe in besonders zu vermahlenden Quantitäten weniger als $\frac{1}{2}$ Scheffel (25 Liter) beträgt, oder
- b) wenn es in dem Maße unrein, feucht oder verdorben ist, daß das Mühlenwerk dadurch verdorben werden kann.

Nimmt dagegen der Müller trotzdem das Mahlgut an, so hat er keinen Anspruch auf Ersatz des ihm hieraus etwa erwachsenden Schadens¹²⁾.

4. Jeder Mahlgast kann verlangen, daß sein Mahlgut vor demjenigen, welches später eingeliefert ist, gemahlen wird¹³⁾. Der Mahlgast ist dagegen verpflichtet, das Mahlgut auf die von dem Müller bezeichnete Stelle zu bringen und demnächst selbst wieder aus der Mühle fortzuschaffen; doch soll ihm der Müller hierbei die nöthige Hilfe leisten¹⁴⁾. Beim Reinigen und Mahlen selbst darf der Mahlgast zugegen sein, zur Hülfeleistung ist er jedoch ohne Vereinbarung weder berechtigt noch verpflichtet¹⁵⁾. Hat der Mahlgast das Getreide nicht in seiner Gegenwart in der Mühle reinigen lassen, so steht ihm kein Klagerrecht auf Ersatz des an dem Mahlwerke nachher etwa fehlenden Gewichtes zu¹⁶⁾. Der Mahlgast kann sich in seinen Rechten und Pflichten vertreten lassen. Dasselbe gilt von dem Müller, welcher in diesem Falle für die Handlung seines Beauftragten haftet¹⁷⁾.

¹⁰⁾ Art. 1 des Ges. v. 1871, wodurch §. 6 der Mühlenordn. v. 1841 abgeändert ist.

¹¹⁾ Art. 2 des Ges. v. 1871 vergl. mit §. 7 der Mühlenordn. v. 1841.

¹²⁾ §. 9, Ziffer 2 der Mühlenordn. vergl. mit Art. 3 des Ges. v. 1871.

¹³⁾ §. 11 der Mühlenordn.

¹⁴⁾ §. 12 das.

¹⁵⁾ §. 13 das.

¹⁶⁾ §. 17 das. Vergl. auch die in §. 16, l. c. aufgestellte Ausnahme von dieser Regel.

¹⁷⁾ §. 18, l. c.

§. 52.

Maßlervertrag.

Maßler ist, wer es unternimmt, gegen Entgelt den Abschluß eines Vertrages zu vermitteln oder eine Gelegenheit zum Abschluß eines Vertrages nachzuweisen ¹⁾. Der Maßlervertrag untersteht seit dem 1. Januar 1900 im Wesentlichen der Reichsgesetzgebung ²⁾. Theils zu ihrer Ausführung, theils auf Grund besonderer Vorbehalte hat die Landesgesetzgebung folgende Bestimmungen getroffen.

I. Handelsmaßler können vom Staatsministerium öffentlich ermächtigt werden a) zu freihändigem Verkauf von Sachen mit Börsen- und Marktwert, b) zu Gutachten über Börsen- und Marktwert und c) zur Feststellung des Zustandes der Menge und des Werthes von Waaren. Diese Handelsmaßler werden durch Urkunde auf Vorschlag der Handelskammer und nach gutachtlicher Anhörung der Gemeindebehörde bestellt und eidlich verpflichtet. Sie haben neben dem durch das H.-G.-B. vorgeschriebenen Tagebuche noch ein besonderes Buch zu führen, in welches alle von ihnen in amtlicher Eigenschaft vollzogenen Geschäfte einzutragen sind. Sie stehen unter Aufsicht der Handelskammer

¹⁾ Die Reichsgesetze geben keine allgemeine Definition des Begriffs Maßler. Diese gehört der Wissenschaft an. Vergl. Planck, Comm. B. G.-B. II, 8. Titel, Vorbem. I.

²⁾ Schon das Börsegesetz vom 22. Juni 1896 gab in den §§. 29 bis 35 und 80 Vorschriften über die sogen. Kursmaßler. Das B. G.-B. giebt keine erschöpfende Regelung der Materie des Maßlervertrages, sondern findet seine Ergänzung theils in den allgemeinen Vorschriften (vergl. Planck, Comm. B. G.-B. II, S. 392 f.), theils in dem H.-G.-B., dessen §§. 93 bis 104 die Rechtsverhältnisse des Handelsmaßlers regeln und dem B. G.-B. vorgehen. Das neue H.-G.-B. kennt nicht mehr, wie das alte (Art. 66), amtliche Handelsmaßler, sondern nur Privat-Handelsmaßler, hebt aber aus diesen solche hervor, welche zu gewissen öffentlichen Functionen ermächtigt sind und deshalb als öffentlich bestellte Handelsmaßler bezeichnet werden. Vergl. Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 338 f. Die Braunschw. Maßlerordn. vom 10. April 1895 und §. 28 des Br. Ausf. H.-G.-B. v. 14. Sept. 1863, Nr. 31, welche das Institut der amtlichen Handelsmaßler ordneten, sind deshalb aufgehoben. Im Uebrigen hat das Landesrecht nur, auch jetzt noch gültige, Bestimmungen über Pfand- und Gefindemaßler getroffen. Vergl. noch aus der braunschw. Praxis: über den klagbaren Anspruch bei Heirathsvermittlungen (Zeitschr. f. R. XXXV, 85; XLIV, 89 ff.); darüber, daß nur erfolgreiche Vermittlung im Allgemeinen den Provisionsanspruch begründet (Zeitschr. f. R. XXIV, 42; XXVI, 187; XXXV, 15, 69, 71, 85; XLII, 212; XLIV, 95). Nach Art. 170 E. B. G.-B. kommt das frühere Recht ausschließlich zur Anwendung, wenn der Maßlervertrag noch vor 1900 geschlossen war, mag auch das Rechtsverhältniß, das durch ihn vermittelt wurde, erst später entstanden sein. Auch für Heirathsvermittlung ist demnach, obwohl sie nach §. 656 B. G.-B. keinen Klagsanspruch erzeugt, die Provision noch klagbar, wenn der Vertrag vor 1900 geschlossen wurde. Ebenso: Cammergericht v. 25. Jan. 1900 in Blätter f. Rechtspf. i. B. d. E. 1900, S. 19.

und sind verpflichtet, die etwa für sie erlassenen Taxvorschriften innezuhalten³⁾.

II. Die Rechtsverhältnisse der Pfandmakler sind durch Bekanntmachung vom 6. April 1870 geregelt⁴⁾.

1. Sie werden auf Ansuchen bei den Herzoglichen Leihhausanstalten zugelassen und haben vor Zulassung den Nachweis zu erbringen, daß sie beim Stadtmagistrat den Betrieb zum Pfandmaklergeschäft angezeigt haben⁵⁾.

2. Vor Beginn ihrer Geschäfte haben sie eidlich anzugeloben,

- a) bei Annahme der Pfandstücke mit möglichster Vorsicht zu verfahren, namentlich wenn die Legitimation des Versetzenden verdächtig ist;
- b) die Pfandstücke bis zur Ablieferung an das Leihhaus, die stets am nächsten Verfalltage zu erfolgen hat, sorgfältig aufzubewahren;
- c) die Pfandstücke nicht zu vermischen;
- d) den Pfandstellern den Pfandschilling unverkürzt und nur mit Abzug der Maklergebühr und eines etwaigen Vorschusses auszuzahlen;
- e) die ihnen zur Prolongation übergebenen Pfandscheine stets am nächsten Expeditionstage an die Leihhausanstalt einzuliefern, die Pfand- und Prolongationscheine, welche die Pfandsteller von ihnen abzufordern haben, in allen Fällen ohne Weiterungen auszuhandigen und die in 14 Tagen bei ihnen nicht abgeforderten Scheine ans Leihhaus zurückzuliefern;

³⁾ Diese Bestimmungen sind in Ausführung des H.-G.-B. vom Br. Ges. vom 12. Juni 1899 §§. 3 bis 7 getroffen. Vergl. Mot. Br. Ausf. B. G.-B., S. 339 ff. Die Vorschriften ersetzen theilweise die aufgehobene Maklerordnung v. 10. April 1895 u. §. 28 Ges. v. 14. Sept. 1863, Nr. 31 (s. oben Note 2). Vordem galten verschiedene ältere Bestimmungen, insbesondere die Maklerordnung v. 16. Oct. 1787 (Steinacker, Promt. I, 365), sowie die speciellen Maklerordnungen für Waarenmakler v. 18. Jan. 1781 (Fredericksdorf, Promt. V, 185; Steinacker, Promt. II, 450), sowie für Geld- und Wechselmakler v. 16. Oct. 1787 (Steinacker, Promt. I, 365) nebst der Instruction für Waarenmakler v. 18. August 1789 (Steinacker, Promt. II, 49), welche durch das Braunschw. Einf.-Ges. zum H.-G.-B. vom 14. Sept. 1863, Nr. 31, §. 28 für aufgehoben erklärt waren. Vergl. über das ältere Recht auch noch Steinacker, Br. Privatr., S. 142.

⁴⁾ Diese Bekanntmachung, welche theilweise die durch Verordn. v. 9. März 1870, Nr. 34 aufgehobene Pfandmaklerordnung v. 2. Nov. 1843 ersetzt hat, hat nach Art. 94 E. B. G.-B. fortdauernde Geltung. Von den Pfandmaklern, die nur die Verpfändung bei den Leihhausanstalten vermitteln, sind die Pfandleiher, welche selbständig gegen Annahme von Pfändern Darlehen gewähren, wohl zu unterscheiden. Ueber letztere vergl. oben §. 39.

⁵⁾ Die Bekanntmachung ist zur Ausführung des Ges. v. 28. Januar 1870, Nr. 15 erlassen. Die Verleihung kann jederzeit wieder entzogen werden. — Pfandmakler, die nicht für die Leihhausanstalt zugelassen sind, sondern für andere Pfandleiher, z. B. die oben in §. 39 bezeichneten, thätig werden, unterfallen den Bestimmungen dieser Bekanntmachung nicht, sondern sind lediglich nach §§. 652 bis 655 B. G.-B. zu beurtheilen, die übrigens auch für die Leihhauspfandmakler Geltung haben.

- f) die ihnen übertragene Wiedereinlösung sofort zu besorgen, dann das Pfandstück anstandslos auszuhandigen, bis dahin aber ordentlich zu verwahren;
- g) die Pfandüberschußgelder nach Abzug der Maklergebühr auszuhandigen;
- h) genaue Register zu führen und
- i) alle Maklergeschäfte regelmäßig persönlich zu besorgen⁶⁾.

3. Als Maklergebühr dürfen die Pfandmakler für Versatz und Auslösung eines jeden auf einem Pfandschein verzeichneten Stückes zehn Pfennig beanspruchen, wenn nicht die Fortschaffung besondere Hülfe nöthig macht. Für Prolongationen und Erhebung des Ueberschusses ist eine Gebühr von sechs Pfennigen festgesetzt. Vorschüsse dürfen nur ohne besondere Gebühr gegeben werden⁷⁾.

III. Ueber Gesindemakler kommen folgende Vorschriften in Betracht.

1. Sie sind verpflichtet, sich die Dienstbücher des Gesindes vorlegen zu lassen und sich nach den Personen, die durch ihre Vermittelung in den Dienst treten wollen, sorgfältig zu erkundigen. Gesinde, welches schon im Dienst steht, dürfen sie unter keinerlei Vorwande zu dessen Verlassen und Annahme eines anderen Dienstes anreizen. Sie müssen den Herrschaften, die durch ihre Vermittelung Gesinde annehmen wollen, die Eigenschaften der vorgeschlagenen Personen getreulich und nach ihrem besten Wissen als brauchbar oder zuverlässig ungetreues Gesinde wider besseres Wissen als brauchbar oder zuverlässig empfehlen, so haben sie für den durch solches Gesinde verursachten Schaden selbst zu haften. Im Uebrigen bestimmt sich ihre Haftung nach dem B. G.-B. ⁸⁾.

2. Die Polizeibehörden sind ermächtigt, mit Genehmigung der Kreisdirection über die Maklergebühren Normen für streitige Fälle festzusetzen⁹⁾.

3. Die Gesindevermiether sind verpflichtet, je ein Geschäftsbuch über dienstsuchende Personen und über Gesinde suchende Herrschaften nach bestimmten Vorschriften zu führen, alle Meldungen an dem Tage, an dem sie erfolgen, einzutragen und die Bücher mindestens ein Jahr nach ihrem Abschluß aufzubewahren¹⁰⁾.

⁶⁾ Zuwiderhandlungen begründen eine Schadenersatzpflicht des Pfandmaklers nach den näheren Bestimmungen des B. G.-B. Nach diesem bestimmt es sich auch, ob nur der Verpfänder oder auch die Leihhausanstalt oder dritte Personen Ersatzansprüche haben.

⁷⁾ Sind höhere Gebühren bedungen und gezahlt, so können sie nicht condicirt werden. Zuwiderhandlungen berechtigen nur zur Entziehung der Zulassung.

⁸⁾ §. 10 der abgeänderten Gesindeordn. Der Grundsatz der Gewerbefreiheit (§§. 1, 35 Reichs-Gew.-Ord.) bezieht sich nicht auf die Art, wie das Gewerbe auszuüben ist. In dieser Beziehung bleibt das Landesrecht bestehen (vergl. §. 144 R.-G.-O., Art. 95 E. B. G.-B., Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 384).

⁹⁾ §. 10, 1. c. Die Gebühren sind in den Br. Anzeigen bekannt zu machen.

¹⁰⁾ Bekanntmachung v. 21. December 1881 de 1882, Nr. 1 u. 2, III, §§. 17 bis 19.

§. 53.

Auftrag.

Das Auftragsverhältniß, welches vor dem 1. Januar 1900 im Wesentlichen von dem gemeinen Rechte geregelt wurde¹⁾, untersteht jetzt ausschließlich dem B. G.-B.²⁾. Auch das Rechtsverhältniß des Gerichtsvollziehers zu den Parteien ist nach den Grundsätzen des Auftrags zu beurtheilen³⁾. Die Gerichtsvollzieherordnung vom 12. September 1879 und die abgeänderte Geschäftsanweisung vom gleichen Tage haben hierüber folgende Bestimmungen getroffen⁴⁾.

Gerichtsvollzieher dürfen einen Auftrag regelmäßig nicht ablehnen, aber von einem Vorschuß abhängig machen⁵⁾. Die Erledigung eines erteilten Auftrags darf nicht verzögert werden und ist, wenn eine bestimmte Frist gesetzt ist, in dieser vorzunehmen⁶⁾. Die mündliche Ertheilung des Auftrags genügt regelmäßig zur Vornahme der Amtshandlung⁷⁾. Die Aufträge müssen von dem Gerichtsvollzieher in Person ausgeführt werden. Bei Behinderung haben sie den Auftraggeber sofort zu benachrichtigen und vom Amtsgericht gegebenenfalls die Bestellung eines Vertreters zu erwirken⁸⁾. Fremde Gelder, die sie in Ausführung ihres Auftrags erhalten, müssen sie getrennt von ihrem eigenen

¹⁾ Das gemeine Recht, worüber Windscheid, Pand. II, §§. 409 bis 412 und Dernburg, Pand. II, §§. 115 bis 117 zu vergleichen ist, war landesgesetzlich nur insofern modificirt, als die gemeinrechtl. Vorschrift (I. 5, §. 4 Dig. mandati, 17, 1) dahin abgeändert war, daß der Auftraggeber dann, wenn er dadurch, daß er einer unzuverlässigen Person den Auftrag erteilte, Veranlassung zu dem durch dessen Handlungsweise herbeigeführten Schaden gegeben hatte, letzteren selbst tragen mußte und ein Dritter alsdann nicht leiden sollte. Landesf. Verordn. v. 6. März 1763 (Steinacker, Promt. II, 453). Diese Verordn. ist durch §. 118, Z. 50, Br. Ausf. B. G.-B. ausdrücklich für aufgehoben erklärt. — Nach Art. 170 E. B. G.-B. sind die vor 1900 erteilten Aufträge lediglich nach früherem Recht zu beurtheilen.

²⁾ B. G.-B. §§. 666 bis 673.

³⁾ Dies war früher bestritten (Zeitschr. f. R. XXV, 146), ist aber seit der Plen.-Entsch. des R.-G. XV, 396 ff. anerkannt. Auch durch das B. G.-B. ist darin keine Aenderung eingetreten. Allerdings setzt es nach §. 662 Unentgeltlichkeit voraus u. weist deshalb auch, abweichend vom gem. Recht, das Rechtsverhältniß der Ärzte, Rechtsanwälte u. unter den Dienstvertrag; hier aber handelt es sich um Vorschriften des öffentlichen Rechts über ein Beamtenverhältniß, die dem B. G.-B. nicht unterstehen. Vergl. Planck, Comm. II, S. 410, III u. §. 663, Note II. Durch seine Beamteneigenschaft u. dadurch, daß er für seine amtliche Thätigkeit nicht unmittelbar durch seine Auftraggeber, sondern durch den Staat, an den die Gebühren abzuführen sind, bezahlt wird, unterscheidet sich das Rechtsverhältniß des Gerichtsvollziehers wesentlich von dem des Rechtsanwalts.

⁴⁾ Die Abänderung ist erfolgt durch Bekanntm. v. 7. Dec. 1899.

⁵⁾ §. 7 Ger.-Vollz.-D. Voraussetzung ist nur, daß der G.-B. örtlich zuständig ist (vergl. §. 2 G.-B.-D.), sachlich zuständig (vergl. §. 3 das.) u. nicht kraft Gesetzes ausgeschlossen ist (§. 7 das.). Vergl. Zeitschr. f. R. XXXII, 72.

⁶⁾ §. 6, Bekanntm. d. Geschäftsanw. betr.

⁷⁾ §. 5 der Geschäftsanweisung.

⁸⁾ §. 8 der G.-B.-D. Vergl. Zeitschr. f. R. XXXIII, 81.

Gelde unter genügendem Verschuß verwahren⁹⁾. Ueber den Empfang von Geldern, Schriftstücken und anderen Gegenständen hat der Gerichtsvollzieher auf Verlangen eine Quittung zu erteilen¹⁰⁾. Für die Amtshandlungen hat er nicht mehr und nicht weniger zu nehmen, als wie an Gebühren vorgeschrieben ist¹¹⁾.

§. 54.

Verwahrung.

Das Depositum im Sinne des gemeinen Rechts, welches bis zum 1. Januar 1900 bei uns in Kraft war¹⁾, wird von dem B. G.-B. Verwahrungsvertrag genannt²⁾, während das gerichtliche oder öffentliche Depositum als Hinterlegung bezeichnet wird³⁾. Für die Aufbewahrung von Geld bei den Herzoglichen Leihhausanstalten⁴⁾ greifen neben den reichsrechtlichen Bestimmungen über den Verwahrungsvertrag noch folgende der Landesgesetzgebung ein.

Es ist Jedermann gestattet, Geld bei der Leihhausanstalt zu deponiren. Die in den gesetzlich zulässigen Münzsorten gemachten Deposita sind stets als irreguläre zu behandeln. Dieselben können daher zu Zwecken der Anstalt benutzt werden und begründen nur den Anspruch auf Rückzahlung im gleichen Betrage. Deposita in anderen Münzsorten sind dagegen abgesondert aufzubewahren und in der Species zurückzugeben, ohne daß eine Benutzung derselben stattfindet. Die Leihhausanstalt ist berechtigt, eine bei der Deponirung jedesmal nach eigenem Ermessen zu bestimmende Depositionsgebühr zu berechnen und die Grenzen der Haftung des Leihhauses für die Deposita mit dem Deponenten contractlich festzustellen⁵⁾. Ueber die deponirten Summen sind sofort bei der Einzahlung Depositscheine von dem Kendanten und einem Beamten, dessen Name alljährlich und bei jeder Aenderung bekannt gemacht wird, auszufertigen. Ohne diese Unterschrift beider Beamten ist der Depositschein ungültig⁶⁾. Der Depositschein wird nach der Wahl des Deponenten entweder auf den Namen oder auf den Inhaber ausgestellt⁷⁾. Die Rückzahlung deponirter

⁹⁾ §. 10 der Gesch.-Anw.

¹⁰⁾ §. 11 das.

¹¹⁾ §. 9 der Ger.-Vollz.-Ordn.

¹⁾ Vergl. Dernburg, Pand. II, §§. 92 f., Windscheid, Pand. II, §§. 377 bis 379; Steinacker, Br. Privatr., §. 110. Für die Zeit des Uebergangs vergl. Art. 170 E. B. G.-B.

²⁾ §§. 688 bis 700 B. G.-B.

³⁾ E. oben §. 35.

⁴⁾ Vergl. oben §. 20, V.

⁵⁾ Gef. v. 20. August 1867, Nr. 72, §§. 1 u. 8. Vergl. §. 700 B. G.-B. — Schon durch Gef. v. 7. März 1842 waren im Wesentlichen gleiche Bestimmungen getroffen. Nach den älteren Verordnungen vom 9. März 1765, §. 13 (Steinacker, Promt. II, 30) und vom 5. März 1828, Nr. 26, §. 23 mußte für Deposita, welche die Anstalt nicht in Benutzung nehmen durfte, eine Gebühr von 6 Ggr. von je 1000 Thlr. monatlich gezahlt werden.

⁶⁾ §. 9, I. c.

⁷⁾ §. 10, I. c.

Capitale, welche in Ermangelung entgegenstehender Abmachungen jederzeit gefordert werden kann, darf nur gegen Rückgabe der Schulddocumente oder des nach §. 371 B. G.-B. erforderlichen Auerkenntnisses erfolgen⁸⁾).

§. 55.

Spiel und Wette.

Der Spielvertrag wird zwar seit dem 1. Januar 1900¹⁾ ausschließlich von dem B. G.-B. geregelt²⁾). Nach §. 763 desselben hängt aber die Verbindlichkeit eines Lotterie- und eines Auspielvertrages von der staatlichen Genehmigung dieser Verträge ab. Hiernach bedarf ein Lotterievertrag der Genehmigung des Staatsministeriums³⁾, während ein Auspielvertrag nur die Genehmigung der Herzoglichen Kreisdirection voraussetzt und überdies die Genehmigung des Staatsministeriums nur für den Fall, daß es sich um unbewegliche Sachen, um bewegliche Sachen im Werthe von mehr als 150 Mk. oder um Geldgewinne handelt⁴⁾).

Verboten ist das Ausbieten, Feilhalten, Verkaufen oder Vertheilen von Loosen auswärtiger, im Herzogthum nicht zugelassener Lotterien oder Auspielungen, so daß aus den dennoch abgeschlossenen Verträgen dem Strafbaaren kein Rechtsanspruch erwächst und dem Vertragsgegner ein Anspruch auf Rückgabe des Geleisteten zusteht⁵⁾. Verboten ist den Lotteriellecteuren oder ihren Gehülffen:

- a) ein Loos für andere bewegliche Sachen als Geld zu verkaufen,
- b) ein Loos während der Ziehung durch Rechtsgeschäft an sich zu bringen,

⁸⁾ §. 14, l. c. in der durch §. 118, 3. 78, Br. Ausf. B. G.-B. abgeänderten Fassung.

¹⁾ Ausdrücklich für aufgehoben erklärt sind: a) die landesf. Verordn. v. 9. Dec. 1771; 21. Jan. 1791 u. 6. Oct. 1794 (Steinacker, Promt. I, 53) über das Auspielen von Lotterien u. durch §. 118, 3. 2 Br. Ausf. B. G.-B.; b) die landesf. Verordn. v. 1. Jan. 1757; 28. Nov. 1771; 22. April 1775 u. v. 2. Juli 1787 (Steinacker, Promt. II, 114; Schneider, Repert. I, 157 f., 229 f., 502) über die landesherrl. Genehmigung v. Lotterieverträgen durch §. 118, 27 das.; c) die Verordn. v. 14. Sept. 1801, monach durch Behalten eines nichtbestellten Looses keine Verbindlichkeit entstehen sollte, durch §. 118, 3. 28 der Br. Ausf. B. G.-B.

²⁾ §§. 762 bis 764 B. G.-B.

³⁾ §. 24, Abs. 2 Br. Ausf. B. G.-B. Dies entspricht im Wesentlichen dem früheren Recht. Vergl. oben Note 1.

⁴⁾ Dies bestimmt die Verordn. v. 10. Dec. 1883 für die Auspielgeschäfte im Umherziehen u. bei Gewerbsmäßigkeit, der §. 24, Abs. 1 Br. Ausf. B. G.-B. auch bezügl. aller sonstigen Auspielgeschäfte.

⁵⁾ Gef. v. 24. August 1896, Nr. 44, §§. 1. bis 3. Das Verbot war schon in der Verordn. v. 1. Jan. 1757 ausgesprochen (s. oben Note 1). Vergl. auch Bekanntmachung v. 4. Sept. 1836, Nr. 25. — Verboten ist durch das Gef. nicht das Kaufen, sondern nur das (gewerbsmäßige) Verkaufen nicht zugelassener Loose. Zugelassen sind augenblicklich überhaupt keine Lotterien, soweit nicht gewisse (Wohlthätigkeits-) Lotterien von Reichswegen fürs ganze Reich erlaubt sind.

- c) über ein Loos während der Ziehung einen Miethvertrag abzuschließen,
- d) einen Schenkungsvertrag über besondere Douceurgelder im Falle eines Gewinnes abzuschließen.

Alle diese verbotenen Verträge sind nichtig und ist das auf Grund derselben Empfangene oder dessen Werth zurückzugeben⁶⁾).

§. 56.

Schuldverschreibungen auf den Inhaber.

Das Recht der Inhaberpapiere wird ausschließlich durch die Reichsgesetzgebung geregelt¹⁾. Auf die vor dem 1. Januar 1900 ausgestellten²⁾ Schuldverschreibungen auf den Inhaber³⁾ finden zwar grundsätzlich die Bestimmungen des bisherigen Rechts Anwendung⁴⁾. Doch sind von diesem Grundsatz wichtige Ausnahmen zu Gunsten des B. G.=B. gemacht worden⁵⁾.

Umgekehrt hat das B. G.=B. für die nach dem 1. Januar 1900 ausgegebenen Schuldverschreibungen auf den Inhaber, sofern sie öffentlich d. h. vom Reiche, einem Bundesstaate oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts

¹⁾ Pol.=St.=G.=B. §. 15, 3 vergl. mit §. 309 B. G.=B. Vergl. darüber Zeitschr. f. R. VII, 108; XXVIII, 164; XXXVII, 145. S. auch XXIX, 28 (über die Usance des Creditertheilens für einzelne Classen); XX, 225; XXIX, 28; XXX, 74 (über das Rechtsverhältniß der Lotteriedirection zu den Hauptlotteriedirecteuren u. der letzteren zu den Subcollecteuren).

²⁾ §§. 793 bis 808 B. G.=B. u. §§. 179 ff. H.=G.=B. Das Landesgef. vom 30. April 1867 über Inhaberpapiere ist durch §. 118, 3. 77 Br. Ausf. B. G.=B. ausdrücklich für aufgehoben erklärt.

³⁾ Daß es hier nur auf die Ausstellung (Creations-theorie), nicht auf den Zeitpunkt der Begebung (Emissionstheorie) ankommt, ergibt sich aus Art. 174 E. B. G.=B. Das bisherige Recht ist deshalb dafür maßgebend, ob das Inhaberpapier rechtlich bereits ausgestellt und damit fahbar war oder nicht. Ebenso Habicht, Einwirkung, 2. Aufl. §. 36, I, 1. Die Ausstellung war nach Landesgef. v. 30. April 1867 (s. Note 1) nur gültig mit Genehmigung der Landesregierung.

⁴⁾ Ein Verzeichniß bietet das amtliche Register zur Gef.=u. Verordn.=S. v. 1896, S. 94 bis 96. Dazu sind noch gekommen: die Schuldverschreibungen der Stadt Holzminden (Gef.=u. Verordn.=S. v. 1896, Nr. 13), der Bierbrauerei Fr. Steger in Braunschweig (das. Nr. 56), der Stadt Helmstedt (das. 1897, Nr. 12), der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft Braunschweig (das. Nr. 29), der Mühle Rüningen (das. 1898, Nr. 23), der Brauerei Streitberg (das. 1898, Nr. 54), der Braunschw. Landes-Eisenbahn (das. Nr. 55), des Kreis- u. Comm.-Verb. Braunschw. (das. Nr. 99).

⁵⁾ Der Grundsatz ergibt sich aus Art. 170 E. B. G.=B. Vergl. Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., §. 36, I, 1. Für uns kommen, außer dem Landesgef. vom 30. April 1867 (s. oben Note 1 und 2) über die Ausgabe, lediglich die gemeinrechtlichen Vorschriften in Betracht. Vergl. Stobbe-Lehmann, D. Privatrecht III, §§. 179 ff.; Thöl, Handelsr., §§. 222 ff.; Zeitschr. f. R. I, 31; II, 134; XI, 53; XXI, 44.

⁶⁾ Art. 174 bis 176 E. B. G.=B. Dies gilt insbesondere von der Mortification, Umschreibung und Legitimation. Auch ist eine frühere Außer-Curs-Erklärung seit dem 1. Januar 1900 unverbindlich. Vergl. noch Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., §. 36.

ausgestellt sind, mehrere Vorbehalte für die Landesgesetzgebung gemacht⁶⁾. Hiernach kommen folgende Bestimmungen des Particularrechts in Betracht.

Die nach dem B. G.=B. erforderliche Genehmigung zur Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber wird von dem Herzoglichen Staatsministerium ertheilt und soll außer durch den Deutschen Staatsanzeiger noch durch die Braunschweigische Gesetz- und Verordnungsammlung bekannt gemacht werden⁷⁾. Die hiesigen Staatsschuldverschreibungen werden, abgesehen von den Sparkassenblättern, nur durch wirkliche Unterschriften vollzogen⁸⁾. Bei hiesigen Staatsschuldverschreibungen auf den Inhaber ist die nach §. 804 B. G.=B. sonst dem bisherigen Inhaber von Zins- u. Scheinen gegebene Befugniß, Leistung für verlorene Scheine unter Umständen zu verlangen, ausgeschlossen⁹⁾. Die bei Herzoglicher Leihhausanstalt kündbar belegten Summen, für die Schuldverschreibungen auf den Inhaber ausgestellt sind, können vom Herzogl. Finanzcollegium, Abtheilung für Leihhausachen, durch zweimalige Bekanntmachung in dem Deutschen Reichsanzeiger und den Braunschweigischen Anzeigen gekündigt werden. Die Kündigung gilt als an dem Tage erfolgt, an dem seit der letzten Kündigung ein Monat verstrichen ist. Im siebenten Monat vor dem Ablauf der Verjährungsfrist soll an die unbekannten Besitzer der gekündigten und nicht zur Einlösung gebrachten Schuldverschreibungen in den erwähnten Blättern auf die bevorstehende Verjährung hingewiesen werden¹⁰⁾.

⁶⁾ Vergl. Art. 98, 100 u. 101 E. B. G.=B. über Rückzahlung, Convertirung, Aufgebot, Zinsreduction.

⁷⁾ §. 25 Br. Ausf. B. G.=B. Das Erforderniß der Genehmigung stellt §. 795 B. G.=B. auf. Früher wurde das Erforderniß der Genehmigung der Landesregierung durch §. 1 des Br. Ges. v. 30. April 1867 (vergl. oben Note 1) aufgestellt.

⁸⁾ Ges. v. 4. April 1898, Nr. 17; vergl. d. früheren Ges. v. 25. März 1858, Nr. 17, §. 1 u. Ges. v. 20. Aug. 1867, Nr. 72, §§. 9, 11.

⁹⁾ §. 27 des Br. Ausf. B. G.=B. Die Vorschrift erstreckt sich auf alle verzinslichen Staatsschuldverschreibungen des Herzogthums, mögen sie in Cammer-, Landes-, Leihhauslandesschuldverschreibungen oder in auf den Inhaber ausgestellten Schuldverschreibungen des Leihhauses bestehen. Vergl. Mot. Br. Ausf. B. G.=B. S. 17.

¹⁰⁾ §. 26 Br. Ausf. B. G.=B. Die Vorschrift ist gegeben auf Grund des Vorbehalts in Art. 98 E. B. G.=B. Unberührt bleibt die Bestimmung des §. 10 des Ges. v. 10. Juni 1892 über Sparkassen.

Drittes Capitel.

Außervertragliche Ersatzansprüche.

§. 57.

Ersatzansprüche aus unerlaubten Handlungen.

Abgesehen von den schon erörterten Schadenersatzansprüchen gegen den Staat¹⁾ kommen an Schadenersatzansprüchen, die aus unerlaubten Handlungen entstanden sind, folgende in Betracht.

1. Ist der Brand- oder Explosionschaden an einem in der Landesbrandversicherungsanstalt versicherten Gebäude von dem Versicherten selbst oder mit seinem Wissen und Willen von einem Dritten vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt und dies durch Strafurtheil festgestellt, so hat der Versicherte der Anstalt den gesamten derselben erwachsenen Schaden und Aufwand zu ersetzen²⁾. Anderenfalls muß die Anstalt den Schaden nach Maßgabe des Versicherungsvertrages erstatten³⁾. Die Anstalt hat aber auch solche Beschädigungen zu ersetzen, welche nicht versicherten Gebäuden oder nicht versicherten Brunnen, Thormegen und Befriedigungen, ferner Feld- und Gartenfrüchten und dergleichen auf Anordnung der die Löschung leitenden Organe zugefügt worden, soweit solche im Interesse der Anstalt nach Ermessen des Herzoglichen Finanzcollegiums erforderlich waren⁴⁾. Zum Ersatze des sonst bei den Löscharbeiten an Grundstücken und Gebäuden verursachten Schadens ist die Gemeinde, in welcher der Brand stattgefunden hat, verpflichtet⁵⁾. Werden zu Feuerlöschzwecken Privatgeräthe auf einem anderen Grundstücke als dem des Eigenthümers benutzt und dabei beschädigt, so hat dafür die Gemeinde vollständigen Ersatz zu leisten⁶⁾.

2. a) Die Bergwerksbesitzer sind verpflichtet, für allen Schaden, welcher dem Grundeigenthum oder dessen Zubehörungen durch den unterirdisch oder mittelst Tagebaues geführten Betrieb des Bergwerks zugefügt wird, vollständige Entschädigung zu leisten, ohne Unterschied, ob der Betrieb unter dem beschädigten Grundstücke stattgefunden hat oder nicht, ob die Beschädigung vom Bergwerksbesitzer verschuldet ist und ob sie vorausgesehen werden konnte oder

¹⁾ S. oben §. 22, Z. 4. Vergl. auch §. 15, Note 16 bezügl. der Gemeinden.

²⁾ Gef. Nr. 20 v. 5. April 1886, §. 26, vergl. mit Art. 75 E. V. G.-V. und Zeitschr. f. R. XLIV, S. 2.

³⁾ Vergl. oben §. 43.

⁴⁾ Gef. Nr. 20 v. 5. April 1886, §. 18.

⁵⁾ Gef. Nr. 16 v. 2. April 1874, §. 35, Abs. 2. Sind zwecklos vorsätzlich solche Beschädigungen vorgekommen, so ist der Gemeinde Regressanspruch nicht abzuerkennen.

⁶⁾ §. 38, Abs. 2, 1. c.

nicht⁷⁾. Ist der Schaden durch den Betrieb zweier oder mehrerer Bergwerke verursacht, so sind die Besitzer dieser Bergwerke gemeinschaftlich und zwar zu gleichen Theilen zur Entschädigung verpflichtet; im Verhältniß der Bergwerksbesitzer unter sich ist jedoch der Nachweis eines anderen Theilnahmeverhältnisses und der Anspruch auf Erstattung des Zuvielgezahlten nicht ausgeschlossen⁸⁾. Der Bergwerksbesitzer ist nicht zum Ersatz desjenigen Schadens verpflichtet, welcher an Gebäuden oder anderen Anlagen durch den Betrieb des Bergwerkes entsteht, wenn solche Anlagen zu einer Zeit entstanden sind, wo die denselben durch den Bergbau drohende Gefahr dem Grundbesitzer bei Anwendung gewöhnlicher Aufmerksamkeit nicht unbekannt bleiben konnte. Jedoch hat der Grundbesitzer, wenn wegen einer derartigen Gefahr die Errichtung unterbleiben muß, Anspruch auf Vergütung der Werthverminderung, wenn sich nur aus den Umständen ergibt, daß die Errichtung überhaupt beabsichtigt war⁹⁾. Beschädigungen, welche durch Schürf- und durch Mutharbeiten entstehen, werden nach denselben Grundsätzen behandelt¹⁰⁾. Die Verjährung der Ansprüche für diese Beschädigungen ist bereits oben besprochen¹¹⁾.

b) Ebenso hat der Bergwerksbesitzer diejenigen Kosten zu tragen, welche bei Unglücksfällen im Bergwerke durch die auf Anordnung der Bergbehörde oder ihrer Organe getroffenen sicherheitspolizeilichen Maßregeln entstanden sind¹²⁾.

3. Der Fischereiberechtigte hat vollen Ersatz für diejenigen Beschädigungen zu gewähren, welche er in Ausübung seines Fischereirechts an fremden Grundstücken verursacht¹³⁾.

4. Desgleichen muß der Jagdberechtigte, der Jagdpächter oder Administrator allen durch Mißbräuche bei Ausübung der Jagd an Früchten fremder Grundstücke verursachten Schaden ersetzen¹⁴⁾.

5. Die Ausübung des gesetzlichen Leiterrechts auf einem Nachbargrundstücke verpflichtet den Berechtigten zur Vergütung desjenigen Schadens, der durch die Benutzung des Nachbargrundstücks erwachsen ist¹⁵⁾.

6. Der Unternehmer eines Eisenbahnbetriebes haftet für den Schaden, der bei dem Betriebe einer Sache zugefügt wird, sofern der Schaden nicht durch

⁷⁾ Bergges. v. 15. April 1865, §. 152, Art. 67 E. B. G.-B. Vergl. hierzu Entsch. d. Reichsger. XI, 266 f. u. 335. — Windentziehung durch Tagebau berechtigt den Mühlenbesitzer nicht zur Entschädigung: Zeitschr. f. R. XXIX, 78. — Vergl. auch noch Zeitschr. f. R. XXXIV, 82.

⁸⁾ §. 153 das.

⁹⁾ §. 154 das.

¹⁰⁾ §. 156, I. c.

¹¹⁾ §. 155, I. c. Siehe oben §. 25, II, 2b.

¹²⁾ §§. 205 bis 207, I. c.

¹³⁾ Fischereiges. v. 1. Juli 1879, §. 8, Abs. 1 u. §. 44, Abs. 2. Vergl. Art. 69, E. B. G.-B.

¹⁴⁾ Ges. Nr. 23 v. 16. April 1852, §. 4. Vergl. Art. 69, E. B. G.-B.

¹⁵⁾ Bauordnung vom 13. März 1899, Nr. 25, §. 80 vergl. mit Art. 124, E. B. G.-B. Früher traf eine gleiche Bestimmung die Bauordn. v. 15. Juni 1876.

höhere Gewalt oder eigenes Verschulden des Beschädigten entstanden ist. Mehrere Unternehmer haften als Gesamtschuldner¹⁶⁾).

7. Wird die Benutzung eines dem öffentlichen Gebrauch dienenden Grundstücks von der zuständigen Behörde zu einer Anlage oder einem Betriebe gestattet, die mit einer Gefahr für den öffentlichen Gebrauch verbunden sind, so haftet der Unternehmer für den Schaden, der in Folge der gefährlichen Beschaffenheit der Anlage oder des Betriebes bei dem öffentlichen Gebrauche des Grundstücks entsteht. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch höhere Gewalt oder eigenes Verschulden des Beschädigten verursacht ist. Mehrere Unternehmer haften als Gesamtschuldner¹⁷⁾. Im Falle der Tödtung, der Verletzung des Körpers oder der Gesundheit eines Menschen finden auf die Ersatzpflicht die Bestimmungen des B. G.-B. Anwendung¹⁸⁾.

8. Wenn Wege in ihrem gegenwärtigen Zustande schmaler befunden werden, als solche auf den neuesten Karten und Plänen sich verzeichnet finden, so tritt die Vermuthung ein, daß selbige durch Einräumung von Seiten der angrenzenden Grundbesitzer geschmälert sind. Es soll daher, wenn die beabsichtigte Instandsetzung solcher Wege deren Verbreiterung erforderlich macht, zuvor in Ansehung jenes Umstandes die nöthige Untersuchung durch die betreffende Herzogl. Kreisdirection im Beisein des betreffenden Grundbesizers angestellt und die ursprüngliche Breite hergestellt werden, jedoch mit dem

¹⁶⁾ §. 28 Br. Ausf. B. G.-B. Die Bestimmung ist nach Art. 105 E. B. G.-B. getroffen, sie setzt aber nicht, wie das Reichs-Haftpflicht-Ges. v. 7. Juni 1871, Schädigung der Person, sondern einer Sache voraus, spricht aber im Uebrigen, wie dieses, nur vom Schaden „beim Betriebe“. Vergl. darüber Eger, Reichshaftpflicht-Gesetz 1876, S. 4 ff.; R.-D.-H.-G. XIX, S. 101 ff., 118 ff.; Seuff. Arch. XXI, Nr. 1; R.-G.-Entsch. I, 26; II, 73; III, 12; VI, 9; XI, 29. Andererseits unterscheidet sich unser Landesges. vom B. G.-B., §. 823, dadurch, daß es nicht Vorsatz oder Fahrlässigkeit, sondern nur Abwesenheit von eigenem Verschulden oder von höherer Gewalt voraussetzt. Im Uebrigen kommen, wie auch die Mot. Br. Ausf. B. G.-B., S. 21, hervorheben, für den Ersatzanspruch hier ebenfalls die §§. 249 bis 252 B. G.-B. und die allgemeinen Bestimmungen über die Verjährung in Betracht. Ueber die Verjährungsfristen s. oben §. 25, II, 2. Auch §. 254 B. G.-B. findet keine Anwendung; vielmehr ist in jedem Falle zu prüfen, ob durch das eigene Verschulden des Beschädigten der ursächliche Zusammenhang zwischen dem Unfall und der Beschädigung unterbrochen ist.

¹⁷⁾ §. 29 Br. Ausf. B. G.-B. „Die ges. Best. bringt zum Ausdruck, daß nur eine über den regelmäßigen Gebrauch hinausgehende, von einer besonderen Genehmigung abhängige Benutzung eines öffentl. Grundstücks für Betriebe oder Anlagen (z. B. Straßenbahnen, elektrische Leitungen) zum Ersatz des dadurch entstehenden Schadens verpflichtet.“ Ferner müssen sie ihrer Natur nach eine Gefahr für den öffentl. Verkehr mit sich bringen, so daß z. B. der genehmigte Bau eines noch so gefährlichen Circus auf öffentlichen Plätzen nicht hierher zu rechnen ist.

Wegen der allgemeinen Bestimmungen über Ersatzpflicht s. §§. 249 bis 252 B. G.-B. Ueber die Verjährung s., außer den allgemeinen Vorschriften des B. G.-B., §. 31 Br. Ausf. B. G.-B. und oben §. 25, II, 2 b.

¹⁸⁾ §. 30 Br. Ausf. B. G.-B. Die Verpflichtung zum Ersatz der in diesem Paragraphen nicht erwähnten Heilungskosten folgt aus §. 29, l. c., wie die Mot. Br. Ausf. B. G.-B., S. 23, noch ausdrücklich hervorheben.

Vorbehalt der Entschädigung des Betheiligten, wenn er den redlichen Erwerb nachweist¹⁹⁾.

9. Wenn bei einem Aufbruch öffentliches oder Privateigenthum vernichtet oder beschädigt ist, so ist der Schaden, so weit er nicht von einer Versicherungsgesellschaft zu tragen ist, durch die Gemeinde zu ersetzen, vorbehaltlich des Regresses an die Schuldigen²⁰⁾. Die Verpflichtung der Gemeinde fällt fort, wenn die zusammengerottete Menge aus einer anderen Gemeinde eingedrungen ist, in welchem Falle die letztere einzutreten hat, falls sie die Gefahr voraussehen konnte²¹⁾. Ueber die Verpflichtung und die Höhe des Ersatzes entscheiden die Gerichte²²⁾. Bei außergewöhnlich großem Schaden sollen Zuschüsse aus Staatsmitteln gewährt werden²³⁾.

§. 58.

Ersatzansprüche aus anderen Gründen.

1. Falls Mitglieder der Feuerwehr bei Ausübung ihres Dienstes bei einem Schadenfeuer oder bei dienstlich angeordneten Uebungen zu Schaden kommen oder den Tod finden, so soll für sie bezw. ihre Familie seitens der Kreiscommunalcasse desjenigen Kreiscommunalverbandes, in welchem der Beschädigte seinen Wohnsitz hat, in ausreichender, ihren Verhältnissen angemessener Weise gesorgt werden. Entstehen hierbei Zweifel darüber, ob die Beschädigung oder der Tod durch Ausübung des Dienstes herbeigeführt ist, so entscheidet darüber, sowie auch über das Maß der Entschädigung erforderlichenfalls das Gericht¹⁾.

2. Der Ersatz für Wildschaden ist grundsätzlich anerkannt²⁾. Es sind dabei folgende Fälle zu unterscheiden:

¹⁹⁾ Weegeordn. v. 29. Juni 1899, Nr. 56, §. 52. Vergl. Art. 107 E. B. G.-B. Die gleiche Bestimmung traf bereits die Weegeordn. v. 5. Juni 1871 in §. 52.

Die weitere Bestimmung der Landesordn. v. 1647, Art. 25 bezw. 10. März 1704, §. 19 bezüglich der Schadenhaftung des Wegebaupflichtigen, welche unter Art. 106 E. B. G.-B. fallen würde, ist durch §. 118, Z. 51 Br. Ausf. B. G.-B. ausdrücklich aufgehoben.

²⁰⁾ §§. 203 f. der Städteordnung v. 18. Juli 1892 u. §§. 145 f. der Landgemeindeordn. von demselben Tage, früher §§. 168 ff. der St.-O. v. 18. März 1850 u. §§. 113 ff. der Landgem.-O. von demj. Tage. Diese gesetzlichen Bestimmungen über die Ersatzpflicht der Gemeinden für die von dritten Personen begangenen unerlaubten Handlungen ist durch Art. 108 E. B. G.-B. aufrecht erhalten. Vergl. auch Cosack, Lehrbuch d. bürgerl. R., 165, XII, 2. S. auch Mot. Br. Ausf. B. G.-B., S. 13.

²¹⁾ §§. 205 f. bezw. §§. 147 f., 1. c.

²²⁾ §. 207 bezw. §. 149, 1. c.

²³⁾ §. 208 bezw. §. 150, 1. c.

¹⁾ §. 40 des Gef. v. 2. April 1874, Nr. 16.

²⁾ Das Princip ist in §. 835 B. G.-B. aufgestellt, woneben durch Art. 70 und 71 E. B. G.-B. der Landesgesetzgebung weitgehende Vorbehalte gemacht sind. Vordem waren für Wildschaden nur diejenigen Forstbesitzer verantwortlich, welche Schwarz-, Roth- und Dammmild in eingegatterten Forsten hegten. Im Uebrigen

- a) Ist einem Grundstücke, einschließlich seiner schon getrennten, aber noch nicht abgeernteten Früchte, ein Wildschaden zugefügt, so haften hierfür der Jagdberechtigte (bzw. die Administratoren oder Pächter des Jagdrechts), eben dieses Grundstücks, wenn Grundeigentümer und Jagdberechtigte verschiedene Personen sind und der Schaden durch Schwarz-, Roth-, Elch-, Damm- oder Rehwild oder durch Fasanen entstanden ist³⁾.
- b) Der Jagdberechtigte des benachbarten, an das beschädigte Grundstück angrenzenden Grundstücks haftet dagegen nur, wenn das

find ein Ersatz des Wildschadens nicht statt (§§. 13 u. 14 des Ges. v. 8. Sept. 1848). Aber auch dieses Princip hat nicht immer bestanden.

Nachdem bereits der Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597, Art. 35, den Grundeigenthümern nachgelassen hatte, das Wild „abzuschrecken“, ohne dessen Beschädigung, auch ohne Schußwaffe (Allgem. Landesordn. v. 1647, Art. 47), indessen unter Benutzung von höchstens zwei, mit hängenden Knütteln versehenen Hunden (Verordn. v. 14. Sept. 1767), traf eine Bekanntmachung d. Fürstl. Cammer v. 21. Oct. 1766 Bestimmungen, nach denen auch die Revierbeamten verpflichtet wurden, den Austritt des Wildes, namentlich der Sauen, nach Möglichkeit zu verhindern. Vergl. Steinacker, Promt. II, 498 ff. In dem Landtagsabsch. v. 9. April 1770, Art. 36 (Steinacker, Promt. I, 461) hat darauf die Landesherrschaft versprochen, die Wildbahn so bestehen zu lassen, daß die Unterthanen keine Ursache haben sollten, sich deshalb zu beschweren.

Die Praxis unserer Obergerichte hatte sich in der Folge der Ansicht einer unbedingten Verpflichtung des Jagdherrn zum Ersatze des Wildschadens zugeneigt (Waldeck, Controversen, S. 86). Allein die Verordn. v. 16. Sept. 1827, Nr. 23, bestimmte, daß der von Rehwild verursachte Wildschaden überhaupt nicht, der von Schwarz- oder Rothwild verursachte, nachweisbare Schaden aber vom Jagdberechtigten nur dann zu ersetzen sei, wenn der Normalwildstand nicht gehörig bestimmt und die gegen dessen Ueberschreitung verordneten Maßregeln nicht befolgt, die in bestimmten Fällen vorgeschriebenen Treibjagden, namentlich auf Sauen, nicht abgehalten oder ein begründeter Anspruch auf Anstellung von Flurschützen unberücksichtigt gelassen war. Aber auch in diesen Fällen sollte der Wildschaden nicht in Betracht kommen, der in Gehöften oder Gärten vorkam, oder wenn der Geschädigte die ihm zur Abwehr verstatteten Mittel unbenutzt gelassen u. d. Die Ausrottung der Kaninchen war dagegen jedem Grundbesitzer ohne Weiteres gestattet. — Nach dem Ges. v. 11. Mai 1835, Nr. 33, schließlich sollte der durch Schwarzwild verursachte Schaden regelmäßig ersetzt werden, falls nicht dem Geschädigten die hohle Jagd zeitweise überlassen oder die Haltung von Flurschützen gestattet oder der Schaden nicht rechtzeitig angezeigt war u. d.

³⁾ §§. 33 ff. Br. Ausf. B. G.-B. u. §. 835 B. G.-B., vergl. mit Art. 71 B. G.-B. Daß der Grundeigenthümer eine vom Jagdberechtigten verschiedene Person ist, kann bei uns nach §§. 2, 3 des Ges. v. 16. April 1852, Nr. 23 stattfinden (s. unten §. 63, II), insbesondere also bei Jagdinteressentenschaften der Feldmarken. Für diese haften im Falle einer Verpachtung die Pächter (§. 34 Br. Ausf. B. G.-B.), im Falle einer Administration zunächst die einzelnen Interessenten nach Verhältniß der Größe ihrer Grundstücke (§. 835, Abs. 3) oder daneben der Administrator, da dieser sich dazu nach §. 35 Br. Ausf. B. G.-B. verpflichten muß. Mehrere Pächter oder Administratoren haften nach dem Gesetze als Gesamtschuldner. Die §§. 36 u. 37 Br. Ausf. B. G.-B. haben Uebergangsbestimmungen getroffen. — Die Ersatzpflicht erstreckt sich auch auf die eingefriedigten Gärten innerhalb der Feldmark, in denen nach §. 19 des Ges. v. 16. April 1852, Nr. 23 das Jagdrecht ruht. Denn auch in

angrenzende Grundstück Forstgrundqualität besitz, eingehegt ist und der Schaden durch Schwarz-, Roth- oder Dammwild entstanden ist ⁴⁾).

3. Ersatzansprüche öffentlicher Verbände wegen Unterhaltsgewährung kommen folgende vor ⁵⁾).

- a) Die Detentionskosten des Staates für die zum Arbeitshaus verurtheilten Personen sind aus dem Arbeitsverdienst und der Ausfall aus dem etwaigen Vermögen des Detenirten zu ersetzen. Im Unvermögensfalle kann Gemeinde oder Armenverband bis zu 30 Mark jährlich in Anspruch genommen werden ⁶⁾).
- b) Die von einer Gemeinde geleisteten Armenunterstützungen sind dergestalt als bloße Vorschüsse zu betrachten, daß sie von den unterstützten Armen selbst, sowie von den unterhaltungspflichtigen Verwandten oder von den Erben der Unterstützten im Wege der Klage zurückverlangt werden können ⁷⁾).
- c) Auch der Armenverband kann für die Unterstützung Hilfsbedürftiger Ersatz von den unterhaltungspflichtigen Anverwandten verlangen ⁸⁾).
- d) Bei der angeordneten Zwangserziehung können die Kosten der Unterbringung in eine Erziehungsanstalt von dem Zöglinge und seinen unterhaltungspflichtigen Anverwandten zurückgefordert werden ⁹⁾).

diesen Gärten darf der Eigenthümer zu deren Schutz regelmäßig das Jagdrecht nicht ausüben. S. unten §. 63, II.

⁴⁾ §. 32 Br. Ausf. B. G.-B. u. §. 14 des Gef. v. 8. Sept. 1848, vergl. mit Art. 71, Abf. 2 E. B. G.-B. Ueber die Forstgrundqualität s. unten §. 98 a. E. Auf ein Verschulden des Jagdberechtigten kommt es hier so wenig, wie bei dem anderen Falle der Wildschadenerjazzpflicht an.

⁵⁾ Die landesgesetzlichen Bestimmungen haben Geltung nach Art. 103, E. B. G.-B.

⁶⁾ Gef. v. 22. Dec. 1870, Nr. 119, §. 4. Hinsichtlich der Gefangenenanstalten bestehen dagegen überhaupt keine Bestimmungen über die Ersatzpflicht der unterstützungsbedürftigen Anverwandten, auch ist eine solche Ersatzpflicht nie geltend gemacht worden. Hieran ist durch das B. G.-B. nichts geändert. Mot. Br. Ausf. B. G.-B., Nr. 12.

⁷⁾ §. 200 der St.-Ordn. u. §. 142 der L.-G.-O. v. 18. Juni 1892, Nr. 32. Welche Verwandten unterhaltungspflichtig sind, sagt das B. G.-B. Vergl. §§. 1360 f., 1601 ff. u. 1708 ff. das. S. auch Zeitschr. f. R. XLV, 131.

⁸⁾ Landesgef. v. 5. Juni 1871, Nr. 39, §. 33 vergl. mit §§. 31 f. Ueber die unterhaltungspflichtigen Verwandten s. Note 7.

⁹⁾ Gef. v. 12. Juni 1899, Nr. 46, §. 10. Vergl. auch noch Bekanntmachung vom 15. Dec. 1884, Nr. 45, wo nach §. 13 des Reglements der Heil- und Pflegeanstalt zu Königs-Lutter dasselbe bezüglich der Ablieferung von Kranken bestimmt wird. — Wegen der Unterhaltungspflicht der Verwandten s. oben Note 7.

S a c h e n r e c h t.

Erstes Capitel.

E i g e n t h u m.

Erster Abschnitt.

Allgemeines.

§. 59.

Begriff des Eigenthums.

Den Begriff des Eigenthums und seinen Inhalt bestimmt ausschließlich das B. G.-B.¹⁾ Auch auf das Eigenthum, das zur Zeit des Inkrafttretens des B. G.-B. bereits bestand, finden von dieser Zeit an die Vorschriften des neuen Rechts Anwendung²⁾.

Der Begriff des sogen. getheilten Eigenthumes des Inhaltes, daß der Eine das sogen. Obereigenthum (*dominium directum*), der Andere das Nutzungseigenthum (*dominium utile*) an einer Sache hat, wird schon seit den Glossatoren auf die mannigfachsten Verhältnisse angewandt, ist aber heute rück-

¹⁾ §§. 903 bis 924 B. G.-B. Das landesf. Rescr. v. 21. Jan. 1793 (Steinacker, Promt. I, 62), wonach der Grenzbaum dahin gehören sollte, wo er seine Wurzeln hatte, ist durch §. 118, Z. 3 Br. Ausf. B. G.-B. noch ausdrücklich für aufgehoben erklärt. Vergl. jetzt §. 923 B. G.-B. Die Bestimmung der früheren Bauordnung v. 15. Juni 1876, §. 56, über das Eigenthum an Zwischenräumen zwischen Gebäudegrundstücken ist mit Rücksicht auf §. 921 B. G.-B. in der neuen Bauordn. v. 27. Oct. 1899, Nr. 96, in dem entspr. §. 74 nicht wiederholt. Vergl. auch Not. z. Bauordn. S. 76, Anl. 128 der Landtagsverh. v. 1898.

²⁾ Art. 181, Abs. 1 E. B. G.-B. Dies gilt nur von dem Begriff und Inhalt des Eigenthums. Die Frage nach dem Erwerb des vorher entstandenen Eigenthums entscheidet sich dagegen nach früherem Recht. Vergl. Habicht, Einwirkung, 2. Aufl. §. 39, II; Pland, Comm. B. G.-B., 2. Aufl., III, S. 128, Note 2. Ueber Ersetzung s. oben §. 25, I. Auch auf dem Gebiete der Vorbehalte, z. B. beim Deichrecht, Familienfideicommissen u., entscheidet grundsätzlich das Landesrecht, wer als Eigentümer und wer als Berechtigter anzusehen ist. Habicht, a. a. O., §. 39, I. Bereits bestehendes Stockwerkeigenthum ist durch Art. 182 E. B. G.-B. aufrecht erhalten. Doch ist bei uns ein derartiges Recht nicht anerkannt. Zeitschr. f. R. XXXI, 161; vergl. auch Seuff. Arch. XXXVII, 97.

sichtlich seiner Existenzberechtigung stark angezweifelt³⁾ und jedenfalls für unser Herzogthum unpraktisch geworden⁴⁾. Von großer praktischer Bedeutung noch jetzt ist aber der Begriff der „gemeinsamen Were“, d. h. derjenige Fall von Gesamteigenthum, welcher eintritt und besteht mit dem Tode des Hofeigenthümers, wenn und so lange die Erbberechtigten — zu denen hier auch der überlebende Ehegatte und der Interimswirth gehören — den Hof in ungetheilter Gemeinschaft bewirthschaften⁵⁾.

Das sogen. Bergwerkseigenthum schließlich ist zwar kein Eigenthum an einer körperlichen Sache, nicht etwa an den unter der Erde befindlichen Lagerstätten des Minerals oder an letzterem selbst, sondern es ist ein auf einem privilegierten Occupationsrechte beruhender Complex verschiedener Berechtigungen, welche dem Zwecke bergmännischer Production dienen, und daher selbst auch nur eine Berechtigung. Indessen durch gesetzliche Fiction wird es dem Eigenthum an Grundstücken insofern gleichgestellt, als ihm ein selbstständiges Blatt im Grundbuche eingeräumt wird, und sich seine Veräußerung, Belastung und Verpfändung gleich den Grundstücken vollzieht⁶⁾.

§. 60.

Schutz des Eigenthums.

Die Eigenthumsansprüche bestimmen sich nach dem B. G.-B.¹⁾, jedoch folgen sie dem neuen Rechte erst dann, wenn der Thatbestand, auf dem sie

³⁾ Stobbe-Lehmann, D. Privatr. II, §. 65; Roth, D. Privatr. III, §§. 231 f.

⁴⁾ Das B. G.-B. hat den Begriff des getheilten Eigenthums überhaupt nicht übernommen. Vergl. Cosack, Lehrbuch II, §. 195, IV, 2. Dies würde nicht ausschließen, daß es auf dem Gebiete der Vorbehalte bestehen geblieben wäre (Endemann, Lehrbuch I, §. 16, IV, 1). Allein von den Anwendungsfällen sind bei uns die Lehnen durch Ges. v. 28. März 1837, Nr. 18, und endgültig durch Ges. vom 13. Dec. 1849, Nr. 51, die Familienfideicommissse aber durch Ges. v. 19. März 1850, Nr. 12, aufgehoben worden. Bei Bauerngütern ist zwar die Scheidung in das Eigenthum des Gutsheeren und das Recht des Colonen noch möglich, mögen diese Güter als die eigentlichen Meiergüter oder die im Herzogthume von jeher selteneren Erbpacht- und Erbzinsgüter bestehen; aber nachdem die Ablösbarkeit der bäuerlichen Gutslasten durch die Ablös.-Ordn. v. 20. Dec. 1834 eingeführt und nach §. 107 das. mit geschehener Ablösung alle Bauerngüter für freies Eigenthum erklärt sind, dürfte es eigentliche Meiergüter u. kaum mehr geben.

⁵⁾ Das Nähere über die gemeinsamen Were, dessen fortdauernde Berechtigung unter der Herrschaft des B. G.-B. nicht unbefristet geblieben ist, gehört in die Darstellung des Bauernrechts. S. unten §. 136 u. §. 121.

⁶⁾ Der Inhalt des Bergwerkseigenthums bestimmt sich nach Art. 67 E. B. G.-B. nach dem Landesrecht. Dieses trifft durch §. 52 des Bergges. v. 15. April 1867, Nr. 23 in der durch Ges. v. 12. Juni 1899, Nr. 44, II abgeänderten Fassung, sowie in §. 20 Br. Ausf. G.-B.-O. v. 12. Juni 1899, Nr. 37 und §. 7 Br. Ausf. Ges. v. 12. Juni 1899, Nr. 39 die entsprechenden Vorschriften. Das Nähere s. unten in §. 87. Früher trafen im Wesentlichen gleiche Bestimmungen über die grundbuchmäßige Behandlung des Bergwerkseigenthums die §§. 70, 71 Gr.-Erw.-G. vom 8. März 1878, Nr. 10.

¹⁾ §§. 985 bis 1017 B. G.-B.

beruhen, seit dem 1. Januar 1900 eingetreten ist²⁾. Das Landesrecht greift nur in folgenden Beziehungen ein.

- I. Der Eigenthumsanspruch bei beweglichen Sachen ist beschränkt,
 - a) gegenüber der Herzoglichen Leihhausanstalt, insofern die vom Nicht-Eigenthümer verpfändeten Sachen nur gegen Erstattung des Pfandschillings und der Kosten zurückverlangt werden können³⁾,
 - b) gegenüber der Braunschweigischen Bank, gegen welche eine Vindication von Metall- und Papiergeld unbedingt ausgeschlossen ist⁴⁾.

II. Der Eigenthumsanspruch bei Grundstücken kommt in seiner doppelten Function in Betracht.

1. Wenn bei einem öffentlichen Gewässer ein erkennbares Stück Land durch Gewalt des Wassers vom Flußufer an einen anderen Ort versetzt ist, so kann der bisherige Eigenthümer binnen Jahresfrist den Vindicationsanspruch geltend machen, der aber den ordentlichen Gerichten entzogen und den Kreisdirectionen zur Entscheidung überwiesen ist⁵⁾.

2. Bei Zuführung von Gasen, Dämpfen, Gerüchen, Rauch, Erschütterungen zc. durch Eisenbahn-, Dampfschiffahrt- und andere Unternehmungen ist anstatt der Negatorienklage auf Einstellung des Betriebes nur eine solche auf Herstellung von Einrichtungen gemäß §. 26 der Gewerbe-Ordn., wodurch benachtheiligende Wirkungen ausgeschlossen sind, gegeben⁶⁾.

²⁾ Vergl. Art. 181 E. B. G.-B. Cojact, Lehrbuch II, §. 214 a. E. Jedoch ist bei den Ansprüchen aus dem Eigenthum zu unterscheiden zwischen solchen, die als dingliche aus dem gesetzlichen Inhalt des Eigenthums fließen, wie der Anspruch auf Herausgabe von Sachen (§. 985 B. G.-B.), auf Beseitigung von Beeinträchtigungen (§. 1004) und solchen, welche aus einem durch das Verhalten des Besitzers begründeten persönlichen Schuldverhältnisse herrühren, wie die Verpflichtung zum Schadenersatz, der Anspruch auf Ersatz von Aufwendungen, der Anspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung (§. 989). Während die ersteren dem Art. 181 E. B. G.-B. unterfallen, bleiben für die Ansprüche der letzteren Art die bisherigen Gesetze maßgebend (Reichsgericht v. 19. Mai 1900 in der Jur. Wochenschr. 1900, S. 561). Früher galt bei uns im Wesentlichen unverändert das gemeine Recht.

³⁾ Ges. vom 28. Januar 1870, Nr. 15, §. 4 vergl. mit Art. 94, Abs. 2 E. B. G.-B. Dazu: Mot. Br. Ausf. B. G.-B., S. 90 f. Dagegen ist die entsprechende Bestimmung für die Braunschw. Bank in §. 1 des Ges. v. 23. Mai 1853, Nr. 26, durch den Vorbehalt nicht getragen und deshalb durch §. 63 Br. Ausf. B. G.-B. ausdrücklich für aufgehoben erklärt, soweit der Bank nicht ein solches Recht nach den Bestimmungen des B. G.-B. ohnehin zusteht.

⁴⁾ Ges. vom 23. Mai 1853, Nr. 26, §. 6. Ueber dessen fortdauernde Geltung auf Grund des Art. 94, Abs. 1 E. B. G.-B. vergl. Mot. Br. Ausf. B. G.-B., S. 90 f.

⁵⁾ §. 52 des Wasserges. v. 20. Juni 1876. Die Bestimmung bleibt nach Art. 65 E. B. G.-B. in Geltung, schließt daher auch den Vindicationsanspruch des B. G.-B. im ordentlichen Proceßwege aus.

⁶⁾ §. 46 Br. Ausf. B. G.-B. vergl. mit Art. 125 E. B. G.-B. Vergl. dazu: Mot. Br. Ausf. B. G.-B., S. 65 f., auch Zeitschr. f. R. IV, S. 110 ff. u. Entsch. R.-G. VII, 267.

3. Andere landesgesetzliche Immissionsverbote sind polizeilicher Natur und begründen einen Anspruch wegen Eigenthumsstörung nur, so weit er nach dem B. G.-B. statthaft ist⁷⁾.

Zweiter Abschnitt.

Beschränkungen des Eigenthums.

§. 61.

Beschränkungen im öffentlichen Interesse.

Es ist von dem Grundsatz auszugehen, daß das Eigenthum keinen anderen Beschränkungen unterworfen ist, als denen, welche auf Recht und Gesetzen beruhen¹⁾. Hiernach können Privateigenthum und Privatgerechtsame nur für wesentliche Zwecke des Staates oder einer Gemeinde, jedoch nur in den gesetzlich bestimmten oder durch dringende Nothwendigkeit gebotenen Fällen gegen vorgängige volle Entschädigung auf Verfügung der zuständigen Verwaltungsbehörde in Anspruch genommen, d. h. expropriert werden²⁾. Das Nähere hierüber wird in §. 67 erörtert werden.

I. Von Beschränkungen, die im öffentlichen Interesse dem Eigenthume

⁷⁾ Ueberhaupt ist die Frage der Zulässigkeit von Immissionen, so weit es sich nicht um landesgesetzl. Vorbehalte (vergl. oben Note 6) handelt, vom 1. Jan. 1900 ab nach dem B. G.-B. auch dann zu beurtheilen, wenn die Immission bereits vorher entstanden war und nachher fortdauert. Vergl. Urth. des R.-G. vom 10. Mai 1900 in Jurist. Woch. 1900, S. 561. Die hier im Uebrigen in Frage kommenden landesgef. Immissionsverbote polizeilicher Art sind gegeben: a) durch Fischereiges. v. 1. Juli 1879, Nr. 38, §. 39, wonach in die Gewässer aus landwirthschaftlichen oder gewerblichen Betrieben keine Stoffe von solcher Beschaffenheit oder Menge geleitet werden dürfen, daß dadurch fremde Fischereirechte geschädigt werden, falls nicht im überwiegenden landwirthschaftlichen oder gewerblichen Interesse und unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen von der Kreisdirection bezw. dem Verwaltungsgerichtshofe die Erlaubniß erteilt ist; b) durch dasselbe Ges. §. 40, Abs. 1, wonach das Kotten von Flachs und Hanf aus den gleichen Gründen und unter denselben Modificationen in geschlossenen Gewässern verboten ist; c) durch das Wassergesetz v. 20. Juni 1876, §. 85, wonach Entwässerungsunternehmungen nur zu gestatten sind, soweit sie durch die Zuleitung keine schädliche Veränderung des öffentlichen Flusses zur Folge haben.

¹⁾ Art. 111, E. B. G.-B.; R. Landsh.-Ordn. v. 12. Oct. 1832, §. 32. — Die Beschränkungen des Immobiliareigenthums sind, soweit sie nach dem B. G.-B. noch bestehen, durch das Br. Ausf. B. G.-B. nicht erschöpfend geregelt. Das Schweigen dieses Gesetzes hat nicht die Bedeutung, daß in dieser Beziehung etwa noch geltende Bestimmungen als aufgehoben anzusehen sind. Mot. Br. Ausf. B. G.-B., S. 65.

²⁾ R. L.-O. v. 12. Oct. 1832, §. 33. Beispiele dafür, daß auch bewegliche Sachen der Expropriation unterliegen, bildet die Enteignung von Pferden im Mobilmachungsfalle gemäß §. 25 des Reichsges. v. 13. Juni 1873 vergl. mit d. braunschw. Verordn. v. 28. Oct. 1886, ferner die Enteignung von Materialien zum Wegebau nach der R. Wegeordn. v. 1899, §. 50.

an gewissen Arten von Immobilien im Allgemeinen auferlegt sind, kommen folgende in Betracht³⁾.

1. Der Eigenthümer eines jeden fließenden Privatgewässers muß unbeschadet seines eigenen Benutzungsrechtes an dem Wasser gestatten, daß dasselbe von Jedermann zum Schöpfen mit Handgefäßen, Baden, Waschen und Tränken, soweit dies mit Benutzung der dazu erlaubten Zugänge stattfinden kann, gebraucht werde⁴⁾. Auch kann, insoweit der Eigenthümer von Privatgewässern das in denselben fließende Wasser nicht selbst gebraucht, eine Verleihung zu dessen Benutzung in gleicher Weise stattfinden, wie bei öffentlichen Gewässern⁵⁾. Andererseits müssen die Eigenthümer der an öffentliche Gewässer anliegenden Grundstücke gestatten, daß die bei Aufräumung des Wasserzuges auszuwerfenden Gegenstände (Erde, Schlamm, Duschwerk u. s. w.) auf ihre Grundstücke in einer solchen Entfernung aufgelagert werden, daß sie nicht in das Gewässer zurückschleiten können, wobei jedoch beide Ufer thunlichst gleichmäßig zu belasten sind⁶⁾. Auch das Betreten der Ufergrundstücke, sowohl bei Ausführung der Räumungsarbeiten, als auch bei Ausübung des Aufsichtsrechtes über die Erhaltung der öffentlichen Gewässer, hat der Uferanlieger unentgeltlich zu gestatten⁷⁾. Eine Beschränkung des Eigenthums ist es dagegen nicht für die Anlieger öffentlicher Gewässer, wenn den Fischereiberechtigten zur Ausübung ihres Rechts erlaubt ist, die Ufer zu begehen, da letztere nicht im

³⁾ Verwandt mit diesen Beschränkungen ist die Bestimmung des Gesetzes vom 4. Januar 1845, §. 1, wonach Niemand, der nicht mindestens 25 Morgen Ackerland auf der Feldmark seines Wohnsitzes besitzt, Feldtauben halten darf und im Uebrigen je ein Paar auf 5 Morgen, im Ganzen aber nicht mehr, als 100 Paar. Die Kreise und Städte können nach Ges. v. 26. März 1870, Nr. 33, Abweichendes bestimmen. Vergl. die Strafbestimmung in §. 18, III, 3. 18 des P.-St.-G.-B. v. 23. März 1899. Früher war nach Verordn. v. 8. Aug. 1744 (Schneider, Repert. II, 364) das Halten von Tauben den Bürgern überhaupt verboten. Das ältere Verbot des Ziegenhaltens gemäß Verordn. v. 25. Mai 1715 (Schneider, Repert. III, 232 ff.) ist längst antiquirt.

⁴⁾ Wassergef. v. 20. Juni 1876, §. 88, 3. 3, vergl. mit Art. 65 E. V. G.-B.

⁵⁾ §. 88, 3. 4 des Wassergef. — Was unter solchen Wassernutzungsrechten zu verstehen und über das für die Verleihung derselben maßgebende Verfahren s. unten §. 101.

⁶⁾ §. 17, Abs. 1, l. c. Dafür dürfen aber die Anlieger auch, insofern nicht die bezeichneten Gegenstände sofort bei der Ausführung der Räumungsarbeiten zur Ausbesserung der Ufer anderweit verwendet werden müssen, dieselben für sich benutzen, in welchem Falle sie selbst für die Fortschaffung zu sorgen haben. §. 17, Abs. 2, l. c. Machen die Anlieger von dieser Befugniß keinen Gebrauch, so kann man per arg. e contr. aus dem Gesetzestext folgern, daß sie nach einem billigen Zeitraum die Entfernung der Gegenstände auf Kosten der Unterhaltungspflichtigen verlangen können. Es ist die actio negatoria hierfür gegeben, ohne daß der Rechtsweg ausgeschlossen wäre.

⁷⁾ §. 17, Abs. 4, l. c. Von einem eigentlichen Leinpfade (Stobbe, a. a. O., S. 100) ist hier nicht die Rede. Eine derartige Beschränkung zu Gunsten des publicus usus ist auch deshalb nicht erforderlich, weil die Ufer der öffentlichen Gewässer nach §. 51, l. c., als Bestandtheil der letzteren gelten und daher einer öffentlichen Benutzung zugänglich sind, soweit dieselbe mit der öffentlichen Wohlfahrt übereinstimmt.

Eigenthum der Anlieger stehen, sondern Bestandtheile des Gewässers bilden⁹⁾. Wenn jedoch das Fischereigesetz bestimmt, daß während der Ueberfluthung der Ufer die Fischereiberechtigten auch auf den überflutheten Grundstücken die Fischerei ausüben dürfen, soweit dies ohne Beschädigung des Grundstückseigenthümers geschehen kann und vorbehaltlich aller Ersatzansprüche für etwaige Schadenszufügung, so liegt hierin wiederum eine offenbare Eigenthumsbeschränkung⁹⁾. Und dasselbe ist zu sagen rücksichtlich der ferneren Bestimmung des Fischereigesetzes, wonach Besitzer von Wehren, Schleusen, Dämmen und anderen Wasserwerken in natürlichen, öffentlichen, fließenden Gewässern, durch welche der Zug der Wanderfische erheblich beeinträchtigt oder versperrt wird, verpflichtet sind, die Anlage von Fischpässen zu dulden, wenn die Anlage entweder vom Staate im öffentlichen Interesse beabsichtigt oder von Personen oder Genossenschaften, welche im oberen oder unteren Theile des Gewässers fischereiberechtigt sind, nach Genehmigung seitens Herzoglicher Kreisdirection aufgeführt wird¹⁰⁾.

2. Das Eigenthum an Privatforsten, d. h. solchen, die nicht zum Cammergut oder zum Klosterfonds gehören, ist verschiedentlich beschränkt durch die Forsthoheit des Staates¹¹⁾. Demgemäß sind die Forsten, welche im Eigenthum einer juristischen Person stehen, hinsichtlich der Aufstellung der Wirthschaftspläne, sowie der jährlichen und außerordentlichen Hauungen, Forstculturen und derjenigen Forstnebennutzungen, welche von unmittelbarem Einfluß auf die Holzzucht sind, der Beaufsichtigung durch die Forstbehörden unterworfen¹²⁾.

^{a)} §. 44, Abs. 2 des Fischereiges. v. 4. Juli 1879, Nr. 38. — Vergleiche auch vorige Anmerkung.

⁹⁾ §. 8, 1. c. Die etwaige Klage auf Schadenersatz kann nach den Grundsätzen des B. G.-B. angestellt werden. Die Zulässigkeit des Rechtsweges rücksichtlich dieses Anspruches kann nicht weiter zweifelhaft sein.

¹⁰⁾ S. 32 des Fiskalereiges. v. 1. Juli 1879, Nr. 38. Das Verfahren erledigt sich hierbei im Verwaltungswege. Die Ausführung bedarf in allen Fällen der Genehmigung des Staatsministeriums, Departement des Inneren, worauf event. das Expropriationsverfahren nach den dafür geltenden Bestimmungen (s. unten S. 67) eintritt. — Für alle hieraus entstehenden Streitigkeiten sind die Verwaltungsbehörden zuständig; der Rechtsweg ist nach den im §. 18 des Gef. v. 13. Sept. 1867, Nr. 78, vorgesehenen Fällen möglich.

11) Diese Bestimmungen des particularen Waldbrechts werden durch Art. 111 G. V. G. = V. aufrecht erhalten, indem die Mot. dazu S. 192 f. ausdrücklich hervorheben, daß besonders die im öffentlichen Interesse gegebenen Vorschriften über Waldbau hierher gehören. Daß aber diese Vorschriften auch rückfichtlich der Privatforsten im öffentlichen Interesse gegeben sind, bedarf keiner Ausführung.

¹²⁾ Gef., die Ausübung der Forsthohe und Forstaufsicht über Privatforsten betr., v. 30. April 1861, Abschnitt II. — Derartige Beschränkungen sind schon lange Rechtsens. So bestimmte die Verordnung v. 28. Febr. 1645, §. 1, und das Forstreglement v. 1686, §. 26, daß keiner in fürstlichen Kloster- oder Privatholzungen ohne besondere Erlaubniß und vorgängige Anweisung des jeden Orts bestellten Oberförsters oder Försters hauen dürfe, es sei denn (Receß v. 1614), daß er den eigenen Vieh durch Gnadenbrief erhalten oder sonst rechtiger Art nachher gebracht habe. (v. Liebhaber, Einl. in braunschw.-lüneb. Landesordn. II, 18.) Ueber andere zum Schutze der Forsten im staatlichen Interesse erlassene ältere gesetzliche Vorschriften s. v. Liebhaber, a. a. O., S. 9 ff.

Die Eigenthümer der übrigen Privatforsten sind dagegen nur soweit beschränkt, als ihnen ohne Genehmigung des Staatsministeriums verboten ist, Holzrodungen oder solchen gleichkommende Abholzungen und Behandlungen an den mit Forstgrundqualität behafteten Grundstücken vorzunehmen¹³⁾. Das Nähere findet unten bei der Darstellung der Rechtsverhältnisse an Waldungen (§. 99) seine Stelle.

3. Auch im Interesse des Bergbaues ist das Grundeigenthum beschränkt¹⁴⁾. So muß der Grundeigenthümer einem Jeden gegen Entschädigung gestatten, auf seinem Grund und Boden nach bestimmten Mineralien zu schürfen¹⁵⁾. Ausgenommen von dieser Beschränkung sind nur Gebäude, ferner das in einer Entfernung bis zu 200 Fuß um solche liegende Land, ferner Gärten und eingefriedigte Wohnräume, sowie öffentliche Plätze, Straßen, Eisenbahnen und Friedhöfe¹⁶⁾. Auch der Bergwerkeigenthümer muß gegen angemessene Caution gestatten, daß Jemand in seinem Bergwerke nach anderem Mineral schürft¹⁷⁾. Ferner hat der Grundeigenthümer zu dulden, daß der Muther Versuchsarbeiten, welche er etwa noch vor Verleihung des Bergwerkeigenthums ausführt, unter denselben Beschränkungen, wie das Schürfen, vornehme¹⁸⁾, und daß er, wenn ihm das Bergwerkeigenthum hinsichtlich eines bestimmten Minerals durch die Bergbehörde auf dem Grund und Boden des

¹³⁾ Gef. v. 30. April 1861, §. 6. Der Eigenthümer kann andernfalls durch Herzogl. Kreisdirection zur Wiederaufforstung angehalten werden. Hierzu ist er auch dann verpflichtet, wenn die Rodung vor Erlass des Gesetzes geschehen. Die Streitfrage, ob ein Grundstück Forstqualität habe, gehörte früher lediglich zur Entscheidung der Gerichte (§. 10, Abs. 3 daf.), wird aber nach §. 54, Abs. 2 u. §. 72, Abs. 2 des Gef. v. 5. März 1895, Nr. 26, vom Verwaltungsgerichtshof entschieden.

Ausrodungen von Gemeinde- und Privatholzungen ohne Genehmigung der Landesregierung verbot nach dem Landtags-Absh. v. 27. Jan. 1619, Art. 24 auch d. Circ.-Rescr. d. Staatsm. v. 30. Jan. 1836, welches das hierbei zu beobachtende Verfahren regelte (Steinacker, Promt. I, 461). Vergl. auch Anm. 12.

¹⁴⁾ Die Beschränkungen haben fortdauernde Geltung nach Art. 67 E. B. G.-B.

¹⁵⁾ §. 5 des Berggef. v. 15. April 1867. Der Eigenthümer kann, abgesehen von den unten Note 16 bezeichneten Fällen nur widersprechen und die Entscheidung der Bergbehörde anrufen, wenn überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses dem Schürfen entgegenstehen (§§. 4, 8, l. c.). Auch die Entschädigung stellt bei Uneinigkeit der Parteien die Bergbehörde endgültig durch Beschluß fest. Doch kann wegen Feststellung der Entschädigung oder Caution überdies auch der Klageweg beschritten werden (§. 9, l. c.). Vergl. unten §. 67, Ziffer 5 u. §. 96, I, Ziffer 1. — Ueber das frühere Recht s. unten §. 95.

¹⁶⁾ §. 4, Abs. 1 u. 3, l. c. Zuwiderhandlungen gelten als Eigenthumsstörungen, derenthalb der Rechtsweg unbedingt zulässig ist, mag ein Beschluß der Bergbehörde vorausgegangen sein oder nicht. Vergl. §. 8, Abs. 3, l. c. Der Landtagsabsh. v. 11. Juli 1823, Art. 68, 3 b, aa: verbot das Schürfen innerhalb des Bezirks von 250 Fuß von einem Wohnhause entfernt. Hier aber, wie in dem jetzigen Berggesetz kann der Eigenthümer nur dann dem Schürfen innerhalb des fraglichen Umkreises widersprechen, wenn und so weit dieser Umkreis dem Widersprechenden gehört. Klostermann, Comment. 3. preuß. Berggef., Note 17.

¹⁷⁾ §. 10, l. c. Vergl. unten §. 96, I, Ziffer 1.

¹⁸⁾ §. 22, l. c. Hierbei, wie beim Schürfen, ist das Recht materiell als eine Personalservitut zu betrachten. Vergl. Klostermann, a. a. O., Note 19.

ersteren verliehen ist, dortselbst jenes Mineral durch Bergbau gewinne und die nöthigen Aufbereitungsanstalten errichte und betreibe¹⁹⁾, ferner Zwecks Vermessung und Verlochsteinung des Feldes das Grundstück betrete und mit Lochsteinen versehe²⁰⁾. Auch muß der Grundeigenthümer auf Verlangen des Bergwerksbesizers den zur Errichtung von Tagebauten, Anlagen und Vorrichtungen, welche für Betriebszwecke nöthig sind, erforderlichen Grund und Boden gegen volle Entschädigung an letzteren zur Benutzung oder zum Eigenthum abtreten²¹⁾.

Abgesehen von diesen Verpflichtungen zum Dulden ist der Grundeigenthümer im Interesse des Bergbaues auch noch durch eine Verpflichtung zum Unterlassen in seinem Eigenthumsrechte beschränkt. Es ist ihm nämlich das Verfügungsrecht über alle dem Berggesetz unterfallenden Mineralien insofern genommen, als er zwar nach denselben schürfen, nicht aber ohne vorgängige Muthung und Verleihung durch Bergbau suchen darf²²⁾.

4. Schließlich giebt es noch eine Eigenthumsbeschränkung rücksichtlich der nicht unter den Regeln des Bergrechts stehenden Mineralien, indem diejenigen Grundbesitzer, in deren Grundstücken sich brauchbare Materialien zur Verbesserung finden, an diejenigen Interessentenschaften, welche solche nicht haben, die erforderliche Menge nach Bestimmung der Kreisdirection gegen Entschädigung abtreten müssen, vorausgesetzt, daß sie derselben nicht selbst benöthigen²³⁾.

5. Zu Zwecken der Landesvermessung muß jeder Eigenthümer, Nutznießer oder Pächter eines Grundstückes die Vermessung auf demselben gestatten und die für die Marksteine erforderliche Bodenfläche abtreten²⁴⁾.

¹⁹⁾ §§. 56, 60, 1. c. Das Gesetz sagt hier nicht ausdrücklich, daß diejenigen Grundstücke, welche vom Schürfen ausgenommen sind (s. oben bei Note 16), auch hier ausgenommen sein sollen. Der Sinn des Gesetzes verlangt aber analoge Anwendung.

²⁰⁾ §§. 41, 42, 1. c.

²¹⁾ §. 138, 1. c. Hiervon sind die mit Wohn- und Wirthschaftsgebäuden bebauten Grundstücke und die damit in Verbindung stehenden eingefriedigten Hofräume ausdrücklich ausgenommen: §. 139, Abs. 2, 1. c. Sonst darf die Abtretung nur aus überwiegenden Gründen des öffentlichen Interesses verweigert werden: §. 139, Abs. 1, 1. c. Der Rechtsweg ist zugelassen.

²²⁾ Diese Mineralien sind nach §. 1 des Bergges. von 1867: Gold, Silber, Quecksilber, Eisen mit Ausnahme der Raseneisenerze, Blei, Kupfer, Zinn, Zink, Kobalt, Nickel, Arsenit, Mangan, Antimon und Schwefel, gebiegen und als Erze; Maun und Vitriolerze, letztere mit Ausnahme des Vorkommens in Torf; Steinkohle, Braunkohle und Graphit; Stein Salz nebst dem damit vorkommenden Salz und die Soolquellen, wozu durch Ges. v. 19. Mai 1894, Nr. 19, noch Kali und Magnesium Salz hinzugefügt ist.

²³⁾ R. Wegeordn. v. 29. Juni 1899, Nr. 56, §. 50, früher v. 5. Juni 1871, §. 50. Die fortdauernde Geltung dieser Bestimmung wird zwar nicht durch den Vorbehalt des Art. 111, aber des Art. 109 E. V. G. gedeckt. — Die Vorschrift ist fast wörtlich aus §. 71 der alten Wegeordn. v. 11. Mai 1840, Nr. 25, herübergenommen. Ähnliche Bestimmungen enthielten auch bereits die Verordn. v. 26. März 1823, Nr. 14, und die erste ordentliche Wegeordn. v. 10. März 1704, §§. 16, 17, welche hinwiederum auf ein Edict v. 31. Dec. 1643 Bezug nimmt (Steinacker, Promt. II, 481). Vergl. unten §. 67.

²⁴⁾ Ges. v. 2. Juli 1889, Nr. 33, §. 1. S. auch unten §. 67, I, 6.

6. Der gesetzlichen Beschränkungen, denen das Eigenthum an Kirchhöfen und Grabstätten unterliegt, ist schon an anderer Stelle gedacht²⁵⁾.

Alle diese Beschränkungen des Eigenthums sind der Eintragung im Grundbuche weder fähig noch bedürftig; auch können sie nicht durch Privatverabredung oder Entstehung eines entgegenstehenden Rechts (befreiende Servitut) aufgehoben werden²⁶⁾.

II. Schließlich sind hier noch diejenigen im öffentlichen Interesse geschaffenen Eigenthumsbeschränkungen zu erwähnen, durch welche dem Eigenthümer gewisser Güter deren Veräußerung entweder ganz verboten oder doch erheblich erschwert ist²⁷⁾. Mit solchen Verböten pflegt in der Regel ein Verbot der Verpfändung oder sonstigen dinglichen Belastung und der Theilung Hand in Hand zu gehen. Auch kommen letztere Beschränkungen für sich ohne ein gleichzeitiges Veräußerungsverbot vor. Veräußerungen, Belastungen oder Theilungen, welche diesen Vorschriften entgegen vorgenommen werden, entbehren von vornherein der Gültigkeit, selbst dem dritten gutgläubigen Erwerber gegenüber und ohne Rücksicht auf entsprechende Eintragung im Grundbuche, vorausgesetzt jedoch, daß die Eigenthumsbeschränkung aus dem Grundbuche ersichtlich ist²⁸⁾. Im Einzelnen ist hier Folgendes zu merken.

1. Nach Lehnrecht war dem Vasallen jede Veräußerung oder Belastung des Lehns ohne lehnherrlichen Consens verboten²⁹⁾.

Die Theilung des Lehns war jedoch an und für sich nicht verboten³⁰⁾. Durch Aufhebung des Lehnsverbandes im Herzogthume³¹⁾ sind diese Bestimmungen ohne praktische Bedeutung.

2. Familienfideicommissgüter, welche durch Gesetz vom 19. März 1850 bis auf diejenigen des Herzoglichen Hauses im Umfange des Herzogthumes ebenfalls aufgehoben sind, durften überhaupt nicht veräußert, verpfändet oder getheilt werden³²⁾.

²⁵⁾ S. oben §. 19, I, 2 c.

²⁶⁾ Vergl. Roth, Deutsch. Privatr. III, §. 234, 1.

²⁷⁾ Nicht hierher gehören die geradezu dem Verkehr entzogenen Sachen. Vergl. hierüber oben §. 24.

²⁸⁾ §. 18, Abs. 1 u. §. 19 Br. Ausf. G. = B. = D. Dieser Grundsatz entspricht auch dem älteren Recht. Gr.-Erw.-Ges. v. 8. März 1878, §. 13. Vergl. auch Mansfeld, Grundbuchgej., 2. Aufl., S. 38.

²⁹⁾ Verordn. v. 3. April 1593; 2. April 1604; 29. Mai 1612; 22. Oct. 1629 und Allgem. Landesordn. v. 1647, Art. 30 (Steinacker, Promt. II, 76 ff.). Vergl. auch Steinacker, Braunsch. Privatr., §. 256, Note 1; Art. 59 G. B. G. = B. Das Nähere siehe unten §. 91.

³⁰⁾ Sendenberg, de feud. brunsv. lun., §. 40; v. Selchow, Anfangsgründe, §. 589; v. Liebhäber, Einl. in d. braunsch.-lüneburg. Landesrecht II, 226.

³¹⁾ Gef. v. 23. März 1837, Nr. 18 und v. 13. Dec. 1849, Nr. 51.

³²⁾ Vergl. landesf. Verordn. v. 1. Dec. 1758 (Steinacker, Promt. I, 325; Schneider, Repert. I, 158 bis 159). Art. 59 G. B. G. = B. S. auch oben §. 7. Die aufgehobenen Familienfideicommissie sind derzeit in Familienstammgüter umgewandelt worden; s. unten §. 92.

3. Auch die Familienstammgüter³³⁾ sind unveräußerlich, untheilbar und unbelastbar³⁴⁾. Nur in bestimmten Ausnahmefällen ist eine Belastung³⁵⁾, theilweise Veräußerung³⁶⁾ oder gänzliche freiwillige Aufhebung³⁷⁾ des Familienstammgutes mit landesherrlicher Genehmigung zulässig.

4. Auch den Ritter-, Schrift-, Freisassen- und sonstigen Landgütern konnte Unveräußerlichkeit und Untheilbarkeit durch den Besitzer beigelegt werden³⁸⁾. Diese Beschränkungen sind aber ebenso aufgehoben³⁹⁾ wie die frühere Unveräußerlichkeit⁴⁰⁾ und Untheilbarkeit⁴¹⁾ der Bauerngüter.

III. Der Genehmigung der betreffenden Aufsichtsbehörden bedarf schließlich noch die Veräußerung von Immobilien⁴²⁾ oder deren Belastung in folgenden Fällen, in denen von Eintragung dieser Beschränkung im Grundbuche nicht die Rede sein kann.

1. Bei Staats- und Cammergrundstücken, sowie Immobilien des Kloster- und Studienfonds bedarf es, wenn der Werth bis zu 30 000 Mt. beträgt, der Zustimmung des Landtagsausschusses, sonst der Landesversammlung⁴³⁾. Nur wenn Lehnkalodificationen, Ablösungen und

³³⁾ Dieselben sind zunächst bei Aufhebung des Lehnverbandes durch Gef. vom 28. März 1837, Nr. 18 und nachher in etwas modificirter Form durch Gef. Nr. 30 v. 20. Mai 1858 errichtet worden. Das Nähere s. unten §. 92, II. E. auch Art. 59 G. B. G.-B.

³⁴⁾ Gef. v. 20. Mai 1858, Nr. 30, §. 3, Abs. 1.

³⁵⁾ Die Belastung kann nur genehmigt werden, wenn a) die Erhaltung oder nachhaltige Verbesserung des Gutes eine sonst nicht bestreitbare Verwendung fordert, b) Nothherben des Stifters auf Zahlung des ihnen aus dem Stammgute gebührenden Pflichttheils drängen; §. 3, Abs. 3 ff., I. c.

³⁶⁾ Die Veräußerung einzelner Zubehörungen wird aber nur genehmigt, wenn Stücke von gleich gutem Ertrage an deren Stelle treten oder bei Veräußerung von Inventar, wenn die Inventariengelder sichergestellt werden; §. 3, Abs. 7, I. c.

³⁷⁾ Es bedarf außer der landesh. Genehmigung der Zustimmung aller lebenden Successionsberechtigten; §. 8, 4, I. c.

³⁸⁾ Gef. v. 20. März 1858, Nr. 28, §. 1. Das Verfahren ist dort näher auseinandergelegt.

³⁹⁾ Die Aufhebung ist durch Gesetz vom 28. März 1874 erfolgt.

⁴⁰⁾ Dieses nur durch landesh. Consens zu umgehende Veräußerungsverbot fand sich zuerst in der Verordn. v. 3. April 1593 festgesetzt und ist durch den Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597, Art. 19, Verordn. v. 2. April 1604 u. v. 29. Mai 1612, sowie durch die Allgem. Landesordn., Art. 30 u. Amtscammerordn. v. 1. Juli 1688, Art. 92 (Steinacker, Promt. II, 76) bestätigt. Die Aufhebung ist durch §. 107 der Ablösungsordn. v. 20. Dec. 1834 erfolgt für den Fall, daß die gutsherrlichen Lasten abgelöst werden, was wohl überall durchgeführt ist. Nach Gef. v. 28. März 1874, §. 1 ist die Unveräußerlichkeit überhaupt aufgehoben.

⁴¹⁾ Allgem. Landesordn., Art. 28 u. 29; Verordn. v. 24. April 1694 und 27. März 1705, 15. Jan. 1712; ausgedehnt auf die Rothhöfe durch landesh. Decl. v. 18. März 1720 (Steinacker, Promt. II, 203). Abweichungen bedurften der gutsherrlichen und landesherrlichen Zustimmung. Die Aufhebung ist durch Gef. vom 28. März 1874, §. 1 erfolgt.

⁴²⁾ Ohne diese Genehmigung ist die Disposition auch dem gutgläubigen Erwerber gegenüber anfechtbar. Die fortbauernde Geltung dieser landesgesetzlichen Beschränkungen beruht darauf, daß sie dem öffentlichen Rechte angehören. Vergl. oben §. 2, Note 3.

⁴³⁾ Vergl. oben §. 22 und §. 8.

Separationen vorgenommen oder Vergleiche über einen streitigen Gegenstand abgeschlossen werden, bedarf es solcher Zustimmung nicht⁴⁴⁾.

2. Bei Grundstücken der Kreise ist die Genehmigung des Staatsministeriums erforderlich⁴⁵⁾, bei denen einer Gemeinde die Zustimmung des Staatsministeriums, Departement des Inneren⁴⁶⁾.

3. Die Veräußerung von Grundstücken und Gerechtsamen der Kirchen⁴⁷⁾, Pfarren⁴⁸⁾, Pfarrwittwenhäuser⁴⁹⁾, Opfereien⁵⁰⁾ und Gemeindeschulen untersteht der Genehmigung des Consistoriums⁵¹⁾.

4. In Städten ist auch die Veräußerung von wissenschaftlichen oder Kunstsammlungen und wesentliche Veränderungen mit den Archiven von der Zustimmung des Staatsministeriums, Departement des Inneren, abhängig⁵²⁾. Auch die Veräußerung von Gütern der Stiftungen und Corporationen wird derjenigen von Gemeindegütern gleichgeachtet, sofern nicht Statuten, Observanzen der Stiftungsurkunden ein Anderes bestimmen⁵³⁾.

§. 62.

Beschränkungen aus baupolizeilichen, insbesondere nachbarrechtlichen Gründen.

Das Grundeigenthum ist im baupolizeilichen und im nachbarrechtlichen Interesse sowohl durch reichsgesetzliche¹⁾, wie auch durch particularrechtliche Vorschriften vielfach beschränkt²⁾. In keinem Falle aber bedürfen die hierher ge-

⁴⁴⁾ Ges. Nr. 3 v. 20. Dec. 1834 u. 1835, §. 1; vergl. oben §. 22.

⁴⁵⁾ Ges. v. 5. Juni 1871, Nr. 35 (Kreisordn.), §. 50, 3; vergl. oben §. 15, II.

⁴⁶⁾ Vergl. oben §. 15, I.

⁴⁷⁾ S. oben §. 19, I. Es ist hier nur von Grundstücken der kirchlichen Institute unserer evang.-luth. Landeskirche die Rede. — S. außerdem noch über die Beschränkungen des Eigenthums an den Kirchhöfen oben §. 19, I, 2 c.

⁴⁸⁾ Vergl. oben §. 19, II.

⁴⁹⁾ Vergl. oben §. 19, II.

⁵⁰⁾ Vergl. oben §. 19, III.

⁵¹⁾ Vergl. oben §. 19, III.

⁵²⁾ Vergl. oben §. 15, I. Nur die Veräußerungen von dergleichen Sammlungen überhaupt, nicht auch von einzelnen Stücken derselben, ist von der Genehmigung abhängig, falls nicht die Veräußerung eine so erhebliche ist, daß sie der völligen Veräußerung gleichkommt.

⁵³⁾ Vergl. oben §. 14. Das Gesetz spricht von der Veräußerung von „Gütern“, ohne Rücksicht, ob sie bewegliche oder unbewegliche sind. Daher wird nicht nur die Veräußerung (und Belastung) von Grundstücken, sondern beispielsweise auch die Veräußerung wissenschaftlicher und Kunstsammlungen, städtischer Stiftungen und Corporationen der Zustimmung des Staatsministeriums, Departement des Inneren, unterliegen.

Mit dieser allgemeinen Bestimmung werden alle juristischen Personen (denen die Rechte einer milden Stiftung oder Corporationen beigelegt sind) getroffen, soweit nicht für die Veräußerung von Gütern derselben nach Vorstehendem besondere Bestimmungen erlassen sind.

¹⁾ Vergl. namentlich R.-G.-D., §. 26 u. §§. 906 bis 924 B. G.-B.

²⁾ Die Geltung der baupolizeilichen Vorschriften beruht darauf, daß sie als

hörigen Eigenthumsbeschränkungen zu ihrer Entstehung und Wirksamkeit der Eintragung im Grundbuche, während ihre Aufhebung im Einzelfalle durch rechtswirksame Begründung einer entgegenstehenden Dienstbarkeit möglich ist ³⁾).

I. Von den landesgesetzlichen Vorschriften der bezeichneten Art sind hier in erster Linie diejenigen der Bauordnung vom 13. März 1899 zu nennen ⁴⁾. Dieselbe geht von dem Grundsätze aus, daß der Eigenthümer eines Grundstückes berechtigt ist, auf demselben innerhalb seiner Eigenthumsgrenzen zu bauen, insoweit ihm nicht Reichs- oder Landesgesetze, insbesondere die Bauordnung oder die zu seiner Ausführung im Verwaltungswege oder durch Statut erlassene Vorschriften oder Privatrechte Dritter Beschränkungen auferlegen ⁵⁾. Die hiernach durch die Bauordnung selbst eingeführten Beschränkungen sind

Normen des öffentl. Rechts dem B. G.-B. nicht unterworfen sind. Im Uebrigen f. Art. 111 u. 124 E. B. G.-B.

³⁾ An diesem Satze des früheren Rechts (vergl. Mansfeld, Grundbuchgef., 2. Aufl., S. 42, 44; Zeitschr. f. R. VII, 107; XXV, 195; XXXIV, 44; XLII, 56; Seuff. Arch. XXXIII, 202 (Wolff.); Roth, D. Privatr. III, §. 234, 2; Stobbe, D. Privatr. II, §. 83; Mansfeld, a. a. O.) hat das B. G.-B. oder die R.-G.-B.-O. nichts geändert, doch muß im Nachbarrechte die Eintragung für zulässig gehalten werden. Oberneck, Reichsgrundbuchrecht, 2. Aufl., §. 83.

⁴⁾ Gef. u. Verordnungsgef., Nr. 25, Abänderungen durch Gef. v. 27. Oct. 1899, Nr. 96 u. Bekanntmachung v. 7. Sept. 1899, Nr. 77. Durch diese Gesetze ist die Bauordnung v. 15. Juni 1876, Nr. 60 mit ihren späteren Abänderungen (Gef. v. 17. Juni 1892) ersetzt. — Vordem gab es eine eigentliche Bauordnung nicht, sondern nur vereinzelte Verordnungen und Gesetze über das Bauen. Hierher gehören: 1. die Vorschriften über das Bauen auf dem Lande. Die Verordnung v. 11. Febr. 1658 bestimmte insbesondere, daß die Schwellen und Gründe wenigstens zwei bis drei Fuß untermauert über den Erdboden gelegt werden sollten, was durch Verordnung v. 20. Oct. 1699 bestätigt wurde; durch Verordnung v. 29. März 1703 (Steinacker, Promt. I, 66; Fredericksdorff, Promt. I, 59) wurde die Baufreiheit aufgehoben, indem die Genehmigung der Obrigkeit zum Bauen vorgeschrieben wurde. Ferner sind hierher zu zählen die Verordnung vom 3. Juli 1745, welche eine Untermuerung von zwei Fuß über und zwei Fuß unter der Erde vorschrieb; die Verordnung über die Abschaffung der Strohdächer vom 15. Januar 1778 (Schneider, Repert. I, 219) u. v. 6. Juli 1780 (das. I, 64); 21. Jan. u. 9. Febr. 1791 (das. I, 529 u. 548), sowie die Feuerordn. f. d. Landgemeinden v. 15. Oct. 1832, §§. 3 ff., welcher ein vorläufiges Cammerrefect. v. 9. Juli 1816 (Wege, Repert. I, 355) vorausging. 2. Ueber das Bauen im Weferdistricte sind hervorzuheben die Vorschriften der Verordn. v. 17. Nov. 1736 (Schneider, Repert. II, 391 ff.), welche das Erforderniß der Genehmigung einführte, sowie die Untermuerung und ähnliche Eigenschaften der Bauten verlangte, die Landesf. Instr. v. 30. März 1746, welche Holzverschwendungen entgegentrat, und v. 3. Juni 1750 mit derselben Kendenz (Steinacker, Promt. I, 71 ff.; Fredericksdorff, Promt. I, 61; VII, 28); vergl. Wege, Repert. I, 355 ff. 3. Ueber das Bauen im Fürstenthum Blankenburg war erlassen die Verordn. v. 14. Febr. 1749, durch welche das Bauen mit Steinen durch Unterstükungen befördert werden sollte. 4. Ueber das Bauen in der Stadt Braunschweig gab es insbesondere d. Verordn. v. 18. Mai 1763 (Steinacker, Promt. I, 67), wonach ein Einbau nach dem Nachbar oder eine servitus prospectus hinfünftig nur nach obrigkeitlicher Erlaubniß gültig sein sollte.

⁵⁾ §. 1 d. Bauordn. Hiermit stimmt §. 1 d. Bauordn. v. 1876 im Wesentlichen überein.

theils aus sanitäts-, feuerpolizeilichen oder bloßen Schönheitsrückichten, theils im nachbarrechtlichen Interesse erlassen ⁶⁾).

a) Zu den ersteren Beschränkungen ⁷⁾ gehören die Bestimmungen:

1. daß ohne Genehmigung der Verwaltungsbehörden die Bebauung eines Grundstückes mit Gebäuden nur zu drei Vierteln unter Freilassung zu mindestens einem Viertel als Hofraum oder Garten gestattet ist ⁸⁾;
2. Gebäude sollen regelmäßig 4 m von einander liegen, von Kern zu Kern gerechnet, doch sollen 2 m genügen, wenn eines der Gebäude eine feuersichere Wand hat oder wenn beide Gebäude auf demselben Grundstücke stehen ⁹⁾. Liegt zwischen den Gebäuden eine Eigenthumsgrenze, so soll in der Regel jedes Gebäude die Hälfte des Gesamt- abstandes einhalten ¹⁰⁾;
3. daß der genehmigte Ortsbauplan, insbesondere die Baulinie eingehalten werden muß ¹¹⁾;
4. daß die Höhe der Häuser an einer an beiden Seiten bebauten oder zu bebauenden Ortsstraße die Breite derselben in der Regel nicht um 4,5 m übersteigen, in keinem Falle aber mehr als 20 m betragen darf ¹²⁾;
5. daß Ausgänge aus Rüdchen zc. und Abtritte nicht an der Front der Häuser und regelmäßig auch nicht an der Seite angebracht werden sollen ¹³⁾; daneben sind aufrecht erhalten ¹⁴⁾:

⁶⁾ Diese Bestimmungen haben naturgemäß nur für die nach der Bauordn. errichteten Gebäude Gültigkeit, wobei aber zu beachten ist, daß die meisten gleichlautend bereits der Bauordn. v. 1876 angehörten; vergl. auch §. 20 d. Bauordn.; früher §. 15.

⁷⁾ Streitigkeiten, die sich aus diesen Beschränkungen zwischen den Grundstückseigenthümern und der Baubehörde ergeben, werden mit Ausschluß des Rechtsweges durch die Verwaltungsbehörden bezw. Verwaltungsgerichtshof entschieden; Bauordn., §. 87; früher §. 62.

⁸⁾ §. 29 d. Bauordn.; früher §. 26, Abs. 4 der alten Bauordn.

⁹⁾ §. 31, l. c. Nach den Mot. S. 55, Anl. 128 zu den Landtagsverh. v. 1898 gilt letzteres nur, wenn die Gebäude, wie Haupt- und Stallgebäude, ein wirtschaftliches Ganzes bilden, so daß Befestigungsumgehungen ausgeschlossen sind. Früher sollten Gebäude ohne feuersichere Außenwand mindestens 2,5 m und mit Blockwänden mindestens 4,5 m von den anderen Gebäuden oder der Grenze entfernt sein (§§. 34, 35 u. 36 d. Bauordn. v. 1876; vergl. früher d. Feuerordn. f. Landgem. v. 15. Oct. 1832, §§. 4 u. 5). Vergl. Zeitschr. f. R. XXXIV, 179 und XXXV, 131, wo aber die vorgeschriebene Entfernung irrig auf das Doppelte berechnet ist; s. auch Mansfeld, Grundbuchgef., 2. Aufl., S. 44, Note 1.

¹⁰⁾ §. 31, Abs. 2, l. c.

¹¹⁾ §§. 8 bis 11, l. c.; früher §. 19. Ueber die Feststellung des Ortsbauplanes s. f. §§. 4 bis 7, l. c.; früher §§. 3 bis 6 der alten Bauordn.

¹²⁾ §. 25 b, l. c.; früher §. 21 der alten Bauordn. Vergl. Mot. S. 50, Anl. 128 a. Landtag v. 1898. Die Höhe ist regelmäßig bis zur Dachtraufe zu rechnen; doch ist bei Mansardendächern die Höhe der Mansarden maßgebend, während bei Häusern mit verschiedenen hohen Theilen der höchste ausflaggebend ist.

¹³⁾ §§. 37, 38, l. c.; früher §§. 23, 24 der alten Bauordn.

¹⁴⁾ §. 1, l. c.; früher §. 26 der alten Bauordn.

6. die gesetzlichen Bestimmungen, wonach ohne landespolizeiliche Erlaubniß durch Wind bewegte Triebwerke näher als 136 m, sowie Bienenstände im Freien näher als 90 m und in bewohnten Ortschaften näher als 22 m an Fahrwegen nicht aufgestellt werden sollen¹⁵⁾, ferner diejenigen, wonach Frucht-, Stroh-, Heu- und Torfbiemen, Schober oder Mieten ohne besondere polizeiliche Erlaubniß mindestens 18 m von jedem nicht feuersicher gedeckten und mindestens 9 m von jedem anderen Gebäude entfernt bleiben müssen¹⁶⁾.

b) Beschränkungen des Grundeigenthumes im nachbarrechtlichen Interesse¹⁷⁾ stellt die Bauordnung folgende auf¹⁸⁾:

1. Bei zwei Gebäuden mit gemeinschaftlicher Fachwerkswand hat bei einem etwaigen Neubau der bauende Hauseigenthümer sein Miteigenthum an der Wand und der entsprechenden, darunter liegenden Grundfläche auf seine Kosten auf Verlangen des Nachbarn diesem zu übertragen, wogegen dieser ihn entschädigen muß¹⁹⁾.
2. Die Lichtöffnungen²⁰⁾ in den nicht wenigstens 0,6 m von der Grenze zurückstehenden Umfassungswänden eines Gebäudes sind mindestens 1,7 m über dem Fußboden anzulegen und mit Gittern zu verwahren. Dasselbe gilt für bedeckte Altane, Erfer oder Gallerien, während derartige unbedeckte Gebäudetheile mit einer wenigstens 1,7 m hohen, undurchsichtigen Befriedigung versehen sein müssen²¹⁾.

¹⁵⁾ P.-Str.-Gef. v. 23. März 1899, §. 3, Z. 13.

¹⁶⁾ P.-Str.-Gef. v. 23. März 1899, §. 16, Z. 6.

¹⁷⁾ Auch das Nachbarrecht, soweit es durch das B. G.-B. unberührt bleibt, ist durch die neue Bauordn. nicht erschöpfend geregelt. Es finden sich u. A. Vorschriften hierüber in Ortsstatuten. Diese bleiben, soweit sie nicht durch das B. G.-B. abgeändert werden, ebenfalls nach Art. 124 E. B. G.-B. in Geltung. Alle nachbarrechtlichen Beschränkungen des Grundeigenthumes können durch Vertrag, der aber nach §. 313 d. B. G.-B. der gerichtlichen oder notariellen Verlautbarung bedarf, aufgehoben werden. Diese Aufhebung wirkt aber nur unter den Contrahenten und ihren Rechtsnachfolgern; zur Wirksamkeit gegen Dritte bedarf es der Begründung einer entgegenstehenden Dienstbarkeit, welche zu ihrer Entstehung der Eintragung im Grundbuche bedarf; Zeitschr. f. R. XLII, 50 ff.; f. oben Note 3.

¹⁸⁾ Streitigkeiten, welche sich aus diesen Beschränkungen ergeben, gehören, sofern keine Ausnahme gemacht ist, zur Competenz der Gerichte; Bauordn., §. 86; früher ebenso §. 62.

¹⁹⁾ §. 72, l. c. Da künftig gemeinschaftliche Fachwerkwände verboten sind, so hat der Paragraph nur zeitlich begrenzte Bedeutung. Rot. C. 76 z. Bauordn. Nach dem entsprechenden §. 54 der alten Bauordn. sollte der bauende Eigenthümer seines Eigenthums an den Nachbar verlustig gehen und ihm dafür ein Entschädigungsanspruch zustehen.

²⁰⁾ Ueber das alte Fensterrecht im Allgemeinen vergl. auch Zeitschr. f. R. XXVI, 167; XXXIII, 44; XLII, 50 ff., 55 f.; auch Roth, D. Privatr., §. 239, 3.

²¹⁾ §. 73. Künftig wird es in d. R. unzulässig sein, Gebäude, die nicht unmittelbar auf der Eigenthumsgrenze stehen, in geringerer Entfernung als 2 m zu errichten. Ausnahmen: §. 31, Z. 4, 32 d. Bauordn. Vergl. d. alte Bauordn., §. 55. Ueber das frühere Gewohnheitsrecht vergl. Zeitschr. f. R. VI, 123; VII, 106; XIII, 80; XLV, 55.

3. Abtritte, Düngerstätten, Sauchebehälter, Ställe, Brunnen und Wasserleitungen und andere ähnliche Anlagen dürfen nur in solcher Entfernung von des Nachbars Grenzen oder unter solchen Vorkehrungen angebracht werden, daß sie dem Nachbargrundstücke keinen Schaden bringen, insbesondere auf Gebäude, Einfriedigungen und Brunnen keinen nachtheiligen Einfluß ausüben, soweit nicht die unter Ziffer 6 bezeichnete Ausnahme in Frage steht ²²⁾).
4. Durch Feuerungsanlagen darf dem Nachbargrundstücke ebenfalls kein Schaden oder erhebliche Verschwerung zugefügt werden ²³⁾).
5. Hat eine Dachtraufe geringeren Abstand als 50 cm von der Nachbargrenze, so ist sie mit einer Dachrinne zu versehen, die stets im guten Zustande zu erhalten ist. Ist ein Grundstück zur Aufnahme des Trausenfalles bezw. Dachrinnenwassers vom Nachbargrundstücke vermöge einer Dienstbarkeit verpflichtet, so darf der Eigenthümer des dienenden Grundstücks dies gegen Rasse dadurch schützen, daß er mittelst einer zwar auf seine Kosten herzustellenden und zu unterhaltenden, aber eventl. an dem Gebäude des berechtigten Grundstücks anzubringenden Einrichtung das Dachwasser in anderer Weise ableitet ²⁴⁾).
6. Andererseits muß es sich der Grundeigenthümer gefallen lassen, wenn ihm das Quellwasser dadurch entzogen wird, daß sich der Nachbar einen Brunnen oder eine Cisterne anlegt ²⁵⁾).
7. Ferner muß es sich der Grundeigenthümer gefallen lassen, daß der Nachbar zur Errichtung oder Reparatur eines Bauwerkes nöthigenfalls sein Grundstück vorübergehend durch Betreten, Aufstellen von Gerüsten, Latten zc. benutzt ²⁶⁾).

²²⁾ §. 75, 1. c. Der Paragraph betrifft einen der häufigsten Fälle verbotener Immissionen von einem Nachbargrundstück zum anderen. Das wesentliche Moment dieses Falles besteht darin, daß durch eine Anlage der fraglichen Art auf dem einen Grundstücke dem Nachbargrundstücke Sauche, Wasser u. dergl. durch indirecte Immission zugeführt wird, indem solche Flüssigkeiten beispielsweise durch den Erdboden oder durch Mauerwerk hindurchsickern. Hierin liegt eine Eigenthumsstörung, deren Abstellung durch die Eigenthumsklage erreicht wird. Insofern entspricht die Bauordn. dem B. G.-B. Das von dem citirten Paragraphen weiter aufgestellte Erforderniß, daß die Immission a) in Folge zu naher Entfernung der Anlage vom Nachbargrundstücke oder b) in Folge mangelnder Vorkehrungen bei der Anlage geschehen sein müsse, entspricht dem §. 907 d. B. G.-B. und giebt einen Anspruch auch schon dann, wenn die Immission auch noch gar nicht erfolgt war.

²³⁾ §. 75, Abs. 2; früher §. 57, Abs. 2.

²⁴⁾ §. 77, 1. c. Diese Bestimmung ist neu in die Bauordn. v. 1899 aufgenommen. Vergl. dazu §. 74, 1. c.

²⁵⁾ §. 76 der neuen B.-O.; vergl. früher §. 58. Nur concurrirendes öffentliches Interesse kann Ausnahmen begründen. Die dem öffentlichen Gebrauche bestimmten Brunnen sind deshalb regelmäßig derartigen Eingriffen entzogen.

²⁶⁾ §. 80, Abs. 1 d. Bauordn.; früher §. 61. Streitigkeiten entscheiden nach §. 86, 1. c. die Gerichte.

8. Dagegen hat ein Grundeigenthümer das Recht, den Abbruch eines unmittelbar benachbarten Hauses zu verhindern, falls ihm nicht von dem Abbruch 14 Tage vorher — Eilfälle ausgenommen — Mittheilung gemacht ist ²⁷⁾.
9. Befriedigungen zwischen Nachbargrundstücken innerhalb des Baugrundes dürfen unmittelbar an der Grenze errichtet werden, jedoch muß die glatte Seite (Bundseite) dem Nachbargrundstücke zugekehrt sein und darf letzterem kein Wasser durch Traufenfall zugeführt werden ²⁸⁾.

Die Rechtsverhältnisse der auf der Grenze errichteten Befriedigungen regeln sich nach dem B. G.-B. ²⁹⁾.

Vor Emanation der Bauordnung von 1876 war eine derartige Regalservitut, welche etwa dem germanischen Leiterrecht entspricht, bei uns nicht anerkannt. Erf. d. D.-G. Wolf, 3. Sen. v. 13. Dec. 1854 i. S. Muß c. Willgeroth.

²⁷⁾ §. 79, 1. c.; früher §. 60. Die „Verhinderung“, welche auch die Selbsthülfe umfaßt, wird, da die Streitigkeiten zur Competenz der Gerichte gehören (vergl. oben Note 18), wirksam meist nur durch einstweilige Verfügung des Richters zu erreichen sein. — Ob „Eilfälle“ vorliegen, wird sich dabei, wenn nicht gerichtsfundig, nur in dem auf erhobenen Widerspruch sich abspielenden Verfahren über die Rechtsgültigkeit der Verfügung bzw. im ordentlichen Klagewege entscheiden lassen. Vergl. Zeitschr. f. R. XLII, 98.

²⁸⁾ §. 78, Abf. 1 d. Bauordn. Baugrund ist nach §. 3 der neuen B.-D. die Ortslage, d. h. derjenige Theil des Gemeindebezirks, welcher die Ortschaft, einschließlich der zu den Gebäuden gehörenden Höfe und Gärten, umfaßt. Diese Bestimmung gilt indessen nicht gegenüber landwirthschaftlich benutzten Nachbargrundstücken, wie Gärten, sondern namentlich für Abgrenzung von Hofräumen. Vergl. unten Note 34 ff. — Im Uebrigen spricht hier das Gesetz von Befriedigungen im Allgemeinen, ganz gleich, ob es sich um Mauern, Hecken oder Stadetts handelt. — Vergl. auch Zeitschr. f. R. XXVIII, 15.

²⁹⁾ §. 59, Abf. 3 der B.-D. v. 1876 ist deshalb in die neue B.-D. nicht übergegangen. Vergl. Mot. S. 77, Anl. 128 zu den Landtagsv. v. 1898. Es gelten demnach ausschließlich §§. 921 f. u. 919 B. G.-B. Ueber Abmarkung f. Landesges. v. 7. Febr. 1889; über den Schutz v. Grenzen Br. P.-Str.-G.-B. v. 23. März 1899, §. 18, III, 3. 8 bis 10. Die von bisherigen Gesetzen aufgestellten Vermuthungen sind zwar nicht mehr bindend, können aber als Anhalt für die Grenzbestimmung nützlich sein (Endemann, Lehrb. II, §. 71, Note 21). Das Eigenthum der Anlage ist hiernach bestimmbar, wenn ein Grundstück, welches regelmäßig umfriedigt zu werden pflegt, an ein solches stößt, welches nicht umfriedigt zu werden pflegt, z. B. ein Garten oder Hof an ein Ackerstück. Ist hierbei die Befriedigung eine Hecke, so nennt man diese eine Außenhecke im Gegensatz zu einer Binnenhecke, welche zwei regelmäßig befriedigte Grundstücke von einander trennt. — Auch ist regelmäßig zu Gunsten des Eigenthümers eines Privatgrundstückes zu entscheiden, das durch eine Befriedigung von einem öffentlichen Plaze oder Wege getrennt ist. — Ein Stadett gehört in dubio dahin, wo es seine raue Seite hinführt. (Vergl. oben bei Note 28 und Zeitschr. f. R. XXV, 12; XXVIII, 15.) Mauern gehören dem Eigenthümer des Grundstückes, wohin der Traufenfall gerichtet ist (vergl. oben bei Note 28) oder, wenn die Mauer mit Strebepfeilern versehen ist, zur entgegengesetzten Seite. — Auch beweismäßige Karten vermögen festzustellen, ob die Umfriedigung wirklich auf der Grenze steht. — Ebenso sind Grenzsteine zu berücksichtigen, zumal da Grundstücke, die heute Hofgrundstücke sind, früher möglicherweise nach Gartenrecht abgegrenzt sind

c) Gegenüber von landwirthschaftlichen Grundstücken, insbesondere von Gärten gelten noch folgende, zum Theil abweichende Beschränkungen des benachbarten Grundeigenthums³⁰⁾.

Zu Gunsten landwirthschaftlich oder gartenwirthschaftlich benutzter Nachbargrundstücke außerhalb des Baugrundes³¹⁾ müssen neue Gebäude mindestens 2 m, und, wenn sie höher sind als 4 m, so weit von der Grenzlinie ent-

(s. unten Note 30), ohne daß bei späterer Umwandlung die Befriedigung auf die wahre Eigenthumsgrenze gerückt worden wäre.

Vergl. auch noch D.-G. Wolf, 1. Sen. v. 2. bis 23. März 1866 i. S. Brandt c. Stiegemann in Seuff. Arch. XXI, 100 u. XXII, 119 das. Ferner Scholz III, Gartenr., S. 33 und Heffe, Nachbarr. II, S. 188 ff.

³⁰⁾ Diese Bestimmungen machen im Wesentlichen das heute geltende particulare Gartenrecht aus. Man versteht unter diesem zunächst die Befugniß, ein Stück Land zum Anbau verschiedener Gewächse oder zur Annehmlichkeit zu benutzen, so daß keine Zehnten daraus gezogen, kein fremdes Vieh darauf weiden und kein Jagdrecht darauf ausgeübt werden darf. Letzteres Recht steht der Anlegung von Gärten nicht mehr entgegen (Ges. v. 8. Sept. 1848, §. 19), wohl aber die ersteren, soweit solche Rechte noch bestehen. Auch sonstige bestehende Dienstbarkeiten, welche durch Umwandlung eines Grundstückes in einen Garten vereitelt oder beschränkt würden, stehen der willkürlichen Veränderung entgegen. S. Br. P.-Str.-G.-B. v. 23. März 1899, §. 18, III, 3. 15. Vergl. Landesf. Verordn. v. 2. August 1764 (Steinacker, Promt. I, 62), wonach die mit Gartengerechtigkeit versehenen Grundstücke der Stadt Braunschweig von den Eigenthümern innerhalb sechs Wochen von Erlaß der Verordn. an als solche bei der Behörde declarirt und nach Aberntung hinkünftig als Garten bebaut werden sollten.

Die nachbarrechtlichen Beschränkungen, welche sich aus dem Gartenrecht ergaben, beruhten fast ausschließlich auf Observanz. Vergl. im Allgemeinen Scholz III, Gartenrecht und v. Hagemann, Landwirthschaftsr., S. 228 ff. Denn die gesetzlichen Bestimmungen der Landesf. Verordn. v. 29. März 1699, 19. Nov. 1731 und 19. Juli 1763 (Steinacker, Promt. I, 459, 460, Anm.), wonach zur Umzäunung der Gärten lediglich lebendige Hecken statt Holzpflanzen gebraucht werden sollten, haben kein nachbarrechtliches, sondern ein rein wirthschaftliches Interesse im Auge, das längst veraltet ist.

Nur für die Stadt Braunschweig gab es eine Gartengeheworenenordnung, durch welche die Rechtsverhältnisse der dortigen Gärten gesetzlich näher bestimmt wurden. Die erste derartige Gartenordn. ist v. 2. Juni 1559, welche am 18. Jan. 1681, 8. Febr. 1691 und 16. Oct. 1705 bestätigt ist (Schneider, Repert. III, 154 bis 162; Scholz III, Gartenr., S. 65 f.). Dieselbe gab insbesondere Grundsätze über die Wardirung der Gail (§§. 1 ff.), der Obstbäume (§. 9), der Weiden (§. 15), sonstiger landwirthschaftlicher Grundstücke (§§. 17 ff.). Ferner ist verordnet, daß man mit einem Obstbaume 5 Ellen, einem Kassebirnbaume 3 Ellen von der Schneide, mit einer wachsenden Hecke 1½ Ellen, mit einem „drögen Schrantzaun“ ½ Elle, einer „Plante“ 1½ Ellen, einem Lusthaus 3 Ellen weichen müsse und auch die Plante nicht höher als 3 Ellen und die Hecke ebenfalls nicht höher sein dürfe (§§. 5, 6). Ein sog. Freystieg mußte 1½ Ellen, wenn aber Hagen auf beiden Seiten, 5 Ellen breit sein (§§. 10 f.). Auch ist verboten, dem Nachbar Weiden, Eschen oder sonst schädliche Bäume vor die Sonne zu setzen (§. 26) u. dergl. — Vergl. Zeitschr. f. R. XVIII, 60; XXII, 161; XXV, 12; Seuff. Arch. XXXIII, 203 (Wolf.).

Alle diese Bestimmungen gelten nicht mehr.

³¹⁾ Ueber den Begriff des Baugrundes s. Zeitschr. f. R. XXXVII, 66 u. oben Note 28; auch §. 3 der B.-O. v. 1899.

fernt bleiben, als die Hälfte ihrer lothrechten Wandhöhe beträgt³²⁾. Dabei kommen bei einer Giebelspitze nur die halbe Höhe derselben als Wandhöhe, Mansardendächer bis zu ihrer oberen Linie, gewöhnliche schräge Dächer aber gar nicht in Rechnung. Ferner muß der Bauende sein Grundstück insoweit und in der Art einfriedigen, als es zum Schutze des nachbarlichen Eigenthumes erforderlich ist³³⁾. Zwischen landwirthschaftlich benutzten Nachbargrundstücken außerhalb des geschlossenen Wohnbezirkes müssen die Befriedigungen um so viel, als ihre halbe Höhe beträgt, mindestens jedoch 0,6 m von der Grenze entfernt errichtet sein³⁴⁾. Derselbe Abstand bei Befriedigungen ist einzuhalten auch für die Grundstücke des Baugrundes auf der Grenze zwischen landwirthschaftlich benutzten Nachbargrundstücken. Befriedigungen, welche aus durchsichtigem Lattenwerk bestehen, bedürfen nur des Minimalabstandes von 0,6 m³⁵⁾.

II. Ferner sind hier noch die für Grundstücke aller Art geltenden nachbarrechtlichen Beschränkungen anderer Gesetze, zunächst des Wassergesetzes³⁶⁾, zu erwähnen.

1. Danach darf der Eigenthümer eines Grundstückes den natürlichen Abfluß der über dasselbe fließenden Privatgewässer zum Nachtheil des unterhalb liegenden Grundstückes nicht ändern; dagegen darf auch der Eigenthümer des unteren Grundstückes den natürlichen Ablauf solcher Gewässer zum Nachtheil des oberen Grundstückes nicht hindern³⁷⁾. Geschlossene Privatgewässer, sie mögen sich auf oder unter der Erde sammeln, dürfen im Interesse der Bodencultur bis zu einem nach der Vertheiligkeit passenden Ausflusse über fremde, nicht überbaute Grundstücke abgeleitet werden; es darf

³²⁾ §. 71, Abs. 1 u. 2 d. Bauordn.; ebenso früher §. 53.

Werden derartige Grundstücke nachträglich in den Ortsbauplan hineingezogen, so tritt für Umbauten und Neubauten selbstverständlich die Bestimmung der §§. 31 ff. der Bauordn. in Kraft. Soweit nicht die letzteren entgegenstehen, können die durch §. 71 festgesetzten Beschränkungen durch rechtsgültigen Vertrag zwischen den Nachbarn beseitigt werden. Vergl. auch D.-G. Wolf., 1. Sen. v. 12. Dec. 1876 i. S. Flohrmann c. Zimmermann in Seuff. Arch. XXXIII, 203. — Selbstverständlich haben diese Bestimmungen des §. 71, früher 53, nur für die nach Publication der Bauordn. v. 1876 errichteten Gebäude Geltung; natürlich aber auch für Um- und Erweiterungsbauten bereits bestehender Gebäude.

³³⁾ §. 71, Abs. 3, 4 u. 7; früher ebenso §. 53 d. B.-D.

³⁴⁾ §. 78; früher ebenso §. 59, Abs. 2 d. Bauordn. — Gewohnheitsmäßig ist schon lange vor der B.-D. anerkannt, daß in allen Fällen zwar die sog. Außenhecken (vergl. oben Note 29), d. h. solche, welche Gärten von hufbefreiten Aedern und Wegen trennen, nicht aber die sog. Binnenhecken, welche Gärten von Gärten oder artbaren Feldern trennen, dicht an die Grenze gerückt werden dürfen (Scholz III, Gartenr., §. 19 u. 20; Hagemann, Landwirthschaftsr., §. 167 a. E.; v. Bülow u. Hagemann, Pr. Erört. V, Nr. 22; Erf. d. D.-G. Wolf., 1. Sen. v. 13. März 1863 i. S. Bartlingt c. Weber).

³⁵⁾ §. 78 d. B.-D.; früher ebenso §. 59. S. oben bei Note 29.

³⁶⁾ Diese Bestimmungen sind nach Art. 65 E. B. G.-B. in Geltung geblieben.

³⁷⁾ Wasserges., §. 49 c. Der Paragraph redet nur von fließenden Privatgewässern; von den geschlossenen Privatgewässern ist unten bei Note 38 die Rede, während öffentliche Gewässer überhaupt nicht in ihrem Laufe anders als durch die Behörden verändert werden dürfen (§. 38, 1. c.). Die gemeinr. actio pluviae arcendae bleibt neben §. 49, 1. c., gemäß Art. 65 E. B. G.-B. bestehen. Pland, Com. VI, S. 149.

dieses aber, wenn der Eigenthümer des letzteren es nicht anders verlangt, nur mittelst bedeckter Canäle oder Röhren, welche der Unternehmer auf eigene Kosten herzustellen und zu unterhalten hat, sowie gegen volle Entschädigung wegen entstehender Nachtheile geschehen ³⁸⁾. Andererseits kann der Eigenthümer des tiefer gelegenen Grundstückes, wenn der Nachbar das in dem höher belegenen Grundstück vorspringende oder sich sammelnde Wasser in Gräben durch sein Grundstück leitet, den Anschluß an diese Wasseranlagen verlangen, wenn ein Anschluß ohne Nachtheil für den höher belegenen Nachbar geschehen kann und so lange dieser die Anlage zu seinem Gebrauche bestehen läßt ³⁹⁾.

2. Im Interesse der Forsten ist bestimmt, daß die Acker den Bäumen in der Forst nicht zu nahe, sondern wenigstens 10 Fuß ringsum entfernt angelegt werden sollen ⁴⁰⁾.

3. Schließlich enthält auch das Gesetz, die Anlegung von Torfstichen betreffend, vom 11. Mai 1840 ⁴¹⁾ eine Beschränkung des benachbarten Grundeigenthumes zu Gunsten der torfhaltigen Grundstücke ⁴²⁾. Wenn hiernach von einem auszutorfenden Grundstücke seiner Lage nach der Torf nicht abgefahren werden kann, ohne mit dem Fuhrwerke Privatwege oder die benachbarten Gemeindeänger, oder mit Hütungsfervituten belastete Privat- oder Gemeindegewiesen zu passiren, so sind die Besitzer dieser Grundstücke und die darauf zur Hufe Berechtigten verbunden, die Abfuhr über solche gegen Entschädigung zu gestatten ⁴³⁾. Streitigkeiten über die Entschädigung oder deren Ausführung entscheiden die Kreisdirectionen ⁴⁴⁾.

³⁸⁾ Wasserges., §. 89. Beim Widerspruch des Nachbarn wird gemäß §. 91, l. c. die Polizeibehörde entscheiden müssen. Indessen wird gegen die Anlage auch der Rechtsweg nicht ausgeschlossen sein.

³⁹⁾ Wasserges., §. 90; vergl. Note 38.

⁴⁰⁾ Forstordn. v. 14. August 1686 (R. Steinacker, Gr.-Organisationsges., S. 308). Vergl. Art. 183 C. B. G.-B. u. §. 47 Pr. Ausf. B. G.-B. Die Bestimmung verfolgt den offensichtlichen Zweck, die Bäume der Forst, insbesondere deren Wurzeln, vor Schädigungen durch die Cultur des Ackers zu schützen. Praktische Bedeutung hat dies Verbot namentlich für den Fall, daß der Eigenthümer von Weideland, welches unmittelbar an die Forst grenzt, dasselbe in Ackerland umwandeln will. — Uebrigens bezieht sich die Vorschrift nur auf neue Ackeranlagen, kann also nicht angewendet werden, wo nicht feststeht, ob die Forst oder der Acker früher angelegt ist. Decr. d. O.-A.-G. Wolf. v. 3. März 1846 i. S. Bartlingt c. Cammer.

⁴¹⁾ Ges.-u. Verordnungsbl., Nr. 19. Wegen der fortbauenden Geltung dieses Landesges. vergl. §. 38, Abs. 3 Pr. Ausf. B. G.-B. u. Mot. dazu.

⁴²⁾ Die Bestimmung dieses Gesetzes (§. 1), daß der Besitzer eines Grundstückes, in dem sich Torf befindet, an der Austorfung desselben durch den Widerspruch weder der Hufe-, Trift- oder Wegeberechtigten, noch der benachbarten Grundbesitzer gehindert werden kann, ist hinsichtlich der ersteren keine Beschränkung des Eigenthumsrechts, sondern eine Beschränkung von dinglichen Rechten an fremdem Eigenthume und hinsichtlich der letzteren überhaupt keine Beschränkung.

⁴³⁾ §. 2, l. c. Nur Wiesen, die mit Hütungsfervituten belastet sind, und Gemeindeänger unterliegen der fraglichen Beschränkung. Eigenthümer anderer Grundstücke, also der Forsten und Acker, sind selbst dann nicht verpflichtet, die Abfuhr des Torfes über ihr Grundstück zu gestatten, wenn diese mit Hütungsfervituten belastet sind.

⁴⁴⁾ §§. 7, 14, l. c. Der Rechtsweg ist hier, da das Gesetz die Entscheidung lediglich den Verwaltungsbehörden überläßt, ausgeschlossen.

Dritter Abschnitt.

Erwerb und Verlust des Eigenthums.

§. 63.

Finden und Besitzergreifung herrenloser Sachen, insbesondere Jagd- und Fischereirecht.

I. Den Eigenthumserwerb an verloren gegangenen Sachen ¹⁾ durch Finden regelt das B. G.-B. ²⁾. In Ausführung der Bestimmungen desselben ist landesgesetzlich vorgeschrieben, daß die erforderlichen Bekanntmachungen der Behörden ³⁾ durch Aushang an den bestimmten Stellen zu erfolgen hat. Dieser Aushang soll mindestens sechs Wochen bestehen, ohne daß eine frühere Beseitigung die Gültigkeit beeinträchtigt. Die Behörde oder Anstalt kann auch neben dem Aushang die öffentliche Bekanntmachung veranlassen. Bei gefundenen Gegenständen im Werthe von hundert Mark und darüber soll die Bekanntmachung in den Braunschweigischen Anzeigen erfolgen. Die Anmeldefrist soll mindestens sechs Wochen betragen und mit dem Aushang bezw. der letzten Einrückung in öffentlichen Blättern beginnen ⁴⁾. Auch die Aneignung herrenloser Sachen durch Besitzergreifung wird jetzt durch das B. G.-B. geregelt ⁵⁾. Nur auf den Gebieten der landesgesetzlichen Vorbehalte sind noch folgende particularrechtliche Bestimmungen in Geltung:

1. Der ohne besondere Vorrichtungen vorgenommene Ge- und Verbrauch des fließenden Wassers eines öffentlichen Gewässers ist, sofern hierdurch weder die Beschaffenheit noch der Lauf des Wassers verändert, noch irgend Jemand in seinem Benutzungsrechte gefährdet wird, frei gegeben, jedoch der allgemeinen polizeilichen Beaufsichtigung unterworfen ⁶⁾. Auch die Entnahme

¹⁾ Verloren gegangene Sachen sind nicht stets auch derelinquirte und herrenlose. Denn an sich bringt Verlieren keine Aenderung der Eigenthumsverhältnisse hervor, selbst wenn jede Aussicht auf Wiedererlangung abgeschnitten erscheint. Erst wenn mit dem Verluste die Absicht der Eigenthumsentäußerung verbunden wird, gilt die Sache als derelinquirt und damit herrenlos. Mit dem Aufgeben des Eigenthumswillens ist aber die Aufgabe der Hoffnung des Wiederfindens nicht identisch. Außerdem muß die Aufgabe des Eigenthumswillens durch schlüssige Thatfachen ersichtlich geworden sein.

²⁾ §§. 965 ff. B. G.-B., insbesondere §. 973 und §. 976 das. — Bis zum 1. Januar 1900 galt die Br. Verord. v. 15. April 1824 und Landesgef. v. 1. April 1879, Nr. 12, §§. 9 bis 11.

³⁾ §§. 980 bis 983 B. G.-B.

⁴⁾ Bekanntmachung v. 9. Oct. 1899, Nr. 90, die der Bekanntmachung des Reichskanzlers v. 16. Juli 1898 entspricht. Vergl. auch §. 49 Br. Ausf. B. G.-B.

⁵⁾ §§. 958 ff.

⁶⁾ Wasserges., Nr. 64 v. 20. Juni 1876, §. 56, Abs. 1 u. Art. 65 E. B. G.-B.; vergl. auch Zeitschr. f. R. XL, S. 95 f. — Das ältere Wassergesetz v. 19. Dec. 1851,

des Wassers der fließenden Privatgewässer durch Schöpfen mit Handgefäßen, Tränken und dergleichen ist, soweit dieselbe mit Benutzung der dazu erlaubten Zugänge stattfinden kann, Jedermann gestattet; kann jedoch durch ortspolizeiliche Anordnung geregelt werden 7).

2. Das Abführen von Steinen, Sand, Schlammmerde u. s. w., sowie die Gewinnung von Eis aus den öffentlichen Gewässern ist nur mit ortspolizeilicher Erlaubniß statthaft 8).

3. Die dem Berggesetz unterfallenden Mineralien 9) können in ihren natürlichen Ablagerungen von Jedermann in Besitz genommen werden 10). Die Gewinnung derselben durch bergmännische Occupation hängt dagegen von der Verleihung des Bergwerkseigenthums durch die Bergbehörde ab, wodurch dann dem Beliehenen ein ausschließliches Occupationsrecht eines bestimmten Minerals in einem bestimmten Felde zusteht 11).

4. Die Besitzergreifung von Waldfrüchten, welche nicht, wie Eicheln und Buchen, zu den Waldbämereien gehören, Kräutern, Beeren — mit Ausnahme der Vogelbeeren —, Pilzen — mit Ausnahme der Trüffeln — ist freigegeben 12).

Nr. 57, enthält direct eine solche Bestimmung zwar nicht, indem es aber nur die künftige Entstehung von Privatgerechtsamen von Verleihung abhängig macht, erkennt es den Grundsatz der freien Benutzung des Wassers eines öffentlichen Flusses als gemeinrechtlich an. In der That ist denn ein solches gemeinsames Benutzungsrecht auch schon vorher stets anerkannt. Vergl. Erf. d. O.-L.-G. Wolf. v. 7. Dec. 1841 i. S. Horenberg c. Firnhaber und Cons. Selbstverständlich war man aber stets der Ansicht, daß diese Benutzung nicht zum Schaden anderer (vergl. cit. Erf.), insbesondere der Anlieger (Decr. d. O.-L.-G. Wolf. v. 14. Sept. 1847 i. S. Regierung zu Magdeburg c. Seeländer) ausgeübt, sondern auch dadurch nicht entgegen dem §. 268 des ehemaligen Polizeistrafgesetzbuches der Lauf des Gewässers gehemmt oder gestört werden dürfe (Zeitschr. f. R. VIII, 105; XI, 148; XIV, 165).

7) §. 88, Z. 3, l. c. u. Art. 65 E. B. G.-B.

8) §. 54 des Wasserges. v. 20. Juni 1876 u. Art. 65 E. B. G.-B.

9) §. 1 des Bergges. v. 15. April 1867; f. auch oben §. 61, Note 22. Vergl. Art. 67 E. B. G.-B. Bezüglich der Mineralien, welche nicht dem Bergrecht, sondern dem ausschließlichen Verfügungsrechte des Grundeigenthümers unterliegen, vergl. Ges. v. 16. April 1892 und v. 10. Juni 1893.

10) Der Grundeigenthümer muß also — mit den im Berggesetz vorgesehenen Beschränkungen — gestatten, daß jeder Fremde zum Zwecke einer solchen Occupation sein Grundstück betritt; vergl. oben §. 61, I, 3 und unten §. 96, I, Ziffer 1.

11) Vergl. oben §. 61 bei Note 19 und unten §. 96. Daß durch Verleihung des Bergwerkseigenthums nur ein solches ausschließliches Occupationsrecht und nicht etwa das Eigenthum an dem betreffenden Mineral erworben wird, f. Entsch. des Reichsg. X, 212; vergl. hierzu auch oben das in §. 59 a. E. Bemerkte.

Occupirt Jemand, dem nicht das Bergwerkseigenthum hinsichtlich eines bestimmten Minerals verliehen ist, dasselbe, so wird er daher nicht Eigenthümer, sondern nur Besitzer. Aber auch der Grundeigenthümer oder der wirkliche Bergwerkseigenthümer sind durch jene Occupation nicht Eigenthümer geworden. Jener hat daher nur nach dem B. G.-B. den Anspruch wegen Eigenthumsstörung, dieser eine Klage auf Schadenersatz oder Auslieferung. Vergl. Stobbe, a. a. O., 2. Aufl., §. 143, Note 43.

12) Allerdings besagt §. 14, Abs. 2 des Forststrafges. v. 1. April 1879 (Nr. 18), mit dem §. 66 des alten Forststrafges. v. 26. Juli 1837 und §. 20, Abs. 2 des

5. Herrenlose Thiere können nach dem B. G.-B. von Jedermann occupirt werden¹³⁾. Ausgenommen sind

- a) die unter den Schutz des Reichsgesetzes vom 22. März 1888¹⁴⁾ und des Braunschweigischen Vogelschutzgesetzes vom 8. Juli 1894¹⁵⁾ gestellten Vögel und
- b) die unter den Schutz des Jagd- und Fischereirechts nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen fallenden Thiere¹⁶⁾.

II. 1. An jagdbaren Thieren¹⁷⁾ steht das ausschließliche Occu-

Gez. v. 11. April 1870, Nr. 41, übereinstimmten, lediglich, daß das Einsammeln der genannten Waldproducte nicht als Forstdiebstahl bestraft werden solle, wobei nach den Motiven zu dem Gesetze die Rücksicht auf den unbedeutenden Werth derselben für die Waldcultur und andererseits die hohe Bedeutung für volkswirtschaftliche Zwecke, theils auch das tief eingewurzelte Volksbewußtsein von der Berechtigung der Perception ausschlaggebend gewesen ist (Mansfeld, Commentar, S. 35). Hieraus ergibt sich Zweierlei, nämlich a) daß nur das Sammeln von Pilzen, Beeren u. auf dem mit Forstgrundqualität behafteten Boden (s. unten §. 98) nicht bestraft wird, daß aber das Sammeln solcher auf anderen Grundstücken (Wiesen, Angern u.) wachsenden Bodenerzeugnisse nach wie vor unter §. 18, I, 3 des Pol.-Str.-Ges. fällt (was durch die neue Fassung des P.-Str.-G.-B. v. 1899 noch besonders erklärt wird); b) daß der Waldeigentümer trotz jener Bestimmung Eigentümer der auf dem Grund und Boden wachsenden Erzeugnisse bleibt, indem sie vor Trennung Bestandtheile des Bodens bilden, durch Separation aber ohne Weiteres ins Eigenthum des Grundeigentümers fallen. Diese letztere Consequenz wird jedoch praktisch kaum gezogen werden, indem man regelmäßig eine stillschweigende Duldung des Grundeigentümers in Ermangelung eines erkennbar entgegengeetzten Willens annehmen muß. Ebenso jetzt Ude, Comm. P.-Str.-G.-B., 2. Aufl., S. 209. Nach der Verordn. v. 25. Juni 1890, Nr. 29 kann das Einsammeln der freigegebenen Waldfrüchte von der zuständigen Kreisdirection für bestimmte Forsten, Fruchtarten und Zeiten verboten oder beschränkt werden.

¹³⁾ Der Occupant wird daher durch die einseitige Besitzergreifung, auch wenn sie auf fremdem Grund und Boden geschieht, Eigentümer. Selbstverständlich folgt hiernach nicht das Recht, fremde Grundstücke zum Zwecke der Occupation zu betreten; der Zuwiderhandelnde ist daher dem fremden Grundeigentümer für den durch das Betreten etwa angerichteten Schaden ersatzpflichtig.

¹⁴⁾ Dasselbe nimmt in §. 8 lediglich aus a) das im Privateigenthum befindliche Federvieh; b) die nach Landesrecht jagdbaren Vögel; c) eine Reihe schädlicher Vögel (§. 8 c).

¹⁵⁾ Dasselbe verschärft das Reichsgesetz besonders insofern, als es (§. 2) auch das Fangen der durch §. 8 c des Reichsgesetzes ausgenommenen schädlichen Vögel auf fremdem Grund und Boden ohne Erlaubniß des Eigentümers oder Nutzungsberechtigten verbietet. Diese Vögel sind: Tagraubvögel, Uhus, Würger, Kreuzschnäbel, Sperlinge, Kernbeißer, Raben und ähnliche Vögel, Wildtauben, Wasserschnecken, Reiher, Säger, Möven, Cormorane, Taucher. — Schon durch Verordn. v. 9. März 1828 war der Fang der Nachtigall verboten.

¹⁶⁾ Vergl. Art. 69 E. B. G.-B., über dessen Tragweite die Mot. dazu S. 164 zu vergleichen sind.

¹⁷⁾ Die Frage, welche Thiere zu den jagdbaren gehören, beantwortet weder das gemeine Recht (Stobbe, D. Privatr. II, 673), noch die particulare Gesetzgebung, sondern ist lediglich nach dem Herkommen zu entscheiden (Zeitschr. f. R. XXX, 117). Wenn daher v. Liebhäber, Einleitung II, 22 bei der heute nicht mehr praktischen Unterscheidung zwischen oberer und unterer Jagd die zu dieser und jener gehörigen

pationsrecht dem Jagdberechtigten zu¹⁸⁾. Dieses Jagdrecht, dessen Ausübung durch die staatliche Jagdhoheit controlirt wird¹⁹⁾, war ursprünglich

Thiere aufzählt, so kann dies zwar als ein Zeugniß dafür betrachtet werden, daß dieselben herkömmllich zu den jagdbaren gerechnet sind (s. unten Note 22); erschöppend zählt er sie aber jedenfalls nicht auf. Auch da, wo die Landesgesetzgebung jagdbare Thiere, sei es bei Festsetzung ihrer Schonzeit, sei es aus anderen Gründen, aufzählt, gewährt die Aufzählung zwar den Anhalt, daß die dort genannten Thiere auch jagdbare sind, nicht aber, daß nur diese jagdbare sind. Es macht dabei keinen Unterschied, ob es sich um das jetzige Jagd-Pol.-Ges. v. 1. April 1879, Nr. 19, oder das frühere v. 20. August 1849 oder die jetzt ebenfalls ungültige Verordn. v. 16. Sept. 1827, Nr. 23, oder um andere gesetzliche Vorschriften handelt. Denn auch die letzteren geben noch jetzt ein Zeugniß davon, welche Thiere dem Gesetzgeber von jeher als jagdbar erschienen sind; vergl. Zeitschr. f. R. XXX, 118 und XXVIII, 106.

Das erstbezeichnete Gesetz nennt nun in §. 14 bei Festsetzung der Schonzeiten: Rehwild, Dachs, Hasen, Auer-, Vork-, Fasanen-, Haselwild, Wachteln, Trappen, Schnepfen, wilde Schwäne und alles Sumpf- und Wassergeflügel, wovon es Fischreier, wilde Gänse, Taucher und Säger als nicht der Schonzeit unterliegend ausnimmt. Der §. 15, l. c. wiederholt diese Aufzählung des Federwildes mit dem Verbote, deren Nester auszunehmen. Der §. 26 des Jagdges. v. 1849 zählt das Wild auf, deren Jungen nicht in fremdem Jagdreviere aufgenommen werden durften, hält damit also das ausschließliche Occupationsrecht des Jagdberechtigten für feststehend. Diese Thiere sind: Roth- und Damwild, Rehe, Säuen, Hasen, Kaninchen (Zeitschr. f. R. XLVII, S. 132 ff.), Fischotter, Iltis, Marder, wilde Katzen, Füchse, Dachs, und vom Federwild: Auerhahn, Reiher, wilder Schwan, Trappe, Kranich, wilde Gans, Fasan, Haselwild, Feldhuhn (Rebhuhn), Wachtel, wilde Ente, Schnepfe, Bekassine. Von dieser vollständigen gesetzlichen Zusammenstellung bezeichnet das bezeichnete Haarwild als das einzig jagdbare Haarwild im Herzogthum (S. 69, 113, a. a. O.), während er zu dem oben genannten Federwild mit eingehender, überzeugender Begründung die Brachvögel im weiteren Sinne hinzufügt (S. 113, 75, a. a. O.), andererseits den Reiher auf Grund eines angeblichen neueren, aber, wie er zugiebt, schwer nachweisbaren Gewohnheitsrechts ausnimmt. Gegen solches Gewohnheitsrecht spricht §. 42 des Fischereiges. v. 1. Juli 1879, wonach dem Fischereiberechtigten unter gewissen Beschränkungen Fang und Tödtung der Fischottern und Fischreier gestattet, ihm aber gleichzeitig die Verpflichtung auferlegt ist, diese Thiere innerhalb 24 Stunden an den Jagdberechtigten abzuliefern oder zu bezahlen. Dagegen wird der Storch nicht zu den jagdbaren Thieren gerechnet (Zeitschr. f. R. XLV, S. 10), während die Jagdbarkeit der wilden Taube im 7. Sitzungsbericht, Nr. V der Landtagsverh. v. 1896 für zweifelhaft erklärt ist. Schließlich ist noch hervorzuheben, daß in §§. 29 ff. des Jagdges. v. 1849 auch das Fangen und Ausnehmen der Lerchen, Krametsvögel, Drosseln, Dompfaffen, Adler, Schuhu, Koll-raben, großen und kleinen Raubvögel Nicht-Jagdberechtigten untersagt ist. Von diesen Vögeln zählt Bekler, Jagdrecht, S. 113, nur die Krametsvögel, Drosseln zu den jagdbaren Thieren, behauptet aber, ihre Jagdbarkeit bezöge sich möglicherweise nur auf den Massenfang. Letzteres ist unhaltbar, wenn man auf den civilrechtlichen Begriff der jagdbaren Thiere zurückgreift, wonach hierzu diejenigen zu rechnen sind, deren ausschließliches Occupationsrecht Jemandem in einem gewissen Bezirke zusteht.

Ueber Ausnahmen von dem ausschließlichen Occupationsrecht s. unten bei Note 40 u. 41. Das Occupationsrecht des Jagdberechtigten begreift nicht nur lebende Thiere, sondern auch das Fallwild und die abgestoßenen Hirschstangen und Rehkronen; Bekler, a. a. O., S. 34; Zeitschr. f. R. XL, 27 ff.; XLI, 150 ff.; a. M.: Mansfeld, Comment., S. 160.

¹⁸⁾ Art. 69 E. V. G.-B., §. 958, Abs. 2, B. G.-B. Die Besitzergreifung ist

mit dem Grundbesitz verbunden²⁰⁾. Später wurde es aber allmählich als ein besonderes Regal angesehen, demgemäß das Jagdrecht nur kraft besonderer Verleihung von gewissen Ständen und Grundbesitzern auf eigenem und fremdem Boden ausgeübt werden durfte²¹⁾. Hierbei unterschied man zwischen hoher und niederer Jagd²²⁾, gestattete für gewisse Jagdberechtigungen die Verfolgung des Wildes in benachbarte Jagdreviere²³⁾, ordnete Hage-, Satz- und Schonzeiten an²⁴⁾ und regelte die Jagdfrohnden der Hinterfassen²⁵⁾. Das Gesetz vom

vollendet, wenn das Thier todt oder lebendig in die Hände des Jagenden kommt (Stobbe, D. Privatr., a. a. O., Note 47). Krammetzsvögel sind in seiner Gewalt, wenn sie sich in den Schlingen gefangen haben. Der Wilderer ist nicht Vertreter des Berechtigten, letzterer erhält also durch dessen Occupation auch nicht Eigenthum, sondern erst durch die spätere factische Besitzergreifung (vergl. Stobbe, a. a. O., Note 52 f.). Das eingezogene Wild gilt als occupirt, ist also überhaupt nicht herrenlos (Stobbe, a. a. O., §. 151, Note 46), wenn das Gehege nicht so groß ist, daß der Eigenthümer an der alsbaldigen Einwirkung auf die Thiere gehindert ist.

¹⁹⁾ Die Jagdhoheit ist ein Ausfluß der Staatshoheit und bildet den Inbegriff der Befugniß, die Ausübung der Jagd durch Gesetze zu ordnen und durch staatliche Organe überwachen zu lassen. Derartige Gesetze sind z. B. die Jagdordnung Herzogs Heinrich d. J. v. 4. Aug. 1559; des Herzogs Julius v. 1. Dec. 1663 (Steinacker, Promt. I, 331 f.; v. Liebhaber, Einl. II, 22), die Blantenb. Jagdordnung vom 3. Dec. 1718 (Schneider, Repert. II, 509 ff.); das Forststrafdirectorium vom 5. Mai 1815; die Verordn. v. 16. Sept. 1827; Jagdstrafgesetz v. 6. Juni 1839, Nr. 15; Jagdstrafgef. v. 20. Aug. 1849; Gef. v. 11. April 1870, Nr. 42 und Jagdpolizeiges. v. 1. April 1879, Nr. 19. Vergl. auch noch Pfeiler, a. a. O., S. 1 ff.

²⁰⁾ Vergl. Steinacker, Braunschw. Privatr., §. 167, Note 9; Stobbe, D. Privatr., a. a. O., Note 2.

²¹⁾ Die Ummwandlung geschah im Herzogthume besonders seit dem 16. Jahrhundert, wo Herzog Julius durch Verordn. v. 1580 die Jagd für seine ausschließliche Berechtigung erklärte. Daneben wurde namentlich der Ritterschaft das Jagdrecht verliehen, herkömmlich bestehendes aber theilweise bestätigt. So erhielt die Landschaft schon im 16. Jahrhundert die später mehrfach wiederholte Zusicherung, daß diejenigen, welche das Jagdrecht seit unvordenklicher Zeit hergebracht hätten, in ihrem Rechte erhalten werden, dasselbe aber nur zur rechten Zeit und ohne Schaden für die Felder ausüben sollten. Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597, Art. 38; desgl. v. 27. Jan. 1619, Art. 33; Landsch. Privil. v. 9. April 1770, Art. 35 (Steinacker, Promt. I, 475 f.; R. Steinacker, Organisationsgef., S. 27, 50, 572).

²²⁾ Zu ersterer gehörten herkömmlich: Girsche, Thiere, Rehe, Sauen, Bären, Auerhähne, Trappen, Birkhähne, Fasanen; zu letzterer: Hasen, Faselhühner, Rebhühner, Wachteln, Walschnepfen und wilde Enten. Vergl. v. Liebhaber, Einl. II, 22 f.; Steinacker, Braunschw. Privatr., §. 167, Note 12.

²³⁾ Art. 54 des Landtagsabsch. v. 1770 (Steinacker, Promt. I, 476 f.; v. Liebhaber, Einl. II, 25 ff.).

²⁴⁾ Die gewöhnliche Schonzeit fiel zwischen Lichtmess und Bartholomäi, d. i. 13. Februar und 4. September alten Stils: Verordn. v. 2. Aug. 1719; vergl. mit Verordn. v. 28. April 1697; 16. Oct. 1711 (v. Liebhaber, Einl. II, 27). Girsche sollten nur zwischen Pfingsten und Michaelis, Sauen zwischen Michaelis und Weihnachten geschossen werden: Erl. v. 15. März 1608; Verordn. v. 9. Nov. 1611; 6. Oct. 1612; 28. April 1697 (v. Liebhaber, a. a. O.). Federvieh durfte in der Brutzeit nicht gestört werden: Verordn. v. 28. April 1697; 20. März 1734 (v. Liebhaber, a. a. O.).

²⁵⁾ Die Jagddienste beruhten auf Herkommen; sie waren Reallasten und wurden meist von den Bauern der Gutsherrschaft geleistet. Schon der Salzbadlumer Lands-

8. September 1848 hob das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden wieder gänzlich auf²⁶⁾, beseitigte damit den bestehenden Unterschied zwischen hoher und niedriger Jagd, sowie die Jagdfolge, während die Jagddienste bereits vorher für ablösbar erklärt waren²⁷⁾.

2. Nach dem Gesetz vom 8. September 1848 und dem Gesetz vom 16. April 1852 ist das Jagdrecht wieder ein Ausfluß des Eigenthums am Grund und Boden geworden. Aber nicht jeder Grundeigenthümer darf die Jagd selbst ausüben, sondern nur Derjenige, welcher eine zusammenhängende Fläche von mindestens 300 Feldmorgen besitzt²⁸⁾. Ist ein derartiger Grundbesitz im ungetheilten Besitz mehrerer Personen oder einer Interessenschaft (Gemeinheit), so dürfen diese die Jagd nur durch Verpachtung oder Administration nutzen, wobei, wenn der Umfang des Jagdbezirkes 2000 Feldmorgen nicht übersteigt, nur ein Pächter bezw. ein Administrator, bei größeren Jagdbezirken zwei und bei solchen über 4000 Feldmorgen drei Pächter bezw. Administratoren zugelassen werden²⁹⁾. Die hiernach zur selbstständigen Ausübung der Jagd nicht berechtigten Grundbesitzer dürfen ihr Jagdrecht nur gemeinsam durch Verpachtung oder Administration benutzen, und zwar entweder ungetheilt im ganzen Gemeindebezirke oder der ganzen Gemarkung oder in Abtheilungen, von denen keine unter 2000 Feldmorgen im Zusammenhange groß sein darf³⁰⁾. Die Zahl der hierbei zulässigen Pächter oder Administratoren

tagsabsch. v. 3. Juni 1597, Art. 6 (Steinacker, Promt. I, 476; Steinacker, Organisationsges. 3) erwähnt ihrer mit dem Hinzufügen, daß die Belasteten nicht über das Herkommen beschwert, und daß, wenn statt der Frohnen herkömmlich Geld gegeben, es hierbei belassen werden sollte. Aehnliche Bestimmungen enthielt der Landtagsabschied vom 9. April 1770, Art. 53 (Steinacker, Organisationsges. S. 557 ff.).

²⁶⁾ Ges. u. Verordnungsff., Nr. 39. Vergl. Zeitschr. f. R. XVI, 145 ff.; Erf. 1. Sen. O.-G. Wolfenbüttel vom 19. April 1864 i. S. Runzen c. Müller wegen Besitzstörungen.

²⁷⁾ Ablösungsordin. v. 20. Dec. 1834.

²⁸⁾ Ges. v. 16. April 1852, Nr. 23, §. 1. Die Trennungen, welche Gräben, Wege, Gewässer und Feldmarksgrenzen bilden, werden als eine Unterbrechung des Zusammenhanges nicht erachtet. Selbst die mit seinem braunschweigischen Grundeigenthum zusammenhängenden außerbraunschweigischen Grundstücke werden mitgerechnet, falls der Eigenthümer auf letzteren Jagdrecht ausüben darf. Ueber die Streiffrage, ob der Jagdbezirk nur Wald und Feld oder auch die Ortslage umfaßt, moßin sich möglicherweise ein jagdbares Thier verirrt, s. Pfeiler in Zeitschr. f. R. XLIII, S. 26 ff., 38 f. u. Schottelius, das. XLII, 181 ff.; XLIII, 37 f.

²⁹⁾ §. 1, Abs. 2 des Ges. v. 16. April 1852 u. §. 4, Abs. 1 u. 2. — Da bei einer solchen Verpachtung nicht das Jagdrecht selbst, sondern nur dessen Ausübung den Vertragsgegenstand bildet, indem die Uebertragung des Rechts schon dem Princip der Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Boden entgegen sein würde, so bedarf es keiner besonderen Form für den Vertrag. S. aber unten Notz 37 u. 38. Die Klage gegen die Entscheidungen der Kreisdirectionen über Bildung und Feststellung eines Jagdbezirks, Verwerthung und Ausübung des Jagdrechts, die Qualification zu dem Amte eines Administrators gehört nach §. 54, Abs. 1 d. Ges. v. 5. März 1896 zur Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtshofs.

³⁰⁾ §. 2, Abs. 1, l. c. Diese Jagdinteressenschaften können zwar rechtsverbindliche Beschlüsse fassen (vergl. Zeitschr. f. R. XLVI, Beil., S. 47), aber sie bilden

regelt sich ebenso wie bei Grundbesitzungen von Miteigenthümern oder einer Interessentenschaft ³¹⁾).

Daneben sind Vereinbarungen über einen zeitweiligen, zwölf Jahre nicht überdauernden Austausch der Jagdnutzung auf einzelnen Theilen eines Gemeindebezirktes oder einer Gemarkung mit den Interessenten benachbarter Jagdbezirke nicht ausgeschlossen ³²⁾. Die Feldmarken der einzelnen Weichbildsinteressentenschaften der Stadt Braunschweig, welche über 300 Feldmorgen enthalten, sollen ohne Weiteres als besondere Jagdbezirke angesehen werden ³³⁾. Die dem Cammergute und dem Kloostergute zugehörigen Besitzungen werden als das Besitzthum eines Grundeigenthümers behandelt ³⁴⁾. Sind nun aber entweder Gemeindebezirke bezw. Gemarkungen an sich oder nach Abzweigung selbständiger Jagdbezirke, oder aber einzelne Grundstücke, welche getrennt vom Gemeindebezirke liegen, nicht mindestens im Zusammenhange 300 Feldmorgen groß, so darf auf ihnen das Jagdrecht nur dann selbständig ausgeübt werden, wenn nicht die Eigenthümer oder Interessenten der um- oder angrenzenden Jagdbezirke gegen eine für die Jagdausübung zu zahlende Entschädigung und gegen Uebernahme des Erfasses für Wildschaden die Ausübung der Jagd zu übernehmen bereit sind ³⁵⁾.

Bei Jagdbezirken, die durch den Grundbesitz einer Interessentenschaft ³⁶⁾ oder die zusammenhängenden Grundstücke verschiedener Eigenthümer gebildet werden, wird ein rechtsverbindlicher Beschluß über die Ausübung der Jagd (Verpachtung, Administration, Austausch) nur gefaßt, wenn alle Grundbesitzer geladen sind und die Mehrzahl der Erschienenen zustimmt ³⁷⁾. An dem Er-

keine juristische Personen. Vergl. oben §. 16, Note 2. — Nur die Abtheilungen, welche etwa gebildet werden sollen, müssen mindestens 2000 Feldmorgen groß sein. Bleibt eine Feldmark oder Gemarkung ungetheilt, so gilt sie nach dem im Text Gesagten als selbständiger Jagdbezirk, wenn sie mindestens 300 Feldmorgen enthält. — Ueber die Form der etwaigen Pachtverträge s. oben Note 29 u. unten Note 37 u. 38.

³¹⁾ §. 4, l. c. Vergl. oben bei Note 29.

³²⁾ §. 2, Abs. 2, l. c. Ueber die Form eines solchen Tauschvertrages vergl. oben Note 29 u. unten Note 37 u. 38.

³³⁾ §. 2, Abs. 3, l. c.

³⁴⁾ §. 1, Abs. 5. Vergl. oben §§. 21, 22.

³⁵⁾ §. 3, l. c. S. oben Note 30. — Ueber die Form eines derartigen Vertrages vergl. oben Note 29 u. unten Note 37 u. 38. — Die Vorschrift des §. 3, l. c. gilt auch dann, wenn es sich um Grundstücke von weniger als 300 Feldmorgen handelt, die noch nicht gemäß §. 41 der N. Landsh.-Ordn. v. 12. Oct. 1832 zu einem bestimmten Gemeindebezirk oder einer Gemarkung gelegt sind. Cass.-Hof Wölz. v. 9./15. März 1859 i. S. Bartlingk c. Koch u. Genossen. — Solche Vereinbarungen auf Uebertragung müssen auf einen bestimmten Zeitraum von mindestens einem und höchstens sechs Jahren lauten. Erforderlichen Falles entscheidet die Kreisdirection.

³⁶⁾ Diese Interessentenschaft ist nicht mit den in Note 30 bezeichneten zu verwechseln.

³⁷⁾ §. 5, l. c. Die Zustellung geschieht auf ortsübliche Weise, wenn die Interessenten zc. in einer Gemeinde wohnen, sonst durch die Kreisdirection. Nach dem Ges. vom 30. März 1896, Nr. 16, kann gegen den Verpachtungsbeschluß innerhalb vier Wochen endgültig beim Kreisaußschuß Beschwerde von mindestens dem vierten Theile der Interessenten, nach Größe ihres Grundbesitzes oder nach ihrer Anzahl berechnet, erhoben werden, wenn die Jagd nicht meistbietend verpachtet ist oder das

trage der Jagd nimmt jeder betheiligte Grundbesitzer nach der Größe seines Grundbesitzes und, bei ungetheilten Flächen, seines Nutzungsrechtes theil ³⁸⁾).

3. Wer das Jagdrecht selbständig oder als Pächter oder Administrator ausübt, haftet wegen aller durch Mißbräuche bei Ausübung der Jagd verursachten Beschädigungen an Früchten; mehrere Pächter oder Administratoren haften solidarisch ³⁹⁾. Alle Verträge, welche den angeführten Bestimmungen über die Ausübung des Jagdrechts entgegenstehen, sind nichtig ⁴⁰⁾. In Gärten darf das Jagdrecht, falls nicht dessen Eigenthümer selbst zur Ausübung der Jagd im umgrenzenden Bezirke berechtigt ist, die Jagd überhaupt nicht ausgeübt werden; dabei steht es jedem Eigenthümer frei, sein Grundstück als Garten einzufriedigen und dadurch dem Jagdrecht Anderer zu entziehen ⁴¹⁾.

4. Ueber den Ersatz des Wildschadens durch den Jagdberechtigten ist bereits oben in §. 58, 2 näher gehandelt worden. Daneben ist bestimmt, daß jeder einzelne Grundbesitzer auf seinem Grundstücke wilde Kaninchen ohne Anwendung von Schußwaffen fangen, tödten und für sich behalten darf ⁴²⁾.

5. Im Uebrigen trifft über die Ausübung der Jagd das Jagdpolizeigesetz vom 1. April 1879, Nr. 19, Bestimmungen, indem dasselbe namentlich verlangt, daß der Jagdausübende einen gültigen Jagdschein mit sich führe ⁴³⁾ und außerdem die Jagd an Sonntagen nur mit bestimmten Beschränkungen

Meistgebot um 10 Proc. hinter einem sonstigen Gebot zurückbleibt oder den Pächtern oder Administrator Beschränkungen bezüglich Zulassung bestimmter Personen auferlegt sind.

³⁸⁾ §. 6, 1. c.

³⁹⁾ §. 4, Abs. 2 u. 3, 1. c. Das Gesetz spricht zwar nicht ausdrücklich von denjenigen, welche das Jagdrecht kraft Austausches oder sonstiger Vereinbarung ausüben; doch ist es zweifellos, daß diese ebenso ersatzpflichtig sind.

⁴⁰⁾ §. 4, Abs. 4, 1. c.

⁴¹⁾ §. 19, 1. c. Das Jagdrecht ruht in diesem Falle; es hört aber nicht auf; es entsteht daher ganz von selbst wieder, wenn die Einfriedigung beseitigt wird. Ist der Garteneigenthümer oder Pächter zugleich der Jagdberechtigte im umgebenden Bezirk, so steht der Jagdausübung durch ihn nichts im Wege. O.-G. Wolf. 1. Sen. v. 10./24. Febr. 1865 i. S. Frige c. Schwabe. Im Uebrigen aber kommt es nicht darauf an, ob einem Grundstücke die sog. Gartengerichtsame zusteht (s. oben §. 62, Note 30), sondern auf die Thatfache, ob es als Garten umfriedigt ist (Zeitschr. f. R. XVI, 148 ff.). Andererseits braucht keine lückenlose Umfriedigung vorhanden zu sein; es genügt, daß das Grundstück durch die Umfriedigung und die Cultur des Landes als Garten hinreichend gekennzeichnet ist (Zeitschr. f. R. XXXIV, 72). Die Frage, wem das in umfriedigten Gärten verwendete jagdbare Thier gehöre, ist in den Landtagsverh. v. 1896 (Sitzungsbericht Nr. 7, V, S. 68) für zweifelhaft erklärt. Richtig führen jedoch Schottelius in Zeitschr. f. R. XLII, 185 und Pefler, das. XLIII, 35 aus, daß in den umfriedigten Gärten nur dem Eigenthümer das Occupationsrecht an allen jagdbaren Thieren zustehe. Die Eigenthümer des Gartens können sich höchstens nach §. 19 Br. Jagd-Pol.-Ges. v. 1879 strafbar machen.

⁴²⁾ §. 17 Gef. v. 8. Sept. 1848. Ähnliche Bestimmungen traf schon die Verordn. v. 16. Sept. 1827, Nr. 23.

⁴³⁾ §§. 5 ff., 1. c. Das Occupationsrecht des Jagdberechtigten wird aber durch die Bestimmung nicht berührt.

zuläßt, zu den festgesetzten Schonzeiten aber überhaupt verbietet⁴⁴⁾. Alle diese Bestimmungen haben aber keinen privatrechtlichen Charakter und sind daher an dieser Stelle nicht weiter zu erörtern.

III. Das ausschließliche Occupationsrecht an allen Fischen und Krebsen steht dem Fischereiberechtigten zu⁴⁵⁾.

1. Die Ausübung einer solchen Fischerei in nicht geschlossenen Gewässern⁴⁶⁾ setzte in unserem Herzogthume von jeher den Erwerb einer besonderen Verechtsame voraus⁴⁷⁾. Solche Berechtigungen, welche auf die Benutzung einzelner bestimmter Fangmittel oder ständiger Vorrichtungen (Wehre, Selbstfänge, Sperrnetze und dergl.) gerichtet sind, können gegen voll-

⁴⁴⁾ §§. 10, 12 ff. Zuwiderhandlungen sind zwar strafbar, hindern aber nicht den Eigenthumserwerb.

⁴⁵⁾ Fischereiges. v. 1. Juli 1879, Nr. 38; vergl. §. 2 u. Art. 69 E. B. G.-B., §. 958, Abs. 2, B. G.-B. Die Frage, wann die Occupation beendet sei, beantwortet sich nach dem B. G.-B. — Ueber Ausnahmen von dem ausschließlichen Occupationsrecht des Fischereiberechtigten s. unten Note 46 u. 56. — Fischdieberei war schon seit langer Zeit gesetzlich mit Strafe bedroht. Vergl. Landesf. Verordn. v. 30. Juli 1581, 26. Sept. 1598, 30. Aug. 1622 u. 6. Juni 1645 (Steinacker, Promt. I, 325); ferner Allgem. Landesordn. v. 1647, Art. 93 (Steinacker, Promt. I, 325), Landesf. Verordn. v. 7. Oct. 1752 (Steinacker, a. a. D.; Schneider, Repert. II, 179 f.), 28. April 1768 (Steinacker, a. a. D., S. 326; Schneider, a. a. D., S. 72 f.), 7. Mai 1773, 12. Sept. 1782 (Steinacker, a. a. D.; Schneider, Repert. I, 310), Forststrafdirect. vom 5. Mai 1815, §. 16 u. — Die auf röm. R. beruhenden Schutzmittel des Fischereirechts sind in Geltung geblieben. Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 2, IV. Vergl. Zeitschr. f. R. XI, 118; XXXIII, 107.

⁴⁶⁾ Die Weiser macht eine Ausnahme. Nur soweit sie ausschließlich zu unserem Staatsgebiete gehört, ist das Fischereigesetz maßgebend, demgemäß die Fischerei, wenn sie nicht verliehen oder durch unvordenkliche Verjährung erworben oder den politischen Gemeinden übertragen ist, vom Landesherrn durch Herzogl. Cammer ausgeübt wird. In den mit anderen Staaten gemeinsamen Strecken herrscht aber freies Occupationsrecht; Zeitschr. f. R. XXXV, 88 ff.

Im Uebrigen gelten als geschlossene Gewässer im Sinne des Fischereigesetzes a) alle künstlich angelegten Fischteiche, wenn sie auch mit einem natürlichen Gewässer in Verbindung stehen; b) alle solche Gewässer, denen es an einer für den Wechsel der Fische geeigneten Verbindung fehlt; §. 3, l. c. Die Fische in solchen geschlossenen Gewässern stehen im Eigenthume des Grundbesizers bzw. Pächters (Stobbe, D. Privat. II, §. 150, Note 19 a, Pland, Com., VI, 153, Note 2). Die Fische in nicht geschlossenen öffentlichen oder Privatgewässern sind dagegen herrchenlos und dem ausschließlichen Occupationsrechte des Fischereiberechtigten unterworfen.

⁴⁷⁾ Nachdem Herzog Julius durch Verordnung vom 30. Juli 1580 in seinen „Aemtern, Gerichten und Hoheit“ die Jagd und Fischerei für seine ausschließliche Berechtigung erklärt, wurde dieser Rechtsatz in der Folge beschränkt durch Anerkennung der von altersher bestehenden Rechte Anderer, so durch Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597, Art. 38; Allgem. Landesordn. v. 1647, Art. 93; Landf. Priv. v. 1770, Art. 35. Das Fischereirecht setzte hiernach stets landesherrl. Verleihung oder unvordenkliche Verjährung voraus; Zeitschr. f. R. XI, 118. — An diesem Grundsatz ist auch durch das heutige Fischereiges. v. 1. Juli 1879 nichts geändert, indem dasselbe Fischereigerechtigkeiten ausdrücklich anerkennt, insoweit aber der Fischfang früher für frei erklärt war, die Fischereigerechtigkeit den politischen Gemeinden kraft positiver Gesetzesvorschrift ein- für allemal und unablässig überträgt; vergl. unten bei Note 49 ff. Vergl. Zeitschr. f. R. XXXV, 88 ff.; XLVII, Beil. II, S. 72.

ständige Entschädigung des Berechtigten beschränkt oder aufgehoben werden, wenn es der Staat im öffentlichen Interesse durch das Herzogl. Staatsministerium, Departement des Inneren, anordnet, oder wenn die ober- bzw. unterhalb liegenden Fischereiberechtigten nachweislich dadurch beeinträchtigt werden und die Herzogl. Kreisdirection nach vorgängiger Anhörung der Beteiligten die Aufhebung oder Beschränkung ausspricht⁴⁸⁾. Fischereiberechtigungen, welche früher, ohne mit einem bestimmten Grundbesitz verbunden zu sein, von allen Einwohnern oder Mitgliedern einer Gemeinde ausgeübt werden konnten, stehen jetzt der politischen Gemeinde zu⁴⁹⁾. Ebenso steht überall da der politischen Gemeinde ohne Weiteres die Fischereiberechtigung zu, wo früher freier Fischfang stattfand⁵⁰⁾. Wenn aber Gewässer die Grenze zweier oder mehrerer Gemeindebezirke bilden, ohne dem einen oder anderen ganz oder zu einem bestimmten Theile anzugehören, sollen die Gemeinden in der Erstreckung, auf welche ihr Bezirk das Gewässer begrenzt, gleichberechtigt sein⁵¹⁾. Den Gemeinden sind in allen diesen Fällen die Gemarkungen gleichgestellt⁵²⁾.

2. Gemeinden können die ihnen zustehende Fischerei nur durch besonders angestellte Fischer oder durch Verpachtung nutzen, während diese Beschränkung auf Gemarkungen nur insoweit Anwendung findet, als dies vom Herzogl. Staatsministerium, Departement des Inneren, angeordnet wird. Das Freigeben des Fischfanges ist verboten. Die Dauer der Pachtverträge darf in der Regel nicht unter sechs Jahre bestimmt werden. Die mehreren Gemeinden oder Gemarkungen gemeinsame Fischerei kann nur auf gemeinsame Rechnung genutzt werden⁵³⁾; dabei entscheidet in Ermangelung einer gütlichen Einigung die Aufsichtsbehörde⁵⁴⁾. Dem Fischereiberechtigten steht das Recht zum Fischen bei Ueberfluthungen auch außerhalb der Ufer zu, soweit nicht in andere Fischereirechte eingegriffen wird⁵⁵⁾. Wenn beim Rücktritt des Wassers Fische oder Krebse auf den Grundflüden zurückbleiben, so kann jeder Eigenthümer eines solchen dieselben sich aneignen⁵⁶⁾.

⁴⁸⁾ §. 4, 1. c. Gegen die Entscheidung der Kreisdirection ist Recurs ans Staatsministerium zulässig. — Die Entschädigung wird nach dem Ges. v. 13. Sept. 1867, Nr. 78 (s. unten §. 67, II) berechnet.

⁴⁹⁾ §. 5, 1. c.

⁵⁰⁾ §. 6, Abs. 1, 1. c. Der Fischfang mußte herkömmlich oder ausdrücklicher Vorschrift zufolge freigegeben sein, wenn jetzt die politische Gemeinde Fischereirecht beanspruchen will. Nicht jedes Gewässer, in dem keine privaten Fischereigerechtsame bestanden, war deshalb schon freigegeben; vielmehr ist in solchen nach dem Regalitätsprincip der Landesherr durch die Herzogl. Cammer fischereiberechtigt; vergl. oben Note 47.

⁵¹⁾ §. 6, Abs. 2, 1. c.

⁵²⁾ §. 6, 1. c. Vergl. oben §. 15, Note 4.

⁵³⁾ §. 7, 1. c.

⁵⁴⁾ §. 7, letzter Abs., 1. c.

⁵⁵⁾ §. 8, Abs. 1, 1. c. Das Gesetz hat hier namentlich geschlossene Gewässer im Auge, in deren Fischereirechte eingegriffen werden könnte. Ueber den Begriff des Ufers im Sinne dieses Gesetzes s. Zeitschr. f. R. XLVII, Beil. II, S. 72.

⁵⁶⁾ §. 8, Abs. 2, 1. c. Dieses ist eine Ausnahme vom Princip des ausschließlichen Occupationsrechts des Fischereiberechtigten.

3. Ueber die Bildung von Fischereieigenenschaften und deren Zweck ist schon oben in §. 17, III die Rede gewesen.

4. Zum Schutze des Fischereirechts sind noch die folgenden Bestimmungen getroffen, welche ein Unterlassen oder Dulden seitens dritter Personen zum Gegenstande haben:

a) Landwirthschaftlichen oder gewerblichen Betrieben ist es verboten, Stoffe von solcher Beschaffenheit und in solchen Mengen einzuwerfen, einzuleiten oder einfließen zu lassen, daß dadurch fremde Fischereirechte geschädigt werden können⁵⁷⁾.

b) Das Rotten von Flachs und Hanf in nicht geschlossenen Gewässern ist verboten⁵⁸⁾.

c) Die Fischereiberechtigten sind befugt, in bestehende oder neu hergestellte Be- und Entwässerungsgräben Rechen einzusetzen, welche das Austreten der Fische aus dem Fischwasser verhindern. Hierzu sowie überhaupt, soweit es für die Ausübung des Fischereirechts erforderlich ist, steht dem Fischereiberechtigten die Befugniß zu, die Ufer zu begehen. Das Betreten eingefriedigter Grundstücke ist jedoch ohne Erlaubniß des Eigenthümers nicht gestattet. Für vorkommende Beschädigungen hat überdies der Fischereiberechtigte volle Entschädigung zu gewähren⁵⁹⁾.

d) Besitzer von Wehren, Schleusen, Dämmen oder anderen Wasserwerken in natürlichen Gewässern, durch welche der Zug der Wanderfische versperrt oder erheblich erschwert ist, sind verpflichtet, die Herstellung von Fischpässen zu dulden, wenn die Anlage vom Staate im öffentlichen Interesse beabsichtigt wird, oder Fischereiberechtigte die Genehmigung der Kreisdirection erhalten haben⁶⁰⁾. Bei einer Neuanlage solcher Wasserwerke müssen die Eigenthümer überall an Stellen,

Bleiben Fische auf öffentlichen Wegen zurück, so ist deren Eigenthümer, also Staat, Kreis, Gemeinde u., zur Occupation berechtigt, und zwar zur ausschließlichen, da dem Fischereiberechtigten nur während der Uebersfluthung außerhalb der Ufer das Occupationsrecht zusteht.

⁵⁷⁾ §. 39, Abf. 1, l. c. Aus dieser rein polizeilichen Bestimmung läßt sich die Grundlage für eine Civilklage nicht hernehmen. Dem Fischereiberechtigten wird jedoch in derartigen Fällen, ebenso wie den etwaigen Pächtern (s. bei Note 53), ein auch auf Schadenersatz gehender Anspruch nicht abzuspochen sein. S. oben Note 45 a. E. Vergl. Zeitschr. f. R. XXXIII, 107 ff.; vergl. auch XI, 118 daf. — Ausnahmen von dem Verbote kann die Kreisdirection gestatten (s. §. 39, Abf. 2 ff., l. c.).

⁵⁸⁾ §. 40, l. c. Ein ähnliches Verbot enthielt auch schon die Allgem. Landesordn., Art. 82, bestätigt durch Verordn. v. 5. Aug. 1681, 29. April 1692 (Steinacker, Promt. I, 328 f.), Verordn. v. 29. Juli 1719 (Schneider, Repert. II, 342), 24. Juli 1721, Refcr. v. 8. Aug. 1750 (Steinacker, a. a. O.), Forststrafges. v. 26. Juli 1837, §. 94.

Auch hier gilt das in Note 57 Gesagte.

⁵⁹⁾ §. 44, l. c.; vergl. auch oben §. 61, I, 1.

⁶⁰⁾ §. 32, l. c.; s. auch oben §. 61, I, 1.

wo bisher der Zug der Wanderfische unbehindert war, solche Fischpässe selbst anlegen ⁶¹⁾.

e) Wer zahme Enten hält, hat dieselben von Schonrevieren fernzuhalten und darf solche auf geschlossenem Gewässer nur mit Zustimmung des Fischereiberechtigten zulassen ⁶²⁾.

f) Der Jagdberechtigte muß es dulden, daß der Fischereiberechtigte Fischottern und Fischreither ohne Anwendung von Schußwaffen tödtet oder fängt. Die Kreisdirection kann auch zeitweise den Gebrauch der Schießwaffe gestatten. Die gefangenen oder getödteten Thiere sind innerhalb 24 Stunden dem Jagdberechtigten auszuliefern oder zu ersetzen ⁶³⁾.

5. Die polizeilichen Beschränkungen, denen andererseits die Ausübung der Fischerei unterliegt ⁶⁴⁾, sind im Wesentlichen folgende:

a) Die Ausübung darf nur von einer mit einer Fischkarte versehenen Person geschehen ⁶⁵⁾.

b) Verboten ist die Fischerei zur Schonzeit und in den Schonrevieren ⁶⁶⁾.

c) Verboten ist die Ausübung der Fischerei durch vollständiges Abschlagen oder Ablassen fließender Gewässer ⁶⁷⁾.

d) Verboten ist die Fischerei mit gewissen schädlichen Fangmitteln ⁶⁸⁾.

e) Verboten ist das Fangen gewisser Fische bis zu einem bestimmten Gewicht oder einer bestimmten Größe ⁶⁹⁾.

§. 64.

Fruchtterwerb.

Daß noch nicht vom Boden getrennte Früchte als wesentliche Bestandtheile des Grundstückes gelten und daher nicht Gegenstand eines anderen ding-

⁶¹⁾ §. 31, I. c.

⁶²⁾ §. 41, I. c. Für die Okeranäle traf ähnliche Vorschrift d. Verordn. v. 2. Mai 1760, bestätigt 28. Oct. 1789 (Steinacker, Promt. I, 277).

⁶³⁾ §. 42, I. c.

⁶⁴⁾ Dieselben alteriren das ausschließliche Occupationsrecht des Fischereiberechtigten nicht. Derselbe erwirbt daher an den unter Nichtbeachtung dieser Vorschriften occupirten Fischen das Eigenthum und macht sich lediglich einer strafbaren Uebertretung schuldig.

Vergl. auch §. 50, Abs. 2 das.: „Neben der Strafe ist auf Einziehung ... der Fische zu erkennen, ohne Unterschied, ob sie dem Verurtheilten gehören oder nicht.“

⁶⁵⁾ §§. 12 bis 16, I. c.

⁶⁶⁾ §§. 20, 26 ff., I. c. vergl. mit Verordn. v. 4. Nov. 1889, Nr. 49; früher Verordn. v. 21. April 1880, Nr. 12.

⁶⁷⁾ §. 43, Abs. 1, I. c.

⁶⁸⁾ §. 19, I. c.

⁶⁹⁾ §. 20, I. c. vergl. mit Verordn. v. 4. Nov. 1889, Nr. 49; früher Verordn. v. 21. April 1880, Nr. 12.

lichen Rechts sein können, wie das Grundstück selbst, ist ein Grundsatz des B. G.-B.¹⁾, der dem früher bei uns in Geltung gewesenen gemeinen Recht im Wesentlichen entspricht²⁾, aber reichsgesetzlich durch verschiedene Ausnahmen durchbrochen ist³⁾. Eine weitere Ausnahme gehört dem Landesrechte an, indem dies bestimmt, daß im Verwaltungs-Zwangsverfahren noch nicht vom Boden getrennte Früchte gepfändet werden können, aber erst einen Monat vor der gewöhnlichen Reife und nicht, sobald die Beschlagnahme im Wege der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen erfolgt ist⁴⁾. Auch können diese gepfändeten Früchte, bevor sie getrennt sind, aber erst nach eingetretener Reife, durch den Vollziehungsbeamten versteigert werden⁵⁾.

Im Uebrigen stellt die Landesgesetzgebung vermöge der ihr gemachten Vorbehalte bei folgenden Rechtsverhältnissen Sonderbestimmungen über den Früchterwerb auf.

1. Wenn das Pfründenrecht⁶⁾ eines Pfarrers endigt⁷⁾, so gelten für diesen, bezw. seine Erben von den Jahreseinkünften, mögen diese in Civil- oder Naturalfrüchten bestehen, so viele Zwölftel erworben, als das Recht Monate des Jahres hindurch gewährt hat, wobei rücksichtlich der Geldeinkünfte regelmäßig das Kalenderjahr, rücksichtlich der natürlichen Früchte der Grundstücke das vom 1. October bis 30. September zu rechnende Erntejahr zu Grunde zu legen ist⁸⁾.

¹⁾ §§. 93 f. Vergl. über Früchterwerb noch §§. 953 ff. B. G.-B. Vergl. Cojaß, Lehrbuch des bürgerl. R. I, §. 42, 8.

²⁾ Dernburg, Pand. I, §. 78, Note 10.

³⁾ Hierher gehören §§. 810, 813 Reichs-Civ.-Pr.-Ordn. über die Pfändung ungetrennter Früchte bei der gerichtlichen Zwangsvollstreckung.

⁴⁾ §. 21, Abs. 2 d. Gef. v. 9. April 1888, Nr. 16 in der durch §. 6 des Gef. v. 12. Juni 1899, Nr. 43, §. 6 abgeänderten Fassung. Diese Landesgef. Bestimmung ist dem §. 810 der neuen C.-P.-O. nachgebildet und unterliegt daher der gleichen Auslegung wie diese.

⁵⁾ §. 29a, l. c., hinzugefügt durch §. 9 des Gef. v. 12. Juni 1899, Nr. 43. Die Vorschrift entspricht dem §. 813 C.-P.-O. — Durch die Versteigerung erwirbt der Ersteher nach §§. 932, 935, Abs. 2 vergl. mit §. 1242 B. G.-B. Eigenthum an den nicht getrennten Früchten, so daß damit regelmäßig die letzteren in einem anderen Eigenthumsverhältniß stehen, als das Grundstück, dessen wesentliche Bestandtheile sie bis zur Trennung bilden.

⁶⁾ Das Pfründenrecht untersteht nach Art. 80, Abs. 2 E. B. G.-B. der Landesgesetzgebung. Eine umfassende Neuregelung durch Landesgesetz ist in Vorbereitung.

⁷⁾ Es endigt a) bei Versetzung mit dem letzten Tage des Monats, der der Einführung des Pfarrers in das neue Amt vorhergeht; b) bei Tod mit Schluß des Sterbemonats; c) bei Pensionirung mit dem letzten Tage des Monats, in welchem der Pfarrer ausscheidet; d) bei Entlassung und Absetzung mit dem letzten Tage des Monats, in welchem das Urtheil rechtskräftig wird (Gef. v. 1. Dec. 1882, Nr. 46, §§. 10, 12, 14). Vergl. v. Schmidt-Phiselled, Br. Kirchenr. §. 132.

⁸⁾ Gef. v. 1. Dec. 1882, Nr. 46 u. v. 15. April 1889, Nr. 22. Für gewisse Einkünfte gelten herkömmlich andere Zeiteintheilungen, z. B. das Brennjahr vom 1. April bis 30. März für Brennholzbezug u. dergl. — Im Wesentlichen den gleichen Theilungsmodus, aber ein anderes Fruchtjahr hatte die Ern. Kirchen-Ordn., Cap. III, IV u. XVII v. 1. Mai 1709 (Steinacker, Org.-Gef., S. 435) vergl. mit Verordn.

Außerdem erhalten bei Beendigung des Pfründenrechts durch Tod des Pfarrers seine Wittve und unversorgten Kinder unter 25 Jahren die während des Gnadenhalbjahres fälligen Einkünfte⁹⁾.

2. Bei dem Pfarrwittwenthum, soweit ein solches noch existirt¹⁰⁾, gelten im Fall des Todes der Wittve von dieser soviel Zwölftel der Früchte der Grundstücke erworben, als sie noch Monate im Erntejahre gelebt hatte¹¹⁾.

3. Bei den Opfereien und Schulen gelten mit dem Tode des Inhabers für die Wittve und Waisen die Einkünfte eines Gnadenvierteljahres als erworben¹²⁾.

4. Nach Lehnrecht erhielten, wenn der Vasall zwischen dem 1. April und 1. October verstarb, die Allodialerben sämtliche auch noch nicht in Besitz genommenen Lehnsaufkünfte. Starb er dagegen im November, so erhielten sie als Ersatz der Einsaat nur sechs Zwölftel und in jedem späteren Monat ein Zwölftel der noch nicht percipirten Früchte mehr¹³⁾.

5. Nach particularem Bauernrecht fallen zwar bei Beendigung der Leibzucht durch den Tod des Leibzüchters die noch nicht percipirten Früchte sämtlich wieder in den Hof zurück; der Hofbesitzer muß aber diejenige Einsaat, welche der Leibzüchter aus eigenen Mitteln bestritten, seinen Erben ersetzen¹⁴⁾. Abweichende Observanzen werden folgende bezeugt:

v. 3. März 1717 (Steinacker, Promt. II, 231) u. Decl. v. 11. Mai 1840, Nr. 18 bestimmt.

⁹⁾ Ern. Kirchen-Ordn., Cap. XVII u. Decl. v. 11. Mai 1840, Nr. 18. Vergl. v. Schmidt-Phiselded, Br. Kirchenr. §. 132, V. Das Gnadenhalbjahr umfaßt sechs volle Monate von Beendigung des Sterbemonats an gerechnet.

¹⁰⁾ S. darüber oben §. 19, II, 2.

¹¹⁾ Consist.-Rescr. v. 5. August 1755 (Steinacker, Promt. II, 233); vergl. auch Steinacker, Br. Privatr., S. 181; v. Liebhäber, Einl. i. d. Braunsch.-Lüneb. Landesrecht, S. 84; v. Schmidt-Phiselded, Br. Kirchenr. §. 133, Note 7.

¹²⁾ Consist.-Rescr. v. 15. März 1766 vergl. mit Rescr. v. 26. Oct. 1764 (Steinacker, Promt. II, S. 361); Consist.-Rescr. v. 14. Nov. 1835 u. Landesf. Declar. v. 11. Mai 1840, Nr. 18, §. 6. Vergl. auch v. Liebhäber, Einl. II, 83; Stübner, Br.-Lüneb. Kirchenverf. II, 215, wo allerdings irrtümlich „ein Drittel“ gesagt ist, und v. Schmidt-Phiselded, Br. Kirchenr. §. 135, 3. 2.

¹³⁾ Verordn. v. 27. Nov. 1749 u. Art. 59 G. B. G.-B.; vergl. v. Liebhäber, a. a. O. I, 226 ff.; Steinacker, Br. Privatr., §. 260. — Ein Unterschied, ob es sich um Feld- oder Gartenfrüchte handelt, findet nicht statt. Die bestimmte Quote enthält zugleich allen Ersatz für die Bestellungskosten, auch die Düngung, soweit sie durch die den Allodialerben mit zu Gute kommende Ernte absorbiert wurde, soweit aber die dem Lande gegebene Düngung noch für folgende Ernten hinwirkte (jogen. zweite Gaare), war besondere Vergütung zu zahlen; Beschl. d. D.-A.-G. Wolf. v. 18. März 1835.

¹⁴⁾ Scholz III, Intestaterbr. d. Ehegatten auf deutschen Bauerngütern, S. 87; Runde, Die Rechtslehre v. d. Leibzucht II, §. 47a; vergl. auch Hänsel, Lehre v. Leibzucht, S. 183. Ueber die fortdauernde Gültigkeit dieser Vorschriften vergl. Art. 64 und 96 G. B. G.-B., sowie unten §§. 115, 134 und 137.

- a) Im ehemaligen Amte Fürstenberg¹⁵⁾ richtet man sich beim Absterben des letzten Leibzüchters nach den Grundsätzen des Lehnrechts in Ansehung der Früchte der besamten Länderei, wenn mehrere Intestat-erben außer dem Hofbesitzer vorhanden sind¹⁶⁾;
- b) im vormaligen Amte Widsen¹⁷⁾ theilen die sämmtlichen Kinder des Leibzüchters, wenn dieser nach der Saatzeit verstorben ist, nach der Regel: Was die Egge bestreicht, folgt den Erben¹⁸⁾.

§. 65.

Eigenthumserwerb nach Wasserrecht.

Der Eigenthumserwerb durch Uferrecht hat bei uns seit dem Wassergesetz vom 20. Juni 1876, Nr. 64, eine vom früher geltenden gemeinen Recht zum Theil abweichende Regelung gefunden, die durch das B. G.-B. unberührt gelassen ist¹⁾.

1. Bei Alluvionen — abweichend bei den durch Herstellung von sogen. Bühnen, Leinpfaddämmen u. herbeigeführten Anlandungen — wird das durch Vorrücken des Ufers gewonnene und mit demselben fest verbundene Land Eigenthum der angrenzenden Grundbesitzer²⁾.

2. Abulsionen verbleiben dem bisherigen Eigenthümer, wenn derselbe sein Eigenthum binnen Jahresfrist bei der zuständigen Kreisdirection geltend

¹⁵⁾ Nach v. Liebhaber, a. a. O. I, 145 gehörten hierzu die Gemeinden Boffzen, Derenthal, Meinbrezen und Fürstenberg.

¹⁶⁾ Geseuius, Meierrecht I, 555; vergl. oben bei Note 13 den danach anzuwendenden Vertheilungsmodus.

¹⁷⁾ Nach v. Liebhaber, a. a. O. I, 145, gehörten dazu: Eschershausen, Dentiehausen, Dielmissen, Eimen, Emmerborn, Heinade, Holtensen, Rinnenkamp, Lenne, Lüerdissen, Mainzholzen, Oehlaffen, Scharfobendorf, Vornwohle, Wangelnstedt, Breitenkamp, Bremke, Buchhagen, Dohnsen, Halle, Hegen, Heinrichshagen, Hunzen, Kirchbraak, Kreipke, Linje, Luchsfeld, Wegensen, Westerbraak, Harderode, Kemnade.

¹⁸⁾ Geseuius, a. a. O.

¹⁾ Nach dem Vorbehalt in Art. 65 E. B. G.-B. bleiben die landesges. Vorschriften über „Anlandungen, entstehende Inseln und verlassene Flußbetten“ in Kraft. Hinsichtlich der Abulsionen (Anschwemmungen) gab der erste Entw. B. G.-B., §. 786, besondere Bestimmungen, welche dem zweiten Entw. und der endgültigen Fassung des B. G.-B. fehlen. Nach Planck, Comm. B. G.-B. I, §. 94, Note 3 werden aber von dem Vorbehalt des Art. 65 nicht nur die Alluvionen (Anlandungen), sondern auch die Abulsionen (Anschwemmungen) getroffen.

²⁾ §. 51, Abs. 2, l. c. Da jedoch nach §. 51, Abs. 1 das Ufer eines öffentlichen Flusses als Zubehör des letzteren gelten, so ist diese Bestimmung nicht so zu verstehen, daß die Alluvionen selbst Eigenthum des Nachbarn werden, sondern daß diese an Stelle des früheren Ufers treten und dafür letzteres, soweit es durch die Alluvionen ersetzt ist, ins Eigenthum der angrenzenden Grundbesitzer. — Die durch Bühnen herbeigeführten Anlandungen fallen den Unterhaltungsppf. zu.

macht und den früheren Zustand bewirkt, während es anderenfalls Zubehör desjenigen Ufers wird, an das es abgelegt worden ist³⁾).

3. Beim sogen. *alveus derelictus* fällt

- a) das durch jede Art künstlicher Flußveränderung (einschließlich der durch künstliche Anlagen bewirkten gänzlichen Trockenlegung eines Flußarmes) gewonnene Land, soweit dasselbe nicht zu öffentlichen Zwecken reservirt bleibt, den Eigenthümern der angrenzenden Ufergrundstücke zu, vorausgesetzt, daß sie zu den Kosten der Ausführung verhältnißmäßig beitragen; anderenfalls demjenigen, auf dessen Kosten die Veränderung des Flußbettes zur Ausführung gekommen ist⁴⁾;
- b) das durch Naturereignisse trocken gelegte Flußbett wird zur Entschädigung der Eigenthümer der durch den neuen Wasserlauf geschädigten Grundstücke, wenn es im Anschluß an diese liegt, sonst aber zur Entschädigung derer verwendet, welchen die Unterhaltung des neuen Wasserlaufes obliegt⁵⁾.

4. Die sogen. *insula in flumine nata* schließlich gilt, abweichend vom früheren gemeinen Recht, stets als Bestandtheil des öffentlichen Flusses⁶⁾.

Da das Wassergesetz indessen diese Bestimmungen nur für die öffentlichen Gewässer trifft, auch nur bei öffentlichen Gewässern die Ufer als deren Zubehör bezw. Bestandtheil erklärt und das B. G.-B. die Rechtsverhältnisse der Privatgewässer überhaupt nicht regelt, so kommen für diese die allgemeinen Grundsätze in Betracht⁷⁾.

³⁾ §. 52, I. c. Vergl. auch oben Note 1 und §. 60, I, 2.

⁴⁾ §. 51, Abf. 3, I. c.

Siehe auch Zeitschr. f. R. XXVII, 155 bis 160, wo allerdings insbesondere die vor Emanation des Wassergesetzes von 1876 geltenden Rechtsgrundsätze hinsichtlich des *alveus derelictus* näher beleuchtet sind.

⁵⁾ §. 53, I. c. Die Frage, wem hiernach das Eigenthum zusteht, entscheidet allein die Kreisdirection, welche auch erst auf Grund einer jedesmal zu treffenden Entscheidung den Uebergang des Eigenthums bewirkt; ipso jure tritt dieser nach Sinn und Wortlaut des Gesetzes nicht ein.

⁶⁾ §. 51, Abf. 4, I. c. Vergl. oben §. 23.

⁷⁾ Auch geht es nicht an, wie früher, das gemeine Recht hier anzuwenden (Stobbe, Handb. d. D. Privatr., II, §. 91, Note 8), da dieses immer nur subsidiäre Bedeutung hier hatte und daher durch den Vorbehalt des Art. 65 E. V. G.-B. nicht gedeckt wird (s. oben §. 2, Note 7). Nach allgemeinen Grundsätzen aber muß man das Eigenthum am Bett eines nicht öffentlichen Gewässers dem Ufereigenthümer in der Längenausdehnung bis zur Mitte zusprechen. Flußbett und Ufer bilden ein zusammenhängendes Ganzes. Wechselt der Wasserlauf, so verändert sich nur der Zustand des Eigenthumsobjectes; von einem Neuerwerb am *alveus derelictus* kann nicht die Rede sein. Endemann, Lehrb. des bürgerl. R., II, 579, 2.

§. 66.

Verlust des Eigenthums durch Urtheil.

Der Verlust des Eigenthums durch Urtheil bei Theilungsklagen, wie im gemeinen Recht, ist nach dem B. G.-B. nicht mehr möglich¹⁾. Dagegen kann landesgesetzlich durch Urtheil im Strafproceß das Eigenthum noch verwirkt werden in folgenden Fällen:

1. Bei verbotenen oder nicht erlaubten Haus- und Teller samm-
lungen ist das Gesammelte durch Urtheil für verfallen zu erklären und der Landesbehörde zu wohlthätigen Zwecken zu überweisen²⁾.

2. Ferner bestimmt zunächst §. 7 des Forststrafgesetzes vom 1. April 1879, Nr. 18, daß neben der durch Forstfrevel verwirkten Strafe auf Einziehung der in Beschlag genommenen Aexte, Sägen und anderer zur Begehung des Frevels geeigneter Werkzeuge, welche der Thäter bei der Zuwiderhandlung bei sich geführt hat, zu erkennen ist, ohne Unterschied, ob sie dem Schuldigen gehören oder nicht. Ausgenommen sind nur die Thiere und andere zur Wegschaffung des Gefrevelten dienende Gegenstände. Die eingezogenen Sachen fallen in das Eigenthum des Staates³⁾. Gleiches bestimmt das Gesetz hinsichtlich des Bündholzmaterials, welches Jemand zur Fabrication erworben hat, ohne sich über den rechtmäßigen Besitz des Veräußerers vergewissert zu haben, oder welches er von Gehülfen oder Arbeitern außerhalb ihrer Fabriks- oder Arbeitsstätte angenommen hat, ehe diese und deren Arbeitsstätten den Revierforstbeamten angezeigt sind⁴⁾. Dasselbe Gesetz macht zu Gunsten der Armen-casse des Wohnorts des Verurtheilten die Einziehung obligatorisch, wenn in dem Gewahrsam eines innerhalb der letzten zwei Jahre wegen Forstdiebstahls rechtskräftig Verurtheilten frisch gefälltes, nicht forstmäßig zugerichtetes Holz oder rohes oder gesottenes Harz gefunden wird, ohne daß sich derselbe über den redlichen Erwerb ausweisen könnte⁵⁾, oder wenn letzterer Nachweis von ebensolchen Personen nicht erbracht wird, falls letztere Splieten, Besen, Weihnachtsbäume und dergl. bei sich führen oder verhandeln⁶⁾.

3. Auch das Jagdpolizeigesetz vom 1. April 1879, Nr. 19, ordnet die Einziehung, und zwar zu Gunsten des Staates, an für den Fall, daß Jemand nach Ablauf von 14 Tagen nach Eintritt der Schonzeit während derselben Wild, rücksichtlich dessen die Jagd in dieser Zeit untersagt ist, in ganzen Stücken oder zerlegt, aber noch nicht zum Genuße zubereitet, zum Verkaufe

¹⁾ Das B. G.-B. hat für die constitutive Wirkung eines Urtheils bei Theilungsproceß keinen Raum mehr. Das Urtheil kann vielmehr nur dem Klageantrage gemäß dem Kläger Eigenthum zusprechen, wenn er sein Eigenthum bewiesen hat.

²⁾ B.-St.-G.-B. vom 23. März 1899, §. 10, Z. 5. Der Fiscus wird also Eigenthümer *oim modo*.

³⁾ §. 7, 1. c. Siehe dazu auch Mansfeld, Commentar, S. 13 f.

⁴⁾ §. 42, Ziffer 1 u. 2 u. Abf. 2, 1. c.

⁵⁾ §. 19, Abf. 1, 1. c. Vergl. auch Mansfeld, a. a. O., S. 47.

⁶⁾ §. 19, Abf. 2, 1. c. Vergl. auch Mansfeld, a. a. O., S. 47 f.

ausstellt oder herumträgt⁷⁾, während das Fischereigesetz vom 1. Juli 1879, Nr. 38, eine gleiche Bestimmung rücksichtlich aller verbotswidrig feilgebotenen, verkauften und versandten Fische trifft, ohne Unterschied, ob sie dem Verurtheilten gehören oder nicht⁸⁾. Schließlich läßt auch das Polizeistrafgesetzbuch facultativ die Einziehung gewisser gesundheitschädlicher Gefäße, Werkzeuge, Spielwaaren, Kleidungsstoffe, Genussmittel 2c., welche feilgehalten werden, zu⁹⁾.

In allen diesen Fällen tritt der Uebergang des Eigenthums mit der Rechtskraft des Strafurtheils ein¹⁰⁾.

Ein weiterer Fall des Verlustes von Eigenthum durch Urtheil, der früher landesgesetzlich bei der Subhastation von Grundstücken eintrat, ist jetzt ausschließlich reichsgesetzlich geregelt¹¹⁾, doch ist ein vor dem 1. Januar 1900 beantragtes, wenn auch noch nicht eröffnetes Verfahren nach der Braunschw. Subhastationsordnung zu erledigen¹²⁾. Nach dieser ging das Eigenthum des subhastirten Grundstückes auf den Ersteher mit Zustellung des Adjudicationsurtheils über¹³⁾. Die Voraussetzung des Adjudicationsurtheils war, daß nach der unter Beobachtung des vorgeschriebenen Verfahrens¹⁴⁾ vorgenommenen

⁷⁾ §. 13, l. c. Hinsichtlich des weiblichen Rehwildes sind noch besondere Bestimmungen getroffen in §. 13, Abs. 3 u. 4, l. c.

Bergl. auch Mansfeld, a. a. O., S. 155 f.

⁸⁾ §. 50, l. c. Verbotswidrig gefangen im Sinne dieser Gesetzesvorschrift sind alle diejenigen Fische, welche entweder zur Zeit oder mit Rücksicht auf ihr Maß oder Gewicht nicht gefangen oder feilgeboten werden durften.

⁹⁾ Pol.-St.-G. v. 23. März 1899, früher v. 22./31. Dec. 1870, Nr. 125, §. 8, Ziffer 21 bis 25 u. letzter Abs. daf.

¹⁰⁾ Ueber etwaige Ansprüche des Fiscus bei früheren Verfügungen des Thäters oder bei Rechten Dritter siehe Mandry, Civilrechtl. Inhalt der Reichsgesetze, §. 29 b u. c.

¹¹⁾ Reichsges. v. 24. März 1897 über die Zwangsverf. u. Zwangsverw. von Grundstücken. Dieses findet aber nach §. 6 des Br. Ausf. Zw. v. 12. Juni 1899, Nr. 39, auf Familienstammgüter nur soweit Anwendung, als nicht die jene Güter betr. Gesetze Beschränkungen der Zw. enthalten (s. unten §. 92). Mit gewissen Abweichungen finden die reichsges. Bestimmungen nach §§. 7 ff. Br. Ausf. Zw. auf die Bergwerke Anwendung (s. unten §. 90). Die Br. Subhastations-Ordn. v. 10. Juli 1879, Nr. 37, welche bis zum 1. Januar 1900 in Geltung war, ist durch Art. III, Br. Ausf. Zw. ausdrücklich für aufgehoben erklärt. Vor der Subh.-Ordn. war das Verfahren durch die Br. C.-Br.-Ordn. v. 19. März 1850, §§. 390 bis 397 geregelt. Nach der vordem geltenden Verordn. v. 10. April 1800 (Steinacker, Promt. II, 373; Schneider, Repert. I, 274 ff.) mußte der Zuschlag in jedem Falle im Subhastationstermine erfolgen. Er war aber bedingt durch das Recht der Beschlagnahmegläubiger, innerhalb acht Tagen in eine anderweite Subhastation einzuwilligen. Bei fruchtlosem Ablauf dieser Frist war das Eigenthum unbedingt übergegangen. Vor der letztbezeichneten Verordn. waren die Vorschriften der Hofgerichts- u. Canzley-Ordn., Tit. LXXV bezw. Art. 78 ff. (Steinacker, Gr. Organisationsges., S. 78 ff., 280 ff.) für die Subhastation maßgebend. Diese enthielten aber nichts Näheres über die Adjudication selbst.

¹²⁾ §. 15 Einf.-Ges. R.-Zw.

¹³⁾ §. 70 der Br. Subh.-Ordn. v. 10. Juli 1879, Nr. 37. Bergl. Mansfeld, Br. Ausf.-Ges., S. 232 f.

¹⁴⁾ Das Verfahren wurde eingeleitet durch Beschlagnahmefluß des Gerichts, welcher Antrag des Gläubigers zur Voraussetzung hatte. Der Antrag

öffentlichen Versteigerung des Grundstücks dem Meistbietenden der Zuschlag erteilt¹⁵⁾, ferner innerhalb einer Nothfrist von 14 Tagen nach erfolgter Zuschlagertheilung ein Antrag auf Aufhebung des Zuschlags nicht gestellt oder rechtskräftig abgewiesen war und schließlich der Erstehet seine Verbindlichkeiten durch Bezahlen oder durch Uebernahme von Hypotheken vollständig erfüllt hatte¹⁶⁾.

§. 67.

Expropriation.

I. Hinsichtlich der Expropriation oder Enteignung¹⁾ stellt die particulare Gesetzgebung zunächst nur das Princip auf²⁾, daß Privateigenthum und Privatgerechtsame³⁾ für wesentliche Zwecke des Staates oder einer Gemeinde⁴⁾

bedurfte bei Hypothekariern u. anderen dngl. berechtigten Gläubigern nur der Fälligkeit der Schuld und des vollstreckbaren Titels, bei persönlichen auch der Bescheinigung über fruchtlos ausgefallene Pfändung ins bewegl. Vermögen (§. 5). Die Beschlagnahme war bewirkt mit Eintragung des Beschlusses im Grundbuche (§. 7). Hierauf wurde der öffentlich bekannt gemachte Versteigerungstermin vorgenommen.

¹⁵⁾ Der Zuschlag wurde vom Subhaftationsrichter erteilt. Vergl. §§. 58, 60 d. Subh.-Ordn. v. 10. Juli 1879.

¹⁶⁾ §§. 61, 70 das.

¹⁾ Nach dem Vorbehalt in Art. 109 E. V. G.-B. bleiben die Landesges. Vorschriften über Expropriation, worunter man jede im öffentlichen Interesse erfolgende Entziehung, Beschädigung oder Venuzung einer Sache oder Beschränkung des Eigenthums versteht, in Geltung. Vergl. §. 45 Br. Ausf. V. G.-B. u. §. 45 Mot. dazu. Ueber die rechtliche Natur der Expropriation s. Zeitschr. f. R. VII, 172; XI, 17, 82. Im Uebrigen vergl. noch Archiv f. prakt. Rechtswissensch. IX, 64, 169 ff.; Schletter, Jahrb. VI, 20; IX, 44; Rohland, Zur Theorie u. Praxis d. deutsch. Enteignungsrr. 1875, namentl. S. 29 ff.; Stobbe, D. Privatr. II, §. 92; Roth, D. Privatr. III, §. 264, I u. dort cit. Literatur; Schelcher, Die Rechtswirkungen d. Expropr. nach Gem. Recht 1893; G. Meyer, Recht d. Expr.; Grünhut, Das Enteignungsrr.

²⁾ R. Landsh.-Ordn. v. 12. Oct. 1832, §. 33. Eine Codification des ganzen Expropriationsrechts ist bei Verathung des Ges. über das Verfahren (Landtagsverh. 1866/67, Nr. 179) und später wiederholt angeregt (Landtagsverh. 1892, 34. Sitzung VI u. VII, 35. Sitzung VI; 1896, Comm.-Ber., Anl. 45; Mot. Br. Ausf. V. G.-B., Seite 45).

³⁾ Privateigenthum und Privatgerechtsame sind im Gegensatz zum Eigenthume des Staates, einschließlich des Cammer- und Klostergutes zu verstehen. — Darüber, daß nicht nur das Eigenthum an unbeweglichen, sondern auch an beweglichen Sachen expropriirt werden kann, vergl. oben §. 61, Note 2. — Unter Gerechtsamen sind hier nicht nur dingliche Rechte, sondern auch persönliche, z. B. die des Miethers zu verstehen. Zeitschr. f. R. XXII, 91; XXVI, 153 f.; XXXVII, 6 und 11; Seuff. Arch. XXIX, 244. Vergl. unten Note 65. Doch nehmen die dinglich oder persönlich Berechtigten an dem Verfahren unmittelbar (als Expropriaten) nur Theil, wenn sie vom Eigentümer selbst expropriirt werden; andernfalls hat sie der Eigentümer formell und materiell zu vertreten, so daß sie sich lediglich an diesen halten können, Zeitschr. f. R. XXXIV, 120. Auch sogen. Inconvenienzen, z. B. Umwege, welche die Enteignung für nicht direct betroffene Anlieger mit sich bringt, bilden als Vermögensrechte einen selbständigen Gegenstand der Expropriation. Zeitschr. f. R. XXII, 91; XXVI, 154; XXIX, 43 f.; vergl. jedoch Entsch. d. Reichsger. III, 171; VI, 169 u. Jurist. Wochenchr. 1900, S. 167).

nur a) in den gesetzlich bestimmten Fällen oder b) in den durch dringende Nothwendigkeit gebotenen Fällen gegen vorgängige Entschädigung auf Verfügung der zuständigen Verwaltungsbehörde⁵⁾ in Anspruch genommen werden können. Wann die Expropriation durch dringende Nothwendigkeit geboten ist, muß in jedem einzelnen Falle durch die zuständige Verwaltungsbehörde entschieden werden. Die Fälle aber, welche im Einzelnen gesetzlich geregelt sind, finden nachstehend ihren Platz.

1. Die neue Wegeordnung vom 29. Juni 1899 bestimmt, daß jeder Grundeigentümer verpflichtet ist, das zur Erweiterung der Straßen und Wege, zur Verlegung der schon vorhandenen und zur Anlegung neuer Wege und Abflußgräben erforderliche Terrain gegen Entschädigung abzutreten⁶⁾. Der auf dem abzutretenden Terrain etwa berechnigte Bergwerkseigentümer kann der Anlage nicht widersprechen, auch nicht Expropriation seines Rechts, sondern nur Entschädigung verlangen⁷⁾. Die gleiche Verpflichtung zur Abtretung gegen Entschädigung findet Anwendung gegen diejenigen Grundstücke, auf denen die zur Wegeverbesserung erforderlichen Materialien schon aufgefunden und bisher benutzt sind, oder in der Folge noch aufgefunden und zur Benutzung erforderlich ge-

⁵⁾ Hieraus folgt nicht, daß nur Staat oder Gemeinde Expropriant sein kann, vielmehr nur, daß die Expropriation mittelbar wesentliche Zwecke derselben fördern muß, wie z. B. bei Enteignung für Wege des Kreiscommunalverbandes, für Interessentenschaften, Wassernutzungsberechtigte, Fischereiberechtigte, Bergwerksbesitzer und dergl. Ein Bericht der Justizcommission des Landtags erkennt ausdrücklich an, daß eine Expropriation zulässig ist, wenn nur ein öffentliches Interesse vorliegt, mag im Uebrigen die Expropriation selbst auch nur für ein privates Unternehmen geschehen (Landtagsverh. 1892, Prot. 31, Anl. 150, S. 3). Diesem hat der Regierungsvertreter zugestimmt (34. Bericht, S. 410).

⁶⁾ Bei der anomalen Natur des Expropriationsrechts muß davon ausgegangen werden, daß nur der Staat selbst, welcher hier durch das Herzogl. Staatsministerium seinen Vertreter findet, die Befugniß zur Enteignung in jedem einzelnen Falle ertheilen darf und muß, sofern nicht kraft positiver Gesetzesvorschrift eine andere Behörde delegirt ist. Zeitschr. f. R. XIII, 4 ff.; XXVI, 153; XLI, 56. In jedem speciellen Falle muß deshalb eine das Expropriationsrecht ertheilende Verfügung des Staatsministeriums bezw. der durch Ges. für bestimmte Fälle bezeichneten Behörde dem Verfahren vorausgehen, wenn es sich um die besonders geregelten Fälle (s. unten Ziffer 1 bis 6) handelt, aber eine Verordnung (in Ausführung des allgemeinen gesetzlichen Princips des §. 33 der R. L.-Ordn.) in allen anderen Fällen. Eines besonderen Gesetzes bedarf es nur, wenn die Expropriationsbefugniß in einem Falle ertheilt werden soll, der über das allgemeine Princip hinausgeht. Vergl. auch v. Thering, Zweck i. Recht, 3. Aufl., S. 345.

⁷⁾ §. 48 der Wegeordn., übereinstimmend mit der Wegeordn. v. 5. Juni 1876. Diese Bestimmung findet aber nur auf öffentliche Wege Anwendung (Zeitschr. f. R. XLIII, 123). Schon die Wegeordn. v. 10. März 1704 (Steinacker, Promt. II, 480) enthielt in den §§. 6 u. 9 ähnliche Bestimmungen, die in der Verordn. v. 26. März 1823, Nr. 17, §. 1, sowie dem Landtagsabsch. v. 11. Juli 1823, Art. 66 (Ges.- u. Verordnungsbl., S. 167) wiederholt, schließlich in der Verordn. v. 15. Jan. 1828, Nr. 2, declarirt und in die Wegeordn. v. 11. Mai 1840, Nr. 25, §. 69, aufgenommen wurden.

⁷⁾ §§. 157 ff. d. Bergges. v. 15. April 1867. Vergl. unten §. 97.

halten werden⁸⁾. Auch sollen denjenigen Interessentenschaften, in deren Grundstücken die brauchbaren Materialien zur Wegebesserung nicht vorhanden sind, von anderen Interessentenschaften und Grundbesitzern, welche sich im Besitze derselben befinden, nach Bestimmung der Kreisdirection die nöthigen Materialien gegen angemessene Entschädigung unweigerlich verabfolgt werden, jedoch nur insoweit, als der fremde Grundstückseigenthümer dadurch nicht der unentbehrlichsten Materialien zur Wegebesserung und zu sonstigen Zwecken beraubt wird⁹⁾. In allen diesen Fällen liegt die Leistung der den Interessentenschaften oder Grundbesitzern gebührenden Entschädigung für die Staatsstraßen dem Staate, für die Communicationswege dem Kreiscommunalverbande und für die sonstigen öffentlichen Wege denjenigen Gemeinden, Gemarkungen und Interessentenschaften ob, welche die betreffenden Wege zu bauen und zu unterhalten haben¹⁰⁾. Wenn die Wege in ihrem gegenwärtigen Zustande schmaler befunden werden, als solche nach den officiellen Rissen sein mußten, so soll die ursprüngliche Breite wieder hergestellt werden; jedoch mit Vorbehalt der Entschädigung derjenigen Anlieger, welche den rechtlichen Erwerb der abzutretenden Grundfläche im Rechtswege darzuthun vermögen¹¹⁾. Ueber die Nothwendigkeit der hiernach im Interesse des Wegebaues zulässigen Expropriation entscheidet nach Berichterstattung des Kreisbaubeamten bezw. des Gemeindevorstandes die Kreisdirection, vorbehaltlich eines Recurses an Herzogliches Staatsministerium. Falls jedoch die Abtretung von Gebäuden, Hofräumen und Gärten bei Wohnhäusern gefordert wird, bedarf es von vornherein der Genehmigung des Staatsministeriums¹²⁾. Ausdrücklich vorgeschrieben ist schließlich, daß für die Ausmittlung der Entschädigung des nach den Bestimmungen der Wegeordnung expropriirten Privateigenthumes das Gesetz vom 13. September 1867 maßgebend ist¹³⁾.

⁸⁾ §. 49 d. R. Wegeordn. Dieselbe Bestimmung findet sich schon in d. Verordn. v. 26. März 1823, Nr. 17, §. 6, von wo sie auch in die alte Wegeordn. v. 11. Mai 1840, §. 70, übergegangen ist.

⁹⁾ §. 50, l. c. Schon früher findet sich eine gleiche Vorschrift in §. 71 der Wegeordn. v. 11. Mai 1840, während ähnliche Bestimmungen bereits durch die Verordn. v. 26. Mai 1823, Nr. 14 u. d. Wegeordn. v. 1704, §§. 16, 17, welche hinwiederum auf ein Edict v. 31. Dec. 1643 Bezug nimmt, getroffen wurden (Steinacker, Promt, II, 481).

¹⁰⁾ §. 52, l. c.; vergl. oben Note 9. Die Vorschrift entspricht den Bestimmungen der früheren Wegeordn. v. 11. Mai 1840.

¹¹⁾ §. 53, l. c.; früher §. 75 d. Wegeordn. v. 11. Mai 1840. — Auf Eigenthümer der Privatwege findet die Vorschrift keine Anwendung.

¹²⁾ §. 53, l. c.; vergl. §§. 76 ff. d. früheren Wegeordn. v. 11. Mai 1840.

¹³⁾ §. 54, l. c. Die alte Wegeordn. v. 11. Mai 1840 und d. Verordn. vom 26. März 1823 trafen über die Ermittlung der Entschädigung besondere Bestimmungen. Die Declar. v. 4. Mai 1835, Nr. 34, §. 1, dehnte alle Vorschriften der Verordn. v. 1823 auf die Anlage von Eisenbahnen aus. Da aber mit Aufhebung der letzteren Verordn. durch die Wegeordn. v. 1840 auch die Declar. v. 1835 hinfällig geworden ist, ohne daß ihr Inhalt in der Wegeordn. Aufnahme gefunden hat, so fehlt es an speciellen gesetzlichen Vorschriften über die Expropriation bei Eisenbahnanlagen; vergl. auch Zeitschr. f. R. XXIX, 70 ff. Der Bericht der Justiz-

Ueber die Expropriation für die sonstigen öffentlichen Verkehrsanlagen, insbesondere Eisenbahnen, Canäle, soweit letztere nicht in Ausführung eines verliehenen Wassernutzungsrechts angelegt werden¹⁴⁾, giebt es keine besonderen gesetzlichen Bestimmungen, so daß es bei den allgemeinen Grundsätzen über Expropriation sein Bewenden hat¹⁵⁾. Nur das Berggesetz vom 15. April 1867 bestimmt, daß der Bergwerkseigentümer gegen solche Anlagen, die durch exproprierte Grundstücke gehen, an denen er das Bergwerkseigenthum hat, nicht Widerspruch erheben, auch nicht die Expropriation seines Rechts, sondern nur Entschädigung fordern kann¹⁶⁾.

2. Die Bauordnung vom 13. März 1899 stellt den Grundsatz auf, daß die in ihr bestimmten Beschränkungen des Grundeigenthums nach Maßgabe des Expropriationsgesetzes vom 13. September 1867 nur dann entschädigt werden sollen, wenn dies im Gesetz oder in Statuten ausdrücklich zugelassen ist¹⁷⁾. Bei einer zum Ausbau einer Straße oder eines Platzes erfolgenden Enteignung solcher Grundflächen ist der Eigentümer auch für die Werthverminderung zu entschädigen, die sein Grundstück zur Zeit des gestellten Antrages auf Abschätzung durch die Baubeschränkung erleidet¹⁸⁾.

3. Das Wassergesetz vom 20. Juni 1876¹⁹⁾ trifft zunächst die allgemeine Bestimmung, daß, wenn es sich bei der Regelung des Laufes und der Benutzung der öffentlichen Gewässer nach den Bestimmungen des Wassergesetzes um die Ausübung von Zwangsbefugnissen, namentlich um die Abtretung oder Beschränkung von Eigenthums-, Dienstbarkeits- oder anderen Benutzungsrechten handelt, die Kreisdirection bei erfolgtem Widerspruch die Entscheidung des Staatsministeriums einzuholen hat²⁰⁾, und daß für Ausmittelung der Entschädigung das Gesetz vom 13. September 1867 maßgebend sein soll²¹⁾. Im Einzelnen läßt das Gesetz die Expropriation in folgenden Fällen zu:

- a) Bei Veränderungen von öffentlichen Gewässern, welche auf Anordnung geschehen, insbesondere bei Vertiefungen, Geradelegungen u.

Commission v. 1892 (Anl. 150 zum Prot. 31, S. 2) scheint der Declar. v. 1835 noch Geltung beizumessen. Ebenso: Rhamm, Verfassungsgef., S. 107, Note 2. Die Mot. Br. Ausf. B. G.-B., S. 53, erwähnen jedoch die Declaration nicht mehr.

¹⁴⁾ Ist letzteres der Fall, so treten die Bestimmungen d. Wasserges. v. 20. Juni 1876 in Geltung; vergl. unten 3 b.

Bezüglich der Eisenbahnen vergl. oben Note 13.

¹⁵⁾ Es bedarf hier also regelmäßig der „Verordnung“; vergl. oben Note 5.

¹⁶⁾ §. 157 d. Bergges. v. April 1867.

¹⁷⁾ §. 1, l. c. vergl. mit §§. 12 u. 76 daf. Die Bestimmung des §. 6 der Bauordn. v. 15. Juni 1876 über die Expropriation bei Durchführung des Ortsbauplans ist in die neue Bauordn. nicht übergegangen. Es bleibt deshalb hier, soweit eine Abtretung des Eigenthums in Frage kommt, bei dem Grundsatz des §. 33, R. L.-O. S. oben Note 5.

¹⁸⁾ Diese Bestimmung dem §. 9, Abs. 2 der neuen Bauordn. durch Gef. vom 27. Oct. 1899, Nr. 96 zugefügt. Vergl. auch §. 6 des Expr.-Ges. v. 13. Sept. 1867.

¹⁹⁾ Vergl. auch Art. 65 E. B. G.-B.

²⁰⁾ §. 5 d. Wasserges. v. 20. Juni 1876. Es ist damit nur ein allgemein gültiger Rechtsatz (vergl. oben Note 3 bis 5) zum besonderen Ausdruck gebracht.

²¹⁾ §. 6, l. c.

können Grundstücke und Gerechtsame expropriert werden²²⁾, und kommt für die Entschädigungen, welche für Abtretung oder Beeinträchtigung von Grundstücken oder Gerechtsamen gezahlt werden müssen, das Gesetz vom 13. September 1867 in Betracht²³⁾. Bei solchen Veränderungen öffentlicher Flüsse dagegen, welche auf Antrag geschehen, finden Zwangse enteignungen nur statt, wenn sie zu Gunsten der Wohlfahrt einer Gemeinde oder eines überwiegenden Landesculturinteresses nothwendig erscheinen²⁴⁾.

- b) Auch bei Verleihung von Wassernutzungsrechten zu Landesculturzwecken ist erforderlichen Falles die Abtretung von Grundeigenthum, sowie von Servituten und anderen Nutzungsrechten im Wege der Zwangse enteignung zulässig²⁵⁾, und zwar sowohl bei Bewässerungs-²⁶⁾ als auch bei Entwässerungsanlagen²⁷⁾.
- c) Auf die Verleihung des Nutzungsrechts an dem Wasser von Privatgewässern, welche aber nur insoweit erfolgen darf, als der Eigenthümer das Wasser nicht selbst gebraucht, finden die vorstehenden Bestimmungen über die Zulässigkeit und den Umfang der Zwangse enteignung ebenfalls Anwendung²⁸⁾.

4. Das Fischereigesetz vom 1. Juli 1879 bestimmt, daß zu den von Staats wegen oder nach Maßgabe eines vom Staatsministerium, Departement des Inneren, genehmigten Bauplanes von Fischereiberechtigten auszuführenden Fischpässen der erforderliche Grund und Boden von dem Eigenthümer desselben gegen eine von den Unternehmern der Anlage zu gewährende Entschädigung abgetreten werden müsse, und daß für die Ermittlung dieser Entschädigung die Vorschriften des Gesetzes vom 13. September 1867 maßgebend sein sollen²⁹⁾.

5. Das Berggesetz vom 15. April 1867 (schließlich³⁰⁾) bestimmt zunächst, daß das Recht zum Schürfen auf fremden Grundstücken³¹⁾, sowie von Versuchsarbeiten vor Verleihung des Bergwerkseigenthums ein Jeder mit Erlaubniß des Grundeigenthümers oder, wenn diese nicht zu erlangen ist, auf

²²⁾ §§. 42, Abf. 2, 38 vergl. mit §. 46, l. c.; vergl. unten §. 101.

²³⁾ §. 46, l. c.

²⁴⁾ §. 48, l. c.; vergl. unten §. 101.

²⁵⁾ §. 58, Abf. 2, l. c.; vergl. unten §. 101.

²⁶⁾ §§. 62 ff., l. c.

²⁷⁾ §. 85, Abf. 2, l. c. vergl. mit §. 86 das.

²⁸⁾ §. 88, 3. 4, l. c.

²⁹⁾ §. 36, l. c.

³⁰⁾ Vor dem Bergges. verblieb es wegen der Verpflichtung des Grundeigenthümers bei den allgemeinen Verpflichtungen (vergl. oben Note 2) und d. Vorschr. d. Landtagsabsh. v. 11. Juli 1823, Art. 68, wonach der auf den eigenen Bau des auf seinem Grund und Boden entdeckten Kohlenlagers verzichtende Grundeigenthümer zwei freie Erbtage und vollständige Entschädigung des erlittenen Verlustes nach landwirthschaftlichen Grundsätzen, die im Streitfalle von drei Sachverständigen festzusetzen waren, erhalten sollte.

³¹⁾ Vergl. oben §. 61, Note 17.

Ermächtigung der Bergbehörde ausüben darf, und daß dieses Recht nur verjagt werden muß, wenn

- a) öffentliche Plätze, Straßen, Eisenbahnen oder Friedhöfe in Frage stehen, oder auf Antrag
- b) hinsichtlich der Gebäude, eines Umkreises von 200 Fuß, der Gärten und eingefriedigten Hofräume, oder
- c) wenn überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses dagegen sprechen.

Gegen diese Ermächtigung findet nur Recurs ans Staatsministerium statt. Auch die Entschädigung und Caution wird im Streitfalle von der Bergbehörde, und zwar ohne Recurs festgesetzt. Der Rechtsweg ist jedoch daneben in allen diesen Fällen zulässig³²⁾. Hinsichtlich der entstehenden Kosten gilt der §. 151, hinsichtlich der sonstigen Rechte des Grundeigentümers die §§. 140, Abf. 2, 141, 142 und 144 des Berggesetzes³³⁾.

Ferner stellt dasselbe Gesetz als Grundsatz fest, daß der Bergwerkseigentümer³⁴⁾ die Befugniß hat, die Abtretung des zu seinen bergbaulichen Zwecken erforderlichen Grund und Bodens³⁵⁾ nach näherer Vorschrift des fünften Titels zu verlangen³⁶⁾. In diesem fünften Titel bestimmt demgemäß das Gesetz im Einzelnen Folgendes:

- a) Ist für den Betrieb des Bergbaues, und zwar zu dem Grubenbauen selbst, zu Halben-, Ablade- und Niederlageplätzen, Wegen, Eisenbahnen³⁷⁾, Canälen, Maschinenanlagen, Wasserläufen, Teichen, Hülfsbauten, Zechenhäusern und anderen für Betriebszwecke bestimmten Tagegebäuden, Anlagen und Vorrichtungen³⁸⁾, sowie zu den Aufbereitungsanstalten³⁹⁾, zu Soolleitungen und

³²⁾ §§. 4 bis 11, §. 2 d. Berggef.; vergl. unten §. 96, I, 1.

³³⁾ §. 8, Abf. 5, 7, 1. c.

³⁴⁾ Vergl. oben §. 59 und unten §. 97.

³⁵⁾ Der Paragraph verweist hinsichtlich des Umfanges der bergbaulichen Zwecke auf die Bestimmungen der §§. 56 bis 62. Danach gehören hierher Grundabtretungen a) zur Errichtung von Anstalten zur Auffuchung und Gewinnung von Mineralien (§. 56), b) zur Errichtung von Anstalten behufs Aufbereitung der gewonnenen Mineralien und c) zur Anlage von Hülfsbauten im freien oder im fremden Felde, also außerhalb der dem Bergwerksbesitzer verliehenen Grenzen (§. 62).

³⁶⁾ §. 66, 1. c.

³⁷⁾ Zur Expropriation bei derartigen Eisenbahnen ist also, im Gegensatz zu den sonstigen Eisenbahnen (vergl. oben Note 14 u. 15), falls sie nicht gleichzeitig dem öffentlichen Verkehre dienen sollen, nicht Landesh. Verordnung, sondern nur die Ermächtigung nach Maßgabe der im Texte weiter bezeichneten Vorschriften erforderlich; vergl. Rostermann, Comment. z. preuß. Berggef., S. 286.

³⁸⁾ Hiernach kann die Grundabtretung zu Wegen; Eisenbahnen, Canälen u. nicht nur insoweit, als zur Gewinnung der Mineralien erforderlich, sondern auch insoweit dieselben den Absatz vermitteln sollen, verlangt werden; vergl. Rostermann, a. a. O., Note 287.

³⁹⁾ Die Grundabtretung kann nur für die zur Aufbereitung der eigenen Producte bestimmten Anstalten verlangt werden, und zwar nur zu Aufbereitungsanstalten, nicht auch zu Hüttenwerken, welche sich dadurch von einander unterscheiden, daß in ersteren nur mechanische Veränderungen der Bergwerksproducte vorgenommen werden, in letzteren aber chemische Prozesse vor sich gehen; Rostermann, a. a. O., Note 288.

Soolbehältern die Benutzung eines fremden Grundstückes⁴⁰⁾ nothwendig, so muß der Grundbesitzer, sei er Eigenthümer oder Nutzungsberechtigter, dasselbe an den Bergwerksbesitzer abtreten⁴¹⁾. Die Abtretung des mit Wohn-, Wirthschafts- oder Fabrikgebäuden bebauten Grund und Bodens und der damit in Verbindung stehenden Hofräume darf nur mit Einwilligung des Eigenthümers genehmigt⁴²⁾, im Uebrigen aber darf die Abtretung nur versagt werden aus überwiegenden Gründen des öffentlichen Interesses⁴³⁾. Der Bergwerksbesitzer ist verpflichtet, dem Grundbesitzer für die entzogene Nutzung⁴⁴⁾ jährlich im Voraus vollständige Entschädigung zu leisten und das Grundstück nach beendigter Nutzung⁴⁵⁾ zurückzugeben⁴⁶⁾. Tritt durch diese Benutzung eine Werthvermin-

⁴⁰⁾ Hierzu gehören auch Privatgewässer, bei denen die Benutzung oder der Wasserzug selbst expropriirt werden kann; Klostermann, a. a. O., Note 290.

⁴¹⁾ §. 138, 1. c. Die Bestimmung versteht unter „Abtretung“ von Grundstücken nicht nur deren Hingabe zu Eigenthum, sondern auch zu bloß vorübergehender Benutzung, wie aus den folgenden Paragraphen des Gesetzes deutlich hervorgeht; Klostermann, a. a. O., Note 292; Zeitschr. f. R. XXIX, 78; XXXV, 26. Im letzteren Falle entsteht eine Art persönliche Dienstbarkeit, welche der Eintragung im Grundbuche nicht bedarf (§. 38 Br. Ausf. B. G.-B., früher ebenso: §. 17 d. Gr.-Erm.-G. v. 8. März 1878, Nr. 10; vergl. auch Zeitschr. f. R. XXIX, 78). Die Benutzung und Hinnahme solcher Grundstücke seitens des Bergwerksbesizers ist natürlich ohne das amtliche Expropriationsverfahren unstatthaft (Entsch. d. Reichsger. II, 211 rücksichtlich der gleichlautenden Bestimmungen des allgemeinen preuß. Berggesetzes von 1865).

⁴²⁾ §. 139, Abs. 2, 1. c. Die Bestimmung correspondirt mit dem §. 4, Abs. 1 des Bergges., nur daß hier nicht auch, wie dort, für Schürfarbeiten, die Gärten und das 200 Fuß um Gebäude liegende Land ausgeschlossen sind und daher in den hier fraglichen Fällen der Expropriation unterliegen. Die hier jedoch ebenfalls nicht erwähnten öffentlichen Plätze, Straßen, Eisenbahnen, Friedhöfe, welche nach §. 4, Abs. 3, 1. c. (vergl. oben §. 61, I, 3) dem Schürfen entzogen sind, dürfen auch nicht zum Bergbau enteignet werden; vergl. Klostermann, a. a. O., Note 294.

⁴³⁾ §. 139, Abs. 1, 1. c. Die Bedeutung dieser Vorschrift besteht darin, daß die Abtretung gemäß §. 145, 1. c. erzwungen werden kann, wenn nicht die Weigerung des Grundbesizers durch überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses unterstützt wird; Klostermann, a. a. O., Note 293.

⁴⁴⁾ Unter entzogener Nutzung ist derjenige Ertrag zu verstehen, den das abgetretene Grundstück bisher gewährt hat oder gewähren würde, falls die Bergwerksanlage nicht gemacht wäre. Der höhere Betrag, den der Bergwerksbesitzer in Folge dieser Anlage aus dem Grundstück zieht, kommt nicht in Betracht; vergl. Klostermann, a. a. O., Note 295. Vergl. auch über den Begriff „Ertragswerth“ im Gegensatz zu „Verkaufswerth“ unten Note 78.

⁴⁵⁾ Es kommt hier nur auf die thatsächlich beendete Nutzung, nicht aber darauf an, ob etwa der fortgesetzte Betrieb nothwendig ist. Der Gebrauch darf aber nur dem Zwecke dienen, zu dem das Grundstück abgetreten ist. Der Bergwerksbesitzer darf also nicht auf einem Grundstück, das zur Gewinnung der anstehenden Braunkohlen durch Tagebau abgetreten ist, nachher ein Zechenhaus errichten; vielmehr müßte er dann aufs Neue Abtretung beantragen; vergl. Klostermann, a. a. O., Note 296.

⁴⁶⁾ Zu einer Wiederherstellung des Grundstückes in einen Zustand, wie vor der Abtretung, ist der Bergwerksbesitzer nicht verpflichtet; Klostermann, a. a. O., Note 297. Ist das Grundstück mit einer Hypothek, Grundschuld, Rentenschuld oder Reallast (vergl. §. 1107 B. G.-B.) belastet, so erstreckt sich solches Recht nach dem Landesges. v. 12. Juni 1899, Nr. 44 auf die Entschädigung. Vergl. §§. 1123, 1124 f. B. G.-B.

berung des Grundstückes ein, so muß der Bergwerksbesitzer bei der Rückgabe den Minderwerth ersetzen. Für die Erfüllung dieser Verpflichtung kann der Grundbesitzer schon bei der Abtretung des Grundstückes die Bestellung einer angemessenen Caution vom Bergwerksbesitzer, mit Ausnahme des Fiscus, verlangen. Auch ist der Eigenthümer in diesem Falle zu fordern berechtigt⁴⁷⁾, daß der Bergwerksbesitzer, statt den Minderwerth zu ersetzen, das Eigenthum des Grundstückes erwirbt⁴⁸⁾. Wenn feststeht, daß die Benutzung des Grundstückes länger als drei Jahre dauern wird, oder wenn die Benutzung nach Ablauf von drei Jahren noch fortbauert, so kann der Grundeigenthümer verlangen, daß der Bergwerksbesitzer das Eigenthum des Grundstückes erwirbt⁴⁹⁾. Wenn ein Grundstück durch Abtretung einzelner Theile so zerstückelt würde, daß die übrig bleibenden Theile nicht mehr zweckmäßig benutzt werden können, so muß auch für letztere die jährliche Entschädigung auf Verlangen des Grundbesitzers von dem Bergwerksbesitzer geleistet werden. Unter denselben Voraussetzungen kann der Eigenthümer eines solchen Grundstückes verlangen, daß der Bergwerksbesitzer das ganze Grundstück erwirbt⁵⁰⁾.

b) Können die Betheiligten sich über die vom Bergwerksbesitzer verlangte Grundabtretung nicht einigen, so erfolgt die Entscheidung darüber, ob, in welchem Umfange und unter welchen Bedingungen der Grundbesitzer zur Abtretung oder der Bergwerksbesitzer zum Erwerb des Eigenthumes verpflichtet ist, durch einen gemeinschaftlichen Beschluß der Herzoglichen Cammer, Direction der Bergwerke, und der betreffenden Herzoglichen Kreisdirection, bei Grundabtretungen für den Betrieb des fisciatischen Bergbaues durch einen alleinigen Beschluß der betreffenden Kreisdirection⁵¹⁾. Vor der Entscheidung müssen beide Theile gehört und die Verhältnisse durch Commissarien der beiden entscheidenden Behörden an Ort und Stelle untersucht werden. Die Ermittlung der für die vorübergehende Benutzung des Grundstückes oder für die Abtretung des Eigenthumes zu leistenden vollständigen Entschädigung, sowie der für den Grundbesitzer vom Bergwerkeigenthümer zu zahlenden Caution liegt beim Mangel einer gütlichen Einigung ebenfalls den Commissarien ob. Zu diesen Ermittlungen sind Sachverständige zuzuziehen, welche die Commissarien zu ernennen haben⁵²⁾. Der Beschluß, durch welchen die zwangsweise Abtretung

⁴⁷⁾ Das Wahlrecht dauert nur so lange, als er sich nicht über den Ersatz eines bestimmten Betrages mit dem Bergwerksbesitzer geeinigt hat. Die bloße Klageanstellung enthält Ausübung des Wahlrechts nicht; Klostermann, a. a. O., Note 299.

⁴⁸⁾ §. 140, l. c.

⁴⁹⁾ §. 141, l. c.

⁵⁰⁾ §. 142, l. c.

⁵¹⁾ §. 145, l. c.; Zeitschr. f. R. XXIX, 78. — Divergiren die Beschlüsse der beiden Behörden, so muß, falls dieselben nicht vor der Entscheidung den Auspruch des Staatsministeriums einholen wollen, die Provocation als abgelehnt gelten, wozu gegen dem Provocanten ein Recurs ans Staatsministerium verbleibt; vergl. Klostermann, a. a. O., Note 323.

⁵²⁾ §. 146, l. c. Als Betheiligte gelten der Provocant und die Provocaten. Zu letzteren sind neben dem Grundeigenthümer auch etwaige Nutzungsberechtigte zu

oder Erwerbung eines Grundstückes ausgesprochen wird, muß das Grundstück genau bezeichnen, die dem Grundbesitzer zu leistende Entschädigung bezw. Caution festsetzen und die sonstigen Bedingungen der Abtretung enthalten⁵³⁾. Gegen den Beschluß steht beiden Theilen Klage beim Verwaltungsgerichtshofe zu⁵⁴⁾.

c) Bei der zwangsweisen Abtretung oder Erwerbung eines Grundstückes zu einer bergbaulichen Anlage kommen diejenigen Wertherhöhungen, die das Grundstück erst in Folge dieser Anlage erhält, bei der Entschädigung nicht in Anschlag⁵⁵⁾. Wegen aller zu Zwecken des Bergbaues veräußerten⁵⁶⁾ Theile von Grundstücken fand früher ein Vorkaufs- und Wiederkaufsrecht statt, wenn in der Folge das Grundstück zu den Zwecken des Bergbaues entbehrlich wurde⁵⁷⁾. Das Vor- und Wiederkaufsrecht stand dem zeitigen Eigenthümer des durch die ursprüngliche Veräußerung verkleinerten Grundstückes zu. Den Wiederkauf konnte dieser Eigenthümer in solchem Falle zu jeder Zeit geltend machen; bestritt der Bergwerksbesitzer das Dasein der obigen Bedingung, so trat richterliche Entscheidung ein⁵⁸⁾.

d) Im Uebrigen ist der ordentliche Rechtsweg hinsichtlich der Verpflichtung zur Abtretung eines Grundstückes nur zulässig, wenn die Befreiung von dieser Verpflichtung auf Grund eines speciellen Rechtstitels oder deshalb behauptet wird, weil das fragliche Grundstück zu den der Expropriation bei Bergbaubetrieb entzogenen Arten des Grundbesitzes gehört⁵⁹⁾. Durch Verschreitung des Rechtsweges wird, wenn dieselbe nur wegen der Feststellung der Entschädigung oder Caution erfolgt, die Besignahme des Grundstückes nicht aufgehalten, vorausgesetzt, daß die festgesetzte Entschädigung an den Berechtigten gezahlt oder bei verweigerter Annahme gerichtlich deponirt, desgleichen die gerichtliche Deposition der festgesetzten Caution geschehen ist⁶⁰⁾. Auf die Abfindung der Realberechtigten an dem einem Bergwerksbesitzer abzutretenden Grundstücke findet das Gesetz vom 20. Juni 1843, Nr. 18 in der ihm durch

zählen; Klostermann, a. a. O., Note 315. Bezüglich der Pächter und Miether vergl. oben Note 3.

⁵³⁾ §. 147, l. c. Unter den „sonstigen Bedingungen“ sind insbesondere zu verstehen a) Einschränkungen in der Benutzung zu Gunsten des abtretenden Grundbesitzers; b) Anlagen, welche Behörden im Interesse des Grundbesitzers für nöthig halten (Wege, Ueberfahrten, Vorfluthanlagen etc.); c) der Zeitpunkt der Rückgewähr.

⁵⁴⁾ §. 148, Abs. 1, l. c. und §. 64 des Ges. v. 5. März 1895, Nr. 26.

⁵⁵⁾ §. 143, l. c.

⁵⁶⁾ Hierbei kommen sowohl die durch freien Vertrag, als durch Expropriation erworbenen Grundstücke in Betracht, sofern nur die Abtretung zu den in §. 139, l. c. bezeichneten Zwecken geschah; vergl. Klostermann, a. a. O., Note 304.

⁵⁷⁾ §. 144, Abs. 1, l. c., aufgehoben durch Ges. v. 12. Juni 1899, Nr. 44, 3. XV.

⁵⁸⁾ §. 144, Abs. 2 u. 3. Vergl. oben §. 48, Note 8 u. 9.

⁵⁹⁾ §. 148, Abs. 2, l. c.; vergl. oben bei Note 43 und 58. Hinsichtlich der Festsetzung der Entschädigung bezw. Caution ist dagegen der Rechtsweg unbedingt zulässig; s. unten bei Note 60.

⁶⁰⁾ §. 149, l. c.; vergl. die beiden vorhergehenden Anmerkungen. — Die Klagebitte und entsprechend der Urtheilstenor muß daher auf Zahlung einer bestimmten bezw. zu bestimmenden Geldsumme gerichtet sein.

§. 45 Br. Ausf. V. G.=V. gegebenen Fassung Anwendung⁶¹⁾. Die Kosten des Expropriationsverfahrens hat für die erste Instanz der Bergwerksbesitzer, für die Recursinstanz der unterliegende Theil zu tragen⁶²⁾.

Ueber die vorübergehenden Wegegerechtigkeiten, welche bei Anlage von Torfstichen event. zwangsweise erworben werden können, ist im §. 62 die Rede gewesen.

6. Zum Zwecke der Landesvermessung müssen die für die Marktsteine erforderlichen Bodenflächen von den Eigenthümern abgetreten werden⁶³⁾. Die Entschädigung erfolgt nach bestimmten Einheitsätzen und nach Maßgabe der in Frage kommenden Grundsteuerklasse auf Grund der Aufmessung und Classification der Herzoglichen Landesökonomiecommission durch die Herzogliche Preisdirection⁶⁴⁾. Außerdem sind für etwaige wirtschaftliche Nachtheile (Inconvenienzen) Entschädigungen zu gewähren, die aber von der Preisdirection erst nach Anhörung des Preisausschusses festgesetzt werden sollen⁶⁵⁾. In allen Fällen steht den Entschädigungsberechtigten gegen den Festsetzungsbescheid der Preisdirection binnen einer Präklusivfrist von sechs Wochen Recurs bei der Landesökonomiecommission zu, deren Entscheidung endgültig ist⁶⁶⁾. Das Eigenthum an der betreffenden Bodenfläche geht frei von allen darauf haftenden privatrechtlichen Lasten mit erfolgter Zahlung oder Hinterlegung auf den Fiscus über⁶⁷⁾. Die etwaigen Pächter werden vom Verpächter in der Weise entschädigt, daß er ihnen 4 Proc. der überhaupt gezahlten Entschädigungssumme vom Pachtgelde abläßt⁶⁸⁾. Realberechtigte werden dagegen abgefunden, indem sie unter dem Rechtsnachtheile des Ausschlusses ihrer etwaigen Ansprüche zum Zahlungstermine geladen und bei etwaigem Widerspruch gegen die Ueberweisung der Entschädigung an den Empfangsberechtigten unter Hinterlegung des Geldes auf den Rechtsweg verwiesen werden⁶⁹⁾.

II. Das bei der Expropriation zu beobachtende Verfahren, insbesondere auch hinsichtlich der Ausmittelung der Entschädigungen, wird, soweit nicht die Specialvorschriften der vorgenannten Gesetze Abweichendes bestimmen⁷⁰⁾, ein-

⁶¹⁾ §. 150, l. c. und Gef. v. 12. Juni 1899, Nr. 44, XVI.

⁶²⁾ §. 151, l. c.

⁶³⁾ Gef. v. 2. Juli 1889, Nr. 33, §. 1. Schon vor der Abtretung kann von der Preisdirection die vorläufige Besitzergreifung verfügt werden.

⁶⁴⁾ §. 3, Abs. 1 bis 3 und §. 4, l. c.

⁶⁵⁾ §. 3, Abs. 4 und §. 4, Abs. 2, l. c.

⁶⁶⁾ §. 4, Abs. 3, l. c.

⁶⁷⁾ §. 7, l. c. Darüber, wann die Hinterlegung zu erfolgen hat, s. §. 5, l. c. und oben §. 35, I.

⁶⁸⁾ §. 6, l. c. Die Ermäßigung tritt kraft Gesetzes ein und begründet nicht bloß einen obligatorischen Anspruch.

⁶⁹⁾ §. 5, Abs. 2, l. c.

⁷⁰⁾ Daß die besonderen Vorschriften dieser Gesetze, insbesondere des Berggesetzes, durch das vorliegende Gef. v. 13. Sept. 1867 nicht berührt werden, hebt §. 19 des letztgenannten Gesetzes ausdrücklich hervor.

heitlich geregelt durch das Gesetz vom 13. September 1867, Nr. 78⁷¹⁾. Dasselbe bestimmt Folgendes:

Die dem Expropriaten⁷²⁾ zu gewährende volle Entschädigung soll denjenigen Betrag enthalten, um welchen das Vermögen desselben durch die Expropriation vermindert wird (entstandener Schaden und entzogener Gewinn), so daß durch diese für ihn weder ein Vermögensvorteil noch Nachtheil entsteht⁷³⁾. Ueber den Betrag der Entschädigung ist zunächst von der Verwaltungsbehörde (Kreisdirection) eine gütliche Vereinbarung zu versuchen⁷⁴⁾. Wird

⁷¹⁾ Von hervorragender Bedeutung für das Verständniß dieses Gesetzes ist die in Zeitschr. f. R. XXXVI, 116 ff. abgedruckte Entscheidung des Herzogl. Staatsministeriums.

⁷²⁾ Da nicht nur Eigenthum an Sachen, sondern auch dingliche und selbst persönliche Rechte den Gegenstand der Expropriation bilden können (s. oben Note 3), so ist unter „Expropriat“ nicht nur der zu enteignende Eigenthümer, sondern jeder zu verstehen, der durch die Expropriation einen Vermögenswerth verliert. Auch die letzteren müssen gemäß §. 1, l. c. voll entschädigt werden, doch ist zwischen ihnen folgender Unterschied zu machen:

1. stehen dieselben zu dem zu expropriirenden Eigenthümer in einem dinglichen oder persönlichen Rechtsverhältniß, z. B. als Nießbraucher oder Pächter, dann nehmen sie nicht selbständig am Verfahren theil, sondern können sich nur wegen des Schadens an den Eigenthümer mit der dinglichen bzw. persönlichen Klage halten, und jener muß deshalb von vornherein auch ihre Ansprüche, als mittelbar die seinigen, gegen den Exproprianten geltend machen;

2. ist aber in solchen Fällen der Eigenthümer selbst der Expropriirende, z. B. die Gemeinde, welche ein Grundstück auf längere Zeit unkündbar verpachtet hat, so nimmt der dinglich oder persönlich Berechtigte unmittelbar als Expropriat an dem Verfahren theil;

3. stehen schließlich dieselben zu dem zu expropriirenden Eigenthümer in gar keinem Verhältniß, sondern werden unabhängig von diesem, z. B. als Nachbarn, durch die Expropriation geschädigt, so können sie ebenfalls als Mitexpropriaten Ansprüche gegen den Exproprianten geltend machen; vergl. auch Zeitschr. f. R. XXVI, 151 ff.; XXIX, 44 ff.; XXXVII, 6 ff.

⁷³⁾ §. 1, l. c. Aus dem in voriger Anm. Gesagten ergibt es sich, daß unter die volle Entschädigung des Eigenthümers (vergl. §. 5, l. c. unten bei Note 78) auch die volle Entschädigung für die an dem Eigenthum dinglich oder persönlich Berechtigten (z. B. Nießbraucher und Miether) fällt. Wenn z. B. der Pächter billig verpachtet hat, so daß der Netto-Ertrag den Pachtzins übersteigt, und er diesen Gewinn künftighin entbehrt, oder wenn er zugleich andere Grundstücke ohne erhebliche Vermehrung der Wirtschaftskosten bewirtschaftet und diese Ersparniß verliert, so ist dies Interesse zu vergüten. Comm. Ver. S. 10, Anl. 172 der Landtagsverh. 1866. Auch die durch die Expropriation hervorgerufenen sogen. Inconvenienzen, z. B. Umwege, sind unter diese volle Entschädigung zu rechnen; vergl. Zeitschr. f. R. XXII, 90 f.; XXVI, 151; XXIX, 44 ff.; XXXVI, 117, 121; XXXVII, 6 ff.; XLV, Beil. 29; Seuff. Arch. XXIX, 244; a. M.: Zeitschr. f. R. XI, 37; Entsch. d. Reichsger. in Zeitschr. f. R. XXIX, 67 f. Entsch. R.-G. Civ. III, 171; VI, 159. Wenn aber der Schaden gar nicht durch die Expropriation entstanden ist, so tritt auch keine Entschädigung nach den Grundsätzen der Expropriation ein. Zeitschr. f. R. XLVII, Beil. II, S. 55.

Im Uebrigen s. unten die Anm. zu §§. 5 u. 7, l. c.

⁷⁴⁾ Auch bei gütlicher Einigung kommen nicht die Grundsätze über freiwilligen Verkauf, sondern über das Expropriationsrecht (§. 15, l. c.) zur Anwendung. Zeitschrift f. R. XLVII, Beilageh. S. 48.

diese nicht erreicht, so erfolgt auf Antrag des Exproprianten die Abschätzung durch drei Sachverständige, welche von der Herzogl. Landesökonomiecommission auf den Vorschlag des von ihr mit der Leitung der Abschätzung beauftragten Localcommissarius ernannt werden. Beiden Parteien steht gegen dieselben das Recht der Ablehnung aus denselben Gründen zu, aus welchen Richter oder Gerichtsschreiber von den Parteien abgelehnt werden dürfen⁷⁵⁾. Die Entschädigung der Expropriation kann vergleichsweise in Geld, Grundstücken und anderen Aequivalenten, im Zwangsverfahren nur in Geld, unter besonderen Umständen in Geldrenten erfolgen⁷⁶⁾. Der Antrag auf Expropriation kann nicht mehr zurückgenommen werden, sobald a) entweder die Entschädigung des Expropriaten durch gütliche Vereinbarung festgestellt, oder b) auf Abschätzung provocirt ist⁷⁷⁾.

Bei der Abschätzung haben die Sachverständigen, soweit möglich, a) sowohl den Verkaufswert, bei dessen Ermittlung die örtlichen Kaufpreise zu berücksichtigen sind, als auch b) den Ertragswert, bei dessen Ermittlung der jährliche Einnahmeverlust, den der Expropriat erleidet, zu veranschlagen und zu Capital zu berechnen ist, sowie c) eintretenden Falles das Interesse des Expropriaten oder den Wert, welchen der Gegenstand unter den obwaltenden Verhältnissen hat, in Betracht zu ziehen und danach die Taxe zu bemessen⁷⁸⁾.

⁷⁵⁾ §. 2, l. c. Bei dem Expropriationsverfahren werden daher regelmäßig drei Behörden thätig werden:

1. die Kreisdirection, bei welcher der Antrag auf Expropriation zu stellen ist und welche eine gütliche Vereinbarung zu versuchen hat;

2. das Staatsministerium bezw. die nach spec. Gesetzesvorschriften an dessen Stelle tretende Behörde (vergl. oben Note 5), welche dem Antragsteller die Expropriationsbefugniß in Ansehung des zu enteignenden Gegenstandes zusprechen muß;

3. die Landesökonomiecommission, welche das Verfahren leitet.

Die Ablehnungsgründe regelt jetzt §. 23 des Br. Ausf.-Ges. z. Gef.-G. vom 1. April 1879, Nr. 11 im Wesentlichen in Uebereinstimmung mit §§. 41 ff. der R.-G.-P.-O., wobei allerdings die letztere eine größere Zahl der Ablehnungsgründe, insbesondere auch den Befangenheit aufstellt. Jedenfalls sind hier aber offenbar alle Gründe der §§. 41 ff., l. c. gültig, da es sich um Streitverhältnisse und nicht um Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit handelt, auch der §. 2 d. Gef. v. 13. Sept. 1867 lediglich die bei seiner Emanation vorhandene Br. G.-Pr.-O. v. 19. März 1850 im Auge haben konnte, deren Ablehnungsgründe in §§. 46 ff. nicht die engeren Grenzen des Ausf.-Ges. haben, sondern mehr der jetzigen R.-G.-P.-O. conform gehen.

⁷⁶⁾ §. 3, l. c. Handelt es sich um Enteignung von Immobilien oder dinglichen Gerechtsamen, so wird der Vergleich allerdings durch seinen Abschluß vor der Verwaltungsbehörde noch nicht klagbar, sondern nur, wenn er gemäß §. 313 des B. G.-B. gerichtlich oder notariell verlaubar wird. Geschieht dies nicht, so können beide Theile immer noch auf Abschätzung provociren, da §. 4a, l. c. (s. Note 77) die vergleichsweise Festsetzung nur insofern für bindend erklärt, als danach eine Zurücknahme des Expropriationsantrages nicht mehr möglich ist.

⁷⁷⁾ §. 4, l. c.; vergl. auch oben Note 76. Kommt aber die gütliche Vereinbarung nicht zu Stande, so kann Expropriant seinen Antrag ungehindert zurückziehen; Zeitschr. f. R. XXXVII, 27.

⁷⁸⁾ §. 5, l. c. Ueber den Zeitpunkt des Werthes s. Zeitschr. f. R. XLVI, Beil. S. 33 f. Der „Verkaufswert nach den örtlichen Kaufpreisen“ kann nur der Wert für Jedermann, also ein objectiver Wert sein; dasselbe muß hier von dem „Ertragswerthe“ (§. 5 b), d. h. demjenigen Geldwerthe gelten, den der Expropriat

Durch die Abschätzung ist der Werth des Gegenstandes zur Zeit des gestellten Antrages auf Abschätzung zu ermitteln. Es bleibt dabei außer Betracht: a) ein bloß möglicher Gewinn, der durch besondere neue Anlagen, durch Speculationen, oder eine neue gewerbliche Benutzungsweise, zu welcher noch keine Einleitung gemacht war, erzielt werden konnte⁷⁹⁾; b) die Vermehrung des Werthes der Grundstücke in Folge des Unternehmens, für welche die Expropriation erfolgt, wogegen jede Erweiterung oder Fortsetzung des Unternehmens, für welche ursprünglich nicht mit expropriirt wurde, als ein neues Unternehmen anzusehen ist⁸⁰⁾; c) das sogen. *pretium affectionis*⁸¹⁾.

erlangen kann, wenn er das Grundstück nicht veräußert, sondern behält und nach seinen natürlichen Eigenschaften für sich benutzt, z. B. durch Vermietzung. Es ist klar, daß der Ertragswerth eines Grundstückes den Verkaufswerth desselben beeinflusst, häufig sogar direct bestimmt; beide Werthe können indessen von einander abweichen. So wenig aber Jemand ein Grundstück verkaufen und zur eigenen Nutzung für sich behalten kann, ebenso wenig können beide Werthe zusammengerechnet bei der Entschädigung berücksichtigt werden, sondern nur der höhere von beiden, wenn sie nicht gleich sind. Der „Interesse“werth schließlich (§. 5 c) ist ebenfalls nicht zu einem der beiden vorhergehenden hinzuzuzählen, falls er einen „Ertragswerth“ ausmacht, z. B. wenn ein Arzt in einem zu expropriirenden Hause eine für ihn einträgliche Augenklinik betreibt; vielmehr ist hier nur der höhere Werth zu berücksichtigen; Zeitschr. f. R. XXXVI, 117 ff. Sofern aber als Interesse des Exproprianten diejenigen Schäden anzusehen sind, welche er durch Regressansprüche der in Folge der Expropriation in ihren dinglichen oder persönlichen Rechten an der Sache Geschädigten zu erwarten hat (s. oben Note 3 u. 72), ist dieser Werth neben dem objectiven Werthe ganz in Rechnung zu bringen; Zeitschr. f. R. XXXVII, 13 u. 16. In anderer Beziehung kann das Interesse als „Verkaufswerth“ nicht vorkommen, da zu den örtlichen Preisen der eine ebenso gut als der andere verkaufen kann, ohne daß auf seine persönlichen Verhältnisse etwas ankommt; Zeitschr. f. R. XXXVI, 118 f. Vergl. auch §. 6, l. c. unten bei Note 81.

⁷⁹⁾ Unter „neuer gewerblicher Benutzungsweise“ kann nicht schon eine bloße Veränderung in der Bodencultur verstanden werden. Zeitschr. f. R. XLV, Beilage S. 33. Im Uebrigen s. Note 81.

⁸⁰⁾ Wird im Jahre 1901 mittelst Expropriation eine Eisenbahn angelegt, in Folge dessen ein benachbartes Grundstück an Werth steigt, und wird im Jahre 1905 auch dieses Grundstück zum Zwecke einer Bahnhofsanlage für die Eisenbahn expropriirt, so ist hier nicht der Werth, den das Grundstück 1901, sondern 1905 hatte, maßgebend. Vergl. Comm. Bericht S. 7, Anl. 172 der Landtagsverh. 1866/67. — Im Uebrigen s. Note 81.

⁸¹⁾ §. 6, l. c. Der hiernach maßgebende Antrag auf Abschätzung kann nicht stillschweigend, z. B. durch Vereitelung der gütlichen Vereinbarung (§. 2, l. c.), sondern nur ausdrücklich gestellt werden, und zwar sowohl bei der Kreisdirection, als auch bei der Landesökonomiecommission, sofern nur die vorgeschriebene gütliche Vereinbarung vorher vergeblich versucht ist; Zeitschr. f. R. XXXVII, 27. Da aber die Stellung dieses Antrages nicht nur für den Exproprianten von Rechtsrhebelichkeit ist (§. 4 b, l. c.), sondern noch mehr für den Exproprianten, insofern derselbe nach Stellung des Antrages gemachte, nicht nothwendige Aufwendungen u. nicht ersetzt erhält (§§. 6, 8), so kann nach dem Sinne des Gesetzes für den Exproprianten die Wirkung des Antrages erst auf den Zeitpunkt seiner Benachrichtigung gelegt werden; Zeitschr. f. R. XXXVII, 28 ff.; vergl. unten Note 84.

Wenn man hiernach unter „Verkaufswerth“ (s. Note 78) denjenigen höchsten Werth verstehen muß, der sich gerade zu der auf diese Weise bestimmten Zeit durch

Sind nur einzelne Theile eines Grundstückes in Anspruch genommen, so kann a) bei Gebäuden schlechtthin, b) bei anderen Grundstücken in dem Falle, daß der übrig bleibende Theil nach dem in dieser Beziehung nicht weiter ansehbaren Urtheile der Mehrheit der Sachverständigen wegen seiner Kleinheit oder anderer im besonderen Falle eintretender Umstände gar nicht oder nicht ohne erhebliche Erschwerung und Belästigung seiner früheren Bestimmung dienen kann, der Expropriat die Enteignung des Ganzen fordern. Verlangt der Expropriat die Enteignung des Ganzen nicht, oder wird sein dahinzielender Antrag von der Mehrzahl der Sachverständigen verworfen, so ist die Werthminderung zu vergüten, welche der übrig bleibende Theil durch die Abtrennung erleidet⁸²⁾. Der Expropriant kann jedoch in solchem Falle die Enteignung des Ganzen fordern, wenn diese Werthminderung mehr als ein Vierteltheil desjenigen Werthes beträgt, welchen der übrig gebliebene Theil des Ganzen hatte, und wenn sich der Expropriat mit diesem Vierteltheile als Entschädigung für die Werthverminderung nicht begnügen will⁸³⁾. Für Neubauten, Anpflanzungen, Verbesserungen und neue Anlagen wird keine Entschädigung gewährt, wenn sich

freihändigen Verkauf ergeben würde (Zeitschr. f. R. XXXVI, 124), so kann andererseits auch nicht zweifelhaft sein, daß auch erst spätere, z. B. durch die Expropriation selbst für das Grundstück, insbesondere die dem Eigenthümer verbleibenden Theile zu erwartenden Nachtheile, welche schon zu diesem Zeitpunkte sich mit Wahrscheinlichkeit vorhersehen lassen, bereits jetzt, also bei dem für die Abschätzung fraglichen Zeitpunkte, auf den Verkaufswert von Einfluß sind und daher berücksichtigt werden müssen; Zeitschr. f. R. XXXVI, 134; vergl. unten Note 84.

⁸²⁾ §. 7, l. c. Der Paragraph behandelt in seinem zweiten Satze den sogenannten Zusammenhangswert, giebt dadurch aber keineswegs einen neuen Maßstab der Abschätzung, sondern will nur auf ein neben dem expropriirten Theil ebenfalls zu berücksichtigendes Object der Abschätzung hinweisen (Zeitschr. f. R. XXXVI, 120). Auch bei Theilexpropriation kann daher immer nur der Verkaufs- oder Ertragswert des zu expropriirenden Stückes in Frage kommen (s. oben Note 78), in dem es sich einerseits entweder darum handelt, welchen erhöhten Ertragswert das abgetretene Stück im Zusammenhange mit dem übrig bleibenden hatte, oder welchen erhöhten Verkaufswert und andererseits, welchen verminderten Ertragswert das zurückbleibende Stück ohne das abgetretene hat, bezw. welchen verminderten Verkaufswert. Hiernach wird der Minderwert des Reststückes regelmäßig dem Mehrwert des expropriirten Stückes entsprechen und in der vollen Entschädigung (§. 1, l. c.) für dieses mit enthalten sein (Entsch. d. Reichsger. IV, 199; V, 90). Nur in dem Falle kann möglicherweise eine andere Art der Abschätzung nothwendig werden, wenn nicht nur der abzutretende Theil den Wert des Restes, sondern daneben und selbständig auch das Restgrundstück den Wert des ersteren vergrößert hatte (Zeitschr. f. R. XXXVI, 122). Vergl. auch Zeitschr. f. R. XXXVIII, 33; XLVI, Beil. S. 31.

Die Schlussworte des Paragraphen haben den Sinn: „welche der übrigbleibende Theil dadurch erleidet, daß der Expropriat an dem expropriirten Theile des Grundstückes das Eigenthum verliert“; Zeitschr. f. R., a. a. O., S. 136.

⁸³⁾ §. 7, Abs. 3, l. c. Es kommen hiernach folgende Werthe in Betracht: a) derjenige (Ertrags- oder Verkaufs-)Wert, welchen das übrigbleibende Stück vor seiner Trennung vom expropriirten Theile im Zusammenhange mit diesem hatte (s. Note 82), b) der vierte Theil jenes Werthes und c) der (Verkaufs- und Ertrags-)Wert, den das übrigbleibende Stück für sich allein hat (Note 82). Wenn nun die Differenz der Werthe von a) und c) mehr beträgt, als der Wert zu b), so liegt der Fall des §. 7, Abs. 3, l. c. vor. Vergl. Zeitschr. f. R. XLVI, Beil. S. 31.

aus der Art der Anlage, dem Zeitpunkte derselben oder den sonst obwaltenden Umständen die Ueberzeugung ergibt, daß dieselben nur in der Absicht vorgenommen sind, um eine höhere Entschädigung zu erzielen. Dagegen sind nothwendige Verwendungen, welche der Expropriat, wenn auch erst nach dem Empfange des Antrages auf Abschätzung, gemacht hat, ihrem vollen Umfange nach zu vergüten⁸⁴⁾. Bei vorübergehender Benutzung von Grundstücken, z. B. zu Interimswegen oder Ablagerräumen⁸⁵⁾, ist die Entschädigung für etwaige Deteriorationen des Grundstückes und für entzogene Nutzung durch die Kreisdirection, nöthigenfalls unter Zuziehung von Sachverständigen, zu ermitteln und festzustellen. Die Nutzungsentschädigung ist in monatlichen oder vierteljährlichen Raten voraus zu bezahlen. Wenn feststeht, daß die Benutzung des Grundstückes länger als drei Jahre dauern wird, oder wenn die Benutzung nach Ablauf von drei Jahren noch fortbauert, so kann der Grundeigenthümer verlangen, daß der Expropriant das Eigenthum des Grundstückes erwerbe. Bei bleibenden Belastungen oder Minderungen der Substanz eines Grundstückes, z. B. durch Benutzung desselben zur Gewinnung von Materialien oder durch Bestellung einer Servitut zum Zwecke des Unternehmens, ist die Entschädigung in gleicher Weise, wie bei Enteignung des Grundstückes selbst festzustellen⁸⁶⁾. Vorbereitende Handlungen muß jeder Besitzer auf seinem Grund und Boden geschehen lassen. Die Ermächtigung dazu hat der Expropriant, falls der Besitzer die Vornahme der Arbeiten nicht freiwillig gestatten will, bei der Verwaltungsbehörde zu erwirken; diese hat auch die dem Besitzer zu gewährende Entschädigung auf ortsübliche Weise zu ermitteln und einzuziehen⁸⁷⁾. Gegen

⁸⁴⁾ §. 8, l. c. Die Bestimmung stellt also den Grundsatz auf, daß nothwendige Aufwendungen stets, nützliche aber nur dem bona fide handelnden Exproprianten zu ersetzen seien; vergl. auch oben Note 81; vergl. Zeitschr. f. R. XXIX, 72 ff.

⁸⁵⁾ Das Recht zu einer derartigen vorübergehenden Benutzung bildet ähnlich der Befugniß zum Schürfen zc. beim Bergbau (s. oben 3. 5) eine Art beschränkt persönlicher Dienstbarkeit, welche aber ihres transitorischen Charakters wegen der Eintragung im Grundbuche in keinem Falle bedarf.

⁸⁶⁾ §. 9, l. c. Diese Bestimmungen sind zwar denen des Berggesetzes über die Entschädigung für die vorübergehende Benutzung von Grundstücken im Wesentlichen conform, doch sind die specielleren Vorschriften des letzteren Gesetzes (vergl. oben Ziffer 5) durch die vorliegende Bestimmung nach dem Grundsatz: *lex posterior generalis non derogat legi priori speciali* nicht aufgehoben, wie auch §. 19 des Ges. v. 13. Sept. 1867 ausdrücklich betont.

Der Rechnungsfactor für die hier fragliche Entschädigung einer vorübergehenden Benutzung ist nach dem Gesetze ein doppelter:

1. der Minderwerth, den das Grundstück in Folge der Benutzung erleidet, d. h. die Differenz des jetzigen Verkaufs- oder Ertragswerthes (s. oben Note 78) und desjenigen, den das Grundstück nach der ebenfalls abzuschätzenden, voraussichtlichen Dauer der Benutzung haben wird;

2. der Werth der dem Eigenthümer während dieser Zwischenzeit entgehenden Nutzung, welcher nicht auch von vornherein nach schätzungsweise Gesamtdauer der fremden Benutzung, sondern monatlich oder vierteljährlich zu schätzen ist.

⁸⁷⁾ §. 10, l. c. Die entscheidende „Verwaltungsbehörde“ ist auch hier, wie aus dem folgenden Paragraphen ersichtlich, die betr. Kreisdirection. Die „Ermächtigung“ ist seitens derselben natürlich nur dann zu erteilen, wenn auch die wirkliche Ex-

die Entschädigungsfestsetzungen der Kreisdirection in den Fällen der vorübergehenden Benutzung oder der vorbereitenden Handlungen steht beiden Theilen binnen vier Wochen nach Verkündung oder Zustellung der Entscheidung Klage beim Verwaltungsgerichtshofe zu⁸⁸⁾.

Falls die von der Kreisdirection zu versuchende gütliche Vereinbarung (§. 2, 1. c.) nicht erreicht und auf Abschätzung provocirt wird, sind die Functionen dieser Behörde, abgesehen von den Fällen der §§. 9 u. 10, beendigt und das weitere Verfahren wird von der Herzogl. Landesökonomiecommission geleitet⁸⁹⁾. Dieselbe hat mit der Ausführung der Abschätzung einen Localcommissar zu beauftragen, welcher

1. unter Zuziehung der Parteien die abzutretenden Grundstücke und deren rechtmäßige Inhaber zu ermitteln und erstere, sofern es erforderlich und nicht bereits früher geschehen ist, aufmessen zu lassen⁹⁰⁾, sodann
2. die Instruction für die Sachverständigen, nachdem er über den Entwurf die Betheiligten gehört, namentlich deren Aenderungs- und Ergänzungsvorschläge geprüft hat, festzustellen hat, wobei auf Verlangen eines Betheiligten die Schärer angewiesen werden können, auch eine Schätzung nach Maßgabe der gestellten, aber nicht berücksichtigten Anträge vorzunehmen⁹¹⁾.
3. Die Sachverständigen sind, sofern nicht beide Theile darauf verzichten, zu beeidigen. Sie haben ihr Gutachten durch die Gründe und

propriation zulässig wäre, also der Grundsatz des §. 33 der R. L.=D. (s. oben Note 2 ff.) oder die speciellen gesetzlichen Voraussetzungen über die Zulässigkeit einer Expropriation (s. oben im Text Z. 1 bis 5) vorliegen.

⁸⁸⁾ §. 11, 1. c. u. Ges. v. 5. März 1895, Nr. 26, §. 63. Die Frist beginnt danach mit Verkündung oder der Zustellung, was dem zweifellosen Sinne der gesetzlichen Vorschrift gemäß so viel heißen soll, daß die Frist nur dann und für denjenigen Betheiligten mit der Verkündung beginnt, wenn und wem der Beschluß verkündet war.

⁸⁹⁾ §. 12, 1. c.; vergl. auch oben Note 75. Ueber die Frage, bei welcher Behörde der Antrag auf Abschätzung gestellt werden kann, s. oben Note 75, Ziffer 1.

Das im §. 12, 1. c. erwähnte „weitere Verfahren vor der L.=Def.=G.“ zerfällt in zwei Abschnitte: 1. das Verfahren vor dem Localcommissar, welcher die Abschätzung zur Grundlage der späteren Beschlußfassung prüfen soll; 2. dasjenige vor der L.=Def.=G., welches erst nach erledigtem Verfahren des Commissars eintritt (§. 12, 3. 7, 1. c.) und die endliche Festsetzung des Betrages der Entschädigung zum Gegenstande hat. Vergl. Zeitschr. f. R. XLVII, Beil. II, S. 57.

⁹⁰⁾ §. 12, 3. 1, 1. c. Für die Rechtmäßigkeit des Inhabers eines Grundstückes ist in erster Linie das Grundbuch entscheidend. Da aber auch Fälle des Eigenthumsüberganges ohne Eintragung im Grundbuche vorkommen, andererseits nach §. 15 dieses Gesetzes nach erledigtem Expropriationsverfahren das Eigenthum auf den Exproprianten von selbst übergeht, ohne daß es einer Eintragung im Grundbuche bedarf, so hat in diesen Fällen der Localcommissar seinerseits nicht auf vorgängige Besitztitelberichtigung zu dringen, sondern sich bloß den Nachweis führen zu lassen, daß ein Uebergang des Eigenthums auf den Exproprianten stattfand.

⁹¹⁾ Diese Instruction hat sich nicht auf das in §. 12, 3. 3 Gesagte zu beschränken, sondern vorliegendensfalls auf die Grundsätze auszudehnen, welche nach anerkannten Rechtsätzen bei der Werthermittelung zu berücksichtigen sind, insbesondere auch bei Theilexpropriationen (vergl. oben Noten 72 f., 78, 82).

Voraussetzungen, auf denen es beruht, zu motiviren, namentlich und soweit solches möglich, den Verkaufs- und Ertragswerth und eintretenden Falles das Interesse gesondert anzugeben.

4. Die abgegebene Schätzung hat der Localcommissarius den Parteien in einem, dazu unter dem Rechtsnachtheile des Ausschlusses späterer Einwendungen anzusetzenden Termine zur Erklärung vorzulegen, wobei nach den Vorschriften der §§. 54 bis 56 des Gesetzes vom 20. December 1834 (Nr. 2 von 1835) zu verfahren ist⁹²⁾.
5. Von dem Commissarius sind sodann die Acten mit gutachtlichem Berichte an die Landesökonomiecommission einzusenden, welche über etwaige Anträge der Parteien, namentlich auch auf Abgabe eines anderweiten Gutachtens oder nochmalige Abschätzung durch andere Sachverständige zu entscheiden hat.
6. Gegen die Verfügungen des Localcommissarius steht den Betheiligten ein Recurs an Herzogl. Landesökonomiecommission und gegen deren Entscheidungen ein Recurs an das Staatsministerium zu, welche innerhalb einer unersprechbaren Präklusivfrist von vier Wochen zu verfolgen sind⁹³⁾.
7. Nach erledigtem Verfahren stellt die Landesökonomiecommission den Betrag der Entschädigung nach pflichtmäßigem Ermessen fest, wobei das Gutachten der Sachverständigen als Auskunft und Anhalt dient, ohne das Urtheil zu binden. Gegen die Entscheidung ist Klage beim Verwaltungsgerichtshofe zugelassen⁹⁴⁾.
8. Das Resultat des Verfahrens hat die Herzogl. Landesökonomiecommission gleichzeitig den Interessenten bekannt zu machen, und dem durch die Belegenchaft der Grundstücke zuständigen Herzogl. Amtsgerichte mitzutheilen⁹⁵⁾.

Die Entschädigung ist vor Einräumung des expropriirten Grundstückes zu zahlen. Es kann indessen, wenn der Zweck des Unternehmens dieses dringend

⁹²⁾ Hiernach hat der Commissarius mit den Betheiligten die Vermessungen und Abschätzungen, nöthigenfalls unter Befichtigung an Ort und Stelle durchzunehmen und deren Erklärungen zu Protokoll zu erfordern (§. 54, l. c.), bei erhobenen Erinnerungen etwaige Fehler thunlichst zu verbessern (§. 55, l. c.), bei Mangel einer Einigung die gegenüberstehenden Behauptungen der Betheiligten und deren Gründe zu registriren und die Acten mit Gutachten an die L.-Def.-C. zur Entscheidung abzugeben (§. 56); vergl. auch Zeitschr. f. R. XXXIV, 8 f., 9 f.

⁹³⁾ Ueber den Beginn dieser Frist trifft das oben in Note 88 Gesagte zu, wenn auch das Gesetz an dieser Stelle den Anfangspunkt nicht näher bezeichnet.

Vergl. auch noch Zeitschr. f. R. XXXVI, 127 f.

⁹⁴⁾ Gef. v. 5. März 1895, §. 63. „Nach erledigtem Verfahren“ scil. des Localcommissarius; s. oben Note 89.

Gegen die Festsetzung der L.-Def.-C. giebt es den ordentlichen Rechtsweg nur (s. unten Note 101), wenn dessen Voraussetzungen vorliegen.

⁹⁵⁾ Da die Umschreibung des expropriirten Grundstückes nicht von Amts wegen, sondern nur auf Antrag des Exproprianten zu geschehen hat (s. §. 15, unten Note 99), so hat die Mittheilung keine weiteren Rechtsfolgen.

erfordert, das zu exproprirende Grundstück vor definitiver Festsetzung der Entschädigungssumme in Besitz genommen werden. In diesem Falle ist die Entschädigungssumme von Zeit der Besignahme an mit 4 Proc. zu verzinßen und auf Verlangen durch Hinterlegung einer auf alle Fälle genügenden Summe sicher zu stellen. Die Ermächtigung zur Besitzergreifung wird in allen Fällen beim Mangel einer gütlichen Vereinbarung von der Kreisdirection ertheilt und nöthigenfalls von derselben die Ermission verfügt. Dasselbe gilt auch dann, wenn es sich um vorübergehende Benutzung, Bestellung einer Servitut oder sonstige Beeinträchtigungen des Eigenthums handelt⁹⁶). Hinsichtlich der Zahlung von Geldentschädigungen für abgetretenes Eigenthum und Gerechtsame, sowie der Abfindungen von Realberechtigten ist nach den Vorschriften des Gesetzes Nr. 18 vom 20. Juni 1843 zu verfahren⁹⁷).

Das Eigenthum der expropriirten Grundstücke und Gerechtsame geht mit erfolgter Zahlung resp. gerichtlicher Hinterlegung der Geldentschädigung auf den Exproprianten über⁹⁸). Der Besitztitel ist auf Antrag des Exproprianten für denselben auf Grund des gerichtlichen Protokolls über die Zahlung und die Abfindung der Realberechtigten, sowie des erfolgten Ausschlußurtheils zu berichtigen; die Löschung der bisherigen Besitztitel sowie der eingetragenen Hypotheken erfolgt von Amts wegen. Die Eintragungen erfolgen, wenn die Betheiligten darauf antragen, auf Grund der darüber von der Kreisdirection oder dem Localcommissar aufgenommenen Protokolle⁹⁹). Die Kosten des Verfahrens trägt der Expropriant; derselbe

⁹⁶) §. 13, l. c. vergl. mit §. 20 Br. Ausf. B. G.-B. Der Paragraph erwähnt zwar im Anfang nur „Grundstücke“ als den wesentlichsten und häufigsten Fall der Expropriation; jedoch gilt dasselbe auch, wenn andere Vermögensrechte für sich oder neben dem Eigenthum Gegenstand der letzteren bilden. Und zwar muß die volle Entschädigung (§. 1, l. c.) gezahlt sein, also z. B. auch die für die Pächter zu gewährenden Entschädigung (s. oben Note 73), die den Nachbarn wegen etwaiger Inconvenienzen zukommende Vergütung (s. oben Note 72 u. 73) u. dergl.

⁹⁷) §. 14, l. c. Das citirte Gesetz schreibt, soweit hier wesentlich ist, vor, die bekannten und nicht bekannten Realberechtigten auf Kosten des Erwerbers edictaliter zu citiren, die nicht angemeldeten Ansprüche auszuschließen und die Entschädigungssumme auszuzahlen oder — auf Widerspruch eines Realberechtigten — zu hinterlegen. Durch §. 45, Abf. 2 Br. Ausf. B. G.-B. ist bestimmt, daß alle eingetragenen Realberechtigten noch besonders geladen werden sollen, wobei jedoch §§. 76, 77, Abf. 1 Conc.-Ordn. v. 20. Mai 1898 entsprechende Anwendung finden sollen. Im Uebrigen bleibt das Ges. v. 20. Juni 1843, Nr. 18 bestehen. — Vergl. noch Zeitschr. f. R. XXXIV, 126; XXXVII, 7; XXXVIII, 189 f.

⁹⁸) Die Umschreibung im Grundbuche, welche hinterher auf Antrag zu erfolgen hat, ist nicht Voraussetzung, sondern Folge des Eigenthumsüberganges. Vergl. §. 15, l. c. — Bei Forstgrundstücken geht mit der Expropriation die Forstgrundqualität und die durch Ges. v. 30. April 1861 begründete Beschränkung der Nutzungsbefugnisse der Forsteigenthümer unter. Zeitschr. f. R. XLV, S. 32 ff.

⁹⁹) §. 15, l. c. Der Paragraph stellt den Grundsatz auf, daß bei der Expropriation sich der Eigenthumserwerb unabhängig von der Eintragung im Grundbuche vollzieht. Dies gilt auch, wenn die Entschädigung gütlich festgestellt ist (Zeitschr. f. R. XLVI, Beil. I, S. 48). Die Eintragung erfolgt nur auf Antrag des durch die Expropriation Eigenthümer gewordenen Erwerbers. Die Bestimmung, daß „die Löschung des bisherigen Besitztitels und der eingetragenen Hypotheken von

vergütet insbesondere die dem Expropriaten veranlaßten Wege und Verschümnisse auf dessen Verlangen, und zwar in demjenigen geringeren Betrage, welcher sich bei einer Vergleichung der Kosten persönlichen Erscheinens mit den Kosten der Vertretung durch eine andere geeignete Person ergibt. Dagegen fallen die Kosten erfolgloser Weiterungen sämmtlich demjenigen zur Last, der sie verursacht hat. Die Berechnung der Kosten geschieht nach Vorschrift des erwähnten Gesetzes vom 20. December 1834 und werden von Herzogl. Landesökonomiecommission vorbehaltlich des Recurses bei Herzogl. Staatsministerium festgesetzt und durch die Kreisdirection begetrieben¹⁰⁰⁾.

Die Beschreitung des Rechtsweges ist nur dann zulässig, wenn a) ein über den Betrag der Entschädigung abgeschlossener Vergleich angefochten werden soll, oder b) wegen Verfassung oder wesentlicher Verletzung des vorgeschriebenen Verfahrens. In beiden Fällen ist auf Einleitung resp. Wiederholung des Verfahrens in Gemäßheit des Gesetzes zu erkennen. Im Uebrigen haben die Gerichte den Requisitionen der bei der Expropriation zuständigen Behörden zu entsprechen¹⁰¹⁾.

Amts wegen erfolge“, kann daher hierneben nur den Sinn haben, daß, auch wenn der Antrag des Exproprianten lediglich auf seine Eintragung ging, auch die Lösung des früheren Eigentümers und der Hypotheken zu erfolgen hat.

Voraussetzung des Antrages auf Eintragung ist, daß der Erwerber sich durch Vorlegung des gerichtlichen Protokolls über Zahlung an den Expropriaten und die sonstigen Berechtigten bezw. deren Ausschluß ausweist; auf Antrag eines Theilhabenden, also auch des Expropriaten, sind der Eintragung auch die bei der Kreisdirection oder dem Localcommissarius ergangenen Acten zu Grunde zu legen. — Daß der Expropriat wirklich Eigentümer gewesen oder auch nur im Grundbuche eingetragen war, braucht der Grundbuchrichter nicht zu prüfen. — Eine derartige Prüfung ist vielmehr ein nothwendiger Theil des Verfahrens vor dem Localcommissar. — Der Antrag auf Besitztitelberichtigung muß gestellt werden vom Erwerber, wenn er das Grundstück weiter auflassen oder belasten will; in allen anderen Fällen hängt es von seinem Willen ab.

¹⁰⁰⁾ §. 16, 1. c. Hinsichtlich der Kostenberechnung f. §§. 92, 93 des allegirten Gesetzes (Ges. u. Verordnungsbl. 1835, Nr. 2). Ueber die Sportel- und Stempel-freiheit f. Zeitschr. f. R. XXXIII, 71.

Die Beitreibung erfolgt heute im Verwaltungszwangsverfahren nach den Bestimmungen des Ges. v. 9. April 1888, Nr. 16.

¹⁰¹⁾ §. 18, 1. c. Vergl. Zeitschr. f. R. XXIX, 71; XXXVI, 130; XXXIV, 12. Diese Vorschrift bricht mit dem Grundsatz des §. 33, Abs. 2 der R. L.-Ordn. vom 12. Oct. 1832, nach welchem „ein Streit über den Betrag der Entschädigung im ordentlichen Rechtswege zu erledigen ist“. Die besonderen Vorschriften der Specialgesetze, welche Abweichendes bestimmen, werden gemäß eines in §. 19 des vorl. Ges. v. 13. Sept. 1867 zum Ausdruck gekommenen Grundsatzes nicht berührt. Abgesehen von diesen Ausnahmefällen ist die Frage

1. nach der Zulässigkeit und dem Umfange der Expropriationen, nach wie vor (vergl. Zeitschr. f. R. XIII, 4), dem Rechtswege gänzlich entzogen;
2. nach der Höhe der Entschädigung für die expropriirten Gegenstände aber nur dann nicht dem Rechtswege entzogen, wenn
 - a) ein Vergleich über den Betrag angefochten werden soll, oder
 - b) das Verfahren an wesentlichen Mängeln leidet.

§. 68.

Gemeinheitstheilung.

Die Aufhebung der Gemeinheiten¹⁾ durch Vertheilung des Gemeinheitsgutes auf die einzelnen Interessenten regelt sich nach den Bestimmungen der Neuen Gemeinheitstheilungsordnung vom 20. December 1834²⁾.

1. Hiernach bildet den Gegenstand der Gemeinheitstheilung die Auseinandersetzung derer, welche vermöge des Eigenthums oder eines Dienstbarkeitsrechts Theilnehmer an den Nutzungen zur Acker-, Wiesen- oder Forstcultur oder zur Weide dienender Grundstücke sind, soweit die Theilnahme auf dem Rechte zur Acker-, Wiesen- oder Forstcultur, zum Weidegange mit dem Vieh überhaupt oder zur Schäfereihaltung, zur Mast, zum Plaggen- oder Heidehieb, zum Laub- oder Streuharken oder zur Holzberechtigung irgend einer Art beruht³⁾. Dagegen kann die Theilung von Miteigenthum derartiger Grundstücke nur dann nach diesem Gesetze erfolgen, wenn die Theilnahmerechte der Einzelnen auf einem Gemeinheits- oder Corporationsverbande beruhen, oder die Interessenten selbst Gemeinheiten oder Vereine sind oder selbständige Güter, deren Bestandtheile die zu theilenden Güter bilden⁴⁾. Die Theilung von

¹⁾ Ueber den Begriff der Gemeinheiten s. oben §. 16. — Daß nicht die Aufhebung aller Gemeinheiten, sondern nur solcher von bestimmter Art den Vorschriften der Gem.-A.-O. unterliegt, sagt §. 1 dieses Gesetzes (s. unten Note 3). Die Aufhebung der Gemeinschaften bedarf bei Forstinteressentenschaften der Genehmigung des Staatsministeriums (s. oben §. 16, II); bei anderen Gemeinheiten ist aber irgend eine Genehmigung von Aufsichtsbehörden nicht nöthig. Vergl. oben §. 16, I.

²⁾ Gef.- und Verordnungsß. v. 1835, Nr. 1. S. auch Gef. v. 5. Mai 1888, Nr. 26, die Zusammenlegung v. Grundstücken im Amtsgerichtsbezirk Theidinghausen. — Nach Art. 113 E. V. G.-B. bleiben diese Bestimmungen in Kraft. S. auch §. 40 Pr. Ausf. B. G.-B. — Die erste Regelung dieser Materie bietet die Verordn., die Theilung der Gemeinheiten betr., v. 26. März 1823, Nr. 10.

³⁾ §§. 1 u. 2, l. c. Gemeinheiten, deren Substrat eine andere Art von Grundstücken bildet, oder bei denen die Theilnehmerrechte theilweise oder ausschließlich anderer Natur sind, unterliegen bei einer etwaigen Theilung den Bestimmungen der Gem.-Theil.-Ordn. nicht, z. B. Wege in Interessentenschaften (vergl. auch oben §. 16, Note 1). Werden die Grundstücke außerdem oder ausschließlich zu anderen Zwecken, z. B. zum Thon-, Sand- u. Graben, benutzt, so brauchen sich die Berechtigten auf eine Separation überhaupt nicht einzulassen (§. 3, l. c.). Holzberechtigungen gelten dagegen im Zweifel als Servituten, nicht als Reallasten, und sind daher der G.-A.-O. unterworfen. Zeitschr. f. R. X, 100. Hinsichtlich der hufefreien Gärten siehe noch Zeitschr. f. R. XXV, 268 ff.

Der §. 1 der Verordn. v. 1823 gab jedem Eigenthümer ländlicher Grundstücke das Recht, auf die Abfindung der darauf lastenden Dienstbarkeiten — mit Ausnahme der Trift-, Wege-, Tränke- und Wasserleitungsgerechtigkeiten — anzutragen. Die Servitutberechtigten konnten dagegen nach §. 3 daf. wider den Willen des Eigenthümers Abfindung nicht verlangen.

⁴⁾ §. 5, l. c. Nach den Bestimmungen des B. G.-B. kann dagegen in allen Fällen von Miteigenthum Theilung erfolgen gemäß §§. 749 ff.

den zu Gemeindezwecken dienenden Gemeindegrundstücken kann nicht verlangt werden ⁵⁾).

2. Man unterscheidet Special- und Generalausseinandersezung. Erstere liegt vor, wenn die Theilung des Gemeinheitsgutes nur einer Gemeinheit unter ihre Mitglieder in Frage steht. Letztere betrifft dagegen die Auseinandersezung zwischen mehreren Gemeinheiten bzw. nicht im Gemeinheitsverbande stehenden Besitzungen ⁶⁾. Nicht zu einer Gemeinheit gehören Güter, welche nicht zu den Reihestellen, und Schäfereien, welche nicht zu einem Gut oder Bauernhof gehören; keine Gemeinheit bilden diejenigen, denen eine Holzberechtigung an nicht mit Forstgrundqualität behafteten Grundstücken zusteht, oder die Privateigenthümer der damit belasteten Grundstücke in einer Feldmark ⁷⁾. Eine Gemeinheit, und zwar nur eine Gemeinheit, bilden dagegen in Bezug auf die Theilung der der Acker-, Wiesen- und Forstcultur nicht unterworfenen Grundstücke oder gemeinschaftliche Weidgerechtsame die sämmtlichen Weidberechtigten eines Ortes, welche ihr Vieh behuf Weidenganges in einer Heerde vereinigen müssen; ferner in Bezug auf die Auseinandersezung über gemeinschaftliches Eigenthum an Aekern oder Reihewiesen die Miteigenthümer, welche in polizeilicher Hinsicht zu einer Gemeinde gehören; ferner in Bezug auf Auseinandersezung ein- oder wechselseitiger Wiesenhude die Privateigenthümer der auf einer Feldmark liegenden Acker und Wiesen; schließlich in Bezug auf Auseinandersezung von Forstgrundstücken oder der Berechtigung zum Plaggen- oder Heidhieb, zum Laub- oder Streuharken oder zur Mast die in polizeilicher

Die Verordn. v. 26. März 1823, welche noch nicht so eingreifende Bestimmungen über die Gemeintheitstheilung traf, ordnete daher auch in §. 2 an, daß jeder Miteigenthümer eines gemeinsamen Grundstückes das Recht habe, auf seine Absonderung anzutragen.

⁵⁾ §. 6, l. c. Vergl. oben §. 15.

⁶⁾ §. 7, l. c. Beispiele:

1. Eine Realgemeinde (Gesamtheit der Reihestellen = Gemeinheit) ist Eigenthümerin einer Weide bzw. einer Forst, deren Nutzungen (Weiderecht bzw. Forstnutzung) den einzelnen Reihestellen zusteht, so bildet die reelle Theilung oder Auseinandersezung der letzteren eine Specialtheilung.

2. Einer Realgemeinde steht das durch seine Mitglieder auszuübende Weiderecht auf den den einzelnen Reiherechtigten gehörigen Aekern und Wiesen zu, so bildet auch die Theilung dieses Weiderechts eine Specialtheilung, da gemäß §§. 10 ff. der G.-A.-D. (s. unten bei Note 8) nur eine Gemeinheit in Frage steht.

3. Eine Realgemeinde hat eine Holzberechtigung in einer zum Cammergute gehörigen Forst; die Theilung ist eine Generaltheilung.

4. Wenn in dem unter 2. erwähnten Falle auch einer Domäne das Weiderecht auf jenen Grundstücken zusteht, so liegt eine Generaltheilung vor.

5. Die verschiedensten Besitzer, welche unter sich in keinem Gemeinheitsverbande stehen, haben ein Weiderecht auf ihren Aekern: Generaltheilung.

⁷⁾ §§. 8, 9 und 15, l. c. Rücksichtlich der ersteren Art (welche nicht zu einem Gemeinheitsverbande gehören), hat ihre Theilnahme bei einer Auseinandersezung also eine Generalseparation zur Folge; rücksichtlich der zweiten Art aber (welche nicht einen Gemeinheitsverband bilden) ist eine Auseinandersezung nach Maßgabe der G.-A.-D. überhaupt ausgeschlossen.

Hinsicht in einem Gemeindeverbande stehenden Miteigenthümer und Holzberechtigten⁸⁾).

3. Anspruch auf Generaltheilung steht jedem einzelnen Interessenten, als welcher jede außerhalb eines Gemeinheitsverbandes stehende Besitzung bezw. jede sonst theilhabende Gemeinheit, nicht aber ein einzelnes Mitglied einer solchen gilt, unter folgenden Beschränkungen zu. Der Interessent, dessen Theilnahmerecht auf Eigenthum oder Miteigenthum beruht, kann die Separation stets verlangen; wenn er jedoch nicht seine völlige Absonderung, sondern nur die Abfindung einzelner Dienstbarkeiten oder Dienstbarkeitsberechtigten oder die theilweise Abfindung einer Dienstbarkeit beantragt, so ist die Separation insoweit nur zulässig, wenn nach Entscheidung der Landesökonomiecommission den in Gemeinschaft Verbleibenden dadurch kein Nachtheil erwächst⁹⁾. Von den Dienstbarkeitsberechtigten können einseitig auf Separation nur provociren a) die Weidoberechtigten, b) die zu forstzinsfreiem Empfang von Holz für gewisse Bedürfnisse Berechtigten. Jedoch bedarf es bei Wiesen- und Feldhude der Entscheidung der Landesökonomiecommission, daß die Auseinandersetzung ohne unverhältnißmäßige Nachtheile für den Eigenthümer ausführbar, bei Weidoberechtigten in Forsten aber, daß dieselben in staatswirthschaftlicher Hinsicht rathsam und vortheilhaft für das Nationaleinkommen sei, sofern der Belastete nicht mit der Separation einverstanden ist¹⁰⁾. Auch braucht sich der Eigenthümer mehrerer mit Weideservitut belasteter Grundstücke nur dann auf Absonderung der letzteren einzulassen, wenn sie für den ganzen Umfang der belasteten Grundstücke beantragt wird¹¹⁾. Will eine Gemeinheit auf Separation provociren, so kann sie es nur durch Gemeinheitsbeschluß, wobei nur die Reihestellen stimmberechtigt sind. Stimmt hierbei mindestens die Hälfte des Anthells an den Gemeinheitsgrundstücken zu, so sind die Uebrigen gebunden; ist diese Theilnahme durch gewisse, im Privateigenthume des Stimmgebers befindliche Grundstücke bedingt, so soll deren Umfang maßgebend sein, ohne daß eine etwaige Belastung derselben mit Pflagen- und Heidhieb, Mast, Laub- und Streuhacken eine Verminderung des Stimmgewichts bewirkt¹²⁾.

4. Anspruch auf Specialtheilung steht nur der ganzen Gemeinheit auf Beschluß zu. Der Beschluß gilt als gefaßt, wenn die Zustimmung einen nochmal so großen Nutzen an den Nutzungen haben, als die Dissentirenden, oder wenn ihr Theil zwar nur ebensoviel beträgt, aber ihre Zahl mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten bildet¹³⁾. Stimmberechtigt sind

⁸⁾ §§. 10 bis 14, I. c.

⁹⁾ §§. 16 bis 19, I. c.

¹⁰⁾ §§. 21, 22, I. c.

¹¹⁾ §. 23, I. c.

¹²⁾ §§. 24 bis 28, I. c. Die Voraussetzungen für einen gültigen Gemeinheitsbeschluß sind hier anders bestimmt, als für sonstige Gemeinheitsbeschlüsse (vergl. oben §. 16, I). Die kraft gesetzlicher Bestimmung, also nicht auf Grund des Reiherechts Berechtigten, z. B. Pfarre und die älteren Anbauer (s. oben §. 16, I), sind also nicht stimmberechtigt.

¹³⁾ Gef. v. 18. Febr. 1850, Nr. 5, §§. 1 ff. Hierdurch sind die Vorschriften

bei Theilung a) eines der Acker-, Wiesen- und Forstkultur nicht unterworfenen Grundstückes alle auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu den Reihestellen vorhandenen Weidberechtigten; b) eines der Acker-, Wiesen- und Forstkultur unterworfenen Grundstückes alle Miteigenthümer; c) einer gemeinschaftlichen Acker-, Forst- und Wiesenhütung die Privateigenthümer der belasteten Grundstücke; d) des ausschließlichen Schäfereirechts eines Gemeinheitsmitgliedes alle demselben stabspflichtigen Mitglieder¹⁴⁾. Bei Provocation seitens einer Gemeinheit auf Absonderung des ausschließlichen Schäfereirechts eines Mitgliedes kann letzteres seine Separation in Betreff seiner Acker, Wiesen und des Weidrechts mit allen Viehharten gleichzeitig verlangen¹⁵⁾. Jeder Antrag auf Specialtheilung muß von der Landesökonomiecommission im Einvernehmen mit der betreffenden Kreisdirection geprüft und vom Staatsministerium genehmigt werden¹⁶⁾.

5. Die Disposition über die in Frage kommenden Grundstücke bezw. Berechtigungen gebührt dem rechtmäßigen Inhaber, als welcher der Eigenthümer, der erbliche Nutzungsberechtigte, der Benutzer vermöge antichretischen Pfandrechts, elterlicher Gewalt oder ehelichen Güterrechts und der Interimswirth gilt¹⁷⁾. Bei Streit über das volle Eigenthum oder erbliche Nutzungsrecht ist der Besitzer legitimirt; bei mehreren Inhabern giebt die nach Verhältniß ihrer Theilnahme berechnete Majorität den Ausschlag¹⁸⁾. Im Uebrigen bedarf zur activen Provocation bezw. zur Abstimmung über eine gemeinsam zu betreibende Auseinandersetzung, sowie andererseits bei passiver Provocation zu Vergleichen oder Abweichungen von den wesentlichen Vorschriften

- a) der Inhaber kraft elterlicher Gewalt der Zustimmung der Kinder,
- b) der Inhaber kraft Eherechts der Zustimmung der Ehefrau, und
- c) der Inhaber kraft Interimswirthschaft der Zustimmung des Anerben,

worin ohne ausdrückliche Beschränkung zugleich Vollmacht für weitere Verhandlungen, Anerkennnisse und Vergleiche liegt¹⁹⁾. Ferner bedürfen Minderjährige, Vormünder und Curatoren der auch in der Confirmationsclausel des

der §§. 30, 32 d. G.-L.-D., welche unter Anderem zwei Drittel Majorität verlangten, aufgehoben.

¹⁴⁾ §. 31 G.-L.-D. v. 20. Dec. 1834.

¹⁵⁾ §. 33, l. c.

¹⁶⁾ §. 34, l. c. Nach der früheren Verordn. v. 26. März 1823, §. 7 war der Antrag beim Gerichte der belegenden Sache zu stellen und von diesem zu prüfen.

¹⁷⁾ §§. 35 u. 36, l. c. Es kann beim Ehegüterrecht nur die Nutzung kraft des gesetzlichen Ehegüterrechts des B. G.-B. oder des bürgerlichen Mitbesitz- und Mitgenußrechts in Frage kommen.

¹⁸⁾ §§. 37, 38, l. c. Ist der Streit über das rechtmäßige Eigenthum beendet, so tritt damit zwar der nunmehr Legitimirte in sein volles Recht; er muß aber die Dispositionen des bisher als legitimirt Geltenden, soweit es die Gemeintheilung angeht, gelten lassen.

¹⁹⁾ §§. 39, 42, l. c. Sind die Kinder bezw. der Anerbe, welche nach diesen Vorschriften zuzustimmen haben, minderjährig, so kann nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen über die Geschäftsfähigkeit diese Zustimmung nur durch den event. nach

Necesses zu erwähnenden Ermächtigung, daß die Rechte der betreffenden Vertretenen gewahrt seien, Concursverwalter aber der Ermächtigung des Concursgerichtes unter Zustimmung der Gläubiger²⁰⁾. Vertreten werden Staatsgüter durch die Herzogl. Cammer, Kirchen- und Schulgüter durch das Consistorium, Gemeindegüter nach den für die Veräußerung derselben geltenden Grundgesetzen²¹⁾. Das Verfügungsrecht begreift auch die Befugniß zum Eintausch von Grundstücken zu Separationszwecken in sich, wobei eine auf das eingetauschte Grundstück von selbst übergehende Pertinenzqualität des früheren zu einem anderen Grundbesitz nicht entgegen steht. Auch im Uebrigen stehen Berechtigungen Dritter an den zur Separation gebrachten Grundstücken der Ausführung dieser nicht entgegen; vielmehr können derartige Berechtigte lediglich nach Annahme des Auseinanderseetzungsplanes mit Einwendungen wegen Unzulänglichkeit ihrer Entschädigung gehört werden; und auch dieses Recht steht ihnen nicht zu, wenn die fragliche Besizung rücksichtlich ihres Theilnahme-rechts in einem Gemeinheitsverbande steht, welcher in eine Generalauseinandersezung gezogen wird²²⁾. Die obigen Verfügungsrechte können durch frühere Urtheile oder durch Verjährung überhaupt nicht, durch Verträge und letztwillige Verfügungen aber insoweit beschränkt werden, als die Gemeinheitstheilung auf höchstens neun Jahre vom Vertragsschluß oder Todesfall an gerechnet, bei besonderen örtlichen Verhältnissen mit Genehmigung der Landesökonomiecommission auch auf länger ausgeschlossen werden kann²³⁾. Das in einem Pachtvertrage gegebene Versprechen, daß eine Auseinandersezung nicht statthaben sollte, ist dagegen in jedem Falle unwirksam²⁴⁾.

§. 69.

Fortsetzung. Theilnehmungsrechte.

Die Abfindung geschieht nach den Theilnehmungsrechten. Diese sind mangels gültlicher Vereinbarung im Rechtswege festzustellen, ebenso wie die Frage, ob und welches bestimmte Maß des Theilnehmungsrechts eines Interessenten durch rechtsbeständige Willenserklärungen, Statuten oder frühere Urtheile festgestellt sei. Ist ein solches bestimmtes Maß aber nicht festgestellt, so wird dasselbe durch die Landesökonomiecommission nach folgenden Grundgesetzen festgesetzt¹⁾:

1. Bei Auseinandersezung über Weiderechte ist zwischen General- und Specialtheilung zu unterscheiden. Bei ersterer soll das Theil-

§. 1909 B. G.-B. bestellten Pfleger abgegeben werden. Auch bedarf es in diesen Fällen der in §. 40, l. c. erwähnten Ermächtigung.

²⁰⁾ §. 40, l. c. und §. 133 f. Conc.-Ordn.

²¹⁾ §. 41, l. c. Vergl. hinsichtlich der Gemeindegüter oben §. 15.

²²⁾ §§. 44 bis 46, l. c. Vergl. auch §§. 201 ff., siehe unten §. 71, Note 24.

²³⁾ §§. 47 bis 50, l. c.

²⁴⁾ §. 202, l. c. Dies gilt auch dann, wenn der Vertrag gerichtlich oder notariell abgeschlossen sein sollte.

¹⁾ §§. 51 bis 53, l. c.

nahmerecht nach dem Besitzstande an Vieh während der letzten zehn Jahre vor Einleitung der Separation, unter Berücksichtigung der Durchschnittszahl, der Art des Viehes, der Zeiträume der jährlichen Ausübung der Hütung bezw. der Durchwinterung bezw. der Benutzung anderer Weiden (Außenweiden) berechnet werden²⁾. Bei Specialauseinandersetzung dagegen geschieht die Berechnung lediglich nach Durchwinterung und Haushaltsbedarf, während die Schäferereiberechtigung eines einzelnen Mitgliedes hinwiederum wie bei der Generaltheilung berechnet wird³⁾.

2. Das Schäferereirecht ist zwar stets gleichzeitig mit dem Weiderechte, aber unabhängig von diesem zu separiren. Hierbei geschieht, wenn sich der Antheil der Berechtigten wie der Stabpflichtigen an Nutzungen und Lasten gleich ihren Viehstämmen verhält, die Aufhebung mit der Weidetheilung ohne Entschädigung bei einem Mehr oder Minder der einen Partei aber gegen entsprechende Entschädigung der anderen, und zwar gemäß den Viehstämmen der Stabpflichtigen unter einander gemäß ihrer Durchwinterung⁴⁾.

3. Bei Acker- und Wiesenhütung sind die Theilnahmerechte ohne Rücksicht auf den Bedarf nach ihrem ganzen Werthe zu berechnen, wenn nicht der Eigenthümer zur Mithütung berechtigt ist. Im letzteren Falle ist den Berechtigten nur derjenige Theil des ganzen Werthes zu vergüten, der ihnen nach den Bestimmungen über die Weidetheilung zukommt. Steht hierbei die Zeit, in der die Acker der Hütung geöffnet sind, nicht durch Verordnung, Statut, Urtheil u. s. w. fest, so ist der zehnjährige Besitzstand der Vorzeit zu Grunde zu legen und auch der Werth der Ackerhütung nach der Bestellung der Acker in diesem Zeitraume zu bestimmen⁵⁾.

4. Bei Forstweidetheilung findet die Entschädigung der Weidereberechtigten nach dem Umfange der zur Zeit in der belasteten Forst vorhandenen Weide bis zum vollen Werthe der letzteren gemäß der thatsächlichen bezw. möglichen ordnungsmäßigen Ausübung, jedoch nicht über den vollen Weidebedarf des Interessenten während der Hütungszeit unter Einschluss seiner übrigen Weiden statt⁶⁾. Diese Entschädigung ist vollständig zu gewähren, wenn bei dem Holzbestande die Weidebenutzung höchstens zwei Fünftel von dem beträgt, was sie bei holzfreiem Zustande des Bodens abwerfen würde, anderenfalls findet eine verhältnißmäßige Verminderung statt⁷⁾. Die so berechnete Entschädigung ist aber auch nur dann voll zu zahlen, wenn der Belastete Provocant ist, wobei dessen etwaige Mithude übrigens ebenfalls eine Verminderung stattfinden läßt. Ist andererseits der Berechtigte Provocant, so steht ihm nur drei Viertel der

²⁾ §§. 54 bis 65, l. c. Der Umfang und Zweck dieses Buches gebietet eine Beschränkung auf die wesentlichsten hier in Frage kommenden Grundsätze. Im Uebrigen muß auf das Gesetz selbst verwiesen werden. Vergl. auch unten §. 76.

³⁾ §§. 66 bis 83, l. c. Es gilt auch hier das in voriger Anm. Gesagte. — Siehe auch Ges. v. 12. Febr. 1842, Nr. 43, §§. 1 u. 2.

⁴⁾ §§. 84 bis 86, l. c. S. auch unten §. 77.

⁵⁾ §§. 87 bis 90, l. c. Vergl. auch unten §. 76.

⁶⁾ §§. 91 bis 95, l. c.

⁷⁾ §. 96, l. c.

Entschädigung zu, die aber unter Umständen durch die Landesökonomiecom-
mission ergänzt werden kann. Bei Abfindung eines von mehreren Interessenten
auf dessen Antrag kann der Grundstückseigenthümer der Hütung der Uebrigen
so viel entziehen, als der Abgefundene bei Auseinandersetzung unter den Inter-
essenten bekommen haben würde⁸⁾.

5. Bei der Mastgerechtigkeit geschieht die Feststellung des Umfanges
nach dem tatsächlichen Verhältniß der letzten 30 Jahre, während die
Frage, wie viel Vieh bei voller bezw. halber Mast zc. geestet werden kann,
nach dem Holzbestande bei Einleitung der Separation zu berechnen ist. Die
nach beiden Sätzen jährlich im Durchschnitt geestete Anzahl Vieh giebt den
Maßstab für den Werth der Mastnutzung. Steht das Theilnahmeverhältniß
unter den Betheiligten nicht fest, so ist der Durchschnitt des in den letzten drei
Jahren aufgetriebenen Viehes zu Grunde zu legen⁹⁾.

6. Bei Laub- und Streuharken wird das Theilnahmerecht höchstens
nach einem mit der polizeilichen Ordnung und der Forstcultur zu vereinbaren-
den Umfange geschätzt¹⁰⁾.

7. Für Holznutzungen in Forsten kommen nachfolgende, ver-
schiedene Grundsätze in Betracht. Holzberechtigungen ganz unbestimmter Art
können höchstens nach dem Bedarf des Berechtigten veranschlagt werden¹¹⁾.
Berechtigung auf Leeseholz, die Stufen oder gewisse andere Holzarten sind nach
der Ausnutzungsfähigkeit des bei Einleitung der Separation vorhandenen Holz-
bestandes unter Beobachtung der Forstpolizeigesetze und bei Verminderung
dieses Ertrages durch Unglücksfälle oder Schuld des Belasteten entsprechend
höher zu schätzen¹²⁾. Brennholz- und Nutzholzberechtigungen von unbestimmter
Höhe sind nach dem Bedarf zu berechnen. Dabei wird der etwaige Haushalts-
bedarf nach Schätzung durch eine aus dem Kreisdirector, zwei Sachverständigen,
einem Belasteten und einem Berechtigten bestehende Commission wie bei den
Normalpreisen der Ablösungsordnung, der etwaige Gewerbebedarf aber nach
dem Besitzstande in den zehn Jahren vor Einleitung der Separation, nöthigen-
falls durch Entscheidung der Landesökonomiecommission festgestellt¹³⁾. Bau-
holzberechtigungen unbestimmten Umfanges werden nach dem Bedarf, und zwar
höchstens nach Maßgabe der zur Zeit vorhandenen Gebäude unter Berücksichti-
gung der für einen völligen Neubau und die erforderlich werdenden Reparaturen
nöthigen Holzquantität festgesetzt. Hiernach wird als Schätzwert diejenige
Summe angenommen, welche von jetzt ab mit 4 Proc. verzinst zur Zeit des
eintretenden Bedürfnisses zum Neubau bezw. Reparaturen den Kosten derselben
gleichkommen würde. Bezieht sich ausnahmsweise die Berechtigung auch auf
Brandschäden, so müssen bei der Schätzung auch die Asscuranzkosten des für

⁸⁾ §§. 96 bis 99, I. c. Siehe auch Gef. v. 28. Febr. 1842, Nr. 43, §. 3.

⁹⁾ §§. 100 bis 102, I. c.

¹⁰⁾ §. 103, I. c.

¹¹⁾ §. 104, I. c.

¹²⁾ §§. 105 bis 107, I. c.

¹³⁾ Gef. v. 28. Febr. 1842, Nr. 43, §§. 4 bis 8, durch deren Vorschrift die
§§. 108 bis 111 der G.-L.-O. aufgehoben sind.

einen Neubau erforderlichen Holzquantums gedeckt werden¹⁴⁾. Ist der Forstertrag gegenüber den so berechneten Nutzungen nicht ausreichend und sind Berechtigter und Belasteter ohne Vorzug von einander nutzungsberechtigt, so tritt eine verhältnißmäßige Verminderung ein¹⁵⁾.

8. Steht der Plaggen- und Heidhieb sämmtlichen Hütungsberechtigten zu, so erlischt er mit Theilung der Weide ohne Entschädigung. Steht aber diese Berechtigung nur einigen Weideinteressenten oder Dritten zu, so bestimmt sich die Entschädigung im Ganzen durch die Differenz des Werthes des Grundstückes mit Ausübung des Plaggenhiebs und des Werthes ohne diese Belastung, dividirt durch den letzteren Werth, wobei das Theilnahmeverhältniß der Einzelnen unter Berücksichtigung der denselben sonst zustehenden Dünghemittel nach den Viehstämmen, wie beim Weiderecht, festgesetzt wird¹⁶⁾.

9. Das Recht zur Holzziehung auf Nichtforstgrund wird nach der Zahl der bei Einleitung der Separation vorhandenen Bäume festgesetzt, sofern der Berechtigte hieran nicht in den letzten zwei Jahren schuldlos noch nicht erfolgten Abgang erlitten. Bei Aedern und Wiesen dürfen jedoch nur so viel Stämme gerechnet werden, als bei acht Fuß Entfernung zwischen den Stämmen auf dem Grundstücke wachsen können¹⁷⁾. Das Recht zur Holznutzung an Hecken ist nach dem Holzbestande zur Zeit der Einleitung der Separation zu veranschlagen¹⁸⁾. Die hiernach zu ermittelnde Entschädigung des Berechtigten beträgt neben dem von ihm wegzunehmenden Holze selbst 1 Proc. des Holzbestandes. Die Entschädigung ist bei Aedern und Wiesen vom Eigenthümer, sonst von Weide-, sowie den Plaggen- und Heidhiebberechtigten nach Maßgabe ihrer Theilnahmerechte zu zahlen¹⁹⁾.

§. 70.

Fortsetzung. Theilungsgrundsätze.

I. Die Aufhebung der Gemeinschaft geschieht durch angemessene Entschädigung der Theilnahmerechte unter Festsetzung durch die Landesökonomiecommission. Entschädigung mit Vorbehalt für Dritte braucht Niemand anzunehmen¹⁾. In Capital besteht stets die Entschädigung bei Aufhebung bei Schäferei, Mast-, Holznutzungsrechten außerhalb der Forst und für die Brandversicherungsbeiträge. Bei Aufhebung der Ader- und Wiesenhude auf Provocation der Berechtigten besteht die Entschädigung bei Unmöglichkeit compensabler Aufhebung oder Gewährung von Grundstücken außer Ader, Wiesen oder Forstgrund nach Wahl der Berechtigten in solchem Grund und Boden oder einer Capitalabfindung; bei Winterweide der Schafe auf einer Feldmark, verbunden

¹⁴⁾ §§. 112 bis 116 d. G.-L.-D. v. 20. Dec. 1834.

¹⁵⁾ §. 116, l. c.

¹⁶⁾ §§. 119 bis 121, l. c.

¹⁷⁾ §§. 122 f., l. c.

¹⁸⁾ §. 124, l. c.

¹⁹⁾ §§. 125 bis 127, l. c.

¹⁾ §§. 128, 129, l. c.

mit Winterruhe der Ortseingesessenen in Capital, bei Laub- und Streuharfeberechtigung, welche überhaupt nur bei Vorhandensein anderweitigen Materials für die Berechtigten aufhebbar ist, in Capital oder Grund und Boden ²⁾. Bei der Berechtigung auf Fescheholz, Stukenroden und auf besondere Holzarten, sowie auf Brenn- und Nutzholz besteht die Entschädigung in beständiger Holzrente, falls besonderer Forstgrund aus forstpolizeilichen Rücksichten nach Entscheidung der Landesökonomiecommission nicht gegeben werden kann. Neben der Ablösung dieser Holzberechtigungen kann eine Bauholzberechtigung, die auf derselben Forst für dieselben Berechtigten lastet, nur mit deren Einwilligung und auf Genehmigung des Staatsministeriums aufgehoben werden ³⁾. Abgesehen von den vorgenannten Fällen brauchen sich die Berechtigten nur gegen Grund und Boden abfinden zu lassen, abgesehen von Ausgleich bis zu 5 Proc. des Ganzen durch Capital, wenn locale Zweckmäßigkeitsgründe solches verlangen ⁴⁾.

II. 1. Die Capitalabfindung wird durch den 25fachen Betrag der durchschnittlichen Jahresnutzung bestimmt ⁵⁾.

2. Bei Abfindung durch Grund und Boden ist auf möglichst zusammenhängende wirthschaftliche Lage zu sehen, zu welchem Zwecke jeder Theilnehmer seine in Frage kommenden Grundstücke — mit Ausnahme bestandenen Forstgrundes — vertauschen lassen muß. Private, servitutfreie Grundstücke müssen, wenn in den Auseinandersetzungsplan passend, angenommen, brauchen aber nicht hergegeben zu werden ⁶⁾. Grundstücke einer anderen Gattung braucht — abgesehen von einem geringen Betrage und von Zweckmäßigkeitsgründen — Niemand zu nehmen; ebenso wenig braucht sich der Eigenthümer eines zehntfreien Landes die Austauschung gegen ein zehntpflichtiges gefallen zu lassen, weshalb nöthigenfalls die Ablösung des Zehnten neben der Separation vorzunehmen und in jedem Falle zulässig ist. Die neue Planlage soll nach Durchschnitt der alten möglichst gleich weit von der Hofstelle entfernt sein, anderenfalls Ausgleich durch Grund und Boden zu schaffen ist. Unter mehreren soll der kleinere Besitzer vorzugsweise ungetrennte Lage, bessere Bonität und nähere Lage haben ⁷⁾. Bei Vertheilung von Aedern und Wiesen müssen für etwaigen Ausfall in der Güte Zusätze in der Fläche, bei der Theilung der Weiderecht auf Aengern, Wiesen oder abgeholztem Forstgrund müssen derartige Grundstücke, ohne Rücksicht darauf, auf welche Art das Weiderecht stattfand, nach Bonität angenommen werden, wobei freilich der Schäfereiberechtigte vor-

²⁾ §§. 130 bis 133, I. c.

³⁾ Gef. v. 28. Febr. 1842, Nr. 43, §§. 8 ff., durch welche die früheren Bestimmungen der §§. 134 ff. d. G.-L.-D. insoweit aufgehoben sind, als sie mit jenen im Widerspruch stehen. — Für das Jagdrecht auf den bei der Separation zur Abtretung kommenden Grundstücken braucht keine Entschädigung gezahlt zu werden. Zeitschr. f. R. III, 77.

⁴⁾ §. 134 d. G.-L.-D. v. 20. Dec. 1834.

⁵⁾ §. 135 das.

⁶⁾ §§. 136 bis 139, I. c.

⁷⁾ §§. 140 ff.

zugsweise gesunde Schafweide verlangen kann⁸⁾. Bei Theilungen von Forsten unter die Eigenthümer bzw. Forstnutzungsberechtigten braucht nur Forstgrund als Abfindung angenommen zu werden, welcher in demjenigen Werthe anzunehmen ist, den eine aufzustellende Waldberechnung ergibt. Etwaigen Ausfall in dem zeitigen Forstbestande des Abfindungsgrundstückes soll eine zeitweise Holzrente decken; Ausfall in der Güte wird durch Zusatz in der Fläche ausgeglichen⁹⁾. Die Schätzung des Bodens geschieht regelmäßig nach dem Zustande zur Zeit der Separation; dagegen wird bei Abfindung Weideberechtigter durch Forstgrund letzterer als freie Weide abgetreten und ist daher vom Forsteigenthümer selbst oder auf dessen Kosten zu roden und zu ebnen. Bei der Schätzung von Grundstücken kommt der neueste Dünger, welcher die übliche Saat noch nicht getragen, nicht mit in Betracht, sondern ist Gegenstand besonderer Vereinbarung¹⁰⁾. Durch die Separation müssen jedem Theilnehmer die nöthigen Wege und Triften, welche erforderlichenfalls nach dem Ermessen der Behörde zu verlegen oder zu reguliren sind, ferner die nöthigen Entwässerungsgräben und die unentbehrliche Mitbenutzung der Gewässer oder neu anzulegender Tränken gewährt werden¹¹⁾. Die separirten Grenzen sind zu verfeinern, bei Generalauseinandersetzungen auch auf Verlangen eines Interessenten Einfriedigung seines Grundstückes durch wehrhaften Graben herzustellen. Bei schmalen Viehtriften über oder neben einem Grundstücke kann ferner dessen Besitzer Einhegung beanspruchen. Der zu den vorbezeichneten Wegen, Triften, Einhegungen zc. erforderliche Boden wird von allen Theilnehmern der Separation nach Verhältniß ihrer Theilnahme aufgebracht; dasselbe gilt von den Kosten¹²⁾.

3. Etwaige Weidegelder oder ähnliche Abgaben, welche ein Theilnehmer einer Gemeinschaft einem anderen für seine Nutzung entrichten muß, sind unabhängig von der eigentlichen Separation auszugleichen, und zwar entweder durch Compensation mit dem empfangenen Abfindungscapitale für das aufgehobene Nutzungsrecht, oder durch eine feste, ablösbare, auf das bei der Separation empfangene Grundstück einzutragende Geldabgabe oder schließlich durch ein aus dem 25 fachen Betrage der jährlichen Abgabe zu berechnendes Ablösungscapital¹³⁾.

⁸⁾ §§. 146 bis 148, l. c.

⁹⁾ §§. 149 bis 153, l. c.

¹⁰⁾ §§. 154 bis 156, l. c.

¹¹⁾ §§. 157 bis 159, l. c. Die Paragraphen über die Regulirung der Wege zc. bei Gemeintheilungen beziehen sich nur auf die auf der separirten Feldmark vorhandenen oder einzurichtenden Wege, nicht aber auf die privatrechtlichen Verhältnisse zu den benachbarten Feldmarken; daher gehen dadurch, daß einem Grundeigenthümer bei der Separation auf seiner Feldmark ein Weg zu seinem an der Grenze liegenden Grundstück angewiesen ist, nicht auch die auf fremder Feldmark zu demselben führenden, wohlerrworbenen Wege verloren. Erl. d. Cass.-Hofes Wolf. v. 12. Aug. 1855 i. S. Diederichs c. Uehrbe.

¹²⁾ §§. 160 bis 163, l. c.

¹³⁾ §§. 164 bis 166, l. c.

4. Von den Holzrenten schließlich ist die Brennholzrente gemäß dem Bestande des zu benutzenden Forstgrundes nach Holzarten und Sortimenten unter Berücksichtigung später etwa nothwendigen Erfasses der einen Art durch die andere festzustellen¹⁴⁾. Die Nutzholzrenten für den Gewerbebetrieb sind nach den durch rechtsbeständige Willenserklärungen, Statuten, frühere Urtheile oder Herkommen bestimmten Arten und Sortimenten festzustellen, die Nutzholzrenten für den Haushalt oder die Gemeinde aber in Brennholz abzugeben¹⁵⁾. Bei Festsetzung der Rente und deren Abgabe wird der geringere Werth einer Holzart und deren Sortimente durch verhältnißmäßige Erhöhung ausgeglichen. Die beständige Rente kann nur bei Einwilligung beider Theile abgelöst werden¹⁶⁾.

§. 71.

Wirkung der Gemeinheitstheilung.

I. Hinsichtlich der Theilnehmer.

1. Jeder Auseinandersetzungsvertrag wird erst durch die Bestätigung der Landesökonomiecommission flagbar für die Contrahenten, doch dürfen dieselben auch von einem erst zur Bestätigung vorgetragenen Separationsvertrage nicht willkürlich zurücktreten. Erst bei verweigerter Bestätigung ist der Vertrag für beide Theile unverbindlich. Nach erfolgter Bestätigung sind dagegen fernere Einwendungen und Nachforderungen unzulässig, während eine Anfechtung nur behufs besserer Ausgleichung durch Capital und eine Abänderung der festgesetzten Planlage nur mit Genehmigung der Landesökonomiecommission statthast ist¹⁾. Nachtragsverhandlungen nach Bestätigung des Reccesses sind nur innerhalb Jahresfrist, und zwar lediglich über die zu verrichtenden Triften, Grabenanlagen zu Ent- und Bewässerung, ferner wegen Benutzung der Gewässer sowie der Lehm-, Sand- und Mergelgruben, wegen der nothwendigen Einhegungen, Vergütung des neuesten Düngungszustandes und wegen des Beitrages zu den Auseinandersetzungskosten, sofern hierüber im Reccesse nichts bestimmt ist²⁾.

2. Der Eigenthumserwerb bei den Separationen regelt sich nach dem Gesetze vom 8. März 1878, Nr. 15³⁾. Danach gehen bei Gemeinheits-

¹⁴⁾ Gef. v. 28. Febr. 1842, Nr. 43, §. 12.

¹⁵⁾ §. 13 das.

¹⁶⁾ §§. 14, 15 das.

¹⁾ §§. 170 bis 172, l. c. Vereinbarungen mit nicht zur Sache gezogen gewesenen dritten Personen sind dagegen, sofern nur der Recces unter den Erstbetheiligten unberührt bleibt, zulässig (Zeitschr. f. R. XXIX, 118).

²⁾ §. 173, l. c.

³⁾ Die Gemeinheitstheilungsordnung v. 20. Dec. 1834 hatte insofern eine Lücke, als sie Bestimmungen über den Moment des Eigenthumserwerbs nicht traf. Das cit. Gesetz soll diese Lücke ausfüllen. Vergl. Mansfeld, Grundbuchges., 2. Aufl., S. 805 ff. Das Gesetz v. 1878 nebst dem ergänzenden Gesetze v. 20. März 1892, Nr. 7 ist ausdrücklich durch §. 40, Abs. 4 Br. Ausf. B. G.-B. nach Art. 113, Abs. 2 E. B. G.-B. aufrecht erhalten. Ueber das ältere Recht siehe Zeitschr. f. R. XXIX, 117 f.

theilungen die in Grund und Boden zugetheilten Abfindungen in das Eigenthum oder erbliche Nutzungsrecht des Empfängers, soweit sie diesem nicht schon vor Einleitung der Separation gehörten, von Rechts wegen mit dem Tage über, an welchem der bestätigte Receß von der Landesökonomiecommission mit Ersuchen um Vornahme der Eintragung dem betreffenden Grundbuchamte zugestellt wird⁴⁾. Erfolgt aber die Ausführung einer Gemeinheitstheilung schon vor der Receßbestätigung, so tritt der Uebergang, nachdem die Landesökonomiecommission die Genehmigung des Auseinanderseetzungsplanes ausgesprochen hat, schon mit dem Tage ein, an welchem der genehmigte Plan von der Landesökonomiecommission mit dem Ersuchen um Vornahme der Eintragung dem betreffenden Grundbuchamte zugestellt wird. Die Betheiligten und deren Rechtsnachfolger sind jedoch verpflichtet, bis zur Receßbestätigung sich diejenigen Abänderungen der Planlage gefallen zu lassen, welche in dem ferneren Auseinanderseetzungsverfahren von der Theilungsbehörde für erforderlich erachtet werden⁵⁾. In Beziehung auf die im Gemeinheitstheilungsverfahren festgesetzten Grunddienstbarkeiten entsteht das dingliche Recht mit dem Tage, an welchem der bestätigte Receß bezw. der genehmigte Auseinanderseetzungsplan, mit dem Ersuchen um Vornahme der Eintragung dem betreffenden Grundbuchamte zugestellt wird⁶⁾. War die Grunddienstbarkeit in einem genehmigten Auseinanderseetzungsplane festgestellt, so müssen sich die Betheiligten bis zur Receßbestätigung ebenfalls Abänderungen gefallen lassen⁷⁾. Die Landesökonomiecommission hat, nachdem sie den Receß bestätigt, bezw. die Genehmigung des Auseinanderseetzungsplanes ausgesprochen hat, das zuständige Grundbuchamt unter Mittheilung einer Ausfertigung des Receßes, bezw. Auseinanderseetzungsplanes, und unter Bezeichnung der dadurch bewirkten Veränderungen oder Belastungen des Eigenthumes, um Vornahme der erforderlichen Eintragungen im Grundbuche zu ersuchen⁸⁾. Das demgemäß ersuchte Grundbuchamt hat die Eintragungen thunlichst bald und jedenfalls dann vorzunehmen, wenn eine mit Eintragung oder Löschung verbundene Verfügung über das betreffende Grundstück in Frage steht. Nach Eingang des Ersuchungsschreibens dürfen bezüglich der als bisheriges Eigenthum der Betheiligten eingetragenen

⁴⁾ §. 1 d. Ges. v. 8. März 1878, Nr. 15.

⁵⁾ §. 2, 1. c. Die Genehmigung des Theilungsplanes kann (vor der eigentlichen Receßbestätigung) ausgesprochen werden, wenn derselbe nach §§. 59 bis 62 des Organisationsges. v. 20. Dec. 1834 (Nr. 2 de 1835) unter den Betheiligten festgestellt und außerdem durch Anwendung der §§. 202 ff. der Gemeinheitstheilungsordnung (s. unten bei Note 24) gegen Ansprüche Dritter gesichert ist). Vergl. auch Mansfeld, Grundbuchges., 2. Aufl., S. 308.

⁶⁾ §. 3, Abs. 1, 1. c. Das Gesetz hat dabei nur wirkliche Grunddienstbarkeiten im Auge. Vergl. Zeitschr. f. R. XXVII, 147 ff. und Mansfeld, a. a. O., S. 311, Anm. 1. Die Begründung nachbarrechtlicher Beschränkungen dagegen, welche auch durch die Separation geschehen kann (Zeitschr. f. R. XIX, 212 f.), gehört nicht hierher. Ueber das frühere Recht hinsichtlich der Entstehung s. Zeitschr. f. R. XXIX, 119.

⁷⁾ §. 3, Abs. 2, 1. c.

⁸⁾ §. 13 Br. Ausf. G.-B.-O. u. §. 4, 1. c. Vergl. auch Mansfeld, a. a. O., S. 312 f.

Grundstücke, soweit solche nicht in demselben Eigenthumsverhältnisse verbleiben, Auflassungen und Belastungen nicht weiter vorkommen⁹⁾. Geschehen die Eintragungen auf Grund eines genehmigten Auseinandersezungsplanes, so ist im Grundbuche eine Generalklausel einzutragen, welche als Vorbehalt alle Betheiligten bindet¹⁰⁾.

3. Die Entschädigung, welche jeder Theilnehmer durch die Auseinandersezung empfängt, ist ein Ersatz für die dagegen abgetretenen Grundstücke oder dadurch abgelösten Berechtigungen, und erhält daher in Ansehung der Privatrechtsverhältnisse die Eigenschaft derjenigen Grundstücke und Gerechtsame, für welche sie gegeben ist¹¹⁾. Die Grundstücke treten daher rücksichtlich der darauf ruhenden Lasten, Pertinenzqualität, hypothekarischen Schulden zc. an Stelle der dafür abgetretenen Grundstücke oder aufgegebenen Gerechtsamen¹²⁾. Werden als Entschädigung Grundstücke irgend welcher Art gegeben, so hat der Erwerber die darauf ruhenden öffentlichen Lasten vom Tage des Eigenthumsüberganges zu tragen. Dabei werden früher abgabefreie Stücke pflichtig und umgekehrt, wenn die Befreiung auf der Persönlichkeit des bisherigen Eigenthümers beruhte, z. B. hinsichtlich Kirchen, Pfarren, Schulen, soweit es sich um Ersatz bisher steuerfreier Grundstücke handelt. Wird mit Weide-, Forstgrund oder einer Wiese oder einem Acker eine Veränderung vorgenommen, wodurch ein Grundstück aus einer dieser Gattung in eine andere versetzt wird, so werden die bisherigen öffentlichen Abgaben noch zehn Jahre fort erhoben¹³⁾.

4. Dienstbarkeits- und zehntfreie Grundstücke können beliebig bebaut, auch mit Bäumen und dergl. mit 16 Fuß Entfernung von artbaren Grundstücken bepflanzt und auch, obwohl sie nicht mit Forstgrundqualität behaftet sind, aufgeforstet werden, sofern die benachbarten, artbaren Grundstücke nicht darunter leiden. Die in Folge der Auseinandersezung urbar gemachten Grundstücke werden frei von Kottlasten¹⁴⁾. Beibehaltene oder neue unentbehrliche Dienstbarkeiten dürfen dem Zwecke der Separation nicht entgegenstehen, anderenfalls sie mangels besonderer Festsezung mit vollzogener Separation als aufgehoben gelten¹⁵⁾. Berechtigungen zum Ausbreiten gerotteten Flachses sind auf den

⁹⁾ §. 13 Br. Ausf. G.-B.-D. u. §. 5, 1. c. Vergl. Mansfeld, a. a. D.

¹⁰⁾ §. 6, 1. c. Vergl. Mansfeld, a. a. D.

¹¹⁾ §. 173 der Gemeinheitsheilungsordnung v. 20. Dec. 1834.

¹²⁾ §§. 174 ff. das. Hiernach soll also das Grundstück, welches ein Theilungsinteressent empfängt, an die Stelle des abgetretenen Grundstückes treten. Gegen diesen Umtausch kann der Hypothetengläubiger nichts einwenden; nur über die Frage, ob die gewährte Entschädigung nicht zu gering ist, soll er nach §§. 44, 45 der Gemeinheitsheilungsordnung gehört werden. Dabei ist es der L.-Def.-G. zur Pflicht gemacht (§. 201 des Organisationsgef. v. 20. Dec. 1834, §. 12), daß Rechte Dritter nicht gefährdet werden. Vergl. Minist.-Rescr. v. 7. August 1846 (Bege, Repert. VI, 91) und Bericht des O.-G. Wolf. v. 21. Dec. 1867.

¹³⁾ §§. 177 ff. das.

¹⁴⁾ §§. 183 bis 188, 1. c.

¹⁵⁾ §§. 189 bis 190, 1. c. Vergl. oben Note 6. Aus der Bestimmung ergibt sich keineswegs der Satz, daß alle Dienstbarkeiten, welche nicht ausdrücklich im Reces vorbehalten sind, mit der Separation von selbst erlöschen, sondern nur, daß diejenigen erlöschen, welche mit den Zwecken der fraglichen Separation unverträglich

zur Abfindung hingegebenen Grundstücken mit der Separation ohne Entschädigung aufgehoben ¹⁶⁾. Die den Gemeinheiten durch Ablösung zufallenden Waldungen sind den allgemeinen Bestimmungen über die Verwaltung der Gemeindeforsten unterworfen. Dabei gehen die an ein Grundstück oder ein darauf betriebenes Realgewerbe der ehemaligen Gemeinheitsmitglieder ausschließlich geknüpften, sowie die den Pfarren, Schulen, Pfarrwittwenhümern für ihre Haushaltungen, ferner die den Gemeinden unmittelbar zustehenden Holzberechtigungen, sowie schließlich diejenigen zum Bau von Kirchen, Pfarren, Pfarrwittwen- und Schulhäusern auf die neue Gemeindevaldung über ¹⁷⁾. Inquilinen in berechtigten Häusern und die Gemeinbediener bekommen ein jährliches Brennholzdeputat von dem durch die Kreiscommission für die Zeit der Separation festzustellenden Gesamthaushaltsbedarf mit der Verpflichtung der Ablieferung eines späteren Ueberschusses an die Gemeinde. Die Berechtigungen zum Heizen der Schulstuben und Gemeindebachhäuser geht auf die Gemeinde über mit der Verpflichtung der Lieferung des fraglichen Bedarfs. Die Berechtigungen der übrigen Gewerbetreibenden auf Holz gewähren einen entsprechenden, fixirten jährlichen Naturalbetrag, welcher auch nach dem Tode des Berechtigten dessen Wittve zu leisten ist, solange dieselbe das Gewerbe fortsetzt, hiernach aber an die Gemeinde fällt ¹⁸⁾. Die an ein Grundstück oder an ein Realgewerbe geknüpfte Holzberechtigung und diejenigen für Schulstube und Bachhaus sind erst nach den übrigen genannten und gleichmäßig zu vertheilenden Theilnahmerechten zu berücksichtigen ¹⁹⁾. Güter außerhalb einer Gemeinheit müssen von einer Abfindung in bestandenem Forstgrund für ihren und ihrer Inquilinen Hausbedarf letzteren ein Deputat der oben erwähnten Art gewähren ²⁰⁾. Zeitweilige Holzrenten, wie solche zur Ausgleichung minderwerthiger Holzgrundstücke bei Auseinandersetzungen gewährt werden, ebenso die beständigen Holzrenten, welche eine Gemeinheit als Entschädigung für ihre Holzberechtigungen empfängt, sind nur bei Zustimmung beider Theile und theiliger Dritter ablösbar und haften bis dahin gleich Ablösungscapitalien auf den betreffenden Forstgrundstücken ²¹⁾. Zur Sicherung der Renten ist der Belastete verpflichtet, die belastete Forst ertragsfähig zu erhalten, widrigenfalls auf Verlangen der Berechtigten die Bewirthschaftung unter herrschaftliche Verwaltung gestellt wird ²²⁾. Wenn ein Interessent eine Capitalabfindung erhält, kann er sie innerhalb eines Jahres ausbezahlt verlangen und 4 Proc. Zinsen

sind. Wann dies der Fall, ist Thatfrage. Vergl. hierüber insbesondere, daß privative Wegegerechtigkeiten nicht ohne Weiteres erlöschen: Zeitschr. f. R. XXV, 38, 259 ff.; XXIX, 124, 125 f.

¹⁶⁾ §. 191, l. c.

¹⁷⁾ Gef. v. 28. Febr. 1842, Nr. 43, §§. 18, 19, 20.

¹⁸⁾ §§. 21, 22, 23, l. c.

¹⁹⁾ §. 24, l. c.

²⁰⁾ §. 25, l. c.

²¹⁾ §. 27 daj. und §§. 192, 193 der Gemeintheilungsordnung vom 20. Dec. 1834.

²²⁾ §§. 194, 195 der Gemeintheilungsordn. v. 20. Dec. 1834.

vom Tage der Ueberweisung an. Die Capitalabfindung, sowie die Holzrenten haben Priorität gleich Ablösungscapitalien dritter Classe ²³⁾).

II. Hinsichtlich dritter Personen.

1. Zur genauen Ermittlung der bei einer Theilung betheiligten dritten Personen ist der Theilungsplan vor der Bestätigung des Recesses öffentlich bekannt zu machen, und zu dem behufs der Bekanntmachung anzusetzenden Termine sind nicht nur die bekannten Theilnehmer speciell, sondern die etwa unbekannten öffentlich zu laden. Die Edictalladung geschieht durch Anheftung an die Gerichtstafel und Bekanntmachung in den Braunschweigischen Anzeigen. Unterbleibt diese Ladung, was mit Genehmigung der Interessenten und der Landesökonomiecommission geschehen kann, so bleiben die Rechte unbekannter Theilnehmer und dritter Berechtigter vorbehalten. Das mit der Edictalladung anzudrohende Präjudiz des Rechtsausschlusses tritt mit der Beendigung des Termins von selbst ein, und eine Restitution kann bis zur Ausführung des Recesses nur aus erheblichen Gründen und gegen Kostenersatzung ertheilt werden, nach bestätigtem Reccesse aber allein aus solchen Gründen, aus denen Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen ein rechtskräftiges Urtheil möglich ist. Die Auseinandersetzung selbst kann aber auch im letzteren Falle nicht umgestoßen werden, vielmehr ist jeder Betheiligte nur insoweit zum Ersatz verpflichtet, als er zum Nachtheil des Ausgeschlossenen bereichert ist ²⁴⁾. Nach Erledigung etwaiger Einwendungen hören die Ansprüche Dritter, wenn die Entschädigung in Grundstücken besteht, mit deren Abtretung auf, während Dispositionsbeschränkungen nur insoweit auf dem neuen Grundstücke fortbauern, als das abgetretene denselben unterlag. Bei einer Capitalentschädigung tritt die völlige Befreiung desjenigen, der sie zu leisten hat, rücksichtlich der Ansprüche Dritter dann ein, wenn die Entschädigung entweder vor Gericht an den Berechtigten gezahlt oder gerichtlich hinterlegt wird. Der Zahlung muß eine specielle Ladung der bekannten und eine öffentliche Ladung der unbekannten Berechtigten vorhergehen. Die Auszahlung einer Capitalentschädigung an eine Gemeinheit bei Generalauseinandersetzungen erfordert indessen nur eine Bekanntmachung der Landesökonomiecommission, in welcher die Gemeinheit und die an dieselbe zu zahlende Summe im Ganzen, sowie die Zahlungszeit benannt und die Aufforderung an dritte Betheiligte zur Wahrnehmung ihrer Rechte enthalten ist. Etwaigen Obereigenthümern, Pfandgläubigern und dergleichen stehen, abgesehen von Entschädigungen für den neuesten Düngungszustand und für Holzziehungsrechte, in Ansehung der übrigen Capitalentschädigungen, welche ein Theilnehmer empfängt, dieselben Befugnisse zu, als rücksichtlich der Ablösungscapitalien ²⁵⁾.

²³⁾ §§. 196 ff. das.

²⁴⁾ §§. 201 bis 205, I. c. Zu den Theilnehmern im Sinne dieser Bestimmungen gehören bei einer Generalreparation nicht die Antheilsberechtigten einer Gemeinheit; dieselben sind auch nicht „Dritte Berechtigte“, so daß eine Präclusion derselben überhaupt nicht vorkommen kann bei Nichtanmeldung. Zeitschr. f. R. XXV, 266 f.

²⁵⁾ §§. 206 ff., I. c. Hinsichtlich der Ablösungscapitalien s. unten §§. 53 ff.,

2. Was speciell die Wirkung der Separation auf Pachtverhältnisse anlangt, so ist das in einem Pachtvertrage gegebene Versprechen, daß eine Separation nicht stattfinden solle, wirkungslos ²⁶⁾. Für den Fall, daß in dem Pachtvertrage über die Folgen der Separation keine besonderen Verabredungen getroffen sind, treten folgende Bestimmungen ein: Wenn ein verpachtetes Gut in einem Gemeinheitsverbande steht und die Gemeinheit zu einer Generalauseinandersetzung gezogen wird, ohne daß dem Verpächter zur Benutzung eingethane Acker und Wiesen bei der Auseinandersetzung vertauscht werden, so hat sich der Pächter jedenfalls mit der Theilnahme zu begnügen, welche dem Gute an den Nutzungen der der Gemeinheit zugefallenen Entschädigung gebührt, und zwar bei Capitalentschädigung mit 4 Proc. Zinsen des Gutsanteils, vorausgesetzt, daß diese Zinsen nicht geringer sind, als die entsprechende jährliche Pachtsumme für die Nutzung, deren Verlust durch das Capital ersetzt wird, indem in einem solchen Falle der Betrag der Pachtsumme von dem ganzen Pachtgelde abgesetzt werden soll. Wenn bei einer Generalauseinandersetzung dem Pächter mit überlassene Acker und Wiesen vertauscht werden, sowie in allen Fällen, in denen Güter als selbständige Interessenten zur Auseinandersetzung gezogen werden, hat der Verpächter dem Pächter binnen einem halben Jahre nach erfolgtem Antrage auf Separation von diesem, und die Theilungsbehörde spätestens bei Vernehmung über den Theilungsplan von der Verpachtung der Besizung in Kenntniß zu setzen, widrigenfalls der Pächter eine solche Entschädigung verlangen kann, wie sie aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen, der Natur und dem Rechtsverhältnisse der Sache sich ergibt ²⁷⁾. Bei Beobachtung jener Vorschrift seitens des Verpächters ist der Pächter zu dem Termine, in welchem der Theilungsplan veröffentlicht wird, speciell vorzuladen, und es hat derselbe alsdann das Recht, die Pacht innerhalb eines Monats nach der Veröffentlichung des Theilungsplanes zu kündigen, in welchem Falle er am Ende desselben Wirtschaftsjahres abzieht, vorausgesetzt, daß ihm der Theilungsplan nicht erst drei Monate vorher bekannt wird, indem er alsdann erst am Ende des nächsten Wirtschaftsjahres abziehen braucht. Das Kündigungsrecht des Pächters fällt indessen weg, wenn die Auseinandersetzung nach dem Urtheile der Landesökonomiecommission keine erheblichen Veränderungen der Wirtschaftsverhältnisse verursacht. Macht der Pächter von dem Kündigungsrechte keinen Gebrauch, so tritt die Entschädigung an die Stelle des verpachteten Grundstückes, und zwar die etwaige Capitalentschädigung nach Maßgabe der oben benannten Vorschriften ²⁸⁾. Durch die Auseinandersetzung nothwendig

wobei zu bemerken, daß hier die Bestimmungen der §§. 118 bis 124 der Ablösungsordnung nicht Anwendung finden.

²⁶⁾ §§. 211 und 212, I. c.

²⁷⁾ Die bei Unterlassung der Benachrichtigung zu fordernde Entschädigung hängt aber noch weiter von der selbstverständlichen Voraussetzung ab, daß nach der besonderen Beschaffenheit der Umstände dem Pächter als Folge der unterlassenen Benachrichtigung ein positiver Schaden bewirkt sei, der seinen alleinigen Entstehungsgrund in der Unterlassung hat: Decr. des D. = A. = G. Wolf. v. 9. Mai 1848 i. S. Grufe c. Müller v. Mühlenbein. S. auch Zeitschr. f. R. XXXI, 61.

²⁸⁾ §§. 213 bis 217, I. c.

werdende landwirthschaftliche Einrichtungen muß der Verpächter bestreiten, indessen hat ihm der Pächter das aufgewandte Capital mit 4 Proc. zu verzinzen. Erforderlichenfalls das Inventar zu vermehren, ist Sache des Pächters, und er wird dafür bei Rückgabe der Pacht nach der Taxe entschädigt, auch muß ein etwa überflüssig gewordener Theil des Inventars von dem Verpächter zurückgenommen werden. Andere ökonomische Differenzen entscheidet die Landesökonomiecommission²⁹⁾.

§. 72.

Das Verfahren bei den Gemeinheitstheilungen.

Die Leitung der in Antrag gebrachten Auseinandersetzungen steht der Herzoglichen Landesökonomiecommission zu¹⁾. Der Wirkungskreis dieser Behörde und das von derselben zu beobachtende Verfahren wird näher durch das sogen. Organisationsgesetz vom 20. December 1834 geregelt²⁾. Dasselbe bestimmt namentlich auch, welche Entscheidungen der Landesökonomiecommission vorbehalten und welche Rechtsmittel hiergegen zulässig sind³⁾, sowie, daß die Entscheidung darüber, welche Rechte den Interessenten zustehen, von welcher Beschaffenheit solche sind und ob und welches bestimmte Maß derselben durch rechtsbeständige Willenserklärungen, Statute oder frühere Urtheile feststeht, den Gerichten vorbehalten ist⁴⁾.

Auch wenn sich die Interessenten über die Auseinandersetzung und die zu leistenden Entschädigungen privatim geeinigt haben, so ist doch zur Rechtsverbindlichkeit solcher Vereinbarung die Prüfung und Bestätigung derselben durch die Landesökonomiecommission erforderlich⁵⁾. Durch das Wassergesetz vom 20. Juni 1876 sind, wie dieses Gesetz ausdrücklich hervorhebt⁶⁾, die den Separationsbehörden zustehenden Befugnisse und Obliegenheiten hinsichtlich der

²⁹⁾ §§. 218 bis 220.

¹⁾ §. 221 der Gemeinheitstheilungsordnung v. 20. Dec. 1834, Nr. 1 de 1835.

²⁾ Gef.- u. Verordnungsfl. Nr. 2 de 1835. Bezüglich des näheren Inhaltes muß auf das Gesetz selbst verwiesen werden.

³⁾ §§. 4, 5, 10 ff. des Organisationsgesetzes.

⁴⁾ §§. 6 ff. das. — Entstehen bei Einleitung der Separation über solche Fragen Streitigkeiten und ist deren Entscheidung von Einfluß auf die Separation, so hat die Landesökonomiecommission nach vergeblichem Güteversuche die Streitfragen festzustellen und auf den Rechtsweg zu verweisen. §. 7, l. c.; vergl. auch Zeitschr. f. R. XXIX, 113 ff. Doch kann die Landesökonomiecommission nicht Parteirolle und Beweispflicht bestimmen (Zeitschr. f. R. IV, 60). In der Praxis ist der Rechtsweg für zulässig erachtet bei Grenzirrungen, die erst nach der Separation eingetreten sind (Zeitschr. f. R. XXV, 259; vergl. das. IX, 95), ebenso bezüglich der Frage, ob ein Neceß rechtsbeständig sei (Zeitschr. f. R. II, 120 ff.), und für ausschließlich zulässig bei Entschädigungsansprüchen, die mit der Separation nur äußerlich in Verbindung stehen. Dagegen hat die Praxis die Zulässigkeit des Rechtsweges verneint hinsichtlich der Frage, ob ein in eine Specialseparation mit dem Holzbestande eingeworfenes Forstgrundstück abzuholzen sei (Zeitschr. f. R. XXV, 264).

⁵⁾ §. 222 der Gemeinheitstheilungsordnung.

⁶⁾ §. 12 das.

Regulirung der Wasserverhältnisse auf den zur Auseinandersetzung gezogenen Grundstücken diesen belassen. Macht die Ausführung einer Separation und der damit verbundenen Ent- oder Bewässerungsanlage einen Antrag auf die Abtretung und bezw. Belastung oder Werthverminderung von Grundstücken, welche nicht zur Auseinandersetzung gezogen worden, oder auf Zwang zur Theilnahme gegen die Besitzer solcher Grundstücke erforderlich, so hat der Localcommissarius einen Beschluß der Separationsinteressenten über die Stellung dieses Antrages bei der Kreisdirection zu erwirken; erfolgt ein bejahender Mehrheitsbeschluß, so ist von ihm die Ausarbeitung des vorzulegenden Planes nöthigenfalls unter Zuziehung eines Baubeamten zu übernehmen. Dasselbe findet statt, wenn nach Ausführung der Separation und Bestätigung des Auseinandersetzungsrecesses derartige Anträge behufs Ausführung von Ent- und Bewässerungsanlagen gestellt werden. Als Antragsteller gelten bis zur ausgeführten Separation sämtliche Separationsinteressenten, welche Dritten gegenüber durch die ernannten oder zu ernennenden Syndiken, sonst durch den Localcommissarius vertreten werden. Die Rechte und Verpflichtungen der Interessentenschaft gehen mit Ausführung der Separation auf diejenigen Interessenten über, denen die im Plane enthaltenen und bestimmt zu bezeichnenden Grundstücke zugetheilt werden ⁷⁾.

Hinsichtlich des Verfahrens bei Theilungen von Gemeinheiten oder Separationen von Servituten, sowie bei Ablösungen von Realrechten auf dem Grenzgebiete zwischen dem Herzogthume Braunschweig und dem Königreiche Preußen kommen nach der Verordnung vom 14. Juni 1841 noch folgende Bestimmungen in Betracht ⁸⁾. Wenn der Gegenstand der Separation zum Theil auf braunschweigischem und zum Theil auf preussischem Gebiete liegt, oder aber ganz oder theilweise auf einem Territorium, welches keinem der beiden Länder unterworfen ist, so soll die Separation durch Commissarien beider Staaten gemeinschaftlich geregelt werden ⁹⁾. Separationen dieser Art werden auf einseitigen Antrag der Berechtigten oder Verpflichteten, welcher bei der Generalcommission desjenigen Staates, dem der Antragsteller angehört, zu stellen ist, eingeleitet. Ist jedoch der Antragsteller der Berechtigte, so ist die Entschließung zunächst der Generalcommission des Staates des Verpflichteten zu überlassen. Im Uebrigen werden alle Termine von den beiderseitigen Commissarien gemeinschaftlich geleitet. Den Auseinandersetzungsplan entwirft jedoch lediglich die Commission des Staates, dem das pflichtige Grundstück angehört, nach vorgängiger Communication mit dem anderen Staate ¹⁰⁾. Die Vorladung der Interessenten, die Eintragungen in die Grundbücher zc. besorgt jede Special-

⁷⁾ §. 12 des Braunschw. Wassergesetzes v. 20. Juni 1876.

⁸⁾ Gef.- u. Verordnungsß. Nr. 9. Ein Staatsvertrag zwischen Braunschweig und Preußen, welcher ähnliche Bestimmungen hinsichtlich der Bearbeitung bei Auseinandersetzungsgeschäften in den Grenzgebieten der Provinz Hannover und des Herzogthums Braunschweig trifft, ist durch Gesetz v. 15. Febr. 1878 d. Gef.- und Verordnungsß. Nr. 6 publicirt. Vergl. auch Zeitschr. f. R. XL, 38; XXXII, 163.

⁹⁾ Art. 1 der Verordn. v. 1841.

¹⁰⁾ Art. 2, 3 u. 4 der Verordn. cit.

commission hinsichtlich der ihrem Staate angehörigen Interessenten und Grundstücke ¹¹⁾. Bei Streitigkeiten unter den Betheiligten werden sich, wenn gütliche Vereinbarung nicht gelingt, die beiden Staaten verständigen ¹²⁾. Alle Reccesse sind von den Generalcommissionen beider Staaten zu genehmigen, um Wirksamkeit zu erlangen ¹³⁾.

§. 73.

Freiwillige Veräußerung buchpflichtiger und nicht buchpflichtiger Grundstücke.

I. Grundsätzlich sollen alle Grundstücke und die ihnen gleichgestellten Berechtigungen ¹⁾ im Grundbuche eingetragen sein ²⁾. Die Eintragung und Uebertragung dieser Grundstücke im Falle der freiwilligen Veräußerung erfolgt nach den Bestimmungen des B. G.-B. und der Reichs-Grundbuch-Ordnung ³⁾. Doch

¹¹⁾ Art. 5 das.

¹²⁾ Art. 6 das.

¹³⁾ Art. 7 ff. das.

¹⁾ S. oben §. 23 und unten §. 86 f.

²⁾ Nach §. 6 der Braunschw. Verordn. v. 12. Juni 1899, Nr. 50 sollen die Grundbuchämter ohne Anwendung von Zwangsmitteln darauf hinwirken, daß bezüglich der buchpflichtigen, etwa noch nicht eingetragenen Grundstücke die erforderlichen Anträge zwecks Eintragung gestellt werden.

³⁾ §§. 873, 925 bis 928 B. G.-B., §§. 13 bis 55, insbes. 20 R.-G.-B.-D. Vorher war die Uebertragung des Eigenthums an Grundstücken durch Auflassung im Wesentlichen ebenso durch das Br. Grunderwerbsgef. vom 8. März 1878 und die Grundbuchordnung vom gleichen Tage geregelt. Hiernach vollzog sich ebenfalls der Eigenthumsübergang nur durch den grundbuchmäßigen Act der Auflassung und Eintragung, während vorausgegangene Verträge, die nach §. 74 B.-G.-B. in derselben Weise, wie jetzt nach §. 313 B. G.-B., der gerichtlichen oder not. Verlautbarung bedurften, nur einen Titel abgaben, den Gegencontrahenten zur Auflassung nöthigenfalls im Wege der Klage zu zwingen. Die gerichtliche Auflassung ist ein altes deutsches rechtliches Institut (vergl. Stobbe, D. Privatr., §. 94), welches von altersher auch in unserem Herzogthume bei Uebertragung von Grundeigenthum zur Anwendung kam, seit Einführung des römischen Rechts aber theils ganz verschwand, theils (namentlich in den Städten Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt, Blankenburg, Schöppenstedt und Hasselfelde) in veränderter Gestaltung als nothwendiges Requirat in Geltung blieb. Hinsichtlich der Stadt Braunschweig enthielt schon das Stadtrecht vom Jahre 1232 (s. oben §. 3, Note 26) die Bestimmung, daß die Verkäufer das Erbe auflassen und der Käufer dasselbe von dem Rathe empfangen sollte (Steinacker, Promt. I, 49, Anm.). Nachdem auch die späteren Statuten der Stadt, insbesondere das Schreiben des Magistrats v. 14. März 1680 diesen Grundsatz wiederholt hatten, bestimmte die Städtische Untergerichtsordn. v. 2. Febr. 1764, Cap. 14, §. 1 bis 6 ausführlich, daß die Verlassung bei allen Veränderungen beim Magistrat innerhalb eines Jahres durch Eintragung in das „Gerichtsbuch“ geschehen solle, während das Conclusum des Magistrats v. 23. Dec. 1774 declarirte, daß die Verlassung nicht eher geschehen solle, als bis die Berichtigung der öffentlichen Listen nachgewiesen sei (Friedersdorff, Promt. III, 80; Steinacker, Promt. I, 49). Ergänzend kamen hinzu: Bekanntmachung des Stadtgerichts v. 20. Dec. 1816; Verordn. v. 26. März 1823 nebst Decl. v. 20. Dec. 1825, sowie das in Bege, Repert. II, 110 abgedruckte Rescript. Für die Stadt Wolfenbüttel verlangten schon die

ist der Landesgesetzgebung die Befugniß eingeräumt, in mancher Beziehung einzugreifen, besonders auch die Formvorschriften der Eintragung zu regeln⁴⁾. In

Heinrichstädt. Statuten, Tit. XIII (s. oben §. 3, Note 28) Eintragung des Eigenthumsüberganges in die Amts- und Gerichtsbücher binnen Jahresfrist, eine Bestimmung, die durch Landesf. Verordn. v. 21. Nov. 1744 (Steinacker, a. a. O., S. 50 f.) bestätigt wurde. In Helmstedt trafen eine gleiche Bestimmung zur Eintragung binnen Monatsfrist die Statuten v. 1589, Art. 49 u. 54 (Steinacker, a. a. O.; v. Liebhauer, Einleitung II, 301 u. 304 f.; vergl. Pufendorf, Observationes I, 95) und die Verordn. des Magistrats v. 30. Nov. 1716 (Steinacker, a. a. O.). Für das Fürstenthum Blankenburg verordnete das Rescript v. 23. Oct. 1741 (Friedersdorff, Promt. VI, 419), daß bei Vermeidung der Ungültigkeit dingliche Rechte durch gerichtliche Verträge begründet werden sollten. In den übrigen Städten und Orten des Herzogthums war die Eintragung in die „Gerichts- und Handelsbücher“ nur facultativ, selbst, nachdem in der westfälischen Regierungsperiode allgemein nach genauerer Vorschrift sog. „Hypothekenregister“ eingeführt waren, und später durch Verordn. v. 15. Jan. 1814, Nr. 3 neue „Hypothekenbücher“ angelegt wurden, deren Führung man den Stadt- und Amtsgerichten übertrug. Nur zur Bestellung von Hypotheken wurde nach §. 53, l. c. die vorgängige Eintragung nöthig. Durch Verordn. v. 26. März 1823, Nr. 6 wurden die sechs Districtsgerichte des Landes, später aber wieder die Amts- und Stadtgerichte mit der Führung betraut. Umfassend wurden die Formalien der Hypothekenbücher durch das landesherrlich genehmigte Circ.-Rescr. d. O.-L.-G. Wolf, v. 3. März 1842 (Ges.- u. Verordnungsbl. Nr. 50) geregelt. — Das Gesetz v. 19. März 1850, Nr. 22 schließlich verlangte zur Wirksamkeit aller Verträge über dingliche Rechte gerichtliche oder notarielle Form (§. 1), stellte die Eintragung (Verlassung) ins Grundbuch in das Ermessen des Berechtigten, machte aber die Wirkung gegen Dritte von dieser Eintragung abhängig (§. 3), bestätigte im Uebrigen die Nothwendigkeit der Verlassung in der Stadt Braunschweig (§. 14) und hob die gleichen statutarischen Bestimmungen der anderen Städte auf (§. 14, Abs. 4). Erst die Grundbuchgesetze von 1878 machten den Eigenthumsübergang im Falle freiwilliger Veräußerung ausnahmslos von der Auflassung und Eintragung abhängig, ließen die bisherigen Hypothekenbücher als „Grundbücher“ bestehen undordneten, daß Grundbücher nach einer neuen Form jedenfalls mit erfolgter Separation für jede Gemeinde angelegt würden. Nur in der Stadt Braunschweig sind die beim Amtsgericht geführten „Beschwerungsscheinebücher“, welche nach Personalsolien angelegt sind und bei jeder Besitztittelveränderung ein neues Folium erhalten, auf welches die bestehen bleibenden Lasten u. übertragen werden, an Stelle der Hypotheken- bzw. Grundbücher nach wie vor in Geltung verblieben. Vergl. §. 18 der Grundbuchordnung und §§. 8 ff., 26 f. der Instruct. vom gleichen Tage.

⁴⁾ §. 84 R.-G.-B.-D. In Folge dessen sind folgende Braunschw. Gesetze und Verordnungen erlassen: Ausführungsgef. zur Reichsgrundbuchordn., 12. Juni 1899, Nr. 37; Verordnung betr. die Ausführung der R.-G.-B.-D., sowie die Anlegung der Grundbücher, 12. Juni 1899, Nr. 50; Bekanntmachung betr. eine allgemeine Verfügung zur Ausf. der R.-G.-B.-D., 7. Juli 1899, Nr. 61. Hiernach sind in formeller Beziehung insbesondere folgende Vorschriften getroffen: Grundbuchämter sind die Amtsgerichte (§. 1, Abs. 1 Ausf. R.-G.-B.-D.). Liegt ein Grundstück in mehreren Bezirken, so bestimmt das Landgericht in Braunschweig die Zuständigkeit (§. 7 daf.). Für jeden Gemeindebezirk und nöthigenfalls auch für jede Gemarkung ist ein besonderes Grundbuch, das aber aus mehreren Bänden bestehen kann, zu führen (§. 1 Bekanntm.). Innerhalb desselben Gemeindebezirks erhält jedes selbständige Grundstück in der Regel ein besonderes Blatt und besondere Grundacten (§§. 2, 10, 21 Bekanntm.). In der Stadt Braunschweig ist das Beschwerungsscheinbuch zwar noch gültig und fortzuführen. Bei jeder Eintragung eines neuen Eigenthümers findet aber die Uebertragung in das neue Grundbuch statt (§. 39 Bekanntm.). Urkunden

materieller Beziehung kommen folgende particularrechtliche Bestimmungen in Betracht:

1. Zur Eintragung des Eigenthums auf den Namen des Auerben bedarf es der Zustimmung der bisher mit ihm in ungetheilter Gemeinschaft verbliebenen Erben ⁵⁾.

2. Auf Ersuchen der zuständigen Behörde erfolgt die Eintragung

- a) beim Erwerb, bei Veränderung und bei Aufhebung des Bergwerkseigenthums, indem Herzogl. Cammer, Direction der Bergwerke, die erforderliche Eintragung zu beantragen hat ⁶⁾;
- b) beim Erwerb von Grundflächen zum Zwecke der Landesvermessung, indem die Herzogl. Baudirection die Eintragung des Fiscus als Eigenthümers auf Grund der betreffenden Urkunden der Herzogl. Kreisdirection bezw. Herzogl. Landesökonomiecommission beantragt ⁷⁾.

3. Der Besitzer eines im Grundbuche nicht eingetragenen Grundstückes, welcher dem zuständigen Grundbuchamte durch Urkunden, Zeugenaussagen, durch Bescheinigungen öffentlicher Behörden oder sonst glaubhaft macht, daß er das Eigenthum dieses Grundstückes erworben habe, kann nach vorhergegangennem Aufgebotsverfahren auf seinen Antrag unter Vorlegung des Ausschlußurtheils im Grundbuche eingetragen werden ⁸⁾. Bei Realgenossenschaften kann die Ein-

und Anträge öffentl. deutscher Behörden bedürfen, wenn sie ordnungsmäßig unterschrieben und unterseigelt sind, keiner weiteren Beglaubigung (§. 10 Ausf.). Die Umschreibung eines Grundstücks auf den neuen Eigenthümer ist, wie bisher, in den Braunschw. Anzeigen bekannt zu machen (§. 15 Ausf.). Soll ein Theil von einem Grundstücke abgeschrieben oder ohne Abschreibung mit einer Dienstbarkeit oder Reallast belastet werden, so bedarf es der Beibringung einer Vermessungsbescheinigung oder Uebersichtskarte (§. 29 Bekanntm.). Wird von dem bisherigen Hauptgute ein Trennstück abgeschrieben und auf ein anderes Blatt übertragen, so wird das Trennstück frei von den auf dem Hauptgut haftenden Reallasten, Hypotheken, Grund- und Rentenschulden nur dann abgeschrieben, wenn es der Berechtigte aus der Mithaft entläßt oder ein Unschädlichkeitszeugniß beigebracht wird (§. 16 Ausf.). Im Uebrigen ist bei Abschreibungen von Trennstücken sowohl auf dem bisherigen, als auf dem neuen Blatte auf das andere hinzuweisen (§. 30 Bekanntm.).

⁵⁾ §. 14 Br. Ausf. R.-G.-B.-D.; früher ebenso §. 25 Br. G.-B.-D. Vergl. Art. 64 E. B. G.-B., §. 83 R.-G.-B.-D. und unten §. 121.

⁶⁾ §§. 21 bis 23 Br. Ausf. R.-G.-B.-D. Früher konnte die Eintragung des Bergwerkseigenthümers nur durch Strafen vom Grundbuchamte gemäß §. 29, Abs. 3 Br. G.-B.-D. erzwungen werden.

⁷⁾ Gef. v. 2. Juli 1889, Nr. 33, §. 7.

⁸⁾ §. 27 Br. Ausf. R.-G.-B.-D. vergl. mit §. 91 R.-G.-B.-D. Das Aufgebot geschieht unter der Androhung des Rechtsnachtheils, daß nach Ablauf der Frist der Besitzer als Eigenthümer in das Grundbuch eingetragen werden wird und daß, wer die ihm obliegende Anmeldung unterläßt, sein Recht gegen einen Dritten, welcher im redlichen Glauben an die Richtigkeit des Grundbuchs das Grundstück oder Rechte an dem Grundstück erworben hat, nicht mehr geltend machen kann. Im Uebrigen richtet sich das Aufgebotsverfahren nach §§. 946 bis 959 Civ.-Pr.-Ord. Die Eintragung auf Grund des §. 27 Br. Ausf. R.-G.-B.-D. unterscheidet sich von der nach §. 927 B. G.-B. dadurch, daß jene nur redliche dritte Erwerber gegen den wahren Eigenthümer, diese auch den in Folge des Aufgebotsverfahrens Eingetragenen selbst schützt. — Vergl. auch noch oben Note 2.

tragung sogar ohne Aufgebotsverfahren bei genügender Glaubhaftmachung erfolgen⁹⁾).

II. Die Grundstücke gewisser Personen brauchen im Grundbuche nicht eingetragen zu werden¹⁰⁾.

1. Die Uebertragung dieser Grundstücke erfolgt durch gerichtlichen oder notariellen Vertrag, falls sie auch thatsächlich nicht im Grundbuche eingetragen sind und nach der Uebertragung ebenfalls der Eintragung nicht bedürfen würden. Dabei ist eine Bedingung oder Befristung unzulässig¹¹⁾.

2. Der Eigenthümer eines nicht buchspflichtigen Grundstückes kann das Grundstück in folgenden Fällen auf seinen Namen eintragen lassen:

- a) wenn er oder sein Rechtsvorgänger, von dem er das Grundstück gemäß §. 48 Br. Ausf. B. G.-B. durch gerichtlichen oder notariellen Vertrag erworben hatte, sich dreißig Jahre ununterbrochen im Eigenthum befunden hat¹²⁾;
- b) wenn er ein Ausschlußurtheil auf Grund des §. 27 Br. Ausf. R.-G.-B.-D. oder des §. 927 B. G.-B. erwirkt hat¹³⁾;
- c) wenn es sich um eine Realgenossenschaft handelt und diese das Eigenthum glaubhaft macht¹⁴⁾.

3. Nicht buchpflichtige Grundstücke, welche eingetragen sind, können auf Antrag des Eigenthümers jederzeit wieder ausgeschieden werden¹⁵⁾.

⁹⁾ §. 14 Gef. vom 26. Mai 1896, Nr. 32 vergl. mit §. 27, Abj. 6 Br. Ausf. R.-G.-B.-D.

¹⁰⁾ Dies sind nach §. 1 der Br. Verordn. v. 12. Juni 1899, Nr. 50 vergl. mit §. 90 R.-G.-B.-D. die Grundstücke des Reichs- und Landesfiscus (s. oben §. 22), des Landesherren (s. oben §. 7), des Regenten, die Grundstücke, welche zum Hausgut oder Familiengut der landesfürstlichen Familie gehören (s. oben §. 7) und der Herzogl. Hofstatt (s. oben §. 8, II), die Grundstücke, welche zum Cammergut gehören (§. 8, I), die Grundstücke des vereinigten Kloster- und Studienfonds (s. oben §. 21), der Landschaft, des Herzogl. Leihhauses (s. oben §. 20), des Emeritirungsfonds (s. oben §. 21), der Gemeinden und anderer Communalverbände (s. oben §. 15), der Realgenossenschaften (s. oben §. 16), der Kirchen, Pfarren, Schulen (s. oben §. 19), sowie der Versicherungsanstalt für Invaliditäts- und Altersversicherung in Braunschweig, die öffentlichen Wege, Plätze (s. unten §. 103) und Gewässer (s. unten §. 101), sowie solche Grundstücke, welche einem dem öffentlichen Verkehre dienenden Bahnunternehmen gewidmet sind.

¹¹⁾ §. 48 Br. Ausf. B. G.-B. vergl. mit Art. 127 E. B. G.-B. und §. 90 G.-B.-D.

¹²⁾ §. 7, Z. 1 bis 3 Br. Verordn. v. 12. Juni 1899, Nr. 50. Die Besitzzeit ist zu berechnen, wie bei der Erziehung beweglicher Sachen. Der Nachweis des Besitzes ist dem Grundbuchamte gegenüber durch Urkunden, Zeugnisaussagen oder Bescheinigungen zu erbringen (§. 7, Abj. 2 u. 3, l. c.).

¹³⁾ §. 7, Z. 4, l. c. S. oben Note 8.

¹⁴⁾ §. 7, Z. 5, l. c. S. oben bei Note 9.

¹⁵⁾ §. 90, Abj. 2 R.-G.-B.-D.

Zweites Capitel.

Dienstbarkeiten.

Erster Abschnitt.

Allgemeines.

§. 74.

Verhältniß des Landesrechts zum Reichsrecht.

Das B. G.-B. begrenzt strict die Fälle der dinglichen Rechte und damit auch der Dienstbarkeiten. Ein nach den Vorschriften des B. G.-B. unzulässiges Recht an einem Grundstücke kann nach dem Inkrafttreten des B. G.-B. nicht mehr begründet werden ¹⁾. Von diesem Satze ist aber eine wichtige Ausnahme zu machen für das Gebiet der Vorbehalte ²⁾. Für die diesen angehörigen Dienstbarkeiten hat das B. G.-B. nur subsidiäre Bedeutung. Es gehören hierher die Dienstbarkeiten des Wasserrechts, die unten in §. 101, des Fischereirechts, die oben in §. 63, des Bergrechts, die unten in §. 97, und des Auerbenrechts, die unten im Bauernrecht näher erörtert sind. Aber auch die nicht dem Gebiete der Vorbehalte angehörigen Dienstbarkeiten unterliegen nach dem 1. Januar 1900 noch theilweise dem Particularrecht. Hierbei sind folgende Unterscheidungen zu machen:

1. Wenn die Dienstbarkeit vor dem 1. Januar 1900 entstanden war, so gilt nicht nur für ihre Entstehung, sondern auch für ihren Inhalt und Rang das frühere Landesrecht so lange, bis die Dienstbarkeit wieder aufgehoben wird. Auch diese Aufhebung erfolgt nach früherem Recht, bis etwa die er-

¹⁾ Art. 189 E. B. G.-B. Wenn aber dingliche Rechte, die dem B. G.-B. unbekannt sind, vor dem 1. Januar 1900 schon begründet waren, z. B. Emphyteuse, dingliche Wiederkaufo- oder aufgehobene Vorkaufsrechte, so bleiben sie bestehen. Vergl. Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., §. 43, 2, S. 444.

²⁾ Endemann, Lehrb. d. bürgerl. R. II, §. 95, 3 und §. 99, Note 15; Pland, Com., Vorb. z. Sachenr. II, 2 a, S. 6. Diese Ausnahme gilt nicht nur für die in den Vorbehalten speciell genannten landesgesetzlichen dinglichen Rechte, wie das Pfündenrecht (Art. 80, Abs. 2 E. B. G.-B.), die Kirchenbaulast (Art. 132), sondern auch für diejenigen dinglichen Rechte, die auf einem dem Landesrecht allgemein vorbehaltenen Gebiete bestehen, wie die Interimswirtschaft und Leibzucht (Art. 64), die Wassernutzungsrechte (Art. 65) u. Auf einem solchen Gebiete kann sogar als dingliches Recht, speciell als Dienstbarkeit, bezeichnet werden, was nach dem B. G.-B. ein solches nicht sein würde (vergl. Endemann, a. a. O. I, §. 16, IV, 1), z. B. die Abfindung oder das Nuzungsrecht des Vaters am Hofe seiner Kinder.

forderliche Eintragung im Grundbuche erfolgt ist³⁾. Nach Eintragung der Dienstbarkeit gilt aber für ihre Aufhebung lediglich Reichsrecht⁴⁾. Auf den Schutz aller dieser Dienstbarkeiten findet seit dem 1. Januar 1900 stets das Reichsrecht Anwendung⁵⁾. Im Einzelnen kommt hierbei noch Folgendes in Betracht:

- a) Der am 1. Januar 1900 schon begründete lebenslängliche Nießbrauch des Vaters am Muttergut seiner Kinder bleibt bestehen⁶⁾. Der Nießbrauch einer juristischen Person erlischt im Zweifel nach 100 Jahren⁷⁾. Im Uebrigen ist auf das gemeine Recht zu verweisen⁸⁾.
- b) Für die alten Grunddienstbarkeiten gelten inhaltlich die §§. 1020 bis 1028 B. G.-B. und nur im Uebrigen das Landesrecht⁹⁾. Unverändert nach früherem Recht sind hiernach die städtischen Gossengerechtigkeiten zu beurtheilen, welche gegen Nachbargrundstücke nur durch Abführung von Regen- und Spülwasser, nicht auch von anderen „Unreinigkeiten“ und überdies nur mit Vorsetzung einer Koste vor das Gossenschloß ausgeübt werden dürfen¹⁰⁾. Jedoch kann der Be-

³⁾ Art. 184, 189, Abs. 3, 186 E. B. G.-B.; Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., S. 350 f.; Oberneck, Reichsgrundbuchrecht, 2. Aufl., §. 98 u. §. 87, 5. Dabei ist es gleich, ob etwa die Dienstbarkeit nach neuem Recht eingetragen werden müßte oder nicht.

⁴⁾ §§. 875, 876 B. G.-B., Art. 189 E. B. G.-B. Dies gilt auch für eine particularrechtl. Dienstbarkeit, deren Entstehung nach dem B. G.-B. nicht mehr zulässig sein würde.

⁵⁾ Oberneck, Reichsgrundbuchrecht, 2. Aufl., §. 98, 2a.

⁶⁾ Oberneck, a. a. O., §. 98, 1c. Dies lebenslängliche Recht, welches dem Vater nach modificirtem gem. R. (vergl. Dernburg, Pand. III, §. 33, Note 9) gemäß der Landesf. Verordn. v. 30. December 1754 (Steinacker, Promt. I, 283; Schneider, Repert. I, 151) und der Verordn. v. 6. Mai 1828, Nr. 13 zustand, galt als wirklicher Nießbrauch im Gegensatz zu dem Verwaltungs- und Nutzungsrecht, welches dem Vater kraft elterlicher Gewalt bis zur Volljährigkeit der Kinder nach §§. 1649 ff. B. G.-B. regelmäßig zukommt.

⁷⁾ Oberneck, a. a. O., §. 98, 1e. Der §. 1061 B. G.-B. findet daher nur Anwendung, wenn bei Bestellung die hundertjährige Dauer nach Auslegung nicht beabsichtigt war.

⁸⁾ Dernburg, Pand. I, §§. 246 bis 249; Windscheid, Pand. I, §§. 203 bis 206.

⁹⁾ Art. 184 E. B. G.-B. Von den betreffenden Vorschriften des B. G.-B. können namentlich die des §. 1024 über die Collision mit anderen Rechten und §. 1028 über die Verjährung durch usucapio libertatis von einschneidender Bedeutung sein. Vergl. auch Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., S. 320 f.

¹⁰⁾ Landesf. Verordn. v. 6. Sept. 1763 (Friedersdorff, Promt. II, 579; Steinacker, Promt. II, 346 f.). Zu den verbotenen „Unreinigkeiten“ gehört alles, was nicht Regen- und Spülwasser ist, z. B. auch das Blut vom geschlachteten Vieh. Erf. d. L.-G. Wolf. v. 13. April 1821 i. S. Demmer c. Hausw. Zufällige oder durch höhere Gewalt oder durch dolus des Besitzers des dienenden Grundstücks herbeigeführte Immissionen der verbotenen Art führen den Verlust der Dienstbarkeit nicht herbei, doch ist Berechtigter beweispflichtig: Zeitschr. f. R. XXVII, 191. Andererseits bedarf es keines längeren Zuwiderhandelns; auch kann die Schuld nicht auf Inquilinen abgewälzt werden: Zeitschr. f. R. XXX, 191; XLIV, Beilage, Nr. 85. Die

rechtigte bei Zuwiderhandeln nur dann der Dienstbarkeit für verlustig erklärt werden, wenn sie nicht eingetragen ist ¹¹⁾. Ueber den particularrechtlichen Inhalt der wichtigsten ländlichen Grunddienstbarkeiten ist unten in §§. 76 bis 78 gehandelt ¹²⁾.

2. Wenn eine Grunddienstbarkeit oder eine persönlich beschränkte Dienstbarkeit erst nach dem 1. Januar 1900 entstanden ist, so gelten gleichwohl diejenigen landesgesetzlichen Vorschriften, die ihren Inhalt und ihr Maß näher bestimmen ¹³⁾. Auch für die Begründung und für die Aufhebung an einem nicht eingetragenen und auch nicht buchpflichtigen Grundstücke ¹⁴⁾ gilt noch nach Einführung des B. G.-B. das Landesrecht ¹⁵⁾.

§. 75.

Entstehung, Rang und Untergang der Dienstbarkeiten.

Die Entstehung und Beendigung der Dienstbarkeiten an beweglichen Sachen regelt sich ausschließlich nach dem B. G.-B. Auch für die Grunddienstbar-

Klage ist die *actio negatoria*: Zeitschr. f. R. XXVII, 191. Ipso jure tritt der Verlust der Gossengerechtigkeit nie ein. Vergl. Erf. d. L.-G. Wolf. v. 8. Dec. 1829 i. S. Quidde c. Jonas; Decr. d. D.-M.-G. Wolf. v. 12. Dec. 1848 i. S. Lüpke c. Grassau; Erf. d. D.-G. Wolf. v. 2. Juli 1852 i. S. Koch c. St. Thomä-Hosp.

¹¹⁾ Art. 189, Abs. 3 E. B. G.-B. Nach Eintragung kann der Eigenthümer nur auf Unterlassung der Störung klagen. Vergl. §. 1004 B. G.-B.

¹²⁾ Von den sonst noch gültigen Bestimmungen über den Inhalt ist besonders zu merken die gewohnheitsrechtliche Vorschrift bei sog. Ernteabfuhrwegen, die sowohl für das dienende, wie für das herrschende Grundstück bestehende Verpflichtung des „Art-Haltens“, d. h. der Einhaltung der mit der alten Dreifelderwirthschaft innerhalb einer ganzen Feldmark oder auch nur innerhalb jeder Wanne für sich bestehenden Fruchtfolge von Sommer-, Winter-, Brachfrucht. Diese Fruchtfolge, welche in allen bereits separirten Feldmarken aufgehoben ist und in den Gemeinden Bortfeld, Lehre und den wendischen Ortschaften des Amtes Borsfelde (im sog. Werder) nie galt, hat die Bedeutung, daß eine Ausübung der betr. Grunddienstbarkeit, z. B. des Ernteweges, anderenfalls ohne Schädigung des verpflichteten Grundstücks nicht möglich sein würde. Der Besitzer des verpflichteten Grundstücks kann aber natürlich willkürlich von der Fruchtfolge abweichen, wenn er die Erntefuhren des berechtigten Grundstücks nicht hindert. — Gesetzlich ist die Fruchtfolge beim Weiderecht vorgeschrieben. S. unten §. 76.

¹³⁾ Art. 115 E. B. G.-B. Das B. G.-B. hat insoweit für die Dienstbarkeiten nur subsidiäre Bedeutung (Endemann, Lehrbuch des bürgerl. Rechts II, §. 98 a. E.). Die §§. 1020, 1021 B. G.-B. haben für die Dienstbarkeiten ausschließliche Geltung (Art. 116 E. B. G.-B.).

¹⁴⁾ Ueber die Grundstücke, welche der Eintragung nicht bedürfen, s. oben §. 73, Note 4.

¹⁵⁾ Art. 128 E. B. G.-B. Besonders gilt dies von der Ersetzung der positiven Grunddienstbarkeiten (vergl. §. 15, Abs. 2 Br. Gr.-E.-G. v. 8. März 1878, Nr. 10), welche an diesen Grundstücken also auch in Zukunft noch möglich ist, da mit der Aufhebung des Gr.-E.-G. (vergl. §. 118, §. 87 Br. Ausf. B. G.-B.) der gemeinrechtliche Satz, dem §. 15, Abs. 2, l. c. entsprach, im Umfange des Art. 128 E. B. G.-B. in Geltung geblieben ist. Das B. G.-B. hat deshalb insoweit nur subsidiäre Bedeutung. Vergl. Endemann, a. a. D.

keiten ist im Wesentlichen das Reichsrecht maßgebend, doch hat hier die Landesgesetzgebung in folgender Weise eingegriffen:

I. 1. Grundsätzlich erfolgt die Entstehung solcher Grunddienstbarkeiten oder der persönlich beschränkten Dienstbarkeiten nur durch Eintragung im Grundbuche¹⁾, wobei aber die Bewilligung des Verpflichteten durch gerichtliches Urtheil oder durch Ersuchen einer zuständigen Behörde ersetzt wird²⁾. Nach Landesrecht erfolgt die Eintragung auf Ersuchen einer zuständigen Behörde, abgesehen von gewissen Fällen der Gemeinheitstheilungsordnung, nur bei Zwangse enteignungen³⁾.

2. In einigen Fällen entstehen nach Landesrecht die Dienstbarkeiten, auch ohne daß es ihrer Eintragung im Grundbuche bedarf.

- a) Die dinglichen Rechte, die sich auf landesrechtliche Vorbehalte gründen oder zu dem Gebiete eines landesrechtlichen Vorbehalts gehören, können auch jetzt noch durch Gesetz entstehen⁴⁾.

¹⁾ §. 873 B. G. B., §. 19 R. G. B. D. Das früher gültige Br. G. G. v. 8. März 1874 bestimmte in §. 14, daß dingliche Rechte an Grundstücken, die auf einem privatrechtl. Titel beruhen, dann, wenn sie vertragsmäßig oder letztwillig eingeräumt waren, nur durch Eintragung begründet werden konnten. Vordem gab es eine umfassende Regelung dieser Materie nicht. Die frühere Gesetzgebung hatte sich vielmehr nur mit der Entstehung und Wirksamkeit entweder solcher Dienstbarkeiten beschäftigt, die durch Rechtsgeschäfte begründet wurden, oder mit den einzelnen Fällen, in denen sie durch Gesetz begründet wurden. In ersterer Beziehung bestimmte schon die Allgem. Landesordn. v. 7. Mai 1647, §. 15 (Steinacker, Organisationsges., S. 63 ff.), daß alle Kaufbriefe, Stiftungen u. dergl. Contracte den fürstlichen Aemtern vorgelegt und von denselben bestätigt werden sollten, eine Bestimmung, die nach der Decl. d. fürstl. Justiz-Canzley v. 4. Mai 1743 nur auf die Dörfer Anwendung finden sollte und durch Landesf. Rescr. v. 23. Oct. 1741 hinsichtlich der Städte nur auf das Fürstenthum Blantenburg mit der Ausführung ausgedehnt wurde, daß anderenfalls das dingliche Recht nicht als gültig betrachtet werden solle (vergl. Urtheil d. L. G. v. 2. Nov. 1827 in Bege, Repert. III, 213). Allein daneben schrieb die Verordn. v. 15. Juni 1712 vor, daß ein dingliches Recht an Grundstücken auf den Erwerber nur übergehen sollte, wenn darüber ein Contract gemacht und vom Stadtmagistrat genehmigt sei, worauf eine Verordn. v. 2. Dec. 1744 weiter die Eintragung derartiger Contracte in das „Stadthandelsbuch“ verlangte (v. Liebhaber, Einl. II, 214). Eine Nothwendigkeit oder auch nur eine Möglichkeit der Eintragung der Dienstbarkeiten selbst in diese Handelsbücher oder die später für die Städte Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt u. eingeführten Gerichtsbücher bezw. in die Hypothekenregister der westfälischen Zeit oder die im Jahre 1814 eingerichteten neuen Hypothekenbücher bestand in dessen nicht. Auch das Circ. Rescr. d. D. L. G. Wolf. v. 3. März 1842 (Ges. u. Verordnungsbl., Nr. 50) spricht nur von der Nothwendigkeit der Eintragung der Hypotheken und der Möglichkeit der Eintragung gewisser dinglicher Rechte. Erst das Ges. v. 19. März 1850, Nr. 22, welches in §. 1 als Erforderniß der Gültigkeit eines Vertrages über dingliche Rechte ganz allgemein gerichtliche oder notarielle Form verlangt, stellt in §. 3 den Satz auf, daß diese durch Vertrag erworbenen dinglichen Rechte Dritten gegenüber nur durch Eintragung im Grundbuche Wirksamkeit erlangen sollten. Vergl. hierüber auch Mansfeld, Grundbuchges., 2. Aufl., S. 43.

²⁾ §. 39 R. G. B. D. Vergleiche dazu über das Gebiet der landesges. Betthätigung die Denkschrift zur R. G. B. D. in Sahn, Materialien V, S. 163.

³⁾ Vergl. §. 2 Ges. v. 20. Juni 1843.

⁴⁾ Es ergibt sich dies aus dem Grundsätze, daß auf dem Gebiete der Vor-

- b) An Grundstücken, die nicht eingetragen sind und auch nicht eingetragen zu werden brauchen⁵⁾, entstehen die positiven Grunddienstbarkeiten, wie bisher⁶⁾, noch durch Ersitzung⁷⁾, alle übrigen durch gerichtlichen oder notariellen Vertrag⁸⁾.
- c) Der Eintragung bedürfen nach Landesrecht zur Entstehung ferner nicht
 - aa) die bei Anlegung von Torfstichen und bei Enteignung von Grundstücken vorübergehend durch Gesetz begründeten dinglichen Rechte⁹⁾,
 - bb) diejenigen Gebrauchs- und Nutzungsrechte, die nach Maßgabe des Berggesetzes im Wege des Zwangsverfahrens erworben werden können¹⁰⁾.

II. Hinsichtlich der Rangordnung bestimmt die Landesgesetzgebung Folgendes¹¹⁾:

1. Die Grundsteuern und anderen öffentlichen Lasten gehen allen anderen Rechten am Grundstück vor¹²⁾.
2. Unmittelbar hinter den öffentlichen Lasten haben die gleichfalls der Eintragung nicht bedürftigen dinglichen Rechte ihren Rang¹³⁾.
3. Hinsichtlich der nicht eingetragenen positiven Grunddienstbarkeiten¹⁴⁾ gilt die frühere Rechtsvermuthung ihres größeren Alters¹⁵⁾ nicht mehr, sie gehen den eingetragenen Hypotheken vielmehr nur dann vor, wenn der Zeitpunkt ihrer Entstehung der ältere ist¹⁶⁾.

behalte auch die allgemeinen Bestimmungen landesgesetzlich geregelt werden können. S. Endemann, Lehrbuch II, §. 99, Note 15. S. auch oben §. 2, Note 3. — Hierher gehören insbesondere die Leibzucht, sowie das Pfündenrecht.

⁵⁾ S. oben §. 73, Note 4.

⁶⁾ Vergl. oben §. 74, Note 15.

⁷⁾ Art. 128 E. B. G.-B. Ebenso: Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 70.

⁸⁾ §. 51 Br. Ausf. B. G.-B.

⁹⁾ §. 38, Abf. 4, Nr. 1 Br. Ausf. B. G.-B.; früher §. 18 Gr.-E.-G. Vergl. Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 51 f.

¹⁰⁾ §. 38, Abf. 4, Nr. 2, l. c. Vergl. §§. 8, 22 und 145 des Berggef. vom 15. April 1867.

¹¹⁾ Im Uebrigen ist das sog. Locus-Princip des früheren particularen Rechts (§. 25 Gr.-E.-G.) durch die Reichsgesetzgebung erhalten geblieben (§§. 879, 880, 881 B. G.-B.; §§. 45 f. R.-G.-B.-O.).

¹²⁾ §. 38 u. §. 42, Abf. 1, Schlußsatz Br. Ausf. B. G.-B.; früher ebenso §. 42 Br. Gr.-E.-G. Hierher gehören Gef. Nr. 52 vom 30. Nov. 1851, §. 30, Abf. 3; Gef. v. 24. Juli 1837, Nr. 35, §. 33; Wege-Ordn., §. 28; Wassergef., §. 23; Gef. v. 5. April 1886, Nr. 20, §. 37. Vergl. auch Reichsgef. v. 24. März 1897 über Zwangsverf., §. 10, Nr. 3.

¹³⁾ §. 42 Br. Ausf. B. G.-B. Vergl. Ablös.-Ordn. v. 1834, §§. 114 f. und Gef. v. 13. Dec. 1849, Nr. 51, §. 13; Gem.-Th.-Ordn. v. 1834, §§. 198 f.

¹⁴⁾ S. oben §. 74, Note 15.

¹⁵⁾ §. 25, Abf. 3 Gr.-E.-G.

¹⁶⁾ §. 50 Br. Ausf. B. G.-B. Dies ist stets der Fall bezüglich der erst nach dem 1. Januar 1900 eingetragenen Hypotheken, da bis dahin die Grunddienstbarkeit erfassen gewesen sein muß, wenn sie überhaupt zur Entstehung gelangt sein soll. Für die vorhergehende Zeit bedarf es dagegen im Zweifel stets des Nachweises.

Beim Austausch belasteter Grundstücke in Folge von Separation oder Expropriation gehen die Dienstbarkeiten stillschweigend auf die ausgetauschten Grundstücke über ¹⁷⁾.

III. Für die Aufhebung von Dienstbarkeiten kommen folgende landesgesetzliche Vorschriften in Betracht:

1. Auf Ersuchen der zuständigen Behörde erfolgt die Löschung eingetragener dinglicher Rechte in folgenden Fällen:

- a) bei Expropriationen, und zwar auf Ersuchen der Kreisdirection bezw. der Landesökonomiecommission ¹⁸⁾;
- b) bei Gemeinheitstheilungen, und zwar auf Ersuchen der Landesökonomiecommission ¹⁹⁾;
- c) bei Aufhebung eines Bergwerks von Amtswegen, und zwar auf Ersuchen der Herzogl. Cammer, Direction der Bergwerke, um Schließung des betreffenden Grundbuchblattes ²⁰⁾;
- d) beim Erlöschen von Mitbelastungen der Grundstücke verschiedener Grundbuchbezirke auf Ansuchen des mit der Sache befaßten Grundbuchamts ²¹⁾.

2. Zur Aufhebung einer nicht eingetragenen Dienstbarkeit an einem der Eintragung nicht bedürftigen Grundstücke ²²⁾ ist die dem Grundeigenthümer gegenüber abgegebene gerichtliche oder notarielle Erklärung genügend. Der Verzicht ist unwiderruflich ²³⁾.

3. Bei der Zwangsversteigerung erlöschen

- a) die nicht eingetragenen positiven Grunddienstbarkeiten ²⁴⁾,
- b) die vorübergehenden Wege bei Torfstichen ²⁵⁾,
- c) die nicht eingetragenen Gebrauchs- und Nutzungsrechte des Bergwerks ²⁶⁾

durch Zwangsversteigerung nur, wenn dies in den Bedingungen gesagt ist ²⁷⁾.

¹⁷⁾ Dies sind die Fälle a) des §. 175 Gem.-Th.-D. v. 20. Dec. 1834 vergl. mit §. 16, Abj. 1 des Gef. v. 5. Mai 1888; b) des §. 2 des Gef. v. 20. Juni 1843, Nr. 18 vergl. mit Gef. v. 17. Sept. 1840, §. 2. — Nach §. 61 Br. Ausf. B. G.-B. sind diese Vorschriften unberührt geblieben. Vergl. auch Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 89.

¹⁸⁾ Gef. v. 20. Juni 1843, Nr. 18.

¹⁹⁾ Gef. v. 8. März 1878, Nr. 15 und §. 39 R.-G.-B.-D. vergl. mit Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 48.

²⁰⁾ §. 23, Abj. 2 Br. Ausf. R.-G.-B.-D.

²¹⁾ §. 37 der Br. Bekanntm. v. 7. Juli 1899, Nr. 61. Ebenso früher: §. 49, Abj. 2 Br. G.-B.-D. v. 8. März 1878.

²²⁾ Vergl. oben §. 75, Z. 2 und §. 73, Note 14.

²³⁾ §. 51 Br. Ausf. B. G.-B.

²⁴⁾ S. oben §. 75, 2 b.

²⁵⁾ S. oben §. 75, 2 c.

²⁶⁾ S. oben §. 75, 2 c.

²⁷⁾ §. 3, Abj. 2 Br. Ausf. Zw.

Zweiter Abschnitt.

Maß und Inhalt einzelner Dienstbarkeiten.

§. 76.

Hude- und Weiderechtigkeit.

1. Unter Hude- oder Weiderechtigkeit¹⁾ versteht man die Befugniß, sein eigenes Vieh²⁾ auf fremdem Grundstücke zu weiden. Diese Berechtigung, welche nicht ohne Weiteres die Befugniß in sich schließt, mit dem Weideviehe sämtliche innerhalb der belasteten Feldmark belegenen Wege zu betreiben³⁾, ist mithin ein Recht an fremder Sache⁴⁾, und zwar in der Regel eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit⁵⁾.

2. Die Arten der Weideberechtigungen können hiernach sehr verschieden sein. Man kann diese mannigfachen Gestaltungen unter folgende Haupttypen unterordnen:

- a) Der gewöhnlichste Fall ist der, daß ein Gut oder eine Person an einem fremden Grundstücke die ausschließliche Weideberechtigung hat. Die berechtigte Person kann eine natürliche oder juristische sein⁶⁾. Das verpflichtete Grundstück muß ein dem Berechtigten nicht gehöriges sein⁷⁾.

¹⁾ Vergl. v. Liebhaver, Einl. in das Br.-Lüneb. Landesr. II, S. 443 ff.; Steinacker, Braunsch. Privatrecht, S. 419 ff. und überhaupt Stobbe, Deutsch. Privatr. II, 223 ff.; Roth, D. Privatr. III, §. 277.

²⁾ Ob und unter welchen Umständen der Weiderechtigte auch fremdes Vieh auf dem belasteten Grundstücke hüten darf, darüber s. unten Note 38.

³⁾ Entsch. d. O.-L.-G. Wolf. v. 1848 i. S. Cammer c. Köhlingen.

⁴⁾ Das Weiderecht, welches der Gutsherr an den Gütern seiner Meier hat, ist daher keine hierher gehörige Berechtigung, sondern ein Ausfluß des Eigenthums; Stobbe, a. a. O. bei Note 7.

⁵⁾ §. 1090 B. G.-B. Vergl. oben §. 74, Note 12. Im gem. Recht nannte man diese Rechte irreguläre Personalservituten, indem man Prädialservituten anerkannte, die zwar ein dienendes Grundstück hatten, aber statt des herrschenden nur eine berechtigte natürliche oder juristische Person. Zeitschr. f. R. X, 90, 108; XXXV, 35 ff.; XLIII, 12 m. Literaturnachweisen. — Vergl. aber auch unten Note 23, Absatz 2.

⁶⁾ Hierher gehört, daß die Gesamtheit der Reihewohner einer Gemeinde oder doch ein bestimmter Theil derselben als Interessentenschaft (s. oben §. 16) weiderechtigt ist. Die einzelnen Mitglieder der Interessentenschaft üben in diesem Falle nur das der Interessentenschaft als solcher zustehende Weiderecht aus, ihre eigene Befugniß ist nur ein Antheilrecht, dem nicht der Charakter einer Dienstbarkeit innewohnt. Anders verhält es sich in dem unten Note 7 erwähnten Falle.

⁷⁾ Diesem Erfordernisse ist auch in dem sehr häufigen Falle entsprochen, in welchem eine Interessentenschaft (vergl. oben §. 16) weiderechtigt ist auf den Grund-

- b) Ist der Grundeigenthümer neben dem Weideberechtigten auf seinem belasteten Grundeigenthume zur Weide befugt, so liegt die sogenannte Mithude vor. Dieses ist im Zweifel zu präsumiren; auch verlor der Eigenthümer dieses Recht nicht, selbst wenn er es seit unvordenklicher Zeit nicht ausgeübt. Nur durch qualificirte Verjährung, d. h. wenn er an der Mithude gehindert war und sich die ganze Ersitzungszeit hindurch dabei beruhigt hat, ging sein Recht verloren⁸⁾. Dabei steht er in jedem Falle dem Servitutberechtigten nach, so daß, falls das dienende Grundstück nicht beide befriedigen kann, der Eigenthümer seine Mithud entsprechend beschränken muß⁹⁾.
- c) Schließlich können auch mehrere Güter bezw. Personen hinsichtlich desselben Grundstücks oder derselben Grundstücke weideberechtigt sein. Dann spricht man von einer *Roppelhude*¹⁰⁾.

stücken ihrer Mitglieder, da ja der Weideberechtigte (die Interessentschaft) nicht identisch ist mit dem Grundeigenthümer (den einzelnen Interessenten). In den Fällen wechselseitigen Weiderechts aber (s. unten Note 12) wird dieser Grundsatz in gewisser Beziehung modificirt.

Ist jedoch z. B. eine Weideinteressentschaft Eigenthümerin eines Weideangers, so kann regelmäßig keiner der hierher gehörigen Fälle vorliegen, da dann nicht gleichzeitig dieselbe Interessentschaft an dem Grundstücke weideberechtigt sein kann. In diesem Falle erscheinen vielmehr die einzelnen Mitglieder der Interessentschaft (im Gegensatz zu dem in Note 6 erwähnten Falle) als Weideberechtigte, so daß ein sog. Roppelweiderecht im Sinne des §. 76, 2c anzunehmen ist.

Auch eine ganze Feldmark kann als belastet mit einem Weiderecht erscheinen, in welchem Falle sich dieses nicht auf solche Grundstücke erstreckt, welche nachweislich erst später zu ihr gekommen sind; Erf. d. O.-A.-G. Wolf. v. 20. April 1836 i. S. Denecke c. Lamme.

⁸⁾ Stobbe, a. a. O. II, S. 227; Hagemann, Praktische Erörterungen VI, 12. — Jetzt kommt hierfür das B. G.-B. in Betracht.

Decr. d. O.-A.-G. Wolf. v. 17. Dec. 1844 i. S. Steinberg c. Ackerleute Goot zu Destrum; Decr. d. L.-G. Wolf. v. 12. März 1833 i. S. Gludene c. Domänen-direction; Erf. O.-A.-G. Wolf. v. 23. Juni 1840 i. S. Oppermann c. Quidde und D.-G. Wolf. v. 6. Jan. 1862 i. S. v. Cramer c. Separationsinteressentschaft Sambleben. Vergl. auch Seuff. Arch. XXII, Nr. 20.

⁹⁾ Stobbe, a. a. O., §. 98, 5; Windscheid, Pand., §. 209, Note 13; dagegen: Dernburg, Pand. I, S. 564.

Daß übrigens vertraglich oder observanzmäßig eine andere Regelung der Verhältnisse zwischen Eigenthümer und Weideberechtigten möglich, erkennt an: Zeitschr. f. R. XXIV, 165.

¹⁰⁾ Am reinsten liegt dieser Fall vor, wenn Mehrere auf fremdem Grund und Boden die gemeinschaftliche Weide auf Grund einer Dienstbarkeit haben, ohne daß der Grundeigenthümer hüten darf, z. B. wenn mehrere außerhalb einer Gemeinde stehende Güter auf der Feldmark der letzteren hüten dürfen, ohne daß die Eigenthümer der zur Feldmark gehörigen Grundstücke ein Mithuderecht haben; oder wenn die Mitglieder einer Interessentschaft auf dem der letzteren gehörigen Weideanger gemeinschaftlich hüten dürfen. Weniger rein findet sich das Recht der Roppelhude, wenn Mehrere (natürliche oder juristische Personen), welche keine eine juristische Person ausmachende Gesamtheit bilden, gegenseitig auf ihren Aedern weiden dürfen, in welchem Falle ein Jeder das Recht theils auf eigenem, theils auf fremdem Grundstücke ausübt und streng genommen nur in letzterer Hinsicht von Weideberechtigung, in ersterer aber von Mithut zu reden ist.

Die genannten drei Arten der Weideberechtigungen finden sich nicht immer rein, sondern auch mit einander verschmolzen¹¹⁾. Hierneben noch von einem wechselseitigen Weiderecht, als einer besonderen Art zu sprechen, erscheint als eine übertriebene Distinction¹²⁾. Dagegen sind als Unterarten der Weidegerechtigkeit noch das Hürdenschlags- und das Pferchrecht zu nennen, welche aber hauptsächlich bei der Schafzucht vorkommen und deshalb im folgenden Paragraphen besprochen werden sollen¹³⁾.

3. Betreffs der Ausübung des Weiderechts, insbesondere seiner Beschränkungen, gelten die allgemeinen Grundsätze¹⁴⁾, soweit nicht die particularen Rechtsätze eingreifen. Zu letzteren gehören die nachfolgenden Bestimmungen:

- a) Ganz im Allgemeinen ist verordnet, daß das Vieh nicht hirtelos gelassen¹⁵⁾ und in Ausübung eines gemeinschaftlichen Weiderechts nur in Heerden geweidet werden darf, wenn nicht die Befugniß zum Einzelhüten im besonderen Falle gestattet oder rechtlich erworben ist¹⁶⁾. Für den Weserkreis bestehen besondere Vorschriften ähnlichen Inhalts¹⁷⁾.

Schon durch Verordn. v. 5. Nov. 1763 (Schneider, Repert. II, 24 ff.) ist die Theilung der Koppelhuden angebahnt.

¹¹⁾ S. z. B. den in voriger Anmerkung a. E. erwähnten Fall.

¹²⁾ Alle Fälle, welche man hierher zu rechnen pflegt, gehören vielmehr zu den genannten drei Grundtypen oder bilden doch Combinationen derselben.

Wenn daher die Mitglieder einer Interessentschaft auf ihren Grundstücken wechselseitig das Weiderecht ausüben dürfen, so liegt thatsächlich bloß der unter a) erwähnte Fall vor, da nicht die einzelnen Interessenten, sondern die Interessentschaft die Weideberechtigte ist (vergl. oben Noten 5 u. 6).

Wenn andererseits nicht im Gemeinheitsverbande stehende Güter oder Personen wechselseitig auf ihren Grundstücken weiden dürfen, so handelt es sich um den oben in Note 10 a. E. erwähnten Fall der Koppelhude.

¹³⁾ §. 77, Noten 23 ff. u. 27 ff.

¹⁴⁾ Stobbe, a. a. O. II, §. 98, II. Vergl. §§. 1090 ff. B. G.-B.

¹⁵⁾ Dieses Verbot, welches in Art. 67 d. Allgem. Landesordn. v. 1647 (Steinacker, Promt. II, 434 u. R. Steinacker, Größere Organisationsgesetze, S. 74) enthalten ist, hat nicht nur den Charakter einer privatrechtlichen Norm, deren Verletzung dem dadurch geschädigten Eigenthümer den Eigenthumsanspruch gegen den Weideberechtigten gewährt, sondern auch eine öffentlich rechtliche Natur, wie aus seiner Aufnahme in §. 18, II, 2 u. 3 d. Braunsch. Pol.-Str.-G.-B. v. 27. Nov. 1872, jetzt §. 18, III, 2 u. 3 Pol.-Str.-G.-B. v. 23. März 1899 hervorgeht. Die von Steinacker, Privatr., S. 421, Note 6 unter Berufung auf d. Erf. d. O.-L.-G. Wolf. v. 21. März 1833 vertretene Ansicht, daß gegen dieses Verbot bei freiwilligem Verzicht der Betheiligten die außerordentliche Verjährung möglich sei, kann daher heute nicht mehr gelten.

Wer berechtigt ist, unter dem Hausen eines Anderen zu weiden, kann auch einen Hirten für diese Heerde verlangen, und zwar ohne seine Kosten, wenn nicht herkömmlich oder vertraglich ein Anderes feststeht; Erf. d. O.-L.-G. Wolf. v. 17. Dec. 1832 i. E. Fischer c. Cammer.

¹⁶⁾ Das Verbot des Einzelhütens, welches zuerst durch die Allgem. Landesordn. v. 7. März 1647, §. 67 vergl. mit §. 64 das. (Steinacker, Organisationsges., S. 73 f.) aufgestellt und durch Landesf. Verordn. v. 27. Febr. 1769

- b) Ueber die Art des Viehes, welches den Inhalt eines Weiderechts bildet, entscheidet in erster Linie Herkommen oder Vertrag. Hiernach giebt es besondere Ziegen-, Schaf- oder Pferde- und dergl. Huden oder Weiden, welche mehreren Arten von Vieh gleichzeitig offen stehen. Landesgesetzlich ist daneben nur bestimmt, daß Schweine und Gänse auf den Wiesen nicht geduldet werden sollen¹⁸⁾, und daß Ziegen nur an ganz unschädlichen Orten außerhalb der Holzung oder an den Forstorten, wo die Ziegenhude gestattet oder rechtlich erworben ist, gehütet werden dürfen¹⁹⁾. Die Schweine sollen ferner von Lichtmessen bis Michaelis ebenfalls in den Forsten, wo „der Landesherr

(Fredersdorff, Promt. II, 649 f.) wiederholt wurde, auch durch die Strafbestimmungen d. Forststr.-Ges. v. 26. Juli 1837, Nr. 34, §. 84, d. Pol.-Str.-G.-B. v. 18. Aug. 1855, §§. 279 ff. vergl. mit dem Forststr.-Ges. v. 1. April 1879, §. 27 u. dem Pol.-Str.-G.-B. v. 23. März 1899, §. 18, III, Z. 2 bis 4 Ausdruck gefunden, beruht zwar zunächst auf polizeilichem, daneben aber auch auf privatrechtlichem Grunde, so daß sich gegen seine Nichtbeachtung der mit dem Weiderechte belastete Grundeigentümer durch die Eigenthumsklage schützen kann.

Das Verbot des Einzelhütens hat an und für sich mit dem Stabrecht eines Dritten (s. unten §. 77, 3) nichts zu thun. A. M.: Zeitschr. f. R. XXXI, 123; XXVIII, 155.

Eine gesetzliche Ausnahme ist für die Forstbeamten wegen ihrer isolirten Wohnungen statuiert (Rescr. d. Cammercoll. vom 19. October 1826 in Wege, Repert. II, 148).

Vergl. auch noch im Allgemeinen über das Verbot des Einzelhütens und dessen Ausnahmen: Zeitschr. f. R. XXVIII, 155 ff. u. XXXI, 123 ff.

¹⁷⁾ Diese besonderen Vorschriften, welche sich in der Landesf. Forstresolution v. 12. März 1765, in dem dieselbe nochmals einschärfenden Cammerumlauf v. 29. April 1767 und in der Landesf. Verordn. v. 22. Febr. 1769 (Steinacker, Promt. II, 434 ff.) befinden, verbieten insbesondere das Einzelhüten an Wegen ohne Hirten, bestimmen, daß jede Gemeinde für jede Art Vieh einen Hirten haben und das Vieh nur heerdenweise unter diesem gehütet werden solle, daß in den Forsten künftig nur an den dazu bestimmten Plätzen, und schließlich, daß Vieh ohne Hirten nur auf eingegegten Huden gehütet werden dürfe.

¹⁸⁾ Landesf. Ausschreiben v. 17. April 1753 (Steinacker, Promt. II, 341).

¹⁹⁾ Die Allgem. Landesordn., Art. 47 (Steinacker, Promt. II, 524; A. Steinacker, Größere Organisationsges., S. 70) bestimmte, daß die Ziegen gänzlich abgeschafft und bei Verlust derselben nicht mehr auf gemeinschaftlicher Weide, im Holze und im Felde gelitten werden sollten, nachdem schon durch Ausschreiben v. 19. Mai 1578 verboten war, die Ziegen mit Hirten auszutreiben. Indessen schon das Landesf. Circ.-Rescr. v. 22. Juli 1669 sprach wieder die Duldung der gerade vorhandenen Anzahl Ziegen aus, mit dem Vorbehalt, daß sie nur an unschädlichen Orten außerhalb der Forsten gehütet werden sollten. Desgl. gestattete für den Weserdistrikt d. Fürstl. Cammerrescr. v. 25. Mai 1715 das Halten von Ziegen, jedoch nur für diejenigen, die keine Kuh halten konnten, wobei ferner bestimmt wurde, daß die Ziegen in einer Herde unter einem Ziegenhirten auf den von der Forst angewiesenen Plätzen geweidet werden sollen (Steinacker, Promt. II, 525). Dem entsprechend verbietet auch §. 76 d. Forststr.-G. v. 26. Juli 1837, Nr. 34 bei Strafe das Hüten von Ziegen in der Forst, sofern nicht ausnahmsweise die Ziegenhude daselbst gestattet oder rechtlich erworben ist. Diese Strafbestimmung ist in allgemeinerer Fassung in d. Forststr.-G. v. 1. April 1879, Nr. 18, §§. 22, 23, 2 übergegangen. Vergl. Mansfeld, Forststr.-Ges., S. 55.

die Wildbahn hat“, nicht geweidet werden²⁰⁾. Soweit demnach Gesetz, Herkommen oder Vertrag nicht ein Anderes bestimmen, umfaßt eine Weidgerechtigkeit alle Arten weidfähigen Viehes²¹⁾. Hierbei wird namentlich bei Mit- und Koppelhude, wenn die Kraft des belasteten Grundstückes nicht zur gleichzeitigen Befriedigung aller Vieharten ausreichend ist, die Reihenfolge derselben regelmäßig durch Herkommen oder Vertrag bestimmt. Gesetzlich ist in dieser Beziehung nur verordnet, daß Schweine auf der Stoppel vor anderem Vieh den Vorzug haben²²⁾. Fehlt es aber überhaupt an einer Regelung dieser Verhältnisse, so müssen die verschiedenen Arten als gleichberechtigt angesehen werden und bei geringerer Leistungsfähigkeit des Grundstückes eine verhältnismäßige Reducirung rücksichtlich aller Vieharten eintreten.

- c) Ueber die Stückzahl des Viehes, welches auf die Weide gebracht werden darf, stellt das particulare Recht allgemeine Grundsätze nicht auf²³⁾, sondern beschränkt sich darauf, für gewisse Classen von Weidberechtigten folgende Anordnungen zu treffen:

²⁰⁾ Landesf. Verordn. v. 2. März 1706 (Steinacker, Promt. II, 340; Schneider, Repert. II, 342; vergl. auch Woltered, Kurzer Begriff ic.), wo aber die geschlossene Zeit irrig als von Fastnacht bis Jacobi angegeben ist. Eine landesh. Wildbahn in dem früheren Sinne giebt es seit Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden durch Gef. v. 8. Sept. 1848, Nr. 39 nicht mehr (vergl. oben §. 63, II). Man wird aber die Bestimmung ihrem Sinne entsprechend jetzt auf alle Staats-, Cammer- und Klosterforsten anwenden müssen.

²¹⁾ Letzteres wird namentlich bei Weideängern die Regel sein, während bei Weiderechten, die auf Aedern, Wiesen oder Forsten ruhen, meist eine Beschränkung getroffen sein wird.

Vergl. auch noch Erf. d. O.-L.-G. Wolf. v. 22. März 1841 i. S. v. d. Schulenburg c. Gehlen, wo ausgesprochen ist, daß beispielsweise eine Schäfereigerechtigkeit nicht unbedingt das Hüten der Gänse auf denselben Grundstücken ausschließe.

²²⁾ Allgem. Landesordn., Art. 54 (Steinacker, Promt. II, 340 u. R. Steinacker, Größere Organij., S. 71).

Da diese den Schweinen zugestandene Vorhut kein dem Privatverkehre entzogenes Recht ist, so kann auch eine Abweichung davon Gegenstand des juristischen Besitzes und damit der Erfindung sein; Decr. d. O.-A.-G. Wolf. v. 15. Nov. 1836 i. S. Cammer c. Schlewecke.

²³⁾ Soweit daher in dieser Richtung keine Observanzen oder Verträge bestehen, muß die Frage nach der Stückzahl nach den allgemeinen Grundsätzen (vergl. auch Stobbe, Handb. d. deutsch. Privatr., 2. Aufl., II, §. 98, 1; Roth, D. Privatrecht III, §. 277; Pagemann, Landwirthschaftsr., §. 298; v. Bülow u. Hagemann, Prakt. Erört. IV, Nr. 55, 56 u. 57; Strube, Rechtl. Bedenken, Nr. 234; V, 142; in der Ausgabe von Spangenberg I, 367, 3) beantwortet werden, neben denen freilich auch die in der Gem.-Theil.-Ordn. §§. 87 ff. (i. oben §. 69, Note 5 ff.) aufgestellten Regeln Beachtung verdienen.

Ist hiernach das Weiderecht zu einem herrschenden Grundstücke, z. B. zu einem Gute gehörig, so darf so viel Vieh auf das dienende getrieben werden, als sich mit dem auf dem herrschenden gewonnenen Futter durchwintern läßt (Durchwintungsprincip). Vergl. Erf. d. O.-G. Wolf. v. 22. Febr. 1838 u. O.-A.-G. Wolf. v. 12. Jan. 1817 (Matthia, Controvers.-Ber. I, 2, S. 454, Pr. 1 u. 2). — Besitzt

Die Anbauer²⁴⁾, welche sich vor dem 9. März 1780 in den Gemeinden niedergelassen haben, dürfen eine Kuh und ein Schwein frei von Hirtenlohn und Weidegeld auf die gemeine Weide treiben, und haben auch, wenn die Gemeinde fremdes Vieh für Geld auf die Weide nehmen will, vor den Fremden den Vorzug. Die nach diesem Zeitpunkte zugezogenen Anbauer aber sind angewiesen, sich wegen der zu haltenden Stückzahl Vieh mit der Gemeinde oder Weideinteressenschaft zu einigen, anderenfalls auch für sie nur je eine Kuh und ein Schwein freigegeben ist²⁵⁾. Die nach dem 1. October 1876 zugezogenen Anbauer schließlich erwerben durch ihren Anbau nicht mehr das Recht, die Gemeindegeweid, sei es unentgeltlich oder für Weidegeld, mit zu benutzen²⁶⁾. Soweit hiernach aber den Anbauern überhaupt noch ein Weiderecht an der gemeinen Weide zusteht²⁷⁾, soll ihnen bei einer Specialtheilung, abgesehen von dem Futtergewinne, die Theilnahme für den Haushaltsbedarf mit anderthalb Weidekühen berechnet

aber das Weiderecht zu Gunsten einer juristischen oder auch physischen Person, so ist der Haushaltsbedarf nach Durchschnitt der letzten zehn Jahre maßgebend, wobei selbstverständlich Vieh, das zum Handel bestimmt ist, Pferde, die nicht zur Landbewirtschaftung nöthig sind, sondern zu Frachtfuhren gebraucht werden, nicht eingerechnet werden dürfen.

Kann das belastete Grundstück diesen Bedürfnissen nicht genügen, so ist die Verächtigung entsprechend zu vermindern, während bei größerer Leistungsfähigkeit eine verhältnißmäßige Steigerung eintritt.

²⁴⁾ Um als Anbauerwesen im Rechtssinne zu gelten, muß der Anbau eines Hauses auf dem Lande innerhalb der Gemeindegemarkung geschehen und muß seiner Bestimmung nach als Wohnung für eine ländliche Familie dienen. Damit sind aber diejenigen Baulichkeiten ausgeschlossen, welche vorwiegend eine andere Bestimmung haben, z. B. Fabriken, Mühlen, Abdeckereien, Gastwirthschaften, Ziegeleien, Zoll- und Wegehäuser, Gemeindegeweidhäuser u. dergl. Da ferner die Familie der ländlichen Bevölkerung angehören muß, so gehören Förstereien, Beamtenwohnungen u. dergl. nicht hierher. Das Grundstück muß schließlich ein selbständiges, nicht zum Complexe eines Hofes gehöriges sein. Vergl. Decr. d. D.-L.-G. Wolf. v. 13. Dec. 1849 i. S. Salder c. Sander; Erf. d. D.-G. Wolf. 3. Sen. v. 6. Febr. 1851 i. S. Geitelde c. Jürgens und von 1853 i. S. Franke u. Conj. c. Calbecht; v. 1854 i. S. Bues c. Gr.-Stöckheim; ferner D.-G. 1. Sen. v. 20. Mai 1856 i. S. Behrens c. Wahn-schaffe, sowie schließlich Zeitschr. f. R. I, 152.

²⁵⁾ Landesf. Verordn. v. 9. März 1780 und Landesf. Decr. v. 3. Aug. 1870 (Fredericksdorff, Promt. V, 232; Steinacker, Promt. II, 491; Schneider, Repert. I, 294 ff.) vergl. mit Rescr. d. Fürstl. Cammer v. 18. April 1828 (Bege, Repert. II, 241).

²⁶⁾ Ges. Nr. 85 v. 19. Sept. 1876.

Die Weiderechte der älteren Anbauer sind durch dieses Gesetz nicht berührt und ebenso ist für die neuen Anbauer durch dasselbe keineswegs die Möglichkeit des Erwerbes des Weiderechts auf Grund eines anderen Rechtstitels aufgehoben.

²⁷⁾ Dieses Weiderecht der Anbauer war ein Zubehör zu dem Anbauerwesen und konnte davon nicht getrennt werden, folgeweise auch nicht durch langjährigen Nichtgebrauch, auch nicht durch ordentliche, selbst qualifizierte Verjährung, sondern nur durch juristische, hier nur durch positive Ausschließungshandlungen erkennbaren und wenigstens 40 Jahre hindurch fortgesetzten Besitz der Freiheit seitens des belasteten Grundstücks untergehen; Erf. d. D.-G. 3. Sen. v. 1854 i. S. Bues c. Gr.-Stöckheim.

werden, wenn sie nicht zur Aushüttung eines stärkeren, der Art und Zahl nach festgesetzten Viehstammes berechtigt sind²⁸⁾.

Hinsichtlich der Kirchendiener ferner bestimmte schon die Kirchenordnung des Herzogs Julius von 1569, daß dieselben an der Hude und Weide gleich anderen Einwohnern nach jedes Ortes Maß und Ordnung Theil haben sollten²⁹⁾. Im Verfolg dieser Bestimmung gestattete eine spätere Verordnung den Kirchen- und Schuldienern, ihr Vieh, soweit solches ohne merklichen Abbruch und Nachtheil der Gemeinde geschehen könne und hergebracht sei, frei auf die gemeine Weide zu treiben³⁰⁾, doch ist diese Berechtigung für die Prediger hiernach auf die zur Pfarre gehörigen eisernen Röhre und in deren Ermangelung auf vier Röhre, bei größerem Wiesenwachs auf deren sechs und für Schullehrer und Opferleute auf zwei Röhre³¹⁾ in der Art beschränkt, daß dieselben, wenn sie mehr Vieh halten, davon gleich den übrigen Berechtigten Hirtenlohn und andere onera publica entrichten sollen³²⁾. Indessen soll auch die oben bezeichnerte Zahl auf Beschwerde der Gemeinde durch die betreffende Ortsbehörde vermindert werden können, wenn die anzustellende Untersuchung ergeben sollte, daß einerseits die gemeine Weide eine solche Last nicht zu tragen im Stande ist, und daß andererseits die Prediger bezw. Opferleute bei Haltung einer geringeren Zahl Vieh trotzdem bestehen können³³⁾.

Die weiter hierher gehörige Bestimmung, daß derjenige, welcher keinen Spanndienst geleistet, die Gemeindeweide, falls nicht ein Anderes hergebracht ist, nicht mit Pferden betreiben darf, hat noch heute

Ein Verzicht ist nur wirksam:

1. wenn er nach 1850 ausgesprochen ist im Falle der gerichtlichen oder notariellen Verlautbarung;
2. wenn vorher:

- a) hinsichtlich der vor 1780 erlangten Rechte nur durch obrigkeitlich bestätigten Vertrag und mit Landesh. Genehmigung;
- b) hinsichtlich der nach 1780 durch Vereinbarung erworbenen Rechte auch ohne Bestätigung, sofern der Verzicht vor oder bei dem Anbau geschehen ist.

²⁸⁾ Ges., die Gem.-Theil.-Ordn. betr., v. 20. Dec. 1834, Nr. 22, §. 76; früher Verordn. v. 26. März 1823, Nr. 9, §. 14.

²⁹⁾ Ueber die fortdauernde Geltung dieses Grundgesetzes s. Steinacker, Privatr., S. 422, Note 4.

³⁰⁾ Landesh. Verordn. v. 15. Nov. 1656 (Steinacker, Promt. II, 33).

³¹⁾ Landesh. Verordn. v. 14. April 1658 und v. 2. Nov. 1699 (Steinacker, Promt. II, 33).

³²⁾ Landesh. Verordn. v. 2. Nov. 1699 (Steinacker, Promt. II, 33).

³³⁾ Landesh. Verordn. v. 1. März 1700.

S. über das Weiderecht der Pfarren u. Opfereien überhaupt noch: Stübner, Kirchenverfassung in den Herzogl. Br.-Lüneb. Landen II, 207; Rudewig, Kirchenverf. im Herzogthum Braunschweig, S. 82; v. Siebhaber, Einl. in das Br.-Lüneb. Landestr. II, 443 ff.

Gültigkeit³⁴⁾, während die Vorschriften, nach denen auch gewissen Beamten eine bestimmte Anzahl Vieh zur gemeinen Weide freigegeben war, längst antiquirt ist³⁵⁾. Nur für die Hüttenwerke Tanne, Rübeland, Altenbrack und Neuwerk gelten noch besondere Verordnungen, welche den Bergbeamten, Bergarbeitern, Schullehrern, Förstern und Häuslingen gestatten, eine bestimmte Anzahl Rüge und Kinder unentgeltlich auf die gemeine Weide zu treiben³⁶⁾.

- d) Wegen der Zeit, innerhalb deren das Weiderecht ausgeübt werden darf, ist zwischen den verschiedenen Arten der belasteten Grundstücke zu unterscheiden.
 - aa) Die Weideäuger sind regelmäßig zu jeder Jahreszeit dem Weidegange geöffnet.
 - bb) Hinsichtlich der Forsten hat die Landesgesetzgebung, abgesehen von der schon erwähnten Bestimmung, wonach in den Forsten, in welchen der Landesherr die Wildbahn hat, die Schweine von Lichtmessen bis Michaelis nicht gehütet werden dürfen³⁷⁾, nur vorgeschrieben, daß diejenigen, welche eigene Hude und Weide haben und daneben in herrschaftlichen Forsten zur Weide berechtigt sind, abwechselnd eine Woche um die andere, oder wie es sonst

³⁴⁾ Allgem. Landesordn., Art. 35 (Steinacker, Promt. I, 377 u. R. Steinacker, Größere Organisationsges., S. 67). — Da heutzutage die Reallasten, insbesondere die Spanndienste gewiß überall abgelöst sind, ist für die Frage, ob ein Bauernhof zur Pferdeweide berechtigt ist, zunächst entscheidend, ob derselbe vor der Ablösung Spanndienste geleistet hat. Aber auch, wenn dies nicht der Fall, kann der Erwerb dieses Rechts auf einem anderen Titel beruhen, der indessen besonders nachzuweisen ist.

Wegen der Rothschaffen vergl. Verordn. v. 12. Sept. 1688 u. 12. Aug. 1690 (Steinacker, Promt. II, 49).

³⁵⁾ Die Amtscammerordn. v. 1688 bestimmte in Art. 41, daß ein Beamter sechs Rüge und zehn Schweine, ein Amtsschreiber vier Rüge und sechs Schweine, ein Amts- oder Ackervoigt drei Rüge und drei Schweine, ein Scheurenvoigt, Pförtner und dergleichen Amtsdienere eine Kuh, ein Kind und zwei Schweine frei auf die gemeine Weide treiben dürften (Steinacker, Größere Organisationsges., S. 355; v. Siebhaber, Einl. in d. Br.-Lüneb. Landesr. II, 443).

³⁶⁾ Es ist dies die sog. Viehordn. v. 17. Febr. 1725 (Steinacker, Promt. I, 217 f.), welche in verschiedenen Ausgaben für alle vier Hüttenorte

- a) dem Oberfactor 20, dem Hütteneschreiber 12, den übrigen Hüttenbeamten 2 bzw. 3 Rüge,
- b) den Einwohnern drei Stück ohne Entgelt,
- c) den Häuslingen und Miethlingen zwei milchende Rüge gegen 6 Ggr. Weidegeld,
- d) dem Schulmeister drei Stück und ein Kind zur Weide zu treiben gestattet und daneben für Tanne noch weiter dem Prediger neun Rüge und drei Kinder, dem Förster neun Stück und vier Kinder freigiebt, während für Rübeland den Bergvoigten erlaubt ist, sechs Stück Vieh unentgeltlich auf die gemeine Weide zu treiben.

Vergl. auch Decl. v. 6. Oct. 1729 (Steinacker, a. a. O.).

³⁷⁾ Vergl. oben Note 20.

die Gelegenheit und die Größe der Weide zuläßt, ihre eigene Weide und die in der Forst betreiben und kein fremdes Vieh unter ihre Heerde aufnehmen dürfen³⁸⁾.

- cc) Bei den Wiesen ist zwischen einschürigen und zweischürigen oder sogenannten Grummetwiesen zu unterscheiden³⁹⁾. Bei ersteren beginnt die Hégungszeit mit dem 12. Mai, weshalb der 11. Mai der letzte Termin der Frühlingshütung dieser Wiesen ist⁴⁰⁾. Wegen der zweischürigen Wiesen ist dagegen bestimmt, daß die Hégungszeit schon am 1. Mai ihren Anfang nehmen soll⁴¹⁾. Hierbei gelten aber als zweischürig nur diejenigen Wiesen, welche entweder zur Zeit des Landesfürstlichen Umschreibens vom

³⁸⁾ Forstreglement v. 14. Aug. 1686, §. 38 (Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 315 f.).

Da sich nur in diesem Gesetze das Verbot der Aufnahme fremden Viehes hervorgehoben findet, so dürfte für alle übrigen Fälle die Frage, ob der Weideberechtigte fremdes Vieh austreiben darf, wenigstens dann, wenn er die für ihn bestimmte Stückzahl nicht überschreitet, in Ermangelung entgegenstehender Observanzen oder Verträge zu bejahen sein; vergl. Stobbe, a. a. O. II, 225; v. Bülow u. Hagemann, Prakt. Erört. IV, 56, 57, 58; Strube, Rechtsl. Bedenken, Nr. 234 (V, 142; in der Ausgabe von Spangenberg I, 367).

S. auch Braunschw. Pol.-Str.-G.-B. v. 23. März 1899, §. 18, III, 1, früher v. 27. Nov. 1872, §. 18, II, 1 „wer unbefugt mit dem eigenen Vieh fremdes Vieh auf die gemeine Weide treibt . . .“

³⁹⁾ Verordn. v. 26. März 1823, Nr. 13; Declaration v. 18. Juni 1827, Nr. 10 über die bestimmten Hégungszeiten. — Schon die Allgem. Landesordn. v. 1647 bestimmte in Art. 56 (Steinacker, Promt. II, 497; R. Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 72), daß alle Privat- und Gemeinbewiesen, die gewöhnlich gehégt wurden, auf Walpurgis oder wann es sonst an jedem Orte hergebracht, zugestéckt werden sollten. Damit nun hierin eine Gleichheit beobachtet und der Wiesenwuchs befördert werde, wurde durch Landesausschr. v. 17. April 1753 (Steinacker, Promt. II, 497) verordnet, daß mit der Hégung der zweischürigen oder Grummetwiesen auf neuen Walpurgis, der einschürigen aber auf alten Walpurgis der Anfang gemacht werde, wobei der Unterschied zwischen altem (1. Mai) und neuem Walpurgis (11. Mai) durch die Einführung der neuen Zeitberechnung im Jahre 1700 (Edict v. 22. Dec. 1699) veranlaßt war.

⁴⁰⁾ Nur den Anfang der geschlossenen Zeit bestimmen die Landesgesetze, ihren Endpunkt lassen sie unbestimmt. Nach den gemeinrechtlichen Grundsätzen muß man aber annehmen, daß die Wiesen behütet werden dürfen, sobald die Heuernte beendet ist, und zwar bei zweischürigen Wiesen, wenn die Grummeternte beendet ist. Dabei ist analog den Bestimmungen über die Getreideernte (s. unten bei Note 46) die Heuernte erst dann als beendet anzusehen, wenn die Heuhaufen von der Wiese entfernt worden sind; vergl. Fredersdorff, Anweisung f. Justizbeamte III, 465; Steinacker, Br. Privatr., S. 426, Note 28 und Erl. d. D.-L.-G. Wolf. v. 18. Juni 1830 i. S. Schulze c. Eschershausen. Vergl. auch folgende Note.

⁴¹⁾ Vergl. die in Note 39 cit. Landesgef. und Note 40. — Alle diese Vorschriften bestimmen aber nur einen Termin, über welchen hinaus die Frühjahrs-hütung sich nicht erstrecken soll; sie geben andererseits keine Rechtsvermuthung, daß sich das Hütungsrecht nun auch wirklich bis zum 1. bezw. 12. Mai erstrecke. Letzteres muß vielmehr auf einen besonders zu beweisenden Rechtsmittel gegründet werden; Erl. d. L.-G. Wolf. v. 24. Oct. 1826 i. S. Gemeinde Wenden c. Ackerleute Bebenroth u. Schönian.

17. April 1753 schon zweischurig waren oder aus der Classe der einschurigen in die der zweischurigen Wiesen übergegangen sind, es mag dies durch einen Vertrag sämmtlicher Interessenten, oder dadurch geschehen sein, daß die Wiese rechtsverjährende Zeit hindurch als zweischurig behandelt worden und vom 1. Mai an gehegt ist ⁴²⁾. Eine spätere Behütung der Wiesen, als wie am 1. bezw. 12. Mai, ist gänzlich verboten und kann auch durch Herkommen, Observanz oder Verjährung nicht erworben werden, wogegen hergebrachte oder sonst bestehende frühere Hegungstermine beobachtet werden müssen ⁴³⁾. Selbstverständlich beziehen sich aber alle Bestimmungen über die Hegungszeit nur auf solche Hütungsberechtigungen, welche das Eigenthum beschränken, und der Eigenthümer solcher Wiesen, an welchen keinem Dritten eine Weideberechtigung zusteht, ist an dieselben bei Ausübung seines Rechtes nicht gebunden ⁴⁴⁾.

- dd) Für das Weiderecht auf Aedern schließlich beginnt die geschlossene Zeit regelmäßig mit der Bestellung und endigt mit der Ernte ⁴⁵⁾. Die particulare Gesetzgebung bestimmt dazu noch Folgendes:

Das Hüten im Felde zwischen den Stiegen und bevor diese mit dem sogenannten Nachharkelse weggebracht sind, ist verboten ⁴⁶⁾.

⁴²⁾ Decl. v. 18. Juni 1827, Nr. 13. Vergl. Decr. d. D.-A.-G. Wolf. v. 14. September 1841 i. S. Greene c. Cammer u. Minist.-Refcr. v. 2. Nov. 1837; v. Bülow u. Hagemann, Prakt. Erört. III, 182.

⁴³⁾ Refcr. d. Geh. Raths-Coll. v. 18. März 1824 (Bege, Repert. I, 472). Decr. d. L.-G. Wolf. v. 19. Oct. 1827 i. S. Lobmacherfen c. Lobmacherfen; Erf. d. D.-A.-G. Wolf. v. 25. Oct. 1827 i. S. Heerte c. Heerte; Erf. d. D.-L.-G. Wolf. v. 7. April 1840 i. S. Rothjassen c. Ackerleute Söllingen.

Wenn also der Eigenthümer der Wiesen eine noch ausgedehntere Hegungsfrist derselben auf rechtsbeständige Weise hergebracht hat, so behält es dabei sein Bewenden; Erf. d. L.-G. Wolf. v. 25. Mai 1830 i. S. Deppe c. Göhmann.

⁴⁴⁾ Decl. v. 18. Juni 1827, Nr. 13. — Vergl. Hagemann, Landwirthschaftsr., §. 291.

⁴⁵⁾ Ueber diesen gemeinrechtlichen Grundsatz s. Hagemann, Landwirthschaftsr., S. 559 und Scholz III, Schäferer., S. 211. Darüber, wann ein Acker als bestellt anzusehen sei, s. Scholz, a. a. D., S. 100.

⁴⁶⁾ Allgem. Landesordn., Art. 53 (Steinacker, Promt. II, 365 u. R. Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 71).

Daraus, daß die Strafbestimmung dieser Vorschrift (5 fl. Strafe) nicht in das heutige Pol.-Str.-G.-B. v. 27. Nov. 1872 übergegangen ist, welches in §. 18 die Feldpolizei regelt, folgt keineswegs die Beseitigung dieses Verbotes überhaupt, sondern nur, daß dasselbe eine lediglich privatrechtliche Bedeutung hat. Die Nichtbeachtung dieses Verbotes giebt daher dem Grundeigenthümer einen mit der Eigenthumsklage verfolgbaren Anspruch. — Schon aus diesem Grunde ergibt sich, daß das Verbot auf das Behüten der eigenen mit Stiegen besetzten Felder keine Anwendung findet; Erf. d. L.-G. Wolf. v. 23. Juni 1823 i. S. Merweg c. Lehre.

Zur Schonung der Futterkräuter sind nachstehende Bestimmungen getroffen ⁴⁷⁾:

Jeder Besitzer von Aedern, die mit fremdem Huderect belastet sind, kann verlangen, daß der von ihm bestellte Klee oder die Esparsette und Luzerne mit der Hütung im Frühjahr und Herbst verschont werde ⁴⁸⁾. Diese Schonung tritt vollständig ein, wenn die mit solchen Futterkräutern bestellte Fläche nicht über den achten Theil sämmtlicher von dem Aderbesitzer auf der Feldmark cultivirten Aeder einnimmt; umfaßt die Fläche einen größeren Theil und hat der Aderbesitzer das Recht der Schonung nicht schon im größeren Umfange erworben, so bleibt der Mehrbetrag der Fläche der Hütung im Herbst gleich den anderen Aedern unterworfen und muß nur im Frühjahr, wie der übrige Theil der mit Futterkräutern bestellten Felber, verschont bleiben ⁴⁹⁾. Indessen ist in jedem Falle zur Erlangung einer vollständigen Schonung der solcher- gestalt gesetzlich oder durch Rechtservwerb bestehenden Schonung erforderlich, daß der Aderbesitzer die Stücke zum Bau der Futterkräuter so wählt, daß die Behütung der dem Vieh geöffnieten übrigen Felber dadurch nicht zu sehr beschwert oder verhindert wird, was vornehmlich dann anzunehmen ist, wenn 1. die gewöhnliche Trift zu den offenen Feldern dadurch abgeschnitten wird, oder 2. das mit Futterkräutern bestellte Feld von den der Hütung offenen Feldern ganz umgeben ist und weniger als zwei Morgen enthält, oder 3. wenn dasselbe den bestellten Aedern so nahe liegt, daß der der Hütung offene Zwischenraum von dem dazu Berechtigten nicht genutzt werden kann ⁵⁰⁾. In den hier unter 1. und 2. genannten und ähnlichen Fällen sind jedoch die Stücke der Behütung nicht völlig unterworfen, sondern es ist den Hütungsberechtigten nur an ein-

⁴⁷⁾ Ges. v. 14. Mai 1835, Nr. 37.

Während die Allgem. Landesordn., Art. 58, noch die Bestellung des Brachfeldes zum Nachtheile gemeiner Weide ganz untersagte und das Abhüten der trotzdem bestellten Aeder gestattete, war bereits durch Verordn. v. 2. März 1802 (Fredericks v. Promt. VII, 80 und Steinacker, Promt. I, 355) den Obrigkeiten und den zur Stoppelhube Berechtigten die Schonung der Kleeäcker anempfohlen. Die nunmehr durch das Ges. v. 14. Mai 1835 aufgehobene Verordn. v. 26. März 1823, Nr. 11 bestimmte sodann, daß jeder Eigenthümer eines mit Huderect belasteten Aeders befugt sei, zu verlangen, daß der im Sommerfelde gesäete Klee mit der Hütung geschont werde, falls er nicht den vierten Theil seiner Länderei an Sommerfeld einnehme und so belegen sei, daß die Ausübung des Hütungsrechts auf dem offenen Felde nicht zu schwierig sei.

⁴⁸⁾ §. 1, l. c. Der „Besitzer“ kann diese Schonung verlangen, und zwar, wie man bei dieser Fassung und der praktischen Bedeutung des Gesetzes zu bezweifeln keinen Grund hat, nicht nur der juristische Besitzer, sondern auch der Detentor des früheren Rechts, unter dem das Gesetz entstanden ist, also namentlich der Pächter. Ueber die ihm zu Gebote stehenden Rechtsmittel s. unten Note 54.

Uebrigens können die hier aufgezählten drei Futterarten nicht bloß als exemplificirend angesehen werden, sondern müssen als den sonst im Gesetze gebrauchten allgemeinen Begriff „Futterkräuter“ begrenzend angesehen werden. Die mit Lupine bestellten Felber unterliegen also z. B. den Vorschriften l. c. nicht.

⁴⁹⁾ §§. 1 u. 2, l. c. Dem Sinne der gesetzlichen Vorschrift nach können bei dieser Berechnung nur die mit einem Weiderecht belasteten Aeder mitgezählt werden.

⁵⁰⁾ §. 8, l. c.

zelnen Stellen die erforderliche Trift darüber gestattet, um die übrigen der Hütung geöffnieten Felder ohne zu große Schwierigkeit behüten zu können; und in dem unter 3. erwähnten Falle darf nur der Theil des mit Futterkräutern bestellten Stückes behütet werden, ohne welchen der fragliche Zwischenraum nicht zu behüten steht⁵¹⁾. Die Befreiung der mit Futterkräutern bestellten Aecker tritt sofort mit der Bestellung derselben ein, ohne Unterschied, ob solche im Winter-, Sommer- oder Brachfelde liegen, und ob sie unter andere Früchte oder für sich gesäet werden, und dauert, bis der letzte Schnitt abgebracht ist⁵²⁾. Der letzte Schnitt, nach welchem bis zum erfolgten Umbruch des Feldes das Stück dem Weidevieh preiszugeben ist, wird, wenn der Eigenthümer nicht ein Schonungszeichen auf die Felder steckt, oder den Hirten davon in Kenntniß setzt, daß er die Felder nochmals abzuernten beabsichtige, dann angenommen, wenn der Klee und die Esparsette zweimal, die Luzerne aber dreimal abgeschnitten ist⁵³⁾. Ob und wie weit nach obigen Bestimmungen eine Schonung der mit Futterkräutern bestellten Stücke stattfindet, entscheiden auf dem Lande die Ortsvorsteher und in den Städten eine besondere Deputation, gegen deren Entscheidungen Recurs an die Kreisdirection bzw. an den Stadtmagistrat zulässig ist⁵⁴⁾. Uebrigens steht es dem Ackerbesitzer frei, die Hütung der mit Futterkräutern bestellten Aecker, deren Schonung er zu verlangen befugt ist, wenn das Vieh dahin ohne Beschädigung benachbarter Grundstücke gelangen kann, allen oder einzelnen Hütungsberechtigten oder gewissen Heerden derselben die Hütung zu gestatten oder die Hütung mit seinem Vieh, falls er nicht mit der Hütung überall ausgeschlossen ist, vorzunehmen; doch ist das Vieh in allen Fällen nur in observanzmäßigen Heerden zuzulassen und das Einzelhüten verboten⁵⁵⁾.

4. Ueberall, wo nach Maßgabe der angeführten Bestimmungen bei den verschiedenen Arten belasteter Grundstücke überhaupt zwischen geschlossener und offener Zeit unterschieden wird, kann zu Zeiten einer Viehseuche die letztere vorübergehend verlängert werden. In dieser Beziehung bestimmt nämlich die Landesgesetzgebung, daß zur Zeit einer Viehseuche auf die Weide, auf welcher

⁵¹⁾ §. 4, l. c. — Ueber die bei entstehendem Streite zulässigen Rechtsmittel s. unten Note 54.

⁵²⁾ §. 5, l. c. — Diese Bestimmung entspricht durchaus dem zu Anfang hervorgehobenen Grundsatz über die geschlossenen Zeiten der Aecker.

⁵³⁾ §. 6, l. c.

⁵⁴⁾ §. 7, l. c. — Entsteht also Streit über die Frage, ob und in welchem Umfange Schonung einzutreten hat, so entscheiden die Ortsbehörden mit Ausschluß des Rechtsweges. In allen übrigen Fällen aber entscheiden die Gerichte; namentlich ist auch dann, wenn trotz unstreitigen oder durch erfolgte Entscheidung der Ortsbehörde festgestellten Bestehens der Schonung das Weiderecht ausgeübt ist, ein Klageanspruch für den Besitzer des Ackers (s. oben Note 48) erwachsen, über den die Gerichte entscheiden.

Ebenso können nur in den Fällen, welche zur richterlichen Competenz gehören, einstweilige Verfügungen auf Unterlassung der Weideausübung oder der Hinderung der letzteren erlassen werden.

⁵⁵⁾ §. 8, l. c. — Vergl. auch oben bei Note 14 ff.

sich das inficirte Vieh befindet, andere Viehheerden nicht zugetrieben werden dürfen, wogegen diese dann auf den übrigen Huderevieren nach Erforderniß der Umstände einige Zeit länger, wie sonst gewöhnlich ist, zugelassen werden müssen, was indessen ohne abändernden Einfluß auf die Hudegerechtigkeit überhaupt sein soll⁵⁶⁾.

5. Neben den allgemeinen Verpflichtungen, welche der Eigenthümer des belasteten Grundstückes in Ansehung der auf demselben ruhenden Weidgerechtigkeit nach den Grundsätzen über die Grunddienstbarkeiten nach dem B. G. B. hat, sind noch die nachfolgenden besonderen Bestimmungen der Landesgesetzgebung in dieser Beziehung hervorzuheben:

- a) Niemand, insbesondere keine Gemeinde, darf ohne Landesfürstliche Genehmigung Wiesen, Weiden und Holzungen in Ackerland verwandeln, sofern dieselben mit den die Cultur beschränkenden Servituten, insbesondere dem Weidrechte, oder der Zehntpflicht belastet sind⁵⁷⁾.
- b) In den Forsten sollen keine übermäßigen und über die Zeit der Nothwendigkeit hinausgehenden Zuschläge zum Schaden gemeiner Trift und Weide gemacht werden⁵⁸⁾.

⁵⁶⁾ Verordn. v. 30. Juli 1776 (Steinacker, Promt. II, 48). Diese Vorschrift hatte früher privatrechtliche und sanitätspolizeiliche Bedeutung. In letzterer Beziehung ist sie jedoch ersetzt durch das Reichsgesetz, betr. die Abwehr und Unterdrückung der Viehseuchen, v. 23. Juli 1880, welches namentlich in §§. 21 u. 66, 4 den gemeinschaftlichen Weidegang nach festgestelltem Ausbruch der Viehseuche bei Strafe verbietet.

⁵⁷⁾ Landtagsabsch. v. 1619, Art. 24 (Steinacker, Promt. I, 461; R. Steinacker, Größere Organisationsges., S. 47); Amtscammerordn. v. 1. Juli 1688, Art. 100 (Steinacker, Promt. II, 299 u. R. Steinacker, Größere Organisationsges., S. 371 f.); Landesf. Verordn. v. 13. Aug. 1750 (Steinacker, Promt. I, 20) u. landf. Privilegien v. 9. April 1770, Art. 73 (R. Steinacker, Größere Organisationsges., S. 608); vergl. mit §§. 184 ff. d. Ges. v. 20. Dec. 1834.

Dadurch, daß der Eigenthümer eines Forstgrundes (vergl. unten §§. 98, 99) nicht befugt ist, denselben zur Schmälerung einer darauf haftenden Weidgerechtsame in Ackerland umzuwandeln, ist ihm das Recht nicht genommen, mit gehöriger Schonung der Dienstbarkeit Anpflanzungen, Besamungen und Zuschläge vorzunehmen; auch ist der Eigenthümer eines hudepflichtigen Acker's berechtigt, solchen ordnungsmäßig insoweit zu cultiviren, daß die Weide, namentlich in den offenen Zeiten, daneben ausgeübt werden kann; Erf. d. D.-L.-G. Wolf. v. 18. März 1833 i. S. Bornum c. Becker, bestätigt v. D.-M.-G. das.; Erf. d. D.-M.-G. Wolf. v. 28. Sept. 1841 i. S. Blankenburg c. Forstdirection und D.-M.-G. Wolf. v. 13. März 1846 i. S. v. Bülow c. Cammer. Vergl. auch Erf. d. D.-M.-G. Wolf. v. 20. Jan. 1824 i. S. Papenrode c. v. Strombeck.

Die Umwandlung von Wiesen in Ackerland und von Ackern in Wiesen führt gewöhnlich bei jenen die Hudeart der Acker und bei diesen die Hudeart und Schonungszeit der Wiesen nach sich (Scholz III, Schäferrecht, S. 217), indessen finden sich auch Ausnahmen, so daß auch Wiesen, die früher Acker waren, im dritten Jahre (der früheren Brachzeit) der Hude offen bleiben müssen.

Vergl. auch noch Minist.-Rescr. v. 30. Jan. 1836 (Steinacker, Promt. I, 461, Note).

⁵⁸⁾ Forstordn. v. 14. Aug. 1686, §. 34 (R. Steinacker, Größere Orga-

- c) Von den außerhalb der Forsten liegenden Weideplätzen soll das darauf befindliche Buschwerk fortgeschafft werden ⁵⁹⁾.
- d) Klee-, Esparsette- und Luzernestoppeln dürfen, bevor sie nicht wenigstens acht Tage nach Abbringung des letzten Schnittes der Behütung geöffnet gewesen sind, und die Winter-, Roggen- und Weizenstoppeln vor dem 20. September ohne Einwilligung des Weideberechtigten nicht umgebrochen werden ⁶⁰⁾. Ausnahmen finden in folgenden Fällen statt: 1. Wenn der Ackerbesitzer die mit Futterkräutern bestellten Stücke nach dem letzten Schnitte der Behütung nicht durch ausgesteckte Schonungszeichen oder Benachrichtigung der Hirten entzieht, so bleibt ihm der Umbruch gestattet, bevor noch die Stoppel der Behütung acht Tage ausgelegt gewesen ist. 2. Wenn der Besitzer den Acker nach der Roggen- oder Weizenernte in demselben Jahre mit einer anderen Frucht bestellt, so ist er befugt, vorausgesetzt, daß er die Weideinteressenten oder deren Hirten sogleich benachrichtigt, die Stoppel, nachdem sie drei Tage lang geöffnet gewesen ist, umzubrechen. 3. Wenn der Ackerbesitzer nach dem Winterkorn Stoppelrüben bestellt, so darf er die Stoppel sofort nach dem Schnitt umbrechen. 4. Wenn er das Land nach der Winterkornenernte behufs der Reinigung in demselben Herbst mehr als einmal zu pflügen beabsichtigt, so ist er befugt, solches, nachdem die Stoppel 14 Tage lang der Hütung geöffnet gewesen, also regelmäßig schon vor dem 20. September, umzubrechen, vorausgesetzt, daß er von seiner Absicht die Weideinteressenten oder deren Hirten sogleich in Kenntniß gesetzt hat ⁶¹⁾.

Im Amte Thedinghausen finden die vorstehenden Vorschriften des Gesetzes vom 14. Mai 1835 keine Anwendung ⁶²⁾.

- e) Schließlich ist hierher noch die Bestimmung zu zählen, daß die hergebrachte Eintheilung der Dorffeldmarken in Winter-, Sommer- und

nisationsges., S. 325); landsh. Privilegien vom 9. April 1770, Art. 34 (Daf., S. 534).

Sowohl die zur Weide aufgegebenen, als die in Zuschlag gelegten Weidereviere sollen alljährlich von den Forstbehörden ermittelt und bekannt gemacht werden; siehe Cammerrecr. v. 13. Oct. 1824 (Vege, Repert. II, 123). — Daß durch Zuschläge der Holzweide nicht so viel entzogen werden darf, daß die Heerden der Weideberechtigten auf den noch übrigen Weiderevieren die erforderliche Nahrung finden, ist unter Anderem in dem Erf. d. D.-L.-G. Wolf. vom 9. Nov. 1826 i. S. Holzen c. Cammer ausgesprochen. Vergl. auch v. Bülow u. Hagemann, Prakt. Erört. II, Nr. 24; Hagemann, Landwirthschaftsr., S. 190.

⁵⁹⁾ Landesf. Verordn. v. 20. Jan. 1772 (Steinacker, Promt. I, 465). Diese zunächst für das Amt Harzburg gegebene Vorschrift hat später allgemeine Gültigkeit bekommen.

⁶⁰⁾ Gef. v. 14. Mai 1835, Nr. 37, §. 9. Vergl. oben bei Note 47 ff.

⁶¹⁾ §. 10, I. c. — Die Strafvorschriften des Gesetzes sind durch §. 18, III, B. 16 d. Braunsch. Pol.-Str.-G.-B. v. 23. März 1899, früher v. 27. Nov. 1872 ersetzt.

⁶²⁾ §. 13, I. c.

Brachfeld beibehalten werden, und das Einzelsäen in allen drei Feldern verboten sein sollte ⁶³⁾.

§. 77.

Schäfererecht.

Die Schafzucht hat drei Rechtsverhältnisse hervorgerufen, nämlich 1. das Schafhalterrecht, 2. die Schäferereigerechtigkeit und 3. die Schäferestabgerechtigkeit, woneben als Unterarten noch das Pferch- und das Hürdenschlagsrecht hervorzuheben sind 1).

1. Das Schafhalterrecht ist die Befugniß, Schafe zu halten und zu ernähren, sowohl im Stalle als auf eigenem oder gemiethetem Grund und Boden ²⁾. Die Bedingungen und Voraussetzungen des Schafhalterrechts sind lediglich die allgemeinen ³⁾. Das Recht ist daher weder Regal, noch ein Privilegium gewisser Stände oder Güter ⁴⁾, auch nicht nothwendig ein Ausfluß des Grundeigenthumes, sondern der natürlichen Freiheit ⁵⁾. Darum kann auch in unserem Herzogthume Jedermann Schafe halten, wenn auch das Verbot des Einzelsäens die Vereinigung der Schafe einzelner Eigenthümer mit den Heerden anderer zur Nothwendigkeit macht ⁶⁾. Nur erschwert ist für gewisse Classen von Personen durch die Landesgesetzgebung das Schafhalterrecht über eine bestimmte Stückzahl hinaus. Es ist nämlich vorgeschrieben, daß ein Ackermann nicht mehr als 30, ein Halbspänner 15, ein Köther, welcher weniger als 20 Morgen Land hat, 10 Schafe und, welcher weniger oder gar kein Land hat, nur 5 Stück auf die gemeine Weide treiben dürfen, von einer größeren Stückzahl aber ein gewisses Weidegeld geben müssen ⁷⁾.

⁶³⁾ Allgem. Landesordn. v. 1647, Art. 58 (R. Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 72 f.). Vergl. auch oben §. 74, Note 12.

Die allgem. Landesordn. bestimmte auch, welche Fruchtarten allein als Brachfrucht zu betrachten seien; doch ist diese Vorschrift durch §. 90 d. Gem.-Theil.-Ordn. v. 24. Dec. 1834, Nr. 22 aufgehoben.

¹⁾ Scholz III, Das Schäfererecht, 1837, S. 41. Von diesen Rechtsverhältnissen gehört nur die Schäferereigerechtigkeit zu den Dienstbarkeiten. Da sie aber das wichtigste dieser Rechtsverhältnisse ist und mit den übrigen eng zusammenhängt, rechte fertigt sich die Stellung dieser Materie im System.

²⁾ Scholz, a. a. D., S. 42; Verf., Jurist. Mag., N. F. I, 1. Heft, S. 49 f.

³⁾ Erl. des O.-L.-G. Wolf. v. 26. Februar 1826 i. S. Ahlsweide c. Delligsen und Erl. v. 10. October 1828 i. S. Herweg c. Reppner. Steinacker, Br. Privatr., S. 435.

⁴⁾ Die gegentheilige Ansicht, welche aus der besonderen Hervorhebung dieses Rechts für die Ritterschaft im Art. 33 d. Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597 und d. landsch. Privilegien v. 9. April 1770, Art. 39 (Steinacker, Promt. II, 305) gefolgert ist (vergl. v. Liebhaber, Einl. in das Br.-Lüneb. Landesr. I, S. 247) hat Steinacker, Br. Privatr., S. 432, Note 5 mit zutreffenden Gründen widerlegt. Vergl. auch Scholz III, a. a. D., S. 49.

⁵⁾ Scholz III, a. a. D., S. 43 f. u. Jurist. Magazin, N. F., a. a. D.

⁶⁾ Steinacker, Br. Privatr., S. 433, Note 6.

⁷⁾ Amtscammerordn. vom 1. Juli 1688, Art. 78 (R. Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 361 f.).

Neben dem Schafhaltungsrecht noch von einem Schäfereirecht im engeren Sinne zu sprechen, indem man nur hierunter das Recht versteht, die gehaltenen Schafe zu einer Heerde zu vereinigen und auf eigenem Grund und Boden hüten zu lassen, erscheint nach der von ersterem Recht gegebenen Definition unrichtig, aber auch vollkommen überflüssig⁹⁾.

2. Schäfereigerechtigkeit ist die Befugniß, die eigenen Schafe auf fremden Grundstücken zu weiden. Dies Recht ist mithin eine besondere Art der Weiderechtigkeit, deren Rechtsnormen deshalb auch hier liberall Anwendung finden müssen, wo nicht specielle abweichende Bestimmungen getroffen sind⁹⁾. So ist denn auch kein Grund vorhanden, bei der Bestimmung der Stückzahl der aufzutreibenden Schafe, sofern diese nicht auf rechtsbeständige Weise feststeht¹⁰⁾, vom Durchwinterungsprincip abzuweichen¹¹⁾. Ist aber die Schäfereiberechtigung nicht mit einem herrschenden Grundstücke, sondern mit einer Person verknüpft, so wird der nach den letzten 10 Jahren zu berechnende, durchschnittliche Haushaltungsbedarf zu Grunde zu legen sein¹²⁾.

Die Landesgesetzgebung beschränkt sich darauf, im Interesse der Landeseinwohner zu verordnen, daß Schafe anderer Landeseinwohner nur dann auf die Gemeinde- oder Privatweiden zugelassen werden sollen, wenn keine einheimischen Schafe für solche Weiden zu erhalten sind, und wenn es außer Zweifel ist, daß die aufzunehmenden Schafe völlig gesund sind. Diese Anordnung soll indessen nur dann zur Ausführung gebracht werden, wenn die hiesigen Einwohner nicht mehr Vieh in auswärtige Weide bringen, als sie fremdes Vieh aufnehmen, und wenn der Ausführung auch andere „Bedenklichkeiten“ nicht entgegenstehen¹³⁾.

Die Vorschriften der Schafordn. v. 10. Juli 1719 (Steinacker, Promt. II, 306), an deren Stelle die Verordn. v. 5. Juli 1824, Nr. 14 getreten ist, bestimmt, daß für die über jene Stückzahl hinaus gehaltenen Schafe ein doppelter Schafschatz gezahlt werden solle. Diese Vorschrift ist aber keine privatrechtliche, sondern eine öffentlich-rechtliche. Vergl. Steinacker, a. a. O., S. 434, Note 7; v. Liebhaber, Einl. II, S. 447.

⁹⁾ Vergl. Scholz, a. a. O., S. 45.

⁹⁾ Stobbe, Handb. d. deutsch. Privatr., 2. Aufl., II, §. 98 B.

Ueber die hiernach anzuwendenden Grundsätze s. oben §. 76 und die mehrfach citirte Monographie von Scholz III, welche auch das particulare Braunschw. Recht vielfach berücksichtigt.

¹⁰⁾ Wo dies geschehen ist, braucht ohne Zweifel bei dem Austreiben der bestimmten Zahl, zu deren Ergänzung auch fremdes Vieh zulässig ist (vergl. oben §. 76, Note 38), darauf, ob die Nutzungsbefugniß des anderen Theiles bestehen kann, keine Rücksicht genommen zu werden. Steinacker, Braunschw. Privatrecht S. 435, Note 11.

¹¹⁾ Vergl. oben §. 76, Note 23; s. auch Steinacker, a. a. O., Note 12.

¹²⁾ Vergl. oben §. 76, Note 23. Ebenso Scholz III, a. a. O.; a. M.: Steinacker, a. a. O. bei Note 15.

¹³⁾ Verordn. v. 12. März 1781 (Steinacker, Promt. II, 309). Vergl. v. Bülow u. Hagemann, Prakt. Erbrt. IV, Nr. 58; Scholz III, Schäfereirecht, §. 79 o u. §. 83; Hagemann, Landwirthschaftsrr., §. 312.

3. Das Stabrecht, welches zwar nicht ausschließlich, aber am häufigsten bei der Schafzucht sich findet¹⁴⁾, ist das Recht einer physischen oder juristischen Person oder eines Gutes, zu verlangen, daß seinem Hirten ein Dritter seine Schafe unterordnet¹⁵⁾. In der Regel steht dieses Recht einem größeren Gute in der Gemeinde zu und die kleinen Güter und Reihewohner sind ihm unterworfen; auch haben sich wohl zwei Berechtigte in einem Orte darin getheilt, oder es existirt auch gar kein berechtigtes Gut und die einzelnen schafhaltenden Einwohner haben den Stab in die Hände der Gemeinheit gelegt, ohne daß diese drei Arten indessen alle Möglichkeiten erschöpften¹⁶⁾. In keinem Falle aber streitet für das Bestehen einer Stabgerechtigkeit eine Präsumtion, vielmehr muß ein rechtsbeständiger Erwerbstitel besonders erwiesen werden¹⁷⁾.

Das Stabrecht legt dem Berechtigten die Verpflichtung auf, die ihm untergeordneten Schafe zu hüten¹⁸⁾, für ihre Gesundheit und Begattung Sorge zu tragen und daher regelmäßig den Hirten auf eigene Kosten zu stellen¹⁹⁾. Dagegen hat der Stabherr das Recht auf den Dünger, indem mit dem Stabrechte gewöhnlich das Pferchrecht verbunden ist²⁰⁾, seltener findet sich daneben das Recht auf die Milch²¹⁾. Im Einzelnen ist, da die particulare Gesetzgebung besonderer Bestimmungen entbehrt, auf das Gewohnheitsrecht und die allgemeinen Grundsätze des B. G.-B. zu verweisen²²⁾.

¹⁴⁾ Auch bei anderem Weidevieh, z. B. bei Kühen, Ziegen u., kommt dies Recht vor.

¹⁵⁾ Scholz III, Schäfererecht, S. 42 f.; Derf., Neues jurist. Magazin I, Heft 1, S. 54 ff. Da der Berechtigte verlangen kann, daß der Verpflichtete ihm die Schafe zutreibt, kann schon inhaltlich von einer Dienstbarkeit nicht die Rede sein. S. oben Note 1. Vergl. auch Scholz III, Schäferer., S. 35. — Ueber den Rechtsgrund des Stabrechts s. ebendas., S. 12. Vergl. auch Zeitschr. f. R. XXVIII, 155; XXXI, 123.

Nicht ein eigentliches Stabrecht, sondern ein bloßes Gesellschaftsverhältniß entsteht, wenn sich mehrere Schafhaltungsberechtigte oder Schäfererechtigte zwecks gemeinschaftlicher Ausübung ihres Rechts einen gemeinsamen Hirten halten.

¹⁶⁾ Scholz III im Neuen jurist. Magazin I, 1. Heft, S. 55 f.

Vergl. auch das in voriger Note a. G. angeführte Rechtsverhältniß, welches mit dem Stabrecht nicht zu verwechseln ist.

¹⁷⁾ Steinacker, Br. Privatrecht, S. 433, Note 6 und die dortigen Cit.

¹⁸⁾ Der Stabberechtigte haftet für culpa levis; s. Scholz III, Schäferer., S. 61. Ueber die Verbindlichkeit des Hirten s. das. S. 245.

¹⁹⁾ Doch tragen an einigen Orten auch die Zutreibenden hierzu bei, namentlich, wenn sie einen Theil des Düngers erhalten. Vergl. Scholz III, Schäferer., S. 58; Neues jurist. Magazin I, 1. Heft, S. 57.

²⁰⁾ Scholz III, Schäferer., S. 60; Neues jurist. Magazin I, 1. Heft, S. 54 u. 57; II, S. 27. Darüber, daß die Pferchnutzung regelmäßig als ein Ausfluß der Stabberechtigung anzusehen, s. auch Erl. des Cass.-Hofes Wolf. v. 29. Juni 1852 t. S. Destrum c. v. Steinberg und D.-A.-G. Wolf. v. 1830 i. S. Adenhausen u. Gen. c. Becker.

²¹⁾ Neues jurist. Magazin I, 1. Heft, S. 54, Anm. **); II, S. 27 und Scholz III, Schäferer., a. a. O.

²²⁾ Vergl. Scholz III, a. a. O. und Neues jurist. Magazin, a. a. O.

Die Frage: ob der Stabherr befugt sei, die feinen Schafe in abgesonderten Heerden zu hüten, ist unter der Beschränkung zu bejahen, daß die gleichartigen Schafe

4. Das Pferchrecht, auch Hürdenſchlagrecht²³⁾ genannt, iſt die dem Beſitzer des dienenden Grundſtückes zuſtehende Befugniß, zu verlangen, daß der Weideberechtigte ſeine Schafe Nachts über auf dem belaſteten Grundſtücke in Hürden halte, um auf dieſe Weiſe den Dünger für das beweidete Land zu erlangen²⁴⁾. Dieſes Recht ſteht regelmäßig dem Stabherrn excluſiv, oft auch nur zum Theil dieſem und zum anderen Theile den Stabpflichtigen zu²⁵⁾, während bei Mit- und Koppelhude der Wechſelpferch das Gewöhnliche iſt²⁶⁾. Hierzu beſtimmt die Landesgeſetzgebung, daß bei Benutzung des Hürdelagers von Gemeindeſchäfereien dahin geſehen werden ſoll, daß der Ackermann und Halbspänner daſſelbe noch einmal ſo viele Nächte auf ſeinem Acker behalte als der Rothſaffe²⁷⁾. Im Uebrigen beſtimmt ſich beim Hürdenſchlag die Dauer und Reihenfolge der mehreren Berechtigten nach Herkommen oder Vertrag²⁸⁾.

Ueber die Auseinanderſetzung des Schäfereiberechtigten und der Stabpflichtigen wegen des Schäfereirechts hat die Gemeintheilungsordnung beſondere Beſtimmungen getroffen²⁹⁾.

§. 78.

Waldbnutzungsrechte.

Nutzungsrechte an einem fremden Walde von dem Umfange eines wahren Nießbrauchs giebt es im Herzogthum Braunschweig nicht¹⁾. Bei den vor-

der Stabpflichtigen von dem Hauſen, zu dem ſie der Art nach gehören, nicht ausgeſchloſſen werden dürfen und den Schafen des Stabherrn auf der Weide kein Vorzug gegeben wird; Erf. d. O.-A.-G. Wolf. v. 30. März 1827 i. S. Cammer c. Bornhauſen; Erf. d. O.-A.-G. Wolf. v. 6. März 1824 i. S. Cammer c. Regenborn. Vergl. auch Scholz III im Neuen jurift. Magazin I, S. 58 ff.; II, S. 32 ff.

²³⁾ Der Name kommt von Pferdhdünger bezw. von den Hürden oder Horden, in welche die Schafe Nachts über eingehengt werden, um ein beſtimmtes Grundſtück zu bepflegen.

²⁴⁾ Stobbe, a. a. O., §. 98 A, 6. Ueber die beſondere Wichtigkeit für die Schafzucht ſ. Scholz III im Neuen jurift. Magazin I, 1. Heft, S. 66 u. Derſ., Schäferei., §§. 115 ff. Auch dieſes Recht iſt keine Dienſtbarkeit, ſondern eine gewöhnliche oder ſich als Reallaſt qualificirende Verpflichtung, die aber des Systems halber hier zu erwähnen iſt (Stobbe, a. a. O., Note 26). Hagemann, Landwirthſchaftsr., §. 312. Vergl. oben Note 1.

²⁵⁾ Scholz III, Schäferei., §. 36, 2. Vergl. auch oben bei Note 20.

²⁶⁾ Scholz III, a. a. O., S. 58. — Bei dem Wechſelpferch oder der Reihedüngung, welche namentlich bei Gemeindeſchäfereien die Regel bildet, muß in Ermangelung anderer Feſtſetzungen derjenige, der den Hürdenſchlag auf ſeinem Acker erhält, die Horden ſammt Karren auf ſeinen Acker ſchaffen; vom letzten Empfänger muß der Stabberechtigte die Sachen wieder forſchaffen. Scholz III, a. a. O., S. 58.

²⁷⁾ Landesf. Reſcr. v. 22. Juli 1773 (Frederſdorff, Promt. VII, 182 und Steinacker, Promt. I, 376).

²⁸⁾ Vergl. Scholz III, a. a. O., S. 228 ff. Siehe auch v. Viebhäber, Einl. in d. Br.-Gineb. Landestr. II, S. 447 f.

²⁹⁾ Gef. v. 20. Dec. 1834, Nr. 22, §§. 84 ff.

¹⁾ Steinacker, Br. Privatr., S. 438, Note 2. — Vergl. Gef., die Gem.-Theil.-Ord. betr., v. 20. Dec. 1834, Nr. 22, §. 104.

kommenden Arten, welche als Servituten den allgemeinen Regeln über Grunddienstbarkeiten unterliegen, sind die eigentlichen Beholzungsrechte und die sogen. Forstnebennutzungen zu unterscheiden, von welchen letzteren wiederum die Feseholz- und Streulaubberechtigungen, sowie die Mastgerechtigkeit hervorgehoben zu werden verdienen.

Alle diese Dienstbarkeiten konnten von jeher sowohl einem Grundstück als einer Person zustehen²⁾. In ersterer Beziehung sind es namentlich gewisse Güter oder auch bestimmte Reihestellen einer oder mehrerer Gemeinden, welche an einer fremden Waldung als holzberechtigt vorkommen, in letzterer Beziehung aber ist es meistens die politische Gemeinde oder eine Realgemeinde (Gemeinheit) oder auch eine bestimmte Familie, ja selbst eine einzelne Privatperson, welche als Inhaberin der Berechtigung erscheint³⁾. Ist die politische Gemeinde oder eine Gemeinheit berechtigt, so üben die Einwohner bezw. Interessenten diese Berechtigung nur aus, ihre Rechte sind nur Antheilsrechte (*jura singulorum*), welche von dem Dienstbarkeitsrechte wohl zu unterscheiden sind⁴⁾.

1. Das Beholzungsrecht, welches in der Berechtigung zum freien Holzhieb besteht, kann

- a) auf Brennholz beschränkt oder daneben bezw. ausschließlich
- b) auf Bauholz oder
- c) auf Nutzholz gerichtet sein.

In jedem Falle ist der Umfang der Berechtigung entweder von vornherein auf ein bestimmtes Quantum festgesetzt⁵⁾, oder er ist durch das Bedürfniß der berechtigten Güter oder Haushaltungen beschränkt⁶⁾. Eine vorübergehende Verminderung der hiernach zu bestimmenden Leistung kann nur bei wirklichem Holzmangel durch den Pflichtigen gefordert werden⁷⁾, eine dauernde Beschrän-

²⁾ Im letzteren Falle gelten sie als beschränkte persönl. Dienstb.

³⁾ Vergl. u. a. Zeitschr. f. R. X, 90.

⁴⁾ Vergl. oben S. 16. Vergl. auch Zeitschr. f. R. XLIII, 12.

⁵⁾ Die Festsetzung kann auf Vertrag oder Herkommen beruhen.

⁶⁾ „Nur der regelmäßige, gewöhnliche, nicht durch besondere Verhältnisse oder zufällige Ereignisse herbeigeführte, vielleicht nur zeitweilige Bedarf kann zum Maßstab dienen, wobei aber auch die im ordentlichen Gange der Dinge eintretenden Veränderungen des Bedarfs zu berücksichtigen sind“; Erf. d. O.-A.-G. Wolf, i. S. Cammer c. Schilling, 1846. Vergl. auch Zeitschr. f. R. III, 163; VII, 122; VIII, 28; IX, 212. Daß hiernach auch zu den im regelmäßigen Verlauf der Dinge nothwendig werdenden größeren Reparaturen, ja auch zu erforderlich werdenden Neubauten (unter Berücksichtigung der bei Note 22 angeführten Bestimmung) das Bauholz geleistet werden muß, ist zweifellos. Hierbei ist noch die Bestimmung der landesf. Verordn. vom 20. Oct. 1699, Nr. 3 (Steinacker, Promt. I, 78; v. Liebhaber, Einl. II, 16 f.) hervorzuheben, wonach das Bauholz zwar zum Neubau von Wohnhäusern und Scheunen, nicht aber zu Leihzuchthäusern und anderen überflüssigen Gebäuden beansprucht werden kann. — Auf Brandschäden und sonstige Unglücksfälle erstreckt sich aber eine Bauholzberechtigung regelmäßig nicht, falls nicht eine solche Ausdehnung herkömmlich oder vertraglich feststeht.

⁷⁾ Steinacker, Br. Privatr., S. 438, Note 3. Wenn die Unzulänglichkeit durch culpa des Pflichtigen herbeigeführt ist, so hat der Berechtigte gegen ihn An-

fung des Umfanges setzt dagegen Vertrag oder qualificirte Verjährung voraus⁸⁾. Im Uebrigen steht das Bedürfniß des Verpflichteten demjenigen des Berechtigten immer nach⁹⁾. Ueber das Bestehen und den Umfang der Holzberechtigungen für die Amtsgerichtsbezirke Seesen, Lutter a. B. und Harzburg an den vor- maligen Communionharzforsten sind besondere Bestimmungen vorhanden¹⁰⁾. Ueber die bei der Ablösung von Holzberechtigten anzuwendenden Grundsätze ist bereits oben die Rede gewesen¹¹⁾.

Hinsichtlich der Ausübung der Beholzungsrechte hat das particulare Recht folgende Bestimmungen getroffen: Die Berechtigten sind den forstpolizei- lichen Anordnungen unterworfen¹²⁾. Hiernach sind sie regelmäßig nicht zum eigenen Hieb berechtigt¹³⁾, vielmehr läßt der Forsteigenthümer auf ihre Kosten die erforderlichen Hauungen vornehmen¹⁴⁾. Zu diesem Zwecke muß die An- forderung des Holzes mindestens drei Wochen vor dem zur Abfuhr bestimmten Termine geschehen und die für die Anweisung etwa zu entrichtende Prästation eingezahlt werden, widrigenfalls der Pflichtige für das Mal von der Holz- abgabe entbunden wird¹⁵⁾.

spruch auf Schadenersatz; *Erft. d. D.-A.-G. Wolf. v. 25. Juli 1828 i. S. Kirch- braack c. v. Grone.*

⁸⁾ *Erft. d. D.-A.-G. Wolf. v. 3. Juni 1833 i. S. Bornum c. Becker; Cass.-Hof Wolf. v. 8./17. Mai i. S. Voigt u. Gen. c. Cammer.*

⁹⁾ *Zeitschr. f. R. IX, 212. §. 1024 B. G.-B. steht nicht entgegen.*

¹⁰⁾ Es sind dies die staatsvertraglichen Vorschriften des Hildesheimer Recesses v. 12. Mai 1649, Art. 14 u. 15; des Burgdorfer Conferenzprot. v. 3./9. Dec. 1736, §. 15 und des Harztheilungsrecesses vom 4. Oct. 1788, nebst den Reglements vom 16. Dec. 1737, dem Fürstl. Cammerrescr. v. 22. Dec. 1764 (*Steinacker, Promt. I, 455 f.; s. auch oben §. 4).*

Vergl. hierüber noch *Zeitschr. f. R. III, 163; VI, 166; IX, 12 ff.; XLIII, 13.*

¹¹⁾ *S. oben §. 69, Note 11 ff. u. §. 70, Note 3, Ges. Nr. 43 v. 28. Februar 1842; vergl. unten §. 81 ff. — Hinsichtlich der Ablösung der Holzberechtigungen an den ehemaligen Communionforsten im Amtsbezirke Seesen s. Ges. v. 3. Juli 1851, Nr. 29 und im Amtsbezirke Harzburg und Lutter a. B. Ges. v. 7. Febr. 1857, Nr. 9.*

¹²⁾ Das jetzige Forststrafges. v. 1. April 1879, Nr. 18 regelt nun die rein polizeiliche Seite und läßt die civilrechtlichen Folgen unberührt; vergl. *Mankfeld, Forststrafges., §. 77. —* Danach sind die diesbezüglichen Vorschriften des alten Forst- strafges. v. 26. Juli 1837, der Forstordn. v. 1686 u. der Landesordn. v. 1647, sowie der einschlägigen Specialgesetze noch immer in Geltung.

¹³⁾ *Forstordn. v. 4. Juli 1547, 20. Oct. 1590, Art. 3, und 14. August 1686, §§. 26, 29 (Steinacker, Größere Organisationsges., §. 313 f.) u. Allgem. Landes- ordn. v. 1647, §. 42 (Steinacker, a. a. D., §. 69), Landesf. Verordn. v. 28. Febr. 1645 (Steinacker, Promt. I, 462 f.), Forststrafges. v. 1837, §. 99. Nach dem Receß v. 1614 konnte jedoch früher der eigene Hieb durch Gnadenbrief oder sonst rechtlicher Art nach erworben sein (vergl. auch v. Liebhäber, Einl. II, 18 f.). Solche Rechte sind mit den heutigen forstpolizeilichen und forstökonomischen Grund- sätzen indessen nicht mehr vereinbar; *Erft. d. D.-A.-G. Wolf. v. 29. Mai 1834 i. S. Seesen c. Cammer. S. auch Steinacker, Br. Privatr., §. 440, Note 6.**

¹⁴⁾ Vergl. *Steinacker, Br. Privatr., §. 440 und die dort cit. Erft., sowie Forststrafges. v. 1837, §. 141.*

¹⁵⁾ *Forststrafges. v. 26. Juli 1837, §§. 127 und 128. Die Anforderung ist Voraussetzung der Leistung; nur Verzicht oder dolus seitens des Pflichtigen befreit*

Dabei ist der Berechtigte in allen Fällen verbunden, das Holz in solchen Arten anzunehmen, als die Beschaffenheit der Forst es mit sich bringt, z. B. auch Waasen, Stücken- und Abfallholz in verhältnißmäßiger Quantität¹⁶⁾.

Die Zeit der Abfuhr ist für eingehetzte Forsten auf den 12. Mai, für andere auf den 25. Juni festgesetzt¹⁷⁾. Aber auch von diesen Terminen an darf die Abfuhr nur mit Genehmigung der zuständigen Forstbeamten oder des Forsteigenthümers auf geschehene Ueberweisung erfolgen¹⁸⁾. Ist andererseits die Abfuhr nicht innerhalb eines Jahres nach geschehener Zuweisung bewerkstelligt, so geht der Berechtigte des Holzes zu Gunsten des Forsteigenthümers verlustig¹⁹⁾. In jedem Falle darf das Holz von dem Berechtigten nur zu dem angeforderten Zwecke verwendet, insbesondere nicht veräußert werden, widrigenfalls derselbe dem Forsteigenthümer den vollen Werth zu ersetzen hat²⁰⁾. Ist das gelieferte Bauholz zur Vollendung des Baues nicht vollständig nöthig, so hat der Berechtigte das übrig gebliebene Holz innerhalb 14 Tagen nach vollendeter Aufzimmerung der Forstbehörde oder dem Forsteigenthümer ohne Ersatz zur Verfügung zu stellen, wobei letzterer anstatt des Holzes den Werth desselben zurückfordern kann²¹⁾. Ueberdies ist hinsichtlich der Bauholzberechtigungen bei Neubauten das noch brauchbare Holz des alten Gebäudes vorzugsweise wieder zu benutzen, wobei die wirklich geschehene Verwendung unter Aufsicht der Behörden steht²²⁾. Hat schließlich der Berechtigte das empfangene

hiervon. Im Uebrigen muß die Anforderung genau den Umfang der erforderlichen Holzsortimente bezeichnen; Erf. d. Cass.-Hofes Wolf. v. 13./27. Oct. 1857 i. S. Strohmeier c. Cammer.

¹⁶⁾ Verordn. v. 28. Febr. 1645 (Steinacker, Promt. I, 462); Erf. d. O.-L.-G. Wolf. v. 12. Nov. 1824 i. S. Kirchbraad c. v. Grone.

¹⁷⁾ Forststrafges. v. 26. Juli 1837, §. 127. Diese Bestimmung bezog sich zunächst zwar auf die Cammer- und Klosterforsten, ist aber dann auch auf die Privatforsten mit der Maßgabe ausgedehnt, daß die betr. Forstbeamten den Termin hinausrücken können; vergl. Mansfeld, Forststrafges., S. 69.

¹⁸⁾ Forststrafges. v. 1. April 1879, Nr. 18, §. 31, 3. 2. Vergl. dazu Mansfeld, a. a. O., S. 69.

¹⁹⁾ Forststrafges. v. 26. Juli 1837, §. 128. Vergl. dazu Mansfeld, Forststrafges., S. 68.

Früher war die Abfuhrfrist anfänglich auf Walpurgis, nachher auf Johannis festgesetzt, während durch Verordnung v. 15. Februar 1762 bestimmt wurde, daß das gebauene Brenn-, Bau- oder Nutzholz aus den herrschaftlichen, wie aus den Gemeinde- und Privatforsten vor Bartholomäi bei Verlust desselben abgefahren werden müsse. Die Verordn. v. 24. Januar 1764 endlich änderte diese Bestimmung insofern ab, als sie vorschrieb, daß Bau- und Nutzholz aus den herrschaftlichen Forsten vor Ende Juni abgefahren sein müsse (Steinacker, Promt. I, 78 f.). Das neue Forststrafges. vom 1. April 1879 läßt die durch §. 128 des alten Ges. v. 1837 festgesetzten civilrechtlichen Folgen (Verlust des Holzes) unberührt und trifft nur in §§. 31, 1 u. 36 daf. Strafbestimmungen für die Fälle der Zuwiderhandlung.

²⁰⁾ §§. 129 und 131 des Forststrafges. v. 1837; vergl. Forstordn. v. 1686, Art. IX. Mansfeld, a. a. O., S. 73.

²¹⁾ §§. 37 u. 38 d. Forststrafges. v. 1. April 1879 vergl. mit §. 131, Abs. 2 d. Ges. v. 1837. Vergl. auch Mansfeld, a. a. O., S. 76 f.

²²⁾ Forstordn. v. 14. Aug. 1686, Art. IX (Steinacker, Größere Organisationsges., S. 310); §. 131, Abs. 3 des Forststrafges. v. 1837.

Bauholz überhaupt nicht innerhalb von zwei Jahren nach geschehener Ueberweisung bestimmungsmäßig verbraucht, so muß er dasselbe, auch wenn es bereits bearbeitet war, ohne Entschädigung an den Forsteigenthümer wieder herausgeben²³⁾.

Hinsichtlich der besonderen Verpflichtungen des Waldeigenthümers ist gesetzlich hervorgehoben, daß er dem Berechtigten das gebührende Holz, insbesondere das Bauholz, zur gehörigen Zeit und in Nothfällen ohne Verzug verabfolgen lassen muß²⁴⁾. Ferner muß er die zur Erhaltung des Waldes erforderlichen Maßregeln treffen und für deren Befolgung sorgen²⁵⁾, überhaupt aber darf er die Berechtigung auf keine Weise schmälern, noch deren Ausübung hindern oder erschweren²⁶⁾.

2. Die Forstnebennutzungen müssen so ausgenutzt werden, daß sie der Forstcultur nicht schädlich werden können²⁷⁾; sie sind gleich den Beholzungsrechten gemessen oder ungemessen und werden in dem letzteren Falle durch das Bedürfniß des Berechtigten begrenzt²⁸⁾. Ueber ihre Ablösbarkeit und die dabei geltenden Grundsätze ist bereits an anderer Stelle gesprochen worden²⁹⁾.

Die hierher zu zählende Leseholzberechtigung³⁰⁾ darf nicht mit Aexten, Sägen und ähnlichen Werkzeugen ausgeübt werden³¹⁾. Im Uebrigen entscheiden über die dabei zulässigen Werkzeuge und Fortschaffungsgeräthe

²³⁾ §. 130 des Forststrafges. vom 26. Juli 1837. Ueber die Möglichkeit einer Fristverlängerung s. Bekanntmachung d. Forstdirect. vom 20. April 1843 (Wege, Repert. V, 47).

²⁴⁾ Verordn. v. 20. Juni 1761 (Steinacker, Promt. I, 336). — Der Waldeigenthümer ist eintretendensfalls für Dienstwidrigkeiten und Vernachlässigungen untergeordneter Forstbeamten, wodurch dem Berechtigten Schaden zugefügt wird, diesem selbst verhaftet; Erf. d. O.-L.-G. Wolf. v. 29. Mai 1843 i. S. Seesen c. Cammer.

²⁵⁾ Verordn. v. 28. Febr. 1645 (Steinacker, Promt. I, 462). Im Falle dem Berechtigten Gefahr droht, die Holzberechtigung in Zukunft durch Verschulden des Waldeigenthümers nicht ausüben zu können, so kann derselbe auf Sicherstellung des ruhigen Genusses des Dienstbarkeitsrechts oder auf Verbot der Störung klagen; Erf. d. O.-L.-G. Wolf. v. 29. Mai 1834 i. S. Seesen c. Cammer. Vergl. Hagemann, Landwirthschaftsr., §. 153.

²⁶⁾ Landtagsabsh. v. 10. Oct. 1682, Art. 12 (v. Liebhaber, Einl. in das Br.-Lüneb. Landesr. I, S. 299). S. auch Steinacker, Br. Privatr. S. 439, Note 5 nebst den dort cit. Erf. d. O.-L.-G. Wolf. v. 29. Mai 1834 i. S. Seesen c. Cammer und d. O.-L.-G. Wolf. v. 19. Dec. 1837 in derselben Sache.

²⁷⁾ Ges. v. 20. Dec. 1834, Nr. 22, die Gem.-Theil.-Ordn. betr., §. 103.

²⁸⁾ Vergl. oben Note 5 u. 6. S. auch §. 129 des Forststrafges. v. 26. Juli 1837 u. §. 35 des Forststrafges. v. 1. April 1879.

²⁹⁾ S. oben §§. 68 ff. u. unten §§. 81 ff.

³⁰⁾ Unter Leseholz wird der Holzabfall verstanden, der ohne Art gesammelt werden kann, also im Allgemeinen Reiser und Zweige, dürre Aeste, Holzspäne, Splitter und dünne Knüppel; Hagemann, Landwirthschaftsr., S. 268, Note 8. Siehe aber auch unten bei Note 33 u. Zeitschr. f. R. XXXV, 155 f.

³¹⁾ Zeitschr. f. R. XXV, 34 u. 41 f.; Scholz III, Jurist. Magazin, N. 8. I, S. 30. Vergl. auch Forststrafges. v. 26. Juli 1837, §. 99. — Gleiches Verbot fand sich schon für die bei Braunschweig und Wolfenbüttel belegenen Forsten in der Verordn. d. Stadtmag. v. 31. Jan. 1727, im Landesh. Reiser. vom 7. März 1744 und der Landesf. Verordn. v. 10. April 1804 (Steinacker, Promt. I, 458).

Polizeiverordnung, Ortsgebrauch oder Herkommen³²⁾. Trockene Aeste von stehenden Bäumen zu reißen, ist verboten³³⁾. Ebenfalls ist es regelmäßig nicht gestattet, die Leseholzberechtigung an anderen als bestimmten Forsttagen auszuüben³⁴⁾.

Auch die Streulaubberechtigung, bei deren Ausübung der Gebrauch von Hacken mit metallenen Zacken verboten ist³⁵⁾, ist regelmäßig an bestimmte Tage oder auch Monate gebunden und darf überdies meist nur an den dazu ausgewiesenen Forstorten geschehen³⁶⁾. Wo aber eine solche Berechtigung auf einem ganzen Walde lastet, darf dessen Umwandlung in einen Nadelwald nicht erfolgen³⁷⁾.

3. Auch die Mastgerechtigkeit gehört zu den Forstnebennutzungen³⁸⁾. Die für diese geltenden, unter 2. erörterten Bestimmungen finden daher auch auf jene Anwendung, soweit nicht besondere Vorschriften bestehen³⁹⁾. Abgesehen von dem selbstverständlichen Grundsatz, daß das Recht auf Mastnutzung nur

³²⁾ Vergl. Mansfeld, a. a. O., S. 71.

³³⁾ Forststrafges. v. 26. Juli 1837, §. 40. S. auch oben Note 30.

³⁴⁾ Die Bestimmung der Forsttage steht immer dem Forsteigenthümer bezw. der Forstbehörde zu, ohne daß an dieser Befugniß Vertrag oder Herkommen etwas ändern könnte. Diese Befugniß ist ein Ausfluß des Grundsatzes, daß die Forstbenutzungen der eigentlichen Forstcultur nicht schädlich werden dürfen (vergl. oben bei Note 27), sondern derselben untergeordnet bleiben müssen. Dadurch wird aber auch die Grenze dieser Befugniß gegeben, welche die Holzberechtigungen nicht mehr beschränken darf, als zu einer ordnungsmäßigen Forstcultur erforderlich ist; Entsch. d. Minist.-Commission vom 4. Jan. 1834 i. S. Lüderissen c. Cammer. Vergl. auch noch Schneider, Repert. III, 186 f.; Hagemann, Landwirthschaftsr., S. 269 und Steinacker, Br. Privatr., S. 442, Note 15.

Für das Holzlesen in den Forsten bei Braunschweig und Wolfenbüttel war durch Landesfürstl. Verordn. v. 10. April 1804, §. 5 der Mittwoch, für das Holzlesen in den Forsten des Wolfenbüttelschen und Schöningenschen Districtes durch Verordn. v. 3. April 1760 Montag und Donnerstag, durch Verordn. v. 15. Juni 1772 aber nur Mittwoch und in den Blankenburgischen Forsten durch Verordn. v. 12. Dec. 1688 Dienstag und Freitag bestimmt (Steinacker, Promt. I, 458 ff.).

Vergl. auch noch §. 33 des Forststrafges. v. 1. April 1879 u. §§. 40, 71 des Forststrafges. v. 26. Juli 1837.

³⁵⁾ Forststrafges. v. 26. Juli 1837, §. 71 vergl. mit Forststrafges. v. 1. April 1879, §. 33, 1.

³⁶⁾ Vergl. das in Note 34 Gesagte.

³⁷⁾ Vergl. Euuff. Arch. V, 143; VII, 288; XI, 123, 124; XIX, 215 u. a.

³⁸⁾ v. Liebhäber, Einl. I, 19 f.; Hagemann, Landwirthschaftsr., §. 192.

Die Hudegerechtigkeit (s. oben §. 76) schließt die Mastgerechtigkeit nicht ohne Weiteres in sich, indem jene keinen Anspruch auf die Baumfrüchte, welche dem Waldeigenthümer gehören, begründet. — Ueber die Eintheilung der Mast nach dem Verhältniß des Vorrathes an Waldfrüchten und über den Umfang der nach diesem Verhältniß verschiedenen Mastnutzungsrechte s. Hagemann, a. a. O.; Strube, Rechtl. Bedenken V, 68; Scholz III, Schäferer., §. 95 ff.

³⁹⁾ Die besonderen Vorschriften sind hauptsächlich enthalten in der Forstordn. v. 1688 (Steinacker, Größere Organisationsges., S. 307 ff.). — Für das Fürstenthum Blankenburg ist unterm 12. Sept. 1689 eine eigene Mastordnung ergangen, die aber mit den Vorschriften der Forstordn. im Wesentlichen übereinstimmt (Steinacker, Promt. II, 129).

unter Beobachtung der forstpolizeilichen Anordnungen ausgeübt werden darf, ist hiernach verordnet, daß die Forstbehörde alljährlich unter Zuziehung von Sachverständigen bestimmen soll, ob Mast vorhanden ist, und in welcher Art sie genutzt werden kann. Die zur Mast zu lassenden Schweine werden alsdann verzeichnet und mit einem Zeichen versehen, damit in die Heerde des Berechtigten keine fremden Schweine ⁴⁰⁾ aufgenommen werden. Die Schweine der nicht mastberechtigten Landeseinwohner sollen bei der Aufnahme in die Mast, sowohl in den herrschaftlichen als auch in anderen einheimischen Forsten, den Vorzug vor fremden Schweinen haben, dagegen aber auch, wenn in jenen Mast vorhanden ist, in dieselben und nicht in fremde Forsten getrieben werden ⁴¹⁾. Die Mast Schonung tritt mit dem 8. September ein, insofern nicht ein anderer Termin rechtlich feststeht ⁴²⁾. Das Auflesen von Eicheln und Buchmast, sowie das Abschütteln ist verboten ⁴³⁾.

Drittes Capitel.

Reallasten.

§. 79.

Allgemeines.

I. Die Reallasten des öffentlichen Rechts ¹⁾ unterliegen dem V. G.-B. überhaupt nicht ²⁾, sondern werden ausschließlich vom Landesrecht geregelt ³⁾.

⁴⁰⁾ Es werden hierunter solche verstanden, welche der Berechtigte zum eigenen Haushalte nicht bedarf; Steinacker, Br. Privatr., S. 443, Note 18.

⁴¹⁾ Steinacker, Br. Privatr., das. Note 19.

⁴²⁾ Den Zeitpunkt, an welchem die eigentliche Mast aufhören und die Nachmast beginnen soll, bestimmen die Gesetze nicht. Von letzterer ist nach d. Forstordn. v. 1686, Art. 42 die Veelzucht nicht ausgenommen.

⁴³⁾ Allgem. Landesordn. von 1647, Art. 38; Forstordn. v. 14. August 1686, Art. 40 ff.; Forststrafges. vom 26. Juli 1837, §§. 64 und 85 ff.; Forststrafges. vom 1. April 1879, §. 24.

¹⁾ Welche Lasten als öffentliche anzusehen sind, bestimmt das Landesrecht. Vergl. Mot. Br. Ausf. V. G.-B., S. 52.

²⁾ S. oben §. 2, Note 4; Endemann, Lehrb. d. bürgerl. R. II, §. 109, Note 3.

³⁾ Ueber den Unterschied zwischen privatrechtl. und publicist. Reallast vergl. Zeitschr. f. R. XII, S. 23 f.; XLII, S. 77 f. — Streng genommen gehört nur die Darstellung der ersteren in die Lehre des Privatrechts. Allein, da sich beide Arten oft dergestalt mit einander verschmolzen zeigen, daß eine Reallast mit publicistischem Ursprung später einen privatrechtlichen Charakter erhalten hat, so ist es empfehlenswerth, auch die öffentlich-rechtlichen Reallasten hier wenigstens zu streifen.

Hierzu gehören zu den publicistischen Reallasten vor Allem diejenigen, welche das particulare Recht mit „gemeine Lasten“ bezeichnet, und wohin dasselbe folgende auf einem Grundstücke ruhenden Lasten rechnet ⁴⁾:

1. Die staatlichen Grundsteuern ⁵⁾ und die Veränderungssteuer ⁶⁾.
2. Die aus dem Gemeinde- und Kreisverbände hervorgehenden Abgaben und Leistungen, soweit sie von den im Gemeindebezirke oder innerhalb des Kreises belegenen Grundstücken erhoben werden ⁷⁾.
3. Die aus dem Kirchen-, Pfarr- und Schulverbände entspringenden, auf Grundstücken ruhenden Abgaben und Leistungen, sofern sie entweder an Kirchen, Pfarren, Pfrerien und Schulen oder an die Diener dieser Institute entrichtet werden müssen ⁸⁾.
4. Dingliche Lasten zur Erhaltung der öffentlichen Wege ⁹⁾ und öffentlichen Gewässer ¹⁰⁾.
5. Die in einem Deichverbände zu leistende, auf den Grundstücken unablässig ruhende Deichlast ¹¹⁾.

⁴⁾ §. 38, Abs. 2 Br. Ausf. B. G.-B.; früher ebenso §. 18 d. Gr.-Erw.-G. v. 8. März 1878, Nr. 8. Motive dazu: Mansfeld, a. a. O., S. 54 ff.

⁵⁾ Gef. v. 24. August 1849, §§. 80 bis 84.

⁶⁾ Gef. v. 25. Juni 1879, §. 2, Abs. 2.

⁷⁾ Neue Städteordn. v. 18. Juni 1892, §§. 176 ff.; Neue Landgemeindeordn. von dems. Tage, §§. 102 ff.; Kreisordn. v. 5. Juni 1871, §. 14. Hierher sind aber nicht nur die communalen Grundsteuern zu zählen, sondern auch andere communale, auf dem Grundbesitz lastende Verpflichtungen, z. B. die statutarische Verbindlichkeit der Straßenreinigung und dergl. Dagegen lasten die sogenannten Gemeinbedienste, namentlich der Gemeindefriedensdienst, nach §. 185 d. Neuen Städteordn. u. §. 128 d. Neuen Landgemeindeordn. regelmäßig nicht mehr auf dem Grundbesitz, sondern auf der Person, indem hierzu jeder großjährige männliche Gemeindegemeindegasse bis zum vollendeten 50. Lebensjahre verbunden ist; zu den Reallasten gehören daher diese Verpflichtungen nicht. Vergl. Gef. v. 19. März 1850, Nr. 25. S. auch B.-Str.-G.-B. v. 23. März 1899, §. 7, Z. 1.

⁸⁾ Wegen der Kirchen s. Gef. Nr. 52 v. 30. Nov. 1851, §§. 27 bis 30 und Gef. v. 18. Juni 1864, §§. 1, 3 u. 4 und Gef. v. 26. Juni 1892, Nr. 30. Vergl. auch namentlich wegen der Kirchenbaulast oben §. 19, I. Wegen der Schulen s. Gef. Nr. 53 v. 8. Dec. 1851, §. 4; vergl. auch wegen der Schulbaulast oben §. 19, III und wegen der Pfarrbaulast das. II.

Nicht alle an die geistlichen Institute zu zahlenden Leistungen sind öffentlich-rechtlicher Natur; sie können auch privatrechtlichen Ursprungs sein und sind dann nicht zu den gemeinen Lasten, sondern den privatrechtlichen Reallasten zu rechnen. Indessen streitet nach §. 38, Abs. 3 Br. Ausf. B. G.-B., früher schon nach §. 18, Abs. 2 d. Gr.-Erw.-G. v. 8. März 1878 eine gesetzliche Präsumption für den Ursprung der Last aus dem betr. Kirchen- u. Verbände.

⁹⁾ Wegeordn. v. 29. Juni 1899, Nr. 56, früher v. 5. Juni 1871, §§. 12, 13, 16, 19, 21, 24 u. 25, nebst den abändernden Bestimmungen in §. 3 d. Gef. Nr. 13 v. 4. April 1874 und in dem Gef. v. 31. Mai 1890, Nr. 21. Vergl. unten §. 108.

¹⁰⁾ Wassergef. v. 20. Juni 1876, §§. 16, 20, 21, 23 u. 49.

¹¹⁾ Daß die Deichlast, auch die außerordentliche, soweit sie auf Grundstücken ruht, eine Reallast ist, wird auch vom Reichsgerichte anerkannt; Entsch. d. Reichsger. XIII, 204. Ueber die Deichlast ist bereits oben §. 17, IV gesprochen worden.

6. Schließlich die auf den Grundstücken ruhende Last zur Entrichtung von Beiträgen an die Landesbrandversicherungsanstalt¹²⁾ und an ähnliche staatlich genehmigte, im Interesse des Gemeinwohlens errichtete öffentliche Verbände¹³⁾.

Hervorzuheben sind noch die sogenannte Gerichtsfolge¹⁴⁾, die Verpflichtung zu militärischen Kriegs- und Friedensleistungen¹⁵⁾, und die Verbindlichkeit zu Diensten in Fällen gemeiner Noth, z. B. in Wasser- und Feuersgefahr¹⁶⁾. Alle diese Verbindlichkeiten tragen aber entweder heute überhaupt nicht mehr den Charakter einer Reallast an sich oder sie werden durch die Reichsgesetzgebung geregelt.

II. Den Begriff der privatrechtlichen Reallast umgrenzt das B. G.-B. dahin, daß es unter Reallast eine solche Belastung des Grundstücks versteht, nach welcher an diejenigen, zu dessen Gunsten die Belastung erfolgt, wiederkehrende Leistungen zu entrichten sind¹⁷⁾. Diese Definition ist dergestalt zwingend, daß nur diejenigen Rechtsverhältnisse, die unter sie fallen, als Reallasten anzusehen sind¹⁸⁾. Wie bei jeder Rechtsnorm des B. G.-B. ist aber auch hier die Ausnahme zu machen, daß sie für das Gebiet der Vorbehalte nur subsidiäre Bedeutung hat¹⁹⁾.

¹²⁾ Gef. Nr. 20 v. 5. April 1886, §§. 30 ff.

¹³⁾ Hierher gehören z. B. Ent- und Bewässerungsverbände (s. oben §. 17, III), Vereine behufs gemeinschaftlicher Uebernahme der durch Hagelschlag oder Viehsterben entstandenen Schäden und dergl. (Mansfeld, Grundbuchges., 2. Aufl., S. 56).

¹⁴⁾ Die Gerichtsfolge ist die Verpflichtung zur Verfolgung, Bewachung und Transportirung der Verbrecher (Steinacker, Br. Privatr., S. 513). Nach den Grundsätzen des neueren Strafprocesses kann von dem Bestehen einer solchen Verbindlichkeit keine Rede mehr sein. Aber auch, wo noch ähnliche Verpflichtungen vorkommen (vergl. P.-Str.-G.-B. v. 23. März 1899, früher v. 27. Nov. 1872, §. 7, 3. 3), haben dieselben nichts mit Reallasten zu thun, da sie vom Grundbesitz unabhängig sind.

¹⁵⁾ Die Regelung der Leistungen für das Militär erfolgt durch die Reichsgesetze, nämlich das Gesetz über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden v. 13. Febr. 1875, nebst dem Gesetz über die Quartierleistungen im Frieden v. 25. Juni 1868, ferner das Gesetz über die Kriegsleistungen v. 24. Mai 1898 vergl. mit Gef. v. 13. Juni 1873.

Vergl. auch Neue Städteordn., §. 186 und Neue Landgemeindeordn., §. 129, wodurch hinsichtlich der Cinquartierungslast auf die bestehenden Reichs- und Landesgesetze verwiesen wird. Vergl. P.-Str.-G.-B. v. 23. März 1899, §. 7, 3. 2. S. auch §. 185 St.-O. und §. 128 L.-G.-O. über persönliche Leistungen in Stadt- und Landgemeinden; Gef. v. 19. März 1850, Nr. 25 über den Waffendienst behufs des Gemeindefchutzes. Vergl. dazu §. 46, g und §. 47, h des Verwaltungsgef. v. 5. März 1895, Nr. 26.

¹⁶⁾ Die Dienste bei Feuersgefahr obliegen allen großjährigen männlichen Gemeindegemeinden bis zum vollendeten 50. Lebensjahre ohne Rücksicht auf den Grundbesitz; Gef. v. 2. April 1874, §. 4. Die Verpflichtung zu den militärischen Leistungen und den Diensten in Fällen gemeiner Noth wird gewöhnlich Landfolge genannt. Die fortbestehende Existenz der — unablässbaren — Landfolge wurde anerkannt in den Landtagsverh. 1878/79, Prot. 27, S. 128.

¹⁷⁾ §. 1105 B. G.-B.

¹⁸⁾ Vergl. Endemann, Lehrb. des bürgerl. R. II, §. 109, 2.

¹⁹⁾ S. oben §. 2. Es steht deshalb nichts im Wege, daß auf dem Gebiete der

1. Die Rechtsverhältnisse der den Vorbehalten angehörigen Reallasten werden überhaupt grundsätzlich durch das Landesrecht und nur subsidiär durch das Reichsrecht geregelt. Dabei ist es gleichgültig, ob es sich um speciell vorbehaltenene Reallasten, wie die Kirchen- und Schulbaulast²⁰⁾, handelt oder um solche, die einem vorbehaltenen größeren Gebiete angehören, wie dem Deichrecht²¹⁾, dem Mühlenrecht²²⁾, dem Lehen- und Familienstammgutrecht²³⁾, dem Auerbeurecht²⁴⁾ oder der kaum noch praktischen Ordnung der gutherrlich-bäuerlichen Verhältnisse²⁵⁾.

2. Aber auch für die nicht unter einen Vorbehalt fallenden Reallasten²⁶⁾ gilt neben dem B. G.-B.²⁷⁾ in mancher Beziehung das particulare Recht. Soweit es sich nicht um Geldrenten handelt²⁸⁾, kann nämlich landesgesetzlich Maß und Inhalt der Reallasten näher bestimmt werden²⁹⁾, während für die bereits vor dem 1. Januar 1900 entstandenen Reallasten nicht nur Maß und Inhalt, sowie ihre Entstehung, sondern auch der Rang nach bis-

Vorbehalte das Landesrecht ein Rechtsverhältniß als Reallast bezeichnet, das nach dem B. G.-B. ein solches nicht sein würde. Selbstverständlich handelt es sich aber in einem solchen Falle nur um eine particulare, nicht um eine reichsgesetzliche Reallast, so daß auf jene die Grundsätze über diese überhaupt keine Anwendung finden können. Dies übersieht Ude in seinen Ausführungen über Abfindungen S. 197 der Zeitschr. f. R. XLVI und wird auch anscheinend von Mansfeld, das., S. 138 f. nicht berücksichtigt, indem er unbekümmert um die geschichtliche Entwicklung der bürgerlichen Abfindungen und um den dem Landesrecht gemachten Vorbehalt den Versuch macht, die rechtliche Natur der Abfindungen ausschließlich nach dem B. G.-B. zu construieren.

²⁰⁾ Art. 132 E. B. G.-B. S. oben §. 19.

²¹⁾ Art. 66 E. B. G.-B. Die hierher gehörige Deichlast ist nur dann eine publicistische, wenn sie auf dem Deichverbande beruht (s. oben I, 5). Gründet sie sich auf einen privatrechtlichen Titel, so gehört sie auch zu den privatrechtlichen Reallasten. Das Nähere s. oben §. 17, IV.

²²⁾ Art. 65 E. B. G.-B. Hierher gehört der Mühlenzins, welcher nach §. 8 des Ges. v. 19. Mai 1840 bei Anlage einer Mühle als Reallast derselben zur Entschädigung der dadurch benachbarten Mühlen auferlegt wird (vergl. Zeitschr. f. R. XXV, 173 ff.; XLIV, 116).

²³⁾ Art. 59 E. B. G.-B. Hierher gehören die Lehnsallodificationen, Abfindungen u. s. w. Näheres unten §§. 91, 92.

²⁴⁾ Art. 64 und 96 E. B. G.-B. Hierher sind zu zählen Leibzucht oder Alenteil und die gesetzlichen Abfindungen. Vergl. oben Note 19. Das Nähere s. unten §§. 115, 133 u. 134.

²⁵⁾ Art. 113 E. B. G.-B. Hierher gehören namentlich die Grundzinjen, Dienste und Zehnten (s. unten §§. 126 bis 128), aber auch Mortuarium, Besthaupt u. dergl. Vergl. Steinacker, Dr. Privatr., S. 481; Gejenius, Meierrecht I, 59 ff., 345, 362, 382, 399; Endemann, Lehrb. d. bürgerl. R. II, §. 110, 4.

²⁶⁾ Namentlich sind dies die Grundrenten (vergl. Endemann, a. a. O. II, §. 110, 1), die Holzrenten (s. oben §. 70, II, 4), über die es sonst aber an landesgesetzlichen Vorschriften fehlt, und auch wohl das Pferch- oder Hürdenschlagrecht sowie das Stabrecht (s. oben §. 77).

²⁷⁾ §§. 1105 bis 1112.

²⁸⁾ Diese werden gemäß Art. 116 E. B. G.-B. ausschließlich nach dem B. G.-B. §§. 912 ff. geregelt.

²⁹⁾ Art. 115 E. B. G.-B.

herigem Rechte zu beurtheilen ist ³⁰⁾. Dasselbe gilt hinsichtlich des Unter-
ganges dieser Reallasten, solange sie nicht im Grundbuche eingetragen sind ³¹⁾.
Schließlich gelten für alle privatrechtlichen Reallasten fortdauernd die landes-
gesetzlichen Vorschriften über die Aufhebung durch Ablösung ³²⁾.

§. 80.

Entstehung, Rangordnung und Untergang.

I. Die publicistischen Reallasten ¹⁾ entstehen regelmäßig nur durch
Gesetz und bedürfen zu ihrer Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung im
Grundbuche nicht ²⁾.

II. 1. Von den privatrechtlichen Reallasten können Dienste und
Zehnten schon seit der Geltung der Braunschweiger Ablösungsordnung nicht
mehr neu entstehen und erworben werden ³⁾.

a) Die übrigen privatrechtlichen Reallasten entstehen dagegen seit dem
1. Januar 1900 grundsätzlich nur durch Eintragung im Grund-
buche ⁴⁾, wobei die Bewilligung des Verpflichteten durch gerichtliches
Urtheil oder durch Ersuchen einer zuständigen Behörde ersetzt werden
kann ⁵⁾. Dies ist nach Landesrecht der Fall,

aa) wenn das Ablösungscapital oder die bedungene Rente bei der
Ablösung nicht sofort gezahlt wird ⁶⁾,

bb) bei der Expropriation ⁷⁾.

b) In einem Falle entsteht und besteht nach Landesrecht die Reallast
aber nach wie vor, ohne daß es der Eintragung im Grundbuche be-

³⁰⁾ Art. 184 E. B. G.-B.

³¹⁾ Art. 189 E. B. G.-B. Die vor dem 1. October 1878 ohne Eintragung
erworbenen Reallasten mußten aber gemäß §. 7 Einf.-Ges. G.-E.-G. innerhalb eines
Jahres eingetragen werden, falls sie nicht bei Singularsuccession erlöschen sollten.
Vergl. Zeitschr. f. R. XLII, S. 77. Da nun das G.-E.-G. durch §. 118 Br. Ausf.
B. G.-B. ausdrücklich aufgehoben ist, erscheint es zweifelhaft, ob der Aufhebungsgrund
des Gesetzes noch Geltung haben kann, wenn nach dem 1. Januar 1900 ein mit
einer nicht eingetragenen Reallast beschwertes Grundstück durch Singularsuccession
seinen Eigenthümer wechselt.

³²⁾ Art. 113. Das Nähere hierüber s. unten §§. 81 ff.

¹⁾ S. oben §. 79, I.

²⁾ Diese bereits in §. 18 des Br. G.-E.-G. v. 8. März 1878, Nr. 8 aufgestellte
Rechtsregel ist auf Grund des Art. 114 E. B. G.-B. in §. 38, Abs. 1 Br. Ausf.
B. G.-B. übergegangen.

³⁾ Gef. v. 20. December 1834, Nr. 20, §. 8.

⁴⁾ §. 873 B. G.-B. Dieser Grundsatz galt bei uns auch schon mit einigen
Ausnahmen nach früherem Recht. Die vor dem 1. October 1878 ohne Eintragung
erworbenen Reallasten mußten aber gemäß §. 7 Einf.-Ges. G.-E.-G. innerhalb eines
Jahres eingetragen werden, falls sie nicht bei Singularsuccession erlöschen sollten.

⁵⁾ §. 89 R.-Gr.-B.-O. Vergl. Hahn, Materialien V, S. 163.

⁶⁾ §§. 103 f. Ablös.-Ordn.; vergl. auch den Fall des §. 135 das.

⁷⁾ Gef. v. 20. Juni 1843, §. 2.

dürfte. Es ist dies die bei Ablösung einer Holzrente an deren Stelle getretene Holzrente, soweit sie auch früher der Eintragung nicht bedurfte⁹⁾).

- c) Kraft Gesetzes schließlich können die Reallasten auf dem Gebiete der Vorbehalte begründet werden⁹⁾. Sie bedürfen jedoch zur Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs der Eintragung nach Maßgabe der vorgängigen Feststellung¹⁰⁾, wobei allerdings die gesetzlichen Altentheile und Abfindungen bei Umschreibung der gesetzlich vererbten Bauern-, Ritter-, Schriftassen- und sonstigen Landgüter auf den Namen des Auerben von Amts wegen einzutragen sind¹¹⁾.

2. Was die Rangordnung anlangt, so gehen die publicistischen Reallasten¹²⁾ allen anderen dinglichen Rechten am Grundstücke und unter jenen wieder die laufenden und aus den letzten zwei Jahren rückständigen Grundsteuern den anderen vor¹³⁾. Nach diesen kommen die eingetragenen Ablösungs- und Modificationscapitalien zum Zuge¹⁴⁾. Die Rangordnung der übrigen Reallasten bestimmt sich lediglich nach Reichsrecht¹⁵⁾.

3. Beim Austausch belasteter Grundstücke gehen die Reallasten auf die ausgetauschten Grundstücke stillschweigend über

⁹⁾ §. 38, Abj. 4 Br. Ausf. B. G.-B.; früher §. 17, 3. 4 G.-E.-G. v. 8. März 1878. Hierher gehört die Holzrente a) bei Cammer- und Klosterforsten gemäß Gef. v. 12. Februar 1842, Nr. 43, §. 15, Abj. 3; b) in den ehemaligen Communionforsten des Amtes Seesen nach Gef. v. 3. Juli 1851, Nr. 29, §. 19 und c) ebenso in den Nemtern Lutter a. B. und Harzburg nach Gef. v. 7. Februar 1857, §. 4.

⁹⁾ Dies folgt aus dem Grundsatz, daß auf dem Gebiete der Vorbehalte die ganze Regelung der Materie dem Landesrecht überlassen bleibt und das B. G.-B. nur subsidiäre Kraft hat. S. oben §. 2. Ebenso: Endemann, Lehrb. d. bürgerl. Rechts II, §. 99, Note 15. Hierher gehört namentlich die Leibzucht (Altentheil) und die Abfindung. S. unten §§. 133, 134. Vergl. auch Ude in Zeitschr. f. R. XLVI, S. 196 ff.

¹⁰⁾ §. 14 Br. Ausf. R.-Gr.-B.-D. Im Wesentlichen gleiche Bestimmung traf früher §. 16, Abj. 1 G.-E.-G. v. 8. März 1878, Nr. 8.

¹¹⁾ §. 17, Abj. 2 Br. Ausf. R.-Gr.-B.-D.; früher ebenso: §. 32 Br. Gr.-B.-D. v. 8. März 1878.

¹²⁾ S. oben §. 79, I.

¹³⁾ §. 38, Abj. 5 Br. Ausf. B. G.-B. vergl. mit §. 42 das. Das Gleiche bestimmte schon §. 42 Br. G.-E.-G. v. 8. März 1878, Nr. 8. Vergl. auch §. 13 des Reichsgef. über Zwangsversteigerung und Zwangsverw., sowie §. 4, Abj. 1 Einf.-Gef. dazu.

¹⁴⁾ §. 42 Br. Ausf. B. G.-B. Ebenso früher: §. 42 G.-E.-G. Hierher gehören §§. 114, 115 Ablös.-Ordn. u. §. 13 des Gef. v. 13. Dec. 1849, Nr. 51.

¹⁵⁾ §§. 879 f. B. G.-B.; §§. 45, 46 R.-Gr.-B.-D. Reinerlei Bestimmung trifft das Landesrecht darüber, welchen Rang die landesgesetzlich der Eintragung nicht oder nur beim Eigentumswechsel bedürftigen privatrechtlichen Reallasten (s. oben 1 b und c) einnehmen. Das aufgehobene Br. G.-E.-G. v. 8. März 1878, Nr. 8 schrieb in §. 25, Abj. 2 vor, daß sie den eingetragenen Rechten nachstehen sollten. Dies wird auch jetzt anzunehmen sein. Uebrigens vergl. §. 3 Br. Ausf. Zw.-Gef., wonach diese Rechte durch Zuschlag nicht untergehen oder sonst berührt werden.

- a) bei Gemeintheiltheilungen ¹⁶⁾,
- b) bei Expropriationen ¹⁷⁾.

4. Ueber den Untergang der Reallasten sind noch die folgenden particularen Vorschriften von Gültigkeit:

- a) Eine eingetragene Reallast kann bei Abschreibung eines Trennstückes auf diesem auch ohne Einwilligung des Berechtigten zur Erlöschung kommen, wenn der Veräußerer ein Unschädlichkeitszeugniß des Amtsgerichts beibringt ¹⁸⁾. Sonst wird bei Abschreibung eines Trennstückes die Reallast auf diese von Amts wegen mit übertragen, wenn nicht der Berechtigte das Trennstück ausdrücklich aus der Mithaft entläßt ¹⁹⁾.
- b) Wegen Löschung von eingetragenen Altentheilscapitalien und Abfindungscapitalien, über welche Hypothekenbriefe nicht ausgestellt sind, findet ein Aufgebotsverfahren gegen die unbekannten Berechtigten statt, wenn die Tilgung der Capitalien glaubhaft gemacht wird. In dem Aufgebot ist als Rechtsnachtheil anzudrohen, daß die Löschung der Eintragungen erfolgen solle ²⁰⁾.
- c) Bei Schließung eines Grundbuchblattes über ein Bergwerk sind auf Ersuchen der Bergbehörde alle eingetragenen Reallasten von Amts wegen zu löschen ²¹⁾.
- d) Für die Aufhebung von Reallasten durch Ablösung ist in den folgenden Paragraphen gehandelt ²²⁾.

¹⁶⁾ §. 175 Gem.-Th.-Ordn. v. 20. Dec. 1834; vergl. auch §. 16, Abs. 1 des Gef. v. 5. Mai 1888 und §. 61 Br. Ausf. B. G.-B. nebst Mot. S. 73.

¹⁷⁾ Gef. v. 20. Juni 1843, Nr. 18, §. 2 vergl. mit §. 20 des Gef. v. 17. Sept. 1841 und §. 61 Br. Ausf. B. G.-B.

¹⁸⁾ §. 57 Br. Ausf. B. G.-B. Die Ausstellung eines solchen Unschädlichkeitszeugnisses erfolgt durch das Amtsgericht nach §. 58 Br. Ausf. B. G.-B. nur, wenn für das veräußerte Theilstück ein gleichwerthiges anderes oder ein gleichwerthiges Recht zugesprochen wird, wenn ein vorgehendes gleichwerthiges Recht, das auf dem Grundstück lastet, gelöscht wird oder wenn der veräußerte Theil unbebaut ist, nicht mehr als 5 Proc. der Fläche beträgt und die Berechtigten auf amtliche Mittheilung in Monatsfrist nicht widersprechen. Ueber die Formalitäten bei Ertheilung des Zeugnisses s. auch §§. 59 f., 1. c.

¹⁹⁾ §. 16 Br. Ausf. B. G.-B.; früher §. 31 Br. Gr.-B.-D. v. 8. März 1878.

²⁰⁾ §. 53 Br. Ausf. B. G.-B., wodurch §. 7, Nr. 7, a des Gef. v. 1. April 1879 ersetzt ist. Vergl. auch §. 1112 B. G.-B. — Das Aufgebotsverfahren richtet sich im Uebrigen lediglich nach der Gr.-B.-D.

²¹⁾ §. 23 Br. Ausf. R.-Gr.-B.-D. Ueber die Schließung eines Grundbuchblattes über ein Bergwerk s. unten §. 96 und §. 86 f.

²²⁾ Art. 113 E. B. G.-B. vergl. mit §. 40, Abs. 1 Br. Ausf. B. G.-B.

§. 81.

Ablösbarkeit und das Recht zur Ablösung.

I. a) Ueberhaupt nicht ablösbar sind die gemeinen Lasten ¹⁾.

Von der Ablösung nach den Bestimmungen der Ablösungsordnung ausgenommen sind ²⁾:

1. Die von einzelnen Gewerben zu entrichtenden Dominial- und gutherrlichen Abgaben, insofern sie nur von dem Betriebe des Gewerbes erfolgen.
2. Abgaben und Leistungen von Mühlen ³⁾, Ziegeleien, Thon- und Mergelgruben u., falls diese unter Bedingungen ausgethan sind, die zu der Bewirthschaftung des Hauptgutes in wesentlicher Beziehung stehen.
3. Abgaben von Steinbrüchen ⁴⁾ und solche, welche bergrechtlichen Ursprungs sind.

b) Die auf dem Kirchen-, Pfarr- und Schulverbande beruhenden Real-lasten sind der Ablösungsordnung nur unter den im Gesetze vom 23. April 1867 ⁵⁾ getroffenen Abänderungen unterworfen, wonach von der Ablösung überhaupt ausgenommen sind ⁶⁾ die später theilweise aufgehobenen Stollgebühren ⁷⁾, Leistungen für kirchliche Bauten oder Herstellung und Erhaltung der für Kirche und Schule nöthigen Einrichtungen, Holzabgaben an Kirchen, Schulen und deren Diener ⁸⁾.

¹⁾ §. 2 der Ablösungsordn. v. 20. Dec. 1834, Nr. 20. Ueber den Begriff der gemeinen Lasten s. oben §. 79, I. — Die Ablösungsordn. v. 20. Dec. 1834 regelte zum ersten Male die Ablösung der Reallasten, indem die Landesf. Verordn. vom 26. März 1823, Nr. 10, welche zum ersten Male das Verfahren für die Theilung der Gemeinheiten festsetzte, in §§. 15 u. 16 nur ganz nebenbei der Ablösung der dinglichen Abgaben und Leistungen, als Zehnt- und Dienstpflicht, Meier- und Zinsverbindlichkeit, als der gütlichen Uebereinkunft beider Theile überlassen, erwähnt und dabei einige für solche Ablösungen zu beobachtende allgemeine Gesichtspunkte aufstellt.

²⁾ §. 3, l. c. Durch freiwillige Vereinbarung beider Parteien können natürlich auch diese Reallasten nach den Bestimmungen dieses Gesetzes abgelöst werden.

³⁾ S. oben §. 79, I.

⁴⁾ Ueber den Grund dieser Ausnahmen s. Landtagsverhandl. 1833 bis 1835, Abth. III, Nr. 106, S. 1331.

⁵⁾ Gef. u. Verordnungs., Nr. 19. Dafür, daß solche Lasten auf dem betr. Verbande beruhen, streitet nach §. 38, Abs. 3 Br. Ausf. B. G.-B., früher §. 18 d. G.-G.-B. eine praesumptio juris; s. oben §. 79, I. Früher bestand eine solche Präsumtion nicht; Erf. d. O.-G. Wolf., 1. Sen. vom 29. Novbr. 1850 i. S. Pfarre c. Sambleben.

⁶⁾ Gef. v. 23. April 1867, Nr. 19, §. 1.

⁷⁾ Gef. v. 31. Mai 1871, Nr. 33 vergl. mit Gef. v. 23. Dec. 1872 in Gef.- und Verordnungs., Nr. 1 v. 1873. S. auch Steinacker, Promt. II, 364 f.; v. Schmidt-Pfilsbed, Br. Kircheng., S. 327 f.

⁸⁾ §. 2 d. Gef. v. 23. April 1867.

c) Die Bestimmungen der Ablösungsordnung finden keine Anwendung ⁹⁾

1. auf die aus dem Lehnverbande hervorgehenden Lasten und Leistungen ¹⁰⁾, wohl aber auf den für die Modification eines Lehns bedingenen Zins;

2. auf Dienstbarkeiten aller Art ¹¹⁾.

d) Ablösbar nach den Vorschriften der Ablösungsordnung sind dagegen alle übrigen privatrechtlichen Reallasten an Zehnten, Hand- und Spanndiensten, Geld-, Getreide- und sonstigen Naturalabgaben und Leistungen, womit das Eigenthum oder das erbliche Besitzrecht an einem Grundstück beschwert ist, oder in Zukunft beschwert werden könnte, sowie auch alle bloß persönlichen, d. h. gewissen Personen ohne den Besitz eines Grundstückes obliegenden Dienste und Leistungen, ohne Rücksicht auf ihre Entstehung. Die Ablösung aller dieser Lasten kann gegen Entschädigung verlangt werden ¹²⁾.

Von verschiedenartigen Lasten eines Grundstückes oder einer Berechtigung ist, wenn sie demselben Berechtigten zustehen, eine jede für sich ablösbar. Einen Theil derselben Last abzulösen, kann indessen einseitig nicht gefordert werden, und zufällige, mit einem anderen ablösbaren Rechte verbundene Abgaben müssen mit diesem zugleich abgelöst werden ¹³⁾. Verträge, letztwillige Verfügungen, Verjährung und Urtheile können der Ablösung nicht entgegengesetzt werden; jedoch kann der Berechtigte die Ablösung verweigern:

1. wenn ihm hinsichtlich des belasteten Gutes das Heimfallsrecht zusteht und dieses auf nicht mehr als vier Augen steht;

2. soweit der Belastete mit der abzulösenden Leibzucht im Rückstande ist oder wegen eines streitigen Rückstandes keine Sicherheit geleistet hat ¹⁴⁾. Durch das Recht dritter Personen an dem belasteten Grundstück oder an der Berechtigung kann die Ablösung nicht beschränkt werden ¹⁵⁾.

II. Berechtigt, die Ablösung zu verlangen, ist sowohl der Berechtigte als der Verpflichtete ¹⁶⁾.

⁹⁾ §. 4 d. Ablösungsordn. v. 20. Dec. 1834, Nr. 20.

¹⁰⁾ Nach der Aufhebung des Lehnverbandes durch die Gef. v. 28. März 1837 und 31. Dec. 1849 wurden die Lehnstämme und Lehnzinsen bei den Lehen, die keine Rittergüter waren, ablösbar.

¹¹⁾ Die Ablösung der Dienstbarkeiten erfolgt nach den Grundsätzen der Gem.-Rh.-Ord.; s. oben §§. 68 ff.

¹²⁾ §§. 1 u. 5 d. Ablösungsordn.

¹³⁾ §§. 23 u. 24 daf. Als Lasten verschiedener Art sind dabei nach §. 24 anzusehen: 1. feste Geldabgaben; 2. feste Naturalabgaben; 3. Meierzinsen; 4. Zehnten; 5. Handdienste; 6. Spanndienste; 7. zufällige selbständige Abgaben.

Wann eine zufällige Abgabe selbständig und wann mit einer anderen Reallast verbunden ist, ist Thatsache, für deren Beantwortung die Entstehung und der Inhalt von besonderer Bedeutung ist.

¹⁴⁾ §§. 25 bis 27, l. c.

¹⁵⁾ §. 28, l. c.

¹⁶⁾ §. 7, l. c. Die weitere Bestimmung, wonach bei Meierzinsen nur dem Verpflichteten der Antrag auf Ablösung zustehen sollte, ist durch Gef. v. 14. Mai 1840, Nr. 22, §. 1 aufgehoben.

Legitimirt zur Provocation¹⁷⁾ ist der rechtmäßige Inhaber des belasteten Grundstückes oder der ablösbaren Berechtigung, also der Eigenthümer, erbliche Nutzungsberechtigte, Benutzer auf Wiederkauf, vermöge antichretischen Pfandrechts, elterlicher oder ehelicher Gewalt oder als Interimswirth, und bei Streit über das Eigenthum oder Nutzungsrecht der ordentliche Besitzer¹⁸⁾. Mehrere Mitinhaber eines Grundstückes oder einer Berechtigung, sowie mehrere zu einer Reallast solidarisch Berechtigte oder Verpflichtete werden nur als eine Person angesehen, weshalb die Ablösung von ihnen und gegen sie nur in Eins verlangt werden kann; andere Genossen können dagegen nur einzeln und jeder für seinen Antheil auftreten¹⁹⁾.

Von letzterer Regel giebt es zwei Ausnahmen:

- a) Zehnten desselben Berechtigten aus demselben Zehntrecht an Bodenerzeugnissen derselben Zehntflur, Fleischzehnten einer Gemeinde an denselben Herrn, Spann- und Handdienste einer Gemeinde an dieselbe Bestückung sollen nur zusammen abgelöst werden, falls nicht der Berechtigte in Einzelablösung willigt, oder Ablösung einzelner Stücke behufs Anlage oder Erweiterung eines Hausplatzes, Hofplatzes, Gartens beim Hause, Weges, Begräbnißplatzes in Frage steht, oder schließlich in gewissen Fällen die pflichtige Gemeinde trotz des Verlangens einzelner Pflichtiger einen Antrag nicht stellt.
- b) Gleichartige Grundlasten desselben Berechtigten können gemeinschaftlich von den Pflichtigen bezw. zur Provocation befugten Berechtigten abgelöst werden, falls hieraus nach dem Ermessen der Landesökonomiecommission keine Verwirrung entstehen kann²⁰⁾. Wo hiernach die Gemeinschaft eine nothwendige ist, entscheidet darüber, ob abgelöst werden soll, wie über alle folgenden Fragen, die Mehrheit der Beteiligten nach Maßgabe ihres Theilnahmeverhältnisses, wobei aber Stimmengleichheit als Annahme gilt. Ist der Antrag angenommen, so gelten auch die überstimmten Betheiligten als Provocanten. — Herrscht über das Theilnahmeverhältniß Streit, und ist auch ein ordentlicher Besitz unter den Betheiligten nicht vorhanden, so werden für die bei einem Grundstücke oder einer Realberechtigung Betheiligten gleiche Antheile, für Berechtigte an einer gemeinschaftlichen, auf verschiedenen Grundstücken ruhenden Reallast Antheile nach Verhältniß der Grundstücke angenommen²¹⁾.

¹⁷⁾ Mängel der Legitimation zur Sache oder Vertretung haben Nichtigkeit der Ablösung zur Folge; eine auf solchen Mangel gestützte Anfechtung eines Ablösungsvertrages gehört zur Competenz der Gerichte; Decr. d. O.-L.-G. Wolf. v. 3. Nov. 1842 i. S. Cammer c. Waisenhaus B. M. V. zu Braunschweig.

¹⁸⁾ §§. 8 bis 10, L. c. Was unter „ordentlichem Besitzer“ zu verstehen sei, bestimmt sich nach dem B. G.-B. in Verbindung mit dem, was das zur Zeit der Ablösungsordn. herrschende gem. R. darunter verstand. Hiernach kann nur der unmittelbare Besitzer in Frage kommen.

¹⁹⁾ §§. 11 u. 12, L. c.

²⁰⁾ §§. 13 bis 15, L. c.

²¹⁾ §§. 16 bis 18, L. c.

Die Zustimmung hat nöthig zu selbständiger Provocation, zum Ausschlaggeben bei Abstimmung über gemeinschaftliche Ablösung, zu vergleichsweisem Abschluß einer von der Gegenseite provocirten Ablösung oder, wenn in wesentlichen Punkten vertragsmäßig von den gesetzlichen Bestimmungen abgewichen werden soll,

1. der Vater, der kraft elterlicher Gewalt handelt, von den Kindern, denen Eigenthum oder Nutzungsrecht zusteht,
2. der Ehemann von seiner Frau, welche das Gut inferirt hat,
3. der Interimswirth von den Anerben ²²⁾.

Diese Zustimmung enthält, wenn nicht ausdrücklich beschränkt, die Vollmacht zu allen ferneren Rechtsgeschäften ²³⁾.

Der Ermächtigung bedürfen zu dieser, wie zu allen sonst nothwendigen Zustimmungen:

1. Minderjährige, Vormünder und Pfleger von der Landesökonomiecommission nebst Vermerk in die Ablösungsurkunde, daß deren Rechte gewahrt seien,
2. Concursverwalter vom Concursgericht und den Gläubigern,
3. beschränkt Verfügungsfähige von den dazu eingesetzten Personen oder Behörden ²⁴⁾.

Vertreten werden Cammer-, Stifts- und Klostergüter durch die sie verwaltende Abtheilung der Herzogl. Cammer, Kirchen-, Pfarr- und Schulgüter durch das Consistorium, städtische und ländliche Gemeindegüter wie bei der Veräußerung von Grundstücken ²⁵⁾. Die einseitige Zurücknahme des Antrages steht dem Provocanten nicht mehr frei, sobald der Provocat durch die Separationsbehörde von demselben in Kenntniß gesetzt ist ²⁶⁾.

§. 82.

Entschädigung des Berechtigten bei der Ablösung.

I. Im Allgemeinen wird der Berechtigte gemäß dem nachhaltigen, nach dem gemeinen Werthe abzuschätzenden Reinertrage entschädigt ¹⁾. Für die Schätzung sind folgende Grundsätze maßgebend:

1. Wenn der Werth des Nutzens, den eine Reallast dem Berechtigten gewährt, geringer ist, als der ermittelte Werth des Aufwandes, den die Leistung dem Verpflichteten verursacht, so ist ersterer Werth anzunehmen.

²²⁾ §. 19, 1. c. Die Zustimmung Minderjähriger muß natürlich durch Vormund oder Pfleger abgegeben bezw. bestätigt werden.

²³⁾ §. 19, Abj. 2, 1. c.

²⁴⁾ §. 20, 1. c. Vergl. §§. 1793 f., 1909 f. B. G. B.

²⁵⁾ §§. 21, 22, 1. c. Vergl. oben §§. 8, 15, 19, 21.

²⁶⁾ §. 29, 1. c.

¹⁾ §. 30, 1. c.

2. Besondere Verhältnisse des Berechtigten, welche den Werth der Naturalleistung vermehren, werden nicht berücksichtigt.
3. Nicht berücksichtigt werden ferner besondere Unglücksfälle der Pflichtigen, soweit solche den Berechtigten unmittelbar oder mittelbar durch Remissionspflicht mittreffen.
4. Abzusetzen sind schließlich die öffentlichen, auf dem abzulösenden Rechte ruhenden Abgaben, die Kosten, welche dem Berechtigten die Gegenleistungen verursachen und der Aufwand bei Erhebung und Verwerthung der Abgabe²⁾).

Der 25fache Betrag des hiernach bestimmten Werthes macht in der Regel die Entschädigung aus³⁾. Diese soll in baarem Gelde bestehen, wenn die Interessenten nichts Anderes vereinbaren. Solche Vereinbarungen bedürfen aber der Zustimmung derjenigen, welche ein die Disposition des Besitzers beschränkendes Recht an dem Grundstücke haben, sofern nicht nach dem Gutachten der Landesökonomiecommission die Befreiung von der Last den Abgang aufwiegt⁴⁾.

Ohne Entschädigung werden abgelöst diejenigen Berechtigungen, welche keinen Reinertrag gewähren oder mit einer höheren Gegenleistung verbunden sind⁵⁾. Bei alternativen Berechtigungen bzw. Verpflichtungen steht dem Wahlberechtigten die Befugniß zu, zu bestimmen, welche Art der Leistung der Ablösung zu Grunde zu legen ist⁶⁾. Diese Bestimmung gilt aber nicht bei dem Rechte des Dienstberechtigten, statt der Dienste das gewöhnliche Dienstgeld zu fordern⁷⁾.

II. Im Einzelnen sind über die Werthermittlungen folgende Bestimmungen getroffen:

1. Bei festen Geldabgaben, zu denen auch die zwar nach den jedesmaligen Preisen veränderlichen, aber anstatt fester Naturalabgaben entrichteten, durch den feststehenden Betrag der letzteren bestimmbarcn Geldabgaben gehören, sind außer den schon erwähnten öffentlichen Lasten und Gegenleistungen zc. abzusetzen

- a) 5 Proc., wenn es sich um eine Holschuld,
- b) 2 Proc., wenn es sich um eine Bringschuld und einen Jahresbetrag von höchstens 30 Mark, gar nichts, wenn es sich um eine geringere Jahresleistung handelt⁸⁾).

Bei festen Geldabgaben, die nicht alljährlich, sondern nach einer bestimmten

²⁾ §§. 31 bis 33, 1. c.

³⁾ §. 34, 1. c. Dasselbe gilt auch rücksichtlich der nach dem Ges. v. 23. April 1867 ablösbaren Kirchen-, Pfarr- und Schullasten. Vergl. das. §. 4; f. unten §. 82, II, 3. 7. S. auch Zeitschr. f. R. II, 125.

⁴⁾ §§. 35 u. 36, 1. c.

⁵⁾ §. 37, 1. c.

⁶⁾ §. 38, 1. c.

⁷⁾ Ges. v. 29. Juli 1837, Nr. 36, §. 1.

⁸⁾ §. 39, 1. c. Vergl. Zeitschr. f. R. II, 125.

Zahl von Jahren zu entrichten sind, wird der jedesmalige Betrag durch die Zahl dieser Jahre getheilt und das Ergebnis als Jahresbetrag angesehen ⁹⁾).

2. Feste Naturalabgaben, zu denen alle nach Maß und Beschaffenheit bestimmten und in gemessenen Zwischenräumen zu entrichtenden Naturalabgaben zu rechnen sind, werden nach ihrem Geldwerthe unter den oben unter I. bemerkten Bestimmungen geschätzt. Dabei sind an Erhebungs- und Verwerthungskosten, wenn der Pflichtige an einem bestimmten Orte zu liefern hat, höchstens 5 Proc., anderenfalls höchstens 10 Proc. nach Entscheidung der Landesökonomiecommission in Absatz zu bringen ¹⁰⁾. Hinsichtlich der nicht alljährlich, sondern in größeren Zwischenräumen zu leistenden Naturalabgaben ist wie mit den Gelbabgaben zu verfahren ¹¹⁾.

3. Der Meierzins wird nach dem durch Erkenntnisse, Verträge, Herkommen für die Zeit der Provocation feststehenden Betrage abgelöst ¹²⁾. Bei bestehender Remissionspflicht des Gutsheeren wird dagegen der jährliche Durchschnitt der tatsächlichen Leistungen aus den letzten 50 Jahren vor dem 1. Januar 1835 — mit Ausschluß der Jahre 1808 bis 1813 — zu Grunde gelegt, falls dieser Betrag geringer ist als derjenige, zu welchem der Meier zur Zeit der Provocation noch verpflichtet ist ¹³⁾. Läßt sich der vorbezeichnete Durchschnittsbetrag aus dem vollen Zeitraume nicht berechnen, so setzt die Landesökonomiecommission den Absatz für die Remissionen nach billigem Ermessen fest ¹⁴⁾. Der Capitalwerth des solchergestalt gefundenen Betrages wird nach denselben Grundsätzen, wie bei den festen Geld- und Naturalabgaben ¹⁵⁾, beim Weinkauf aber wie bei zufälligen Abgaben ¹⁶⁾ festgesetzt.

4. Zufällige Abgaben im Sinne der Ablösungsordnung sind diejenigen, bei denen entweder der Zeitpunkt der Entrichtung oder der Umfang, oder beides ungewiß ist ¹⁷⁾.

a) Dabei wird auf ein Jahrhundert, ohne Rücksicht, wieviel Fälle thatsächlich vorgekommen sind, rücksichtlich der bestehenden Veränderungsgebühren (Weinkauf, Pandemien, Antrittsgelder etc.) folgende Zahl der Fälle angenommen:

1. wenn sie bei Vererbung des belasteten Grundstückes entrichtet werden, drei Fälle,
2. wenn die Abkömmlinge des verstorbenen Besitzers davon befreit sind, ein Fall,

⁹⁾ §. 40, I. c.

¹⁰⁾ §. 41 bis 43, I. c.

¹¹⁾ §. 44, I. c. Vergl. oben das bei Note 9 Gesagte.

¹²⁾ §. 45, I. c. Vergl. auch unten §. 124.

¹³⁾ §§. 46, 48, I. c. Die Normaljahre sind danach 1779 bis 1807 einschließlich und 1814 bis 1834 einschließlich. Die Zeit der westfälischen Fremdherrschaft mußte des veränderten Rechtszustandes halber ausgeschlossen bleiben.

¹⁴⁾ §. 47, I. c.

¹⁵⁾ §. 49, Abf. 1, I. c. Vergl. oben II, 1 u. 2.

¹⁶⁾ §. 49, Abf. 2, I. c. S. unten II, 4.

¹⁷⁾ §. 51, I. c.

3. wenn sie von dem einheirathenden Ehegatten erlegt werden müssen drei Fälle,
4. wenn sie der Interimswirth zu zahlen hat, ein Fall zur Hälfte,
5. wenn sie auch beim Ableben des Berechtigten stattfinden, drei Fälle,
6. wenn aber in diesem Falle der Besitz, an dessen Wechsel die Ent-
richtung geknüpft ist, an ein Amt, eine Ehrenstelle oder ein Seniorat
gebunden ist, vier Fälle,
7. wenn die Veränderungsgebühren auch bei Veräußerungen in der
dienenden Hand zu zahlen sind, ein Fall.

Dabei kommt von mehreren neben einander bestehenden Fällen jeder für sich zum Anschlag. Zur Ermittlung des Betrages der Gebühren wird das durch Vertrag, Urtheil oder Herkommen Feststehende zu Grunde gelegt. Steht aber nichts fest, so soll der Durchschnitt der letzten sechs thatsächlich vor-
gekommenen oder wenigstens der bekannten Fälle, oder wenn nur einer feststeht,
dieser zu Grunde gelegt werden. Dieser Durchschnittsbetrag wird nun so
vielfach genommen, als nach den obigen Grundsätzen Fälle im Jahrhundert
vorkommen, und dann durch hundert getheilt. Das Ergebniß bildet den jähr-
lichen Werth ¹⁸⁾.

Im Falle die Veränderungsgebühren nach einer bestimmten Anzahl von
Jahren zu entrichten sind, so wird zur Ermittlung des jährlichen Ertrages
der Betrag durch diese Zahl der Jahre getheilt ¹⁹⁾.

b) Bei allen anderen zufälligen Abgaben ist ebenso zu verfahren, ins-
besondere bei dem Sterbefalle oder Verhaupte, wobei ein Veränderungsfall auf
ein Jahrhundert gerechnet wird ²⁰⁾.

c) Bei allen zufälligen Abgaben, die in Naturalien bestehen, werden als
Betrag der Erhebungskosten wenigstens fünf vom Hundert, und als Geldabgaben
höchstens 15 vom Hundert, bei Naturalabgaben aber, wenn sie der Pflichtige
frei abzuliefern hat, höchstens 20 Proc., anderenfalls 25 Proc. des Rohertrages,
und zwar nach dem Ermessen der Landesökonomiecommission, geliefert ²¹⁾.

d) Die bei Veräußerung des Obereigenthumes zu entrichtenden Ver-
änderungsgebühren, die bei Verpfändung des pflichtigen Grundstückes erhobenen
Consensgelder, die bei Veränderungsfällen gezahlten Schreibgebühren und das
mit einem ablösbaren Rechte verbundene Heimfallsrecht werden durch die Ab-
lösung ohne Entschädigung aufgehoben ²²⁾.

5. Bei den Zehnten ist zwischen Frucht- und Fleischzehnten zu
unterscheiden. Unter ersterem versteht man einen Theil der Ernte des pflichtigen
Grundstückes, der gleich vom Boden bezogen wird ²³⁾.

¹⁸⁾ §§. 52, 53 u. 54 das.

¹⁹⁾ §. 55, l. c.

²⁰⁾ §. 57, l. c.

²¹⁾ §. 58, l. c.

²²⁾ §. 59, l. c.

²³⁾ §. 60, l. c. Vergl. unten §. 128. Es gehören hierzu auch die Fünften,
Vierten u.; auch wenn das Stroh nach dem Ausdreschen zurückzugeben ist.

a) Der Feldzehnte wird nach Durchschnittswerth verschiedenartiger Ernten durch Sachverständige geschätzt. Bei gemeinschaftlicher Ablösung kann jeder Beteiligte separate Schätzung seiner Länderei verlangen. Für die hierdurch gefundene Naturalabgabe wird der Normalzins gesetzt ²⁴⁾. Von dem folchergestalt ermittelten Rohertrage ist außer den öffentlichen Lasten und den Kosten einer etwaigen Gegenleistung abzusetzen die Besoldung des Zehntmeiers nach zehnjährigem Durchschnitt, die Kosten des Aberntens, Einfahrens und Bansen's, wenn sie nicht dem Pflichtigen obliegen, die Kosten des Dreschens und dergleichen mehr ²⁵⁾.

b) Bei Abschätzung des Fleischzehnten wird der Naturalertrag nach dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre vor der Provocation ermittelt, und der Reinertrag nach Abzug der Kosten berechnet. Die Pflichtigen tragen zu dem Ablösungscapitale nach Verhältniß des Viehstammes bei, welcher ihnen nach der Gemeinheitstheilungsordnung bei Specialtheilungen berechnet wird ²⁶⁾.

War der Fleisch- oder Fruchtzehnten in den letzten 20 Jahren unausgesetzt verpachtet, so kann auf Verlangen des Berechtigten oder Verpflichteten der durchschnittliche Pachtzins der Ablösung zu Grunde gelegt werden ²⁷⁾. Aber auch in diesem Falle kann Jeder Abschätzung der Naturalabgabe durch Sachverständige verlangen, muß dann aber die entstehenden Kosten tragen, wenn die Abschätzung für ihn nicht günstiger ausfällt ²⁸⁾.

6. Wenn bei Ablösung der Naturaldienste deren rechtlicher Umfang nicht feststeht, so kann jeder Interessent gerichtliche Feststellung herbeiführen ²⁹⁾, widrigenfalls der Bestandsstand während der Jahre 1822 bis 1833 einschließend zu Grunde gelegt wird ³⁰⁾.

Bei der Abschätzung der Dienste ist zu unterscheiden, ob der Umfang der zu beschaffenden Arbeit, oder ob nur die Zahl der Dienstage bezw. Dienstzeit feststeht. Im ersteren Falle sind die zum Ersatz der abzulösenden Dienste erforderlichen Kosten, im letzteren der Werth eines Diensttages zu veranschlagen. Diese den Werth der einzelnen Dienstarten bezw. -tage betreffende Schätzung, welche auch die nach dem Herkommen oder den Kräften des Pflichtigen feststehende Qualität der Arbeit, eine etwaige Remissionspflicht des Berechtigten und alle sonstigen Nebenumstände berücksichtigen muß, soll ein- für allemal durch Kreiscommissionen festgesetzt und nur unter besonderen Umständen ergänzt

²⁴⁾ §§. 61 ff. Ueber die Bestimmung der Normalpreise s. unten §. 83.

²⁵⁾ §§. 67 ff. Wegen der näheren Bestimmungen muß auf das Gesetz selbst verwiesen werden.

²⁶⁾ §§. 69, 70, 1. c. Vergl. über die angezogene Berechnung der Viehsumme oben §. 69 bei Note 2 u. 3.

²⁷⁾ §§. 61, 68, Abs. 1, 1. c.

²⁸⁾ §. 68, Abs. 2 das.

²⁹⁾ Die Feststellung geschieht im Proceßwege. Die gemäß §. 256 d. R.-G.-Pr.-O. zu erhebende Klage ist vom Provocanten gegen den Provocaten oder umgekehrt zu richten.

³⁰⁾ §. 71, 1. c.

werden ³¹⁾. Steht im Allgemeinen nur die Anzahl der Tage, bei gewissen Arten der Arbeiten aber daneben auch deren Umfang fest, so ist nach dem Durchschnitt des Besitzstandes von 1822 bis 1833 einschließlich, oder wenn dieser nicht sicher ermittelt werden kann, nach dem Gutsbedarf zu schätzen, wieviel Dienstage auf Arbeiten mit solcher Norm und ohne solche fallen ³²⁾.

Ist der Dienst von einer pflichtigen Gemeinde in den mehrbezeichneten 12 Jahren bis über die Hälfte durch das gewöhnliche Dienstgeld entrichtet, so ist der Werth zur Hälfte nach obigen Schätzungen, zur Hälfte nach dem Dienstgelde zu veranschlagen; anderenfalls ist der in den 12 Jahren thatsächlich geleistete Dienst, oder wenn dies nicht zu ermitteln, drei Viertel des ganzen zu leistenden Dienstes nach obigen Schätzungen, der übrige Dienst nach dem Dienstgelde zu berechnen ³³⁾. In anderen Fällen der Nichtleistung, oder wenn der 12jährige Besitzstand der Natur der Sache nach keinen Maßstab gewähren kann, hat die Separationsbehörde in analoger Anwendung der bezeichneten Grundsätze den Werth zu berechnen ³⁴⁾.

Hat der Pflichtige das Recht, statt der Dienste ganz oder theilweise ein festes Dienstgeld oder feste Naturalabgaben zu leisten, so findet die Ablösung nach den Grundsätzen über feste Geld- und Naturalabgaben statt ³⁵⁾. In allen übrigen Fällen soll die Entschädigung in der Regel in dem 18fachen Jahresbetrage des ermittelten Werthes bestehen, wenn letzterer Werth nach Schätzung festgestellt, und der 25fache Betrag, wenn der Werth nach dem gewöhnlichen Dienstgeld berechnet ist ³⁶⁾.

Die mit Geld belegten Dienste, sowie die zum Cammergut oder zum Kloster- und Studienfonds gehörigen Häuslingsdienste nebst dem Häuslingsschutzzgeld sind durch die Ablösungsordnung von selbst und ohne Entschädigung, die den milden Stiftungen, städtischen Aerarien und Privatpersonen zu leistenden Häuslingsdienste nebst Schutzzgeld aber sind ebenfalls ohne Weiteres, aber gegen eine vom Staate zu zahlende Entschädigung aufgehoben ³⁷⁾.

7. Bei den ablösbaren Kirchen-, Pfarr- und Schulabgaben ³⁸⁾ soll die Entschädigung in dem 25fachen Betrage des nachhaltigen jährlichen Reinertrages der betreffenden Natural- und Geldabgaben oder Dienste bestehen ³⁹⁾. Nur die Abgaben, welche der Kirchengemeinde als solcher, also den Inquilinen wie Hausbesitzern obliegen, sowie die nur im Falle der Selbstbewirtschaftung der Pfarr- und Schulgrundstücke seitens der Nutznießer diesen

³¹⁾ §§. 72, 74 bis 76, l. c. Ueber die Festsetzung der Kreiscommissionen f. unten §. 83.

³²⁾ §. 73, l. c.

³³⁾ §§. 77, 78, l. c.

³⁴⁾ §. 79, l. c.

³⁵⁾ §. 83, l. c. Vergl. oben II, 1 u. 2.

³⁶⁾ §§. 81 ff. Wegen der näheren Art der Berechnung ist auf das Gesetz selbst zu verweisen.

³⁷⁾ §§. 84 bis 87 das.

³⁸⁾ Gef. Nr. 19 v. 23. April 1867, §§. 1 u. 2. Vergl. oben §. 81, Note 5 ff.

³⁹⁾ §. 4, l. c. Vergl. oben Note 3.

zu leistenden Dienste sollen durch eine ständige, den jährlichen Werth repräsentirende, der Gemeindecasse aufzuerlegende Rente abgelöst werden ⁴⁰⁾. Der Reinertrag soll, wo der Geldwerth der Prästationen nicht feststeht, bei Kornabgaben nach dem Durchschnittspreise des Braunschweigischen Martinimarktes während der vorausgegangenen 24 Jahre nach Absatz der beiden höchsten und beiden niedrigsten Preise und Theilung der also berechneten Summe durch 20, ohne jeden weiteren Abzug, ermittelt werden ⁴¹⁾; bei allen übrigen Naturalien und Diensten wird der Reinertrag durch eine besonders zusammengesetzte Kreiscommission geschätzt ⁴²⁾. Erfolgen die Dienste nicht regelmäßig, so ist der Durchschnitt nach den in den Jahren 1855 bis 1866 thatsächlich geleisteten Diensten zu bestimmen oder, wenn dieser Zeitraum der Natur der Sache nach nicht ausreicht, durch die Separationsbehörde festzusetzen ⁴³⁾. Die an Stelle von Abgaben und Diensten getretenen ständigen Renten, welche im ersten Falle vierteljährlich am 1. Januar, 1. April u., im zweiten halbjährlich am 1. Juni und 1. December fällig sein sollen, können ebenfalls abgelöst werden, und zwar die erstere Art auf einseitigen Antrag, die zweite Art aber nur nach freier Vereinbarung ⁴⁴⁾. Ueber die Verwendung der Entschädigungscapitale zum dauernden Nutzen der Pfarr- und Schulgrundstücke sind besondere Bestimmungen getroffen ⁴⁵⁾.

§. 83.

Ausmittlung des Umfanges der abzulösenden Lasten und der Normalpreise.

Jede der Parteien hat etwaige Urkunden über den Umfang der abzulösenden Berechtigung der Separationsbehörde herauszugeben ¹⁾. Auch ohne Provocation auf Ablösung kann ein dazu Berechtigter behufs Sicherung des Beweises hinsichtlich des Besitzstandes in den Jahren 1822 bis 1832 jeder Zeit dessen Feststellung beantragen ²⁾.

⁴⁰⁾ §. 5, 1. c.

⁴¹⁾ §. 6, 3. 1, 1. c.

⁴²⁾ §. 6, 3. 2, 1. c. Ueber die Kreiscommission s. unten §. 83.

⁴³⁾ §. 7, 1. c.

⁴⁴⁾ §§. 11 und 12 das. Im Uebrigen muß auf das Gesetz selbst verwiesen werden.

⁴⁵⁾ Gef. Nr. 27 v. 3. Juli 1837 und Nr. 20 v. 23. April 1867.

¹⁾ §§. 88 u. 89, 1. c. — Durch diese Bestimmung wird also dem Gegner ein klagbarer Anspruch auf Vorlegung der fraglichen Urkunden gegeben. Der Anspruch gehört daher zur Zuständigkeit der Gerichte.

²⁾ §. 90, 1. c. Die Feststellung ist nach dem Wortlaute des Gesetzes „von dem Herzogl. Amte“ der belegenden Sache vorzunehmen. Da aber seit Emanation der Ablösungsordnung die Justiz von der Verwaltung getrennt und an Stelle der Aemter für erstere die Amtsgerichte, für letztere die Kreisdirectionen getreten sind, so erscheint es fraglich, welcher Behörde jetzt diese Feststellung obliegt. Allein man wird dem Sinne des Gesetzes am nächsten kommen (vergl. §. 71, 1. c.; s. oben §. 82, Note 29, 30), die Gerichte für zuständig und die Klage nach §. 256 d. R.-G.-Pr.-O. für gegeben zu halten.

Die Normalpreise der Naturalien und Dienste werden in Ermangelung gesetzlicher Bestimmungen durch Kreiscommissionen ermittelt. Diese bestehen aus dem Kreisdirector, mindestens zwei ökonomischen Sachverständigen und einem Berechtigten und einem Verpflichteten. Die letzteren beiden werden ein- für allemal aus der Reihe der Berechtigten und Verpflichteten gewählt und bei der Ablösung von Kirchen- u. Abgaben durch einen Vertreter des Consistoriums einerseits und einem von den Bürgermeistern und Gemeindevorstehern des Kreises gewählten Vertreter andererseits ersetzt³⁾. Die Kreiscommissionen geben ihr Gutachten über die zu bestimmenden Preisbezirke und die Preise selbst ab, während das Staatsministerium nach Anhörung der Landesökonomiecommission innerhalb der gemachten Vorschläge die endgültigen Festsetzungen trifft⁴⁾. Gesetzlich sind daneben folgende Getreidenormalpreise bestimmt: Weizen 22 Ggr., Roggen 17 Ggr., Gerste 13 Ggr., Hafer 9 Ggr. für den neuen Braunschweigischen Hinton. Nur wenn in einzelnen Gegenden das Getreide wegen schlechter Beschaffenheit zum größeren Handel unbrauchbar, ist es durch die Commission besonders zu schätzen⁵⁾. Das Stroh und die Scheuernabgänge sollen nach dem Durchschnittswerthe des Zehntstrohes und der Scheuernabgänge für die berechtigten Haushaltungen berechnet werden⁶⁾.

Beim Werth der Dienste untersucht die Kreiscommission die den Werth bedingenden Umstände, theilt danach in Bezirke ein und schätzt jede einzelne Art der Dienste und der einzelnen Dienstage, wie oben. Bei den Schätzungen der Arbeitspreise ist der Umfang und die Art der Arbeit, bei den Diensttagen die vorausgesetzte Dauer der Arbeitszeit und alle näheren Umstände anzugeben⁷⁾.

§. 84.

Ablösungsgeschäft und Wirkungen.

I. Das Ablösungsgeschäft erfolgt entweder nach freier Uebereinkunft oder nach dem gesetzlichen Verfahren. In beiden Fällen bedarf dasselbe

³⁾ §. 92, 1. c. u. Gef. v. 23. April 1867, §. 6, 2.

⁴⁾ Hiernach sind die Normalpreise bestimmt: für Kreis Braunschweig durch Bekanntmachung Nr. 16 v. 21. April 1836, Kreis Helmstedt Nr. 23 v. 16. August 1836, Kreis Gandersheim Nr. 24 v. 16. August 1836, Kreis Holzminden Nr. 12 v. 26. Febr. 1837, Kreis Wolfenbüttel Nr. 44 v. 21. Oct. 1837, Kreis Blankenburg Nr. 5 v. 3. Dec. 1841 und 1842.

Für die Kirchen- u. Abgaben sind folgendermaßen die Normalpreise festgesetzt: Kreis Braunschweig in Nr. 24 v. 13. Febr. 1868, Kreis Gandersheim Nr. 56 v. 7. Juli 1868, Kreis Helmstedt Nr. 8 v. 21. Jan. 1869, Kreis Wolfenbüttel Nr. 14 v. 19. Febr. 1869, Kreis Blankenburg Nr. 76 v. 29. Sept. 1869 und Kreis Holzminden Nr. 28 v. 15. März 1870.

⁵⁾ §. 94, 1. c. Ein Ggr. = $12\frac{1}{2}$ Pf.; ein neuer Braunschw. Hinton = 81,145 Liter; vergl. Bekanntmachung v. 5. April 1869, Nr. 25.

⁶⁾ §. 96, 1. c.

⁷⁾ §. 99, 1. c. — Wegen der näheren Bestimmungen ist hier lediglich auf das Gesetz selbst zu verweisen.

zu seiner Perfection der Bestätigung durch die Landesökonomiecommission¹⁾. Hiernach wird auf Ersuchen der letzteren die Löschung der abgelösten Lasten und die Eintragung etwa noch nicht gezahlter Ablösungscapitale oder ständiger Renten, sowie abgetretener Grundstücke im Grundbuche bewirkt²⁾. Erst mit der Eintragung wird das Geschäft klagbar, doch kann schon nach Einreichung der Urkunde zur Bestätigung Niemand mehr zurücktreten, bis etwa die Bestätigung versagt ist³⁾. Eine Anfechtung findet nur wie bei gerichtlich bestätigten Verträgen statt⁴⁾.

II. Wirkungen.

1. Unter den Parteien. Mit Ablösung der Reallast wird das Grundstück frei, auch von einer etwa mit der Last bestehenden Guts herrschaft⁵⁾. Die Befreiung tritt nicht vor Eintragung im Grundbuche ein, kann aber durch Uebereinkunft oder Bestimmung der Landesökonomiecommission weiter hinausgeschoben werden⁶⁾. Die Ablösungscapitalien haften, wenn ordnungsmäßig eingetragen, als Grundlast auf dem befreiten Grundstück und sind zu verzinsen, wenn sie an Stelle von Geld- oder Naturalabgaben treten, mit dem Fälligkeitstermine der letzten Naturalleistung und bei Zehnten mit dem auf die letzte Erhebung folgenden ersten Januar. Veränderungsgebühren und Heimfallsrecht können von der Provocation an nicht mehr gefordert werden, müssen aber von da ab mit 4 Proc. des danach festgesetzten Ablösungscapitals nachträglich verzinst werden. Öffentliche Abgaben vom abgelösten Rechte, die vormals der Berechtigte bezahlt hat, gehen mit der Ablösung auf den Pflichtigen über⁷⁾.

Die Ablösungscapitalien, welche nebst einem zweijährigen Rückstande sowohl im Concurse, wie bei einer Zwangsversteigerung des Grundstückes gleich nach den öffentlichen Lasten befriedigt werden sollen, können vom Berechtigten, wenn er Provocant war, erst nach fünf Jahren, anderenfalls schon nach drei Jahren vom Beginn des Zinsenlaufes an unter Einhaltung einer halbjährigen Kündigungsfrist gefordert werden, während der Zahlungspflichtige bei Abschluß

¹⁾ §§. 101 u. 102, l. c. S. auch Zeitschr. f. R. IV, 182. Einer gerichtlichen oder notariellen Verlautbarung bedarf das Ablösungsgeschäft auch nach dem B. G.-B. nicht. Vergl. Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 47.

²⁾ §§. 103 u. 104, l. c. Vergl. unten Note 3.

³⁾ §. 105, l. c. Zeitschr. f. R. XXIII, 140; IV, 182. Da nur eine eingetragene Reallast gelöscht werden kann und es andererseits vorkommen kann, daß keine rückständigen Ablösungscapitale oder ständigen Renten oder abgetretenen Grundstücke vorhanden sind, mithin eine Eintragung irgend welcher Art überhaupt nicht vorkommen kann, so fragt es sich, ob in diesem Falle der Sinn der Gesetzesvorschrift dahin zu verstehen ist, daß auch ohne Eintragung das Geschäft perfect wird, indem die Reallast mit der Bestätigung erlischt, oder ob nach strenger Auslegung die Eintragung der Reallast vorhergehen muß. Die Praxis befolgt den letzteren Weg, der allerdings weder erforderlich noch besonders zweckmäßig sein dürfte.

⁴⁾ §. 106, l. c. Vergl. übrigens auch oben §. 81, Note 15.

⁵⁾ §. 107, l. c. Ein Meiergut wird also mit Ablösung der gutherrlichen Lasten freies Eigenthum des Besitzers. Das Nähere gehört in die Darstellung des Bauernrechts.

⁶⁾ §. 108, l. c. Ueber die Eintragung im Grundbuche s. oben Note 2 u. 3.

⁷⁾ §§. 112 bis 115, l. c.

des Vertrages oder nachher mit halbjähriger Vorauskündigung Zahlungstermine hierfür, und zwar bei fehlender Einwilligung des Berechtigten nur zu Johannis oder Weihnachten und zu wenigstens je 300 Mk. fordern kann. Bleibt der Schuldner mit einer Abschlagszahlung einen Monat oder mit Zinsen drei Monate rückständig, oder wird das Grundstück verkauft, so kann Gläubiger das Capital mit dreimonatiger, beim Verkauf mit sechsmonatiger Zahlung kündigen⁸⁾.

Ist schließlich dem Berechtigten anstatt eines Ablösungscapitals ein Grundstück abgetreten, so gehen die darauf ruhenden Lasten auf den Erwerber über, abgesehen von denjenigen, die nur wegen dessen Verbindung mit dem bisherigen Hauptgute darauf hafteten⁹⁾.

2. Dritten gegenüber.

a) Im Allgemeinen sind folgende Bestimmungen getroffen. Dritte können der Ablösung nicht widersprechen, werden auch bei derselben nicht zugezogen. Ihre Rechte gehen auf die Entschädigung über. Nur bei betrügllicher Verkürzung durch die Parteien steht ihnen das Recht der Anfechtung zu¹⁰⁾. Dabei sollen aber die Separationsbehörden die betheiligten Dritten thunlichst ermitteln und ihre Rechte wahren¹¹⁾. Zu diesem Zwecke ist es zunächst den Parteien nachgelassen, sich gegen Ansprüche unbekannter Dritter durch Antrag auf Edictalladung mit Präklusivfrist zu sichern. Nach erfolgter Präclusion findet bis zur Ausführung des Ablösungsgeschäftes nur aus erheblichen Gründen und gegen Kostenerstattung, nach der Receßbestätigung aber nur aus denselben Gründen Wiedereinsetzung statt, wie gegen ein rechtskräftiges Urtheil¹²⁾. Wird eine solche Edictalladung nicht beantragt, so hat die Landesökonomiecommission die Receßbestätigung binnen einem Vierteljahre öffentlich in den Braunschweigischen Anzeigen bekannt zu machen. Ist das Herzogl. Cammergut oder der Kloster- und Studienfonds berechtigt, so braucht nur bei Landabfindungen die Bekanntmachung zu erfolgen. Betheiligte Dritte, welche innerhalb eines Jahres nach Publication ihre Ansprüche nicht anmelden, sind damit ipso jure ausgeschlossen, ohne daß Restitution möglich wäre¹³⁾.

Der Zahlungspflichtige wird von den Ansprüchen Dritter — außer wenn die Ablösung zuvor oder zulässiger Weise im Termine gerichtlich angefochten wird — frei mit Erwirfung eines Termins zur Auszahlung des Ablösungscapitals und Auszahlung desselben bezw. Hinterlegung im Falle erhobenen Widerspruches. Zu diesem Termine sind dem Gerichte bekannte Betheiligte speciell, die unbekannten aber, soweit sie nicht ausgeschlossen sind, öffentlich zu laden; zu Terminen für spätere Abschlagszahlungen sind nur diejenigen Betheiligten zu laden, welche dies im ersten Termine verlangt haben¹⁴⁾. Wenn der Zahlungspflichtige durch Abtretung von Grundstücken oder Rechten ent-

⁸⁾ §§. 114, 116, 117, l. c.; vergl. oben §. 80 bei Note 14.

⁹⁾ §§. 11 f., l. c.

¹⁰⁾ §§. 120, 121, l. c. Vergl. Zeitschr. f. R. XXV, 187.

¹¹⁾ §. 122, l. c.

¹²⁾ §. 123, l. c.

¹³⁾ §. 124, l. c.

¹⁴⁾ §§. 125, 126, l. c.

schädigt ist, so wird er mit der Abtretung Dritten gegenüber frei, falls die Ablösung nicht gerichtlich angefochten ist¹⁵⁾. Der Berechtigte dagegen bleibt in allen Fällen — abgesehen von obigen Präclusionen — den Dritten mit den Entschädigungsgegenständen verhaftet¹⁶⁾.

b) Im Besonderen sind folgende Bestimmungen getroffen.

Die Rechte des Gutsherrn und — früher, soweit sie noch bestanden — des Lehnsherrn, des Lehns- und Fideicommissnachsfolgers, der Agnaten, ferner des Wiederkaufsberechtigten und antichretischen Schuldners an der abgelösten Gerechtsame sollen beim Ablösungscapitale bzw. den abgetretenen Grundstücken oder dinglichen Rechten im Grundbuche eingetragen werden¹⁷⁾. Die Genannten können jedoch nicht widersprechen, wenn die Ablösungscapitalien oder die durch Veräußerung der zur Entschädigung abgetretenen Grundstücke oder dinglichen Rechte erhaltenen Kaufgelber verwendet werden sollen:

1. zur Deckung eines durch die Ablösung entstandenen und von der Landesökonomiecommission festgesetzten Capitalbedarfs, wobei die Verbesserungen an Stelle der Aufwendung treten,
2. zur Ablösung der Lasten auf des Berechtigten Besizung,
3. zur Abtragung ihrer mit dem Schuldner solidarischen Schulden,
4. zum Ankauf von Grundeigenthum mit einem — nach Schätzung der Landesökonomiecommission — entsprechenden Werthe, auf welches die betreffenden Rechte Dritter übergehen,
5. zur Belegung beim Leihhause unter Bemerkung der Dispositionsbeschränkung des Inhabers auf der Obligation, und schließlich
6. zum Ankauf von Landesschuldverschreibungen, welche an Stelle des Capitals treten¹⁸⁾.

Haften dingliche Rechte (Dienstbarkeiten, Reallasten, Hypotheken) auf der abgelösten Berechtigung, so verbleiben dem Gläubiger nicht nur alle sonstigen Sicherungsmittel, sondern er kann auch das Recht auf dem Ablösungscapitale in Form einer die Disposition über dasselbe beschränkenden Bemerkung, als auch, falls die Entschädigung in abgetretenen Grundstücken oder Rechten besteht, auf diese eintragen lassen. Dagegen können die Hypothekgläubiger wegen der Ablösung ihre Forderung nicht vor der Verfallzeit verlangen und ebenso wenig die an dem pflichtigen Gute zu Leibzuchten, Abfindungen zc. Berechtigten wegen der Ablösung eine Erhöhung ihres Rechts fordern¹⁹⁾.

Das in einem Pachtvertrage gegebene Versprechen, daß eine Ablösung nicht stattfinden solle, ist wirkungslos. Wenn in dem Pachtvertrage besondere

¹⁵⁾ §. 127, l. c.

¹⁶⁾ §. 128, l. c.

¹⁷⁾ §. 129, l. c. Zeitschr. f. R. XXV, 187.

¹⁸⁾ §. 130, l. c. und §. 2 des Ges. v. 14. Mai 1840, Nr. 22. — Wegen der näheren Bestimmungen muß mit Rücksicht auf die hier gebotene Kürze lediglich auf die angezogenen Gesetze selbst verwiesen werden.

¹⁹⁾ §. 135, l. c. Die Eintragungen des dinglichen Rechts auf die Surrogate des ursprünglich belasteten Grundstückes können nach dem Consensprincip nur mit

Verabredungen über die Folgen der Ablösung nicht festgestellt sind, so treten die folgenden Bestimmungen ein: Der Verpächter muß binnen vier Wochen nach erfolgtem Antrage auf Ablösung hiervon, und binnen einer gleichen Frist nach Bestätigung des Ablösungsgeschäftes von dessen Inhalt den Pächter in Kenntniß setzen, widrigenfalls dieser sich nicht mit der gesetzlich bestimmten Entschädigung zu begnügen braucht, sondern eine solche nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen verlangen kann. Genügt dem Pächter die gesetzlich bestimmte Entschädigung nicht, so kann er innerhalb dreier Monate nach Mittheilung des Ablösungsrecesses auf das Ende desjenigen Wirthschaftsjahres, welches die gleiche Feldfolge, wie bei der Annahme hat, kündigen, außer wenn nach Ansicht der Landesökonomiecommission wegen Geringsfügigkeit des abgelösten Rechts im Verhältniß zur ganzen Wirthschaft keine erhebliche Veränderung der letzteren bevorsteht ²⁰).

Die Ablösung einer für sich allein verpachteten Berechtigung bewirkt Aufhebung des Pachtvertrages ohne Entschädigung. Nur wenn das abgelöste Recht mit anderen Gegenständen verpachtet ist, kommt dem Pächter eine Entschädigung zu. Erfolgt in letzterem Falle die Ablösung durch Capitalzahlung, so muß der Verpächter dem Pächter jährlich 4 Proc. des Ablösungscapitals vergüten. Eine gleiche Entschädigung tritt auch dann ein, wenn der Verpächter bei der Ablösung eine Last zur Abrechnung bringt, die der Pächter nicht zu tragen hat, wogegen, wenn diese Abrechnung auch dem Pächter zum Vortheile gereicht, die Entschädigung desselben von der Landesökonomiecommission bestimmt wird. Im Falle die obigen Zinsen geringer sind, als die dem Ablösungsgegenstande entsprechende Pachtsumme, so wird diese dem Pächter abgesetzt. Soweit das Capital zu solchen landwirthschaftlichen Einrichtungen, welche durch die Ablösung nothwendig geworden sind, verwandt wird, fällt die Vergütung weg, wogegen der Pächter diese Einrichtungen unentgeltlich benutzt. Bei einer Entschädigung in Grundstücken oder Gerechtsamen hängt es vom Pächter ab, ob er solche gegen Abtragung sämmtlicher auf denselben haftenden Lasten übernehmen oder als Entschädigung 4 Proc. des Ablösungscapitals verlangen will. Wenn in Folge der Dienstablösungen die Vermehrung des Inventars erforderlich wird, so kann der Pächter entweder das Fehlende auf seine Kosten anschaffen oder verlangen, daß ihm das Capital vom Verpächter zu 4 Proc. Zinsen gegen genügende Sicherheit vorgeliehen wird; er ist sodann gehalten, bei Rückgabe der Pacht das vermehrte Inventar gegen Taxe zu übergeben ²¹).

Einwilligung des Verpflichteten, oder auf Grund eines rechtskräftigen Urtheils oder auf Ersuchen der Behörde (R.-Def.-G.) erfolgen.

²⁰) §§. 136 bis 138, l. c. Die Feldfolge, welche bei der hier in Frage kommenden Kündigung zu berücksichtigen ist, ist ein Ausfluß der Dreifelderwirthschaft, nach welcher Winterfrucht, Sommerfrucht und Brachfrucht abwechseln. War also im ersten Pachtjahre Winterfrucht bestellt, so kann auch erst auf das Ende desjenigen Jahres, in dem ebenfalls Winterfrucht bestellt werden muß, gekündigt werden. Voraussetzung ist dabei natürlich, daß der Pachtvertrag nicht schon früher abläuft, was auch hinsichtlich eines auf unbestimmte Zeit eingegangenen Pachtvertrages die Regel bilden wird. — Vergl. auch oben §. 74, Note 12.

²¹) §§. 139 bis 144, l. c.

Wenn das belastete Gut verpachtet und die abgelöste Last vom Pächter übernommen ist, so muß derselbe, falls die Ablösung durch Capitalzahlung erfolgt ist, dem Verpächter eine jährliche Vergütung von 4 Proc. des Ablösungscapitals zahlen; falls aber die Ablösung durch Abtretung von Grundstücken oder Gerechtsamen bewirkt wird, soll der hieraus für den Pächter entstehende Nachtheil gegen den ermittelten Jahreswerth der abgelösten Leistung compensirt und danach der Ersatz bestimmt werden. Die Entschädigung fällt ganz weg, wenn eine Last des verpachteten Gutes durch Abrechnung eines demselben zustehenden Rechts abgelöst wird, und der Pächter sowohl die Last zu tragen, als das Recht zu nutzen hat. Im anderen Falle entsteht die Verbindlichkeit zu einer Entschädigung im Betrage von 4 Proc. des Capitalwerthes der abgelösten Last für den, welcher von beiden die Last trug, gegen den, welcher das Recht genutzt hat. Wenn endlich der Pächter die abgelöste Last nicht übernommen hat und die Ablösung durch Land erfolgt, so ist der dem Pächter daraus erwachsende Nachtheil speciell zu ermitteln und von dem Verpächter zu ersetzen²²⁾.

§. 85.

Verfahren bei der Ablösung.

Die Leitung der beantragten Ablösung von Reallasten liegt der Herzoglichen Landesökonomiecommission ob. Der Wirkungskreis dieser Behörde bei dem Ablösungsgeschäfte, insbesondere der Umfang der Thätigkeit der Localcommission und derjenigen der Landesökonomiecommission selbst wird durch das sogenannte Organisationsgesetz vom 20. December 1834 geregelt¹⁾. Aber auch wenn sich die Parteien über die Ablösung gütlich und privatim einigen, bedarf das Ablösungsgeschäft zu seiner Perfection der Bestätigung durch die Landesökonomiecommission²⁾.

Hinsichtlich des Verfahrens bei Ablösungen auf dem Grenzgebiete zwischen dem Herzogthum Braunschweig und dem Königreich Preußen kommen nach der Verordnung vom 14. Juni 1841³⁾ noch folgende Bestimmungen in Betracht:

Wenn der Gegenstand, auf welchem die abzulösende Last ruht, ganz oder theilweise auf einem Gebiete liegt, hinsichtlich dessen keiner der beiden Staaten das Hoheitsrecht hat, oder theils auf preussischem, theils auf braunschweigischem Gebiete liegt, oder wenn solche Reallasten auf Grundstücken des einen Gebietes zu Gunsten eines Grundstückes in dem anderen Gebiete lasten, so soll das Ablösungsgeschäft durch Commissarien beider Staaten geregelt werden⁴⁾. Ablösungen dieser Art werden auf einseitigen Antrag des Berechtigten oder

²²⁾ §§. 145 ff., l. c.

¹⁾ Gef.- u. Verordnungsfl. de 1835, Nr. 2. Auf den Inhalt dieses Gesetzes muß hier lediglich verwiesen werden.

²⁾ Ablösungsordn. v. 20. Dec. 1834, Nr. 20, §. 102; s. oben §. 84, Note 1.

³⁾ Gef.- u. Verordnungsfl. Nr. 9. — Ein Staatsvertrag zwischen Braunschweig und Preußen, welcher ähnliche Bestimmungen hinsichtlich der Provinz Hannover enthält, ist durch Gef. v. 15. Febr. 1878, Nr. 6 publicirt.

⁴⁾ Art. 1^o daf.

Verpflichteten eingeleitet. Der Antrag ist bei der Generalcommission desjenigen Staates zu stellen, dem der Antragsteller angehört. Ist jedoch Antragsteller der Berechtigte, so steht die Entschliebung über den Antrag zunächst der Generalcommission des Staates des Verpflichteten zu⁵⁾. Im Uebrigen werden alle Termine und Verhandlungen von den beiderseitigen Commissarien gemeinschaftlich geleitet⁶⁾. Das weitere Verfahren ist ebenso, wie bei den Gemeinheitstheilungen⁷⁾.

Viertes Capitel.

Selbständige Gerechtigkeiten.

§. 86.

Allgemeines.

Unter selbständigen Gerechtigkeiten im weiteren Sinne versteht man diejenigen Gerechtsamen, die in Ansehung der Eintragung in die Grundbücher und Verpfändung den Grundstücken gleich stehen¹⁾. Sie unterliegen, soweit sie noch bestehen, im Wesentlichen dem Landesrechte²⁾. Zu ihnen gehören die

⁵⁾ Art. 2 das.

⁶⁾ Art. 3 das.

⁷⁾ S. oben §. 72, Note 8 ff.

¹⁾ Diese Definition entspricht den gleichen Rechtsverhältnissen in Preußen (vergl. Oberneck, Reichsgrundbuchrecht, 2. Aufl., 1900, §. 80) und hat den Vorzug, die Gruppe der mit Immobilienqualität begabten Rechte mit ihrem wesentlichsten Merkmale zusammenzufassen und von den übrigen dinglichen Rechten einerseits, sowie dem Grundeigenthum andererseits abzugrenzen. In der braunschw. Gesetzgebung und Praxis hat über die Bedeutung des Begriffs nicht immer völlige Klarheit geherrscht. Meist versteht man unter selbständigen Gerechtigkeiten nur diejenigen, welche Immobilienqualität genießen, ohne mit einem Grundstücke verbunden zu sein (selbständige Gerechtigkeiten im engeren Sinne) und stellt ihnen die unselbständigen, auf ein Grundstück radicirten Gerechtigkeiten gegenüber. So: Zeitschr. f. R. XLVI, Beil. I, S. 13 u. 14. Der §. 20 Br. Ausf. G.=B.=D. zählt seinem Wortlaute nach die Bergwerke zu den selbständigen Gerechtigkeiten, während beide in der Terminologie des §. 25 das. und §. 43 Br. Ausf. B. G.=B. als etwas Verschiedenes angesehen werden. Der scheinbare Widerspruch fällt fort, wenn man zwischen selbständigen Gerechtigkeiten im weiteren und engeren Sinne unterscheidet.

²⁾ Dies ergibt sich theils aus mehreren Vorbehalten des G. B. G.=B., so aus Art. 59, 63, 65 (z. B. Fährerechtigkeiten), 67, 74, 113, theils aus Art. 184, vergl. mit Art. 196 G. B. G.=B., vorzüglich auf den der Landesgesetzgebung nicht vorbehalten Gebieten, hinsichtlich derjenigen Rechte, die am 1. Januar 1900 schon bestanden haben. Die Mot. Br. Ausf. B. G.=B., S. 61, sagen: „Hinsichtlich der selbständigen Gerechtigkeiten (d. h. im engeren Sinne) enthält das B. G.=B. zwar keine Vorschriften, jedoch ist anzunehmen, daß die Reichsgesetzgebung an deren Bestehen nichts hat ändern wollen.“

selbständigen Gerechtigkeiten im engeren Sinne³⁾, sowie die Bergwerke und die vererblichen und veräußerlichen Nutzungsrechte an fremden Grundstücken. Allen gemeinsam sind folgende Bestimmungen:

1. Die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften des Grundbuchsrechts finden auf sie Anwendung⁴⁾, jedoch erhalten die selbständigen Gerechtigkeiten im engeren Sinne ein Blatt im Grundbuche nur auf Antrag oder wenn sie veräußert oder belastet werden sollen⁵⁾.

2. Soweit die Gerechtigkeiten ein Grundbuchsblatt erhalten haben, finden auf sie auch die Vorschriften des B. G.-B. über Grundstücke, namentlich hinsichtlich des Erwerbs und des Anspruchs aus dem Eigenthum Anwendung⁶⁾.

Die besonderen Vorschriften über die einzelnen Gerechtigkeiten sind im nächsten Paragraphen erörtert.

§. 87.

Die einzelnen Gerechtigkeiten.

1. Das Recht der Emphyteusis ist dem B. G.-B. unbekannt und daher nur noch insoweit von Bedeutung, als es vor dem 1. Januar 1900 begründet war¹⁾. Auf dies Recht sind die allgemeinen Vorschriften über Grundstücke und deren Erwerb für anwendbar erklärt²⁾. Im Uebrigen gelten unverändert die Vorschriften des gemeinen Rechts³⁾, wozu die Landesgesetzgebung ausdrücklich bestimmt hat, daß das gesetzliche Vorkaufsrecht des Eigenthümers der Emphyteuse⁴⁾ zur Begründung als dingliches Recht und zur Erhaltung der Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs der Eintragung nicht bedarf⁵⁾.

³⁾ S. oben Note 1.

⁴⁾ §§. 20, 25 Br. Ausf. R.-G.-B.-D. und §. 44, Abs. 2 Br. Ausf. B. G.-B. Namentlich handelt es sich hier um Auflassung (§. 20 R.-G.-B.-D.), Berichtigung (§. 22 daf.) und Belastung (§. 7 daf.).

⁵⁾ §. 24, Abs. 1 Br. Ausf. B. G.-B. Dies gilt nicht für Forstgenossenschaften. §. 24, Abs. 2. S. unten §. 87, Z. 5.

⁶⁾ §§. 43 u. 44 Br. Ausf. B. G.-B. In Frage kommen hier namentlich die §§. 313, 373, 925 ff., 985 ff. B. G.-B. Auch hinsichtlich der Zwangsversteigerung finden die Reichsgesetze Anwendung (vergl. Mot. Br. Ausf. B. G.-B., S. 294 zu §. 7). Zu besonderen Vorschriften hat in dieser Beziehung nur das Bergwerkseigenthum Anlaß gegeben (s. unten §. 87, Z. 4).

¹⁾ Art. 184 E. B. G.-B.

²⁾ Art. 196 E. B. G.-B. u. §. 43 Br. Ausf. B. G.-B. Vergl. oben §. 86.

³⁾ Dies gab insbesondere dem Grundeigenthümer das Recht der Privation, wenn der Emphyteuta das Grundstück schuldhaft und erheblich deteriorirte, drei Jahre lang den Zins oder die öffentlichen Abgaben nicht bezahlte oder die etwaige Veräußerung nicht anzeigte. Im Uebrigen hatte der Emphyteuta Anspruch auf die Früchte mit deren Trennung; auch auf die uneigentlichen, wie Windbrüche. Vergl. Dernburg, Pand. I, §. 260; Windscheid, Pand. I, §§. 219 ff.

⁴⁾ Es ist in zwei Monaten nach erfolgter Anzeige geltend zu machen. Dernburg, a. a. O.

⁵⁾ §. 52 Br. Ausf. B. G.-B.

2. Das Recht der Superficies wird als Erbbaurecht jetzt ausschließ-
lich von dem B. G.=B. geregelt⁶⁾. Die bereits vor dem 1. Januar 1900
begründeten Erbbaurechte unterliegen zwar grundsätzlich dem bisherigen Landes-
recht⁷⁾, doch findet auch auf sie die Bestimmung des §. 1017 B. G.=B. sofort
Anwendung⁸⁾.

3. Die Meier- und Erbzinsrechte kommen im Herzogthum, wenn
überhaupt, nur noch äußerst selten vor, nachdem die bäuerlichen Lasten für
ablösbar und mit thatsächlich vollzogener Ablösung die Bauerngüter unter
Aufhebung des gutherrlichen Verbandes für freies Eigenthum erklärt sind⁹⁾.
Beschränkungen des Eigenthumsrechts an dem Grundstück durch dessen Eigen-
schaft als Erbzins- und Meiergut bedürfen zu ihrer Begründung und Wirksam-
keit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs der Eintragung¹⁰⁾.
Im Uebrigen gehören diese Rechtsinstitute der Darstellung des Bauernrechts
an¹¹⁾. Hier ist nur der Unterschied der beiden Güterarten hervorzuheben.
Danach ist das Meierrecht ein erbliches Nießbrauchsrecht, während das Erb-
zinsrecht ein wirkliches dominium utile bildet, einen Zins nur in recogni-
tione dominii directi, Belastung mit Diensten aber und die Abmeierungs-
gründe überhaupt nicht kennt. Andererseits unterscheidet sich das Erbzinsrecht
von der römischen Emphyteusis einmal ebenfalls durch das wirkliche dominium
utile, ferner durch die Nothwendigkeit des gutherrlichen Consenses zu Ver-
äußerungen, Belastungen u., der renovatio investiturae innerhalb dreier
Monate nach einem Sterbefall und schließlich dadurch, daß von den Privations-
strafen der Emphyteusis nur diejenige wegen Nichtzahlung des Canon in Gel-
tung ist, wobei außerdem ein- bis zweijähriger Rückstand genügt. Daneben
kennt das Erbzinsrecht die besondere Privationsstrafe für die Unterlassung der
Einholung des gutherrlichen Consenses oder der Investiturerneuerung¹²⁾.

4. Das Bergwerkseigenthum, dessen Begriffsbestimmung und sonstige
Rechtsverhältnisse an anderer Stelle erörtert sind¹³⁾, muß im Grundbuche der-
jenigen Gemeinde oder Gemarkung eingetragen werden, in deren Bezirk es liegt¹⁴⁾.

⁶⁾ §§. 1012 bis 1017 B. G.=B.

⁷⁾ Es galt bei uns unverändert das gem. Recht. Vergl. Dernburg, Pand. I, §. 259; Windscheid, Pand. I, §. 223.

⁸⁾ Art. 184 E. B. G.=B. Der §. 1017 B. G.=B. lautet: „Für das Erbbaurecht gelten die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften. Die für den Erwerb des Eigenthums und die Ansprüche aus dem Eigenthum geltenden Vorschriften finden auf das Erbbaurecht entsprechende Anwendung.“

⁹⁾ E. unten §§. 124 u. 125. Daß im Uebrigen diese Rechtsverhältnisse noch fortdauernde Geltung haben, ergibt sich aus Art. 63, 184 u. 197 E. B. G.=B.

¹⁰⁾ §. 18 Br. Ausf. G.=B.=D. Nur gutgläubige Dritte können sich auf die mangelnde Eintragung berufen, nicht aber bösgläubige oder der Grundeigen-
thümer selbst.

¹¹⁾ E. unten §§. 124, 125.

¹²⁾ Ueber Emphyteusis s. im Uebrigen das oben zu Ziffer 1 Gesagte.

¹³⁾ Vergl. oben §. 59 a. E. und unten §§. 95 ff.

¹⁴⁾ Liegt ein Bergwerk in mehreren Bezirken, so entscheidet der Fundort und
im Zweifel das Staatsm., Dep. der Justiz. Instruct. vom 22. Sept. 1893, Nr. 44.
Vergl. auch Bekanntm. zur R.=G.=B.=D., §. 41.

Dabei kommen folgende Vorschriften in Betracht:

- a) Ist das Bergwerkseigenthum durch die von der Bergbehörde erteilte Verleihung bezw. durch den von der Bergbehörde in Gemäßheit des Ges. vom 25. Februar 1899 gefaßten Beschlusses, durch eine von der Bergbehörde bestätigte Consolidation, Theilung oder Vertauschung von Grubenfeldern oder Felbestheilen erworben, so hat die Bergbehörde das Grundbuchamt unter Mittheilung einer beglaubigten Abschrift der Verleihungsurkunde zc. um die Eintragung zu ersuchen. Dasselbe gilt, wenn die Verleihungsurkunde geändert oder diese bezw. das Bergwerk aufgehoben wird¹⁵⁾.
- b) In Betreff der Befugniß des eingetragenen Bergwerkseigenthümers, das verliehene Feld zu theilen, Felbestheile auszutauschen oder auf dieselben zu verzichten, kommen die Vorschriften des Berggesetzes vom 15. April 1867 zur Anwendung¹⁶⁾.
- c) Die Befugniß zur Anlage von Hülfsbauten, welche unter die Vorschriften der §§. 62 ff. des Berggesetzes fallen, bedarf, wenn der Hülfsbauberechtigte den Besitz erlangt hat, zur Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs der Eintragung nicht¹⁷⁾. Dieselben erlöschen nicht durch die Zwangsversteigerung¹⁸⁾.
- d) Das einer Gewerkschaft zustehende Bergwerkseigenthum¹⁹⁾ kann nur von dieser und als Ganzes mit Hypotheken und sonstigen dinglichen Lasten beschwert werden²⁰⁾. Ueber die Rechte der Hypothekgläubiger und sonstigen dinglich Berechtigten bei Consolidation von Bergwerken, Realtheilung oder Austausch von Feldern wird an anderer Stelle gehandelt werden²¹⁾.

5. Für die im Bezirke eines Grundbuchamtes belegenen, weder reell noch ideell getheilten Genossenschaftsforsten²²⁾ bestehen seit dem Gesetze vom 19. Mai 1890 besondere Grundbücher, in denen jeder Genossenschaftsforst ein besonderer Abschnitt und jedem Forstnutzungsrechte der einzelnen Genossen ein besonderes Blatt eingeräumt sein muß²³⁾. Das Nutzungsrecht, welches hiernach als selbstständiges dingliches Recht zu beurtheilen ist²⁴⁾, muß auf den Namen des betreffenden Interessenten eingetragen sein. Stehen einem Interessenten mehrere Nutzungsantheile zu, so können dieselben, solange dieses Verhältniß währt und auf ihnen nicht verschiedene Pfandrechte oder sonstige ding-

¹⁵⁾ §§. 21 bis 23 Br. Ausf. R.-G.-B.-D. Vergl. oben §. 73.

¹⁶⁾ E. unten §§. 96, 97.

¹⁷⁾ Ges. v. 12. Juni 1899, Nr. 44, VI. Im Wesentlichen das Gleiche bestimmte d. Berggef. v. 15. April 1867, §. 62.

¹⁸⁾ §. 3 Br. Ausf. Zm. Das Gegentheil kann aber in den Versteigerungsbedingungen festgesetzt sein. — Das Nähere s. unten §. 90.

¹⁹⁾ E. oben §. 17, I.

²⁰⁾ §. 101 d. Berggef. v. 15. April 1867. Vergl. unten §. 97.

²¹⁾ E. unten §. 96, I.

²²⁾ Hierüber s. oben §. 16, II.

²³⁾ §. 13, Abs. 1, 2 u. 3, l. c.

²⁴⁾ §. 2, l. c.

liche Lasten ruhen oder eingetragen werden sollen, auf einem Blatte Platz finden²⁵⁾. Die Veräußerung, Belastung und Verpfändung vollzieht sich im Uebrigen wie bei eingetragenen Grundstücken²⁶⁾. Bilden aber Forstnutzungsrechte Bestandtheile eines Gutes und sind sie nicht anders belastet als dieses, so sollen sie im Grundbuche bei dem Hauptgute eingetragen und im Forstgrundbuche nur unter Hinweis auf die Eintragung aufgeführt werden²⁷⁾. Die sonstigen Rechtsverhältnisse dieser selbständigen Forstnutzungsantheile sind bereits an anderer Stelle besprochen²⁸⁾.

6. Unter Realgewerbeberechtigung versteht man die an ein Grundstück geknüpfte Befugniß, ein bestimmtes Gewerbe zu betreiben²⁹⁾. Nachdem schon durch die Braunschweigische Gewerbeordnung die Neubegründung solcher Realgewerbeberechtigungen für die Zukunft besonders erschwert war³⁰⁾, ist sie durch die Reichsgewerbeordnung überhaupt untersagt³¹⁾. Aber soweit hiernach auch die alten, bereits vorhandenen Gerechtigkeiten bestehen geblieben sind, haben dieselben nur noch Bedeutung, wenn es sich um ein auch nach der Reichsgewerbeordnung noch concessionspflichtiges, oder sonst der Verleihung oder Bestätigung bedürftiges Gewerbe handelt³²⁾, z. B. um eine Gastwirthschaft³³⁾, eine Apotheke³⁴⁾ und eine Abdeckerei³⁵⁾.

²⁵⁾ §. 13, Abj. 3 ff.

²⁶⁾ §. 12, 1. c. in der veränderten Fassung des §. 44 Br. Ausf. B. G.-B. S. oben §. 58, Note 3 bis 5.

²⁷⁾ Gef. v. 25. Febr. 1895, Nr. 15 und §. 44 Br. Ausf. B. G.-B.

²⁸⁾ S. oben §. 16, II.

²⁹⁾ Gerber, System d. deutschen Privatr., §. 156, Note 3. Vergl. Art. 74 E. B. G.-B. und §. 83 R.-G.-B.-O.

³⁰⁾ Br. Gewerbegef. v. 3. Aug. 1864, §. 49, Abj. 3 vergl. mit §. 17, wonach andere als Realgewerberechte für Gasthöfe (Kruggerechtigkeiten) nicht mehr neu begründet werden durften.

³¹⁾ §. 10, Abj. 2 der Reichs-Gew.-Ordn.

³²⁾ Daher sind die sogen. Barbier- und Badestubengerechtigkeiten, deren Ausübung übrigens nach der Landesf. Verordn. v. 30. Jan. 1775 (Steinacker, Promt. I, 62) einen Befähigungsnachweis voraussetzte, nach Freigabe dieses Gewerbes durch die Gew.-Ordn. gegenstandslos geworden; vergl. Bege, Repert. VI, 63; VIII, 53; Zeitschr. f. R. I, 48. Vergl. auch Erf. d. O.-L.-G. Wolf. v. 3. August 1841 i. S. Meyenberg c. Graß'sche Erben.

³³⁾ Sogen. „Kruggerechtigkeit“. — Der Betrieb der Gastwirthschaft, Schankwirthschaft oder des Kleinhandels mit Spirituosen bedarf nach §. 33 der Reichs-Gew.-Ordn. der Concession. Besteht nun aber für ein Grundstück eine Kruggerechtigkeit, so darf sie gemäß §. 48 d. Reichs-Gew.-Ordn. von jedem nach den Vorschriften des Gesetzes zum Betriebe dieses Gewerbes Befähigten ausgeübt werden, ohne daß auf das Bedürfniß u. gesehen werden könnte.

³⁴⁾ Die Einrichtung und der Betrieb einer Apotheke unterfällt nicht der Reichs-Gew.-Ordn. (§. 5 daj.). Die Bestimmungen des Br. Medicinalgef. v. 25. Oct. 1865 haben daher fortdauernde Gültigkeit. Hierher gehört §. 71: „Die Ertheilung einer Concession findet statt, wenn das Bedürfniß zur Anlage einer neuen Apotheke vorliegt, oder wenn die Concession zum Betriebe einer schon bestehenden Apotheke erledigt ist. — Die Concession ist verfallen, wenn nicht binnen zwei Jahren nach dem Datum der Ertheilung die Apotheke geöffnet ist.“ §. 72: „Realberechtigte Apotheken können verkauft, verpachtet oder administriert werden.“ S. auch Zeitschr. f. R. XLVI, Beil. S. 12 f.

³⁵⁾ §. 16 der Reichs-Gew.-Ordn.

Nicht zu verwechseln mit den Realgewerbeberechtigungen sind die ausschließlichen Gewerbeberechtigungen einerseits und die Zwangs- oder Bannrechte³⁶⁾ andererseits. Unter ersteren versteht man die mit dem Gewerbebetriebe verbundene Befugniß, anderen den Betrieb desselben Gewerbes innerhalb eines bestimmten Bezirkes zu untersagen³⁷⁾, unter den letzteren dagegen versteht man die Befugniß, einen anderen in der Anschaffung seiner Bedürfnisse bei einem anderen, als dem Berechtigten zu beschränken³⁸⁾. Die Zwangs- oder Bannrechte und die ausschließlichen Gewerbeberechtigungen kamen, solange sie noch bestanden, sowohl einzeln wie zusammen mit den Realgewerbeberechtigungen vor, doch wurden ebenso häufig auch die letzteren wie die ersteren für sich bestehend gefunden. Indessen sind alle ausschließlichen Gewerbeberechtigungen oder Verbiethungsrechte³⁹⁾, sowie alle Zwangs- oder Bannrechte, soweit diese überhaupt noch bestanden⁴⁰⁾, durch das Braunschweigische Gewerbegesetz vom 3. August 1864 aufgehoben⁴¹⁾.

³⁶⁾ Der oft noch zwischen Zwangsgerechtigkeit und Bannrecht gemachte Unterschied ist unbegründet. Vergl. Mittermaier, D. Privatr., 7. Aufl., §. 528, Note 4.

³⁷⁾ Die ausschließliche Gewerbeberechtigung, auch Verbiethungsrecht genannt, enthält also eine Beschränkung der Freiheit der Producenten, nicht der Consumenten.

³⁸⁾ Die Zwangs- oder Bannrechte enthalten also eine Beschränkung der Freiheit der Consumenten, nicht der Producenten. Vergl. Seuff. Arch. I, 24; XI, 271; XXVII, 59; XXVIII, 47 u. a.

³⁹⁾ Hierher gehört auch das frühere Verbiethungsrecht der Apotheken. — Auch die Braugerechtigkeit war von Alters her eine rein städtische Erwerbsquelle, in deren ausschließlicher Ausübung sich die Städte noch durch den Landtagsabsch. von 1770 und durch die Privilegien, Art. 76 u. 77, zu erhalten suchten. Das Brauen auf dem Lande zum feilen Verkauf sollte ohne Ausnahme nur da gestattet sein, wo es beständig hergebracht war, und nur den fürstlichen Beamten zum eigenen Bedarf. Endlich sollte Ausstellung fremden Bieres auf den Dörfern gänzlich eingestellt sein. Vergl. auch Steinacker, Promt. I, 128 ff.

⁴⁰⁾ Ausdrücklich sind alle titulo oneroso erworbenen Gildprivilegien durch die Gildordn. v. 29. Oct. 1821, §§. 2 u. 3 aufgehoben.

Hinsichtlich des Bierzwanges bestimmte schon der Salzbadhlumer Landtagsabschied vom 3. Juli 1597, Art. 30 (Frederksdorff, Promt. I, 116; Steinacker, Promt. I, 121; Steinacker, Größere Organisationsges., S. 23), daß Niemand genöthigt sein sollte, sein Bier von den fürstlichen Häusern zu nehmen, und die späteren Verordn. v. 9. Oct. 1682 u. 25 Nov. 1695 hoben den Bierzwang überhaupt auf. Dieses Gebot bedurfte jedoch der Wiederholung durch Verordn. vom 28. Juni 1702, durch Decl. v. 20. Nov. dess. Jahres und durch die Privilegia d. Landtsch. v. 1770, Art. 76 (Steinacker, Promt. I, 121).

Betreffs des Mühlenzwanges verordnete schon der Landtagsabsch. v. 1597, Art. 22, daß Niemand gezwungen sei, auf einer Mühle stets unausbleiblich zu mahlen, sobald er nicht durch 50jähriges Herkommen, Vertrag oder Urtheil schon vor 1597 verpflichtet sei (Steinacker, Größere Organisationsges., S. 19 f.). Nach der Landtagsabsch. v. 1619, Art. 20 (Steinacker, a. a. O., S. 46) bestätigte diese Bestimmung, während der Landtagsabsch. v. 1770, Art. 24 (Steinacker, a. a. O., S. 569) und noch unzweideutiger die Verordn. v. 3. Oct. 1816, Nr. 12 den Mühlenzwang ohne Beschränkung für aufgehoben erklärte (vergl. wegen der cit. Verordn. auch noch Steinacker, Promt. II, 175 f., und v. Selchow, Anfangsgründe des Br.-Reneb. Privatr., §. 392). Die nur für das Fürstenthum Blankenburg bestehende Verordn. v. 23. Febr. 1638 (Frederksdorff, Promt. VI, 309; Steinacker, Promt. II, 176), wonach den Unterthanen bei Strafe des Verlustes von Mehl und

Was nun die Realgewerbeberechtigungen anlangt, so können für dieselben besondere Blätter im Grundbuche errichtet werden⁴²⁾. Ihre Veräußerung, Belastung und Verpfändung u. vollzieht sich in diesem Falle, wie bei jeder anderen Immobilie⁴³⁾.

6. Die selbstständigen Gerechtigkeiten, welche nicht mit einem Grundstücke verbunden sind, zählen heute zu den Seltenheiten. Es gehören hierher die Zehntschäferereigerechtigkeiten, wenn solche noch existiren⁴⁴⁾, und die Fischereigerechtigkeiten, welche vor dem Fischereigesetz vom 1. Juli 1879 begründet waren und nicht der politischen Gemeinde als solcher zustehen⁴⁵⁾. Dagegen ist die Jagdgerechtigkeit überhaupt kein dingliches Recht mehr, sondern ein Ausfluß des Eigenthumes⁴⁶⁾.

Getreide verboten war, auf auswärtigen Mühlen zu schrotten, ist hiernach ebenfalls nicht mehr in Geltung. — Der Branntweinzwang ist durch Landesfürstl. Verordn. v. 25. Jan. 1727 verboten und dieses Verbot durch Verordn. v. 26. Jan. 1791 erneuert (Steinacker, Promt. I, 127 f.). — Am längsten erhielt sich das Zwangsrecht der Abdecker, welches thatächlich erst durch das Ges. v. 3. Aug. 1864 (vergl. daselbst insbesondere §. 48, Abs. 4) aufgehoben ist; auch das Gemeindebackofenzwangrecht, welches nach der Landesf. Verordn. v. 21. Dec. 1772 (Steinacker, Promt. I, 56) alle Einwohner einer Landgemeinde verpflichtete, nur im Gemeindebackhause backen zu lassen, ist erst durch das Ges. v. 1864 aufgehoben; vergl. Erf. d. O.-G. Wolf., 2. Sen. v. 14. Juli 1866 i. S. Kohnf. c. Beddingen. — Neue verbietende Realgerechtsame durften seit dem Landtagsabsch. v. 13. Juni 1823, Art. 20 nicht mehr begründet werden.

⁴¹⁾ Die nicht consequent durchgeführte Aufhebung der Verbiethungsrechte, sowie der Zwangs- und Bannrechte durch die Reichs-Gew.-Ordn. kommt daher nicht in Betracht.

Eine Durchbrechung des Principis der völligen Aufhebung findet sich übrigens in dem neuerdings immer mehr aufkommenden Institut der staatlichen Monopole. Die Rechtsverhältnisse derselben gehören indessen nicht dem Privatrecht an.

⁴²⁾ S. oben §. 86, 3. 2. Dies war auch schon vor dem Gr.-Erw.-G. der Fall. Vergl. Bege, Repert. VIII, 53.

⁴³⁾ S. oben §. 86.

⁴⁴⁾ Bege, Repert. VI, 63.

⁴⁵⁾ S. oben §. 63, III.

⁴⁶⁾ S. oben §. 63, II.

Fünftes Capitel.

P f a n d r e c h t.

§. 88.

Hypothekenrecht.

Schon das Braunschweigische Hypothekenrecht¹⁾ baute sich auf den Principien der Publicität und Specialität auf, die auch dem jetzigen Hypothekenrechte der Reichsgesetzgebung zu Grunde liegen²⁾. Im Uebrigen weist allerdings das Reichsrecht gegen das bis dahin geltend gewesene Landesrecht mancherlei Verschiedenheiten auf³⁾. Der Landesgesetzgebung ist daneben nur eine geringe Gelegenheit zur Bethätigung eingeräumt. Auch auf die schon früher entstandenen Hypotheken finden seit dem 1. Januar 1900 grundsätzlich die Reichsgesetze Anwendung⁴⁾. Insbesondere gelten die früheren Verkehrs-

¹⁾ Bereits die westfälische Regierungsperiode brachte die Einrichtung von Hypothekenregistern, in welche die Hypotheken zwecks ihrer Gültigkeit eingetragen werden mußten (Steinacker, Br. Privatr., S. 455) und welche nachher in die gerichtlichen Hypothekenbücher umgeändert wurden (Verf. d. Fürstl. Regierungs-Com. v. 3. Febr. 1814, Nr. 27, S. 55). In der Folge wurden, abweichend von dem früher unveränderten gem. R., nur neun Fälle von stillschweigenden oder gesetzlichen Hypotheken zugelassen (Verordn. v. 26. März 1823, Nr. 14, §§. 1 u. 2; Gef. v. 13. Dec. 1849, §§. 12, 15). Eine umfassende Regelung des Hypothekenwesens gab das mit Landesherrl. Genehmigung erlassene Circularrescr. des O.-L.-G. vom 3. März 1842 (Gef.-u. Verordnungsbl., Nr. 50). Das Gef. v. 19. März 1850, Nr. 22 verlangte, daß auch die der Eintragung zu Grunde liegende Hypothekenbestellung gerichtlich oder notariell verlautbart sein mußte. Das G.-L.-G. v. 8. März 1878, Nr. 8 und die Gr.-B.-D. vom gleichen Tage haben das bis zum 1. Januar 1900 gültig gewesene Hypothekenrecht neu geregelt.

²⁾ Die Principien beruhen darauf, daß es stillschweigende oder gesetzliche Hypotheken ebensowenig wie General-Hypotheken giebt, sondern nur eingetragene Special-Hypotheken, deren Rang sich gleichfalls nach der Eintragung (Locus=Princip) bestimmt.

³⁾ Hierhin gehört insbesondere die Zulässigkeit der Buch-Hypothek (ohne Brief) und die abweichende Regelung der Rechtsverhältnisse bei der Eigenthümer-, der Gesammt- und der Sicherungs-Hypothek. Die Hypotheken auf den Inhaber, deren Rechtsverhältnisse durch Landesgef. v. 30. März 1881, Nr. 22 eingehend geregelt waren, sind durch die §§. 1187 bis 1189 bezw. §§. 1195, 1999, 1192 B. G.-B. erläutert. Durch diese Bestimmungen und die ergänzenden Vorschriften der R.-Gr.-B.-D. §§. 43 f. wird das Landesgef. v. 1881 ersetzt. Angesichts dieser etwas dürftigen Regelung der Materie durch die Reichsgesetze heben die Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 63 f. bedauernd hervor, daß hierdurch in Zukunft viele Zweifel und Ungewissheiten hervortreten können.

⁴⁾ Art. 192 E. B. G.-B. Das gilt nicht für die Frage, ob eine Hypothek vor 1900 rechtsgültig entstanden oder verändert ist. Hierfür ist vielmehr auch künftig

Hypotheken als Brief-Hypotheken im Sinne des B. G.-B. und nur die früheren Cautions-Hypotheken als reichsgesetzliche Sicherungs-Hypotheken, für welche ein Hypothekenbrief ausgeschlossen ist ⁵⁾).

Im Uebrigen greift für neue und alte Hypotheken das Landesrecht nur durch folgende Vorschriften ein:

1. Auf Ersuchen der zuständigen Behörde erfolgt die Eintragung einer Hypothek,

- a) wenn ein Ablösungscapital nicht sofort zur Auszahlung gelangt ⁶⁾,
- b) wenn ein Hypothekengläubiger an abgelösten Lasten bei Austausch gegen Grundstücke eingetragen werden muß ⁷⁾,
- c) bei Gemeintheilungen rücksichtlich der nicht gezahlten Capitalentschädigung ⁸⁾.

2. Auf Ersuchen der zuständigen Behörde erfolgt die Eintragung als Sicherungs-Hypothek

- a) wegen Kostenforderungen des Fiskus in Civilsachen, wenn die Kosten der Cassenverwaltung im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens zur Einziehung überwiesen sind ⁹⁾,
- b) wegen der Kosten im Strafverfahren ¹⁰⁾,
- c) für Rückforderungsansprüche der Landesbrandversicherungsanstalt ¹¹⁾.

entscheidend: §. 26 G.-G.-G., wonach eine Hypothek nur durch Eintragung entstand, und zwar für einen Miteigentümer auch bloß auf dessen Antheil (§. 29, I. c.). Die Abtretung konnte nur mit der persönlichen Forderung (§. 53) und mit der besonderen Form erfolgen, daß Abtretungsurkunde und Hypothekenbrief übergeben werden (§. 55 daf.). Dasselbe galt von der Verpfändung (§. 56). Aufgehoben wurde das Hypothekenrecht grundsätzlich nur durch Lösung (§. 58).

⁵⁾ §. 54 Br. Ausf. B. G.-B. Die bisherigen Obligationen oder Hypothekenbriefe gelten als Hypothekenbriefe des B. G.-B. Die bisherigen Cautions-Hypothekenbriefe, welche nach §. 32 G.-G.-G. bis 1900 ausgestellt werden mußten, sind vom 1. Januar 1900 ab ungültig, ohne daß dies in dem Gesetze besonders ausgesprochen wäre. Vergl. aber E. B. G.-B. Art. 193 und Rot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 76 f. S. auch Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., S. 478 f.

⁶⁾ §§. 103, 104 Ablösungsordn. Ersuchende Behörde ist die Landesökonomiecommission. Vergl. auch §. 39 R.-Gr.-B.-D.

⁷⁾ §. 135, I. c. Vergl. vorige Anmerkung.

⁸⁾ §. 199 Gem.-Th.-Ordn. v. 1834. Vergl. Note 6.

⁹⁾ §. 6, Abs. 2 Gef. v. 13. September 1899 vergl. mit Art. 91 E. B. G.-B. Früher war die Eintragung einer Verkehrs-Hypothek zulässig nach §. 6, Abs. 2 Gef. v. 11. Juli 1879, Nr. 40. Vergl. Zeitschr. f. R. XLIV, 181. Die darauf begründeten Hypotheken bleiben in Wirksamkeit. Ersuchende Behörde ist die Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction.

¹⁰⁾ §. 6, Abs. 4 u. 2 Gef. v. 13. Sept. 1899 vergl. mit Art. 91 E. B. G.-B. Früher war wirkliche Hypothek nach §. 6 Gef. v. 11. Juli 1879, Nr. 40 zulässig. — Ersuchende Behörde: Staatsanwaltschaft.

¹¹⁾ §. 26, Abs. 3 Gef. v. 5. April 1886, abgeändert durch §. 56, III Br. Ausf. B. G.-B. Früher war auch hier wirkliche Verkehrs-Hypothek zulässig. Vergl. oben Note 9. — Ersuchende Behörde: Herzogl. Finanzcollegium.

3. Beschränkungen des eingetragenen Gläubigers in der Verfügung über die Hypothek, welche auf den §§. 129 bis 132 der Ablösungsordnung, dem §. 14 des Gesetzes vom 28. März 1837 oder den §§. 5 und 7 des Gesetzes vom 14. Mai 1840 beruhen, bedürfen zu ihrer Erhaltung der Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs der Eintragung. Doch können diese Hypotheken in eine Grund- oder Rentenschuld nicht umgewandelt werden ¹²⁾).

4. Beim Austausch von Grundstücken gehen stillschweigend die Hypotheken auf das ausgetauschte Grundstück über

- a) bei Gemeinheitstheilungen ¹³⁾,
- b) bei Expropriationen ¹⁴⁾.

5. Die Löschung von eingetragenen Hypotheken erfolgt auf Ersuchen der zuständigen Behörde

- a) bei Expropriationen ¹⁵⁾,
- b) bei Bergwerken, wenn in Folge ihrer Aufhebung die Bergbehörde um Schließung des Grundbuchblattes ersucht ¹⁶⁾,
- c) bei einer Sicherungs-Hypothek für Rückforderungsansprüche der Hypothetgläubiger ¹⁷⁾.

Die Löschungsbewilligung kann außerdem ersetzt werden durch ein Unschädlichkeitszeugniß, wenn von dem Hauptgut ein Theilstück abgeschrieben und auf ein neues Blatt übertragen werden soll ¹⁸⁾.

§. 89.

Pfandrecht an beweglichen Sachen und Rechten.

Sowohl für die vor dem 1. Januar 1900 begründeten Pfandrechte an beweglichen Sachen und Rechten, wie für die nachher begründeten gilt das B. G.-B. ¹⁾. Das Landesrecht findet auf Grund einzelner Vorbehalte nur in folgenden Beziehungen Anwendung:

¹²⁾ §. 42, Abs. 2 Br. Ausf. B. G.-B. Vergl. oben §. 84, II, 2 b.

¹³⁾ Gem.-Th.-Ordn. §. 175 vergl. mit Gef. v. 5. Mai 1888, Nr. 26, §. 16, Abs. 1.

¹⁴⁾ Gef. v. 20. Juni 1843, §. 2 vergl. mit Gef. v. 17. Sept. 1841, §. 2.

¹⁵⁾ Gef. v. 13. Sept. 1867, Nr. 78, §. 15.

¹⁶⁾ §. 23 Br. Ausf. Gr.-B.-D. Nur soweit dem Bergwerk Grundstücke als Bestandtheile zugeschrieben waren, sind diese mit den Belastungen abzuschreiben. Das Grundbuchamt hat die Besitzer von Hypothekenbriefen zur Vorlegung anzuhalten.

¹⁷⁾ §. 26, Abs. 4 Gef. v. 5. April 1886 vergl. mit §. 29 R.-Gr.-B.-D.

¹⁸⁾ §. 16 Br. Ausf. R.-Gr.-B.-D. Ueber die Voraussetzungen eines Unschädlichkeitszeugnisses s. oben §. 80, Note 18. Falls keine Löschungsbewilligung oder kein Unschädlichkeitszeugniß beigebracht wird, muß bei Abschreibung von Trennstücken die Mitübertragung der Hypotheken von Amts wegen erfolgen (§. 16, Abs. 2, 1. c.).

¹⁾ §. 62 Br. Ausf. B. G.-B. Die Frage, ob ein vor 1900 entstandenes Pfandrecht gültig begründet sei, beantwortet sich dagegen selbstverständlich nach bisherigem Recht (Art. 184 G. B. G.-B.). Dies stimmte aber im Wesentlichen mit dem B. G.-B. überein. Mob.-Pfand-Gef. v. 8. März 1878, Nr. 13.

1. Der Verpfändung entzogen sind insoweit, als sie reichsgesetzlich nicht gepfändet werden dürfen ²⁾,

- a) die Ansprüche der Staatsdienstbeamten auf ihre Dienststeinkünfte und Pension, sowie ihrer Hinterbliebenen auf Zahlung der Gnadenmonate ³⁾,
- b) die Ansprüche der städtischen Beamten in demselben Umfange ⁴⁾,
- c) die Ansprüche der Geistlichen auf ihr Ruheeinkommen ⁵⁾.

2. Der Verpfändung gänzlich entzogen sind

- a) die Ansprüche auf Pensionen der Beamten-Wittwen und -Waisen ⁶⁾,
- b) die Ansprüche der Berechtigten auf die Leistungen der Knappschafts-cassen ⁷⁾,
- c) die Ansprüche auf Versicherungsgelder der Landesbrandversicherungsanstalt, wenn diese zum Wiederaufbau verwendet werden müssen ⁸⁾.

3. Die Verpfändung der Antheile an Bergwerken geschieht durch Uebergabe des Kufscheines auf Grund eines schriftlichen Vertrages ⁹⁾.

4. Ueber den Geschäftsbetrieb der gewerblichen Pfandleiher und Pfandleihanstalten und über die sonstigen Rechte öffentlicher Pfandleihanstalten hat die Landesgesetzgebung Folgendes bestimmt ¹⁰⁾:

- a) Bei der Leihhausanstalt entsteht das Pfandrecht auch an solchen Sachen, die der Nichteigenthümer versetzt. Dem sich legitimirenden Eigenthümer braucht in diesem Falle die Sache erst nach Berichtigung des Pfandschillings und der Zinsen und Kosten zurückerstattet zu werden ¹¹⁾. An den Verpfänder geschieht dagegen die Rückgabe nur nach Berichtigung des Darlehens und gegen Rücklieferung des Pfandscheins

²⁾ Nach C.-Pr.-D. §. 850, Z. 8 sind Dienststeinkommen und Gnadenmonate bis zu 1500 Mt. überhaupt nicht, von da ab zum dritten Theile pfändbar. Die Beschränkung fällt fort bei Pfändungen für die gesetzlichen Unterhaltungspflichten.

³⁾ §§. 11, Abj. 2, 13, Abj. 3 u. 140 Civ.-Str.-G. v. 4. April 1889, Nr. 17 vergl. mit §§. 400 u. 411 B. G.-B. Schon nach der Landesf. Verordn. v. 9. Sept. 1726 sollten die Besoldungen der Staatsdiener nicht ohne Landesherrl. Genehmigung verpfändet werden dürfen. — Das Civ.-Str.-G. entzieht alle Dienststeinkünfte im angegebenen Umfange der Verpfändung, deshalb z. B. auch den Anspruch auf Dienstwohnung.

⁴⁾ St.-D. §§. 75, 76 u. 92. S. oben Note 3.

⁵⁾ Gef. v. 1. Dec. 1882, Nr. 45, §. 5 u. Nr. 46, §. 16.

⁶⁾ Gef. v. 22. März 1876, Nr. 30, §. 10 vergl. mit §. 1274, Abj. 2 B. G.-B.

⁷⁾ Verggef. v. 15. April 1867, Nr. 23, §. 176 vergl. mit §. 1274, Abj. 2 B. G.-B. u. Art. 67 E. B. G.-B.

⁸⁾ §. 56, Abj. 1 Br. Ausf. B. G.-B. vergl. mit §. 1274, Abj. 2 B. G.-B. Der Wiederaufbau kann nach §. 27 Gef. v. 5. April 1886, Nr. 20 ausgeschlossen sein, regelmäßig ist er jedoch gesetzlich vorgeschrieben.

⁹⁾ Verggef. v. 15. April 1867, §. 11, Art. 67 E. B. G.-B.

¹⁰⁾ Die Bestimmungen haben fortdauernde Geltung auf Grund des Vorbehalts in Art. 94 E. B. G.-B., über dessen Tragweite die zutreffenden Ausführungen auf S. 90 ff. Mot. Br. Ausf. B. G.-B. zu vergleichen sind.

¹¹⁾ Gef. v. 28. Januar 1870, Nr. 15, §. 4. Die Verpfändbureaux können jedes Pfand ohne Weiteres zurückweisen; sie müssen es zurückweisen, wenn es extra com-

oder des ihn ersetzenden Ausschlußurtheils im Aufgebotsverfahren¹²⁾. Die verpfändeten Sachen können nicht gepfändet oder mit Arrest belegt werden¹³⁾. Die Einlösung kann vom Verpfänder nur in der Pfandzeit verlangt werden. Und zwar läuft die Pfandzeit regelmäßig sechs Monate. Sie kann auf Antrag aber nach Erstattung der Zinsen dreimal prolongirt werden. Eine weitere Prolongation ist nur nach neuer Abschätzung und Ausstellung eines neuen Pfandscheins zulässig¹⁴⁾. Das Pfand erlischt nach Ablauf der Pfandzeit und von drei Respecttagen, wobei Sonn- und Festtage nicht mitgerechnet werden. Verfallene Pfänder kann die Anstalt in eigenen Auktionen versteigern, die mindestens vier Wochen vorher öffentlich bekannt gemacht sein sollen. Den etwaigen Mehrerlös kann der legitimirte Pfandbesteller innerhalb eines Jahres seit Ablauf des Monats, in welchem die Auktion erfolgte, geltend machen. Danach verfällt er dem Leihhause¹⁵⁾. Die Haftpflicht der Leihhausanstalt für verlorene oder beschädigte Pfänder ist die allgemeine, doch nicht über den bei der Verpfändung festgesetzten, ins Pfandregister eingetragenen Schätzungswert hinaus¹⁶⁾.

- b) Die Braunschw. Bank kann das Pfandobject nach eingetretener Verfallzeit ohne Weiteres entweder meistbietend und öffentlich durch das zuständige Amtsgericht oder einen Notar oder aus der Hand durch einen öffentlichen Makler verkaufen. Hieran kann sie auch durch gerichtliches Verbot nicht gehindert werden, doch muß sie den Mehrerlös dem Verpfänder herausgeben oder hinterlegen. Dabei soll sie den Inhaber des auf den Inhaber ausgestellten Pfandscheins als legitimirt ansehen und nur auf gerichtliche Verfügung Herausgabe an diesen verweigern. Vindicatoren von Metall- und Papiergeld finden gegen die Bank unter keinen Umständen statt¹⁷⁾.

mercium oder ohne Verkaufswert ist oder im Leihhause nicht untergebracht werden kann (§. 3, 1. c.).

¹²⁾ §§. 9 f., 1. c. Das Aufgebotsverfahren regelt sich nach der C.-Pr.-O.

¹³⁾ §. 14, 1. c. Auch die Leihhausanstalt kann die ihr verpfändeten Sachen nicht wegen Ansprüche, die sie etwa gegen den Eigentümer hat, pfänden lassen.

¹⁴⁾ §§. 8 u. 12, 1. c.

¹⁵⁾ §§. 12, 13, 1. c. Nur die im Herzogthume anerkannten Feiertage können hier in Frage kommen.

¹⁶⁾ §. 16, 1. c. Die Vorschrift bezeichnet nur die Höchstgrenze der Ersatzpflicht, im Uebrigen verweist der Paragraph auf das gem. R., an dessen Stelle jetzt aber die Bestimmungen des B. O.-B. zu setzen sind (vergl. §§. 1217 ff. B. O.-B.).

¹⁷⁾ Gef. v. 23. Mai 1853, Nr. 26, §§. 2 bis 5. Diese von den §§. 1220 f. B. O.-B. abweichenden Bestimmungen des Landesgesetzes werden durch Art. 94, Abs. 1 E. B. O.-B. aufrecht erhalten, da sie unter den Geschäftskreis der Bank fallen (Mot. Br. Ausf. B. O.-B. S. 90 f.). Dagegen ist die Vorschrift in §. 1, 1. c., wonach die Braunschw. Bank das Pfandobject, falls nicht ein gerichtliches Verbot wegen Annahme erlassen, nur gegen Verächtigung des Pfandschillings nebst Zinsen und Kosten herauszugeben braucht, durch §. 63 Br. Ausf. B. O.-B. ausdrücklich für aufgehoben erklärt, insoweit diese Vorschrift dem B. O.-B. widerspricht.

- c) Die Pfandleiher müssen Geschäftsbücher führen, welche sämmtliche von ihnen abgeschlossene Geschäfte deutlich, vollständig und wahrheitsgetreu nachzuweisen haben. Die Geschäftsbücher müssen von der Ortspolizeibehörde gestempelt sein und hinsichtlich des Geschäftsabschlusses in den verschiedenen Rubriken die laufende Nummer, den Tag, den Namen, Stand und Wohnort des Darlehensempfängers und Verpfänders, dessen Legitimation, Bezeichnung des Pfandobjects mit Werthtaxe, Betrag des darauf baar gezahlten Darlehens, Betrag der bedungenen Zinsen, die für die Wiedereinlösung bedungene Frist, sowie eine etwaige Prolongation derselben, die Zeit und Art der Erledigung des Geschäfts durch Wiedereinlösung oder Verfall enthalten. Alle diese Eintragungen sollen nur mit Tinte gemacht, Rasuren und dergleichen aber ohne polizeiliche Genehmigung nicht vorgenommen werden. Abgesehen von diesen Eintragungen in das Geschäftsbuch haben die Pfandleiher noch über jedes der von ihnen abgeschlossenen Geschäfte einen Pfandschein auszustellen, der mit dem Inhalt des Geschäftsbuches hinsichtlich der getroffenen Verabredungen übereinstimmen und die Unterschrift des Pfandleihers nebst Ort und Datum der Ausstellung enthalten muß¹⁸⁾. Der Verkauf des Pfandgegenstandes zum Zwecke der Befriedigung des Gläubigers darf geschehen, sobald die Pfandschuld fällig geworden ist. Hat ein Verpfänder oder Bevollmächtigter desselben einen dem Pfandleiher bekannten Aufenthaltort im Gebiete des Deutschen Reiches, so muß der letztere, falls nichts Anderes ausgemacht ist, den Verpfänder zwei Wochen vor dem Verkaufe, aber nach Fälligkeit der Schuld, benachrichtigen, daß zum Verkauf geschritten werden soll. Diese Benachrichtigung kann in der Weise bewirkt werden, daß der Pfandleiher das betreffende Schriftstück unter der Adresse des Verpfänders als eingeschrieben zur Post giebt. Der Verkauf des Pfandes ist in öffentlicher Versteigerung zu bewirken, kann aber, wenn der Gegenstand einen Börsen- oder Marktpreis hat, auch durch einen öffentlichen Handelsmakler oder eine andere zur öffentlichen Versteigerung bestellte Person aus freier Hand zum laufenden Preise bewirkt werden. Der Pfandleiher kann bei der Versteigerung mitbieten. Erhält er den Zuschlag, so ist der Kaufpreis als von ihm empfangen anzusehen. Gold- und Silbersachen dürfen nicht unter dem Gold- oder Silberwerthe zugeschlagen werden. Wird ein genügendes Gebot nicht abgegeben, so kann der Verkauf durch eine zur öffentlichen Versteigerung befugte Person aus freier Hand erfolgen. Ort und Zeit der öffentlichen Versteigerung sind bekannt zu machen. Von dem Ergebniß des Verkaufs hat der Pfand-

¹⁸⁾ §§. 1 bis 3 der minist. Bekanntmachung v. 21. December 1888, welche auf Grund des §. 33 Reichs-Gew.-Ordn. erlassen worden ist. — Die Ertheilung des Pfandscheins und die Eintragung in die Geschäftsbücher bedingen nicht den Abschluß des Geschäfts, sondern sollen nur als Beweismittel und Legitimation dienen.

leiher den Verpfänder möglichst zu benachrichtigen und ihm den Ueber-
schuß zuzusenden. Bei Zuwiderhandlungen macht sich der Pfandleiher
schadenersatzpflichtig ¹⁹⁾).

§. 90.

Gesetzliches und Pfändungspfandrecht.

I. Ein gesetzliches Pfandrecht giebt es landesgesetzlich nur noch ¹⁾
zu Gunsten der Forstgenossenschaften an den einem Nutzungsberechtigten zu-
stehenden Naturalnutzungen aus der Forst wegen der geschuldeten Beiträge ²⁾.
Auf dieses Pfandrecht finden die für das Pfandrecht des Verpächters geltenden
Vorschriften entsprechende Anwendung ³⁾.

II. Das Pfändungspfandrecht, welches dem Gläubiger als Neuße-
rung der Eigenmacht oder Selbsthilfe gegeben ist ⁴⁾, ist ein rein deutsch-recht-
liches Institut, dessen Existenz auf einem nachweisbaren Gewohnheitsrechte
beruht ⁵⁾. Es besteht in der Befugniß des Besitzers eines Grundstückes
bei Beschädigung desselben oder Besitzstörung durch fremde Thiere oder Menschen,
auf frischer That diese Thiere oder den Menschen gehörige Mobilien, welche sie
gerade bei sich haben, in Besitz zu nehmen, um sich hierdurch nicht nur des
Beweises, des Besitzes am Grundstück und der Unterbrechung der Verjährung,
sondern auch des Ersatzes für den etwaigen Schaden zu sichern. Wird dieser
Schaden nicht ersetzt, so kann sich der Geschädigte aus der gepfändeten Sache,
wie beim Faustpfande, bezahlt machen ⁶⁾. Die der Pfändung entzogenen Sachen
sind ausgenommen. Im Uebrigen sind die Rechtsverhältnisse die allgemeinen
deutsch-rechtlichen ⁷⁾. Lediglich in Uebereinstimmung mit diesen hat das parti-
culare Recht ausdrücklich verboten, bei einer Pfändung das Maß der Noth-
wendigkeit zu überschreiten ⁸⁾. Daneben ist bestimmt, daß die zum Schutz der

¹⁹⁾ §. 8 der Bekanntmachung v. 21. December 1881, Nr. 2 v. 1882, in der
durch §. 64 Br. Ausf. B. G.-B. veränderten Fassung.

¹⁾ Das frühere gef. Pfandrecht des Vermietthers oder Verpächters (§. 3 Mob.-
Pfand-Gef. v. 8. März 1878, Nr. 13) ist durch das B. G.-B. ersetzt. Vergl. Zeitschr.
f. R. XXIII, 188; XXXVI, 56; XLIII, 45.

²⁾ Gef. v. 19. Mai 1890, §. 10, Abs. 3. S. auch oben §. 16, II.

³⁾ §. 44 Br. Ausf. B. G.-B. vergl. mit Art. 164 E. B. G.-B. Den Umfang
und Inhalt des hiernach geltenden Pfandrechts regeln §§. 581, Abs. 2, 559 bis 562,
585 B. G.-B.

⁴⁾ Die fortdauernde Geltung dieser Bestimmung ergibt sich aus Art. 89 E. B.
G.-B. Vergl. auch oben §. 26.

⁵⁾ Mittermaier, Deutsches Privatr., 7. Aufl., §. 152, Note 6.

⁶⁾ Mittermaier, a. a. O., Note 23. — Nach Analogie werden deshalb auch
die über den etwaigen Verkauf des Pfandobjects getroffenen Bestimmungen des
B. G.-B. hier Anwendung finden müssen.

⁷⁾ Vergl. Mittermaier, a. a. O., §. 152.

⁸⁾ Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597, Art. 14 u. 21 (Steinacker, Organisations-
gef., S. 13 u. 19); Landtagsabsch. v. 27. Januar 1619, Art. 28 (Steinacker,
a. a. O., S. 48); Allgem. Landesordn. v. 1647, Art. 65, 66 (Steinacker, a. a. O.,
S. 74). Vergl. auch noch Steinacker, Promt. II, 211.

Feldmarken von den Feldmarksinteressenten zu bestellenden und von den Gerichten zu beeidigenden Personen, deren Function darin besteht, von den Aekern, Wiesen und anderen ländlichen Grundstücken Schaden durch Dritte abzuwenden, von dem Pfändungsrechte nur insoweit Gebrauch machen dürfen, als zur Sicherheit für den Schadenersatz und die verwirkte Strafe nothwendig erscheint, daß sie daher, z. B. von einer Heerde nur einige Stück, von einem Wagen ein Rad, eine Kette pfänden sollen⁹⁾. Schließlich bestimmt das Forststrafgesetzbuch¹⁰⁾, daß die amtliche in flagranti erfolgte Beschlagnahme der beim Forstfrevel gebrauchten Werkzeuge und Transportmittel gleichzeitig als Pfändung im präsumtiven Auftrage des Forsteigenthümers und zu dessen Gunsten gelten solle, wenn der Letztere nicht das Gegentheil erklärt. In diesem Falle haften die beschlagnahmten Sachen als Unterpfand für die richtige Bezahlung des Werthersatzes, des Ersatzgeldes und der Geldstrafe, sowie für die durch die Beschlagnahme, den Transport, die Aufbewahrung und die Erhaltung derselben entstandenen Kosten und sind nöthigenfalls zu diesem Zwecke gegen Meistgebot zu verkaufen. Sie haften auch dann, wenn das Eigenthum nicht dem Forstfreveler, sondern einem Dritten zusteht und Ersterer erweislich mit Wissen und Willen des Eigenthümers jene Gegenstände zum Zwecke des Frevels benutzt hat. Die durch die Beschlagnahme, den Transport, die Aufbewahrung und die Erhaltung derselben entstandenen Kosten hat der Eigenthümer in allen Fällen, in denen ihm eine Zurücknahme seines Eigenthumes freisteht, und er davon Gebrauch macht, zu tragen¹¹⁾.

III. Die Zwangsvollstreckung findet am beweglichen und unbeweglichen Vermögen statt.

1. Neben der ausschließlich durch Reichsrecht geregelten gerichtlichen Zwangsvollstreckung an beweglichen Sachen giebt es noch eine administrative. Dieselbe ist durch Landesgesetz vom 9. April 1888 geregelt¹²⁾. Sie ordnet das Verfahren der Beitreibung und der dadurch begründeten Rechtsverhältnisse hinsichtlich solcher Geldbeiträge (Steuern, Abgaben etc.)¹³⁾,

⁹⁾ Allgem. Landesordn. v. 1647, Art. 65 (Steinacker, Größere Organisationsges., S. 74); Landesf. Verordn. v. 18. August 1645 (Steinacker, Promt. II, 210).

Jetzt werden meist Feldhüter in den einzelnen Gemeinden angestellt; dieselben erscheinen, soweit sie zur Sicherung der Strafe beschlagnahmen, als amtliche Organe, im Uebrigen aber als Vertreter des Grundeigenthümers.

¹⁰⁾ §. 63 des Forststrafges. v. 1. April 1879.

¹¹⁾ Die in Strafproceßsachen überhaupt (§§. 94 ff. d. Str.-Pr.-Ordn.) und in Forststrafsachen insbesondere (§. 68 d. Forststrafges.) zulässige Beschlagnahme verfolgt an sich lediglich strafrechtliche Zwecke, indem sie den Beweis und das Einziehungsrecht sichern will. Aus praktischen Gründen verbindet §. 68 cit. mit diesem Acte die Präsumtion einer privatrechtlichen Zwecke verfolgenden Pfändung. Mansfeld, Forststrafges., S. 117 f. Ähnliche Bestimmungen traf bereits §. 4 des Ges. vom 11. April 1870, Nr. 41.

¹²⁾ Das Gesetz ist abgeändert durch Ges. v. 12. Juni 1899, Nr. 43. Die Aenderung ist nöthig gewesen wegen der mannigfachen Aenderung der C.-Pr.-D., auf welche das Gesetz sich stützt.

¹³⁾ Landesgesetzlich gehören hierher alle Steuern und anderen gemeinen Lasten, s. namentlich §. 26 des Gewerbesteuergef. v. 16. Nov. 1870, §. 6 des Ges. v.

welche nach Maßgabe des bestehenden Rechts oder der noch zu erlassenden Gesetze und Statuten der zwangsweisen Vertreibung im Verwaltungswege unterworfen sind ¹⁴⁾). Die Vertreibung erfolgt auf Ueberweisung der für zuständig erklärten Behörden an die betreffende Vollstreckungsbehörde durch deren Organe mittelst Zwangsvollstreckung ¹⁵⁾). Dieselbe begründet ein Pfandrecht an den gepfändeten Sachen, wie die gerichtliche Zwangsvollstreckung ¹⁶⁾). Auch die übrigen Wirkungen und das sonstige Verfahren der administrativen Execution sind im Wesentlichen der Reichscivilproceßordnung entsprechend ¹⁷⁾). Zur Pfändung einer Forderung, für welche eine Hypothek besteht, ist der Pfändungsbeschuß und die Uebergabe des Hypothekenbriefes an die Vollstreckungsbehörde erforderlich. Die Uebergabe gilt als erfolgt, wenn der Vollziehungsbeamte den Hypothekenbrief zwangsweise wegnimmt. Ist die Ertheilung des Hypothekenbriefes ausgeschlossen, so ist zur Pfändung statt Uebergabe des Briefes die auf Grund des Pfändungsbeschlusses erfolgende Eintragung der Pfändung im Grundbuche erforderlich. Dem Drittschuldner gegenüber gilt die Pfändung schon mit der Zustellung des Pfändungsbeschlusses als bewirkt, wenn diese vor der Uebergabe des Briefes bezw. vor der Eintragung im Grundbuche erfolgt ¹⁸⁾).

25. Juni 1879 über die Veränderungssteuer, §. 192 der Städteordn. v. 18. Juni 1892 und §. 134 der Landgem.-Ord. vom gleichen Tage. Die Parochiallasten nach §. 30 des Gef. v. 30. Nov. 1851; die Bergwerksabgaben nach §. 14 des Gef. Nr. 24 vom 15. Sept. 1867; Wanderlagersteuer nach §. 5 des Gef. v. 7. Juni 1890; ferner die Gerichtskosten außer denen in Strafsachen nach §. 6 des Gef. v. 11. Juli 1879, Nr. 40; das an Zeugen und Sachverständige Zuvielgezahlte nach §. 4 das.; die Kosten bei der Bergbehörde in Vergangelegenheiten nach §. 196 des Gef. vom 15. April 1867; die Kosten für baupolizeilicherseits niedergelegene Bauten §§. 16 u. 83 der Bauordn. v. 15. Juni 1876; Kosten für polizeiliche Beseitigung der Ackerbiefeln nach §. 4 des Gef. v. 29. Nov. 1888; Kosten der Abschätzung und Revisionsabschätzung bei der Landesbrandversicherung nach §§. 10, 11, 27 des Gef. v. 5. April 1886; Gebühren für baupolizeiliche Revisionen nach §. 74 der Bauordn. v. 15. Juni 1876; Gebühren für Erbschensschau nach §. 5 des Gef. v. 15. März 1866; Kosten für vergebliche Synodalwahlen nach §. 9 des Gef. v. 31. Mai 1871; die Beiträge zur Landesbrandvers. nach §. 7 des Gef. v. 5. April 1886; Beiträge zum Emeritirungsfonds der Geistlichen nach §. 14 des Gef. v. 2. Dec. 1882, Nr. 46; Beiträge zu den Knappschaftscassen nach §. 180 des Gef. v. 15. April 1867; die Gelbleistungen der Genossen an die Forstgenossensch. nach §. 10 des Gef. v. 19. Mai 1890; Disciplinar-geldstrafen der Staatsbeamten nach §. 40 des Gef. v. 4. April 1889; Ordnungsstrafen der Handelskammermitglieder nach §§. 19 u. 22 des Gef. v. 19. März 1890; Ordnungsstrafen der Aerzte und Apotheker nach §. 25 des Gef. v. 25. Oct. 1865; Viehseuchenentschädigung nach §§. 2 und 7 des Gesetzes vom 28. März 1881; Gesetz vom 12. Juni 1899, Nr. 40, §§. 8 und 9 über das Hinterlegungsverfahren und dergleichen.

¹⁴⁾ §. 1 des Gef. v. 9. April 1888, Nr. 16.

¹⁵⁾ §. 2, l. c. vergl. mit Verordn. v. 30. August 1890, Nr. 48.

¹⁶⁾ §. 17 das.

¹⁷⁾ Wegen der näheren Bestimmungen ist der gebotenen Kürze wegen hier auf das Gesetz selbst zu verweisen.

¹⁸⁾ §. 37 a Gef. v. 9. April 1888, hinzugefügt durch Gef. v. 12. Juni 1899, Nr. 40.

2. Für die gerichtliche Zwangsvollstreckung in Grundstücke ist das Reichsgesetz vom 24. März 1897 maßgebend¹⁹⁾. Jedoch sind diesem außer den Grundstücken und dem Erbbaurecht landesgesetzlich auch die selbständigen Gerechtigkeiten unterworfen²⁰⁾. Dabei sind nur für das Bergwerkseigenthum einige besondere Vorschriften getroffen²¹⁾. Andererseits sollen die reichsgesetzlichen Bestimmungen auf die Familienstammgüter nur insoweit Anwendung finden, als nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen²²⁾.

3. Die Administrative execution in das unbewegliche Vermögen ist landesgesetzlich geregelt²³⁾. Sie ist nur zulässig, wenn die Pfändung in das bewegliche Vermögen fruchtlos war und die Vollstreckungsbehörde unter Ueberreichung einer die fruchtlose Pfändung bescheinigenden Urkunde der Ueberweisungsbehörde dieselbe beantragt²⁴⁾. Die Subhastation erfolgt im Uebrigen nach Maßgabe des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung²⁵⁾. Die Vollstreckbarkeit der Forderung und die Zulässigkeit der Zwangsvollstreckung unterliegt jedoch nicht der Beurtheilung durch das Gericht²⁶⁾.

¹⁹⁾ Vergl. dazu Br. Ausf. v. 12. Juni 1899, Nr. 39. — Die Br. Subhastationsordn. v. 10. Juli 1879, Nr. 37, ist durch Art. III Br. Ausf. Zw. ausdrücklich für aufgehoben erklärt. Ein vor dem 1. Januar 1900 beantragtes, wenn auch noch nicht eröffnetes Verfahren ist dagegen gemäß §. 15 Einf.-Ges. Reichsges. Zw. nach dem bisherigen Rechte zu erledigen. — Ueber das ältere Recht bei Subhastationen vergl. oben §. 66, Note 11.

²⁰⁾ Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 294 zu §. 7. S. oben §. 86.

²¹⁾ Vergl. §. 7 Br. Ausf. Zw. v. 12. Juni 1899, Nr. 39. Hiernach haben ein Recht auf Befriedigung aus dem Bergwerkseigenthum mit dem Rang der zweiten Classe des §. 10 Reichsges. Zw. die Bergleute und Beamten wegen der laufenden und aus dem letzten Jahre rückständigen Lohn- und Dienstbezüge (§. 8, l. c.), mit dem Rang der dritten Classe die Knappschafts- und Krankencassen wegen der an sie nach §§. 177, 178 Bergges. zu leistenden Beiträge (§. 9). Dem Antrage auf Zw. ist begl. Abschrift der Begründungsurkunde über das Bergwerk beizufügen (§. 11), auch soll der Antrag und demnächst die Terminsbestimmung Namen, Feldesgröße, das verliehene Mineral und den Gemeindebezirk des Bergwerks enthalten (§. 10).

²²⁾ §. 6 Br. Ausf. Zw. Ueber das Nähere s. unten §. 92, II.

²³⁾ Ges. v. 9. April 1888, Nr. 16.

²⁴⁾ §. 40, l. c.

²⁵⁾ §. 14 Br. Ges., betr. Abänderung des Ges. über Verm. Zw., v. 12. Juni 1899, Nr. 43 vergl. mit §. 40 des Ges. v. 9. April 1888, Nr. 16.

²⁶⁾ §. 40, Abf. 2 Ges. v. 9. April 1888, Nr. 16.

Sechstes Capitel.

Besondere Sachenrechtsverhältnisse.

Erster Abschnitt.

Besondere Güterarten.

§. 91.

Lehngüter.

Nachdem durch Gesetz vom 13. December 1849, Nr. 51 der Lehnsverband aller im Umfange des Herzogthums belegenen Lehen gänzlich aufgehoben ist, hat die Darstellung des particularen Lehnrechts kaum mehr als eine historische Bedeutung ¹⁾. Eine kurze Uebersicht der geschichtlichen Entwicklung des Lehnrechts und seiner wichtigsten Grundsätze wird daher an dieser Stelle genügen ²⁾.

I. In der geschichtlichen Entwicklung des Lehnswesens lassen sich drei Perioden unterscheiden. Die erste umfaßt die Zeit der Entstehung der Lehnverbände aus den Beneficien der Gefolgschaften im 8. Jahrhundert ³⁾ und endigt mit der allmählichen Einführung der Vererblichkeit der Lehngüter im 11. Jahrhundert ⁴⁾, jedoch giebt es in den hiesigen Landen eine nachweisbare Ausbildung des Lehnswesens erst seit der Regierung Heinrichs des Löwen ⁵⁾. Mit der Durchführung der Vererbung beginnt die zweite Periode, die Blüthezeit

¹⁾ Nur im Erbrecht kommen die Grundsätze der Lehnssuccession noch rückfichtlich aller derjenigen Stammgüter in Frage, welche bei Beschränkung der Lehen in solche umgewandelt wurden. Vergl. Ges. v. 28. März 1837, Nr. 18, §. 23, Abf. 1. S. auch unten §. 116. — Vergl. im Uebrigen Art. 59 E. B. G.-B., wonach die landesgesetzl. Bestimmungen über Lehen aufrecht erhalten sind. Dieser Vorbehalt bezieht sich auch auf die allodificirten Lehngüter.

²⁾ An Literatur ist zu nennen: Theodor Hagemann, *Analecta juris feudalis Brunsvico-Luneburgici*, Tom. I, Helmst. 1787 (diese *Analecta* enthalten sieben Schriften verschiedener Schriftsteller, nämlich einen *conspectus juris feudalis siggillatim* Brunsv.-Luneb. vom Herausgeber und Schriften von Reiske, Witzmann, Sendenberg, Koch und Rade mit Noten des Herausgebers); ferner Th. Hagemann, *Beiträge z. Braunschw.-Lüneb. Lehnrechte* 1791 (vergl. auch du Roi, *Systemat. Anleitung*, S. 301 f.); v. Liebhaver, *Einl. in d. Braunschw.-Lüneb. Landesr.* I, 193 ff.; Steinacker, *Braunschw. Privatr.*, S. 564 ff.

Ueber das gemeine Lehnrecht s. noch Stobbe, *Handb. d. deutsch. Privatr.* II, §§. 116 bis 124 und Literaturnachweisungen auf S. 408 ff., sowie Roth, *D. Privatr.* III, §. 329.

³⁾ Stobbe, a. a. O., S. 410; v. Liebhaver, a. a. O., S. 195.

⁴⁾ Steinacker, a. a. O., S. 564.

⁵⁾ Steinacker, a. a. O. und v. Liebhaver, S. 196, Note 6.

des Lehnverbandes, welcher bald jeden Güterbesitz von Bedeutung ergriff und sich selbst dem Staatsverbande mittheilte, nachdem Otto das Kind im Jahre 1235 das Land dem Reiche zu Lehen auftrug und dasselbe als Herzogthum zum feudum femininum zurück erhielt⁶⁾. Allein das stetige Wachsthum des Lehnswesens und die allmähliche Machtzunahme der Vasallen bereitete wiederum den Rückgang des Lehnswesens vor. Die Lehnsherren suchten nämlich sich von den ihnen gefährlich werdenden Vasallen, von deren Lehnsdiensten sie bis dahin mehr oder weniger abhängig waren, möglichst frei zu machen. Es gelang ihnen dies auch mit Umgestaltung des gesammten Kriegswesens im 16. und 17. Jahrhundert durch Aufstellung eigener Söldnerheere, welche die Kriegsdienste der Vasallen entbehrlich machten und damit deren Bedeutung gewaltig herabdrückten⁷⁾. Mit diesem Umschwunge hebt die dritte und letzte Periode an, welche das anfangs vorherrschende persönliche Verhältniß zwischen Lehnsherren und Vasallen immer mehr zurücktreten und dem Lehnverbande kaum mehr als eine güterrechtliche Bedeutung übrig ließ, bis schließlich das oben erwähnte Gesetz von 1849 den Lehnverband im Herzogthume überhaupt beseitigte⁸⁾.

II. Das Lehnswesen in den hiesigen Landen wurde Anfangs vom sächsischen Rechte, und nach dessen Abschaffung⁹⁾ von Landesgewohnheiten, dem longobardischen Lehnrechte und subsidiär vom gemeinen Rechte beherrscht¹⁰⁾. Indessen sind diese Rechtsnormen in der Folge durch die Landesgesetzgebung verschiedentlich modificirt, so daß das gemeine oder longobardische Lehnrecht nur da zur Anwendung gebracht wurde, wo die Landesgesetze schwiegen¹¹⁾. Nachstehend soll eine Hervorhebung der letzteren im Rahmen der gemeinen Grundsätze über das Lehnswesen Platz finden.

1. Die verschiedenen Arten der im Herzogthume vorkommenden Lehen wiesen nichts Besonderes auf. Die uneigentlichen Lehen, zu denen insbesondere die Bauern- und Erbzinslehen gehören¹²⁾, finden sich oft in der

⁶⁾ Steinacker, a. a. O.; v. Liebhaber, S. 196; Koch, Pragmat. Geschichte des Hauses Braunsch.-Lüneb., S. 87.

⁷⁾ Steinacker, a. a. O., S. 565, Note 4. Die Errichtung stehender Truppen wurde im Herzogthume durch Edict vom 11. Mai 1640 begonnen und im Dreißigjährigen Kriege vollendet (Steinacker, Größere Organisationsges., S. 323, Anm.).

⁸⁾ S. unten bei Noten 63 ff. Vergl. auch Steinacker, a. a. O. — Schon durch das Königl. westfälische Decret v. 28. März 1809 wurden alle im Königreich Westfalen belegenen Lehen sofort in Allodium verwandelt mit der Modification, daß die bereits geborenen Successionsberechtigten ihr Recht noch einmal ausüben durften. Mit Wiederherstellung der rechtmäßigen Regierung wurde die Aufhebung ungültig. Die preussische Regierung hat jedoch die hierdurch erklärte Modification der im Herzogthume belegenen preussischen Lehen bestätigt unterm 3. Aug. 1822 (Bege, Repert. III, 293). Vergl. auch Erl. d. D.-L.-G. Wolf, v. 25. Aug. 1842 i. S. Vorchers c. Vorchers.

⁹⁾ Vergl. oben §. 1, Note 9.

¹⁰⁾ Steinacker, a. a. O.

¹¹⁾ Ueber die Lehnsgerichte s. unten bei Note 28 ff.

¹²⁾ Der Hauptunterschied des Bauernlehens von dem eigentlichen bestand in der Erbfolge, sowie in der Verpflichtung bei ersterem zur Leistung von Zinsen und Spanndiensten. Das Gelöbniß der Treue fand sich dagegen auch bei Bauernlehen, wenn auch nicht das eidliche. Geseuius, Meierrecht II, 135. Vergl. Ges. vom 28. März 1837, §. 13. Vergl. auch Bürger- und Bauernlehen bei Steinacker,

Gefetzgebung mit den eigentlichen Lehen zusammengestellt¹³⁾. Object des Lehens konnten nicht nur Immobilien, sondern alle Vermögensgegenstände, ja auch andere als Privatrechte, nämlich Hoheitsrechte, Regalien zc. sein¹⁴⁾.

2. Die Lehnfähigkeit hinsichtlich des Herrn richtete sich unverändert nach gemeinem Lehnrecht¹⁵⁾. Was dagegen die Lehnfähigkeit der Vasallen anbetraf, so bestimmte die Landesgesetzgebung abweichend, daß uneheliche Kinder, auch wenn sie durch nachfolgende Ehe legitimirt würden, von der Erwerbung neuer, insbesondere adeliger Lehen ausgeschlossen sein sollten¹⁶⁾. Fremde waren dagegen als solche nicht unfähig; doch sollten bei anderweiter Verleihung heimfallender adeliger Lehen im Allgemeinen die hiesigen Landesbewohner vor Fremden den Vorzug haben¹⁷⁾. Die Lehnfähigkeit der Juden war durch ihre Beschränkung in der Erwerbung von Grundstücken bedingt¹⁸⁾.

3. Das Lehnverhältniß wurde, wie nach gemeinem Recht, regelmäßig durch die Investitur begründet¹⁹⁾. Der dabei auszustellende Lehnbrief sollte vorkommenden Falles die vollen Namen der Aftervasallen enthalten²⁰⁾. Was die Lehnexpectanzen und die Gesamtbelehnungen anlangt²¹⁾, so hob Herzog August dieselben hinsichtlich der von dem Landesfürsten relevirenden Lehen, außer den *simultaneos investitis*, welche a primis acquirentibus descendirten, wieder auf²²⁾. Seitdem wurden Expectanzen auf Lehen nur selten, und gewöhnlich mit einer Eventualbelehnung verbunden, ertheilt²³⁾.

4. Die Rechte des Lehnsherrn waren persönliche und dingliche²⁴⁾. Zu den ersteren gehörten vor Allem die Rechte auf Roß- und Hofdienste²⁵⁾.

Promt. I, 153. — Ueber Erbzinslehen s. Landesk. Rescr. v. 19. Nov. 1824 bei Wege, Repert. III, 294 und v. Liebhafel I, 207.

¹³⁾ Hierher gehört die Landesk. Verordn. v. 3. April 1593 (Steinacker, Promt. II, 76), welche die feuda und feudastra gleichmäßig behandelt.

¹⁴⁾ Steinacker, Braunsch. Privatr., S. 567; Stobbe, a. a. D., S. 118. Auch Kure von Gewerken konnten Lehnobject bilden; vergl. Landesk. Verordn. v. 17. April 1723 (Fredericksdorf, Promt. II, 430; Steinacker, Promt. II, 79 f.).

¹⁵⁾ Steinacker, a. a. D., S. 250; Stobbe, a. a. D., S. 119, I.

¹⁶⁾ Landtagsabsch. v. 10. Oct. 1601, Art. 31. — Sendenberg, de feud. brunsv., S. 18; Reiske, de feud. brunsv., cap. III, c.; Wismann, de feud. brunsv., cap. II, S. 2 (vergl. oben Note 1).

¹⁷⁾ Landtagsabsch. v. 10. Oct. 1601, Art. 41 und v. 9. April 1770, Art. 35; Steinacker, Privatr., S. 569.

¹⁸⁾ Vergl. oben S. 12, Ziffer 3.

¹⁹⁾ Vergl. hierüber Stobbe, a. a. D., S. 120.

²⁰⁾ Landesk. Verordn. v. 20. Januar 1729 (Steinacker, Promt. II, 81); Steinacker, Privatr., S. 572.

²¹⁾ Vergl. Stobbe, a. a. D., S. 435 f. u. 443 ff.

²²⁾ Verordn. v. 16. März 1637 (Steinacker, Promt. 381); Steinacker, Privatr., S. 577.

²³⁾ Steinacker, a. a. D.; v. Liebhafel I, 205. Ueber Eventualbelehnung im Allgemeinen s. Stobbe, a. a. D., S. 441 ff.

²⁴⁾ Stobbe, a. a. D., S. 122.

²⁵⁾ In älteren Zeiten mußten die Vasallen den Roßdienst in Person versehen. Herzog Julius ließ noch am 6. Oct. 1754 an sie eine Aufforderung ergehen, sich wegen der im Lande Sachsen an der Elbe herrschenden Kriegerunruhen mit Knechten, Pferden und Garnisch in guter Ordnung und Reitschaft einheimisch zu

Die ersteren kamen mit Umgestaltung der Kriegsverfassung, wie bereits angedeutet, in Wegfall ²⁶⁾, während die letzteren zwar länger in Uebung blieben, schließlich aber auch aufhörten ²⁷⁾. Das Recht der Lehnserichterbarkeit wurde ursprünglich vom Lehnsherrn mit dem von Vasallen besetzten Lehnserichtshofe ausgeübt. Später traten an Stelle der Vasallen mit deren Zustimmung gelehrte Richter, während für die Lehen, deren Lehnsherr der Landesfürst war, eine Lehnscanzlei bestellt wurde ²⁸⁾. Diese wurde nachher mit der Justizcanzlei verbunden, welche in streitigen wie nichtstreitigen Lehnssachen zu entscheiden hatte ²⁹⁾. Mit Aufhebung der privilegierten Gerichtsbarkeit verschwand auch die Lehnserichterbarkeit, während die Verwaltung der vom Landesherrn relevanten Lehen einer Lehn- und Grenzcommission übertragen wurde ³⁰⁾.

Das Recht auf Lehnserneuerung stand dem Lehnsherrn beim Lehnssfall wie beim Thronfall zu, und zwar hatte der Vasall eintretenden Falles die Lehnserneuerung binnen Jahr und Tag zu muthen ³¹⁾, bei Vermeidung der Privationsstrafe ³²⁾. Ueber die Muthung mußte ein Muthschein ausgestellt werden ³³⁾. Die Muthung hatte unter Ueberreichung einer vollständigen Profession der Lehnstheile und deren Pertinenzien ³⁴⁾, der Beifügung der Lehnbriefe, eines Verzeichnisses der beteiligten Personen und eines richterlichen Verzeichnisses der Lehnstheile zu geschehen ³⁵⁾. Nach Entrichtung der Lehnswaare und Leistung des Lehnseides, an dessen Stelle bei Minderjährigen der Handschlag des Vormundes trat ³⁶⁾, sowie nach Ausstellung der Reversalien durch den

halten, um Tags als Nachts auf Erfordern ziehen zu können". Im Jahre 1588 schließlich wurden sie angewiesen, in „stählerner Rüstung, mit gestählten Satteln, zwei Feuer-Röhren, Spießen und Hauptharnisch“ zu erscheinen.

Zur Leistung des Hofsdienstes wurden sie am 18. August 1585 aufgefordert, sich „mit vier Pferden, Sammet-Mützen, Ehrenkleibern, goldenen Ketten zc. beim Weiler einzufinden und aufzuwarten“, während am 5. Oct. 1593 ein Ausschreiben erging, daß sie „mit tüchtigen Pferden, Knechten und Jungen, sowie mit braunschweißigen krausen Röcken, langen Stiefeln, Sturmhauben und roth und gelben Bechern versehen, für ihre Person aber mit schwarzen Sammetmützen zur Aufwartung sich bereit halten sollten“. v. Liebhaber, a. a. O., S. 217 f.

²⁶⁾ Steinacker, Privatr., S. 576; v. Liebhaber, a. a. O. Vergl. oben Note 6.

²⁷⁾ Steinacker, a. a. O., insbesondere Note 5.

²⁸⁾ Steinacker, S. 257, insbesondere Note 1.

²⁹⁾ Steinacker, a. a. O., Regl. v. 30. Aug. 1699; v. Liebhaber, a. a. O., S. 198.

³⁰⁾ Verordn. v. 13. December 1816, Nr. 15.

³¹⁾ Landtagsabsch. v. 10. Oct. 1601, Art. 43, desgl. v. 9. April 1770, Art. 42 (Steinacker, Promt. II, 81; R. Steinacker, Größere Organisationsges., S. 575). Vergl. Sendenberg, de feud. brunsv., S. 33; Wis mann, de feud. brunsv., cap. II, p. 2, S. 13 e, 17; v. Liebhaber, Einl. I, 206; v. Selchow, Anfangsgründe d. Braunschw.-Lüneb. Privatr., S. 575; Steinacker, Braunschw. Privatr., S. 570. — Vergl. auch höchstes Patent v. 29. Juni 1831.

³²⁾ Vergl. höchstes Patent v. 29. Juni 1831.

³³⁾ Verordn. v. 20. Januar 1729 (Steinacker, Promt. II, 81).

³⁴⁾ Verordn. v. 6 Sept. 1745 (Steinacker, Promt. II, 78).

³⁵⁾ Steinacker, Privatr., S. 571; v. Liebhaber I, S. 207.

³⁶⁾ Sendenberg, a. a. O., S. 26; v. Liebhaber, a. a. O., S. 210; v. Selchow, a. a. O., §§. 578, 593; Steinacker, Privatr., S. 572.

Lehnsträger erhielt derselbe den Lehnbrief zugefertigt³⁷⁾. Daneben war zur gehörigen Fortführung der für die landesherrlichen Lehen eingerichteten Geschlechtsregister bestimmt, daß alle Veränderungen in der Familie des Lehnsträgers von diesem bezw. seinen Agnaten anzuzeigen seien³⁸⁾. Schließlich hatte der Lehnsherr, wie schon angedeutet, bei jeder Lehnserneuerung das Recht auf die Lehnswaare, welche nach einer bestimmten Tage bezahlt werden mußte³⁹⁾, die nicht überschritten, noch gesteigert werden⁴⁰⁾, von den ohne Schuld des Vasallen weder in seinem noch der Aftervasallen Besitz befindlichen Lehngrundstücken überhaupt nicht gefordert⁴¹⁾ und bei mehreren Lehnssfällen im Jahre nur einmal beansprucht werden durfte⁴²⁾. Die dinglichen Rechte des Lehnsherrn haben in dem sogenannten dominium directum desselben ihren Grund und bieten keine particularen Besonderheiten dar⁴³⁾.

5. Die Rechte des Vasallen waren ebenfalls persönliche und dingliche. Die ersteren gipfelten in dem Anspruch auf Protection seitens des Lehnsherrn, die letzteren in dem sogenannten dominium utile und den sich daraus ergebenden Rechten. Alle diese Rechtsverhältnisse entsprachen unverändert dem gemeinen Recht⁴⁴⁾. Die Landesgesetzgebung bestimmte nur, daß zur Subinfendatio landesherrlicher Lehen bei Strafe der Privation der Consens des Landesfürsten erforderlich sein sollte⁴⁵⁾. Ferner waren die Rechte des Vasallen durch die landesgesetzliche Bestätigung der gemeinrechtlichen Grundsätze beschränkt, daß jede vollständige oder theilweise Veräußerung, Verpfändung und sonstige Belastung der Lehnsubjecte ohne lehnsherrlichen Consens bei Strafe der Privation verboten sein sollte⁴⁶⁾. Nicht einmal die datio in dotem

³⁷⁾ Steinacker, a. a. O. Vergl. auch oben bei Note 20.

³⁸⁾ Berordn. v. 23. April 1714 u. v. 21. Juni 1784 (Steinacker, Promt. II, 415; Frederksdorff, Promt. II, 620).

³⁹⁾ Für Aftervasallen war diese Tage durch Landtagsabsh. v. 3. Juni 1597, Art. 29 (Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 22) und landsh. Privilegien v. 9. April 1770, Art. 29 (R. Steinacker, a. a. O., S. 597 u. A. Steinacker, Promt. I, 81) festgestellt. Nach v. Liebhäber, a. a. O., S. 215 und Steinacker, Privatr., S. 574, Note 4 galt dieselbe Tage auch für andere Vasallen; sie war eingeführt durch Herzog Heinrich d. Jüngeren.

⁴⁰⁾ Berordn. v. 20. Jan. 1729 (Frederksdorff, Promt. II, 431; Steinacker, Promt. II, 81).

⁴¹⁾ Landtagsabsh. v. 3. Juni 1597, Art. 79 u. landsh. Priv. v. 9. April 1770, Art. 29 (Frederksdorff, Promt. IV, 190; Steinacker, Promt. II, 81).

⁴²⁾ Landtagsabsh. v. 10. Oct. 1601, Art. 43 und desgl. v. 9. April 1770, Art. 42 (Steinacker, Promt. II, 82). Vergl. hierüber noch Steinacker, Privatr., S. 575, Note 8.

⁴³⁾ Stobbe, a. a. O. II, S. 456.

⁴⁴⁾ Stobbe, a. a. O., §. 123.

⁴⁵⁾ Berordn. v. 6. Sept. 1745 (Steinacker, Promt. II, 78).

⁴⁶⁾ Berordn. v. 3. April 1593, v. 2. April 1604, v. 29. Mai 1612 und v. 22. Oct. 1629, sowie allgem. Landesordn. v. 1647, Art. 30 (Frederksdorff, Promt. II, 427 ff.; Steinacker, Promt. II, 76). Rücksichtlich der in der westfälischen Zeit vorgekommenen Veräußerung war den Vasallen die Privationsstrafe durch Berordn. v. 2. Jan. 1818, Nr. 1 erlassen, wenn sie innerhalb zwei Jahren den vorigen Stand im Proceßwege herbeiführten. — Vergl. auch oben Note 7.

von Lehnstücken an die Töchter war gestattet ⁴⁷⁾. Jedoch hatte der Landesherr die Zusage ertheilt, den Consens zur Verpfändung auf bestimmte Summen und Jahre nicht ohne Grund versagen zu wollen ⁴⁸⁾. Ueber die ursprünglich unverjährbare Revocationsklage des Lehnsherrn, der Agnaten und Eventualbelehnten ⁴⁹⁾, sowie über das binnen Jahr und Tag geltend zu machende, in 30 Jahren aber überhaupt erlöschende Retractsrecht des Lehnsherrn und der Lehnfolger ⁵⁰⁾ bei unzulässiger Veräußerung von Lehnstücken hatte das particulare Recht keine besonderen Vorschriften aufgestellt. Dagegen hatte dasselbe bestimmt, daß für nicht consentirte Schulden nur die Nutzungen des Lehens haften sollten, indem der Gläubiger bis zur Befriedigung aus diesen gegen Revers in den Besitz der Lehnstücke gesetzt wurde ⁵¹⁾, daß andererseits bei consentirten Schulden eine Befriedigung aus dem Lehen, wie bei Allodialgütern — vorbehaltlich jedoch der Rechte etwaiger Mitbelehnter — stattfinden sollte ⁵²⁾. Die Söhne mußten ohne Weiteres consentirte wie nicht consentirte Schulden des Vaters anerkennen ⁵³⁾. Im Uebrigen galt hinsichtlich der Eintheilung der debita feudalia in privata und publica, sowie in absoluta und respectiva und die hierdurch begründeten Verschiedenheiten lediglich das longobardische Lehnrecht ⁵⁴⁾, und dasselbe ist zu sagen hinsichtlich des Lehnstammes, worunter man ein auf Grundbesitz radicirtes, mit seinen Zinsen nach den Grundsätzen der Lehnsuccession vererbliches Capital, und hinsichtlich des Lehnquantums, worunter man die mit dem Mitbelehnten vereinbarte Summe verstand, gegen deren künftige Auszahlung dieselben sich verpflichteten, in die eventuelle Veräußerung des Lehns zu willigen, oder, wenn es ihnen anfiel, dasselbe den Allodialerben des letzten Besitzers zu belassen ⁵⁵⁾.

6. Ueber die Succession in Lehnsgüter und die dabei vorkommende Sonderung des Allodialvermögens vom Lehen gab es im Allgemeinen keine particularen Rechtsätze ⁵⁶⁾. Hinsichtlich der Lehnfolgeordnung der Seiten-

⁴⁷⁾ Allg. Landesordn. v. 1647, Art. 31 (Steinacker, Promt. I, 2; R. Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 67).

⁴⁸⁾ Landsch. Privilegien v. 9. April 1770, Art. 31 (Steinacker, Promt. II, 80; R. Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 598).

⁴⁹⁾ Stobbe, a. a. O., S. 465 ff.

⁵⁰⁾ Stobbe, a. a. O., S. 468 ff.

⁵¹⁾ Canzleyordn. v. 1651, Art. 82 (R. Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 131; Steinacker, Promt. I, 296); Verordn. v. 29. Mai 1612 (Frederksdorff, Promt. II, 77, 428).

⁵²⁾ Canzleyordn., Art. 82, a. a. O.; Hofgerichtsordn. v. 1666, Titel LXXXV (R. Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 280 ff.; Frederksdorff, Promt. I, 246; Steinacker, Promt. I, 296).

⁵³⁾ Canzleyordn., a. a. O.; Landtagsabsch. v. 27. Jan. 1619, Art. 8 (Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 41; Steinacker, Promt. II, 81).

⁵⁴⁾ Vergl. Stobbe, a. a. O. II, §. 126.

⁵⁵⁾ Stobbe, a. a. O., S. 483 u. 484.

⁵⁶⁾ Steinacker, Privatr., S. 581, Note 1. Bemerkenswerth ist nur, daß alle unehelich geborenen Kinder, auch die legitimirten, ebenso alle adoptirten oder arrogirten Kinder von der Succession ausgeschlossen blieben. Verordn. v. 3. Jan. 1593 (Steinacker, Promt. I, 262); Landsch. Privilegien v. 9. April 1770, Art. 32 (Steinacker, Promt. II, 81).

verwandten gab die Praxis dem Linealgradualsysteme den Vorzug ⁵⁷⁾; die nicht zum Besitz des Lehnsgutes gelangenden Kinder erhielten Abfindungen, die Töchter daneben eine Aussteuer von bestimmter Höhe aus dem Allod und dem Lehnsgut selbst ⁵⁸⁾. Töchter, welche sich in Unehren hatten schwängern lassen, sollten nur den vierten Theil des ihnen sonst Zukommenden erhalten ⁵⁹⁾. Die fructus naturales und industriales des letzten Jahres wurden in der Weise getheilt, daß die Allodialerben beim Sterbefall des Vasallen in der Zeit vom 1. April bis 1. October alle Früchte des mit Michaelis zu Ende gehenden Jahres, bei einem Sterbefall zwischen 1. October und 1. November aber nur die Hälfte und für jeden späteren Monat ein Zwölftel mehr erhielten ⁶⁰⁾, während die fructus civiles durchgängig gleich getheilt wurden ⁶¹⁾.

7. Die Aufhebung des Lehnsverhältnisses schließlich, sei es in Ansehung des Vasallen, sei es in Ansehung des Lehnsherrn oder aber in Ansehung beider Personen, geschah unverändert nach den Grundsätzen des longobardischen Lehnrechts ⁶²⁾.

III. Die gänzliche Aufhebung des Lehnverbandes im Herzogthume aber wurde durch das Landesgrundgesetz vom 12. October 1832 angebahnt ⁶³⁾. Im Verfolg dessen wurden durch Gesetz vom 28. März 1837, Nr. 18 zunächst die Lehnverbände im Herzogthume gegen Entschädigung der Lehnsherren für aufhebbar erklärt, falls es sich nicht um Lehen handelte, welche derzeit auf vier oder weniger Augen standen oder bei welchen sämtliche Mitbelehnten ohne lehnsfähige Descendenz waren ⁶⁴⁾. Die Aufhebung konnte auf einseitigen Antrag des Lehnsherrn oder des Vasallen geschehen; nur bei Rittergütern bedurfte es eines gemeinsamen Antrags ⁶⁵⁾. Die Aufhebung und Festsetzung der Entschädigungen geschah in einem besonderen Verfahren unter Leitung der Landesökonomiecommission ⁶⁶⁾. Lehnbare Rittergüter konnten mit der Eintragung ihrer Allodification und der Bekanntmachung seitens der Landesökonomiecommission in Familienstammgüter umgewandelt werden, über deren Rechtsverhältnisse im nächsten Paragraphen gesprochen werden wird ⁶⁷⁾. Durch das gleiche Gesetz wurde schließlich noch die Neubegründung von Lehen

⁵⁷⁾ Waldeck, Controversenentsch., S. 208 ff.

⁵⁸⁾ Verordn. v. 15. Februar 1714 (Steinader, Promt. I, 54). S. auch Steinader, Privatr., S. 259. Ferner die Verordn. v. 23. Oct. 1702 u. 25. Jan. 1703 (Fredericksdorff, Promt. I, 54).

⁵⁹⁾ Landtagsabsch. v. 9. April 1770, Art. 9 (Steinader, Größere Organisationsgef., S. 503; Steinader, Promt. I, 263).

⁶⁰⁾ Steinader, Br. Privatr., S. 260, Z. 1.

⁶¹⁾ Verordn. v. 27. Nov. 1749 (Steinader, Promt. II, 79; Fredericksdorff, Promt. II, 429).

⁶²⁾ Vergl. hierüber Stobbe, a. a. O. II, S. 128.

⁶³⁾ N. Landschaftsordn., Art. 37. Vergl. S. 41 Br. Ausf. B. G.-B.

⁶⁴⁾ §§. 1 u. 2, l. c.

⁶⁵⁾ §§. 4 bis 6, l. c.

⁶⁶⁾ Vergl. das Nähere in Steinader, Br. Privatr., §§. 262 f.

⁶⁷⁾ §§. 21 ff., l. c. Landesb. Genehmigung war für diese Umwandlung nicht vorgeschrieben.

verbotten⁶⁸⁾. Die gänzliche, von den Anträgen der Betheiligten unabhängige Aufhebung des Lehnverbandes geschah indessen erst durch Gesetz vom 13. December 1849⁶⁹⁾. Damit sind alle bis dahin noch bestehenden Lehnsgüter in freies Eigenthum verwandelt⁷⁰⁾. Die Lehnsherren erhielten ein Allodificationscapital als Entschädigung⁷¹⁾. Den Wittwen und Töchtern blieben ihre zur Zeit der Allodification bereits erworbenen Rechte auf Alimente, Aussteuer bezw. Wittum in Gestalt einer auf dem Gute haftenden Reallast erhalten⁷²⁾. Eventualbelehnte und Expectivirte erhielten Entschädigungen nur, falls sie ihr Recht titulo oneroso erworben hatten⁷³⁾. Lehnsmachfolger hatten Anspruch auf Entschädigung nur, wenn der Lehninhaber keine lehnfähige Descendenz hatte. Andernfalls sollten sie insgesammt mit der Hälfte derjenigen Summe abgefunden werden, welche bei der Allodification als Werth des Lehns nach Abzug des Allodificationscapitals sich darstellte⁷⁴⁾. Schließlich verblieben auch die Lehnzinsen und Lehnstämme derjenigen, welche zur Zeit der Aufhebung des Lehns bereits ein Recht auf selbige erworben hatten, als eine auf dem allodificirten Grundbesitz haftende Reallast bestehen, mit der Maßgabe, daß die Vererbung der Lehnstämme, insofern sie nach Lehnrecht erfolgte, für die Lehnsmachfolger in gleicher Weise wie bei Lehen aufhörte⁷⁵⁾. Die hiernach bestehenden Lasten sind jedoch aufkündbar oder ablösbar⁷⁶⁾.

§. 92.

Familienfideicommiß und Familienstammgüter.

I. Unter Familienfideicommiß versteht man eine Stiftung, durch welche der Eigenthümer oder ein sonst zu solchen Dispositionen berechtigter Besitzer, z. B. ein Vasall, die Unveräußerlichkeit eines Grundstückes oder eines sonst geeigneten, also einen dauernden Nutzen ermöglichenden Objectes und die ununterbrochene Vererbung desselben in seiner Familie bis zu ihrem Aussterben oder bis zu einer anderen Grenze letztwillig oder durch Vertrag oder andere Verfügung unter Lebenden festsetzt¹⁾. Dieses Fideicommiß ist deutsch-rechtlicher Natur und daher von dem römischen, nur bis zur vierten Generation wirkend-

⁶⁸⁾ §. 1, l. c.

⁶⁹⁾ Ges. u. Verordnungs-, Nr. 51. Vergl. §. 41 Br. Ausf. B. G.-B.

⁷⁰⁾ §. 8, l. c.

⁷¹⁾ Vergl. auch §. 18 Br. Ausf. B. G.-B. Ueber die Natur des Allodificationscapitals als Reallast s. oben §. 79.

⁷²⁾ §. 9, l. c.

⁷³⁾ §. 11, l. c. Derselbe Grundsatz war schon im Ges. v. 28. März 1837, Nr. 18 aufgestellt.

⁷⁴⁾ §. 12, l. c. Ueber die früher gesetzliche, jetzt der Eintragung bedürftige Hypothek hinsichtlich dieser Entschädigungsansprüche vergl. oben §. 88, Note 1.

⁷⁵⁾ §. 10, l. c.

⁷⁶⁾ §. 10, Abs. 4, l. c.

¹⁾ Stobbe, Handb. d. deutsch. Privatr., 2. Aufl., II, §. 139 bei Note 2; vergl. auch Roth, D. Privatr. III, §§. 330 ff. — Ueber die verschiedenen Gegenstände des Fideicommisses s. das. Noten 8 bis 11.

den Personenfideicommiß, von welchem es nur den Namen entlehnt hat, wohl zu unterscheiden²⁾. Das Familienfideicommiß entwickelte sich, wie im übrigen Deutschland, so auch im Herzogthume Braunschweig auf Grund eines anerkannten Gewohnheitsrechtes schon sehr früh³⁾. Seine Entstehung war nicht von landesherrlicher oder sonstiger Genehmigung, sondern einzig und allein vom Willen des Stifters abhängig, welcher das betreffende Object durch seine Verfügung ohne Weiteres unveräußerlich, unverpfändbar und nach der vorgezeichneten Successionsordnung vererblich machte.

Um jedoch das Publicum vor den Nachtheilen zu sichern, welche dadurch entstehen konnten, daß dasselbe nichts von der Fideicommißqualität erfuhr, wurde die Gültigkeit einer Fideicommißstiftung Dritten gegenüber durch Verordnung vom 1. December 1758⁴⁾ davon abhängig gemacht, daß die Begründung innerhalb dreier Monate bei dem Stadtgerichte oder Amte der belegenen Sache zur Eintragung in besonders hierfür eingerichtete Bücher angemeldet und von der Behörde öffentlich bekannt gemacht wurde. Gleichzeitig sollte Anmeldung, Eintragung und Bekanntmachung hinsichtlich der bereits bestehenden Fideicommiße innerhalb einer Präklusivfrist von zwei Jahren nachgeholt werden⁵⁾.

Die im Umfange des Herzogthums bestehenden Familienfideicommiße sind jedoch sämmtlich durch Gesetz vom 19. März 1850, Nr. 12, aufgehoben⁶⁾, mit Ausnahme des Familienfideicommißes des Herzoglichen Hauses und der Familienstiftungen⁷⁾. Die bei der Aufhebung bereits erworbenen, auf den Fideicommißgütern haftenden, nicht fideicommissarisch vererblichen Abfindungen, Competenzen und Witthümer blieben unverändert bestehen und wurden auf Ersuchen der Landesökonomiecommission in das Grundbuch als Hypotheken eingetragen⁸⁾. Ferner sollte dem Fideicommißnachfolger eine Entschädigung von einem Drittel des Werthes des Gutes ausgezahlt werden. Eine gleiche Entschädigung sollten schließlich diejenigen erhalten, welche durch den Tod

²⁾ Stobbe, a. a. O., §. 138, Noten 8 u. 11. S. auch Dernburg, Pand. III, §. 114; Windscheid, Pand. III, §. 637. Vergl. Ges. v. 20. Mai 1858, Nr. 30, §. 10, Abs. 5.

³⁾ Stobbe, a. a. O., §. 138, Note 12.

⁴⁾ Frederksdorff, Promt. I, 256; Steinacker, Promt. I, 324; Schneider, Repert. I, 158, 159. Vergl. Zeitschr. f. R. IX, 169 ff.; XXXIII, 13.

⁵⁾ Vergl. auch noch die Verordn. v. 12. Nov. 1827, die Anmeldung und Eintragung der Familienfideicommiße betreffend.

⁶⁾ §. 1, l. c. — Die Aufhebung betrifft nur Güter mit Familienfideicommißqualität, nicht auch Capitalien dieser Art. Vergl. Zeitschr. f. R. III, 145 ff. Da gegen sind die Fideicommißstämme nach denselben Grundsätzen aufgehoben, wie die Familienfideicommiße selbst: Zeitschr. f. R. XXXVIII, 103. S. unten bei Note 10. Vergl. auch §. 41, Br. Ausf. B. G.-B.

⁷⁾ §. 12, l. c. Ueber die Familienfideicommiße des Landesherrlichen Hauses s. oben §. 7. Eine Familienstiftung ist überhaupt kein Familienfideicommiß, vielmehr entsteht durch erstere ein neues Rechtsobject (juristische Person), welches als Eigenthümer erscheint, während der nach Erbfolge Berufene lediglich Destinatar und Vertreter ist. Vergl. Stobbe, a. a. O., §. 139, Note 3.

⁸⁾ §. 10, l. c.

des derzeitigen Fideicommissinhabers zu einer Abfindung oder Competenz aus dem Fideicommiss berechtigt werden würden, in deren Ermangelung aber dieses Drittel ebenfalls noch dem Fideicommissnachfolger zufallen sollte⁹⁾. Ebenso, wie die Fideicommiss selbst, sind auch die auf denselben lastenden Fideicommissstämme nach denselben Grundsätzen aufgehoben worden¹⁰⁾. Die Familienfideicommiss sind durch diese Aufhebung frei veräußerliches, theilbares und belastbares Eigenthum geworden¹¹⁾.

Indessen ist es dem Inhaber eines ehemaligen Familienfideicommissgutes durch Gesetz vom 20. Mai 1858, Nr. 30 gestattet, dasselbe mit Zustimmung der zur Zeit ihrer Abgabe zunächst berufenen, nicht unter väterlicher Gewalt des Inhabers stehenden Nachfolge- und Abfindungsberechtigten — unbeschadet der seit Aufhebung der Fideicommissqualität an dem Gute erworbenen Rechte dritter Personen — in ein Familienstammgut umzuwandeln. Die Entschädigungsansprüche der Abfindungs-, Competenz- und Nachfolge-Berechtigten kommen, soweit diese Rechte nicht bereits bei Aufhebung des Fideicommisses erworben waren und daher auf dem Gute weiter lasten, mit vollzogener Umwandlung in Wegfall¹²⁾. Die Umwandlung geschieht nach Maßgabe der Vorschriften des citirten Gesetzes¹³⁾ und hat im Uebrigen zur Folge, daß die Bestimmungen desselben für die Rechtsverhältnisse des Gutes maßgebend sind, hinsichtlich der Succession aber die auf der früheren Fideicommissstiftung beruhende Erbfolgeordnung wieder hergestellt wird¹⁴⁾.

II. Die sogenannten adeligen Familienstammgüter des deutschen Rechts¹⁵⁾ haben im hiesigen Lande keine Geltung erlangt¹⁶⁾. Das Institut der Familienstammgüter, wie es im Herzogthume existirt, ist lediglich eine Schöpfung der neueren Gesetzgebung, welche ihre Rechtsverhältnisse umfassend regelt¹⁷⁾.

Hiernach unterscheiden sich die Familienstammgüter von den adeligen Stammgütern wesentlich durch ihre Unveräußerlichkeit, sowie dadurch, daß sie der *successio ex pacto et providentia majorum* unterliegen, wogegen bei

⁹⁾ §§. 3 bis 5, 1. c.

¹⁰⁾ §. 5, 1. c. Zeitschr. f. R. XXXVIII, 103.

¹¹⁾ §. 2, 1. c.

¹²⁾ §. 10, Abs. 1, 3 u. 4, 1. c. Vergl. §. 41, Br. Ausf. B. G.-B.

¹³⁾ §. 10, Abs. 2, 1. c. Die Fassung des Paragraphen läßt es allerdings, namentlich mit Rücksicht auf Abs. 3 des citirten Paragraphen, wo nur von dem Erforderniß der Zustimmung der Abfindungs- und Nachfolgeberechtigten die Rede ist, zweifelhaft, ob auch die für Begründung eines Familienstammgutes nothwendigen Voraussetzungen, namentlich die Landesherrliche Bestätigung erforderlich ist. Vergl. Zeitschr. f. R. XXVII, 183.

¹⁴⁾ §. 10, Abs. 2 daf.

¹⁵⁾ Stobbe, a. a. O., §. 137.

¹⁶⁾ Zeitschr. f. R. XVII, 181. Obwohl sich der Vorbehalt des Art. 59 E. B. G.-B. auf die adeligen und nichtadeligen Stammgüter bezieht (Mot. Einf. B. G.-B., S. 158 f.), hat dieser Vorbehalt deshalb insoweit für uns zur Zeit keine Bedeutung.

¹⁷⁾ Die in Betracht kommenden Gesetze sind 1. v. 28. März 1837, Nr. 13 und 2. v. 20. Mai 1858, Nr. 30. Vergl. Art. 59 E. B. G.-B. und §. 41 Br. Ausf. B. G.-B.

jenen Gütern, abgesehen von agnatischer Succession, die gemeinrechtliche Erbfolge stattfindet, und nur eine Veräußerungsbeschränkung zu Gunsten der nächsten Erben besteht¹⁸⁾. Von den Familienfideicommissgütern andererseits unterscheiden sich die Stammgüter dadurch, daß ihre Begründung und Rechtsverhältnisse nicht in das willkürliche Belieben des Stifters gestellt, sondern von der Landesherrlichen Genehmigung abhängig und vom Gesetze beherrscht, daß sie auch unter Umständen mit Schulden belastbar sind¹⁹⁾.

Was nun die Begründung der Familienstammgüter betrifft, so war bereits an anderer Stelle hervorgehoben, daß und wie solche durch Umwandlung aus Familienfideicommissgütern²⁰⁾ und aus lehnbaren Rittergütern²¹⁾ entstanden sind. Im Uebrigen sind zu unterscheiden solche Familienstammgüter, welche auf Grund des Gesetzes vom 28. März 1837, Nr. 18, und solche, welche auf Grund des Gesetzes Nr. 30 vom 20. Mai 1858 errichtet sind.

1. Nach ersterem Gesetz konnten nicht nur alle lehnbaren Rittergüter ohne Rücksicht auf ihre Ertragsfähigkeit, sondern auch alle Allodialrittergüter oder sonstigen Landgüter, sofern ein jedes nur einen nachhaltigen jährlichen Reinertrag von 1500 Rthlrn. aufzuweisen hatte, unter hinzukommender Landesherrlicher Genehmigung durch einfache, jedoch bis zum Tode widerrufliche Erklärung des Eigentümers bei den zuständigen Gerichten durch Vertrag oder durch eine rechtsbeständige letztwillige Verfügung zum Familienstammgut erklärt werden, vorausgesetzt, daß der Stifter seinen Notherben die Pflichttheile nicht verkürzte. Die Umwandlung mußte, um gegen Dritte zu wirken, in den Anzeigen durch das betreffende Gericht publicirt werden²²⁾.

Hinsichtlich der Rechtsverhältnisse dieser Stammgüter ist bestimmt, daß sie weder veräußerlich, noch theilbar, noch mit Schulden belastbar sind. Die Nachfolger des jedesmaligen Besitzers können die Allodialerbschaft ausschlagen und nur in das Stammgut succediren; für die Schulden ihres Vorgängers haften sie nur, insoweit sie auch seine Allodialerben geworden sind²³⁾. Eine freiwillige Veräußerung einzelner Stammgutspertinenzien ist nur gestattet, wenn Stücke von erweislich gleichem Ertrage an deren Stelle gesetzt werden und der Landesherr die Genehmigung dazu erteilt²⁴⁾. Eine auch die Nachfolger verbindende Belastung des Stammgutes ist nur gestattet, wenn a) die Erhaltung oder nachhaltige Verbesserung des Gutes selbst einen außerordent-

¹⁸⁾ Stobbe, a. a. O., §. 137; Gerber, System d. deutsch. Privatr., 13. Aufl., S. 251.

¹⁹⁾ Zeitschr. f. R. XXVII, 181 f.

²⁰⁾ Vergl. oben Noten 12 bis 14.

²¹⁾ Vergl. oben §. 91, Note 67.

²²⁾ §. 24, l. c. Daß die Stammgutsqualität auch ins Grundbuch eingetragen sein muß, um Rechtswirkungen gegen Dritte zu äußern, folgt aus §. 18 Br. Ausf. R.-G.-B.-D., früher §. 13 d. Gr.-Erw.-G. Die Eigenschaft ist als Verfügungsbeschränkung einzutragen. Die Güter selbst sind auf den Namen des jeweilig zu Besitz und Nutzung Berechtigten einzutragen.

²³⁾ §. 22, Abs. 1, l. c. Ueber den Umfang der eigenen Haftung des contrahirenden Inhabers s. unten bei Note 26.

²⁴⁾ §. 22, Abs. 6, l. c.

lichen Aufwand erfordert und der Gutsherr andere Mittel zur Deckung nicht herbeischaffen kann, ferner b) der Landesherr die Genehmigung erteilt, und schließlich c) in Ermangelung von zunächst zur Succession berufenen Descendenten der in der nächsten Seitenlinie an erster Stelle berufene Nachfolger zustimmt. Entsteht zwischen Letzterem und dem Inhaber Streit darüber, ob und wie hoch ein Ansehen nöthig erscheint, so entscheidet mit Ausschluß des Rechtsweges die Landesökonomiecommission und in der Recursinstanz das Staatsministerium²⁵⁾. Die Gläubiger des jeweiligen Inhabers haben, solange dieser lebt, das Recht, sich wegen der von ihm selbst gemachten, nicht consentirten Schulden durch Pfändung in die Einkünfte des Stammgutes bezahlt zu machen²⁶⁾. Ueber die für die Familienstammgüter geltende Erbfolgeordnung wird im Erbrecht gesprochen werden.

Aufgehoben werden kann die Stammgutseigenschaft einmal durch die nothwendige Subhastation²⁷⁾. Ferner ist die Aufhebung nur zulässig, wenn

- a) die sämmtlichen lebenden zur Gutsnachfolge Berechtigten zustimmen²⁸⁾ und
- b) der Landesherr die Genehmigung erteilt.

2. Nach dem Gesetze Nr. 30 vom 20. Mai 1858 können nicht nur Familienfideicommissgüter ohne Rücksicht auf ihre Ertragsfähigkeit²⁹⁾, sondern auch alle anderen mit Wohn- und Wirthschaftsgebäuden zur selbständigen Bewirthschaftung versehenen Güter, welche für sich allein oder mit Einschluß der vertrags- oder erbgangsweise hinzuervorbenen Bauernhöfe zc. einen Reinertrag von mindestens 9000 Mark nach der Grundsteuerveranlagung gewähren, in Familienstammgüter umgewandelt werden³⁰⁾. Die Umwandlung in ein Familienstammgut soll aber auch zulässig sein,

- a) wenn das Gut nur einen Reinertrag von 2500 Rthlrn. aufzuweisen hat, indessen dieser Ertrag durch sonstige dem Grundeigenthümer gehörige, im hiesigen Herzogthume belegene Grundstücke, welche einen Reinertrag von mindestens 500 Rthlrn. gewähren, ergänzt wird, oder
- b) wenn zwei einem Eigenthümer gehörige, im Herzogthume belegene Güter, welche zwar nicht einzeln, aber zusammen einen Ertrag von mindestens 3000 Rthlrn. gewähren, zu einem Familienstammgut

²⁵⁾ §. 22, Abf. 2 u. 3. Vergl. Art. 60 E. V. G.-B.

²⁶⁾ §. 22, Abf. 4 das. Die Pfändung kann auch im Wege der Zwangsverwaltung geschehen.

²⁷⁾ §. 25, l. c. Die Zwangsversteigerung dagegen ist nach dem oben Gesagten nur wegen consentirter Schulden zulässig. Vergl. §. 6 Br. Ausf. Zw. v. 12. Juni 1899, Nr. 39.

²⁸⁾ Minderjährige stimmen durch ihren gesetzlichen Vertreter event. zu diesem Zwecke bestellten Pfleger, eine Vertretung durch den Vater ist wegen der bestehenden Collision der Rechte regelmäßig ausgeschlossen. — Die Abführung im Grundbuche bedarf in jedem Falle des Nachweises der Aufhebung (§. 19. Br. Ausf. R.-G.-B.-O.).

²⁹⁾ Vergl. oben Note 10 bis 14.

³⁰⁾ §. 1, Abf. 1, l. c.

gemacht werden sollen³¹⁾. Die Begründung geschieht durch einen Stiftungsact und die Landesherrliche Bestätigung. Nach der letzteren ist die Stiftung unwiderruflich und auch, wenn nicht ausdrücklich befristet, sofort wirksam³²⁾.

Der Stiftungsact, welcher einer genaueren Specification der Zugehörungen, Rechte und Lasten zu enthalten hat, muß entweder

- a) ein Vertrag in öffentlicher Form, oder
- b) eine mit den gesetzlichen Formen versehene letztwillige Verfügung oder
- c) eine von dem zuständigen Amtsgerichte zu Protokoll oder demselben in öffentlicher Form persönlich oder durch einen legitimirten Specialmandatar überreichte Erklärung des Eigenthümers sein. Das zuständige Amtsgericht hat die Umwandlung im Grundbuche einzutragen und öffentlich bekannt zu machen; von der Eintragung an beginnt erst die Rechtswirksamkeit gegen Dritte³³⁾. Zuständig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk das Hauptgut belegen ist³⁴⁾.

Hinsichtlich der für die hier in Frage kommenden Familienstammgüter geltenden Rechtsverhältnisse finden die für die nach dem Gesetz vom 28. März 1837 gegebenen Vorschriften ebenfalls Anwendung, soweit nicht nachstehend Aenderungen angegeben sind. Eine Belastung mit Schulden ist hier unter den übrigen Voraussetzungen nicht nur wegen außerordentlicher Aufwendungen, sondern auch zur Befriedigung der auf Zahlung dringenden Nothverben des Stifters gestattet³⁵⁾. In den beiden Fällen, in denen hiernach dem Stammgutsinhaber die Aufnahme gutschlastender Anlehen gestattet ist, kann er eigenes Vermögen unter Verpflichtung des Nachfolgers zur theilweisen Zurückerstattung, deren Höhe gleich in der Landesherrlichen Genehmigung festzusetzen ist, aufwenden. Im Uebrigen aber hat der Stammgutsnachfolger für die vom Vorbesitzer aufgewandten Meliorationen den Allodialerben keinen Ersatz zu leisten. Andererseits haften aber auch die Allodialerben nicht für Deteriorationen, falls diese nicht auf ein grobes Verschulden des Vorbesizers zurückzuführen sind³⁶⁾. Bei Beantragung einer Subhastation des Grundstückes³⁷⁾ haben die Stamm-

³¹⁾ §. 1, Abs. 2 u. 3, l. c. Zur Ermittlung des Reinertrages sind die Zinsen der auf dem Gute etwa haftenden Zinsen abzusetzen.

³²⁾ §. 1, Abs. 6, l. c. Die Unwiderruflichkeit dieser Stammgüter ist eine Abweichung von den nach dem Gesetz v. 28. März 1837 gegründeten. Vergl. oben bei Note 22. Der Beginn der Wirksamkeit Dritten gegenüber ist aber von der Eintragung bedingt; s. unten Note 33.

³³⁾ Das Gesetz datirt die Wirkung gegen Dritte erst von der Bekanntmachung an; nach §. 18 Br. Ausf. R.-G.-B.-D., früher §. 13 d. Gr.-Erw.-G. v. 8. März 1878, Nr. 10 hebt aber diese Wirkung schon mit der Eintragung an. Die Eintragung setzt den Nachweis der Entstehung voraus (§. 19 Br. Ausf. R.-G.-B.-D.).

³⁴⁾ §. 1, Abs. 9 ff. Vergl. auch §. 7, Abs. 2 Br. Ausf. R.-G.-B.-D.

³⁵⁾ §. 3, Abs. 3, l. c. Vergl. oben bei Note 35.

³⁶⁾ §. 4, l. c.

³⁷⁾ Diese Subhastation ist als Zwangsversteigerung nur bei consentirten Schulden zulässig; hinsichtlich anderer Schulden ist nur die Zwangsverwaltung möglich. Vergl. oben Note 27.

gutsnachfolger das Recht, durch Befriedigung des Gläubigers, selbst ohne Cession, in dessen Stelle zu treten³⁸⁾).

Die Stammgutsqualität erlischt: 1. beim Aussterben der gesamten berufenen Familie, in welchem Falle das Gut indessen als Rittergut fortbestehen soll³⁹⁾; 2. durch Subhastation an einzelnen veräußerten Theilen oder dem ganzen Gute, selbst wenn nicht das ganze Gut veräußert wird, aber der Rest nicht mehr den nöthigen Reinertrag gewährt; 3. durch Aufhebungsact des Stifters mit hinzukommender Zustimmung sämmtlicher lebenden zur Nachfolge Berechtigten und mit Genehmigung des Landesherrn. Die Zustimmung haben bei Minderjährigen deren Vormünder event. Pfleger abzugeben⁴⁰⁾. Zur freien Veräußerung und Belastung bedarf es auch der Löschung des Stammgutsqualitätsvermerks im Grundbuche⁴¹⁾.

§. 93.

Ritter-, Schrift-, Freisassen- und sonstige Landgüter.

I. 1. Unter Rittergütern versteht man diejenigen in die Rittermatrikel eingetragenen¹⁾ ländlichen Besitzungen, welche — ursprünglich regelmäßig — einem Adelligen gehörten²⁾ und von welchen von altersher Reiterdienste geleistet werden mußten³⁾, welche aber andererseits gewisse Vorrechte vor den übrigen ländlichen Gütern genossen. Es gab im hiesigen Lande bis

³⁸⁾ §. 5, l. c.

³⁹⁾ Vergl. über die Rechtsverhältnisse der Rittergüter §. 93.

⁴⁰⁾ Die Löschung im Grundbuche setzt den Nachweis der Aufhebung der Stammguts-eigenschaft voraus (§. 19 Br. Ausf. R.=G.=B.=D.).

⁴¹⁾ Dieses folgt aus dem Publicitätsprincip des modernen Grundbuchsystems.

Die Löschung erfolgt auf Antrag des Eigenthümers unter Vorlegung

a) der Landesherrlichen Genehmigung und unter Vorbringung von

b) der mündlichen oder beglaubigten Lösungsbewilligungen des Nachfolgeberechtigten bezw. dessen Vertreter.

Vergl. §. 1 Br. Ausf. R.=G.=B.=D.

¹⁾ Die Rittermatrikel, welche nach §. 127 d. R. Landschaftsordn. v. 12. Oct. 1832 bis zu dem diesen Paragraphen aufhebenden Ges. v. 5. März 1891, Nr. 9 unter Oheraufsicht des ständischen Ausschusses der Landesversammlung geführt wurde, ist ihrem Ursprunge nach ein Kataster für die Besteuerung derjenigen Besitzungen, von welchen besonders Kriegsdienste geleistet werden mußten (Steinacker, Privat., §. 270, Note 2). Durch Landesf. Verordn. v. 13. Nov. 1690 u. Landesf. Edict v. 8. Aug. 1700 (Steinacker, Promt. II, 292, Anm. **) wurden die Besitzer von Rittergütern zur genauen Anmeldung in die Matrikel ausdrücklich angehalten und wurde dieses Gebot mit Rücksicht auf häufig nicht designirte Besitzerwechsel durch Verordn. v. 27. Jan. 1756 und unter specieller Hervorhebung von Veräußerungen und Acquisitionen durch Verordn. v. 2. Dec. 1794 nochmals eingeschärft (Steinacker, Promt. II, 292 f.). Die Rechtsverhältnisse der Rittergüter werden neuerdings durch das mittelst Minist.-Rescr. v. 19. Febr. 1891 genehmigte Statut geregelt.

²⁾ Darüber, daß auch schon in ältester Zeit Nichtadelige Besitzer von Rittergütern waren, s. Steinacker, Privat. S. 598, Note 4.

³⁾ Vergl. Art. 54 d. landf. Priv. v. 9. April 1770 (Steinacker, Größere Organisationsges., S. 604).

zur Aufhebung der Feudalrechte nicht bloß lehnbare, sondern auch schon vor dieser Zeit allodiale Rittergüter⁴⁾.

Das einzige charakteristische Kennzeichen der Rittergüter ist heutzutage ihre Eintragung in die Rittermatrikel. Denn Jeder, der überhaupt in Deutschland Grundeigenthum zu erwerben vermag⁵⁾, kann jetzt Eigenthümer eines Rittergutes sein. Reiterdienste sind schon längst antiquirt⁶⁾ und auch die Vorrechte, welche früher den Rittergütern zustanden, sind sämmtlich in Wegfall gekommen⁷⁾.

Diese Vorrechte bestanden theils in der Befreiung von gewissen Lasten, theils in positiven Rechten. Befreit waren die Rittergüter von allen Staats- und Gemeindelaften⁸⁾. Die positiven Rechte waren politische und privatrechtliche. Die politischen bestanden in der Landstandschafft, die sich am längsten als Privilegium der Rittergüter erhalten hat⁹⁾, sowie in der Patrimonialgerichtsbarkeit¹⁰⁾ und dem privilegierten Gerichtsstande¹¹⁾. Die privatrecht-

⁴⁾ Vergl. Gef. v. 28. März 1837, Nr. 18, §. 24; f. auch oben §. 92 bei Note 22.

⁵⁾ Durch Reichsgef. v. 1. Nov. 1867 ist der Grundsatz durchgeführt, daß jeder deutsche Reichsangehörige das Recht hat, innerhalb des Reiches an jedem Orte Grundeigenthum aller Art zu erwerben.

⁶⁾ Vergl. oben §. 91, Note 25 u. 26.

⁷⁾ Mit den Vorrechten, die den Rittergütern oder deren Besitzern zustanden, sind nicht diejenigen Privilegien zu verwechseln, welche den Adligen persönlich zustanden. Vergl. oben §. 11 bei Noten 9 bis 11. — Vergl. auch noch Landtagsabsch. v. 7./14. Sept. 1889, wonach die jogen. ritterschaftlichen Stipendien, welche Eigenthümern und Miteigenthümern von Rittergütern und deren Söhnen zustanden, als solche nicht mehr existiren. Ueber die jetzigen Statuten der Ritterschaft siehe oben Note 1 a. G.

⁸⁾ Die landsch. Privil. v. 9. April 1770 (Steinauer, Größere Organisationsgef., S. 604 ff.) heben in Art. 57 ff. besonders hervor: Die hergebrachten Freiheiten vom Zoll und Bräutigeld, von der Wein- und Bieraccise, sowie der Biersteuer im Umfange des eigenen Gebrauchs, von der Einquartierungslast bis auf den äußersten Nothfall, und vom Schaffschag. — Aufgehoben wurde die Befreiung von den staatlichen Lasten durch Verordn. vom 29. Oct. 1821, Nr. 14, §. 1; Landtagsabsch. vom 11. Juli 1823, Nr. 23, Art. 8 u. 20 u. N. Land.-Ordn. v. 12. Oct. 1832, §. 39, speciell hinsichtlich der Einquartierungslasten, Kriegsführen u. durch §. 51 d. N. L.-O. Die Aufhebung der Befreiung von den Gemeindelaften geschah, nachdem die sämmtlichen Landgüter nach §. 38 d. Verordn. v. 4. Mai 1830, Nr. 10 als zu der Gemeinde, worin sie belegen, gehörig betrachtet werden sollten, durch §. 49 d. N. L.-O. v. 12. Oct. 1832.

⁹⁾ Die Landstandschafft der Rittergüter, welche gesetzlich fixirt zum ersten Male in den Privilegien vom 8. Juni 1710 (Steinauer, Größere Organisationsgef., S. 521 ff.), näher ausgeführt aber in den Privil. v. 9. April 1770 (Steinauer, a. a. O., S. 557) erschien, wurde zuletzt durch das Wahlgef. v. 12. Oct. 1832 geordnet und durch das N. Wahlgef. v. 22. Nov. 1851, Nr. 49 aufgehoben.

¹⁰⁾ Die Rittergüter hatten theils nur untere Gerichtsbarkeit (Aufzählung findet sich bei v. Liebhaber, Einl. I, 162 bis 169), deren Umfang v. Liebhaber, Einl. I, 144 ff. erörtert, theils obere (vergl. v. Liebhaber, Einl. I, 108 ff.) u. untere Gerichtsbarkeit (Aufzählung bei v. Liebhaber, Einl. I, 152 ff.).

Aufgehoben ist diese Patrimonialgerichtsbarkeit durch Verordn. v. 14. Juni 1814, Nr. 14, §. 6, Verordn. v. 26. März 1823, Nr. 7, §. 9 und N. Landsh.-Ordn. v.

lichen Privilegien schließlich beruhten meist auf dem Abhängigkeitsverhältniß der benachbarten Bauerngüter, waren daher regelmäßig nur zufällig mit dem Besitze eines Rittergutes verknüpft und kamen in Folge der Ablösungsgesetze und der Entlastung des bäuerlichen Grundbesitzes in Wegfall. Hierher gehört das Recht auf bäuerliche Dienste und Zehnten¹²⁾, während das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden erst später aufgehoben¹³⁾ und das Fischereirecht bestehen geblieben ist, soweit nicht das Fischereigesetz vom 1. April 1879 abändernd eingegriffen hat¹⁴⁾.

Was in früheren Jahrhunderten Rittergut war, blieb es im Allgemeinen auch später, wenn auch die frühere Bedeutung der Rittergüter allmählich ganz verschwunden war. Der Umwandlung von Ritterglütern in Familienstammgüter ist bereits an anderer Stelle gedacht¹⁵⁾. Neu entstehen konnten Rittergüter nur durch Landesherrliches Privileg¹⁶⁾. Demgemäß bestimmte das frühere Wahlgesetz vom 12. October 1832, daß Güter, welche einen Reinertrag von jährlich mindestens 1500 Thln. lieferten, mit Zustimmung der Mehrheit der Ritterschaft und Genehmigung des Landesherrn in die Rittermatrifel aufgenommen werden konnten¹⁷⁾.

2. Seit alters gab es im Herzogthume eine große Zahl ländlicher Güter, welche zwischen den Ritterglütern und den Bauernglütern ihrer rechtlichen Natur nach in der Mitte standen. Diese Güter unterschieden sich von den Bauernglütern dadurch, daß sie sich nicht in gutherrlichen Abhängigkeitsverhältnissen befanden und daher regelmäßig von allen bäuerlichen Lasten befreit waren, von

12. Oct. 1832, §. 191. Die den Rittergutsbesitzern im Umfange ihrer früheren Patrimonialbezirke durch Verordn. v. 19. Febr. 1814, Nr. 35, §. 10, v. 26. März 1823, Nr. 7, §. 10 u. v. 26. März 1823, Nr. 9, §. 26 beilegte Verwaltung der Localpolizei sieht, nachdem die Rittergüter durch Verordn. v. 4. Mai 1830, Nr. 10, §. 38 in den Gemeinden, in denen sie liegen, aufgegangen sind, seit der Landgemeindeordn. v. 19. März 1850 den Gemeindebehörden zu.

¹¹⁾ Der privilegirte Gerichtsstand ist durch Verordn. v. 14. Jan. 1814, Nr. 14, §. 6, v. 26. März 1823, Nr. 7, §. 9 u. N. Landsh.-Ord. v. 12. Oct. 1832, §. 200 aufgehoben.

¹²⁾ Vergl. unten §§. 126 ff.

¹³⁾ Ges. v. 8. Sept. 1848. Vergl. oben §. 63, II.

¹⁴⁾ S. oben §. 63, III.

¹⁵⁾ Vergl. oben §. 92, Note 22 vergl. mit §. 91, Note 66 u. §. 92, Note 49.

¹⁶⁾ Vergl. Stobbe, a. a. O. II, §. 139, Note 6.

¹⁷⁾ §. 11, l. c. Obwohl das Wahlgesetz v. 1832 durch das spätere Wahlgesetz v. 22. November 1851 ersetzt ist, wird doch die in §. 11 enthaltene Bestimmung noch heute Gültigkeit haben, da einmal das ältere Gesetz in dem neueren nicht ausdrücklich für aufgehoben erklärt ist, ferner die Bestimmung des §. 11 an sich mit der Landstandschafft und der Regelung der Wahl nichts zu thun hat, daher ihre Nichtaufnahme in das neuere Wahlgesetz, welches die Landstandschafft der Rittergüter bezeugte, selbstverständlich war und da schließlich die Vorschrift des §. 11, l. c. den allgemeinen Principien (vergl. bei Note 16) im Wesentlichen entspricht.

Heute giebt es etwa 65 Rittergüter in den Händen von Privaten; mehrfach aber mehrere nicht nur in einer Hand, sondern auch zu einer Wirthschaft vereinigt. Außerdem, Befreiung u. Mobilisirung, S. 82, 83.

den Rittergütern aber dadurch, daß sie nicht in der Rittermatrifel standen und überdies nicht die Vorrechte, oder doch nicht alle Vorrechte der Rittergüter genossen. Nachdem freilich die Bauerngüter mit Ablösbarkeit der bäuerlichen Lasten fast durchweg freies Eigenthum geworden¹⁸⁾ und andererseits die Vorrechte der Rittergüter in Wegfall gekommen¹⁹⁾, auch die gewissen der hier in Rede stehenden Landgüter zustehenden Privilegien aufgehoben sind, unterscheiden sich diese Landgüter von den Bauerngütern nur noch durch Nichtanwendbarkeit des Bauernrechts, von den Rittergütern aber durch Nichtaufnahme in die Rittermatrifel.

Von den hierher gehörigen Landgütern sind in erster Linie die Schriftfassengüter zu nennen²⁰⁾. Sie hatten einen privilegierten Gerichtsstand, indem sie nur den Obergerichten des Landes unterworfen waren²¹⁾, und überdies das Privilegium der Patrimonialgerichtsbarkeit in Civilsachen²²⁾, jedoch mit der Beschränkung, daß ihre Domestiken in Sachen, die vor das Landgericht gehörten, vor diesem sich stellen mußten²³⁾. Diese Privilegien des Gerichtsstandes und der Gerichtsbarkeit wurden, soweit sie noch bestanden²⁴⁾, zusammen mit den gleichen der Rittergüter aufgehoben²⁵⁾. Die Freisassen, auch sattelfreie Güter oder Sattelhöfe genannt, hatten ihr charakteristisches Kennzeichen hauptsächlich nur in der Befreiung von den bäuerlichen Lasten²⁶⁾ und dasselbe ist von den übrigen Landgütern zu sagen²⁷⁾.

II. Für alle im Herzogthume belegenen Ritter-, Schrift-, Freisassen- und sonstigen, nicht zu den Bauernhöfen gehörigen Güter ist nun durch Gesetz vom 20. März 1858, Nr. 28 den Eigenthümern gestattet, diesen Gütern ganz oder bestimmten Bestandtheilen die Pertinenzqualität beizulegen und ihnen auch später andere Grundstücke und ganze Bauernhöfe als pertinenzpflichtige Bestandtheile hinzuzufügen²⁸⁾. Die Begründung dieser Pertinenz-

¹⁸⁾ Vergl. hierüber unten §. 94, insbesondere bei Note 23.

¹⁹⁾ S. oben Noten 10 u. 11.

²⁰⁾ Ueber den Beweis der Schriftfässigkeit s. Erf. d. O.-A.-G. Wolf. v. 9. Dec. 1834 i. S. Appel c. Kasten.

²¹⁾ Mittermaier, Deutsch. Privatr., 7. Aufl., §. 73, Note 3 u. §. 474, Noten 10 u. 11.

²²⁾ v. Liebhaver, Einl. I, §. 169 ff.

²³⁾ Landesf. Verordn. v. 5. Aug. 1720 (Steinacker, Promt. II, 323).

²⁴⁾ Schon d. Postscript an den Magistrat zu Braunschweig v. 28. Juli 1745 (Steinacker, Promt. II, 235) bestimmte die Aufhebung der Privilegien, soweit sie nicht von den Vorfahren des Landesfürsten ertheilt oder vom Landesherrn speciell bestätigt seien.

²⁵⁾ Vergl. die oben in Noten 10 u. 11 cit. Verordn.

²⁶⁾ Mittermaier, a. a. O., §. 474, Note 12. Vergl. auch Verordn. vom 22. Juni 1827, Nr. 14, §. 1.

²⁷⁾ Die in gewissen Landestheilen vorkommenden Erbgüter sind theils bürgerliche, theils ländliche; adelige Erbgüter giebt es im Herzogthume nicht. Das Charakteristische dieser Erbgüter ist das bei ihnen vorkommende Retract- oder Weispruchsrecht, worüber indessen particulare Besonderheiten nicht bestehen. Vergl. hierüber Stobbe, Deutsch. Privatr., a. a. O.

²⁸⁾ §. 1, l. c. Vergl. oben §. 23.

qualität geschieht durch eine vor dem Amtsgerichte, in dessen Bezirk das Hauptgut gelegen ist, zu Protokoll abgegebene oder demselben überreichte, öffentlich beurkundete Erklärung²⁹⁾. Das betreffende Amtsgericht trägt die Begründung unter Anführung aller Zubehörungen in ein Lagerbuch, bewirkt die erforderlichen Vermerke im Grundbuche³⁰⁾ und erläßt eine hierauf bezügliche Bekanntmachung³¹⁾. Von der Eintragung im Grundbuche ab ist der Pertinenzverband als rechtsgültig begründet und Dritten gegenüber als wirksam zu betrachten³²⁾. Rechte dritter Personen an solchen mit Pertinenzpflicht belegten Gütern, namentlich hypothekarische Rechte, welche erworben und eingetragen sind, ehe jenen die Pertinenzeigenschaft beigelegt worden ist, bleiben an denselben in ihren Wirkungen unverändert bestehen³³⁾.

Durch die Begründung des Pertinenzverbandes entsteht im Uebrigen die Wirkung, daß das betreffende Gut mit seinen pertinenzpflichtigen Zubehörungen (Bestandtheilen) untheilbar wird. Die Untheilbarkeit hatte anfangs zur Folge, daß alle ohne Landesherrliche Genehmigung erfolgten Veräußerungen des Gutes oder einzelner Bestandtheile ungültig waren und daß dem jedesmaligen Gutsinhaber das Reunionsrecht zustand³⁴⁾. Allein durch Gesetz vom 28. März 1874 ist die Veräußerung des ganzen Gutes oder einzelner Theile auch ohne Landesherrliche Genehmigung gestattet und das Reunionsrecht hinsichtlich veräußerter Gutstheile aufgehoben³⁵⁾. Seitdem hat die Pertinenzpflicht nur noch die Bedeutung, daß sich das Gut bei eröffneter Intestaterbfolge nur ungetheilt auf einen Erben, den Anerben übergehen kann, während die Miterben nur das Recht auf Abfindungen haben.

Diese erbrechtlichen Verhältnisse hinsichtlich der mit Pertinenzqualität belegten Ritter-, Schrift-, Freisassen- und sonstigen, nicht zu den Bauernhöfen gehörigen Landgüter sind durch das Gesetz Nr. 29 vom 20. Mai 1858 geregelt. Die nähere Besprechung desselben bleibt der Darstellung des Erbrechts vorbehalten³⁶⁾.

²⁹⁾ Nach §. 1, l. c. bedurfte es auch der Landesherrlichen Genehmigung, doch ist dieses Erforderniß durch §. 1, Abs. 4 d. Ges. Nr. 11 v. 28. März 1874 wieder aufgehoben.

³⁰⁾ Der Vermerk geschieht gemäß §. 18 Br. Ausf. G.-B.-D., früher §. 13 des Gr.-Erw.-G. v. 8. März 1878, Nr. 10.

³¹⁾ §. 2, l. c. Später eintretende Veränderungen sind ebenfalls sowohl in den Lager- als den Grundbüchern einzutragen.

³²⁾ Die Bestimmung des §. 2 des Ges. vom 20. März 1858, Nr. 28, daß die Wirksamkeit mit der Publication beginne, kann seit dem in §. 13 d. Gr.-Erw.-G. v. 8. März 1878, Nr. 10 ausgesprochenen Grundsatz, welcher in §. 18 Br. Ausf. G.-B.-D. wiederholt ist, keine Gültigkeit mehr beanspruchen.

³³⁾ §. 4, l. c.

³⁴⁾ §. 3, l. c.

³⁵⁾ Ges. u. Verordnungs-, Nr. 11, §. 1, Abs. 4.

³⁶⁾ Vergl. unten §. 116. Vergl. aber auch noch oben §. 23.

§. 94.

Bauerngüter.

Bauerngüter sind zunächst diejenigen, welche als solche vor dem Gesetze vom 28. März 1874¹⁾ bereits existirten²⁾, und ferner solche, später entstandene und noch entstehende, bebaute Wirthschaftsstellen auf dem Lande, die nicht (wie z. B. Mühlen, Fabriken, Landhäuser) wesentlich anderen als landwirthschaftlichen Zwecken dienen und andererseits nicht zu den Familienstamm-, Ritter-, Schrift-, Freisassen- und mit Pertinenzpflicht belegten Landgütern gehören³⁾.

1. Ihrem Umfange nach unterscheidet man folgende Bauerngüter:

- a) Acker- oder Vollspänner-, Vollmeier-, Burgmeierhöfe, welche ursprünglich einen Grundbesitz von mindestens 4 Hufen gleich 120 Feldmorgen Landes und den Besitz eines ganzen Gespannes mit 4 Pferden⁴⁾.
- b) Halbmeier- oder Halbspännerhöfe, welche früher einen Grundcomplex von mindestens 2 Hufen oder 60 Feldmorgen und den Besitz eines halben Gespannes voraussetzten⁵⁾.
- c) Daneben finden sich in einigen Gegenden des Herzogthums, z. B. in Ottenstein, Wickenfen, Eschershausen, Dreiviertelmeier- und Viertelmeierhöfe.

¹⁾ Gef.- u. Verordnungsß., Nr. 11 v. 1874. Bauerngüter sind die landwirthschaftlichen u. forstwirthschaftlichen Grundstücke nebst deren Zubehör, für die das An-erbenrecht ausschließlich gilt. Sie werden deshalb gemäß Art. 64, Abs. 1 E. V. G.-B. noch jetzt vom Landesrecht bestimmt.

²⁾ Die in der Verordn. v. 22. Juni 1827, §. 1 gegebene Regel, nach welcher ländliche Besitzungen, die weder Ritter-, noch Schriftassengüter waren, den bäuerlichen beigezählt werden sollten, ließen bereits Ausnahmen zu, die von dem Behauptenden zu begründen waren. Vergl. Erf. d. O.-A.-G. Wolf, v. 26. März 1850 i. S. Vosse c. Knackstedt. Vergl. auch Steinacker, Privatr., S. 468. Ob eine Mühle zu den Anbauerstellen gehört, ist Thatfrage (Wege, Repert. VII, 94; IX, 107; Zeitschrift f. R. I, 154). „Ländliche Besitzungen, wie die vor dem Dorfe Bornum gelegene Teich-Mühle, bei welcher Wiesen und Gärten als Zubehör bewirthschaftet werden, sind, selbst wenn nicht zu den eigentlichen Reihfestellen gehörig, gleich den Brinksitzer- und Anbauerstellen, regelmäßig dem Bauernrecht unterworfen.“ Erf. O.-G., 3. Sen. v. 11. October 1856 i. S. Knackstedt c. Bornstedt.

³⁾ §. 2, Abs. 2, l. c. Die sich hiernach bestimmende b ä u e r l i c h e E i g e n - s c h a f t eines Gutes kann Niemand aufheben, da diese Eigenschaft publici juris ist. Vergl. Not. z. Gef. v. 28. März 1874, Anl. 150, S. 2 d. Landtagsverhandl. v. 1874.

⁴⁾ Heutzutage, zumal nachdem der Grundsatz der Unveräußerlichkeit und Untheilbarkeit aufgehoben, bildet die Größe des Grundbesitzes kein wesentliches Erforderniß mehr für die Bezeichnung. Die letztere wechselt nicht mit der Vergrößerung oder Verminderung des Hofes und haftet an der Wirthschaftsstelle, nicht auch an den abgetrennten Zubehörungen.

Die Bedeutung der Eintheilung lag vor Ablösung der bäuerlichen Lasten auch mehr in der Verschiedenheit der Leistungen. Der Vollmeier mußte dem Gutsherrn zwei Tage in der Woche Spanndienste thun.

⁵⁾ Vergl. Note 4. — Der Halbmeier mußte einen Tag Spanndienste thun.

- d) Großkoth- oder Vollkötterhöfe, welche ursprünglich aus 1 Hufe Landes gleich 30 Feldmorgen bestehen mußten⁶⁾.
- e) Kleinkoth-, Halbkoth- oder Stukenkötterhöfe nannte man diejenigen, bei welchen noch weniger Land bewirthschaftet wurde⁷⁾.
- f) Brinkfigerstellen sind diejenigen Anbauten, zu denen nur ein geringer Grundbesitz gehört; die neueren, meist ganz ohne Ackerland begründeten Anbauten nennt man Anbauerwesen⁸⁾.

2. Die Bauerngüter sind erst in Folge der neueren Gesetzgebung freies Eigenthum ihrer Besitzer geworden⁹⁾. Solange die Bauern hörig waren, konnte von einem Eigenthum derselben an den ihnen zur eigenen Bewirthschaftung und Nutzung gegebenen Grundstücken überhaupt nicht die Rede sein. Erst nachdem in dem Recess des Herzogs Heinrich des Friesamen mit der Landschaft vom Jahre 1433¹⁰⁾ zum ersten Male die persönliche Freiheit der Bauern anerkannt und Schutzmaßregeln gegen ihre Bedrückung durch die Gutsherrschaft getroffen waren und hiernächst auch die Erbllichkeit hinsichtlich der ihnen von ihren Gutsherren übergebenen Grundstücke eingeführt wurde, bildeten sich allmählich festere Rechtsverhältnisse in Ansehung des bäuerlichen Grundbesitzes heraus, nach denen man einmal die sogenannten Colonatgüter, d. h. die im gutsherrlichen Abhängigkeitsverhältnisse stehenden Bauerngüter, und dann die ihrer Zahl nach allerdings Anfangs sehr seltenen freien Bauerngüter unterschied. Zu der ersteren Art gehörten vor Allem

- a) die Meiergüter, welche auf einem erblichen Nießbrauchsrechte beruhten und bezüglich deren sich viele Besonderheiten bildeten¹¹⁾.
- b) Erbzinsgüter, welche ein erbliches Untereigenthum darstellten¹²⁾.
Zu den Colonatgütern werden von Manchen auch
- c) die Erbpachtgüter gerechnet¹³⁾, welche den Besitzer zu einem meist

⁶⁾ Vergl. Note 4. — Die Großkötter mußten wöchentlich zwei Tage Handdienste leisten.

⁷⁾ Vergl. oben Note 4. — Die Kleinkötter mußten ebenfalls zwei Tage Handdienste leisten.

⁸⁾ Die Brinkfiger und Anbauer (über letztere vergl. auch oben §. 76, Note 24) mußten wöchentlich einen Tag Handdienste leisten. Ueber den Begriff eines Anbauerwesens s. oben §. 76, Note 24 u. §. 94, Note 2. Die Anbauerwesen sind bereits nach der bestimmten Vorschrift der Verordn. v. 22. Juni 1827 den Bauernhöfen gleichgestellt und nach denselben Grundsätzen zu beurtheilen (D. = G., 3. Sen., vom 15. Jan. 1862 i. S. Hoppe c. Schulze; Wege, Repert., VII, 27; VIII, 43; IX, 107; f. auch D. = L. = G., 2. Sen., v. 24. Juni 1880 in S. Schweimler Cur. c. Schweimler Conc.). Auch auf die Brinkfigerstellen fanden schon vor dem Hofgesetze v. 1874, besonders nach dem Circ. = Rescr. v. 13. Mai 1831 die Grundsätze des Bauernrechts Anwendung (D. = G., 2. Sen., v. 2. Sept. 1850 i. S. Wegemann c. Rademacher).

⁹⁾ Vergl. unten §. 120.

¹⁰⁾ S. oben §. 3, Note 1.

¹¹⁾ Vergl. oben §. 87, 3. 3 und vor Allem unten §. 124. S. auch Art. 197 E. B. G. = B.

¹²⁾ Vergl. oben §. 87, 3. 3 u. vor Allem unten §. 125.

¹³⁾ Erf. d. D. = L. = G. Wolf. v. 26. April 1843 i. S. Waijenhaus S. B. M. V.

hohen, unveränderlichen, seit der Ablösungsordnung ablösbaren¹⁴⁾ locarium verpflichteten und ihm dafür — abgesehen von der Erbslichkeit und Unwiderruflichkeit — lediglich das Recht eines Pächters gewährten¹⁵⁾.

Zu den freien Bauerngütern sind hauptsächlich die Zinsgüter zu zählen, welche im freien Eigenthum des Besitzers standen und nur mit der fortwährenden Leistung eines Zinses in recognitionem des früheren Herrn belastet waren. Die Erbpacht- und die Zinsgüter waren im Herzogthume von jeher äußerst selten¹⁶⁾. Weit häufiger fanden sich die Meier- und Erbzinsgüter, welche die eigentlichen Colonatgüter ausmachen.

3. Neben der Eintheilung nach ihrem rechtlichen Inhalte erfuhren die Bauerngüter noch eine andere nach der Verschiedenheit der Guts herrschaft. Die Besitzer derjenigen Bauerngüter, welche vom Landesherrn oder der Herzoglichen Cammer abhingen, nannte man Cammerbauern, und die Besitzer derjenigen Güter, welche von anderen Guts herren redevirten, Patrimonialbauern. Die letzteren theilte man dann wieder ein in Kirchen-, Kloster-, Pfarr-, Burg- und Bürgermeier. — Eine besondere Art schließlich bildeten die sogenannten Bauernlehen, welche nach Lehnrecht verliehen und daher auch nach diesem vererbt wurden¹⁷⁾.

4. Was die Rechtsverhältnisse der Bauerngüter anlangt, so wurden dieselben, abgesehen von ihrer Abhängigkeit von der Guts herrschaft, welche dieser insbesondere das Recht des Verkaufes, der Abmeierung und des Consenses zu Veräußerungen und Belastungen gewährte¹⁸⁾, von folgenden Beschränkungen beherrscht:

c. Schniger. S. auch Bolze, Entsch. R.-G. I, S. 41, Nr. 194 bis 196. Vergl. Art. 61 G. B. G.-B.

¹⁴⁾ Vergl. Refcr. v. 7. März 1839.

¹⁵⁾ Erf. d. O.-L.-G. Wolf. v. 8. November 1849 i. S. Stift St. Matthäi in Braunschweig c. Generalhofintendantur und Cammer. — Der Erbpächter kann die Ausübung seines Rechtes nach Art der Zeitpacht durch Afterverpachtung gültig überlassen, ohne daß es des Consenses des Guts herrn bedürfte, welchem vielmehr nur aus erheblichen Gründen ein Widerspruchsrecht zusteht. Erf. d. O.-L.-G. Wolf. v. 21. Sept. 1847 i. S. Seesen c. Lammert u. Gen. — Nach dem Erf. d. O.-L.-G. Wolf. v. 26. April 1849 i. S. Waisenhaus M. B. V. c. Schniger u. i. S. v. Böttcher c. Cammer sind die Grundsätze der Emphyteuse analog anzuwenden, wonach der Erbpächter insbesondere auch die auf dem Gute ruhenden Lasten und sonstigen Abgaben zu tragen hat.

¹⁶⁾ Vergl. Steinacker, Br. Privatr., S. 478 bei Note 2.

¹⁷⁾ Diese Bauernlehen waren jedoch keine eigentlichen Lehen, sondern feudastra; es wurden von ihnen keine Ritterdienste, sondern Zehnten und Frohnden geleistet. Dessenungeachtet werden sie von der Landesgesetzgebung häufig mit den eigentlichen Lehen zusammengefaßt und gleichmäßig behandelt (vergl. oben S. 91, Noten 11 u. 12). Da nun aber die Ges. v. 28. März 1837 u. v. 13. Dec. 1849 die Aufhebung aller Feudalrechte unterschiedlos und unbeschränkt aussprechen, müssen seitdem auch die Bauernlehen als freies Eigenthum gelten. — Ueber Pfarr- und Kirchenmeier in Braunschweig vergl. noch Stübner, Histo. Beschreibung d. Kirchenverf. d. Herzogthums, S. 165.

¹⁸⁾ Das Verbot der Veräußerung oder Verpfändung bäuerlicher

- a) der Nothwendigkeit der gerichtlichen Bestätigung bauerlicher Contracte dinglicher Natur¹⁹⁾;
- b) dem Verbote der Theilbarkeit der Bauerngüter und ihrer Zubehörungen²⁰⁾;
- c) dem Verbote der Vereinigung mehrerer Höfe in einer Hand²¹⁾.

Von diesen Dispositionsbeschränkungen fielen zunächst die auf den gutherrlichen Verband gestützten, insbesondere das Veräußerungs- und Belastungsverbot, indem die Ablösungsordnung vom 20. December 1834 alle bauerlichen Dienste und Zehnten für ablösbar²²⁾ und für den Fall der thatsächlich geschehenen Ablösung die befreiten Höfe für freies Eigenthum erklärte, jedoch unbeschadet der Vorschriften über das bauerliche Erbrecht, die Nothwendigkeit der Confirmation der Verträge und des Verbotes der Theilung und Vereinigung²³⁾. Durch Gesetz vom 19. März 1850, Nr. 22 wurde dann aber auch die Nothwendigkeit der Confirmation beseitigt²⁴⁾. Das Verbot der Theilung der Höfe und der Vereinigung mehrerer Höfe in einer Hand ist schließlich durch das Gesetz vom 28. März 1874 aufgehoben worden²⁵⁾.

Hiernach haben die Bauerngüter heutzutage nur noch die Bedeutung, daß

Grundstücke ohne Consens findet sich gesetzlich zuerst in der Verordn. vom 3. April 1593 enthalten und später in dem Landtagsabsh. v. 3. Juni 1597, Art. 19, Verordn. v. 2. April 1604, v. 29. Mai 1612, sowie durch die Allgem. Landesordn. v. 1647, Art. 29 bis 30 u. d. Amtscammerordn. v. 1. Juli 1688, Art. 92 (Steinacker, Promt. II, 76) wiederholt.

¹⁹⁾ Die Nothwendigkeit der Confirmation bauerlicher Contracte dinglicher Natur (Pacht- und andere obligatorische Rechtsverhältnisse wurden auch durch nicht confirmirte Verträge stets wirksam begründet) wurde zuerst für Geseßstungen durch Landtagsabsh. v. 27. Jan. 1619, Art. 10 (Steinacker, Größere Organisationsgesetze, S. 36 u. Steinacker, Promt. I, 2) eingeführt, durch Verordn. vom 4. April 1620 auf Verträge über dingliche Rechte aller Art erweitert (Steinacker, Promt. I, 207) und durch Landesverordn. v. 1642, Art. 15 nebst Instruction vom 17. Juni 1760, §. 12 (Steinacker, Promt. I, 82), Verordn. v. 8. Dec. 1825, Nr. 27 und zuletzt Verordn. v. 22. Juni 1827, Nr. 14 wiederholt und näher ausgeführt.

²⁰⁾ Das Gebot der Geschlossenheit und das damit verbundene Verbot der Theilung (Dismembrationsverbot) der Höfe wurde zuerst gesetzlich durch d. Allgem. Landesordn. v. 7. März 1647, Art. 28 eingeführt und zur pertinenzpflichtigen Zubehör gleichzeitig alle Länderei erklärt, von der Hofdienste geleistet werden mußten. — Die Theilung bedurfte der Landesh. Genehmigung.

²¹⁾ Das Vereinigungsverbot findet sich ausgesprochen in dem Landesf. Refcr. v. 3. Nov. 1760 u. d. Verordn. v. 4. Mai 1778 (Steinacker, Promt. I, 72); es bezog sich auch auf Anbauerwesen nach dem Minist.-Refcr. v. 8. Juli 1833 (Wege, Repert. IV, 311), nicht aber auf sog. wüste Höfe; vergl. Zeitschr. f. R. V, 143; XXV, 166.

²²⁾ Ges.- und Verordnungsbl., Nr. 22 de 1834, §. 6. Vergl. oben §. 81, Note 10 ff.

²³⁾ §§. 107 u. 110, l. c. Da in der Folge thatsächlich alle auf bauerlichem Grundbesitz haftenden gutherrlichen Lasten abgelöst sein werden, dürften im Herzogthume kaum mehr guthabhängige Bauerngüter vorkommen.

²⁴⁾ §. 11, l. c.

²⁵⁾ §. 1, Abs. 1 u. 2, l. c.

auf sie, und zwar nur auf sie, die nicht aufgehobenen, dem Bauernrechte eigenthümlichen Institute, namentlich das des Auerbenrechts, der Interimswirthschaft und der Leibzucht Anwendung finden ²⁶⁾). In dieser Beziehung werden auch heute noch die Anbauer- oder Brinkfigerwesen zu den Bauernglütern gezählt ²⁷⁾). Die Häuslinge oder Miethlinge dagegen sind wohl thatsächlich, aber nicht von Rechts wegen dem Bauernrechte unterworfen.

Zweiter Abschnitt.

Bergrecht.

§. 95.

Einleitung.

Bereits an anderen Stellen sind wesentliche Grundsätze des Bergrechts, insonderheit das Recht, die Fossilien des Bodens zu occupiren ¹⁾, die Beschränkungen, denen mit Rücksicht hierauf das Eigenthum an Grund und Boden unterworfen ist ²⁾, das Recht des Bergbautreibenden, den erforderlichen Grund und Boden vom Eigenthümer nöthigenfalls im Wege der Expropriation zu erlangen ³⁾, der Begriff und die grundbuchmäßige Behandlung des Bergwerkeigenthumes ⁴⁾ und schließlich die Rechtsverhältnisse, welche sich einerseits durch Vereinigung mehrerer Personen zum Betriebe des Bergbaues (Gewerkschaften ⁵⁾ und andererseits durch Vereinigung der beim Bergbau beschäftigten Arbeiter (Knappschaftsvereine ⁶⁾) ergeben, besprochen worden. Hier sollen die Grundsätze des Bergrechts im Zusammenhange, jedoch unter hervorragenderer Berücksichtigung derjenigen bergrechtlichen Bestimmungen, welche bislang noch nicht in den Kreis der Erörterung gezogen sind, behandelt werden.

Was den Entwicklungsgang des Bergrechts im Herzogthume anbetrifft, so ist derselbe im Allgemeinen conform demjenigen des Bergrechts in den übrigen Theilen Deutschlands. Hiernach galt ursprünglich jeder Grundeigenthümer ohne Weiteres als zur Occupation der auf seinem Eigenthum befindlichen Fossilien berechtigt, während auf der Allmende, dem sogenannten Gemeinheitsgute, die Bergbaufreiheit der Genossen bestand ⁷⁾. Allein schon frühzeitig entwickelte sich die Regalität des Bergbaues ⁸⁾. Das Recht auf dem

²⁶⁾ Vergl. auch §. 1, Abf. 2; §. 2, Abf. 1, l. c.

²⁷⁾ Vergl. §. 5, Abf. 1 u. §. 11, Abf. 4, l. c. Das Nähere s. oben Note 8.

¹⁾ Oben §. 63, I, 3.

²⁾ Oben §. 61.

³⁾ Oben §. 67, 3. 5.

⁴⁾ S. oben §. 59, ferner §§. 86, 87, vergl. mit §. 73 u. §. 90.

⁵⁾ Oben §. 17, I.

⁶⁾ Oben §. 18, I.

⁷⁾ Stobbe, Handb. d. deutsch. Privatr., II. Aufl., II, §. 142, Noten 1 u. 2.

⁸⁾ Stobbe, a. a. O., §. 142, 3. 2; Com.-Bericht S. 1 ff., Landtagsverh.

Bergbau stand demzufolge lediglich dem Landesherrn zu und wurde regelmäßig auch nur durch diesen ausgeübt. Die Ausübung desselben durch andere Personen war nur kraft besonderer Verleihung erlaubt, die aber hinwiederum ganz in die Willkür des Landesherrn gestellt war und auch kein eigenes Recht, sondern nur ein abgeleitetes, dem Vasallenverhältnisse ähnliches begründete⁹⁾. Die hierbei durch den Bergbau erzeugten Rechtsverhältnisse wurden beherrscht von den localen Gewohnheiten, welche aber derartig mit den Normen der in den anderen Ländern Deutschlands geltenden bergrechtlichen Grundsätzen übereinstimmten, daß man von der damaligen Geltung des sogenannten gemeinen deutschen Bergrechts im Herzogthume sprechen kann¹⁰⁾.

Eine in Anlehnung an diese Grundsätze erfolgte umfassende gesetzliche Regelung der bergrechtlichen Verhältnisse bringt zum ersten Male die „Ordnung der fürstlichen Bergwerke in Grund, Zellerfeld, Wildemann, Lautenthal, sammt allen anderen umliegenden Silber-, Blei- und anderen Kupferbergwerken in den Gebirgen der Braunschweigischen Lande“, vom 1. Juli 1550¹¹⁾, welcher Heinrichs des Bilingern „Ordnung der Bergwerke im Rammelsberge, Mirsparg, Grund, Wildemann und Lautenthal“ vom 21. März 1555 folgte¹²⁾. Während aber die erstere ausschließlich die Rechtsverhältnisse hinsichtlich des Bergbaues von Silber, Blei und Kupfer regelte, hielten beide Bergordnungen, welche überdies nur mit Rücksicht auf den Harztheil des Landes, bezw. nur für ganz bestimmte Bergwerke in diesem erlassen waren, an dem Grundsatz fest, daß nur der Landesherr das Bergregal ausüben durfte, und trafen daher im Wesentlichen nur solche Vorschriften, welche neben vereinzelt bergtechnischen Weisungen die Befugnisse der Landesherrlichen Bergbeamten und Grubenarbeiter ordnen und abgrenzen sollten. Erst die Bergordnung der Herzöge Wolfgang und Philipp vom 18. September 1593¹³⁾, welche im Uebrigen vielfach auf das „gemeine Recht und alte herkommene Uebung“ verweist¹⁴⁾, bringt positive Vorschriften über das Schürfen, sowie über das Muthen und Verleihen der Berggerechtigkeit¹⁵⁾, indem sie von den früheren Grundsätzen insofern abweicht, als sie generell unter bestimmten Voraussetzungen das Schürfen gestattet und

⁹⁾ Man sprach dabei geradezu von einem „Lehensträger“ und einem „Lehen“; doch unterschied sich die solchergestalt verliehene Berggerechtigkeit schon durch ihre freie Veräußerlichkeit und ihre nach den Regeln des gemeinen Rechts erfolgende Vererbung vollständig von einem wirklichen Lehen. Die Vermischung lehensrechtlicher Grundsätze mit den bergrechtlichen hatte lediglich ihren Grund in der Sucht des Mittelalters, alles auf Lehenverhältnisse zurückzuführen. Vergl. oben S. 91 bei Note 6 u. 14.

¹⁰⁾ Ueber das sogen. „gemeine deutsche Bergrecht“ vergl. Stobbe, a. a. O., S. 141, Note 1.

¹¹⁾ S. Wolterstedt, Kurzer Begriff der Braunschm.-Wolf. Landesordn., S. 7. Ueber einige ältere, aber weniger umfassende Bergordnungen, die jedoch nicht auf uns überkommen sind, vergl. oben S. 3, Note 8.

¹²⁾ S. Wolterstedt, a. a. O., S. 8.

¹³⁾ Diese im Jahre 1698 revidirte Bergordnung ist abgedruckt in Schneider's Repert. III, 64 ff.

¹⁴⁾ Vergl. z. B. Art. 86 das. (Schneider, Repert. III, 121).

¹⁵⁾ Titel II d. Bergordn. (Schneider, a. a. O., S. 79 ff.).

auf gehörige Muthung die Verleihung der Bergbauberechtigung als Lehen zu übertragen verspricht¹⁶⁾. Hiernach war jedem Bergmann nachgelassen, auf dem dem Landesherrlichen Bergregal unterliegenden Grund und Boden „auf allen Metall, Nachgängen, Klüften und Schichten“ zu schürfen, ohne daß dem Grundbesitzer ein Widerspruchsrecht zustehen sollte¹⁷⁾, während der Bergmeister im Umfange seines Amtsbezirkes befugt sein sollte, zuverlässigen Personen auf schriftliche Muthung das Recht auf den Bau jeglicher Art von Metall zu verleihen und auf Grund einer nach 14 Tagen erfolgten Besichtigung des in dieser Frist vom Aufnehmer zu entblößenden Ganges zu entscheiden, ob die Verleihung bestätigt werden solle oder nicht¹⁸⁾. Alte verlassene Zechen sollten dem Muther nur nach Anhörung der alten Gewerken verliehen werden können¹⁹⁾. Nachdem dann in der Folgezeit den Gewerken auf dem Harze vom Landesherrn zur Beförderung des Bergbaues eine große Zahl von Vorrechten und Freiheiten verliehen war²⁰⁾, ertheilte Herzog Ludwig Rudolf durch Verordnung vom 10. Juni 1716 und 13. September 1718²¹⁾ generell den Fürstlich Walsenburgerischen Bergwerken die Bergfreiheit. Diese Bergfreiheit ist jedoch nicht dahin zu verstehen, daß damit die Regalität des Bergbaues überhaupt oder auch nur in Ansehung der Grundeigenthümer aufgehoben werden sollte, vielmehr war nur jedem Einheimischen wie Fremden die Verleihung der Bergbaugerechtigkeit zugesagt, wenn er die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllte²²⁾. Eine specielle Verordnung ist dann noch durch Herzog Karl unterm 20. Mai 1751 für die Eisensteinwerke im Stiftsamte Walsenried erlassen²³⁾. Nach dieser war es verboten, dortselbst eigenmächtig ohne einen vom Bergamte oder vom Bergmeister — niemals unentgeltlich — auszustellenden Schürfszettel und in Gärten oder Höfen ohne vorgängige Benachrichtigung und Sicherstellung des Eigenthümers zu schürfen²⁴⁾. Im Uebrigen sollte darauf gesehen werden, daß im Allgemeinen nur auf Aedern, Wiesen, Aengern oder in der Forst an fahlen, verängerten Stellen oder Klippen, sonst nur mit möglichster Schonung geschürft werde²⁵⁾. Innerhalb vier Wochen nach gehöriger Muthung und Verleihung sollte der Aufnehmer den Gang entblößt und um Besichtigung und Bestätigung der Verleihung durch die Bergbeamten nachgesucht haben, widrigenfalls das Feld wieder frei wurde²⁶⁾. Dieselbe Folge trat ein, wenn eine Zechen in

¹⁶⁾ Vergl. hierüber oben Note 9.

¹⁷⁾ Titel II, Art. 1, l. c.

¹⁸⁾ Titel II, Art. 2 u. 3, l. c. (Schneider, a. a. O., S. 79 f.).

¹⁹⁾ Art. 6 das. (Schneider, a. a. O., S. 81).

²⁰⁾ Vergl. Patent v. 15. März 1623 (Wolterstedt, a. a. O., S. 61).

²¹⁾ Schneider, Repert. II, 519 ff.

²²⁾ Uebrigens war in derselben verordnet, daß in Bergwerksachen die Fürstl. Bergordnung, auch die bei den oberharzischen Bergwerken hergebrachte Observanz, soweit möglich, zum Fundament gesetzt sein solle; ferner, daß bei gewerkschaftlichem Betriebe die Zahl der Ruxe 134 betragen solle, von denen vier als Erstfuge der Landesherrschafft und zwei den Kirchen und Schulen zukommen sollten.

²³⁾ Schneider, Repert. III, 423 ff.

²⁴⁾ §§. 1, 3, l. c. (Schneider, a. a. O., S. 423 f.).

²⁵⁾ §. 2 das.

²⁶⁾ §§. 7 bis 9 das. (Schneider, a. a. O., S. 425).

Jahresfrist nicht bebaut wurde, oder in den Eisensteingewerken Kupfer-, Silber- oder andere Erze gefunden und „verschwiegen, verstürzt oder verschmiert“ wurden²⁷⁾. Die in rechtsgültiger Form geschehene Veräußerung oder sonstige Uebertragung und Verpfändung einer Zeche sollte mit Genehmigung des Bergwerkes erlaubt, die Erbpacht hinsichtlich einer solchen aber verboten sein²⁸⁾.

Alle diese Landesordnungen haben das Gemeinsame, daß sie nur die bergtechnische Gewinnung der Metalle zum Gegenstande haben. Darüber, wie es mit den Stein- und Braunkohlen, dem Salz und den Soolquellen gehalten werden sollte, fehlte es zunächst an jeder gesetzlichen Bestimmung. Der Grund dieses Mangels lag darin, daß sich der eigentliche Bergbau Anfangs lediglich auf den Harztheil des Landes beschränkte und die Auffindung und Gewinnung jener Producte in den übrigen Theilen des Herzogthumes erst später entwickelte. Gewohnheitsmäßig wurde jedoch der Grundsatz der Regalität auch auf diese Fossilien übertragen. Daneben wurde gesetzlich der Salzhandel durch zahlreiche Verordnungen einer strengen Aufsicht der staatlichen Behörden unterstellt²⁹⁾. Hinsichtlich des Salpeters wurde andererseits schon durch den Landtagsabschied vom 27. Januar 1619 einem Jedem verstattet, danach auch in Ställen, Scheuern und Häusern zu graben, nachdem der Eigenthümer, welcher das Graben ohne erhebliche Ursache nicht abschlagen solle, vorher benachrichtigt sei³⁰⁾. Dieser Bestimmung wurde noch besonderer Nachdruck durch die fernere Vorschrift verliehen, welche unter ausdrücklicher Bezeichnung des Salpetergrabens als Regal den Klöstern und Adeligen verbietet, dasselbe zu hindern³¹⁾. Später dagegen wurde das Salpetergraben wieder dadurch beschränkt, daß Niemand ohne „gnädigste specielle Concession“ dazu befugt sein sollte³²⁾. Die sämmtlichen Salinen ferner gehörten zum Cammergute und wurden ausschließlich auf Rechnung des Staates betrieben³³⁾, während hinsichtlich der Stein- und Braunkohlen der Landtagsabschied vom 11. Juli 1823³⁴⁾ folgende Grundsätze aufstellte. Der allgemein eingeführten Regalität des Bergbaues sollten auch die Stein- und Braunkohlen unterworfen sein³⁵⁾. Soweit

²⁷⁾ §§. 16 u. 36 daf. (Schneider, a. a. D., S. 427 u. 430).

²⁸⁾ §§. 19 u. 20, l. c. (Schneider, a. a. D., S. 427).

²⁹⁾ Der Verkauf des Salzes geschah durch Hausirer, „Salzfärner“ genannt, welche für bestimmte Districte mit Concession versehen, auch auf ehrlichen Handel beeidigt und zur Cautionsstellung verpflichtet wurden. Ihre Pflichten sind durch die Landesf. Verordn. v. 17. Oct. 1744, 16. März 1754, 27. Aug. 1766 und spätere (vergl. Frederksdorff, Promt. I, 320; V, 27; Steinacker, Promt. II, 303, Anm. **) geregelt. Das unterm 11. Jan. 1796 ergangene Verbot der Salzausfuhr wurde bereits am 8. März 1803 wieder zurückgenommen.

³⁰⁾ Art. 37 daf. (Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 51; Frederksdorff, Promt. II, 558; Steinacker, Promt. II, 303).

³¹⁾ Landesf. Verordn. v. 13. Nov. 1620 (Steinacker, Promt., a. a. D.). Auch in der Landesf. Verordn. v. 4. Mai 1761 wird der Salpeter als Regal bezeichnet.

³²⁾ Landesf. Verordn. v. 29. Juli 1743 (Frederksdorff, Promt., S. 558; Steinacker, Promt., a. a. D.).

³³⁾ Steinacker, Br. Privatr., S. 370.

³⁴⁾ Gef.- u. Verordnungsfl., Nr. 23, Art. 68 (S. 168 ff.).

³⁵⁾ Art. 68, §. 1 u. 2 daf.

es sich um die Ausbeute derselben in demjenigen Theile des Harzes handle, in welchem der Bergbau auf Metalle betrieben, solle dieselbe nach den gleichen Grundsätzen wie bei diesen erfolgen. In dem übrigen Theile des Landes solle das Kohlenregal nur von der Landesherrschaft ausgeübt werden, welche im Uebrigen nur dem Grundeigenthümer, nicht einem Dritten gestatten dürfe, einen Bau auf Kohlen zu unternehmen³⁶⁾. Die Ausübung seitens der Landesherrschaft auf fremdem Privateigenthum solle jedoch insoweit beschränkt sein, als das Schürfen nicht innerhalb des Bezirkes von 250 Fuß von dem Wohnhause gestattet und es im Uebrigen dem Grundeigenthümer freistehen solle, entweder das von der Bergbehörde auf seinem Eigenthum entdeckte Lager nach gehöriger Muthung auf eigene Rechnung bergmännisch auszunutzen, oder dafür zwei freie Erbfurze und vollständige Entschädigung des erlittenen Verlustes nach landwirthschaftlichen Grundsätzen zu fordern³⁷⁾.

Das Nebeneinanderbestehen so vieler, bergrechtliche Bestimmungen haltender Landesgesetze, welche, im Laufe von drei Jahrhunderten entstanden, weder einzeln noch in ihrer Gesamtheit die ganze Materie des Bergrechts erschöpfend behandelten, sondern daneben den Gewohnheiten und subsidiär dem gemeinen deutschen Bergrecht den weitesten Spielraum ließen, mußte nothwendig zu einer großen Rechtsunsicherheit auf diesem Gebiete führen und allmählich das Bedürfnis nach einer einheitlichen Regelung der bergrechtlichen Grundsätze für unser Herzogthum immer mehr hervortreten lassen. Diesem Bedürfnisse wurde denn auch, nachdem der preussische Staat mit seinem in engster Anlehnung an das gemeine deutsche Bergrecht erlassenen allgemeinen Berggesetze vom 24. Juni 1865 vorangegangen war, durch das diesem nachgebildete Berggesetz für das Herzogthum Braunschweig vom 15. April 1867 abgeholfen³⁸⁾. Dieses Gesetz hat das Princip des eigentlichen Vergeregals stillschweigend fallen lassen, indem es den Staat hinsichtlich des Erwerbes und Betriebes von Bergwerken denselben Bestimmungen unterwirft, wie Privatpersonen³⁹⁾, indessen auf Grund der dem Landesherrn beibehaltenen Berghoheit die Ausübung des Bergbaues in jedem Falle von der unter den gesetzlichen Voraussetzungen zu ertheilenden staatlichen Concession abhängig macht⁴⁰⁾. Aus demselben Grunde unterliegt die Ausübung des Bergbaues den bergpolizeilichen Vorschriften, wie solche in den Gesetzen und in den von der Bergbehörde — als welche die Herzogl. Cammer, Direction der Bergwerke, fungirt — erlassenen Bestimmungen und Anordnungen enthalten sind⁴¹⁾. Gegen alle Beschlüsse der

³⁶⁾ Art. 68, Z. 3 a das.

³⁷⁾ Art. 68 b das. Vergl. oben S. 67, Z. 5.

³⁸⁾ Gef.- u. Verordnungsbl., Nr. 23. Da unser Gesetz eine Nachbildung des preussischen ist, so sind die zu letzterem erschienenen Commentare auch für die Auslegung jenes zu verwerthen. Hierher gehören die Commentare von Oppenhoff, Koch und namentlich von Rostermann.

³⁹⁾ §. 2, Abf. 1, l. c.

⁴⁰⁾ Vergl. auch Stobbe, a. a. O., S. 585.

⁴¹⁾ Vergl. §§. 190 ff. u. §§. 198 ff. Der Herzogl. Cammer war schon durch Verordn. v. 19. Mai 1814, Nr. 23, §. 1 die Verwaltung des Bergbaues übertragen worden.

Herzogl. Cammer, Direction der Bergwerke, ist Recurs ans Staatsministerium zulässig, wenn dies nicht ausdrücklich im Gesetze ausgeschlossen ist⁴²⁾. Das Gesetz vom 19. Mai 1894⁴³⁾ schließlich hat das Regalitätsprincip insoweit wieder eingeführt, als es die Auffuchung der Salz- und Soolquellen dem Staate vorbehält, doch die schon erworbenen und bis zum Tage der Gesetzeskraft der Vorschrift durch Muthung begründeten Ansprüche bestehen läßt⁴⁴⁾. Im Uebrigen hat noch das Gesetz vom 28. Juni 1893, Nr. 33 und das Gesetz vom 12. Juni 1899, Nr. 44 das Berggesetz vom 15. April 1867 mehrfach abgeändert⁴⁵⁾.

§. 96.

Erwerb und Verlust der Bergbauberechtigung.

I. Zur Erwerbung des Rechts, innerhalb der Grenzen eines fest zu bestimmenden Grundcomplexes eines der dem Berggesetz unterworfenen Mineralien¹⁾ mittelst Bergbaues zu gewinnen (Bergwerkseigenthum), muß die Verleihung dieses Rechts von der Bergbehörde, das ist der Herzogl. Cammer,

⁴²⁾ §. 193 des Bergges. Gegen den gemeinschaftl. Beschluß der Bergbehörde und der Kreisdirection bei zwangsweiser Abtretung oder Erwerbung von Grundeigenthum (§. 148 Bergges.) ist dagegen Klage gegen den Verwaltungsgerichtshof gegeben (Ges. v. 5. März 1895, §. 64).

⁴³⁾ Ges. u. Verordnungsbl., Nr. 19.

⁴⁴⁾ Die Gesetzeskraft begann am 26. Mai 1894. Durch Ges. v. 25. Febr. 1899, Nr. 10 ist hinzugefügt, daß der nach §. 27 Bergges. zu fassende und nach §. 36 urkundlich zu machende Beschluß der Bergbehörde zum Erwerb nöthig und genügend sei.

⁴⁵⁾ Abgeändert sind durch ersteres Gesetz die §§. 29, 30, 61, 69, 71, 74, 79, 82 bis 93 u. 113 d. Bergges. v. 15. April 1867. Durch das zweite Gesetz ist das Berggesetz dem B. G.-B. angepaßt. Die Mot. bemerken dazu, daß Rechtsinstitute oder Begriffe des gem. R., mit denen das Berggesetz operirt, ohne Weiteres durch das B. G.-B. ersetzt sind.

¹⁾ Nach §. 1, Abs. 3 d. Bergges. v. 15. April 1867, Nr. 23 sind dies: Gold, Silber, Quecksilber, Eisen, mit Ausnahme der Raseneisenerze, Blei, Kupfer, Zinn, Zink, Kobalt, Nickel, Arsenit, Mangan, Antimon und Schwefel, gediegen und alle Erze; Alaun und Vitriolerze, letztere mit Ausnahme des Vorkommens in Torf; Steinkohle, Braunkohle und Graphit; Steinsalz nebst den mit demselben auf der nämlichen Lagerstätte vorkommenden Salzen und die Soolquellen. Das Gesetz vom 19. Mai 1894, Nr. 19 hat Kali- und Magnesiumsalze hinzugefügt, aber die Auffuchung aller Salze und Soolquellen hinkünftig dem Staate vorbehalten. Vergl. oben §. 95 bei Note 43. Ueber die Occupation solcher Mineralien durch den Unberechtigten s. oben §. 63, Note 11. Bei Aufzählung der Metalle nimmt das Gesetz in Uebereinstimmung mit dem preussischen Berggesetze den rein praktischen Standpunkt ein, daß nur solche Mineralien genannt werden, welche der Benutzung des Grundeigentümers aus überwiegenden volkswirtschaftlichen und bergbaulichen Rücksichten entzogen bleiben müssen. Die noch nicht abgeschlossene Reihe der Metalle, z. B. Platin, Wismuth u., läßt das Gesetz unberücksichtigt, weil diese bei uns gar nicht oder so vereinzelt und selten vorkommen, daß bei ihnen der Gesichtspunkt einer allgemeinen Nugbarmachung nicht zutrifft. Bei diesen ist deshalb das freie Verfügungsrecht des Grundeigentümers nicht ausgeschlossen. Commiss.-Bericht S. 6 f., Anl. 69 d. Landtagsverh. 1866/67. Vergl. auch Ges. v. 16. April 1892 über den unterirdischen Abbau solcher Mineralien und Ges. v. 10. Juni 1893.

Direction der Bergwerke²⁾, gemuthet werden unter Glaubhaftmachung des Vorhandenseins des betreffenden Minerals in dem angegebenen Felsde³⁾. Die Bergbeamten des Staates, deren Frauen und unter elterlicher Gewalt stehende Kinder können jedoch im Verwaltungsbezirke des ersteren durch Muthung überhaupt kein Bergwerk oder Antheil daran erwerben⁴⁾. Voraussetzung der Muthung ist im Uebrigen, daß der Antragsteller das Recht entweder 1. für ein altes, verlassenes Bergwerk nachsucht⁵⁾, oder 2. auf Grund eines zufälligen Fundes von Lagerstätten des fraglichen Minerals⁶⁾, oder 3. auf Grund einer in Folge Nachsuchens, sogenannten Schürfens, gemachten Entdeckung solcher Mineralien für sich in Anspruch nimmt.

1. Unter Schürfen versteht man das Auffuchen der Mineralien auf ihren natürlichen Ablagerungen⁷⁾. Das Schürfen ist unbedingt verboten auf öffentlichen Plätzen, Straßen, Eisenbahnen und Friedhöfen⁸⁾. Im Uebrigen ist es auf eigenen wie auf fremden Grundstücken Jedermann gestattet. Beim Schürfen auf letzteren muß jedoch die Erlaubniß des Grundbesizers nachgesucht werden, welcher nur widersprechen kann, entweder

- a) wenn überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen⁹⁾, oder
- b) wenn unter Gebäuden und in einem Umkreise um dieselben bis zu zweihundert Fuß, in Gärten und eingefriedigten Hofräumen geschürft werden soll¹⁰⁾.

Mangels gütlicher Einigung entscheidet auf Antrag Herzogl. Cammer, gegen deren Beschluß der Recurs an das Staatsministerium stets, der Rechtsweg aber nur in dem unter b) genannten Falle oder beim Vorliegen des unbedingten Verbots zum Schürfen zulässig ist¹¹⁾. In allen Fällen muß der Schürfer dem Grundeigenthümer für die entzogene Nutzung im Voraus Entschädigung und, wenn die Schürfarbeiten nicht für Rechnung des Staates vorgenommen werden, auch für die voraussichtliche Werthminderung Sicherheitsleistung stellen¹²⁾.

²⁾ Vergl. oben S. 95, Note 41.

³⁾ Vergl. auch Stobbe, a. a. O., S. 589.

⁴⁾ S. 197, Abs. 1, l. c.

⁵⁾ S. 15, Abs. 2 d. Bergges.

⁶⁾ Hierher gehören die Funde bei Vornahme von Bauten, Brechen von Steinen oder weil die Lagerstätte bis an den Erdboden geht.

⁷⁾ Abräumen der Dammerde, Bohrungen u. sind jedoch im Schürfrecht begriffen, soweit dies zur Vorbereitung der Muthung erforderlich ist; Stobbe, a. a. O., S. 590; Klostermann, Comment. z. allgem. preuß. Bergges., Note 15.

⁸⁾ S. 4, Abs. 2, l. c. Dieses ist ein unbedingtes Polizeiverbot, welches auch dem Eigenthümer verbietet; Klostermann, a. a. O., Note 16, Abs. 2.

⁹⁾ S. 4, Abs. 2, l. c. Dies ist kein absolutes Verbot, daher nicht von Amts wegen zu berücksichtigen; Klostermann, Note 16.

¹⁰⁾ S. 4, Abs. 3, l. c.

¹¹⁾ S. 8, Abs. 1 bis 3 u. S. 193, l. c. Vergl. oben S. 67, Z. 5. Von dem früher stets erforderten „Schürfstein“ hat das Bergges. abgesehen.

¹²⁾ §§. 6 u. 12, l. c. Ueberdies stehen dem Grundeigenthümer die Rechte aus §§. 140, 141, 142 u. 144 d. Bergges. gegen den Schürfer zu, insbesondere nach dem

Mangels Einigung entscheidet über Entschädigung bezw. Sicherheitsleistung die Herzogl. Cammer, gegen deren Beschluß Recurs nur stattfindet, wenn es sich um Entschädigungspflicht des schürfenden Staates handelt. Der Rechtsweg ist jedoch gegen den Beschluß in jedem Falle zulässig, ohne die Schürfarbeiten aufhalten zu können¹³⁾.

In den Feldern fremder Bergwerke ist das Schürfen nur hinsichtlich der jenen nicht verliehenen Mineralien gestattet, jedoch auf Verlangen des Bergwerkseigenthümers auch im letzteren Falle durch Herzogl. Cammer zu untersagen, wenn das Schürfen die Sicherheit des Bergwerkes bedroht¹⁴⁾. Außerdem kann der Bergwerkseigenthümer in jedem Falle Sicherheitsleistung für etwaige Schädigungen verlangen, über deren Festsetzung dieselben Grundsätze, wie oben, gelten¹⁵⁾. Der Schürfer gewinnt an den geförderten Mineralien unbeschränktes Eigenthum, soweit nicht Dritte schon Rechte daran erworben haben.

2. Unter Muthen versteht man das Nachsuchen um Verleihung des Bergwerkseigenthumes¹⁶⁾ in einem gewissen Felde bei der Bergbehörde, d. i. der Herzogl. Cammer, Direction der Bergwerke¹⁷⁾. Versuchsarbeiten, welche der Muther etwa noch vor der Verleihung vornimmt, unterliegen den Vorschriften über das Schürfen¹⁸⁾. Die Muthung kann zu Protokoll oder schriftlich in zwei Exemplaren angebracht werden. Die Muthung muß enthalten: den Namen und Wohnort des Muthers, die Bezeichnung des betreffenden Minerals, die Angabe des Fundortes oder, wenn es sich um ein verlassenes Bergwerk handelt, dessen Lage, und schließlich den beabsichtigten Namen für das neue Bergwerk¹⁹⁾. Die Gültigkeit der Muthung ist dadurch bedingt, daß das Mineral in dem bestimmten Felde auch wirklich entdeckt und bei Besichtigung durch die Bergbehörde nachgewiesen wird, was aber hinsichtlich verlassener Bergwerke zu präsumiren ist²⁰⁾. Von vornherein ungültig ist die Muthung, wenn entweder

- a) derselben die eine oder andere der erforderlichen Angaben fehlt und der Muther auf Aufforderung der Bergbehörde den Mangel nicht innerhalb einer Woche beseitigt, oder
- b) rücksichtlich eines verlassenen Bergwerkes das fragliche Mineral erwiesenermaßen beim Verlassen schon gänzlich abgebaut war, oder
- c) nicht innerhalb sechs Wochen nach Einreichung seitens des Muthers die Lage und Größe des beanspruchten Feldes, welche 500 000 Quadrat-

Ges. v. 12. Juni 1899, Nr. 44, I wegen des Entschädigungsanspruchs die Rechte aus §. 140, Abf. 2, l. c. Vergl. hierüber oben §. 67.

¹³⁾ §. 8, Abf. 4; §. 12 u. §. 9, l. c.

¹⁴⁾ §. 10, Abf. 1 u. 2, l. c.

¹⁵⁾ §. 10, Abf. 3, l. c. Vergl. das bei Note 13 Gesagte.

¹⁶⁾ Vergl. oben §. 59 und §§. 86 f.

¹⁷⁾ §§. 13, 14, l. c.

¹⁸⁾ §. 22, l. c. Vergl. das oben unter 3. 1 Gesagte.

¹⁹⁾ §. 15, l. c. Vergl. oben bei Note 4 u. Zeitschr. f. R. XIX, 246.

²⁰⁾ §§. 16, 17, Abf. 1, l. c.; Zeitschr. f. R. XIX, 248. Die Frage, ob ein solches Mineral vorkomme, entscheiden die Gerichte.

lächter oder 1 841 780 Quadratmeter nicht übersteigen darf, angegeben und ein Situationsplan eingereicht wird²¹⁾.

Lage und Größe können später nur innerhalb der im Situationsplane angegebenen Grenzen geändert werden²²⁾. Die Muthung begründet vom Augenblicke der Präsentation an einen Anspruch und ein Vorrecht auf Verleihung²³⁾. Jedoch hat der Grundeigentümer und der Schürfer als Finder den Vorzug auf Verleihung auch gegenüber früheren Muthern, vorausgesetzt, daß Letzteren das Recht noch nicht verliehen ist und daß, soviel den Schürfer angeht, dieser innerhalb einer Woche nach der Entdeckung des Minerals Muthung einlegt²⁴⁾.

3. Verliehen wird das Bergwerkseigenthum auf gehörige Muthung durch Herzogl. Cammer, Direction der Bergwerke. Der Verleihung geht ein Verleihungsverfahren voraus. Das Verfahren zerfällt

- a) in eine mindestens 14 tägige Frist zur Abgabe der Schlußerklärung des Muthers über die Größe und Begrenzung des Feldes, sowie über etwaige Einsprüche und collidirende Ansprüche Dritter;
- b) in einen hiernach anzuberaumenden, dem Muther mindestens 14 Tage zuvor bekannt zu machenden Termin, zu welchem auch diejenigen Muther und Bergwerkseigenthümer, deren Rechte mit dem in Frage stehenden collidiren oder collidiren können, mit der Androhung geladen werden, daß im Falle ihres Ausbleibens lediglich nach Maßgabe der Verhandlung entschieden werde²⁵⁾.

Verabsäumt der Muther die ihm zur Schlußerklärung gesetzte Frist, so geht er seines Anspruchs auf Verleihung verlustig²⁶⁾. Anderenfalls aber sind rücksichtlich des Endtermines zwei Fälle zu unterscheiden:

- a) Entweder liegen Einsprüche und Collisionen mit den Rechten Dritter nicht vor, dann ertheilt die Cammer dem Muther sofort ohne Beschlußfassung die Verleihungsurkunde²⁷⁾, oder

²¹⁾ §. 15, Abs. 3; §. 17, Abs. 2; §. 19, l. c.

²²⁾ §. 20, l. c. Es kann also nur eine Verkleinerung stattfinden.

²³⁾ §§. 23 u. 26, l. c. Dieser Anspruch auf Verleihung kann jedoch der Herzogl. Cammer gegenüber nur durch Vorstellung, nöthigenfalls Recurs an das Staatsministerium, im Rechtswege aber nur gegen diejenigen Personen verfolgt werden, welche dem Muther die Behauptung eines besseren Rechts entgegensetzen; §. 24, l. c. Vergl. Klostermann, a. a. O., Note 54.

Das durch die Muthung begründete Recht, welches von dem durch die Verleihung begründeten Bergwerkseigenthum wohl zu unterscheiden ist, kann übertragen werden. Vergl. Zeitschr. f. R. XXII, 172 ff.

²⁴⁾ §. 25, l. c. Andere Finder, insbesondere also derjenige, welcher auf fremdem Grund und Boden zufällig das Vorhandensein des Minerals entdeckt hat, haben dieses absolute Vorrecht nicht.

²⁵⁾ §§. 29 bis 31, l. c. u. Gef. v. 28. Juni 1893, Nr. 33. Vergl. Comm.-Bericht S. 12 ff., Anl. 69, Landtagsverh. 66/67.

²⁶⁾ §. 29, Abs. 3, l. c.

²⁷⁾ §. 32, l. c.

b) es liegen solche Einsprüche oder Collisionen, oder andere gesetzlich entgegenstehende Gründe vor, dann entscheidet die Cammer über die Verleihung oder Versagung durch Beschluß, gegen welchen Recurs an das Staatsministerium verfolgt und hinsichtlich der abgewiesenen An- oder Einsprüche bei Vermeidung ihres Verlustes, soweit der Rechtsweg überhaupt zulässig ist, innerhalb drei Monaten von Zustellung des Beschlusses oder Recursbescheides an von dem Abgewiesenen gerichtliche Klage erhoben werden kann ²⁸⁾).

In diesem zweiten Falle erfolgt die Ertheilung der Verleihungsurkunde nur, wenn die entgegenstehenden Hindernisse durch unanfechtbaren Beschluß bezw. Recursbescheid oder rechtskräftiges Urtheil aus dem Wege geräumt sind ²⁹⁾. Die Verleihungsurkunde, welche Namen, Stand und Wohnort des Berechtigten, Namen des Bergwerkes, dessen Flächeninhalt und Begrenzung unter Bezugnahme auf den eingereichten Situationsriß, ferner den Namen des Kreises und der Gemeinde, worin das Bergwerk liegt, die Bezeichnung des beliebigen Minerals, sowie Datum, Siegel und Unterschrift der Herzogl. Cammer enthalten muß, ist binnen sechs Wochen nach Ausfertigung im amtlichen Blatte bekannt zu machen ³⁰⁾. Innerhalb drei Monaten nach dieser Bekanntmachung können Muther, welche hinsichtlich desselben Minerals ein Vorzugsrecht auf das verliehene Feld oder Theile desselben beanspruchen, wenn über diesen Anspruch noch nicht im Verleihungsverfahren entschieden ist, denselben durch gerichtliche Klage gegen den Bergwerkseigenthümer geltend machen. Wird dieses Vorzugsrecht durch Richterspruch anerkannt, so hat die Herzogl. Cammer die Verleihungsurkunde entsprechend abzuändern oder ganz zurückzunehmen ³¹⁾. Nach der Verleihung kann der Bergwerkseigenthümer die amtliche Verlochsteynung des in der Urkunde bezeichneten Feldes verlangen, zu welchem Zwecke die Grundbesitzer verpflichtet sind, das Betreten ihrer Grundstücke und das Setzen der Lochsteine gegen volle Entschädigung zu gestatten ³²⁾.

Soll das Bergwerkseigenthum an Stein-, Kali- und Magnesiumsalzen oder Soolquellen für den Staat erworben werden, so bedarf es dazu keiner besonderen Verleihung, sondern nur eines urkundlich zu machenden Beschlusses der Bergbehörde. Dieser Beschluß ist durch die Braunschw. Anzeigen bekannt zu machen ³³⁾.

²⁸⁾ §. 33, 1. c. — Der Verlust des Anspruchs trifft Jeden, der mit demselben in dem Beschlusse der Cammer zurückgewiesen ist, also nicht bloß concurrirende Muther, für den Fall, daß sie die Frist versäumen. Vergl. Klostermann, a. a. O., Note 73.

²⁹⁾ §. 34, 1. c. Ist demnach ein Einspruch durch Beschluß der Bergbehörde zurückgewiesen, so ist derselbe erst nach drei Monaten als unanfechtbar anzusehen, wenn innerhalb dieser Frist kein Recurs verfolgt oder keine Klage erhoben ist. Denn bis dahin ist der Beschluß nicht unanfechtbar.

³⁰⁾ §. 36, 1. c.

³¹⁾ §. 37, 1. c. Da der Paragraph die Anerkennung durch „Richterspruch“ voraussetzt, genügt ein gerichtlicher Vergleich, welcher den entgegengesetzten Anspruch anerkennt, nicht zur Zurücknahme oder Abänderung der Verleihungsurkunde.

³²⁾ §§. 41, 42, 1. c. S. oben §. 61, I, 3.

³³⁾ Gef. v. 25. Febr. 1899, Nr. 10 vergl. mit Gef. v. 19. Mai 1894, Nr. 19.

II. Abgesehen von der Verleihung wird noch Bergwerkseigenthum erworben, entweder

- a) durch Consolidation oder
- b) durch reale Theilung des Feldes oder
- c) durch Austausch.

In allen diesen Fällen wird nicht ein bereits vorhandenes Bergwerkseigenthum bloß übertragen, sondern es wird ein neues geschaffen. Die Bergbeamten des Staates, deren Frauen und unter elterlicher Gewalt stehende Kinder bedürfen zu solchen Erwerbungen der Genehmigung des Staatsministeriums³⁴⁾.

1. Unter Consolidation versteht man die Vereinigung zweier oder mehrerer Bergwerke zu einem einheitlichen Ganzen. Sie erfordert a) einen gerichtlich oder notariell beglaubigten Consolidationsact, auch wenn nur die einseitige Consolidationserklärung des Alleineigenthümers in Frage steht, b) einen Situationsriß in zwei Exemplaren und c) die Angabe eines dem consolidirten Bergwerke beizulegenden Namens³⁵⁾. Außerdem bedarf es zur Consolidation einer Vereinbarung mit den Hypothekgläubigern und sonstigen dinglich Berechtigten darüber, ob und in welcher Rangordnung die Hypotheken und dinglichen Rechte auf das consolidirte Werk übergehen sollen, wenn letzteres nur als Ganzes beschwert werden darf³⁶⁾ und auf den einzelnen Bergwerken eingetragene Hypotheken oder andere dingliche Rechte haften³⁷⁾. In allen übrigen Fällen bedarf es nur der Aufnahme einer Bestimmung in den Consolidationsact über das Antheilsverhältniß, nach welchem die einzelnen Bergwerke in das consolidirte Bergwerk eintreten und daher letzteres für die Lasten haften soll³⁸⁾. Dieses Antheilsverhältniß wird nebst dem wesentlichsten Inhalte des Consolidationsactes durch Herzogl. Cammer öffentlich bekannt gemacht und den aus dem Grundbuche ersichtlichen Hypothekgläubigern und

³⁴⁾ §. 197, Abf. 2. Ueber die fortdauernde Geltung dieser Vorschrift s. Art. 80 E. V. G.-V. vergl. mit Mot. Einf. S. 80 ff., I, 5. Nach Endemann, E. V. G.-V. I, §. 179, Note 4, hat die Bestimmung nur noch disciplinäre Bedeutung. Vergl. den oben in Note 4 erwähnten Fall, in dem ihnen der Erwerb des Bergwerkseigenthums überhaupt verjagt ist.

³⁵⁾ §§. 43 u. 44, 1. c. Die Consolidation schafft eine Veränderung, die sich namentlich darin zu erkennen giebt, daß sie ein in der Regel über das gesetzliche Maximum (§. 19, 1. c.) gehendes Feld schafft, daß ein neues Betheilungsverhältniß eintritt, wenn die Betheiligung an den Werken eine ungleiche war, daß die Rechte der Hypothekgläubiger und anderer Realberechtigter eine Veränderung hinsichtlich des Objects erleiden, daß endlich das consolidirte Werk hinsichtlich des Betriebs, der Verwaltung, der Besteuerung u. nur als eins zu betrachten ist. Vergl. Comm.-Ber. S. 16, Anl. 69 der Landtagsverh. 1866/67.

³⁶⁾ Vergl. den in §. 101, 1. c. mitgetheilten Fall des einer Gewerkschaft zustehenden Bergwerkseigenthums.

³⁷⁾ §. 45, 1. c. Dieser Fall tritt daher nur ein bei der Consolidation von Bergwerken, die verschiedenen Alleineigenthümern gehören und von denen eins oder mehrere einer Gewerkschaft gehören.

³⁸⁾ §. 46, 1. c. Hierher gehört der Fall, daß ein Bergwerksbesitzer (der auch eine Actiengesellschaft, nicht aber eine Gewerkschaft sein darf) mehrere ihm gehörige Gruben consolidirt.

sonstigen dinglich Berechtigten, insofern deren ausdrückliches Einverständniß nicht beigebracht ist, mitgetheilt³⁹⁾. Gegen dieses Anthellsverhältniß haben die vorbezeichneten Berechtigten für den Fall ihrer Verkürzung ein Einspruchsrecht, welches sie entweder durch eine — bei Vermeidung des Verlustes ihres Einspruchsrechts innerhalb von drei Monaten nach Zustellung oder Publication — zu erhebende gerichtliche Klage oder durch die Forderung ihrer Befriedigung vor der Verfallzeit, wenn dieses die Natur des versicherten Anspruches gestattet, geltend machen können⁴⁰⁾.

In allen Fällen bedarf schließlich die Consolidation der Bestätigung durch Herzogl. Cammer. Sie darf nur erfolgen, wenn Hypothetgläubiger oder sonstige dinglich Berechtigte nicht vorhanden oder die oben bezeichnete Vereinbarung beigebracht oder wenn Einsprüche nicht erhoben oder endgültig erliebt worden sind⁴¹⁾. Im Uebrigen kann sie nur versagt werden, wenn die Felder der einzelnen Bergwerke nicht aneinandergrenzen oder Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen⁴²⁾.

Ueber die Bestätigung, mit welcher die Consolidation perfect wird und die Hypotheken und sonstigen dinglichen Rechte ohne Weiteres auf das consolidirte Bergwerk bzw. dessen Anthelle übergehen, wird dem Berechtigten eine Urkunde von der Cammer ausgefertigt⁴³⁾. Ueber die Eintragung der Consolidation im Grundbuche ist bereits an anderer Stelle gehandelt⁴⁴⁾.

2. Zur realen Theilung des Feldes eines Bergwerkes in selbständige Felder, sowie zum Austausch von Feldestheilen zwischen angrenzenden Bergwerken bedarf es eines Consolidationsactes, eines Situationsrisses und einer Namensgebung, wie bei der Consolidation⁴⁵⁾. Einer Vereinbarung mit den Hypothetgläubigern und sonstigen dinglich Berechtigten, sowie einer Bestimmung der Anthellsverhältnisse, wie bei der Consolidation, bedarf es jedoch hier naturgemäß nicht⁴⁶⁾. Dagegen muß den Realberechtigten auch in den vorliegenden Fällen ihre Befugniß erhalten bleiben, vor der Verfallzeit Befriedigung zu verlangen. Diese Befugniß haben sie bei Vermeidung des Rechts ebenfalls innerhalb einer dreimonatigen Frist von Zustellung bzw. Bekanntmachung des Consolidationsactes an geltend zu machen⁴⁷⁾. Erst wenn die Befriedigung geschehen oder die bezeichnete Frist ohne Geltendmachung des Befriedigungs-

³⁹⁾ §. 47, 1. c.

⁴⁰⁾ §§. 48 u. 49, 1. c. — Daß nicht nur die Klageerhebung (§. 48), sondern auch der Anspruch auf vorzeitige Befriedigung zu dem Einspruchsrecht gehört, folgt aus §. 51, 1. c., wo beide Paragraphen als Einspruchsrechte allegirt sind. Vergl. auch Klostermann, a. a. O., Note 104. Die Klagebitte muß in ersterem Falle dahin gehen, die Consolidation wegen Verkürzung durch das bestimmte Anthellsverhältniß für unwirksam zu erklären; Klostermann, a. a. O., Note 100, Abs. 2. Im zweiten Falle handelt es sich um die hypothetarische Klage auf Zahlung.

⁴¹⁾ §§. 43, 51, 1. c.

⁴²⁾ §. 51, Abs. 2, 1. c.

⁴³⁾ §§. 50, 51, Abs. 3, 1. c.

⁴⁴⁾ S. oben §. 87, 4 a.

⁴⁵⁾ §. 53, Abs. 4. Vergl. das oben zu Note 35 Gesagte.

⁴⁶⁾ Vergl. Klostermann, a. a. O., Note 110.

⁴⁷⁾ §. 53, Abs. 3, 1. c. Vergl. oben Note 40.

anspruches abgelaufen ist, oder aber schließlich Realberechtigzte überhaupt nicht vorhanden sind, darf die Herzogl. Cammer die auch hier erforderliche Bestätigung ertheilen⁴⁸⁾. Im Uebrigen darf die Bestätigung nur aus Gründen überwiegenden öffentlichen Interesses versagt werden. Mit der Bestätigung wird die Theilung bezw. der Austausch ohne Weiteres perfect; die Umschreibung im Grundbuche ist nur eine nothwendige Folge, keine Voraussetzung dieser Veränderungen, worüber bereits an anderer Stelle gesprochen⁴⁹⁾. Mit der Bestätigung geht beim Austausch von Feldbestheilen das Recht der Hypothekgläubiger und sonstigen Realberechtigten ohne Weiteres auf den zu dem belasteten Bergwerke hinzugekommenen Feldbestheil über, wogegen der abgetretene Feldbestheil befreit wird⁵⁰⁾.

III. Der Verlust der Bergbauberechtigung oder des Bergwerkseigenthumes durch dessen Veräußerung seitens des Bergwerkseigenthümers sowie die Ansprüche aus dem Bergwerkseigenthum, richten sich nach den für das Grundeigenthum geltenden Bestimmungen⁵¹⁾ und kommt hier nicht weiter in Frage. Vielmehr sollen an dieser Stelle nur diejenigen Fälle einer Erörterung unterzogen werden, welche zu einer Aufhebung des Bergwerkseigenthumes überhaupt führen. Diese Aufhebung kann unfreiwillig durch Entziehung des Bergwerkseigenthumes oder freiwillig durch Verzicht und letzterer wiederum in Bezug auf das ganze Bergwerk oder aber nur auf Theile desselben erfolgen.

1. Die Aufhebung des Bergwerkseigenthumes durch Entziehung kann erfolgen, wenn der Bergwerkseigenthümer das Bergwerk nach erfolgter Verleihung nicht in Betrieb setzt, oder den Betrieb wieder einstellt und die Unterlassung oder Einstellung nach Entscheidung der Bergbehörde dem überwiegenden öffentlichen Interesse widerspricht⁵²⁾. Die Entziehung setzt ein besonderes Verfahren vor der Herzogl. Cammer voraus. Dieses Verfahren zerfällt in sechs Theile:

- a) die Aufforderung des Besitzers seitens Herzogl. Cammer, das Bergwerk bei Vermeidung der Entziehung binnen sechs Monaten in Betrieb zu setzen⁵³⁾;
- b) der Eröffnungsbeschluß der Cammer, falls dieser Aufforderung nicht nachgekommen wird⁵⁴⁾;

⁴⁸⁾ §. 53, Abs. 1 u. 4, l. c.

⁴⁹⁾ §. 53, Abs. 2, l. c. Vergl. dazu oben §. 87, 4 a.

⁵⁰⁾ §. 53, Abs. 5, l. c. Die erforderlichen Eintragungen und Löschungen haben mit Umschreibung der Feldbestheile von Amts wegen zu geschehen.

⁵¹⁾ §. 54, l. c. in der neuen Fassung des Ges. v. 12. Juni 1899, Nr. 44. Derartige Veräußerung des ganzen Bergwerkes oder einer ohne gleichzeitige Austausch vorgenommenen Abtretung eines Feldtheiles bedarf nach §. 313 B. G.-B. u. §. 43 Br. Ausf. B. G.-B. der gerichtlichen oder notariellen Verlautbarung und nachfolgenden Auflassung; doch wird der Mangel der ersteren durch letztere getheilt; vergl. auch noch Klostermann, a. a. O., Note 111. — Bergbeamte, deren Frauen und unter väterlicher Gewalt stehende Kinder dürfen nach §. 197, l. c. Bergwerkseigenthum durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden nur mit ministerieller Genehmigung erwerben; vergl. auch oben Note 4 u. 34.

⁵²⁾ §. 67, Abs. 1, l. c.

⁵³⁾ §. 67, Abs. 2 das.

⁵⁴⁾ §. 159, l. c.

- c) die gegen diesen Beschluß bezw. den Recursbescheid innerhalb vier Wochen nach Zustellung vom Bergwerksbesitzer gegen die Herzogl. Cammer wegen Aufhebung desselben zulässige Klage⁵⁵⁾;
- d) die seitens Herzogl. Cammer nach rechtskräftiger Abweisung dieser Klage, oder ungenügendem Ablauf der vierwöchigen Frist zu bewirkende Publication und die Zustellung des Beschlusses an die Hypothekengläubiger und sonstigen dinglich Berechtigten mit der Aufforderung, zwecks ihrer Befriedigung innerhalb drei Monaten die Subhastation des Bergwerkes beim zuständigen Amtsgericht zu beantragen⁵⁶⁾.
- e) das von den bezeichneten Realberechtigten oder auch von dem Bergwerkseigenthümer innerhalb der angegebenen dreimonatigen Präklusivfrist etwa zu beantragende Subhastationsverfahren⁵⁷⁾;
- f) der Aufhebungsbeschluß der Herzogl. Cammer, falls die Frist ohne Subhastationsantrag verstrichen ist, oder die Subhastation nicht zum Verkauf geführt hat⁵⁸⁾.

Mit der Aufhebung erlöschen alle Ansprüche auf das Bergwerk, von welcher Art sie auch sein mögen⁵⁹⁾.

2. Erklärt der Eigenthümer eines Bergwerkes vor Herzogl. Cammer seinen Verzicht auf dasselbe, so ist diese Erklärung von der Behörde zu veröffentlichen und den Realberechtigten zuzustellen, welche hinsichtlich ihrer Befriedigung im Wege der Subhastation dieselben Rechte haben, wie bei der Aufhebung durch Entziehung⁶⁰⁾. Erst wenn die hiernach von den Berechtigten beantragte nothwendige Subhastation oder die vom Eigenthümer beantragte freiwillige Versteigerung zu einem Verkaufe nicht geführt hat, oder die zur Stellung der Subhastationsanträge gegebene dreimonatige Frist ungenügend verstrichen ist, hebt die Herzogl. Cammer das Bergwerkseigenthum durch Beschluß auf, womit alle Ansprüche auf das Bergwerk von selbst erlöschen⁶¹⁾.

⁵⁵⁾ §. 160, l. c. Das Gericht hat indessen nur über rechtliche Einwendungen, nicht auch darüber zu entscheiden, ob durch den Beschluß das öffentliche Interesse verlegt sei; vergl. §. 160, Abs. 2 das.

⁵⁶⁾ §. 161, l. c.

⁵⁷⁾ §. 162, l. c. Das vom Bergwerkseigenthümer selbst beantragte Subhastationsverfahren hat nicht die Wirkungen einer nothwendigen Subhastation, sondern nur die eines freiwilligen öffentlich meistbietenden Verkaufes vor Gericht; Klostermann, a. a. O., Note 354. — Ueber das für die nothwendige Subhastation zu beobachtende Verfahren s. oben §. 90.

⁵⁸⁾ §. 163, Abs. 1, l. c.

⁵⁹⁾ §. 163, Abs. 2, l. c. Die Aufhebung des Bergwerkes ist im Grundbuche auf Ersuchen der Herzogl. Cammer zu vermerken (§. 23 Br. Ausf. G.-B.-D.). Vergl. oben §. 87, 4 a.

⁶⁰⁾ §. 164, l. c. Die Erklärung ist formlos, sie kann schriftlich oder auch mündlich zu Protokoll der Herzogl. Cammer abgegeben werden; vergl. Klostermann, a. a. O., Note 359. Der §. 928 B. G.-B. findet hier keine Anwendung, da der hier in Frage kommende Verzicht nicht das Recht des Inhabers aufhebt, sondern nur eine Voraussetzung zur Aufhebung bildet.

⁶¹⁾ Vergl. oben Noten 56 u. 57.

Dieselben Bestimmungen sind entsprechend anzuwenden, wenn der Eigenthümer nur auf einzelne Theile des Feldes verzichtet ⁶²⁾.

Bei jeder Aufhebung ist das Bergwerk so zurückzulassen, daß die öffentliche Sicherheit nicht gefährdet wird ⁶³⁾.

§. 97.

Der Inhalt der Bergbauberechtigung.

I. Das Recht, durch Bergbau ein bestimmtes Mineral innerhalb eines bestimmten Feldes ausschließlich occupiren zu dürfen, nennt man Bergwerkseigenthum ¹⁾. Es gehört seiner Rechtsnatur nach zu den dinglichen Rechten, aber nicht nothwendig an einer fremden Sache ²⁾; es wird als unbewegliche Sache angesehen ³⁾, gilt vermöge seiner grundbuchmäßigen Behandlung als selbständige (Verrechtigung ⁴⁾ und wird daher hinsichtlich der Veräußerung ⁵⁾, Verpfändung ⁶⁾, des Arrestes ⁷⁾ und der Execution ⁸⁾ dem Grundeigenthum gleich gestellt ⁹⁾.

1. Der wesentlichste Inhalt des Bergwerkseigenthumes ist hiernach die ausschließliche Befugniß, das in der Verleihungsurkunde bezeichnete Mineral in dem bestimmten Felde aufzusuchen und zu gewinnen. Mit der Gewinnung erlangt der Bergwerksbesitzer Eigenthum an dem Mineral ¹⁰⁾. Auf Mineralien ferner, welche mit dem verliehenen innerhalb der Grenzen des Feldes in einem solchen Zusammenhange vorkommen, daß sie nach Entscheidung der Bergbehörde aus bergtechnischen oder bergpolizeilichen Gründen gemeinschaftlich gewonnen werden müssen, hat der Bergwerkseigenthümer in seinem Felde ein Vorrecht zum Muthen, welches er jedoch bei Vermeidung des Verlustes innerhalb vier Wochen nach der ihm von der Bergbehörde über die Muthung dieses Minerals

⁶²⁾ §. 165, l. c. In diesem Falle können die Realberechtigten die Subhaftation des ganzen Bergwerkes verlangen; Klostermann, a. a. O., Note 362.

⁶³⁾ §. 166, l. c. Die Cammer entscheidet daher, inwieweit der Wegnahme der Zimmer- und Mauerwerke polizeiliche Bedenken entgegenstehen.

¹⁾ S. oben §. 59 a. E.

²⁾ S. oben §. 74.

³⁾ S. oben §. 23.

⁴⁾ S. oben §§. 86, 87.

⁵⁾ Die Veräußerung bedarf nach §. 313 B. G. B. vergl. mit §. 43 Br. Ausf. B. G. B. (früher §. 74 des Gr.-Erw.-Ges. vom 8. März 1878, Nr. 10) zu ihrer Gültigkeit der gerichtlichen oder notariellen Verlautbarung des Vertrages sowie der Auflassung; die letztere heilt jedoch den Mangel der ersteren und bewirkt rechtsgültigen Uebergang.

⁶⁾ S. oben §§. 87, 89.

⁷⁾ §. 90.

⁸⁾ §. 90.

⁹⁾ §. 54 d. Bergges. v. 15. April 1867 u. §. 43 Br. Ausf. B. G. B.

¹⁰⁾ §. 56, l. c. Ueber die Rechtsmittel, wenn ein Dritter diese Mineralien fördert und occupirt, s. oben §. 63, Note 11.

seitens eines Dritten gemachten Mittheilung geltend machen muß¹¹⁾. Steht das Recht zur Gewinnung verschiedener Mineralien innerhalb derselben Feldesgrenzen verschiedenen Bergwerkseigenthümern zu, so hat jeder Theil das Recht, bei einer planmäßigen Gewinnung seines Minerals auch die anderen zu gewinnen, soweit sie gemeinschaftlich gewonnen werden müssen; jedoch müssen die mitgewonnenen, dem anderen Theile zustehenden Mineralien diesem gegen Ersatz der Gewinnungs- und Förderungskosten herausgegeben werden¹²⁾. Was schließlich die durch den Betrieb des Bergwerks mitgewonnenen, nicht unter das Berggesetz fallenden Mineralien anlangt, so kann sie der Bergwerkseigenthümer ohne Entschädigung des Grundeigenthümers zu Zwecken seines Bergwerkes verwenden. Soweit aber diese Verwendung nicht erfolgt, muß sie der Bergwerkseigenthümer dem Grundeigenthümer auf Verlangen gegen Erstattung der Gewinnungs- und Förderungskosten herausgeben¹³⁾.

2. Außer der Befugniß zur Gewinnung von Mineralien gewährt das Bergwerkseigenthum noch das Recht, alle hierzu erforderlichen Vorrichtungen unter und über Tage zu treffen, auch soweit die innerhalb des Feldes befindlichen Halben eines früheren Bergbaues in Frage stehen¹⁴⁾. Dabei ist der Bergwerkseigenthümer zu Anlagen unter Tage ohne Weiteres ermächtigt¹⁵⁾, während die Errichtung von Anlagen über Tage, wenn der Bergwerkseigenthümer nicht zugleich Grundeigenthümer ist, die gütliche oder im Wege der Expropriation zu bewirkende Abtretung, sei es des Rechtes, den Grund und Boden durch diese Anlagen zu nutzen, sei es des Eigenthumes an diesem voraussetzt¹⁶⁾. Ueber die Abtretung im Wege der Expropriation ist bereits an anderer Stelle gesprochen¹⁷⁾. Unter denselben Bedingungen wie hinsichtlich der Anstalten zum Auffuchen und Gewinnen des Minerals kann der Bergwerksbesitzer auch Anstalten zur Aufbereitung des Minerals errichten und betreiben¹⁸⁾. Die für alle diese Anstalten dienenden Dampfkessel unterliegen dem Landesgesetze vom 11. Juni 1873 nebst der Braunschweigischen Ausführungsverordnung vom 1. Octbr. 1894 und die Zulässigkeit von Wassertriebwerken beim Bergbau dem Wassergesetz vom 20. Juni 1876 mit der Abänderung, daß die für die Dampfkessel erforderliche Genehmigung von Herzogl. Cammer und die Entscheidung hinsichtlich der Zulässigkeit der Wassertriebwerke durch gemeinsamen Beschluß

¹¹⁾ §. 57, 1. c. Auf andere Mineralien erstreckt sich dies Vorrecht indessen nicht; vergl. Zeitschr. f. R. XIX, 252.

¹²⁾ §. 58, 1. c. Aber auch wenn die Mineralien nicht gemeinschaftlich gewonnen zu werden brauchen, wird der Berechtigte die ihm zukommenden gegen Erstattung der Kosten herausverlangen können; vergl. *Allostermann*, a. a. O., Note 142.

¹³⁾ §. 59, 1. c. Vergl. §. 1 d. Berggef. u. oben §. 96, Note 1.

¹⁴⁾ §. 56, 1. c.

¹⁵⁾ Vergl. *Allostermann*, a. a. O., Note 135. Selbstverständlich muß er jedoch in diesem Falle die Forderungen des Grundeigenthümers auf die gewonnenen unverliehenen Mineralien und auf etwa entzogene Nutzungen erfüllen.

¹⁶⁾ §. 66, 1. c.

¹⁷⁾ Vergl. oben §. 67, 3. 5.

¹⁸⁾ §. 60, 1. c.

der Cammer und der betreffenden Kreisdirection erfolgt¹⁹⁾. Schließlich hat der Bergwerkseigenthümer noch das Recht, die Anlage von Hülfsbauten sowohl auf freiem wie fremdem Felde vorzunehmen; auf letzterem aber nur insofern, als die Hülfsbaue die Wasser- und Wetterlösung oder den vortheilhafteren Betrieb des Bergwerkes, für welches die Anlage gemacht werden soll, bezwecken und der eigene Bergbau des anderen dadurch nicht gestört oder gefährdet wird²⁰⁾. Bestreitet der Bergwerkseigenthümer, in dessen Felde ein Hülfsbau angelegt werden soll, seine Verpflichtung zur Gestattung einer solchen Anlage, so entscheidet die Herzogliche Cammer mit Ausschluß des Rechtsweges²¹⁾. Bei einem Hülfsbau im Felde eines anderen Bergwerkseigenthümers muß letzterem der gesammte durch den Hülfsbau verursachte Schaden ersetzt werden; die demselben zukommenden, im Hülfsbau gewonnenen Mineralien sind ihm auf Verlangen unentgeltlich herauszugeben²²⁾. Die übrigen im Hülfsbau gewonnenen, dem Berggesetz unterworfenen Mineralien gelten dagegen als Theil der Förderung des Bergwerkes, für welches der Hülfsbau angelegt ist²³⁾.

II. Hinsichtlich des Betriebes und der Verwaltung der Bergwerke sind hier nur die wesentlichsten Bestimmungen des Berggesetzes hervorzuheben.

Der Besitzer eines Bergwerkes ist bei Vermeidung seines Verlustes verpflichtet, dasselbe ununterbrochen zu betreiben²⁴⁾. Die Inbetriebsetzung hat er vorher der Herzogl. Cammer anzuzeigen²⁵⁾. Will er den Betrieb einstellen, so hat er derselben hiervon mindestens vier Wochen vorher, und wenn die Einstellung in kürzerer Frist oder sofort wegen unvorhergesehener Ereignisse eintreten mußte, innerhalb 14 Tagen Nachricht zu geben²⁶⁾. Der Betrieb hat nach einem Betriebsplan zu erfolgen, welcher dem Revierbeamten vor Ausföhrung zur Prüfung vorzulegen und innerhalb 14 Tagen zu genehmigen oder zu beanstanden, im letzteren Falle aber, wenn eine zu versuchende Verständigung ergebnislos sein sollte, durch Beschluß abzuändern ist. In gleicher Weise unterliegt jede Abänderung der Prüfung der Bergbehörde²⁷⁾. Erfolgt der Betrieb

¹⁹⁾ §. 61, l. c. Ueber die einschlägigen Bestimmungen des Wasserges. s. unten §. 101, III.

²⁰⁾ §. 62, l. c. — Hülfsbaue gelten als Bestandtheil zum Bergwerk, zu dessen Zwecken sie angelegt; vergl. oben §. 23. Das Recht auf einen Hülfsbau geht durch die Zwangsversteigerung nur unter, wenn dies in den Bedingungen festgesetzt ist (§. 3 Br. Ausf. Zw.).

²¹⁾ §. 63, l. c. Darüber, daß Recurs gegen diese Entscheidung zulässig, s. oben §. 95, Note 41.

²²⁾ §§. 64 u. 65, Abf. 2, l. c.

²³⁾ §. 65, Abf. 1 das.

²⁴⁾ Vergl. oben §. 96, III, 1.

²⁵⁾ §. 68, l. c.

²⁶⁾ §. 73, l. c.

²⁷⁾ §§. 69 bis 71, l. c. in der durch Ges. v. 28. Juni 1893, Nr. 33 abgeänderten Fassung. — Für welchen Zeitraum der Betriebsplan Geltung haben solle, sagt das Gesetz nicht. Es wird daher diese Bestimmung zunächst von dem Ermessen des Bergwerkseigenthümers abhängig sein, daneben aber auch die Herzogl. Cammer

entgegen diesen Bestimmungen über den Betriebsplan, so ist die Herzogl. Cammer befugt, nöthigenfalls den Betrieb einzustellen²³⁾. Während des Betriebes hat der Bergwerksbesitzer durch Sachverständige ein Grubenbild anfertigen zu lassen, welches in bestimmten Zeiträumen nachzutragen und im Duplicat der Bergbehörde mitzutheilen ist²⁹⁾. Die zur Leitung und Beaufsichtigung des Betriebes angenommenen Personen müssen ihren Befähigungsnachweis auf Erfordern der Bergbehörde durch eine vor dieser abzulegenden Prüfung erbringen, anderenfalls ihre Entfernung verlangt und die einstweilige Einstellung des Betriebes beschlossen werden kann³⁰⁾.

III. Ueber das Vertragsverhältniß zwischen den Bergwerksbesitzern und den Bergleuten ist bereits oben gesprochen worden³¹⁾. Die Rechtsverhältnisse hinsichtlich der für die Arbeiter zu bildenden Knappschaftsvereine sind ebenfalls schon oben erörtert worden³²⁾.

Ebenso ist über die Rechtsverhältnisse der Mitbetheiligten eines Bergwerkes schon an anderer Stelle gehandelt und dabei darauf hingewiesen, daß die mehreren Besitzer eines Bergwerkes entweder eine Gewerkschaft oder eine andere Gemeinschaft bilden³³⁾. Die Gewerkschaft ist entweder nach Geltung des Berggesetzes begründet und unterfällt dann allen Vorschriften desselben, oder es ist eine „alte“, vorher begründete, welche nicht allen Bestimmungen des Berggesetzes unterworfen ist³⁴⁾. Die sonst vorkommenden Gemeinschaften können entweder eine *communio incidens* nach Art des früheren gemeinen Rechts oder eine vertragsmäßig geregelte Gesellschaft sein³⁵⁾.

Die Pflicht der Bergwerksbesitzer zum Schadenersatz für die Beschädigung fremder Grundbesitzer³⁶⁾ und zur Kostentragung hinsichtlich der bei Unglücksfällen amtlich getroffenen Maßregeln oder Hülfeleistungen der benachbarten Bergwerke³⁷⁾ ist schon besprochen.

Hier bedarf es nur noch des Hinweises auf die Bestimmung, wonach den Bergbautreibenden gegen die Ausführung von Chausséen, Eisenbahnen, Canälen und anderen öffentlichen Verkehrsmitteln, zu deren Anlegung dem Unternehmer durch Gesetz oder besondere Landesherrliche Verordnung das Expropriationsrecht

als Bergbehörde die Befugniß haben, entsprechende Anordnungen über die Dauer des Zeitraumes und die periodenweise Erneuerung zu treffen.

²³⁾ §. 72, l. c.

²⁹⁾ §. 74, l. c. in der durch Gesetz vom 28. Juni 1893, Nr. 33 abgeänderten Fassung.

³⁰⁾ §§. 75 bis 77, l. c. Wegen den Beschluß ist nach §. 193, l. c. Recurs zulässig. Siehe oben §. 95, Note 42.

³¹⁾ S. oben §. 46.

³²⁾ S. oben §. 18, I.

³³⁾ Titel IV d. Bergg., §§. 97 ff. S. oben §. 17, I, Note 5.

³⁴⁾ S. oben §. 17, Noten 3 u. 4.

³⁵⁾ §§. 136, 137, l. c. S. oben §. 17, Note 5.

³⁶⁾ Titel V, 2. Abschnitt des Bergges., §§. 152 ff. S. oben §. 57 vergl. mit §. 25.

³⁷⁾ Titel IX, 2. Abschn. d. Bergges., §§. 205 ff. S. oben §. 57.

beigelegt ist, kein Widerspruchsrecht zusteht³⁸⁾. Indessen sind die Bergwerksbesitzer, über deren Bergwerk die Anlagen geführt werden sollen, vor deren Feststellung von der zuständigen Behörde darüber zu hören, wie die Anlage mit möglichster Schonung des Bergwerkseigenthumes ausführbar ist³⁹⁾. Ueberdies steht dem Bergwerkseigenthümer, wenn sein Recht älter ist, als das Expropriationsrecht, Anspruch auf vollen Schadenersatz zu. Ueber die Höhe der Entschädigung entscheidet mangels Einigung — vorbehaltlich des Rechtsweges — die Herzogl. Cammer, Direction der Bergwerke, und, wenn fisciatische Bergwerke in Frage stehen, die betreffende Kreisdirection durch vorläufig vollstreckbaren Beschluß⁴⁰⁾.

Dritter Abschnitt.

Waldbrecht.

§. 98.

Einleitung.

Hier soll nur das Recht des Eigenthümers am Walde erörtert werden; die mannigfaltigen Dienstbarkeitsrechte an Wäldern sind bereits an anderer Stelle besprochen worden¹⁾.

Soweit nachweisbar, standen die Waldungen im Herzogthume von jeher theils im Eigenthume des Landesherrn, theils in dem der Realgemeinden, daneben später auch im Eigenthume der Klöster, des Adels und auch der nicht-adeligen Grundbesitzer. Das Eigenthum an dem Walde war anfänglich unbeschränkt, soweit nicht privatrechtliche Dienstbarkeiten oder Reallasten auf ihm ruhten, und umfaßte den Grund und Boden, das auf demselben wachsende Holz und alle Waldfrüchte nebst allen sonstigen Nutzungen, welche die Forsten gewährten²⁾. Ein eigentliches Forstregal des Inhaltes, daß der Landesherr als Eigenthümer aller Waldungen angesehen worden wäre, hat nie bei uns bestanden³⁾. Dagegen entwickelte sich, als man anfang, die Waldungen als eine wichtige Quelle des nationalen Wohlstandes zu betrachten, der Begriff der Forsthoheit⁴⁾. Dieselbe bildete sich als ein Theil der der höchsten Staats-

³⁸⁾ §. 157, Abs. 1, l. c. Diese Bestimmung enthält den übrigens ganz selbstverständlichen Satz, daß Niemand, am wenigsten der Bergwerkseigenthümer der Anlage von Chauffeen u. auf angekauftem oder expropriirtem Grund und Boden widersprechen darf. Vergl. oben §. 67.

³⁹⁾ §. 157, Abs. 2, l. c.

⁴⁰⁾ Für die Priorität ist der Tag der Verleihung des Bergwerkseigenthumes und der Tag der Expropriation maßgebend.

¹⁾ S. oben §. 78.

²⁾ v. Liebhaber, Einl. in d. Braunsch.-Lüneb. Landesr. II, S. 5; vergl. auch Steinacker, Br. Privatr., §. 167.

³⁾ Vergl. Stobbe, Handb. d. deutsch. Privatr., 2. Aufl., II, 93.

⁴⁾ R. Steinacker, Größere Organisationsges., S. 305.

gewalt zustehenden, davon untrennbaren Hoheitsrechte aus. Sie enthält im Wesentlichen das Recht, Forstordnungen und sonstige forstpolizeiliche Bestimmungen zu erlassen, die Vollziehung der Regeln der Waldbewirthschaftung zu leiten aus Rücksichten des öffentlichen Wohles Holzverwüstungen vorzubeugen und die aus dem Waldeigenthum entspringenden Dispositions- und Nutzungsrechte nach den Grundsätzen einer guten Forstökonomie zu beschränken⁵⁾. Die durch die Forsthoheit begründeten Beschränkungen gelten ausnahmslos für die Forsten der Rittergutsbesitzer, wie für diejenigen der übrigen natürlichen und juristischen Personen⁶⁾. Sie führten im Laufe der Zeit dahin, daß das Privateigenthum an den Forsten zum größten Theil aufgehoben wurde, namentlich ging allmählich das Eigenthum der kleineren Forstgrundbesitzer auf die größeren oder auf den Staat über⁷⁾.

Diese allmähliche Entwicklung und Umgestaltung spiegelte sich auch in der Gesetzgebung wieder, welche auf Grund der Forsthoheit die Rechtsverhältnisse an den Forsten durch mannigfache Verordnungen regelte. Schon Herzog Heinrich d. I. erließ unter dem 4. Juli 1547 eine Holz- und Forstordnung, welcher im Jahre 1585 eine Forstordnung des Herzogs Julius und unterm 20. October 1590 eine zweite Forstordnung desselben Herzogs nachfolgte⁸⁾. Diese Forstordnung, neben welcher nur noch die Forstordnung für die Erbhölzer im Amte Seesen hervorzuheben ist, behielt fast ein Jahrhundert hindurch Geltung, bis die zunehmende Willkür und die wiederholten Klagen der Landstände zu einer erneuten Festsetzung der Verwaltungsbefugnisse hinsichtlich der Forsten zwangen und zur Emanation der Forstordnung vom 14. August 1686 führten⁹⁾. Daneben galt in den blankenburgischen Forsten die Forstordnung vom 23. Juni 1656 und später das Forstreglement vom 8. Juli 1693, sowie für den Weserbisdistrikt die Verordnung vom 30. März 1686 und das vorläufige Reglement vom 30. Mai 1746¹⁰⁾. Im Uebrigen aber galt die Forstordnung vom 14. August 1686 im ganzen Herzogthume bis in die neuere Zeit fort, wenn sie auch durch viele Rescripte, Verordnungen und Reglements allmählich modificirt wurde¹¹⁾.

Hiernach wurde die Verwaltung bezw. Aufsicht der Forsten anfänglich durch den Oberjägermeister und die übrigen Forstbeamten in der Weise aus-

⁵⁾ Steinacker, Br. Privatr., §. 167, Note 1; Erf. d. D.-L.-G. Wolf. v. 5. Aug. 1844 u. D.-L.-G. v. 13. April 1846 i. S. v. Bülow c. Cammer.

⁶⁾ Steinacker, Größere Organisationsges., §. 305; vergl. Forstordn. v. 1590, Art. 36; v. 1686, Art. 35; Amtscammerordn. v. 1688, Art. 100; Verordn. v. 13. Aug. 1750 u. landsh. Privil. v. 9. April 1770, Art. 73. Vergl. auch Bescheid d. L.-G. Wolf. v. 11. Oct. 1838 i. S. Oberfreden c. Cammer.

⁷⁾ Steinacker, Größere Organisationsges., a. a. D.

⁸⁾ Steinacker, a. a. D.; Steinacker, Promt. I, 331 f.; v. Liebhaber, a. a. D., S. 5 f.

⁹⁾ Vergl. Landtagsabsh. v. 10. October 1682, Art. 10. Die Forstordn. v. 1686 ist abgedruckt in Steinacker, Größere Organisationsges., S. 307 ff.

¹⁰⁾ Steinacker, Promt. I, 331 f.

¹¹⁾ A. Steinacker, Größere Organisationsges., S. 306. Vergl. Bege, Repert. I, 45 ff.; III, 61 ff. 2c.

geliebt, daß von keinem derselben ohne höchste Anweisung einseitig etwas vorgenommen werden durfte¹²⁾. Später trat die Herzogl. Cammer, Direction der Forsten und Jagden, an deren Stelle¹³⁾. Wenn auch den Besitzern von Privatforsten der Schutz in ihren Rechten zugesagt war, soweit diese neben den Forsthoheitsrechten bestehen konnten¹⁴⁾, so bildete doch die vollständige Verwaltung sämtlicher Forsten durch herrschaftliche Beamte, denen namentlich die Gemeinde- und Interessentenforsten unterworfen waren, die Regel, so daß davon nur solche Privatforsten, deren Inhaber eine Berechtigung zur Bewirthschaftung und Beaufsichtigung ihrer Forsten besonders hergebracht hatten, ausgenommen waren¹⁵⁾. Für die Verwaltung der Forsten durch die Beamten mußte ein gesetzlich bestimmter jährlicher Beitrag geleistet werden¹⁶⁾. Aber auch wo die Verwaltung und Beaufsichtigung der Forsten in der Hand der Privateigenthümer lag, durften Ausrodungen irgend welcher Art nur mit Genehmigung der Landesregierung vorgenommen werden, welche aber nur dann ertheilt werden sollte, wenn der Forstgrund nachhaltig zu Acker- oder Wiesencultur benutzt werden konnte, oder dauernd eine ertragreiche Weide gewährte, und wenn die wirthschaftlichen Verhältnisse des Besitzers überhaupt von der Art waren, daß die Verwandlung des Forstgrundes unzweifelhaft eine höhere Rente ergab¹⁷⁾. Die Bestimmungen über die Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevel schließlich bildeten ebenfalls einen Theil der Forstordnungen¹⁸⁾. Erst später wurden diese Materien durch besondere sogen. Forststrafdirectorien Anfangs für einzelne Bezirke¹⁹⁾, nachher auch für das ganze Land²⁰⁾ geregelt, an deren Stelle nach mannigfachen gesetzlichen Abänderungen²¹⁾ das Forststrafgesetz vom 26. Juli 1837 und neuerdings das noch heute in Geltung befindliche Forststrafgesetz vom 1. April 1879 getreten ist²²⁾.

Im Uebrigen werden heute die Forsthoheitsrechte und die sich daraus ergebenden Beschränkungen des Eigenthumes an Forsten durch das Gesetz vom

¹²⁾ Forstordn. v. 1686, Art. 1; v. Liebhaber, a. a. O., S. 6.

¹³⁾ Verordn. v. 19. Mai 1814, Nr. 23, §. 1; Gef. v. 12. Oct. 1832, Nr. 28, §§. 9 u. 10.

¹⁴⁾ Landschaftl. Privil. v. 9. April 1770, Art. 36 (Steinacker, Promt. I, 461; Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 599 f.).

¹⁵⁾ Steinacker, Br. Privatr., S. 358, Note 4.

¹⁶⁾ Gef. v. 16. Oct. 1834, Nr. 12.

¹⁷⁾ Ministerialrescript vom 30. Januar 1836 (Steinacker, Promt. I, 461, Anmerk.).

¹⁸⁾ S. Art. 6, 15 ff. d. Forstordn. v. 1686 (Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 308 ff.).

¹⁹⁾ Forststrafdirect. f. d. Wolfenb. und Schöningenschen District v. 12. October 1753, f. d. Harzdistrict v. 18. März 1757 und f. d. Weserdistrict v. 11. November 1767.

²⁰⁾ Forststrafdirect. v. 5. Mai 1815, Nr. 10 nebst der Verordnung vom gleichen Tage über das Verfahren bei Forststraffachen.

²¹⁾ Verordn. v. 9. Juli 1816; Decl. v. 4. Dec. 1822; Verordn. v. 20. April 1826.

²²⁾ Gef. u. Verordnungsgef., Nr. 18. Das Forststrafgef. ist mit Erläuterungen herausgegeben von Mansfeld 1879.

30. April 1861 bestimmt²³⁾. Dasselbe theilt alle im Herzogthume belegenen Forsten in staatliche, worunter es die zum Cammer- oder Klostergut gehörigen versteht, und in Privatforsten, wohin sie alle übrigen rechnet. Die Forsthoheit über letztere übt nicht, wie bis dahin, die Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, sondern das Herzogl. Staatsministerium aus, doch ist den Herzoglichen Kreisdirectionen und der Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, eine gewisse Mitwirkung eingeräumt²⁴⁾. Bei den Privatforsten unterscheidet das Gesetz wieder zwischen solchen, die einer juristischen Person angehören, und solchen, deren Eigenthümer eine natürliche Person ist. Die ersteren sind durch die Forsthoheit in höherem Maße beschränkt. Daneben bleiben die Grundsätze unberührt, denen im Uebrigen die Rechtsverhältnisse an diesen Forsten, namentlich in Beziehung auf ihre Veräußerung, Theilung oder Belastung als Eigenthum einer juristischen Person, z. B. einer Gemeinde, Kirche, Pfarre oder sonstigen Anstalt, oder einer milden Stiftung oder Corporation, unterworfen sind²⁵⁾. Eine besondere gesetzliche Regelung haben in dieser Hinsicht die Rechtsverhältnisse an den ungeheilten Interessenten- oder Genossenschaftsforsten erfahren. Hierüber ist jedoch bereits an anderer Stelle gesprochen worden und deshalb auf die dortigen Ausführungen lediglich zu verweisen²⁶⁾.

In jedem Falle aber sind Wald oder Forst im Rechtsinne und daher der Forsthoheit und den Forstgesetzen unterworfen nur diejenigen, aber auch alle diejenigen Grundflächen, welche mit Forstgrundqualität behaftet sind. Hierfür entscheidend ist aber keineswegs der Umstand, daß der betreffende Grund und Boden angeforstet ist. Wie es vielmehr Grundstücke geben kann, die trotz ihres Forstbestandes der Forstgrundqualität und damit aller durch die Forsthoheit begründeten Beschränkungen ermangeln, so kommen andererseits auch solche Grundstücke vor, denen trotz des Fehlens von Anforstungen die Forstgrundqualität innewohnt. Steht daher die letztere fest, so ist der Eigenthümer auch dann befugt, das Grundstück forstmäßig zu cultiviren, wenn dieses unvor- denkliche Zeit hindurch unterblieben ist, vorausgesetzt, daß er dieses Recht nicht durch Vertrag oder qualificirte Verjährung verloren hat²⁷⁾. Als Forstgrund gilt nun aber derjenige Grund und Boden, der von Alters her zur Gewinnung von Forstproducten, insbesondere zur Holzanpflanzung und Holznutzung bestimmt

²³⁾ Ges.- und Verordnungs-J., Nr. 26. Der vollständige Name des Gesetzes ist: „Gesetz, die Ausübung der Forsthoheit und Forstaufsicht über Privatforsten betreffend.“

²⁴⁾ §. 1, l. c.

²⁵⁾ Hinsichtlich der Forsten von Stadtgemeinden s. oben §. 15, I, von Landgemeinden das., von Stiftungen und Corporationen s. oben §. 14, von Kirchen s. oben §. 19, I.

²⁶⁾ S. oben §. 16, II.

²⁷⁾ Für ein factum contrarium ist zwar die Ackercultur, nicht aber die Beweidung des Forstgrundes zu betrachten, falls letztere nicht die Forstcultur positiv ausschließt; Erf. d. L.-G. Wolf. 1840 i. S. Bettingerode c. Hannoverische Cammer. Vergl. auch Zeitschr. f. R. XI, 101 ff. Vergl. Note 28. Durch Expropriation einer Forst geht dagegen deren Forstgrundqualität verloren. Zeitschr. f. R. XLV, Weil., S. 32 f.

gewesen ist, und dem dadurch das Recht erwuchs, daß solche auf demselben forstmäßig als Hauptfache betrieben werden ²⁸⁾).

Nach dem Gesetze vom 30. April 1861 sollen alle Privatforsten in sogenannte Forstlagerbücher mit allgemeiner Bezeichnung ihrer Lage, Größe und Begrenzung von Amts wegen eingetragen und jede rechtsgültige Veränderung auf die zu erstattende Anmeldung des Eigenthümers nachgetragen werden. Die von den Herzoglichen Kreisdirectionen über ihre bezüglichlichen Kreise zu führenden Lagerbücher erbringen, soweit die Ausübung von Forsthoheitsrechten in Frage kommt, den Beweis der Forstgrundqualität ²⁹⁾. Jedoch gebührt in allen Fällen die Entscheidung darüber, ob ein Grundstück die Forsteigenschaft habe, dem Verwaltungsgerichtshof ³⁰⁾.

§. 99.

Die Rechtsverhältnisse des Waldeigenthümers.

I. Die staatlichen Cammer- und Klosterforsten werden vom Staate unmittelbar durch Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, verwaltet und beaufsichtigt ¹⁾. Eine besondere Abgrenzung des Umfanges der staatlichen Forsthoheit in Betreff dieser Forsten bedarf es daher nicht. Hinsichtlich der sonstigen Rechtsverhältnisse aber, namentlich wegen ihrer Veräußerung und Belastung, ist auf die bereits an anderer Stelle hervorgehobenen allgemeinen Grundsätze über Cammer- und Staatsgut zu verweisen ²⁾.

II. Das Eigenthum an allen übrigen Forsten, den sogenannten Privatforsten, unterliegt dagegen, abgesehen von denjenigen Beschränkungen, denen alle Grundstücke unterworfen sind ³⁾, oder durch Dienstbarkeiten ⁴⁾, Reallasten oder auf andere Weise unterworfen sein können ⁵⁾, oder welche bei Grundstücken

²⁸⁾ Decr. des D.-A.-G. Wolf. v. 18. März 1836 und 22. März 1839 i. S. Hannov. Cammer c. Braunschw. Cammer. Vergl. auch Seuff. Arch. XXI, 21 (Wolf.) u. Zeitschr. f. R. XI, 101 ff.; XXXIX, 142 ff. Steht die Forstgrundqualität fest, so darf der Eigenthümer das Grundstück auch dann beforsten, wenn dasselbe seit unvor-denkllicher Zeit als Acker, Weide oder Wiese benutzt war; Grf. d. L.-G. Wolf. 1840 i. S. Bettingerode c. Hannov. Cammer. — Vergl. auch Matthia, Controv.-Ver. I, 1, S. 329, V, Pr. 1 (D.-A.-G. Wolf.).

²⁹⁾ §. 5, l. c. Auch in anderer Beziehung wird das Forstlagerbuch als Beweismittel der Forstgrundqualität verwerthbar sein, doch ist hier der Gegenbeweis zulässig. Vergl. auch Zeitschr. f. R. XXXIX, 143. Gegen Entscheidungen der Kreisdirection wegen Eintragung von Grundstücken in das Forstlagerbuch ist Klage beim Verwaltungsgerichtshof zulässig. Gef. v. 5. März 1895, Nr. 26, §. 54, Abf. 2.

³⁰⁾ §. 10, Abf. 3, l. c. §. 54, Abf. 2 Gef. v. 5. März 1895, Nr. 26.

¹⁾ Gef. Nr. 28, v. 12. Oct. 1832, §. 9.

²⁾ S. oben §§. 8 u. 21.

³⁾ Vergl. oben §. 61.

⁴⁾ Vergl. namentlich oben §. 78 über Waldnutzungsrechte.

⁵⁾ Hierher gehören auch Hypotheken, mit denen eine im Grundbuche eingetragene Forst gleich jedem anderen Grundstück belastet werden kann. Wegen der

gewisser Art oder gewisser Eigenthümer, namentlich hinsichtlich ihrer Veräußerung oder Belastung vorkommen können⁶⁾, noch denjenigen Beschränkungen, welche in der Forsthoheit des Staates ihren Grund haben. Hierfür ist das Gesetz vom 30. April 1861 maßgebend⁷⁾.

Wie bereits im vorigen Paragraphen hervorgehoben, sind die durch dieses Gesetz begründeten Beschränkungen verschieden, je nachdem die Forst im Eigenthume einer natürlichen oder einer juristischen Person steht. Es sollen daher die Rechtsverhältnisse beider Arten von Forsten gesondert behandelt werden.

1. Die Privatforstbesitzer sind gehalten, den Staatsforstbehörden auf Erfordern über Größe und Umfang ihrer Forsten Nachricht zu geben⁸⁾. Die Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, ist befugt, in den Privatwaldungen auf Staatskosten Untersuchungen über Waldbpflege und Bewirthschaftung vornehmen zu lassen⁹⁾.

Forstrodungen, durch welche die Waldcultur aufgehoben wird, und solchen in ihren Wirkungen gleichkommende Abholzungen und Behandlungen des Forstgrundes unterliegen dem Verbiethungsrechte der Forsthoheit und dürfen ohne Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums nicht vorgenommen werden, mit alleiniger Ausnahme derjenigen Holzausrodungen, welche in Folge von Gemeinheitstheilungen auf den Abfindungen der Weideberechtigten stattfinden¹⁰⁾. Die Anträge auf Erlaubniß zu Forstrodungen sind bei der betreffenden Kreisdirection zu stellen, welche nach Prüfung und Communication mit Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, eventuell auch nach eingezogenem Gutachten der Herzogl. Landesökonomicommission, die Entscheidung des Herzogl. Staatsministeriums einzuholen hat. Die Erlaubniß soll nicht versagt werden, wenn nur die Gerabelegung von Forst- und Ackergrenzen bezw. Ausrodung von vorspringenden Winkeln beabsichtigt wird, oder aber die Ausrodung und anderweite Benutzung des Grund und Bodens in nationalökonomischer Rücksicht von überwiegendem Nutzen ist¹¹⁾. Gegen eigenmächtig unternommene Forstrodungen oder dem gleichkommende Benutzungen hat der betreffende Forstbeamte einzuschreiten und nöthigenfalls ein Verbot der Kreisdirection zu erwirken.

Interessenschaftsforsten s. jedoch oben §. 16, II. — Ferner gehören zu diesen Beschränkungen die durch Arrest, Subhastation, Concurz u. begründeten.

⁶⁾ Hinsichtlich der Forsten juristischer Personen vergl. oben §. 98, Note 25; wegen der übrigen Privatforsten sind hier nur noch diejenigen der Familienstammgüter (vergl. oben §. 92 bei Noten 33 u. 36) hervorzuheben.

⁷⁾ Vergl. oben §. 98, Note 23. Nach Art. 111 E. B. G.-B. bleiben unberührt die landesgef. Vorschriften, welche im öffentlichen Interesse das Eigenthum in thatsächlicher Verfügung beschränken. Hierher gehören nach den Mot. E. B. G.-B., S. 192 insbesondere die Vorschriften über Waldcultur. Soweit die walddrechtl. Bestimmungen dem öffentlichen Recht angehören, werden sie ohnehin nicht vom E. B. G.-B. betroffen. (S. oben §. 2.)

⁸⁾ §. 12 d. Gef. v. 30. April 1861.

⁹⁾ §. 11, l. c.

¹⁰⁾ §. 6, l. c. Vergl. §. 155 d. Gem.-Theil.-D. v. 20. Dec. 1834; s. oben §. 70 bei Note 9.

¹¹⁾ §. 7, l. c.

lehnt diese den Erlaß eines solchen Verbots ab, während Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, dasselbe für nothwendig hält, so entscheidet das Staatsministerium¹²⁾. Jeder Forstbesitzer, welcher ohne Erlaubniß Forstrodungen oder dem gleichkommende Abholzungen vorgenommen hat, ist verpflichtet, den Forstgrund binnen einer von der Kreisdirection nach Communication mit Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, festzusetzenden Frist wieder anzuforsten, und dasselbe gilt rücksichtlich des aus irgend einem anderen Grunde des Waldwuchses entblößten Forstgrundes. Kommt der Forstbesitzer jener Verpflichtung nicht nach, so ist die Herzogl. Cammer auf Ersuchen der betreffenden Kreisdirection befugt, die Cultur auf Kosten des Besitzers anzuordnen und ausführen zu lassen, wobei die Verpflichtung dergestalt auf dem Forstgrunde selbst ruht, daß die Kosten von jedem Besitzer desselben eingezogen werden können¹³⁾. Wird im Einzelfalle streitig, ob eine Forstrodung oder eine derselben gleichstehende widerrechtliche Forstbehandlung vorliege, so entscheidet nach Anhörung der betreffenden Kreisdirection, eventuell auch nach gutachtlichem Bericht der Landesökonomiecommission, das Herzogl. Staatsministerium¹⁴⁾.

2. Bei allen einer juristischen Person zugehörigen, mithin bei den Gemeinde-, Interessenten-, Corporations- und Stiftungsforsten, desgleichen bei allen Forsten, welche reell unter Einzelne getheilt, aber bisher unter Aufsicht der Staatsbehörden verwaltet wurden, sind nicht nur, wie bei den einer natürlichen Person zugehörigen Forsten, die Ausrodungen und die denselben gleichkommenden Abholzungen von staatlicher Genehmigung abhängig und die Staatsforstbehörden befugt, auf Staatskosten Untersuchungen über Waldbpflege und Bewirthschaftung anzustellen, sowie von den Eigenthümern Nachricht über Größe und Umfang ihrer Forsten zu verlangen¹⁵⁾, sondern die Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, nebst den derselben untergebenen staatlichen Forstbeamten ist auch bei der Aufsicht über den Betrieb und die Benutzung der Forsten nach Maßgabe folgender Bestimmungen mitzuwirken berechtigt und verpflichtet¹⁶⁾.

Hiernach haben sie für diese Forsten Wirthschaftspläne auszuarbeiten, die jährlichen und periodischen Hauungen und Forstnebennutzungen, sowie die nöthigen Culturen zu überwachen. Die Mitwirkung der Forsteigenthümer wird hierbei, soweit eine solche in Frage kommt, durch die gesetzlichen, stiftungs-

¹²⁾ §. 8, 1. c.

¹³⁾ §. 9, 1. c. Gegen diese Entscheidung der Kreisdirection ist Klage beim Verwaltungsgerichtshofe gegeben. Gef. v. 5. März 1895, Nr. 26, §. 54, Abs. 3. — Da die Forstrodungen und die ihnen gleichstehenden Abholzungen bereits durch die ältere Gesetzgebung von der Genehmigung abhängig und die Wiederaufforstung entblößter Forstgründe geboten war (Forstordn. v. 14. August 1686, Art. 14 u. 31; Verordn. v. 18. Febr. 1645 und 28. Febr. 1658), so ist der Eigenthümer auch verpflichtet, bereits vor Geltung des Gef. v. 30. April 1861 entblößten Forstgrund anzuholzen.

¹⁴⁾ §. 10, 1. c. Vergl. auch oben §. 98 bei Note 30.

¹⁵⁾ Vergl. oben bei Noten 8 u. 9, sowie bei Noten 10 ff.

¹⁶⁾ §. 13, 1. c. S. auch oben §. 98 bei Note 25. Ueber den Begriff der „reell getheilten Forsten, welche bisher unter Aufsicht des Staates verwaltet wurden“, s. Zeitschr. f. R. XXXIX, 9 ff. u. 145 ff.

oder observanzmäßigen Vertreter, in Ermangelung solcher aber durch Syndiken ausübt¹⁷⁾.

- a) Die Wirthschaftspläne, welche bei der künftigen Betriebsführung und Bewirthschaftung der Forsten zu Grunde zu legen sind, werden nach Anhörung des Forsteigenthümers oder seiner Vertreter von den betreffenden Forstbeamten entworfen und von Herzoglicher Cammer, Direction der Forsten, festgesetzt¹⁸⁾. Vor dieser Feststellung ist die der betreffenden juristischen Person vorgesetzte Aufsichtsbehörde, und bei reell getheilten, unter herrschaftlicher Forstverwaltung stehenden Forsten die zuständige Kreisdirection zu hören, falls eine Einigung des Forsteigenthümers mit dem Forstbeamten über den Wirthschaftsplan nicht zu Stande kommt¹⁹⁾. Werden zur Ausarbeitung von Wirthschaftsplänen von Herzogl. Cammer Forstvermessungen für nöthig erachtet, so sind diese auf ihren Antrag unter möglichster Kostenersparniß durch die Kreisdirection anzuordnen und auf Kosten des Forsteigenthümers auszuführen²⁰⁾.
- b) Ueber die jährlichen Hauungen sind in Gemäßheit der Wirthschaftspläne von dem betreffenden Forstbeamten nach Anhörung des Forsteigenthümers Vorschläge zu entwerfen, wobei ein entstehender Meinungsstreit durch die zuständige Kreisdirection beizulegen oder nach Anhörung eines unbetheiligten Forstbeamten der Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, zur Entscheidung vorzulegen ist. Die Feststellung und Anordnung der Ausführung der Vorschläge steht in allen Fällen der letztgenannten Behörde zu²¹⁾. Für unvorhergesehene Gebrauchsfälle können auch außeretatsmäßige Hauungen von Herzogl. Cammer und im Recurswege von Herzogl. Staatsministerium mit der Maßgabe bewilligt werden, daß solche Ueberschreitung des Hausatzes im nächsten Jahre wieder eingespart wird²²⁾. Zur Sicherstellung einer zweckentsprechenden Ausführung aller Hauungen hat der betreffende Forstbeamte nicht allein die zu fällenden Stämme anzuweisen, sondern auch die Hauungen zu überwachen. Werden die Hauungen von den Forsteigenthümern unforstmäßig oder nicht zur vorgeschriebenen Zeit ausgeführt, so kann der betreffende Forstbeamte die Ausführung durch geübte Holzhauer verlangen. In bestimmten Forsten des Kreises Blankenburg werden diese Hauungen regelmäßig durch solche Holzhauer vorgenommen²³⁾.

¹⁷⁾ §. 15, l. c. Vergl. oben §. 14. Vergl. auch Zeitschr. f. R. XXXIX, 13 f.

¹⁸⁾ §. 16, l. c. Recurs ans Staatsministerium ist nach §. 32, l. c. zulässig.

¹⁹⁾ §. 17, l. c. Vergl. oben §. 14.

²⁰⁾ §. 27, l. c. Bei Streitigkeiten über die Kosten ist Klage beim Verwaltungsgerichtshofe zulässig. Gef. v. 5. März 1895, §. 54, Abs. 3.

²¹⁾ §§. 18, 19 u. 20, l. c. Gegen die Feststellung ist gemäß §. 32, l. c. Recurs des Forsteigenthümers an das Herzogl. Staatsministerium zulässig.

²²⁾ §. 24, l. c.

²³⁾ §. 25 das.

c) Hinsichtlich der sogenannten Forstnebennutzungen (z. B. der Gräserrei, Waldweide, Mast, des Streulaubes, der Waldfrüchte und der Windbrüche zc.) werden, soweit dieselben von unmittelbarem Einfluß auf die Holzzucht sind, in gleicher Weise wie bei den Hauungen Vorschläge entworfen und festgestellt²⁴⁾. Die Ausführung und Ausübung der festgestellten Anordnungen liegt dagegen den Berechtigten allein ob, während den Forstbeamten nur das Recht zusteht, dieselben zu überwachen, daß sie nach Maßgabe der getroffenen Bestimmungen erfolgen²⁵⁾. Die Ausübung von Forstnebennutzungen schließlich, welche ohne unmittelbaren Einfluß auf die Holzzucht sind, ist unter Beobachtung der etwa bestehenden gesetzlichen oder allgemeinen polizeilichen Vorschriften dem freien Ermessen des Berechtigten überlassen²⁶⁾.

d) Betreffs der Forstculturen sind in derselben Weise, wie rücksichtlich der Hauungen, Vorschläge zu entwerfen, festzustellen und deren Ausführung anzuordnen²⁷⁾. Forstverbesserungen, welche nicht unter den Begriff der gewöhnlichen Culturen fallen, bedürfen stets der Zustimmung der Interessenten oder der Aufsichtsbehörde derselben²⁸⁾. Die Culturen oder Forstverbesserungen sind nach Anleitung und unter Ueberwachung des betreffenden Forstbeamten durch den Forsteigentümer oder von ihm gestellte Arbeiter, und wenn diese die Arbeit ungeschickt oder nicht zur vorgeschriebenen Zeit vornehmen, durch Personen auszuführen, welche der Forstbeamte für geeignet erklärt²⁹⁾.

Die Verwerthung der geernteten Holzmaterialien und der übrigen Forstproducte verbleibt dem Forstbesitzer, ohne Mitwirkung der Forstbeamten, sofern durch bestehende Rechtsverhältnisse keine Beschränkungen bedingt werden. In=

²⁴⁾ Vergl. §. 19, 1. c. S. hierüber oben bei Note 21.

²⁵⁾ §. 20, Abf. 2, 1. c. Berechtigt ist entweder der Forsteigentümer oder Dienstbarkeitsberechtigte, oder Ersterer und Letztere zusammen.

²⁶⁾ §. 22, 1. c. Die Entscheidung, ob eine Forstnebennutzung ohne unmittelbaren Einfluß auf die Holzzucht ist, entscheidet die Herzogl. Cammer und in der Recursinstanz endgültig das Staatsministerium (vergl. auch §. 32, Abf. 2, 1. c.). Hinsichtlich des „Berechtigten“ s. oben Note 25. Vergl. auch oben §. 63.

²⁷⁾ §§. 18, 19, 1. c. S. oben bei Note 21.

²⁸⁾ §. 21, 1. c. Ob eine gewöhnliche Forstcultur oder eine Forstverbesserung vorliegt, entscheidet lediglich die Herzogl. Cammer und in der Recursinstanz das Staatsministerium (vergl. auch §. 32, Abf. 2, 1. c.). Bei Streitigkeiten über die dadurch veranlaßten Kosten ist jedoch durch §. 54, Abf. 3, Ges. v. 5. März 1895 die Klage beim Verwaltungsgerichtshofe zugelassen. Das Gesetz spricht von der Zustimmung der Interessenten oder der Aufsichtsbehörde. Dies wird so zu verstehen sein, daß, wenn überhaupt der Eigentümer eines der hier fraglichen Forsten stehen sein, diese auch zustimmen muß, eine Aufsichtsbehörde z. B. als juristische Person hat, bisher staatlich verwaltete oder beauftragte Forsten (s. oben bei Note 15) handelt, nur die Eigentümer zuzustimmen brauchen. Eine analoge Anwendung des §. 171 c (vergl. oben bei Note 19) kann nicht stattfinden.

²⁹⁾ §. 26, 1. c.

dessen sind dabei diejenigen forstpolizeilichen Anordnungen zu befolgen, welche der betreffende Forstbeamte zum Zwecke einer pfleglichen Behandlung der Forsten trifft ³⁰⁾. Die Vertheilung des Holzertrages unter die Interessenten wird ebenfalls ohne Mitwirkung der Forstbeamten durch die Forstvertreter vermittelt ³¹⁾.

Die Forsteigenthümer, welche schließlich noch das Recht haben, zu verlangen, daß die betreffenden Forstbeamten alle drei Jahre behufs Verhütung der Grenzverdunkelungen die Grenzen beziehen, haben für die staatliche Beaufsichtigung die schon früher festgesetzte Entschädigung zu zahlen ³²⁾.

Vierter Abschnitt.

W a s s e r r e c h t.

§. 100.

Allgemeines.

Die Rechtsverhältnisse der Gewässer im Herzogthume wurden seit der Reception des römischen Rechts ausschließlich von gemeinrechtlichen Normen beherrscht, wobei aber hinsichtlich der öffentlichen Gewässer das Aufsichtsrecht des Staates und seine ausschließliche Befugniß, Ueberfahrten und Brücken anzulegen, sowie über die Schifffahrt Bestimmungen zu treffen, von jeher anerkannt wurde ¹⁾. In letzterer Beziehung fand die erste gesetzliche Regelung durch die in Veranlassung der Wiener Congreßacte vom 9. Juni 1815 ²⁾ abgeschlossene Weserschifffahrtsacte vom 10. September 1823 in Ansehung der nur theilweise im Herzogthume fließenden Weser statt ³⁾. Diese Schifffahrtsacte, welche die Schifffahrt auf der Weser mit Ausnahme des Fährbetriebes für frei erklärte, die bestehenden Schifffahrtsprivilegien aufhob, die bisherigen Stapel- und Zwangsumschlagsrechte beseitigte, einen einheitlichen Weserzoll einführte und jeden der contrahirenden Staaten verpflichtete, die auf seinem

³⁰⁾ §. 28, l. c. Was unter „pfleglicher“ Behandlung und der zu deren Durchführung erforderlichen forstpolizeilichen Anordnungen zu verstehen sei, steht lediglich im Ermessen des Forstbeamten. Dem Forsteigenthümer verbleibt im Falle eines Widerspruchs nur die Beschwerde an die Herzogl. Cammer und der Recurs an das Staatsministerium gemäß §. 32, l. c.

³¹⁾ §. 25, Abf. 4, l. c.

³²⁾ §§. 29, 30, l. c. Die Entschädigungen sind festgesetzt durch Ges. v. 16. Oct. 1834, Nr. 12 u. v. 19. April 1858, Nr. 21.

¹⁾ Steinacker, Pr. Privatr., S. 355 f.

²⁾ §§. 108 bis 116 d. Congreßacte, worin die allgemeinen Grundsätze über die Schifffahrt der verschiedenen Staaten gemeinsamen Ströme des Bundes aufgestellt wurden.

³⁾ Die zwischen Braunschweig, Preußen, Hannover, Kurfürstenthum Hessen, Oldenburg, Lippe und Bremen abgeschlossene Acte ist durch die seitige Verordn. vom 5. März 1824, Nr. 7 publicirt.

Territorium befindlichen Schiffahrtshindernisse auf seine Kosten zu entfernen und für die Unterhaltung des sogenannten Leinpfades Sorge zu tragen, ist (später mehrfach ergänzt ⁴⁾), aber heute in Folge der abändernden Reichs- und Landesgesetzgebung nur noch zum kleinsten Theile von Gültigkeit ⁵⁾. Ueberdies gehören alle ihre Bestimmungen dem öffentlichen Rechte an, wie auch die späteren lediglich polizeilichen Bestimmungen hinsichtlich der Oker und der Ober- schunter, sowie der Aller und Ohre ⁶⁾.

Erst das Wassergesetz vom 19. December 1851 ⁷⁾ hat, wenngleich dasselbe überwiegend polizeiliche Vorschriften enthielt, sich doch bei dem in der Natur der Sache liegenden fortwährenden Zusammenhange polizeilicher und privatrechtlicher Beziehungen im Wasserrecht der Nothwendigkeit nicht entziehen können, für alle im Herzogthume liegenden Gewässer auch das Privatrecht so weit festzustellen, als es die Aufgabe des Gesetzes erheischte. Das Gesetz beabsichtigte aber, Vorschriften über die Erhaltung der öffentlichen Flüsse und sonstigen Wasserzüge, sowie über deren Veränderungen zu treffen und stellte, um eine feste Grundlage für die zu respectirende Privatrechtssphäre zu gewinnen, im §. 1 bestimmte, vom gemeinen Rechte abweichende Merkmale darüber auf, welche Gewässer künftig als öffentliche Flüsse und welche als Privatgewässer zu betrachten seien ⁸⁾. Die Anwendbarkeit dieses Gesetzes auf die Weser und auf das Amt Thedinghausen überhaupt war ausdrücklich ausgeschlossen ⁹⁾.

⁴⁾ Hierher gehören: Verordn. Nr. 11 v. 5. Mai 1826; Verordn. Nr. 9 v. 29. März 1840; die Additionalacte v. 3. Sept. 1857 in Nr. 42 v. 1858 nebst den Polizeivorschr. f. die Schiffahrt auf dem Weserstrom; Verordn. Nr. 48 v. 28. Oct. 1862, sowie Ges. Nr. 11 v. 21. Febr. 1845, Reglement v. 22. Oct. 1852, Nr. 42 und Ges. v. 15. Febr. 1884, Nr. 5, die flußpolizeil. Bestimmungen für Weser und Cyper betr., wozu §. 17 Pol.-Str.-G.-B. v. 23. März 1899 zu vergleichen ist. Siehe auch Verordn. v. 6. Sept. 1888, Nr. 42 über die Bezeichnung der Rähne auf der Weser.

⁵⁾ Die Weserzölle sind durch §. 8 des Vereinszollges. v. 1. Juli 1869, die Bestimmungen über den Transport von Sprengstoffen durch das Landesges. v. 21. Juni 1880, Nr. 15 ersetzt. Die R.-Gew.-O. v. 3. Juli 1869 hat die landesrechtlichen Vorschriften über Schiffer und Lootsen und in Betreff des Fährgewerbes unberührt gelassen.

⁶⁾ Ges. Nr. 79 v. 29. August 1842. Wegen der Aller und Ohre f. den mit Preußen abgeschlossenen Staatsvertrag in Ges.- u. Verordnungsbl. v. 30. April 1860, Nr. 12; vergl. Ges. v. 9. April 1864, Nr. 19.

⁷⁾ Gesetz, die Erhaltung der öffentlichen Flüsse und sonstigen Wasserzüge, sowie Veränderungen an denselben betr.; Ges.- u. Verordnungsbl., Nr. 57. Vergl. dazu Ges. v. 19. Dec. 1851, Nr. 4 über die Entwässerung der Grundstücke.

⁸⁾ §. 1 lautete: „Als öffentliche, d. h. zum gemeinen Gebrauch bestimmte Flüsse sind sämtliche natürlichen (auch corrigirten) Wasserzüge (Flüsse, Bäche) anzusehen, welche sich in ihrem Laufe durch mehrere Feldmarken oder Gemarkungen erstrecken. — Solange der Wasserzug die zusammenhängenden Besitzungen desjenigen, auf dessen Grundstücke derselbe entspringt, nicht verläßt, gilt er nicht als öffentlicher, sondern als Privatwasserzug.“ Abs. 3 bestimmte, daß die Landesregierung den Umfangspunkt eines öffentlichen Gewässers abweichend bestimmen könne. Letzteres ist bezüglich der Waabe durch Verordn. v. 11. Februar 1884, Nr. 3 geschehen.

⁹⁾ §. 44 dab.

An Stelle des vorbezeichneten Gesetzes ist das heute noch in Geltung befindliche Wassergesetz vom 20. Juni 1876 getreten ¹⁰⁾. Das Wassergesetz, welches ebenfalls polizeiliche und andere öffentlich-rechtliche, sowie privatrechtliche Normen aufstellt und daneben die über die Erhaltung und Polizei einzelner öffentlicher Gewässer, insbesondere der Weser, Oker &c., bestehenden Vorschriften unverändert in Kraft bleiben läßt ¹¹⁾, unterscheidet gleich dem Gesetze vom 19. März 1851 zwischen öffentlichen und Privatgewässern ¹²⁾. Öffentliche Gewässer sind, wie auch schon nach dem früheren Gesetze, alle diejenigen Wasserzüge (Flüsse, Bäche), welche sich in ihrem Laufe durch mehrere Feldmarken oder Gemarkungen erstrecken, mit Ausnahme jedoch desjenigen Theiles der hierher gehörigen Wasserzüge, der die zusammenhängenden Besitzungen desjenigen, auf dessen Grundstück sie entspringen, nicht verläßt. Außerdem kann die Landesregierung den Anfangspunkt öffentlicher Gewässer durch Verordnung abweichend von der aufgestellten Regel fixiren ¹³⁾. Privatgewässer ferner, deren Begriff das ältere Gesetz nicht genau abgrenzte, sind

1. die geschlossenen Privatgewässer, nämlich a) das in den Grundstücken enthaltene unterirdische und aus denselben zu Tage quellende Wasser, b) das sich auf den Grundstücken aus atmosphärischen Niederschlägen ansammelnde Wasser, c) das in Brunnen, Teichen, Cisternen oder anderen auf dem Grund und Boden des Grundbesitzers befindlichen Behältern, oder d) in den von demselben zu seinen Privat Zwecken angelegten künstlichen Wasserleitungen (Gräben, Canälen, Röhren &c.) eingeschlossene Wasser ¹⁴⁾; ferner
2. die fließenden Privatgewässer (Privatflüsse, Privatbäche), als a) die Abflüsse aus den geschlossenen Privatgewässern, solange sich erstere in ein fremdes öffentliches Gewässer nicht ergossen haben, b) diejenigen fließenden natürlichen Wasserzüge, welche zwar die Grenzen der zusammenhängenden Grundbesitzungen desjenigen, auf dessen Grund

¹⁰⁾ Ges.- u. Verordnungsbl., Nr. 64. Vergl. Art. 65 G. B. G.-B.

¹¹⁾ §. 95, 1. c. S. oben bei Note 6. Das gem. R. behielt daneben subsidiäre Bedeutung. Daran hat auch das B. G.-B. nichts geändert, so daß die gemeintr. interdicta in Geltung bleiben. Planck, Comm., VI, 149, Note 1.

¹²⁾ §. 1, 1. c. Vergl. oben bei Note 8. S. auch Zeitschr. f. R. VIII, 104; XIX, 25, 220.

¹³⁾ §. 2, 1. c. Vergl. oben Note 8. Unter Feldmark ist Gemeindebezirk zu verstehen, unter Gemarkung jedes Grundstück, welches einem solchen nicht angehört. mag es geschlossen oder nicht geschlossen sein; Zeitschr. f. R. XIX, 27 f. Vergl. auch die Verordnung über den Anfangspunkt der Waabe v. 11. Februar 1884, Nr. 3. Ueber die Frage, wann ein Mühlengraben zu den öffentlichen Gewässern zu zählen sei, vergl. Zeitschr. f. R. XXVIII, 36; XXXIV, 74 ff.; XLII, 121 ff.; über die rechtliche Natur der Quellen eines öffentlichen Flusses ferner Zeitschr. f. R. XXVIII, 10 f.; XXXII, 123; XLV, 186 f. Wie die Oker zweifellos ein öffentliches Gewässer ist, so sind es auch die Okerarme; Zeitschr. f. R. XXI, Beil., S. 7; XXII, Beil., S. 17; XXVII, 157, 168, 170; XLII, 99.

¹⁴⁾ §. 3, 1. c. Vergl. oben Note 13 und Zeitschr. f. R. XLII, 122; XLV, 187. — Abweichend von der hier gegebenen Definition der geschlossenen Gewässer ist der Begriff derselben nach dem Fischereiges. S. oben §. 63, III.

und Boden sie entspringen, überschreiten, jedoch eine andere Feldmark oder Gemarkung nicht erreichen, c) derjenige Theil eines öffentlichen Flusses, welcher innerhalb der zusammenhängenden Grundbesitzungen desjenigen, auf dessen Grundstück er entspringt, fließt, d) die künstlichen Wasserzüge ¹⁵⁾).

Zu bemerken ist hier noch, daß Privatgewässer grundsätzlich ein Grundbuchblatt erhalten sollen ¹⁶⁾. Von den sonstigen allgemeinen Bestimmungen des Wassergesetzes ist über die Vorschrift, daß die Ausmittlung aller bei Anwendung des Gesetzes erforderlich werdenden Entschädigungen nach Maßgabe des Expropriationsgesetzes vom 13. September 1867 erfolgt ¹⁷⁾, ferner über den Einfluß des Separationsverfahrens auf die Wasserrechtsverhältnisse ¹⁸⁾ bereits an anderer Stelle gesprochen ¹⁹⁾. Die besonderen Bestimmungen des Wassergesetzes betreffen die Erhaltung, Veränderung und Benutzung der öffentlichen, sowie die Erhaltung, Veränderung und Benutzung der Privatgewässer, worüber in den beiden nächsten Paragraphen gehandelt werden soll.

§. 101.

Öffentliche Gewässer.

Die öffentlichen Gewässer ¹⁾, deren Bestandtheil die Ufer und das Bett bilden ²⁾, sind ein der allgemeinen Benutzung unterworfenen Gemeingut und als solches den durch die Staatshoheit begründeten Rechten unterworfen ³⁾. Bei Wasserzügen, welche die Grenzen bilden, erleidet dieser Grundsatz diejenigen Abänderungen, welche besondere Staatsverträge bezw. die Gesetze des Nachbarstaates bedingen ⁴⁾.

I. Hinsichtlich der Unterhaltung öffentlicher Gewässer sind nach ihrem Umfange drei Arten zu unterscheiden:

¹⁵⁾ §. 3 B vergl. mit §. 2, Abf. 1 u. 2. S. auch oben Note 13.

¹⁶⁾ Braunschw. Verordn. v. 12. Juni 1899, Nr. 50, §. 1 vergl. mit §. 90 R.-G.-B.-D. S. auch oben §. 73. Öffentliche Gewässer sollen nach §. cit. Ver. nur auf Antrag ein Grundbuchblatt erhalten. Das ist aber unmöglich, da sie nicht im Eigenthume stehen (vergl. §. 101, Note 3). Nimmt im Einzelfalle Staat oder Gemeinde das Eigenthum in Anspruch, so kann es sich nicht mehr um öffentliche, sondern nur um private Gewässer handeln.

¹⁷⁾ S. oben §. 67, I, 3.

¹⁸⁾ S. oben §. 72, Noten 4 f.

¹⁹⁾ Vergl. auch noch oben §. 61 und §. 65.

¹⁾ Ueber den Begriff eines öffentlichen Gewässers s. oben §. 100 bei Note 13.

²⁾ §. 51 d. Wasserges. Ufer und Bett theilen daher das Schicksal des Gewässers selbst und sind bezüglich der Benutzung und Unterhaltung denselben Bestimmungen unterworfen, soweit keine speciellen Vorschriften getroffen sind. Vergl. auch Zeitschr. f. R. XL, 96; XLIV, 82. Ueber den Begriff „Ufer“ vergl. oben §. 23.

³⁾ §. 2, Abf. 4 d. Wasserges. Ueber die Extracommercialqualität der öffentlichen Gewässer s. oben §. 24.

⁴⁾ Vergl. oben §. 100, Note 11. Vergl. wegen der Ober- u. Unter Ges. v. 29. Aug. 1842, Nr. 79, wegen der Ufer und Ohre Verordn. v. 30. April 1860, Bekanntm. v. 9. April 1864 u. Verordn. v. 30. April 1879, §. 2.

1. Den Anliegern liegt es zunächst ob, zu verhindern, daß Bäume oder Sträucher von ihren Grundstücken überhängen oder den Lauf des Wassers in sonstiger Weise stören, ferner durch Abflachung das Ueberhängen ihrer Grundstücke zu beseitigen, sobald zu besorgen ist, daß der überhängende Theil einstürzen und den Abfluß des Wassers verhindern oder erschweren würde. Wenn ein solcher Anlieger im eigenen Interesse zur Erhaltung oder Sicherung seines Grundstückes die Befestigung des dasselbe begrenzenden Ufers vornehmen will, so hat er dies nach vorgängiger Anzeige bei der Ortspolizeibehörde auf eigene Kosten zu thun ⁵⁾.

2. Die weitergehende, ordentliche Unterhaltung öffentlicher Gewässer, welche darin besteht, daß für einen regelmäßigen, ungehinderten Wasserabzug Sorge getragen wird, insofern und insoweit sich solches durch Auskrautung und Reinigung der Flußbetten erreichen läßt, obliegt — vorbehaltlich der den Anliegern auferlegten Verpflichtung — den Gemeinden bzw. Gemarkungen auf der Strecke, an welche sie grenzen ⁶⁾. Bildet ein solcher Wasserzug die Grenze zwischen zwei verschiedenen Gemeindebezirken, so ist jede der beiden Gemeinden bzw. Gemarkungen verpflichtet, denselben bis zur Mitte im Stande zu erhalten ⁷⁾. Benachbarte Gemeinden, einzelne Mitglieder derselben, insbesondere gewerbliche Etablissements können, wenn sie ein besonderes Interesse an der Unterhaltung haben oder größere Unterhaltungskosten veranlassen, ebenfalls entsprechend herangezogen werden ⁸⁾. Mühlengraben sind von der Ableitung der Freisfluth bis zur Wiedereinleitung eine Last des Triebwerkes ⁹⁾.

Ausgeführt werden die erforderlichen Unterhaltungsarbeiten auf Anordnung der betreffenden Gemeindebehörden und Vertreter von Gemarkungen, nöthigenfalls auf Anweisung der zuständigen Kreisdirection. Zur Ermöglichung der Ausführung ist das Grundeigenthum der Anlieger verschiedenen Beschränkungen unterworfen, über welche bereits an anderer Stelle gesprochen ist ¹⁰⁾. Die Kosten der Ausführung sind regelmäßig durch die theilhaftigen Gemeinden und Gemarkungen zu decken. Es entscheidet hierüber und über das Maß der

⁵⁾ §. 27, 1. c. Zeitschr. f. R. XXVII, 180. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen (§. 7, Abs. 1, 1. c.); die Entscheidung trifft bei erfolgtem Widerspruch der Anlieger die Kreisdirection und in der Recursinstanz das Staatsministerium. Letzteres hat auch dann stets zu entscheiden, wenn die Kreisdirection Zwangsmittel anwenden will (§§. 4, 5, 1. c.). Strafbestimmungen enthält §. 17, 3. 4 Pol.-Str.-G.-B. vom 23. März 1899.

⁶⁾ §§. 13, 14, Abs. 1, 1. c. Zeitschr. f. R. XXIV, 90; XXVI, 179; XXVII, 179; XXXIV, 67; XLIV, Beil., 3.

⁷⁾ §. 14, Abs. 2, 1. c. Vergl. auch Zeitschr. f. R. XXXIV, 74.

⁸⁾ §. 15, 1. c. Vergl. über die Kostenvertheilung unten bei Note 11 und Zeitschr. f. R. XLIV, 67; XLVII, 113 ff.

⁹⁾ §. 16, 1. c. Zeitschr. f. R. XXXVIII, 38 ff.; XLVI, Beil., 3. — Das Gesetz macht keinen Unterschied für den Fall, in welchem ein Mühlengraben ein öffentliches und in welchem er ein privates Gewässer ist (vergl. oben §. 100, Note 13), so daß die Unterhaltung in jedem Falle der Mühle obliegt. — Vergl. auch noch Zeitschr. f. R. XX, 222, wonach der Müller zur Erhaltung des Mühlengrabens die angrenzenden Grundstücke betreten darf.

¹⁰⁾ S. oben §. 61.

Beiträge die betreffende Kreisdirection nach Anhörung der Betheiligten, nöthigenfalls nach eingeholter Zustimmung des Kreis Ausschusses, und bei dessen abweichender Ansicht das Staatsministerium¹¹⁾. Die Subrepartition erfolgt in den einzelnen Gemeinden bezw. Gemarkungen auf die Grundbesitzer nach dem Grundsteuercapital, soweit nicht gewisse Grundbesitzer überhaupt von der Grundsteuer befreit sind. Die an der Instandsetzung besonders interessirten Grundbesitzer können mit einem Voraus herangezogen werden, auch wenn sie an und für sich von der Grundsteuer gesetzlich befreit sind; andererseits kann bei unverhältnißmäßiger Belastung einzelner Pflchtiger eine billige Ausgleichung vorgenommen werden¹²⁾. Die näheren Feststellungen trifft in allen Fällen der Gemeinderath bezw. die Stadtverordnetenversammlung, gegen deren Entscheidungen Recurs an den Kreis Ausschuß bezw. die vereinigte Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten und sodann Klage beim Verwaltungsgerichtshofe zugelassen ist¹³⁾. Auch ist statutarische Regelung zulässig¹⁴⁾.

Anstatt der Gemeinden oder Gemarkungen können auch dritte Personen unterhaltungs pflichtig sein. Eine solche abweichende Unterhaltungspflicht kann aber nicht auf das bisherige Herkommen oder einen nur die als gemeinsam anerkannte Unterhaltungspflicht regelnden Vertrag begründet werden, und auch in den Fällen, in denen sie rechtlich begründet ist, den gesetzlich verpflichteten Gemeinden bezw. Gemarkungen nie das Recht der Weigerung, sondern nur des Regresses geben¹⁵⁾.

3. Umfassendere Arbeiten schließlich gehören zu der außerordentlichen Unterhaltungslast und werden den Veränderungen der Flußbetten gleich behandelt¹⁶⁾.

4. Abgesehen von diesen Vorschriften über die Unterhaltung öffentlicher Gewässer hat das Wassergesetz noch eine Anzahl Bestimmungen getroffen, welche die Sicherung des Wasserabzuges vor Störungen zum Gegenstande haben. Im Einzelnen ist hiernach verordnet, daß bei jedem Stauwerk unter Leitung der betreffenden Kreisdirection nach Anhörung der Interessenten

¹¹⁾ §. 19, 1. c. Die Entscheidungen erfolgen gemäß §. 13 d. Gef. v. 19. März 1850, Nr. 26. Die Zustimmung des Kreis Ausschusses ist hiernach erforderlich, wenn das Object mehr als 300 M. beträgt. Vergl. auch Zeitschr. f. R. XLVI, Beil., 3.

¹²⁾ §. 21, Abs. 1 u. 2, 1. c.

¹³⁾ §. 21, 3 u. 4; Gef. v. 5. März 1895, Nr. 26, §. 52, Abs. 2. Ueber Zulässigkeit des Rechtsweges f. Zeitschr. f. R. XLVII, S. 113 ff., das. Beil. II, S. 67 ff.

¹⁴⁾ §. 22, 1. c.

¹⁵⁾ §§. 24 f., 1. c. Eine solche abweichende Verpflichtung kann hiernach nur auf Grund eines Vertrages entstehen, welcher zwischen der gesetzlich verpflichteten Gemeinde oder Gemarkung und der dritten Person abgeschlossen ist und den Inhalt hat, daß nicht die erstere, sondern die letztere unterhaltungspflichtig sei. — Ueber solche Verträge, welche die Unterhaltungspflicht regeln, f. Zeitschr. f. R. XLIII, 130. — Im Gemeindebezirk der Stadt Braunschweig hat die Landesregierung die Kosten für Bau und Erhaltung der Oker und der zugehörigen Gräben und Canäle übernommen, soweit nicht die Anlieger pflichtig erscheinen. Landtagsabschied VIII vom 9. Sept. 1858, Nr. 51.

¹⁶⁾ §. 13, Abs. 2, 1. c. S. unten unter II.

und Augenscheinseinnahme auf Kosten des Stauwerksbesizers Werkpfähle errichtet werden sollen, welche den zulässig höchsten Wasserstand in den verschiedenen Jahreszeiten deutlich erkennen lassen ¹⁷⁾). Die hierdurch bestimmten Stauziele und Zeiten muß der Stauwerksbesizer genau innehalten und überdies bei ungewöhnlichem Wasserandrang die Schleusen baldigst öffnen. Ferner ist er zwecks Ermöglichung der gewöhnlichen Flußreinigungen auf Anfordern der ausführenden Organe ohne Entschädigungsanspruch verbunden, die Schleusen zuzusetzen bezw. aufzuziehen ¹⁸⁾). Schließlich ist noch die allgemeine Verpflichtung ausgesprochen, die beabsichtigten Erneuerungs- und Umbauten, sowie die wesentlichen Ausbesserungen von Stauanlagen zc., Triebwerken, Brücken oder sonstigen das Bett oder Ufer öffentlicher Gewässer berührenden Bauwerke, sowie jede sonst beabsichtigte Vorrichtung in fließenden Gewässern, Nothfälle ausgenommen, mindestens 14 Tage vor Ausführung der Ortspolizeibehörde anzuzeigen ¹⁹⁾).

II. Zu den Veränderungen an öffentlichen Gewässern gehören Vertiefungen, Erweiterungen, Einengungen, Geradelegungen, Canalisirungen und überhaupt Arbeiten, welche den Umfang der gewöhnlichen Unterhaltungslast überschreiten ²⁰⁾. Derartige Veränderungen können entweder von Amts wegen auf Anordnung der zuständigen Kreisdirection oder auf Antrag vorgenommen werden ²¹⁾.

1. Die Anordnung einer solchen Veränderung geschieht, wenn das Interesse der öffentlichen Sicherheit dies erfordert oder wenn dadurch die Förderung der Wohlfahrt einer oder mehrerer Gemeinden wesentlich bedingt ist ²²⁾. Die Anordnung setzt ein besonderes Verfahren voraus, welches mit der Aufstellung eines allgemeinen Planes nebst Kostenüberschlag, eines Verzeichnisses der theilhaftigen Gemeinden bezw. Gemarkungen, sowie des Repartitionsfußes für die Kostenbeiträge durch die betreffende Kreisdirection und Berathung dieser Aufstellungen nach Anhörung der Theilhaftigen im Kreisauschuß beginnt. Kommen hierbei verschiedene Kreise in Frage, so vertheilt die Landesregierung die Geschäfte ²³⁾. Die endgültige Festsetzung dieser Aufstellungen geschieht hernach in einem besonderen Termine vor Herzogl. Kreisdirection, zu welchem die theilhaftigen Gemeinden und Gemarkungen, sowie diejenigen Personen, deren Grundstücke zum Zwecke der Veränderung ganz oder theilweise abgetreten oder mit Dienstbarkeiten belastet werden sollen, speciell, die übrigen wegen ihrer Privatrechte Theilhaftigen aber öffentlich dreimal durch die Braunschweigischen Anzeigen mindestens sechs Wochen vorher unter Androhung des Rechtsnachtheils, daß alle

¹⁷⁾ §§. 30 bis 37, I. c.

¹⁸⁾ §§. 28 u. 29, I. c.

¹⁹⁾ §. 26, I. c. Zeitschr. f. R. XXIV, 90; XXIX, 165. Ueber die Unterhaltung der Brücken f. §. 103 bei Note 25.

²⁰⁾ §. 38, I. c. Vergl. oben B. 2 u. 3.

²¹⁾ §. 38, I. c.

²²⁾ §. 38, I. c. Die Entscheidung über das Vorliegen dieser Voraussetzungen steht den Gerichten nicht zu. Vergl. aber Zeitschr. f. Rechtspf. XLVII, Beil. II, S. 67 f.

²³⁾ §. 39, I. c. Vergl. Zeitschr. f. R. XXV, 175.

späteren Einwendungen unberücksichtigt bleiben sollen, geladen werden müssen²⁴⁾. Werden in dem Termine Einwendungen vorgebracht, so entscheidet hierüber die Kreisdirection nur dann selbständig, wenn Gefahr im Verzuge ist oder das Streitobject 300 Mk. nicht erreicht, während anderenfalls vorher die Zustimmung des Preisausschusses und bei dessen abweichender Ansicht die des Staatsministeriums einzuholen ist²⁵⁾. Ueber die Feststellung der Entschädigungsforderungen für Abtretung oder Beeinträchtigung von Grundstücken oder Gerechtsamen durch die Veränderung entscheiden die Grundsätze des Expropriationsgesetzes²⁶⁾. Die Ausführung der beschlossenen Veränderung leitet die Kreisdirection²⁷⁾. Die Kosten sind von den einzelnen Gemeinden nach dem aufgestellten Repartitionsfuße und in den einzelnen Gemeinden nach dem Grundsteuercapital von den Gemeindegemeinschaften, wie bei den Kosten für die gewöhnliche Unterhaltungslast öffentlicher Gewässer, einzuziehen²⁸⁾.

2. Der Antrag auf Veränderung öffentlicher Gewässer ist bei der betreffenden Kreisdirection unter Vorlegung eines Planes und Kostenanschlages zu stellen. Die Kreisdirection hat hiernach den Antrag zu prüfen und zuzulassen, wenn demselben keine erheblichen Bedenken in öffentlichem oder wasserbaulichem Interesse oder in Beziehung auf die anliegenden Grundstücke oder sonstigen Verhältnisse entgegenstehen²⁹⁾. Nach Zulassung beraumt sie zur endgültigen Feststellung in derselben Weise einen Termin an, wie bei Veränderungen, die von Amts wegen angeordnet werden sollen³⁰⁾. Die auf Antrag erfolgende Veränderung hat noch die Besonderheit, daß Zwangsenteignungen nur zu Gunsten der Wohlfahrt einer Gemeinde oder eines überwiegenden Landesculturinteresses Platz greifen können. Nach diesen Verhandlungen wird die Veränderung entweder angenommen oder abgelehnt. Die Ausführung der Arbeiten wird ebenfalls von der betreffenden Kreisdirection überwacht³¹⁾.

III. Abgesehen von der Benutzung der Ufer und Betten, welche, soweit nicht besondere Rechtstitel eine Abweichung begründen und soweit dadurch nicht

²⁴⁾ §§. 40 bis 43, 1. c. Hinsichtlich der zu expropriirenden Betheiligten hat die Ladung überdies die Androhung zu enthalten, daß ihnen beim Nichterscheinen nur die Entschädigungsforderungen vorbehalten bleiben; bei den übrigen dritten Betheiligten, daß alle ihre im Termine nicht angemeldeten Entschädigungsansprüche erlöschen würden. Der bei der Ladung bekannt gemachte Plan der beabsichtigten Veränderung bindet allein und nach allen Richtungen; Zeitschr. f. R. XXV, 176; XXVII, 159.

²⁵⁾ §. 44, 1. c.

²⁶⁾ §. 46, 1. c. Vergl. §§. 6 u. 7 des Gef. v. 13. Sept. 1867. S. oben §. 67, II. Vergl. auch Zeitschr. f. R. XXVI, 155.

²⁷⁾ §. 47, Abs. 1, 1. c.

²⁸⁾ §. 47, Abs. 2, 1. c. Vergl. hierüber oben bei Note 11. Zu den Kosten gehören nach §. 46, Abs. 2, 1. c. auch alle Entschädigungsansprüche.

²⁹⁾ §. 48, Abs. 2, 1. c.

³⁰⁾ §. 48 das. Vergl. oben das zu Noten 24 bis 26 Gesagte.

³¹⁾ §. 48, 1. c. Vergl. Zeitschr. f. R. XLIV, 73. Der in der Landesversammlung bei Berathung des Gesetzes gestellte Antrag, Zwangsenteignungen auch im Interesse der Industrie zuzulassen, ist abgelehnt; vergl. Landtagsverhandl. 1875/76.

die Unterhaltung der Ufer erschwert oder beeinträchtigt wird, den Eigenthümern der anliegenden Grundstücke zusteht ³²⁾, und abgesehen von den Nutzungsrechten und sonstigen Rechtsverhältnissen an den Anlandungen, verlassenen Flußbetten und den in öffentlichen Gewässern entstandenen Inseln, worüber bereits an anderer Stelle gesprochen ³³⁾, ist hinsichtlich der Benutzung öffentlicher Gewässer zu unterscheiden zwischen derjenigen, welche sich auf den gemeinen Gebrauch gründet, und derjenigen, welche auf Grund eines Wassernutzungsrechts ausgeübt wird.

1. Dem gemeinen Gebrauch unterliegt ein Gewässer als öffentliches insoweit, als derselbe mit der öffentlichen Wohlfahrt übereinstimmt ³⁴⁾. Hier- nach ist der ohne besondere Vorrichtungen vorgenommene Gebrauch des fließen- den Wassers, durch welchen weder die Beschaffenheit noch der Lauf des Wassers verändert, noch irgend Jemand in seinen Nutzungsrechten gestört wird, frei- gegeben, unterliegt jedoch der allgemeinen polizeilichen Aufsicht ³⁵⁾. Das Halten von Booten zum Befahren öffentlicher Gewässer, die Herrichtung von Durch- tritten und Durchfahrten, von Viehtränken, Schafwäschen, Badeanlagen und Waschanstalten, sowie zum Einlegen von Fischbehältern bedarf zwar keiner besonderen Verleihung, aber einer jeder Zeit zurücknehmbaren oder einschrän- kbaren ortspolizeilichen Erlaubniß und unterliegt der besonderen polizeilichen Aufsicht ³⁶⁾. Der polizeilichen Erlaubniß bedarf schließlich auch das Abführen von Steinen, Sand, Schlamm, Erde zc., sowie die Gewinnung von Eis ³⁷⁾.

2. Alle weitergehenden Nutzungsarten setzen ein besonderes Nutzungs- recht voraus; insbesondere wenn es sich um Herstellung neuer oder Aenderung bestehender, die Wasserbenutzung vermittelnder Vorrichtungen handelt, durch welche der Lauf, die Gefälleverhältnisse oder die Eigenschaften des Wassers erheblich verändert werden ³⁸⁾. Hierzu gehört auch das Recht, eine Wasser- mühle an öffentlichen Gewässern zu haben ³⁹⁾, während es im Uebrigen ein

³²⁾ §. 51, I. c.; Zeitschr. f. R. XL, 96; XLIV, 81 ff. Vergl. auch oben §. 24. Ueber das Recht der Grasnutzung an den Ufern f. Zeitschr. f. R. XXVIII, 37 f. — Das Recht, einen Steg über einen öffentlichen Fluß zu heben, kann nach den Ges. cit. nur noch durch Verleihung erworben werden; Zeitschr. f. R. XXV, 175.

³³⁾ S. oben §. 65.

³⁴⁾ §. 50, Abs. 1, I. c. Strafbestimmungen befinden sich in §. 17, Z. 1 u. 2 Pol.-Str.-G.-B. v. 23. März 1899. Vergl. über den gemeinen Gebrauch an öffent- lichen Gewässern auch Zeitschr. f. R. XXVII, 33. Ueber die gemeinrechtl. Schutz- mittel des gemeinen Gebrauchs vergl. Zeitschr. f. R. IV, 106; XIX, 25; XX, 223; XXV, 64; XXXIII, 107; auch XXIV, 69, 79; XXXI, 23. Der Vorbehalt des Art. 65 G. B. G.-B. ergreift auch diese römisch-rechtl. Schutzmittel. Vergl. oben §. 2. Ebenso: Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 4, IV u. Pland, Comm., VI, 149, Note 1.

³⁵⁾ §. 56, Abs. 1, I. c. Die Nutzungsrechte Dritter, welche durch den ge- meinen Gebrauch nicht gestört werden dürfen, brauchen keine Wassernutzungsrechte zu sein, es können vielmehr auch z. B. Fischereirechte sein.

³⁶⁾ §. 56, Abs. 2 daf.

³⁷⁾ §. 54, I. c.

³⁸⁾ §. 56, Abs. 3, I. c. — Ueber den Wassergebrauch durch Hebervorrichtungen f. Zeitschr. f. R. XXX, 94 ff.; vergl. auch daf. XXVII, 33; XL, 95 f.; XLI, 37.

³⁹⁾ Vergl. Stobbe, D. Privatr. I, §. 64, Note 55 a. G.

besondere Verleihung, lediglich nach Anzeige bei der Ortspolizeibehörde vorgenommen werden ⁴⁴⁾).

Die verliehenen Nutzungsrechte können wegen überwiegender Nachteile oder Gefahren für das Gemeinwohl durch die Staatsbehörde, ebenso wie die alten, auf Privatrechtstitel gegründeten Nutzungsrechte beschränkt oder aufgehoben werden, wobei indessen eine Entschädigung des Berechtigten nur insoweit eintritt, als derselbe erweislich auf die Anlage verwendet hat nach Abzug desjenigen Werthes, den die Materialien nach ihrer Beseitigung ausmachen ⁴⁵⁾. Das Recht aus der Verleihung geht ferner ohne jede Entschädigung verloren

- a) bei Verleihung auf gewisse Zeit durch deren Ablauf,
- b) bei fruchtlosem Ablauf der für die Ausführung gesetzten Frist,
- c) durch Wegnahme oder Eingehenlassen der zur Benutzung nöthigen Vorrichtungen und schließlich
- d) durch Veränderung des Zweckes der Benutzung des Wassers, wozu dasselbe verliehen war, oder Umschaffung des Grundstückes, welchem das Wasser verliehen war, in einen den Gebrauch des Wassers ausschließenden oder unnöthig machenden Zustand ⁴⁶⁾.

Was das bei der Verleihung zu beobachtende Verfahren anlangt, so setzt dasselbe zunächst einen bei der betreffenden Kreisdirection nebst einem genauen Plan, Angabe der für den Unternehmer zu erwartenden wirthschaftlichen oder gewerblichen Vortheile, sowie der verlangten Abtretungen oder Belastung fremder Grundstücke bezw. Berechtigungen einzureichenden Antrag voraus ⁴⁷⁾. Bei Concurrenz mehrerer Anträge begründet der größere zu erwartende nationalökonomische Vortheil, im Uebrigen das ältere Bestehen oder die größere Gebundenheit an einen bestimmten Ort oder die geringere Belästigung Dritter den Vorrang ⁴⁸⁾. Die Kreisdirection entscheidet nach einer vorläufigen Prüfung über die Zulässigkeit des Antrages im Allgemeinen und läßt bejahendenfalls denselben zum weiteren Verfahren zu ⁴⁹⁾. Zu diesem Zwecke setzt sie einen Termin mit den Vertretern der durch das Unternehmen betroffenen Gemeinden, den Widerspruchsberechtigten und sonstigen, namentlich wegen verlangter Abtretung oder Belastung von Grundeigenthum oder Gerechtsamen

⁴⁴⁾ §. 85, Abs. 2 daf. — Diese Bestimmung ist auf Antrag der Commission hinzugefügt. Vergl. S. 28 f. d. Commissionsber., Anl. 50 z. Prot. 4 d. Landtagsverhandl. 1875/76.

⁴⁵⁾ §. 50, Abs. 3, l. c. — Ueber die Frage, wann solche überwiegenden Nachteile oder Gefahren vorliegen, entscheidet mit Ausschluß des Rechtsweges, ebenso wie über die Festsetzung der Entschädigung, die Kreisdirection.

⁴⁶⁾ §. 84, l. c.

⁴⁷⁾ §. 58, Abs. 1 u. 2, l. c. Darüber, wann die Abtretung oder Belastung beansprucht werden kann, s. unten bei Note 48 u. oben §. 67, I, 3 b. Der Vormund bedarf zu diesem Antrage nicht der Zustimmung des Vormundschaftsgerichtes; §. 8, l. c.

⁴⁸⁾ §. 59, l. c.

⁴⁹⁾ §. 58, Abs. 3, l. c.

Betheiligten an ⁵⁰⁾. Zum Widerspruch berechtigt sind namentlich diejenigen, welche durch eine etwaige Verunreinigung oder durch Gefahr der Versumpfung oder Ueberschwemmung betroffen oder in speciellen Rechten geschädigt werden würden ⁵¹⁾. Fischereiberechtigten steht dagegen überhaupt kein Widerspruchsrecht, sondern nur ein Entschädigungsanspruch zu, während auch die übrigen auf besonderen Rechtstitel oder auf Gefahr der Ueberschwemmung oder Versumpfung gegründeten Widerspruchsrechte bei Bewässerungsanlagen zu Landesculturzwecken unter gewissen Modificationen der Beschränkung oder Aufhebung unterliegen ⁵²⁾. Erfordert eine Bewässerungsanlage zu Landesculturzwecken die Betheiligung mehrerer Grundeigenthümer, so können dieselben gezwungen werden, entweder beizutreten oder ihre in Frage kommenden Grundstücke dem Unternehmer abzutreten. Auch sonst kann bei einem solchen Culturunternehmen die Abtretung oder Beschränkung von Grundeigenthum oder Gerechtsamen Dritter gegen volle Entschädigung beansprucht werden ⁵³⁾. Ueber die für den Fall der Betheiligung von mehr als sechs Grundbesitzern zu bildende genossenschaftliche Bewässerungsunternehmung zu Landesculturzwecken ist bereits an anderer Stelle gesprochen ⁵⁴⁾. Sind die erhobenen Widersprüche und sonstigen Einwendungen in dem Termine oder nach vorgängiger Anhörung von Sachverständigen gütlich beseitigt oder durch Entscheidung der Kreisdirection und, wenn Widersprüche gegen Zwangsbefugnisse in Frage stehen, durch Entscheidung des Staatsministeriums aus dem Wege geräumt, so erfolgt die Entschädigung im Wege des Expropriationsverfahrens und hierauf die Verleihung durch die Kreisdirection ⁵⁵⁾. Innerhalb sechs Monaten nach der Verleihung einer Wassernutzung muß die Ausführung in Angriff genommen sein, widrigenfalls sowohl den einzelnen bei dem Unternehmen Betheiligten, als auch den Unternehmern einer anderweitigen Anlage, deren Verwirklichung durch die ertheilte Verleihung gehindert ist, die Befugniß zusteht, die Verleihung für erloschen erklären zu lassen ⁵⁶⁾. Bei Bewässerungsgenossenschaften läuft diese Frist vom Tage der Genehmigung der Genossenschaftsordnung an ⁵⁷⁾.

⁵⁰⁾ §. 77, I. c.

⁵¹⁾ §. 60, I. c.

⁵²⁾ §§. 60 ff., I. c. Vergl. Zeitschr. f. R. XLV, 189. Des Näheren ist hier auf das Gesetz selbst zu verweisen.

⁵³⁾ §§. 66 u. 67 das. Nur zu Landesculturzwecken kann eine solche Abtretung gefordert werden; analoge Ausdehnung dieser Bestimmung auf industrielle Unternehmungen, auch auf Zuckerfabriken u. dergl. ist ausgeschlossen. Sitzungsber. vom 17. März 1876 d. Landtagsverhandl. 1875/76, S. 109 ff. u. 2. Commissionsber., S. 10 ff. d. Anlage 95.

⁵⁴⁾ S. oben §. 17, II.

⁵⁵⁾ §. 77, Abf. 2; §. 78, I. c. Ueber die Expropriation s. oben §. 67.

⁵⁶⁾ §. 83, Abf. 1, I. c.

⁵⁷⁾ §. 83, Abf. 2 das. Wegen der näheren Bestimmungen ist mit Rücksicht auf die für die Darstellung des Privatrechts gebotene Kürze auf das Gesetz selbst zu verweisen.

mittelft bedeckter Canäle oder Röhren, welche der Unternehmer auf eigene Kosten herzustellen und zu unterhalten hat, sowie gegen volle Entschädigung wegen entstehender Nachtheile geschehen ¹⁰⁾. Führt andererseits der höher belegene Grundeigenthümer das dortselbst entspringende oder sich sammelnde Wasser in Gräben durch sein Grundstück, so kann der tiefer liegende Grundeigenthümer Anschluß an die Anlage fordern, wenn dies ohne Nachtheil für ersteren geschehen kann und solange derselbe die Anlage zu seinem Gebrauch bestehen läßt ¹¹⁾.

Fünfter Abschnitt.

We g e r e c h t.

§. 103.

Die Rechtsverhältnisse der Wege werden durch die Neue Wegeordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 29. Juni 1899 ¹⁾ geregelt ²⁾. Diese

¹⁰⁾ §. 89, l. c.

¹¹⁾ §. 90, l. c.

¹⁾ Ges.- u. Verordnungs-J., Nr. 56. — Schon in den Landtagsabsh. zu Salzdahlum v. 3. Juni 1597, §. 27 (Steinacker, Größere Organisationsges., S. 21) und zu Wolfenbüttel v. 27. Jan. 1619, §. 21 (Steinacker, a. a. O., S. 46), sowie in dem Landesf. Ausschreiben v. 5. Jan. 1611 und den Verordn. v. 9. Oct. 1617, 31. Dec. 1643 u. 18. Aug. 1645 ist die Erhaltung der Landstraßen und die Besserung der Wege und Stege denen, welchen solche herkömmlich obliege, ernstlich geboten, wobei die letztgenannte Verordn. die Säumigen und Ungehorsamen mit der in der Landesordn. von 1647 bezeichneten Strafe bedroht (Steinacker, Promt. II, 479, Anmerk. *). Auch die Landesf. Verordn. v. 15. Sept. 1645 (Steinacker, Promt., a. a. O.) regelt diese Verhältnisse und überträgt die Aufsicht über die Wege den Notarien. Die erste eigentliche Wegeordnung ist unterm 10. März 1704 (Steinacker, a. a. O.) erlassen, welche die Rechtsverhältnisse, namentlich die Unterhaltungspflicht hinsichtlich der Wege in den Städten und Flecken, sowie der Landwege und Heerstraßen ordnet. Nachdem dann noch über die Verbesserung, Unterhaltung u. d. Wege das Landesf. Ausschr. v. 1. Dec. 1750, die Verordn. v. 16. Mai 1752 u. v. 30. Jan. 1753, wiederholt am 27. Nov. 1769, sowie Ausschr. v. 11. Mai 1770 (Fredericksdorff, Promt., S. 66 ff.) nähere Bestimmungen getroffen, auch durch Verordn. v. 26. März 1823 die Abtretung der zu den Chaussees nöthigen Grundstücke und Materialien geregelt, schließlich auch noch eine Anzahl Rescripte (vergl. Wege, Repert. I, 469 ff.; II, 251 ff.) erlassen war, wurde unterm 11. Mai 1840, Nr. 25 eine „Wegeordnung“ publicirt, deren Bestimmungen mit den heutigen im Wesentlichen übereinstimmen. Sie unterschied zwischen „Heerstraßen“, welche im Eigenthume des Staates standen, „Landstraßen“, welche zum allgemeinen Verkehr in einzelnen Landestheilen oder zu deren Verbindung mit anderen Staaten dienten, Communicationswegen, welche zur Communication der Ortschaften unter einander oder mit Heer- und Landstraßen bestimmt waren, Straßen und Wegen in Städten, Flecken und Dörfern, Feld- und Wannenwegen, Privat- und Fußwegen. Die Unterhaltung der Staatsstraßen lag dem Staate ob, die der übrigen Wege den Interessenten unter Beihülfe des Staates, soweit Landstraßen und Communicationswege in Frage standen. — Geringere Modificationen brachten die Ges. v. 11. Jan. 1851, Nr. 11 und §. 19 d. Ges. v. 13. Sept. 1867, Nr. 78, bis die Wege-Ordn. v. 5. Juni 1871, Nr. 37

Rechtsverhältnisse sind zwar überwiegend publicistischer Natur, greifen aber theilweise in das Gebiet des Privatrechts über und sind in letzterer Beziehung so eng mit jenen verschmolzen, daß eine kurze Darstellung der gesamten hierher gehörigen Bestimmungen am Platze erscheint.

1. Die Neue Wegeordnung unterscheidet sechs Arten von Wegen, nämlich:

- a) Staatsstraßen, welche den früheren Heer- und den Landstraßen entsprechen ³⁾;
- b) Communicationswege, welche zur Verbindung der Ortschaften und Gemarkungen unter einander oder mit den Staatsstraßen und Eisenbahnen bestimmt sind;
- c) Straßen und Wege in Städten, Flecken und Dörfern, soweit sie nicht im Zuge der Staatsstraßen oder Communicationswege liegen ⁴⁾;
- d) öffentliche Fußwege;
- e) Feld- und Wannewege ⁵⁾;
- f) Privatwege ⁶⁾.

die Materie neu und umfassend regelte. Abgeändert ist sie später mehrfach, besonders durch die Gesetze v. 10. Nov. 1873, Nr. 60; v. 4. April 1874, Nr. 17; v. 31. Mai 1890, Nr. 21 und v. 19. Februar 1895, Nr. 14. Die jetzige Wege-Ordnung ist im Wesentlichen nur eine neue Redaction der durch diese Gesetze abgeänderten Wege-Ordnung von 1871.

²⁾ Das Wegerecht ist durch keinen besonderen Vorbehalt dem Landesrecht unterworfen. Es ist deshalb dem B. G. B. nur insoweit entzogen, als es publicistischer Natur ist. Ebenso: Prot. S. 2787 f., 8877 f.

³⁾ Vergl. hierüber oben Note 1 a. E. — Vergl. dazu das Verzeichniß der Staatsstraßen in der Verordn. v. 5. Juni 1871, Nr. 38, ergänzt bezw. abgeändert durch die Verordn. v. 17. Oct. 1872, Nr. 53, v. 7. Aug. 1875, Nr. 66, v. 30. Juni 1888, Nr. 35, v. 1. Oct. 1890, Nr. 54, v. 8. Oct. 1892, Nr. 49, v. 27. Febr. 1893, Nr. 12 und v. 11. März 1895, Nr. 20, v. 15. August 1895, Nr. 50. Das ältere Verzeichniß der „Heerstraßen“ war durch Verordn. vom 11. Mai 1840 veröffentlicht.

⁴⁾ Ueber die abweichenden Rechtsverhältnisse in der Stadt Braunschweig s. unten bei Note 13. — Die Privatstraßen, die in einigen Städten vorkommen, bilden eine besondere Art von Privatwegen. Es sind innerhalb der Ortschaften nicht kunstmäßig angelegte, aber zugleich für Anbau, Befezung mit Häusern bestimmte Wege, die entweder nur eine beschränkte Oeffentlichkeit haben oder aber von den Privatunternehmern dem Verkehr gänzlich geöffnet sind. Zeitschr. f. R. XLIV, S. 135. Siehe auch Bau-Ordn. v. 13. März 1899, §. 16 und unten Note 13.

⁵⁾ Nach §. 3 der Wege-Ordn. von 1899 sind sie öffentlich. Früher war dies streitig. In dem Entw. zur R. Wege-Ordn. v. 1871 standen in §. 2 die Feld- und Wannewege vor den öffentlichen Fußwegen. Auf Veranlassung der Comm. sind sie nachgestellt, damit die öffentlichen Wege hinter einander gereiht würden. Comm.-Bericht S. 6, Anlage 246, Landtagsverh. 1869/70. Das D. R. G. hat jedoch die Feld- und Wannewege für öffentliche erklärt. Zeitschr. f. R. XLIII, S. 124.

⁶⁾ Privatwege sind solche, die im Eigenthum einer Privatperson oder mehrerer Privatpersonen stehen und zu deren Benutzung nur eine gewisse Anzahl von Personen berechtigt ist, die also ein öffentliches Interesse nicht haben. Zeitschr. f. R. XLIV, 135; XLVI, 147. Vergl. auch Ude, Comm. z. Pol.-Str.-G. B., 2. Aufl., S. 82, Note 3. Ueber Privatstraßen s. oben Note 4.

Eintretende Zweifel über die Eigenschaft eines Weges entscheidet das Staatsministerium, abgesehen von dem Falle, daß Privateigenthum an einem Wege behauptet wird, worüber die Gerichte zu entscheiden haben⁷⁾.

Ihrer rechtlichen Natur nach sind alle Wege, mit Ausnahme der Privatwege, öffentliche, d. h. für die Dauer ihres Bestehens der öffentlichen Benutzung unterworfen⁸⁾. Der Umfang dieser Benutzung kann nach der Art der Wege verschieden sein⁹⁾ und darf in keinem Falle die Integrität derselben in außergewöhnlichem Maße schädigen, widrigenfalls dem Unterhaltungspflichtigen ein Schadenersatzanspruch erwächst¹⁰⁾. Die Öffentlichkeit dieser Wege und die damit verbundene relative Extracommercialität schließt nicht aus, daß dieselben im Eigenthum einer Person stehen¹¹⁾. So stehen die Staatsstraßen im Eigenthume des Staates, die Communicationswege im Eigenthume des betreffenden Kreiscommunalverbandes, die Wege in Dörfern, Flecken, Städten im Eigenthume der betreffenden Gemeinde, während bei den öffentlichen Fußwegen, sowie bei den Feld- und Wannenwegen in jedem einzelnen Falle auf historischem Wege die Frage gelöst werden muß, ob das Eigenthum der politischen Gemeinde oder einer Interessentschaft zusteht¹²⁾. Besondere Rechtsverhältnisse gelten für die Wege in der Stadt Braunschweig¹³⁾.

7) §. 2 der R. Wegeordn. Hiermit ist die frühere Streitfrage über die Competenz beseitigt (vergl. Erk. d. O.-G. Wolf., 2. Sen. v. 23. Dec. 1850 i. S. Stadtdendorf c. v. Campe; f. auch Seuff. Arch. XVII, 285). Es ist möglich, daß eine Wegestrecke in ihren verschiedenen Theilen eine andere rechtl. Natur hat. Zeitschrift f. R. XLVI, Weil. S. 48.

Die „Forstabfuhrwege“ sind zur Kategorie der Feld- und Wannenwege zu zählen; vergl. §. 2 d. Gef. v. 4. April 1874, Nr. 13. — Wer die Privatwegeigenschaft behauptet, hat sie bei Widerspruch zu beweisen. Streiten sich dagegen zwei Parteien um das Eigenthum an einem Grundstück, welches thatsächlich ein öffentlicher Weg ist, ohne diese Eigenschaft zu behaupten, so braucht der Richter von Amts wegen diese Eigenschaft nicht zu berücksichtigen; andererseits kann sein Urtheil nur relatives Recht unter den Parteien erzeugen und die öffentliche Natur des Grundstückes nicht alteriren.

8) Weder in der W.-O. noch sonst in der particul. Gesetzgebung findet sich eine Definition der öffentlichen und der Privatwege. Unter öffentlichen Wegen versteht man die zum freien, allgemeinen Gebrauche, zum ungehinderten Verkehr für Jedermann dienenden Wege, die Jeder zu benutzen befugt ist, ohne daß sie ihm durch Privatwillkür entzogen werden können. Dabei ist es gleichgültig, ob der Weg im Privateigenthum steht oder nicht. Zeitschr. f. R. XLIV, 135; XLVI, 147 vergl. mit XLII, 41; XLIII, 123; Seuff. Arch. XXXIV, Nr. 7. Vergl. auch Ude, Comm. P.-St.-G.-B., 2. Aufl., S. 82, Note 3.

9) So darf z. B. ein öffentlicher Fußweg nicht zum Fahren und Reiten benutzt werden. In Städten kann für gewisse Straßen der Verkehr mit Lastfuhrwert statutarisch verboten sein zc.

10) Die Frage, wann eine solche Schädigung eingetreten, entscheiden die Gerichte.

11) S. oben §. 25. Vergl. auch Zeitschr. f. R. XLII, 40 f. Buchungspflichtig sind die öffentlichen Wege nicht. §. 1 Br. Ver. z. G.-B.-O. S. oben §. 73 und unten Note 40.

12) Vergl. Bericht d. Herzogl. Oberlandesger. an Herzogl. Staatsministerium vom 15. Jan. 1886, d. Recht d. Kreiscommunalverb. zc. betr., und Zeitschr. f. R. XLII, 41; XLVI, 148. Die in den Recessen der separirten Feldmarken unter der

2. a) Was den Inhalt der Wegebaulast anlangt, so umfaßt dieselbe die Herstellung, Veränderung und Unterhaltung der Wege mit allen ihren Zubehörungen, namentlich auch der Brücken, Canäle, Durchpflasterungen, Durchlässe und Seitengräben mit dem etwaigen Sicherheitsstreifen¹⁴⁾. Was im Uebrigen den Umfang der Unterhaltungslast anlangt, so sollen die öffentlichen Wege auf die den Umständen nach zweckmäßigste und dauerhafteste Art angelegt und im Stande erhalten werden¹⁵⁾. Die Besserung der Communicationswege mit Holz soll ferner nur ausnahmsweise bei eiligen vorläufigen Reparaturen zulässig sein¹⁶⁾. Die Breite muß bei Staatsstraßen 7 bis 12, bei Communicationswegen 6 bis 9 m ausschließlich der etwaigen Seitengräben und Sicherheitsstreifen betragen. Bei örtlichen Schwierigkeiten, insbesondere bei Gebirgswegen, genügt die Anlage geeigneter Ausweichplätze. Bei Communicationswegen, bei denen Seitengräben nicht erforderlich sind, reicht eine Breite von 4½ bis 6 m hin¹⁷⁾. Die Breite der Orts- und Feldwege richtet sich nach den Umständen, kann jedoch von der betreffenden Kreisdirection regulirt werden¹⁸⁾. Die Seitengräben an den Straßen und Wegen sind in einer von den Behörden nach den Umständen festzusetzenden Breite anzulegen und zu unterhalten, während die Ueberfahrten über selbige auf Kosten der Anlieger zu beschaffen sind¹⁹⁾. Brücken, Canäle und Durchlässe sollen in der Regel durch

Kubrit „gemeinschaftliche Anlagen“ aufgeführten Wege sind im Zweifel Eigenthum der Feldmarksintereffenschaft.

¹⁵⁾ Ueber die Kosten der Anlage und Unterhaltung der in den Ortsbauplan aufgenommenen Straßen und Plätze aller Gemeinde vergl. Bau-Ordn. von 1899, §. 13. Diese Vorschrift soll aber nicht auf private Straßen oder Plätze Anwendung finden, auch wenn sie dem öffentlichen Verkehr dienen (vergl. oben Note 4); vielmehr soll bei diesen das Nähere zwischen Unternehmer und Gemeinde geregelt werden. — Ueber die Eigenschaft der im Stadtbezirk Braunschweig belegenen Strecken vormaliger Staatsstraßen s. Ges. vom 14. Juli 1895, Nr. 42. Auf die innerhalb der Stadt Braunschweig, einschließlich seiner Feldmarken, belegenen Communications-, Feld- und Wannenwege, sowie öffentliche Fußwege finden nicht die §§. 2 bis 18 W.-O., sondern das auch nach dem städt. Statut über die Feldmarksgemeinden v. 25. Septbr. 1899 in Kraft gebliebene Statut vom 20. Novbr. 1851, Nr. 2 Anwendung. Ueber das Nähere s. oben §. 16, Z. 7. Vergl. dazu Zeitschr. f. R. XLIII, 124 f. — Nach dem VIII. Landtagsabsch. v. 9. Sept. 1858, Nr. 51, Anl. D, Art. 3 hat außerdem die Landesregierung statt der sonst pflichtigen Stadt übernommen:

- a) Bau und Erhaltung der öffentlichen Okerbrücken,
- b) der Wallpromenaden.

Nach Art. 4 das. trägt die Landesregierung ferner die Kosten der zur Leitung von Pflasterarbeiten erforderlichen Beamten, die Kosten der ganzen Pflasterung gewisser Straßen, fünf Sechstel der Kosten der Pflasterung aller anderen Straßen.

¹⁴⁾ §. 17 d. R. Wegeordn. Vergl. aber auch unten bei Noten 18 bis 20.

¹⁵⁾ §. 29, l. c. Die Pflichtigen haften für jeden Nachtheil, der Dritten durch mangelhafte Beschaffenheit der Wege entsteht; Art. 106 E. B. G.-B.; auch Zeitschr. f. R. XV, 146; XXXV, 22.

¹⁶⁾ §. 30 das.

¹⁷⁾ §. 32, l. c.

¹⁸⁾ §. 33, l. c.

¹⁹⁾ §. 36, l. c. Die Frage nach dem Eigenthum der Ueberfahrten kann indessen nur nach dem B. G.-B. beantwortet werden.

die Breite des ganzen Weges reichen und anderenfalls mit zweckentsprechendem Seitenschutz versehen sein²⁰⁾. Ebenso sollen gefährliche Stellen der Wege befriedigt werden²¹⁾.

b) Wegebaupflichtig sind grundsätzlich die Eigenthümer des Weges²²⁾. Jedoch sollen die Ueberfahrten, welche über die Seitengräben zu den Grundstücken führen, von den Eigenthümern derselben²³⁾, die Abflußgräben, welche das Wasser von den Wegen abwärts führen, von den Besitzern derjenigen Grundstücke, durch welche sie ihren Lauf haben, unterhalten werden²⁴⁾. Außerdem können Abweichungen von der gewöhnlichen Baulast²⁵⁾ durch Vertrag, gerichtliches Erkenntniß oder einen sonstigen Titel²⁶⁾ begründet sein, in welchem Falle aber trotzdem dem Staate gegenüber nur der gesetzlich Verpflichtete zur Ausführung verbunden erscheint, während diesem nur ein Ersatzanspruch gegen den Dritten privatrechtlich Verpflichteten zusteht²⁷⁾.

Im Uebrigen liegt die Baupflicht der Staatsstraßen dem Staate ob²⁸⁾. Bei Communicationswegen sind die betreffenden Kreiscommunalverbände wegebaupflichtig, welche die Kosten, soweit sie nicht vom Kreisvermögen bestritten werden, auf alle im Verbande belegenen Gemeinden und Gemarkungen vertheilen, die ihrerseits eine weitere Vertheilung auf die einzelnen beitragspflichtigen Grundbesitzer nach Verhältniß ihrer Grundsteuerveranlagung herbeiführen²⁹⁾. Wegebaupflichtig rücksichtlich der Straßen und Wege in Dörfern sind, soweit solche Strecken nicht im Zuge der Staatsstraßen und Communicationswege liegen, die Gemeinden dergestalt, daß sämtliche Einwohner nach Verhältniß ihrer Grundsteuerveranlagung herangezogen werden³⁰⁾. Diejenigen Wege, welche von der Dorfstraße nach einzelnen Häusern oder Grundstücken führen, müssen von letzteren ausschließlich unterhalten werden³¹⁾. Rüksichtlich der Straßen und Wege in den Städten, sofern sie nicht im Zuge der Staatsstraßen liegen, sind die Stadtgemeinden baupflichtig, während sich die Vertheilung nach dem

²⁰⁾ §. 37, I. c.

²¹⁾ §. 38, I. c. Vergl. Zeitschr. f. R. XXXV, 22.

²²⁾ Vergl. Zeitschr. f. R. VI, 65. S. oben bei Note 12. Rüksichtlich der Kreuzungspunkte von Wegen, die in verschiedenem Eigenthum stehen, vergl. Zeitschr. f. R. XIX, 152.

²³⁾ Vergl. oben Note 19.

²⁴⁾ §. 38, I. c. Vergl. Zeitschr. f. R. XXXV, 22.

²⁵⁾ Hier steht nicht bloß die Baulast im gesammten (oben unter 2a bezeichneten) Umfange in Frage, sondern auch einzelne Theile derselben, z. B. von Brücken, Canälen (vergl. insbesondere §. 17, Abf. 2 d. R. Wegeordn.), deren Unterhaltung einem Anderen als dem Eigenthümer obliegen kann.

²⁶⁾ Hierher gehört namentlich die Erskung an nicht eingetragenen Wegen. Vergl. oben §§. 25 u. 75, I. — Vergl. auch Zeitschr. f. R. VI, 65; XXIX, 14.

²⁷⁾ §. 18, I. c. Vergl. Zeitschr. f. R. VI, 65.

²⁸⁾ §. 11, I. c.

²⁹⁾ §§. 12 u. 19, I. c. Abweichungen sind für Wolfenbüttel bestimmt. Früher Gef. v. 31. Mai 1890, Nr. 21.

³⁰⁾ §. 13, Abf. 1 u. 3, I. c. Früher Gef. v. 31. Mai 1890, Nr. 21.

³¹⁾ §. 13, Abf. 4 das.

Herkommen oder statutarischer Bestimmung regelt³²⁾. Zur Instandhaltung der Feld- und Wannenwege, der Abfuhrwege, sowie der öffentlichen Fußwege tragen, wenn nicht eine Interessentenschaft Eigenthümerin ist, regelmäßig die sämmtlichen Grundbesitzer der betreffenden Feldmark nach Maßgabe der Grundsteuercapitale oder der Festsetzung der Gemeindebehörden bezw. der Localpolizeibeamten bei, gegen welche Festsetzung Beschwerde an den Kreisauschuß zulässig ist³³⁾. Bei Communicationswegen, sowie bei Straßen und Wegen in Städten und Dörfern können gewerbliche Etablissements, deren Bestehen eine außergewöhnliche Abnutzung der Wege veranlaßt, zu außerordentlichen Beiträgen herangezogen werden. Gegen deren Festsetzung entscheidet bei den Communicationswegen auf Beschwerde die Kreisversammlung, sonst der Kreisauschuß³⁴⁾. Gegen die Entscheidungen über die Kosten ist in jedem Falle Klage beim Verwaltungsgerichtshofe zugelassen³⁵⁾. Der Staat leistet zu der Unterhaltung und Anlegung von Communications- und Dorfstraßen insofern Beihilfe, als er unentgeltliche Untersuchung, Veranschlagung und Leitung der Wegebauten durch den betreffenden Kreisbaubeamten gewährt³⁶⁾.

3. Jede Veränderung, Aufhebung oder Umwandlung eines öffentlichen Weges, mit Ausnahme der Feld- und Wannenwege, wird, wenn dabei eine Staatsstraße in Frage kommt, im Verordnungswege, sonst vom Herzogl. Staatsministerium im Verwaltungswege nach gutachtlicher Anhörung der Organe der dabei interessirten Gemeinden, Gemarkungen, Kreise etc. bestimmt. Mit der Bekanntmachung der betreffenden Bestimmung tritt das neue Rechtsverhältniß in Kraft³⁷⁾. Wird eine Staatsstraße in einen Communicationsweg umgewandelt, so erhält der betreffende Kreiscommunalverband, welcher in Folge solcher Umwandlung künftighin die Unterhaltung zu tragen hat, als Vergütung für diese Last vom Staate den zwanzigfachen Betrag derjenigen Summe, welche nach dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre auf die ordnungsmäßige Unterhaltung der Straße jährlich verwandt ist³⁸⁾. Ueber das Aufhören von Feld- und Wannenwegen entscheiden die betreffenden Gemeinden und Gemarkungen, gegen deren Beschlüsse Recurs an den Kreisauschuß und weiter ans Staatsministerium zulässig ist. Die Umwandlung von Feld- und Wannenwegen in Dorfstraßen bedarf nur eines Beschlusses der Gemeindebehörde und der Ge-

³²⁾ §. 15, l. c. Früher Gef. v. 31. Mai 1890, Nr. 21.

³³⁾ §. 16, l. c. Früher Gef. v. 31. Mai 1890, Nr. 21.

³⁴⁾ §§. 13, Abs. 2; 15, Abs. 2; 16, Abs. 6 u. 21 d. Wegeordn.

³⁵⁾ Gef. v. 5. März 1895, Nr. 26, §. 51. Vergl. Zeitschr. f. R. XLVI, 65 ff.

³⁶⁾ §. 14 d. R. Wegeordn.

³⁷⁾ §. 3 d. R. Wegeordn. — Bei gesetzlich erfolgter Aufhebung oder Umwandlung können die Anlieger keinen Entschädigungsanspruch geltend machen; Zeitschr. f. R. XI, 37; vergl. IX, 148. Ebenso R. = G. = Entsch. III, 171; VI, 159.

³⁸⁾ §. 3, W. = O. — Da öffentliche Wege nicht buchpflichtig sind (vergl. oben Note 11), so kann nach §. 48 Br. Ausf. B. = G. = B. das Eigenthum an einem öffentlichen Wege dadurch von dem Staate auf den Kreiscommunalverband oder eine Gemeinde übertragen werden, daß die Uebertragung von der zuständigen Staatsbehörde gerichtlich oder notariell verlautbart wird.

nehmung des Kreisausschusses³⁹⁾. Die Eintragung der im Verkehr gesetzten Wegegrundstücke im Grundbuche erfolgt nach den Bestimmungen der Grundbuchordnung⁴⁰⁾.

4. Was die Privatwege anlangt, so liegt deren Unterhaltung regelmäßig ebenfalls dem Eigenthümer ob⁴¹⁾. Ist zur Benutzung eines Privatweges eine gewisse Classe von Einwohnern berechtigt, so sind diese im Zweifel alle zu gleichen Theilen unterhaltungspflichtig⁴²⁾. Die Frage, ob ein Privatweg verändert oder aufgehoben werden soll, entscheidet lediglich der Eigenthümer.

5. Ueber die Abtretung von Grundstücken und Materialien zu Wegen ist bereits an anderer Stelle gesprochen⁴³⁾.

³⁹⁾ §. 13, Abf. 5 u. §. 15, Abf. 1, l. c.; früher Gef. v. 19. Febr. 1895, Nr. 14.

⁴⁰⁾ Da alle Wege eintragungsfähig sind (vergl. oben Note 11), so brauchen Wege, bei denen von der Möglichkeit der Eintragung Gebrauch gemacht ist, nicht noch besonders in Verkehr gesetzt zu werden. Doch ist ihre Veräußerung nur zulässig, wie die Veräußerung von Staats-, Kreis-, Gemeinde- oder Gemeinheitsgut überhaupt, also mit Genehmigung der betr. Aufsichtsbehörden. — Ueber den Eigenthumswechsel bei verlassenen Wegen vergl. Zeitschr. f. R. XLIII, 123.

⁴¹⁾ Abweichungen können selbstverständlich durch jeden privatrechtl. Titel herbeigeführt sein. Alle diese Rechtsverhältnisse unterliegen aber lediglich dem B. G.-B.

⁴²⁾ §. 16, Abf. 5 B.-G.; früher Gef. v. 31. Mai 1890, Nr. 21.

⁴³⁾ S. oben §. 67, I, 1.

F a m i l i e n r e c h t.

Erstes Capitel.

E h e r e c h t.

§. 104.

Entstehung und Beendigung der Ehe.

I. Das Verlöbnißrecht bestimmt sich nach dem B. G.-B. auch dann, wenn das Verlöbniß schon vor dem 1. Januar 1900 geschlossen war¹⁾.

II. Die formellen Voraussetzungen der Eheschließung regelte auch schon vor dem 1. Januar 1900 ausschließlich das Reichsrecht²⁾. Die kirchliche Trauung, welche stets erst nach der Eheschließung vorgenommen werden darf, ist facultativ und hat lediglich kirchliche Bedeutung ohne jede privatrechtliche Folge³⁾. Die materiellen Voraussetzungen wurden theilweise durch Reichs-

¹⁾ Das E. B. G.-B. trifft keine Uebergangsbestimmungen hierfür. Die Mot. zum B. G.-B. IV, S. 1, wollen den (jetzigen) Art. 170 E. B. G.-B. Anwendung finden lassen, übersehen aber, daß das Verlöbniß kein Schuldverhältniß, sondern ein familienrechtliches Verhältniß begründet. Nach Analogie des Ehrechts müssen daher auch auf das schon vor 1900 begründete Verlöbniß die neuen Bestimmungen der §§. 1298 bis 1300 B. G.-B. Anwendung finden. Vergl. Endemann, Lehrbuch II, S. 605, Note 13, zustimmend jetzt auch Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., S. 500. Ist dagegen ein Verlöbniß schon vor 1900 gebrochen, so tritt Schadenersatzpflicht nach älterem Recht ein, da dieser Anspruch ein Schuldrechtsverhältniß im Sinne des Art. 170 E. B. G.-B. ist (O.-L.-G. Stuttgart v. 27. April 1900 in Deutsch. Jur.-Z. 1900, S. 256).

Die älteren landesgesetzlichen Bestimmungen über Verlöbniße sind durch §. 118, Z. 14 Br. Ausf. B. G.-B. ausdrücklich für aufgehoben erklärt. Dies sind insbesondere die Landesfürstl. Verordn. v. 2. Januar 1704 u. 19. Nov. 1725 (Steinacker, Promt. I, 266 f.), wonach eine rechtsverbindliche Verlobung nur mit Zustimmung und in Gegenwart der Eltern und von Zeugen, beim Tode der Eltern aber rücksichtlich der minderjährigen Verlobten in Gegenwart der Vormünder und Zeugen geschlossen werden konnte. Eine Klage auf Vollzug der Ehe war schon seit der Verordnung v. 18. Febr. 1814 unzulässig.

²⁾ Reichsges. v. 6. Februar 1875, §§. 44 ff.

³⁾ Die kirchlichen Trauungen sollten nach der Ern. Kirchenordn. v. 1709, Th. I, Cap. XXII, §. 8 und der Landesf. Verordn. v. 11. Dec. 1709, vergl. mit

recht⁴⁾, theilweise durch Landesrecht bestimmt⁵⁾. Die Gültigkeit einer vor dem Inkrafttreten des B. G.-B. abgeschlossenen Ehe bestimmt sich nach den bisherigen Gesetzen⁶⁾. Seit dem 1. Januar 1900 kommen landesgesetzlich nur noch folgende Bestimmungen in Betracht.

1. Die Officiere des Gensdarmiercorps bedürfen zur Eheschließung

dem Conf.-Ausführ. v. 12. Juni 1816 (Vege, Repert. I, 189), in der Regel in dem Orte geschehen, wo die Braut zuletzt eingepfarrt war, bei Dienstboten entweder am letzten Aufenthaltsorte oder am Wohnorte der Eltern. Haustrauungen sollten nach der Kirchenordn., Cap. IX, §. 7 nur der Ritterschaft ohne Genehmigung des Confist. gestattet sein (vergl. auch Verordn. v. 14. April 1814, Nr. 55, §. 12). Erst das Kirchenges. v. 4. Januar 1884, Nr. 2 gab die Haustrauungen überhaupt frei. Zu Trauungen in den sogen. geschlossenen Zeiten, z. B. in der Fasten- und in der Adventszeit, bedurfte es schon seit der Ern. Kirchenordn., Cap. XXII, §. 9 keiner besonderen Erlaubniß mehr. — Hinsichtlich der Copulation der Katholiken und bei Mischehen gab die Verordn. v. 9. April 1768, §. 4 (Steinacker, Promt. II, 295) nebst dem Confist.-Ausführ. v. 19. September 1818 (Vege, Repert. I, 235) und vom 20. September 1826 (Vege, Repert. II, 197) für Städte und Landgemeinden verschiedene Bestimmungen, welche durch Ges. v. 10. Mai 1867, Nr. 37 abgändert und durch das Reichsgesetz gegenstandslos geworden sind. — Heute wird die kirchliche Trauung durch das Landesgesetz vom 8. December 1875, Nr. 91 geregelt.

⁴⁾ §. 28 des Reichsges. v. 6. Febr. 1875 bestimmte das Alter der Ehemündigkeit fürs männliche Geschlecht auf das vollendete 20., fürs weibliche auf das vollendete 16. Lebensjahr. Nach der Ern. Kirchenordn. v. 1709, Thl. I, Cap. XXII, §. 2 durften Männer nicht vor dem vollendeten 18., Frauenspersonen nicht vor dem vollendeten 15. Jahre heirathen. Nach dem Ges. v. 22. Januar 1852, Nr. 7, §. 3 sollte in der Regel keiner Mannsperson vor zurückgelegtem 27. Lebensjahre der Trauschein ertheilt werden. Modificirt wurde dieser Satz durch Ges. v. 3. August 1864, Nr. 43. Das Ges. v. 21. Febr. 1870, Nr. 22 rückte die bestimmte Grenze für Männer auf das vollendete 21. Lebensjahr. Jetzt ist durch §. 1303 B. G.-B. die Ehemündigkeit der Männer ebenfalls wieder auf das vollendete 21. Jahr hinaufgerückt. Die Einwilligung der Eltern oder Vertreter wurde durch §§. 28, 29 ff. Reichsges. v. 6. Febr. 1875 erfordert, wie schon vorher im Wesentlichen nach Landesrecht (Steinacker, Promt. I, 38 u. Verordn. v. 22. Januar 1744 in Schneider, Repert. II, 298 bezgl. der Stiefeltern).

⁵⁾ Hierher gehörte abgesehen von den noch jetzt gültigen Bestimmungen die Vorschrift über das Verbot der Wiederverheirathung der Wittwen vor Auseinandersetzung mit ihren Kindern. Allg. Landesordn. v. 1647, Art. 100, Conf.-Ausführ. v. 11. November 1716; Landesf. Rescr. v. 11. Januar 1753; Publicat. des Rathes zu Braunschweig v. 30. Januar 1753; Landesf. Rescr. v. 6. Februar 1764 (Steinacker, Promt. II, 501; Schneider, Repert. III, 241); Reglement des Confist. vom 10. December 1814, B. d. §. 11 (Vege, Repert. I, 216). Nach den Heinrichstädtischen Statuten von 1602, Art. 15 (v. Liebhaber, Einl. II) sollte die zuwiderhandelnde Wittve auch des Erbrechts gegen ihre Kinder erster Ehe verlustig gehen. — Auch die gemeinrechtlichen Ehehindernisse zählten hierher. Danach waren private trennende Ehehindernisse: a) die mangelnde Willensfähigkeit (Entsch. d. R.-G. IX, 213, vergl. aber auch IX, 219); b) die mangelnde elterliche Einwilligung (Sicherer, a. a. O., III, 3 bei Note 37 ff.; Stobbe, D. Privatr. IV, §. 253, 5); c) Einwirkung von Zwang, Betrug oder Irrthum (vergl. Dedekind, Präjudicien, §. 32).

⁶⁾ Art. 198, Abs. 1 E. B. G.-B. Hiervon statuiren Abs. 2 u. 3 gewisse Ausnahmen für den Fall, daß die Ehegatten trotz Ungültigkeit der Ehe nach dem 1. Jan. 1900 noch mit einander gelebt haben. Habsicht, Einwirkung, S. 505 ff.

der Landesherrlichen Genehmigung, die Mannschaften der Genehmigung ihres Commandeurs⁷⁾.

2. Beamte eines anderen deutschen Staates bedürfen zur Eheschließung im Herzogthum der Bescheinigung ihres Vorgesetzten, daß sie eine besondere Erlaubniß zur Eingehung der Ehe nicht nöthig haben oder daß die Erlaubniß erteilt ist⁸⁾.
3. Ausländer müssen zur Eheschließung im Herzogthume ein Zeugniß der zuständigen Behörde ihres Staates darüber beibringen, daß Ehehindernisse nicht vorliegen und der Ehemann durch die Eheschließung seine Staatsangehörigkeit nicht verliert, sondern auf Frau und Kinder überträgt. Das Zeugniß muß mit der Bescheinigung eines deutschen Gesandten oder Consuls versehen sein, daß die ausländische Behörde zuständig sei⁹⁾. Abweichende Bestimmungen der Staatsverträge bleiben bestehen¹⁰⁾. Auch sonst kann das Herzogl. Staatsministerium, Abtheilung der Justiz, im einzelnen Falle Befreiung bewilligen¹¹⁾.

Das Herzogl. Staatsministerium, Abtheilung für Justiz, ist auch zuständig für die Dispensation von der Vorschrift, daß eine Frau nicht vor vollendetem 16. Lebensjahre heirathen darf, von dem Verbot der Ehe mit dem Ehebrecher, von der zehnmonatigen Wartefrist der Wittve und von dem Aufgebot¹²⁾.

7) §. 65 Br. Ausf. B. G.-B. Diese Bestimmung, welche sich auf §. 1315 B. G.-B. gründet und §. 5 des Gef. v. 28. Juni 1872, Nr. 38 ersetzt, enthält nur ein aufschiebendes Ehehinderniß, dessen Nichtbeachtung für den Angehörigen des Gensdarmiericorps disciplinäre Befrafung zur Folge haben kann.

8) §. 66 Br. Ausf. B. G.-B. Die Bestimmung ist an Stelle des aufgehobenen Landesgef. v. 21. Febr. 1870, Nr. 22, §. 1 getreten. Unter Beamten find, wie die Mot. S. 76 hervorheben, ebenso wie im §. 38 Reichsgef. v. 6. Febr. 1875 alle Personen zu verstehen, welche im öffentlichen Dienste des Staates, der Kirche oder einer Gemeinde angestellt sind. — Beamte des Herzogthums bedürfen dagegen, abgesehen von der für das Gensdarmiericorps bestimmten Ausnahme, keiner Erlaubniß zur Eheschließung.

9) §§. 67 u. 68 Br. Ausf. B. G.-B. Bayern gilt in dieser Beziehung gemäß Art. 2 Reichsverf. als Ausland.

10) Vergl. §. 71, l. c. In Betracht kommen die Staatsverträge mit:

- a) den Niederlanden, wonach „Erau-Erlaubnißscheine“ überhaupt nicht verlangt werden (Befanntmachung v. 4. Jan. 1872, Nr. 2),
- b) Schweden und Norwegen, wonach nur Bescheinigung der Staatsangehörigkeit beizubringen ist (Befanntmachung v. 13. April 1874),
- c) Italien, wonach nicht erforderlich ist die Bescheinigung, daß durch die Ehe Staatsangehörigkeit des Mannes auf Frau und Kinder übergeht, wohl aber Bescheinigung, daß kein Ehehinderniß begründet ist (Befanntmachung v. 29. Juli 1875, Nr. 65),
- d) Belgien ebenso wie bei Italien (Befanntmachung vom 19. Nov. 1875, Nr. 86),
- e) Schweiz ebenso (Befanntmachung v. 28. Juli 1886, Nr. 29).

11) §. 71 Br. Ausf. B. G.-B.

12) Verordn. v. 1. August 1899, Nr. 64 vergl. mit §§. 1303, 1312, 1313 und 1316 B. G.-B. und §. 1322 daf.

III. Eine Ehescheidung durch Landesherrliche Machtvollkommenheit giebt es seit dem 1. Januar 1900 nicht mehr¹³⁾, sondern nur noch eine solche durch gerichtliches Urtheil auf Grund der Reichsgesetze, ganz gleich, ob die Ehe vor oder nach 1900 geschlossen worden ist¹⁴⁾. Hinsichtlich der nach der Ehescheidung etwa eintretenden Namensänderung bestimmt die Landesgesetzgebung, daß zur Entgegennahme der erforderlichen Erklärung der Standesbeamte zuständig sein soll, wenn die Ehe vor einem Braunschweigischen Standesbeamten abgeschlossen war, und das Amtsgericht des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthaltes des Erklärenden in allen anderen Fällen¹⁵⁾.

§. 105.

Wirkungen der Ehe.

I. Die persönlichen Rechtsbeziehungen der Ehegatten bestimmen sich seit der Geltung des B. G.=B. auch bezüglich der vorher geschlossenen Ehen ausschließlich nach Reichsrecht¹⁾.

II. Ueber das bürgerliche Ehegüterrecht wird unten in §§. 129 ff. gehandelt werden. Im Uebrigen ist landesgesetzlich bestimmt, daß auch auf die vor dem 1. Januar 1900 abgeschlossenen Ehen²⁾ das gesetzliche Güterrecht der Verwaltungs- und Nutzungsgemeinschaft, indessen mit der Maßgabe Anwendung finden solle, das nur das bisherige Dotalgut als eingebrachtes Gut im Sinne des B. G.=B. gelten soll³⁾. Ist jedoch durch Ehevertrag das Ehegüterrecht

¹³⁾ Das Br. Gef. v. 23. Juni 1879, Nr. 33 ist aufgehoben durch §. 181, Z. 92 Br. Ausf. B. G.=B. — Das Landesherrliche Ehescheidungsrecht hatte sich bei uns im 17. Jahrhundert entwickelt und ist, durch §. 7, Abf. 2 der Verfügung Fürstl. Reg.-Comm. v. 3. Febr. 1814 bestätigt, stets in Uebung gewesen (vergl. Circ.-Rescr. v. 12. Febr. 1835, Nr. 10 u. Rescr. d. D.-G. v. 4. Aug. 1854; Wege, Repert. VIII, 98 ff.; s. auch das. IX, 120 ff., 130) und war durch Gef. v. 23. Juni 1879, Nr. 33 aufs Neue anerkannt.

¹⁴⁾ Art. 201 E. B. G.=B. Vergl. Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., §. 50, S. 569 ff. Insbesondere können Privationsstrafen nicht mehr erkannt werden. Vergl. auch Seuff. Arch., N. F. XXV, S. 295 (D.=L.=G. Braunschw.) über Erziehung von Kindern vor 1900 geschiedener Ehen.

¹⁵⁾ §. 76 Br. Ausf. B. G.=B. vergl. mit §. 1577 B. G.=B.

¹⁾ Art. 199 E. B. G.=B. In Frage kommen §§. 1353 bis 1362 B. G.=B. Diese Vorschriften sind derartig zwingend, daß sie vom 1. Januar 1900 an zur Anwendung auch dann kommen müssen, wenn etwa abweichende Bestimmungen durch Vertrag oder rechtskräftiges Urtheil getroffen sein sollten. Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., §. 47, 3, S. 509. R.-G. in Jur. Woch. 1900, S. 115, 147 f. Dagegen bleiben Ehenkungen zwischen Ehegatten, die nach bisherigem Rechte ungültig waren, auch nachher ungültig, soweit nicht eine nachträgliche Bestätigung anzunehmen ist. Vergl. Habicht, a. a. D., §. 5.

²⁾ Nach den Landtagsverhandlungen war man sich bei Berathung des Gesetzesentwurfs darüber einig, daß durch §. 73 Br. Ausf. B. G.=B. nur die bislang dem Dotalrecht unterworfenen Ehen betroffen sein sollten. S. auch Mansfeld, in Zeitschr. f. R. XLVI, 104; Habicht, a. a. D., §. 49, III, S. 529.

³⁾ §. 73 Br. Ausf. B. G.=B. Hierin liegt für die Uebergangsverhältnisse insofern eine Abweichung von dem neuen Recht, als nach Dotalrecht die Präsuntion für das Paraphernalgut, nach §§. 1363, 1365 B. G.=B. aber die Präsuntion für

abweichend geregelt, so hat es hierbei sein Bewenden⁴⁾). Indessen haben solche Abweichungen vom gesetzlichen Güterrechte, mögen sie auf Ehevertrag beruhen oder nicht, gutgläubigen Dritten gegenüber vom 1. Januar 1901 an Wirksamkeit nur dann, wenn sie ins Güterregister eingetragen sind⁵⁾). Eine weitere Ausnahme von der rückwirkenden Geltung des gesetzlichen Ehegüterrechts ist insofern gemacht, als Rechte, die nach dem bisherigen Güterrechte bereits entstanden sind, in Kraft bleiben. Dies gilt insbesondere auch von den Rechten, die Gläubiger des Mannes auf Grund des sogen. Statutum Brunsvicense gegenüber dem Vermögen des Mannes erworben haben⁶⁾).

Die Führung des Ehegüterregisters erfolgt nach Maßgabe der Reichsgesetze auf Grund der Braunschweigischen Bekanntmachung vom 9. October 1899⁷⁾).

das „eingebrachte Gut“ spricht. Es soll sich also für die schon vor dem 1. Jan. 1900 geschlossenen Ehen das Verwaltungs- und Nutzungsrecht des Mannes nur auf dasjenige Vermögen erstrecken, was bis dahin dem Dotalrecht unterworfen war, nicht auch auf das, was nach dem B. G.-B. darüber hinaus als „eingebrachtes Gut“ angesehen werden müßte. Im Uebrigen entspricht das neue gesetzliche Güterrecht im Wesentlichen dem ehemaligen Dotalrecht, wobei insbesondere die Abweichung zu bemerken ist, daß der Ehemann nach dem B. G.-B. nicht, wie früher nach dem gem. R., an den beweglichen Sachen des Heirathsgutes Eigenthum erwirbt. Vergl. auch Mansfeld, Zeitschr. f. R. XLVI, S. 97 ff.

⁴⁾ §. 73, Z. 2 Br. Ausf. B. G.-B. Auf diese vor dem 1. Januar 1900 geschlossenen Eheverträge findet der einschränkende §. 1433 B. G.-B. keine Anwendung. Ist jedoch in dem Vertrage auf das gemeine Dotalrecht lediglich Bezug genommen, so finden insoweit, wie §. 73, Z. 3, l. c. ausdrücklich erklärt, jetzt auf das Heirathsgut die §§. 1363 bis 1425 Anwendung.

⁵⁾ §. 75 Br. Ausf. B. G.-B. Das Jahr 1900 gilt also bezüglich der vorher geschlossenen Ehen als eine Uebergangszeit, in der §. 1435 B. G.-B. auf das Güterrecht keine Anwendung findet. Vielmehr gilt in Ansehung dieser Ehen, wenn kein Ehevertrag abgeschlossen ist, für dieses Jahr der §. 73 Br. Ausf. B. G.-B. gutgläubigen Dritten gegenüber, auch ohne daß die Abweichung vom Ehegüterrechte des B. G.-B. im Güterregister eingetragen wäre. Dasselbe gilt von Abweichungen, die etwa durch Ehevertrag eingeführt waren. Mit Ablauf des Jahres 1900 greift aber auch für diese Ehen die Präsumtion des §. 1435 B. G.-B. unbedingt Platz, wenn nicht die Abweichung bis zum 1. Januar 1901 ins Register eingetragen ist. Diese Eintragung kann selbstverständlich auch später mit der gleichen Wirkung erfolgen; sie ist aber an schwierigeren Voraussetzungen geknüpft. Während nämlich nach §. 75, Abs. 2 Br. Ausf. B. G.-B. bis zum 1. Januar 1901 der Antrag eines Ehegatten genügt, wird von da ab regelmäßig der Antrag beider Ehegatten erfordert (§. 1561 B. G.-B.).

⁶⁾ §. 74 Br. Ausf. B. G.-B. Man versteht unter dem Statutum Brunsv., das durch §. 118, Z. 29 Br. Ausf. B. G.-B. ausdrücklich für aufgehoben erklärt ist, eine Reihe zusammengehöriger Vorschriften, welche mit dem „Edicte des Rathes der Stadt Braunschweig“ vom 5. Februar 1579 (Frederksdorff, Promt. II, 521; Steinacker, Promt. II, 235; Schneider, Repert. II, 426 f.) begannen und bestimmten, daß sich in der Stadt Braunschweig die Gläubiger der Handel- und Gewerbetreibenden an das zur dos gehörige Vermögen derselben halten konnten. Vergl. Zeitschr. f. R. XXXI, 1 ff., 18 ff.; XLIV, 54 ff.

⁷⁾ Die Bekanntmachung ist in Ausführung der §§. 1558 bis 1563 B. G.-B., §§. 161 f. F.-G. und der Bestimmung des Bundesrathes v. 3. Nov. 1898 (Centralblatt, S. 438) getroffen. Nach der Bekanntmachung sind außer dem Güterregister

Von den sonstigen landesgesetzlich geregelten Wirkungen der Ehe ist der Einfluß einer Eheschließung des Diensthboten auf das Gesindeverhältniß schon an anderer Stelle erörtert⁸⁾. Die Verheirathung von Beamten=Wittwen und =Töchtern, welche im Genuße einer Pension aus der Wittwen= und Waisen=Versorgungsanstalt stehen, zieht den Verlust des Anspruchs auf Pension nach sich⁹⁾. War die Ehe eines Mitgliedes der Beamten=Wittwen= und =Waisen=Versorgungsanstalt durch rechtskräftiges Urtheil geschieden und die Ehefrau allein oder zusammen mit dem Manne für schuldig erklärt, so verliert sie den Anspruch auf Pension ebenfalls¹⁰⁾.

Zweites Capitel.

Eltern- und Kindesrecht.

§. 106.

Allgemeines.

Die elterliche Gewalt¹⁾ entsteht durch eheliche Geburt, Legitimation und Annahme an Kindesstatt nach Maßgabe des B. G.=B.

1. Ob ein vor dem 1. Januar 1900 geborenes Kind als ehelich anzusehen ist, bestimmt sich nach früherem Recht²⁾. Dagegen bestimmt sich das

Registeracten (§. 21) und ein alphabetisches Verzeichniß (§. 22) zu führen. Der Amtsrichter prüft die Anträge und verfügt auf sie unter Angabe des Wortlauts der zu machenden Eintragung (§. 2, 4). Der Gerichtsschreiber hat die Eintragungen mit Hinweis auf die betr. Registeracten sofort vorzunehmen, worauf sie vom Richter zu unterschreiben sind (§. 3, 5). Darauf erfolgt Bekanntmachung durch die Braunschw. Anzeigen (§. 6) und Bescheid an die Betheiligten unter wörtlicher Angabe der Eintragung und Art der Bekanntmachung (§. 7).

⁸⁾ S. oben §. 45, II, 1 a, 3.

⁹⁾ Gef. v. 22. März 1876, Nr. 30, §§. 11 u. 12, Abf. 3.

¹⁰⁾ Gef. v. 22. März 1876, Nr. 30, §. 15 in der durch §. 118, Z. 83 Br. Ausf. B. G.=B. abgeänderten Fassung. Geht das Urtheil nach §. 1575 B. G.=B. nur auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft, so sind doch nach §. 1586 die Wirkungen genau dieselben, wie bei der Scheidung. — Wird die bestehende Ehe für nichtig erklärt, so hat die Frau keinerlei Ansprüche, auch wenn sie gutgläubig war.

¹⁾ Das früher bei uns geltende Recht kannte bloß eine väterliche Gewalt. Durch §. 77 Br. Ausf. B. G.=B. ist bestimmt, daß die Vorschriften der Landesgesetze, die in Beziehung auf den Vater als den gesetzlichen Vertreter des Kindes getroffen sind, auf die Mutter, der die elterliche Gewalt zusteht, entsprechende Anwendung finden. Hervorzuheben sind hier Erbschaftssteuerges. v. 18. April 1876, Nr. 38, §. 32; Anweisung v. 27. März 1891, Nr. 13 u. Bekanntmachung v. 24. März 1892, Nr. 8, Z. IX, XV u. XVI.

²⁾ Art. 203 E. B. G.=B. Vergl. Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., §. 53 u. 54. Nach dem unveränderten gem. R. (I. 3, §. 12 Dig. 1, 38, 16; Zeitschr. f. R. VI, 119;

Rechtsverhältniß der hiernach ehelichen Kinder von diesem Zeitpunkte ab nach Reichsrecht³⁾). Dasselbe gilt hinsichtlich der Stellung der unehelichen Kinder zu ihrer Mutter⁴⁾), während für das Rechtsverhältniß der vorher geborenen unehelichen Kinder zu ihrem Erzeuger vom 1. Januar 1900 ab das B. G.-B. mit der Ausnahme Anwendung findet, daß die Unterhaltungspflicht nach bisherigem Rechte geregelt wird⁵⁾). Für alle nach dem 1. Januar 1900 geborenen Kinder gilt ausschließlich das Reichsrecht. Die Landesgesetzgebung hat sich auf die Bestimmung beschränkt, zur Entgegennahme der Erklärung, durch welche dem unehelichen Kinde der Name des Mannes der außerehelichen Mutter beigelegt wird, den Standesbeamten für zuständig zu erklären, wenn die Geburt in ein braunschweigisches Standesregister eingetragen ist. Andernfalls soll der braunschweigische Standesbeamte, bei dem die Eheschließung erfolgt, sonst das Amtsgericht des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts des Ehe- manns zuständig sein⁶⁾).

2. Die Stellung der vor dem 1. Januar 1900 legitimirten Kinder wird durch das bisherige Recht bestimmt⁷⁾). Auch für die später geborenen Kinder gilt die landesgesetzliche Bestimmung, daß sie zur gesetzlichen Erbfolge in Familienstammgüter nur dann berufen sind, wenn ihre Legitimation durch nachfolgende Ehe erfolgte⁸⁾). Soll eine Legitimation durch Ehelichkeitserklärung

VIII, 49; XI, 2; Steinacker, Br. Privatr. §. 1, Note 1) galten als ehelich diejenigen Kinder, welche frühestens am 182. Tage nach Eheschluß oder spätestens am 300. Tage nach Beendigung der Ehe geboren waren.

³⁾ Art. 203 E. B. G.-B. Vergl. D. Jur.-Z. 1900, S. 49.

⁴⁾ Art. 208 E. B. G.-B. Eine wesentliche Aenderung gegen früher ist dadurch nicht eingetreten, insbesondere hat auch nach B. G.-B. die außereheliche Mutter keine elterliche Gewalt. Dagegen kann sie jetzt, abweichend vom gem. R., zum Vormunde ihres unehelichen Kindes bestellt werden. — Vergl. auch §. 78 Br. Ausf. B. G.-B. und oben §. 10. S. auch D. Jur.-Z. 1900, S. 114, 182.

⁵⁾ Art. 208 E. B. G.-B. Cammerg. v. 12. Febr. 1900 i. Raumb. An.-Z. 1900, S. 38. Nicht der Zeitpunkt der Erzeugung, sondern der Geburt ist maßgebend. In Frage kommt hier die Landesf. Verordn. v. 9. April 1770 (Steinacker, Promt. II, 18), wonach der Erzeuger das Kind pro viribus facultatum alimentum, also nur einen Beitrag zu den Unterhaltungskosten des Kindes beitragen sollte. (Vergl. Zeitschr. f. R. IX, 8 ff.; Seuff. Arch. XXV, 132 [Wolff.].) Hierin liegt insoweit eine Verschiedenheit vom jetzigen Recht, als die Unterhaltungspflicht des Erzeugers nach §. 1708 B. G.-B. nicht bloß einen Beitrag, sondern „den gesammten Lebensbedarf, sowie die Kosten der Erziehung und der Vorbildung zu einem Berufe“ umfaßt.

⁶⁾ §. 78 Br. Ausf. B. G.-B. vergl. mit §. 1706 B. G.-B., wonach bei der Wiederverheirathung der außerehelichen Mutter deren Mann mit deren und des Kindes Einwilligung diesem seinen Namen beilegen kann.

⁷⁾ Art. 209 E. B. G.-B. Dies gilt namentlich auch hinsichtlich des weitergehenden, gemeinrechtlichen Erbrechts. Vergl. Habicht, Einwirkung, §. 57, S. 615.

⁸⁾ Art. 59, 64 E. B. G.-B. Ges. v. 20. Mai 1858, Nr. 30, §. 6, Z. 6. Ueber die fortdauernde Geltung dieser Bestimmung vergl. Prot. d. Com. S. 8787 ff., 8979 u. Prot. d. 455. Sitzung B. G.-B. Ebenso: Planck, Comment. B. G.-B. VI, Art. 59, Note 1, S. 139. Auch die ältere particulare Bestimmung in der Landesf. Verordn. v. 3. Januar 1593 (Steinacker, Promt. I, 262) und den landschaftlichen Privil. v. 9. April 1770, Art. 32 (Steinacker, Promt. II, 81), wonach legitimirte Kinder von der Lehnsuccession überhaupt ausgeschlossen sein sollten, gilt noch

erfolgen⁹⁾, so ist der Antrag bei dem Vormundschaftsgerichte des unehelichen Kindes einzureichen. Ist über dasselbe eine Vormundschaft im Herzogthume nicht geführt worden, so ist der Antrag bei dem Amtsgerichte einzureichen, in dessen Bezirke der Vater seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat¹⁰⁾. Ertheilt wird die Ehelichkeitserklärung vom Herzoglichen Staatsministerium, Abtheilung der Justiz¹¹⁾.

3. Die vor dem 1. Januar 1900 erfolgte Adoption oder Arrogation äußert auch nach diesem Zeitpunkt die Wirkung nach bisherigem Recht¹²⁾. Bezüglich der später erfolgenden Annahmen an Kindesstatt ist landesgesetzlich bestimmt, daß die Befreiung von den vorgeschriebenen Alterserfordernissen vom Herzoglichen Staatsministerium, Abtheilung der Justiz, ertheilt wird¹³⁾. Ist derjenige, welcher einen Anderen an Kindesstatt annimmt, adelig, so bedarf es zu dem Erwerbe des Adels der Landesherrlichen Genehmigung¹⁴⁾. In keinem Falle sind adoptirte oder arrogirte Kinder bei Familienstammgütern successionsfähig¹⁵⁾.

§. 107.

Inhalt der elterlichen Gewalt.

I. Die Sorge für die Person der Kinder umfaßt hauptsächlich das Erziehungsrecht. Hier ist landesgesetzlich den Eltern noch ausdrücklich die öffentlich-rechtliche Verpflichtung auferlegt, ihr Kind zum Schulbesuche anzuhalten¹⁾. Im Uebrigen kommt das Landesrecht nur noch in folgenden Beziehungen in Frage:

für diejenigen Stammgüter, die sich aus den Lehnsgütern entwickelt haben (Ges. vom 28. März 1837, Nr. 18, §. 23, Abj. 1).

⁹⁾ Vergl. §§. 1723 ff. B. G.-B.

¹⁰⁾ §. 79 Br. Ausf. B. G.-B. vergl. mit §§. 1726 u. 1733 B. G.-B.

¹¹⁾ Verordn. v. 1. Aug. 1899, §. 2, Abj. 1.

¹²⁾ Art. 209 E. B. G.-B. Dies gilt namentlich auch vom Erbrecht, auch wenn der Erbfall nach 1900 eingetreten ist. Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., S. 615 f. Es hat hiernach nicht nur das Kind ein gesetzliches Erbrecht, wie auch nach B. G.-B. §§. 1757, 1762, sondern auch der Adoptivvater, sofern es sich um eine plena adoptio oder arrogatio handelt, ein solches gegen das Kind, während ihm nach dem B. G.-B. kein Erbrecht zusteht (§. 1759).

¹³⁾ Verordn. v. 1. Aug. 1899, Nr. 64, §. 1, 3. 5 vergl. §. 1745 B. G.-B.

¹⁴⁾ Verordn. v. 1. Aug. 1899, Nr. 64, §. 3.

¹⁵⁾ Ges. v. 20. Mai 1858, §. 6, 5. Ueber die fortdauernde Geltung dieser Bestimmung s. Art. 59, Prot. Comm. S. 8787 ff., 8979. Vergl. auch Pland, Commentar B. G.-B. VI, Art. 59, Note 1, S. 139.

¹⁾ Die Schulpflichtigkeit beginnt mit zurückgelegtem 5. Lebensjahre (§. 2, Abj. 1 des Ges. v. 23. April 1840 f. Landgem., §. 1, Abj. 1 d. Ges. v. 12. Mai 1840, Nr. 20 f. Städte) und endigt für alle Confessionen mit dem vollendeten 14. Lebensjahre (Rescr. des Staatsminist. in Zeitschr. f. R. XXXI, 42, f. auch Ude, Comm. P.-St.-G.-B., 2. Aufl., S. 169 f.). Eltern, welche es unterlassen, die ihrer Aufsicht unterstellten Kinder ohne Entschuldigung zum Schulbesuch anzuhalten, werden nach §. 13 des Pol.-Str.-Gesegb. v. 23. März 1899 bestraft.

1. Das Recht der religiösen Erziehung²⁾ dauert nur bis zum vollendeten 14. Lebensjahre der Kinder. Von diesem Zeitpunkte an haben die Kinder selbst das Recht, ihre Confessionszugehörigkeit insofern zu bestimmen, als ihnen der Uebertritt aus der evangelisch-lutherischen Landeskirche, aus der reformirten, aus der katholischen Kirche und aus der jüdischen Religionsgenossenschaft zu einer der genannten Religionsgenossenschaften unverwehrt ist³⁾. Kindern, welche einer anderen als den genannten Confessionen angehören, steht es vom vollendeten 14. Lebensjahre an bei einem Religionswechsel der Eltern frei, ob sie diesen folgen oder ihre seitherige Religion beibehalten wollen⁴⁾. Bis zum vollendeten 14. Lebensjahre der Kinder sind diese jedoch ausschließlich in der Religion der Eltern zu erziehen.

Für Mischehen sind folgende particularrechtliche Bestimmungen getroffen. Bei Mischehen zwischen Angehörigen der Landeskirche und Katholiken müssen die Kinder in der Confession des Vaters erzogen werden, wenn dieser nicht nach der Geburt und vor der Taufe des ersten Kindes eine gegentheilige Erklärung, und zwar, in den Städten vor dem Stadtmagistrat, in den Landgemeinden vor der betreffenden Kreisdirection, zu Protokoll gegeben hat⁵⁾. Bei Mischehen zwischen Christen und Juden, sowie zwischen Dissidenten und Juden folgen die Kinder ebenfalls der Confession des Vaters, wenn dieser nicht eine andere Bestimmung trifft, was er bei Strafe innerhalb 24 Stunden nach der Geburt des Kindes bei dem Amtsgerichte seines Wohnsitzes zu erklären hat⁶⁾. Derselbe Grundsatz wird auch ohne specielle gesetzliche Bestimmung für die Kinder aus Mischehen von Angehörigen der Landeskirche mit denen anderer christlicher Bekenntnisse oder mit Personen, welche keinem bestimmten christlichen Bekenntnisse anhängen, oder mit Nichtchristen, angewendet⁷⁾.

2. Durch Zwangserziehung kann das elterliche Erziehungsrecht beschränkt oder aufgehoben werden. Die Voraussetzungen der Zwangserziehung⁸⁾ und die Zuständigkeit⁹⁾ regeln sich im Wesentlichen nach Reichsrecht. Zur

²⁾ Art. 134 E. B. G.-B. Auf die religiöse Erziehung findet das B. G.-B. nur subsidiäre Anwendung. Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 102 v. S. 77.

³⁾ Gef., die Verhältnisse der Dissidenten betr., v. 25. März 1873, §. 16, Abs. 1.

⁴⁾ §. 14, Abs. 2 das.

⁵⁾ Gef. Nr. 32 v. 10. Mai 1867, §. 5. — Früher galt in diesem Falle die Verordn. v. 9. April 1768, §. 7 (Friedersdorff, Promt. II, 543; Steinacker, Promt. II, 296), wonach die Confession des Vaters bestimmend sein sollte.

Bei Zuzug von auswärts haben solche Eheleute innerhalb acht Wochen bei dem Stadtmagistrat bezw. der Kreisdirection nachzuweisen, nach welcher Religion ihre (unter 14 Jahre alten) Kinder gemäß des Rechts ihres früheren Wohnsitzes zu erziehen sind, widrigenfalls dieselben und alle später geborenen der Confession des Vaters folgen, §. 11, l. c.

⁶⁾ §. 4 d. Gef. v. 23. Mai 1848, Nr. 28, die Aufhebung des Verbots der Ehe zwischen Juden und Christen betr.; §. 14 des Diss.-Gef. v. 25. März 1873, Nr. 62. Vergl. auch §. 12 P.-St.-G.-B.

⁷⁾ Vergl. hierüber: v. Schmidt-Phiselder, Br. Kirchenrecht, S. 31 d.

⁸⁾ Vergl. §. 1, Gef. v. 12. Juni 1899, Nr. 46: a) §. 55 St.-G.-B., b) §§. 1666, 1686, 1838 B. G.-B., c) §. 56, Abs. 2 St.-G.-B.

⁹⁾ Vergl. §. 1838 B. G.-B. u. §. 43 Reichsges. F.-G.

näheren Ausführung dieser Bestimmungen sind landesgesetzlich über die öffentliche oder staatliche Zwangserziehung nachstehende Vorschriften erlassen ¹⁰⁾.

- a) Die staatliche Zwangserziehung findet, abgesehen von den reichsgesetzlich geregelten Fällen, statt, wenn das Vormundschaftsgericht festgestellt hat, daß die Zwangserziehung zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens der Minderjährigen nothwendig sei ¹¹⁾.
- b) Das Vormundschaftsgericht hat in allen Fällen die Anordnung der öffentlichen Zwangserziehung von Amts wegen oder auf Antrag des gesetzlichen Vertreters oder der Polizeibehörde des Wohnsitzes bezw. Aufenthaltsortes des Minderjährigen durch Beschluß zu treffen, der dem gesetzlichen Vertreter und der Polizeibehörde zuzustellen und von diesen mit der sofortigen Beschwerde anfechtbar ist ¹²⁾.
- c) Zuständig ist dasjenige Vormundschaftsgericht, bei dem bereits eine Vormundschaft oder Pflegschaft über den Minderjährigen angeordnet ist, sonst dasjenige, in dessen Bezirk er seinen Wohnsitz bezw. Aufenthalt hat ¹³⁾.
- d) Bei Gefahr im Verzuge kann das Vormundschaftsgericht die fürsorgliche Unterbringung anordnen, während die Landespolizeibehörde in allen Fällen darüber endgültig entscheidet, ob die Unterbringung in einer Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt zu erfolgen hat ¹⁴⁾.
- e) Die Kosten der Unterbringung trägt die Staatscasse, der aber ein Ersatzanspruch gegen die Unterhaltungspflichtigen nach Maßgabe des B. G.-B. zusteht. Im Unvermögensfalle hat die Gemeinde oder der Armenverband Kostenzuschuß zu zahlen ¹⁵⁾.

¹⁰⁾ Die Vorschriften gründen sich auf Art. 135 E. B. G.-B. Demgemäß ist unter Aufhebung der früheren Landesgesetze (Ges. v. 22. Decbr. 1870, Nr. 117 über polizeiliche Maßregeln gegen Kinder; Ges. v. 22. Decbr. 1870, Nr. 118 über Erziehung und Erziehungsanstalt in Bavern; Ges. v. 30. März 1890, Nr. 10, über Zwangserziehung der in Bavern untergebrachten Kinder) das Ges. v. 12. Juni 1899, Nr. 46 und die ausführende Bekanntmachung des Staatsm. v. 10. Nov. 1899 erlassen.

¹¹⁾ §. 1, 3. 3 Ges. v. 12. Juni 1899, Nr. 46. Vergl. oben Note 8.

¹²⁾ §§. 2, 6, 1. c. Der Beschluß, welcher selbstverständlich Sachuntersuchung voraussetzt und mit Gründen versehen sein muß, spricht nur die Anordnung der staatlichen Zwangserziehung aus, während die nähere Bestimmung, ob die staatliche Zwangserziehung in einer Familie oder in einer Erziehungsanstalt erfolgen soll, Sache der Landespolizeibehörden, also in der Stadt Braunschweig der Polizeidirection, sonst der Kreisdirectionen ist (§. 8, 1. c.). Die Beschwerde hat, wenn sie sich nicht gegen die Maßregel einstweiliger Unterbringung nach §. 7, 1. c., wendet, aufschiebende Wirkung.

¹³⁾ §. 3, 1. c.

¹⁴⁾ §. 7, 1. c. Die fürsorgliche Anordnung kann vor und nach Abgabe des endgültigen Beschlusses über die Zwangserziehung stattfinden. Die Vollziehung des endgültigen Beschlusses liegt in allen Fällen der Landespolizeibehörde ob. Vergl. oben Note 12. Soll die Unterbringung in Bavern erfolgen, so hat sie bei der Kreisdirection Holzminden diese nach Abgabe des Beschlusses zu beantragen. Bekanntm. v. 10. Nov. 1899, Nr. 98, §. 4.

¹⁵⁾ §. 10, 1. c. Die Kostenzuschußpflicht der Gemeinden oder Armenverbände

- f) Die Zwangserziehung endigt, abgesehen von dem Falle der erreichten Volljährigkeit und der nach §. 56 B. G.=B. gesetzten Grenze, nur, wenn die Erreichung des Ziels sichergestellt ist, worüber die Verwaltungsbehörde entscheidet¹⁶⁾.

II. In vermögensrechtlicher Beziehung findet auf das Verhältniß zwischen Eltern und Kindern seit dem 1. Januar 1900 ausschließlich das B. G.=B. auch dann Anwendung, wenn die Kinder vor diesem Zeitpunkte geboren sind¹⁷⁾. Doch bleiben etwaige Beschränkungen, die den Eltern durch die zuständige Behörde auferlegt sind, bestehen¹⁸⁾. Auch ist das nicht auf Eltern-, sondern auf Erbrecht beruhende, vor dem 1. Januar 1900 entstandene lebenslängliche Nutzungsrecht des Vaters am Muttergute seiner Kinder¹⁹⁾, nach bisherigem Rechte zu beurtheilen²⁰⁾.

für den Fall des Unvermögens des Minderjährigen oder seiner alimentationspflichtigen Verwandten war in §. 5 des Ges. v. 22. Dec. 1870, Nr. 118 auf höchstens 30 M. festgesetzt. Das jetzige Gesetz kennt kein Höchstmaß mehr und begründet die Pflicht grundsätzlich auch dann, wenn die staatliche Zwangserziehung nicht in einer Anstalt, sondern in einer Familie erfolgt.

¹⁶⁾ §. 9, l. c. — Die frühere Mindestgrenze zur Aufnahme, das Alter von 6 Jahren (§. 1, Ges. v. 30. März 1890, Nr. 10), hat wesentlich keine Aufnahme wieder im neuen Gesetze gefunden (vergl. Mot. Br. Ausf. B. G.=B., S. 410 f.). Die Vormundschaftsgerichte, in deren pflichtmäßigem Ermessen deshalb insoweit die Entscheidung liegt, werden es schwerlich jemals für zweckmäßig erachten, die öffentliche Zwangserziehung schon vor dieser Altersgrenze anzuordnen.

Die Entlassung eines Zöglings des Wilhelmsstiftes zu Bevern erfolgt, abgesehen vom Falle der Volljährigkeit, nur auf entsprechende Anordnung der Kreisdirection Holzminden. Diese Entlassung soll im Falle des §. 56 St.=G.=B. spätestens bei Vollendung des 20. Lebensjahres erfolgen (§. 6, Bekanntm. v. 10. Nov. 1899, Nr. 98). Eine widerrufliche Entlassung der Zöglinge des Wilhelmsstiftes in Bevern soll vor der Confirmation nur ausnahmsweise, nachher regelmäßig erfolgen (§. 7 der Bekanntmachung).

¹⁷⁾ Art. 203 E. B. G.=B. D. Jur.-Z. 1900, S. 49 u. Hess. Rechtspr. 1900, S. 20.

¹⁸⁾ Art. 204 E. B. G.=B. Hierher gehört die Verordn. vom 6. Mai 1828, Nr. 13, wonach dem Vater, der sich einer ungetreuen Verwaltung des Vermögens seiner Kinder schuldig macht oder in kundbaren Vermögensverfall geräth, die Verwaltung des Muttergutes seiner Kinder, vorbehaltlich seines Nießbrauchs, durch Beschluß des Vormundschaftsgerichtes genommen werden und auf einen Curator übertragen werden kann. Die Verordn. ist durch §. 118, Z. 64 Br. Ausf. B. G.=B. ausdrücklich für aufgehoben erklärt. Vergl. aber Entsch. Cammerg., R. F. I, 28.

¹⁹⁾ Verordn. v. 30. Dec. 1754 (Steinacker, Promt. I, 283), Verordn. v. 6. Mai 1828, Nr. 13.

²⁰⁾ Art. 213. Voraussetzung ist hier nur, daß der Erbfall bereits vor dem 1. Januar 1900 eingetreten ist. Vergl. auch Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., §. 55, S. 605 u. Entsch. Cammerg., R. F. I, 156.

Drittes Capitel.

Vormundschaft.

§. 108.

Vormund und Obervormundschaft.

I. Die Berufung eines Vormundes und die Beendigung seines Amtes regelt sich ausschließlich nach dem V. G.-B.¹⁾ Das Landesrecht kommt nur in zweifacher Beziehung in Betracht.

1. Wer ein Staatsamt oder ein besoldetes Amt in der Communal- oder Kirchenverwaltung bekleidet, bedarf zur Uebernahme des Amtes eines Vormundes, Gegenvormundes oder Beistandes der Erlaubniß seiner vorgesetzten Behörde, wenn er nicht kraft Gesetzes berufen ist²⁾.

2. Dem Vorstände einer unter der Verwaltung des Staates oder einer Gemeinde stehenden Erziehungs- oder Verpflegungsanstalt können durch das Herzogliche Staatsministerium die Rechte und Pflichten eines Vormundes für Minderjährige die in der Anstalt erzogen oder verpflegt werden, übertragen werden. Mit der Aufnahme in die Anstalt endigt das Amt des bisherigen Vormundes und eines etwa bestellten Gegenvormundes. Der Vorstand hat die Aufnahme dem Vormundschaftsgerichte und dies dem Gemeinde-

¹⁾ Ist aber ein Vormund vor dem 1. Januar 1900 bestellt, so kann er gültigerweise Vormund auch dann bleiben, wenn er nach dem V. G.-B. nicht berufen werden könnte. Art. 210, Abs. 2 E. V. G.-B. *H a b i c h t*, Einwirkung, 2. Aufl., §. 59, II, S. 647 f. Ein Liberatorium, wie bei uns bisher der Beendigung der Vormundschaft vorauszufragen pflegte, kennt das V. G.-B. nicht mehr. Statt dessen kann aber Ablegung der Schlußrechnung mit Verlautbarung des Anerkenntnisses der Richtigkeit zwecks Beendigung der Vormundschaft stattfinden. Vergl. Mot. Br. Ausf. V. G.-B., S. 643. Ueber Stempelpflicht der Bestellungen s. §. 118, 3. 61 Br. Ausföhr. V. G.-B.

²⁾ §§. 99 u. 100 Br. Ausf. V. G.-B. Referendare gehören zu den Beamten. S. oben §. 47, Note 37. Ebenso: *Dernburg*, *Vorm.*, S. 157, Abs. 4; a. M.: *Schultetus*, *Handb. d. Vormundschaftsr.*, S. 32. Indem das Ges. nicht von „Religionsdienern“, sondern von „Beamten der Kirchenverwaltung“ spricht, kann nur die Landeskirche in Frage kommen. Vergl. §. 1784 V. G.-B. — Die Mitglieder des Gensdarmecorps, die früher zwar auch nicht der Genehmigung bedurften, aber ablehnen durften, sind jetzt ebenjowenig, wie die Aerzte und Apotheker (früher: *Medicinalgef.* v. 25. Oct. 1865, Nr. 67, §§. 42, 86) befreit. Staatsbeamte bedurften früher keiner Erlaubniß (vergl. *Zeitschr. f. R.* XII, 110).

weisenrath anzuzeigen. Der Vorstand behält die Rechte und Pflichten eines Vormundes regelmäßig auch nach Beendigung der Erziehung des Mündels bis zu dessen Volljährigkeit, doch kann das Vormundschaftsgericht in diesem Falle einen anderen Vormund bestellen ³⁾).

II. Die Amtsgerichte führen als obervormundschaftliche Behörde die Aufsicht über die Vormundschaften ⁴⁾. Abgesehen von den ihnen reichsgesetzlich auferlegten Rechten und Pflichten ⁵⁾, ist particularrechtlich vorgeschrieben ⁶⁾, daß die Vormundschaftsgerichte Vormundschaftstabellen zu führen haben ⁷⁾. Die Führung hat in zwei Exemplaren zu geschehen, wovon alljährlich in den ersten Tagen des Juli das eine Exemplar (die Abschrift) zur Revision an den Landesgerichtspräsidenten zu senden ist ⁸⁾. Schließlich hat das Vormundschaftsgericht, wie bisher, spätestens alle drei Jahre über die persönlichen Verhältnisse der Mündel vom Vormunde Bericht einzufordern ⁹⁾.

Insofern bei Ablösungen oder bei Gemeinheitstheilungen Mündel mit ihrem Vermögen interessirt sind, versteht die Herzogl. Landesökonomiecommission die Functionen des Vormundschaftsgerichts ¹⁰⁾.

³⁾ §§. 94 bis 98 Br. Ausf. B. G.-B. Die Vorstände sind dem Vormundschaftsgerichte unterworfen, wie jeder andere Vormund, können also auch durch Ordnungsstrafen zur Erfüllung ihrer Pflichten angehalten werden. — Das Gesetz schreibt die Benachrichtigung des Vormundes nicht ausdrücklich vor, doch ist es selbstverständlich, daß ihm Anzeige zu erstatten und die Mittheilung des Endes seines Amtes zu machen ist, sobald die Aufnahme stattgefunden hat.

⁴⁾ §. 1 a Br. Ausf. F.-G. Dies entspricht dem früheren Recht (Br. Ausf. 3. Ger.-Verf.-Ges. v. 1. April 1879, §. 20, 3. 3). — Schon vorher gehörte das Vormundschafts- und Curatelwesen zur Zuständigkeit der Amts- und Stadtgerichte. Vergl. Verordn. v. 15. Jan. 1814, Nr. 14, §. 2, Nr. 5 und Ges. vom 15. October 1832, Nr. 33, §. 5.

⁵⁾ §§. 1837 bis 1848 B. G.-B., §§. 35 bis 64 Reichsges. Freim.-Ger.

⁶⁾ Vergl. auch noch §. 3 Br. Ausf. B. G.-B. über die Mitwirkung der Vormundschaftsgerichte bei der Volljährigkeitserklärung (s. oben §. 10) und §. 79 das. über ihre Mitwirkung bei der Ehelichkeitserklärung (s. oben §. 106).

⁷⁾ Nach dem Präf.-Rescr. v. 19. April 1900, Nr. 888 (Zeitschr. f. R. XLVII, S. 108) sind die bis zum 31. December 1899 anhängig gewordenen Vormundschaften und Curatelen in die alten Tabellen einzutragen, die in Gemäßheit der Verf. v. 3. Febr. 1814, §. 60 u. des Ges. v. 15. Oct. 1832, Nr. 33, §. 12, Abs. 3 angelegt sind. Auch die Führung eines Vormünderregisters ist wenigstens für die größeren Amtsgerichte instructionell vorgeschrieben. Die neuen Vormundschaften sind in die nach neuem Formulare angelegten Tabellen einzutragen. — Die Führung von Acten über jede angängige Vormundschaft ist selbstverständlich.

⁸⁾ Rescr. des Landesgerichts-Präf. v. 19. April 1900, Nr. 888 (Zeitschr. f. R. XLVII, S. 108), wodurch die fortdauernde Geltung dieser Bestimmung der Verf. v. 3. Febr. 1814, §. 60 und des Ges. v. 15. October 1832, Nr. 33, §. 12, Abs. 3 bestätigt ist.

⁹⁾ Rescr. Landger.-Präf. v. 19. April 1900, Nr. 888 (Zeitschr. f. R. XLVII, S. 108). Die Berichte können mündlich zu Protokoll oder auch schriftlich erstattet werden; im letzteren Falle meist unter Benutzung des vorgeschriebenen Formulars. Vergl. auch Ude, Zeitschr. f. R. XLVII, S. 97 ff.

¹⁰⁾ Ges. v. 20. Dec. 1834, Nr. 20, §. 20 und Ges. v. 20. Dec. 1834, Nr. 22, §. 40 u. Art. 113 E. B. G.-B.

Gemeindewaisenrath.

Der Gemeindewaisenrath ist ein Hilfsorgan des Vormundschaftsgerichts. Sein Zweck ergibt sich aus dem B. G.-B.¹⁾, seine Organisation ist aber ausschließlich der Landesgesetzgebung überlassen²⁾. Diese hat allgemeine Bestimmungen und besondere für die Städte und für die Landgemeinden getroffen.

1. Allgemein ist vorgeschrieben, daß in jeder Gemeinde des Herzogthums ein Gemeinderath zu bilden ist, der aus einem oder mehreren Waisenrätthen bestehen muß³⁾. Die Waisenrätthe werden auf 6 Jahre gewählt. Ausgeschlossen von der Wahl sind diejenigen Personen, die nicht zum Stadtverordneten bezw. Mitglieder des Gemeinderaths gewählt werden können, und das Beamtenpersonal des Vormundschaftsgerichts⁴⁾. Das Amt ist ein Ehrenamt. Es findet nur ein Ersatz der nothwendigen baaren Auslagen und zwar in der Regel aus der Gemeindecasse statt, wobei die Festsetzung im Streitfalle durch das Vormundschaftsgericht und auf Beschwerde durch das Landgericht erfolgt⁵⁾.

2. Für die Städte gelten noch folgende besondere Bestimmungen:

- a) Die Mitglieder werden, soweit nicht bestimmte städtische Beamte kraft statutarischer Bestimmung auch das Amt eines Waisenraths zu verwalten haben, durch die vereinigte Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten gewählt⁶⁾.
- b) Für die Gründe der Ablehnung, Erlaubniß der Annahme und Niederlegung des Amtes, sowie für die Rechtsmittel gelten die für die Stadtverordneten erlassenen Vorschriften mit der Abänderung, daß gegen die Wahl in 14 Tagen Vorstellung an die vereinigte Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten und gegen deren Zurückweisung Klage beim Verwaltungsgerichtshofe gegeben ist, und daß in derselben Weise über die Zulässigkeit der Niederlegung des Amtes oder die Ausschließung von demselben zu entscheiden ist⁷⁾.

¹⁾ §§. 1849 bis 1851 B. G.-B.

²⁾ Vergl. auch Ude, Zeitschr. f. R. XLVII, 161 ff.

³⁾ §. 80 Br. Ausf. B. G.-B.

⁴⁾ §§. 85, 86 l. c. Ueber die Wahlfähigkeit in den Städten vergl. §§ 15, 16, 17 u. 22 St.-D. Mit Recht weist Ude, Zeitschr. f. R., a. a. O., S. 164, darauf hin, daß hiernach Magistratsmitglieder kraft Gesetzes ausgeschlossen sind. Ueber die Wahlfähigkeit in Landgemeinden s. §§. 15, 17, 18 l. c. St.-D.

⁵⁾ §. 91, l. c. Vergl. oben auch Ude, Zeitschr. f. R. XLVII, S. 169, der darauf hinweist, daß die Waisenrätthe unter Umständen auch Gebühren nach Maßgabe der Gebührenordnung f. Zeugen liquidiren können.

⁶⁾ §. 82, l. c. Magistratsmitglieder können auch nicht statutarisch bestimmt werden. Vergl. oben Note 4.

⁷⁾ §§. 87 bis 89 Br. Ausf. B. G.-B. Ueber die Ablehnungsgründe s. §. 23 St.-D. (vollendete 65. Lebensjahr, andauernde Krankheit, Körperschwäche oder häusliche Verhältnisse, welche durch Uebernahme des Amtes erhebliche Nachteile bringen

- c) Abgesehen von den für die Gemeindewaisenräthe allgemein und den für die Städte unter b) besonders gegebenen Bestimmungen kann die Organisation der Gemeindewaisenräthe in der Stadt statutarisch geregelt werden⁸⁾.

3. Für die Landgemeinden ist eine statutarische Organisation nicht zugelassen. Für sie gelten vielmehr außer den allgemeinen Vorschriften noch folgende Bestimmungen:

- a) Die Bestimmung der Zahl und die Wahl der Mitglieder erfolgt durch den Gemeinderath. Wo solcher nicht besteht, ist der Gemeindevorsteher Waisenrath, der aber mit Genehmigung der Kreisdirection einen anderen bereiten Gemeindegemeinschaften für die Dauer seines Amtes bestellen kann⁹⁾.
- b) Sind mehrere Waisenräthe vorhanden, so vertreten sie sich gegenseitig, sonst ist der Gemeindevorsteher Vertreter¹⁰⁾.
- c) Für die Gründe der Ablehnung, Niederlegung oder Ausschließung vom Amt gelten die Bestimmungen der L.-G.-O.¹¹⁾.

§. 110.

Führung der Vormundschaft.

I. Die landesgesetzlichen Bestimmungen über Zwangserziehung und über die religiöse Erziehung der Kinder finden auch auf Mündel Anwendung¹⁾. Im Uebrigen bestimmt sich die Sorge für die Person der Mündel nach Reichsrecht²⁾.

II. Was die Sorge für das Vermögen der Mündel anlangt, so kommen folgende particularrechtliche Bestimmungen bei Führung der Vormundschaften in Betracht.

1. Soweit die vorgeschriebenen Vermögensverzeichnisse über das Vermögen der Mündel nicht vom Vormunde selbst aufgestellt werden³⁾, sind

würden), über die Niederlegung s. §. 25 St.-O. (wenn die Wählbarkeit aufhört) und §. 42 daf. (bei unwürdigem Verhalten).

⁸⁾ §. 81, l. c. Frauen können statutarisch widerruflich zu Waisenpflegerinnen gewählt werden. Vergl. darüber Ude, a. a. O., S. 173.

⁹⁾ §. 83, 84, l. c.

¹⁰⁾ §. 90, l. c.

¹¹⁾ §. 87, l. c. vergl. mit §. 36 L.-G.-O. über die Ablehnung eines Amtes (vollendetes 65. Lebensjahr, Krankheit oder Körpereschwäche oder besondere sonstige Verhältnisse, bei denen die Uebernahme des Amtes einen erheblichen Nachtheil zur Folge haben würde), §. 39, Abs. 2, L.-G.-O.

¹⁾ S. oben §. 107. Vergl. auch §. 108. Dagegen ist die landesgesetzliche Vorschrift der Verordn. v. 9. April 1768, §. 10 (Steinacker, Promt. II, 297), wonach Mündel, die der Landeskirche angehörten, stets einen evangelischen Vormund haben sollten, durch den Vorbehalt des Art. 134 E. B. G.-B. nicht gedeckt, sondern durch §. 1779, 1801 B. G.-B. ersetzt.

²⁾ §§. 1800 f. B. G.-B. Vergl. auch §. 2 d. Pr. Gesinde-Ordn. v. 12. Oct. 1832 in der durch Gef. v. 16. Aug. 1899 abgeänderten Fassung.

³⁾ §. 1802 B. G.-B. stellt als Regel auf, daß die Inventare vom Vormunde

dazu außer den Amtsgerichten und Notaren auch die Gerichtsschreiber und Gerichtsvollzieher befugt⁴⁾.

2. Zur Anlegung von Mündelgeldern sind außer den reichsgesetzlich zugelassenen Werthpapieren noch folgende für geeignet erklärt:

- a) Landes-, Leihhauslandes- oder Cammerschuldverschreibungen, sowie Leihhaussparkassenbücher,
- b) Schuldverschreibungen, die der Kreis-Communalverband Braunschweig mit Garantie der Stadt Braunschweig ausgegeben hat,
- c) Schuldverschreibungen des ritterschaftlichen Creditvereins⁵⁾.

Das Herzogl. Staatsministerium kann außerdem mit Zustimmung des Ausschusses der Landesversammlung die Anlegung von Mündelgeldern zulassen

- a) in anderen Schuldverschreibungen⁶⁾,
- b) bei einer anderen öffentlichen Sparcasse des Herzogthums⁷⁾,
- c) für den Fall der Unmöglichkeit anderweitiger Anlegung bei einer Bank im Herzogthum⁸⁾.

3. Werden Werthpapiere oder Kostbarkeiten von Mündeln nach Maßgabe des B. G.-B. hinterlegt⁹⁾, so sind die Herzogl. Leihhausanstalten in den

selbst oder unter Zuziehung von Sachverständigen, in deren Wahl er nicht beschränkt ist, aufzustellen sind. Nur wenn er dieser Pflicht nicht nachkommt oder das aufgestellte Inventar ungenügend ist, tritt das öffentliche Inventar des §. 1802, Abf. 3 B. G.-B. an dessen Stelle.

⁴⁾ Vergl. Note 3. Die Vorschrift ist getroffen durch §. 2 Br. Ausf. B. G.-B., wo auf die nicht aufgehobenen §§. 61, 66 des Gef. v. 1. April 1879, Nr. 11 ausdrücklich verwiesen ist. Vergl. vordem: Verordn. v. 26. März 1823, Nr. 7, §. 4 u. Nr. 8; Bege, Repert. III, S. 212. — Nach dem Landesf. Rescr. vom 11. Jan. 1726 und dem Rescr. v. 24. April 1768 (Steinacker, Promt. II, 441), vergl. auch Landesf. Rescr. v. 26. März 1826 (Bege, Repert. III, 212) war der Vater befugt, die Errichtung eines Inventars „aus bewegenden Ursachen und wenn dies ohne Nachtheil für die Kinder geschehen konnte“, zu erlassen. Das B. G.-B. hat diese gemeinrechtl. Streitfrage nicht ausdrücklich entschieden, doch wird nach §§. 1803, 1852 B. G.-B. aus dem Schweigen Unzulässigkeit solcher Befreiung anzunehmen sein. So auch Schultetus, Handbuch des Vormundschaftsrechts, S. 65.

⁵⁾ §. 101 Br. Ausf. B. G.-B. Die Bestimmung, welche theils durch §. 1807 B. G.-B. gedeckt, theils durch den Vorbehalt des Art. 212 E. B. G.-B. veranlaßt ist, entspricht den aufgehobenen, gleichlautenden Vorschriften des Landesgef. v. 13. Juni 1890, Nr. 33, §. 1, sowie der Bekanntmachung vom 6. October 1893, Nr. 46.

⁶⁾ Gef. v. 13. Juni 1890, Nr. 33, §. 1, 3. 4. Diese Bestimmung ist durch §. 118, 3. 99 Br. Ausf. B. G.-B. ausdrücklich aufrecht erhalten, während das Gesetz im Uebrigen aufgehoben ist.

⁷⁾ §. 102, Br. Ausf. B. G.-B. Einstweilen ist hiervon kein Gebrauch gemacht.

⁸⁾ §. 102, l. c. vergl. mit §. 1808 B. G.-B. Von der Erlaubniß ist einstweilen noch kein Gebrauch gemacht.

⁹⁾ Die Nothwendigkeit der Hinterlegung ergibt sich aus §§. 1814, 1818 B. G.-B. Auch nach Landesrecht war dies früher vorgeschrieben. Bereits die Verordnung v. 8. Nov. 1703 (Steinacker, Promt. II, 250) schrieb vor, daß der Vormund bei Strafe des Schadenersatzes die vorhandenen Capitalien nicht ungenutzt

Kreisstädten, sowie die Amtscasse in Thedinghausen für die Annahme zuständig¹⁰⁾. Die Hinterlegungserklärung hat die Bestimmung zu enthalten, daß die Herausgabe nur mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts erfolgen könne¹¹⁾. Im Uebrigen gelten für die Hinterlegung deren allgemeine Vorschriften¹²⁾.

§. 111.

Pflegschaften.

Die für die Vormundschaften geltenden Vorschriften der Landesgesetze finden auf die Pflegschaften entsprechende Anwendung¹⁾. Jedoch sind in die Vormundschaftstabellen nur solche Pflegschaften einzutragen, mit denen eine dauernde Vermögensverwaltung verknüpft ist²⁾. Die Eintragung hat auch zu geschehen, wo bei bestehender elterlicher Gewalt dem Vater die Vermögensverwaltung entzogen und eine Pflegschaft angeordnet ist³⁾.

Zum Antrage auf Entmündigung wegen Trunksucht oder Verschwendung

liegen lassen sollte. Die Anlegung sollte, wenn dies auf andere Weise nicht sicher geschehen könnte, beim Leihhause erfolgen. Verordn. v. 1. Juli 1782, 15. März 1787, 12. Sept. 1797; Landesf. Rescr. v. 10. Nov. 1797 (Steinacker, Promt. II, 252 ff.); Gef. v. 7. März 1842, Nr. 63, §. 3. Da jedoch das Leihhaus geringe Zinsen zu geben pflegt, war bestimmt, daß das Vormundschaftsgericht darauf sehen sollte, ob nicht zunächst günstigere Ausleihung an Private auf sichere Hypothek erfolgen könne. Verordn. v. 9. Januar 1798 (Steinacker, Promt. II, 254). Als pupillariſch sichere Papiere, in denen Mündelgelder angelegt werden durften, sind durch Decl. v. 12. Juli 1844, Gef.- u. Verordnungsſ., Nr. 36 die hiesigen Landes- und Cammerſchuldverschreibungen, durch spätere Gef. vom 21. Dec. 1869, Nr. 90, 31. Dec. 1870, Nr. 131, 11. Juli 1879, Nr. 40, 11. Febr. 1880, Nr. 4 u. 8. Febr. 1883, Nr. 9 die Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches und der Bundesstaaten, ferner des Kreiscommunalverbandes Braunschweig bezeichnet. Diese Werthpapiere mußten, wie das Gef. v. 27. Dec. 1862 nochmal speciell vorschrieb, entweder außer Cours gesetzt oder aber in gerichtliche Verwahrung genommen werden. Waren den Mündeln andere Werthpapiere zugefallen, so sollten dieselben nach demselben Gesetz regelmäßig sofort veräußert oder — nach Genehmigung der obervormundschaftlichen Behörden — gerichtlich hinterlegt werden. — Da die Außercoursklärung nach dem Rechte mancher Bundesstaaten unzulässig war, so bestimmte ein früheres Präsid.-Rescr., daß bei nicht-braunschweigischen Werthpapieren der Vormundschaftsrichter diese Frage zunächst zu prüfen habe. Der aus der Schwierigkeit und Unsicherheit dieser Prüfung entspringende Mißstand ist erst durch das Gesetz vom 13. Juni 1890 gehoben worden.

¹⁰⁾ Gef. v. 12. Juni 1899, Nr. 40, §. 41. Der Hinterlegungsantrag ist nicht etwa durch das Vormundschaftsgericht, sondern vom Vormunde persönlich zu stellen.

¹¹⁾ §. 42, l. c.

¹²⁾ §. 44, l. c. Vergl. oben §. 35.

¹⁾ Dies gilt von der Person des Pflegers, seiner Bestellung, seinen Rechten und Pflichten, sowie der Aufsicht durch das Vormundschaftsgericht.

²⁾ Rescr. des Landgerichts-Präf. v. 19. April 1900, Nr. 888 (Zeitschr. f. R. XLVII, S. 108). Auch Beistandschaften sind nach demselben Rescr. einzutragen.

³⁾ §. 1666, Abs. 2 und §. 1670 B. G.-B.; Rescr. d. Landgerichts-Präf. vom 19. April 1900, Nr. 888 (Zeitschr. f. R. XLVII, S. 108).

ist landesgesetzlich auch derjenige Armenverband für berechtigt erklärt, dem eine Fürsorge für den Entmündigten obliegen würde⁴⁾. Die Wirkungen, die in älteren bestehen gebliebenen Landesgesetzen mit der Anordnung einer Curatel für den Curanden verbunden sind, treten für die Personen ein, die unter Pflugschaft oder vorläufige Vormundschaft gestellt werden⁵⁾.

⁴⁾ Art. 2 Braunschw. Ges. v. 12. Juni 1899, die Aenderung d. Ausf.-Ges. z. C.-P.-D. betr.

⁵⁾ §. 111 Br. Ausf. B. G.-B. vergl. mit §. 1906 B. G.-B. Von den Landesgesetzen kommen hier in Frage: St.-D., §. 15, Z. 5 (Befähigung zum Erwerb des Bürgerrechts); L.-G.-D. §. 15, Z. 5 (Wahlberechtigung), Ges. v. 10. October 1873, Nr. 51, §. 2, Kreis-Ordn. v. 5. Juni 1871, Nr. 35, §. 24, Z. 2; Ges. v. 19. März 1890, Nr. 6, §. 5 über die Errichtung v. Handelskammern u. dergl.

Wenn eine frühere Curatel z. B. über volljährige Geistesranke nach dem B. G.-B. als Vormundschaft gilt, so sind deren Grundsätze ohne Weiteres auf jene zu übertragen.

Erbrecht.

Erstes Capitel.

Die allgemeinen Grundsätze.

§. 112.

Nachlaßregulirung.

I. Zum Nachlaßgericht ist landesgesetzlich das Amtsgericht bestimmt ¹⁾. Es regelt beim Todesfall eines Inländers den Nachlaß nach Maßgabe des Reichsrechts ²⁾. Erhalten die Ortspolizeibehörden von einem Todesfalle Kenntniß, bei welchem Maßregeln zur Sicherung des Nachlasses erforderlich erscheinen, so sollen sie davon das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Todesfall eingetreten ist, alsbald benachrichtigen. Bei Gefahr im Verzuge haben sie die geeigneten Maßregeln selbst zu treffen und von den Anordnungen dem bezeichneten Amtsgerichte behufs weiterer Verfügung Mittheilung zu machen ³⁾. Wenn das hiernach zuständige Amtsgericht oder das Nachlaßgericht beim Ableben eines Beamten Sicherungsmaßregeln in Ansehung von Acten oder anderen Sachen trifft, deren Herausgabe auf Grund des Dienstverhältnisses verlangt werden kann, so hat es die betreffende Dienstbehörde von den Maßregeln zu benachrichtigen ⁴⁾.

Bei der Erbfolge in ein Familienstammgut erfolgt die Eintragung des Nachfolgers im Grundbuche auf Grund einer Bescheinigung, für die die reichsgesetzlichen Bestimmungen über den Erbschein Anwendung finden ⁵⁾.

¹⁾ §. 1 Br. Ausf. F.=G., der dem §. 20, Z. 4 Br. Gef. v. 1. April 1879, Nr. 11 entspricht. Auch §. 72 Reichsgef. F.=G. bezeichnet die Amtsgerichte als Nachlaßgerichte. Aber diese Bestimmung kann nach §. 1 Reichsgef. F.=G. nur Anwendung finden auf diejenigen Angelegenheiten, die dem Reichsrecht unterworfen sind, daher z. B. nicht auf Erbfälle, die der landesgesetzl. Regelung vorbehalten sind. Außerdem ist der Landesgesetzgebung durch Art. 147 E. B. G.=B. nachgelassen, eine andere Behörde als Nachlaßgericht zu bestimmen. Alle Zweifel beseitigt §. 1 Br. Ausf. F.=G.

²⁾ §§. 84, 85 Reichsgef. F.=G., §§. 1960 ff. B. G.=B.

³⁾ §. 11 Br. Ausf. F.=G. vergl. mit §. 74 Reichsgef. F.=G.

⁴⁾ §. 12 Br. Ausf. F.=G.

⁵⁾ §. 19 Br. Ausf. G.=B.=D. Die Vorschrift, deren Zulässigkeit sich auf Art. 59 E. B. G.=B. stützt (vergl. Planck, Comm. B. G.=B. VI, S. 140, Note 4), soll die

II. Beim Ableben von Ausländern⁶⁾ soll hinsichtlich der Nachlaßbehandlung in erster Linie nach Maßgabe der bestehenden Staatsverträge⁷⁾

früheren Zweifel (Zeitschr. f. R. XXXVIII, S. 101 ff.) heben. Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 14. Das B. G.-B. unterscheidet den einfachen, den gemeinschaftlichen und den beschränkten Erbtheil, je nachdem das Erbrecht eines Alleinerben (§. 2353), eines Miterben oder aller Miterben im Allgemeinen (§. 2357) oder nur in Bezug auf gewisse einzelne, zu einer Erbschaft gehörige Gegenstände den Inhalt bildet.

⁶⁾ Als Ausländer gelten nur Nichtangehörige des Deutschen Reiches. — Ueber Todesbezeugungen beim Ableben von Ausländern s. Br. Verordn. v. 6. November 1883, Nr. 36.

⁷⁾ Es ist gleich, ob Staatsverträge des Herzogthums oder des Deutschen Reiches vorliegen, da auch erstere durch den Vorbehalt des Art. 56 E. B. G.-B. aufrecht erhalten sind. In Betracht kommen

a) von braunschweigischen Staatsverträgen

1. mit den Niederlanden (Verordn. v. 28. Oct. 1833, Nr. 26), wonach von Erbschaften und Legaten, die den Unterthanen des einen Landes aus dem anderen zufallen, keine „Nachsteuern“ mehr erhoben werden sollen (§. 2), während die Abgaben, denen die eigenen Unterthanen unterliegen, auch für die Fremden bestehen bleiben, z. B. Erbschaftsteuer (§. 3); obsolet sind hierdurch geworden die älteren Verträge mit Rotterdam (Rescr. v. 20. Juli 1761; Frederksdorff, Promt. I, 3), Gröningen (Landesh. Verordn. v. 22. October 1770; Frederksdorff, a. a. O., S. 5) und Amsterdam (Edict v. 2. Juni 1785; Frederksdorff VI, 2);
2. mit der Schweiz (Verordn. v. 9. Nov. 1833, Nr. 27). Durch dieselbe sind alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem aus einem Staate in den anderen gehenden Vermögen erhoben worden, beseitigt, ganz gleich, ob das Vermögen durch erlaubte Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft u. ausgezogen worden (§. 1). Die Abgaben aber, denen die eigenen Unterthanen unterliegen, z. B. Erbschafts-, Veränderungssteuer, bleiben unberührt (§. 2). Es macht hierbei keinen Unterschied, ob diese Abzüge dem Staate, anderen Corporationen oder Privaten zustanden (§. 4). — Die älteren Verträge mit Canton Bern (Avertissim. von 1780; Frederksdorff, Promt. III, 6) und Canton Solothurn (Frederksdorff, a. a. O., S. 8) sind hierdurch beseitigt;
3. mit Belgien (Verordn., die Publication des mit dem Königreich Belgien über Aufhebung des Heimfalls- und Abzugsrechts abgeschlossenen Vertrages betr., v. 6. Sept. 1841, Nr. 17). Nach dem Vertrage sollen Unterthanen des einen Staates ab intestato oder ex testamento Erbschaften oder Schenkungen auf den Todesfall aus dem anderen Staate ohne andere Abgaben erwerben, als wie die eigenen Unterthanen dieses Staates zahlen müssen (Art. 1). Dasselbe gilt rücksichtlich der Ausfuhr von Gütern, ganz gleich, unter welchem Titel sie geschieht (Art. 2). Die Aufhebung erstreckt sich auch auf Abgaben, die an Corporationen oder Private geleistet werden mußten (Art. 3);
4. mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika (Verordn. v. 1. Sept. 1855, Nr. 46). Die Angehörigen des einen Staates sollen in dem anderen nach den Gesetzen ihres Domicils durch Testament, Schenkung, ab intestato oder auf irgend eine andere Weise verfügen dürfen, ohne andere Steuern als die eigenen Landeseinwohner zahlen zu müssen. Auch sollen für Güter abwesender Angehöriger des anderen Staates Curatelen angeordnet werden, wie für Inländer. Streitigkeiten wegen Erbschaften sollen nach den Gesetzen des Landes entschieden werden, wo sich der Nachlaß befindet (Art. 1). Wenn durch Tod die in einem Staate belegenen Im-

verfahren werden⁸⁾. Besteht dagegen mit dem betreffenden außerdeutschen Staate kein Staatsvertrag hinsichtlich der Nachlaßbehandlung, so hat der Standesbeamte umgehend eine Sterbeurkunde an das Herzogliche Amtsgericht seines Bezirks einzusenden, worauf dieses die Urkunde zu legalisiren und an das Staatsministerium zwecks weiterer Beförderung einzurichten hat⁹⁾.

Beim Ableben eines braunschweigischen Staatsangehörigen, der seinen

mobilien auf einen Angehörigen des anderen Staates übergehen, der dieselben als Fremder nicht in Besitz nehmen kann, so soll ihm ohne weitere Steuern ein Termin zur Veräußerung der Grundstücke gesetzt werden (Art. 3). Der Vertrag ist 12 Jahre gültig und läuft seitdem mit einjähriger Kündigungsfrist fort;

5. mit Rußland (Verordn. v. 30. Juni 1860, Nr. 17), wodurch das bisherige Abzugsrecht aufgehoben ist;

b) die Verträge des Deutschen Reiches mit

1. Griechenland v. 26. Nov. 1881 (R.-G.-Bl. 1882, S. 101 ff.);
2. Italien v. 21. Dec. 1868 und 7. Febr. 1872 (R.-G.-Bl. 1868, S. 133 ff.; 1872, S. 134); vergl. auch Zeitschr. f. R. XLVII, S. 149;
3. Rußland v. 12. Nov. 1874 (R.-G.-Bl. 1875, S. 136 ff.);
4. Serbien v. 6. Jan. 1883 (R.-G.-Bl. 1883, S. 62). Der Vertrag war für den 25. Juni 1893 von Serbien gekündigt, die Kündigung ist aber wieder zurückgenommen. Vergl. Böhm, Nachlaßbehandlung, S. 57, Note 1;
5. Spanien v. 22. Febr. 1870, 12. Jan. 1872 (R.-G.-Bl. 1872, S. 211);
6. Verein. Staaten v. N.-A. v. 11. Dec. 1871 (R.-G.-Bl. 1872, S. 95);
7. Mexiko v. 5. Dec. 1882 (R.-G.-Bl. 1883, S. 247);
8. Salvador v. 13. Juni 1870 (R.-G.-Bl. 1872, S. 377 ff.);
9. Costa-Rica v. 18. Mai 1875 (R.-G.-Bl. 1877, S. 13 ff.);
10. Guatemala v. 20. Sept. 1887 (R.-G.-Bl. 1888, S. 238);
11. Honduras v. 12. Dec. 1887 (R.-G.-Bl. 1888, S. 262);
12. S. Domingo v. 30. Jan. 1885 (R.-G.-Bl. 1886);
13. Brasilien v. 10. Jan. 1882, Art. 17 ff. (R.-G.-Bl. 1882, S. 69);
14. Columbien v. 12. April 1894 (R.-G.-Bl. 1894, S. 471 ff.);
15. Persien v. 11. Juni 1873 (R.-G.-Bl. 1873, S. 351 ff.);
16. Japan v. 4. April 1896, Art. XIV (R.-G.-Bl. 1896, S. 736 ff.);
17. Siam v. 7. Febr. 1862 (vergl. Preuß. Ges.-S. v. 1864, S. 717 ff.);
18. Südafrik. Republik v. 22. Jan. 1885 (R.-G.-Bl. 1886, S. 209);
19. Zanzibar v. 20. Dec. 1885 (R.-G.-Bl. 1886, S. 261);
20. Hawaii v. 25. März 1879 (R.-G.-Bl. 1880, S. 121);
21. Nicaragua v. 4. Febr. 1896 (R.-G.-Bl. 1897, S. 171), Art. 25.

⁸⁾ Bekanntm. d. Staatsm. v. 22. Juli 1892, Nr. 38. Wenn in solchen Verträgen auf die zuständigen Landesbehörden verwiesen ist oder gar keine bezeichnet sind, so sind die betreffenden Amtshandlungen von derjenigen Behörde (Amtsgericht, Standesamt u.) vorzunehmen, in deren Bezirk der Todesfall vorgekommen ist und zu deren Geschäftsbereich die fragliche Handlung gehört (§. 1 d. Bef.). Daneben ist durch §. 1 der Verordn. vom 12. Juni 1877, Nr. 76 unter Bezugnahme auf die Staatsverträge des Deutschen Reiches bestimmt, daß bei jedem Sterbefall eines Ausländers der betreffende Standesbeamte dem Amtsgerichte Mittheilung machen, dieselbe Urkunde legalisiren und an das Auswärtige Amt oder die in den Verträgen als zuständig bezeichneten Consulen einsenden soll. Vergl. über diese Verordn., deren §. 2 durch Verordn. v. 14. Nov. 1883 aufgehoben ist, Zeitschr. f. Rechtspf. XXXIX, S. 97 f.

⁹⁾ Bekanntm. v. 22. Juli 1892, Nr. 38.

letzten Wohnsitz oder Aufenthalt im Auslande hatte, erfolgt die Nachlaßregulirung nach ausländischem Recht, sofern nicht besondere Staatsverträge bestehen ¹⁰⁾.

§. 113.

Außerordentliches Erbrecht.

1. Die Vorschriften des gemeinen Rechts, nach denen bestimmte Rechtssubjecte vor dem Fiscus auf einen erblosen Nachlaß berechtigt waren, sind ausdrücklich aufgehoben ¹⁾. Fällt dagegen dem Fiscus als gesetzlichem Erben ²⁾ eine Erbschaft in der Stadt Wolfenbüttel an, so ist er verpflichtet, dieser die Hälfte des Werthes der Erbschaft herauszugeben ³⁾.

2. In der Stadt Braunschweig soll der gesammte Nachlaß der dortigen Beguinen und Hospitaliten, ohne Unterschied, ob derselbe in das Hospital eingebracht ist oder nicht, bei deren Absterben dem Hospitale oder Beguinenhause zufallen. Dieses tritt auch für den Fall ein, daß die Beneficiaten die Anstalt wieder verlassen haben, ausgenommen, wenn sie bei ihrem Abzuge noch bei voller Gesundheit und Leibeskraft sind, die erhaltene Unterstützung zurückerstattet und drei volle Monate vor ihrem Abzuge förmlich auf ihr Beneficium dem Vertreter der Anstalt gegenüber Verzicht geleistet haben ⁴⁾.

Durch alle diese Bestimmungen werden die Ansprüche gewisser öffentlicher Verbände oder Anstalten gegen die Erben auf Ersatz für Unterhaltungsgewährung nicht berührt ⁵⁾.

¹⁰⁾ Hier kommen die oben in Note 7 bezeichneten Verträge, sowie die Braunschw. Verordn. v. 23. Febr. 1842, Nr. 34, die Legitimation zur Empfangnahme der Erbschaft im Königl. Niederl. Seebienste Verstorbenen, sowie bezügl. Bosnien und Herzegowina das Rescr. in Zeitschr. f. R. XLIII, S. 19 f., bezügl. Dänemark, Schweden und Norwegen das Rescr. in Zeitschr. f. R. XLII, S. 49 f., und bezügl. Italien das Rescr. in Zeitschr. f. R. XLVII, S. 149 in Betracht.

¹⁾ §. 112, Abs. 1 Br. Ausf. B. G.-B. Nach den Mot., S. 119 ist die Aufhebung erfolgt, um gegenüber dem Art. 138 E. B. G.-B. etwaige Zweifel über die Gültigkeit eines außerordentlichen Erbrechts der Kirche oder des Regiments, wie es nach dem gem. Recht vielfach behauptet wurde (Dernburg, Pand. III, §. 138), zu beseitigen.

²⁾ §. 1936 B. G.-B.

³⁾ §. 112, Abs. 2 Br. Ausf. B. G.-B. Nach den durch denselben Paragraphen aufgehobenen Heinerichstädt. Statuten (s. oben §. 3, Note 28), Tit. 18, sollten erbloße Güter in Wolfenbüttel zur Hälfte an den Fiscus und zur Hälfte an die Stadtcasse fallen. Es ist, wie die Mot. S. 119 ausführen, zweckmäßiger erschienen, statt dieses Miterbenverhältnisses den Fiscus zum Alleinerben mit der obligatorischen Verpflichtung zur Erstattung der Hälfte des Werthes zu machen. Etwaiger Streit über den Werth wird selbstverständlich durch die ordentlichen Gerichte entschieden.

⁴⁾ Verordn. v. 29. Oct. 1778 (Frederksdorff, Promt. III, 122; Schneider, Repert. I, 545; Steinacker, Promt. I, 91). Die heutige Gültigkeit dieser gesetzlichen Vorschrift, welche bereits durch die Verordn. des Magistrats v. 10. Juni 1604 und die Verf. der Fürstl. Commission v. 29. Nov. 1709 eingeführt war, kann nach dem Vorbehalt in §. 210 der Städteordn. v. 18. Juni 1892 nicht zweifelhaft sein. Auch durch das B. G.-B. ist die Bestimmung nicht berührt, da sie durch Art. 139 E. B. G.-B. aufrecht erhalten wird. Vergl. auch Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 91.

⁵⁾ Art. 103 E. B. G.-B. Ueber die einzelnen Ansprüche s. oben §. 58, Z. 3.

§. 114.

Erbchaftssteuer.

Die Erbschaftssteuer gehört zwar dem öffentlichen Rechte an, greift aber in das Erbrecht stellenweise so sehr ein, daß eine kurze Erörterung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zweckmäßig hier seine Stelle findet.

Die particulare Gesetzgebung kennt zwei verschiedene Arten von Erbschaftssteuern, nämlich a) die eigentliche staatliche Erbschaftssteuer, welche bei Intestat-, Testaments- und Vertragserbschaften und bei Familienstammgutsanfällen gleichmäßig, und b) die Abgabe, welche lediglich bei Erbschaften auf Grund letztwilliger Verfügungen zu Gunsten der ehemaligen Armen- und Wegebetterungs-, jetzt zu Gunsten der Kreiscommunalcasse ¹⁾, erhoben wird. Die eigentliche Erbschaftssteuer ist durch Gesetz vom 18. April 1876, Nr. 39 ²⁾, die andere Abgabe im Wesentlichen durch das Gesetz vom 28. Juni 1879 ³⁾ geregelt.

1. Der eigentlichen Erbschaftssteuer sind unterworfen alle Erbschaften, Vermächtnisse, Schenkungen auf den Todesfall, Auflagen auf Zuwendungen dieser Art, die dem Empfänger der Leistung einen Vermögensvorteil zu verschaffen bezwecken, sowie Pflichttheilsansprüche und Familienstammgutsanfälle ⁴⁾. Als steuerpflichtige Masse gilt der Betrag, um welchen der Delat bereichert wird ⁵⁾. Immobilien des Erblassers, welche außerhalb des Landes liegen, sind nicht steuerpflichtig, inländische stets, ganz gleich, ob der Erblasser ein Ausländer oder Inländer war, ob er innerhalb oder außerhalb des Herzogthumes

¹⁾ S. oben §. 31, II. Vergl. auch §. 15, II.

²⁾ Das Ges. schließt sich dem fast gleichlautenden Preuß. Erbschaftsst.-Ges. vom 30. Mai 1873 an. Die Novelle vom 10. Juni 1892 ist ergangen in Folge der Preuß. Novelle v. 19. Mai 1891. Mit der Novelle ist die zwischen Braunschweig und Preußen abgeschlossene Verständigung von 1884, wonach hinsichtlich des beweglichen Nachlasses das Princip der Staatsangehörigkeit gelten sollte, materiell hinfallig geworden. S. Comm.-Ber. Anl. 153 (Prot. 32), Landtagsverh. 1892. Vergl. aber auch Mot. (Anl. 123 a), worin die gegentheilige Ansicht vertreten wird. — Die §§. 6, 7 u. 13 d. Ges. sind abgeändert durch Ges. v. 10. Juni 1892, Nr. 26, die §§. 1, 3, 1, 22, Abs. 2 u. 23 durch §. 118, 3. 85 Br. Ausf. B. G.-B. — Früher war bereits durch Verordn. v. 29. Oct. 1821, Nr. 10, §. 17 eine Erbschaftssteuer festgesetzt, welche für vollbürtige und Halbgeschwister 2½ Proc., für entferntere Erben 5 Proc. des Betrages der Erbschaft ausmachte.

³⁾ Ges.- u. Verordnungs-G., Nr. 39. — Ueber die Geschichte der Abgabe siehe oben §. 31, Note 7.

⁴⁾ Ges. v. 18. April 1876, Nr. 38, §. 1 u. §. 118, 3. 85, Nr. 1 Br. Ausf. B. G.-B. — Schenkungen des gesammten gegenwärtigen und zukünftigen Vermögens sind der Steuer nicht unterworfen. Zeitschr. f. R. XXII, 9; vergl. auch das. VI, 121; XLIV, Beil., S. 18 ff.

⁵⁾ §§. 2 ff., l. c. — Wenn nach dem Tode eines Hofbesizers eines seiner Kinder stirbt, bevor eine Erbtheilung stattgefunden, so erlischt dessen Recht auf den Hof oder eine Abfindung zu Gunsten der Gemeinschaft, wird also nicht steuerpflichtig. Zeitschr. f. R. XII, 52.

seinen Wohnsitz hatte⁶⁾. Bewegliches Vermögen andererseits ist nur steuerpflichtig, wenn Erblasser bei seinem Tode seinen Wohnsitz im Herzogthume hatte; außerhalb des Herzogthumes befindliches Mobilienvermögen in diesem Falle nur dann, wenn auf dasselbe von dem auswärtigen Staate keine oder eine geringere Abgabe erhoben wird. Eine solche geringere Abgabe ist dann bei der Berechnung der hiesigen in Ansatz zu bringen⁷⁾. Genaue Bestimmungen sind über die Werthberechnung angefallener Erbschaften, insbesondere über lebenslängliche Nutznießungen gegeben⁸⁾.

Zum Zwecke der Abschätzung ist Jeder, dem ein steuerpflichtiger Anfall zukommt, regelmäßig bei Strafe verpflichtet, der Herzoglichen Zoll- und Steuerdirection binnen drei Monaten, nachdem er von dem Anfalle Kenntniß bekommen, schriftlich Anzeige zu erstatten und die Anzeige in weiteren zwei Monaten zu declariren⁹⁾. Herzogliche Zoll- und Steuerdirection hat diese Angaben zu prüfen, hierzu erforderlichenfalls unter Androhung von Ordnungsstrafen weitere erläuternde Auskunft oder eidesstattliche Befkräftigung der Declaration zu verlangen und schließlich auf Grund der Feststellung die Steuern zu bestimmen, wogegen Klage an den Verwaltungsgerichtshof gegeben ist¹⁰⁾. Der Rechtsweg ist nur zulässig, wenn die Frage, ob und wie viel Erbschaftssteuer zu bezahlen ist, von einer Vorentscheidung über Privatrechtsverhältnisse abhängig ist¹¹⁾. Die Einziehung der Steuer erfolgt ebenfalls durch die Steuerdirection¹²⁾.

Befreit von der Steuer ist

- a) jeder Anfall bis zu 150 Mark ausschließlich, falls nicht lediglich in Folge fremder Nutznießung der Substanzwerth sich so weit vermindert,
- b) jeder Anfall, welcher an Ascendenten, Descendenten oder Ehegatten des Erblassers gelangt, oder an Hausgefinde desselben, wenn im letzteren Falle der Betrag 900 Mark nicht übersteigt, oder an gewisse Stiftungen und Anstalten zu kirchlichen oder gemeinnützigen Zwecken¹³⁾.

⁶⁾ §. 6, l. c. in der durch Gef. v. 10. Juni 1892, Nr. 26 veränderten Fassung.

⁷⁾ §. 7, l. c. das.

⁸⁾ E. §§. 8 ff., l. c. Der §. 13, l. c. ist abgeändert durch Gef. v. 10. Juni 1892, Nr. 26.

⁹⁾ §§. 27 ff., l. c. — Nach §. 32, l. c. liegt die Pflicht zur Declaration anstatt der Pflegebefohlenen und sonstigen Minderjährigen ihren gesetzlichen Vertretern ob; ist ein Testamentsexecutor bestellt, so ist dieser in jedem Falle dazu verpflichtet. Der Proceßbevollmächtigte ist dagegen zur Auskunftsertheilung nicht verbunden. Zeitschr. f. R. XXXIV, 77.

¹⁰⁾ Gef. v. 5. März 1895, Nr. 26, §. 67 d.

¹¹⁾ §§. 33 ff., l. c. Zeitschr. f. R. XLIII, S. 183. Vergl. auch oben §. 31, Note 1.

¹²⁾ §. 38, l. c.

¹³⁾ Vergl. Tarif zum Erbschaftssteuerges. S. auch Steinacker, Br. Privatr., S. 640, Note 5.

2. Die seit dem Gesetze vom 17. December 1873 in die Kreiscommunalcassen¹⁴⁾ fließenden Abgaben für die Armen und zur Wegeverbesserung¹⁵⁾ werden — abgesehen von dem nicht hierher gehörigen Falle des vertragsmäßigen Erwerbes von Immobilien — bei allen letztwilligen Verfügungen erhoben, welche bei einem braunschweigischen Gerichte niedergelegt worden sind¹⁶⁾. Der Betrag der Abgabe kann nach Willkür vom Erblasser festgesetzt sein, darf aber nicht unter 50 Pfennig auf 300 Mark betragen¹⁷⁾. Besteuert mit dieser Abgabe wird der Betrag des Nachlasses, über welchen verfügt ist, nach Abzug der darauf ruhenden öffentlichen und privaten Lasten¹⁸⁾. Eingezogen wird die Abgabe nach Publication der letztwilligen Verfügung¹⁹⁾ von den Erben durch die betreffende Kreisdirection²⁰⁾, nachdem dieselbe den Betrag festgesetzt hat. Zu diesem Zwecke haben die Amtsgerichte allmonatlich ein Verzeichniß der Testamentsöffnung an diese Behörde zu senden²¹⁾. Gegen diese Festsetzung der Kreisdirection findet Klage an den Verwaltungsgerichtshof statt²²⁾. Ueber die Zulässigkeit des Rechtsweges gilt dasselbe, wie bei der eigentlichen Erbschaftsteuer²³⁾.

¹⁴⁾ Ges. u. Verordnungs., Nr. 80, §. 1. — Die Abgabe fließt in die Casse desjenigen Kreiscommunalverbandes, in dessen Bezirk das Gericht liegt, bei dem die betreffende letztwillige Verfügung deponirt ist; Zeitschr. f. R. XXII, 4. — Vergl. auch unten Note 15.

¹⁵⁾ Ueber die geschichtliche Entwicklung und über die Rechtsnatur dieser Abgabe f. oben §. 31, Note 7 und 10.

¹⁶⁾ Ges. v. 28. Juni 1879, Nr. 39, §. 1.

¹⁷⁾ Verordn. v. 20. Febr. 1756 und 11. April 1758 (Steinacker, Promt. II, 390; Schneider, Repert. II, 202 ff.). — Hat der Erblasser überhaupt keine Summe ausgesetzt, so ist deshalb seine Verfügung nicht anfechtbar, sondern die Kreisdirection erhält damit nur die Befugniß, die von ihr nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen festgesetzte Abgabe einzuziehen.

¹⁸⁾ §. 1, 3. 1 d. Ges. v. 1879. — Fraglich ist, ob auch das auswärtige Vermögen des Testators der Abgabe unterliegt; ja: Zeitschr. f. R. XXII, 4; XXV, 186; nein: das. XIII, 169.

¹⁹⁾ Die Publication bedarf jetzt keines Antrags mehr (vergl. Zeitschr. f. R. XLII, 89 ff.), sondern erfolgt von Amts wegen (B. G.-B. §. 2260).

²⁰⁾ §. 2, 1. c. Vergl. oben Note 14. — Ueber die Rückforderung indebite gezahlter Abgaben f. Zeitschr. f. R. XIII, 169 ff.; XXIV, 148.

²¹⁾ §§. 6 ff. — Der Festsetzung bedarf es nicht, wenn eine den gesetzlichen Bestimmungen (f. oben bei Note 17) genügende Zuwendung im Testamente u. bestimmt ist.

²²⁾ Ges. v. 5. März 1895, Nr. 26, §. 67 f.

²³⁾ §. 8, Abs. 2, 1. c. Das Nähere f. oben §. 31, Note 17 u. 18 und Zeitschr. f. R. XLIII, 183 f. — Der Kreiscommunalcasse steht der Rechtsweg nicht offen; Zeitschr. f. R. XXXI, 29.

Zweites Capitel.

Die besonderen Lehren.

§. 115.

Das Verhältniß des Landes- zum Reichsrecht.

Vermöge der getroffenen Uebergangsbestimmungen des V. G.=B. findet auf dem Gebiete des Erbrechts die ganze bisherige Landesgesetzgebung noch für längere Zeit hinaus Anwendung. Entscheidend ist dabei, ob der Tod des Erblassers vor dem 1. Januar 1900 erfolgt ist oder später, während auf den Zeitpunkt des Antritts der Erbschaft, des späteren Eintritts einer Bedingung, eines Substitutionsfalles und dergl. nichts ankommt ¹⁾.

I. Ist hiernach der Erblasser vor dem 1. Januar 1900 verstorben, so gilt das bisherige Recht ²⁾, insbesondere bleiben für solchen Erbfall die nachstehenden gemeinrechtlichen Bestimmungen in Kraft:

- a) Es bedarf, wie bisher, des Erbschaftsantritts ³⁾.
- b) Den sui heredes bleibt ihr zeitlich unbeschränktes jus abstinendi ⁴⁾.

¹⁾ Vergl. Habicht, Einwirkung auf zuvor entstandene Rechtsverh., 2. Aufl., §. 60, S. 655 ff. Entsch. d. Cammerg., N. F., I, S. 156.

²⁾ Art. 213 E. V. G.=B. Dieser Satz gilt für testamentarische und vertragliche, wie für die gesetzliche Erbfolge. Bei letzterer kommt daher die gemeinrechtliche Successionsordnung mit der durch die Landesf. Verordn. v. 30. Dec. 1754 (Steinacker, Promt. I, 283; Schneider, Repert. I, 151) getroffenen Abänderung zur Anwendung, wonach sich folgende Classen ergeben:

1. Classe: Descendenten und der überlebende Ehegatte zu gleichen Theilen.
2. Classe: Ehegatten zur einen und die Ascendenten zur anderen Hälfte.
In Ermangelung von Ascendenten: der Ehegatte allein.
In Ermangelung des Ehegatten: Ascendenten und vollbürtige Geschwister oder deren Kinder nach gemeinem Rechte.
3. Classe: Die halbbürtigen Geschwister oder deren Kinder nach gemeinem Rechte.
4. Classe: Alle übrigen Seitenverwandten nach gemeinem Rechte.

Der Erbtheil des Ehegatten galt nicht als Pflichttheil. Zu conferiren brauchte er nur bei Concurrenz mit Descendenten, und zwar nur das vom verstorbenen Ehegatten herrührende Gut. Decl. v. 17. April 1756 (Steinacker, Promt. I, 284; Schneider, Repert. II, 139). Vergl. Eichenburg, Intestaterbf., §§. 34 bis 36.

³⁾ Dernburg, Pand. III, §. 58; Windscheid, Pand. III, §. 536. Vergl. Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., §. 62, S. 658.

⁴⁾ Dernburg, a. a. O., §. 58, Z. 2; Windscheid, a. a. O., §. 595; vergl. auch Habicht, a. a. O., §. 62, 2, S. 660.

- c) Auch die zeitlich befristeten, erst nach 1900 anfallenden Vermächtnisse regeln sich nach altem Recht ⁵⁾.
- d) Dasselbe gilt von der fideicommissarischen Substitution ⁶⁾, sowie
- e) von den Erbschafts- und Erbtheilungsklagen ⁷⁾.

II. Ist der Todesfall des Erblassers nach dem 31. December 1899 erfolgt, so sind folgende Unterscheidungen zu machen:

- a) Für die gesetzliche Erbfolge tritt das neue Recht ein ⁸⁾.
- b) Für die Erbfolge auf Grund letztwilliger Verfügungen tritt ebenfalls das neue Recht ein, aber mit einigen Ausnahmen für den Fall, daß die Verfügung vor 1900 ergangen ist ⁹⁾.

Die erbrechtlichen Bestimmungen der Landesgesetze, welche auf Grund der gemachten Vorbehalte nicht nur eine vorübergehende, sondern eine dauernde Geltung behalten haben, werden in den beiden nächsten Paragraphen erörtert werden.

§. 116.

Intestaterbfolge bei besonderen Güterarten.

I. Hinsichtlich der Intestaterbfolge in Familienstammgütern ¹⁾ sind drei Arten der letzteren zu unterscheiden, nämlich 1. solche, welche bei Aufhebung der Feudalrechte aus Lehngütern in Familienstammgüter umgewandelt ²⁾, 2. solche, die aus den aufgehobenen Familienfideicommissgütern entstanden sind ³⁾

⁵⁾ Es giebt auch in der Uebergangszeit noch Vindicationslegate, die dem B. G.-B. fremd sind und hier auf den Grundbuchverkehr einwirken können, indem es bei ihnen nicht der Auflassung durch die Erben (§. 20 B.-G.-B.-D.), sondern nur deren Zustimmung (§. 19 das.) zu dem vom Legatar zu stellenden Antrage (§§. 13, 22 B.-G.-B.-D.) bedarf. Vergl. auch Habicht, a. a. O., §. 64, S. 663; das Recht, 1900, S. 412.

⁶⁾ Diese, obwohl bei uns verhältnißmäßig selten, hat gerade deshalb für die Uebergangszeit besondere Bedeutung, weil durch sie das alte Recht noch viele Jahre in Kraft bleibt. Denn hierbei bestimmt sich nicht nur das Verhältniß des Fiduciars zur Erbschaft, sondern auch demnächst zum Fideicommissar nach altem Recht. Habicht, Einwirkung, §. 65, S. 664 ff.

⁷⁾ Habicht, Einwirkung, 2. Aufl., §. 67, II u. III.

⁸⁾ Indessen regeln sich nach Art. 207 bis 209 die größeren Rechte der Kinder aus nützigen oder ungünstigen Ehen, sowie der adoptirten Kinder nach bisherigem Recht.

⁹⁾ Die Wirksamkeit der Errichtung oder Aufhebung richtet sich nach früherem Recht (vergl. Art. 214, Abs. 1 E. B. G.-B.; s. unten §. 117, Note 1 u. 2) mit der Maßgabe, daß §. 2230 B. G.-B. auf sie Anwendung findet (Art. 215, Abs. 2 E. B. G.-B.). Bei gemeinschaftlichen Testamenten und Erbverträgen bestimmt sich die Gebundenheit nach altem Recht (Art. 214, Abs. 2 E. B. G.-B.). Bei Erbverzichten schließlich und deren Aufhebung bestimmt sich nicht nur die Form, sondern auch die Wirkung ausschließlich nach altem Recht (Art. 217 E. B. G.-B.).

¹⁾ S. oben §. 92, II. Die erbrechtlichen Bestimmungen bezügl. der Familienstammgüter werden durch den allgemeinen Vorbehalt des Art. 59 E. B. G.-B. gedeckt. Vergl. Planck, Comm. VI, S. 140, Note 4.

²⁾ S. oben §§. 91, Note 67, u. 92, bei Note 21.

³⁾ S. oben §. 92, Note 12 bis 14, u. §. 92, Note 20.

und 3. solche, welche weder das Eine noch das Andere waren ⁴⁾). Für alle diese Arten gilt übereinstimmend, daß die Eintragung des Familienstammgutsnachfolgers auf Bescheinigung des Nachlaßgerichts über die Nachfolge stattfindet, wobei die Vorschriften des B. G.-B. über den Erbschein Anwendung finden und als Erblasser der bisherige Besitzer gilt ⁵⁾).

1. Die erstere Art der Familienstammgüter vererbt sich nach lehnrechtlichen Grundsätzen ⁶⁾), wobei jedoch folgende Abänderungen Platz greifen:

- a) Ist das Stammgut ein sogen. Mannlehen gewesen, so geht dasselbe nach Erlöschen des Mannesstammes auf die weibliche Linie über, und zwar auf diejenige Person, welche dem letzten Inhaber des Stammgutes dem Grade nach die nächste ist. In der weiblichen Linie tritt sodann wieder der Vorzug des Mannesstammes ein ⁷⁾).
- b) Von mehreren zugleich zur Nachfolge Berufenen kann nur einer, und zwar der Erstgeborene, zum Naturalbesitz des Gutes gelangen; unter mehreren Linien hat die erstgeborene, und in derselben hat der Erstgeborene den Vorzug. Die Nachgeborenen erhalten nur Abfindungen vom Gute. Sind indessen verschiedene Stammgüter in einer Hand vereinigt, so sollen dieselben beim nächsten Erballe, bei welchem mehrere zugleich zur Nachfolge Berufene vorhanden sind, wieder getrennt werden, und der Erstgeborene nur eins dieser Güter, jedoch nach seiner Wahl, der zunächst Geborene das zweite und so fort erhalten. Von dieser Bestimmung können Ausnahmen nur mit Landesherrlicher Genehmigung, unter Zustimmung der Betheiligten, stattfinden ⁸⁾).
- c) Die Abfindungen der Nachgeborenen und die der Töchter, sowie die Witthümer sollen nur in dem lebenslänglichen Genuß eines Theiles der Gutsauskünfte bestehen. Dieser Nießbrauch soll mit dem Tode des Berechtigten erlöschen und sich nicht fortvererben ⁹⁾).

⁴⁾ S. oben §. 92, II, 1 u. 2.

⁵⁾ §. 19 Br. Ausf. R.-G.-B.-D. Die Bestimmung ist zur Beseitigung früherer Zweifel (vergl. Zeitschr. f. R. XXXVIII, 101 ff.) aufgenommen. Vergl. Not. Br. Ausf. B. G.-B. S. 154.

⁶⁾ Gef. v. 28. März 1837, Nr. 18, §. 23, Abj. 1. Vergl. oben §. 91 bei Note 57 bis 61 über die hier gültigen näheren Bestimmungen.

⁷⁾ §. 23, Z. 1, l. c.

⁸⁾ §. 23, Z. 2 daf. Als Betheiligte sind alle Miterben anzusehen, auch diejenigen, die bereits durch ein Stammgut abgefunden sind oder nur auf Abfindung bzw. Witthum Anspruch haben oder haben würden; vergl. auch unten bei Note 9.

⁹⁾ §. 23, Z. 3, l. c. Der Nießbrauch untersteht in Ermangelung besonderer Vorschriften dem sonst geltenden Privatrecht, jetzt also dem B. G.-B. — Die weitere Bestimmung des §. 23, Z. 3, wonach der Stammgutsnachfolger keinen Anspruch auf den Pflichttheil aus dem Allodialvermögen seines Erblassers haben soll, wird aufrecht zu erhalten sein, obwohl das Allod nicht unter den Vorbehalt des Art. 59 G. B. G.-B. fällt, sondern ausschließlich vom B. G.-B. geregelt wird. Allein, wie aus §. 23, Z. 4, l. c. hervorgeht, besteht ein so enger Zusammenhang zwischen der Erbfolge, daß insoweit die eine Bestimmung durch die andere gedeckt wird.

- d) Die Größe der Abfindungen soll nach folgenden Grundsätzen bestimmt werden: 1. Sie richtet sich nach der Zahl sämtlicher abzufindenden Personen, einschließlich der Wittve; 2. die Abfindung jedes Sohnes soll das Doppelte des für jede Tochter festgesetzten Betrages ausmachen, und die Abfindung der Wittve soll der der Tochter gleich sein; 3. die Abfindung jeder Tochter soll betragen, wenn überhaupt abzufinden sind eine Person: ein Zehntel, zwei Personen: ein Zwölftel, drei Personen: ein Fünfzehntel, vier Personen oder mehr: ein Zwanzigstel vom Reinertrage des Gutes. Es darf jedoch, auch wenn mehr als vier Personen vorhanden sind, der Gesamtbetrag der Abfindungen der Wittve, der Töchter und der Söhne die Hälfte des Reinertrages des Gutes nie übersteigen. Vielmehr ist in einem solchen Falle der Gesamtbetrag aller Abfindungen auf die Hälfte des Reinertrages zu reduciren und daraus der Einzelbetrag zu berechnen. Haben die Wittve oder die Töchter aus dem Allodialvermögen des letzten Gutsinhabers so viel erhalten, als zu ihrem angemessenen Auskommen hinreicht, so fallen die Abfindungen aus dem Stammgute hinweg, und sie werden bei Ermittlung der Größe der Abfindungen nicht mitgezählt ¹⁰⁾).
- e) Der Betrag der Abfindungen wird nach den zur Zeit des Todes des Erblassers bestehenden Verhältnissen festgestellt und leidet eine Veränderung weder dadurch, daß später die Zahl der jetzt abzufindenden Personen sich vermindert, noch dadurch, daß durch neue Erbfälle neue Abfindungen hinzukommen. Hasten jedoch beim Tode eines Stammgutsbesitzers noch Abfindungen zu Gunsten anderer Verwandten auf demselben, so sind die neuen Abfindungen zunächst nicht nach dem vollen Reinertrage des Gutes, sondern nach demjenigen Theile desselben, welcher nach Abzug jener älteren Abfindung übrig bleibt, zu bestimmen, später aber, sobald eine ältere Abfindung zurückfällt, jedesmal nach Verhältniß des Betrages der letzteren zu erhöhen ¹¹⁾).
- f) Jede gültliche Uebereinkunft über die Feststellung der Abfindungen erhält erst Rechtsbeständigkeit durch Bestätigung der Landesökonomiecommission. Von dieser wird auch bei mangelnder gültlicher Einigung — unter Ausschluß des Rechtsweges — der Betrag festgesetzt. Gegen die Entscheidung ist Recurs beim Staatsministerium statthaft ¹²⁾).

Das Allodialgut vererbt sich nach dem B. G.-B. Was zum Allod und was zum Stammgut gehört, bestimmt sich nach Lehnrecht. Nach den

¹⁰⁾ §. 23, Z. 4, l. c. Vergl. vorige Anmerkung. Im Streitfalle kann Entscheidung nur im Proceßwege erlangt werden, während allerdings die Frage, wie groß die Abfindung zu bemessen ist, dem Rechtswege entzogen und der Entscheidung der Landesökonomiecommission vorbehalten ist (vergl. unten bei f).

¹¹⁾ §. 23, Z. 5, l. c.

¹²⁾ §. 23, letzter Abs., l. c. Vergl. auch oben Note 10.

Grundsätzen des letzteren sind insbesondere auch die hängenden Früchte zu vertheilen¹³⁾.

2. Bei denjenigen Familienstammgütern, welche aus Familienfideicommissen hervorgegangen sind¹⁴⁾, gilt die durch die Fideicommissstiftung in jedem einzelnen Falle festgesetzte Erbfolgeordnung¹⁵⁾. Streng genommen handelt es sich also hierbei nicht um eine Intestaterbfolge, sondern um eine sogenannte *successio ex pacto et providentia majorum*.

3. Auf die Vererbung der anderen Familienstammgüter¹⁶⁾ findet im Allgemeinen das im Herzogthume jetzt geltende Erbrecht des B. G.=B. Anwendung¹⁷⁾, jedoch mit folgenden Abänderungen und näheren Bestimmungen:

- a) Von mehreren zugleich zur Nachfolge Berufenen kann nur einer, der Anerbe, zum Naturalbesitze gelangen, die übrigen und unter ihnen die etwa zur Erbschaft mitberufene Wittwe des Erblassers erhalten Abfindungen¹⁸⁾.
- b) Das Gut wird im Mannesstamme nach Ordnung der Primogenitur dergestalt vererbt, daß in der Descendenz des Stifters, sowie in der Descendenz der in der ersten Stiftung zugleich mit begriffenen Personen der Erstgeborene zum Naturalbesitze gelangt. Unter mehreren Linien hat die erstgeborene und in der erstgeborenen der Erstgeborene den Vorzug¹⁹⁾.
- c) Nach dem Erlöschen des Mannesstammes in der Descendenz des Stifters und in der Descendenz der in der ersten Stiftung zugleich mit begriffen gewesenen Personen geht die Nachfolge auf die weibliche Linie über, und zwar auf diejenige Person, welche dem letzten Inhaber bei Anwendung der Primogeniturordnung auf die weibliche Descendenz am nächsten steht, und die fernere Vererbung des Stammgutes erfolgt ebenfalls nach den Grundsätzen der Primogenitur, wobei jedoch alsdann zugleich der Vorzug der Männer vor den Weibern, sowie überhaupt die sonstige Erbfolge wieder eintritt²⁰⁾.
- d) Sind mehrere Stammgüter in einer Hand vereinigt, so sollen sie bei dem nächsten Erbanfalle, bei welchem mehrere zugleich zur Nachfolge Berufene vorhanden sind, wieder getrennt werden und der Erstgeborene nur eins dieser Güter, jedoch nach seiner Wahl,

¹³⁾ S. oben §. 64.

¹⁴⁾ S. oben bei Note 3.

¹⁵⁾ Gef. v. 20. Mai 1858, Nr. 30, §. 10, Abs. 1 u. 2. — Hinsichtlich des Allodialgutes gilt das oben bei Note 13 Gesagte.

¹⁶⁾ S. oben bei Note 4.

¹⁷⁾ Gef. Nr. 30 v. 20. Mai 1858, §. 6. Das Gesetz nimmt Bezug auf das jeweilige Recht.

¹⁸⁾ §. 6, Z. 1, l. c.

¹⁹⁾ §. 6, Z. 2 das.

²⁰⁾ §. 6, Z. 3 das.

das zweite der Nächstgeborene mit gleichem Wahlrechte u. s. f. erhalten. Uebersteigt die Zahl der nachgelassenen Stammgüter die Zahl der Verufenen, so findet unter ihnen ein ferneres Wahlrecht nach Maßgabe des bezeichneten Turnus statt. Von dieser Bestimmung können Ausnahmen nur mit Landesherzlicher Genehmigung und unter Zustimmung der Betheiligten stattfinden ²¹⁾.

- e) Das Familienstammgut geht beim Tode des Vorbesizers auf den Auerben über, und nach eben diesem Zeitpunkte wird auch die Auseinandersezung geregelt ²²⁾.
- f) An Kindesstatt Angenommene sind nicht successionsfähig, Legitimirte nur dann, wenn sie durch nachfolgende Ehe legitimirt sind ²³⁾.
- g) Die Abfindungen der nachgeborenen Söhne, der Töchter und der Wittve sollen nur in dem lebenslänglichen Genusse eines Theiles der Gutsausflünfte bestehen. Dieser Genuß soll nicht vererben, sondern mit dem Tode des Berechtigten ins Gut zurückfallen ²⁴⁾.
- h) Die Größe der Abfindungen soll nach folgenden Grundsätzen bestimmt werden: 1. Sie richtet sich nach der Zahl der Abfindlinge einschließlic der Wittve; 2. die Abfindung jeder abzufindenden Person soll betragen, wenn überhaupt abzufinden sind eine Person: ein Achtel, zwei Personen: ein Zehntel, drei Personen: ein Zwölftel, vier oder mehrere Personen: ein Fünfzehntel von dem Reinertrage. Von dem Reinertrage sind die Schulbzinsen vorweg abzuziehen, falls diese zur nachhaltigen Verbesserung des Gutes consentirt sind. Es darf jedoch, auch wenn mehr als vier Erben vorhanden sind, der Gesammbetrag der Abfindungen die Hälfte des Reinertrages des Gutes nie übersteigen, vielmehr ist in einem solchen Falle der Gesammbetrag der Abfindungen auf die Hälfte des Reinertrages zu reduciren, und diese nach gleichen Grundsätzen unter sämmtliche Abzufindenden zu vertheilen ²⁵⁾.
- i) Der Betrag der Abfindungen wird nach den zur Zeit des Todes des Erblassers bestehenden Verhältnissen festgestellt und leidet eine Veränderung weder dadurch, daß später die Zahl der jetzt abzufindenden Personen sich vermindert, noch dadurch, daß durch neue Erbfälle neue Abfindungen hinzukommen. Haftet jedoch beim Tode

²¹⁾ §. 6, Z. 4 das. Vergl. oben Note 8.

²²⁾ §. 6, Z. 4, l. c. Das Gesetz sagt nicht, daß das Gut zu diesem Zeitpunkt „anfaße“, sondern „übergehe“. Einer besonderen Antretung bedarf es daher nicht, doch steht dem Auerben jedenfalls ein jus abstinendi zu.

²³⁾ §. 6, Z. 5, l. c.

²⁴⁾ §. 6, Z. 6, l. c. Die Fälligkeit setzt kein bestimmtes Alter des Abfindlings voraus. Vergl. unten bei Note 26. Der Genuß wird nach den Grundsätzen des Nießbrauchs zu beurtheilen sein oder als Reallast, sofern die Abfindung in einer Geldrente besteht.

²⁵⁾ §. 6, Z. 8, l. c.

des Erblassers noch ältere Abfindungen auf dem Gute, so sind die neuen zunächst nicht von dem vollen, sondern von dem um diese Abfindungen verminderten Reinertrage zu berechnen und erst nach Wegfall der alten Abfindungen verhältnißmäßig zu erhöhen. Die Abfindungen sind vom Tode des Vorbesizers an in halbjährlichen gleichen Pränumerationsraten zu entrichten ²⁶⁾.

Hinsichtlich des Allodialgutes gilt das für die feudalen Stammgüter Gesagte ²⁷⁾.

II. Ueber die Erbfolge bei den anderen sogen. Pertinenzgütern ²⁸⁾, mit Ausnahme der Bauerngüter, sind durch das Gesetz vom 20. Mai 1858, Nr. 29 umfassende Bestimmungen getroffen. Das Gesetz geht von dem übrigens auch wohl selbstverständlichen Grundsätze aus, daß das im Herzogthume allgemein geltende Erbrecht subsidiäre Geltung habe ²⁹⁾. Im Uebrigen ist das Anerbenrecht zum Princip erhoben, wonach von mehreren zur Intestaterbfolge Berufenen nur einer zum Naturalbesitz des Gutes und des Wirthschaftsinventars gelangen soll, während die Anderen Abfindungen erhalten ³⁰⁾.

Das Anerbenrecht wird nach folgenden Grundsätzen bestimmt. Bei der Descendentenfolge haben die Söhne, Sohnesöhne und die in allen ferneren Graden durch den Mannesstamm mit dem Erblasser verwandten männlichen Descendenten den Vorzug vor den Töchtern und deren Nachkommen. Unter den Söhnen hat wiederum der Erstgeborene, unter mehreren Linien hat die erstgeborene und in dieser der Erstgeborene den Vorzug ³¹⁾. Diese Erbfolge nach der Primogeniturordnung gilt gleichfalls für die Töchter und alle weiblichen oder durch Weiber mit dem Erblasser verwandten Descendenten, mögen sie Männer oder Weiber sein, und ohne daß den Männern als solchen ein Vorzug vor den Weibern gebührt ³²⁾. In allen Erbfällen sollen jedoch die ehelichen vor den unehelichen Descendenten den Vorzug haben ³³⁾. Der mit den Descendenten zugleich zur Erbschaft berufene Ehegatte erhält ebenfalls eine Abfindung ³⁴⁾. Bei der Concurrenz eines Ehegatten mit Ascendenten gebührt jenem vor diesen der Vorzug ³⁵⁾. Unter den Ascendenten gebührt dem Vater und väterlichen Großvater u. der Vorzug. Diese gehen auch den vollbürtigen

²⁶⁾ §. 6, 3. 9, 1. c.

²⁷⁾ Eine gesetzliche Bestimmung giebt es hierfür nicht, doch folgt der Satz aus der Gleichheit des Grundes. Vergl. oben Note 13.

²⁸⁾ Hierher gehören die Ritter-, Schrift-, Freisassen- und sonst mit Pertinenzqualität umkleideten Landgüter. Vergl. oben §. 93. Diese erbrechtlichen Bestimmungen sind aufrecht erhalten durch den allgemeinen Vorbehalt des Art. 64 E. V. G.-B. Ueber dessen Tragweite in Ansehung der Ritter- und sonstigen Pertinenzgüter s. Mot. Br. Ausf. B. G.-B., S. 5 u. 6.

²⁹⁾ Ges. Nr. 29 v. 20. Mai 1858, §. 2.

³⁰⁾ §. 3, 1. c.

³¹⁾ §. 4, 1. c. Damit ist also die Primogeniturordnung gesetzlich eingeführt.

³²⁾ §. 5, 1. c.

³³⁾ §. 6, 1. c. Für ehelich erklärte und an Kindesstatt angenommene Kinder sind hier jedoch (vergl. oben I, 3 f) den ehelichen Kindern gleichgestellt. S. §. 13, 1. c.

³⁴⁾ §. 7, 1. c.

³⁵⁾ §. 8, 1. c.

Schwestern und deren Kindern vor, wogegen in allen anderen Fällen vollbürtige Geschwister und deren Kinder vor den Ascendenten berufen werden³⁶⁾. Ist indessen das Gut von der Mutter oder deren Ascendenten durch Erbfall oder unter nicht onorosem Titel an den Erblasser gekommen, so haben die Mutter und mütterlichen Ascendenten vor dem Vater und väterlichen Ascendenten den Vorzug, und in der mütterlichen Ascendenz entscheidet das Loos über das An-
erbenrecht³⁷⁾. Unter allen vollbürtigen Geschwistern gehen die Brüder und Brudersöhne den Schwestern und deren Kindern, mögen die letzteren Männer oder Weiber sein, imgleichen den Bruderstöcktern vor, und unter Brüdern in Concurrenz mit einander und mit Brudersöhnen, sowie unter Brudersöhnen allein entscheidet die Erstgeburt. In anderen Fällen der Concurrenz vollbürtiger Geschwister und ihrer Kinder — und so auch zwischen concurrirenden Bruderstöcktern und Schwesteröhnen — giebt die Erstgeburt, ohne Rücksicht auf das Geschlecht, imgleichen die eheliche Descendenz den Vorzug. Die Erstgeburt bestimmt sich in dieser Verwandtenclasse auf Grund der Primogeniturordnung nach dem Verhältnisse zu dem nächsten Ascendenten, den die Berufenen mit dem Erblasser gemeinsam haben³⁸⁾. Bei der Erbfolge der halbbürtigen Geschwister und ihrer Kinder sollen die Geschwister und Geschwisterkinder von väterlicher Seite denen von mütterlicher Seite vorgehen. Ist indeß das Gut von Mutterseite herrührend, so haben die mütterlichen Geschwister den Vorzug. Im Uebrigen regelt sich auch die Erbfolge ebenso, wie bei vollbürtigen Geschwistern³⁹⁾. Unter noch entfernteren, jedoch zugleich berufenen Verwandten entscheidet stets das Loos⁴⁰⁾. Hinterläßt der Erblasser mehrere Pertinenzgüter, so kann sich der Anerbe eines aussuchen, während der nach der vorgezeichneten Erbfolgeordnung hiernächst Berufene weiter die Wahl hat und so fort⁴¹⁾.

Was die Abfindungen anlangt, so sollen dieselben in Capital und nur bei der nicht zur Gutsnachfolge berufenen Ehefrau in dem lebenslänglichen Genuße eines Theiles der Gutsaufkünfte bestehen⁴²⁾. Die Höhe der Abfindungen wird nach dem Werthe des Gutes, einschließlich der Inventarien, und nach dem Erbtheile des Abfindlings bestimmt, jedoch dergestalt, daß das Gut bei Kräften bleibt⁴³⁾. Der Erbtheil wird nach den zur Zeit des Todes des Erblassers bestehenden Verhältnissen festgestellt und leidet keine Veränderung durch spätere Vermehrung oder Verminderung der Zahl der Abfindungen⁴⁴⁾. Bei der Abschätzung des Gutes nebst Inventarien sind die auf demselben

³⁶⁾ §. 9, Abj. 1 u. 2.

³⁷⁾ §. 9, Abj. 3.

³⁸⁾ §. 10, l. c. Vergl. §. 6, l. c.

³⁹⁾ §. 11, l. c. Vergl. oben bei Note 37.

⁴⁰⁾ §. 12, l. c.

⁴¹⁾ §. 15, l. c.

⁴²⁾ §. 16, l. c. Vergl. oben bei Note 23.

⁴³⁾ §. 17, l. c.

⁴⁴⁾ §. 18, l. c.

haftenden Lasten und Schulden abziehen. Steht deren Betrag nicht fest oder werden sie von den Erben bestritten, so kann eine Verminderung bezw. Erhöhung der Abfindungen gegen Sicherheitsleistung vorbehalten werden. Ist jedoch das Gut einem Nießbrauch unterworfen, so ist behufs Erbtheilung der Werth erst zur Zeit des Erlöschens des Nießbrauches zu ermitteln⁴⁵⁾. Fälligkeit der Abfindungen tritt mit dem vollendeten 25. Lebensjahre, bei Erbinnen auch schon mit deren Verheirathung ein⁴⁶⁾. Vom Anfall der Erbschaft an bis zur Auszahlung der Abfindungssumme ist dieselbe mit 4 Proc. zu verzinsen⁴⁷⁾. Concurrirt ein überlebender Ehemann beim Nachlasse seiner Ehefrau mit eigenen Kindern und mit Stiefkindern, und wird ein eigenes Kind desselben Anerbe, so ist, ungeachtet des ihm am Gute zustehenden väterlichen Nießbrauches, die Abfindung der Stiefkinder sogleich festzustellen und vom Tode der Erblasserin an bis zur Auszahlung zu verzinsen⁴⁸⁾. Die gesetzlichen Fälligkeitstermine können auf Antrag des Anerben unter bestimmten Voraussetzungen verlängert werden⁴⁹⁾. Vor Eintritt des Fälligkeitstermins hat ein Abfindling nur dann Anspruch auf Abschlagszahlungen, wenn die Zinsen zu seiner Alimentation nicht ausreichen⁵⁰⁾. Geschwister des Anerben, welche wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen außer Stande sind, für ihre Alimentation zu sorgen, hierzu auch sonst keine ausreichenden Mittel haben, können verlangen, von dem Anerben im Gute erhalten zu werden⁵¹⁾.

Der Anfall des Anerbenrechts und der Abfindungen erfolgt mit dem Tode des Erblassers⁵²⁾. Behufs Erbtheilung darf eine Versteigerung des Gutes nur mit Zustimmung des Anerben und der Abfindlinge und mit Beibehaltung des Pertinenzverbandes erfolgen⁵³⁾. Entstehen unter den Erben Streitigkeiten, so sind diese grundsätzlich im Rechtswege auszufechten⁵⁴⁾; doch können die Streitenden sich auch der Entscheidung von Schiedsmännern unterwerfen⁵⁵⁾.

⁴⁵⁾ §§. 19 bis 22, I. c.

⁴⁶⁾ §. 23, Abs. 1, I. c. — Daß diese Bestimmung nicht auch auf den überlebenden Ehegatten Anwendung findet (vergl. oben bei Note 34), für diesen vielmehr die Abfindung sofort fällig wird, sagt das Gesetz zwar nicht ausdrücklich, erscheint aber dem Sinne desselben entsprechend.

⁴⁷⁾ §. 23, Abs. 1, I. c.

⁴⁸⁾ §. 23, Abs. 3, I. c.

⁴⁹⁾ §. 24, I. c. Diese Voraussetzungen sind:

- a) erhebliche Schuldenlast, oder
- b) spätere Unglücksfälle mit folgender Ueberlastung, oder
- c) allzu rasche Folge der Fälligkeitstermine bei Verheirathungen.

⁵⁰⁾ §. 25, I. c.

⁵¹⁾ §. 26, I. c.

⁵²⁾ §. 30, I. c.

⁵³⁾ §. 31, I. c.

⁵⁴⁾ Vergl. Gef. v. 11. April 1879, Nr. 11, §. 16.

⁵⁵⁾ In der Praxis unterwerfen sich die Parteien meist durch Compromiß den aufgehobenen Bestimmungen der §§. 32, 33 d. Gef. v. 20. Mai 1858.

III. Die besonderen Grundsätze der Intestaterbfolge bei Lehen- und Familienfideicommissgütern sind nach Aufhebung dieser Güterarten im Herzogthume ⁵⁶⁾ nur noch insoweit von Bedeutung, als dies oben bei den Familienstammgütern erörtert ist ⁵⁷⁾. Einer besonderen Besprechung bedarf es daher hier nicht mehr.

Ueber die für die bäuerlichen Güterverhältnisse im Herzogthume geltende Intestaterbfolge wird in dem über das Bauernrecht handelnden Theile näher gesprochen werden ⁵⁸⁾.

§. 117.

Letztwillige Verfügungen.

I. Die Form der Testamente ¹⁾ und der Erbanträge ²⁾ bestimmt sich seit dem 1. Januar 1900 ausschließlich nach Reichsrecht ³⁾. Landesgesetzlich sind die Amtsgerichte zur Aufbewahrung der letztwilligen Verfügungen für zuständig erklärt ⁴⁾. Handelt es sich um ein gerichtliches Testament oder um einen gerichtlichen Erbvertrag, so ist dasjenige Amtsgericht zuständig, vor dem die letztwillige Verfügung errichtet ist. Handelt es sich um eine notarielle Verfügung dieser Art, so ist dasjenige Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk der

⁵⁶⁾ S. oben §. 91, insbesondere bei Note 1, und §. 92, I, insbesondere bei Note 6.

⁵⁷⁾ S. oben bei Note 6 und oben B. 2 nebst dort Cit.

⁵⁸⁾ S. unten §§. 132 ff.

¹⁾ Die Form der Privattestamente war bis 1900 bei uns die gemeinrechtliche. Hiernach mußte das Testament, um gültig zu sein, in ununterbrochener Gegenwart von sieben dazu aufgeforderten u. fähigen Zeugen errichtet und von diesen und dem Erblasser oder bei dessen Behinderung von einem achten Zeugen unterschrieben und von allen unterschiegelt sein (Dernburg, Pand. III, §. 70). Erschwert war die Form des Blindentestaments, bei dem stets ein achter Zeuge oder ein Notar zuzuziehen war. Erleichtert war dagegen das Testament auf dem Lande, wo fünf Zeugen genügen sollten, und das Ascendententestament, welches keine Zeugen verlangte, dagegen erforderte, daß die Namen der eingesetzten Erben, die Bruchtheile in Buchstaben, Datum und Unterschrift vom Erblasser selbst geschrieben war (Dernburg, §. 72). Das öffentliche Testament war das gerichtliche oder notarielle. Das letztere erforderte nach der Not.-Ordn. v. 19. März 1850, Nr. 18, §. 18 Zuziehung von vier Zeugen oder eines zweiten Notars und zweier Zeugen. Das gerichtliche Testament mußte entweder vom Richter zu Protokoll genommen werden (vergl. Zeitschr. f. R. XIV, 63) oder es wurde nur gerichtlich angenommen und verwahrt.

²⁾ Die Erbverträge bedurften nach Gef. v. 16. Oct. 1860, Nr. 33 entweder der für die Testamente vorgeschriebenen Form (s. oben Note 1) oder mußten vor Gericht oder vor Notar und zwei Zeugen verlaublich sein.

³⁾ Ist der Erbfall zwar nach dem 31. December 1899 eingetreten, die letztwillige Verfügung aber schon vorher errichtet, so kommen für deren Gültigkeit die oben §. 115, Note 9 bezeichneten Grundsätze in Anwendung.

⁴⁾ §. 1 Br. Ausf. F.-G. vergl. mit §. 114 Br. Ausf. B. G.-B.

Notar seinen Wohnsitz hat⁵⁾. Der Notar ist verpflichtet, eine von ihm angenommene Verfügung von Todes wegen binnen acht Tagen in die Verwahrung des Amtsgerichts zu bringen, worauf dieses eine kostenlose Empfangsbescheinigung erteilt⁶⁾. Für die amtliche Verwahrung des vor einem Gemeindevorsteher errichteten Testaments ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Gemeinde liegt, für ein eigenhändig geschriebenes Testament aber jedes Amtsgericht zuständig⁷⁾.

Befindet sich eine Verfügung von Todes wegen seit mehr als 50 Jahren in amtlicher Verwahrung, so ist mit der Eröffnung von Amts wegen vorzugehen, sofern nicht bekannt ist, daß der Erblasser noch lebt⁸⁾.

II. Was den Inhalt der letztwilligen Verfügungen anlangt, so kommen folgende landesgesetzliche Beschränkungen in Betracht.

1. Die ehemaligen Lehen- und Familienfideicommissgüter waren der Verfügung ihres Eigenthümers nicht nur unter Lebenden, sondern auch von Todes wegen naturgemäß entzogen⁹⁾. Dasselbe gilt noch jetzt hinsichtlich der Familienstammgüter, bei denen die Succession nur nach einer gesetzlich vorgeschriebenen Berufung eintritt¹⁰⁾. Die Ritter-, Schrift- und Freisassengüter dagegen sind der Befugniß des Eigenthümers, über das Gut und in Betreff der Abfindungen durch Geschäfte unter Lebenden und auf den Todesfall zu verfügen, nicht entzogen¹¹⁾. Ebenso wenig ist hinsichtlich der Bauerngüter diese Dispositionsbefugniß des Eigenthümers beschränkt¹²⁾.

2. Daß die Bestimmungen über die Enterbung und über den Pflichttheil im Herzogthume unveränderte Anwendung finden, ist ausdrücklich anerkannt für die Ritter-, Schrift- und Freisassengüter¹³⁾. Dabei ist bestimmt, daß die den Kräften des Gutes entsprechende Abfindung hinsichtlich des im Gute und Inventare befindlichen Theiles der Erbmasse als der bei Pflichttheils-

⁵⁾ §. 115, Z. 2 Br. Ausf. B. G.-B.

⁶⁾ §. 41 Br. Ausf. F.-G. Es handelt sich um alle derartige Verfügungen (§§. 1937, 1941, 2301 B. G.-B.), wobei übrigens bei Erbverträgen die Parteien gemäß §. 2277 Ausf. B. G.-B. verlangen können, daß die Urkunde nicht in amtliche Verwahrung genommen werde.

⁷⁾ §. 115, Z. 3 Br. Ausf. B. G.-B. u. §. 115, Z. 4 das. vergl. mit §. 2231, Z. 1 B. G.-B.

⁸⁾ §. 116, l. c. vergl. mit §§. 2260 bis 2262 B. G.-B. — Diese Bestimmung hat insbesondere den Fall der Verschollenheit im Auge.

⁹⁾ Vergl. oben §. 90, 91, I.

¹⁰⁾ S. oben §. 116, I.

¹¹⁾ Gef. Nr. 29 v. 20. Mai 1858, §. 27, Abf. 1; Art. 64, Abf. 2 E. B. G.-B. — Die oben in §. 116, I besprochene Intestaterbfolge greift daher bei diesen Güterarten nur in Ermangelung rechtmäßiger letztwilliger Dispositionen Platz. Vergl. auch oben §. 92.

¹²⁾ Das Nähere hierüber siehe unten §. 135. Vergl. Art. 64, Abf. 2 Einf. B. G.-B.

¹³⁾ Gef. vom 20. Mai 1858, Nr. 29, §. 28, Abf. 1; vergl. Art. 64, Einf. B. G.-B.

berechnung maßgebende Erbtheil der zur Gutsannahme nicht Berufenen angesehen werden sollte ¹⁴⁾). Außerdem ist noch besonders vorgeschrieben, daß zwar der Gutsseigenthümer die Höhe der Abfindungen bestimmen dürfe, daß diese aber dem Anerben gegenüber die Kräfte des Gutes nicht übersteigen dürfen, und daß hinsichtlich der Erben, welche der Gutsseigenthümer auf den Pflichttheil beschränkt, die Abfindung, nach welcher der Pflichttheil berechnet wird, keine geringere sein dürfe, als sie eine das Gut bei Kräften lassende Abschätzung gewähre ¹⁵⁾).

Da in Ansehung der Familienstammgüter nur eine gesetzliche Erbfolge eintritt ¹⁶⁾), kann hierbei streng genommen von Notherben- und Pflichttheilsrecht nicht gesprochen werden. Dieses kommt jedoch in Betracht, soweit es sich einmal um die Stiftung von Familienstammgütern, und sodann um das Allodialvermögen handelt ¹⁷⁾). In ersterer Beziehung ist Folgendes bestimmt: Die Pflichttheilsrechte etwaiger Erben des Stifters sollen durch die Stammgutsbegründung nicht geschmälert werden, sind jedoch nur im Wege der Abschätzung des Stammgutes zu ermitteln. Eine Abfindung aus dem Stammgute erhalten jedoch die pflichttheilsberechtigten Erben des Stifters nicht ¹⁸⁾). Binnen Jahresfrist nach Feststellung des Pflichttheiles sind die Berechtigten wegen desselben nebst 4 Proc. Zinsen zu befriedigen, widrigenfalls sie die Befriedigung im Rechtswege und nöthigenfalls durch Zwangsversteigerung des Stammgutes erwirken können ¹⁹⁾). In zweiter Beziehung ist verordnet, daß der Stammgutsbesitzer befugt sein solle, dem zur Succession in das Stammgut gelangenden Erben den Pflichttheil von seinem Allodialvermögen zu entziehen; daß jedoch diese Entziehung wirkungslos werden solle, sobald der Erbe das Stammgut selbst ausschläge ²⁰⁾).

¹⁴⁾ §. 28, Abs. 2, l. c. Es könnte fraglich erscheinen, ob diese Bestimmung dem Abs. 2, Art. 64 E. B. G.-B. gegenüber aufrecht erhalten werden kann. Allein wie einerseits Abs. 2 cit. die landesgef. Regelung von letztwilligen Verfügungen über solche Güter nicht schlechthin ausschließt (vergl. z. B. Pland, Com., VI, S. 145 Note 3, a, α), so finden andererseits auf diese die allgemeinen Bestimmungen des B. G.-B., namentlich über das Pflichttheilsrecht, nur Anwendung, wenn durch die letztwillige Verfügung das Anerbenrecht entweder vollständig ausgeschlossen oder abgeändert wird. Wenn aber durch die letztwillige Verfügung das Anerbenrecht selbst nicht berührt, z. B. nur die Größe der Abfindungen zc. bestimmt wird, so bleibt hierfür, insbesondere auch in Beziehung auf das Pflichttheilsrecht das landesgesetzliche Anerbenrecht in Geltung (Pland, Comment., VI, S. 148, Note 4, Abs. 1 a. E.). Ueberdies steht die landesgef. Bestimmung durchaus im Einklang mit dem B. G.-B. Denn dies verweist in §. 2303, Abs. 1, Satz 2 für die Festsetzung der Größe des Pflichttheils auf den gesetzlichen Erbtheil und der gesetzliche Erbtheil ist bei den Pertinenzgütern die nach particul. Anerbenrecht bemessene Abfindung.

¹⁵⁾ §. 29, l. c. Vergl. Pland, Comment. VI, S. 148, Note 4 und vorige Anmerkung.

¹⁶⁾ Vergl. oben bei Note 10.

¹⁷⁾ Gef. Nr. 30 v. 20. Mai 1858. Vergl. oben §. 116, Note 9.

¹⁸⁾ §. 2, Abs. 1 u. 2, l. c. Vergl. oben §. 116.

¹⁹⁾ §. 2, Abs. 3 das.

²⁰⁾ §. 6, 3, 7, l. c. Vergl. oben §. 116, R. 9; f. aber auch Pland, Comm. VI, S. 148, Note 4.

3. Durch die Gemeinheitstheilungsordnung schließlich ist noch bestimmt, daß eine letztwillige Verfügung, wonach die Erben eine Gemeinheits-theilung rücksichtlich der Nachlaßgrundstücke nicht vornehmen sollen, nur mit Genehmigung der Herzogl. Landesökonomiecommission gültig ist und daß überdies das Verbot nur auf die Dauer von neun Jahren, von dem Erbfall an gerechnet, ausgesprochen werden darf²¹⁾.

²¹⁾ §. 27 der Gem.=Theil.=Ordn. Vergl. oben §. 68, Note 23. Diese Beschränkung in der Disposition mortis causa hat selbstverständlich nur für solche Immobilien Geltung, welche innerhalb des Herzogthumes Braunschweig liegen, da von einer Wirksamkeit der Gem.=Theil.=Ordn. über dessen Grenzen hinaus nicht die Rede sein kann.

Bauernrecht.

Einleitung.

§. 118.

Die Quellen.

Gemeinrechtliche Quellen für die Grundsätze des Bauernrechts giebt es nicht, sondern nur particulare¹⁾. Dies hat seinen Grund in der localen Entstehung und Ausbildung der bäuerlichen Güterverhältnisse, welche in der hier fraglichen Eigenart überhaupt nur in einem verhältnißmäßig kleinen Theile Deutschlands, nämlich in dem ehemaligen Niedersachsen und Westfalen, vorkommen, aber auch hier keine einheitliche, sondern nach Provinzen oder Landschaften verschiedene Entwicklung gefunden haben. Trotz dieser Verschiedenheiten aber haben die einzelnen Rechtsgebiete bäuerlicher Güterverhältnisse doch so mannigfache Berührungspunkte, daß das thatsächliche Vorhandensein gewisser allgemeiner Grundsätze des Bauernrechts nicht abzustreiten ist, deren analoge Anwendung in dem particularen Rechtsgebiete jedenfalls da geboten ist, wo es an einer positiven particularen Norm fehlt²⁾. In dieser Beziehung kommen für uns hauptsächlich die Rechtsgebiete des ehemaligen Niedersachsens in Betracht, zu denen auch unser Herzogthum gehört, und welche einerseits unter sich in einem größeren Zusammenhange, andererseits zu den Rechtsgebieten Westfalens in einem größeren Gegensatz stehen³⁾.

Die hauptsächlichste Quelle des particularen Bauernrechts ist die Gewohnheit⁴⁾. Das bäuerliche Gewohnheitsrecht gilt entweder allgemein für

¹⁾ Pfeiffer, Das deutsche Meierrecht, S. 8; D.-G. Wolf, 3. Sen., v. 15. Jan. 1862, i. S. Hoppe c. Schulze; Urth. des Reichsger. in Zeitschr. f. R. XXXV, 134 u. XLVI, 144.

²⁾ Pfeiffer, a. a. O., S. 9; Seuff. Arch. XLIII, 38.

³⁾ Pfeiffer, a. a. O. Das eigentliche Auerbenrecht gilt nur im ehemaligen Niedersachsen. Vergl. Stobbe-Lohmann, D. Privatr. V, §. 322, Note 1. Von ganz besonderer Bedeutung sind hier in Folge der nachbarlichen Beziehungen die im ehemaligen Königreich Hannover geltenden Grundsätze des Bauernrechts, weshalb in der nachfolgenden Darstellung auch der Rechtsprechung der hannoverschen Obergerichte eine hervorragende Beachtung geschenkt ist.

⁴⁾ Vergl. oben §. 3, III.

das ganze Herzogthum oder nur für einzelne Landestheile oder als locales Herkommen nur in einzelnen Dörfern. Die allgemeinen Grundsätze über dieses Gewohnheitsrecht oder Herkommen, sowie ihre Erkenntnißquellen sind die gemeinrechtlichen⁵⁾. In letzterer Beziehung ist von besonderer Bedeutung der Gerichtsgebrauch⁶⁾. Auch das Zeugniß der vaterländischen Schriftsteller dient als Beweisquelle bestehender Sätze des bauerlichen Gewohnheitsrechts, macht aber, sofern die Richtigkeit dieses Zeugnisses bestritten wird, den anderweiten Nachweis nicht entbehrlich.

Meierordnungen, wie sie in anderen Gebieten des Bauernrechts häufig erlassen sind und welche das gesammte Meierwesen regeln, hat es im Herzogthume Braunschweig nie gegeben. Jedoch haben die Landtagsabschiede von 1597⁷⁾ und von 1619⁸⁾ wenigstens im Allgemeinen die Grundzüge aufgestellt, welche auch für die Zukunft über die Rechtsverhältnisse des Meiers zu seinem Gutsherrn maßgebend blieben, wenn sie auch durch die weitere Gesetzgebung fortdauernd verändert wurden. Im Uebrigen hat sich die Landesgesetzgebung rücksichtlich der bauerlichen Rechtsverhältnisse darauf beschränkt, zahlreiche vereinzelte Grundsätze zur Geltung zu bringen⁹⁾. Soweit diese in der Entwicklung des particularen Bauernrechts von grundlegender Bedeutung gewesen sind, werden sie im nächstfolgenden Paragraphen, im Uebrigen aber in der weiteren Darstellung des Bauernrechts am zutreffenden Orte ihre Stelle finden.

§. 119.

Die Literatur.

Die einzige Schrift, welche, wenn auch nicht das gesammte particulare Bauernrecht, so doch das gesammte im Herzogthume Braunschweig geltende Meierrecht erschöpfend behandelt, ist:

Gesenius, Das Meierrecht mit vorzüglicher Hinsicht auf den Wolfenbüttelschen Theil des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg, 1801, 2 Bände¹⁾.

Ältere und neuere Schriftsteller haben das Bauernrecht, oder das Meierrecht nur im Allgemeinen behandelt. Von den älteren nehmen die Schriften von

⁵⁾ S. oben §. 3, III. Vergl. Planck, Comm. B. G.-B. I, S. 33 f.

⁶⁾ S. oben §. 3 bei Note 41 und 42.

⁷⁾ R. Steinacker, Sammlung der Organisationsges., Nr. 1; Ribbentrop, Sammlung d. Landtagsabsch., Thl. I, Nr. 26.

⁸⁾ R. Steinacker, a. a. O., Nr. 2; Ribbentrop, a. a. O., Nr. 59.

⁹⁾ Der in den Motiven zum I. Entw. d. Hofges. vom 28. März 1874 ausgesprochene Plan, demnächst das gesammte Bauernrecht zu codificiren, ist nicht verwirklicht. S. auch unten §. 120, Note 37.

¹⁾ Ein dritter Band, welcher hauptsächlich von dem Erbrechte der Meier handeln sollte (Gesenius II, 375 f.), ist nie erschienen. Der erste Band enthält eine werthvolle Sammlung namentlich der älteren Literatur des particularen und sonstigen Bauernrechts; der zweite Band stellt die particularen Gesetze zusammen, ohne indessen eine systematische Bearbeitung zu bieten.

Alb. Rudolph von Harlessen, Von dem Meierrechte, Jena, 1666,
Dav. Ge. Strube, De jure villicorum, vulgo vom Meierrechte,
1. Aufl., 1720,

Rud. Aug. Noltenii, Diatribe juris patrii de juribus et consue-
tudinibus circa villicos, Brunsv. 1738,

mehr oder weniger auch auf die Grundsätze des braunschweigischen Bauern-
rechts Bezug. Rückfichtlich der neueren Schriftsteller gilt dasselbe von

Pfeiffer, Das deutsche Meierrecht, neue Ausgabe 1855.

Im Rahmen der Darstellung des gesammten braunschweigischen Privat-
rechts findet auch das particulare Bauernrecht seine Stelle bei

von Selchow, Anfangsgründe des Braunschweig-Lüneburgischen Privat-
rechts, Göttingen 1760, §§. 241 bis 249²⁾,

von Liebhaber, Einleitung in das Herzogl. Braunschw.-Lüneburg.
Landesrecht, II. Theil, S. 386 bis 396³⁾,

Steinacker, Particulares Privatrecht des Herzogthums Braunschweig,
§§. 207 bis 247⁴⁾.

Von den bauernrechtlichen Monographien finden sich bei den nachstehenden
auch die einschlägigen particularen Grundsätze berücksichtigt:

Runde, Abhandlung der Rechtslehre von der Interimswirtschaft auf
deutschen Bauernglütern, 2. Auflage, 1832,

Derselbe, Die Rechtslehre von der Leibzucht oder dem Altentheile, 1805,

Scholz III, Die Abfindungen von den deutschen Bauernglütern,

Derselbe, Das Intestaterbrecht der Ehegatten auf deutschen Bauern-
glütern.

Bauernrechtliche Aufsätze verschiedenen Inhaltes, welche das im Herzog-
thume Braunschweig geltende Recht ausschließlich oder im Zusammenhange mit
den einschlägigen Grundsätzen der benachbarten Rechtsgebiete behandeln, finden
sich namentlich in

Scholz III, Juristisches Magazin, Braunschweig 1814 ff., 2 Bde.,

Derselbe, Ebend., Neue Folge, 1836 bis 1838, 2 Bde.,

Derselbe, Zeitschrift f. Landwirtschaftsrecht, 1839 f., 2 Bde.,

Zeitschrift für Rechtspflege im Herzogthume Braunschweig,
1854 ff.

Nachweise aus der Judicatur der braunschweigischen Obergerichte bietet
außerdem Seuffert's Archiv⁵⁾.

²⁾ Vergl. hierzu Gesenius, a. a. O., I, 37.

³⁾ In diesem Werke wird nur eine trodene Zusammenstellung von Auszügen
aus den meierrechtlichen Landesgesetzen geboten.

⁴⁾ Vergl. hierüber noch Pfeiffer, a. a. O., S. 29. Ein kurzer Ueberblick
findet sich auch noch in dem Abriß von Dedekind, Ueber das braunschw. Privat-
recht, in Holtendorff's Encyclopädie. Vergl. oben §. 4.

⁵⁾ Auch die Judicatur anderer Obergerichte, z. B. Hannovers, hat für unser
Bauernrecht hervorragende Bedeutung. Es ist hier hauptsächlich auf die Sammlung
von Francke, Entsch. d. O.-G. Celle, und die ältere Sammlung von Bülow und
Hagemann zu verweisen.

Rechtsgeschichte.

I. Die Entstehung eines eigentlichen Bauernstandes und dessen Entwicklung vollzog sich bis in die Mitte des 15. Jahrhunderts in unserem Herzogthume ähnlich wie in den anderen Gebieten des Bauernrechts¹⁾. Die Bauern waren bis dahin fast durchweg unfrei, sie waren „Leibeigene, Hörige“ irgend eines Gutsherrn²⁾. Von diesem erhielten sie gegen ihre fortdauernde weitgehende Verpflichtung zu Diensten und Abgaben aller Art Grund und Boden zur Bewirthschaftung auf eigene Rechnung angewiesen, jedoch ohne jede Verfügungsbefugniß unter Lebenden und von Todes wegen. Die Benutzung war nur eine Thatfache, kein Recht und jeder Zeit seitens des Gutsherrn wider- ruflich. Ebenjowenig konnte in jenen Zeiten der Hörigkeit von einer Erbfolge die Rede sein, wenn auch thatsächlich die Nachkommen des Besitzers von dem Gutsherrn gegen ein sogen. Mortuarium regelmäßig im Besitz belassen werden mochten.

II. Eine weitgreifende Veränderung brachte diesen trostlosen Zuständen der Bauernschaft erst der Augenblick, in welchem sich die Landesgesetzgebung der Regelung dieser Frage annahm. Dies geschah zuerst durch den Receß des Herzogs Heinrich des Älteren vom 17. Mai 1433 mit der Land- schaft³⁾, welcher hauptsächlich die schweren Lasten der Bauernschaft vermin- derte⁴⁾, sowie den wenigen ansässigen, freien Landbewohnern und den ein- wandernden Fremden ihre Freiheit garantirte⁵⁾. Die Folge war, daß die Leibeigenschaft für die Gutsherrn an Werth erheblich verlor und alsbald that- sächlich aufhörte, wenn auch eine gesetzliche Aufhebung nicht erfolgte⁶⁾. Die Aufhebung der Leibeigenschaft begründete freilich zunächst nur eine persönliche Freiheit der Bauern, nicht aber ein unbeschränktes Eigenthumsrecht derselben an ihren Gütern. Das Eigenthum verblieb vielmehr, soweit es sich nicht um die wenigen älteren, freien Bauern oder die eingewanderten, freien Land- bewohner handelte, bei den Gutsherrn, während aber auch die Nutzung der Besitzer sich nunmehr von einer bloß factischen Innehabung zu einem Rechts-

¹⁾ Vergl. hierüber Pfeiffer, a. a. O., S. 33 ff.; Geseuius, a. a. O., I, 247 bis 396; Steinacker, Br. Privatr., S. 466.

²⁾ Vergl. auch Steinacker, Br. Privatr., S. 93, Note 2. In Seuff. Arch. XXIII, 282, sagt ein Urth. d. O.-A.-G. Wolf. v. 1849 i. S. Rahmann c. Rahmann: „Hörigkeitsverhältnisse sind bei uns seit Jahrhunderten unbekannt.“

³⁾ Ribbentrop's Landtagsabch. I, 2; vergl. auch Geseuius, Meierrecht, S. 397 f.

⁴⁾ Die Baulehnungen wurden ganz aufgehoben, der Bedemund (für den Heirathscensens) der Willfür entzogen und auf das Hergebrachte beschränkt, das Mortuarium auf das Stück nach dem Nächstbesten ermäßigt.

⁵⁾ Die Letzteren siedelten daher in der Folgezeit vielfach die zahlreichen „wüsten Höfe“ an. Geseuius, a. a. O., I, 401.

⁶⁾ Geseuius, a. a. O., S. 401 ff.

verhältnisse herausbildete. Diese Rechtsverhältnisse der Bauern zu den von ihnen bewirthschafteten Gütern waren zunächst der Pacht nachgebildet und ähnlich⁷⁾, später, je nach Umfang der den Besitzern daran zustehenden Rechte verschieden; allen diesen im Eigenthume eines Gutsherrn stehenden Bauerngütern, welche den gemeinsamen Namen Colonatgüter haben⁸⁾, war aber das übereinstimmend, daß die Bauern ein — selbst gegenüber der Gutsherrschaft geschütztes — nur unter bestimmten Umständen aufhebbares Recht an der Nutzung hatten und daß sich diese Nutzung, welche keinen anderen Beschränkungen, als den dem Besitzer obliegenden Diensten und sonstigen Lasten unterworfen war, andererseits eine Dispositionsbefugniß über die Substanz nie enthielt, auf Grund einer besonderen Successionsordnung — wenn auch zunächst nicht rechtlich, so doch thatsächlich — vererbte. Auf dieser Grundlage entwickelte sich der Gegensatz zwischen den eigentlichen Colonatgütern und den verhältnißmäßig wenig zahlreichen freien Bauerngütern, während bei jenen hinwiederum zwischen Meiergütern, Erbpacht-, Erbzinsgütern zu unterscheiden war⁹⁾. Aber trotz des Gegensatzes zwischen den eigentlichen Colonat- und den anderen Bauerngütern, mochten letztere von vornherein frei gewesen oder erst frei geworden sein¹⁰⁾, wurden doch die sich für jene entwickelnden Rechtsfäge, soweit sie keine unmittelbare Beziehung auf das gutsherrliche Abhängigkeitsverhältniß der Colonatgüter hatten, auch auf diese übertragen, so namentlich in Ansehung der Erbfolgeordnung und des ehelichen Güterrechts. Hierdurch entstand ein einheitliches, für alle Bauerngüter geltendes Bauernrecht, welches auch noch für die heutigen bäuerlichen Verhältnisse die Grundlage bildet.

Indessen entwickelten sich diese Rechtsverhältnisse im beständigen Kampfe zwischen den Gutsherrn und den Bauern nur langsam und lediglich gestützt durch Verträge oder das Herkommen. Die Landesgesetzgebung verhielt sich dieser Entwicklung gegenüber zwar wohlwollend¹¹⁾, aber abwartend und griff nach dem Recess von 1433 erst wieder unter der Regierung des Herzogs Heinrich des Jüngeren durch die Polizeiordnung vom 19. Januar 1563¹²⁾ und die Amtsordnung von 1566¹³⁾ durch Regelung der Meierzinsen ein. Von größerer Bedeutung ist aber nach einigen unwichtigeren, auf die bäuer-

7) In vielen älteren Verordnungen werden geradezu die Meier: Pachtleute, der Meierzins: Pachtzins, die Meiergüter: verpachtete Güter genannt. Vergl. Ordn. f. d. Burgamt v. 7. Febr. 1621; Edict v. 31. Jan. 1615; Schagordn. v. 23. Juli 1619 (Gesenius I, 480 f.); Ausschreiben v. 6. Oct. 1656 (das. S. 487) u. A.

8) Hierüber und über die einzelnen Arten, als Meier-, Erbpacht-, Erbzinsgüter, sowie über die Bauernlehngüter und die im freien Eigenthum stehenden Zinsgüter s. unten §§. 124 f. und oben §. 94.

9) S. oben Note 8. Das Rechtsverhältniß der Meiergüter war, wie überhaupt, so auch bei uns, derartig prävalirend, daß dasselbe vornehmlich den Gegenstand der späteren Gesetzgebung bildete.

10) Hierzu gehören auch die Zinsgüter. S. oben §. 94, Z. 2.

11) Gesenius, a. a. O., I, 414 ff. mit Nachweisungen.

12) Gesenius, Meierrecht I, 428.

13) Gesenius, a. a. O., S. 429.

lichen Rechtsverhältnisse, insbesondere das im Herzogthume gewaltig prävalirende Meierwesen bezughabenden landesherrlichen Rescripten und Verordnungen¹⁴⁾ erst der Landtagsabschied vom 3. Juni 1597¹⁵⁾, welcher in seinem 19. und 20. Artikel die bauerlichen Verhältnisse, namentlich die der Meier zum Meierherrs, zum ersten Male — wenigstens in seinen Grundzügen — feststellte¹⁶⁾.

Hiernach wurde das Erbrecht anerkannt, die Frist der Wiederbemeierung auf neun Jahre bestimmt, der Meierzins festgesetzt, die Gründe der Abmeierung genau geregelt, ebenso die Remissionsgründe bezüglich des Meierzinses und schließlich angeordnet, zu welchen Dispositionen Meier des gutherrlichen Consenses bedürfen. Derselbe Landtagsabschied stellte noch den Grundsatz fest, daß die Bauerngüter ohne gutherrlichen Consens unveräußerlich seien¹⁷⁾. Der unter der Regierung des Herzogs Friedrich Ulrich ergangene Landtagsabschied vom 27. Januar 1619¹⁸⁾ baute auf dieser Grundlage fort, indem er zur Hebung der Meiergüter einige Hauptgesichtspunkte aufstellte, welche Veranlassung zu einer ganzen Reihe von gesetzlichen Bestimmungen wurden. Von diesen ist die Bestimmung, daß alle Ehestiftungen, Kaufbriefe, Theilungsrecessse und sonstige Verträge dinglicher Natur unter der Bauernschaft zu ihrer Gültigkeit der gerichtlichen Aufnahme und der Landesherrlichen Confirmation bedurften¹⁹⁾, eine der wichtigsten. Diese Vorschrift fand ihre Bestätigung durch die allgemeine Landesordnung von 1647²⁰⁾, welche für das Bauernrecht auch noch insofern von principieller Wichtigkeit ist, als sie den herkömmlich schon längst bestehenden Grundsatz von der Untheilbarkeit der Bauerngüter zum Gesetz erhob²¹⁾. Bestätigung fand diese letztere Rechtsregel durch die Amtscammerordnung vom 1. Juli 1688, welche im Artikel 92

¹⁴⁾ Hier sind zu nennen: Fürstl. Ausschreiben v. 5. Dec. 1569 und v. 15. April 1573 (Gesenius, a. a. O., S. 441); Landesh. Befehl v. 19. Aug. 1579 u. Verordn. v. 22. Dec. 1579 (Gesenius, a. a. O., S. 443); Fürstl. Verordn. v. 18. Febr. 1589 (daf. S. 446); Verordn. v. 3. April 1593 (daf. S. 456), alle unter Herzog Julius' Regierung erlassen.

¹⁵⁾ Ribbentrop, a. a. O., I, Note 26; R. Steinacker, Größere Organisationsgesetze, Nr. 1.

¹⁶⁾ S. hierüber Näheres unten §. 124.

¹⁷⁾ Bereits d. Verordn. v. 3. April 1593 deutete diesen Grundsatz an (vergl. oben Note 14). Bestätigt und declarirt wurde er später durch die Verordn. vom 2. April 1604, v. 29. Mai 1612, d. allgem. Landesordn. v. 1647, Art. 30 und die Amts-Cammer-Ordn. v. 1. Juli 1688 (Steinacker, Promt. II, 76).

¹⁸⁾ Ribbentrop, a. a. O., I, Nr. 59; Steinacker, Größere Organisationsgesetze, Nr. 2. Von diesem Landtagsabschiede kommen besonders die Art. 10 u. 29 in Frage.

¹⁹⁾ Verordn. v. 4. April 1620, welche sich in der Hof.-G.-Ordn., S. 248 ff. u. d. Canzley-Ordn. S. 123 abgedruckt findet. Vergl. Gesenius, a. a. O., S. 479. Bereits der Landtagsabschied hatte wenigstens für Ehestiftungen die Bestätigung für nothwendig erklärt. Vergl. noch Steinacker, Br. Privatr., S. 242, Note 3. Zuletzt ist die Bestimmung durch Verordn. v. 8. Dec. 1825 declarirt.

²⁰⁾ Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 53. Siehe das. insbesondere Art. 30.

²¹⁾ Allgem. Land.-Ordn., Art. 28 u. 29.

bestimmt, daß kein Bauer Acker und Wiesen ohne Consens des Gutsherrn und der durch das Amt einzuholenden Landesherrlichen Bestätigung verkaufen, verpfänden oder zum Brautschatz mitgeben sollte²²⁾. Hierneben entwickelte sich ein vierter wichtiger Grundsatz, wonach die Vereinigung mehrerer Bauernhöfe in einer Hand verboten war. Gesetzliche Anerkennung fand dieses Herkommen allerdings erst in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts, und zwar zunächst durch ein Rescript vom 3. November 1760²³⁾ und später durch Verordnung vom 4. Mai 1778, welche bestimmte, daß zwar diejenigen Bauern, welche bereits mehrere Höfe besäßen oder künftig durch Erbschaft, Heirath oder auf andere Weise erwerben würden, solche behalten sollten, daß aber kein Bauer, welcher verschiedene Höfe besäße und zugleich mehrere Kinder, einem derselben mehrere Höfe übertragen, und daß kein Bauer, der bereits einen Hof besäße, ohne Landesherrliche Erlaubniß noch einen zweiten ankaufen dürfe²⁴⁾.

Die in derselben Zeit, also in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts, bethätigte Absicht, die gesammten Rechtsinstitute der bauerlichen Aussteuer, Abfindung und Leibzucht landesgesetzlich zu regeln²⁵⁾, kam ebensovienig zur Ausführung, als der etwas spätere Plan, das ganze Bauernrecht durch ein Gesetz festzustellen²⁶⁾. Die dagegen um so zahlreicher in der Folgezeit erlassenen einzelnen gesetzlichen Bestimmungen haben einen grundlegenden Einfluß auf die Entwicklung des particularen Bauernrechts nicht gehabt.

III. Eine neue, in der Entwicklung des Bauernstandes sich bemerkbar machende Epoche begann mit der Gesetzgebung des neunzehnten Jahrhunderts, welche nicht nur alle dem Bauernstande noch anhaftenden persönlichen Beschränkungen, sondern auch diejenigen rücksichtlich der Bauerngüter aufhob oder doch für aufhebbar erklärte und dadurch in der Folge wohl ausnahmslos im ganzen Herzogthume thatsächlich beseitigte²⁷⁾.

²²⁾ Fernere Bestätigungen gaben die Verordn. v. 24. April 1694, v. 27. März 1705, v. 15. Jan. 1712, die Landesf. Decl. v. 18. März 1720, die Verordn. vom 7. Aug. 1721 (Steinacker, Promt. II, 203), schließlich die Verordn. v. 21. April 1745 (Gesenius, a. a. O., S. 518), wodurch alle Veräußerungen ohne Bewilligung der Gutsherrn und des Landesherrn und die Verschreibungen der Güter zur Leibzucht oder Mitgabe untersagt wurden. — In der westfälischen Zeit setzte die Veräußerung von Pertinenzien Genehmigung des Präfecten voraus. Erf. d. L.-G. Wolf. vom 1. Oct. 1819 i. S. Zürgens c. Walke und v. 20. Dec. 1819 i. S. Rabmacher c. Bergmann. Für das Amt Rhedinghausen ist die Dismembrirung der Bauernhöfe besonders untersagt durch Verordn. v. 14. August 1766 (Gesenius, a. a. O., S. 533).

²³⁾ Gesenius, a. a. O., S. 532; Steinacker, Promt. I, 72.

²⁴⁾ Gesenius, a. a. O.; Steinacker, a. a. O.; Schneider, Repert. I, 541 f.

²⁵⁾ Rescr. v. 15. Febr. 1753 (Gesenius, Meierrecht I, Beilagen, S. 33 ff.).

²⁶⁾ Zu diesem Zwecke wurden durch die Landesregierung mittelst Rescr. vom 22. Mai 1770 von allen Fürstlichen Aemtern über alle das Bauernrecht betreffenden Gesetze, Herkommen und Entscheidungen ausführliche Berichte eingezogen, die aber so sehr hinter den Erwartungen zurückblieben, daß sie eine Grundlage für das beabsichtigte Gesetz nicht abgeben konnten. Vergl. Gesenius I, S. 557.

²⁷⁾ Daß während der westfälischen Periode das einheimische Bauern-

Zunächst stellte die Neue Landschaftsordnung vom 12. October 1832 die Bauern in Bezug auf Militär- und Civilbeamtenstellen, sowie Gerichtsbarkeit den übrigen Bürgern gleich²⁸⁾. Hiernächst erklärte die Ablösungsordnung vom 20. December 1834 alle auf den Bauerngütern lastenden Dienste und Zehnten für ablösbar²⁹⁾, ohne daß es hierzu der Landesherrlichen Genehmigung bedürfe³⁰⁾, und bestimmte weiter, daß mit erfolgter Ablösung jedes Bauerngut frei vom gutherrlichen Verbande oder Obereigenthum werden und damit alle darauf gegründeten Dispositionsbeschränkungen (Abmeierungs-, Vorkaufs- und Consensertheilungsrechte der Guts herrschaft, die Veräußerungsverbote) aufgehoben sein sollten³¹⁾. Die Frage, ob alle Besitzer von Colonatgütern von diesem Rechte der Ablösung Gebrauch gemacht haben, läßt sich mit Sicherheit nicht bejahen; doch bildet der Fall, daß die Lasten abgelöst und das Bauerngut damit freies Eigenthum geworden, zweifellos die Regel³²⁾. Bereits das Gesetz vom 19. März 1850, Nr. 22 erklärte auch die Nothwendigkeit der obrigkeitlichen Bestätigung bauerlicher Verträge für aufgehoben³³⁾. Das Gesetz, den bauerlichen Grundbesitz betreffend, vom 28. März 1874 hob schließlich auch die Geschlossenheit (Untheilbarkeit) des bauerlichen Grundbesitzes im früheren Sinne dergestalt auf, daß es dem Eigenthümer fortan die Befugniß einräumte, über das Bauerngut und dessen Zubehörungen, sowie über einzelne Theile unter Lebenden und von Todes wegen in den gesetzlichen Formen frei zu verfügen³⁴⁾. Ebenso beseitigte dieses Gesetz das Verbot der Vereinigung mehrerer Höfe in einer Hand³⁵⁾. Dagegen erklärte es die dem Bauernrechte eigen-

recht, weil von den Bestimmungen des Code Nap. nicht berührt, fortbestand (vergl. aber auch oben Note 22), ist — unter besonderer Anwendung auf die Reunions-Edicte — mit Bezugnahme auf die constante Praxis (L.-G. u. D.-A.-G. Wolf. 1841 i. S. Probst c. Mävers; D.-A.-G. Wolf. 1849 i. S. Zimmermann c. Zimmermann; D.-A.-G. Wolf. 1818 i. S. Friede c. Seeborn u. Friede c. Reunede u.) ausführlich dargelegt im Erf. D.-G., 3. Sen., v. 18. Febr. 1857 i. S. Schlüter c. Rose.

²⁸⁾ §§. 34, 39, 300.

²⁹⁾ §. 6 d. Ablösungsordn. Ueber die für die Ablösung maßgebenden Grundsätze s. oben §§. 81 ff.

³⁰⁾ §. 102 d. Ablösungsordn.

³¹⁾ §. 107 d. Ablösungsordn.

³²⁾ Vergl. Dedekind in Holkenborff's Encyclopädie, a. a. O. — Lüdertzen, Die Befreiung und Mobilisirung des Grundeigenthums im Herzogthum Braunschweig, S. 74, ist der Ansicht, daß jetzt alle Bauerngüter des Herzogthums frei seien.

³³⁾ §. 11 d. Ges. v. 19. März 1850.

³⁴⁾ §. 1, Abs. 1 d. Ges. v. 1874. — Dagegen ist der Eigenthümer nicht auch befugt, die bauerliche Eigenschaft seines Gutes aufzuheben, da diese publici juris ist. Der Hof selbst bleibt, auch wenn er durch Veräußerungen zum Anbauerwesen reducirt ist, mit seiner Wirthschaftsstelle Bauerngut, und bei dem Nachfolger im Besitz tritt, wenn nichts Anderes verfügt wird, das Anerbenrecht wieder ein. Motive z. Ges. v. 28. März 1874, S. 2. Vergl. auch §. 4 d. I. Entw.: „Nach der Abtretung von Zubehörungen bleibt die Eigenschaft eines Bauerngutes als solchen für das übrig gebliebene bebaute Gehöft und den etwaigen Restbestand der Zubehörungen desselben in Kraft.“

³⁵⁾ §. 1, Abs. 2 daj.

thümlichen Institute des Auerbenrechts, der Interimswirrhchaft und der Leibzucht für fortdauernd gültig³⁶⁾, und es ist kein Zweifel, daß auch an dem bauerlichen Güterrechte der Ehegatten nichts weiter hat geändert werden sollen, als was hierüber nebenbei im Gesetze enthalten ist³⁷⁾. Ueber die Einwirkung schließlich, die das Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich auf unser particulares Bauernrecht gehabt hat, wird im folgenden Paragraphen gehandelt werden.

§. 121.

Verhältniß des Landes- zum Reichsrecht.

I. Nach dem Grundsätze, daß dem B. G.-B. eine rückwirkende Kraft im Allgemeinen nicht zukommt, werden alle vor dem 1. Januar 1900 bereits begründeten Rechtsverhältnisse nach bisherigem Recht beurtheilt¹⁾. Es gilt dies nicht nur von den erbrechtlichen Verhältnissen und denen des Interimswirthes und seiner Kinder, sondern auch von dem gesammten bauerlichen Ehegüterrecht²⁾. Wie aber das particulare Bauernrecht überhaupt nur das Erbrecht, das Ehegüterrecht und die Interimswirrhchaft begreift³⁾, so finden auf alle übrigen Rechtsverhältnisse der Bauern, auch wenn sie vor dem Inkrafttreten des B. G.-B. entstanden sind, von diesem Zeitpunkt an die Bestimmungen des B. G.-B. Anwendung, soweit dies in den Uebergangsbestimmungen vorgeschrieben ist⁴⁾.

II. 1. Die Frage, inwiefern das B. G.-B. auf die nach dem 1. Januar 1900 begründeten bauerlichen Rechtsverhältnisse eingewirkt und das bisherige Landesrecht abgeändert hat, beantwortet sich hauptsächlich durch Art. 64, Abs. 1 E. B. G.-B., welcher lautet: „Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über das Auerbenrecht in Ansehung landwirthschaftlicher und forst-

³⁶⁾ §. 1, Abs. 1 u. §. 2, Abs. 1 daf.

³⁷⁾ Vergl. Motive in den Landtagsverhandlungen, Bd. XXXVII, Anl. 150 zu Prot. 44, S. 1. — Die ebendasselbst in Aussicht gestellte Codification des gesammten Bauernrechts ist nicht erfolgt. Auch die durch Einführung des B. G.-B. gebotene Gelegenheit, das Bauernrecht, soweit es hiernach noch gültig ist, zu codificiren, ist nicht ergriffen, da ein Bedürfniß dazu noch nicht zu Tage getreten ist. Mot. Br. Ausf. B. G.-B., S. 5 a. E.

¹⁾ Vergl. H a b i c h t, Einwirkung des B. G.-B. auf zuvor entstandene Rechtsverh., 2. Aufl., §. 2, IV.

²⁾ Letzteres ist zur Vermeidung aller Zweifel besonders ausgesprochen, gemäß Art. 200 E. B. G.-B., in §. 73, Z. 1 Br. Ausf. B. G.-B. vergl. mit §. 75 daf. Das Nähere über die sonstige Einwirkung des B. G.-B. auf die übrigen Rechtsverhältnisse ist bei den einzelnen Paragraphen erörtert worden.

³⁾ S. unten §. 122, I.

⁴⁾ Dies gilt insbesondere für das persönliche Verhältniß der Ehegatten zu einander nach Art. 199 E. B. G.-B., für die Ehescheidung nach Art. 201, für das Rechtsverhältniß zwischen Eltern und Kindern nach Art. 203 und für das eheliche Güterrecht nach Art. 200, soweit in den beiden letzten Beziehungen nicht überhaupt das Bauernrecht kraft des Vorbehalts in Art. 64 u. 96 E. B. G.-B. aufrecht erhalten bleibt.

wirthschaftlicher Grundstücke und deren Zubehör.“ Hieraus ergibt sich zunächst so viel unzweifelhaft, daß es auch in Zukunft der Landesgesetzgebung überlassen ist, zu bestimmen, welche land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke dem Auerbenrecht unterliegen, also Bauerngüter im Rechtsinne sein sollen, und was man unter Zubehörungen des Bauernguts zu verstehen hat⁵⁾. Im Uebrigen aber bereitet die Kürze des Ausdrucks in dem gesetzlichen Vorbehalt nicht unerhebliche Schwierigkeiten bei der Bestimmung seiner Tragweite⁶⁾, obwohl kein Streit darüber herrscht, daß der Begriff des Auerbenrechts hier nicht in seinem engsten, sondern in seinem weitesten Sinne zu verstehen ist⁷⁾. Es ist deshalb unzweifelhaft, daß außer dem Rechte des Auerben auch die landesgesetzlichen Vorschriften über die von dem Auerben seinen Geschwistern zu gewährenden Abfindungen oder Unterhaltungsleistungen und über die dem über-

⁵⁾ Der Begriff „Zubehör“, wie ihn das B. G. B. bestimmt, kann hier höchstens subsidiäre Bedeutung haben. Andernfalls wäre die Erwähnung der Zubehörungen im Art. 64, Abs. 1 E. B. G. B. überflüssig, da schon nach dem B. G. B., §§. 314, 926 die Zubehör im Zweifel das rechtliche Schicksal der Hauptsache theilt. Hier aber soll dem Landesrecht die Möglichkeit gegeben werden, den Begriff abweichend vom B. G. B. zu umgrenzen, insbesondere auch Berechtigungen und andere unbewegliche Sachen als Zubehör zu bezeichnen. Vergl. Mot. Br. Ausf. B. G. B., S. 58; f. auch Fischer u. Henle, B. G. B., Art. 64 E., Note 2; Pland, Commentar, 2. Aufl., S. 146, Note 3a. Der §. 24 der Bekanntmachung vom 7. Juli 1899, Nr. 61 (Br. Ausf. B. G. B., S. 194) spricht zwar nur von Grundstücken, welche „Bestandtheile“ eines Bauernhofs bilden u. im Abs. 2 von untrennbaren „Zubehörstücken“, welche zu einem Pertinenzgute (s. oben §. 93) gehören. Allein, indem im ersten Falle die Terminologie des B. G. B. angewandt ist, hat durch die der Gesetzeskraft entbehrende Bekanntmachung sachlich nichts geändert werden sollen und können.

⁶⁾ Die Tragweite lediglich durch den Inhalt des Commissions-Prot., S. 9423 (Mugdan, Mot., Bd. I, S. 201 f.) bestimmen zu wollen, geht aus einem doppelten Grunde nicht an. Zunächst haben die Protokolle nicht die Bedeutung einer authentischen Interpretation des Gesetzes. Sie können nach der Art der Entstehung des B. G. B. nicht einmal die Absicht des Gesetzgebers widerspiegeln. Nur so viel ist nicht zu bezweifeln, daß sie zum Ausdruck bringen, wie die Mehrheit der in einer gewissen Entwicklungsphase am B. G. B. thätig gewesenen Mitarbeiter über die Tragweite des Vorbehalts gedacht hat. Es kommt hinzu, daß es die verschiedensten Auerbenrechtssysteme im Deutschen Rechte giebt (vergl. die Zusammenstellung bei Frommhold, Deutsches Auerbenrecht) und unter diesen auch darin keineswegs Uebereinstimmung herrscht, welche anderen Institute des Bauernrechts gewissermaßen einen organischen Bestandtheil des Auerbenrechts bilden und demgemäß zu dem Auerbenrecht im weitesten Sinne gerechnet werden müssen. Mag nun die Commission dieser Verschiedenheit eine zu geringe Bedeutung beigelegt oder mag ihr gleichsam ein nicht existirendes Normal-Auerbenrechtssystem vorgeschwebt haben, in jedem Falle ist eine bedingungslose Annahme der Commissionsansicht ausgeschlossen. Nur nach dem Inhalt eines jeden einzelnen particularen Auerbenrechts kann vielmehr beurtheilt werden, welche bäuerlichen Rechtsinstitute vom Vorbehalt gedeckt werden und welche nicht. Nach diesen Grundsätzen kann die Auslegung, die dem Art. 64 durch die Commission gegeben ist, sehr wohl eine Einschränkung, aber auch eine Erweiterung erfahren. Mit Recht haben daher die Mot. Br. Ausf. B. G. B., S. 4 f. die unbedingte Anwendbarkeit der Commissions-Prot. für unser particulares Bauernrecht in Zweifel gestellt.

⁷⁾ Vergl. Pland, Commentar B. G. B., VI, S. 145 ff.

lebenden Ehegatten zustehende Leibzucht (Allertheil), sowie über die gemeinsame Were von dem Vorbehalte umfaßt werden⁸⁾. Auch die Rechtsverhältnisse der Interimswirtschaft stehen in einem so engen Zusammenhange mit dem Auerbenrechte, daß sie ebenfalls künftig nach den Landesgesetzen beurtheilt werden müssen⁹⁾. Allerdings gilt dieser Satz nicht ohne Einschränkung, insofern nur die Rechte und Pflichten des Interimswirthes in Bezug auf den Hof hierher gerechnet werden können¹⁰⁾. Die sonstigen rein familienrechtlichen Wirkungen der Interimswirtschaft, insbesondere das Verhältniß des Interimswirthes zu seiner Ehefrau und zu den Kindern regelt sich dagegen nach dem B. G.-B.¹¹⁾. Zweifelhafter könnte die Frage erscheinen, ob auch den Kindern des Interimswirthes und in gleicher Weise den Kindern des aufgeheiratheten Ehemannes aus einer späteren Ehe noch künftig ein gesetzlicher Anspruch auf Abfindungen zusteht. Doch muß diese Frage bejaht werden, da auch diese Rechte in einem unauflösbaren Zusammenhange mit dem Auerbenrecht stehen¹²⁾. Wenn man

⁸⁾ Mansfeld will zwar in Zeitschr. f. R. XLVI, S. 133 den Ausdruck „gemeinsame Were“ für eine „fossile Sprache“ erklären, scheint aber im Uebrigen die Fortexistenz des damit bezeichneten Rechtsverhältnisses und zwar nach „hiesigem Recht“ nicht zu bezweifeln (vergl. das. XLVI, S. 106). Vergl. auch die zutreffenden Ausführungen von Ude i. Zeitschr. f. R. XLVI, S. 198 f. und die Prot. (Mugdan, a. a. O.), welche einen Hauptfall der gemeinsamen Were, der durch das Recht des überlebenden Ehegatten auf Fortführung der Wirtschaft entsteht, ausdrücklich hervorheben. Pland, Comm. VI, S. 148 betont deshalb auch, daß nach Absicht der Commission nicht nur die eigentliche Veebung, sondern auch das Auseinandersezungsverhältniß der Miterben und die Auseinandersezung selbst durch den Vorbehalt des Art. 64 E. B. G.-B. gedeckt seien.

⁹⁾ Dies erkennen sowohl die Prot. S. 903 f. (Mugdan, Mot. a. a. O.) an, als auch die Mot. Br. Ausf. B. G.-B., S. 5 und mit zutreffender Begründung Mansfeld in Zeitschr. f. R. XLVI, S. 106. Ebenso Pland, Commentar VI, S. 147, Note 3 a, β, der allerdings zur Begründung nur auf den engen Zusammenhang zwischen Auerbenrecht und Interimswirtschaft hinweist, u. Ude, Zeitschr. f. R. XLVI, S. 196, der sich übrigens lediglich auf die Prot. stützt.

¹⁰⁾ Es sind dies seine Pflichten zur Bewirtschaftung und Vertretung des Hofes nebst Unterhaltung der Erben des Eigentümers aus diesem, sowie seine Rechte auf Nutzung und demnächst auf Leibzucht, sowie auf Abfindungen für seine Kinder.

¹¹⁾ So auch die Protokolle a. a. O. Die gilt auch für die Interimswirtschaft, die schon vor dem 1. Januar 1900 entstanden ist. Vergl. oben bei Note 4.

¹²⁾ Die Comm.-Prot. a. a. O. schweigen merkwürdiger Weise ganz über diesen wichtigen Punkt. Wenn man indessen das Interimswirtschaftsrecht auch nur in dem oben begrenzten Umfange für umfaßt erachtet, so folgt, daß man dem Interimswirthe auch künftig alle Rechte zusprechen muß, die ihm dem Hofe gegenüber früher landesgesetzlich zustanden. Ein wesentliches Recht dieser Art ist nun aber sein Recht auf Abfindungen für seine Kinder, welches ihm auch ohne vertragliche Zusicherung und ohne Einbringung von Vermögen schon als Ersatz dafür zusteht, daß er dem Hofe seine Arbeitskraft widmet (s. unten S. 140). Dem Interimswirthe steht aber der Aufkömmling in dieser Beziehung thatsächlich und rechtlich ganz gleich (vergl. hierüber namentlich die eingehenden Ausführungen in Scholz III, Intestaterbrecht auf deutschen Bauerngütern, S. 91, Z. 3), weshalb auch ihm ein Recht auf Abfindungen für seine Kinder stets zugesprochen ist (s. unten S. 133). Bei dieser Gleichheit der Rechtslage ist aber kein Grund ersichtlich, ihm jetzt dies Recht zu versagen. Auch

diese Frage aber bejaht, so muß man consequenter Weise anerkennen, daß auch die wesentlichsten Grundsätze des bäuerlichen Ehegüterrechts, nämlich die Bestimmungen über das Rechtsverhältniß des Aufkömmlings, von dem Vorbehalt des Art. 64 E. B. G.-B. gedeckt werden¹³⁾. Das Gleiche gilt andererseits nicht von dem Rechtsverhältniß des Brautschages, dessen frühere landesrechtliche Wirkungen vielmehr jetzt nur noch vertraglich aufrecht erhalten werden können¹⁴⁾.

Mansfeld in Zeitschr. f. R. XLVI, S. 134 scheint derselben Ansicht zu ein, indem er von dem „häufigsten Falle der Descendentenabfindungen beim Erbfall“ ausgehend in der Anmerkung betont, daß „für die Abfindungen, die anderen Personen zukommen“, nichts Besonderes gelte. Vergl. auch Ude, Zeitschr. f. R. XLVI, S. 198.

¹³⁾ Mansfeld in Zeitschr. f. R. XLVI, S. 105 ff. bestreitet die fortbauernde Geltung mit Entschiedenheit. Soweit er sich aber mit seiner Meinung auf die Comm.-Prot. beruft, ist auf das oben in Note 6 Gesagte zu verweisen. Mit Recht haben die Mot. Br. Ausf. B. G.-B., S. 5 die Frage dahin formulirt, „ob das bäuerliche Ehegüterrecht im Herzogthume in eine so enge Verbindung zu den vorbehaltenen Institutionen getreten sei, daß diese durch eine selbständige Behandlung des ehelichen Güterrechts nach Maßgabe der Vorschriften des B. G.-B. eine Aenderung ihres Wesens erleiden würden“. Dies muß aber aus folgenden Gründen bejaht werden. Die Kinder des Interimswirthe und die Kinder des Aufkömmlings können Abfindungen nicht aus eigenem, sondern nur aus fremdem Rechte, nämlich dem ihrer Eltern, verlangen (Scholz III, Abfindungen, S. 87). Das Recht leitet sich daher zunächst gar nicht aus einer Erbfolge in den Hof, sondern aus einem besonderen ehelichen Rechte ihrer Eltern her (Scholz, Abfindungen, S. 88). Das Recht der Eltern auf diese demnächstigen Abfindungen ihrer künftigen Kinder entstand nämlich schon mit der Heirat des ersten Aufkömmlings (Scholz III, Intestaterbrecht, S. 92). „Dieser aber“, führt Scholz III, a. a. O. weiter zutreffend aus, „erlangte durch die Ehe und alle in Gemäßheit derselben zugebrachten Vortheile, Ansprüche auf Leibzucht, Wiederverheirathung, Nutzung, Interimswirthschaft und Abfindung der Kinder zweiter Ehe in erbrechtlicher Begründung und zwar als Ansprüche gegen das Colonat.“ Hiermit ergiebt sich ein derartiger Zusammenhang zwischen dem im Herzogthum Braunschweig geltenden bäuerlichen Ehegüterrechte und unserem Anbauerrechte, daß das Recht der Kinder des Aufkömmlings oder der Kinder des Interimswirthes auf Abfindungen, ja das Recht der Interimswirthschaft selbst überhaupt nicht als ein nothwendiger, durch den Vorbehalt des Art. 64 E. B. G.-B. aufrecht erhaltener Bestandtheil des Auerbenrechts gedacht werden kann, wenn man nicht zugleich auch die Fortexistenz des Rechts des Aufkömmlings, welches also nicht erst durch einen Ehevertrag, sondern schon durch die Thatfache der Einheirath in den Hof entsteht (s. unter S. 131, Note 3 u. 4), gelten läßt.

¹⁴⁾ Mit Recht weist Mansfeld, Zeitschr. f. R. XLVI, S. 106 f., darauf hin, daß die Gewährung der Leibzucht u. an den Aufkömmling nicht von der Illation von Vermögen abhängig sei, sondern, daß nur thatsächlich die Höhe der Leibzucht von dieser beeinflusst werde. Auch erscheint es nicht angängig, die Grundsätze über Illation mit der Begründung aufrecht zu erhalten, daß nach Bauernrecht das infirirte Vermögen mit der Illation „Bestandtheil“ des Hofes werde, der Art. 64 E. B. G.-B. aber der Landesgesetzgebung ebenso gut, wie die Bestimmung dessen, was Bauerngut und Zubehör sein soll (s. oben Note 5), zu regeln überlassen haben, welche Dinge als Bestandtheile anzusehen seien. Denn wenn dies auch richtig wäre, so würde sich daraus niemals für die Landesgesetzgebung die Befugniß zu der Bestimmung herleiten lassen, in welchem Falle der Inferirende zur Rückforderung berechtigt

2. Handelt es sich bei den bislang erörterten Rechtsfällen nur um solche, welche die gesetzliche Erbfolge in ein Bauerngut zur Voraussetzung haben, so hat das B. G.-B. in Uebereinstimmung mit dem bisherigen Recht bezüglich der Erbfolge, die sich auf letztwillige Verfügung gründet, lediglich bestimmt, daß hierin das Recht des Erblassers landesgesetzlich nicht beschränkt werden dürfe¹⁵⁾.

3. Das Bauernrecht kennt aber noch eine dritte, ihm eigenthümliche Hofübertragung und zwar unter Lebenden. Diese vollzieht sich auf Grund eines Hofübergabecontractes, durch welchen sich der Abgeber regelmäßig eine Leibzucht (Allentheil) vorbehält. Dieser Leibzuchtvertrag steht inhaltlich nur subsidiär unter den Bestimmungen des B. G.-B. In erster Linie gelten für das durch ihn begründete Schuldverhältniß nämlich die vertraglichen Festsetzungen und, wo diese fehlen, die particularen Rechtsätze über die Gewährung der Leibzucht¹⁶⁾.

Welchen Inhalt hiernach im Einzelnen die dem particularen Bauernrecht vorbehaltenen Rechtsverhältnisse während der Uebergangszeit und später haben, wird in den folgenden beiden Capiteln näher erörtert werden.

III. Die sonstigen auf das Bauernrecht bezüglichen Vorbehalte, die das B. G.-B. zu Gunsten des particularen Rechts gemacht hat, sind für uns nur noch von untergeordneter oder von gar keiner Bedeutung. Hierher gehört die Regelung der gutherrlich-bäuerlichen Verhältnisse¹⁷⁾, das Erbpachtrecht¹⁸⁾ und die Bestimmung über die Untheilbarkeit der Güter¹⁹⁾.

§. 122.

Die Grenzen der Anwendbarkeit des particularen Bauernrechts.

1. Aus der im letzten Abschnitte des vorletzten Paragraphen dargelegten neuesten Entwicklung des Bauernrechts folgt ohne Weiteres, daß es einen eigentlichen Bauernstand im Rechtssinne überhaupt nicht mehr bei uns

sein sollte. Aber gerade dies ist der wesentliche Inhalt vom Rechte des Brautshages. Im Uebrigen s. unten §. 130.

¹⁵⁾ Art. 64, Abs. 2 E. B. G.-B. Damit ist nicht gesagt, daß in jedem Falle, wo sich der Uebergang eines Bauernguts auf letztwillige Verfügung stützt, das B. G.-B. ausschließlich zur Anwendung kommen soll. Dies wird allerdings der Regel entsprechen, da der Art. 64, Abs. 1 B. G.-B. nur das gesetzliche Auerbenrecht aufrecht erhält. Wo aber auf Grund landesgesetzlicher Vorschrift die letztwillige Verfügung zulässigerweise nur eine Auerben designation enthält oder wo sie, ohne Abänderung der gesetzlichen Auerbenfolge, nur Bestimmungen über die Größe der Abfindungen c. trifft, findet im Uebrigen das particulare Auerbenrecht auch hier Anwendung. Vergl. Planck, Comment., VI, S. 146, Note 3, a, a u. S. 148, Note 4. Im Uebrigen s. das Nähere unten §. 135.

¹⁶⁾ Art. 96 E. B. G.-B. Das Nähere s. unten §. 137.

¹⁷⁾ Art. 113 E. B. G.-B. S. unten §§. 124 bis 128.

¹⁸⁾ Art. 63 das. S. oben §. 94.

¹⁹⁾ Art. 119 das. Vergl. oben §. 120 bei Note 21 und 34.

giebt¹⁾. Der bloß thatsächlich fortexistirende Bauernstand hat deshalb auch kein besonderes Recht mehr, kein eigentliches Bauernrecht, sondern es haben sich nur einige wichtige bauernrechtliche Institute erhalten, welche nach wie vor auf bäuerliche Verhältnisse ausschließlich Anwendung finden, während im Uebrigen für die Bauern dasselbe Recht gilt wie für die anderen Einwohner des Herzogthums. Soweit hiernach überhaupt von einem Bauernrechte geredet werden kann, betrifft es nur die Rechtsverhältnisse zu den Bauerngütern und seinen Zubehörungen, nicht auch das sonstige Vermögen der Bauern oder deren persönliche Beziehungen. Was man unter einem Bauerngute und was man unter seinen Pertinenzien versteht, wird unten im §. 123 erörtert werden. Hier ist nur noch darauf hinzuweisen, daß die bäuerlichen Güterverhältnisse nur in ehögüterrechtlicher und in erbrechtlicher Beziehung besonders gestaltet sind und daher, abgesehen von den allgemeinen Grundsätzen, ausschließlich der Behandlung bedürfen²⁾.

2. Aber auch das Bauernrecht in diesem Sinne gilt nicht überall im Herzogthume, sondern nur da, wo es herkömmlich Anwendung findet³⁾. Letzteres ist nun aber nach dem Circularrescript des ehemaligen Obergerichtes vom 28. December 1874⁴⁾ nicht der Fall:

- a) in allen Städten⁵⁾,
- b) in dem ganzen Kreise Blankenburg⁶⁾,

¹⁾ Vergl. auch oben §. 11, I, 3.

²⁾ Die Interimswirtschaft bildet ein dem Bauernrechte eigenthümliches Institut, welches seinem Inhalte nach zwischen dem ehelichen Güterrechte und dem Erbrechte in der Mitte steht. Hiernach rechtfertigt sich die gesonderte Darstellung der Interimswirtschaft.

³⁾ Im Uebrigen ist auf die landwirtschaftlichen Güterverhältnisse, auch wenn sie sonst den bäuerlichen Güterverhältnissen gleichen und deren Bezeichnungen führen, das allgemeine Recht des B. G.=B. anzuwenden.

⁴⁾ Zeitschr. f. R. XXV, 60. — Das Rescript beruht auf der Feststellung der einzelnen Amtsgerichte und spricht ausdrücklich nur von der Geltung des „Anerbenrechts“. Früher ist man von dem Grundsatz ausgegangen, daß die Geltung des Anerbenrechts als des wichtigsten Instituts des Bauernrechts die Geltung der anderen bauernrechtlichen Verhältnisse in sich schließe. Dieser Grundsatz ist jetzt bedeutungslos geworden, da auch der Art. 64 E. B. G.=B. nur das Anerbenrecht aufrecht erhält. Doch kann man auch jetzt noch sagen, daß der Art. 96 E. B. G.=B. nur da Anwendung finden kann, wo herkömmlich das Anerbenrecht bei uns in Geltung ist. Wenn man aber früher andererseits auch Bezirke unterschied, in denen zwar einzelne Institute des Bauernrechts, nicht aber das Anerbenrecht Geltung hatte, so wird dies jetzt nicht mehr möglich sein.

⁵⁾ Für die Höfe der zur Stadt Helmstedt gehörigen Marienberger Gartenfreiheit findet dagegen das Bauernrecht ganz Anwendung.

⁶⁾ Noch bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts nahmen unsere Obergerichte an, daß auch im Gebiete des ehemaligen Fürstenthums Blankenburg das Bauernrecht — wenn auch mit manchen Abweichungen — Geltung habe. Erf. des Fürstl. L.=G. Wolf. v. 7. Octbr. 1828 i. E. Cammer c. Bischoff (Zorge). Nach dem Rescr. des O.=G. v. 28. Decbr. 1874 ist man von dieser Ansicht endgültig abgekommen, doch befolgte die Praxis — in Uebereinstimmung mit den thatsächlichen Verhältnissen — vielfach den Satz, daß zwar das bäuerliche Intestaterbrecht und die Interimswirtschaft in Blankenburg nicht vorkommen, wohl aber die Institute der Abfindung

c) in dem Hüttenorte Grünenplan des Amtsgerichtsbezirkes Eschershausen.

Im Flecken Borsfelde gilt es nur rücksichtlich der vor der Separation reiheantheiligen, sogenannten Bürgerwesen⁷⁾. Im Gebiete des ehemaligen Communionunterharzes⁸⁾ findet es überhaupt keine Anwendung⁹⁾. Im Uebrigen hat das particulare Bauernrecht im ganzen Herzogthume Braunschweig Gültigkeit¹⁰⁾.

Erstes Capitel.

Die allgemeinen Grundsätze.

Erster Abschnitt.

Begriff und Arten der Bauerngüter.

§. 123.

Das Bauerngut und seine Zubehörungen.

Was man unter einem Bauerngut versteht, welche ländlichen Güter zu den Bauerngütern gehören und welche Arten von Bauerngütern man einmal mit Rücksicht auf die Größe und sodann mit Rücksicht auf das gutherrliche Abhängigkeitsverhältniß unterscheidet, ist bereits oben im §. 94 eingehend erörtert. Ueber die Rechtsverhältnisse der eigentlichen Colonatgüter, nämlich der Meier- und der Erbzinsgüter, welche früher die wichtigsten Arten der Bauerngüter im Herzogthume bildeten, soll in den beiden folgenden Paragraphen näher gesprochen werden. An dieser Stelle ist daher noch von dem Begriff der *Zubehörungen* zu handeln, welche gleich dem Hauptgute der Herrschaft des Bauernrechts unterworfen sind¹⁾.

Betreffs dieser Zubehörungen sind folgende Unterschiede zu machen:

1. Diejenigen Grundstücke und Gerechtigkeiten, welche mit dem Hauptgute zusammen in einem Dienstverbande stehen oder — nach Ablösung des

und der Leibzucht (Allentheil) analoge Anwendung finden. Urth. d. L.-G. Braunschw., 2. C.-G. v. 17. Febr. 1893 i. S. Schilling c. Schilling. Seit Einführung des B. G.-B. ist dies nur noch in dem oben Note 4 bezeichneten Umfange zulässig.

⁷⁾ Zeitschr. f. R. XXV, 60. Vergl. auch oben §. 16, I.

⁸⁾ Vergl. oben §. 5.

⁹⁾ Zeitschr. f. R. XXV, 71.

¹⁰⁾ Zeitschr. f. R. XXV, 60. Die localen Verschiedenheiten des Rechts, die übrigens meistens nur noch eine historische Bedeutung haben, sind an entsprechender Stelle hervorgehoben.

¹⁾ Vergl. oben §. 121, Note 5 und §. 122, 3. 1.

Dienstes — gestanden haben, nennt man die Pertinenzien des Bauerngutes²⁾. Solange der Grundsatz der Geschlossenheit der Bauerngüter bestand und danach die Veräußerung einzelner Theile ohne Landesherrliche Genehmigung verboten war³⁾, hatte die Pertinenzqualität die Bedeutung, daß dem Hofbesitzer bezüglich der von einem Bauerngute ohne Landesherrlichen Consens veräußerten⁴⁾ Pertinenzien die sogen. Reunionsklage zustand. Mit dieser Klage konnte der Hofbesitzer die Pertinenzstücke gegen Erstattung des Kaufgeldes oder des Pfandschillings und der Meliorationen, im Falle aber, daß ein Verkauf oder eine Verpfändung nicht vorlag, gegen Bezahlung des jetzigen Werthes des Grundstückes von jedem dritten Besitzer zurückfordern⁵⁾. Anfänglich war weder

²⁾ Allgem. Landesordn. v. 1647, Art. 28 (Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 65; Steinacker, Promt. II, 203); Verordn. v. 27. März 1705 und Landesf. Rescr. v. 4. Nov. 1749 (Fredericksdorff, Promt. VI, 320; VII, 171; Steinacker, Promt. II, 205). Den Gegensatz zu den Pertinenzien bildete die fliegende oder flüchtige oder walzende Länderei. Vergl. u. A. Landesf. Rescr. v. 12. Juni 1683 (Fredericksdorff, Promt. VI, 319). — Wie nur mit Genehmigung des Landesherrn Pertinenzstücke aus dem Pertinenzverbande entlassen werden durften, so konnten auch nur mit dessen Bestätigung flüchtige Grundstücke Pertinenz-eigenschaft erlangen. Vergl. Plenarbericht des D.-G. Wolf. v. 21. Dec. 1867. Im Uebrigen sollte der Beweis der Pertinenzqualität durch die Erbgregister geführt werden (Verordn. v. 15. Januar 1712; Steinacker, Promt. II, 206), von denen, wenn mehrere vorhanden, das älteste den Vorzug haben sollte (Landesf. Decl. v. 9. Oct. 1736; Steinacker, Promt. II, 207; das Erf. D.-A.-G. Wolf. v. 1844 i. S. Cammer c. Ehlers bezeichnete die Dienstpflicht als das nächste Erkennungszeichen der Pertinenzqualität), während beim Mangel eines Erbgregisters oder dessen Unzulässigkeit andere Beweise erbracht werden sollten (Verordn. vom 15. Januar 1712; Decl. vom 27. Aug. 1713; Steinacker, Promt. II, 206 f.). Vergl. auch Erf. d. D.-A.-G. Wolf. v. 1829 i. S. Rüdellhahn c. Lüders; v. 17. Febr. 1846 i. S. Prüke c. Lippelt u. D.-G. Wolf. v. 7. Dec. 1870 i. S. Klasse c. Dienelt. Den sogen. Dorf- und Wiesenbeschreibungen sollte jedoch beim Beweise ein entscheidendes Gewicht nicht beigelegt werden. Decr. des D.-G. Wolf. v. 20. Sept. 1836 i. S. Rodemund c. Immenrodt u. Erf. des D.-G. 1830 i. S. Meyer c. Heide.

Die Erbgregister entstanden am Ende des 16. Jahrhunderts (meist unter der Regierung des Herzogs Julius) aus den Erbhufregistern. Die letzteren sind weit älteren Ursprungs; bereits in der Amtscammerordnung von 1541 wird den Amtsleuten ihre Erneuerung aufgegeben. Sie sind entstanden, um die Integrität der Bauerngüter im Interesse des Staats und der Guts Herren zu erhalten und Streitigkeiten über den Umfang der Dienste und Zehnten zu vermeiden. Das Nähere über die Erbhuf- und Erbgregister, sowie die hiervon gänzlich verschiedenen, viel späteren Dorf- und Feldbeschreibungen s. in Steinacker, Br. Privatr., §. 211. Vergl. auch unten §. 128, Note 18.

³⁾ S. oben §. 121 bei Note 22. Ueber Dispensation s. Bege, Repert. IX, 117. Ueber Pertinenzien, die in Preußen gelegen waren, s. Bege, Repert. IX, 117; über Pertinenzien in Hannover und umgekehrt, vergl. B.-D. v. 1825, S. 26.

⁴⁾ Der Ausdruck „Veräußern“ ist hier im weitesten Sinne zu verstehen und begreift namentlich auch das Vertauschen und Verpfänden in sich. Vergl. Steinacker, Br. Privatr., S. 539, Note 1. Bei der Aufnahme derartiger Veräußerungsverträge sollte von Amts wegen auf die Pertinenzqualität geachtet werden (Bege, a. a. O., VIII, 51).

⁵⁾ Verordn. v. 27. März 1705 u. Landesf. Decl. v. 2. Nov. 1715 Fredericksdorff, Promt. VI, 320 (Steinacker, Promt. II, 205 f.; v. Liebhafner, Einl. II, 438). Vergl. Zeitschr. f. R. XI, 158; XVI, 118.

die ordentliche, noch die außerordentliche Verjährung einreduweise gegen die Reunionsklage verwerthbar⁶⁾; später wurde wenigstens die Einrede der unvor- denkliden Verjährung zugelassen⁷⁾. Heute, wo mit der Aufhebung der Ge- schlossenheit der Bauerngüter auch die Reunionsklage unpraktisch geworden ist⁸⁾, hat die hier in Rede stehende Pertinenzqualität keine Bedeutung mehr.

2. Von dem Begriffe der Pertinenz im obigen Sinne ist der Begriff des untrennbaren Allods sowohl seinem Grunde⁹⁾, als auch seinem Inhalte nach zu unterscheiden. Herkömmlich¹⁰⁾ zählt man zum untrennbaren Allod:

- a) alle von Alters her bei der Hofstelle genutzten Grundstücke und Ge- rechtigkeiten¹¹⁾;
- b) alle darauf erbauten, zur Cultur erforderlichen Wohn- und Wirth- schäftsgebäude¹²⁾;
- c) alle Hecken, Zäune, Planken, Stackette, Mauern, Gräben und Canäle zc.¹³⁾;
- d) alle Bäume, Sträucher und ungetrennten Früchte¹⁴⁾;
- e) die Gail und Gaare¹⁵⁾;

⁶⁾ Verordn. v. 27. März 1705.

⁷⁾ Verordn. v. 15. Januar 1712 (Steinacker, Promt. II, 206). Vergl. auch noch Greß, De diferent. praecip. 81; Engelbrecht, De reunione pertinen- tiorum, Helmstedt 1715; v. Liebhaber, Einl. II, 438 ff.; Steinacker, Br. Privatr., §§. 240 f.

⁸⁾ S. oben §. 121 bei Note 33.

⁹⁾ Während die Pertinenzeigenschaft ihren Grund in dem Dienstverban- de hatte, entsprang der Begriff des untrennbaren Allods aus dem Meier- und Zinsverhältnisse. Vergl. Scholz III, Abfindungen S. 22.

¹⁰⁾ Gesetzliche Bestimmungen fehlen. Vergl. Steinacker, Br. Privatr., S. 497, Note 3. Für das ehemalige Kurfürstenthum Hannover giebt an der Hand der dort geltenden Gesetze eine Zusammenstellung: v. Bülow u. Hagemann, Prakt. Erört. I, Nr. 35. Gestützt hierauf, aber stellenweise unter Bezugnahme auf Braunschw. Recht, erörtert den Begriff des untrennbaren Allods: Scholz III, Abfindungen §. 6 u. 7, sowie Intestaterbrecht der Ehegatten §. 5. Vergl. im Uebrigen aus der Praxis: Zeitschr. f. R. XXVIII, 139.

¹¹⁾ Darauf, ob diese Immobilien mit dem Hauptgute in einem Dienstverban- de stehen oder gestanden haben, kommt hierbei nichts an. Scholz III, Abfindungen a. a. O., rechnet diese Grundstücke überhaupt nicht zu dem allodium cum villa conjunctum, sondern zum Hauptgute selbst. Praktische Bedeutung hat diese Unter- scheidung indessen nicht.

¹²⁾ Dagegen bleiben beispielsweise Lurusgebäude und Gebäude zu Nebengewerben, z. B. Brauereien, Fabriken, Krugwirthschaften, rein trennbares Allod. Scholz III, Abfindungen S. 19, Note 4 und Intestaterbrecht S. 30, Note **.

¹³⁾ Auch Brunnen und Tränken werden hierher gerechnet. Scholz III, Ab- findungen S. 20.

¹⁴⁾ Scholz III, Abfindungen a. a. O. Vergl. auch Seuff. Arch. XXII, 158 (Wolf.).

¹⁵⁾ Hierunter ist der bereits untergegrabene Dünger zu verstehen, während der noch zu Haufen auf dem Hofe oder den Grundstücken liegende zum trennbaren Allod gehört. Scholz III, a. a. O.

- f) das vom aufgeheiratheten Ehegatten als Brautſchatz inferirte Vermögen¹⁶⁾.

Alle übrigen Vermögensſtücke¹⁷⁾ bilden das trennbare Allod. Dieſe Unterſcheidung von untrennbarem und trennbarem Allod hat noch jezt die Bedeutung¹⁸⁾, daß der Aufkömmling und der Interimswirth in Ausübung ihres Nutzungsrechtes das erſtere ohne Genehmigung der Ehegatten bezw. der in gemeinſamer Were verbliebenen Erben des Hofbeſizers nicht veräußern oder beſaften dürfen, während ſie über das letztere frei verfügen können, jedoch mit der Verpflichtung des demnächſtigen Erſazes zwecks Rückgewähr des Hofes am Schluſſe ihres Nutzungsrechtes als fundus instructus¹⁹⁾.

3. Einen beſonderen Begriff der bäuerlichen Zubehörungen ſtellt das Höfegeſetz vom 28. März 1874 auf, indem es hierzu rechnet:

- a) diejenigen Grundſtücke und Berechtigungen, welche bei einem Bauernhofe bewirthſchaftet werden, wobei eine vorübergehende Verpachtung oder ähnliche Benutzung, z. B. als Leibzuchtsland, ohne Einfluß auf dieſe Zugehörigkeit iſt²⁰⁾;
- b) das nothwendige Haus- und Hofinventar, ſowohl das lebende als das todt, einschließlich des Düngers und der vorhandenen, für die Fortführung der Hofwirthſchaft bis zur nächſten Ernte erforderlichen Frucht-, Futter- und ſonſtigen Vorräthe²¹⁾.

¹⁶⁾ Das Inferirte verlor ſeine Selbſtändigkeit, wurde Theil des Bauernguts, auch wenn es nur verſprochen war. Dieſes Rechtsverhältniß hat ſich durch das B. G.-B. verändert. Vergl. unten §. 130.

¹⁷⁾ Abgesehen von den bereits oben in Noten 12 und 15 als freies Allod bezeichneten Immobilien und Mobilien gehören hierher namentlich die getrennten Früchte, das lebende und todt Haus-, Hof- und Wirthſchaftsinventar, das etwa vorhandene, nicht inferirte Baarvermögen.

¹⁸⁾ Im gutsherrlichen Verbande hatte der Unterſchied beim Rückfall des Hofes an den Gutsherrn auch noch die Bedeutung, daß letzterer das untrennbare Allod mit übernehmen und nach der Lage bezahlen mußte, während er das trennbare Allod weder anzunehmen brauchte, noch verlangen konnte. Vergl. Scholz III, a. a. O.

¹⁹⁾ Vergl. Zeiſchr. f. R. XXVIII, 139 f. Ueber die ſonſtige Erſazpflicht für Deteriorationen ſ. unten §§. 131, 139.

²⁰⁾ Gef. v. 28. März 1874, Nr. 11, §. 2. Es ändert an der Sache nichts, wenn man dieſe Immobilien im Intereſſe einer einheitlichen Terminologie nach dem B. G.-B. als Beſandtheile bezeichnet. Vergl. oben §. 121, Note 5. Im Zweifel ſollen die Grundſtücke oder Berechtigungen als Zubehörungen derjenigen Hofſtelle angeſehen werden, von welcher aus ſie regelmäßig bewirthſchaftet werden (§. 2, Abſ. 4, 1. c.). Daß dieſe Immobilien der Hofſtelle im Grundbuche zugeſchrieben ſind, iſt nicht erforderlich (vergl. Manſfeld, Grundbuchgeſ., 2. Aufl., S. 92, Anm.), doch iſt andererseits die Zuſchreibung ein Beweis der Zubehörung im Sinne dieſes Geſetzes. Vergl. auch §. 24, Bekanntmachung v. 7. Juli 1899, Nr. 61.

²¹⁾ §. 9, 1. c. — Vergl. auch Seuff. Arch. XXII, 158 (Wolf.). Zu den „ſonſtigen Vorräthen“, welche Zubehörungen des Bauernguts ausmachen, gehört auch das beim Tode des Hofeigenthümers unter den wirthſchaftlichen Vorräthen vorgefundene, aus dem Ertrage einer zum Hofe gehörigen Holzberechtigung angeſammelte und zu einem nothwendigen Neubau beſtimmte Holz. Scholz III in Zeiſchr. für Landw. II, S. 90; Zeiſchr. f. R. XI, 10 u. Erf. D.-G. Wolf., 3 Sen. v. 26. Mai 1864 i. S. Harms c. Schließhate Vorm.

Die Bedeutung dieser Zubehörungen besteht darin, daß sie — in Ermangelung abweichender Privatverfügungen — gemeinsam mit dem Bauerngute — a) von dem Auerbenrechte, b) von dem Nutzungsrechte des Aufkömmlings, c) von dem Nutzungsrechte des Interimswirtheß, d) von allen Verfügungen über den Hof als solchen mit umfaßt werden²²⁾. Das nicht zu dem Gute und diesen Zubehörungen gehörige Vermögen (das freie Allod in diesem Sinne) unterliegt dagegen dem Bauernrechte überhaupt nicht und wird daher nach Maßgabe des B. G.-B., getrennt von dem Hofe und seinen Zubehörungen, vererbt.

§. 124.

Die Meiergüter.

I. Solange man im Herzogthume Braunschweig überhaupt von Bauerngütern reden kann¹⁾, hat es dort auch Meiergüter gegeben. Sie sind grundsätzlich auch heute noch nicht beseitigt²⁾. Bereits in der Gesetzgebung des fünfzehnten Jahrhunderts finden sie sich ausdrücklich erwähnt³⁾. Anfänglich war das Verhältniß des Besitzers eines solchen Meiergutes zu der Gutsherrschaft ein rein persönliches, dem Pächter ähnliches⁴⁾, später wurde es ein erbliches, zweifellos dingliches⁵⁾. Seiner Rechtsnatur nach kann man das Meiergut seitdem als ein erbliches und dingliches Recht zur Bewirthschaftung eines fremden Gutes mit der Verbindlichkeit zur Entrichtung bestimmter jährlicher Abgaben definiren⁶⁾. Die Eintheilung der Meier nach der Größe ihrer Güter in

²²⁾ Vergl. §§. 314, 926 B. G.-B.

¹⁾ Vergl. oben §. 120, I u. II.

²⁾ Ob thatsächlich bei uns noch Meiergüter vorkommen, ist allerdings zweifelhaft. Vergl. unten III. Jedoch hält Art. 63, Note 113 E. B. G.-B., die landesgef. Best. aufrecht. Vergl. §. 18 Br. Ausf. B. B.-D.

³⁾ Landesf. Revers v. 5. Decbr. 1478 und v. 4. Febr. 1487 (Ribbentrop, Sammlung d. Landtagsabsch. I, S. 5 u. 8).

⁴⁾ Vergl. Gesenius, Meierrecht I, S. 408 u. 410; Steinacker, Br. Privatr., S. 487 und oben §. 120, Note 7.

⁵⁾ Die Umwandlung war hauptsächlich eine Folge des Landtagsabschiedes von 1597, durch welchen das Erbrecht des Meiers anerkannt und die Willkür der Gutsherrn beschränkt wurde.

⁶⁾ Pfeiffer, Meierrecht, 2. Ausg., S. 62. Vergl. Hagemann, Landwirthschaftsordn. §. 114 und Steinacker, Br. Privatr., a. a. O., Note 5. — Die verschiedenen Ansichten über die Rechtsnatur der Meiergüter sind folgende:

- a) der Meier hat ein dominium utile,
- b) er hat ein erbliches, dingliches Nutzungsrecht,
- c) er hat ein erbliches Pachtrecht.

Die letztere, von Gesenius a. a. O., II, 193 aufgestellte Ansicht ist von Pfeiffer a. a. O., S. 55 und Scholz III, Abfindungen S. 10, Note 4 mit zutreffenden Gründen widerlegt. Steinacker, Br. Privatr., S. 488 hält die beiden Ansichten zu a) und b) nicht auseinander, indem er sich auf die Verordnung vom 21. April 1745 (Steinacker, Promt. II, 142) beruft, worin unklarer Weise gesagt ist, daß nach bekannten Landesgesetzen dem Meier an dem Gute nur ein Nutzungsrecht und dem Gutsherrn ein dominium utile zustehe. Richtig ist die mittlere Ansicht, wobei zu bemerken ist, daß das Nutzungsrecht ein rein deutschrechtliches ist,

Voll-, Halb-, Dreiviertel- und Viertelmeier entspricht der Eintheilung der Bauern überhaupt⁷⁾. Dasselbe gilt von der Verschiedenheit in Rücksicht auf die Gutsherrn, wonach man Kirchen-, Kloster-, Pfarr-, Cammer- und Bürger- oder Burgmeier unterschied⁸⁾.

II. Der Inhalt des Meierrechts ergibt sich durch Gegenüberstellung der Rechte und Pflichten des Gutsherrn und andererseits des Meiers.

1. Hinsichtlich der Rechte und Pflichten des Gutsherrn ist Folgendes zu bemerken:

- a) Der Gutsherr ist der wahre Eigenthümer des Meiergutes, aber sein Eigenthum ist durch das Nutzungsrecht des Meiers beschränkt. Hieraus ergibt sich, daß
- b) der Consens des Gutsherrn erforderlich ist zu allen Dispositionen des Meiers über die Substanz des Hofes⁹⁾, ja selbst zur Errichtung der nothwendigen Gebäude und zu sonstigen erheblichen Veränderungen¹⁰⁾;
- c) daß der Meierhof zum unbeschränkten Eigenthum an den Gutsherrn zurückfällt, wenn der Meier ohne Erben verstirbt (Heimfallsrecht¹¹⁾), für welchen Fall jedoch verordnet ist, daß der Gutsherr den unbewohnten Hof wieder besetzen und zur Wiederbebauung desselben möglichstst Vorshuß leisten solle¹²⁾.

auf welches der Begriff eines dominium utile nicht ausgedehnt werden kann. Vergl. auch Stobbe, a. a. O.

⁷⁾ S. oben §. 94, Z. 1.

⁸⁾ S. oben §. 94, Z. 3.

⁹⁾ Das Verbot, die Meiergüter ohne guts- und Landesherrliche Genehmigung ganz oder auch nur theilweise zu veräußern, zu verpfänden, zur Aussteuer zu geben oder zu verastermeiern, findet sich bereits in der Verordn. v. 3. April 1593 und ist im Landtagsabsch. vom 3. Juni 1597, Art. 19, Verordn. vom 2. April 1604, vom 29. Mai 1612, der allgem. Landesordn. v. 1647, Art. 30, Amtscammerordn. vom 1. Juli 1688, Art. 92 (Steinacker, Promt. II, 76; vergl. R. Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 42) wiederholt. Ebenjowenig wird der Meier das Gut mit dinglichen Rechten belasten dürfen (vergl. Decr. des L.-G. Wolf. v. 22. Oct. 1840 i. S. v. Strombeck c. Achilles), wenigstens werden sie bei einem etwaigen Heimfall als erloschen anzusehen sein. Vergl. Steinacker, Br. Privatr., S. 497, Note 1. Ebenso entschied i. S. der Braunschm. St. Martinikirche c. Gem. Rödingen die Jurist. Fac. Göttingen im Jahre 1784 (Gesenius, Präj. VIII, 172 ff.), daß ein Meier befugt sei, auch ohne Consens des Gutsherrn das Gut so lange mit Servituten zu belasten, als er oder Personen, die seine facta zu prästiren haben, das Gut besitzen.

Die Frage, ob zur Verpachtung gutsherrlicher Consens nöthig, beantwortet die Landesgesetzgebung nicht. Die Ansicht von Ludewig, De jure clientari, p. 419, not. y, daß nach dem Landtagsabschiede von 1619 die Verpachtung freigegeben sei, kann nicht für richtig gehalten werden. Vergl. Gesenius, a. a. O., II, 386. Vergl. auch oben §. 94, Note 11.

¹⁰⁾ Vergl. Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597, Art. 19.

¹¹⁾ Pfeiffer, Meierrecht, §. 15.

¹²⁾ Die Bestimmung wurde mit der Androhung, daß gegen den zumiderhandelnden Gutsherrn andere Maßregeln ergriffen werden sollten, durch den Landtagsabsch. von 1643 aufgestellt. Gesenius, a. a. O., I, 484 f.

- d) Der Gutsherr hat ferner das Recht auf den Weinkauf, d. i. eine Erkenntlichkeitsgebühr des Meiers sowohl bei der ersten Bemeierung als bei der Wiederbemeierung. Die Größe des Weinkaufes richtet sich meist nach Herkommen oder dem Betrag; jedoch giebt es in deren Ermangelung auch gesetzliche Bestimmungen¹³⁾. Die Nothwendigkeit der Wiederbemeierung tritt alle neun Jahre ein¹⁴⁾, und der Gutsherr wurde schon frühzeitig gesetzlich verpflichtet, die Wiederbemeierung nicht ohne triftige Gründe abzulehnen¹⁵⁾.
- e) Der Gutsherr hat ferner das Recht auf Meierzinsen, die entweder in Naturalien oder in Geld zu entrichten sind¹⁶⁾. Doch ist es ihm verboten, Geldzinsen in Kornzinsen und umgekehrt diese in jene umzuwandeln¹⁷⁾, sowie den Zins zu erhöhen¹⁸⁾. Die Höhe richtet sich nach dem Herkommen¹⁹⁾. Doch soll der Gutsherr verpflichtet sein, dem Meier, welcher durch Mißwachs, Mäusefraß, Hagelschlag und Heereszug Schaden erlitten, an den jährlichen Meierzinsen Remissionen zu ertheilen, falls er von dem Meier in den ersten Tagen des Monats Juli von dem Schaden benachrichtigt ist²⁰⁾. Die

¹³⁾ Das Recht auf Weinkauf ist durch Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597, Art. 19 (Steinacker, Promt. II, 138) ausdrücklich anerkannt. Die Befreiung vom Weinkauf kann durch unordentliche Verjährung erworben werden. Gesenius, Meierrecht II, 259; Erf. d. Justizkanzley Wolf. v. 1805 i. S. Stift S. Blasii c. Schliephale u. Gen. (Gesenius, Präj. XI, 22 f.)

Von den gesetzlichen Bestimmungen über die Höhe des Weinkaufes ist die älteste in der Polizeiordn. v. 1563, welche den Höchstbetrag, ohne Rücksicht auf Größe und Beschaffenheit des Gutes, auf einen Thaler festsetzte. Die Verordnung vom 25. Januar 1597 bestimmte für jede Hufe guten Landes einen und für jede Hufe schlechten Landes zwei Thaler. Der Landtagsabsch. v. 25. Januar 1597 richtete statt dessen drei Classen ein, wonach für jede Hufe ein Thaler bezw. ein halber Thaler bezw. sechs Ogr. gezahlt werden sollten.

¹⁴⁾ Die Polizeiordn. v. 19. Jan. 1563 bestimmte den Zeitraum, nach welchem alle Meier und deren Erben verpflichtet sein sollten, um Wiederbemeierung nachzusuchen, auf sechs Jahre. Der Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597, Art. 19 dehnte die Frist auf neun Jahre aus, was durch Verordn. v. 21. Juni 1703 (Steinacker, Promt. II, 138) bestätigt wurde. Während dieser Meierjahre macht auch ein Todesfall die Erneuerung nicht nöthig, wie dieselben gesetzlichen Bestimmungen anerkennen. Streittig war nur die Gültigkeit dieses Grundsatzes, wenn der neue Meier kein Erbe des alten war. Vergl. hierüber Steinacker, Br. Privatr., S. 491.

¹⁵⁾ Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597 (Steinacker, Promt. II, 134).

¹⁶⁾ Steinacker, Br. Privatr., S. 499, Note 1.

¹⁷⁾ Verordn. v. 9. März 1737 (Steinacker, Promt. I, 281). — Das Recht des Gutsherrn, eine Prästation zu fordern, kann nur durch unvordenkliche Verjährung, das Recht, eine solche zu leisten, nur durch qualificirte Verjährung erworben werden. Steinacker, Br. Privatr., S. 499, Note 2. Vergl. oben §. 52, I.

¹⁸⁾ Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597, Art. 19 (Steinacker, Promt. II, 134).

¹⁹⁾ Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597, Art. 20 (Steinacker, Promt. II, 134); Verordn. v. 9. October 1682; Landtagsabsch. v. 10. October 1682, Art. 16; Amtscammerordn. v. 1. Juli 1688, Art. 97; Verordn. v. 29. Aug. 1718 (Frederksdorff, Promt. II, 469; Steinacker, Promt. II, 148).

²⁰⁾ Schon die Verordn. v. 22. Dec. 1579 bezeichnet diese Pflicht des Gutsherrn zur Ertheilung von Remissionen als alte Sitte (Gesenius, Meierrecht I, 443).

Höhe der Remissionen ist nach Höhe des Schadens zu berechnen, welcher, falls gütliche Einigung nicht zu Stande kommt, unter Leitung der Herzogl. Cammer durch ein Schätzungsverfahren (Wardirung) festgesetzt werden soll²¹⁾. Wegen eines Abgangs, der weniger als ein Drittel des gewöhnlichen Ertrages beträgt, wird keine Remission ertheilt²²⁾. Die Frage, ob und welche Remission ein Gutsherr seinem Meier, wenn dieser durch Feuersbrunst Vermögensverlust erlitten, angedeihen lassen muß, soll niemals im Rechtswege, sondern durch eine Landesfürstl. Commission nach billigem Ermessen entschieden werden²³⁾. Eine Herabsetzung des Meierzinses überhaupt kann von dem Meier nur dann beansprucht werden, wenn das Gut anderenfalls nicht leistungsfähig verbleibt²⁴⁾. Die Herabsetzung erfolgt ebenfalls durch eine Landesfürstliche Commission²⁵⁾. Bezüglich der Verrückung der Meierzinsen gelten heute, falls solche überhaupt noch vorkommen, die Vorschriften über die Zwangsvollstreckung der Reichscivilproceßordnung und das Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung²⁶⁾.

- f) Der Gutsherr hat schließlich in gewissen Fällen²⁷⁾ das Recht der Abmeierung. Die Gründe der Abmeierung sind:

Gesetzliche Bestätigung fand dies Verkommen durch Art. 20 des Landtagsabschiedes v. 3. Juni 1597 (Steinacker, Promt. II, 134).

²¹⁾ Verordn. v. 29. Aug. 1718, desgl. v. 7. Aug. 1775 (Fredericksdorff Promt. II, 469; IV, 246; Steinacker, Promt. II, 144, 148). Diese Bestimmungen bezogen sich zwar zunächst nur auf die Cammermeier, fanden aber nachher analoge Anwendung auf die anderen Meier. — Vordem hatte es an bestimmten Grundsätzen gefehlt. Für den Einzelfall hatten besondere gesetzliche Bestimmungen, die sogenannten Remissionsedict, unter denen die Verordnungen v. 9. Oct. 1682, v. 14. Oct. 1715, v. 28. Aug. 1718, v. 7. Aug. 1775 und v. 7. Oct. 1776 (Steinacker, Promt. II, 144, 150; Fredericksdorff, Promt. II, 469; IV, 245; Schneider, Repert. I, 504 f.) die wichtigsten sind, Fürsorge in dieser Richtung getroffen. Vergl. noch Geseuius, a. a. O., I, 490 ff. und Steinacker, Br. Privatr., S. 502.

²²⁾ Schreiben der Cammer v. 23. April 1779 (Fredericksdorff, Promt. VI, 292; Steinacker, Promt. II, 149).

²³⁾ Verordn. v. 22. Juni 1747 (Steinacker, Promt. II, 145).

²⁴⁾ Verordn. v. 8. Juli 1747 (Steinacker, Promt. II, 146). Siehe hierüber Steinacker, Br. Privatr., S. 504 f.

²⁵⁾ Ueber die Zusammenziehung dieser Commission, sowie über das von derselben zu beobachtende Verfahren traf die Landesf. Anweisung v. 21. November 1747 (Steinacker, Promt. II, 144) nähere Bestimmung, welche in Gemäßheit des Landtagsabschieds v. 9. April 1770 durch Verordnung v. 26. März 1823, Nr. 11 modificirt wurde. — In analoger Anwendung dieser Bestimmungen würde die Commission, wenn dieser Fall noch einmal praktisch werden sollte, durch Herzogl. Staatsministerium zu bestimmen sein, an das sich die Parteien bei Streit mit Anträgen und Vorschlägen zu wenden hätten.

²⁶⁾ Vergl. auch oben §. 90.

²⁷⁾ Die ersten Abmeierungsgründe finden sich in Art. 19 des Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597 zusammengefaßt, wo als solche bereits die oben im Text unter aa) bis cc) aufgeführten bezeichnet werden.

- aa) zwei- oder mehrjährige Säumniß des Meiers in der Entrichtung der Meierzinßen ²⁸⁾;
- bb) Verfügungen des Meiers über das Gut ohne die erforderliche Genehmigung des Gutsherrn ²⁹⁾;
- cc) Verwüstung oder Ausmergelung des Gutes seitens des Meiers ³⁰⁾;
- dd) Säumniß des Meiers im Nachsuchen der Erneuerung des Meierens ³¹⁾.

In allen diesen Fällen kann aber die Abmeierung nur auf erhobene Klage durch richterliches Urtheil ausgesprochen werden ³²⁾. Die rechtskräftige Abmeierung schließt den Meier und dessen Erben schlechthin aus, auch die Ehefrau des Meiers in dem Falle, daß das Meiergut von ihr herrühren sollte ³³⁾. Das Meiergut fällt damit an den Gutsherrn zum unbeschränkten Eigenthum zurück ³⁴⁾. Doch soll er das Gut alsbald wieder mit einem anderen tauglichen Meier besetzen. Gehört das Meiergut mehreren Gutsherrn gemeinschaftlich und können sie sich über die Neubesetzung nicht einigen, so steht dem Gutsherrn, welcher den größten Antheil am Gute hat, dessen Neubesetzung zu ³⁵⁾.

Nicht zu dem eigentlichen Abmeierungsrechte gehört der Anspruch des Gutsherrn, das Gut dem Meier zu entziehen, wenn dies zu seiner eigenen und seiner Familie Nothdurft erforderlich ist ³⁶⁾. Im Falle einer solchen Entziehung ist aber der Gutsherr verbunden, die einmal bestimmten Meierjahre auszuhalten, auf Thomä zu kündigen und das untrennbare Allod dem Meier zu ersetzen ³⁷⁾.

²⁸⁾ Landtagsabsh. v. 3. Juni 1597, Art. 19, f. Note 26. Vergl. auch Landesh. Refcr. vom 14. Sept. 1584 (Steinacker, Promt. II, 134). — Consist.-Refcr. vom 26. Juli 1726 (Fredericksdorff, Promt. IV, 157; Steinacker, a. a. O., II, 137) bezügl. der Kirchen- und Pfarrmeier.

²⁹⁾ Vergl. oben §. 120 bei Noten 17 u. 22; f. auch oben Note 27.

³⁰⁾ Amtscammerordn. v. 1. Juli 1688, Art. 98 (Fredericksdorff, Promt. II, 466; Steinacker, Promt. II, 135; K. Steinacker, Größere Organisationsgef. 370). Vergl. auch oben Note 26.

³¹⁾ Verordn. v. 21. Juni 1703 (Fredericksdorff, Promt. IV, 157; Steinacker, Promt. II, 139). Vergl. auch Gesenius, Meirr. II, 256 u. Steinacker, Br. Privatr., S. 509, Note 7.

³²⁾ Vergl. Steinacker, Br. Privatr., S. 509, Note 6.

³³⁾ Vergl. Steinacker, Br. Privatr., S. 510, Note 8.

³⁴⁾ Vergl. oben §. 1, a u. c. Gegenstand des Rückfalls ist das Gut nebst dem untrennbaren Allod, ohne daß der Meier dafür Ersatz bekäme. Das trennbare Allod verbleibt jedoch dem Meier, indessen kann selbstverständlich der Gutsherr sich wegen seiner etwaigen Erbschaftsprüche erholen.

³⁵⁾ Landtagsabsh. v. 3. Juni 1597, Art. 19 (Steinacker, Promt. II, 133); Verordn. v. 15. Aug. 1707; Landesh. Resolut. v. 28. Nov. 1712; Landschaftl. Privil. v. 9. April 1770, Art. 62 (Fredericksdorff, Promt. II, 468; VII, 156; Steinacker, Promt. II, 136); Scholz III, Zeitschr. f. Landwirtschaftsr. II, Nr. 25.

³⁶⁾ Landtagsabsh. v. 3. Juni 1597, Art. 19 (Steinacker, Promt. II, 134). Scholz III, Abfindung von Bauerngütern, §. 6; vergl. auch oben §. 149, Note 18.

³⁷⁾ Vergl. Note 36. Die Entziehung kann nur durch richterliches Urtheil erfolgen.

g) Das Recht des Gutsherrn auf anderweite Leistungen des Meiers als Meierzinsen, nämlich auf Dienste und Zehnten, ist keine Besonderheit der Meiergüter, sondern des Colonats überhaupt ³⁸⁾.

2. Diesen Rechten und Pflichten des Gutsherrn stehen folgende des Meiers gegenüber:

- a) Der Meier hat an dem Meiergute ein vererbliches, auf selbständige Bewirthschaftung und Verwaltung gerichtetes Nutzungsrecht dinglicher Natur ³⁹⁾.
- b) Zu allen Dispositionen über die Substanz des Gutes bedarf jedoch der Meier des Consenses des Gutsherrn.
- c) Der Meier und dessen Erben sind verpflichtet, alle neun Jahre bei dem Gutsherrn um neue Bemeierung nachzusuchen und für die ertheilte Neubemeierung, welche nur aus ganz triftigen Gründen untersagt werden soll, den Weinkauf zu entrichten ⁴⁰⁾.
- d) Alljährlich hat der Meier dem Gutsherrn Meierzinsen zu entrichten. Bei besonderen Unglücksfällen hat er Anspruch auf Remission ⁴¹⁾.
- e) Handelt er den unter b), c) und d) bezeichneten Pflichten entgegen, so muß er sich die Abmeierung gefallen lassen ⁴²⁾.
- f) Entzieht der Gutsherr dem Meier das Gut wegen eigener Nothdurft, so hat Letzterer Anspruch auf Ersatz wegen des untrennbaren Allods ⁴³⁾.

III. Die Neubegründung von Meiergütern ist seit der Ablösungsordnung vom 20. December 1834 nicht mehr möglich ⁴⁴⁾. Bis dahin entstand das Meierverhältniß durch einen Contract, dessen Verbriefung (Meierbrief) zwar landesgesetzlich vorgeschrieben, aber nicht als wesentliches Requirat angesehen war ⁴⁵⁾. Ueber die Erneuerung des Meierverhältnisses ist schon oben

³⁸⁾ Vergl. hierüber unten §§. 126 ff.

³⁹⁾ Vergl. oben 3. I. Die Früchte erwirbt der Meier ohne Zweifel bereits durch Separation. Vergl. Steinacker, Privatr., S. 498, Note 7; Hagemann, Landwirthschaftsr., Note 7; Struben, De jure villico, cap. III, §. 1 et 2. Im Uebrigen wird der Umfang des Nutzungsrechts — abgesehen von der Unwiderruflichkeit und Vererblichkeit — nach den Grundsätzen eines Nießbrauches beurtheilt werden müssen. Ob der Meier aber den Gebrauch übertragen, z. B. verpachten kann, dürfte, als mit dem Zwecke des Rechtsverhältnisses unvereinbar, zu bezweifeln sein. Vergl. oben Note 9.

⁴⁰⁾ Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597, Art. 19; Verordn. v. 21. Juni 1703 (Steinacker, Promt. II, 138). Die Polizeiordn. v. 19. Jan. 1563 hatte den Zeitraum auf sechs Jahre bestimmt. — Im Uebrigen vergl. oben Noten 13 u. 14.

⁴¹⁾ Vergl. oben bei Noten 17 ff.

⁴²⁾ Vergl. oben bei Noten 27 ff.

⁴³⁾ Vergl. oben bei Note 37.

⁴⁴⁾ Ausdrücklich hat dies allerdings die Ablösungsordnung nicht bestimmt, doch erklärt sie die Neubegründung von Zehnten und Diensten für unzulässig und macht damit auch die Neubegründung eines im Wesentlichen auf solche Leistungen gerichteten Rechtsverhältnisses unmöglich.

⁴⁵⁾ Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597; Verordn. v. 21. Juni 1703 (Steinacker,

die Rede gewesen ⁴⁶⁾. Zur Erhaltung der Wirksamkeit des gutherrlichen Verhältnisses gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs bedarf die in der Eigenschaft des Meierguts liegende Eigenthumsbeschränkung auch jetzt noch der Eintragung im Grundbuche ⁴⁷⁾. Beendigt werden kann das Meierverhältniß ebenfalls durch Löschung im Grundbuche ⁴⁸⁾, überdies durch Abmeierung ⁴⁹⁾ und durch Entziehung in Fällen der eigenen Nothdurft des Gutsherrn ⁵⁰⁾.

§. 125.

Erbzinsgüter.

Die Erbzinsgüter waren im Herzogthum beinahe ebenso häufig als die Meiergüter ¹⁾, bis durch Emanation der Ablösungsordnung der Erbzins für ablösbar erklärt und danach wohl alle ehemaligen Erbzinsgüter in freies Eigenthum umgewandelt wurden ²⁾. Seiner rechtlichen Natur nach ist das Verhältniß der Erbzinsgüter zu ihrem Besitzer ein *dominium utile* ³⁾, welches sich sowohl von dem Rechtsverhältnisse der Meiergüter, wie der Emphyteusen unterscheidet, obwohl es sogar in der Landesgesetzgebung mit letzterem wiederholt verwechselt ist ⁴⁾.

Promt. II, 138). Geseuius, Meierrecht II, 194; Steinacker, Privatr., S. 490, Noten 1 u. 2.

⁴⁶⁾ Vergl. oben bei Noten 13 bis 15.

⁴⁷⁾ §. 18 Br. Ausf. V. G.-B. Die Bestimmung ist aus §. 13 des früheren G.-G. v. 8. März 1878 übernommen auf Grund Art. 59, 63 E. V. G.-B. und §. 83 R.-G.-B.-D. Sie rechnet mit der Möglichkeit, daß es noch Meiergüter im Herzogthume giebt.

⁴⁸⁾ Die Löschung erfolgt, wie jedes eingetragene Recht, auf Grund des Consensprincips nur mit Bewilligung des Berechtigten und auf Antrag des Meiers gemäß §. 29 R.-G.-B.-D.

⁴⁹⁾ Vergl. oben bei Noten 27 ff. u. 43.

⁵⁰⁾ Vergl. oben Noten 36 u. 37.

¹⁾ Steinacker, Br. Privatr., S. 478; Geseuius, Meierrecht II, 130 ff. Auch einzelne im Erbzinsverbande stehende Grundstücke fanden sich, z. B. Erbzinsgärten. Vergl. die Landesf. Verordn. v. 24. Jan. 1696 u. 4. Aug. 1734 (Schneider, Repert. II, 395 ff.).

²⁾ §§. 5 ff., 1. c. Erbzinsmühlen finden sich dagegen auch jetzt noch vereinzelt im Herzogthum. Auch sonst ist grundsätzlich die Existenz von Erbzinsgütern möglich und nur die Neubegründung solcher durch die Ablösungsordnung ausgeschlossen. Im Uebrigen aber erhält nicht nur Art. 184 E. V. G.-B. die landesgesetzliche Bestimmung über bestehende Güter dieser Art aufrecht, sondern auch Art. 63 macht einen entsprechenden Vorbehalt. Der §. 18 Br. Ausf. R.-G.-B.-D. rechnet daher noch fortwährend mit der Möglichkeit der Existenz von Erbzinsgütern.

³⁾ Vergl. Verordn. v. 9. März 1737 (Frederksdorff, Promt. I, 230); Woltered, Kurzer Begriff, S. 317; Steinacker, Br. Privatr., S. 478, Note 3; Scholz III, Abfindungen, S. 10.

⁴⁾ Z. B. in dem Landesf. Rescr. an die Cammer zu Blantenburg v. 11. Oct. 1783 (Frederksdorff, Promt. VI, 106; Steinacker, Promt. I, 280), wo beide Benennungen abwechselnd als gleichbedeutend gebraucht werden. Die Kirchenordn. v. 1709, Cap. XX, §. 5 unterscheidet zwischen Emphyteusis und Erbzins, indem sie beide Arten der Verleihung verbietet. Im Uebrigen erklärt sich die Verwechselung

Von dem Meierrechte unterscheidet sich das Verhältniß des Erbzinsgutes folgendermaßen:

1. Der Erbzinsmann hat nicht bloß ein erbliches Nutzungsrecht, sondern ein darüber hinausgehendes dominium utile ⁵⁾).
2. Der Erbzins ist regelmäßig geringer als der Meierzins, darf im Uebrigen aber ebensowenig willkürlich erhöht werden, wie dieser ⁶⁾).
3. Die Abmeierungsgründe fehlen gänzlich ⁷⁾).
4. Die Dienstpflicht der Erbzinsgüter fehlt häufig, aber keineswegs regelmäßig ⁸⁾).

Von der Emphyteuse unterscheidet sich andererseits das Erbzinsgut folgendermaßen:

1. Der Erbzinsmann hat ein wirkliches dominium utile ⁹⁾).
2. Der Erbzinsmann darf ohne Consens des Guts Herrn das Gut weder ganz noch theilweise veräußern, verpfänden, und zur Aussteuer geben oder als Brautschatz einbringen. Diese Genehmigung soll binnen drei Monaten eingeholt werden und darf ohne erhebliche Ursache nicht versagt werden ¹⁰⁾).
3. Sowohl bei kirchlichen als weltlichen Erbzinsgütern muß, so oft ein Sterbefall des Erbzinsmannes eintritt, von den Erben desselben, bei Strafe des Verlustes des Erbzinsrechts, binnen der nächsten drei

und Identificirung der Erbzinsgüter mit der Emphyteuse hauptsächlich aus dem Bestreben, nach Reception des römischen Rechts dessen Sätze auf die bestehenden deutschen Institute ähnlicher Art zur Anwendung zu bringen bezw. ihnen anzupassen. Vergl. auch Steinacker, Privatr., S. 479, Note 4.

⁵⁾ Vergl. Note 4. Dieser Begriff ist allerdings vielfach von den Romanisten verworfen (v. Bangerow, Pand. I, §. 302; Windscheid, Pand. I, §. 169 a bei Note 9; Dernburg, Pand. I, §. 258 bei Note 14), aber von den Germanisten in deutsch-rechtlichen Verhältnissen noch festgehalten (Mittermaier, Privatr. I, §. 156; Stobbe, Privatr. II, §. 80). Der praktische Unterschied von dem Nutzungsrechte des Meiers liegt darin, daß der Erbzinsmann die Substanz ohne Consens verändern, namentlich auch Baulichkeiten errichten lassen kann. Vergl. jedoch unten bei Note 10.

⁶⁾ Steinacker, Privatr., S. 479, 1. Landesf. Rescr. v. 16. Juli 1751 vergl. mit Verordn. v. 9. März 1737 (Steinacker, Promt. I, 280 ff.).

⁷⁾ Dafür giebt es jedoch Privationsgründe; s. unten bei Note 12 ff.

⁸⁾ Vergl. Struben, De jure villico, cap. II, §. 4.

⁹⁾ Vergl. oben Note 5. Häufig wird allerdings auch dem Emphyteuta ein dominium utile zugeschrieben.

¹⁰⁾ Verordn. v. 3. April 1593; desgl. v. 2. April 1604; desgl. v. 29. Mai 1612; Landtagsabsch. v. 27. Jan. 1619, Art. 10; Allgem. Landesordn., Art. 30; Verordn. v. 15. Dec. 1704 (Steinacker, Promt. I, 280; II, 76).

In Ermangelung einer entgegenstehenden letztwilligen Verfügung wurde das Erbzinsrecht auf alle Intestaterben vererbt, und es haben dabei die Leibeserben des ersten Erwerbers vor anderen Miterben, mithin auch vor der Ehefrau, keinen Vorzug. Erf. d. O.-R.-G. Wolf. v. 10. Sept. 1824 i. S. Maß c. Borg.

Monate bei dem Erbzinsherrn *renovatio investiturae* nachgesucht werden ¹¹⁾).

4. Von den Privationsstrafen der *Emphyteusis* gilt nur die wegen Nichtzahlung des jährlichen *canon* ¹²⁾. Und zwar wird zweijähriger Rückstand, bei den vor Wolfenbüttel gelegenen Erbzinsgärten sogar nur einjähriger Rückstand erfordert ¹³⁾. Neue Privationsstrafen sind: Versäumniß des Nachsuchens der Investitur ¹⁴⁾ und des gutsherrlichen Consenses ¹⁵⁾.
5. Gesehlich ist verboten, in dem Erbzinnsbriefe, der jedem Erbzinnsmanne nur einmal ausgestellt wird, neue Bedingungen aufzunehmen, insbesondere Zins oder *laudemium* zu erhöhen ¹⁶⁾.

Von dem Rechtsverhältnisse der *Emphyteuse* auf die Erbzinsgüter geradezu übergegangen sind die Bestimmungen, daß

1. dem Erbzinsherrn ein Vorkaufsrecht zusteht ¹⁷⁾,
2. demselben in der Regel zwei Procent des Kaufpreises als *laudemium* zufällt, wenn er von seinem Vorkaufsrechte keinen Gebrauch macht ¹⁸⁾.

¹¹⁾ Verordn. v. 15. Dec. 1704; Landesf. Rescr. v. 16. Juli 1751 (Fredericksdorff, Promt. VI, 105; Steinacker, Promt. I, 279).

¹²⁾ Verordn. v. 15. Dec. 1704 (Steinacker, Promt. I, 280). Der Verlust soll danach ipso jure eintreten. Die Execution wird jedoch nur auf Grund eines Urtheils oder eines anderen geeigneten Titels möglich, allerdings auf den Zeitpunkt des Eintritts der Privation zurückbezüglich sein. Ueber die entsprechende Vorschrift bei der *Emphyteusis* s. l. 2, Cod. de jure emphyt. 4, 66, nov. 7 c. 2, §. 3.

¹³⁾ Verordn. v. 24. Jan. 1696 u. v. 4. Aug. 1734 (Fredericksdorff, Promt. I, 229; Steinacker, Promt. I, 279).

¹⁴⁾ Vergl. oben Note 10.

¹⁵⁾ Vergl. das.

¹⁶⁾ Verordn. v. 9. März 1737 (Fredericksdorff, Promt. I, 230; Steinacker, Promt. I, 281). — Der Erbzinsherr ist daher verbunden, die Verpflichtungen, welche er in dem ersten Erbzinnsbriefe übernommen hat und die dem anderen Contrahenten daraus entspringenden Rechte, wenn nicht durch spätere Verträge ein anderes Regulativ getroffen ist, jedem folgenden Erbzinnsmanne zu erfüllen, und er darf sich einseitig bei Ausfertigung späterer Erbzinnsbriefe dieser Verpflichtung nicht entziehen. Erf. d. O.-L.-G. Wolf. v. 17. Dec. 1837 i. S. Fischer c. Cammer. Ueber das *laudemium* des particularen Rechts nach dem Inkrafttreten des B. G.-B. vergl. noch Endemann, Lehrbuch d. bürgerl. R. II, §. 110, 4.

¹⁷⁾ Landesf. Rescr. v. 11. Oct. 1783 (Fredericksdorff, Promt. IV, 106; Steinacker, Promt. I, 280). Ueber die Ausübung dieses Rechts muß sich der Erbzinsherr bei Verlust innerhalb zwei Monaten nach Anzeige erklären. Landesf. Circ.-Rescr. v. 17. Dec. 1827 (Ges.- u. Verordnungsbl. de 1828, Nr. 1).

¹⁸⁾ Landesf. Rescr. v. 24. Dec. 1797 in Verbindung mit dem Landesf. Rescr. v. 16. Juli 1751 (Fredericksdorff, Promt. VII, 145; Steinacker, Promt. I, 280). — Vergl. Bége, Repert. I, 35. Ueber das *laudemium* im Allgemeinen und seine Bedeutung unter dem B. G.-B. vergl. noch Endemann, a. a. O.

Zweiter Abschnitt.

Die bäuerlichen Lasten.

§. 126.

Allgemeines.

Wie bereits an anderer Stelle hervorgehoben, bildeten das charakteristische Kennzeichen der Bauerngüter die auf demselben ruhenden bäuerlichen Lasten¹⁾. Die verschiedenen Arten dieser bäuerlichen Lasten fanden sich jedoch nicht bei jedem Bauerngute, vielmehr gab es manche Bauerngüter, die nur mit der einen, manche, die nur mit der anderen Art von Lasten beschwert waren. Andererseits zählten diejenigen Höfe, welche von vornherein ohne alle bäuerlichen Lasten waren, zu den Seltenheiten.

Demgemäß lastete auch auf den freien Bauerngütern regelmäßig der sogenannte Grundzins²⁾, eine feste, in bestimmten Perioden zu entrichtende Abgabe, welche bei diesen freien Stellen nur in recognitionem dominii directi³⁾, sonst aber als eine Art locarium in Folge des gutherrlichen Abhängigkeitsverhältnisses gezahlt werden mußte⁴⁾. Seinem Inhalte nach bestand der Grundzins in der Verpflichtung zur Entrichtung entweder einer bestimmten Geldsumme oder einer bestimmten Menge von Früchten oder Thieren⁵⁾. Seiner Rechtsnatur nach ist der Grundzins eine Reallast und daher den Grundsätzen derselben unterworfen⁶⁾. Die Ablösungsordnung hat den Grundzins für ablösbar erklärt. Ueber die particularrechtlichen Bestimmungen hinsichtlich des Meier- und des Erbzinses ist bereits in den beiden vorhergehenden Paragraphen gesprochen worden.

Wenn der Zins nicht in der Verpflichtung zur Leistung einer bestimmten Geldsumme oder einer bestimmten Menge von Früchten, sondern in der Verpflichtung zur Leistung einer bestimmten Quote der geernteten Früchte oder gezüchteten Thiere besteht, so nennt man ihn Zehnten⁷⁾. Während der Grundzins sowohl bei freien Bauerngütern, wie bei Colonatgütern vorkommt, bildeten die Zehnten eine regelmäßig nur auf den letzteren ruhende Last⁸⁾.

¹⁾ S. oben §. 94. — Nicht hierher gehören die öffentlich-rechtlichen und die aus dem Gemeindeverbande entspringenden Reallasten, deren häufiges Vorkommen bei den Bauerngütern nicht mit der rechtlichen Besonderheit derselben zusammenhängt, sondern zufällig ist. Vergl. hierüber oben §. 79.

²⁾ Vergl. im Allgemeinen Hagemann, Landwirtschaftsr., §§. 251 bis 256 und Endemann, Lehrbuch d. bürgerl. R. II, §. 110, 1 über die particulare „Grundrente“.

³⁾ Vergl. oben §. 94. S. auch Scholz III, Abfindungen, S. 11.

⁴⁾ S. oben §. 94.

⁵⁾ Vergl. Hagemann, a. a. O., insbesondere §. 253.

⁶⁾ S. oben §§. 79 f.

⁷⁾ Hagemann, a. a. O., §. 257.

⁸⁾ Hagemann, a. a. O., §. 110.

Dasselbe gilt von der Verpflichtung zur Leistung von Diensten⁹⁾. Beide Arten von Lasten sind im Allgemeinen nach den Grundsätzen über Reallasten zu beurtheilen¹⁰⁾. Die Ablösungsordnung vom 20. December 1834 hat alle Häuslingsdienste schlechthin aufgehoben¹¹⁾, die übrigen Dienste und die Zehnten aber für ablösbar erklärt¹²⁾. Neue Dienste und Zehnten dürfen nicht begründet werden¹³⁾. Sie werden deshalb kaum mehr als eine historische Bedeutung besitzen.

§. 127.

Dienste.

1. Die Pflicht der Colonatbesitzer, dem Gutsherrn persönliche Dienste zu leisten, ist theils aus dem gutsherrlichen Vogteiverhältniß, theils aus der ehemaligen Unfreiheit der Bauern, theils aus Verträgen hervorgegangen¹⁾. Als Reallast ist die Dienstpflicht regelmäßig mit einem Colonatgute verknüpft und nur bei den Brennholzfuhrn für die Hofstätten und Magazine stützt sich die Verpflichtung auf das Halten von Zugpferden²⁾. Wer die Existenz einer Dienstpflicht oder die Erweiterung derselben behauptet, hat den Beweis dafür zu erbringen³⁾.

2. Ihrer Art nach unterscheidet man folgende Dienste:

- a) die Dienste, die der Herzoglichen Cammer, und die Dienste, die an Privatpersonen zu leisten sind⁴⁾;
- b) Spann- und Handdienste⁵⁾;
- c) gemessene und ungemessene Dienste, je nachdem dieselben nach Art, Zeit, Ort und Zahl der Leistungen bestimmt sind oder nicht⁶⁾;
- d) ordentliche und außerordentliche Dienste.

⁹⁾ Die publicistischen und Gemeindedienste sind keine Eigenthümlichkeiten der Bauerngüter und deshalb nicht hierher zu zählen. S. oben §. 79.

¹⁰⁾ S. oben §§. 79 f.

¹¹⁾ §. 85, l. c.

¹²⁾ §. 5, l. c. Mit erfolgter Ablösung sind nach demselben Gesetz die Colonatgüter frei vom gutsherrlichen Abhängigkeitsverhältniß und damit überhaupt freies Eigenthum.

¹³⁾ §. 6, l. c.

¹⁾ Vergl. Steinacker, Br. Privatr., S. 511, Noten 2 u. 3; Geisenius, Meierrecht I, 253.

²⁾ Vergl. Steinacker, a. a. O., §. 228, Noten 2 u. 3. — Bis zur Ablösungsordn. v. 20. Dec. 1834 kamen außerdem auch noch persönliche Häuslingsdienste vor. Vergl. oben §. 126 bei Note 11 und unten Note 7.

³⁾ Landtagsabsch. v. 9. April 1770, Art. 58 (Steinacker, Promt. I, 254). Eine Ausnahme von dieser Beweislast tritt nur ein, insoweit eine gesetzliche Präsomption für das Bestehen der Reallast streitet, wie z. B. rücksichtlich der Holzfuhrn für die Hofstätten und Magazine. Cammerrechr. v. 28. November 1828 (Bege, Repert. II, 186).

⁴⁾ Steinacker, Br. Privatr., S. 513.

⁵⁾ Die ersteren waren durch ein mit zwei Pferden bespanntes Fuhrwerk zu leisten. Vergl. auch Steinacker, a. a. O., S. 514.

⁶⁾ In jeder Beziehung ungemessene Dienste kommen überhaupt nicht vor. Vergl. Steinacker, Br. Privatr., S. 514.

Die ordentlichen Dienste sind stets auch gemessene und bestehen bei den Cammerbauern der Regel nach wöchentlich für Ackerleute oder Vollmeier in zwei, für Halbspänner oder Halbmeier in einem Spanndienstage, für die Rothsassen in zwei und für die Anbauer oder Brinkfeger in einem Handdienstage⁷⁾. Bei den Leistungen der außerordentlichen Dienste sollen die Pflichtigen so lange mit dem ordentlichen Dienste verschont bleiben⁸⁾. Von den außerordentlichen Diensten sind die Erntedienste⁹⁾, Reisefuhren¹⁰⁾, Seufuhren, Hufezahlpflügen und dergleichen Verrichtungen¹¹⁾, ferner Burgfesten¹²⁾, Waasenfuhren nach Salzbadlum, Leinwandweben, Flachschwingen, Spinnen, Kräuterlesen, Brieftragen und andere Arbeiten ähnlicher Art¹³⁾, ferner Hofdienste, insbesondere als Vorspann¹⁴⁾, weiter die schon erwähnten Brennholz-fuhren¹⁵⁾ und schließlich die Jagddienste¹⁶⁾ hervorzuheben.

3. Der Dienstberechtigte kann die Dienste nur auf die bestimmte Weise fordern und darf sie nicht mißbrauchen¹⁷⁾, insbesondere nicht zur Saat- oder Erntezeit aufsummen lassen¹⁸⁾. Stets muß der Dienstberechtigte später-

⁷⁾ Verordn. v. 5. Dec. 1722, §. 1 (Frederdsdorff, Promt. VII, 59; Steinacker, Promt. I, 244). Die Häuslinge hatten nur einen halben Tag Handdienste zu leisten. Vergl. aber oben §. 126 bei Note 11. — In dem vormalig hannoverschen Amte Campen (vergl. oben §. 3, Note 22) ist es hinsichtlich der Bestimmungen über den Umfang der ordentlichen Dienste bei dem von den gesetzlichen Vorschriften vielfach abweichenden Herkommen geblieben. Steinacker, Br. Privatr., S. 515, Note 6.

⁸⁾ Verordn. v. 5. Dec. 1722, §. 3 (Frederdsdorff, Promt. VII, 59; Steinacker, Promt. I, 244).

⁹⁾ Diese Dienste sind nur zur Erntezeit zu leisten.

¹⁰⁾ Die Reisefuhren sind nicht lediglich zum Transport von Personen, sondern auch beispielsweise zur Beförderung von Korn zu leisten. Steinacker, Br. Privatr., S. 515, Note 9.

¹¹⁾ Vergl. Steinacker, a. a. O., S. 515, Z. 2. — Diese Dienste werden auch wohl Ackerfrohn genannt.

¹²⁾ Burgfesten, auch Baudienste oder Bausfrohn genannt, beziehen sich — im Gegensatz zu den Ackerfrohn (Note 11) — auf die Pflicht zu Dienstleistungen zwecks Instandhaltung, oft auch zwecks Abbruches oder Aufbaues der gutherrlichen Gebäude im engeren und weiteren Sinne. Vergl. Hagemann, Landwirthschaftschr., S. 442 f. — S. auch Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597, Art. 2 u. v. 27. Jan. 1619, Art. 18 (Steinacker, Promt. I, 153).

¹³⁾ Vergl. Steinacker, Br. Privatr., S. 515, 4. S. auch Landtagsabsch. v. 5. Juni 1597, Art. 3 u. 8 (Steinacker, Promt. I, 242).

¹⁴⁾ Steinacker, a. a. O., S. 515, 5.

¹⁵⁾ S. oben bei Note 2.

¹⁶⁾ Hierzu sind regelmäßig nur die Cammerbauern verpflichtet; für die übrigen Bauern freisetzt eine praesumptio libertatis. Vergl. Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597, Art. 6, desgl. v. 9. April 1770, Art. 53 (Steinacker, Promt. I, 476).

¹⁷⁾ Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597, Art. 1 u. 8 und von 1619, Art. 17 (R. Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 6, 10 u. 46). Eine ganze Reihe von Verordnungen bezweckt im Einzelnen die Verhütung des Mißbrauchs der Dienste, so namentlich die Verordn. v. 22. Februar 1656, v. 6. Mai 1667 (Steinacker, Promt. I, 241 ff.) und v. 13. Juli 1786 (Frederdsdorff, Promt. VI, 365).

¹⁸⁾ Amtscammerordn. v. 1. Juli 1688, Art. 29 (R. Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 342), Verordn. v. 5. Dec. 1722, §§. 1 u. 4 (Frederdsdorff, Promt. VII, 59; Steinacker, Promt. I, 241 ff.).

stens am Tage vorher dem Pflchtigen ansagen lassen, daß er die Dienste in Anspruch nehmen will¹⁹⁾. Bei Collision zwischen mehreren Dienstberechtigten geht derjenige vor, welcher die frühere Aufforderung zur Leistung ergehen ließ²⁰⁾. Wenn neben der Cammer ein Privatgut dienstberechtigt ist, soll eine solche verhältnißmäßige Gleichheit beobachtet werden, daß die Privatsdienstherren in ihren Rechten keine Beeinträchtigung erleiden²¹⁾. Die dem Landesfürsten reservirten Dienste der Cammerbauern dürfen von dem Pächter der betreffenden Domäne — von dringenden Fällen abgesehen — nur auf Landesherrlichen Befehl in Anspruch genommen werden²²⁾. Der Dienstberechtigte — abgesehen von dem Domänenpächter — darf die Dienstrechte verpachten oder sonst übertragen, insofern der Pflchtige dadurch nicht mehr als bisher belastet wird²³⁾. Diejenigen, denen solche Dienste verpachtet oder sonst überlassen sind, dürfen dieselben nur ordnungsmäßig ausnützen²⁴⁾. Die Herzogliche Cammer sowohl als die Eigenthümer der dienstberechtigten Privatgüter dürfen die Dienste in eine Geldprästition verwandeln²⁵⁾. Den Pflchtigen steht die Umwandlung einseitig nicht zu, wohl aber der Anspruch auf Ablösung²⁶⁾.

4. Was die Leistung der Dienste durch den Dienstpflichtigen anlangt, so müssen dazu taugliche Personen gestellt werden²⁷⁾. Sofern es sich nicht um Verrichtung bestimmter Arbeiten handelt, währt die Arbeitszeit bei ordentlichen Diensten in den Monaten April bis September einschließlich von 5 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, sonst von 7 Uhr Morgens bis 4 Uhr Abends, wobei jedoch im ersteren Falle zwei, im letzteren eine Ruhestunde zu gewähren ist²⁸⁾. Der Dienstpflichtige muß alle nöthigen Geschirre und Werkzeuge im tauglichen Zustande mitbringen²⁹⁾. Die Dienstfuhrn brauchen nur

¹⁹⁾ Verordn. v. 5. Dec. 1722, §. 8 (Fredericksdorff, Promt. VII, 59; Steinacker, Promt. I, 245).

²⁰⁾ Landtagsabsch. v. 27. Jan. 1619, Art. 17 (R. Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 46; Steinacker, Promt. I, 242).

²¹⁾ Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597, Art. 1 (R. Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 6; Steinacker, Promt. I, 242).

²²⁾ Verordn. v. 13. Juli 1786 u. Landesf. Rescr. von demselben Tage (Fredericksdorff, Promt. VII, 398; Steinacker, Promt. I, 249 f.).

²³⁾ Verordn. v. 26. April 1770, 23. Juli 1797 u. v. 5. Dec. 1722, 13. Juli 1786, §. 1 (Steinacker, Promt. I, 245 ff.; Fredericksdorff, Promt. VII, 59).

²⁴⁾ Verordn. v. 5. Dec. 1722, §§. 2, 4; Verordn. v. 13. Juli 1786, §. 2 (Fredericksdorff, Promt. VII, 59, 398; Steinacker, Promt. I, 244 ff.).

²⁵⁾ Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597, Art. 1 (Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 6); Verordn. v. 5. Dec. 1722, §. 5, v. 8. Oct. 1767, v. 26. April 1770 (Fredericksdorff, Promt. VII, 58; Steinacker, Promt. I, 249).

²⁶⁾ Vergl. Note 25. — Der Pflchtige kann sich nicht einmal auf einfache Verjährung berufen, wenn er die Verjährungszeit hindurch statt der Dienste Dienstgelber gezahlt hat. Verordn. v. 28. Juni 1702, Art. 11, v. 8. Oct. 1767 (Steinacker, Promt. I, 242 ff.).

²⁷⁾ Allgem. Landesordn. v. 1647, Art. 34 (Steinacker, Größere Organisationsgef., S. 67) u. Verordn. v. 5. Dec. 1722. Vergl. Note 24.

²⁸⁾ S. Note 27.

²⁹⁾ Verordn. v. 5. Dec. 1722, §. 10 (Fredericksdorff, Promt. VII, 60; Steinacker, Promt. I, 246).

so weit geleistet zu werden, daß der Ort der Bestimmung in einem Tage erreicht werden kann³⁰⁾. Die Spanndienste sind in der Regel mit vier Pferden oder doch wenigstens nicht mit schlechterem Gespanne zu leisten, als der Pflichtige selbst bei seiner Arbeit gebraucht³¹⁾. Im Falle die angesetzten Dienste nicht gebraucht werden sollen, müssen sie rechtzeitig abbestellt oder Ersatz für die Versäumniß bezahlt werden³²⁾.

5. Als Gegenleistung seitens des Dienstberechtigten ist in gewissen Fällen eine Geldvergütung, Dienstgeld, hergebracht³³⁾. Daneben wird gewöhnlich auch die Verpflichtung des Dienstberechtigten zur Verabreichung sogenannter Proben, welche meist in Naturalien bestehen, anerkannt³⁴⁾.

6. Der schon früher sehr eingeschränkte Dienstzwang³⁵⁾ ist durch die neueren Proceßgesetze gänzlich in Wegfall gekommen³⁶⁾.

§. 128.

Zehnten.

Die Zehntpflcht hat dieselbe Entstehungsursache, wie die Verpflichtung zur Leistung von bäuerlichen Diensten¹⁾. Als Reallast ist sie stets mit dem Besitze eines pflichtigen Hofes verknüpft. Man unterscheidet Fruchtzehnten, wenn die Naturalien in Früchten, welche der Grund und Boden trägt, gegeben werden müssen, und Blutzehnten, wenn die Naturalien in den durch die Landwirthschaft gewonnenen Thieren bestehen²⁾. Ueber die sogenannten Blutzehnten, obwohl sie im Herzogthum nicht selten waren, bestehen keine particularrechtliche Bestimmungen, vielmehr gelten für sie ausschließlich, wie auch sonst für die Zehnten subsidiär, die Grundsätze des gemeinen Rechts³⁾. Die Verpflichtung zur Leistung von Fruchtzehnten ist jedoch verschiedentlich und eingehend durch die particulare Gesetzgebung geregelt⁴⁾.

³⁰⁾ Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597.

³¹⁾ Verordn. v. 5. Dec. 1722, §§. 11, 13 (Steinacker, a. a. O.; Fredericksdorff, a. a. O.).

³²⁾ Ebendaß., §. 15.

³³⁾ Vergl. Steinacker, Br. Privatr., S. 523.

³⁴⁾ Steinacker, a. a. O.

³⁵⁾ Verordn. v. 5. Dec. 1722 und v. 19. Febr. 1814, §. 12.

³⁶⁾ Heutzutage würden Dienste, wenn dieser Fall noch praktisch werden würde, nur auf Grund eines zur Zwangsvollstreckung geeigneten Titels und nach Maßgabe von §. 887 d. R.-Civ.-Pr.-O. beigetrieben werden können.

¹⁾ Vergl. oben §. 127 bei Note 1.

²⁾ Steinacker, Br. Privatr., S. 325, insbesondere Note 1; Hagemann, Landwirthschaftsrr., §§. 258 f.

³⁾ Vergl. Hagemann, Landwirthschaftsrr., a. a. O. — Hierher gehört auch die Frage nach dem Umfange der Zehntpflcht. Gemeinrechtlich besteht sie in der Verpflichtung zur Leistung des zehnten Theiles der geernteten Früchte bezw. des zehnten Thierjungen, während Vertrag oder Herkommen vielfach eine andere Quote festgesetzt hat.

⁴⁾ Die erste umfassendere Landesverordnung über das Zehntrecht erschien am 15. Juli 1564 unter Herzog Heinrich dem Jüngeren. Seitdem beschäftigte sich die

In dieser Beziehung sind folgende Vorschriften bemerkenswerth.

1. Ueber die einzelnen Arten der Zehnten trifft die Landesgesetzgebung nachstehende Bestimmungen:

- a) Rott-, Noval- oder Neubruchzehnten, welche früher für jedes urbar gemachte Grundstück entweder dem Landesfürsten oder dem Grundeigenthümer von dem cultivirenden Bauern geleistet werden mußten⁵⁾, sind bereits durch die Gemeintheilungsordnung aufgehoben⁶⁾.
- b) Der Brachzehnten sollte nach älteren Gesetzen⁷⁾ nur von solchen Früchten entrichtet werden, bei welchen das Land bei der Besamung mit der Egge bestrichen wird. Die spätere Landesgesetzgebung hat indessen dieses Erkennungszeichen der Zehntpflichtigkeit nicht beibehalten, vielmehr ganz allgemein bestimmt, daß von jeder Art der in der Brache bestellten Gewächse und Früchte, namentlich von Flachs, Rüben, Rübsaat, Kohl und allem grün abzuschneidenden Futterkraute, wenn nicht eine andere Obervanz entgegensteht, der Zehnten geleistet werden soll⁸⁾ und daß der Zehntpflichtige sich gegen die Forderung des Brachzehntens nur durch unvordenkliche Verjährung schützen könne⁹⁾. Hinsichtlich des Tabaks ist die Naturalziehung des Zehntens gänzlich untersagt und statt dessen ein Geldäquivalent gesetzt¹⁰⁾. Hinsichtlich der Futterkräuter ist wenigstens seitens des Landesherrn die Erwartung ausgesprochen, daß sich die Berechtigten mit einem Geldäquivalent begnügen¹¹⁾.

Gesetzgebung mit dem Zehntrecht so angelegentlich, daß es von Zeit zu Zeit erforderlich erschien, die darauf bezüglichen Verordnungen zusammenzustellen. Solche Sammlungen, die auch wohl als besondere Zehntordnungen bezeichnet werden, erschienen beispielsweise unterm 16. Juli 1695, unterm 16. Aug. 1709 und 13. Mai 1763. Eine specielle Ordnung bezüglich des sogen. Abzehntens erfolgte unterm 17. Juni 1715 (vergl. Steinacker, Br. Privatr., S. 526).

⁵⁾ Der Landtagsabsch. v. 10. Oct. 1601, Art. 15 bestimmte, daß der Rottzehnten dem Grundeigenthümer, die Allgem. Landesordn. v. 1647, Art. 52 und die Amtscammerordn. v. 1. Juli 1688, sowie die Verordn. v. 13. August 1750, daß derselbe dem Landesfürsten zustehet, während die letzte derartige Bestimmung, nämlich Art. 73 d. landsschaffl. Privil. v. 9. April 1770 den Grundeigenthümer für berechtigt erklärt (Frederksdorff, Promt. I, 39, 120; II, 552; V, 18; Steinacker, Promt. I, 20, 124; II, 299).

⁶⁾ Gem.-Theil.-Ordn. v. 20. Dec. 1834, §. 188.

⁷⁾ Insbesondere noch Art. 52 d. Allgem. Landesordn. v. 1647 (Steinacker, Promt. I, 124).

⁸⁾ Verordn. v. 2. Aug. 1703; Fürstl. Decl. v. 20. Jan. 1744; desgl. v. 26. Nov. 1756 (Frederksdorff, Promt. I, 119; V, 254; Steinacker, Promt. I, 124).

⁹⁾ Decl. v. 27. Jan. 1756 (Frederksdorff, Promt. V, 254; Steinacker, Promt. I, 125).

¹⁰⁾ Landesf. Rescr. v. 14. Sept. 1778 (Frederksdorff, Promt. V, 257; Steinacker, Promt. II, 519). Daß diesem Rescripte Gesetzeskraft innewohnt, steht zu bezweifeln. Steinacker, Privatr., S. 528, Note 10.

¹¹⁾ Landesf. Circ.-Rescr. v. 2. März 1802 (Frederksdorff, Promt. VII, 81; Steinacker, Promt. I, 355).

c) Streuzehnten¹²⁾ kommen nur im Amte Theedinghausen vor¹³⁾. In dieser Beziehung ist bestimmt, daß der Zehntpflichtige, sobald das Korn aufgebracht ist, solches dem Zehntherrn anzeigen und dann wenigstens noch einen halben Tag mit dem Abfahren warten solle, damit der Berechtigte zum Einziehen des Zehnten Zeit behält. Erst nach Ablauf dieser Frist darf der Pflichtige den Zehnten selbst aussetzen und die Früchte abfahren. Das Vieh darf jedoch erst zwei Tage später auf die Stoppel gelassen werden¹⁴⁾.

2. Hinsichtlich des Ziehens der Zehnten ist bestimmt, daß das Auszehnten durch beedigte Zehntmahler geschehen solle, welche von dem Zehntherrn bestellt und belohnt werden. Dieselben sind für den Schaden verantwortlich, der durch Verzögerung beim Aussetzen des Zehntens entsteht. Vor geschehener Ausmahlung darf der Zehntpflichtige kein Getreide vom Acker wegbringen¹⁵⁾. Es sollen auf zehntpflichtige Aecker nur solche Stiegen oder Haufen gesetzt werden, die zehn oder zwanzig Garben halten, und größere Stiegen sollen als ungeseglich dem Zehntherrn zufallen. Von den Garben, welche unabichtlich am Ende des Ackers übrig bleiben, bekommt der Zehnherr eine Garbe, wenn es mehr als fünf sind. Die absichtlich am Ende eines Ackers übrig gelassenen Garben fallen alle ohne Weiteres dem Zehntherrn zu¹⁶⁾.

Ursprünglich mußte das gesammte Korn einerlei Art in der ganzen Feldmark gemäht und in Stiegen gesetzt sein, bevor der Zehnherr verpflichtet war, mit dem Zehntzuge zu verfahren¹⁷⁾. Nach der allgemeinen Landes- und Feldmarkvermessung¹⁸⁾ im Herzogthume wurde verordnet, daß der Zehnherr schon dann verpflichtet sein soll, den Zehnten zu ziehen, wenn ihm von dem Zehntpflichtigen angezeigt worden war, daß das gesammte Korn derselben Art oder auch nur zwei Drittel in einer Wanne abgemähet und in Stiegen gesetzt sei. Das mit diesem Zeitpunkte von Einzelnen noch nicht in Stiegen gesetzte Korn¹⁹⁾ muß von diesen dem Zehntherrn in die Zehntscheuer gefahren

¹²⁾ Vergl. hierüber Hagemann, Landwirthschaftsr., S. 262.

¹³⁾ Steinacker, Br. Privatr., S. 528.

¹⁴⁾ Verordn. v. 7. Oct. 1776 (Frederksdorff, Promt. V, 95; Steinacker, Promt. II, 369; Schneider, Repert. I, 527 f.).

¹⁵⁾ Allgem. Landesordn. v. 1647, Art. 48 bis 50 (Steinacker, Promt. II, 516).

¹⁶⁾ Verordn. v. 16. Juli 1695 (Frederksdorff, Promt. II, 695; Steinacker, Promt. II, 517).

¹⁷⁾ Steinacker, Br. Privatr., S. 529.

¹⁸⁾ Diese Vermessungen wurden zwar schon durch Landtagsabsch. v. 22. Nov. 1643, Art. 7 in Aussicht gestellt, kamen aber erst seit dem Jahre 1744 zur Ausführung. Das Resultat wurde in den sogen. „Dorf- und Feldbeschreibungen“ niedergelegt. Diese Vermessungen hatten nicht nur den Zweck, Grenzen zu reguliren und Grundlage für die Besteuerung abzugeben, sondern auch — ähnlich der späteren Separation — die Länderei zusammenzulegen, unnütze Tristen zc. zu beseitigen. Vergl. Schrader, Bemerkungen über die allgem. Landesvermessung in Scholz, Jurist. Magazin, N. F., Bd. I, Heft 3, Nr. 1. Eigentliche Beweiskraft ist aber nach der Praxis den Dorfbeschreibungen nie beigelegt.

¹⁹⁾ Es konnte sich hierbei also nur um Säumige des letzten Drittels handeln, da in dem Falle, daß mehr als ein Drittel der Wanne noch nicht gewährt war, von Abzehnten nicht die Rede sein konnte.

werden²⁰⁾. Sobald der Zehnherr ordnungsmäßig um Absezung des Zehntens ersucht ist²¹⁾, muß derselbe mit dem Abzehnten des Roggens am folgenden Tage, mit dem Abzehnten von Weizen, Gerste und Hafer aber binnen 24 Stunden verfahren. Nach Ablauf dieser Frist dürfen die Zehntpflichtigen den Zehnten selbst aussetzen und ihr Korn abfahren, vorausgesetzt, daß nicht nach der Anmeldung Regenwetter fällt, in welchem Falle der Zehnherr an die Meldung nicht gebunden ist, sondern nach dem Austrocknen der Früchte die Wiederholung der Meldung verlangen kann. Diejenigen Fruchtarten schließlich, denen der Regen am leichtesten schadet, als Erbsen, Linsen, Wicken und dergleichen, soll der Zehnherr innerhalb acht Stunden nach dem Anmelden abzehnten lassen, widrigenfalls der Pflichtige das Aussetzen selbst vornehmen darf²²⁾. Wenn ein zehntpflichtiges Grundstück durch Wild beschädigt ist und ein Jagdberechtigter ersatzpflichtig ist²³⁾, so hat der Zehnherr auf eine entsprechende Quote der Entschädigungssumme einen Anspruch, den er jedoch nicht unmittelbar gegen den Entschädigungspflichtigen verfolgen kann²⁴⁾.

3. Was die Uebertragbarkeit des Zehntrechts anlangt, so ist es dem Zehnherrn gestattet, das Zehntrecht der Ausübung nach auf Andere zu übertragen²⁵⁾. Die Uebertragung kann an jede beliebige Person erfolgen, nur nicht an Domänenpächter und Staatsbeamte, welche vielmehr lediglich solche Zehnten ziehen dürfen, von denen sie Eigenthümer sind²⁶⁾. Die Verpachtung der Zehnten ist nur unter folgenden Beschränkungen gestattet²⁷⁾. Bei einer Verpachtung steht der Gemeinde der zehntpflichtigen Feldmark oder auch einzelnen Mitgliedern dieser Gemeinde ein Vorzugsrecht²⁸⁾ zu, wobei jedoch gewisse Ausnahmen vorgesehen sind²⁹⁾. Der Gemeinde steht hin-

²⁰⁾ Die Prästation des Zehntens wurde also in diesem Ausnahmefalle von einer fogen. Holschuld zur Bringschuld.

²¹⁾ Ueber die Form des Ersuchens besteht keine Vorschrift; doch darf das Ersuchen, um wirksam zu sein, jedenfalls nicht eher gestellt sein, als mindestens zwei Drittel des Kornes in Stiegen gesetzt ist.

²²⁾ Verordn. v. 17. Juni 1715, desgl. v. 14. Dec. 1754 u. Landesf. Rescr. v. 30. März 1770 (Fredericksdorff, Promt. II, 696 f.; Steinacker, Promt. II, 517).

²³⁾ Vergl. hierüber oben §. 58.

²⁴⁾ Vergl. Verordn. v. 16. Sept. 1827, Nr. 23, §. 52, welche insoweit nicht als aufgehoben angesehen werden kann.

²⁵⁾ Die Uebertragung kann durch Verleihung, Verpfändung, Ueberlassung auf Wiederkauf oder ähnliche Weise geschehen. Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597, Art. 17; Verordn. v. 10. Oct. 1651, §. 1 (Fredericksdorff, Promt. II, 699 bis 701; Steinacker, Promt. II, 508). Vergl. auch Gesenius, Meierrecht II, 349.

²⁶⁾ Verordn. v. 10. Oct. 1651, §. 10 (Fredericksdorff, a. a. O.; Steinacker, Promt. II, 510).

²⁷⁾ Die gleichen Beschränkungen gelten für diejenigen Uebertragungen, welche bloß eine Verpachtung bemänteln sollen. Vergl. die in Note 25 citirten Landesgesetze.

²⁸⁾ Landtagsabsch. v. 3. Juni 1597, Art. 17; Verordn. v. 10. Oct. 1651, §§. 2 u. 3; Landschafft. Privil. v. 9. April 1770, Art. 40; Verordn. v. 1. Sept. 1777 (Fredericksdorff, a. a. O.; Steinacker, Promt. II, 508 ff.).

²⁹⁾ Die hierher gehörigen Ausnahmen sind:

a) der seit unvordenklicher Zeit bei Domänen pachtweise gezogene Zehnten soll nicht anderweit verpachtet werden;

wiederum ein Vorzugsrecht vor einzelnen Gemeindemitgliedern zu, vorausgesetzt, daß die Gemeinde oder wenigstens zwei Drittel derselben sich zu ebender selben Pacht erbietet, welche einzelne Gemeindemitglieder angeboten haben. Wenn die Gemeinde das Vorpachtsrecht ausübt, so muß sie, falls der Miethzins in Geld besteht, denselben vorausbezahlen, falls der Miethzins aber in Korn ausbedungen ist, für die Bezahlung Sicherheit bedingen ³⁰⁾.

Der Zehnherr, welcher den Zehnten verpachten will, muß dazu spätestens bis Johannis einen gerichtlichen Termin nachsuchen, der noch vor Mitte des Monats Juli anzusetzen ist, und zu welchem die Gemeinde der zehntpflichtigen Feldmark unter Androhung des Verlustes ihres Vorpachtsrechts vorgeladen werden muß. Wenn sich die Gemeinde in diesem Termine mit dem Zehnherrn über die Pachtsumme nicht einigen kann, insbesondere auch die Gemeinde nicht in das Mehrgebot eines Dritten eintreten will, so kann der Zehnherr von der Verpachtung ganz abgehen bezw. dem Meistbietenden anstatt der Gemeinde die Pacht zusprechen ³¹⁾.

4. Dem Zehntpflichtigen, welcher durch Feuersbrunst Vermögensverlust erlitten hat, steht ein Anspruch auf Erlass an Zehnten zu. Es ist indessen bei einem etwaigen Streite zwischen dem Zehnherrn und dem Pflichtigen über die Größe der Remission der Rechtsweg ausgeschlossen. Statt dessen soll eine von dem Herzoglichen Staatsministerium zu bestimmende Commission nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung des erlittenen Schadens und andererseits des dem Zehntpflichtigen verbliebenen Vermögens entscheiden ³²⁾.

- b) gegen Pächter von Domänen oder Privatgütern, denen dazugehörige, auswärts belegene Zehnten in Eins mit verpachtet sind, kann das Vorpachtrecht nicht geltend gemacht werden;
- c) ist der Zehnten 50 Jahre lang ohne Widerspruch an Auswärtige verpachtet, so hat der Zehnherr hierzu auch ferner das Recht;
- d) die Gemeinde verliert im Einzelfalle ihr Vorpachtrecht, wenn sie die von anderen Pächtlustigen gebotene Summe nicht zahlen will. Vergl. Steinacker, Br. Privatr., S. 531 f.

³⁰⁾ Verordn. v. 20. Juni 1747; Landschafft. Privil. v. 9. April 1770, Art. 40 (Frederdsdorff, Promt. II, 703; Steinacker, Promt. II, 511 ff.).

³¹⁾ Vergl. Landesf. Rescr. v. 31. Juli 1741; Verordn. v. 17. Mai 1763; desgl. v. 1. Sept. 1777; Landesf. Decl. v. 11. Juni 1787 u. Verordn. v. 10. Oct. 1651, §. 13 vergl. mit der Landesf. Decl. v. 2. Aug. 1706 (Frederdsdorff, Promt. V, 254 ff.; Steinacker, Promt. II, 511 ff.). Im Uebrigen vergl. noch Steinacker, Br. Privatr., S. 532 ff.

³²⁾ Verordn. v. 22. Juni 1747 (Frederdsdorff, Promt. II, 703; Steinacker, Promt. II, 145). Nach dem Gesetze ist die zuständige Commission in jedem einzelnen Falle zu bestimmen. Nach Errichtung der Landesökonomiecommission würde diese Thätigkeit in deren Geschäftskreis fallen.

Anderer Remissionsgründe, wie Ueberschwemmung, Hagelschlag, Mäusefraß u. kommen hier schon deshalb nicht in Betracht, weil sie den Zehnten als Quote der Ernte ohnehin reduciren.

Zweites Capitel.

Die besonderen Lehren.

Erster Abschnitt.

Das bäuerliche Ehegüterrecht.

§. 129.

Allgemeines.

I. Die bereits vor dem 1. Januar 1900 abgeschlossenen Ehen unterfallen nach wie vor dem bäuerlichen Ehegüterrechte¹⁾. Dies gilt sowohl von dem Vermögen, welches der einheirathende Ehegatte als Brautscatz dem Hofe inferirt hat²⁾, wie auch von dem Mitbesitz- und Mitgenußrecht, welches dem Aufkömmling am Hofe verschrieben ist³⁾. Das bäuerliche Ehegüterrecht hat deshalb in seinem ganzen Umfange noch für viele Jahre hinaus eine praktische Bedeutung⁴⁾. Aber auch auf diese bäuerlichen Ehen äußert das

¹⁾ Art. 200 E. V. G. = V. und §. 73, Z. 1 Br. Ausf. V. G. = V. Für diese Ehen gilt auch nicht die Präsumtion des §. 1435 B. G. = V. Vielmehr müssen gemäß §. 75, Abs. 1, Satz 3 Br. Ausf. V. G. = V. dritte Personen diese Abweichung vom gesetzlichen Güterstande künftig auch dann gegen sich gelten lassen, wenn sie auch nicht im Ehegüterregister eingetragen worden ist.

²⁾ Das Nähere über den Inhalt dieses Rechtsverhältnisses s. unten §. 130. Die gesetzlichen Bestimmungen (vergl. vorige Anmerkung) lassen keinen Zweifel, daß nur der Zeitpunkt der Eheschließung für die Anwendung des bäuerlichen Ehegüterrechts entscheidend ist. Wenn hiernach eine Ehe vor dem 1. Januar 1900 geschlossen, aber erst nach dem 1. Januar 1900 von einem der Ehegatten Vermögen in den Hof inferirt ist, so gilt auch hierfür das frühere bäuerliche Ehegüterrecht. Dies gilt auch für die Form der Allocation, so daß es der sonst nach §. 1434 B. G. = V. für Eheverträge vorgeschriebenen Form (vergl. auch Mansfeld in Zeitschr. f. R. XLVII, S. 65 ff.) nicht bedarf (vergl. §. 130).

³⁾ Das Nähere s. unten §. 131. Vergl. auch das in Note 2 Gesagte.

⁴⁾ Auch für die Frage ist bei diesen Ehen das frühere Recht entscheidend, ob Bauernschöchter durch die erhaltene Aussteuer vom väterlichen Hofe abgefunden sind. An und für sich sind beide verschieden, da die Aussteuer als Ausfluß der Dotationspflicht auf dem Allod, die Abfindung aber als Ausfluß des Erbrechts auf dem Hofe lastet (Scholz III, Landwirtschaftl. Zeitung, 2. Heft, S. 22 ff., 58 ff.). Thatsächlich aber kann bestimmt sein, daß beide zusammenfallen sollen, wenn der Hofeigenthümer zugleich der Dotationspflichtige ist. Vergl. Zeitschr. f. R. XII, 193; XIX, 13 und Urtheil d. O.-L.-G., 2. Sen., v. 8. April 1884 i. S. Lehne c. Kirchmann, best. v. Reichsger. a. 26. Sept. 1884.

neue Recht insofern seine Wirkung, als auf das etwa vorhandene Paraphernal- oder vorbehaltene Gut oder auf das Dotalgut vom 1. Januar 1901 ab das gesetzliche Güterrecht des B. G.-B. Anwendung findet⁵⁾).

II. Für die seit dem 1. Januar 1900 geschlossenen bürgerlichen Ehen gilt das Rechtsverhältniß des als Brautshatz dem Hofe inferirten Vermögens nicht mehr⁶⁾. Dagegen ist das Rechtsverhältniß des aufheirathenden Ehegatten am Bauernhofe auch bei diesen Ehen noch nach dem bürgerlichen Ehegüterrechte zu beurtheilen⁷⁾. Lediglich nach den allgemeinen Grundsätzen des B. G.-B. ist andererseits die Frage zu entscheiden, ob eine Bauerntochter durch ihre Aussteuer vom elterlichen Hofe abgefunden sein soll⁸⁾. Doch haben hierfür, wie für den Inhalt der Naturalaussteuer, neben dem Reichsrecht die auf Herkommen beruhenden, in den einzelnen Gegenden oder Ortschaften häufig verschiedenen bürgerlichen Gebräuche insofern auch rechtliche Bedeutung, als das B. G.-B. für die Auslegung von Verträgen auf die Verkehrssitte geradezu verweist⁹⁾. Sie ist, wenn kein anderer Parteiwille erhellt, maßgebend ins-

⁵⁾ Mot. Br. Ausf. B. G.-B. S. 99. Auf diese Vermögenstheile findet daher vom 1. Januar 1900 das gesetzliche Ehegüterrecht des B. G.-B. (§§. 1363 ff.) mit der durch §. 73 Br. Ausf. B. G.-B. getroffenen Abweichung Anwendung, wonach nicht die Präsumtion des B. G.-B., sondern die frühere des gem. Dotalrechts für das bis dahin eingebrachte Gut gelten soll (vergl. oben §. 105). Auch gilt für diese Vermögenstheile vom 1. Januar 1901 ab die Vorschrift des §. 1435 B. G.-B. — Als Brautshatz gilt nur dasjenige, was zu dem Zwecke inferirt wird, daß es im Hofe oder für den Hof verwendet werde (Erf. D.-L.-G. Wolf., 3. Sen., v. 7. Dec. 1850 i. S. Staake c. Staake). Allein für die Brautshatzqualität streitet dann eine Präsumtion, wenn der Auffömmeling das Vermögen dem anderen Theile vorbehaltlos zu Besitz und unbeschränkter Nutzung gegeben hat (Seuff. Arch. XXI, Nr. 141, Wolf.; Plen. D.-L.-G. Wolf. v. 4. Febr. 1874 i. S. Töppernien tut.; D.-L.-G., 2. Sen., v. 19. Dec. 1866 i. S. Mull c. Egerding). Als Dotalgut kann also daneben nur in Frage kommen, was vor dem 1. Januar 1900 ausdrücklich als das bestellt war, während bei diesen Ehen Paraphernal- oder Vorbehaltsgut nur sein kann, was vor oder nach dem 1. Januar 1900 der Ehefrau zugefallen ist, ohne daß sie dem Manne daran Verwaltung und Nutzung eingeräumt hat. Vergl. auch Steinacker, Br. Privatr., S. 53, Note 15; Seuff. Arch. XLI, 31.

⁶⁾ S. oben §. 121, Note 14. Ueber die Möglichkeit, das Rechtsverhältniß künftig durch Vertrag zu begründen, s. unten §. 130, Note 1, sowie Zeitschr. f. R. XLVI, 108 f., 111; XLVII, S. 65 ff.

⁷⁾ Näher begründet ist dieser Satz oben §. 121, Note 13.

⁸⁾ Vergl. oben Note 4 und B. G.-B. §§. 1620 ff.

⁹⁾ Wo solche Gebräuche bestehen, müssen sie auch zu Grunde gelegt werden, da der §. 157 B. G.-B. vergl. mit §. 133 das. die Berücksichtigung der Verkehrssitte stets vorschreibt, wenn nicht ein abweichender Wille der Parteien erhellt (vergl. Planck, Comment. I, §. 157, Anmerkung). Vorausgesetzt aber wird stets ein Vertrag, da nur auf diesen der §. 157 cit. Anwendung findet. Wo es sich nicht um die Erfüllung einer vertraglichen, sondern lediglich gesetzlichen Aussteuerpflicht (§. 1620 B. G.-B.) handelt, kommen ausschließlich die Vorschriften über das B. G.-B. in Betracht. Anders, wenn der gesetzlich Verpflichtete zugleich vertraglich die Gewährung der Aussteuer übernimmt, wobei zu bemerken ist, daß dieser Vertrag nicht zu den Eheverträgen im Sinne des B. G.-B. gehört (vergl. §. 1432) und deshalb keine besondere Form erfordert. In jedem Falle bedarf der bürgerliche Gebrauch,

besondere für den Fall, daß eine standesgemäße Aussteuer an Kisten und Kästen ¹⁰⁾, ein standesgemäßer Hochzeitswagen ¹¹⁾, eine standesgemäße Hochzeitsfeier versprochen ¹²⁾ oder Brauttafelgelder gegeben sind ¹³⁾.

§. 130.

Brautſchaft.

1. Unter Brautſchaft bei den vor 1900 geſchloſſenen bäuerlichen Ehen ¹⁾ verſteht man die Geſamtheit derjenigen Vermögensſtücke, welche

auf den eine Partei ſich ſtützt, im Streitſalle des Beweiſes durch Zeugen bezw. Sachverſtändige (vergl. D.-L.-G. Wolf., 1. Sen., v. 19. Dec. 1873 i. Senff. Arch. XXIX, Nr. 116).

¹⁰⁾ „Die ſtandesgemäße Aussteuer an Kisten und Kästen begreift dem Sprachgebrauch und der notoriſchen Obſervanz nach alle Gegenſtände in ſich, welche zum instructus muliebris eines dem Bauernſtande angehörigen Frauenzimmers zu rechnen ſind und in Kisten und Kästen aufbewahrt zu werden pflegen, insbeſondere alſo die entſprechenden Vorräthe an Leinen, Drell und Flaſch“ (Erf. D.-L.-G. Wolf., 1. Sen., v. 10. Juli 1860 i. S. Gerede c. Hartkopf). Vergl. auch folgende Note. Andererſeits iſt der in Eheſtiftungen vorkommende Ausdruck „ſtandesgemäße Aussteuer“ als zu allgemein und nicht rechtlich feſtſtehend bezeichnet in Erf. D.-L.-G. Wolf., 1. Sen., v. 10. Juli 1857 i. S. Kremling c. Wiedt und v. 14. März 1879 i. S. Schünemann c. Schünemann.

¹¹⁾ Im Hochzeitswagen wird die Aussteuer herkömmlich angefahren. Sein Inhalt iſt je nach dem Stande der Braut und dem Hoſsvermögen vielſach durch Ortsſitte beſtimmt (vergl. D.-L.-G. Wolf. i. Senff. Arch. XXIX, Nr. 116). Nach Scholz III, Landwirthſchaftl. Zeitung, 2. Heft, S. 61 f., darf herkömmlich nicht fehlen das hochzeitliche Bett, das kirchliche Kleid, Spinnroden, Flaſch, Leinwand, die Geräthe zum Aufbewahren der Sachen (Kisten und Kästen).

¹²⁾ Die Größe der Hochzeit richtet ſich nach der Zahl der Tage und der Tafeln (für die meiſt je 12 Gäſte gerechnet werden). Vergl. Scholz III, Landwirthſchaftl. Zeitung, 2. Heft, S. 136, Note 4. Iſt eine ſtandesgemäße Hochzeit verſprochen, ſo kann nur ihre wirkliche Ausrichtung und kein Geldäquivalent gefordert werden (Erf. D.-L.-G. Wolf., 2. Sen., v. 8. Juni 1854 i. S. Funke u. Gen. c. Leßmann). Herkömmlich ſind in erſter Linie die Brauteltern zur Feier der Hochzeit verbunden; doch iſt auch der Fall häufig, daß die Eltern des Bräutigams die Feier riſten, namentlich dann, wenn dieſer der Einheirathende iſt (Scholz III, a. a. O.). Wo die betr. Perſonen, der betr. Sitte entſprechend, auch ohne vorherige Vereinbarung die Hochzeit hergerichtet haben, iſt anzunehmen, daß ſie ſich durch ſchlüſſige Handlungen nach §. 157 B. G.-B. dazu haben verpflichtet wollen. Einen Erſtattungsanſpruch haben ſie deſhalb auch dann nicht, wenn der Geſichtspunkt der Schenkung nicht Platz greifen ſollte. Vergl. D.-L.-G. Wolf., 2. Sen., v. 14. Nov. 1853 i. S. Rieß c. Geling.

¹³⁾ Die Brauttafelgelder, welche von den Gäſten in eine auf die Brauttafel geſtellte Schüſſel oder Weinglaſ gelegt werden, gelten als Eigenthum der Brautleute (Scholz III, Landwirthſchaftl. Zeitung, 2. Heft, S. 136 ff.; Erf. D.-L.-G. Wolf. v. 1819 i. S. Schulle c. Heinemann).

¹⁾ Nur bei dieſen Ehen iſt durch Art. 200 G. B. G.-B. und §. 73, Z. 1 Br. Ausf. B. G.-B. das ganze bäuerliche Ehegüterrecht und deſhalb auch das Brautſchaftsrecht aufrecht erhalten. Vergl. oben §. 129, Note 2. — Für die ſeit dem 1. Januar 1900 abgeſchloſſenen Ehen kann nur durch Vertrag ein entſprechendes

mit dieser ausdrücklichen Zweckbestimmung von dem einen Ehegatten dem anderen beim Abschluß der Ehe zugewandt werden. Gewöhnlich spricht man von einem Brautschlag nur hinsichtlich des Vermögens, welches der einheirathende Ehegatte dem Hofe zufließt, doch wird auch das Recht, welches dafür der Hofeigenthümer dem aufheirathenden Ehegatten am Hofe zuschreibt, als Brautschlag bezeichnet. Von dem Brautschlagrecht in der letzteren Bedeutung wird im folgenden Paragraphen gesprochen werden; hier handelt es sich um den Brautschlag in dem erstbezeichneten Sinne.

2. Als Brautschlag ist regelmäßig die Aussteuer verschrieben; doch ist der Begriff des Brautschlages ein viel weiter gehender. Er umfaßt alles Vermögen ²⁾, welches der aufheirathende Ehegatte als Brautschlag verschreibt, namentlich beispielsweise auch die etwaige Abfindung, welche der Aufkömmling von seinem väterlichen Hofe zu erhalten hat. Sind einzelne Vermögensstücke als Brautschlag bezeichnet, so wird anzunehmen sein, daß alles sonstige Vermögen des Aufkömmlings nicht die Brautschlagqualität erlangen solle ³⁾. Wird dagegen das Vermögen ohne Vorbehalt verschrieben, so gilt dasselbe in seiner Gesamtheit und gegenwärtigen Gestalt als Brautschlag ⁴⁾.

3. Die Verschreibung geschieht meist in einer Ehestiftung. Eine besondere Form ist jedoch nur erforderlich, insofern es sich um die Zuschreibung von Immobilien handelt ⁵⁾. Die im letzteren Falle vorgeschriebene Verlautbarung vor Gericht oder Notar und Zeugen erzeugt jedoch nur persönliche Rechte und Pflichten zwischen den Ehegatten hinsichtlich solcher Vermögens-

Rechtsverhältniß festgestellt werden, indem bestimmt wird, daß das Inferirte nur bei Subhaftation oder bei Ehescheidung wegen alleinigen Verschuldens des anderen Ehegatten zurückgefordert werden könne (vergl. Mansfeld in Zeitschr. f. R. XLVI, 108 f.). Dieser Vertrag bedarf der Form des §. 1434 B. G.-B. und der Eintragung ins Register nach §. 1435 das. (vergl. aber auch Mansfeld in Zeitschr. f. R. XLVII, 66).

²⁾ Es können Capitalien und bewegliche Sachen, aber auch Immobilien inferirt werden. Seuff. Arch. XXVII, 43; v. Bülow u. Hagemann, prakt. Erk. VII, 269; IX, 254; Francke, Entsch., S. 72, Nr. 7, S. 80.

³⁾ Das sonstige Vermögen des Aufkömmlings und das demselben später anfallende Vermögen ist daher als Paraphernal- oder Vorbehaltsgut zu betrachten. Vergl. hierüber das Nähere oben in §. 129, Note 5.

⁴⁾ Vergl. Note 3. Für eine Präsumtion der Allation spricht sich außer den oben in §. 129, Note 5 angeführten Urtheilen der Br. Obergerichte aus: Entsch. R.-G. XII, 216; dagegen: Scholz III, Intestaterbr., §. 65; Steinacker, Br. Privatr., §. 15, Note 15, §. 246, Note 4; Pfeiffer, Meier., §. 28.

⁵⁾ Im Uebrigen ist nicht einmal schriftliche Zuschreibung erforderlich; selbst stillschweigend kann dieselbe geschehen, wenn sie nur die Absicht der Allation beiden Theilen erkennbar macht. Auch wenn die Allation bei einer vor 1900 geschlossenen Ehe erst nach dem 31. December 1899 erfolgt, bedarf es nicht der durch §. 1434 B. G.-B. vorgeschriebenen Form. Denn §. 1434, l. c. ist eine Vorschrift des ehelichen Güterrechts. Auf die vor 1900 geschlossenen bürgerlichen Ehen findet aber nach Art. 200 E. B. G.-B. und §. 73 Br. Ausf. B. G.-B. nicht das Ehegüterrecht des B. G.-B., sondern das frühere Ehegüterrecht Anwendung (vergl. oben §. 129, Note 2). Bezüglich der Immobilien f. Note 6.

stücke⁶⁾. Zur dinglichen Wirksamkeit der Zuschreibung als Brautschatz bedarf es daneben der Um- und Zuschreibung solcher Immobilien zum Hofe⁷⁾.

4. Die vollwirksame Verschreibung von Vermögensstücken beweglicher oder unbeweglicher Art nennt man *Mation* oder *Incorporation*. Das inferirte Vermögen gilt damit nämlich dem Hofe incorporirt, d. h. es bildet mit der Verschreibung einen untrennbaren Bestandtheil desselben⁸⁾. Dies gilt auch dann, wenn das Vermögen noch gar nicht thatsächlich inferirt ist, sondern nur zu inferiren versprochen ist⁹⁾. Das Inferirte muß regelmäßig zum Nutzen des Hofes verwendet werden¹⁰⁾. Daß es keinen selbständigen Gegenstand der Erbfolge mehr bilden kann, folgt daraus, daß es Bestandtheil des Hofes geworden, von selbst¹¹⁾. Ebenso ergibt sich die Folgerung, daß das einmal Inferirte regelmäßig nicht wieder zurückgezahlt werden kann¹²⁾. Von diesem

⁶⁾ Dies folgt aus der Natur des Brautschatzes, der mit der Mation Theil des Hofes wird (vergl. unten bei Note 8). Dies ist aber rücksichtlich der Immobilien nur möglich durch Zuschreibung derselben im Grundbuche. Daß hierfür die Vorschriften des Grundbuchsrechts, wie für den Uebertragungsvertrag die Form des §. 74 G.-G.-B., jetzt §. 313 B. G.-B., erforderlich sind, ergibt sich schon daraus, daß diese Bestimmungen allgemeiner Natur sind, die nicht dem besonderen Ehegüterrecht angehören.

⁷⁾ Vergl. vorige Anm. — Es kommt auch vor, daß ein ganzes Gut zugefreit wird. In diesem Falle ist allerdings eine Zuschreibung nicht möglich, sondern nur eine Eintragung der Brautschatzqualität in der Rubrik der dinglichen Rechte.

⁸⁾ Zeitschr. f. R. IV, 75; XII, 111; XXII, 133; XXVIII, 190; XLV, 67; XLVI, 76. Dies gilt auch für Forderungen. — Durch diese Wirkung unterscheidet sich der Brautschatz wesentlich von der dos. Dem Zuheirathenden verbleibt an dem Brautschatze überhaupt kein selbständiges Recht, auch nur in Ausnahmefällen ein Rückforderungsrecht (s. unten bei Note 14 ff.), sondern nur das Recht, welches ihm als Auffömmeling an dem Hofe zusteht, dessen Theil der Brautschatz bildet. Vergl. hierüber §. 131.

⁹⁾ Zeitschr. f. R. IV, 75; XXVI, 61; XXXVI, 181; XLIV, 188. Dies gilt auch dann, wenn nur eine Forderung zu inferiren versprochen ist (D.-A.-G. Wolf. v. 19. Dec. 1866 i. S. Mull c. Egerding). Die Mation einer Abfindung, auf die noch gar kein Anspruch bestand, ist aber wirkungslos (D.-A.-G. Wolf. v. 16. März 1865 i. S. Uhde c. Uhde).

¹⁰⁾ Dieser Zweck, auf dessen Verwirklichung dem Auffömmeling, wie dem Hofeigentümer und deren Erben ein klagbarer Anspruch zusteht, wird nicht durch Verwendung in einen anderen, mit dem eigentlichen Hofe bewirthschafteten Bauernhof erreicht. Decr. d. D.-A.-G. Wolf. v. 22. Dec. 1833 i. S. Söchtig c. Lauenstein. Im Uebrigen ist es gleichgültig, ob mit dem Inferirten Hoffschulden bezahlt werden, ob Anschaffungen zum Nutzen des Hofes davon bestritten werden, oder ob die Zinsen zur Tragung von Lasten des Hofes verwendet werden oder dergleichen.

¹¹⁾ Erf. d. D.-A.-G. Wolf. v. 30. Mai 1843 i. S. Ahrenbeck c. Zeimke; Erf. d. Cass.-Hofes Wolf. v. 28. Febr. 1857 i. S. Reinecke c. Jordan u. Zeitschr. f. R. IV, 75 ff.; XXII, 100. — Jedoch fallen die etwa vorhandenen Zinsen des noch nicht verwendeten Brautschatzes, falls diese nicht zur Deckung der Lasten erforderlich sind, als Allod den Erben nach allgemeinen Grundsätzen zu; Erf. d. D.-A.-G. Wolf. v. 17. Jan. 1837 i. S. Runne c. Dorries.

¹²⁾ Vergl. die oben in Note 8 cit. Erf. u. Scholz III, Intestaterbr., §. 6 a, insbesondere S. 34, Anm. **; Derj., Landwirthschaftl. Zeitung, Heft 2, S. 324 ff. Der Grund liegt darin, daß der Auffömmeling für das Inferirte Rechte an dem Hofe und demnächst für sich eine Leibzucht, für seine Kinder erster und folgender Ehen

Grundsätze giebt es jedoch *Ausnahmen*. Zunächst kann vertraglich unter den Ehegatten verabredet werden, daß der Brautshatz oder ein Theil desselben hinfünftig an den einheirathenden Ehegatten oder dessen Familie zurückgezahlt werden solle¹³⁾. Ferner kommen noch folgende gesetzliche *Ausnahmen* von der gegebenen Regel, daß das einmal Inferirte im Hofe bleiben müsse, vor:

- a) Wenn beim Concurse des Mannes oder sonst im Wege der Zwangsvollstreckung der Hof zur Zwangsversteigerung kommt, steht der aufgeheiratheten Ehefrau ein Rückforderungsrecht zu¹⁴⁾.
- b) Der Aufkömmling hat bei der Ehescheidung ein Rückforderungsrecht, wenn die Ehe wegen alleinigen Verschuldens des anderen Theiles getrennt wird¹⁵⁾.
- c) Bei Meiergütern steht im Falle der Abmeierung des Hofeigenthümers dem Aufkömmling ein Rückforderungsrecht zu¹⁶⁾.

§. 131.

Das Recht des Aufkömmlings.

Denjenigen, welcher sich mit einem Hofeigenthümer verheirathet, mag dieser Mann oder Frau sein, nennt man den auf-, ein- oder zuheirathenden, auch wohl auffahrenden¹⁾ Ehegatten oder Aufkömmling. Sein Recht an dem

Abfindungen beanspruchen kann. Hierüber s. noch unten §. 131 u. 133. — Aber auch wenn der Inferirende nicht zum Bezuge des Mntenthails gelangt, bleibt das Inferirte dem Hofe. Vergl. Zeitschr. f. R. XII, 111; XXII, 100, 133; Seuff. Arch. XXIV, 254; XXXIV, 56; Entsch. R.-G. XVI, 154.

¹³⁾ Vergl. Zeitschr. f. R. XLIV, 189; XLVI, 77; auch Mansfeld i. Zeitschr. f. R. XLVI, 108 f.; XLVII, 65 ff. Die früher v. O.-A.-G. Wolf. aufgestellte Ansicht, daß die Vereinbarung, da es sich um Abänderung einer Vorschrift öffentl. rechtl. Natur handele, vor Eheschließung getroffen sein müsse (Seuff. Arch. XXI, 140), ist v. O.-L.-G. i. Zeitschr. f. R. XLVI, 77 mißbilligt.

¹⁴⁾ Scholz III, Intestaterbr. der Ehegatten auf Bauerngütern, S. 32; Derseibe, Landwirthschaftl. Zeitung II, 324 ff.; Zeitschr. f. R. XL, 25; XLIV, 189; XLV, 67; XLVI, 107; 141 bezüglich des Concurse und das. XLVI, 107; 141 auch bezüglich der sonstigen Zwangsversteigerung. Die Zwangsversteigerung muß durchgeführt sein (Zeitschr. f. R. XLVI, 141); Vermögensverfall allein genügt nicht (das. XLV, 68).

¹⁵⁾ Scholz III, Landwirthschaftl. Zeitung a. a. O.; Zeitschr. f. R. XXIV, 116; XLIV, 189; XLVI, 107. Dasselbe gilt für §§. 1575, 1586 B. G.-B.

¹⁶⁾ Steinacker, Br. Privatr., S. 53, Note 15. Diesen ebenfalls auf Wohnheitsrecht und Gerichtsgebrauch gestützten Satz bezeugt Scholz III, Intestaterbr., S. 34 mit dem Zusage, daß der Ehefrau das Rückforderungsrecht dann nicht zugesprochen werden könne, wenn der Meierherr deren eigenes Verschulden bezüglich des Anlasses der Abmeierung nachzuweisen im Stande sei. Vergl. Zeitschr. f. R. XLIV, 189.

¹⁾ Die letztere Bezeichnung ist abzuleiten von dem Auffahren des Hochzeitswagens, den der einheirathende Ehegatte regelmäßig in die Ehe mitzubringen hat. Vergl. §. 129, Note 11.

Hofe wird gewöhnlich als Mitbesitz- und Mitgenußrecht bezeichnet²⁾. Es entsteht durch die bloße Thatfache der Einheirath nur als persönlicher Anspruch des Aufkömmlings³⁾; um dingliche Wirksamkeit zu erlangen, bedarf es der Eintragung des begründeten Mitbesitz- und Mitgenußrechts im Grundbuche⁴⁾. Es endigt durch Löschung im Grundbuche, ferner durch den Tod

²⁾ Die fortbauende Geltung dieses besonderen bauerlichen Rechtsverhältnisses bei den vor dem 1. Jan. 1900 abgeschlossenen Ehen steht durch Art. 200 E. B. G.-B. u. §. 73, Br. Ausf. B. G.-B. außer Frage. Für die späteren Ehen ist aber die Geltung bestritten (vergl. Mansfeld in Zeitschr. f. R. XLVI, 105 f.). Doch steht das Recht des Aufkömmlings am Bauernhofe in einem so engen, inneren Zusammenhange mit dem durch Art. 64 E. B. G.-B. der Landesgesetzgebung vorbehaltenen Anerkennung, aus dem sich auch jenes entwickelt hat, daß das Recht des Aufkömmlings durch den Vorbehalt des Art. 64, l. c. gedeckt wird. Vergl. die nähere Begründung oben in §. 121, namentlich Note 13; f. auch §. 129. — Zur Wirksamkeit gegen Dritte bedarf das Mitbesitz- und Mitgenußrecht der sonst nach §§. 1435, 1431 B. G.-B. erforderlichen Eintragung ins Ehegüterregister in keinem Falle. Für die vor 1900 geschlossenen Ehen ist dies durch §. 75, Abs. 1, Satz 4 ausdrücklich bestimmt. Aber auch für die nach dem 31. Dec. 1899 geschlossenen Ehen ist die Eintragung nicht nöthig. Denn der allein hier denkbare Abs. 1, §. 1435 B. G.-B. paßt nicht, da er eine Ausschließung oder Aenderung des gej. Güterstandes d. B. G.-B. durch Ehevertrag voraussetzt. Hier aber entsteht die Abweichung nicht durch Vertrag, sondern schon durch die Einheirath kraft Gesetzes. Selbst wenn durch eine Eheiftiftung vor der Eheschließung der Hofeigenthümer dem Aufheirathenden den Mitbesitz und Mitgenuß des Hofes verschreibt, so beruht das Rechtsverhältniß nicht hierauf, sondern auf dem Gesetz. Die Eheiftiftung, welche im Uebrigen regelmäßig für die Regelung der gegenseitigen Pflichten der Ehegatten von großer Bedeutung sein kann, ist deshalb insoweit zwar nicht schädlich, aber nur eine überflüssige Bestätigung des Zustandes, der durch die Ehe kraft Gesetzes eintritt. Vergl. Note 3. Die Eintragung ins Güterregister ist deshalb geradezu unzulässig.

³⁾ Grf. O.-L.-G. Wolf. v. 4. Juni 1844 i. S. Schmidt c. Schmidt. Zeitschr. f. R. V, 41; XVI, 119; XVII, 43 (Seuff. Arch. XXV, 146, Wolf.). Wie diese Entscheidungen in Uebereinstimmung mit der vaterländischen Literatur (Scholz III, Intestaterbr., §. 18, S. 60; Scholz III, Landw. Zeitschr., 2. Bd., S. 29 f., 85, 94, 103) hervorheben, ist daran festzuhalten, daß das Recht des Aufkömmlings schon durch die Thatfache der Einheirath kraft Gesetzes entsteht, ohne daß es einer Eheiftiftung dazu bedarf. Nur, wenn dies gesetzliche Ehegüterrecht dingliche Wirksamkeit haben sollte, müßte es nach dem Gesetz vom 19. März 1850, Nr. 22 gerichtlich oder notariell verlaublich und zwecks Wirkung gegen Dritte in die Hypothekenbücher eingetragen werden (vergl. insbes. Zeitschr. f. R. XVII, 33 ff.). Nach Aufhebung des Ges. v. 1850 bedurfte der Vertrag zwar gemäß §. 74 G.-E.-G. v. 8. März 1878 auch noch der gerichtlichen oder not. Verlaublichung; er erzeugte aber keine dinglichen Wirkungen mehr und war daher entbehrlich. Dingliche Wirksamkeit entstand seitdem nur noch durch Eintragung ins Grundbuch (f. Note 4).

Wenn übrigens der Hofeigenthümer dem aufheirathenden Ehegatten anstatt des bauernrechtlichen Mitbesitz- und Mitgenußrechts wirkliches Miteigenthum überträgt, so gehen die bisherigen Rechte des Aufkömmlings unter und der Hof vererbt sich nach dem B. G.-B. (vergl. Zeitschr. f. R. XLII, 150; XLVI, 109).

⁴⁾ §. 17 Br. Ausf. G.-B.-D.; früher ebenso: §. 14 Gr.-Erw.-Ges. und §. 32 Br. Grundb.-Ord. Ueber die Bedeutung dieser dinglichen Wirksamkeit vergl. Zeitschr. f. R. XL, 21 ff. Der etwa vorausgehende Ehevertrag, welcher eben zur Begründung des Rechts nicht mehr erforderlich ist (vergl. oben Note 2 u. 3), bedarf gemäß §. 873, 1434 B. G.-B. der gerichtlichen oder notariellen Verlaublichung. — Auch der Anspruch des Aufkömmlings auf demnächstige Leibzucht (Allentheil) vom Hofe ist zwar ein regel-

des Aufkömmlings, in dinglicher Beziehung schließlich auch, wenn der Eigenthümer in Concurs geräth⁵⁾ oder der Hof im Wege der Zwangsvollstreckung zur Zwangsversteigerung oder zur Expropriation kommt⁶⁾.

Seinem Inhalte nach ist das Mitbesitz- und Mitgenußrecht eine Verwaltungs- und Nutzungsgemeinschaft, welche man in Anlehnung an römische Rechtsverhältnisse auch wohl als *communio bonorum usufructuaria* bezeichnet hat⁷⁾. Das Rechtsverhältniß ist verschieden während des Bestehens der Ehe und nach dem Tode des Hofeigenthümers; andererseits ist zu unterscheiden, ob der Ehemann oder aber die Ehefrau der Aufkömmling ist. Hiernach gestalten sich die Rechtsverhältnisse des Aufkömmlings folgendermaßen:

I. Während des Bestehens der Ehe.

1. Ist der Ehemann der Aufkömmling, so erhält er durch die Zuschreibung das Recht zu selbständiger Vertretung und Bewirthschaftung des Hofes, sowie zur Nutzung desselben auf eigene Rechnung⁸⁾. Die Proprietät wird hierdurch nicht berührt, verbleibt vielmehr der Ehefrau⁹⁾. Im Einzelnen ist Folgendes zu merken.

a) Die Vertretung des Hofes durch den Aufkömmling ist nicht nur sein Recht, sondern auch seine Pflicht¹⁰⁾. Die Vertretung ist die gerichtliche, wie die außergerichtliche. Regelmäßig bedarf er dabei nicht der Zustimmung der Ehefrau. Ausnahmsweise ist jedoch deren Genehmigung erforderlich,

aa) wenn durch Verzicht oder Vergleich dingliche Rechte des Hofes aufgegeben werden sollen¹¹⁾,

mäßiger Theil des Mitbesitz- und Mitgenußrechts, bedarf aber für sich in keinem Falle einer besonderen Vereinbarung, sondern entsteht durch die einfache Thatfache der Einheirath. Vergl. noch Seuff. Arch. XXIV, 53 (Wolf.).

⁵⁾ Zeitschr. f. R. XL, 21 ff.; XLVI, 108; XLVIII 5 ff.; Steinacker, Br. Privatr., S. 53; Scholz III, Intestaterbr., S. 33 ff.; Pfeiffer, Meierrecht, S. 357; v. Bülow u. Hagemann, Prakt. Erört. IV, 57, VII, 269. S. auch Note 6 a. G.

⁶⁾ Zeitschr. f. R. XL, 24; XLVI, 108; XLVIII, 5 ff. Die in Zeitschr. f. R. XIV, 190 aufgestellte Ansicht, daß durch den Concurs nur die der Frau zu Lebzeiten ihres Mannes zustehenden Rechte beseitigt würden, ist unter Berufung auf Scholz III, Intest., S. 34; Jurist. Magaz. I, Heft 1, S. 27, 38 reprobiert i. Zeitschr. f. R. XL, 23. Bei der Zwangsversteigerung erhält die Frau keine Entschädigung, wohl aber bei der Expropriation.

⁷⁾ Die Bezeichnung ist nicht viel mehr als ein Name. Das Rechtsverhältniß kann nur nach deutsch-rechtlichen Grundsätzen beurtheilt werden und besteht aus einer großen Menge einzelner Rechte und Pflichten, die eine Unterstellung unter römische Rechtsinstitute überhaupt nicht zulassen. Vergl. Zeitschr. f. R. XXVIII, 139.

⁸⁾ Vergl. im Allgemeinen: Schottelius in Zeitschr. f. R. XXXII, 81 ff.

⁹⁾ Scholz III, Landwirthschaftl. Zeitung II, S. 30, 90, 91; Derselbe, Intestaterbr., S. 49 f.; Steinacker, Br. Privatr., S. 52, Note 14; Zeitschr. f. R. XX, 242; XXVIII, 139; Entsch. d. R.-G. XIV, 196.

¹⁰⁾ Er ist daher in Processen ohne Weiteres passiv legitimirt, ohne sich dieser Verpflichtung entziehen zu können. O.-G., 3. Sen., v. 23. November 1850 i. S. Klingenberg c. Mühle und 1. Sen. vom 18. November 1853 i. S. Weyerling c. Wiehoff.

¹¹⁾ Dies ergibt sich unmittelbar aus dem Proprietätsrechte der Ehefrau. Vergl. auch Duncker, Reallasten, §. 36 u. dort. Cit.

bb) bei Anträgen auf Ablösung¹²⁾,

cc) bei Anträgen auf Gemeintheiltheilung¹³⁾.

b) Auch zur Bewirthschaftung des Hofes ist der Aufkömmling nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet¹⁴⁾. Hierbei hat er die Sorgfalt eines ordentlichen Hausvaters und Landwirthes anzuwenden¹⁵⁾ und selbstverständlich nicht nur die Ländereien, sondern auch die zugehörigen Baulichkeiten in ordnungsmäßigem Zustande zu erhalten¹⁶⁾. Für die Erfüllung der auf dem Hofe ruhenden Lasten hat er Sorge zu tragen; hinsichtlich der Zahlung der Grundsteuer ist diese Verpflichtung durch Landesgesetz ausdrücklich anerkannt¹⁷⁾.

c) Das hauptsächlichste Recht des Aufkömmlings ist das der Nutzung des Hofes. Da es sich hierbei um ein besonderes bauerliches Nutzungsrecht handelt, kommen die Grundsätze des B. G. B. über den Nießbrauch nur insoweit zur Anwendung, als nicht die particularrechtlichen Grundsätze Abweichungen verlangen¹⁸⁾. Hiernach ist das Nutzungsrecht absolut unübertragbar¹⁹⁾. Der Aufkömmling erwirbt Eigenthum an den Früchten nicht erst mit Besitzergreifung, sondern schon mit deren Trennung²⁰⁾. Ferner können Veräußerungen des Hofes und seines untrennbaren Modus²¹⁾ nur von beiden Ehegatten gemeinschaftlich vorgenommen werden²²⁾. Die sonstigen Zubehörungen des Hofes²³⁾,

¹²⁾ Ablösungsordn. v. 20. Dec. 1834, Nr. 35, §. 19.

¹³⁾ Gem.-Theil.-Ordn. v. 20. Dec. 1834, Nr. 1, de 1835, §. 39.

¹⁴⁾ Zur Erfüllung dieser Verpflichtung kann er nöthigenfalls von der Ehefrau im Wege der Klage angehalten werden. Auf Entziehung des Rechts wird jedoch nicht geklagt werden können. Eine solche ist nur zu ermöglichen, wenn die Voraussetzungen der Entmündigung vorliegen.

¹⁵⁾ Vergl. Zeitschr. f. R. XXXII, 81 ff. u. Seuff. Arch. VII, 343 (Wolf.).

¹⁶⁾ Vergl. Zeitschr. f. R. XXXII, 81 ff.

¹⁷⁾ Gef. v. 24. Aug. 1849, §. 80.

¹⁸⁾ Vergl. Zeitschr. f. R. XI, 9. S. auch oben §. 74.

¹⁹⁾ Vergl. Seuff. Arch. LXI, Nr. 32.

²⁰⁾ Vergl. R u n d e, Interimswirthschaft, §. 55.

²¹⁾ S. oben §. 123, II.

²²⁾ §. 4, Abs. 6, Gef. v. 28. März 1874, Nr. 11. Vergl. Zeitschr. f. R. XXXIX, 40 f.; 131; S c h o t t e l i u s, das. XXXII, 84; M a n s f e l d, Grundbuchgef., 2. Aufl., S. 196, Note 1. Wenn auch das bauerliche Ehegüterrecht dem Aufkömmling dieses Zustimmungsvorrecht bei Veräußerungen durch die Hofeigenthümerin nicht einmal bei Verdinglichung des Mitbesitzrechts gegeben haben sollte (vergl. Zeitschr. f. R. LX, 24), so ist doch §. 4, I. c. nicht eine vom Ehegüterrecht unabhängige Bestimmung, sondern Theil desselben u. deshalb durch das B. G. B. ebenso wenig berührt wie dieses. — Zu dem bloß obligatorischen Veräußerungsvertrage bedarf der Aufkömmling der Zustimmung der Hofeigenthümerin nicht (Zeitschr. f. R. XXXIX, 131). Dagegen sind den Veräußerungen die Belastungen gleichgestellt (Zeitschr. f. R. XXXIX, 40 f.; XXXII, 84). M a n s f e l d, das. XLVI, 108 will die Vorschrift für Belastungen nur gelten lassen, wenn sie in fraudem legis den Veräußerungen gleichkommen. Dann aber fehlt jede sichere Grenze. Vor dem Hofesgef. v. 28. März 1874 war die Ansicht, daß der Aufkömmling den Hof nicht ohne Zustimmung der Frau dinglich belasten könne (vergl. S c h o l z III in Landwirthsch. Zeit. II, S. 30, §. 4). Es ist nicht anzunehmen, daß das Hofesgesetz hieran hat ändern wollen.

²³⁾ S. oben §. 123, III. — An dem übrigen freien Vermögen der Hofeigen-

insbesondere die getrennten Früchte, das Vieh und die Inventarstücke darf jedoch der aufgeheirathete Ehemann selbständig veräußern, hat aber dabei die Verpflichtung, den Hof demnächst wieder als fundus instructus zu hinterlassen²⁴⁾. Unter derselben Voraussetzung²⁵⁾ gehören ihm alle Einkünfte des Hofes, wogegen aber auch alle von ihm bei Vertretung, Bewirthschaftung und Nutzung des Hofes gemachten Schulden nicht vom Hofe, sondern von ihm persönlich zu tragen sind²⁶⁾.

Das Recht des Ehemannes auf demnächstige Leibzucht (Mentheil)²⁷⁾ und auf Abfindungen für seine Kinder früherer und späterer Ehen²⁸⁾ wird an anderer Stelle erörtert werden. Hier ist noch hervorzuheben, daß, wenn der aufgeheirathete Ehemann auf die Leibzucht weichen will, die Ehefrau, obwohl sie Hofeigenthümerin ist, einfach zu folgen hat²⁹⁾.

2. Ist die Ehefrau Aufkömmling, so erhält sie durch die Zuschreibung das Recht des lebenslänglichen Besizes im Hofe und des Mitgenusses mit ihrem Ehemanne³⁰⁾; zu Veräußerungen und Belastungen des Hofes und seines untrennbaren Allods³¹⁾ bedarf es ihrer Zustimmung³²⁾. Ueber ihr Recht auf demnächstige Leibzucht (Mentheil)³³⁾ und auf Abfindungen

thümerin hat er aber gar kein Recht, wenn dieselbe es sich als Paraphernalgut vorbehält. Im Uebrigen kommen hier jetzt lediglich die Grundsätze des B. G.-B. zur Anwendung.

²⁴⁾ Vergl. Zeitschr. f. R. XVI, 119; XXVIII, 139; XXXV, 157. S. auch unten Note 43.

²⁵⁾ D. h. dem Anerben den fundus instructus abzuliefern: Zeitschr. f. R. XXVIII, 138; XXXII, 814; Seuff. Arch. XVI, 235 (Wolf).

²⁶⁾ Die Richtigkeit dieses Satzes ist zwar nicht unbestritten (Zeitschr. f. R. XI, 39; XXI, 101), ergibt sich aber schon aus einem Vergleich mit den correspondirenden Rechten des Interimswirthes (s. unten §. 139) und insbesondere daraus, daß die gesammten Nutzungen dem Zugriffe der Gläubiger des Ehemannes unterliegen, soweit nicht die Ehefrau bei Vermögensverfall des Ehegatten ein Rückforderungsrecht hat; Zeitschr. f. R. IV, 67 (Seuff. Arch. VII, 343); XXVIII, 140; XXXII, 82. Vergl. auch Scholz III, Landwirthsch. Zeitschr. II, S. 89. Die Ersparnisse, soweit sie nicht zum fundus instructus zu ziehen sind, haben Allodialqualität, eröffnen daher für die Erben eine vom Hofe unabhängige Erbfolge nach dem B. G.-B.

²⁷⁾ S. unten §. 134.

²⁸⁾ S. unten §. 133.

²⁹⁾ Zeitschr. f. R. XXXII, 81 ff.; XL, 25; Entsch. d. R.-G. XIV, 196.

³⁰⁾ Vergl. Schottelius in Zeitschr. f. R., a. a. O.

³¹⁾ S. oben §. 123, II.

³²⁾ Dieser Grundsatz ist durch §. 4 des Hofeges. vom 28. März 1874, Nr. 11 aufgestellt und entspricht auch den Principien des heutigen Grundbuchrechts. Die ältere Praxis nahm ein hiervon abweichendes Gewohnheitsrecht an: Erf. d. L.-G. Wolf. v. 21. Dec. 1815 i. S. Wosse c. Fuhrmann; Zeitschr. f. R. XIV, 190; XL, 24. — Auch die Bewilligung einer Vormerkung bedarf jetzt der Zustimmung der Ehefrau (Zeitschr. f. R. XXXIX, 37); nicht dagegen der vom Hofeigenthümer abgeschlossene Veräußerungsvertrag (das. XXXIX, 131); ebensowenig die Verpachtung des Hofes oder einzelner Theile oder die Abgabe an den Anerben (das. XL, 23). Vergl. im Uebrigen noch oben Note 22.

³³⁾ S. unten §. 134.

für ihre Kinder aus früheren und späteren Ehen³⁴⁾ wird an anderer Stelle gesprochen werden.

II. Nach dem Tode des Hofeigentümers³⁵⁾.

1. Ist der Ehemann der Aufkömmling, so steht ihm vom Tode der Ehefrau an gesetzlich bis zur Großjährigkeit des Anerben ein Nießbrauchsrecht an dem Hofe zu³⁶⁾. Die Proprietät steht in jedem Falle dem Anerben bzw. den in gemeinsamer Were verbleibenden Miterben zu. Im Einzelnen ist hier über die Rechte und Pflichten des Aufkömmlings Folgendes zu bemerken:

- a) Hinsichtlich der Vertretung des Hofes in gerichtlicher und außergerichtlicher Beziehung gilt für den Aufkömmling nach dem Tode der Ehefrau dasselbe, wie vor deren Ableben, jedoch mit der Maßgabe, daß, wo hier die Zustimmung der Ehefrau erforderlich ist, dort die Genehmigung der Miterben bzw. der Vormundschaft einzuholen ist³⁷⁾.
- b) Veräußerungen und Belastungen des Hofes und seines untrennbaren Allods³⁸⁾ darf er nur mit Zustimmung der Miterben vornehmen³⁹⁾. Die sonstigen Zubehörungen⁴⁰⁾ darf er dagegen veräußern, soweit dies einer ordnungsmäßigen Bewirthschaftung entspricht, woneben Voraussetzung bleibt, daß er demnächst den fundus instructus restituirt⁴¹⁾. Ist ein Inventar errichtet, so bildet dies die Grundlage seiner Restitutionspflicht⁴²⁾. Die weitere Errungenschaft

³⁴⁾ S. unten §. 133.

³⁵⁾ Wird die Ehe geschieden, so muß die schuldige Ehefrau, vorbehaltlich der Erbrechte ihrer Kinder, vom Colonnate abziehen, wogegen der schuldige Ehemann seine durch die Ehe erworbenen Rechte verliert. Vergl. Busch, Beiträge zum Meierrecht, S. 101; v. Hagemann, Prakt. Grörl. VI, Nr. 33; VII, Nr. 40; IX, Nr. 32. S. auch die sich widersprechenden Entscheidungen über die Anwendbarkeit der gemeinrechtl. Privationsstrafen bei Bauerngütern i. Zeitschr. f. R. IX, 85 und XXIV, 116. Das B. G.-B. kennt keine Privationsstrafen mehr.

³⁶⁾ §. 15 Gef. v. 28. März 1874, Nr. 11, vergl. mit §§. 1649, 1661 B. G.-B. Vor 1900 hatte der aufgeheirathete Ehemann ein lebenslängliches Nießbrauchsrecht, falls er nicht durch Ehegiftung (vergl. D.-G., 3. Sen. v. 10. Febr. 1858 i. S. Deiters c. Hund) von vornherein beschränkt war. Durch §. 118, 3. 82 Br. Ausf. B. G.-B. ist das Wort „lebenslänglich“ des §. 15, l. c. ausdrücklich gestrichen. Ist die Ehe erst nach dem 31. Dec. 1899 durch den Tod aufgelöst, so gilt das spätere Recht.

³⁷⁾ Vergl. oben I, 1 a. D.-G. Wolf., 2. Sen. v. 6. Juli 1870 i. S. Bergmann c. Nordmann. S. auch Zeitschr. f. R. XX, 239; XXI, 98. Der zur Regierung gelangende Anerbe tritt ohne Weiteres in schwebende Prozesse des Hofes ein. D.-G., 1. Sen. v. 1856 i. S. Schilling c. Cammer.

³⁸⁾ S. oben §. 123, II.

³⁹⁾ Vergl. oben I, 1, c.

⁴⁰⁾ S. oben 123, III. Vergl. auch oben bei Note 24.

⁴¹⁾ Vergl. Zeitschr. f. R. XXXV, 157.

⁴²⁾ Vergl. unten Note 43. — Sind in dem Inventar Abschätzungen enthalten, so sind bei der Festsetzung der Restitutionspflicht die Preisschwankungen der in Frage kommenden Zeitpunkte zu berücksichtigen. Vergl. aber auch Seuff. Arch. XVI, 235 (Wolf.).

verbleibt dem Aufkömmling ⁴³⁾. Für Verwendungen und Verbesserungen kann er nur Ersatz verlangen, soweit sie nicht von den Einkünften des Hofes oder von dem eingebrachten Vermögen gedeckt werden konnten ⁴⁴⁾. Für Verschlechterungen haftet er nur im Falle des Verschuldens ⁴⁵⁾.

- c) Der Aufkömmling braucht während der Dauer seines Rechts die Kinder nach deren Großjährigkeit oder Verheirathung nicht mehr im Hofe zu belassen, sofern sie nicht krank oder sonst verdienstunfähig sind ⁴⁶⁾. Bleiben die Kinder im Hofe, so müssen sie die gewöhnlichen wirtschaftlichen Arbeiten als Gegenleistung für ihren Unterhalt verrichten. Daraus ergibt sich, daß die Kinder für diese Arbeit keinen Lohn beanspruchen können ⁴⁷⁾. Abfindungen braucht er vor der Hofabgabe an die Kinder nicht zu zahlen, nicht einmal bei deren Fortgang vom Hofe oder Verheirathung. Dagegen hat er den Töchtern bei deren Heirath eine standesgemäße Aussteuer zu gewähren ⁴⁸⁾.
- d) Mit der Abgabe des Hofes ⁴⁹⁾ an den Anerben ⁵⁰⁾ erhält der Aufkömmling ein Recht auf Leibzucht (Altenthail), worüber später ge-

⁴³⁾ Die Einkünfte gehen also an sich sämmtlich ins Eigenthum des Aufkömmlings über; nur die Restitutionspflicht verbindet ihn zur Rückerstattung insoweit, als erforderlich ist, um den fundus instructus erscheinen zu lassen. Dazu gehört, wenn ein Inventar nicht errichtet war, das zur ordnungsmäßigen Wirtschaftsführung erforderliche lebende und todte Inventar und die bis zur nächsten Ernte erforderlichen Früchte.

⁴⁴⁾ Zeitschr. f. R. I, 67; VI, 41; XXV, 171. Für außerordentliche Aufwendungen, z. B. Neubauten, Bezahlung von Schulden, kann der Aufkömmling immer Ersatz verlangen. Scholz III, Abfindungen III, 89; Der selbe, Landwirthschaftl. Zeitung II, 98, 101; Zeitschr. f. R. XI, 9, 39; XXI, 101. Vergl. auch unten Note 48.

⁴⁵⁾ Der Aufkömmling haftet für culpa in custodiendo: Zeitschr. f. R. XXVIII, 137.

⁴⁶⁾ Zeitschr. f. R. XVII, 49 ff.; Scholz III, Abfindungen S. 54. Ebenso: D.-G., 1. Sen. v. 10. Juli 1857 i. S. Biedt c. Biedt; 2. Sen. v. 24. Sept. 1857 i. S. Hansen c. Hansen; Rescr. Plen. D.-G. v. 26. October 1861 i. S. Mönkemeyer tut.

⁴⁷⁾ Scholz III, Landwirthschaftl. Zeitung II, 1 ff.; Der selbe, Abfindungen, S. 166; a. M.: v. Bülow u. Hagemann, Prakt. Erört. II, 355; v. Ende, Jurist. Ausf. II, 32. Seuff. Arch. XXI, 47 (Wolff.). Entschädigung können die Kinder aber jedenfalls dann verlangen, wenn sie gegen ihren Willen zurückgehalten werden oder etwas Anderes vereinbart ist; Zeitschr. f. R. XIX, 255.

⁴⁸⁾ Scholz III, Landwirthschaftl. Zeitung II, Heft 1, S. 58 ff.; Heft 2, S. 324 ff.; Zeitschr. f. R. XXI, 101. D.-G., II. Sen. v. 8. April 1884 i. S. Lehre c. Kirchmann, bestät. v. R.-G. — Für gezahlte Abfindungen hat er dagegen keinen Erlassanspruch (Erf. d. D.-G. Wolff. v. 16. März 1846, bestätigt v. D.-M.-G. Wolff. v. 11. Juni 1847 i. S. Eppers c. Meyer), es müßte denn sein, daß er die Zahlung nicht aus Hofüberschüssen geleistet hätte (D.-G., 2. Sen. v. 26. October 1857 i. S. Cahnmann c. Rähwie).

⁴⁹⁾ Vergl. oben bei Note 29.

⁵⁰⁾ Ueber die Bestimmung des Anerben s. unten §. 135.

handelt werden wird⁵¹⁾. Gleichzeitig werden auch die Abfindungen der Kinder fällig, wobei zu beachten ist, daß der Aufkömmling auch Anspruch auf Abfindungen für seine in späteren Ehen vor der Abgabe des Hofes gezeugten Kinder und auf Leibzucht für seine späteren Ehefrauen hat⁵²⁾.

2. Die Ehefrau als Aufkömmling hat nach dem Tode ihres Ehegatten zunächst das Recht der alleinigen und selbständigen Vertretung, Bewirthschaftung und Nutzung des Hofes bis zur Volljährigkeit des Anerben⁵³⁾ in derselben Weise, wie der Ehemann als Aufkömmling⁵⁴⁾. Die aufgeheirathete Ehefrau hat ferner das Recht, bei einer Wiederverheirathung ihr Recht am Hofe bis zur Volljährigkeit des Anerben auf den neuen Ehemann (den sogenannten Interimswirth), mit Zustimmung der Obervormundschaft in geeigneten Fällen auch auf längere Zeit, mit zu übertragen⁵⁵⁾. Schließlich hat die eingeheirathete Ehefrau den Anspruch⁵⁶⁾, von dem Augenblicke der Abgabe des Hofes an den Anerben an gerechnet für sich und den etwaigen Interimswirth eine Leibzucht (Altentheil)⁵⁷⁾ und für ihre Kinder aus späteren Ehen, soweit sie nur vor der Hofabgabe bereits erzeugt sind, Abfindungen zu beziehen⁵⁸⁾. Auch für die bei der Einheirath zugebrachten Kinder, selbst für die unehelichen, kann sie im Zweifelsfalle Abfindungen beanspruchen, vorausgesetzt, daß sie Vermögen in den Hof inferirt hat⁵⁹⁾.

⁵¹⁾ S. unten §. 134.

⁵²⁾ Vergl. unten §. 133. — Ein eventuelles Anerbenrecht haben aber die Kinder des Aufkömmlings nach dem Hofesges. v. 28. März 1874 nicht mehr.

⁵³⁾ Ges. v. 28. März 1874, Nr. 11, §. 16. Die die Hofswirthschaft fortsetzende aufgeheirathete Ehefrau ist zwar verpflichtet, dem Anerben, sobald dieser zur Hofsanahme schreitet, die zur Fortführung der Hofswirthschaft bis zur nächsten Ernte erforderlichen Wirthschaftsvorräthe zu übergeben, hat aber die bis zu solcher Annahme aus der Wirthschaft gezogenen sonstigen Nutzungen kraft eigenen Rechts an dem Hofe gewonnen. D.-G., 2. Sen. vom 13. December 1876 i. S. Achilles c. Giffhorn u. Gen.

⁵⁴⁾ Vergl. oben II, 1. — Sie muß u. A. auch die auf dem Hof ruhenden öffentlichen Lasten u. Privatlasten, wie jährliche Zinsen, tragen, ist aber nicht zu Capitalzahlungen oder Abträgen, wie z. B. bei Leihhausdarlehen, verpflichtet. D.-G., 3. Sen. v. 23. November 1874 i. S. Fricke c. Fricke. — Ueber die Anwendung der bäuerlichen Parömie „Kinderzeugen bricht Ehestiftung“ auf die aufgeheirathete Ehefrau vergl. noch Zeitschr. f. R. V, 125; VI, 41; I, 103; X, 73; Seuff. Arch. XVI, 135.

⁵⁵⁾ S. unten §. 138.

⁵⁶⁾ Diesen Anspruch erwirbt die Ehefrau auch ohne vertragliche Zusicherung durch die einfache Thatfache der Einheirath.

⁵⁷⁾ Vergl. unten §. 134.

⁵⁸⁾ Vergl. unten §. 133.

⁵⁹⁾ Scholz III, Abfindungen, §. 88.

Zweiter Abschnitt.

Das bäuerliche Erbrecht.

§. 132.

Anerbenrecht.

1. Das Wesen des Anerbenrechts besteht darin, daß beim Vorhandensein mehrerer, nach der Reihenfolge des allgemeinen Erbrechts berufener Erben eines Hofbesitzers nur einer derselben zum Naturalbesitz des Bauerngutes gelangt, während die übrigen Erben Abfindungen, der miterbende Ehegatte des Erblassers eine Leibzucht (Altentheil) aus dem Hofe erhalten¹⁾.

2. Dieses Anerbenrecht tritt aber nicht immer beim Tode des Hofbesitzers ein, vielmehr hat seine Anwendbarkeit die Voraussetzungen²⁾:

- a) daß Abkömmlinge des Hofeigenthümers vorhanden sind³⁾,
- b) daß der Erblasser zur Zeit seines Todes Alleineigenthümer des Hofes war⁴⁾,
- c) daß der Erblasser zur Zeit seines Todes seinen Wohnsitz im Herzogthume Braunschweig hatte⁵⁾,

¹⁾ Die fortdauernde Geltung des Anerbenrechts ergibt sich aus Art. 64 E. B. G.-B. — Ueber den Grund des Anerbenrechts vergl. Zeitschr. f. R. XIV, 142.

²⁾ §§. 6 u. 7 d. Hofsegef. v. 28. März 1874, Nr. 11. Fehlt eine dieser Voraussetzungen, so tritt die Erbfolge des B. G.-B. ein. — Das Anerbenrecht tritt tatsächlich auch dann nicht ein, wenn schon gegen den Erblasser für eine dritte Person ein Anspruch auf Herausgabe des Bauerngutes begründet war, welcher demnach auch mit Erfolg gegen die Erben des Hofbesitzers geltend gemacht werden könnte. Zeitschr. f. R. XXXIX, 137.

³⁾ §. 7, 1. c. Vergl. Note 2 u. Zeitschr. f. R. XX, 40. — Vor dem Hofsegef. war auch ein eventuelles Anerbenrecht des Ehegatten und der Kinder des Interimswirthes und des Aufkömmlings anerkannt, nie jedoch ein solches der Seitenverwandten. Vergl. D.-G. Wolf. v. 3. Jan. 1873 i. S. Dettmer c. Denecke; Seuff. Arch. XXVIII, 46 (Wolf.); außerdem Zeitschr. f. R. XVIII, 148 bezügl. d. Wittwe u. D.-G. Wolf., 3. Sen. v. 13. Jan. 1858 i. S. Müller c. Müller bezügl. des Leibzückters.

⁴⁾ §. 6, 1, 1. c. — Ein Anerbenrecht an einem ideellen Theil eines Bauernhofes, gleichwie die bauernrechtliche Abfindung der Geschwister des Anerben von einem solchen Theile und die Leibzucht an einem solchen ist ebenso unvereinbar mit den bauernrechtlichen Grundsätzen als unausführbar: Zeitschr. f. R. XX, 54. Vergl. Seuff. Arch. XXIV, 51 (Wolf.); XXVIII, 45 (Wolf.).

⁵⁾ §. 6, 2, 1. c. Bei doppeltem Wohnsitz genügt es, wenn nur einer im Herzogthume begründet war. Diese Bestimmung des Gesetzes ist auf Antrag der Commission mit der Begründung hinzugefügt, daß dergl. Außenwohner regelmäßig kein Interesse am Anerbenrecht haben. I. Commissionsber., §. 4, Anlage 192 b. Landtagsverhandl. XXXVII.

- d) daß das Bauerngut keine Zubehörung eines Ritter- oder sonstigen Gutes bildet⁶⁾.

Unter Nachkommen verschiedenen Grades geht ohne Rücksicht auf das Geschlecht und das Alter der nähere Grad dem entfernteren vor⁷⁾. Unter Nachkommen gleichen Grades giebt das männliche Geschlecht und unter diesem das höhere Alter den Vorzug⁸⁾. Entgegenstehende Observanzen sind ausdrücklich aufgehoben⁹⁾.

3. Den Gegenstand des Anerbenrechts bildet:

- a) das zum Nachlaß gehörige bebaute Bauerngut,

⁶⁾ §. 6, 3, 1. c. Zubehör eines solchen Gutes bildet der Hof, wenn letzterer mit jenem eine wirthschaftliche Einheit ausmacht und demgemäß von jeher mit und von jenem aus cultivirt wurde.

⁷⁾ §. 7, 1. c. Nach dem im Text 2a hervorgehobenen Grundsatz kann es sich hierbei nur um die verschiedenen Grade handeln, welche einerseits die Kinder, andererseits die Enkel oder Urenkel des Erblassers bilden. Vollkommen Adoptirte und Arrögirte des gem. R. oder an Kindesstatt Angenommene des B. G. B. stehen den Kindern gleich.

⁸⁾ §. 7, 1. c. — Dieser Grundsatz stand schon früher observanzmäßig fest. Waldeck, Controversen, S. 229, Note; Steinacker, Br. Privatr., S. 548, 3. 2; D.-G. Wolf., 1. Sen. v. 9. Sept. 1859 i. S. Ohm c. Ohm; Bege, Repert. IX, 113. Dagegen hat ein Vorzug der Kinder erster Ehe vor denen aus späteren Ehen des Erblassers, von observanzmäßigen Ausnahmen abgesehen, nie bestanden. Steinacker, a. a. O., Note 6, D.-G. Wolf. v. 13. Dec. 1837 i. S. Lehnhof c. Meyer; D.-G. Wolf. v. 15. Jan. 1862 i. S. Hoppe c. Schulze. Die früheren abweichenden Observanzen hat das Hofsegeß beseitigt.

Unter Zwillingen Brüdern oder Zwillingsschwestern hat dasjenige Kind den Vorzug, welches zuerst das Licht der Welt erblickt hat. Francke, Entsch. d. D.-M.-G. Celle, S. 8. — Eheliche Geburt geht der unehelichen nicht vor. Zeitschr. f. R. I, 107 u. Cass.-hof Wolf. v. 2. November 1852 i. S. Horenburg c. Haase; a. M.: D.-M.-G. Celle in Wölktje, Entsch. II, Nr. 8, 39; IV, Nr. 49.

⁹⁾ §. 7, Abs. 2, 1. c. Die hauptsächlichsten früheren Abweichungen waren die folgenden:

1. Das Minorat galt im Amte Thedinghausen nach der Landesf. Verordn. vom 25. April 1776, vergl. mit dem Attest vom 22. März 1798 (Frederisdorff, Promt. IV, 242; VII, 157; Steinacker, Promt. II, 140; Schneider, Repert. I, 512 f.).
2. Das Minorat galt ferner herkömmlich in den ehemaligen Ämtern Warberg, Eich, Harzburg, Gandersheim, Lutter a. B., Winnigstedt, Borsfelde, Neuhaus, Bährdorf, Königsutter und in den Dörfern Ahls- hausen und Sievershausen des früheren Amtes Staufenburg. Gesenius, Meierrecht I, 539.
3. Im Amte Wickenfen (mit Ausnahme des Dorfes Lüerdisfen) bestand observanzmäßig ein sich nur auf die Töchter beziehendes Minorat. Steinacker, Br. Privatr., S. 549, Note 7 u. dort Cit.
4. Der Vorzug der Söhne vor den Töchtern galt nicht in den Ämtern Ottenstein und Greene. Gesenius, Meierrecht I, 538. Sonst: Bege, Repert IX, 113.
5. Selten fand sich das sogen. Rörrecht, wonach der Älteste die Theile machte und der Jüngste zuerst wählte. Vergl. Scholz III, Landwirthsch. Zeitung I, 1 ff.

- b) das gesammte Zubehör¹⁰⁾, auch wenn dasselbe aus einem oder mehreren wüsten Höfen besteht¹¹⁾,
- c) das nothwendige Haus- und Hofinventar, sowohl das lebende als das todt, einschließlich des Düngers und der vorhandenen, für die Fortführung der Hofwirthschaft bis zur nächsten Ernte erforderlichen Futter-, Frucht- und sonstigen Vorräthe¹²⁾.

Gehören aber zu einem Nachlasse mehrere selbständige Höfe, d. h. solche, welche bisher keine wirthschaftliche Einheit bildeten, so kann jeder Erbe in der Reihenfolge seiner Berufung zum Anerbenrecht sich einen Hof wählen. Sind mehr getrennt bewirthschaftete Höfe als Nachkommen vorhanden, so wird die Wahl in derselben Reihenfolge wiederholt¹³⁾.

Der hiernach äußerlich fest umgrenzte Gegenstand des Anerbenrechts wird bezüglich seines Werthes durch die Höhe der den Miterben von dem Hofe zufallenden Abfindungen und der Leibzucht beeinflusst. Ist über deren Höhe vom Erblasser eine gültige Bestimmung nicht getroffen¹⁴⁾, so kann der Anerbe verlangen, daß dieselben bei der Erbtheilung nur so hoch bemessen werden, daß der Hof bei Kräften bleibt. Zu diesem Zwecke hat er den Anspruch, daß er durch den Hof nebst Zubehör einen Vermögenswerth erhält, welcher dem ihm nach Intestaterbrecht zukommenden Erbtheile mit einem höchstens ein Drittel des zu ermittelnden Hofwerthes betragenden Voraus entspricht¹⁵⁾. Hierbei geschieht die Ermittlung des Hofwerthes in der Weise¹⁶⁾, daß die Einzelwerthe

¹⁰⁾ Nach §. 2 des Hofesges. v. 28. März 1874 gelten als Zubehör diejenigen Grundstücke und Berechtigungen, welche bei einem Bauernhofe benutzt oder bewirthschaftet werden, wenn sie auch zeitweise verpachtet oder als Leibzuchtsland ausgegeben sind. S. oben §. 123, Z. 3. Vergl. auch oben §. 23; Zeitschr. f. R. XXXIX, 137.

¹¹⁾ Unter wüsten Höfen, die ihre Existenz meist dem 30 jährigen Kriege verdanken, versteht man ursprünglich solche, die keinen eigenen Wobauer haben (Steinacker, Privatr., S. 537 f.). Auf den Mangel an Wirthschaftsgebäuden kommt nichts an (Hagemann, Prakt. Erört. V, 179). Vergl. auch v. Liebhauer, Einl. II, 396 f. u. Zeitschr. f. R. XXV, 166.

¹²⁾ §. 9, l. c. S. auch oben §. 123, Z. 3 u. Zeitschr. f. R. XI, 10; XXVIII, 138 ff. Ueber die Zulässigkeit der Vindication des Inventars im Ganzen vergl. Francke, Entsch. d. O.-A.-G. Celle, S. 29. — Die nicht hierunter fallenden Inventarstücke und Vorräthe vererben sich nach dem Recht des B. G.-B.

¹³⁾ §. 10, l. c.

¹⁴⁾ Vergl. unten §. 135.

¹⁵⁾ §. 11, l. c. Unter Hofswerth ist hier der Werth des Hofes verstanden, soweit er Gegenstand des Anerbenrechts ist. Pachtgelder gehören mit dem Augenblick der Fälligkeit zur Allodialmasse und vererben sich deshalb nach dem B. G.-B. Vergl. O.-G., 2. Sen. v. 21. April 1866 i. S. Vollbrecht c. Vollbrecht. — „Bilden Anbauer- oder Brinkfigerwesen oder sonstige bäuerliche Besitzungen den Gegenstand der erbshastlichen Auseinandersetzung, bei denen fruchtttragende Grundstücke gar nicht oder nur von geringer Bedeutung für landwirthschaftliche Venuzung sich befinden, so muß der Anerbe auf Verlangen der Miterben sich gefallen lassen, daß das Voraus vermindert wird oder ganz hinwegfällt“; §. 11, Abs. 5, l. c. Da aber gerade bei kleineren Höfen die Gewährung eines Voraus deren Lebensfähigkeit bedingt, ist von der Bestimmung des Gesetzes nur mit Vorsicht Gebrauch zu machen.

¹⁶⁾ Vergl. Gef. v. 29. Nov. 1888, Nr. 59.

des Hofes, seiner Zubehörungen und seines gleichfalls den Gegenstand des Auerbenrechts bildenden Inventars nach ihren Schätzungen¹⁷⁾ zusammengezählt und hiervon die auf dem Hofe ruhenden öffentlichen Lasten und Abgaben¹⁸⁾, sowie die privaten dinglichen Rechte und Hypotheken abgezogen werden¹⁹⁾. Die sonstigen Schulden des Erblassers kommen dagegen bei dieser Werthberechnung regelmäßig nicht in Betracht, da für sie nicht der Auerbe als solcher²⁰⁾, sondern alle Erben nach Maßgabe des B. G.-B. haften²¹⁾.

4. Der Erwerb des Auerbenrechts als eines selbständigen, mithin übertragbaren und vererblichen Vermögensbestandtheiles²²⁾ durch den Auerben, fällt nicht immer mit seiner Berufung zusammen²³⁾. Dieses ist vielmehr nur dann der Fall, wenn der Hof mit dem Tode seines Eigenthümers nicht in die gemeinsame Were des überlebenden Ehegatten und der sämtlichen miterbenden Abkömmlinge fällt²⁴⁾. Tritt aber, was die Regel bildet, zunächst die gemeinsame Were ein, so ist die Gesamtheit der Miterben bis zur Auseinandersetzung

¹⁷⁾ Bei der Abschätzung des Hofes ist nicht der Verkaufswerth maßgebend (Zeitschr. f. R. XXXVII, 186), sondern die sog. wirtschaftliche Lage zu Grunde zu legen, d. h. derjenige Werth, welchen der Hof in der Hand des die Wirtschaft fortsetzenden Auerben hat. Zeitschr. f. R. XIII, 157. Bezüglich der Grundsätze über die Ermittlung des Hofswerthes zum Zweck der Erbtheilung s. auch Bolze, Praxis d. R.-G. XIII, Nr. 95. Anstatt der selbständigen Schätzung des Hofes wird in der Praxis auch häufig der Grundsteuerertrag zu Grunde gelegt und mit 3 Proz. oder $3\frac{1}{2}$ Proz. capitalisirt. Vergl. Kulemann im Arch. f. civ. Pr., Bd. 86, S. 271 ff.

¹⁸⁾ Vergl. §. 12, l. c. Zeitschr. f. R. XIII, 158.

¹⁹⁾ Vergl. §. 12, l. c. Scholz III, Abfindungen, a. a. O.; Runde, Leibzucht, S. 465; Pfeiffer, Pratt. Ausf. IV, 148 f.; VIII, 337 f.; Arch. f. prakt. Rechtsw. IV, 310 ff.; Zeitschr. f. R. XXVIII, 183; XXXV, 13 u. Erf. d. D.-L.-G. Wolf. v. 29. Febr. 1828 i. S. Bohn c. Hausmann.

²⁰⁾ Vergl. Erf. des D.-L.-G. Wolf. vom 22. Sept. 1835 i. S. Guers c. Fischer; Zeitschr. f. R. XXVIII, 187; XXXV, 11; XLII, 74. Nur wenn der Auerbe diese Schulden übernommen, haftet er für sie; in welchem Falle auch der Hofswerth als durch diese Schulden vermindert anzusehen ist. Zeitschr. f. R. XXV, 219 ff.; XXX, 170, 175; XXXVIII, 29, XLII, 74. Dagegen ist der Werth der Leibzucht des Aufkömmlings als Hofschuld beim Werthe des Hofes zu berücksichtigen. D.-G., l. Sen. v. 9. Sept. 1859 i. S. Ohm c. Ohm. — Im Uebrigen vergl. über die Tragweite des Vorbehalts im Art. 64 G. B. G.-B. hinsichtlich der Nachlassverbindlichkeiten: Planck, Comm., 2. Aufl., VI, S. 147, Note 3 b, g u. c.

²¹⁾ Vergl. Steinacker, Br. Privatr., S. 542, Note 4; Pfeiffer, Pratt. Ausf. IV, 148; VIII, 337; Buntzli, D. Privatr. II, 79; Arch. f. prakt. Rechtsw. IV, 310; Erf. des D.-L.-G. Wolf. vom 29. Februar 1828 i. S. Bohn c. Hausmann u. A.

²²⁾ Sog. Transmission des Auerbenrechts.

²³⁾ D. h. mit dem Tode des Erblassers.

²⁴⁾ Zeitschr. f. R. X, 73; XII, 52; XVI, 89; XX, 68, 120, 241; XXI, 100; XXV, 167; Seuff. Arch. XXVI, 49 (Wolf.). Statt der gemeinsamen Were findet aber der Grundsatz: „der Todte erbt den Lebendigen!“ nur Anwendung, wenn der Eigenthümer ohne Hinterlassung eines Ehegatten verstirbt und nur einen einzigen Nachkommen hat. Vergl. unten §. 136. Dabei ist es gleichgültig, ob bei Eröffnung der Erbfolge diese kraft Gesetz oder kraft letztwilliger Verfügung (vergl. oben §. 135) feststeht; Zeitschr. f. R. XXXVIII, 88.

Eigenthümerin des Hofes und dieser auf den Namen aller Miterben einzutragen²⁵⁾. Erst mit der Auseinandersetzung, also mit der Realisirung der Hofannahme, erhält der Anerbe ein selbständiges Recht und ist mit Zustimmung der Miterben als Alleineigenthümer im Grundbuche einzutragen²⁶⁾. Stirbt er vor diesem Zeitpunkte, so erlischt sein Recht zu Gunsten des nach ihm berufenen Hoffindes und geht nicht auf seine Erben über²⁷⁾.

5. Das Recht des A n e r b e n, die Auflösung der gemeinsamen Were durch Erbauseinandersetzung und damit die Abtretung des Hofes zum Alleineigenthum zu verlangen, tritt mit seinem vollendeten 21. Lebensjahre ein²⁸⁾. Dieses Recht ist kein dingliches, sondern nur ein obligatorischer Anspruch²⁹⁾. Zur Eintragung des Eigenthumes auf den Namen des Anerben bedarf es der Zustimmung der bisher mit ihm in ungetheilter Gemeinschaft verbliebenen Miterben³⁰⁾.

²⁵⁾ §. 14, Abf. 1 Br. Ausf. B. G.-B., früher ebenso §. 25, Abf. 2 Br. G.-B.-D. S. unten §. 136.

²⁶⁾ §. 14, Abf. 2 l. c.

²⁷⁾ Zeitschr. f. R. IX, 154; X, 73 (Seuff. Arch. XVI, 135); XII, 52, 54; XX, 68 (Seuff. Arch. XXVIII, 147); XX, 120, 241; XXI, 100; XXV, 167; XXX, 83; XXXVIII, 88. Bis zum Jahre 1845 wurde in der Praxis der Braunschw. Obergerichte gleichfalls an dem Grundjage festgehalten, daß erst mit erfolgter Erbtheilung das Anerbenrecht in Wirksamkeit trete. Vergl. Erf. d. Fürstl. L.-G. Wolf. v. 25. Juni 1824 u. d. D.-A.-G. Wolf. v. 14. Sept. 1824 i. S. Boges c. Diedrich; D.-A.-G. Wolf. 1824 i. S. Fricke c. Hanjen; L.-G. Wolf. v. 22. Febr. 1828 i. S. Lippner c. Jöhns; Decr. d. D.-A.-G. Wolf. v. 4. Nov. 1845 i. S. Schwieger c. Schwieger. Hiernach verschaffte sich die abweichende Ansicht Geltung, daß der Anerbe mit seiner Berufung ipso jure Eigenthümer werde. Vergl. Seuff. Arch. XVI, 234 (Wolf.); Erf. d. D.-G., 3. Sen. v. 18. Dec. 1850 i. S. Klünker c. Kahlenberg; Erf. d. D.-G. Wolf., 1. Sen. v. 4. Febr. 1853 i. S. Lüdecke c. Lüdecke; Zeitschr. f. R. IX, 154; XI, 89; XVI, 88; XXV, 167; vergl. das. XXXVIII, 88; f. auch Entsch. d. Reichsger. XIV, 196. Ebenso: Kunde, Interimswirthsch., §. 23. — Mit der jetzt herrschenden, im Text dargelegten Ansicht befand sich M a n s f e l d, Grundbuchgef., S. 188 ff., insofern in Streit, als er behauptete, daß das Anerbenrecht seit dem Hofeserwerb, nicht erst durch Realisirung der Hofannahme, sondern schon mit Vollendung des 21. Lebensjahres des Anerben erwerblich und cessibel werde. Der §. 15, l. c. sagt aber nur, daß dem Anerben mit diesem Zeitpunkte das Recht erwachse, die Auseinandersetzung zu verlangen. Die Praxis des Obergerichtes hat deshalb an der herrschenden Ansicht festgehalten. Vergl. Zeitschr. f. R. XXX, 83; XXXVIII, 88. — Dieselbe Rechtsfolge wie mit dem Tode tritt mit dem Verzicht des Anerben ein. Vergl. Seuff. Arch. XVI, 234, II.

²⁸⁾ §. 15 des Hofeserw. v. 28. März 1874, Nr. 11; vergl. oben Note 27 und Zeitschr. f. R. VI, 38. Die aufgetraute Ehefrau kann jedoch der Herausgabe des Hofes so lange widersprechen, bis sie wegen der ihr zukommenden Leibzucht sicher gestellt ist, wobei übrigens bereits die Einweisung in den Leibzuchtsbesitz als eine solche Sicherstellung anzusehen ist: Zeitschr. f. R. VI, 43.

²⁹⁾ Zeitschr. f. R. IX, 154. Die Einrede, daß zuvor eine gänzliche Auseinandersetzung wegen des gesammten Nachlasses des gemeinschaftlichen Erblassers erfolgen müsse, ist unzulässig: Zeitschr. f. R. VI, 38.

³⁰⁾ §. 14, Abf. 2 Br. Ausf. G.-B.-D., früher §. 25, Abf. 2 d. Grundbuch-Ordn. v. 8. März 1878. Vergl. dazu: M a n s f e l d, Grundbuchgef., S. 188 ff. Vergl. oben bei Note 25 u. 26, sowie unten §. 136.

Ueber die Pflicht des Anerben, die Hofschuld zu übernehmen, ist bereits oben gesprochen³¹⁾. Im Uebrigen hat der Anerbe mit Antritt der Hofregierung die Verpflichtung, seine minderjährigen Geschwister zu alimentiren, selbst vor den auf der Leibzucht sitzenden Eltern³²⁾. Gebrechliche Kinder hat er im Hofe zu ernähren³³⁾.

6. Der Verlust des Anerbenrechts durch den Tod des Anerben vor erfolgter Auseinandersetzung ist bereits oben besprochen³⁴⁾. Einen Verlust in Folge Unfähigkeit des Erben giebt es nicht mehr³⁵⁾. Dem Anerben steht es dagegen frei, auf seine Erbschaft überhaupt oder auch bloß auf das aus seiner Eigenschaft als Anerbe hervorgehende Recht zu verzichten. In der Ausschlagung der ganzen Erbschaft liegt nothwendiger Weise auch ein Verzicht auf das Anerbenrecht³⁶⁾. Will der als Anerbe Berufene an der Erbschaft nicht als Anerbe theilnehmen, sondern als gewöhnlicher Erbe, also als Abfindling, so kann er in einer gerichtlichen oder notariellen Urkunde einseitig auf sein Anerbenrecht verzichten. Annahme dieses Verzichtes ist nur dann erforderlich, wenn er zu Gunsten eines bestimmten Hofkinds Verzicht leistet³⁷⁾. Verträge über

³¹⁾ S. bei Note 18 bis 21. In schwebende Hof-Processe tritt er ohne Weiteres ein. D.-G., 1. Sen. v. 3. Oct. 1856 i. S. Schilling c. Cammer; D.-L.-G. v. 1845 i. S. Haitlingen c. Schnelle u. Conf.

³²⁾ Scuff. Arch. XII, 287 (Celle). Dieses Recht ist höchst persönlich und deshalb nicht übertragbar; Zeitschr. f. R. XXI, 103. Ueber verheirathete Hofkinder vergl. das. XVII, 49. Darüber, daß auch diese gesetzliche Pflicht von dem Vorbehalt des Art. 64 E. B. G.-B. gedeckt wird, vergl. Pland, Commentar, VI, S. 146, Note 3, b, β.

³³⁾ Die Verpflichtung ist wie eine auf dem Hofe ruhende Reallast zu betrachten. Zeitschr. f. R. XXVIII, 188; XXXV, 11; Scuff. Arch. XXIV, 255 (Wolf). Die Verpflichtung ist jedoch nur eine subsidiäre und fällt fort, sobald sich dem Gebrechlichen andere ausreichende Unterhaltungsquellen eröffnen. Erf. d. D.-A.-G. Wolf. v. 1829 i. S. Hade c. Hade; 1850 i. S. Behrens c. Ziegenbein. Vergl. auch Scuff. Arch. XXIII, 154 (Celle) u. Steinacker, Br. Privatr., S. 555, Note 13.

³⁴⁾ S. oben bei Note 27.

³⁵⁾ Ueber das frühere Recht des Gutsherrn vergl. Zeitschr. f. R. IX, 154 und Wölftje, Entsch. d. D.-A.-G. Celle VI, Nr. 105. Vergl. auch Geseuius, Meirr. I, 510. Bege, Repert. IX, 112 (Blödsinn des Anerben). Wenn die zur Anerbin designirte Tochter außerehelich gebar, wurde sie nicht unwürdig (D.-G., 2. Sen. v. 13. Dec. 1852 i. S. Röber c. Röber). Ebenjowenig konnte ein Anerbe wegen körperlicher Gebrechen ausgeschlossen werden (D.-G., 3. Sen. v. 4. Febr. 1867 i. S. Koch c. Koch). Die Unwürdigkeitsgründe des allgemeinen Erbrechts gelten dagegen fort. B. G.-B. §§. 2339 ff.

³⁶⁾ S. auch Zeitschr. f. R. XI, 170. Ein Verzicht kann möglicherweise auch in der Annahme einer Abfindung gefunden werden, welche Annahme in einer notariellen oder gerichtlichen Urkunde bestätigt war (D.-G., 2. Sen. 16. Dec. 1876 i. S. Achilles c. Giffhorn). Vergl. §. 17 d. Hofesges. v. 28. März 1874, Nr. 11; f. auch Zeitschr. f. R. I, 160.

³⁷⁾ §. 17 d. Hofesges. v. 28. März 1874, Nr. 11. Solange der Verzichtende minderjährig ist, bedarf der Verzicht zu seiner Gültigkeit der obervormundschaftlichen Genehmigung. Ueber das ältere Recht s. noch Steinacker, Privatr., S. 75. — Ueber Ansetzung eines solchen Verzichtes durch die Gläubiger s. Zeitschr. f. R. XXXVIII, 87.

das Anerbenrecht bedürfen im Uebrigen, da sie dinglicher Natur sind, der gerichtlichen oder notariellen Verlautbarung³⁸⁾.

§. 133.

Abfindungen.

1. Unter Abfindungen¹⁾ versteht man die Erbtheile der nicht zur Hofnachfolge gelangenden Erben an dem Hofe²⁾. Ihrer Rechtsnatur nach bilden sie eine dingliche Last des Hofes und sind daher im Zweifel aus diesem zu zahlen³⁾.

2. Berechtigt zum Bezug einer Abfindung aus dem Hofe sind:

- a) die nicht zur Nachfolge in den Hof berufenen Abkömmlinge des Erblassers,
- b) der aufgeheirathete Ehegatte,

³⁸⁾ §. 313 bezw. §. 873 B. G. B., früher ebenso: §. 74 d. Gr.-Erw.-G. Vergl. auch Zeitschr. f. R. XXV, 203.

¹⁾ Scholz III, Abfindungen von deutschen Bauerngütern, 1838; Steinacker, Br. Privatr., S. 551 ff.; v. Liebhaber, Einl. II, 414 f.; vergl. auch Pfeiffer, Meierrecht, §. 25; Hagemann, Landwirthschaftsr., §. 272. Die fortdauernde Geltung des Rechts der Abf. ergibt sich aus Art. 64 E. B. G. B. Vergl. oben §. 121, Note 8.

²⁾ Vergl. Zeitschr. f. R. V, 125; XIII, 153; XIV, 68; Francke, Entsch. d. O.-A.-G. Celle, S. 54; Entsch. d. R.-G. XIV, 196.

³⁾ Die rechtliche Natur der Abfindungsansprüche ist nicht unbestritten (vergl. Mansfeld i. Zeitschr. f. R. XLVI, S. 134, dessen Ausführungen aber wohl nur de lege ferenda verstanden werden sollen). Ursprünglich waren sie persönlicher Natur, nahmen aber mit dem Niedergang der gutherrlichen Rechte mehr einen dinglichen Charakter an (Scholz III, Landwirthsch. Zeit. II, S. 28). Daran hat die vaterländische Literatur und Praxis festgehalten (O.-A.-G. Wolf. v. 16. März 1842 i. S. Boffe c. Cordes; Zeitschr. f. R. IX, 155; XII, 86; Scholz III, Landwirthsch. Zeit. II, 35, 37, 63; Derselbe, Jurist. Magazin, N. F., I, 4. Heft, S. 67 f.). Des Näheren wird die Abfindung als eine auf dem Bauerngute haftende Reallast bezeichnet (O.-G. v. 1831 i. S. Blume c. Blume, abgedruckt im Jurist. Magazin, N. F., I, 4. Heft, S. 74), ein anderes Mal als ein der Reallast ähnliches Recht (O.-A.-G. Wolf. i. Seuff. Arch. XI, 266). Auf demselben Standpunkte (vergl. noch Zeitschr. f. R. XXVIII, 188) stand früher das A.-G. Celle, indem es eine Abfindung deshalb als Reallast betrachtete, weil sie den jeweiligen Inhaber des Hofes nicht nur zur einmaligen Leistung der Abfindungssumme, sondern unter Umständen zum fortwährenden Unterhalte verpflichtete (Seuff. Arch. XXVII, 44). Auch verstand man früher unter Reallast, soweit man deren dingliche Natur überhaupt anerkannte, keineswegs nur die Verpflichtung zu wiederkehrenden Leistungen (Dunder, Reallasten, S. 61). Es wäre deshalb nicht ausgeschlossen, daß der Begriff der Reallast, insbesondere in Anwendung auf die Abfindung, particularrechtl. eine von anderen Rechtsgebieten abweichende Construction gefunden hätte und diese durch §. 53 Br. Ausf. B. G. B., dessen Titel „Reallasten“ lautet, gesetzlich sanctionirt wäre. Der allgem. Vorbehalt des Art. 64 E. B. G. B. würde dies jedenfalls zulassen (vergl. oben §. 2, Note 6). Unzweifelhaft aber ist es, daß die Abfindung landesgesetzlich ein dingliches Recht ist (Höfegesetz v. 28. März 1874, §. 11, Abs. 3; §. 53 Br. Ausf. B. G. B.; §. 17, Abs. 2, Br. Ausf. G. B. D.). Vergl. auch Zeitschr. f. R. XXXV, 13; Ue i. Zeitschr. f. R. XLVI, 198.

- c) der Interimswirth,
- d) die Kinder des Aufkömmlings aus seinen späteren Ehen⁴⁾,
- e) die Kinder des Interimswirthes aus seiner Ehe mit der aufgeheiratheten Ehefrau⁵⁾.

Die Abfindungen, welche dem Aufkömmling und dem Interimswirth zustehen, haben die besondere Bezeichnung Leibzucht oder Allentheil, auch ihre speciellen Rechtsverhältnisse, und sind daher an anderer Stelle zu erörtern⁶⁾.

3. Da die Entstehung des Rechts auf Abfindung im Intestaterbfalle auf Gesetz gegründet ist, bedarf es zu seiner Gültigkeit der Eintragung im Grundbuche nicht. Der Anspruch behält auch seine Wirksamkeit gegen denjenigen, welcher den Hof als Universalsuccessor erwirbt, verliert jedoch seine Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben im Grundbuche, wenn ein Wechsel im Eigenthum des Hofes durch Singularsuccession, wohin auch der Uebergang auf den Anerben nach erfolgter Auseinandersetzung zu rechnen ist, eintritt, ohne daß bei Eintragung des neuen Eigentümers auch die Abfindung eingetragen wird. Bei Uebergang auf den Anerben tritt jedoch dieser relative Untergang der Abfindung nur dann ein, wenn das Eigenthum mit Zustimmung der Abfindlinge ohne vorgängige oder gleichzeitige Eintragung ihrer Rechte auf

⁴⁾ Scholz III, a. a. D., §§. 29 a, 37 b; Der selbe, Intestaterbr., S. 90; Gesenius, a. a. D. I, 556 ff.; Steinacker, a. a. D., S. 554, 563; Zeitschr. f. R. XXXVIII, 66; Seuff. Arch. XXV, 44 (Wolf.); Erf. d. D.-L.-G. Wolf. v. 16. März 1846, best. d. D.-A.-G. v. 11. Juni 1847 i. S. Eppers c. Meyer. Ueber die fort dauernde Geltung der part. Vorschriften über diese Abf. s. oben S. 121, Note 12.

Die Kinder aus früheren Ehen des Aufkömmlings können dagegen ohne besondere Bestimmung keine Abfindung verlangen. Scholz III, a. a. D., S. 83. Ausnahmeweise hatten sie ein Abfindungsrecht, wenn ihr elterliches Vermögen ganz in den Hof inferirt war. Vergl. Zeitschr. f. R. XII, 200 ff. Wenn sich der Leibzüchter wieder verheirathet, so haben weder der neue Ehegatte, noch die mit diesem gezeugten Kinder irgend ein Recht gegen den Hof, insbesondere auch nicht auf Abfindung. „Leibzüchter darf nicht züchten!“ Vergl. Runde, Leibzucht, §. 21, S. 367; Erf. d. D.-A.-G. Wolf. v. 6. Nov. 1838 i. S. Steinhoff c. Steinhoff; Francke, Entsch. d. D.-A.-G. Celle, S. 61, Nr. 94. Dagegen hat das Kind, welches in der Ehe des Leibzüchters zwar geboren, aber schon vor dem Beziehen der Leibzucht von ihm gezeugt ist, Anspruch auf Abfindung. Francke, a. a. D., S. 62.

⁵⁾ Scholz III, a. a. D., §. 29 a; Gesenius, Meirr. I, 556; Steinacker, Br. Privatr., S. 554; Zeitschr. f. R. XIII, 159; Seuff. Arch. XXV, 44. Vergl. oben S. 121, Note 12 über die fort dauernde Geltung dieser Bestimmung.

Die Kinder aus früheren Ehen des Interimswirthes können dagegen ohne besondere Vereinbarung keine Abfindung beanspruchen. Scholz III, a. a. D., S. 88. Vergl. auch oben Note 4. Ebenjowenig haben die zweite Ehefrau des Interimswirthes und die von ihm mit derselben erzeugten Kinder ein gesetzliches Recht auf Abfindung. Dagegen hat diese zweite Ehefrau bezw. deren Kinder ein Rückforderungsrecht bezüglich des von ihr Inferirten, da derartige Allationen nicht den Rechtsverhältnissen der Allaten des Aufkömmlings gleichstehen. Vergl. auch Scholz III, a. a. D., S. 88.

⁶⁾ S. unten §. 134.

den alleinigen Namen des Anerben eingetragen wird⁷⁾. Diese Zustimmung aber muß ausdrücklich ertheilt sein, da sonst die Eintragung der Abfindungen von Amts wegen mit der Eintragung des Eigenthumes des Anerben geschehen muß⁸⁾.

4. Was die Fälligkeit der Abfindungen anlangt, so ist davon auszugehen, daß während der gemeinsamen Were der Miterben⁹⁾ ein selbständiges Forderungsrecht auf die Abfindung überall noch nicht vorhanden ist, sondern nur eine Aussicht auf eine solche. Erst mit dem Zeitpunkte der Auseinandersetzung der Erben wird diese Aussicht zu einem selbständigen, vererblichen und übertragbaren Vermögensrechte¹⁰⁾. Diese Auseinandersetzung kann jeder Abfindling verlangen, sobald der Anerbe sein 21. Lebensjahr vollendet hat¹¹⁾, vorausgesetzt, daß nach gesetz- oder vertragsmäßiger Bestimmung die gemeinsame Were nicht über diesen Zeitpunkt hinaus dauert¹²⁾. Im letzteren Falle kann die Auseinandersetzung erst mit dem Augenblicke gefordert werden, wo der Grund des Fortbestehens der gemeinsamen Were in Wegfall kommt¹³⁾. Aber auch nach erfolgter Auseinandersetzung haben die Abfindlinge keinen Anspruch auf Zahlung und Verzinsung der Abfindungen, solange sie im Hofe bleiben¹⁴⁾.

7) §. 14 Br. Ausf. R.-G.-B.-D., früher §. 16 d. Gr.-Erw.-G. v. 9. März 1878 u. §. 32 d. Grundbuch-Ordn. von demselben Tage. Vergl. Mansfeld, Grundbuchgef., 2. Aufl., S. 197 f.

8) §. 17, Abf. 2 Br. Ausf. R.-G.-B.-D., früher §. 32 Grundbuch-Ordn. Mansfeld, a. a. O. Die Eintragung soll, wenn sie nicht als Hypothek, Grund- oder Rentenschuld geschieht, in der Abtheilung f. dingliche Lasten erfolgen (§. 17, Abf. 1, Satz 2 Br. Ausf. G.-B.-D.). Wenn Ude (Zeitschr. f. R. XLVI, 197) in letzterer Beziehung nur die Eintragung eines vom B. G.-B. anerkannten, grundbuchmäßigen Rechts (Reallast oder beschr. pers. Dienstb.) für zulässig hält, so übersieht er, daß der Vorbehalt des Art. 64 E. B. G.-B. ein allgemeiner ist, der der Landesgesetzgebung auch die Schaffung anderer dinglicher Rechte gestattet. S. oben §. 2, Note 6; vergl. §. 83 R.-G.-B.-D. — Falls die Eintragung übersehen ist, vergl. B. G.-B. §. 894. — Zulässig ist es nach §. 14, Abf. 3 Br. Ausf. G.-B.-D., bei der Eintragung hinsichtlich des Inhalts der Abfindungen, insbesondere, wenn diese in der Einräumung verschiedener Rechte bestehen, auf die Eintragungsbewilligung Bezug zu nehmen.

9) Vergl. oben §. 132, Note 24. S. unten §. 136.

10) Scholz III, Landwirthsch. Zeitung I, S. 128; Pfeiffer, Meier. I, §. 25; II, §. 45; Zeitschr. f. R. IV, 56; V, 125; XIII, 160; XXI, 99; XXII, 100; XXIV, 110; XXXV, 134; Seuff.-Arch. XXIII, 48; XXIV, 52; XXIX, 154 (Wolf.). Vergl. aber auch unten bei Note 16 u. 21.

11) §. 15 d. Hofesgef. v. 28. März 1874, Nr. 11.

12) Eine gesetzliche Ausnahme liegt vor beim früheren lebenslänglichen Nießbrauch des aufgeheiratheten Ehemannes, eine vertragliche beispielsweise dann, wenn die Mahljahre des Interimswirthes länger ausgedehnt sind als bis zur Volljährigkeit des Anerben. Vergl. Pland, Comment. B. G.-B., VI, S. 146, Note 3, b, β.

13) Tod des Aufkömmlings, sein Rückzug auf die Leibzucht, Tod des Interimswirthes, Ablauf der Mahljahre.

14) §. 16, l. c. Darüber, daß auch diese Bestimmung nach dem Vorbehalt des Art. 64 E. B. G.-B. Geltung hat, vergl. Pland, Com., VI, S. 146 f., Note 3, b, β. Vergl. Zeitschr. f. R. XVI, 93; XIX, 255; XXXVI, 184; XLIV, 161. Ueber die

Wenn ein Abfindling stirbt, bevor seine Abfindung durch Erbaueinandersezung ein selbständiges Vermögensrecht geworden ist, so fällt sie regelmäßig in den Hof zurück und erlischt zu Gunsten der Gemeinschaft¹⁵⁾. Voraussezung ist jedoch dabei, daß der Abfindling unverheirathet und ohne gesetzlich zur Erbfolge berufene Abkömmlinge zu hinterlassen, verstorben ist¹⁶⁾. Anderenfalls setzen der Ehegatte und die Kinder des verstorbenen Abfindlings die gemeinsame Were mit den übrigen Miterben in der Weise fort, daß ersteren zusammen nur eine Stimme und der Anspruch auf die Abfindung zusteht, welche ihrem Erblasser, wenn er die Auseinandersezung erlebt hätte, zugefallen sein würde¹⁷⁾. Stirbt dagegen der Abfindling erst nach erfolgter Erbaueinandersezung, so vererbt sich die Abfindung regelmäßig nach den Grundsätzen des allgemeinen Erbrechts¹⁸⁾. Von dieser Regel hat jedoch ein partikulares Gewohnheitsrecht¹⁹⁾ im Interesse der Integrität der Bauernhöfe²⁰⁾ die

Prästition von Alimenter f. noch Zeitschr. f. R. XIX, 255 u. Seuff. Arch. XXXIV, 139. — Früher war die Frage der Verzinsung streitig. Für die Verzinsung erklärte sich u. A. Erf. d. O.-L.-G. Wolf. v. 19. Aug. 1844 i. S. Sandboß c. Wallmoden; dagegen: Steinacker, Br. Privatr., S. 554, Note 11; Scholz III, Abfindungen, §. 59. Ueber die Erbaueinandersezung f. unten §. 136.

¹⁵⁾ Zeitschr. f. R. XII, 52; XIII, 159; XXII, 68, 41; XXI, 98; XXXV, 134; Seuff. Arch. XXIX, 154 (Wolf.). Durch den Rückfall tritt keine Univerfalsucceffion ein, fo daß die Schulden nicht mit auf die Gemeinschaft übergehen. Vergl. die cit. Erf. — Die vom Text abweichende Anficht (Zeitschr. f. R. IV, 57; Seuff. Arch. XI, 268), wonach die noch nicht ausgezahlten Abfindungen zu Gunsten des Hofbesizers erlöfchen follten, ist durch die in Zeitschr. f. R. XXXV, 134; XXXVI, 182 abgedruckten Urtheile zutreffend widerlegt.

¹⁶⁾ Seine Abfindung fällt daher in den Hof, wenn er nur Ascendenten oder Seitenverwandte hinterläßt.

¹⁷⁾ Atteft d. Justizcanzley v. 18. Auguft 1751; Circ.-Refcr. v. 15. Febr. 1753 u. Landesf. Refol. v. 27. Juni 1748 (Steinacker, Promt. I, 2; II, 83). Die fortdauernde Gültigkeit dieses Gewohnheitsrechts ist anerkannt u. A. i. Erf. d. O.-L.-G. Wolf. v. 19. Juli 1828 i. S. Hente c. Hente; O.-A.-G. Wolf. v. 11. Juli 1847 i. S. Eppers c. Meyer (Seuff. Arch. XXIV, 52) u. Zeitschr. f. R. IV, 57 (Seuff. Arch. XI, 267); XIII, 60. Durch das Höfefeß v. 28. März 1874, Nr. 11 ist hieran nichts geändert.

¹⁸⁾ Voraussezung ist, daß nicht legtimillig bereits vom Abfindling über die Abfindung disponirt ist. Vergl. Zeitschr. f. R. XLIV, 161; Seuff. Arch. XXIX, 154 (Wolf.).

¹⁹⁾ Das Gewohnheitsrecht ist bezeugt durch Atteftat d. Justizcanzley v. 18. Aug. 1751 (Steinacker, Promt. I, 2) und hat auch in der Praxis Anerkennung gefunden. Vergl. Erf. d. O.-L.-G. Wolf. v. 19. Juni 1828 i. S. Hente c. Hente; O.-A.-G. Wolf. v. 11. Juli 1847 i. S. Eppers c. Meyer (Seuff. Arch. XXIV, 52); Zeitschr. f. R. XXX, 83; Seuff. Arch. XXIX, 154 (Wolf.). Vergl. auch Geseuius, Meirr. I, 529; Steinacker, Br. Privatr., S. 555; Scholz III, Intestaterbr. d. Ehegatten S. 102; Derfelbe im Rechtslexikon I, 641. Durch das Höfefeß v. 28. März 1874, Nr. 11 ist hieran nichts geändert, wie auch die Landtagsverhandlungen ersehen lassen (Prot. 93, Bd. XXXVII d. Landtagsverhandlungen v. 1874). Neuerdings ist die Geltung des Gewohnheitsrechts von Raabe i. Zeitschr. f. R. XLIII, 60 f. bestritten. Seine Ausführungen find eingehend widerlegt von Hamppe, das., S. 79 f. Die Schluffausführungen von Raabe (das. S. 85 f.) wiederholen nur seine Anficht, ohne weitere Gründe dafür beizubringen oder die Gegengründe zu

Ausnahme gebildet, daß die Abfindung dem Besitzer des Hofes mit Ausschließung der rechten Geschwister und der sonstigen Erben anfällt²¹⁾, falls der Abfindling

- a) im Bauernhofe²²⁾,
- b) ohne letztwillige Verfügung²³⁾,
- c) unverheirathet und ohne Kinder²⁴⁾

verstirbt, aber auch unter diesen Voraussetzungen nur in der Höhe, in welcher die Abfindung festgesetzt war²⁵⁾.

5. Den Gegenstand der Abfindung bildet in der Regel baares Geld, bisweilen auch Naturalien und Länderei. Auch ein Wohnungsrecht kann unter Umständen einen Theil der Abfindung ausmachen. Ein solches Wohnungsrecht ist nach den Grundsätzen des B. G.-B. zu beurtheilen²⁶⁾. Wird aber das Gebäude, an welchem dem Abfindling ein Wohnungsrecht zusteht, durch Feuer oder andere Zufälle zerstört, so hat er das Recht, den Wiederaufbau vom Hofbesitzer zu verlangen, da anderenfalls der auf lebenslänglichen Unterhalt des Berechtigten gerichtete Zweck vereitelt würde²⁷⁾. Bildet ein solches Wohnungsrecht die Abfindung, ohne daß nähere Bestimmungen über die Art und Weise der Benutzung getroffen wären, so ist der Abfindling für befugt anzusehen, nach freiem Ermessen die Wohnung zu vermietthen, vorausgesetzt, daß dadurch für den Hof keine größere Last erwächst²⁸⁾.

Ueber das Recht gebrechlicher Kinder, anstatt ihrer Abfindung lebenslänglichen Unterhalt im Hofe beanspruchen zu können, ist bereits an anderer Stelle

widerlegen. Das D.-L.-G. (Zeitschr. f. R. XLIV, 162 f.; vergl. auch Seuff. Arch. XXIX, 154) ist der hier im Text vertretenen Ansicht insofern beigetreten, als es anerkennt, daß für das Heimfallrecht nicht der Zeitpunkt des Erbaueinanderseßungsvertrages, sondern der vielleicht erst viel spätere Zeitpunkt der Fälligkeit der Abfindung maßgebend sei.

²⁰⁾ Vergl. Zeitschr. f. R. XIII, 110.

²¹⁾ Der Antrag begründet nur eine Singularsuccession, zieht also eine Haftung des Hofbesizers für die Schulden des Abfindlings nicht nach sich. Zeitschr. f. R. IV, 57.

²²⁾ Vergl. Zeitschr. f. R. XXIV, 110; insbesondere XLIV, 162.

²³⁾ Vergl. oben Note 18.

²⁴⁾ Die unverehelichte Hoftochter vererbt ihre Abfindung auf ihre unehelichen Kinder. Landesk. Declar. v. 27. Juni 1748 (Steinacker, Promt. I, 2). Vergl. Gesenius, Meier. I, Anl., S. 28.

²⁵⁾ § 1013 III, Intestaterbr. d. Ehegatten, S. 102, a, 1; Steinacker, Br. Privatr., S. 555; Erf. des D.-L.-G. Wolf. vom 16. März 1864, bestätigt d. D.-L.-G. Wolf. vom 11. Juli 1847 i. S. Eppers c. Meyer (vergl. Seuff. Arch. XXIV, 52).

²⁶⁾ Vergl. §. 1093 B. G.-B. — Inhalt und Maß kann aber nach Art. 115, E. B. G.-B. näher nach Landesrecht bestimmt werden.

²⁷⁾ Zeitschr. f. R. XXI, 32; Seuff. Arch. II, 80; XXIII, 239. Vergl. auch Arch. f. prakt. R., N. F. I, S. 255. Vergl. Note 26. — A. M. Mansfeld in Zeitschr. f. R. XLVI, 140.

²⁸⁾ Vergl. Zeitschr. f. R. XXIII, 174. Unter denselben Voraussetzungen kann er auch fremde Personen zu sich in die Wohnung nehmen.

gesprochen²⁹⁾. Ebenso ist darüber, daß bei Töchtern die Aussteuer häufig zugleich deren Abfindung bildet, schon oben im §. 129 gehandelt.

6. Für die Größe der Abfindungen fehlt es an bestimmten gesetzlichen Vorschriften³⁰⁾. Doch gelten für den Fall, daß der Erblasser keine Bestimmungen in dieser Beziehung getroffen hat³¹⁾, für die Berechnung der Größe der Abfindungen bei der Auseinanderetzung folgende Grundsätze. Es ist davon auszugehen, daß der Hof durch die Abfindungen nur so weit belastet werde, daß er bei Kräften bleibt. Die Abfindungen sind demgemäß so zu bemessen, daß der Auerbe durch den Hof nebst Zubehör und Inventar einen Vermögenswerth erhält, welcher nach Abrechnung dieser Abfindungen und der sonstigen Lasten dem ihm zukommenden Erbtheile und gebührenden Voraus entspricht³²⁾.

Für die Berechnung der Abfindungen der Kinder des Aufkömmlings aus seinen späteren Ehen und der Kinder des Interimswirthes dürfen indessen die vorstehenden Bestimmungen des Hofgesetzes nicht herangezogen werden³³⁾, denn diese Kinder erhalten eine Abfindung nicht, wie die Abkömmlinge des Erblassers, vermöge eines Erbrechts, sondern lediglich aus dem Grunde, weil ihre Eltern dem Hofe Vermögen und ihre Arbeitskräfte, oder doch wenigstens die letzteren gewidmet haben³⁴⁾. Die Höhe des Eingebrauchten einerseits und das Maß ihrer aus der zeitigen und der früheren Beschaffenheit des Hofes zu folgernden Dienste bilden demgemäß die Grundlage für die Berechnung der Höhe dieser Abfindungen³⁵⁾. Regelmäßig aber sind diese Abfindungen geringer als diejenigen der vom Hofe abstammenden Kinder³⁶⁾.

In jedem Falle gilt als maßgebender Zeitpunkt für die Berechnung der Abfindungen der Augenblick der Erbaueinanderetzung mit dem Auerben und nicht der Tod des Erblassers³⁷⁾. Dieser Grundsatz gilt auch für diejenigen Abfindungen, welche erst nach diesem Zeitpunkte fällig werden sollten³⁸⁾.

²⁹⁾ S. oben §. 132, bei Note 33. Vergl. Pland, Comm., VI, 146, Note 3, b, β. Muß ein solches gebrechliches Kind seines Betragens halber den Hof verlassen, so ist es nichtsbefähigter aus demselben zu alimentiren. Seuff. Arch. XXIV, 255 (Wolf.).

³⁰⁾ Die ältere Vorschrift der allgemeinen Landesordn. v. 1647, wonach die Abfindung von einem Ader-(Vollmeier-)Hofe auf höchstens 30 fl., von einem Halbmeierhofe auf 15 fl., von einem Rothsassenhofe auf höchstens 8 fl. neben den Hochzeitskosten festgesetzt werden sollte und jede höhere Auslobung bei Strafe verboten war, ist längst antiquirt. Vergl. Steinacker, Br. Privatr., S. 553.

³¹⁾ Vergl. auch unten §. 135.

³²⁾ Zeitschr. f. R. XIV, 142; XXVII, 43. Ueber die Berechnung des Anspruchs des Auerben s. oben §. 132, 3. 3.

³³⁾ Vergl. Zeitschr. f. R. XXXVIII, 66.

³⁴⁾ Scholz III, Intestaterbr., §. 32, S. 73; Derselbe, Abfindungen, §§. 29a, 37; Zeitschr. f. R. XXV, 169; vergl. auch das. XXXVIII, 66.

³⁵⁾ Seuff. Arch. XXV, 44 (Wolf.); Zeitschr. f. R. XIV, 49.

³⁶⁾ Scholz III, Abfindungen, a. a. O.; Zeitschr. f. R., XXV, 169; Seuff. Arch. XXV, 44 (Wolf.).

³⁷⁾ Zeitschr. f. R. X, 136; XIII, 156; XX, 242; XXVII, 45; Seuff. Arch. XIX, 252, sowie Erf. d. O.-L.-G. Wolf. v. 16. März 1846, bestätigt v. O.-A.-G. Wolf. v. 11. Juni 1847 i. S. Eppers c. Meyer (Seuff. Arch. XXIX, 154). Vergl. auch Entsch. des R.-G. XIV, 196. Wolde, Entsch. O.-A.-G. Celle VII, Nr. 96.

³⁸⁾ Zeitschr. f. R. XXVII, 46. Vergl. oben 3. 4.

7. Ueber den Untergang des Abfindungsanspruches ist Folgendes zu sagen. Ist die Abfindung im Grundbuche eingetragen, so endigt der Anspruch nur durch Löschung³⁹⁾. Ist dagegen der Abfindungsanspruch nicht eingetragen, so endigt er, abgesehen von dem bereits besprochenen Falle der Singularsuccession in den Hof⁴⁰⁾, auch durch Verjährung⁴¹⁾ und, soweit die Abfindung in einem dem Abfindling eingeräumten lebenslänglichen Nießbrauche besteht⁴²⁾, durch seinen Tod. Wann im Uebrigen die Abfindung beim Tode des Berechtigten in den Hof zurückfällt, ist schon oben unter Ziffer 4 erörtert. Ein Verzicht auf den bereits angefallenen Abfindungsanspruch schließlich, sowie ein Verzicht vor dem Tode des Erblassers ist nach dem B. G.-B. zu beurtheilen.

§. 134.

Leibzucht oder Altentheil.

1. Unter Leibzucht oder Altentheil¹⁾ versteht man die Abfindung, welche dem Aufkömmling und seinem etwaigen zweiten und folgenden Ehegatten nach dem Tode des Hofeigenthümers mit Aufhebung der gemeinsamen Were an dem Hofe zusteht²⁾. Ihrer Rechtsnatur nach ist die Leibzucht als eine auf dem Hofe ruhende Reallast zu bezeichnen³⁾.

2. Berechtigt zum Bezug einer Leibzucht oder eines Altentheiles aus dem Hofe sind:

³⁹⁾ §§. 875, 892, 901 B. G.-B.; ferner: §. 23 d. Gr.-Erw.-G. v. 8. März 1878. Vergl. dazu aber auch Mansfeld, Grundbuchgesetz, 2. Aufl., S. 63, insbesondere insoweit es sich um die Beendigung eines dem Abfindling etwa eingeräumten Nießbrauchs handelt, z. B. an Länderei oder an einer Wohnung. Im Uebrigen giebt Zahlung, Compensation und Verzicht zc. nur einen Anspruch auf Löschung.

⁴⁰⁾ S. oben bei Note 7 u. 8.

⁴¹⁾ Zeitschr. f. R. VIII, 126 f. u. Erf. d. O.-A.-G. Wolf. v. 18. März 1842 i. S. Cordes c. Boffe wegen Abfindungen. Der Verjährung unterliegt aber, abgesehen von etwaigen Abfindungszinsen u. Prästationen, nur der festgesetzte und fällige Abfindungsanspruch (O.-G., 2. Sen. v. 18. Sept. 1851 i. S. Beddies c. Beddies), während vorher das kraft Gesetz entstandene dingliche Recht nicht verjährt (Zeitschr. f. R. XII, 86 XLVIII, 1 ff. u. O.-G., II. Sen. v. 24. Febr. 1866 i. S. Kemps c. Kemps).

⁴²⁾ Vergl. oben bei Note 29, sowie 3. 5.

¹⁾ Vergl. Runde, Die Rechtslehre von der Leibzucht; H ä n j e l, Die Lehre von dem Auszug oder der Leibzucht; Pfeiffer, Meirr., §. 30; Steinacker, Br. Privatr., §. 246; v. Liebhäber, Einl. II, 415; v. Holzschuher, Theorie und Casuistik II, 2. Abth., S. 330 ff. Der in anderen Rechtsgebieten vorkommende Ausdruck „Auszug“ ist bei uns nicht gebräuchlich.

²⁾ Ueber die vertraglich vorbehaltene Leibzucht des Hofeigenthümers und seiner Ehefrau wird im §. 134 gesprochen werden.

³⁾ In Uebereinstimmung mit den meisten anderen Rechtsgebieten (Seuff Arch. I, 327; XI, 75; XXI, 139; XXXVI, 207; Entsch. R.-G. XIII, 186) ist auch bei uns das Leibzuchtsrecht stets als Reallast angesehen (Zeitschr. f. R. V, 125 f.; IX, 155; XIII, 154; außerdem: O.-G., 1. Sen., v. 20. März 1866 i. S. Rolle c. Greune; O.-G., 1. Sen., v. 15. Dec. 1871 i. S. Feldmann c. Feldmann). Daran ist auch durch das B. G.-B. nichts geändert. Auch abgesehen von dem allgem. Vorbehalt des Art. 64 E. B. G.-B. (vergl. oben §. 2, Note 6), wird die Leibzucht deshalb jetzt noch von der herrschenden Ansicht sogar als die wichtigste aller Reallasten bezeichnet

- a) der überlebende Ehegatte des Eigenthümers ⁴⁾,
- b) der überlebende Ehegatte des nach dem Tode des Eigenthümers den Hof bewirthschaftenden Aufkömmlings ⁵⁾,
- c) der Interimswirthe ⁶⁾.

Eine uneigentliche Leibzucht erhalten auch die gebrechlichen Hofkinder durch lebenslängliche Alimentation auf dem Hofe an Stelle der Abfindung ⁷⁾.

3. Zu ihrer Begründung bedarf die durch Gesetz entstandene Leibzucht ⁸⁾ der Eintragung im Grundbuche nicht ⁹⁾. Sie behält auch ihre Wirksamkeit gegen denjenigen, welcher den Hof als Universalsuccessor erwirbt, verliert jedoch ihre Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs, wenn ein Wechsel im Eigenthume durch Singularsuccession, wohin auch der Uebergang auf den Anerben nach erfolgter Erbauseinandersetzung zu rechnen ist, eintritt, ohne daß bei der Eintragung des neuen Eigenthümers auch die Leibzucht eingetragen wird ¹⁰⁾. Beim Uebergang auf den Anerben tritt jedoch dieser relative Untergang nur dann ein, wenn das Eigenthum mit Zustimmung der Leibzüchter ohne vorgängige oder gleichzeitige Eintragung ihrer Rechte auf den Namen des Anerben eingetragen wird ¹¹⁾.

(Cosaß, Lehrb., II, §. 241; Endemann, II, §. 110, 3; Mot. B. G.-B. III, 572 f.). Ihre Regelung ist durch den allgem. Vorbehalt des Art. 64, l. c. der Landesgesetzgebung vorbehalten (s. oben §. 121 bei Note 8 u. Planck, Comm., VI, S. 147 oben). — Auch die einzelnen Prästationen gelten als Reallaften (Seuff. Arch. XXX, 159).

⁴⁾ §. 8 des Hofesges. v. 28. März 1874; Nr. 11. Die eingetretene Wittwe des Erblassers, welche in den Hof Vermögen und Kräfte verwandte, hat den Vorzug vor der Mutter des Erblassers; Erf. d. L.-G. Wolf. v. 8. Decbr. 1836 i. S. Brunke c. Brunke (Matthia, Controversenleg. III, 173); D.-A.-G. Wolf. v. 1. Febr. 1839 i. S. Fuhrmann c. Heinemann. Vergl. auch Runder, a. a. O., §. 18.

⁵⁾ D.-L.-G., 2. Sen. v. 1. April 1884 i. S. Horenburg c. Horenburg. Vergl. auch Scholz III, Landwirthsch. Zeit. II, S. 103. Jedoch darf die Ehe nicht erst dann abgeschlossen sein, wenn der Aufkömmling bereits auf die Leibzucht gewichen ist. Vielmehr haben im letzteren Falle weder der neue Ehegatte noch die aus dieser Ehe hervorgehenden Kinder einen Anspruch auf Unterhaltung gegen den Hof. Sobald daher der Leibzüchter verstorben ist, müssen sein Ehegatte und seine Kinder aus dieser Ehe auf Verlangen den Hof räumen. Seuff. Arch. III, 89; Francke, Entsch. des D.-A.-G. Celle, S. 61, Nr. 94; Steinacker, Br. Privatr., S. 560 f.

⁶⁾ S. unten §. 140. Die zweite und fernere Ehefrau des Interimswirthes hat jedoch keinen Anspruch auf eine Leibzucht aus dem Hofe, kann jedoch, wenn sie Vermögen inferirt hat, dieses, sobald sie vom Hofe weichen muß, zurückfordern.

⁷⁾ Runder, Leibzucht, §. 20. S. oben §. 133 bei Note 29.

⁸⁾ Vergl. Zeitschr. f. R. V, 125; XIII, 154. — Der Leibzuchtsanspruch ist zwar eine gesetzliche Folge der Alation und der geleisteten Dienste, doch ist er durch die Einbringung von Vermögen nicht bedingt, sondern schon dann begründet, wenn lediglich Dienste geleistet wurden. Seuff. Arch. XXIII, 49 (Celle).

⁹⁾ Dieser früher auch in §§. 15, 16 d. Gr.-Erw.-Ges. v. 8. März 1878 zum Ausdruck gebrachte Satz bauerlichen Gewohnheitsrechts ist durch die Reichsgesetze nicht berührt. Er gilt vielmehr auf Grund des allgemeinen Vorbehalts in Art. 64 E. B. G.-B. (s. oben §. 80) auch künftig noch neben dem §. 873 B. G.-B.

¹⁰⁾ Vergl. früher §. 16, Abs. 2, l. c. Vergl. dazu Mansfeld, Grundbuchges., 2. Aufl., S. 48.

¹¹⁾ §. 14, Abs. 3 Br. Ausf. B. G.-B., früher: §. 32 d. Grundbuchordn. vom 8. März 1878. Vergl. Mansfeld, Grundbuchges., 2. Aufl., S. 188 f. — Die Ein-

4. Den Gegenstand der Leibzucht oder des Aliments bilden regelmäßig 1. periodische, vom Hofeigentümer zu gewährende Leistungen, insbesondere von Naturalien, Geld oder auch Beföstigung; 2. lebenslängliche Nutzungsrechte, insbesondere an Wohnung einschließlich Stallung, Boden, Keller und sonstigen Wirtschaftsräumen. Der Leibzüchter, welcher Ehegatte des Hofeigentümers ist, kann beim Intestaterbfall anstatt der Leibzucht auch eine lebenslängliche Rente fordern¹²⁾.

Für die periodischen Leistungen gilt das Gemeinsame, daß der Ablieferungsort regelmäßig der belastete Hof ist¹³⁾ und dort auch die Prästationen regelmäßig anzufordern sind¹⁴⁾. Die Nutzungsrechte sind regelmäßig nach den Grundsätzen des B. G.-B. zu beurtheilen¹⁵⁾. Im Einzelnen ist der Gegenstand der Leibzucht nebst den Bedingungen der Leistung und der Nutzung regelmäßig bei der Auseinandersetzung der Miterben festzusetzen, sofern nicht der Erblasser die erforderlichen Verfügungen letztwillig getroffen hat¹⁶⁾. Insofern es aber überhaupt an derartigen Festsetzungen oder Bestimmungen gebricht, sind herkömmlich folgende Grundsätze für die Beurtheilung der Leibzuchtsverhältnisse als maßgebend zu betrachten:

- a) Die periodischen Geldprästationen sind nach den Grundsätzen der Alimente pränumerando zu entrichten¹⁷⁾. Verzugszinsen können von ihnen nicht gefordert werden¹⁸⁾.
- b) Die Naturalien, soweit sie in Früchten oder landwirthschaftlichen Producten bestehen, müssen mit dem Zeitpunkte, an welchem sie gewonnen werden, oder aber in verhältnißmäßigen Zeitabschnitten und Quantitäten, z. B. Milch täglich, Butter und Eier wöchentlich, geliefert werden¹⁹⁾. Der Anspruch auf solche Naturalien, welche ihrer Natur nach in einem gewissen Zeitraume dem Verderben unterliegen, erlischt vollständig, wenn dieselben nicht innerhalb des betreffenden

tragung soll nach §. 17, Abs. 1 Br. Ausf. G.-B.-D. in der Abtheilung für dingliche Lasten geschehen und zwar nach Abs. 2 das, von Amts wegen. Dabei gewährt §. 50 R.-G.-B.-D. die Erleichterung, daß bei der Eintragung hinsichtlich der einzelnen Prästationen auf die Eintragungsbewilligung Bezug genommen werden darf.

¹²⁾ Hofges. v. 28. März 1874, Nr. 11, §. 8. Vergl. Seuff. Arch. XXVI, 254 (Wolff.).

¹³⁾ Seuff. Arch. XIV, 152 (Wolff.). Ueber den Fall, wenn der Leibzüchter verzieht, s. unten bei Roten 25 f.

¹⁴⁾ Seuff. Arch. V, 148; XIII, 156 (Wolff.); Zeitschr. f. R. XLIV, 70; siehe aber auch Seuff. Arch. XIV, 152 (Wolff.).

¹⁵⁾ Dies gilt, wenn es sich um einen Nießbrauch handelt, auch vom Inhalt, während bei einer persönl. beschränkten Dienstbarkeit nach Art. 115 G. B. G.-B. Maß und Inhalt näher durch die Landesgesetzgebung geregelt wird.

¹⁶⁾ Vergl. auch unten §. 135.

¹⁷⁾ v. Holzschuher, a. a. D., III, S. 721.

¹⁸⁾ v. Holzschuher, a. a. D., S. 713, Anmerk. Dieser Satz, welcher durch die hiesige Rechtsprechung keine Bestätigung gefunden hat, ist zweifelhaft. Für die erst nach dem 31. Dec. 1899 begründeten Rechtsverhältnisse ist er kaum aufrecht zu erhalten.

¹⁹⁾ v. Holzschuher, a. a. D., S. 721; Seuff. Arch. XLII, 126. Mit der Fälligkeit beginnt die Verjährungsfrist. Vergl. unten bei Roten 20 f.

Zeitraumes angefordert werden²⁰⁾. Solange ein Proceß über die Leibzuchtberechtigung überhaupt schwebt, bedarf es keiner Anforderung der einzelnen Leistung, um den Pflichtigen in Verzug zu setzen²¹⁾. Wählt der Leibzüchter, sei es auf Grund vorher getroffener Festsetzungen, sei es auf Grund nachträglicher Verabredung, anstatt der Naturalleistungen Beföstigung im Hofe, insbesondere am Tische des Hofwirthes, so kann er daneben nicht etwa noch jene beanspruchen²²⁾. Ist dieser Naturalunterhalt auf Grund der Festsetzungen oder Abmachungen im Hofe zu leisten, so kann er nicht mehr beansprucht werden, wenn der Leibzüchter, gleichgültig, aus welcher Ursache, aus dem Hofe fortzieht²³⁾. Ebenso wenig brauchen nach dem Fortzuge des Leibzüchters vom Hofe diejenigen Prästationen noch gewährt zu werden, welche mit seinem etwaigen Nutzungsrechte an Hoftheilen in unmittelbarem Zusammenhange stehen²⁴⁾. Die übrigen Allentheilsprästationen sind aber insoweit zu gewähren, als dadurch der Hof nicht mehr belastet wird, als sonst²⁵⁾. Für die hiernach wegfallenden Leistungen kann der Leibzüchter irgend welchen Ersatz nicht verlangen, auch keine Nachlieferung für den Fall, daß er später in den Hof zurückkehrt²⁶⁾.

- c) Das Recht des Leibzüchters an der Leibzuchtsländerei ist ein Nießbrauch²⁷⁾. Die einmal erworbenen Früchte braucht er nicht zurückzuliefern²⁸⁾. In Ermangelung abweichender Festsetzungen hat der Leibzüchter die Cultivirung und Aebntung aus eigenen Mitteln zu bestreiten²⁹⁾. Muß dagegen auf Grund besonderer Abmachungen

²⁰⁾ Seuff. Arch. XLII, 126. — Naturalien, die sich längere Zeit conserviren lassen, können dagegen innerhalb der Verjährungsfrist stets nachgefordert werden. Vergl. Seuff. Arch. a. a. O.

²¹⁾ Zeitschr. f. R. XXX, 1911.

²²⁾ Zeitschr. f. R. IX, 182; XII, 8; XXVIII, 186; Seuff. Arch. XVI, 236 (Wolff.). Vergl. auch Seuff. Arch. XXXII, 63 (Wolff.).

²³⁾ Zeitschr. f. R. XL, 175; Seuff. Arch. V, 47.

²⁴⁾ Hierher gehört insbesondere das Stroh und Futter, welches vom Hofe für das vom Leibzüchter gehaltene Vieh zu liefern ist, da mit dem Fortzuge des Leibzüchters der Dünger dem Hofe nicht mehr zu Gute kommen kann. Vergl. O.-G. Wolff. 1. Sen. v. 16. Jan. 1856 i. S. Mumme c. Burgdorf; Seuff. Arch. III, 88; XXX, 162.

²⁵⁾ Zeitschr. f. R. XL, 175. Vergl. Seuff. Arch. III, 88; V, 47; XXX, 161 u. A.

²⁶⁾ Der Leibzüchter muß in Bezug auf diese Leistungen als mit dem Fortzuge verzichtend angesehen werden. Zeitschr. f. R. XLV, 70. Ebenso O.-G. v. 12. Febr. 1857 i. S. Achilles c. Achilles.

²⁷⁾ Vergl. oben Note 15.

²⁸⁾ Hierdurch unterscheidet sich das Nießbrauchsrecht des Leibzüchters der Natur der Sache nach im Wesentlichen von dem des Aufkömmlings und Interimswirthes, welche von den Ertragnissen so viel zu restituiren haben, als zur ordnungsmäßigen Fortführung der Wirthschaft erforderlich ist. — Vergl. oben §. 64, 3. 5.

²⁹⁾ v. Holzschuher, a. a. O., III, 721. Ein Gewohnheitsrecht des Inhaltes, daß der Hofwirth die Leibzuchtsländerei zu beackern und abzuernten hat, existirt nicht, wenn auch ein derartiges Recht observanzmäßig an einigen Orten begründet sein mag: Erl. d. O.-L.-G. Wolff. v. 21. Oct. 1841 i. S. Rahmann c. Rahmann. Vergl. auch Seuff. Arch. XXVIII, 232. — Ist aber der Hofwirth verpflichtet, so kann er erst

der Hofeigenthümer das Land frei düngen und bearbeiten lassen, so hat er im Zweifel nicht nur die Düngungsarbeiten zu leisten, sondern auch den Dünger selbst frei zu liefern³⁰⁾. Die öffentlichen Abgaben von den Leibzuchtsgrundstücken hat gesetzlicher Bestimmung zufolge der Hofwirth zu tragen³¹⁾. Eben demselben liegt auch die Unterhaltungslast der etwa zu den Leibzuchtsländereien gehörigen Privatgewässer ob³²⁾. Der Leibzüchter darf das Leibzuchtsland ganz oder theilweise verpachten, wobei dem Hofeigenthümer ein Vorpachtsrecht zusteht³³⁾. Will der Leibzüchter außer Landes ziehen, so muß er die Länderei verpachten, und zwar an Inländer, wobei der Hofeigenthümer ebenfalls ein Vorpachtsrecht hat³⁴⁾.

- d) Das Wohnungsrecht des Leibzüchters ist regelmäßig nach den Grundsätzen einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit zu beurtheilen³⁵⁾. Wirkliche Reparaturen braucht der Leibzüchter aus eigenen Mitteln nicht zu bestreiten, doch ist er verpflichtet, die Wohnung nach Möglichkeit zu erhalten, während die Erhaltung des Leibzuchtshauses als solchen hinwiederum dem Hofeigenthümer obliegt³⁶⁾. Wenn das

weitere Anweisung und Aufforderung vom Leibzüchter erwarten und braucht nicht auf gut Glück zu pflügen und zu bestellen. D.-L.-G. v. 4. Juli 1850 i. S. Herweg c. Maafßberg.

³⁰⁾ Seuff. Arch. XVIII, 30. „Die stipulirte freie Beackerung begreift auch die Leistung der Düngerfuhren nach dem Leibzuchtslande. Der Hofbesitzer hat dem Leibzüchter zur Aufbewahrung des Mistes, zur Anfuhr und Aufbewahrung des Holzes und der Geräthschaften die Benutzung der erforderlichen Räumlichkeiten zu gestatten.“ D.-G., 1. Sen., v. 22. Dec. 1860 i. S. Reiners c. Beder.

³¹⁾ Dies gilt auch dann, wenn durch Vertrag der Leibzüchter die Zahlung übernommen hat, insofern, als die Steuerbehörde sich nur an den Hofeigenthümer zu halten braucht, während diesem Regreß gegen den Leibzüchter gegeben ist. Gef. v. 25. April 1840, Nr. 16, §. 1; Grundsteuerges. v. 24. Aug. 1849, Nr. 33, §. 1. Soweit sich der Leibzüchter Länderei als Eigenthum vorbehalten, ist er selbstverständlich direct abgabepflichtig. (Vergl. auch §. 2 d. Gef. v. 1840.)

³²⁾ Wasserges. v. 20. Juni 1876, §. 49.

³³⁾ Verordn. v. 23. Septbr. 1737 (Frederksdorff, Promt. II, 433; Steinacker, Promt. II, 82; Schneider, Repert. II, 389 f.). Vergl. auch Gesenius, Meierrecht I, 516.

³⁴⁾ Verordn. v. 23. Septbr. 1737.

³⁵⁾ S. oben Note 15. Zum Halten von Vieh ist der Leibzüchter stets berechtigt, sofern dadurch dem Hofwirth keine größere Last erwächst. Seuff. Arch. XXII, 60 (Wolff.). Das Nutzungsrecht des Miththeilers an einer als Leibzucht zu gewährenden Kuh erlischt mit seinem Tode (D.-G., 2. Sen. v. 1. Juli 1855), geht aber auf seine Erben über, wenn der Miththeiler sie sich bei der Hofabgabe vorbehalten (D.-G., 1. Sen. v. 7. Sept. 1855 i. S. Brandes c. Brandes). Geht die eiserne Leibzuchtskuh durch Verschulden des Miththeilers unter, so hat der Hofwirth gegen ihn zwar einen Entschädigungsanspruch, muß aber eine neue Kuh stellen (D.-G., 3. Sen. v. 30. Dec. 1872 i. S. Schlagmann c. Schlagmann). — Es ist übrigens nicht ausgeschlossen, daß nach dem Inhalt der Festsetzung durch das Wohnungsrecht nur ein persönlicher Anspruch hat begründet werden sollen, welcher dann regelmäßig nach den Grundsätzen der Miethe zu behandeln sein würde. Seuff. Arch. VIII, 42.

³⁶⁾ Seuff. Arch. V, 213.

Leibzuchtshaus ohne Verschulden des Leibzüchters untergeht, so hat dieser einen Anspruch auf Wiedererrichtung und in der Zwischenzeit auf anderweite entsprechende Unterbringung ³⁷⁾).

Hinsichtlich des Rechts des Leibzüchters, die Leibzuchtswohnung zu übertragen, insbesondere zu vermietthen oder in dieselbe andere Personen mit aufzunehmen, ist von dem Grundsatz auszugehen, daß hierdurch der Hofeigenthümer nicht in höherem Maße belästigt werden darf ³⁸⁾. Im Uebrigen kommen je nach dem Umfange und der Art des eingeräumten Wohnungsrechts die nachstehenden Unterschiede in Betracht:

aa) Wenn dem Leibzüchter nur die Mitbenutzung der Wohnung des Hofeigenthümers zusteht, so darf er sein Recht nicht übertragen, auch keine anderen Personen, nicht einmal den nach dem Beziehen der Leibzucht geheiratheten neuen Ehegatten, in die Wohnung aufnehmen ³⁹⁾. Auch kann er gegen eine etwaige Aenderung der Wohnung durch den Eigenthümer keinen Widerspruch erheben, sofern dadurch der Umfang seines Rechts nicht wesentlich beeinträchtigt wird ⁴⁰⁾.

bb) Wenn dem Leibzüchter eine abgesonderte Wohnung im Hause des Hofwirthes zusteht, so darf er dieselbe nur mit Zustimmung des letzteren vermietthen oder sonst übertragen ⁴¹⁾. Jedoch darf er Personen, die zu seiner Familie gehören, soweit er dieselben alimentiren muß ⁴²⁾, andere Personen, soweit sie zu seiner Pflege nothwendig ⁴³⁾ und unverheirathet sind ⁴⁴⁾, auch ohne Erlaubniß des Hofeigenthümers in seine Wohnung aufnehmen.

³⁷⁾ Runde, Leibzucht, §§. 32, 45; Zeitschr. f. R. XXI, 32; XXXIX, 111, 113; Seuff. Arch. XXIII, 239. Dieser Grundsatz ist zweifellos analog anzuwenden, wenn das Haus expropriirt oder subhastirt wird und damit das Recht des Leibzüchters an demselben erlischt.

³⁸⁾ Vergl. Seuff. Arch. IX, 196; vergl. auch XIII, 50; XX, 236 ff.; XXI, 137 f.; XXII, 59; XXXIII, 145.

³⁹⁾ Runde, Leibzucht, §§. 30, 42; Seuff. Arch. XX, 273; XXIII, 59; Grf. d. O.-A.-G. Wolf., 1. Sen. v. 16. April 1867 i. S. Brümmer c. Uhendorf. Vergl. auch Landesf. Verordn. v. 23. Septbr. 1737 (Fredericksdorf, Promt. II, 433; Steinacker, Promt. II, 82; Schneider, Repert. II, 390). Jedenfalls hat aber der Leibzüchter, welcher bei Festsetzung der Leibzucht bereits oder noch verheirathet war, das Recht, nach dem Tode seiner Ehefrau eine neue aufzunehmen; Seuff. Arch. XX, 238; ebenso O.-A.-G. Celle 1864 (Wolde, Entsch. VII, Nr. 91).

⁴⁰⁾ Vergl. Seuff. Arch. VI, 237.

⁴¹⁾ Runde, a. a. O., §§. 30, 41; Hagemann, Prakt. Erört. VII, 51; Seuff. Arch. XXIII, 199 (Wolf.). Vergl. auch Verordn. v. 23. Septbr. 1737 (Fredericksdorf, a. a. O.; Steinacker, a. a. O.; Schneider, a. a. O.).

⁴²⁾ Seuff. Arch. XX, 237; XXIII, 59; XXXIII, 145. Zugelassen ist ferner ein 29jähr. Sohn, solange dieser ohne Dienststelle war (O.-G., 1. Sen. v. 22. Dec. 1860 i. S. Meiners c. Becker), dagegen nicht Kinder, die ein selbstständiges Gewerbe betreiben (O.-G., 2. Sen. v. 4. Juli 1874 i. S. Gundelach c. Frees).

⁴³⁾ Vergl. Seuff. Arch. I, 250.

cc) Steht dem Leibzüchter als Wohnung ein abgesondertes Haus zu, so ist er weder in der Aufnahme dritter Personen, noch in der Vermietung oder sonstigen Ueberlassung des Hauses, für die Dauer seiner Berechtigung, durch die Erlaubniß des Hofeigenthümers beschränkt; vorausgesetzt, daß dieser hierdurch keine größere Belästigung erfährt⁴⁵⁾.

Andererseits darf der Hofwirth die von dem Leibzüchter unbenutzt gelassene Leibzuchtswohnung nicht wider dessen Willen für sich benutzen⁴⁶⁾.

5. Was die Berechnung der Höhe der Leibzucht oder des Altheiles anlangt, so sind zunächst dieselben Grundsätze maßgebend, wie für die Berechnung der Abfindungen⁴⁷⁾. Daneben sind das vom Leibzüchter seiner Zeit dem Hofe Eingebraachte und die von ihm dem Hofe geleisteten Dienste Factoren, die auf die Größe der Leibzucht von hervorragendem Einflusse sind⁴⁸⁾. Im Uebrigen sind die Behörden gesetzlich angewiesen, darauf zu sehen, daß die Höfe nicht zu sehr durch Leibzuchten belastet werden⁴⁹⁾.

6. Wenn der Leibzüchter verheirathet ist, so sind hinsichtlich der rechtlichen Stellung der beiden Ehegatten zwei Fälle zu unterscheiden.

- a) Hat nur der eine der beiden Ehegatten ein Recht auf die Leibzucht⁵⁰⁾, so ist für die Beantwortung der Frage, inwieweit er den anderen Ehegatten an seinem Rechte theilnehmen lassen kann⁵¹⁾, von dem Grundsätze auszugehen, daß hierdurch der Hofeigenthümer in

⁴⁴⁾ Seuff. Arch. I, 250; XIII, 50; XXI, 137, 138; Pfeiffer, Jurist. Grödt. VII, 316.

⁴⁵⁾ Kunde, a. a. O., §. 30; Zeitschr. f. R. XXIII, 174 und Erf. d. O.-G. Wolf. v. 16. Januar i. S. Mumme c. Burgdorf.

⁴⁶⁾ Vergl. Zeitschr. f. R. VI, 171.

⁴⁷⁾ S. oben §. 133, Ziffer 6. Dabei ist der Werth der einzelnen Leibzuchtprästationen nach der muthmaßlichen Lebensdauer des Berechtigten zu capitalisiren.

⁴⁸⁾ Vergl. Zeitschr. f. R. XII, 17, 22. Die geleisteten Dienste sind einerseits nach der Dauer der Zeit, innerhalb welcher sie geleistet, andererseits aber auch danach zu veranschlagen, ob und inwieweit sich der Hofwerth durch sie vermehrt oder vermindert hat.

⁴⁹⁾ Instruction v. 17. Juni 1760, §. 12 (Frederksdorff, Promt. III, 118; Steinacker, Promt. I, 82); Landesf. Rescr. v. 24. Juni 1788 (Frederksdorff, Promt. VI, 206; Steinacker, Promt. I, 446). Vergl. Wege, Repert. I, 171, 175. Diese Bestimmung hat nur noch instructionelle Bedeutung.

⁵⁰⁾ Die hierher gehörigen Fälle sind:

1. wenn der Leibzüchter nach dem Beziehen der Leibzucht sich wieder verheirathet,
2. wenn der Interimswirth während der Mahljahre zur neuen Ehe schreitet.

⁵¹⁾ Der andere Ehegatte hat ein Recht auf diese Theilnahme gegen den Hof unmittelbar überhaupt nicht, sondern nur gegen den berechtigten Ehemann insoweit einen Anspruch, als er verlangen kann, von diesem alimentirt zu werden. — Ist die Ehefrau die zur Leibzucht Berechtigte, so ergiebt sich daraus, daß sie ihr Vermögen dem neuen Ehemann zuheirathet, die Rechtsfolge, daß sie damit über die Leibzucht nicht mehr ohne ihren Ehemann disponiren kann. Seuff. Arch. XXXV, 46.

keinem höheren Maße belästigt werden darf⁵²⁾. Im Uebrigen ist hier auf die oben unter Ziffer 4 gemachten Ausführungen zu verweisen.

b) Steht beiden Eheleuten die Leibzucht gemeinsam zu⁵³⁾, so hat der Ehemann das Recht der Verwaltung und Selbstnutzung⁵⁴⁾. Stirbt in solchem Falle der eine der beiden Leibzüchter, so ist von dem Grundsätze auszugehen, daß jedem der Leibzüchter das Recht auf die Leibzucht nur zu seinem Antheile zusteht⁵⁵⁾. Jedoch ist der überlebende Leibzüchter nicht schlechthin auf die Hälfte der theilbaren Leibzuchtsprästationen zu setzen⁵⁶⁾, vielmehr ist in Berücksichtigung zu ziehen, inwieweit das Bedürfniß des überlebenden Ehegatten durch Auflösung des gemeinschaftlichen Haushaltes gesteigert wird⁵⁷⁾.

7. Uebertragbar ist die Leibzucht nur der Ausübung nach und auch dies nur insoweit, als dadurch der belastete Hof nicht im höheren Maße beschwert wird⁵⁸⁾. Pfandbar ist die Leibzucht nur in dem Maße, als sie das zum nothwendigen Lebensunterhalte Erforderliche übersteigt⁵⁹⁾.

8. Beendet wird die Leibzucht als höchst persönliches Recht mit dem Tode des Leibzüchters⁶⁰⁾. Die eingetragene Leibzucht endigt sonst nur durch

⁵²⁾ Hat hiernach der Leibzüchter z. B. ein Recht auf freie Pflege und Bedienung oder auf sonstige seine Person betreffende Dienste, oder auf freien Arzt und freie Medicin oder dergl., so kann der andere Ehegatte diese Leistungen vom Hofwirth nicht beanspruchen.

⁵³⁾ Hierher gehört die Leibzucht, welche

1. der aufgeheiratheten Ehefrau und ihrem als Interimswirth zugefreiten Ehegatten,
2. dem sich auf die Leibzucht zurückziehenden Hofeigenthümer mit seiner (aufgeheiratheten) Ehefrau,
3. denjenigen Ehegatten zusteht, denen sie vertraglich zugesichert ist.

⁵⁴⁾ Zeitschr. f. R. XX, 247; a. M.: Seuff. Arch. XLI, 200. Falls den Leibzüchtern ein Wahlrecht hinsichtlich der Leibzuchtsprästationen zusteht, so wird dasselbe von dem Ehemann ausgeübt; Zeitschr. f. R. XXIV, 14; Seuff. Arch. XXXII, 63 (Wolf.). Die Leibzüchterin hat gegen den die gemeinsame Leibzucht verwaltenden Ehemann zunächst nur einen Anspruch auf Alimentation aus dieser; doch kann sie bei eintretender Insolvenz desselben Ausscheidung ihres Antheils und Ueberweisung zu eigener Rechnung verlangen; Zeitschr. f. R. XX, 245 ff.; Seuff. Arch. XXIII, 240 (Wolf.).

⁵⁵⁾ Vereinzelt findet sich indessen in der Praxis auch die entgegenstehende Ansicht anerkannt. Vergl. Seuff. Arch. I, 328; XX, 151. Ebenso: Steinacker, Br. Privatr., S. 560.

⁵⁶⁾ Die entgegengesetzte Ansicht findet sich u. A. vertreten in Zeitschr. f. R. XX, 245; XXII, 107; Seuff. Arch. I, 328; XX, 151; XXV, 256; XLI, 200. Vergl. auch Pfeiffer, Jurist. Ausführungen VIII, 327.

⁵⁷⁾ Seuff. Arch. XXXIV, 226; XXV, 256 (Wolf.).

⁵⁸⁾ Runde, a. a. O., §. 41; Seuff. Arch. XXIII, 199 (Wolf.); XLI, 318. Ueber das Recht der Verpachtung und Vermietzung s. auch oben §. 4, c) und d).

⁵⁹⁾ Erf. des L.-G. Wolf. v. 11. Oct. 1814 i. S. Schimmelburg c. Bodmann; Zeitschr. f. R. XX, 245 ff.; XXXVI, 109; Seuff. Arch. XXVI, 146; XLI, 310, 318; vergl. auch Runde, a. a. O., §. 41. A. M.: Seuff. Arch. XXV, 87; XL, 22 (D.-L.-G. Braunschweig).

⁶⁰⁾ Runde, a. a. O., §. 28. Das freie Vermögen des Leibzüchters, insbesondere das aus seinem Leibzuchtsrecht Erübrigte, einschließlich der percipirten Früchte, ver-

Löschung im Grundbuche⁶¹⁾. Jedoch erlischt eine eingetragene Leibzucht im Falle der Zwangsversteigerung des belasteten Hofes nur, wenn dies in den Versteigerungsbedingungen bestimmt ist⁶²⁾. Kommt der Hof zur Zwangsenteignung, so tritt an Stelle der Leibzucht eine entsprechende Abfindungssumme nach den Grundätzen der Expropriation⁶³⁾. Im Concurse geht die Leibzucht nur unter bei dem oben erwähnten Falle der Zwangsversteigerung des belasteten Hofes⁶⁴⁾. Ueber das Erlöschen des nicht eingetragenen Leibzuchtsrechts im Falle der Singularsuccession in den Hof ist bereits oben gesprochen⁶⁵⁾. Mißwirthschaft seitens des Leibzüchters hat nur im Falle seiner Entmündigung den Verlust der Leibzucht zur Folge, während die Verurtheilung wegen strafbarer Handlungen überhaupt auf das Leibzuchtsrecht einflußlos ist⁶⁶⁾.

§. 135.

Leztwillige Verfügungen.

I. Auch schon vor dem Inkrafttreten des B. G.=B. konnte der Hofeigentümer über den Bauernhof unbeschränkt leztwillig verfügen¹⁾. Diese leztwilligen Verfügungen hatten nur zwei Besonderheiten. Zunächst fand auf

erbt sich beim Todesfall nach dem B. G.=B. Die fällig gewordenen Geld- und Naturalprästationen sind auch in dem Falle als bereits erworben anzusehen, daß sie pränumerando zu entrichten waren. Vergl. aber auch oben Ziffer 6b und §. 64, Z. 5. — Die Löschung der eingetragenen Leibzucht geschieht in diesem Falle nur zur Vereinigung des Grundbuches auf Antrag des Hofeigentümers unter Nachweisung des Todes (durch Sterbeurkunde oder auf andere Art). Vergl. aber §. 23 Reichs-Gr.=B.=D.

⁶¹⁾ §. 23 Reichs-Gr.=B.=D., früher: §. 23 d. Gr.-Erw.=Ges. v. 8. März 1878. Vergl. Mansfeld, Grundbuchgef., 2. Aufl., S. 63.

⁶²⁾ §. 3 Br. Ausf. Zw.=Ges.

⁶³⁾ Vergl. oben §. 67.

⁶⁴⁾ Vergl. auch Seuff. Arch. XVIII, 98.

⁶⁵⁾ S. oben Ziffer 3.

⁶⁶⁾ Runde, a. a. O., §. 28. Mißhelligkeiten geben keinen Anspruch auf Aufhebung der Gemeinschaft. D.=G., 3. Sen., v. 25. Febr. 1852 i. S. Eggers c. Eggers; D.=G., 2. Sen., v. 4. Sept. 1872 i. S. Ahrens c. Töpperwien. — Da das B. G.=B. keine Privationsstrafen bei Ehecheidungen mehr kennt, ist damit die frühere Streitfrage (Zeitschr. f. R. IX, 82; XXIV, 116 ff.) erledigt. Jedoch kann es kaum Zweifel leiden, daß der schuldige Ehegatte, wenn er den Hof verlassen hat, keinen Anspruch auf die untheilbaren Leibzuchtsprästationen, z. B. Wohnung, oder Ersatz dafür erheben kann. Busch, Beiträge z. Meierrecht, S. 180.

¹⁾ Hofesgesetz vom 28. März 1874, §. 1. Auch schon vor dem Hofesgesetz war dieser Grundsatz — bis auf die Theilung — in der Praxis anerkannt. Vergl. Erf. des D.=G. Wolf. vom 9. September 1859 i. S. Ohm c. Ohm und Zeitschr. f. R. XI, 89. Im gutsherrlichen Abhängigkeitsverhältniß konnten jedoch derartige Verfügungen von Todes wegen überhaupt nur mit Zustimmung des Gutsherrn getroffen werden. Steinacker, Br. Privatr., S. 544, Note 2. — Vergl. aber auch Zeitschr. f. R. IX, 154. — Solange das Verbot der Vereinigung mehrerer Höfe in einer Hand Geltung hatte (s. oben §. 120, Z. II und III), mußten auch die leztwilligen Verfügungen diesem Grundsatz entsprechen. Vergl. Landesf. Rescr. v. 3. Nov. 1760; Verordn. v. 4. Mai 1778 (Steinacker, Promt. I, 72).

sie der gemeinrechtliche Satz: *nemo paganus pro parte testatus, pro parte intestatus decedere potest*, insofern keine Anwendung, als es dem Erblasser freistand, entweder nur über den Hof oder nur über das Allod von Todes wegen zu verfügen, während sich hinsichtlich des übrigen Nachlasses die gesetzliche Erbfolge eröffnete²⁾. Sodann berechnete sich der Pflichttheil der Abfindungen so, daß wegen des dem Anerben zustehenden Voraus von einem Drittel der Hofswerth nur vermindert um dieses Drittel bei Festsetzung der gemeinrechtlichen Intestaterbportion vom Hofe zu Grunde gelegt und außerdem die Leibzucht des überlebenden Ehegatten, da diesem ein eigentliches Erbrecht am Hofe nicht zukam, als Schulden vorweg in Abzug gebracht wurden³⁾. Soweit nun eine letztwillige Verfügung vor 1900 erlassen ist, richtet sich ihre Wirksamkeit im Wesentlichen nach dem bisherigen⁴⁾, die Erbfolge aber nach dem neuen Rechte⁵⁾.

II. Für die nach dem 31. December 1899 erlassenen Verfügungen von Todes wegen gilt grundsätzlich das B. G.-B.⁶⁾. Wenn aber solche Verfügungen das gesetzliche Anerbenrecht bestehen lassen, indem sie sich auf die Festsetzung der Höhe der Abfindungen oder andere Nebenpunkte beschränken, so gilt für die Erbfolge nicht das B. G.-B., sondern das partikulare Anerbenrecht⁷⁾.

²⁾ Scholz III, Abfindungen, S. 46; Derjelbe, Landwirthschaftl. Zeitung, II, 106 ff.; Steinacker, Br. Privatr., S. 541 f. Beide Vermögensmassen galten aber als Eins für die Berechnung des Pflichttheils.

³⁾ §. 11, Hofsegeß. Vergl. oben Note 2 u. Zeitschr. f. R. V, 125; XIII, 153.

⁴⁾ Art. 214 E. B. G.-B.; jedoch kommt §. 2230 B. G.-B. gemäß Art. 215, Abs. 2 E. B. G.-B. zur Anwendung. Für die Berechnung des Pflichttheils bleiben die bisherigen Grundsätze in der unten in Note 7 bezeichneten Weise in Geltung. — Bei gemeinschaftlichen Testamenten und Erbverträgen bestimmt sich die Gebundenheit nach altem Recht (Art. 214, Abs. 2 E. B. G.-B.). Bei Erbverzichteten schließlich und deren Aufhebung bestimmt sich nicht nur die Form, sondern auch die Wirkung ausschließlich nach bisherigem Recht (Art. 217, l. c.). — Ueber die Form der letztwilligen Verfügungen nach altem Recht vergl. oben §. 117, Note 1 u. 2.

⁵⁾ Vergl. oben §. 116. Ueber die Pflichttheilsberechnung s. aber oben Note 4.

⁶⁾ Art. 64, Abs. 2 E. B. G.-B. bestimmt nur in Uebereinstimmung mit dem früheren Recht, daß der Erblasser durch das Landesrecht nicht in letztwilligen Verfügungen über den Hof beschränkt werden dürfe. Im Uebrigen enthält Art. 64, Abs. 1, l. c. nur einen Vorbehalt zu Gunsten des gesetzlichen Erbrechts bei Bauernhöfen.

⁷⁾ Es ergibt sich dies aus Art. 64 E. B. G.-B., wonach der Erblasser unbeschränkt über den Hof von Todes wegen verfügen, daher auch letztwillig bestimmen kann, daß sich dieser nach dem gesetzlichen Anerbenrechte, wie es durch Abs. 1 vorbehalten ist, vererbe. Dies kann auch dadurch bestimmt werden, daß der Testator bei seinen letztwilligen Anordnungen das gesetzliche Anerbenrecht stillschweigend voraussetzt oder nur Verfügungen trifft, die den offensundigen Zweck haben, dieses nicht zu verändern. Nur wo in dem Testamente das gesetzliche Anerbenrecht ausgeschlossen oder wo nach den Vorschriften des B. G.-B. zulässige, von der gesetzlichen Erbfolge abweichende Bestimmungen getroffen werden, finden auf diese die allgemeinen Vorschriften des B. G.-B. allein Anwendung. Vergl. Pland, Commentar zum B. G.-B., VI, S. 148, Note 4.

Hieraus ergibt sich, daß auch die Bestimmungen des Anerbenrechts über Pflichttheil noch insofern Bedeutung haben können, als die Erbportion der Abfindlinge vom Hofe nach dem Werthe festzustellen ist, den dieser nach Abzug des

Als eine dem Bauernrechte eigenthümliche, noch jetzt gültige Art der letztwilligen Verfügungen ist noch die bloße Anerbenernennung anzusehen, welche nur die Person des Anerben bezeichnet und im Uebrigen das gesetzliche Anerbenrecht eintreten läßt⁸⁾. Diese Ernennung des Anerben, welcher nur aus den Abkömmlingen des Erblassers gewählt sein darf, kann nicht nur in den Formen der letztwilligen Verfügungen gültig erfolgen, sondern schon durch eine einfache Erklärung des Hofeigenthümers, wenn sie gerichtlich oder notariell beurkundet ist⁹⁾. Auch ganz formlos konnte früher diese Ernennung dadurch erfolgen, daß für alle übrigen Kinder Abfindungen festgesetzt wurden¹⁰⁾.

Dem aufgeheiratheten Eheманne steht die Anerbenernennung nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Hofeigenthümerin zu¹¹⁾. Ist letztere verstorben, ohne einen Anerben ernannt zu haben, so wird man dem Aufkömmlinge das Recht der selbständigen Ernennung desselben nicht absprechen können¹²⁾. In das bloße Ermessen einer dritten Person darf die Anerbendesignation nicht gestellt sein¹³⁾, wohl aber in das arbitrium boni viri¹⁴⁾.

Zum rechtsgültigen Widerruf einer Anerbenernennung müssen die gleichen Formvorschriften beobachtet werden, welche für die Anerbenernennung selbst gegeben sind¹⁵⁾.

§. 136.

Die gemeinsame Were.

1. Man versteht unter gemeinsamer Were das der Gesamtheit der Miterben und des überlebenden, aufgeheiratheten Ehegatten des Hofeigen-

dem Anerben gebührenden Voraus hat. Vergl. §. 2303, Abf. 1, B. G.-B. und oben bei Note 3.

⁸⁾ Planck, Comm. VI, §. 146, Note 3 a, α sagt über die Tragweite des Art. 64 E. B. G.-B.: „Die Landesgesetzgebung kann bestimmen, ob und unter welchen Voraussetzungen der Erblasser eine andere Person als den gesetzlichen Anerben zum Anerben bestimmen und ob eine hierauf gerichtete Verfügung auch in anderer als der für letztwillige Verfügungen vorgeschriebenen Form erfolgen kann.“ Vergl. Zeitschr. f. R. XX, 213; XXIII, 82; Seuff. Arch. I, 99.

⁹⁾ §. 5 d. Hofesges. v. 28. März 1874, Nr. 11. — Früher war in der Praxis auch die einfache und formlose Erklärung der Ehefrau gegenüber als genügend anerkannt. Vergl. Erl. d. D.-A.-G. Wolf. v. 2. April 1844 i. S. Friede c. Friede.

¹⁰⁾ Zeitschr. f. R. XIX, 9; Mansfeld, Grundbuchges., 2. Aufl., §. 169, Anm. **).

¹¹⁾ Diese muß in der gleichen Form abgegeben werden.

¹²⁾ Dieser Satz ist bestritten von Raabe i. Zeitschr. f. R. XLIII, 59 f. u. 84 f. Seine Ausführungen sind indessen eingehend widerlegt i. Zeitschr. f. R. XLIII, 74 ff., worauf hier lediglih verwiesen werden mag. Vergl. außerdem Urth. D.-L.-G. in Zeitschr. f. R. XLIV, §. 161, wonach Raabe's unrichtige Voraussetzung, daß das Anerbenrecht durch das Hofesges. v. 1874 erschöpfend geregelt sei, zurückgewiesen wird.

¹³⁾ Seuff. Arch. XXXI, 351; XXXIX, 314.

¹⁴⁾ Zeitschr. f. R. XXIII, 81; XXXII, 120; Franke, Entsch. d. D.-A.-G. Celle, §. 24. Busch, Meierrecht 111, Note k.

¹⁵⁾ §. 5 d. Hofesges. v. 28. März 1874.

thümers an dem Hofe, soweit der Hof den Gegenstand des Anerbenrechts bildet¹⁾, bis zum Antritt des Anerben zustehende Eigenthum²⁾.

2. Die gemeinsame Were entsteht mit dem Tode des Hofeigenthümers, wobei es nicht darauf ankommt, ob die Anerbenfolge kraft Gesetzes oder neben einer letztwilligen Verfügung eröffnet wird. Voraussetzung ist jedoch die Anwendbarkeit des Anerbenrechts³⁾. Soweit diese Voraussetzung vorliegt, tritt aber die gemeinsame Were stets und ohne Weiteres ein⁴⁾. Ausgenommen sind die folgenden Fälle:

- a) wenn nur ein Abkömmling (der Anerbe) und kein überlebender Ehegatte vorhanden ist;
- b) wenn nur ein Abkömmling (der Anerbe) und der aufgeheirathete Ehegatte hinterlassen ist, ersterer aber schon das 21. Lebensjahr vollendet hat⁵⁾;
- c) wenn zwar mehrere Abkömmlinge vorhanden sind, diese aber bis auf den Anerben bereits zu Lebzeiten des Hofeigenthümers vollständig vom Hofe abgefunden sind⁶⁾.

Der Eintragung der Miterben als Eigenthümer im Grundbuche bedarf es nur, wenn der Hof oder einzelne Theile desselben veräußert, belastet oder auf den Anerben umgeschrieben werden sollen⁷⁾.

3. Die gemeinsame Were wird aufgelöst durch die Erbauein-
andersetzung⁸⁾ und die damit verbundene Annahme des Hofes durch den

¹⁾ Vergl. oben §. 132, Z. 3 u. §. 123, 3. Der Gesamtheit als solcher steht das Eigenthum zu; ein Eigenthum der einzelnen Miterben zu ideellen Theilen wird nicht begründet. Die Vorschriften der §§. 2032 ff. B. G.-B. haben aber für dieses Rechtsverhältniß nur subsidiäre Bedeutung, da es als Grundlage des Anerbenrechts nach Art. 64 E. B. G.-B. nach wie vor von der Landesgesetzgebung geregelt wird und diese bei der Allgemeinheit des Vorbehalts auch allgemeine Vorschriften hierüber geben kann. Vergl. oben §. 2, Note 6 u. Planck, Comm. VI, S. 130, Note 2.

²⁾ Vergl. W. Mansfeld, Grundbuchgef., 2. Aufl., S. 188 ff.; Zeitschr. f. R. XLIV, 22 ff. und andererseits R. Mansfeld i. Zeitschr. f. R. XLVI, S. 133, der sich offensichtlich von dem Bestreben leiten läßt, die bauerlichen Rechtsverhältnisse in die vom B. G.-B. geschaffenen Formen einzupressen. Dagegen wiederum Ude in Zeitschr. f. R. XLVI, S. 199.

³⁾ S. oben §. 132, Z. 2 u. §. 135, Note 7. Vererbt sich der Hof gesetzlich, testamentarisch oder vertraglich nach den Grundsätzen des B. G.-B., so tritt keine gemeinsame Were ein.

⁴⁾ Die Eintragung im Grundbuche ist nur Folge, nicht Voraussetzung der Entstehung. Vergl. auch unten bei Note 7 u. Zeitschr. f. R. XLVIII, 1 ff.

⁵⁾ §. 15 d. Hofeges. v. 28. März 1874. Eine fernere selbstverständliche Voraussetzung ist, daß nicht dem Ehegatten letztwillig ein über die Volljährigkeit des Anerben hinaus dauerndes Nießbrauchsrecht zugesichert ist.

⁶⁾ Vergl. Mansfeld, a. a. O., S. 189, Anm. **).

⁷⁾ §. 14 Br. Ausf. R.-G.-B.-D., früher: §. 6, Abs. 1 d. Gr.-Erw.-G. und §. 25, Abs. 2 u. 3 d. Grundbuchordn. Regelmäßig muß in diesen Fällen die Eintragung auf den Namen der Miterben vorhergehen; nur bei der Umschreibung des Hofes auf den Namen des Anerben kann sie gleichzeitig erfolgen.

⁸⁾ Die Frage, ob für die Auflösung der gem. W. der Zeitpunkt der Erbauein-
andersetzung oder ihrer Realisirung entscheidend sei, ist zu Gunsten der ersteren Alternative entschieden in Zeitschr. f. R. XII, 115, XLVIII, 3. Ueber die rechtliche

Anerben⁹⁾. Die Auseinanderetzung bedarf der gerichtlichen oder notariellen Verlautbarung¹⁰⁾.

Den Abschluß des Erbauseinanderetzungsvertrages und damit die Auflösung der gemeinsamen Were kann jeder Miterbe regelmäßig sofort mit dem Tode des Erblassers verlangen¹¹⁾. Hinausgeschoben wird der Anspruch auf Auseinanderetzung:

- a) solange der Anerbe noch minderjährig ist¹²⁾;
- b) solange die — gegebenenfalls auch über das Alter der Volljährigkeit vertragsmäßig ausgedehnten — Mahljahre des Interimswirthes dauern¹³⁾;
- c) solange der überlebende aufgeheirathete Ehemann von einem ihm etwa zugesicherten längeren Nießbrauchsrechte Gebrauch machen will¹⁴⁾.

Zur Eintragung des Eigenthümers auf den Namen des Anerben bedarf es der Zustimmung der bisher mit ihm in ungetheilte Gemeinschaft verbliebenen Miterben¹⁵⁾.

4. Das Rechtsverhältniß der gemeinsamen Were kommt in einer doppelten Beziehung in Betracht, nämlich einmal in Bezug auf die Mitglieder der Gemeinschaft unter einander, und ferner in Bezug auf dritte Personen. Man kann danach unterscheiden die Wirkungen der gemeinsamen Were nach innen und die Wirkungen nach außen:

- a) Was die Wirkungen nach innen anbetrifft, so ist davon auszugehen, daß den einzelnen Miterben weder ein reeller, noch ein ideeller Antheil am Hofe zusteht, der letztere gehört vielmehr der Gesamtheit der Genossen in der Weise, daß jedem derselben das volle Eigenthum zusteht, worin er nur durch die Rechte der anderen Genossen beschränkt ist¹⁶⁾. Hieraus ergibt sich, daß in einigen, schon an anderer Stelle erörterten Fällen¹⁷⁾ beim Tode des Anerben oder eines Abfindlings während der gemeinsamen Were deren Rechte sich nicht auf ihre Erben

Natur der bauerlichen Erbauseinanderetzungsverträge nach früherem Recht vergl. Seuff. Arch. XXV, 42 (jurist. Facultät Halle).

⁹⁾ Vergl. Mansfeld, a. a. O., S. 188 f. Ob die Abfindungen allesamt fällig sind oder nicht und ob die Abfindlinge im Hofe verbleiben, thut nichts zur Sache. Vergl. Zeitschr. f. R. XXI, 98; XXVII, 45; XXXVII, 34.

¹⁰⁾ §. 313 B. G.-B.; früher §. 74 G.-E.-G.; vergl. Zeitschr. f. R. XXV, 206. S. auch §§. 86 ff. Reichsgef. Freim.-G.

¹¹⁾ Vergl. §§. 86 R. F.-G., §. 2042 B. G.-B. Die Miterben haben jedoch nicht das Recht, den Hof zwecks Theilung nach §§. 180 ff. Zw.-G. zur Zwangsversteigerung zu bringen. Mansfeld in Zeitschr. f. R. XLVI, S. 106.

¹²⁾ §. 15 d. Hofegef. v. 28. März 1874, Nr. 11.

¹³⁾ S. unten §. 138, 3. 4.

¹⁴⁾ S. oben §. 131.

¹⁵⁾ §. 14, Abs. 1 Br. Ausf. R.-G.-B.-D.; früher: §. 25 d. Grundbuchordn. — Steht der Hof noch auf den Namen des Erblassers eingetragen, so hat gleichzeitig die Umschreibung auf den Namen der Miterben zu erfolgen.

¹⁶⁾ Vergl. §. 14 Br. Ausf. R.-G.-B.-D. u. früher §. 25 d. Grundbuchordn., sowie Zeitschr. f. R. XXXVIII, 88.

¹⁷⁾ S. oben §. 132, 4 bei Note 27 u. §. 133 bei Note 15 u. 16.

übertragen, sondern zu Gunsten der Gemeinschaft erlöschen¹⁸⁾. Ferner ist aus diesem Grundsatz zu folgern, daß die Wirthschaft „auf gemeinsamen Gedeih und Verderb“ geht¹⁹⁾, daß mithin jeder Genosse einerseits Anspruch auf entsprechende Unterhaltung aus dem Hofe für sich und seine Familie hat²⁰⁾, andererseits, solange er im Hofe alimentirt wird, demselben seine Arbeitskräfte, ohne Lohnansprüche, zu widmen hat²¹⁾. Das Ausscheiden einzelner Genossen aus der gemeinsamen Were ist, abgesehen vom Todesfalle derselben²²⁾, auch aus anderen Gründen, insbesondere durch Verzicht oder Abfindung, möglich, ohne daß hierdurch die Fortdauer der gemeinsamen Were unter den übrigen Miterben in Frage gestellt würde²³⁾.

- b) Hinsichtlich der Wirkungen nach außen ergiebt sich aus dem hervorgehobenen Grundsatz, daß das Eigenthum am Hofe der Gesamtheit als solcher zusteht, die Folge, daß Veräußerungen und Belastungen nur von allen Genossen vereint gültig vorgenommen werden können²⁴⁾. Auch zur Umschreibung des Hofes auf den Namen des Anerben bedarf es daher der Zustimmung aller Genossen²⁵⁾. Ebenso können vorzeitige Abfindungen einzelner Genossen nur mit Zustimmung aller festgesetzt werden²⁶⁾. Vertreten wird dagegen der Hof während der gemeinsamen Were durch den aufgeheiratheten Ehegatten oder den Interimswirth oder, in deren Ermangelung, durch einen Vormund oder Pfleger nach Maßgabe der diesen Personen zustehenden Befugnisse²⁷⁾.

§. 137.

Die erfüllte Erbfolge. Hofverlaßcontract.

1. Ähnliche Wirkungen, wie durch die gesetzliche, testamentarische oder vertragliche Erbfolge in einen Bauernhof mit dem Tode des Hofeigenthümers bezw. mit der Auflösung der gemeinsamen Were eintreten, können auch schon

¹⁸⁾ Vergl. auch Zeitschr. f. R. XXXVII, 186.

¹⁹⁾ Zeitschr. f. R. XX, 242.

²⁰⁾ Zeitschr. f. R. XXXVII, 186. Wegen des Mehrbedarfs des verheiratheten Hofskindes vor dem unverheiratheten hat letzteres keinen Ersatzanspruch, kann auch bei der demnächstigen Auseinandersetzung keinen Ausgleich beanspruchen.

²¹⁾ Zeitschr. f. R. XVI, 93. S. aber auch oben §. 131, Note 47 u. §. 133. — Ein Ausgleich für größere oder geringere Arbeit findet hier ebenfalls nicht statt. Vergl. Note 20.

²²⁾ Vergl. oben §. 133, 4.

²³⁾ Zeitschr. f. R. XX, 241.

²⁴⁾ Vergl. Zeitschr. f. R. XII, 52; XX, 68; XXI, 100; XXXI, 52; Seuff. Arch. XXVIII, 147 (Wolf.); Mansfeld, Grundbuchgef., S. 48. Vergl. auch Zeitschr. f. R. XXXVIII, 88.

²⁵⁾ §. 14, Abs. 2 Br. Ausf. B. G.-B.; früher: §. 25, Abs. 2 d. Gr.-B.-D.

²⁶⁾ Zeitschr. f. R. XXI, 100 f.

²⁷⁾ Vergl. oben §. 131, unten §. 140 u. Zeitschr. f. R. XXI, 100 f.

bei seinen Lebzeiten durch einen sogenannten Hofübergabe- oder Hofverlaßcontract hervorgerufen werden ¹⁾. Wegen dieser der Erbfolge ähnlichen Wirkungen hat man hier von einer „erfrühten Erbfolge (successio anticipata)“ gesprochen.

Sie besteht darin, daß der Hofeigenthümer noch bei seinen Lebzeiten den Hof zu Eigenthum vertraglich dem Anerben überläßt ²⁾. Dies geschieht insbesondere dann, wenn der Hofwirth in Folge Alters oder Gebrechlichkeit zur eigenen Bewirthschaftung des Hofes nicht mehr im Stande ist ³⁾. Ein etwa im Vertrage enthaltener Werthanschlag des Hofes und die Vereinbarung, daß der Annehmer auch die Schulden des Hofes mit übernehmen und, soweit diese unter dem Werthe des Hofes bleiben, die Differenz an den Abgebenden herauszahlen solle, macht den Contract allein noch nicht zu einem Kaufvertrage. Ein solcher liegt vielmehr nur dann in der Gutsabtretung, wenn die von dem Nachfolger übernommenen Verpflichtungen nach der aus den Umständen des Falles zu folgernden Absicht der Contrahenten den Kaufpreis für das Gut bilden sollen ⁴⁾. Im Uebrigen ist hervorzuheben, daß der Hofverlaßcontract nicht nur in bäuerlichen Verhältnissen, sondern rücksichtlich aller Güterarten vorkommt, sogar bei städtischen Gütern, sofern bei diesen Landwirthschaft betrieben wird ⁵⁾.

2. Ihrer Rechtsnatur nach ist die erfrühte Erbfolge nicht, wie früher vielfach angenommen wurde, eine Universalsuccession ⁶⁾, sondern eine erfrühte Realisirung des künftigen Anerbenrechts oder die Uebertragung des Hofes an eine dritte Person zu Lebzeiten des Eigenthümers, also nur eine Eigenthumsänderung im Grundbesitz ⁷⁾. Aus demselben Grunde ist der Hofverlaß- oder

¹⁾ Vergl. im Allgemeinen: R u n d e, Leibzucht, S. 291 ff.; P u c h t a, Bäuerliche Gutsabtretungen, 1837; S t o b b e, D. Privatr. V, §. 323 mit Nachweisungen und schließlich in Bezug auf das durch B. G.-B. geänderte particulare Anerbenrecht: U d e in Zeitschr. f. R. XLVI, 183 ff.

²⁾ Wenn der aufgeheirathete, überlebende Ehemann von seinem ihm nach bisherigem Recht etwa noch zustehenden lebenslänglichen Nießbrauch zurücktritt und den Hof dem Anerben überläßt, liegt selbst dann, wenn er den Anerben ernennen darf und thatsächlich ernennt, kein Hofübergabecontract, sondern nur die Auseinanderlegung wegen einer bereits angefallenen Erbschaft vor. Vergl. oben §. 136, 2.

³⁾ Auch andere Gründe sind möglich, ohne daß hierdurch der Charakter des Hofverlaßcontractes modificirt würde. Vergl. Zeitschr. f. R. VII, 111.

⁴⁾ Vergl. Entsch. d. Reichsger. XIII, 187.

⁵⁾ Zeitschr. f. R. XVI, 117; Seuff. Arch. XIX, 255. Hieraus erklärt sich ohne Weiteres das Vorkommen des Vertrages im ehemaligen Fürstenthum Blankenburg, welches Steinacker, Pr. Privatr., S. 545 zu der irrigen Ansicht verleitet hat, daß dort das Bauernrecht überhaupt Geltung habe. Ueber die Hofverlaßcontracte in Blankenburg und Wallenried vergl. auch noch S c h o l z III, Intestaterbr., §. 62, S. 148 und Degener in Landwirthschaftl. Zeitung I, 3. Heft, S. 66 ff.

⁶⁾ R u n d e, a. a. O., S. 293; Zeitschr. f. R. XVII, 145; XXIII, 74; Seuff. Arch. XXVIII, 137.

⁷⁾ Mittermaier, D. Privatr., §. 290; Gerber, D. Privatr., §. 254; B u s c h, Beiträge zum Meierrecht, S. 115.

Uebergabecontract kein Erbvertrag oder sonstige Verfügung auf den Todesfall ⁹⁾, sondern ein Vertrag unter Lebenden, der sich, da das Bauerngut ohne gleichwerthige Gegenleistung übertragen wird, als eine mit einer Auflage verknüpfte Schenkung charakterisirt ⁹⁾.

3. Der Hofverlaß- oder Uebergabecontract wird abgeschlossen durch die abgebenden Eheleute einerseits ¹⁰⁾ und den Annehmer andererseits. Der Theilnahme der sonst vom Vertrage Betroffenen, z. B. der Abfindlinge, bedarf es nicht ¹¹⁾. Die zur Gültigkeit des Vertrages erforderliche Form ist die gerichtliche oder notarielle Verlautbarung ¹²⁾. Die durch den Vertrag begründeten Rechte bedürfen überdies, um dingliche Wirksamkeit zu erlangen, der Eintragung im Grundbuche ¹³⁾.

4. Seinem Inhalte nach besteht der Vertrag regelmäßig darin, daß der Abgeber einerseits das Eigenthum am Hofe nebst Zubehörungen und Inventar auf den Annehmer überträgt, andererseits sich und seiner Ehefrau eine Leibzucht vorbehält und den anderen Hofkindern Abfindungen ausbedingt. Soweit bei der vertragsmäßigen Festsetzung dieser Leibzucht keine besonderen Bestimmungen getroffen sind, kommen diejenigen Grundsätze zur Anwendung, welche rücksichtlich der gesetzlich begründeten Leibzucht Geltung haben ¹⁴⁾. Zweck-

⁹⁾ Zeitschr. f. R. V, 135 ff.; VIII, 126; XIV, 131; XXII, 92; XXXIII, 152; XXXIX, 140 f.; Seuff. Arch. XVII, 76 (Wolf.); XIX, 255.

⁹⁾ Zeitschr. f. R. III, 141; V, 135 ff.; XXII, 92 f.; XXVIII, 136; XXXIX, 140 f.; XLVI, 183; Seuff. Arch. I, 77; VIII, 280; XIX, 255; XXII, 58; XXXIV, 152; XXXVII, 129; XLV, 198; Entsch. d. Reichsger. II, 275; Bessler, Erbverträge II, Thl. 2, S. 202; Hartmann, Erbverträge, S. 62.

¹⁰⁾ Der Zustimmung des aufgeheiratheten Ehegatten bedarf es, sofern demselben ein Mitbesitz- oder Mitgenußrecht zusteht. Das Recht, zu bestimmen, wann der Hof abgegeben werden solle, hat auch dann der Ehemann, wenn er nur Aufkömmling ist. S. oben §. 131, I, 1.

¹¹⁾ Die Abfindlinge werden, auch wenn sie nicht mit contrahiren, unmittelbar aus dem Vertrage berechtigt. §. 328 B. G.-B. und für das frühere Recht Entsch. d. Reichsger. II, 276; vergl. aber auch Zeitschr. f. R. XXIII, 80.

¹²⁾ §§. 311, 313 B. G.; früher: §. 74 d. Gr.-Erm.-G. Vergl. auch Ude in Zeitschr. f. R. XLVI, 185.

¹³⁾ §. 425 B. G.-B.; vergl. Ude, a. a. O.; früher: §. 14 d. Gr.-Erm.-G., dazu Mansfeld, a. a. O., S. 43 f. Im Uebrigen begründet die vertragsmäßige Festsetzung persönlichen Anspruch gegen den Annehmer.

¹⁴⁾ Art. 96 E. B. G.-B. Der Vorbehalt bezieht sich nur auf das Schuldverhältniß, welches durch den Leibzuchtsvertrag begründet wird, im Uebrigen kommen deshalb für Form und Inhalt des Hofverlaßcontractes, insbesondere für die durch ihn begründeten dinglichen Rechte, lediglich die Vorschriften des B. G.-B. zur Anwendung. Die Dispositionen und Auslegungsvorschriften der Landesgesetzgebung, neben der das Reichsrecht insoweit nur subsidiäre Bedeutung hat, betreffen daher besonders die Qualität der zu liefernden landwirthschaftlichen Erzeugnisse, über die Tragung der Lasten, welche auf dem dem Leibzüchter zur Benutzung überlassenen Theile des Grundstückes ruhen, über die Beschaffenheit der Leibzuchts-Wohnung, über das Recht des Leibzüchters, andere Personen mit in die Wohnung aufzunehmen, über die Folgen des Verzugs der Leistung, über das Recht des Leibzüchters, unter gewissen Bedingungen statt der Wohnung z. eine Geldrente zu verlangen, und über

mäßig wird sich der Abgeber zur Vermeidung von Streitigkeiten das Recht vorbehalten, anstatt der einzelnen Leibzuchtsprästationen eine bestimmte lebenslängliche Geldrente zu fordern¹⁵⁾. Soweit der Annehmer die Kosten des Begräbnisses der Leibzüchter übernommen hat, muß er sie auch dann bezahlen, wenn letztere zur Zeit ihres Todes nicht mehr auf dem Hofe oder am Orte wohnten und die Kosten am Sterbeorte höher sind, als am früheren Wohnorte¹⁶⁾.

Im Uebrigen finden auf den Inhalt eines nach dem 31. December 1899 abgeschlossenen Hofübergabecontractes ausschließlich die Vorschriften des B. G.-B. Anwendung¹⁷⁾. Dies gilt insbesondere von der Haftung des Hofannehmers für die auf dem Hofe lastenden Schulden¹⁸⁾, sowie für die den anderen Kindern vom Abgeber etwa ausgesetzten Abfindungen¹⁹⁾. Dabei ist

die Bestellung der Leibzucht für mehrere Personen, z. B. beim Tode von einer derselben, s. Planck, Comment. VI, S. 184, Note 2, Abj. 2.

Bezüglich der Beantwortung dieser Fragen s. oben S. 134.

¹⁵⁾ Im Zweifel ist der Leibzüchter, wenn er anstatt der ursprünglichen Prästationen eine Geldrente gefordert hat, nicht mehr berechtigt, später wiederum die Prästationen zu verlangen.

¹⁶⁾ Zeitschr. f. R. X, 71.

¹⁷⁾ Eine Hofübergabe mit dem Vorbehalte der Hofregierung oder Hofsherrschaft kann deshalb, wie Ude in Zeitschr. f. R. XLVI, 185 zutreffend ausführt, nicht mehr durch entsprechende Erklärung im Vertrage, sondern nur dadurch bewirkt werden, daß sich der Abgeber gleichzeitig einen Nießbrauch an dem Hofe nach §§. 1030 ff. und §§. 1085 ff. B. G.-B. begründen läßt. Vor dem Inkrafttreten des B. G.-B. genügte dagegen die in dem Uebergabecontracte abgegebene Erklärung, daß sich Abgeber die Hofregierung vorbehalte. Auch hierin wurde nur die Begründung eines Nutzungsrechts erblickt, das aber nicht nach den Grundsätzen des gemeinrechtlichen Nießbrauchs, sondern nach den besonderen Rechtsverhältnissen beurtheilt wurde, wie sie auch dem Aufkömmling oder dem Interimswirthe zugesprochen wurden. Erf. d. O.-L.-G. Wolf. v. 6. März 1834 i. S. Friede c. Friede; O.-G. Wolf, I. Sen., v. 16. Dec. 1853 i. S. Herweg c. Herweg; Zeitschr. f. R. XXVIII, 134 ff.; Seuff. Arch. IV, 242; XIII, 271 (Wolf.); XXXVII, 51; vergl. auch IX, 195; XV, 151; XIX, 52; XXII, 58; XXXIII, 51; Franke, Entsch., S. 51 ff.; Runder, a. a. O., S. 195. Hiernach war der Nutznießer von Rechnungsablage befreit und brauchte nur diligentiam, quam in suis rebus, zu prästiren. Außerdem hatte er die Pflicht, das im Laufe der Zeit abgängig werdende Inventar von den Einkünften des Hofes im Stande zu erhalten und zu ergänzen und schließlich den fundus instructus herauszugeben. Erf. d. Cass.-Hofes Wolf. v. 6. Dec. 1859 i. S. Schrader c. Rösch; Zeitschr. f. R. XXVIII, 136; Seuff. Arch. XXXVII, 51. Auch blieb er in Ansehung des Hofes activ und passiv legitimirt.

¹⁸⁾ Für diese haftet gemäß §. 419 B. G.-B., unbeschadet der persönlichen Haftung des bisherigen Schuldners, der neue Erwerber. Vergl. §. 416, I. c. und Ude in Zeitschr. f. R. XLVI, 186 f. Früher bestand der Grundsatz, daß Annehmer in Ermangelung anderer Abmachungen für die Schulden nur insoweit haftete, als solche auf dem Gute lasteten. Zeitschr. f. R. XXVIII, 187; XXXV, 13; Seuff. Arch. XXII, 57; XXXVII, 129; XLIX, 20 (O.-L.-G. Braunschweig). Vergl. auch Scholz III, Abfindungen, §. 44; Runder, Leibzucht, S. 300; Puchta, Outsethelen und sonstigen dinglichen Lasten, auch die erst durch den Vertrag begründeten Abfindungs- und Leibzuchtsrechte gerechnet. Vergl. Entsch. d. Reichsger. XIII, 189.

¹⁹⁾ Diese Abfindungen bilden keine besonderen dinglichen Rechte, wie die bei der

jedoch zu bemerken, daß für die Auslegung des Vertrages die Verkehrssitte zu berücksichtigen ist und hiernach auch hinsichtlich des übrigen Inhalts des Vertrages sich die Vertragsschließenden möglicherweise stillschweigend den Vorschriften des bürgerlichen Rechts haben unterwerfen wollen²⁰⁾.

Dritter Abschnitt.

Die Interimswirtschaft.

§. 138.

Begriff, Entstehung und Beendigung.

1. Begriff der Interimswirtschaft¹⁾. Wenn der Hofseigenthümer²⁾ stirbt und der Anerbe an dem Wirthschaftsantritt zeitweilig, insbesondere wegen Minderjährigkeit³⁾, behindert ist, so pflegt⁴⁾ die Bewirthschaftung und der Genuß des Hofes auf bestimmte Jahre, in der Regel bis zur Volljährigkeit des Anerben, auf einen sogenannten Interimswirth übertragen zu werden.

Der Ursprung der Interimswirtschaft — zunächst wohl auf den auch jetzt noch häufigsten Fall beschränkt, daß die aufgeheirathete Hofwitwe zur neuen

Erbsfolge kraft Gesetz entstehenden, da der Vorbehalt des Art. 96 E. V. G. = B. die Landesgesetzgebung zur Schaffung neuer dinglicher Rechte durch Vertrag nicht ermächtigt, sondern nur zur dispositiven Regelung des Schuldverhältnisses. Der Verlaßcontract giebt deshalb den Abfindlingen stets nur ein Forderungsrecht. Verdinglicht wird dies nur durch Eintragung im Grundbuche, wozu der Annehmer ebenfalls nur durch den Vertrag verpflichtet werden kann. Die Eintragung kann in diesem Falle nur entweder als Hypothek oder als ein anderes vom Reichsrecht anerkanntes grundbuchmäßiges Recht erfolgen, je nachdem was für ein Inhalt ihm durch den Vertrag gegeben ist. Der Inhalt dieser dinglichen Rechte regelt sich dann weiter lediglich nach Reichsrecht.

²⁰⁾ §. 157 B. G. = B. vergl. mit §. 133 das. — Die Bezugnahme auf die Verkehrssitte kann aber nicht so weit gehen, daß dadurch dingliche Rechte begründet oder dinglichen Rechten ein Inhalt gegeben werden könnte, der dem B. G. = B. unbekannt ist. Die in voriger Anmerkung aufgestellten Grundsätze bleiben vielmehr auch hier bestehen.

¹⁾ Vergl. im Allgemeinen: Runde, Die Rechtslehre von der Interimswirtschaft auf deutschen Bauerngütern, 2. Aufl., 1832; Steinacker, Br. Privatrecht, §. 247.

²⁾ Nur der männliche Hofseigenthümer kommt hier in Betracht. Stirbt die Hofseigenthümerin, so tritt wegen des dem aufgeheiratheten Ehegatten zustehenden Verwaltungsrechts naturgemäß ein Bedürfnis zur Begründung einer Interimswirtschaft nicht ein.

³⁾ Andere Gründe sind: Abwesenheit, Gebrechlichkeit, Krankheit u.

⁴⁾ Auch Verwaltung durch den Vormund oder Verpachtung des Hofes durch die Gesamtheit der Miterben kann eintreten. Eine derartige Regelung der Verhältnisse empfiehlt sich namentlich dann, wenn bis zur Volljährigkeit des Anerben nur noch wenige Jahre fehlen. Vergl. Steinacker, a. a. O., S. 562, Note 2.

Ehe schreitet⁵⁾ — ist ebenso alt, als ihre praktische Nothwendigkeit⁶⁾. Hatte die Interimswirthschaft auf Grund ihrer historischen Entwicklung auch in unserem Herzogthume anfangs nur die eigentlichen Colonatgüter⁷⁾ zum Gegenstande⁸⁾, so sah man sich, als die Ablösbarkeit der bäuerlichen Gutslasten gesetzlich eingeführt und damit wohl alle Höfe nach und nach in freies Eigenthum umgewandelt waren⁹⁾, vor die Alternative gestellt, entweder mit dem ganzen Rechtsinstitute aufzuräumen oder seine Anwendbarkeit auf alle Bauerngüter auszudehnen. Die Entscheidung konnte aus Gründen offensichtlicher Zweckmäßigkeit nur zu Gunsten der zweiten Alternative ausfallen¹⁰⁾. In diesem Sinne hat denn auch unsere Landesgesetzgebung die fortdauernde Geltung der bauernrechtlichen Grundsätze über die Interimswirthschaft ausdrücklich anerkannt und das B. G.-B. ihre fortdauernde Geltung bestätigt¹¹⁾.

2. Was die Rechtsnatur der Interimswirthschaft anlangt, so ist jedenfalls so viel unzweifelhaft, daß das Recht des Interimswirthes, welches diesem die ausgedehnteste Benutzung des Hofes gewährt und daneben eine bestimmte Aussicht auf demnächstige Leibzucht und für seine Kinder auf Abfindungen aus dem Hofe eröffnet, als ein gegen jeden Dritten wirksames und verfolgbares, die Sache unmittelbar ergreifendes Recht anzusehen, mithin rein dinglicher Natur ist¹²⁾. Weit aus einander gehen dagegen die Meinungen darüber, welcher Art des Näheren dieses dingliche Recht sei¹³⁾.

⁵⁾ Ueber andere mögliche Fälle vergl. Zeitschr. f. R. XXV, 170. S. auch Runder, a. a. O., S. 86 ff.

⁶⁾ Runder, a. a. O., §. 16; Stobbe, D. Privatr. II, §. 135, Note 4.

⁷⁾ Vergl. oben §. 94 bei Note 10 u. 11.

⁸⁾ Vergl. Runder, a. a. O.

⁹⁾ §§. 1, 6 u. 84 d. Ablösungsordn. v. 20. Dec. 1834.

¹⁰⁾ Vergl. Scholz III, Landwirthsch. Zeitung II, Heft 1, S. 70 f.; Zeitschr. f. R. XIII, 160.

¹¹⁾ §§. 1 u. 2 d. Hofesges. v. 28. März 1874. Die Materie der Interimswirthschaft selbst ist jedoch gesetzlich nicht geregelt. Für die Beurtheilung ist daher im Wesentlichen das geltende Gewohnheitsrecht maßgebend. — Art. 64 E. B. G.-B. Vergl. über dessen Tragweite in Bezug auf die Interimswirthschaft oben §. 121, Note 9 u. 10.

¹²⁾ Runder, a. a. O., §. 23, S. 59. Zeitschr. f. R. VIII, 7, 115; XIII, 45; XXV, 170.

¹³⁾ Abgesehen von den längst aufgegebenen und unzutreffenden Behauptungen, daß man es bei der Interimswirthschaft mit einem ehelichen Güterverhältnisse (Runder, S. 62) oder mit Miteigenthum (das. S. 71 ff.) zu thun habe, ist zunächst die Ansicht vertheidigt, daß das Recht des Interimswirthes ein Recht an eigener Sache sei, so daß ihm ein sog. interimistisches Eigenthum im Gegensatz zu einem schlafenden des Anerben bezw. der Miterben zuzuschreiben sei (Runder, S. 59, 61). Andere wiederum sprechen dem Interimswirthe nur ein dingliches Recht an fremder Sache zu, wobei sie ihn lediglich als Stellvertreter des Anerben bezw. der Miterben ansehen und eine persönliche Dienstbarkeit annehmen (Gesenius, Meierrecht II, 242; Steinacker, Br. Privatr., §. 247, Note 3; Scholz III, Intestaterbrecht der Ehegatten, S. 98; Derselbe, Abfindungen, S. 71; Derselbe, Landwirthsch. Zeitung II, 72). Eine dritte noch vielfach verbreitete Ansicht schließlich erblickt in der Interimswirthschaft eine Art von vormundschaftlicher

Die herrschende Meinung geht nun dahin, die Interimswirthschaft für einen deutsch-rechtlichen Nießbrauch zu erklären¹⁴⁾. Wir haben damit zwar eine Bezeichnung, die im Allgemeinen das Richtige trifft, aber bei der Unbestimmtheit dieses Begriffes eine eigentliche Charakterisirung und Bestimmung des in Rede stehenden Rechtsinstitutes nicht zu bieten vermag. Bei seiner Eigenart desselben wird man sich aber auch der Ansicht zuwenden müssen, daß es der Einzwängung unter ein bestimmtes System weder fähig noch bedürftig ist. Vielmehr muß man sich mit der neueren Doctrin und Praxis damit begnügen, die Interimswirthschaft als ein besonderes dingliches, auf die selbständige, zeitlich begrenzte Nutzung, Verwaltung und Vertretung des Hofes gerichtetes Recht zu definiren¹⁵⁾.

3. Die Entstehung der Interimswirthschaft gründet sich niemals auf Gesetz¹⁶⁾, sondern nur auf Vertrag¹⁷⁾. Bei dem am häufigsten vorkommenden Falle, wo dem zweiten Ehemann der aufgeheiratheten Hofswittwe die Interimswirthschaft übertragen werden soll, ist der Vertrag abzuschließen zwischen dem zukünftigen Interimswirthe einerseits und den in gemeinsamer Were verbliebenen Miterben andererseits. Ein selbständiges Recht der Wittwe,

Nutznutzung (Runde, a. a. O., §. 25; Zeitschr. f. R. XXV, 170). Allein keine dieser drei Ansichten trifft das Richtige. Die erste nicht, da schon die historische Entwicklung hiergegen spricht, nach welcher die Interimswirthschaft anfangs nur bei Colonatgütern vorkommen und bei diesen begriffsmäßig nur von einem Colonatrechte, nicht aber von dem Eigenthum der Besitzer, geschweige denn von einem zwischen den Hofserben und dem Interimswirthe getheilten Eigenthume die Rede sein konnte. Vergl. Gesenius, a. a. O., S. 243, Anm.; Stobbe, a. a. O., Note 14. Auch unsere Landesgesetzgebung kennt deshalb nur die Eintragung des Interimswirthes als eines „dinglich Berechtigten“ im Grundbuche (§. 17 Br. Ausf. R. = G. = B. = O.; früher: §. 15 d. G. = B. = O., vergl. §. 13 d. Gr.-Crm.-G.). Der zweiten Ansicht steht vor Allem entgegen, daß die Interimswirthschaft nicht im Namen des Auerben bezw. der Miterben, sondern im eigenen Namen ausgeübt wird, übrigens auch der Begriff einer persönlichen Dienstbarkeit zu eng erscheint, um das eigentliche Wesen der Interimswirthschaft damit zu kennzeichnen. Noch weniger verbient endlich die dritte Ansicht Billigung, da Entstehung, Umfang der Rechte und Pflichten, sowie Beendigung bei der Vormundschaft und bei der Interimswirthschaft meist derartig verschieden sind, daß vielmehr jene — auch die nießbräuchliche — in einen gewissen Gegensatz zu dieser tritt, indem neben der Person des Interimswirthes, welcher den Hof zu seinem und der Hofserben Nutzen bis zur Beendigung der Mähljahre bewirthschaftet, regelmäßig noch ein Vormund bestellt wird, welchem die Obhut über das sonstige Vermögen der Kinder bis zu deren Volljährigkeit anvertraut ist (vergl. Runde, a. a. O., §. 25; Stobbe, a. a. O., Note 14).

¹⁴⁾ Runde, a. a. O., S. 80 u. Cit. Vergl. auch Zeitschr. f. Rechtspfl. VIII, 7.

¹⁵⁾ Mittermaier, D. Privatr., R. Ausg., §. 449; Gerber, D. Privatr., §. 141; Stobbe, a. a. O.; Pfeiffer, Meierrecht I, 334; Häberlin, Landwirthschaftsrecht, S. 251; Seuff. Arch. XLI, Nr. 32.

¹⁶⁾ Wenn die aufgeheirathete Hofswittwe wieder heirathet, so überträgt sie zwar hierdurch auf den Ehemann ohne Weiteres das Recht der Theilnahme an ihrem Nutzungsrecht, aber kein selbständiges Recht. Mit dem Tode der Ehefrau würde daher die Theilnahme von selbst erlöschen.

¹⁷⁾ Runde, a. a. O., Zeitschr. f. R. XL, 21 ff.

auch gegen den Widerspruch des Vormundes einem Manne als Interimswirthe den Hof zuzufreien, ist nicht anzuerkennen¹⁸⁾).

Durch den Interimswirthschaftsvertrag soll ein dingliches Recht am Hofe begründet werden, weshalb der dingliche Vertrag zu seiner Gültigkeit der gerichtlichen oder notariellen Verlautbarung bedarf¹⁹⁾. Soweit die vertragsschließenden Miterben minderjährig sind, werden sie selbstverständlich durch ihren Vormund vertreten²⁰⁾. Da es sich ferner bei dem Vertrage um eine Verfügung über die Substanz des Hofes handelt, so bedarf er zu seiner Gültigkeit noch der Genehmigung der Obervormundschaft²¹⁾. Allein der unter Beobachtung dieser Formen abgeschlossene Vertrag ist für sich allein noch nicht im Stande, die Interimswirthschaft zur Entstehung zu bringen, sondern erzeugt nur eine dingliche Gebundenheit unter den Betheiligten. Um diesen Rechten volle Wirksamkeit gegen Dritte beizulegen, bedarf es noch der Eintragung derselben im Grundbuche²²⁾.

4. Die Beendigung der Interimswirthschaft erfolgt mit Ablauf der vertragsmäßig festgesetzten Mahljahre ohne Weiteres; einer besonderen Uebertragung des Hofes auf den Auerben oder die Miterben bedarf es nicht²³⁾. Ist die Interimswirthschaft wegen Minderjährigkeit des Auerben eingerichtet, so werden die Mahljahre consequenter Weise auch nur bis zur Volljährigkeit desselben bestimmt²⁴⁾. In manchen Rechtsgebieten, gesetzlich geradezu auf diesen Zeitraum beschränkt²⁵⁾, bildete in früherer Zeit auch im Herzogthum Braunschweig die mit dem vollendeten 25. Lebensjahre beginnende Großjährigkeit²⁶⁾ des Auerben die übliche Grenze der Mahljahre, welche nur aus gewichtigen Gründen überschritten wurde²⁷⁾. Seitdem aber die Voll-

¹⁸⁾ Erf. d. O.-L.-G. Wolf. v. 9. Nov. 1841; Decr. d. O.-M.-G. Wolf. v. 3. Mai 1842 i. S. Vosse c. Bremer; Zeitschr. f. R. XVII, 33; XIII, 47; XXI, 101. Vergl. auch Franke, Entsch. d. O.-M.-G. Celle, S. 83 ff.; Wöltje, Entsch. d. O.-M.-G. Celle VI, Nr. 122. — Das Recht zur Wiederheirath ist ihr dadurch nicht verfürzt. Vergl. oben Note 16.

¹⁹⁾ §. 873 B. G.-B., früher: §. 74 d. Gr.-Erw.-Ges. Vergl. Zeitschr. f. R. XIII, 44.

²⁰⁾ War die Hofswittwe zum Vormund bestellt, oder ist der Vormund zum Interimswirth aussersehen, so bedarf es zur Vermeidung von Collisionen der Bestellung eines Pflegers oder eines neuen Vormundes für die Mündel.

²¹⁾ §. 1821 B. G.-B. Vergl. auch Zeitschr. f. Rechtspf. VIII, 15, 158; XIII, 47.

²²⁾ §. 17 Br. Ausf. G.-B.-D., früher: §. 25 d. G.-B.-D.; vergl. Mansfeld, Grundbuchges., 2. Aufl., S. 196. S. auch Zeitschr. f. R. XIII, 50; XXXII, 8.

²³⁾ Runde, a. a. O., §. 32, S. 103; Rosen, rechtl. Grundideen des Colonats, S. 86 f.; Busch, Beiträge zum Meierrecht, §. 38. Vergl. auch. Seuff. Arch. XXVI, 50 (Wolf.); Zeitschr. f. R. XLVI, 201.

²⁴⁾ Runde, a. a. O., §. 95; Mittermaier, a. a. O.; Stobbe, a. a. O.

²⁵⁾ Runde, a. a. O., §. 97.

²⁶⁾ S. oben §. 10, Note 2.

²⁷⁾ Scholz III, Intestaterbr. d. Ehegatten, S. 74; Runde, a. a. O., §§. 95 f.; Mittermaier, a. a. O., §. 499. Rescr. d. O.-G. Wolf. v. 16. Jan. 1856 i. S. Vippelt'sche Vormundsch. und v. 10. Febr. 1859 i. S. Gerede Vormundsch. betr.; Zeitschr. f. R. VIII, 7 ff.

jährigkeit schon mit dem vollendeten 21. Lebensjahre beginnt²⁸⁾, hat sich immer mehr eine andere Uebung Bahn gebrochen, in richtiger Würdigung dessen, daß dem Auerben zu Anfang seiner Großjährigkeit noch diejenige Kraft und Erfahrung fehle, welche eine erbprießliche und erfolgreiche Bewirthschaftung des Hofes zur unabweislichen Voraussetzung hat²⁹⁾.

Ferner wird die Interimswirthschaft beendet durch den Tod des Interimswirthes³⁰⁾, nicht aber durch den Tod des Auerben³¹⁾ oder der Ehefrau³²⁾. Bei Unfähigkeit des Interimswirthes³³⁾ oder bei Unredlichkeit in der Wirthschaftsführung³⁴⁾ kann auf seine Entsetzung geklagt werden. Wenn der Interimswirth in Concurß verfällt, wird die Interimswirthschaft nicht ohne Weiteres beendet³⁵⁾.

§. 139.

Die Pflichten des Interimswirthes.

Abgesehen von der möglicherweise stipulirten Verpflichtung des Interimswirthes zur Alimation von Vermögen, worüber dieselben Grundsätze gelten wie beim Aufkömmling¹⁾, sind die Pflichten des Interimswirthes solche, welche während der ganzen Dauer der Mahljahre zu erfüllen sind.

1. Zunächst sind hier diejenigen Verpflichtungen zu behandeln, welche ihm als Familienoberhaupt obliegen:

²⁸⁾ S. oben §. 10, Note 2.

²⁹⁾ Durch §. 15 d. Hofesges. v. 28. März 1874 ist hieran nichts geändert.

³⁰⁾ Hierbei kommt es auf die Umstände an (Dauer der Wirthschaftsführung, Größe des Inerirten), ob die Kinder des Interimswirthes dennoch eine Abfindung beanspruchen können. Hofger. Wolf. i. S. Bethe'sche Vormundschaft c. Siemann'sche Vormundschaft.

³¹⁾ Selbst wenn mit dem Tode des Auerben ein anderer Auerbe nicht vorhanden, mithin eine Vererbung des Hofes nach den Grundsätzen des B. G. B. eintreten hätte, kann hierdurch das vertragsmäßig begründete Recht nicht geschmälert werden.

³²⁾ Wenn die Ehe wegen Schuld der Ehefrau geschieden ist, kann der Interimswirth deren Ausweisung vom Hofe gegen die Verpflichtung der Alimation verlangen. Erf. O.-A.-G. Wolf. v. 8. Sept. 1828 i. S. Schliephake c. Schliephake.

³³⁾ Zeitschr. f. R. VIII, 13 u. Erf. d. O.-G. Wolf., 2. Sen., v. 20. Jan. 1859 i. S. Rühlmann c. Alruth. Nach Ansicht des O.-A.-G. Celle (Franke, Entsch., S. 109, Nr. 51) kann der Interimswirth vor Beendigung der Mahljahre nicht wegen schlechter Wirthschaft abgesetzt werden.

³⁴⁾ Erf. d. O.-G. Wolf., 2. Sen., v. 20. Januar 1859 i. S. Rühlmann c. Alruth.

³⁵⁾ Vergl. Erf. d. O.-A.-G. Celle i. R. Magazin f. hannov. R., 1860, Bd. I, S. 205 ff.; Wölftje, Entsch. d. O.-A.-G. Celle V, 72; Franke, Entsch., S. 109. A. M.: Seuff. Arch. XLI, 32.

¹⁾ Vergl. oben §. 130. — Die Verjährung der Klage des Auerben auf Alimation der vom Interimswirth versprochenen Inerenden beginnt erst mit Rückgabe des Hofes an den Auerben. Decr. d. O.-A.-G. Wolf. v. 3. Jan. 1837 i. S. Plumböhm c. Fricke.

- a) Ob er in dieser Beziehung überhaupt familienrechtliche Pflichten gegen die Kinder des verstorbenen Hofeigenthümers hat, richtet sich ausschließlich nach dem B. G. = B. ²⁾).
- b) Zur Zahlung von Abfindungen an die volljährigen oder ausheirathenden Kinder ist der Interimswirth ohne vertragliche Zusicherung nicht verbunden ³⁾. Denn da durch den Interimswirtschaftsvertrag die Fortdauer der Erbgemeinschaft bezüglich des Hofes ausdrücklich bis zur Beendigung der Mahljahre festgesetzt wird, so kann eine Bethätigung und Verwirklichung der Erbsprüche aller oder einzelner Hofkinder vor jenem Zeitpunkte ohne aller vertragsschließende Zustimmung überhaupt nicht erfolgen ⁴⁾).

Eine andere Frage ist die, ob der Interimswirth diejenigen Töchter, welche Gelegenheit finden, während der Mahljahre auszuheirathen, mit einer Naturalaussteuer zu versehen hat ⁵⁾. Diese Frage muß bejaht werden, insofern er nach den Grundsätzen des B. G. = B. für seine Frau zur Zahlung verpflichtet ist ⁶⁾.

2. In seiner Eigenschaft als Hofwirth hat der Interimswirth das Gut gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten, alle auf demselben ruhenden Lasten zu tragen und den Hof durch die Bewirtschaftung in Bau und Besserung zu erhalten. Im Einzelnen greifen hier folgende Grundsätze Platz:

- a) Der Interimswirth ist nicht nur in allen Processen, die das Hofvermögen betrifft, ohne Weiteres passiv legitimirt, sondern er ist auch zur Anstrengung aller Prozesse verpflichtet, die dem voraussichtlichen Hofinteresse dienen. Der Zustimmung der Vormundschaft bedarf es nur zu allen Vergleichen, durch welche Rechte des Hofes aufgegeben werden sollen ⁷⁾.
- b) Die Verpflichtung des Interimswirthes zur Tragung der auf dem Hofe ruhenden Lasten aller Art, insbesondere der Staats-, Gemeinde- und sonstigen Steuern nebst den etwaigen Rückständen ist eine un-

²⁾ Vergl. oben §. 121, Note 10.

³⁾ Erf. d. L. = G. Wolf. v. 9. Juli 1835 i. S. Sauthoff c. Koch. Der verschiedentlich aufgestellte Satz, daß der Interimswirth hierzu bis zum Betrage der Hofeinkünfte und des inserirten Vermögens verpflichtet sei [vergl. Runde, a. a. D., §. 66; Zeitschr. f. R. I, 67; Seuff. Arch. XI, 265 (Wolf.); XXIII, 48], ist nur dann richtig, wenn dem Abfindling durch letztwillige oder vertragliche Bestimmung die Abfindung bereits festgesetzt war und ihre Fälligkeit danach während der Mahljahre eintritt. D. = G. Wolf., 1. Sen. (Seuff. Arch. XXIII, 48); Cass. = Hof Wolf. (Zeitschr. f. R. I, 67).

⁴⁾ Zeitschr. f. R. XXI, 101; XXXVI, 183; Seuff. Arch. XXIV, 52 (Wolf.); XIX, 252; Schoß III, Landwirthschaftl. Zeitung II, 66, 39.

⁵⁾ Vergl. oben §. 180.

⁶⁾ §. 1620 B. G. = B. Vergl. Erf. d. D. = L. = G. Wolf. v. 6. Juni 1850 i. S. Böcker c. Me.

⁷⁾ Runde, a. a. D., S. 160. Seuff. Arch. XIII, 271 (Wolf.); Franke, Entsch., S. 106, Nr. 45 f.; Busch, Beiträge zum Meierrecht, S. 160 f.

bestrittene⁸⁾, übrigens auch hinsichtlich der Grundsteuern durch unsere Landesgesetzgebung ausdrücklich anerkannt⁹⁾. Auch die auf dem Hofe ruhenden Hypotheken gehören hierher, rücksichtlich deren der Interimswirth nicht nur zur Zinszahlung, sondern auch zur thunlichsten Abtragung verbunden ist¹⁰⁾. Einen Ersatzanspruch hat der Interimswirth nur, soweit er die Schulden nicht aus dem Inerirten oder aus den Hofeinkünften, sondern von seinem sonstigen Vermögen beglichen hat¹¹⁾.

- c) Die bedeutsamste Obliegenheit des Interimswirthes ist die der fortgesetzten Cultivirung des Hofes. In dieser Beziehung ist davon auszugehen, daß er diejenige Sorgfalt anzuwenden hat, welche von einem guten Hausvater und Landwirth verlangt wird¹²⁾. Als solcher hat er alle Arbeiten und Maßregeln zu treffen, die zur Cultur des Hofes nothwendig sind, insbesondere auch alle selbst über die Mahljahre hinausgehenden Verträge abzuschließen, welche diesem Zwecke entsprechen¹³⁾. Indem ihm der Hof mit allem lebenden und todtten Inventar übergeben wird, erlangt er zwar an letzterem kein Eigenthum, aber das Recht der Veräußerung, soweit dies eine ordnungsmäßige Wirthschaftsführung mit sich bringt, mit der Verpflichtung, den Hof nachher in mindestens gleich gutem Zustande wieder abzuliefern. Hierbei wird natürlich nicht erfordert, daß durchaus dieselben Stücke des Inventars restituirt werden, sondern nur solche von gleicher Gattung und Güte. Demgemäß hat der Interimswirth veräußerte oder abgängig gewordene Gegenstände zu erneuern und den Viehbestand durch Nachzucht in gleicher Zahl und Güte zu erhalten und jeden Schaden, selbst den zufälligen, zu ersetzen, soweit das Eingebachte und die Aufkünfte reichen¹⁴⁾.

Im gleichen Maße hat er auch die Hofgebäude und sonstigen Einrichtungen im Stande zu erhalten und jedenfalls alle kleineren Reparaturen zu tragen¹⁵⁾. Ueberdies hat er auch den Hof nach Kräften zu verbessern, ohne für diese Verbesserungen oder andere Ver-

⁸⁾ Runder, a. a. D., §. 64; Duncker, Reallasten, §. 36 u. dort Cit.

⁹⁾ Gef. v. 24. August 1849, §. 81.

¹⁰⁾ Runder, a. a. D., §. 63. Vergl. Erf. d. D.-G. Wolf. v. 16. März 1820 i. S. Grobe'sche Vormundsch. c. Berthoff; Erf. d. D.-G. Wolf. v. 6. Juni 1850 i. S. Böcker c. Jlle; Seuff. Arch. XI, 265 (Wolf.). Ueber die Verpflichtung zur Zahlung von Abfindungen s. oben Note 3.

¹¹⁾ Erf. d. D.-G. Wolf., 1. Sen., v. 9. Dec. 1851 i. S. Ziemann c. Müller; Erf. d. D.-G. Wolf., 1. Sen., v. 2. März 1860 i. S. Lüddede c. Töpke.

¹²⁾ Runder, a. a. D., §. 51. Vergl. Seuff. Arch. XI, 265 (Wolf.).

¹³⁾ Vergl. Zeitschr. f. R. XXI, 101 f.

¹⁴⁾ Erf. d. D.-G. Wolf., 1. Sen., v. 9. Dec. 1851 i. S. Ziemann c. Müller und Zeitschr. f. R. XXVIII, 137; XXXV, 157.

¹⁵⁾ Seuff. Arch. VII, 217; XI, 265 (Wolf.); Runder, Interimsr., §. 55; Pfeiffer, Meier., §. 29; Busch, Beiträge, S. 160. Zum Wiederaufbau abgebrannter oder sonst zerstörter Gebäude bedarf es der Zustimmung der Erben. Vergl. Erf. d. D.-G. Wolf., 1. Sen., v. 2. Sept. 1853 i. S. Gähren c. Gähren.

wendungen, soweit sie aus dem eingebrachten Vermögen oder den Hofeinkünften bestreitbar sind, Ersatz verlangen zu können ¹⁶⁾).

3. Zur Sicherung wegen dieser Verpflichtungen ist der Interimswirth zwar ebensowenig zur Rechnungsablage, wie zur Cautionsstellung verpflichtet ¹⁷⁾, indessen ist angeordnet, daß vor Beginn der Mahljahre ein Inventar mit genauer Beschreibung aufgenommen werde, welches bei der demnächstigen Abgabe zu Grunde zu legen ist ¹⁸⁾. Man hat hierbei die Ländereien nach ihrer Beschaffenheit, den Zustand der Gebäude, Befriedigungen, Anpflanzungen, das Haus-, Hof-, Vieh- und Feldinventar, sowie die Wirthschaftsvorräthe thunlichst zu beschreiben, dagegen von einer Schätzung Abstand zu nehmen, da eine solche bei den leicht möglichen Preisschwankungen zu unrichtigen Resultaten führen kann ¹⁹⁾.

§. 140.

Die Rechte des Interimswirthes.

1. Das hauptsächlichste Recht des Interimswirthes ist das der Nutzung des Hofes. Dieses umfaßt nur den Hof nebst Zubehör, allem Inventar und den gesammten, zur Fortführung der Wirthschaft erforderlichen Vorräthen nebst dem inferirten Vermögen ¹⁾, während das übrige Vermögen der Hofwittwe und der Hoffinder, mag es vom verstorbenen Hofeigenthümer oder von dritter Seite herrühren, seiner Einwirkung regelmäßig entzogen ist ²⁾. Die Hofnutzung aber gewährt dem Interimswirthe, ohne ihn zu einer Veräußerung oder einer ihr gleichstehenden Belastung hinsichtlich der unbeweglichen Vermögensstücke zu ermächtigen, eine Reihe von Befugnissen, die eine analoge Anwendung der Grundsätze des Nießbrauches zulassen, freilich — bei der schon oben angedeuteten Verschiedenheit mit diesem — nur in dem Maße, als nicht Gesetz, Gewohnheit und der Zweck der Interimswirthschaft ein Anderes bestimmt ³⁾. Hiernach unterscheidet sich das interimswirthschaftliche Nutzungsrecht auf der einen Seite im Wesentlichen durch seine Unübertragbarkeit ⁴⁾, auf der anderen Seite dadurch, daß der Interimswirth das Eigenthum an sämmtlichen Früchten schon durch deren Trennung und nicht erst durch ihre Besitzergreifung erwirbt ⁵⁾, daß ferner Veräußerungen des Hofes oder seiner Zubehörungen nicht

¹⁶⁾ Runde, a. a. O., §. 70 ff.; Zeitschr. f. R. VIII, 7; XXV, 170; Seuff. Arch. VII, 217; XI, 265; XXXIII, 320 f.

¹⁷⁾ Runde, a. a. O., §§. 68, 72; Zeitschr. f. R. XXV, 170.

¹⁸⁾ Rescr. d. L.-O. Wolf. v. 2. Juli 1827 (Bege, Repert. I, 177).

¹⁹⁾ Runde, a. a. O., S. 118; Scholz III, Landwirthschaftl. Zeitung II, 70 ff. Vergl. auch Bege, a. a. O.

¹⁾ Vergl. §. 9 d. Hofesges. v. 28. März 1874.

²⁾ Vergl. oben §. 122.

³⁾ Zeitschr. f. R. XI, 9; Scholz III, Landwirthschaftl. Zeitung II, 38.

⁴⁾ Seuff. Arch. XLI, 32.

⁵⁾ Runde, a. a. O., §. 55. — Wenn während der Mahljahre ein Interessentenholz abgeholzt und arbar gemacht wird, so fällt dem Interimswirthe das dem Hofe gehörende Holz bezw. die dafür erkandenen Kaufgelder nur so weit an, als er bei

ohne seine Zustimmung erfolgen können⁶⁾, vor Allem aber dadurch, daß er zur selbständigen gerichtlichen und außergerichtlichen Vertretung des Hofes legitimirt erscheint⁷⁾. Von letzterer Befugniß ist die Ausnahme zu beachten, daß er zu den Anträgen auf Ablösung und Auseinanderlegung der Zustimmung des Auerben bedarf⁸⁾.

2. Nach Ablauf der Mahljahre steht dem Interimswirth ein unbestrittenes Recht auf eine angemessene, lebenslängliche Leibzucht aus dem Hofe zu, selbst dann, wenn dies in dem Vertrage nicht ausdrücklich festgestellt sein sollte⁹⁾. Der Umfang dieser Leibzucht¹⁰⁾ hängt einerseits von der Größe der dem Hofe durch den Interimswirth gebrachten Vortheile, also einmal des Inerirten und dann seiner wirtschaftlichen Thätigkeit ab, und andererseits von der Leistungsfähigkeit des Hofes¹¹⁾. Ist zwar die Einbringung von Vermögen nicht schlechterdings eine Voraussetzung des Anspruches auf die Leibzucht¹²⁾, so wird doch von derselben deren Größe wesentlich beeinflusst, während die wirtschaftliche Thätigkeit des Interimswirthes so sehr Bedingung des fraglichen Anspruches ist, daß bei schlechter Verwaltung des Gutes die Leibzucht gänzlich in Wegfall kommen kann¹³⁾. Den richtigen Maßstab für die Größe des Altentheiles wird aber sowohl der Hofwerth, als die Wirtschaftsführung nur dann gewähren, wenn der Zeitpunkt der Abgabe der Hofregierung an den Auerben zu Grunde gelegt wird¹⁴⁾. Für die dann erforderliche Schätzung ist nicht der gemeine oder Verkaufswerth des Hofes, sondern sein wirtschaftlicher Werth, d. h. der Werth des Hofes nebst Zubehör und Inventar, als wirtschaftliche Einheit maßgebend¹⁵⁾. Dieser Werth wird nach Abzug der Lasten und Schulden die Leistungsfähigkeit des Hofes bestimmen, während der Unterschied zwischen diesem Werthe und dem bei Beginn der Interimswirtschaft bestehenden, unter Berücksichtigung etwaiger Preisschwankungen, die Grundlage

jährlicher Nutzung bis zum Ende der Mahljahre insgesammt hätte ziehen können. Erf. d. D.-G. Wolf., 1. Sen., v. 18. Jan. 1856 i. S. Uefffeld c. Bodensief.

⁶⁾ §. 4 d. Hofeges. v. 28. März 1874.

⁷⁾ Runde, a. a. O., §§. 57, 60 f.; Zeitschr. f. R. VIII, 14 oben; Seuff. Arch. XIII, 271 (Wolf.). — Vergl. auch Wassergef. v. 5. August 1876, §. 8.

⁸⁾ Gef. v. 20. Dec. 1834, Nr. 35, §. 19 u. Gef. v. 20. Dec. 1834, Nr. 1 de 1835, §. 39.

⁹⁾ Runde, a. a. O., §. 76; Derselbe, Leibzucht, §. 19; Geseuius, a. a. O. I, 556; Steinacker, Br. Privatr., S. 566.

¹⁰⁾ Dem Interimswirth steht das Recht auf eine Leibzucht für sich und seine erste Ehefrau zu und zwar auf eine Gesamtmeibzucht. Die Ehefrau kann sie durch einen etwaigen Verzicht nicht mindern. Erf. d. D.-G. Wolf., 3. Sen., v. 18. Sept. 1871 i. S. Bode c. Dammann. Vergl. aber dagegen: Seuff. Arch. XXV, 265 (Wolf.).

¹¹⁾ Seuff. Arch. XXV, 254 (Wolf.). — Ebenso sind dabei die seinen Kindern gebührenden, wenn auch noch nicht fälligen Abfindungen zu berücksichtigen, so daß sich die Leibzucht um so mehr vermindert, je mehr Kinder abzufinden sind. Erf. d. D.-G. Wolf., 3. Sen., v. 20. Oct. 1858 i. S. Probst c. Reinert.

¹²⁾ v. Bülow u. Hagemann, Prakt. Erörterungen II, Nr. 35.

¹³⁾ Runde, a. a. O., §. 77. Vergl. Erf. d. L.-G. Wolf. v. 3. Juni 1834 i. S. Schödig c. Borrmanu.

¹⁴⁾ Runde, a. a. O., S. 185; Scholz III, Intestaterbr. d. Ehegatten, §. 36 c.

¹⁵⁾ Scholz III, Landwirthschaftl. Zeitung I, Heft 2, S. 59 ff.

für die Beurtheilung der interimswirthschaftlichen Verwaltung bildet. Soweit nämlich der Minderwerth auf eine mangelhafte Verwaltung seitens des Interimswirthes zurückzuführen ist, wird dieser an der Leibzucht gekürzt¹⁶⁾.

Wenn die Leibzucht des Interimswirthes bei Beendigung der Mahljahre noch nicht festgestellt ist, so hat er deshalb kein Retentionsrecht am Hofe oder seinem Inventar¹⁷⁾, sondern gegebenenfalls nur einen Anspruch auf einstweilige Verfügung¹⁸⁾. Heirathet der Interimswirth nach dem Tode seiner Ehefrau abermals, so theilt zwar diese mit ihm die unverminderte Leibzucht; sie hat aber kein selbständiges Recht auf solche, so daß der Bezug der Leibzucht mit dem Tode des Interimswirthes aufhört¹⁹⁾.

3. Dem Interimswirthe wird schließlich für seine aus der Ehe mit der Hofwitwe²⁰⁾ hervorgehenden, während der Mahljahre gezeugten Kinder²¹⁾ ein Anspruch auf Abfindungen aus dem Hofe gewährt, auch wenn solches im Vertrage nicht stipulirt ist²²⁾. Dieser Anspruch hat dieselben Voraussetzungen wie der auf die Leibzucht, ist insbesondere nicht schlechthin von der Einbringung von Vermögen abhängig²³⁾, wird aber bei Unanwendbarkeit der nur für die Abfindungen der Kinder des verstorbenen Hofeigenthümers geltenden Grundsätze des Hofesgesetzes²⁴⁾ bezüglich seines Umfanges ebenfalls nach der Höhe des Eingebrauchten, der Bewirthschaftung des Hofes seitens des Interimswirthes und der Leistungsfähigkeit des Gutes bestimmt²⁵⁾. Daß hiernach die fraglichen Abfindungen geringer ausfallen werden als diejenigen der Hofkinder, ist zwar das Regelmäßige²⁶⁾, aber keineswegs das Ausschließliche, da die dem Hofe von dem Interimswirthe gebrachten Vortheile möglicherweise den zeitigen Hofwerth weit übersteigen können. Im Uebrigen gelten die im §. 133 erwähnten Grundsätze.

Der Aufenthalt auf dem Hofe steht den Kindern des Interimswirthes nur für die Dauer der Mahljahre zu²⁷⁾.

¹⁶⁾ Scholz III, a. a. D., §. 77 ff. Vergl. oben Note 11.

¹⁷⁾ Seuff. Arch. XXVI, 50 (Wolf.). N. M.: D.-A.-G. Celle 1862 i.: Wöltje, Entsch. VI, 123; vergl. auch Zeitschr. f. R. XLVI, 200 ff.

¹⁸⁾ Vergl. Seuff. Arch. XXVI, 50 (Wolf.).

¹⁹⁾ Decr. d. R.-G. Wolf. v. 25. März 1831 i. S. Reus c. Tappe; Erf. d. D.-G., 2. Sen., v. 1. Juli 1852 i. S. Wille c. Wäckerling. N. M.: Seuff. Arch. VII, 216.

²⁰⁾ Nicht für Kinder aus späteren Ehen. Vergl. oben §. 133, Note 5.

²¹⁾ Die auf der Leibzucht gezeugten Kinder haben solchen Anspruch nicht. Siehe oben §. 133, Note 4.

²²⁾ Gejenius, a. a. D. I, 556; Steinacker, a. a. D., §. 554; Hagemann, Landwirthschaftsr., §. 275; Scholz III, Abfindungen, §§. 29 b, 37; Seuff. Arch. XXV, 44 (Wolf.); Zeitschr. f. R. XIII, 159; R.-G. Wolf. v. 9. Juli 1835 i. S. Sauthof c. Koch.

²³⁾ Runde, a. a. D., §. 90; Hagemann, a. a. D.; Gejenius, a. a. D. N. M.: Scholz III, Intestaterbr., §. 89 f.

²⁴⁾ §§. 7, 11, l. c.

²⁵⁾ Zeitschr. f. R. XXXVIII, 67.

²⁶⁾ Zeitschr. f. R. XXV, 168.

²⁷⁾ Runde, a. a. D., §. 90; Hagemann, a. a. D., §. 522.

Sachregister.

(Die großen Ziffern bezeichnen die Seite, die kleinen die Anmerkung.)

A.

Abbruch von Nachbargebäuden 245.
 Abdeckereiberechtigung 364.
 Abfindungen, deren Rechtsnatur 340, ¹⁹;
 342, ⁹; 540, ³; bei Bauerngütern 494;
 540 ff.; Fälligkeit 542; Vererblichkeit 543;
 bei Auseinandersetzungen 543 f.; deren
 Eintragung im Grundbuche 544; Gegen-
 stand 544; für gebrechliche Kinder 544 f.;
 Größe 545; Untergang 546; Verjährung
 546, ¹¹; der Kinder des Aufkömmlings
 495, ¹²; 530, 532, 533, 541; der Kinder
 des Interimswirthes 495, ¹²; 541, 572;
 bei Familienstammgütern 474 f.; 477;
 bei Pertinenzgütern 479 f.
 Abfindungscapitalien, deren Lösung 343.
 Abgaben, öffentliche, deren Verjährung 139;
 an Armen- und Begebefferungscasse 151,
 471.
 Ablösung der Reallasten 344 ff.; Legiti-
 mation 346; Entschädigung 347 ff.; bei
 Geldabgaben 348; bei Naturalabgaben
 349; beim Meierzins 349; bei zufälligen
 Abgaben 350 f.; bei Zehnten 349 ff.; bei
 Diensten 351 f.; bei Kirchen-, Pfarr- und
 Schulabgaben 352 f.; Normaljahre 353;
 Normalpreise 353 f.; Wirkungen 354 ff.;
 bei Pachtverträgen 357 f.; Verfahren
 359 f.; Einfluß auf Hypotheken 368;
 beim Cammergut 30; Rechte des Auf-
 kömmlings 529.
 Ablösungscapitalien 341, 355, 368.
 Ablösungsgeschäft 355, 359 ff.
 Abmeierung, Gründe 506 f.; Einfluß auf
 Brautkauf 526.
 Abschloß bei Ausländern 34, ¹⁸.
 Abschreibung von Theilstücken eines Grund-
 stücks 306, ⁴.
 Abtretung 155 f.
 Abtritte 242, 244.
 Abwesende, Todeserklärung 33.

Abzugsrecht 34, ¹⁸.
 Ackerfrohn 514, ¹¹.
 Ackerhof 395, f. auch Bauerngut.
 Ackerhütung bei Separationen 291.
 Ackermann 395.
 Acten, deren Sicherung beim Tode eines
 Beamten 207, 465; der Gemeindebehör-
 den 60, ⁴⁸.
 Adel, Verleihung 20, ²; Verlust 38, ⁸; Be-
 deutung 37 ff.; Erwerb 38; Eintheilung
 38, ⁷; Privilegien 39.
 Adjudication 265 f.
 Administrativeexecution 374, 576.
 Administratoren der Kirchengüter 96, ⁵.
 Adoption f. Kindesannahme.
 Aemter 87, ².
 Aerzte als Vormünder 458, ².
 Alimentation von Armen durch die Ge-
 meinden 114; von nicht abgefundenen
 Kindern im Bauernhof 532, 539, 544,
 559, 572, f. auch Unterhaltungsanspruch.
 Alter, deren Rechtsverhältnisse 427, 429, ⁴.
 Almende 63.
 Allod, untrennbares bei Bauerngütern 50, ¹;
 trennbares 502; bei Familienstamm-
 gütern 474, ⁹, 475, 478.
 Allodification der Lehen 383 f.; der Fa-
 milienideicommiss 385 f.; der Familien-
 stammgüter 388 f.
 Allodificationscapitalien 340, ²⁸; Rang 342.
 Alluvionen 263.
 Alltheil f. Leibzucht.
 Alltheilscapitalien 343.
 Alltheilsprästationen 547, ³.
 Alter, dessen rechtliche Wirkung 35 f.
 Altersstufen 35.
 Alveus derelictus 264.
 Amerika f. Vereinigte Staaten von Nord-
 amerika.
 Ammen, deren rechtliche Stellung 187, ¹.
 Amtscammerordnung 7.
 Anbauer, Begriff 319, ²⁴; Theilnahme an

den Nutzungen der Realgemeinde 63;
Weiderecht 319; -weisen 396.
Aneignung f. Besitzergreifung.
Anerbenernennung 556.
Anerbenrecht bei Familienstammgütern 474,
476; bei Pertinenzgütern 478 ff.; bei
Bauerngütern 493 f., 534; Voraus-
setzungen 534 f.; Eintragung 306; bei
mehreren selbständigen Höfen 536; Er-
werb 537; bei der Auseinandersetzung
538; Vererbung 537; Verlust 539; Ver-
zicht 539.
Anerkennung der Vaterschaft 453.
Anlandungen 263.
Anlegung von Geldern der Stiftungen 53;
der juristischen Personen 53; der Ge-
meinden 59; der Mündel 462.
Annahme an Kindesstatt f. Kindesannahme.
Annus discretionis 35, 455.
Anstalten des öffentlichen Rechts 112 f.,
119, ⁴⁰; Erziehung gegen sie 136 f.
Apanage der Prinzen des Landesherrlichen
Hauses 28 f.
Apotheken, realberechtigte 364.
Apotheker als Vormünder 458, ².
Archive, deren Veräußerung durch Ge-
meinden, Stiftungen u. 240.
Arme, die ihnen anvertrauten Sachen 132 f.,
229; Rückerstattungspflicht bezüglich ge-
währter Unterstützungen 114.
Armenanstalten 112 ff.; deren Erbrecht 468.
Armenkasse, städtische 113.
Armen- und Wegebesserungskasse, Abgaben
an diese 151, 471.
Armenvermögen der Stiftungen 114, ¹².
Arrest bei Gesindemiethen f. Draufgabe.
Arrogation f. Kindesannahme.
Art halten 310, ¹².
Ascendenten, deren frühere Erbfolge 472, ².
Attestate der Justizkanzlei 8.
Auctionen f. Versteigerungen.
Aufsahrender Ehegatte f. Aufkömmling.
Ausgeheiratheter Ehegatte f. Aufkömmling.
Aufkömmling bei Bauerngütern 496, 522,
526 ff.; Veräußerungen durch denselben
529, 531; Tragung der Hoflasten 529;
Recht auf Hofeinkünfte 530, 533, ³⁸;
Erfolgsanspruch für Verwendungen 532;
Vertretungsrecht 531; Entziehung des
Rechts 529, ¹⁴; Einfluß der Ehescheidung
531, ³⁸; Wiederverheirathung 533; Leib-
zucht 530, 532, 547; Abfindungen seiner
Kinder 495, ¹², 530, 532, 541.
Auflassung von Immobilien 304 ff.
Aufkauf, Schadenersatz v. Beschädigungen 227.
Aufrechnung bei Beamtendienstverhältnissen
157.
Auftrag 219 f.
Auseinandersetzungsvertrag bei Separa-
tionen 296 ff., f. auch Erbaueinander-
setzung.

Ausgeherin, deren rechtliche Stellung 187, ¹.
Ausländer, deren Eheschließung 449, f. auch
Fremde.
Ausrodungen 422.
Außenheden 245, ²⁹, 247, ³⁴.
Auspielvertrag 221.
Auswanderer 34.
Autonomie, Begriff 13, ³⁹; in der Landes-
herrlichen Familie 21, ¹.
Avulsionen 263.

B.

Bachofenzwang f. Gemeindebachofenzwang.
Badestubengerechtigkeit 364, ³².
Bank f. Braunschweigische Bank.
Bannrechte 365.
Baptisten 49, ⁴⁰.
Barbiertubengerechtigkeit 364, ³².
Bauerngut, Begriff 395 ff.; dessen Zubehör
129, 494, 499; dessen Forstinutzungsrechte
73; geschichtliche Entwicklung 491 f.;
Geschlossenheit 492; Aufhebung der bauer-
lichen Eigenschaft 492, ³⁴; Eintragung auf
den Namen des Anerben 306; Unter-
haltung der gebrechlichen Hofsfinder in
ihm 539, 544, 547.
Bauernhöfe, wüste 536, ¹¹.
Bauernlehn 378, ¹², 397, ¹⁷.
Bauernrecht 484 ff.; Literatur 486 ff.; Ge-
schichte 488 f.; Geltung unter dem jetzigen
Rechtsrecht 493 ff.; Grenzen der Anwend-
barkeit 497 f.
Bauernstand 37, ⁴⁰, 497 f.
Baufiscus 123, ⁴; Vertretung 127, ³⁰.
Baufrohn 514.
Baugrund 246, ³¹.
Bauholzberechtigung 332.
Baulehnung 488, ⁴.
Baulinie 242.
Baurecht 241 ff.
Beamten, deren Beschränkungen 41; öffent-
liche 202, ¹; Communal- 202 ¹, f. auch
Staatsbeamte.
Beamten = Wittwen = und = Waisen = Versor-
gungsanstalt 114; Versicherung 174 ff.;
Einfluß der Wiederverheirathung 177;
Einfluß der Ehescheidung 178; Verpfän-
dung der Pension 370.
Bebauung von Grundstücken 242.
Bedomund 488, ⁴.
Befriedigungen 245, f. auch Grenzen, Heden.
Beglaubigung von Unterschriften 144.
Begräbniskosten des Leibzüchters 562.
Begräbnisplätze 104 f., 238.
Begütern, deren Nachlaß 468.
Beholdungsrecht 332.
Beispruchsrecht 393, ²⁷.
Beistand 463, ².
Belgien, Staatsvertrag wegen Eheschließung
449, ¹⁰; wegen Nachlaßregulirung 466, ⁷.
Bergarbeitervertrag 199 ff.

Bergbau, Beschränkung des Grundeigenthümers durch diesen 236 f., f. auch Bergrecht.
 Bergbeamte, deren Rechtsverhältnisse 202, 207; Erwerb von Bergwerkseigenthum 409.
 Berggesetz, demselben unterfallende Mineralien 250, ⁹.
 Bergrecht 399 ff.; Geschichte 400 f.; Mineralien 250, ⁹, 404, ¹, f. auch Bergwerke.
 Bergwerke 128; deren Veräußerung 144; Aufhebung 313; Expropriation 271; Einfluß der Aufhebung auf Dienstbarkeiten 313; auf Reallasten 343; Vorschriften über und unter der Erde 414; Hülsbau 415; Betrieb 415 f.; Schaden durch dieselben 224 f., 416; Verjährung der Erbschaft 138 f.
 Bergwerkseigenthum, Begriff 231; Inhalt 413 ff.; Eintragung ins Grundbuch 306, 362 f.; Verleihung 407 ff.; Consolidation 409; reale Theilung 410; Austausch 410; Verlust 411; Verzicht 412.
 Berufsstände 41 f.
 Beschädigungen 224 ff.
 Beschränkte persönliche Dienstbarkeiten f. Dienstbarkeiten.
 Beschränkungscheinbücher 305, ³, ⁴.
 Besitzergreifung herrenloser Sachen 249 f.
 Besserungsanstalt in Bebern 118.
 Bestandtheile 129; bei Bauerngütern 494, ⁵.
 Bett eines Gewässers 129, 429, ²; verlassenes 264.
 Bebern, Wilhelmsstift 118; Zwangsberziehung 456, ¹⁰.
 Bewässerungsanlagen bei öffentlichen Gewässern 435 f.
 Bewässerungsgenossenschaften 80 ff.; Syndiken 81; Genossenschaftsordnung 81.
 Bewegliche Sachen 128.
 Bibeln der Braunsch. Bibelgesellschaft 132.
 Bibliothek, Herzogliche, deren Rechtsverhältnisse 25 ff.
 Bienenstände 243.
 Bierzwang 365.
 Binnenheden 245, ²⁹, 247, ³⁴.
 Blankenburg, abweichendes Recht 10, ²³.
 Blindenanstalt „Herzog = Wilhelm = Asyl“ 119, ².
 Blödsinnige Kinder 36.
 Blutzehnten 516.
 Brachfeld 310, ¹².
 Brachzehnten 516.
 Brandschaden, Erbsch 224.
 Brandversicherung f. Feuerversicherung, f. auch Landesbrandversicherungsanstalt.
 Branntweinzwang 366, ⁴⁰.
 Braugerechtigkeit 365, ³⁹.
 Braunkohlen 402.
 Braunschweig, f. Stadt Braunschweig.
 Braunschweiger Bank, Eigenthumsanspruch

auf Papier- und Metallgeld gegen dieselbe 232; Verpfändung bei ihr 371 f.
 Brautschlag bei Bauerngütern 496, 521, 522 ff.; als untrennbares Alod 502.
 Brauttafelgelder 523, ¹⁸.
 Brennholzberechtigung 332 f.
 Brief = Hypotheken 368.
 Brinkfingergewesen 396, f. auch Anbauerwesen.
 Brücken, deren Eigenthümer 131, ³; bei Wegen 443; bei Interessentenwegen in der Stadt Braunschweig 71, ⁵⁹; deren Unterhaltung 432, ¹⁹, 444, ²⁵.
 Brüdernschaften in der Stadt Braunschweig 70.
 Brunneninteressentenschaften in der Stadt Braunschweig 70.
 Buch = Hypothek 367, ³.
 Bürgerliche Nutzungen in Stadtgemeinden 61.
 Bürgermeister 395.
 Bürgerstand 37, 40.
 Burgfesten 514.
 Burgmeierhöfe 395.

C.

Cämmereivermögen 60, ⁴⁰.
 Cammer, Herzogliche 31, ¹¹.
 Cammerbauern 397.
 Cammergut, Eigenthümer 25, ²⁰, ²; Rechtsverhältnisse 29 ff.; Forsten 421; Veräußerungen 30 f.; Vertretung 31, ¹¹; Schulden 31, ¹⁹; Unterschied vom Staatsgute 123.
 Canäle, deren Unterhaltung 443, 444, ²⁵; Expropriation zu denselben 270.
 Canzleyordnung 2, 7.
 Capitalabfindung bei Gemeintheiltheilungen 294.
 Capitale Minderjähriger 462, f. auch Kirchen, Pfarren, Schulen, Gemeinden, Stiftungen rc.
 Capitularien 1.
 Caution der Staatsbeamten 204, ¹²; des Interimswirthes 570.
 Cautions-Hypothek 368.
 Cession f. Abtretung.
 Circularrescripte des Landesfürsten 9.
 Civilstaatsdiener 202 f.
 Civilstandsregister 32, ².
 Codificationsprincip des B. G. = B. 4.
 Collegium Carolinum 111, ¹⁰⁰.
 Collision der Statuten 19.
 Colonatgüter 396, 489.
 Communalbeamte 202.
 Communicationswege 441.
 Communion = Deichung 86.
 Communion = Harz 18.
 Compensation f. Aufrechnung.
 Concurs bei Bauerngütern 526, 528, 567.

Confession der Kinder aus Mißhehen 455,
f. auch Religion.
Confirmandenparverein 169.
Confirmation bäuerlicher Verträge 490, 492.
Consistorium 95, ⁴.
Consolidation bei Bergwerken 144.
Contrabücher bei Sparcassen 168, ³.
Contracte f. Verträge.
Corporationen f. Vereine.
Corpus honorum 98; der Pfarre 107.
Creditverein, ritterschaftlicher 51; dessen
Darlehen 171 ff.
Curatel 463 f.
Cure f. Ruge.

D.

Dachtraufe 244.
Dänemark, Staatsvertrag wegen Nachlaß-
regulirung ic. 34, ¹⁸.
Darlehen 162 ff.; des Leihhauses 163 ff.;
an Sparcassen 167 ff.; der Pfandleiher
169 f.; des ritterschaftlichen Creditvereins
171 ff.
Declarationen des Landesfürsten 9.
Decrete des Landesfürsten 7.
Deelzucht 337, ⁴².
Deich, dessen Theile 84, ⁵⁸; Rabeln 85;
Deichenden 85; Eigenthum 87; Nutzen-
gen an denselben 87; herrenlose Strecken
85, ⁶⁸.
Deichgeschworene 85.
Deichhauptleute 85.
Deichlast 85, 338, 340, ²¹; Befreiung 85, ⁶⁹;
außerordentliche 86; Rechtsweg 85, ⁶¹.
Deichordnungen 83, ⁵².
Deichpfand 85.
Deichrecht 83 ff.
Deichregister 85.
Deichschau 85, ⁶⁷.
Deichverbände 83.
Depositum f. Vermahrung.
Descendenten, Erbfolge 472, ².
Deutscher Bund, dessen Gesetzgebung 4.
Deutsches Reich, dessen Gesetzgebung 4 f.
Dienstbarkeiten 308 ff.; alte 308; Ent-
stehung 310 f.; durch Gesetz entstehende
311, ⁴; Rang 312; Aufhebung 313;
Einfluß von Separation oder Expro-
prieration 313; Einfluß einer Zwangs-
versteigerung 313; beschränkte persönliche
310; bei Interessentenschaftsforsten 65, ¹¹;
f. auch Grunddienstbarkeiten.
Dienstboten f. Gefinde.
Dienstbuch f. Gefinde.
Dienste, bäuerliche 340, ²⁵, 513 ff.; deren
Ablösung 351.
Dienst Einkommen f. Staatsbeamte.
Dienstgeld 516.
Dienstzwang 516.
Dingliche Rechte 5, ⁶; bei Ablösungen 357.

Discretionstage 455.
Dismembrationsverbot 490, 499.
Dispensation von Ehehindernissen 449;
bei Kindesannahme 454.
Dissidenten, deren Rechtsverhältnisse 49;
Kindererziehung 455.
Dorfgemeinden i. Landgemeinden.
Dorf- und Feldbeschreibungen 500, ².
Totalrecht 450, ³.
Draufgabe beim Gefindedienstvertrage 189, ⁸.
Dreifelderwirthschaft 310, ¹², 358, ²⁰.
Dünger beim Bauerngut 501; beim Stab-
recht 330, ¹⁹.
Düngerstätten 244.
Durchwinterungsprincip beim Weiderecht
318, ²³; bei Schäfererechtigkeiten 329.

E.

Ehenbürtigkeiten bei fürstlichen Ehen 22, ⁴.
Edicte des Landesfürsten 7.
Ehe, Abschluß derselben 447; der Gens-
darmen 207, 448 f.; der Beamten 449;
der Ausländer 449; der Mitglieder des
Landesherrlichen Hauses 21, 29, ²⁵, 29, ²⁹.
Ehegüterrecht 450 ff.; bäuerliches 521.
Ehegüterregister 451.
Ehehindernisse 448, ⁵; Dispensation 20, ²,
449.
Ehelichkeitserklärung f. Legitimation.
Ehemündigkeit 448, ⁴.
Ehescheidung 450.
Ehre, Einfluß auf die rechtliche Stellung
36 f.
Ehrloses Verhalten 37.
Eigenthum 230 ff.; Schutz desselben 231 ff.;
Beschränkungen im öffentlichen Interesse
233 ff.; Beschränkungen im nachbarlichen
Interesse 240 ff.; Erwerb und Verlust
249 ff.
Eingebrachtes Vermögen bei Bauerngütern
i. Brautschatz.
Einkommensteuer, deren Verjährung 139, ²⁸.
Einquartierungslast 339, ¹⁵.
Eingelöseten 316, ¹⁶.
Eis auf Gewässern, dessen Aneignung 250.
Eisenbahnbeamte, deren Wittwen 175, ⁴, ⁶.
Eisenbahnbetrieb, Schadenersatz 225 f.; Ver-
jährung des Ersatzanspruches 138.
Eisenbahnen, Expropriation für dieselben
270, 272, ²⁷, ²⁸.
Elektrische Bahnen, Schadenersatzpflicht der-
selben 226.
Elektrische Leitungen, Schadenersatzpflicht
226.
Elterliche Gewalt 452 ff.
Emeritirungsfonds für Geistliche 119 f.
Emphyteusis 361, 509, ⁴, 510.
Enteignung f. Expropriation.
Enten in Fischrevieren 260.

Entwässerungsanlagen bei öffentlichen Gewässern 435.
 Entwässerungsgenossenschaften 80 ff.
 Erbaueinanderziehung bei Bauerngütern 538, 542.
 Erbbaurecht 128, ², 362.
 Erbbegräbnisse 105.
 Erbfall eines Inländers 465; eines Ausländers 466 ff.
 Erbfolge, gesetzliche 472 ff.; letztwillige 481 ff.; bei Familienstammgütern 473 ff.; bei Pertinenzgütern 478 ff.; bei Bauerngütern 534 ff.; ererbte 559.
 Erbgrüter 393, ²⁷.
 Erbhufregister 500, ².
 Erbtage 401, ²².
 Erblehn 378.
 Erblose Güter 124, 468.
 Erbpaht 396, 497.
 Erbrecht 465 ff.; außerordentl. des Fiscus 124, 468; der Stadt Wolfenb. 468; der Beguinen u. Hospitaliten in der Stadt Braunsch. 468; früheres 472 f.; s. auch Erbfolge.
 Erbreger 500, ².
 Erbschaftsteuer 469 f.; deren Verjährung 139, ²⁸, 140.
 Erbschein 465, ⁵.
 Erbverträge 479, ⁹, 481, ², s. auch letztwillige Verfügungen.
 Erbverzichte 479, ⁹.
 Erbzinsgüter 362, 396, 509 f.
 Erbzinshaus 379, ¹².
 Ernte-Abfuhrwege 310, ¹².
 Ernte-Dienste 514.
 Ernte-Vorräthe s. Wirtschaftsvorräthe.
 Erbschaftspruch für verunglückte Feuerwehrleute 227; für Wildschaden 228; für gewährte Alimente 229, s. auch Schadenerbschaftsprüche.
 Ersklung, früher 135 f.; jetzt 138 f.
 Erziehung, religiöse 455.
 Erziehungsrecht 454, s. auch Zwangserziehung.
 Eparsette, deren Schonung beim Weiderecht 324 ff.
 Expropriation 267 ff.; Inconvenienzen 267, ², 277, ⁷²; für Wege 268 f.; für Eisenbahnen 270, 272, ²⁷, ²⁸; für Canäle 270; für Gewässer 270; für Straßen 270; für Fischereirechte 271; für Bergwerke 271; für Aufbereitungsanstalten 272, ²⁹; dinglicher und persönlicher Rechte 277, ⁷²; Verfahren 276 ff.; Eigenthumsübergang 284; Einfluß auf Realberechtigungen 284; Rechtsweg 285; Einfluß auf Dienstbarkeiten 313; Einfluß auf Realasten 341, 343; beweglicher Sachen 233, ².

F.

Fachwerkwände, gemeinschaftliche 243.
 Fährerechtigkeiten 360, ².

Fallwild, dessen Aneignung 252, ¹⁷.
 Familienfideicommiß 238, 384 ff.; Erbfolge 481; Unterschied vom Familienstammgut 385, ⁷; des Herzoglichen Hauses 25 ff., 385.
 Familienfideicommißstämme 385, ⁶.
 Familiengut des Herzoglichen Hauses 24.
 Familienrecht 447 ff.
 Familienstammgut 239, 386 ff.; Stiftungsact 389; Erbfolge unehelicher Kinder 453; Erbfolge angenommener Kinder 454; Erbfolge allgemein 465, 473 ff.; Pflichttheilsrecht 474, ⁹; letztwillige Verfügungen 483; adeliges 39, 386.
 Familienstiftung 385, ⁷.
 Feldfolge 358, ²⁰.
 Feldinventar s. Inventar.
 Feldmark 60, ²⁹.
 Feldmarksgemeinden in der Stadt Braunschweig 71.
 Feldmarksiinteressenschaften, Begriff 63; in der Stadt Braunschweig 70.
 Feldtauben 234, ².
 Feld- und Wannewege 441, 442, ⁷.
 Feldzehnten, deren Ablösung 352.
 Fensterrecht 243.
 Feudalrechte s. Lehngüter.
 Feuerordnung 241, ⁴.
 Feuerfchaden, Erbschaftsprüche 224.
 Feuerungsanlagen 244.
 Feuerversicherung 173, 179 ff.; von Mobilien 185 ff.
 Feuermehrleute, Beschädigungen im Dienste 227.
 Fideicommiß s. Familienfideicommiß.
 Finanzfiscus 123, ⁴; Vertretung 127, ²⁰.
 Finden verloren gegangener Sachen 249.
 Fischereiberechtigte, Erbschaftspruch derselben für Beschädigungen 225; Erbschaftspruch gegen Immissionen 233, ⁷.
 Fischereiberechtigung 257 f.; in geschlossenen Gewässern 257, ⁴⁸; in der Weser 257; der politischen Gemeinden 258; Schutz derselben 259; Beschränkungen 269; Expropriation für dieselbe 271.
 Fischereigenossenschaft 82 f.
 Fischereigerechtigkeit 366, s. auch Fischereiberechtigung.
 Fischereipässe 271.
 Fischereirecht 257 ff.
 Fiscus 122 ff.; Grundvermögen 122; Grundstücke 123; bewegliches Vermögen 122, ²; Einkommen 122, ²; Erwerb von Vereinsvermögen 53, ⁶; Erwerb von Stiftungsvermögen 123; Erbrecht 124, 468; Privilegien 123; Verzugszinsen 123, ⁷; Verjährung 123, ⁷; Confiscation 123; bergrechtlicher Erwerb 124; Grundsteuern 124; Anspruch auf Sicherungshypothek 124, 368; Veräußerungen 124; Ersklung gegen ihn 136; Schadenersatz-

pflücht 124 ff.; Vertretung 126 f.; Unterschied vom Staat 122, ¹.
 Flachsrotten in Fischereirevieren 259.
 Flecken f. Marktflecken.
 Fleischzehnten 516; deren Ablösung 350 f.
 Flüsse f. Gewässer.
 Flußbett 129, 429, ²; verlassenes 264.
 Flußufer f. Ufer.
 Forderungen f. Schuldverhältnisse.
 Forstabfuhrwege 442, ⁷.
 Forstcultur 425.
 Forsten der Kirchen 105; der Pfarren 107, ⁶⁰; des Cammerguts und des Klosterfonds 421; von Privatpersonen 235, ², 421; von juristischen Personen 423; Wirtschaftspläne 424; Gauen 424, f. auch Waldrecht.
 Forstgenossenschaft f. Forstinteressentschaft.
 Forstgrundbücher 72.
 Forstgrundqualität 420, 421, ²⁸, ²⁹.
 Forstgrundstücke bei Expropriationen 284, ⁶⁰.
 Forsthoheit 417.
 Forstinteressentschaften, Begriff 51, ²¹; Rechtsverhältnisse 72 ff., 363 f.; geistliches Pfandrecht 373; Antheile der Interessenten 73; Immobilienqualität der Nutzungsanttheile 128 f.; Antheile als Bestandtheile eines Bauernguts 73, ⁷⁰, ⁷¹; Verpfändung der Antheile 74; Theilung 74 f.; Theilnahme des Pfarrers 107, ⁶⁰.
 Forstlagerbücher 421.
 Forstnennungen 335 f., 425.
 Forstnutzungen bei Separationen 292 f.
 Forstnutzungsrechte bei Genossenschaftsforsten 363; deren Veräußerung 364.
 Forstrecht für bestimmte Landestheile 10.
 Forstregal 417.
 Forstrodungen 422.
 Forstweidethellung bei Separationen 291 f.
 Französische Zeit f. westfälische Zeit.
 Freilassungsgüter 239, 393; Erbfolge 478 ff.
 Fremde 33 f.; deren Eheschließung 449.
 Friedhöfe 104 f.
 Frohnen f. Dienste.
 Früchte, deren Erwerb 260 f.; beim Pfründenrecht 261; beim Pfarrmittwenthum 262; bei Opereien und Schulen 262; bei Lehngütern 262; bei der Leibzucht 262; gepfändete, deren Versteigerung 208.
 Fruchtfolge 358, ²⁰.
 Fruchtzehnten 516; dessen Ablösung 350 f.
 Fußwege, öffentliche 441.
 Futtertränker, deren Schonung beim Weiderecht 324 ff.

G.

Gabella emigrationis 34.
 Gänsehude 317 f.
 Gail und Gaare 501.
 Garten, Jagdrecht in demselben 256, ⁴¹.

Gartenrecht 246 f.
 Gastwirthschaften 364.
 Gebäude, deren Abstände von einander 242; deren Höhe 242.
 Geburt 32 f.; uneheliche 33, ⁴.
 Geburtsstand 37.
 Geest 86.
 Gegenbuch bei Bergwerken 76, ³.
 Gehalt der Staatsbeamten f. Staatsbeamte.
 Geisteskrankheit 36.
 Geistliche, privatrechtl. Beschränkungen 41, f. auch Pfarrer.
 Geldrenten 340.
 Gemarkungen 55, ⁴.
 Gemeinde 54 ff.; Gemeindebezirk 55, ²; Vermögen 60 f.; Capitalien 57, ²⁰, 58, ²⁶, 59, ³⁰; Grundstücke 62; Berechtigungen 61; Rath 56, ¹⁵; Vorsteher 56, ¹⁵; Dienste 338, ⁷; Genossen 60; Backofenzwang 366, ⁴⁰, f. auch Armenpflege, Stadt- und Landgemeinden, Schulen.
 Gemeindewaisenrath 460 f.
 Gemeine Mark 63, ⁶.
 Gemeines Recht, Umfang seiner fortdauernden Geltung 5, ⁷.
 Gemeinheiten 63 ff.; Rechtsnatur 65, ¹³; Unterschied von den Gemeinden 60, ³⁹, 61, ⁴⁵; Erziehung gegen sie 136; Veräußerung 67; Auslösung 67; Vermögen 68; Theilnehmerrechte 68, f. auch Realgenossenschaften.
 Gemeinheitstheilung 286 ff.; Theilnehmerrechte 290; Weiderecht 290 f.; Schäferrecht 291; Acker- und Wiesenhaltung 291; Forstweidethellung 291 f.; Mastgerechtigkeit 292; Laub- und Streuhacken 292; Holznutzungen, Plaggen- und Heibhieb 293; Holzziehungsrechte 293; Capitalabfindung 292; Weidegeld 295; Wirkung 296; Einfluß auf Reallasten bei Austausch von Grundstücken 343; Eigenthumsübergang 296; hinsichtlich Dritter 300; Verfahren 302.
 Gemeinsame Were, Begriff 231; Inhalt 556 ff.; Auseinandersetzung 538, 557.
 Gemischte Ehen, religiöse Erziehung der Kinder aus denselben 455.
 Generalauseinandersetzung bei Gemeinheitstheilungen 387 ff.
 Generalhypothek 367, ².
 Genossen, Theilnahme am Gemeinheitsgut 68.
 Genossenschaften 62 ff., 75 ff.; f. auch Realgenossenschaften.
 Genossenschaftsforsten f. Forstinteressentschaften.
 Gensdarmen, privatrechtl. Beschränkungen 41; Beamtenqualität 203, ²; Ehen 448.
 Gerechtigkeiten, selbständige, deren Immobilienqualität 128; deren Rechtsverhältnisse 360 ff.

Gerichtliche Hinterlegung f. Hinterlegung.
 Gerichtsfiscus f. Justizfiscus.
 Gerichtsfolge 339, ¹⁴.
 Gerichtsgebrauch 13.
 Gerichtsvollzieher 219 f.
 Gerüste auf fremden Grundstücken 244.
 Gesangbücher der Armen in der Stadt
 Braunschweig 132, ².
 Geschäftsgebrauch 14, 486.
 Geschenke f. Schenkung.
 Geseze, Entstehung 9; von einzelnen Lan-
 destheilen 10, f. auch Landesgesetze.
 Gesinde, Begriff 187, ¹; -miethvertrag 187 ff.;
 Dienstbuch 189; Miethpfennig 189, ²;
 Dienstantritt 190; Dauer des Dienst-
 verhältnisses 190 f.; Lohn 192 f.; Krank-
 heit 193; Zeugniß 194; Beendigung des
 Dienstes 194; Tod des Familienhauptes
 195; Concurß 195; Kündigung 195 ff.;
 einseitiger Rücktritt 195 ff.; Verheirathung
 190.
 Gesindemakler 218.
 Gewässer, öffentliche 428; als Gemeingut
 131; Unterhaltung 429 ff.; Rechtsweg
 430, ³, 431, ¹¹, ¹³, 432, ²²; Schutz gegen
 Verunreinigungen 233, 7; Rückforderung
 abgerissener Uferstücke 232, 263 f.; außer-
 ordentliche Unterhaltungslast 431; Siche-
 rung des Wasserabzugs 431; Verände-
 rungen 432; Brücken 432, ¹⁹; Benutzung
 von Ufer und Betten 433; gemeiner Ge-
 brauch 434; Benutzungsrechte 434 f.;
 Beschränkungen 234; im Fischereirecht
 257, ⁴⁶; Expropriation 270.
 Gewalt, elterliche 454 f.
 Gewerbeberechtigungen, ausschließliche 365.
 Gewerken 78; -versammlung 78; -buch 78.
 Gewerkschaften 51, ¹⁷, 76 ff.; alte 76, ⁵;
 Repräsentanten 77; Beschlufsfassung 79;
 Liquidation 80, ²⁰.
 Wohnheitsrecht 12; particulares 5; in
 bürgerlichen Verhältnissen 485 f.
 Gift 133.
 Gilden 87, ².
 Glocken, Baulast bei Kirchen 99, ²⁴.
 Gossengerichtigkeit 309.
 Grabdenkmäler 104, ⁷⁰, 105, 238.
 Gräben, deren Unterhaltung bei Wegen
 443; bei den Interessentenwegen der
 Stadt Braunschweig 71, ⁵⁹.
 Grenzbaum 228, ¹.
 Grenze zwischen Grundstücken 245 ff.
 Großjährigkeit f. Volljährigkeit.
 Großkothhof 396.
 Grubenvorstand 77.
 Grundacten 305, ⁴.
 Grundbuchämter 305, ⁴.
 Grundbücher 305, ³, ⁴; für Forstgenossen-
 schaften 72.
 Grunddienstbarkeiten, alte 209 f.; neue 310;
 positive 312, 313.

Grundrente 340, ²⁶, 512, ².
 Grundsteuer 140, 338; deren Rangverhält-
 niß 312.
 Grundstücke, deren Veräußerung 304 f.;
 nicht buchpflichtige 307; Abschreibung
 von Theilstücken 306, ⁴, 343; Eintragung
 auf Ersuchen einer Behörde 306; Ein-
 tragung von noch nicht eingetragenen
 Grundstücken 306; Bebauung 242.
 Grundzinsen 340, ²⁵, 512.
 Gymnasiallehrer, deren Beamtenqual. 203, ².
 Gymnasien 111, ¹⁰⁰.

G.

Häuslinge 399; Theilnahmerechte an den
 Gemeinheitsnutzungen 63 f.
 Hagelschadenversicherung 173.
 Halbköthhof 396.
 Halbmeierhof 395.
 Halbpännerhof 395.
 Handdienste 513.
 Handelskammer 91 ff.
 Handelsmakler 216 f.
 Handwerkskammer 94.
 Harzburg, Holzrenten im Amte 342, ².
 Hausgesetze des Herzoglichen Hauses 21, ¹.
 Hausknecht als Gesinde 188, ¹.
 Hausjammungen 265.
 Hauskaufen 39.
 Hausstrauungen 39.
 Hausvermögen des Herzoglichen Hauses 24.
 Hauungen in Forsten 333, 424.
 Heckenrecht 245, ²⁹, 247, ²⁴.
 Heerden f. Einzelhüten.
 Heerstraßen 440, ¹, 441, ².
 Hegungszeiten 321 f.
 Heidhieb bei Separationen 293.
 Heil- und Pflegeanstalt Königsutter 118.
 Heimfallsrecht 504.
 Heirath f. Ehe.
 Heirathsgut f. Dotalrecht, Brautkauf.
 Heirathsprovision 143, ⁴, 216, ².
 Helmstedt, Universität 121, ¹⁷.
 Herkommen 13.
 Herrenlose Sachen, deren Aneignung 249 f.
 Herrenlose Thiere, deren Besitzergreifung
 251 ff.
 Herzogliche Familie, deren Privatrechts-
 verhältnisse 21 ff.
 Herzog-Wilhelm-Alhyl 119, ³.
 Hinterlegung 161 ff.; von Werthpapieren
 einer juristischen Person 54; der Ge-
 meinden 57, ²⁰, 59, ²⁰; der Kirchen 97, ¹⁰⁸;
 der Schulen 161; der Stiftungen
 161; der Familienstammgüter 161; der
 Mündel 161, 462 f.
 Hirschstangen, deren Aneignung 252, ¹⁷.
 Hirten beim Weiderecht 316; beim Stab-
 recht 330; als Gesinde 187, ¹.
 Hochzeitfeier bei Bauern 523, ¹².
 Hochzeitswagen bei Bauern 523, ¹¹.

Hörigkeit der Bauern 488.
 Hof, wüster 536, ¹¹.
 Hofbeamte, Verträge mit der Hofstatt 32, ¹⁸;
 Beamtenqualität 203, ²; Wittwenpension
 175, ⁴.
 Hofcapelle, deren Wittwenkasse 169, ⁹, 175, ⁴.
 Hofgerichtsordnung 2, 7.
 Hofjuden 47, ²⁸.
 Hofrechte 1.
 Hofstatt 31 ff.
 Hofübergabe 559 ff.; mit Vorbehalt der
 Regierung 562, ¹⁷.
 Hofübergabecontract 497, 559 ff.
 Hofverlaßcontract 497, 559 ff.
 Holland s. Niederlande.
 Holzabfuhrwege 442, ⁷.
 Holzberechtigungen 332 f.
 Holzinteressenschaften 63.
 Holzlesen 336, ²⁴.
 Holzrenten 340, ²⁶; bei Gemeinheitstheilun-
 gen 296; bei Cammer- und Klosterforsten
 342, ⁸; in Seesen, Lutter a. W. und
 Harzburg 342, ⁸.
 Holztage 336.
 Holzungen s. Ausroden.
 Hospitaliten in der Stadt Braunschweig,
 deren Nachlaß 468.
 Huderect 314 ff., bei Separationen 291.
 Hülfsbau bei Vergewerten 129.
 Hürdenschlagsrecht 331, 340, ²⁶.
 Hütungsrecht s. Huderect.
 Hypotheken 367 ff.; Abtretung 368; bei
 Austausch von Grundstücken 369; bei
 Expropriation 369; bei Abschreibung von
 Bestandtheilen 369; bei Aufhebung eines
 Vergewerks 369; auf den Inhaber 367, ⁸.
 Hypothekenbriefe 368, ⁵.
 Hypothekenbücher 365, ³.
 Hypothekenregister 365, ³.

S.

Sation s. Brauttschah.
 Immissionen, Schutz gegen solche 232 f.;
 durch Düngerstätten 244, ²².
 Immobilien s. unbewegliche Sachen.
 Incorporation in Bauerngüter s. Braut-
 tschah.
 Inferirtes Vermögen s. Brauttschah.
 Inhaberpapiere 222 f.
 Innungen 87, ².
 Innungsverbände 52, ².
 Injel eines Gewässers 129, 264.
 Interessenten, Rechte am Gemeinheitsgut 68.
 Interessentenforsten siehe Forstinteressent-
 schaften.
 Interessenschaften 65.
 Interessenschaftswege s. Wegeinteressent-
 schaften.
 Interimswirth, Vertretungsmacht 568 f.:
 Verwaltungspflicht 569; Nutzungsrecht

570; Zahlung von Abfindungen 568;
 Zahlung von Lasten 568; Zahlung von
 Hypotheken 569; Reparaturpflicht 569 f.;
 Erbschaftsprüche 569; Cautionsstellung
 570; Leibzucht 547, 571; Abfindungen
 seiner Kinder 495, ¹², 541, 572; Ab-
 findungen seiner Kinder früherer Ehe
 541, 572; Tod 567; Concurß 567.
 Interimswirthschaft, Umfang der heutigen
 Geltung 495; Begriff 563; Rechtsnatur
 564 f.; Entstehung 565 f.; Wahljahre
 566; Beendigung 567.
 Interimswirthschaftsvertrag 566.
 Internationales Privatrecht 19.
 Intestaterbfolge s. Erbrect.
 Inventar eines Bauernguts 502; bei dem
 Aufkömmling 530, 531; bei der Interims-
 wirthschaft 569, 572.
 Irrenanstalt s. Landesirrenanstalt.
 Italien, Staatsvertrag wegen Eheschließung
 449, ¹⁰.
 Jagdbare Thiere 251, ¹⁷.
 Jagdberechtigte 252 ff.; Schadenerschuld
 225, 256, s. auch Wildschaden.
 Jagdbezirke 255.
 Jagdfrevel, beschlagnahmte Gegenstände 265.
 Jagdgerechtigkeit 366, s. auch Jagdrecht.
 Jagdinteressenschaften 51, ¹⁸, 63, ², 254, ²⁰.
 Jagdrecht 252 ff.; für bestimmte Landes-
 theile 10.
 Jagdreviere 254; deren Verpachtung 255.
 Juden 45 ff.; Eherecht 48, ⁴⁰, ⁴¹.
 Judeheid 48.
 Jüdische Gemeinden 48, ⁴².
 Juleum 121, ¹⁷.
 Juristische Personen 49 ff.; des öffentlichen
 Rechts 49 f., 54; Aufsichtsrecht 50; Ver-
 fassung 50; Verleihung der Rechtsnatur
 54, ¹⁰; Veräußerung von Gütern 50;
 Veräußerung von Kunstsammlungen 240;
 Haftung für seine Organe 50, ⁴.
 Justizcancley, Attestate 8.
 Justizfiscus 123, ⁴; Vertretung 127, ²⁰.

R.

Ralsalzje, deren bergrechtl. Verhältnisse 408.
 Kammergut s. Cammergut.
 Kanonisches Recht 3.
 Kanzleyordnung s. Cancleyordnung.
 Kapital s. Capital.
 Katholiken, Rechtsverhältnisse 42 ff.
 Katholische Gemeinden 44, ¹⁰.
 Katholische Kirchen 44, ¹⁰, 88, ⁵, 95, ².
 Kauf 208 ff.; von ansteckenden Gegenstän-
 den 209.
 Kellner, deren rechtliche Stellung 187, ¹.
 Kinder, Sorge für ihre Person 454 ff.;
 Vermögensrechte 457; uneheliche 32 f.;
 uneheliche bei Lehen 33, ⁴; Namen 33;
 Legitimation 453.

Kindermädchen, rechtliche Stellung 187, ¹.
 Kindesannahme 454; Dispensation von Hindernissen 20, ²; Einfluß auf das Erbrecht 477.
 Kirchen, Rechtsverhältnisse 94 ff.; Eigentum an den kirchlichen Gebäuden 95; Eigentum an den Kirchengebäuden der Reformirten und Katholiken 95, ², 88, ³; Vorstand 95; Reparaturpflicht 97, 99; Neubauten 97, 99 f.; Ausleihung von Geldern 97; Proceffe 97; Vermögen 98; corpus bonorum 98, ⁴; Grundstücke 98; Wegebaulast 98; Erziehung 136 f.
 Kirchenabgaben, deren Ablösung 352 f.
 Kirchenbaulast 97 ff., 338, ⁸, 340.
 Kirchenbücher 32, ².
 Kirchenbiener, privatrechtl. Beschränkungen 41; Weiderecht bei Interessentenschaften 64, ⁸, 319, f. auch Pfarrer.
 Kirchenforsten 105.
 Kirchengesetze 9, ¹⁶.
 Kirchengeloden 99, ³⁴.
 Kirchenorgeln 99, ³⁴.
 Kirchenstühle 102 f.; Vormiethrecht 212.
 Kirchhöfe 104 f.; Baulast 104, ⁷⁰; Eigentumsbeschränkung 238.
 Kirchthürme 99, ³⁴.
 Risten und Kasten bei Bauernhehen 523.
 Klee, Schonung beim Weiderecht 324 ff.
 Kleidungsstücke, Verkauf ansteckender 133.
 Kleinkothhof 396.
 Klöster 120, ¹⁶.
 Klosterforsten 421.
 Kloster- und Studienfonds 121 ff.
 Knappschaftscassen, Verpfändung ihrer Leistungen 370.
 Knappschaftsvereine 51, ¹⁷, 89 ff.
 Knechte, deren rechtliche Stellung 187, ¹.
 Köchinnen, deren rechtliche Stellung 187, ¹.
 Königsutter, Irrenanstalt 118.
 Körrecht bei Bauerngütern 535, ⁹.
 Koppelhude 315.
 Kranke Kinder, deren Unterhaltung im Bauernhofe 539, 544, 547.
 Krankencassen bei Bergwerken 98 f.
 Krankenversicherung der Bergleute 99, ¹⁷; der Dienstboten 193.
 Krankheit 36; der Dienstboten 193.
 Kreis 62.
 Kreiscommunalverbände 62.
 Kruggerechtigkeiten 364, ⁸⁰, ⁸⁸.
 Kunstsammlungen, deren Veräußerung durch Gemeinden, Stiftungen u. 240.
 Kuxe 78; deren Uebertragung und Verpfändung 79, 144, 370; Mobiliarqualitität 129.

L.

Lagerbücher f. Forstlagerbücher.
 Landesarmenverband 118, ⁴.

Landesbrandversicherungsanstalt 116 f.; Vertrag mit dieser 179 ff.; Anspruch auf Sicherungshypothek 368.
 Landeseinwohner 34, ¹³.
 Landesfiscus f. Fiscus.
 Landesfürst, seine privatrechtl. Verhältnisse 21 ff.; Familie 22 ff.; Hausvermögen 24; Familienfideicommiß 25; Privatvermögen 28; Grundstücke 29; Proceffe 29; Erbrecht 29; Apanagen 28, ³⁵; Wittum 28.
 Landesgesetze, Verhältniß zum Reichsrecht 4 ff.; Entstehung 9; Beginn der Gültigkeit 19; Prüfungsrecht des Richters 19, ¹⁰; Publicationserforderniß 19, ⁹.
 Landesherr f. Landesfürst.
 Landesherrliche Familie f. Landesfürst.
 Landesirrenanstalt 118.
 Landesordnungen, größere 6.
 Landespfarrrwitwenversorgungsanstalt 110, 115.
 Landeschuldverschreibungen 165, 167.
 Landesvermessung 237, 276.
 Landfolge 339, ¹⁶.
 Landgemeinden, Verfassung und Vertretung 56; Schadenersatzpflicht für ihre Organe 57, ¹⁰; Erziehung 57, ¹⁶; Rechtsgeschäfte 57; Anlegung von Geldern 57, ²⁰, 59, ³⁰, 161; Proceffe 59, ³⁸; Vermögen 60; Unterschied des Vermögens von Gemeinheitsgut 60, ³⁹, 61, ⁴⁵; Erziehung gegen sie 136.
 Landhäuser als bäuerliche Besitzungen 395.
 Landshaftliche Beamten, deren Beamtenqualität 203, ².
 Landstandshaft des Adels 39.
 Landstraßen 440, ¹.
 Landtagsabschiede 6, 8.
 Lasten, öffentliche 312, 342; gemeine 338; bäuerliche 512 ff.
 Laubharten f. Streulaubberechtigung.
 Laub- und Streuharten bei Separationen 292.
 Laudemium 511.
 Lebensalter f. Alter.
 Lebensversicherungsanstalt 118, ⁴⁴; Vertrag 173, 174, ¹¹, ¹².
 Legitimation unehelicher Kinder 453 f.
 Legitimirte Kinder bei Familienstammgütern 477.
 Lehnsgüter 238, 377 ff.; Erbfolge 377, 382, 481; Succession unehelicher Kinder 33, ⁴.
 Lehnrecht 377 ff., 1, 3.
 Lehnrechtliche Erbfolge bei Familienstammgütern 474 f.
 Lehnallodificationen 340, ²³; beim Cammergut 30.
 Lehrer, deren Beamtenqualität 203, ², siehe auch Schullehrer, Schule.
 Leibeigene Bauern 488.
 Leibzucht 262 f.; Rechtsverhältniß 340, ²⁴, 342, ⁹, 546, ⁸; bei Bauerngütern 496,

546 ff.; des Aufkömmlings 530, 532, 547; des Interimswirthes 547, 571; der zweiten Frau des Interimswirthes 547, ⁶; Eintragung 547; Gegenstand 548; Höhe 552; Einfluß der Verheirathung 552; Tod des Berechtigten 553; Uebertragbarkeit 553; Verpfändung 553; Geldleistungen 548; Naturalien 548 f.; Vänderei 549; Wohnung 550; Vieh 550, ³⁵; Verpachtung 550; Vermietung 551 f.; Abgaben 550; Reparaturen 550; Untergang der Leibzuchtswohnung 551; Expropriation, Zwangsversteigerung 551, ³⁷, 554; Mißwirthschaft 554; Ehecheidung 554, ⁶⁶.
 Leibzuchtsprästationen 547, ³.
 Leibzuchtsvertrag 497, 561 f.
 Leibhausanstalt 117; Administration 118; Hinterlegung bei derselben 160 ff.; Verpfändung bei ihr 370; Darlehen derselben 163 ff.; Eigenthumsanspruch gegen dieselbe 232; Verwahrungsvertrag 220.
 Leibhausdarlehen 163.
 Leibhauslandbesitzschuldverschreibungen 167.
 Leibhauspfandscheine 133.
 Leiterrecht 244; Schadenerkämpfung 225.
 Leihholzberechtigung 332, 335 f.
 Legtwillige Verfügungen 481 ff.; über ein Bauerngut 497, 554 ff.
 Liberatorium bei Vormundschaften 458, ¹.
 Lichtöffnungen bei Bauwerken 243.
 Lohn bei Diensthöten 192 f.
 Longobardisches Lehnrecht 3.
 Loose, Verträge 209.
 Lotterievertrag 221.
 Luftraum 131, ².
 Lutter a. B., Holzrenten im Amte 340, ⁸.
 Luzerne, Schöpfung beim Weiderecht 324 ff.

M.

Mäcker f. Maklervertrag.
 Magistrat 56, ¹⁴.
 Mahlgast 215.
 Mahlgut 214.
 Mahlmühlen f. Mühlen.
 Maklervertrag 216 ff.
 Markt f. gemeine Markt.
 Marktflecken 54, ¹.
 Marsch im Weidrecht 86.
 Maßgerechtigkeit 336 f., 503 ff.; bei Separationen 292.
 Materialien zum Wegebau, Verpflichtung zu deren Hergabe 237.
 Meiergut 336 ff., 362, 396, 503 ff.; bei Ablösungen 355, ⁵.
 Meierordnungen 486.
 Meierzins, dessen Ablösung 349.
 Meliorationsgenossenschaften 80, ³⁸.
 Messe 46, ²⁶.

Mesjuden 46, ²⁶; deren Familiennamen 46, ³⁰.
 Metalle, bergrechtliche 402, 404, ¹.
 Miete 211 f.; Ortsgebrauch 212.
 Mieththaler 189, ⁸.
 Milde Stiftungen 119 f., f. auch Stiftungen.
 Militärscus 123, ⁴.
 Militär-Montirungsstücke 133.
 Minderjährige 35 f., f. auch Mündel.
 Mineralien, deren Besitzergreifung 250, f. auch Metalle.
 Minorat bei Bauerngütern 535, ⁹.
 Mißgehen 448, ⁸; religiöse Erziehung der Kinder 455.
 Mitbesitz und Mitgenußrecht 521 ff., 526 ff., f. auch Aufkömmling.
 Mithude 315.
 Mobilien 128.
 Monopole 366, ⁴¹.
 Montirungsstücke 133.
 Mortuarium 488.
 Mühlen als Bauerngüter 395.
 Mühlengraben 428, ¹³, 430, ⁹.
 Mühlenrecht 213, ², 435.
 Mühlenrecht 214.
 Mühlenzins 340, ²²; Unablösbarkeit 344.
 Mühlenzwang 214, 365.
 Müller, Vertrag mit ihm 214 f.
 Mündel, Erziehung 461; Anlegung von Mündelgeldern 462; Hinterlegung von Vermögen 462 f., f. auch Vormundschaft.
 Mündelsichere Werthpapiere 53, ¹⁵, 462.
 Museum, Herzogliches 25 ff.
 Muthen 405, 406 f.

N.

Nachbarrechte 243 ff.; Eintragung im Grundbuche 241, ².
 Nachlaß von Ausländern 34, 466.
 Nachlaßgericht 465, ¹.
 Nachlaßregulirung 465.
 Nachsteuer 34.
 Namen der geschiedenen Ehefrau 450.
 Namen der Juden 47, ³⁰.
 Namen unehelicher Kinder 33.
 Naturalaussteuer bei Bauernhehen 522.
 Naturaldienste, deren Ablösung 351, f. auch Dienste.
 Negatorienklage 232.
 Neuanbauer 63, ⁷.
 Neubruchzehnten 517.
 Nicht-Deutsche f. Fremde.
 Niederlande, Staatsverträge wegen Nachlaß ic. 34, ¹³, 466, ⁷; wegen Eheschließung 449, ¹⁰.
 Nießbrauch, lebenslänglicher des Vaters 309; an Dienstwohnungen 205.
 Norddeutscher Bund, Gesetzgebung 4.
 Normalpreise 353.

Norwegen, Staatsvertrag wegen Eheschließung 449, ¹⁰.
 Notare, deren Beamtenqualität 203, ².
 Notariatsinstrument 145 ff.
 Nothweg bei Forststücken 248.
 Novalehnten 605.
 Nutzholzberechtigung 332.
 Nutzungsrechte bei Realgenossenschaften 68;
 bei Forstgenossenschaften 72 f.

O.

Oberschunter 427, 429, ⁴.
 Obervormundschaft 458 f.
 Obligationenrecht 142 ff.
 Observanz 13.
 Occupation f. Besitzergreifung.
 Öffentliche Gewässer f. Gewässer.
 Öffentliches Recht 5.
 Ohre, deren Rechtsverhältnisse 427, 429, ⁴.
 Oker 427; Okerarme 428, ¹³, 431, ¹⁵; Okerbrüden 443, ¹³.
 Opferei 110; Baulast 110, ⁹⁸; Fruchtterwerb 262; Theilnahme an den gemeinen Nutzungen der Interessenschaften 64, ⁸.
 Orgeln, Baulast 99, ⁸⁴.
 Ortsarmenverband 112 f.
 Ortsstraßen, Baulast 441, ⁴, 443, ¹³.

P.

Pachtvertrag 212 f.; über Jagdbezirke 212, 254 f.; über Privatgewässer 212; Einfluß der Gemeintheilung 212, 301; Ablösungen 212, 357 f.; Expropriationen 267, ³, 277, ⁷², ⁷³.
 Parochiallasten 100 f.
 Pastoren f. Pfarre.
 Patronatrecht 96, ⁵; Kirchenbaulast 101; Schulbaulast 112, ¹⁰⁶.
 Pension der Beamtenwitwen und -waisen 176; Verpfändung 370.
 Pertinenzgüter 239, 393; Erbrecht 478 ff.; letztwillige Verfügungen 482 ff.
 Pertinenzien 130; bei Bauerngütern 129, 499.
 Pfändungspfandreht 141, 373 ff.
 Pfanddeckung 86.
 Pfandleiher 169 ff.; Verpfändung bei denselben 372.
 Pfandmakler 217 f.
 Pfandreht 367 ff.; an Grundstücken 367 f.; an beweglichen Sachen 369 ff.; gesetzliches 373 ff.
 Pfandschein des Leihhauses 133, 371; der Pfandleiher 170, 372.
 Pfandvertrag mit den Pfandleihern 372; mit dem Leihhause 370; mit der Braunschweigischen Bank 371.
 Pfarre 106 f.; Baulast 107 f., 338, ⁸; Re-

paraturen 107; Fruchtterwerb 261 f.; Ablösung der Abgaben an diese 352 f.
 Pfarrer f. Pfarre, Kirchendiener.
 Pfarrvacanzcasse 110, ¹⁴.
 Pfarrversorgungsanstalt 115 ff., 119 f.
 Pfarrwittenthum 109, 115; Baulast 109, ⁹³; Hauscasse 110, ⁸⁴; Theilnahme an der gemeinen Weide 110, ⁹³; Fruchtterwerb 262.
 Pferdrecht 331, 340, ²⁶.
 Pferdehude 317.
 Pflegschaften 463.
 Pflichttheilsrecht bei Familienstammgütern 474, ⁹; bei Pertinenzgütern 482 f.; bei Bauerngütern 555, ⁴, ⁷.
 Pfündenrecht 106, ⁷⁹, 308, ²; Fruchtterwerb 261 f.
 Physicus, Beamtenqualität 203, ².
 Pia corpora f. milde Stiftungen.
 Pilze, deren Besitzergreifung 250.
 Plaggen- und Heidhieb bei Separationen 293.
 Politische Gemeinde, deren Vermögen 60; im Gegensatz zur Realgemeinde 61, ⁴⁵.
 Polytechnikum 111, ¹⁰⁰.
 Prädiatservituten f. Dienstbarkeiten.
 Predigerwitwe f. Pfarrwittenthum.
 Privatforsten 422.
 Privatfürstenrecht 21 ff.
 Privatgewässer, Begriff 428, 438 ff.; Beschränkungen 234; Veränderungen zum Nachtheil von Nachbargrundstücken 247; Insel 264; Alluvionen 264; Unterhaltungspflicht 438; Veränderung 438; Benutzung 439.
 Privatstraßen 441, ⁴.
 Privattestamente 481, ¹.
 Privatwege 441, ⁶, 442, ⁸, 446.
 Privilegien 9, 20 f.
 Bröven 516.
 Provinzialgesetze 10.
 Publicistischer Reactionsanspruch 126, ²⁵.
 Pulvermühlen 179.
 Pupillarishe Sicherheit 53, ¹⁵, 462.

Q.

Quellen eines öffentlichen Gewässers 428, ¹³.
 Quellwasser, Entziehung 244.
 Quittung öffentlicher Cassen 157, ².

R.

Rang der Stände 42.
 Reactionsanspruch, publicistischer 126, ²⁵.
 Realgemeinden 51, ²¹, 63 f.; Proceß 64, ⁹.
 Realgenossenschaften 51, 62 ff.; Aufsichtsrecht 50, 66; Rechtsverhältnisse 65 ff.; Grundstücke 67; Veräußerung 67; Aus-
 torfung 67; Separation 67; jura sin-

gulorum 63; Theilung der Reihestelle 68, ³⁰; Theilnahmerechte 69, ⁴³; Beschlüsse 69; Eintragung der Grundstücke 69.
 Realgenossenschaften in der Stadt Braunschweig 70 ff.
 Realgewerbeberechtigungen 364, 366.
 Reallasten 337 ff.; des öffentlichen Rechts 337, 341; privatrechtliche 339 f., 341 f.; particulare 5, ⁶; Entstehung 341 f.; Rang 342; Austausch 342 f.; Untergang 343; Ablösung 344 ff.; Lösung im Grundbuche bei Ablösung 355, ³.
 Realservituten s. Dienstbarkeiten.
 Reception des römischen Rechts 2.
 Referendare, deren Beamtenqualität 202, ¹, 203, ²; als Vormünder 458, ².
 Reformirte, deren rechtl. Verhältnisse 44 f.; Eigenthum ihrer kirchlichen Gebäude 88, ⁷, 95, ².
 Regalien beim Cammergut 30, ²; beim Bergrecht 404.
 Regierungsvormundschaft 23, ¹⁰.
 Reihronen, deren Aneignung 252, ¹⁷.
 Reichsrecht, Verhältniß zum Landesrecht 4 ff.
 Reihenhäuser 64; deren Nutzungsrechte 63; Theilung 68, ³⁹.
 Religiöse Erziehung 455, 461.
 Religiöse Vereine, Entstehung 44, ¹⁰, 50, ¹²; Verfassung 50, ¹², ¹³, 52, ²; Rechtsverhältnisse 88, ⁵.
 Religion, Rechtswirkung 42 ff.; der Kinder 455.
 Repräsentanten einer Gewerkschaft 77.
 Res extra commercium 130 ff.
 Rescripte des Landesfürsten 7.
 Retractsrecht 393, ²⁷.
 Reunionsklage 500.
 Richterliche Acte, Ertragspflicht des Staats 126.
 Rittergüter 39, 239, 390 f.; Erbfolge 478 ff.; leibwillige Verfügungen 482 f.
 Rittermatrikel 390, ¹.
 Ritterchaftlicher Creditverein 51, 88, ⁵; Darlehen 171 ff.
 Römisches Recht, dessen Reception 2.
 Rottzehnten 517.
 Rückforderungsanspruch auf abgerissene Uferstücke 232.
 Rußland, Staatsvertrag wegen Nachlaßregulirung 34, ¹⁸, 467, ⁷.

S.

Sachen 128 f.; dem Verkehr entzogene 130 ff.
 Sachmiethe 211 ff.
 Sachenrecht in der Stadt Braunschweig 2, ⁷.
 Sachsenpiegel 1, ³.
 Salinen 402.
 Salzquellen 402, 404.
 Sattelhöfe 393.
 Schadenersatzansprüche 224.
 Schadenersatzpflicht des Staates 124 ff.; der

Gemeinden 57, ¹⁶; Verjährung bei Beschädigungen durch die Eisenbahn 138; Verjährung beim Bergbau 138.
 Schäfereirecht 328 ff.; bei Separationen 291.
 Schafhaltungsrecht 328 f.
 Schenkungen 210 f.; unter Ehegatten 210, ¹; Schenkungsversprechen 210, ¹; an Staatsbeamte 207, 211.
 Schiffe 128, ².
 Schleusen bei Deichen 86; in Fischrevieren 259.
 Schonreviere beim Fischereirecht 260.
 Schonzeiten beim Jagdrecht 257.
 Schriftgüter, Schriftsachengüter 239, 393; Erbfolge 478 ff.
 Schürrecht 405 f.
 Schuldverhältnisse 142 ff.
 Schuldverschreibungen auf den Inhaber 222 f., s. auch Leihhausschuldverschreibungen.
 Schulen 111 f.; Baulast 111, ¹⁰³, 338, ⁸, 340; Reparaturen 112, ¹⁰⁸; Hinterlegung von Geldern 161; Fruchtenerwerb 262; Ablösung der Abgaben an diese 352 f.
 Schullehrer, Theilnahme an der gemeinen Weide 64, ⁸, 68, ²⁷.
 Schulpatron 112, ¹⁰⁸.
 Schulpflichtigkeit 35, 454, ¹.
 Schulparcassen 169.
 Schwachsinnige Kinder 36.
 Schweden, Staatsvertrag wegen Eheschließung 449, ¹⁰.
 Schweine, deren Weide 321; Mastgerechtigkeit 336.
 Schweiz, Vertrag wegen Nachlaß 34, ¹⁸, 466, ⁷; wegen Eheschließung 449, ¹⁰.
 Seelen, Holzrenten im Amte 340, ⁸.
 Seitengräben, deren Unterhaltung bei Wegen 443.
 Selbständige Gerechtigkeiten 128, 360 ff.
 Selbsthilfe 140.
 Separation s. Gemeintheilung.
 Servituten s. Dienstbarkeiten.
 Sicherungshypothek 124, 367, ³, 368.
 Sidelrecht 86.
 Soldaten s. Montirungsstücke.
 Sommerdeiche 84.
 Soobdenstücke bei Deichen 86.
 Soolquellen 402, 404.
 Spanndienste 513.
 Sparcassen 167 ff.
 Sparvereine 169.
 Specialauseinandersetzung bei Separationen 287 f.
 Specialhypotheken 367, ².
 Spiel 221.
 Staat, Haftung für seine Organe 50, ⁴; Schadenersatzpflicht 124 ff.; Rechtsverhältnisse 122 ff.; Vertretung 126 f., s. auch Fiscus.
 Staatsbeamte 202 ff.; Beschränkungen 41 f.,

207; Wittwen und Waisen 114 f.; Gastpflicht 125, ²¹, 126, ²⁶, 206; Einkommen 204; Dienstwohnung 205; Pension 205 f.; Verpfändung des Gehalts 370; Wittwen 206.

Staatsdienstvertrag 202 ff.; Auflösung 208.

Staatsstraßen 441.

Staatsverträge 9.

Stabrecht 330, 340, ²⁶.

Stadt Braunschweig, Sachsenrecht 2, ⁷;

Stadtrechte 11, ²⁶, ²⁷; Adelige 38; Brüderschaften 70; Brunnenschaften 70; Weichbildsgemeinden 70; Feldmarksgemeinden 70 f.; Verwaltung des Kirchenvermögens 95, ⁴; Verhältnis zum Staat 122, ²; Straßen und Wege 70, 443, ¹³; Okerarme 431, ¹⁶; Okerbrücken 443, ¹³; Wallpromenaden 443, ¹³; außerordentliches Erbrecht 468.

Stadtgemeinden, Verfassung und Vertretung 56; Rechtsgeschäfte 57; Schadenersatzpflicht für ihre Organe 57, ¹⁶; Erziehung 57, ¹⁶, 136; Anlegung von Geldern 57, ²⁰; Ausgaben ohne Zustimmung der städtischen Behörden 58, ²²; Pachtgelder 58, ²³; Zinsen 58, ²³; Prozesse 61, ⁴⁵, 59, ³⁵; Vermögen 60 f.; Unterhaltung von Anlagen 60, ⁴⁰; Acten 60, ⁴³; bürgerliche Nutzungen 61; Armenkasse 113; Hinterlegung von Vermögen 161.

Stadtmagistrat 56, ¹⁴.

Städtische Statuten f. Statuten.

Stammgüter f. Familienstammgüter.

Stand 37.

Standesregister 32, ².

Statuten der Städte 11 f.; Prüfungsrecht des Richters 20, ¹⁰.

Statutencollision 19.

Statutum Brunsvicense 451.

Stauanlagen 432.

Stege f. Brücken.

Steinkohlen 402 ff.

Stempelsteuer 152 ff.

Steuern, Verjährung 139 f.

Stiftungen 49, ², 53 f.; Anlegung von Geldern 53, ¹⁵; Hinterlegung von Vermögen 54, 161; Unterschied von Anstalten 119, ⁴⁰; milde 119 f.; Anfall des Vermögens an den Staat 123; Veräußerung von Kunstsammlungen 240; Erziehung 136 f.

Stodwerkseigenthum 230, ¹.

Straßen in den Städten 443, ¹⁶.

Straßenbahnen, Schadenersatzpflicht 226, ¹⁷.

Straßengräben f. Gräben.

Streuheiden bei Separationen 292.

Streulaubberechtigung 336.

Stukenothhof 396.

Superficies 362.

Syndicus der Handelskammer 175, ².

T.

Tauben f. Feldtauben.

Tausen des Adels 39.

Tellersammlungen 265.

Testamente 473, ⁹, 481 f., f. auch letztwillige Verfügungen.

Thedinghausen, abweichendes Recht 10, ²⁴;

Deichrecht 83 ff.

Theilstücke, deren Abschreibung im Grundbuche 306, ⁴, 343.

Thiere, herrenlose, deren Besitzergreifung 251 ff.; Tödtung von wilden 140.

Thürme, Baulast bei Kirchen 99, ²⁴.

Tod und Todeserklärung 33.

Torfstücke 67; Rothweg 248.

Trausenrecht 244.

Trauungen 39, 447, ².

Trennstücke f. Theilstücke.

Triebwerke 243.

Tröbder 209.

Trüffeln, deren Aneignung 250.

U.

Ufer 129, ¹⁰; Rechtsverhältnis 429, ²; Rückforderung abgerissener Stücke 232, 263 f.; Grasnutzung 434, ³².

Uhren der Kirchen 99, ²⁴.

Umfriedigungen f. Grenzen, Hecken.

Unbewegliche Sachen 128.

Uneheliche Kinder 32, 453; Legitimation 453 f.; Unterhaltung 453; Namen 33; Succession in Leben 33, ⁴, 453, ⁸; Erbfolge in Familienstammgüter 453; bei Bauerngütern 535, ⁸.

Universität Helmstedt 121, ¹⁷.

Unschädlichkeitszeugniß 343, ¹⁸.

Unterhaltung der Stadtarmen 114; unehelicher Kinder 453; Ersatzansprüche für gewährte 229; der gebrechlichen Kinder auf dem Bauernhofe 539, 544, 547.

Unvordenfliche Verjährung 5, ⁹, 138.

Ullance 14.

V.

Väterliche Gewalt 451, ¹, f. auch elterliche Gewalt.

Venia aetatis 35, f. auch Volljährigkeitserklärung.

Veränderungssteuer 150, 338.

Veräußerungsverbote 132, ⁹.

Verbietungsrechte 365, ²⁷.

Vereine 52 f.; Verfassung 50; Vermögen 53, ⁹; religiöse 50, ¹², 52, ²; einzelne des öffentlichen Rechts 87 ff.

Vereinigter Kloster- und Studienfonds 121.

Vereinigte Staaten v. Nordamerika, Staatsvertrag wegen Nachschlageregulirung 466, ⁷.

Vereinsregister 53.

Verfügungen, letztwillige f. letztwillige Verfügungen.
 Verheirathung der Diensthoten 190; der Beamten-Wittwen 177, 452, f. auch Eheschließung.
 Verjährung 134 ff.; persönliche Ansprüche 137, 138 ff.; von Abgaben und Steuern 139; gegen den Fiscus 123, 7; unvorbenkliche 5, 6, 138.
 Verkauf f. Kauf.
 Verkehr, demselben entzogene Sachen, siehe res extra commercium.
 Verlagsrecht 142, 2.
 Verlagsvertrag 213, 1.
 Verlassenschaften f. Nachlaß.
 Verlöbniß 447.
 Verlorene Sachen 249.
 Vermächtniß f. letztwillige Verfügungen.
 Vermahlen des Getreides f. Mühlenrecht.
 Vermessung f. Landesvermessung.
 Vermessungsbescheinigung bei Eintragung von Theilstücken 306, 4.
 Vermietthen f. Miethe.
 Vermißte f. Verschollene.
 Verordnungen, Entstehung 9.
 Verpachtung f. Pacht.
 Verpfändung der Dienstfeinkünfte eines Beamten 370; der Versicherungsgelder 370; der Ruxe 370; der Leistungen der Knappschaftscassen 370; beim Leihhause 370 f.; bei der Braunschweigischen Bank 371 f.; bei den Pfandleihern 372.
 Verschollene, deren Todeserklärung 33, 11.
 Versehen bei der Leihhausanstalt 370 f., f. auch Verpfändung.
 Versicherungsgelder, deren Verpfändung 370.
 Versicherungsrecht 142, 2.
 Versicherungsvertrag 173 ff.; mit der Landesbrandversicherungsanstalt 181.
 Versteigerung gepfändeter Früchte 208; Abhalten vom Vieten 209.
 Verträge, Form 143 f.; über dingliche Rechte 305, 2, 311, 1.
 Verwahrungsvertrag 220.
 Verwaltungsacte, Erschöpflichkeit des Staats 125.
 Verwaltungszwangsverfahren 374, 376.
 Verzugszinsen des Staats 123, 7.
 Viehinventar f. Inventar.
 Viehsuchen beim Weiderecht 325 f.
 Vögel, deren Schutz 251.
 Vogelbeeren, deren Aneignung 250.
 Volksrechte 1.
 Volljährigkeit 35, 2; des Landesfürsten 22, 5; des Thronfolgers 22, 6; der Prinzen und Prinzessinnen 22, 7; Erklärung 35.
 Vollkothhof 396.
 Vollmeier 395.
 Vorbehalte, landesgesetzliche 4 ff.
 Verkaufszrechte, alte 209, 2, 308, 1; bei Bergwerken 209, 2; des Erbginsherrn 209;

des Emphyteuta 210, 308, 1; bei Forstgenossenschaften 210.
 Vormiethrecht 212.
 Vormund 458; Beamter als solcher 458, 2; Verpflichtung zur Aufnahme des Inventars 458, f. auch Vormundschaft.
 Vormundschaft 458 ff.; der Erziehungsanstalten 458; Anlegung von Geldern 462; der Landesfürstlichen Familie 23.
 Vormundschaftstabellen 459.
 Vorpachtrecht 212 f.

W.

Waabe 428, 13.
 Waisenrath 460 f.
 Wald f. Forsten, Privatforsten.
 Waldfrüchte, deren Aneignung 250.
 Waldgenossenschaften 51, f. auch Forstgenossenschaften.
 Waldnutzungsrechte 331.
 Waldbrecht 417 ff.
 Walppromenaden in der Stadt Braunschweig 443, 13.
 Wannewege f. Feld- und Wannewege.
 Wasser, fließendes 249, f. auch Gewässer, Quellwasser.
 Wasserrecht 426 ff.; Eigenthumserwerb 263 f.; Rechtsweg 430, 5, 432, 28, 431, 11, 13.
 Wechselordnung 142, 1.
 Wechselpferd f. Pferdrecht.
 Wege 440 ff.; Eigenthümer 131, 3, 441 f.; Baulast 338, 441, 443; öffentliche 442, 2; Kreuzungspunkte 444, 22; Veränderung und Aufhebung 445 f.; verlassene 446, 40; Schädigung von Nachbargrundstücken 226; in der Stadt Braunschweig 71, 443, 13, f. auch Straßen, Privatwege.
 Wegebaulast 338, 441, 443.
 Wegebaumaterialien, Verpflichtung zu deren Hergabe 237.
 Wege in der Feldmarksinteressenschaft Braunschweig 71.
 Wegeinteressenschaften 51, 21, 63.
 Wehre in Fischereirevieren 259.
 Weichbildgemeinden der Stadt Braunschweig 70.
 Weidegelder bei Separationen 295 f.
 Weiderechtigkeit 314 ff.; wechselseitige 316; Ausübung 316; Vieharten 317; Stückzahl des Viehes 318; der Anbauer 319; der Kirchendiener 320; Hütungszeiten 321; auf Aengern und Forsten 321; auf Wiesen 322; auf Aedern 323 f.; Schonung von Futterträutern 324.
 Weideinteressenschaften 51, 21, 63.
 Weiderecht für bestimmte Landesheile 10; der Kirchendiener 64, 2; bei Separationen 290, f. auch Weidegerechtigkeit.
 Weintauf 505.

Were, gemeinsame 231, 556 ff., s. auch gemeinsame Were.
 Werkvertrag 213.
 Werthpapiere, mündelsichere 53, ¹⁵, 462; der Mündel 161.
 Weser, Fischereirecht 257, ⁴⁶; Rechtsverhältnisse 426 f.
 Westfälische Zeit, Gesetzgebung 3; Ständeregister 47; Gemeinden 55, ²; Bauernrecht 491, ²⁷.
 Wette 221.
 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand 5, ⁶.
 Wiederkaufsrechte s. Kauf.
 Wiederverheirathung der Beamtenwitwen 177, 452 f.
 Wiesenhütung bei Separationen 291; beim Weiderecht 322.
 Wildschaden 227 f., 256.
 Wilhelmstift in Bebern 118.
 Windmühlen 243.
 Winterdeiche 84.
 Wirthschaftsvorräthe des Bauernhofs 502; beim Mitbesitze und Mitbenutzrecht 529 f., 531 f.; bei der Interimswirthschaft 570 f.
 Wittthum der Landesfürstlichen Wittwe 28.
 Wittwen s. Pfarrwitwen, Beamtenwitwen.

Wittwenpension 176 f.; bei Wiederverheirathung 177; bei Ehescheidung 178.
 Wittwen- und Waisencasse 114.
 Wolfenbüttel, außerordentliches Erbrecht 468.
 Wüste Höfe 536, ¹¹.

3.

Zahlung an öffentliche Cassen 157.
 Zehnten 340, ²⁵, 512, 516 ff.; Ablösung 346, 350 f.
 Zehntschäferereigerechtigkeit 366.
 Ziegenhude 317.
 Zinsen 147 ff.; des Fiscus 123.
 Zinsgüter 397.
 Zubehör 129; bei Bauerngütern 494, 499 ff.
 Zünfte 87, ².
 Zuheirathender Ehegatte s. Aufkömmling.
 Zwangsenteignung s. Expropriation.
 Zwangserziehung 455 f.
 Zwangserziehungskosten, deren Erstattung 229.
 Zwangsrechte beim Gewerbebetrieb 365.
 Zwangsversteigerung 374 f.; administrative 374 ff.; Einfluß auf Dienstbarkeiten 313.
 Zwischenraum zwischen Gebäuden 230, ¹.

Berichtigungen.

- Seite 5, Note 6, Zeile 2 ist statt: „argum. e contraccio“ zu setzen: argum. e contrario.
- Seite 28, Note 30, Zeile 7 ist statt: „Das Fideicommiß nicht berechtigt gewesen wäre“ zu setzen: Das Fideicommiß berechtigt gewesen wäre.
- Seite 28, Note 31 a. E. ist hinzuzufügen: Ueber die Rechtsverhältnisse des sogenannten Bevernschen Capitals, welches bis zum Tode des Herzogs Wilhelm Fideicommiß der älteren braunsch.-lüneb. Linie war und sich dann als freies Allod auf die jüngere Linie vererbt hat, vergl. das Ministerialschreiben, Anlage 100 der Landtagsverh. 1884—86, und besonders den Comm.-Bericht, Prot. 24, S. 129 ff. das.
- Seite 36, Note 11 ist hinzuzufügen: Vergl. auch Verordn. v. 2. Mai 1901, Nr. 13.
- Seite 96, Note 4, Zeile 9 von oben ist statt: „Herzogs Heinrich Julius Ausschr.“ zu setzen: des Herzogs Heinrich Julius Ausschr.
- Seite 206, Note 25 ist hinzuzufügen: Gesetz vom 14. Januar 1901, Nr. 4.
-